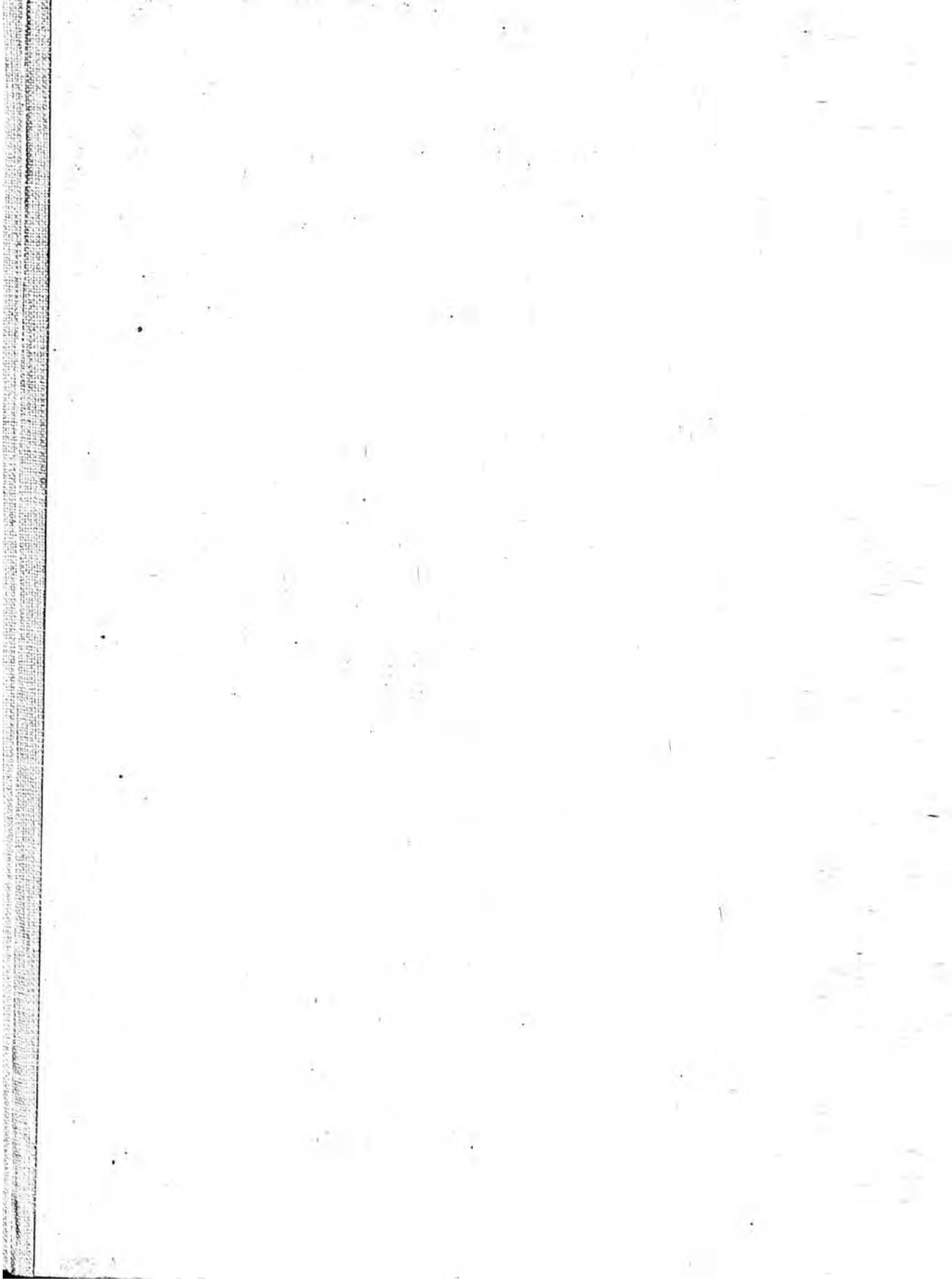
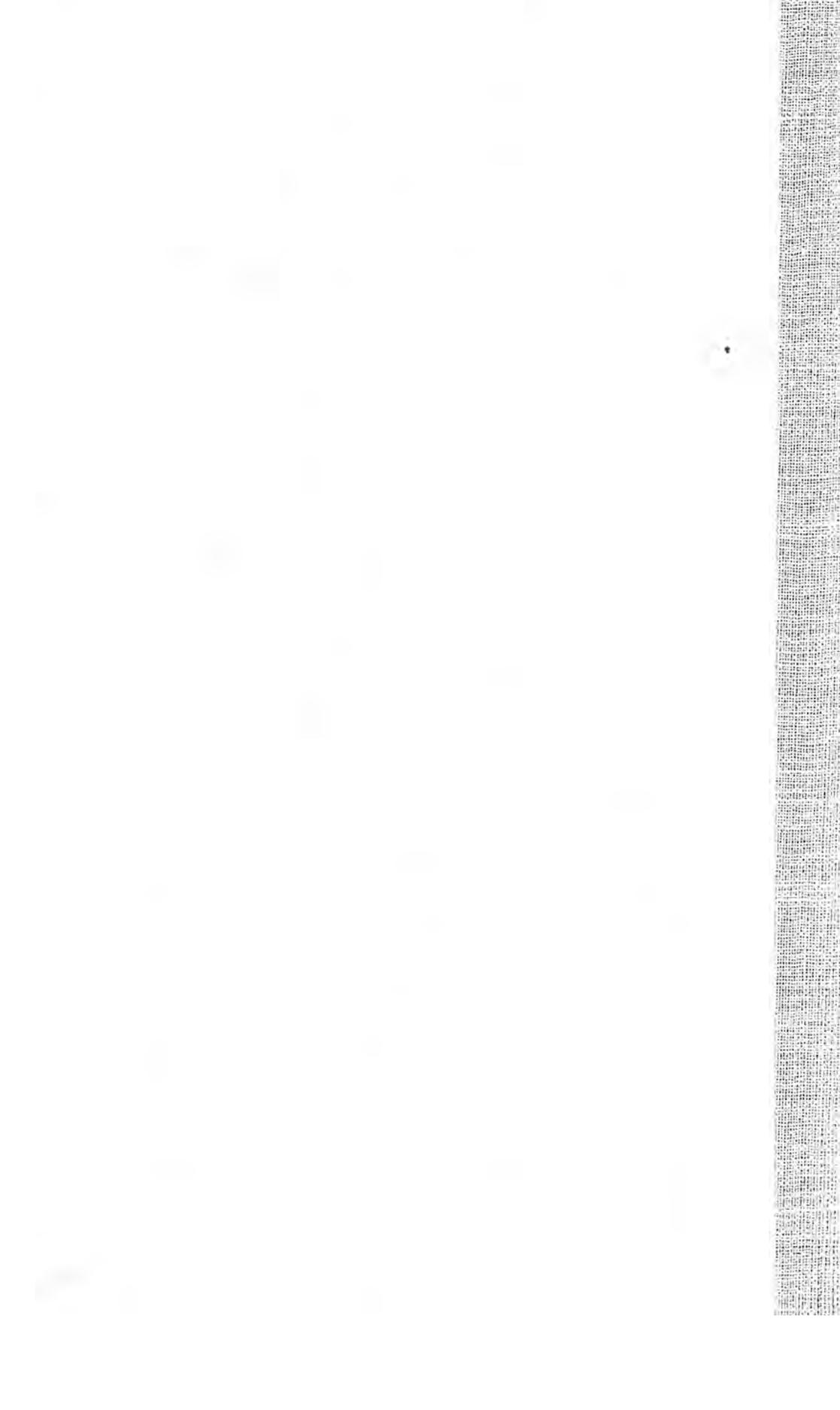
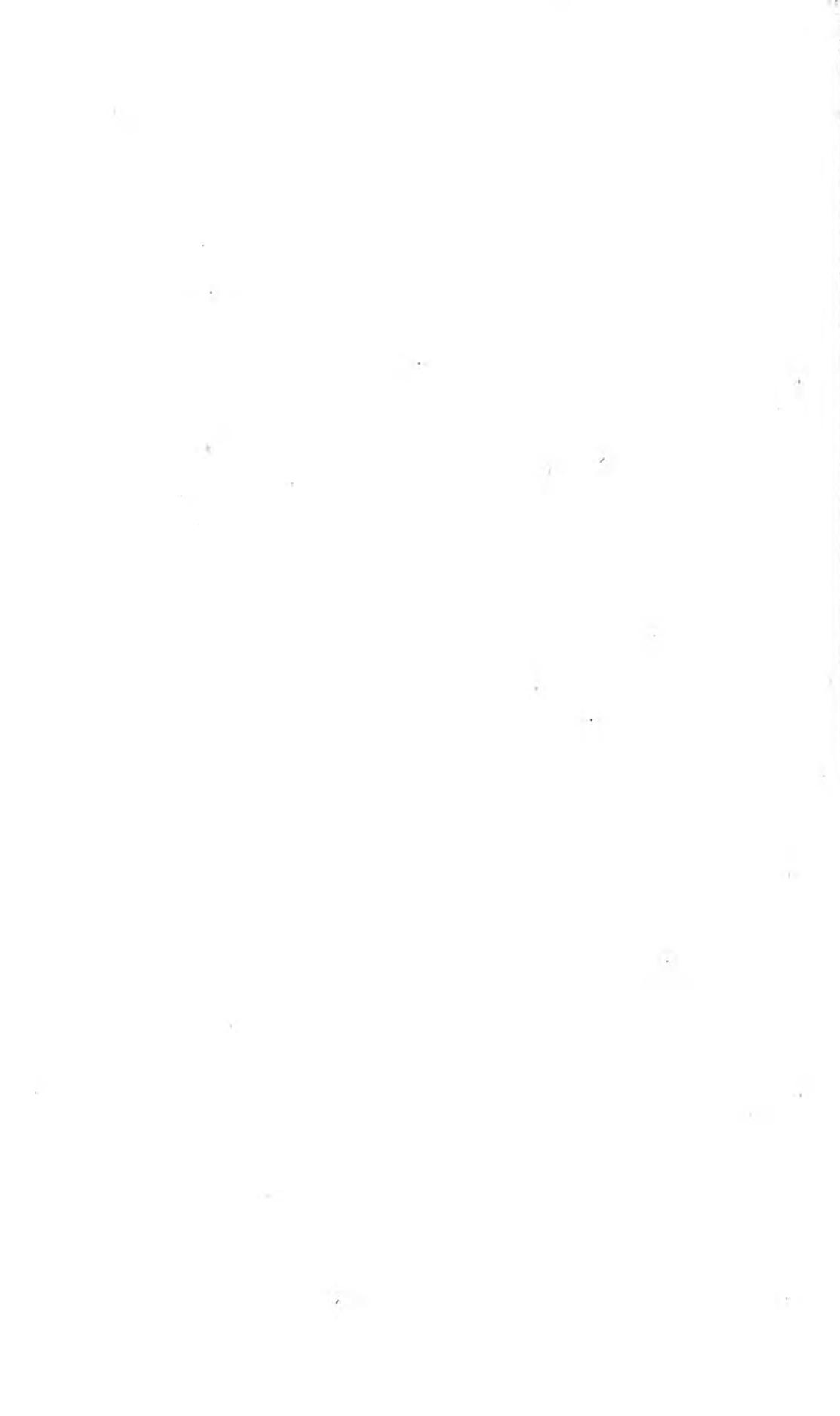


**THE UNIVERSITY
OF ILLINOIS
LIBRARY**

335.05
NZ
v. 35²







Die Neue Zeit

Wochenschrift
der Deutschen Sozialdemokratie

*

Herausgegeben
von
Karl Kautsky

*

Fünfunddreißigster Jahrgang
Zweiter Band



Stuttgart 1917
Verlag und Druck von J. S. W. Diez Nachf. G. m. b. H.

1881
1882
1883
1884
1885
1886
1887
1888
1889
1890
1891
1892
1893
1894
1895
1896
1897
1898
1899
1900

Inhalts-Verzeichnis.

(A bedeutet Artikel, N Notiz, R Rezension, die Zahlen geben die Seiten an.)

I. Krieg und Zeitgeschichte.

1. Der Weltkrieg.

A. Politisches.

a. Äußere Politik.

- Bernstein, Ed., Die Wirkung auf das Ausland. A 25
- Miljukows Programm und die Politik der Friedensforderungen. A 53
- Reinliche Unterscheidung. A 97
- Wir und X-Land. (Reinliche Unterscheidung II.) A 153
- Der Staat und die Staatsnotwendigkeiten. (Reinliche Unterscheidung III.) A 265
- Die Sozialdemokratie und die Einmischungsfrage. A 601
- Jenssen, O., Österreichische Erneuerung. A 222
- Kautsky, Karl, Die Befreiung der Nationen. A 145 177 193 228 241 273
- Österreich und Serbien. A 289 313 340 364 390
- Ed. David, Wer trägt die Schuld am Kriege? R 524
- Das Elsaß in der Geschichte. A 577
- Spektator, Eine Polemik über die deutsche auswärtige Politik. A 62
- Paul Rohrbach, Woher kam der Krieg und wohin führt er? R . 215

b. Innere Politik.

- Bernstein, Ed., Die Welt nach dem großen Tag. A 409
- Herzfeld, Joseph, Der Gesekentwurf über die Wiederherstellung der deutschen Handelsflotte. A . 448
- Kautsky, Karl, Karl Blank, Innere Kolonisation oder landwirtschaftlicher Großbetrieb nach dem Weltkrieg. R 408

c. Sozialdemokratie.

- Bernstein, Ed., Hans Markwalds Räubergeschichte und die wahren Gründe der Fraktionspaltung. A 299
- Politik auf den Zufall. A 491
- Braun, Ad., August Winnig, Die deutschen Gewerkschaften im Kriege. R 119
- Ernst Kahn, Unsere Valutasorgen, Ursachen, Wirkungen und Heilmittel. R 334
- Dickmann, Julius, Der Marxismus am Scheideweg. A 85
- Kautsky, Karl, Volk und Regierung. A 41
- Die Gothaer Konferenz. A 49
- Imperialismus und reaktionäre Masse. A 102
- Die Landesverteidigung. A 121
- Friedrich Adler. A 217
- Kriegsziele. A 284
- J. Hachagen, Umriss der Weltpolitik. R 359
- Belgien. A 433 457 481 529 553
- Stockholm. A 505
- Markwald, Hans, Vom Sirenenlied bis zum »heißesten Wunsch«. A 200
- Des Zweifelschürers Atomtheorie. A 466
- Stampfer, Friedrich, Mit uns das Volk, mit uns der Sieg! A 20
- Ströbel, Heinrich, Der Triumph des ersten Mai. A 73

B. Wirtschaftliches.

a. Allgemeines.

- Spektator, Friedrich Kahl, Die Pariser Wirtschaftskonferenz. R 95
- b. Handels- und Finanzpolitik.
- Erdmann, August, Allerhand Imperative. A 385 426

E. B.

10-10-23

13/11/23

- Fehlinger, Hans, Wirtschaftliche Verhältnisse in Niederländisch-Ostindien. N 624
- c. Wirtschaftliche Lage.
- Braun, Adolf, Die Preisrevolution während des Krieges in der neutralen Schweiz. A 495
- Lipschütz, Dr. A. Schulte im Hofe, Die Welterzeugung von Lebensmitteln und Rohstoffen und die Versorgung Deutschlands in der Vergangenheit und Zukunft. R 240
- Marchionini, Karl, Das System Schorlemer. A 67
- Meyer, Ernst, Die Konjunktur nach dem Kriege. N 96
- Schoffe, Hugo, Kriegskosten und Körpergewicht. N 71
- Spectator, Dr. M. Vaering, Der Männermangel nach dem Kriege, seine Gefahren und seine Bekämpfung. R 167
- C. Sozialpolitisches.
- Braun, Adolf, Dr. Blaum, Die Übergangsfürsorge vom Krieg zum Frieden. R 622
- Jäckel, Hermann, Die »Stilllegung« der Textilbetriebe. A 81
- Schoffe, Hugo, Krieg und Zwangs-erziehung. A 520
- D. Literatur.
- Braun, Ad., Karl Bücher, Die deutsche Tagespresse und die Kritik. R 525
- Dkonfsky, Karl, Edgar Hahnwald, Trümmer. R 22
- E. Philosophie.
- Adler, Max, Masse und Idee. A 304
- Die Ideen von 1914. A . . 537 586
- Drucker, Dr. S., Der Krieg in biologischer Betrachtung. A 512
- Schlesinger, Therese, Max Adler, Zwei Jahre. R 166
2. Deutschland.
- Erdmann, August, Das rote Buch. A 618
- eh-, Die Zahl der Automobile in Deutschland vor dem Kriege. N 336
- Die Entwicklung der Mittel des Güterverkehrs in Deutschland und der Außenhandel. A 402 477
3. Frankreich.
- Martoff, L., Die Stellung der Sozialdemokratie Frankreichs zur Kriegsfrage vor dem Kriege. A 75
4. Großbritannien.
- Jenssen, Otto, Sil-Vara, Englische Staatsmänner. R 456
5. Rußland.
- eh-, R. Werbelis, Rußisch-Litauen. R 360
- Paul Rohrbach, Der Kampf um Livland. R 552
- Kautsky, Karl, Die Aussichten der russischen Revolution. A 9
- Lipschütz, Alexander, Die kurländische Frage. A 468
- Marchionini, Karl, Zur Frage der Agrarreform in Rußland. A . . . 234
- Spectator, 1905 und 1917. A . . 30
- Stein, A., Der russische Umsturz. A 1
- Die inneren Gegensätze der russischen Revolution. A 337 372
- Tschudnowsky, G., Unter dem alten Banner. R 143
- Zinis, F., Livonicus, Junker, Arbeiter, Bauer in den Ostseeprovinzen Liv-, Est- und Kurland. R 22
6. Schweiz.
- Zinner, Dionys, Außerordentlicher Parteitag der schweizerischen Sozialdemokratie. A 319
- II. Soziales und Politisches.
1. Allgemeines.
- Düwelle, Wilhelm, Vom Altersaufbau der Lohnarbeiterschaft. A 281
- Marchionini, K., Mehr Armenfürsorge. A 613
- Meyer, Ernst, Auslese und Anpassung der Arbeiterschaft in der

Schuhindustrie und einem ober-
schleifischen Walzwerk. R 46
Prüll, S., Das Prämiensystem. A 210
— Arbeiterferien. A 353

2. Arbeitszeit.

Braun, Adolf, Pausenlose Arbeits-
zeit. A 566
Schneider, H., Keßereien zur Frage
der industriellen Nacharbeit. A 472
— Ein Nachwort zu den Keßereien
zur Frage der industriellen Nach-
arbeit. A 608
Wissell, Rud., Zu den Keßereien
zur Frage der industriellen Nach-
arbeit. A 546
Zieß, Luise, Zu den Keßereien in
der Frage der industriellen Nach-
arbeit. A 594

3. Frauenarbeit.

Freudenthal, A., Frauenarbeit
und Volksvermehrung. N 48
— Niedriges Einkommen, Frauen-
arbeit und Geburtenrückgang. N 311
— Frauenarbeit und Frauensterb-
lichkeit. N 383
— Die Ursachen des Geburtenrück-
gangs vor dem Krieg. A 454
— Nochmals Frauenarbeit u. Volks-
vermehrung. N 527
— Verschwendung und Wirtschaft-
lichkeit in der Bevölkerungs-
politik. A 598
H., P., Dr. Gertraud Wolf, Der
Frauenerwerb in den Haupt-
kulturstaaten. R 239
Zieß, Luise, Die Frauenarbeit in
der Metallindustrie während des
Krieges. A 253

4. Jugendbewegung.

Heinz, K., Entwicklungstendenzen
in der Jugendbewegung der In-
ternationale. A 571

5. Monopole.

Wofflieb, Franz, Kriegskosten und
Staatsmonopole. A 399

6. Rechtswesen.

Kleis, Friedrich, Gleiches Recht
dem unehehlichen Kinde. A 329
W., S., Dr. Karl Adolf Jhrig, Rechts-
fragen beim Gruppenakkordver-
trag. R 48
— Prof. Dr. Paul Eßbacher, Totes
und lebendes Völkerrecht. R . . 70
— Ernst Ziffelmann, Die Möglich-
keit eines Weltrechts. R 262
— Das Recht der Organisationen im
neuen Deutschland. I. Koalitions-
recht und Strafrecht. R 287

7. Schule.

Jacobi, Hugo, Auf dem Wege zur
Verwirklichung d. Einheitschule.
A 116
— Schule und Leben. A 250
Schlesinger, Therese, Zum Auf-
stieg der Begabten. A 207

8. Wahlrecht.

Braun, Adolf, Die Abschaffung des
Dreiklassenwahlrechts. A 189
Schiller, Richard, Die Demokrati-
sierung des Gemeindevahlrechts.
A 518

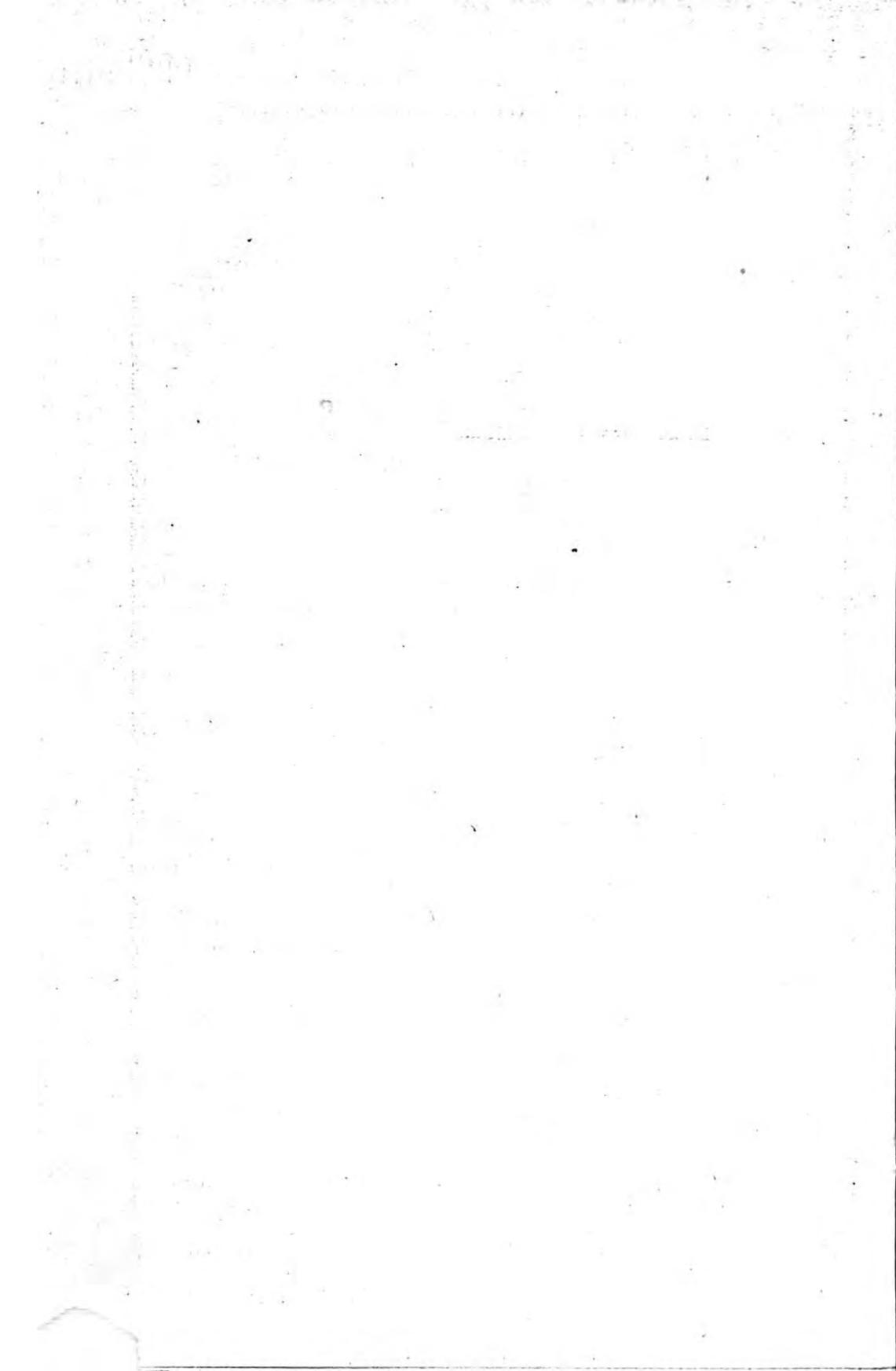
**III. Sozialismus, Sozialphilo-
sophie, politische Ökonomie und
Politik.**

1. Geschichte des Sozialismus.

Jenssen, O., Ein Gedenktag des
wissenschaftlichen Sozialismus. A 361
Kautsky, Karl, Ein neuer Marz-
fund. N 504
Wurm, Mathilde, Zu Klara Zetkins
sechzigstem Geburtstag. A 326

2. Politische Ökonomie.

Braun, Adolf, Gustav Schmoller.
A 378
Jenssen, Otto, Marxismus und
phasesologische Methode der So-
ziologie. A 35
— Staatssozialismus oder Staats-
kapitalismus? A 419 442



335.05
173
v. 352

Die Neue Zeit

Wochenschrift der Deutschen Sozialdemokratie

2. Band Nr. 1

Ausgegeben am 6. April 1917

35. Jahrgang

Nachdruck der Artikel nur mit Quellenangabe gestattet

Der russische Umsturz.

Von A. Stein.

Das Licht vom Himmel läßt sich nicht versprengen,
Noch läßt der Sonnenaufgang sich verhängen
Mit Purpurmänteln oder dunklen Kutten.

Nikolaus Lenau.

I.

Eine neue Welt wird jetzt im Osten geboren. Aus dem Blutauswurf, dem Pulverdampf, dem Zerstörungskampf eines im Kriegswahn sich windenden Weltteils steigt strahlend empor, als Kündler einer neuen weltgeschichtlichen Epoche, als Träger der völkervereinenden sozialistischen Friedensidee, der Phönix der russischen Freiheit.

Ganze Generationen haben für diese Freiheit gekämpft und geblutet. Seit Radischtschew, seit der Dekabristen Zeiten gingen die besten, die edelsten Männer und Frauen Rußlands den Dornenweg des russischen Freiheitskampfes. Tausende verbluteten auf dem Schafott oder im offenen Kampfe, Zehntausende gingen zugrunde in den Kerkern, in den sibirischen Verbannungsorten. Den adligen Rebellen aus den Reihen der von französischen Revolutionsideen erfüllten Dekabristen in den zwanziger Jahren des vorigen Jahrhunderts folgten die kleinbürgerlichen »Nihilisten« der fünfziger und sechziger Jahre, die Agrarsozialisten und Terroristen der siebziger und achtziger Jahre. Doch erst seitdem in den neunziger Jahren die Arbeiterklasse als politischer Faktor auftrat und die Führung im Kampfe gegen den Absolutismus übernahm, gewann die revolutionäre Bewegung in Rußland eine feste Stütze in den Massen. Die schwere Krise der Bauernwirtschaft, die auf eine Lösung der Agrarfrage hindrängte, die steigende Unzufriedenheit des Bürgertums, dessen jüngere Elemente — die studierende Jugend — offen rebellierten, endlich die Niederlage im frivol angezettelten Krieg gegen Japan — dies alles schuf günstige Vorbedingungen für den revolutionären Kampf der Arbeiterklasse, der im Oktober 1905 seinen Höhepunkt erreichte und zur teilweisen Kapitulation des Zarismus führte. Das Zarenmanifest vom 30. Oktober, das unter dem Druck des Generalstreiks der Arbeiter erlassen wurde, kündigte den Übergang vom unbeschränkten Absolutismus des Polizeistaats zum Verfassungsstaat an, indem auf der Grundlage größerer bürgerlicher Freiheiten eine gesetzgebende Versammlung in Funktion treten sollte. Vergebens versuchte das revolutionäre Proletariat der Hauptstadt, geführt von seinem »Arbeiterdelegiertenrat«, in enger Verbindung mit den Organisationen im Reiche den Kampf fortzusetzen, um die erzielten Errungenschaften sicherzustellen und darüber hinaus den besonderen Forderungen der Arbeiter und der Bauern Geltung zu verschaffen. Doch hier ließ das Bürgertum die Revolution im Stich und stürzte sich der Gegenrevolution

in die Arme, erschreckt durch die weitgehenden sozialen Forderungen der revolutionären Avantgarde und unfähig zum offenen Kampf gegen die Regierung, die ihre Machtpositionen fast unangetastet in Händen behalten hatte. Alexander G u t s c h k o w, der bei der jetzigen Revolution eine aktive Rolle gespielt hat und augenblicklich Kriegsminister ist, war es, der im Dezember 1905 im Namen der Moskauer Bourgeoisie den Führer der Strafexpedition Admiral D u b a s s o w begrüßte, der den Aufstand der Moskauer Arbeiter in grausamster Weise niederkartätschte.

Das um dieselbe Zeit veröffentlichte Wahlgesetz für die Duma war von seinem Schöpfer Graf Witte darauf zugeschnitten, dieses Kräfteverhältnis zu verewigen und der Monarchie in Gestalt einer aus den Vertretern des Adels, des Bürgertums und der Bauernschaft geschaffenen gesetzgebenden Versammlung einen festen Rückhalt gegen den sozialen und politischen Umsturz zu verschaffen. Die Spekulation auf die »Zuverlässigkeit« der Bauernschaft schlug indessen fehl. Sie entsandte fast durchweg Abgeordnete in die erste Duma, die neben bürgerlicher und politischer Gleichstellung mit den anderen Ständen in erster Linie eine r a d i k a l e U g r a r r e f o r m forderten. Dieser Forderung konnte sich auch das liberale Bürgertum, vertreten durch die »Kadettenpartei«, die die erste Duma beherrschte, nicht verschließen, und der Gegensatz zwischen der Duma und der Regierung, als Sachwalterin des Großgrundbesitzes, war es vor allem, der die baldige Auflösung des ersten russischen Parlaments herbeiführte.

Noch einmal versuchte die Regierung ihr Experiment mit der zweiten Duma, die im Frühjahr 1907 zusammentrat. Ihre Zusammensetzung war infolge der regen Beteiligung der Sozialdemokratie an den Wahlen nur noch radikaler geworden. Das politische Schwergewicht lag nun nicht mehr bei der recht formlosen »Arbeitsgruppe« (Trudowaja Gruppy), die in der ersten Duma den Radikalismus repräsentierte, sondern bei der statflichen sozialdemokratischen Fraktion, die hier die Führung des politischen Kampfes übernahm. In der Atmosphäre der abflauenden Massenkämpfe und der schroffen Rechtschwenkung der Bourgeoisie blieb dieser Kampf ohne Ergebnis. Der Staatsstreich Stolypins vom 16. Juni 1907 machte der zweiten Duma und dem ersten Wahlgesetz ein Ende, warf die Mehrheit der sozialdemokratischen Fraktion ins Gefängnis und proklamierte, gestützt auf Galgen und Belagerungszustand, die Herrschaft des fast völlig restaurierten Absolutismus, der den oberen Schichten des Bürgertums und dem Adel gnädig einen Anteil an der politischen Macht überließ.

Die dritte und die vierte Duma waren der politische Ausdruck dieser Machtverteilung im Staat. Arbeiterschaft und Bauernschaft kamen natürlich am schlechtesten dabei weg. Während die erstere eingezwängt wurde in die Zwangsjacke infamer Ausnahmegeetze, die ihre mit spontaner Wucht einsetzende öffentliche Betätigung auf ein Minimum einschränkte, wurde die letztere durch die Ugrargesetzgebung Stolypins zersplittert, mit Lappalien abgespelt und zum Teil in eine Schutztruppe des Junkertums verwandelt. Nicht minder schlecht erging es den unterdrückten Nationalitäten, den Polen, den Ukrainern, den Juden usw., auf deren Rücken die nun einsetzende Politik des großrussischen Nationalismus aufgerichtet wurde. In der dritten und vierten Duma kamen alle diese Züge deutlich zum Ausdruck, und ihre aus Nationalisten und Oktobristen bestehenden Mehrheiten verstanden es

meisterhaft, eine den Arbeitern, den Bauern und den »Fremdstämmigen« feindliche Politik mit einer solchen zu vereinigen, die die Stellung des Zarismus nach außen und nach innen hin stärkte, zugleich aber auch den Sonderinteressen der oberen Schichten des Grundbesitzes und des Kapitals zuträglich war.

Parallel damit ging eine ständig zunehmende politische Machterweiterung dieser sozialen Schichten vor sich, die zwar gegen das bürokratische Herrschaftssystem den unteren Klassen gegenüber nichts einzuwenden hatten, es aber doch allmählich durchsetzten, dieses System durch die Duma zu kontrollieren und zum Teil zu beherrschen. So trat allmählich eine Art Diffusion zwischen den maßgebenden Dumaparteien und den traditionellen Trägern der Regierungsgewalt ein, die unter friedlichen Verhältnissen vielleicht eine allmähliche Modernisierung des Staatssystems nach preußischem Muster und in preußischem Tempo nach sich gezogen hätte.

Der Krieg unterbrach diese Entwicklung. Einerseits verließ er der Bureaukratie eine ungeheure Machtvollkommenheit, andererseits zwang er die Bourgeoisie — im Namen der »nationalen Einigkeit« —, sich, wenn auch zähneknirschend, der Diktatur der wieder selbstherrlich waltenden Bureaukratie zu fügen. Dieses Mißverhältnis trat um so krasser zutage, als die gewaltigen Anforderungen des modernen Krieges ohne weitgehende Mitwirkung der sogenannten »gesellschaftlichen Verbände« nicht bewältigt werden konnten. Sanitätspflege, Lebensmittel- und Munitionsversorgung, Flüchtlingsfürsorge usw. gingen bald zu einem großen Teil in die Hände dieser Verbände über, die, eng verknüpft mit den Dumaparteien, auf diese Weise bald einen Staat im Staate bildeten. Steigendes Machtbewußtsein auf der einen, eifersüchtiges Bremsen und Hemmen auf der anderen Seite waren die notwendige Folge dieses Zustandes, der durch kriegerische Fehlschläge, administrative Mißgriffe, Korruption, Verrat, Unfähigkeit und Untätigkeit, endlich durch die zunehmende Unzufriedenheit der Massen jenen Grad von Mißtrauen, Groll und Rebellion auch in den Kreisen des Bürgertums erzeugte, der die Isolierung der Regierung und eine heftige Oppositionsbewegung gegen sie nach sich zog.

Welche Stimmungen schon am Ende des zweiten Kriegsjahres in maßgebenden politischen Kreisen herrschten, zeigt ein Schreiben A. Gutschkows an den Generalstabschef M. W. Alerejew vom August 1916, das der Genfer »Sozialdemokrat« vor kurzem veröffentlichte. Anknüpfend an eine Affäre betreffend die Versorgung der Armee mit neuen Gewehren schrieb Gutschkow:

Spüren Sie an Ihrem Standort all das, was wir täglich, stündlich infolge der Berührung mit dem (Militär-) Ressort, ja mit der ganzen Regierung auszustehen haben? Wie gut es auch an der Front stehen mag, das verfaulende Hinterland droht noch einmal, wie vor einem Jahre, nicht nur unsere herrliche Front und Ihre treffliche Strategie fortzuschwimmen, sondern auch das ganze Land in dem abgrundtiefen Sumpfe zu ersäufen, aus dem es sich einst unter Lebensgefahr gerettet hat. Kann man denn gut funktionierende Bahnen unter der Verwaltung Trepows, eine gut arbeitende Industrie unter der Fürsorge des Fürsten Schachowskoi, ein Aufblühen der Landwirtschaft und eine regelrechte Versorgung mit Lebensmitteln unter dem Regime des Grafen Bobrinski erwarten? Und wenn Sie noch berücksichtigen, daß diese Regierung gekrönt wird von Stürmer, der in der Armee wie im Volke wenn noch nicht als Verräter, so als ein Mann angesehen wird, der bereit ist, Verrat zu üben, und daß in den Händen dieses Mannes unsere gegenwärtigen diplo-

matischen Beziehungen, das Schicksal vieler künftiger Verhandlungen und folglich unsere ganze Zukunft ruht, so werden Sie verstehen, von welcher tödlicher Besorgnis um das Schicksal unseres Vaterlandes Gesellschaft und Volk ergriffen sind.

Wir im Hinterland — so schloß Gutschkow seinen Brief — sind machtlos oder fast machtlos, gegen dieses Unheil anzukämpfen. Unsere Kampfmittel sind zweischneidig und können bei gesteigerter Stimmung der Volksmassen, vor allem der Arbeitermassen den ersten Funken einer Feuersbrunst bilden, deren Umfang niemand voraussagen und lokalisieren kann. Ich spreche schon gar nicht davon, was uns nach dem Kriege bevorsteht. Es naht eine Sturmflut, und unsere jämmerliche, nichtsnutzige Regierung will dieser Katastrophe bloß mit Mitteln begegnen, die vor einem Plahregen schützen würden, indem sie Gummischuhe anzieht und den Regenschirm aufspannt.

Zweierlei ist von Interesse bei diesem offenherzigen Bekenntnis des bekannten Oktobristenführers, der sich vom Vorsitzenden des kriegsindustriellen Komitees zum Kriegsminister der neuen revolutionären Regierung emporgeschwungen hat: einmal seine maßlose Erbitterung gegen die alte Regierung, der er totale Unfähigkeit und das geheime Streben nach einem Separatfrieden mit Deutschland vorwirft, andererseits seine Furcht vor den Volksmassen, vor allem den Arbeitermassen, von deren Stimmungen er offensichtlich Kenntnis hat. Im August 1916 fürchtet er deshalb, von den »zweischneidigen« Kampfmitteln der Bourgeoisie Gebrauch zu machen. Noch einmal weicht die bürgerliche Mehrheit der Duma, nachdem es ihr gelungen ist, den Ministerpräsidenten Stürmer zu Fall zu bringen, dem offenen Kampf gegen die Regierung aus. Doch in den darauffolgenden Monaten nimmt die Bewegung im Lande einen solchen Umfang an, daß selbst die gemäßigten bürgerlichen Kreise gegen die feige Verschleppungstaktik des »fortschrittlichen Blocks« der Duma zu rebellieren anfangen. Zugleich erfährt die revolutionäre Stimmung der Arbeiterschaft und einzelner Truppenteile in den Hauptstädten eine solche Verschärfung, daß die in der Schweiz erscheinenden russischen Parteiorgane auf Grund der ihnen zugehenden Berichte von dem Herannahen offener revolutionärer Kämpfe in Rußland sprechen können. Das Proletariat wartet nicht auf die »zweischneidigen« Kampfmittel der Herren Gutschkow, sondern reißt auch diesmal die Initiative an sich und benützt die günstige politische Konstellation zu einem machtvollen Vorstoß gegen den Zarismus.

II.

Es muß einer besonderen Untersuchung vorbehalten bleiben, festzustellen, inwieweit die Haltung der russischen Arbeiterklasse im Weltkrieg diesen Vorstoß gefördert hat. Noch ruhen zahlreiche Tatsachen und Zusammenhänge aus der Zeit vor dem Ausbruch der Revolution ebenso im Dunkel wie die Haltung und das gegenseitige Verhältnis der verschiedenen revolutionären Körperschaften in den Tagen der Revolution. Indessen erscheint es schon jetzt durchaus einleuchtend, daß die kriegsgegnerische Haltung der sozialdemokratischen Dumafraktion und der übergroßen Mehrheit der leitenden Kreise der russischen Arbeiterbewegung die Voraussetzungen schuf für die allmähliche Sammlung der proletarischen Kräfte zum Kampf um den Frieden und die radikale Demokratisierung des Landes.

Es ist, namentlich bei Beginn des Krieges, in der deutschen Mehrheitspresse den russischen Arbeitern bitter verübelt worden, daß sie ihren revo-

lutionären Kampf gegen den Jariismus, der sich noch im Juli 1914 in Petersburg in gewaltigen Streiks und Demonstrationen dokumentierte, plötzlich »abbrachen« und »dem bedrohten Vaterland zu Hilfe eilten«. Daraus wurde gleichsam eine Art »Verrat« der russischen Arbeiterklasse an der Sache der Freiheit konstruiert und jeder Hinweis auf die revolutionären Bestrebungen des russischen Proletariats zu einer leeren Phrase gestempelt, nur darauf berechnet, die westeuropäische Arbeiterschaft irreführen. Eine schiefere Auffassung der Beziehungen zwischen proletarischem Klassenkampf und Krieg ist schwer denkbar. Obwohl die im Jahre 1912 mit neuer Kraft einsetzende russische Arbeiterbewegung sich vor Ausbruch des Weltkriegs in einem schnellen und verheißungsvollen Aufstieg befand, zweifelten die Führer dieser Bewegung keinen Augenblick, daß sie unter dem gegebenen Kräfteverhältnis noch zu schwach sei, das drohende Verhängnis des Weltkriegs aufzuhalten. Noch im Juli 1914 erklärte Genosse Paul Axelrod, der Delegierte des Organisationskomitees der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands, in der Sitzung des Internationalen Sozialistischen Bureaus in Brüssel, die Sozialdemokratie Rußlands sei nicht in der Lage, eine Massenbewegung gegen die drohende Gefahr eines Weltbrandes ins Leben zu rufen. Aber — so fügte er hinzu — er zweifle nicht, daß die fürchterlichen Folgeerscheinungen des Krieges in Rußland früher als in den anderen kriegführenden Ländern eine revolutionäre und oppositionelle Bewegung entfesseln würden.

Diese Voraussage, die sich auf die Abschätzung der wirkenden sozialen Kräfte in Rußland und auf das immer deutlicher werdende Mißverhältnis zwischen den Kriegsaufgaben und der Staatsform Rußlands stützte, hat durch die Zuspitzung der politischen Verhältnisse und die jetzt erfolgte Revolution in Rußland eine glänzende Bestätigung erhalten. Auch die Kampfpapieren, die Genosse Axelrod im Namen seiner Organisation und anknüpfend an die Haltung der sozialdemokratischen Dumafraktion im September 1915 auf der Zimmerwalder Konferenz proklamierte, trafen den Kern der ungeheuer verwickelten politischen Situation in Rußland. Folgendermaßen formulierte Genosse Axelrod die Aufgaben der Partei: Keine Unterordnung der Interessen und Aufgaben der proletarischen Demokratie unter die Forderungen der »nationalen Verteidigung«! Ablehnung und Bekämpfung der Parole des »Krieges bis ans Ende«! Ablehnung der illusionären Parole der Landesverteidigung, da speziell Rußland nicht mit militärischen Mitteln, sondern nur durch den Sturz der reaktionären Regierung und die Herrschaft der Demokratie vor dem Untergang bewahrt werden könne.

Die Kampfpapier unserer Partei muß deshalb lauten: Einberufung der konstituante zur Liquidation des Krieges und der bestehenden Ordnung! Und da wir unsere Ziele nur im Verein mit den Proletariern der anderen Länder erreichen können, so muß das russische Proletariat gleichzeitig appellieren an die europäische Arbeiterklasse und an die russische Demokratie.

Faßt man rückblickend die Entwicklung der politischen Krise und der Revolution in Rußland zusammen, so erkennt man unschwer eine auffallende Ähnlichkeit zwischen diesen vor mehr als anderthalb Jahren proklamierten Parolen und den jetzt aus der Bewegung hervorleuchtenden Zielen. Heute steht die russische Arbeiterklasse, nachdem sie in kühnem Ansturm die liberale Opposition vorwärtsgetrieben und im Verein mit ihr das alte Re-

gime niedergeworfen hat, unmittelbar vor der Einberufung der Konstituante, die — so wenigstens wünschen es die demokratischen Kräfte — die bisherige Ordnung radikal beseitigen und den Krieg liquidieren soll!

Freilich ist dieses gewaltige und in seinen Nachwirkungen unübersehbare Ergebnis erst möglich geworden auf dem Boden des rücksichtslos sich entfaltenden und von keinen bürgerlichen Fesseln gehemmten Klassenkampfes des Proletariats. Selbst in jenen Kreisen der russischen Arbeiterschaft, die sich im zweiten Kriegsjahr einer wenn auch gemäßigten sozialpatriotischen Propaganda zugänglich zeigten, machte sich im dritten Kriegsjahr eine starke Ernüchterung bemerkbar, die eine geschlossene Kampffront des Proletariats gegen die Regierung wie gegen die imperialistische Bourgeoisie herstellte. In der Atmosphäre der allgemeinen Erbitterung gegen die Regierung bestand die große Gefahr, daß die Arbeiterklasse sich von der oppositionellen Bourgeoisie einfangen lassen und so zur Schleppenträgerin ihrer Kriegspolitik werden könnte (die Haltung der Arbeitergruppe im zentralen Kriegsindustrienausschuß neigte bereits unverkennbar in dieser Richtung hin). Indessen verhinderte der gesunde Klasseninstinkt der Arbeiterschaft, genährt und geleitet von der sozialdemokratischen Avantgarde, deren Propaganda sich mehr und mehr in der Richtung der Zimmerwalder Richtlinien entwickelte, und unterstützt von der grundsatztreuen Haltung der sozialdemokratischen Dumafraktion, diese Desorientierung des Proletariats. Vielmehr verstanden es die Arbeiter und ihre parlamentarischen Wortführer, die politische Krise auszunutzen, den Kampf der Bourgeoisie um die politische Macht den Zielen ihrer eigenen Bewegung dienstbar zu machen und dem schwankenden Gleichgewicht des in seinen Grundfesten erschütterten zaristischen Systems den Todesstoß zu versetzen.

Einen gewissen Einblick in diese Verhältnisse gewähren uns die Debatten in der Duma nach ihrer Wiedereröffnung am 27. Februar dieses Jahres. Sie tragen durchweg den Stempel der schärfsten Unzufriedenheit der Parteien des »fortschrittlichen Blocks« mit der Regierung. Krisenluft weht aus den Reden selbst gemäßigter bürgerlicher Parteiführer, die auf die bevorstehende Auflösung der Duma hinweisen. Doch während Kerenski, der Führer der »Arbeitsgruppe«, bei seiner Kritik der Liberalen noch betont, die bürgerliche Mehrheit wolle dem entscheidenden Kampf ausweichen, weil sie noch schwanke, nach welchem Ufer sie ihr Schifflein steuern solle, erklärt Genosse Tschaidse der liberalen Mehrheit klipp und klar, daß sie überhaupt nicht mehr in der Lage sei, ihre Taktik frei wählen zu können:

Es gibt einen Umstand, der Sie hindern wird, denselben Weg zu gehen, den Sie bisher gegangen sind. Der Krieg hat zahlreiche Überraschungen gezeitigt, und eine dieser Überraschungen besteht darin, daß ungeachtet des Bürgerfriedens die Klassengegensätze sich verschärfen und solche Fragen in Rußland auftauchen, die Sie zum Teil schon längst ad acta gelegt haben. Freiwillig werden Sie diesen Fragen nicht gegenüberreten wollen, denn wer von Ihnen wäre geneigt, für eine Lösung der Agrarfrage mittels der Bodenenteignung einzutreten oder die Fragen der Koalitionsfreiheit, des Achtstundentags nun zu lösen. Selbstverständlich niemand. Ebenso würde niemand von Ihnen entscheidende Schritte zur Verwirklichung der politischen Freiheiten und der Demokratisierung des Landes unternehmen. Es ist aber der Augenblick gekommen, wo eine freie Wahl der Taktik fast unmöglich ist. Zur Lösung der Aufgaben, die Rußland zu bewältigen hat, ist diese Regierung unfähig. Dies ist ein Umstand, der die Wahl Ihrer Taktik ein-

engt; der andere ist der, daß diese Regierung dem Abgrund zueilt und daß es vorteilhafter sein würde, sich von ihr zu trennen, um nicht auch in den Abgrund gerissen zu werden. Bemühen Sie sich also, zunächst die Frage zu beantworten, ob Sie Ihre imperialistischen Bestrebungen preisgeben oder denselben Weg wie bisher verfolgen werden. Wir jedoch sagen Ihnen, daß Rußland, unabhängig von der Wahl, die Sie treffen, den Weg beschreiten wird, der uns mit Ehren aus unserer jetzigen Lage hinausführt.

III.

Diese Erklärung gab Tschaidse am 27. Februar in der Duma ab. Am 10. und 11. März fanden in Petersburg bereits Straßenkämpfe statt, und am 12. konstituierte sich sowohl das Exekutivkomitee der Duma, das jetzt als provisorische Regierung fungiert, wie der — nach dem Muster von 1905 organisierte — Delegiertenrat der Petersburger Arbeiter, der allem Anschein nach der eigentliche Träger der Revolutionsbewegung ist. Eine eingehende, auf russischen Quellen fußende Darstellung der Ereignisse, die sich vor und nach dem 12. März abspielten, muß einer späteren Schilderung vorbehalten bleiben. Hier kommt es vorläufig nur darauf an, die treibenden Kräfte und die wichtigsten Momente des russischen Umsturzes festzuhalten. Und da muß in erster Linie darauf hingewiesen werden, daß das Wort Tschaidses von der Taktik, die der Bourgeoisie von den Ereignissen aufgezwungen werden würde, sich vollkommen bewahrheitet hat. Als der Zar, nach kaum zweiwöchiger Tagung der Duma, das Vertagungsdekret erließ, gab es für die oppositionelle Mehrheit kein Zurück, denn ihr drohte mit der Diktatur Protopopows und der Zurückweisung ihrer immerhin noch recht bescheidenen Forderungen der politische Bankrott. Zugleich zwang die anschwellende Massenbewegung auf den Straßen Petersburgs, die nach Brot und Frieden schrie, zum selbständigen Handeln, um Gewalt über diese Bewegung zu erlangen. Deshalb setzte die Duma ihr Exekutivkomitee ein, fuhr aber zugleich fort, mit dem Zaren zu verhandeln, um ihre Forderung nach einem verantwortlichen Ministerium durchzusetzen. Der Zar lehnte aber ab und teilte der alten Regierung mit, er werde den Generalstabschef Alexejew als Diktator nach Petersburg senden. Nun hatte die bürgerliche Mehrheit keine Wahl. Angesichts des drohenden Strafgerichts wurden sogar die treuergebenen Herren Rodsjanko, Miljukow usw. zu Rebellen. Sie mußten Tschaidse und Kerenski, die wegen der Verhandlungen mit dem Zaren am 12. aus dem Exekutivkomitee ausgetreten waren, zurückberufen und deren Forderungen akzeptieren, um sich unter den Schutz des Arbeiterdelegiertenrats zu stellen, dem sich immer größere Teile der Garnison anschlossen. Erst dann kam die Revolution zur ungehinderten Entfaltung und erzielte in wenigen Tagen nicht nur die völlige Abdankung des Zaren, den Rücktritt seines Bruders Michael Alexandrowitsch, die Entfernung aller Romanows von Befehlshaberposten, sondern auch den Anschluß der Armeen, die Besitzergreifung der Exekutive durch die provisorische Regierung und die Kapitulation der letzteren vor den Forderungen der Arbeiter.

In wenigen Tagen hat die Revolution, getragen von der Arbeiterschaft, den proletarischen Elementen der Armee und einem Teil der demokratischen Intelligenz, beispiellose Siege errungen und Ziele verwirklicht, die unendlich weit über die Ziele der bürgerlichen Opposition hinausreichen. Gutschkow

hat in seinem oben zitierten Brief einen feinen Instinkt bewiesen: die Kampfmittel der Bourgeoisie haben sich in der Tat als sehr »zweischneidig« erwiesen und den Funken der liberalen Opposition zu einer Feuerbrunst entfacht, die die Machtstellung der Bourgeoisie ernstlich bedroht. Man kann sich die Beklemmung vorstellen, von der die oktobristisch-kadettische Mehrheit der provisorischen Regierung und des nationalen Ministeriums angesichts der enormen Machtstellung der äußersten Linken erfüllt ist. Allerdings sitzt nur ein Vertreter der »Arbeitsgruppe« — Kerenski — als Justizminister im Kabinett und nur ein Sozialdemokrat — Tschcheidse — in der provisorischen Regierung. Die beiden bilden aber nicht eine Dekoration, wie es die Bürgerlichen wohl gerne möchten, sondern üben kraft der Unterstützung, die ihnen von der Demokratie zuteil wird, einen so starken Druck auf die Politik der neuen Regierung aus, daß nicht nur die bisherige Machtstellung der Bourgeoisie, sondern auch ihre ganze Kriegspolitik ernstlich in Frage gestellt ist.

Es ist recht bezeichnend, daß es keineswegs die Frage der Staatsform, sondern der klassende Gegensatz in der Frage der inneren Machtverteilung und der Kriegsfrage ist, der die bürgerlichen Parteien Rußlands wie Englands und Frankreichs mit Besorgnissen erfüllt. Mit der Abdankung des Zaren und der Republik scheinen sich — vorläufig wenigstens — selbst die strammen Monarchisten im progressiven Block abgefunden zu haben. Berichtet doch General Ruskij in der vom Exminister Protopopow gegründeten »Ruskaja Wolja« vollkommen ruhig über die Abdankungsszene Nikolais II.:

Ganz allein ging er in Erwartung der Dumaabgesandten auf dem Bahnsteig auf und ab, und kein Mensch, weder Soldaten noch Volk, nahm von ihm Notiz. Denn man wußte bereits, daß er den Thron verloren hatte.

Ebenso schnell strich der Heilige Synod, die Zitadelle der klerikalen Reaktion, die Gebete für den Zaren und die kaiserliche Regierung aus der Kirchenliturgie und begrüßte die Revolution als ein dem lieben Gott wohlgefälliges Werk, dem sich alle guten Christen zu fügen hätten. Nicht minder schnell vollzog die liberale Kadettenpartei, deren politische Doktrin bisher auf der konstitutionellen Monarchie aufgebaut war, ihre Schwenkung zur republikanischen Partei, offensichtlich von dem Bestreben erfüllt, auf diesem Wege einen Teil der kleinbürgerlichen Demokratie für sich einzufangen. Das alles sind Dinge, die geschichtspsychologisch recht interessant sein dürfen, die aber den Kern der politischen Gegensätze nur wenig berühren. Dieser Kernpunkt aber ist momentan die Frage der Konstituante und die Frage des Friedens, mit anderen Worten: die Liquidation des Krieges und der bestehenden Ordnung.

Diese Frage ist für die zur Macht gelangte Bourgeoisie in der Tat eine Lebensfrage. Wie die Dinge heute liegen, ist eine Gegenrevolution wie 1905/06 kaum zu befürchten. Dazu fehlen den Parteigängern der feudalmönarchischen Reaktion jene Stützpunkte, jene realen Machtfaktoren, die die Niederlage der ersten Revolution herbeiführten. Wohl aber ist zu befürchten, daß die Dumamehrheit und damit auch die Mehrheit der provisorischen Regierung und des Kabinetts nur auf den günstigen Augenblick lauert, um ihre Versprechungen rückgängig zu machen, sich des Druckes der äußersten Linken zu entledigen, die Einberufung der Konstituante hinauszuschleiben und das allgemeine Wahlrecht zu annullieren. Denn in dem Augenblick, wo wirklich

eine Konstituante auf Grund des allgemeinen Wahlrechts zusammentritt, ist es mit der Herrlichkeit jener Parteien zu Ende, die wie die Oktobristen und Nationalisten ihre Existenz und ihre Machtposition lediglich dem infamen Wahlgesetz Stolypins verdanken. Dann wird auch voraussichtlich mit allen Kriegszielen aufgeräumt, die die russische Bourgeoisie trotz ihrer innerpolitischen Erfolge noch immer in ihrem Busen zu hegen scheint.

Hier, auf diesem Gebiet werden voraussichtlich die künftigen, unvermeidlichen Schlachten der Revolutionsarmee gegen Adel und Bürgertum geschlagen werden. Hier werden die Arbeiter Rußlands und die zu ihnen neigenden demokratischen Schichten zeigen müssen, daß sie aus den Erfahrungen der westeuropäischen Revolutionen und des Jahres 1905 gelernt haben, das einmal Eroberte festzuhalten und sich vor reaktionären Attentaten und Rückschlägen durch Verankerung ihres Einflusses in den breiten Massen und durch Sicherung realer Machtpositionen zu schützen. Hier wird es auch von dem entschlossenen Kampfe der russischen Demokratie um den Frieden, um einen Frieden der demokratischen Verständigung, wie ihn unsere russischen Genossen Hand in Hand mit den sozialistischen Minderheiten in allen kriegführenden Ländern schon lange fordern, wie von dem Echo, das dieser Kampf finden wird, abhängen, ob die russische Revolution nicht nur dem Zarismus, sondern auch dem Kriege ein Ende bereitet und den eisernen Ring durchbricht, der der Menschheit den Weg zum Frieden versperrt.

Die Ausichten der russischen Revolution.

Von K. Kautsky.

1. Proletariat und Bourgeoisie.

Die erste Frage beim Ausbruch der Revolution in Rußland war natürlich die, wie sie auf das Kommen des Friedens wirken werde. Davon haben wir bereits in einem früheren Artikel gehandelt (*»Der Eispalast«*, Nr. 26 des vorigen Bandes). Aber so wie der jetzige Krieg an Gewaltigkeit den Russisch-Japanischen weit überragt, so verspricht auch die jetzige Revolution das russische Reich noch tiefer umzuwälzen, als es die von 1905 tat. Wenn sie sich behauptet, wird ihre Wirkung weit über Rußland hinausgehen, wird sie zum Anfang einer neuen Epoche für ganz Europa werden. Denn trotz aller nationalistischen Verhegung ist die internationale Verflechtung des Staatslebens der Völker Europas bereits zu weit gediehen, als daß ein so ungeheures Ereignis wie die Verwandlung des Zarenreichs in eine demokratische Republik ohne Rückwirkungen auf die anderen Staaten bleiben könnte.

Behauptet sich die Demokratie in Rußland, so erhält sofort das österreichische sowie das polnische Problem ein neues Gesicht. Der Gedanke der Selbständigkeit Polens wie der Erhaltung Osterreichs zog bei den sie bewohnenden Volksmassen seine Kraft aus dem Hass und der Furcht, die der Despotismus des benachbarten Rußland einflößte. Das ändert sich, wenn dieses die Form der Vereinigten Staaten Osteuropas annimmt. Auch das Balkanproblem wird damit ein ganz anderes.

Noch tiefergehend als diese Umwälzung der äußeren Politik Osteuropas muß die der inneren Politik ganz Europas werden. Ihre notwendige Folge

ist ein gewaltiger Aufschwung der politischen Macht der arbeitenden Klassen im gesamten Bereich des Kapitalismus.

Aber freilich, immer vorausgesetzt, daß die Revolution sich behauptet und nicht einer Gegenrevolution erliegt. Das Schicksal der Revolution von 1905, auch das der Revolution von 1848 löst manchen bangen Zweifel aus. Jeder von uns, der nicht am Augenblick klebt, hat da wohl das Bedürfnis, sich klar zu werden über die Aussichten der Revolution.

Zunächst hängen sie, da sie mitten im Krieg ausbrach, von der Art seines Fortganges und Abchlusses ab, nicht zum wenigsten von der Art, wie die einzelnen der kriegführenden Mächte sich zur Revolution stellen und sich geneigt zeigen, entweder mit ihr zu paktieren oder sie zu bekämpfen. Eine kriegerische Katastrophe des russischen Gemeinwesens könnte auch zu einer Katastrophe der Revolution werden.

Insofern hängen ihre Aussichten von der Haltung der Regierungen der kriegführenden Staaten, aber auch von der ihrer sozialdemokratischen Parteien ab, darunter vor allem von der Sozialdemokratie Deutschlands.

Ist aber die Revolution nicht schon durch die ökonomische Rückständigkeit Rußlands zum Scheitern verurteilt?

Der »Vorwärts« stellte in seinem Revolutionsartikel zum 18. März die Frage: »Hat das russische Volk durch die Revolution seine Lage gebessert?« Und er gab die Antwort:

Die Zukunft wird es lehren! Einstweilen hat es nur die Herrschaft des Absolutismus mit jener der Bourgeoisie vertauscht!

Ebenso gut könnte man fragen: Was hat das französische Volk in seiner großen Revolution erreicht? Es hat damals nur die Herrschaft des Absolutismus mit der der Bourgeoisie vertauscht.

Zunächst ist es abgeschmackt, die Herrschaft des Absolutismus in Vergleich zu bringen mit der der Bourgeoisie. Der Absolutismus ist eine Staatsform, die Bourgeoisie eine Klasse, die unter den verschiedensten Staatsformen herrschen kann. Ziehen wir nicht den unsinnigen Vergleich zwischen dem Bestehen einer Staatsform und der Herrschaft einer Klasse, sondern vergleichen wir Staatsform mit Staatsform, dann kommen wir zu dem Ergebnis: Das russische Volk hat den Absolutismus mit der Demokratie vertauscht. Verdient dieser Tausch das Prädikat »nur«? Der »Vorwärts« selbst betont in dem gleichen Artikel: »Wir brauchen Demokratie.«

»Einstweilen« ist es auch nicht richtig, daß wir in Rußland die »Herrschaft der Bourgeoisie« haben. Diese steht vielmehr ziemlich hilflos den Ereignissen gegenüber, von denen sie fortgerissen wird.

Aber das ist freilich ein Zustand, der nicht lange dauern kann. Die Konsolidierung der Zustände des neuen Staatswesens hängt eng zusammen mit der Entscheidung der Frage: Herrschaft des Proletariats oder Herrschaft der Bourgeoisie?

Es gibt keine bürgerliche Revolution, die sich vollzogen hätte ohne die tatkräftige Mitwirkung des Proletariats. Aber in den ersten bürgerlichen Revolutionen von 1642 bis 1848 trat die Masse des Proletariats in den revolutionären Kampf zunächst ohne ausgesprochenes Klassenbewußtsein ein. Erst im Laufe der revolutionären Entwicklung, in der ersten englischen und der großen französischen Revolution erst nach Jahren und nur zu einem geringen Teil, kam es dazu, seine besonderen Interessen und seine besonderen

Auffassungen von Staat und Gesellschaft den bürgerlichen entgegenzusetzen. Aber seitdem hat das Proletariat ein scharf ausgeprägtes Klassenbewußtsein entwickelt, und dies ist nicht auf die ökonomisch höchststehenden Länder beschränkt geblieben, sondern hat sich auch den ökonomisch rückständigen mitgeteilt, wenn sie nur einen modernen Kapitalismus und ein modernes Proletariat erlangt hatten. Die städtischen Proletarier Rußlands haben ein starkes Klassenbewußtsein, und ihre sozialistischen Führer sind bewaffnet mit dem Wissen des zwanzigsten Jahrhunderts.

Das besagt aber, daß sie in eine Revolution von vornherein in starkem Gegensatz zu jedem bürgerlichen Regiment eintreten, daß sie diese Gegnerschaft nicht erst in ihrem Verlauf entwickeln.

Dabei war aber die bisherige Staatsordnung Rußlands eine derartige, daß sie nicht bloß die proletarische, sondern ebenso die bürgerliche Entwicklung aufs schwerste hemmte, den Staat dem Ruin entgegenführte. Die Beseitigung des Absolutismus war auch für die Bourgeoisie dringend geboten, seine gewaltsame Beseitigung jedoch nicht möglich ohne Mitwirkung des Proletariats, das unter den gegebenen Verhältnissen von der Bourgeoisie aufs äußerste gefürchtet wurde. So leistete sie dem absolutistischen Regime nur höchst schwächlichen Widerstand, der Zarismus mußte erst Rußland an den Rand des Abgrundes gebracht haben, ehe sie ihm energischer entgegentrat, der Not gehorchend, nicht dem eigenen Triebe. Aber um so mehr war dann die schließlich ausbrechende Revolution in ihrem Beginn überwiegend eine proletarische.

Wird sie diesen Charakter bewahren können angesichts der ökonomischen Rückständigkeit des Reiches? Und muß ein Sieg der bürgerlichen Mächte nicht alles wieder zunichte machen, was die Revolution errungen?

Das sind die Fragen, die sich uns aufdrängen. Es kann sich hier natürlich nicht darum handeln, zu prophezeien, mit Bestimmtheit zu sagen, ob die Revolution sich behaupten werde oder nicht. Darüber kann gar nichts gesagt werden. Aber wohl kann man aus den gegebenen Daten Schlüsse ziehen zur Beantwortung der Frage, ob von vornherein das Scheitern der Revolution eine Notwendigkeit ist.

2. Sozialismus.

Vor allem müssen wir uns klar werden über die Aufgaben, die einem revolutionären proletarischen Regime ersehen.

Zwei Dinge sind es, die das Proletariat dringend braucht: **D e m o k r a t i e** und **S o z i a l i s m u s**. Demokratie, das heißt weitestgehende Freiheiten und politische Rechte der Volksmassen, Verwandlung der Einrichtungen der Staats- und Gemeindeverwaltung in bloße Werkzeuge der Volksmassen. Und dann Sozialismus, das heißt Verwandlung der privaten Produktion für den Markt in gesellschaftliche, das heißt in staatliche, kommunale oder genossenschaftliche Produktion für die Bedürfnisse der Gesellschaft. Beides braucht das Proletariat in gleichem Maße. Gesellschaftliche Produktion ohne Demokratie könnte eine der drückendsten Fesseln werden. Demokratie ohne Sozialismus läßt die ökonomische Abhängigkeit des Proletariats bestehen.

Von den beiden großen Forderungen des Proletariats ist die der Demokratie ihm nicht allein eigentümlich. Auch andere Klassen können sie vertreten. Aber es ist freilich heute die einzige Klasse, die sie, als unterste aller

Klassen, mit größter Energie unter allen Umständen und in weitestgehendem Maße fordert und fordern muß.

Die des Sozialismus dagegen ist seine besondere Forderung. Alle anderen Klassen stehen auf dem Standpunkt der privaten Produktion und lassen gesellschaftliche Betriebe höchstens als vereinzelte Hilfsmittel der privaten Produktion, nicht als allgemeines Mittel ihrer Überwindung gelten.

Die beiden Forderungen unterscheiden sich auch dadurch, daß die eine, die Demokratie, mit einem Schlage erreichbar und überall durchführbar ist, wo die Volksmasse politische Interesse gewonnen hat, also überall, wo die Volksmasse sie fordert, während die andere nirgends sofort mit einem Male durchzuführen und in dem Ausmaß ihrer Durchführung von der Entwicklungshöhe des Kapitalismus abhängig ist.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß der russische Kapitalismus noch sehr wenig Ansatzpunkte bietet, die in sozialistischem Sinne zu entwickeln wären. Indes könnten auch dort schon erhebliche Schritte in diesem Sinne getan werden durch Verstaatlichungen großer Betriebe, der Eisenbahnen — soweit diese nicht schon Staatseigentum sind (die Eisenbahnen des russischen Reiches ohne Finnland haben eine Länge von mehr als 74 000 Kilometer erreicht, davon sind 54 000 Kilometer Staatsbahnen) —, der Bergwerke, namentlich der Kohlen-, Gold-, Petroleumgewinnung, sowie einzelner Riesenbetriebe der Schwerindustrie. Ferner durch Konfiszierung der Güter der entthronten Dynastie und der Klöster, Erwerbung des großen Grundbesitzes durch den Staat; endlich durch Übergabe von Grund und Boden an die Städte sowohl zur Herstellung billiger und gesunder Wohnungen wie zur Produktion von Lebensmitteln für ihre Bewohner.

Die Hauptsache wird freilich zunächst die Wahrung der proletarischen Interessen in der Privatindustrie bleiben müssen: ausgiebiger Arbeiterschutz, namentlich Achtstundentag; ausreichende Arbeiterversicherung, darunter besonders wichtig die Arbeitslosenversicherung, sowie Versorgung der Arbeiterbevölkerung mit billigen Lebensmitteln. Endlich die Deckung der Kosten, die aus diesen und anderen Ursachen dem Staat erwachsen, ausschließlich durch progressive Besteuerung der besitzenden Klassen.

Man mag das ein bürgerliches Reformprogramm, kein proletarisches Revolutionsprogramm nennen. Es kommt auf die Quantität an, ob es das eine oder das andere ist. Auch hier muß die Quantität, wenn sie entsprechend gesteigert wird, in eine neue Qualität umschlagen.

Es liegt in der Natur der Sache, daß das Proletariat trachten wird, sobald es festen Boden unter den Füßen fühlt, seine revolutionäre Macht in der hier angegebenen Richtung zu benutzen, und daß es dabei auf den Widerstand der Kapitalisten und großen Grundbesitzer stoßen wird. Wieviel es erreicht, wird von seiner relativen Macht abhängen.

Auch hier, in dem Ausmaß an proletarischer Macht, wird sich die ökonomische Rückständigkeit Rußlands geltend machen. Der Kapitalismus bildet die Voraussetzung des Sozialismus nicht nur insofern, als er seine materiellen Bedingungen, sondern auch darin, daß er die Menschen schafft, die ein Interesse daran haben, diesen ins Leben zu rufen: die Proletarier.

Nun ist der Zahl nach das industrielle städtische Proletariat Rußlands sicher noch gering. Das erhellt schon aus der Oeringfügigkeit der städtischen Bevölkerung. Im Jahre 1913 lebten von den 174 Millionen des russischen

Reiches fast 150 Millionen auf dem Lande und bloß etwas über 24 Millionen in den Städten. Dabei ist freilich zu bemerken, daß gerade wegen der Rückständigkeit des Staates, dem Mangel an Kommunikationen, der großen geistigen Isolierung der Landbevölkerung ihr politisches Gewicht gegenüber dem der Städte nicht ihrem Zahlenverhältnis entspricht, sondern geringer ist. Dies Mißverhältnis kann man in allen Staaten beobachten, aber es ist in unentwickelten größer als in vorgeschrittenen. Paris bedeutet heute keineswegs so viel für Frankreich wie vor hundert Jahren. Die politische Bedeutung Konstantinopels für die Türkei ist weit größer als die Berlins für Deutschland.

In den Städten Rußlands, namentlich den großen, spielt aber das Proletariat heute schon eine entscheidende Rolle.

Immerhin, das zahlenmäßige Übergewicht der Landbevölkerung ist zu gewaltig. Bei ihr liegt die Entscheidung, ob und inwieweit das Proletariat die starke Stellung, die es jetzt innehat, behaupten wird.

Von ihr hängt aber auch ab, ob die Demokratie überhaupt aufrecht-erhalten wird.

3. Demokratie.

Die Demokratie ist für den Moment noch wichtiger als die ökonomische Hebung des Proletariats. Wohl würde sie bald haltlos in der Luft schweben, wenn sie nicht rasch die Mittel fände, die Lage der arbeitenden Massen erheblich zu verbessern, aber diese augenblickliche Wirkung ist nicht ihre wichtigste. Diese besteht vielmehr darin, daß die Demokratie allein die Grundlage bietet, auf der ein dauernder Aufstieg der proletarischen Massen möglich ist.

Sie hat für diese nicht bloß die Bedeutung, daß sie ihnen ermöglicht, Machtpositionen zu gewinnen. Sie ist für das Proletariat unschätzbar auch dort, wo sie ihm vom Standpunkt der Realpolitik aus keine sofort greifbaren Vorteile bietet.

Um sich befreien zu können, müssen die Proletarier nicht nur bestimmte materielle Vorbedingungen vorfinden und zahlenmäßig stark sein, sie müssen auch neue Menschen geworden sein, begabt mit den Fähigkeiten, die erheischt sind für die Neuordnung von Staat und Gesellschaft. Diese Fähigkeiten erlangen sie nur durch den Klassenkampf, der, wenn er als Kampf der sich selbst regelnden, nicht von geheimen Komitees dirigierten proletarischen Massen geführt werden soll, demokratischer Rechte und Freiheiten bedarf.

Was immer das neue russische Staatswesen den Proletariern an materiellen Errungenschaften und Machtpositionen augenblicklich bieten mag, diese Frage tritt zurück an Bedeutung hinter der der Festhaltung der Demokratie. Das ist die weitaus wichtigste Seite der heutigen russischen Revolution. Sie wird aufs lebhafteste umstritten werden.

Wir müssen mit Versuchen einer Gegenrevolution rechnen. Welches sind ihre Aussichten?

4. Die Lehren einer Revolution.

Vor allem müssen wir erwägen, daß es die zweite Revolution binnen wenigen Jahren ist, die Rußland jetzt durchmacht. Revolutionen sind aber harte Lehrmeister, aus denen jedes Volk, das mit ihnen zu tun bekommt, gewaltig viel lernt; nicht nur seine beherrschten und ausgebeuteten, sondern auch seine herrschenden Klassen.

Bekannt ist die außerordentliche politische Klugheit der England regierenden Klassen, ihr aufmerksames Studium der Bedürfnisse und Forderungen des arbeitenden Volkes, ihre Fähigkeit, bei allem zähen Festhalten an ihren Privilegien und Ausbeutungsobjekten doch stets den richtigen Moment zu erkennen, wenn eines davon nicht mehr aufrechtzuerhalten ist, und dies Privileg und Ausbeutungsobjekt oder doch ein Stück davon zu opfern, um die Gesamtheit der Herrschaft und Ausbeutung zu retten. Dank dieser klugen Politik ist die politische Entwicklung Englands im neunzehnten Jahrhundert eine viel stetigere gewesen als die des Kontinents. Dies ist nicht einer angeborenen Rasseigenförmlichkeit oder höheren Intelligenz der Engländer zuzuschreiben, sondern groÖtenteils dem Umstand, daÖ sie früher als andere Nationen im Zeitalter des Kapitalismus als Folge des Versuchs gewaltsamer Niederhaltung und Niederdrückung des Volkes drei Revolutionen durchmachten. Unter ihnen war am wenigsten tiefgehend die zweite, die Verjagung Jakobs II. 1688, die »glorreiche Revolution«, die dem bürgerlichen Denken gerade deshalb »glorreich« erschien, weil sie nicht von den Volksmassen ausging, sondern von einer Fraktion der herrschenden Klassen. Ganz anderen Charakter trugen die zwei groÖen Volkserhebungen, die von 1642 bis 1660, die 1649 zur Hinrichtung des Königs Karl I. führte, und die der amerikanischen Kolonien, die 1774 ihren Anfang nahm und 1783 mit der Anerkennung ihrer Unabhängigkeit endete.

Die englische Republik des siebzehnten und die amerikanische des achtzehnten Jahrhunderts übten tiefen Eindruck auf das gesamte englische Volk. Sie hoben ebenso sehr das Selbstbewußtsein seiner unteren Klassen, wie sie den oberen Vorsicht und Entgegenkommen gegenüber den beherrschten Massen beibrachten.

Die gleichen Lehren empfängt Rußland jetzt seit zwölf Jahren zum zweiten Male. Sie müssen auf seine oberen wie auf seine unteren Klassen ähnlich wirken wie die englischen Revolutionen auf die Englands und damit schon eine starke Schranke gegen eine Konterrevolution aufrichten.

5. Die Armee.

Freilich braucht diese Schranke noch nicht unübersteiglich zu sein. Die herrschenden Klassen Frankreichs empfingen seit 1789 zu wiederholten Malen die gleichen Lehren, und doch hat das dort Gegenrevolutionen nicht gehindert. Dies rührt von der Bedeutung her, die dort die *Armee* erlangt hatte.

Die frühzeitigen und starken Eindrücke der englischen Revolutionen hätten für sich allein nicht genügt, den herrschenden Klassen Englands Bedenken gegen jeden Versuch gewaltsamer Niederwerfung einer starken Volksbewegung einzulösen, wenn nicht dazu das Fehlen einer groÖen stehenden Armee gekommen wäre. England entwickelte seit seiner Revolution einseitig bloÖ seine Seemacht, und die anderen Völker Europas fanden sich schließlich mit seiner Seeherrschaft deshalb ab, weil ihm jede erhebliche Landmacht fehlte, die ihnen zu Lande hätte bedrohlich werden können. Mit der Flotte kann man jedoch nur nach auÖen mächtig werden, nie nach innen. Die anderen GroÖmächte Europas dagegen entwickelten vornehmlich ihre Landheere und schufen sich damit ein Mittel, nicht nur nach auÖen hin, sondern auch dem eigenen Volke gegenüber Macht zu entwickeln. Dadurch wurden die Regierungen der Kontinentalmächte der aufsteigenden Demokratie gegenüber so gut wie unüber-

windlich, solange sie ihrer Armee sicher waren, diese ihnen nach innen ebenso wie nach außen willenlos gehorchte. Die Position einer Regierung wurde dagegen einer Volkserhebung gegenüber unhaltbar, sobald das Militär unzuverlässig wurde oder gar sich auf die Seite des Volkes schlug. Vom Bastillensturm an bis zu den Tagen der Pariser Kommune siegt in Frankreich das Volk, wenn die Armee schwankt, siegt die Gegenrevolution, wenn die Regierung ihrer Truppen sicher ist.

Das selbe gilt für Rußland. Die Auflösung seiner Armeen nach den Niederlagen in der Mandchurei brachte im Verein mit der Hochstuf der Massenstreiks 1905 den Sieg der Revolution. Die Gegenrevolution setzte ein, als die Regierung wieder zuverlässige Truppen in der Hand hatte.

Wird es diesmal wieder so gehen? Wird es den gegenrevolutionären Eliten wieder gelingen, die Armee für sich zu gewinnen und mit ihrer Hilfe die Revolution niederzuschlagen? Das ist die Schicksalsfrage für diese. Zum Glück liegt heute die Situation ganz anders als 1905. Damals gelang es den Revolutionären wohl, den Zaren zum Nachgeben in der Frage der Verfassung zu bringen, nicht aber, sein Regime zu stürzen. Das Kommando über die Armee blieb damit in seinen Händen, und er konnte es benutzen, die zuverlässigen Elemente der Armee in den bedrohten Punkten zu konzentrieren.

Diesmal haben die Revolutionäre die Exekutivgewalt erobert und damit auch die Verfügung über die Armee. Eine Gegenrevolution hieße jetzt zunächst nicht Niederwerfung des Volkes durch die Regierung, sondern Niederwerfung der Regierung durch die Führer der Armee in einem Staatsstreich: das, was Napoleon I. am 18. Brumaire 1799 vollbrachte.

Die Situation für einen Staatsstreich könnte günstig werden, wenn der Krieg fortginge und von der Armee mit Begeisterung geführt würde. Das setzt voraus, daß Rußlands Gegner seine neugewonnene Freiheit mit Vernichtung bedrohten. Dadurch würde wohl die Armee zu einem starken, einheitlichen Willen zusammengeschweißt. Doch auch das brauchte sie noch nicht zum Werkzeug eines Napoleon zu machen. Vor allem: wo soll der Napoleon herkommen? Das Zeitalter der märchenhaften Erfolge des Niederschlagungskriegs ist vorüber, nicht minder das der großen Vorteile, die ehemals den Offizieren und oft selbst dem gemeinen Manne aus der reichen Beute zuströmen, die dem Sieger zufiel. Der Soldatengeist, den die heutige Art der Kriegsführung erzeugt, ist ein ganz anderer als der der Napoleonischen Armeen, und deshalb werden auch die Armeen Rußlands nicht so leicht einem General jene überwältigende Macht verschaffen, die ihn zu einem Staatsstreich befähigen würde. Übrigens darf man nicht vergessen, daß selbst der gewaltige Napoleon es nie wagte, den revolutionären Charakter seiner Armee aus den Augen zu lassen. Er konnte sie nur dadurch seinen Zwecken dienstbar machen, daß er als der Träger der Revolution das feudale, monarchische Europa in Trümmer schlug.

Die Benutzung der Armee zu Zwecken der Gegenrevolution in Rußland ist also heute keine so einfache Sache, wie sie manchen erscheint.

Wie aber, wenn die revolutionäre Regierung selbst, die überwiegend in bürgerlichen Händen ist, eines Tages des proletarischen Druckes überdrüssig würde und ihn mit Hilfe der Armee zu beseitigen suchte? Im Juni 1848 war es die revolutionäre Regierung, die zu Paris die Armee gegen das Proletariat aufbot. Dieser Fall kann sicher wieder vorkommen. Doch ist dabei

zweierlei zu bedenken: Einmal ist die russische Armee während dieses Krieges mit ihren rasch herangeholten Millionen von Neulingen viel mehr ein Volksheer, viel weniger ein Berufsheer als die französische Konskriptionsarmee mit ihrer langen Dienstzeit von 1848. Und dann war auch für dieses die Stimmung der Bevölkerungsklassen nicht gleichgültig, aus denen es sich rekrutierte. Noch weit mehr gilt das für das heutige russische Heer. Hier wie dort finden wir aber als die für die Armee entscheidende Bevölkerungsklasse die Bauernschaft. In den Heeren war bisher die Bauernschaft stärker vertreten als in der Bevölkerung. Der Bauer gilt als der beste Soldat, der Kern der Armee. Wo die Bauern die große Mehrheit der Bevölkerung ausmachten, bestimmten sie vollständig den Charakter des Heeres.

6. Die Bauern.

In der Tat geht in den revolutionären Epochen Frankreichs wie Rußlands die Stimmung des gemeinen Mannes in der Armee parallel mit der der Bauernschaft.

Hier stoßen wir auf den dritten Faktor, der die herrschenden Klassen in England bisher zu einer klügeren und weniger auf gewaltsame Niederhaltung berechnete Taktik gegenüber den Volksmassen zwang, als auf dem Kontinent. In England fehlt schon seit Jahrhunderten das große Gegengewicht gegenüber dem industriellen Proletariat, der Bauer. In den kontinentalen Revolutionen entschied dieser ihr Geschick.

Solange feudale Zustände herrschen, neigt der Bauer dazu, mit der städtischen Demokratie der Kleinbürger und Proletarier Hand in Hand zu gehen. Entscheidend sind dabei für ihn ökonomische Gründe. Er will die feudalen Lasten loswerden, sich des feudalen Grundeigentums bemächtigen. Um dies zu erreichen, verbündet er sich mit den Demokraten der Städte, vom großen Bauernkrieg an bis zur großen Revolution.

Dagegen liegt ihm zunächst die moderne Demokratie, die die Regierung des ganzen Staates dem Volke unterordnen will, weniger am Herzen. Die Bauern der einzelnen Dörfer und Gaue, des Lesens und Schreibens unkundig, ökonomisch sich selbst genügend, ohne ständigen Verkehr mit der großen Welt, ohne Verständnis und Interesse für die Staatspolitik, legten lange auf die staatliche Demokratie geringen Wert. Für ihre Kirchturnspolitik genügte die Gemeindemokratie.

Im Kampfe gegen die Feudalherren und deren Beschützer, im Kampfe um die Gewinnung der Güter der Kirche und der Emigranten gesellten sich in der französischen Revolution die Bauern zu den Revolutionären der Städte.

Den Kampf um die Demokratie im Staate überließen sie dagegen fast ganz den Städtern. Sie bildeten einen Wall gegen die Konterrevolution, soweit diese mit der Wiederherstellung feudaler Zustände drohte. Die republikanische Freiheit dagegen ließen sie leicht im Stich. Napoleon war ihr Mann. Er schützte ebenso die ökonomischen Errungenschaften der Revolution, wie er ihre demokratischen mit Füßen trat.

Erwies sich der Bauer als energischer Verfechter der ökonomischen, als lauer Freund der demokratischen Revolution, so trat damals noch ein drittes Moment zutage. Der Bauer zeigte bereits die Ansätze zu direkter Feindschaft gegen die Städte dort, wo die Preisbestimmung der Lebensmittel durch die Politik für ihn entscheidend wurde.

Im allgemeinen trifft diese Frage für den Bauern in den Zeiten der großen Revolution und noch in manchem Jahrzehnt später nicht stark hervor. Sein Betrieb beruhte zum größten Teil auf der Produktion für den Selbstverbrauch. Er kaufte wenig und brauchte daher nicht viel zu verkaufen, wenn seine Steuern gering gewesen wären. Deren Herabsetzung war für ihn wichtiger als die Preise der Lebensmittel. Wenn aber Verhältnisse eintreten, in denen der Preis der Lebensmittel für ihn Bedeutung erhält, und gleichzeitig die Politik ein Mittel wird, diese Preise herabzudrücken, dann tut sich ein scharfer politischer Gegensatz zwischen den Städtern und den Bauern auf.

Das trat zutage 1793, als Frankreich von allen Seiten von feindlichen Heeren bedrängt und von der Zufuhr des Auslandes abgeschnitten wurde. Da sah sich die städtische Demokratie zu einer Politik der Höchstpreise gedrängt, gegen die sich die Bauern auflehnten, was einen Zwiespalt in die Einheit der revolutionären Kräfte hineintrug.

Das war damals nur ein vorübergehendes Moment, das mit der Übermacht der feindlichen Armeen verschwand. Aber rasch entwickelte sich seitdem die Warenproduktion. Der Bauer produzierte immer weniger für den Eigengebrauch, immer mehr für den Markt. Entwickelte sich gleichzeitig die Industrie in einem solchen Maße, daß die Lebensmittelproduktion des Landes nicht mehr ausreichte, den Bedarf der industriellen Bevölkerung zu decken, dann geriet die Preisgestaltung für Lebensmittel auf dem inneren Markt in starke Abhängigkeit von der Art der Handelspolitik. In dem Kampf um sie tritt da ein großer Gegensatz zwischen der Bauernschaft und der städtischen Demokratie zutage, der nun ein dauernder wird.

Es ist ein Anachronismus, wenn eine sozialdemokratische Partei unter solchen Umständen immer noch das aus früheren revolutionären Zeiten überlieferte Bündnis der Proletarier mit den Bauern erneuern will und sich zu diesem Zweck ein Agrarprogramm schafft. In Staaten, in denen die Entwicklung so weit gediehen ist, wie hier angegeben, beruht die Kraft des Proletariats nicht auf der Verbindung mit den Bauern, sondern auf seiner eigenen Überzahl. Auf dem Lande zieht es da seine Kraft daraus, daß dort ebenfalls die Klassenscheidung zwischen Besitzenden und Besitzlosen eintritt, wenn auch vielfach weniger stark wie in den Städten. Das Schicksal der Demokratie hängt in ökonomisch so weit vorgeschrittenen Staaten nicht mehr von der Bauernschaft ab. Ganz anders in einem Lande wie Rußland. Hier wird sie entscheidend. Noch kann aber niemand sagen, wie die Entscheidung fallen wird. Denn der russische Bauer hat im letzten Jahrzehnt einen großen Umwandlungsprozeß durchgemacht, dessen Wirkungen noch nicht feststehen.

7. Der russische Bauer von heute.

Bis zur Revolution von 1905 hatte die Lage des russischen Bauern noch manche Berührungspunkte mit der des französischen von 1789. Wohl war er die Leibeigenschaft losgeworden, aber in den Stand der Freiheit trat er mit solcher Armut und Unwissenheit, daß er zu rationeller, intensiver Landwirtschaft unfähig war. Sein Betrieb verkam immer mehr, während sein durchschnittlicher Landanteil infolge der rasch wachsenden Bevölkerung sich zusehends verkleinerte. Land, mehr Land war das dringendste Bedürfnis für ihn geworden.

Weniger berührten ihn die Forderungen der staatlichen Demokratie, solange Analphabetentum und mangelnder Verkehr ihm die staatliche Autorität als etwas Unerreichbares, Unfaßbares erscheinen ließen, solange sein Denken von dem Sprichwort beherrscht wurde: Der Himmel ist hoch, und der Jar ist weit.

Als 1905 die Proletarier der Städte das Jarentum auf die Knie warfen, bildete das ebenso wie 1789 der Bastillensurm ein Signal für revolutionäre Erhebungen von Bauern, die nun nach den Gütern der Kirche und des Adels verlangten und erkannten, daß sie das Proletariat der Städte zu unterstützen hätten. Aber noch war die bäuerliche Isoliertheit zu groß, daß die Bauernschaft des gesamten Staates sich einmütig erhoben hätte. Wie 1525 im Deusschen Bauernkrieg verzettelte sich die bäuerliche Bewegung Rußlands 1905 in lokalen, zusammenhanglosen Erhebungen, die teils eine nach der anderen von zuverlässig gebliebenen Truppen gewaltsam niedergeworfen, teils durch listige Versprechungen beschwichtigt wurden. So fehlte der proletarischen Erhebung der Städte der nötige Rückhalt. Sie unterlag.

Noch die Gefahr war für Adel und Absolutismus eine furchtbare gewesen. Sie verstanden die Warnung. Auf der einen Seite suchten sie dem Landhunger der Bauern einen ungefährlichen Abfluß zu verschaffen durch Förderung der Auswanderung nach Sibirien, andererseits aber suchten sie den Landhunger gegenstandslos zu machen dadurch, daß dem Bauern die Möglichkeit gegeben wurde, zu intensiverem Betrieb überzugehen. Zu diesem Zwecke wurden Methoden in Anwendung gebracht wie zum Beispiel die Aufhebung der Reste des Dorfkommunismus, die die Spaltung der Landbevölkerung in Wohlhabende und Besitzlose ungemein förderten. In dem wohlhabenden Teil der Bauernschaft hoffte der Absolutismus sich eine reaktionäre Garde zu schaffen oder zum mindesten durch ihn die revolutionären Tendenzen der Landbevölkerung zu lähmen. Das Aufkommen dieser wohlhabenden Schicht sowie die Intensivierung des bäuerlichen Betriebs wurden erleichtert durch einen Faktor, den der Absolutismus weder herbeführen noch auch voraussehen konnte, durch das Steigen der Getreidepreise auf dem Weltmarkt, das gerade nach der ersten russischen Revolution einsetzte.

Wie weit diese Veränderungen gedrungen sind und das Denken und die Ziele der russischen Bauernschaft beeinflusst haben, läßt sich zurzeit nicht absehen. Aber man kann mit Sicherheit annehmen, daß sie den Landhunger des Bauern nicht stillten. Den des proletarisierten konnten sie nur steigern. Und beim wohlhabenden ist er wohl nicht stark genug, ihn zu einer Revolution zu drängen, aber genügend stark, ihm die Ausbeutung einer bereits vollzogenen Revolution zu diesem Zweck willkommen erscheinen zu lassen. Haben die Bauern aber einmal aus den Händen der Revolution Land empfangen, dann sind sie damit an sie gekettet und werden sich jeder Gegenrevolution widersetzen, die sie mit dem Verlust des neugewonnenen Bodens bedroht. Hier liegt auch der Punkt, wo die Bauern in den Sozialisten ihre nächsten Verbündeten finden, denn die Liberalen, unter denen so viele Grundbesitzer sind, von den augenblicklich ohnmächtigen Konservativen gar nicht zu reden, werden den Landhunger der Bauern nicht sehr willig befriedigen.

Weniger intensiv dürften sich die Bauern für die staatliche Demokratie einsetzen. Doch darf man auch da nicht zu schwarz sehen. Die Verbreitung

der Volksbildung und des Verkehrs, des Zeitungswesens und der Post macht überall Fortschritte und bewirkt, daß auch im Bauern politisches Interesse erwacht. Die allgemeine Wehrpflicht führt viele von ihnen in die Städte, und der Gebrauch des Wahlrechts regt ihr politisches Interesse an. Noch ist der Bauer in keinem Lande Europas so weit, eine politische Initiative zu ergreifen, aber sein Interesse und Verständnis für politische Fragen ist überall im Wachsen, damit aber auch sein Interesse an demokratischen Rechten und Freiheiten nicht nur in der Gemeinde, sondern auch im Staat, denn sie geben ihm die Möglichkeit, das Gewicht seiner Zahl entsprechend in die Waagschale zu werfen.

Alles das läßt erwarten, daß die Bauern der Revolution treu bleiben, soweit sie ihnen ökonomische Vorteile bringt, und daß sie die demokratischen Errungenschaften ebenfalls nicht im Stiche lassen, wenn sie diese auch nicht so begeistert und einmütig verfechten dürften wie das Proletariat.

Mit den Bauern wird aber auch das Heer für die junge Republik gewonnen und zu ihrem Schutzwall gestaltet. Sie hat insofern bessere Ausichten auf Bestand als die französischen Republiken von 1792 und 1848.

Wenn wir aber erwarten dürfen, daß das neue revolutionäre Regime gegen eine Konterrevolution wohl geschützt ist, die Bauern sich ihm anschließen und treu bleiben, so ist damit noch nichts gesagt darüber, wie sie sich verhalten werden, wenn es innerhalb dieses Regimes zu einem Konflikt zwischen den bürgerlichen und den proletarischen Elementen kommt. Das sind zwei ganz verschiedene Fragen. Eine Niederlage des Proletariats braucht noch nicht den Untergang der republikanischen Regierungsform zu bedeuten: das bezeugt uns die Geschichte Frankreichs nach 1871. Andererseits braucht aber auch die Anhänglichkeit der Bauern an die jetzige Revolution nicht zu bedeuten, daß sie weiteres revolutionäres Fortschreiten des Proletariats unterstützen. Man muß damit rechnen, daß sie ein konservatives Element werden, sobald ihr Landhunger befriedigt und ihre Bewegungsfreiheit gesichert ist: Feinde jeder Gegenrevolution, aber auch jeder weiteren Revolution.

Der schroffe Gegensatz zwischen Landwirtschaft und Stadt und damit zwischen Bauern und Proletariern, der sich in Westeuropa im Laufe der letzten Jahrzehnte entwickelt hat, wird freilich in Rußland nicht einzutreten brauchen, da es zu den Ländern gehört, die Lebensmittel ausführen, nicht einführen. Deren Preise hängen dort vom Weltmarkt ab, werden nicht auf dem inneren Markt bestimmt, sind damit im wesentlichen unabhängig von der inneren Politik und scheiden daher aus als Ursache eines Gegensatzes zwischen Bauern und Proletariern. Wenigstens in normalen Zeiten. Jetzt, während des Weltkriegs, hat ja Rußland aufgehört, ein Lebensmittel exportierendes Land zu sein. Der innere Markt wird für ihre Preisgestaltung ausschlaggebend, und zwar ausschließlich. Jede Beziehung zum Weltmarkt ist ausgeschaltet. Damit ist der Kampf um die Lebensmittelpreise, und zwar in der direktesten und erbitterndsten Form als Kampf für und gegen Höchstpreise zu einer politischen Frage geworden, die die arbeitenden Massen in Stadt und Land aufs tiefste bewegt und imstande ist, schließlich ihre Entzweiung herbeizuführen. Das kann einen bösen Konflikt zwischen Proletariat und Bauernschaft ergeben. Doch nur einen vorübergehenden. Im Frieden verliert dieser für Westeuropa so bestimmende Gegensatz für Rußland seine materielle Grundlage.

Vermag man die Tendenzen und Bedürfnisse der anderen Klassen Rußlands ungefähr, wenn auch nicht ganz genau in Parallele zu den entsprechenden Erscheinungen Westeuropas zu setzen, so versagt diese Betrachtungsweise beim Bauern Rußlands. Seine materiellen Bedingungen und historischen Überlieferungen sind ganz eigenartig und dabei seit drei Jahrzehnten in einer kolossalen Umwälzung begriffen. Er ist in der Gleichung der russischen Revolution das x , die unbekannte Größe, für die wir noch keine bestimmte Zahl einzusetzen vermögen. Und doch wissen wir, daß sie die größte Zahl ist, die entscheidende Zahl.

So kann und wird uns die russische Revolution noch gewaltige Überraschungen bringen. Aber so wie im Kampfe des Sommers mit dem Winter noch mancher eisige Nordsturm über unsere Lande dahinsausen mag, ohne daß zu befürchten ist, die Ströme könnten wieder vereisen, so dürfen wir trotz aller möglichen Wechselfälle zuversichtlich erwarten, daß das russische Volk sich hinfort des Absolutismus dauernd zu erwehren weiß. Mag kommen, was will, wir bauen darauf, daß die unerläßlichsten Rechte und Freiheiten der Demokratie und damit die sicherste Basis proletarischer Massenbewegung und Massenorganisation und proletarischen Aufstiegs zur Eroberung der politischen Macht im Osten Europas zum mindesten so fest begründet sind wie im Westen.

Mit uns das Volk, mit uns der Sieg!

Von Friedrich Stampfer.

Als Verfasser des von Kautsky in Nr. 23 des vorigen Bandes der Neuen Zeit angegriffenen Artikels im »Vorwärts« bitte ich um Erlaubnis zu einer kurzen Erwiderung.

In jenem Artikel hatte ich gesagt, daß der Kriegsausbruch die deutsche Sozialdemokratie vor die Entscheidung gestellt habe: »entweder mit dem deutschen Volke hinauf zur Macht oder gegen das deutsche Volk wieder sturzartig hinunter in den Abgrund der Ohnmacht.«

Aus diesen Worten liest Kautsky heraus, daß ich, oder gar daß die sozialdemokratische Partei nicht mehr auf dem Standpunkt stehe, »daß die politische Macht nur gewonnen werden könne im Kampfe, im Klassenkampfe«.

In jungen Jahren habe ich von Kautsky gelernt, daß die gegen den Kapitalismus interessierte Masse die erdrückende Mehrheit des Volkes bilde (ich brauche doch nicht zu zitieren?), und unzählige Male haben wir, Kautsky und ich, »das Volk«, will natürlich sagen das arbeitende Volk, zum Kampfe gegen den Kapitalismus aufgerufen. Haben wir da den Klassenkampf aufgegeben?

Und wenn wir den Rehrreim des Sozialistenmarsches sangen: »Mit uns das Volk, mit uns der Sieg!«, haben wir da den Klassenkampf aufgegeben?

Jetzt bemüht sich Kautsky, den Nachweis zu führen: »Mit dem Volke«, das heiße eigentlich »mit der Regierung und den bürgerlichen Parteien«, und daraus leitet er dann sein auf Prinzipienverrat lautendes Urteil gegen den »Vorwärts« und den Parteivorstand her! Es ist wahrlich nicht leicht, sich mit einem solchen Verfahren sachlich auseinanderzusetzen.

Unbefangene Leser werden auch ohne nähere Erläuterung bemerkt haben, worauf ich hinaus wollte, und daß es mir wirklich nicht eingefallen ist, das Wort »Volk« mit »Regierung und bürgerliche Parteien« gleichzusetzen. Da aber für Kautsky mein Satz einer erläuternden Ergänzung bedarf, so will ich sie ihm nicht vorenthalten. Ganz genau und richtig ausgedrückt sollte er also heißen: »entweder mit

einer gewaltigen Volksmehrheit hinauf zur Macht oder gegen eine gewaltige Volksmehrheit hinunter in den Abgrund der Ohnmacht.»

Haben wir in diesem Kampfe um Sein und Nichtsein die Existenzgrundlagen des deutschen Volkes preis, dann mußte sich die Volksmehrheit, auch in ihrem proletarischen Teil, von uns abwenden, und wir schrumpften wieder für Jahrzehnte zu einer ohnmächtigen Sekte zusammen. Damit hätten wir den Klassenkampf nicht geführt, sondern für unabsehbare Zeit aussichtslos gemacht. Wir hätten uns unserer Kraft beraubt just für den weltgeschichtlichen Augenblick, in dem die großen Fragen dieses Kampfes zur Entscheidung kommen müssen.

Vor dem Kriege stimmte ein Drittel aller Wähler für uns. Glaubt Kautsky, daß wir durch die Ablehnung der Kredite die uns noch fernstehenden, aber ihrer Klassenlage nach zu uns gehörenden Wähler gewonnen hätten? Daß gerade Gegenteil wäre eingetreten. Wir hätten Wähler zu Hunderttausenden und aber Hunderttausenden verloren und wären wesentlich geschwächt aus dem Kriege hervorgegangen. Aber die Macht unserer Gegner wäre in gleichem Maße gestiegen.

Ich möchte nicht verfehlen, hinzuzusetzen: Nach meiner Überzeugung hätten die Massen ganz recht gehabt, wenn sie sich von einer Partei abgewendet hätten, die am 4. August die Kriegskredite verweigerte. Man kann eben den Klassenkampf nicht führen, indem man die Existenznotwendigkeiten seines eigenen Volkes verleugnet.

So traf der »Instinkt« der Massen am 4. August das Richtige, und die sozialdemokratischen Abgeordneten, die aus voller Überzeugung mit ihm gingen, haben die großen Zukunftsaufgaben der Arbeiterbewegung richtig wahrgenommen. Sie kann der Vorwurf »politisch-geschäftlicher Überlegung« nicht treffen. Er trifft höchstens diejenigen, die den Mut zur Kreditverweigerung erst später fanden. Die wußten ganz genau: Lehnten sie die Kredite ab und ging nachher die Sache schief, dann würde Deutschlands Niederlage ihre eigene Niederlage werden, und der Volkszorn würde sie zerschmettern. Auch sie wollten damals nicht »gegen das Volk hinunter in den Abgrund der Ohnmacht«, sondern sie blieben fein stille und warteten ab.

Erst später fand man heraus, daß die Annahme der Kredite ein Vertrauensvotum für die Regierung sei und daß die Sozialisten, die die Kredite annahmen, »Regierungssozialisten« seien. Ja, dann waren die jetzigen Arbeitsgemeinschaftler und Spartacusjünger am 4. August auch »Regierungssozialisten«!

Anders als am 4. August saß die große Mehrheit der Partei die Bewilligung der Kriegskredite aber auch heute nicht auf. Und wenn es wirklich Elemente in der Partei geben sollte, die nationalliberale Tendenzen verfolgen und die nicht mit dem Volke siegen, sondern die Sache mit der Regierung schieben möchten — ich will mit Kautsky nicht darüber streiten, ob es solche Elemente gibt —, dann haben Kautsky und seine engeren Freunde den allerschlechtesten Weg zu ihrer Bekämpfung gewählt. Sie haben nämlich diejenigen im Stich gelassen, denen solche Tendenzen ebenso gegen den Strich gehen wie ihnen!

Die Taktik des sogenannten Radikalismus ist immer nur darauf hinausgegangen, seinen Gegnern in den Sattel zu helfen außerhalb und innerhalb der Partei!

War die Partei wirklich in der Gefahr, ins Nationalliberale zu entgleisen, dann hat die einst herrschend gewesene, aber überraschend schnell zur Minderheit hinuntergeglittene radikale Richtung sicherlich nicht als Bremse gewirkt. Sie hat immer und immer wieder falsch manövriert, bis sie sich endlich sogar aus der Partei hinausmanövriert hat.

Erfreulicherweise ist aber der Vorwurf, wir seien eine Partei von »Regierungssozialisten« geworden, wiederum nichts als eine wirklichkeitsfremde radikale Einbildung, die für jeden Vorurteilslosen jeden Tag durch die Tatsachen widerlegt wird. Und nicht in unserem angeblichen Regierungssozialismus liegt der Grund der be-

dauerlichen Spaltung, sondern er liegt in der politischen Einsichtslosigkeit jener früheren Parteigenossen, die durch ihre Verkehrtheiten die Sache der Demokratie und des Sozialismus aufs schwerste gefährdeten. Die wünschenswerte Einheit der Front kann nur hergestellt werden durch ihre Bekehrung zu einer besseren Einsicht.

Aber auch so kann uns nicht bange werden. Denn wir halten es immer noch mit den Worten des Liebes: »Mit uns d a s V o l k, mit uns der Sieg!«

Literarische Rundschau.

Edgar Sahnwald, Trümmer. Dresden, Verlag Kadon & Co.

Oben kracht, tobt und heult es wieder. Granaten durchzischen die Luft. Die Erde erzittert vom Getöse des Artilleriebeschusses. Und ich sitze hier mehr als sechs Meter unter der Erde und schreibe meine Gedanken über ein Buch nieder, das ich eben zu Ende gelesen.

Seite für Seite habe ich es gelesen, und mit Bedauern kam ich zum Schluß. Das ist mir seit mehr als einem Jahre wohl mit keinem Buche passiert. So oft ich mich durch Lesen von der entsetzlichen Wirklichkeit wenigstens auf kurze Zeit frei machen wollte, stets warf ich das kaum angefangene Buch unbefriedigt beiseite. Was sollen hier, angesichts so unbegreiflich entsetzlicher Tatsachen, die man täglich vor Augen sieht, unmögliche Erfindungen der Romanschreiber oder gar der unglaubliche Unsinn, der heute massenweise als Kriegsliteratur verbrochen wird!

Sahnwalds Büchlein ist auch Kriegsliteratur. Aber welcher Gegensatz zur landläufigen! Hier spricht ein Mensch, der alles, was er zu sagen hat, selbst erlebte, mit eigenen Augen schaute. Und was er sah und fühlte, das legt er hier in kurzen, packenden Skizzen nieder. Wie wahr sind seine Bilder, wie formenreich und edel die Sprache! Ich las und las, und vor meinem geistigen Auge zogen sie wieder vorüber, die furchterlich blutigen Tage von 1914, die brennenden Dörfer des unglücklichen Nordens Frankreichs. Dann der Maasübergang, dann das erbitterte Ringen um die Höhen von Harcourt. —

Der Verfasser hat uns sehr viel gegeben, vielleicht mehr, als er selbst glaubt. Schade, daß er einer Munitionskolonnie angehört und nicht neben mir im Graben sitzt. Er selbst wird diesen Fehler freilich nicht unangenehm empfinden. Aber wie viel neue und eigenartige Eindrücke hätte er hier bekommen können, die wieder seinen Lesern zugute kämen! Denn wir wollen hoffen, daß er uns noch recht viel Gutes bringt.

Karl Okonsky.

Livonicus, Junker, Arbeiter, Bauer in den Ostseeprovinzen Liv-, Est- und Kurland. Sind die Letten deutschfeindlich? Eine Aufklärungsschrift über die wirtschaftlichen und politischen Fragen in Liv-, Est- und Kurland. Freiburg i. Br. 1916, Genossenschaftsdruckerei. 52 Seiten. 75 Pfennig.

Herr Livonicus hat die Kühnheit, sich im Vorwort auf meine Freunde K. Kleinberg und M. Skujeneek sowie auf mich zu berufen, wogegen ich mich entschieden verwahren muß. Bis zur Seite 48 schreibt er, als wäre er ein Sozialdemokrat, bekämpft in allerdings sehr eigenartiger Weise den baltischen Adel und den russischen Zarismus, spricht von Kämpfen der Arbeiter und Volksmassen für Recht und Freiheit usw. Aber das alles ist bloß der Vorwand, um die letzten Seiten an den Mann zu bringen. Er polemisiert da (S. 43) gegen H. Haase, der in einer Reichstagsführung der wahren Stimmung der Letten Ausdruck verlieh, ja er nimmt sich heraus, einen Protest gegen eine besondere Methode der lettischen »Besetzung« zu veröffentlichen, der unter anderen von J. Rainis unterzeichnet wurde, dem größten lettischen Dichter und geistigen Führer des Lettenvolkes, der überdies einer der

Begründer des lettischen Sozialismus ist und seit mehr als zwanzig Jahren von der russischen Regierung verfolgt wird. Livonicus wagt zu behaupten, dieser Protest sei »entweder unter behördlichem Druck zustande gekommen oder vielleicht sogar von den russischen Machthabern diktiert worden« (S. 48).

Dafür erklärt Livonicus, daß die Letten nichts dagegen haben könnten, wenn das nationale Gebiet Lettlands in zwei Teile zerrissen würde. Solchen Ausgang des Krieges könnten die Letten nur »herbeiwünschen« (S. 51).

Dafür wird Livonicus von der »Chemniger Volksstimme« wie von der »Frankfurter Zeitung« als »lettischer Sozialist« freudig begrüßt.

Doch der lettische Sozialismus erhebt vielmehr energischen Protest gegen die Tendenzen, die von dem Individuum vorgebracht werden, das sich hinter dem Namen Livonicus verbirgt. F. J. inis.

Professor Dr. Oskar Bulle, Generalsekretär der deutschen Schillerstiftung, Die Verkünder des deutschen Idealismus. Berlin 1916, Verlag Ullstein & Co. 216 Seiten. Preis 1 Mark.

Wenn bei Erzeugnissen jener Erbauungsliteratur, die in jeder Hinsicht auf Massenkonsum berechnet ist, der Rezensent Warnungssignale geben darf, so ist dafür diesmal der gegebene Fall. So unabweislich das Bedürfnis jedes Volkes ist, die imposanten Erscheinungen seiner Geistesgeschichte kennenzulernen, um die eigene Entwicklung an ihrem Ausmaß zu messen, so wenig vermag Bulle diesem Bedürfnis zu genügen. Sonorer Tonfall und — Leere, Leere, Leere: das sind seine einzigen Requisiten. Gewiß ist es nicht leicht, in das Taschenformat eines Ullsteinschen Markbändchens die deutsche Geistesgeschichte von Klopstock bis Kleist zu pressen, und der Leser braucht daher von vornherein seine Erwartungen nicht allzu hoch zu schrauben. Aber was Bulle ihm bietet, ist überhaupt keine Geschichte — sofern man unter Geschichte notwendige Entwicklung und einheitlichen Zusammenhang versteht —, sondern vielmehr empfindsame Ergüsse, die namentlich deshalb so sehr gang und gäbe sind, weil, um an ein Wort Goethes zu erinnern, »jedes mächtige Talent sich der vorliegenden Ausdrücke als gegebener Phrasen mit Bequemlichkeit bedienen kann«. Gewiß mag es den Anschein von Bedeutsamkeit vorpiegeln, wenn man Klopstock den Erwecker, Lessing den Wegebereiter, Herder den Seher, Goethe den Erfüller, Schiller den Verkünder und Kleist den Kämpfer nennt, aber dies sind nur löhrende Redensarten, solange ängstlich jede nähere Andeutung darüber vermieden wird, wo zu eigentlich die Wege bereitet worden, was zur Erfüllung gelangt usw. Und das ist gerade bei Bulle der Fall. Der »deutsche Geist«, der ihm dabei als Lückenbüßer herhalten muß, bleibt jeder genaueren Bestimmung bar und steuert nur ein äußerliches, rein verbales Bindemittel bei. Daß Bulle die sozialen Bedingungen der deutschen Literaturgeschichte vollständig außer acht läßt; daß er ihre mannigfaltigen innigen Verbindungsfäden mit dem ausländischen Geistesleben ohne weiteres zerschneidet; daß er den Begriff des Idealismus — zum Beispiel bei Lessing und Goethe! — gar nicht näher definiert: dieses alles mag nicht als seine individuelle Schuld, sondern als das Merkmal einer ganzen literarhistorischen Richtung hingenommen werden. Aber selbst im Rahmen der engeren Literaturgeschichte bleibt Bulles Darstellung durchaus unbefriedigend. Das Kapitel über Goethe genügt, um diese Überzeugung zu begründen. Nicht nur der historischen, nein, selbst der persönlichen Bedeutung dieser glänzendsten Erscheinung der neueren Literaturgeschichte vermag Bulle nicht gerecht zu werden. Das folgende Beispiel spricht für sich selbst: »Von entscheidender Wichtigkeit für den jungen Goethe, nicht etwa nur für sein dichterisches Schaffen, sondern für die Entwicklung seiner ganzen Persönlichkeit, war sein Zusammentreffen in Straßburg mit Herder und die oft spöttische Kritik, die er von ihm erfuhr.« So beginnt das Goethe-Kapitel, und es sind dies — mit Verlaub! — Flausen. Wie immer man Herders Einfluß auf Goethe beurteilen mag — ihrem Zusammentreffen in Straßburg eine schlecht-

hin »entscheidende« Bedeutung zuzuschreiben, geht ebensowenig an, wie die »Hochzeit Figaros« zum Ausgangspunkt der französischen Revolution zu machen. Aber derartige Redefloskeln sterben nicht aus, weil sie — Gott sei Dank! — über jedes tiefere Eindringen in die historische Wirklichkeit hinweghelfen und von weitem ungenau sinnig aussehen. Das Kapitel über Schiller ist womöglich noch oberlehrerhafter. Wer sich über den wahren Wert dieser ganzen »Wissenschaft« informieren will, mag jenes Kapitel mit dem Schiller-Büchlein unseres Mehring vergleichen. Am annehmbarsten ist noch der Abschnitt über Klopstock. Seine historische Rolle weiß Bulle sehr anschaulich zu schildern. Nur die Frage, ob die Einwirkung Wielands auf die ferneren Geschehnisse der deutschen Literatur letzten Endes doch nicht schwerwiegender gewesen ist als der mehr technische Einfluß Klopstocks, berührt Bulle mit keinem Wort. Und das nicht von ungefähr: sie würde sein ein für allemal festgelegtes Schema sofort sprengen. o. bl.

Georg Steindorff, *Ägypten in Vergangenheit und Gegenwart*. Sammlung »Männer und Völker«. Berlin 1915, Verlag Ullstein & Co. 260 Seiten Oktav. Kartoniert 1 Mark.

Der Verlag Ullstein hat in seiner Sammlung »Männer und Völker« eine Reihe von Bändchen veröffentlicht, die empfohlen zu werden verdienen, sowohl des Inhalts wie des billigen Preises und der ansprechenden Ausstattung halber. Dazu gehört vor allem das Bändchen »Ägypten«. Das ist weder im Stil der langstieligen historischen Chroniken noch in dem eines salopp-geistreichen, oberflächlichen Feuilletons abgefaßt; aber es ist die schlichte und überzeugende Schilderung eines Mannes, der das Land kennen und lieben gelernt hat. Die Disposition des Verfassers ist recht eigenartig, erscheint sogar auf den ersten Blick etwas kunterbunt durcheinandergewürfelt; aber die Lektüre des Buches beweist, daß der Weg, den wir geführt werden, der richtige ist, daß wir so am ehesten ein packendes, einheitliches, geschlossenes Bild von Ägypten in dem eng gehaltenen Rahmen erhalten. Steindorff gibt eine Reihe prägnanter Quer- und Längsschnitte durch Geschichte und Kultur des Landes. Mit den Eindrücken, die der von fernher kommende Reisende empfängt, beginnt er, und unter seiner Führung lernen wir im Flug die wichtigsten Stätten kennen, die für die Entwicklung Ägyptens je eine Rolle gespielt haben. »Bonaparte in Ägypten« betitelt sich der nächste Abschnitt; mit Recht; denn mit Napoleons Eingreifen in Ägypten beginnt eine neue Zeit für das Land und für die ganzen Mittelmeerländer. Und diese Erschließung Ägyptens hat uns auch erst wieder mit der bis dahin völlig vergrabenen uralten Kultur der Nilländer bekannt gemacht, die im folgenden Abschnitt behandelt wird. Seit dem Beginn des neunzehnten Jahrhunderts wird Ägypten wieder in das politische Leben Europas hineingerissen. Hier ist die einzige Möglichkeit, vom Mittelmeer nach dem Indischen Ozean einen Großschiffahrtsweg herzustellen. Von der Erbauung des Suezkanals führt uns der Verfasser sodann zu seiner Erwerbung durch die Engländer und zeigt, wie von nun an deren ganzes Bestreben darauf gerichtet sein mußte, die türkische Provinz in eine englische Kolonie umzuwandeln, um sie dann zu einer Schutzfestung zur Überwachung des Seewegs nach Indien zu machen, und wie auch der Sudanfeldzug diesem Zweck dienen mußte. Die Schlußabschnitte befassen sich mit der Stellung der Engländer in Ägypten unmittelbar vor Kriegsausbruch und mit den Verhältnissen, wie sie sich dort während des Krieges herausgebildet haben. So interessant die politischen Zusammenhänge geschildert sind, um so mehr vermißt man ein Kapitel, in dem die kapitalistische Entwicklung des modernen Ägyptens klar herausgearbeitet worden wäre. Das Buch würde an Wert außerordentlich gewinnen, wenn ein solcher Abschnitt bei einer Neuauflage nachträglich eingefügt würde.

Og. Engelbert Graf.

Die Neue Zeit

Wochenschrift der Deutschen Sozialdemokratie

2. Band Nr. 2

Ausgegeben am 13. April 1917

35. Jahrgang

Nachdruck der Artikel nur mit Quellenangabe gestattet

Die Wirkung auf das Ausland.

Von Ed. Bernstein.

Als Ende Februar die Nachricht in die ausländische Presse kam, daß Franz Mehring in einer Nachwahl die große Mehrheit der Stimmen erhalten habe, die ihm den Parlamentssitz sichere, widmete die englische Wochenschrift »The Nation« dem Ereignis einen sehr charakteristischen Leitartikel, überschrieben: »Die Antwort auf Potsdam.« Dem Blatt unterliefen dabei zwei Irrtümer. Es verwechselte den elften Berliner Landtagswahlkreis mit dem Reichstagswahlkreis Potsdam-Osthavelland, in dem Mehring gleichfalls Kandidat war, und es nahm ferner an, daß die Wähler der ersten und zweiten Wählerklasse, die für Mehring gestimmt hatten, der mittleren und oberen Bourgeoisie angehörten, während sie bei der besonderen Klassenzusammenfassung jenes Wahlkreises tatsächlich noch der Arbeiterklasse und der Klasse der kleinen Geschäftsleute und unteren Beamten angehörten. Ihm erschien daher der Wahlausfall als eine Kundgebung nicht nur von Arbeitern, sondern auch von Bürgern, und obendrein von Bürgern einer Stadt, deren Bevölkerung es nicht mit Unrecht mit der der englischen Stadt Windsor in Vergleich stellte. Daß in einer solchen Stadt Mehring, der erklärte Gefinnungsgenosse des zu Zuchthaus verurteilten Karl Liebknecht, die Mehrheit der Stimmen erhielt, mußte dem Organ des linken Flügels der englischen Liberalen daher als ein Zeichen für einen sich vollziehenden Umschwung im deutschen Volke mit Bezug auf die Kriegstragen erscheinen, und es ist nun interessant, zu sehen, welche Folgerungen es aus ihm zog.

Von vornherein erklärt die »Nation« den Wahlausfall für eine große Friedenskundgebung. Man müsse zwar in Rechnung stellen, schreibt sie, daß eine gute Anzahl der Wähler für Mehring gestimmt haben, um ihrem Unwillen über ein System Ausdruck zu geben, das es dem Militär gestattet, politisch verdächtige Personen ohne Prozeß in Haft zu nehmen. Aber, setzt sie hinzu, »man kann ferner mit Fug annehmen, daß niemand für ihn gestimmt haben würde, der die Ansichten des Grafen Reventlow und des Herrn Bassermann über den Krieg und dessen Abschluß teilte«. Der außergewöhnliche Charakter der Wahl liefere gerade den Prüfstein für den Fortschritt dessen, was man in Deutschland die Neuorientierung nenne. Und das Blatt fährt fort:

Kein Mensch mit gesunden Sinnen versteht unter diesem Ausdruck die Tatsache, daß Deutschland eine große und leistungsfähige Armee hat. Die geographische Lage erfordert das, wie sie von uns eine große und leistungsfähige Flotte fordert. Was wir mit dem Ausdruck meinen, ist teils der polternde Gebrauch dieser potentiellen Macht in der Diplomatie, teils der aggressive Gebrauch faktischer Gewalt in der Kriegsführung, teils die egoistische Nichtachtung von Verträgen, hauptsächlich aber, als die Grundlage seiner Vorherrschaft zu Hause, die Theorie von der höheren

Geltung der militärischen über die Zivilgewalt. Dies müssen die Fragen sein, um die in Potsdam gekämpft wurde, und wir sind berechtigt, zu sagen, daß das Resultat sowohl eine bürgerliche wie eine proletarische Mehrheit gegen den Militarismus offenbart. . . . Der Militarismus hat eine Niederlage durch die einzige Macht erlitten, die ihn dauernd übermannen kann, die deutsche Demokratie selbst.

Von dieser deutschen Demokratie habe die Staatskunst der Entente bisher keine Kenntnis genommen, was freilich kein Wunder sei. »Wir hatten mit einem Kanzler zu tun, der trotz einer gewissen persönlichen Mäßigung von stärkeren Mächten bestimmt wird, und mit einem militärischen Kommando, das nichts als die Theorie der vollendeten Unbarmherzigkeit repräsentierte.«

Wir wissen heute, daß dieses Volk einen Frieden wünscht, der wahrscheinlich in nichts Wesentlichem von dem Frieden abweicht, der die verständigen Elemente in unseren eigenen Reihen befriedigen würde. Die Wähler Dr. Mehrings wollen keine strategischen Sicherungen von Belgien; sie träumen nicht davon, Frankreich eine Entschädigung abzupressen; sie würden einer freiheitlichen Behandlung der Probleme Polens und des Balkans Beifall spenden; sie legen kein Gewicht auf Deutschlands Militärstraße nach dem Orient, weil sie keine zukünftigen Kriege wollen; sie sind die warmen Parteigänger von Wilsons Bund der Nationen.

An die so gesinnte Demokratie sei aber bis jetzt (Anfang März) von seiten der Entente noch kein beruhigendes Wort aus autoritativem Munde gerichtet worden. Die Drohung der wirtschaftspolitischen Pariser Beschlüsse hänge über ihr, eine Bedrohung nicht nur der Kapitalisten, sondern auch der Lohnarbeiter. Die Reden, wenn nicht die Notizen der Leiter der Entente forderten die extremste Auslegung heraus. Bisher habe die Entente den Geist, der sich bei der Wahl Mehrings gezeigt habe, eher entmutigt. Jetzt liege ein Anlaß vor, ihn zu ermutigen, ihn mit vernünftigen Hoffnungen zu nähren, diejenigen, die zaudern, sich ihm anzuschließen, zu versichern, daß Vertrauen in den guten Willen Europas mit einem vernünftigen deutschen Patriotismus nicht unverträglich sei. Die »Nation« deutet an, daß man auf Seite der Mittelmächte ebensogut sehe wie auf Seite der Entente, welches das schließliche Ende des Krieges sein müsse. Aber wenn es sich auch noch deutlicher zeige als jetzt, werde der Gegner trotzdem fortzukämpfen, solange er glaube, daß die Ziele der Entente mit seiner zukünftigen Existenz unvereinbar seien. »Wir werden kein gemäßigtes Deutschland haben, solange wir nicht eine gemäßigte Entente zustande bringen.«

Daher müsse die nächste autoritative Kundgebung, welche Form immer sie annehme, ob eine Note an Wilson, ob eine Rede im Parlament oder ein Interview, sich im Grundgedanken an die Völker Europas wenden, nicht ausgeschlossen das deutsche Volk, »das Volk, das heißt den Frieden ersehnt und den extremsten Gegner von Preußens Militarismus wählt«.

Brechen wir hier ab. Das Angeführte genügt, um zu zeigen, welchen Eindruck ein Wahlergebnis, wie die »Nation« es hier voraussetzt, auf die Demokratie des Auslandes macht, mit dem Deutschland im Kriege liegt. Denn die »Nation« steht mit ihrer Wertung der Wahl Mehrings nicht allein. Überall im Ausland ist sie so aufgefaßt worden, und andere bürgerlich-demokratische wie auch die sozialistischen Organe haben ähnliche Folgerungen wie sie in bezug auf die Möglichkeiten einer Beendigung des Krieges aus ihr gezogen.

Die Wortführer der Parteidochter brauchen im Kampfe gegen die sozialdemokratische Opposition die gleichen Schlagworte, wie die Bürgerlichen sie früher gegen unsere ganze Partei brauchten. »Ihr arbeitet für das Ausland« — wie oft ist das nicht unserer Partei im Laufe der Jahre entgegengehalten worden. Und wo wäre unsere Partei, wenn sie sich durch dieses Schlagwort hätte von der Linie ihrer internationalen Politik abbringen lassen. Wo so tiefgehende Interessengegensätze die Klassen in der Gesellschaft trennen, wie das in den vom Kapitalismus beherrschten Staaten der Gegenwart der Fall ist, wo so schroffe Unterschiede in der Beurteilung der Völkerinteressen und Völkerbeziehungen sich gegenüberstehen, wie sie zwischen den Parteien des Imperialismus und denen der Internationalität bestehen, da ist es ja gar nicht anders möglich, als daß die Politik der einen immer wieder die Politik der anderen mit Bezug auf das Ausland durchkreuzt. Der Unterschied besteht da nicht im Was, sondern im Wie. Für das imperialistische Ausland arbeiten unsere Imperialisten und diejenigen Sozialisten, die für eine Politik, hinter welcher jene stehen, die Mittel bewilligen. Ihr Verhalten wird von den Imperialisten des anderen Landes dazu benutzt, dort dem Volke die Notwendigkeit ihrer Politik darzutun. Das Ausland aber, für das die international gesinnten Sozialisten in jedem Lande arbeiten, ist das antiimperialistische, friedensfreundliche, international gesinnte Ausland. So war es im Frieden, so ist es auch im Kriege.

In dem zehngliedrigen Bandwurm, mit dem Eduard David in der Neuen Zeit vom 2., 9. und 16. März die Leser heimgesucht hat, ist eines der Glieder »Bernstein und der Verständigungswahn« befristet. David bemüht sich darin, den Beweis zu führen, daß ich in meinem Verständigungswahn kriegsverlängernd statt kriegsverkürzend wirke. Ich könnte die dialektischen Kunststücke, die er da zum besten gibt, mit der einfachen Bemerkung abtun: »An ihren Früchten sollt ihr sie erkennen.« Die Politik, deren Apostel David ist und für die er die Mehrheit der sozialdemokratischen Fraktion hinter sich hat — welches sind ihre Früchte in diesem Kriege? Hat sie irgend etwas bewirkt, was den Krieg abzukürzen verspricht? Hat sie es erreicht, daß die Arbeiterparteien der kriegführenden Länder sich nähergetreten sind und eine einheitliche — die einzig und allein Wirkung versprechende — Aktion der Arbeiterschaft aller Länder für den Frieden möglich wurde? Nichts davon ist erzielt worden. Hoffnungsloser als je steht es um das wichtige Werk der Erzielung solcher einheitlichen Aktion, und zwar gerade durch die nationalistische Politik der David und Genossen.

Wie steht es jedoch um das, was David mir und der sozialdemokratischen Opposition vorwirft? Von mir schreibt er:

In England hat er der Gruppe um Macdonald entgegengearbeitet, indem er deren Kritik an der englischen Diplomatie entwarf und den englischen Predigern des Züchtigungskriegs gegen die deutschen frivolen Friedensbrecher Wasser auf die Mühle lieferte.

Diese Behauptung ist eine dreiste Unwahrheit. Und zwar in jeder Hinsicht. Die englische Hefepresse bringt Tag für Tag Auszüge aus deutschen Reden und Zeitungsartikeln, um bei ihren Lesern die rechte Stimmung gegen Deutschland lebendig zu erhalten. Vergebens wird man da aber nach Stellen aus meinen Aufsätzen und Reden suchen. Diese Presse bezieht das Wasser für ihre Mühle aus Quellen, die in Davids zum Teil sehr naher Nachbar-

schaft fließen, aber nicht in der meinen. Artikel und Reden der Alt- und Neuimperialisten, der offenen und verkappten, der ganzen, halben und Viertelsannektionisten, alle von Davids Bundesbrüdern im Kampfe gegen uns, sind es, mit denen diese Leute der »Gruppe um Macdonald« entgegenarbeiten.

Von dieser letzteren aber, von den Brailsford, Burton, Glasier, Hobson, Macdonald, Snowden, Trevelyan und wie die wahren sozialistischen und demokratischen Friedensarbeiter Englands heißen, darf ich ohne Übertreibung und Überhebung sagen, daß sie in mir und der sozialistischen Opposition, der ich angehöre, die besten Stützen ihrer Aufklärungsarbeit erblicken. Als Philipp Snowden im vorigen Frühjahr im Hause der Gemeinen seine große Friedensrede hielt, spielte er als Haupttrumpf für die Erstarkung des Willens zu einem gerechten Frieden in Deutschland dieselbe Abstimmung der sozialdemokratischen Opposition vom 21. Dezember 1915 aus, die — David mit dem Antrag auf Ausschluß der Opposition aus der Fraktion beantwortete. Und womit »entwertete« der damalige Ministerpräsident Asquith Snowdens Hinweis? Mit der Bemerkung, daß wir nur erst eine kleine Minderheit seien, die Mehrheit der Fraktion aber hinter der Regierung stehe. Von jemand, der mit den Bassermann, Fuhrmann, Westarp und Genossen am gleichen Strange zieht, sobald es gegen Sozialdemokraten geht, die an den Grundsätzen der Internationale vorbehaltlos festhalten, kann der Vorwurf, ich arbeitete in England den dortigen Internationalisten entgegen, nur ein Achselzucken verursachen.

Gerade jetzt wieder finde ich im neuesten Heft der von der Gruppe um Macdonald herausgegebenen »Socialist Review« die deutsche Sozialdemokratie vertreten durch einen Artikel, den ich seinerzeit in der »Leipziger Volkszeitung« gegen Davids Kollegen im Nationalsozialismus Konrad Hänisch veröffentlicht hatte. In der gleichen Nummer (Januar-März 1917) dieser Zeitschrift steht ein Artikel Macdonalds selbst über Friedensgarantien. Der hervorragendste Vertreter des Sozialismus im englischen Parlament sitzt darin an den Friedensforderungen der Ententemächte, wie sie in der Note an Präsident Wilson umschrieben wurden, scharfe Kritik. Aber was er über die Frage Elsaß-Lothringen und über die Balkanfrage schreibt, ist grundverschieden von dem, was David in bezug auf diese Fragen vertritt. Die »Gruppe um Macdonald« denkt viel zu demokratisch, um eine andere Fraktion der deutschen Sozialdemokratie für ihren nächsten Geistesverwandten betrachten zu können als die Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft.

Eine nicht minder krasse Vergewaltigung der Tatsachen wie im vorentwickelten Falle erlaubt sich David in bezug auf die französischen Sozialisten und mein Verhalten ihnen gegenüber. Er gibt ein Zerrbild vom Standpunkt der Franzosen und unterstellt ihnen kindisch-alberne Zumutungen an die deutsche Sozialdemokratie wie: diese solle »ihrem Lande in den Rücken fallen« und erteile dann mir den weisen Rat, ich solle, wenn ich der internationalen Verständigung dienen wolle, statt den Franzosen in ihrer Verbohrtheit Vorschub zu leisten, »die Sozialisten des feindlichen Auslandes zu einem vertieften Studium und gründlicheren Nachdenken über die Ursachen des Krieges und im besonderen auch über die diplomatische Schuldfrage veranlassen«. Die vertiefte Weisheit dieses Rates wird durch nichts besser be-

leuchtet als durch die Tatsache, daß zur selben Zeit, wo David dies in der Neuen Zeit zum besten gab, der Führer der Mehrheitspartei der Franzosen, Pierre Renaudel, in der »Humanité« gleichfalls die Sozialisten zu einem tieferen Studium der diplomatischen Geschichte des Krieges aufforderte. Es genügt nicht, Geschichte zu studieren, so wichtig es selbstverständlich ist, sich gerade über die geschichtlichen Tatsachen zu unterrichten. Nicht minder kommt es darauf an, mit welcher Auffassung, welcher Denkart man an sie herantritt. Anders ausgedrückt, mit welchen Augen man sie liest. David will, daß die Ausländer die diplomatische Geschichte des Krieges mit seinen Augen lesen. Das von einem englischen, französischen usw. Sozialisten zu verlangen, heißt ihnen etwas zumuten, was sie beim besten Willen nicht leisten könnten. Ich würde es aber auch keinem deutschen Sozialdemokraten zumuten.

Zur Verständigung gehört als erste Vorbedingung das Bestreben, sich gegenseitig zu verstehen. Was David von den Franzosen schreibt, verrät ein größeres Bestreben, zu denunzieren, als ein solches, den Standpunkt der anderen zu begreifen. Außerdem setzt politische Verständigung Übereinstimmung mindestens in den Grundbegriffen der Politik voraus. Die ist aber, wie oben gezeigt, zwischen David und selbst so wenig auf die Politik ihres Landes eingeschworenen Sozialisten wie die Gruppe um Macdonald nicht vorhanden, sie fehlt aber auch zwischen ihm und der Minderheit der französischen Sozialisten, von der Mehrheit der Franzosen gar nicht zu reden.

Eine sozialdemokratische Friedenspolitik muß aber von dem Bestreben beherrscht sein, mit allen Fraktionen der internationalen Sozialdemokratie zu einer Verständigung zu gelangen. Als Adolf Hoffmann jüngst im Preussischen Abgeordnetenhaus in der Etatsrede den Standpunkt des internationalen Sozialisten zum Ausdruck brachte, da leistete er seinem Volke einen größeren Dienst als diejenigen, die mit den Wölfen des Nationalismus heulen, weil sie dadurch die gegnerischen Nationen einschüchtern zu können vermeinen. Wir erleben es täglich, wie wenig diese Einschüchterungspolitik ihren Zweck erfüllt, wie sehr sie im Gegenteil zum Widerstand aufreizt und neue Feinde schafft. Ganz anders die Politik der Internationale. Wie sie vor dem Kriege Deutschland nur Freunde geschafft hat, so auch jetzt. Hoffmanns Rede hat Renaudel zu einem wahren Hymnus begeistert. In der »Humanité« vom 18. März schreibt dieser: »O, warum wurden diese Dinge nicht gleich 1914 gesagt! Wie hätten sie zweifelsohne die furchtbare Katastrophe abgekürzt, indem sie ein gemeinsames Vorgehen der Sozialisten aller Länder ermöglicht hätten.« Renaudel knüpft einige weitere Betrachtungen daran, die bestritten werden können. Aber darauf kommt es hier nicht an. Nicht die Anwendungen, die Grundgedanken, der Geist ist es, der auf die Geister wirkt. Für uns Sozialisten kommt bei unseren Kundgebungen in erster Linie das sozialistische Ausland, kommen als entscheidend die Demokratien in Betracht. Nicht über diese hinweg, nur durch sie haben wir auf das kapitalistische und imperialistische Ausland zu wirken. So haben wir es vor dem Kriege gehalten und die größte Wirkung erzielt, die nach Lage der Dinge überhaupt möglich war, und so allein können wir im Kriege der Aufgabe gerecht werden, die uns als internationalen Sozialisten obliegt und durch deren Erfüllung wir uns als die besten Hüter der Wohlfahrt unseres Volkes erweisen.

1905 und 1917.

Von Spectator.

I.

Vieles ist uns in der sich jetzt vollziehenden Umwälzung in Rußland noch unklar. Indes treten schon deutlich einige Züge hervor. Die Revolution von 1917 trägt einen wesentlich anderen Charakter als die von 1905. Wir hören fast gar nichts von Bauernunruhen, die den eigentlichen Grund der Ereignisse von 1905 abgaben. Die spärlichen Nachrichten, deren Richtigkeit übrigens noch nicht festgestellt ist, über Bauernunruhen erzählen von einer gegenrevolutionären Bewegung. Selbst wenn auch heute hier und da noch eine Agrarbewegung einsetzen sollte, so wird sie wohl eher als Folge denn als Ursache der Revolution von 1917 betrachtet werden können. Im allgemeinen Flusse der Ereignisse wird in manchen Gegenden das alte Streben nach »Land« wieder erwachen. Niemand wird aber behaupten wollen, daß die Landfrage heute das Problem ist, das die Revolution entzündet hat.

Auffallend ist es ferner, daß die Intellektuellen, die 1905 die Führer der Bewegung bildeten, heute selbständig so gut wie gar nicht hervortreten. Als Offiziere usw. haben sie sicherlich viel zum Siege der Revolution beigetragen. Sie stehen aber nunmehr im Dienste der anderen gesellschaftlichen Klassen, vor allem der Großbourgeoisie, sind die Geleiteten, nicht die Leiter. Die führende Rolle in der Revolution von 1917 gehört, wenigstens vorläufig, der Großbourgeoisie, zum Teil dem kapitalistischen Großgrundbesitz, den Stadt- und Semstwowerverwaltungen, die auch in der neuen Regierung faktisch die Macht haben. In Rußland sind es zwei Minister, die über das Land gebieten: der Minister des Innern und der Kriegsminister, und diese Posten haben der Semstwowführer Low und der Führer der städtischen Großbourgeoisie Gutschkow inne. Miljukow wurde auf einen Platz gestellt, der ihn und vielleicht auch seine ausländischen Freunde befriedigt, der aber auf den wirklichen Gang der Dinge in Rußland nur geringen Einfluß ausübt. Natürlich liegen momentan die Verhältnisse so, daß selbst der Justizminister, Kerenski, dank der Stimmung der Massen eine Rolle, vielleicht sogar die entscheidende Rolle spielen kann, solange nicht die Regierung, sondern die Massen auf den Straßen die Geschichte machen. Sobald aber normalere Zustände wiederkehren werden, wendet sich das Blatt, und der Minister des Innern wird zum faktischen Herrscher Rußlands.

Es trifft auch nur in einem bestimmten Sinne zu, daß die Arbeitermassen der Bourgeoisie die Macht erobert haben. Sicherlich waren es die »Hungerrevolten«, noch mehr die Streiks in den Munitionsfabriken, die den Anstoß zur Revolution gaben. Immerhin hätte diese Bewegung kaum zum Siege geführt, wenn sich ihr nicht die Armee angeschlossen und wenn sich die Duma und die kriegsindustriellen Komitees nicht bald auf ihre Seite gestellt hätten. Es ist bekannt, daß die Reaktion selbst darauf hingearbeitet hat, Unruhen im Lande hervorzurufen, um zugleich mit diesen die liberale Bewegung zu ersticken und freie Bahn für einen Separatfrieden zu schaffen. Die Bewegung wuchs aber lawinenartig an und machte die Reaktion schwankend. Als dann die Duma offen auf die Seite der Revolution überging und die Petro-

grader Garnison mit den Arbeitern fraternisierte, verlor die alte Regierung völlig die Macht und wurde rasch und relativ leicht fortgeschwemmt. An ihre Stelle trat nicht etwa eine ad hoc geschaffene Macht, sondern die Organisation, die faktisch schon längst das Land beherrscht hatte. Seit mehr als einem Jahre spielte die alte Regierung nur noch die Rolle eines *Gen-darmen*, während die wirkliche organisatorische Tätigkeit auf die zahlreichen Komitees (Kriegsindustriellen, Ernährungscommissionen usw.) überging. Die zarische Regierung erschien immer deutlicher als Hemmnis der positiven Arbeit, die notwendig war, das Land vor völligem wirtschaftlichem und finanziellem Zusammenbruch zu retten. Es entbrannte ein steigender Kampf zwischen den neuen Organisationen des Bürgertums und der Regierung, der bei der ersten Massenerhebung zum offenen Widerstand des ganzen Landes führen mußte. Daß es aber relativ so leicht gelungen ist, die alte Macht zu besiegen, erklärt sich daraus, daß die Revolution von 1917 die Erbin der Revolution von 1905 ist. Nur aus dem geschichtlichen Verlauf dieser Revolution kann man sich die jetzigen Ereignisse erklären, und nur in dem Sinne, daß die jetzige Revolution das Werk von 1905 vollendet, kann man auch sagen, daß das Bürgertum die Früchte der Arbeiterkämpfe erntet.

II.

Es ist natürlich ausgeschlossen, hier eine Übersicht über die Revolution von 1905 und die ihr folgenden Ereignisse zu geben. Nur einige allgemeine Bemerkungen seien uns hier gestattet. Die Revolution von 1905 marschierte unter der Fahne der Demokratie und des Sozialismus. Sie wurde niedergeschlagen, der demokratische Gedanke lebte aber trotz alledem weiter. Die wirtschaftliche Umwälzung, die Rußland seitdem durchmachte, förderte ebenfalls die Demokratisierung des Landes. Rußland wird immer mehr zu einem *Bauernland*. Schon 1905 befanden sich in bäuerlichen Händen 152 Millionen Desjatinen (1 Desjatine gleich 1,1 Hektar), in denen des Adels aber bloß 51,2 Millionen Desjatinen. Heute wird der Adelsbesitz kaum mehr als 40 bis 45 Millionen Desjatinen, das heißt ein Viertel des bäuerlichen Besitzes ausmachen. Wichtiger ist aber der sich vollziehende Prozeß der Intensivierung des Betriebs. Infolge der rasch steigenden Getreidepreise geht man auch in Rußland immer mehr zu intensivem Betrieb über. Als wichtigste Symptome dieser Erscheinung darf man die Ausdehnung des Ackerlandes auf Kosten der Wiesen betrachten (von 1901/05 bis 1911/13 wurde das Getreideland in den 50 Gouvernements des Europäischen Rußlands um 3,46 Millionen Desjatinen gleich 5 Prozent vergrößert, während die Wiesenfläche um 3,29 Millionen Desjatinen abnahm) sowie die steigende Einfuhr von künstlichem Dünger (von 1904 bis 1913 von 6,6 auf 33,9 Millionen Pud).

Der Bodenmangel vor 1905 war kein absoluter; mit Ausnahme einiger Gegenden ist der Landbesitz der Bauern nicht ganz klein. In den Gouvernements Poltawa, Podolien, Kiew, Bessarabien und im Gebiet der Doner Kosaken war das »Nadjelland« in den meisten Höfen unter 5 Desjatinen pro Hof; in 21 Gouvernements betrug es 5 bis 10 Desjatinen, und in 17 Gouvernements besaß die Mehrzahl aller Höfe mehr als 10 Desjatinen Nadjelland. Bei der extensiven Wirtschaftsweise aber war der Umfang des Betriebs sicherlich zu gering, um die ganze bäuerliche Bevölkerung zu beschäftigen und zu ernähren. Die Bauern pachteten darum noch fast vier

Fünftel des gutsherrlichen Besitzes, und zwar zu relativ hohem Zinse. Infolge der Getreidepreissteigerung begannen aber die Gutsherrscher den Bauern das Pachtland zu entziehen und vergrößerten dadurch den Landhunger der Bauern.

Infolge der intensiveren Bodenbestellung (die Getreidefläche wuchs um 5 Prozent, die Ernte dagegen um 14 Prozent) und der steigenden Getreidepreise hat sich aber die Lage der Bauern gebessert. Das geht nicht nur aus den rasch wachsenden Sparkasseneinlagen, sondern noch deutlicher aus der Steigerung der ländlichen Arbeiterlöhne hervor. Der russische Bauer ist noch zum guten Teil auch Tagelöhner und umgekehrt: die ländlichen Arbeiter sind auch zugleich vielfach noch kleine Grundbesitzer. Wenn die Lage der Bauern im allgemeinen miserabel ist, drücken sie auch in erster Linie auf den Lohn der ländlichen Arbeiter. Steigt aber umgekehrt dieser an, so beweist dies, daß der Bauer auch zu Hause lohnende Beschäftigung findet. Nach der offiziellen Statistik ist nun der Arbeitslohn in der Landwirtschaft von 1901/05 bis 1914 (vor dem Kriege) um 58 Prozent, im Industriegebiet um 61 Prozent gestiegen. Das ist ein indirekter Beweis dafür, daß der Bodenmangel, wie er 1905 bestand, heute an Schärfe verloren haben mußte.

Um Mißverständnissen vorzubeugen, möchte ich nochmals betonen, daß, wie ich und Carin an dieser Stelle schon ausgeführt haben, es nicht die Auflösung des Gemeindebesitzes war, die diese Umwälzung einleitete. Diese war nicht mal so weit fortgeschritten, daß sie wesentlichen Einfluß ausüben konnte. Daß diese Auflösung teilweise wenigstens überhaupt gelang, ist vielmehr darauf zurückzuführen, daß sich die russische Landwirtschaft im Prozeß des Übergangs zum intensiveren Betrieb befand. Die Auflösung des Gemeindebesitzes beschleunigte aber sicherlich die Klassenscheidung auf dem platten Lande, und eben dieser Zerfallsprozeß der Bauernschaft trug wahrscheinlich auch dazu bei, daß die Bauern heute nicht als selbständige soziale Schicht auftreten. Hier und da mag die Losung »Land und Freiheit« noch ziehen; viele und maßgebende bäuerliche Schichten werden aber heute wohl schon als Verteidiger des »heiligen Eigentums« auftreten, wie auch ihre Vertreter in der vierten Duma zu den reaktionären Parteien gehörten.

Was die Bauern als solche, fast ohne Ausnahme, heute brauchen, ist die bürgerliche, soziale und politische Gleichberechtigung, für die sich selbst die reaktionären Bauern in der Duma aussprachen, und das wird ihnen wohl das neue Regime geben.

Es sei dem noch hinzugefügt, daß diese Entwicklungstendenzen auf dem Lande durch den Krieg noch verstärkt worden sind, nur daß die Intensivierung des Betriebs (aus Mangel an Menschen, Arbeitsvieh und Maschinen) aufgehalten wird. Die Getreidepreise standen schon am Ende des zweiten Kriegsjahres um 78 Prozent über dem Friedensniveau. Zwar haben inzwischen die Industrieerzeugnisse eine noch viel, viel höhere Steigerung (um das Zwei- bis Dreifache) erfahren; darunter leiden aber vorläufig die Großgrundbesitzer, die hauptsächlich Käufer von Industrieerzeugnissen auf dem platten Lande. Sie waren es auch, die gegen die ihrer Meinung nach zu niedrigen Getreidehöchstpreise Sturm liefen. Und nun erleben wir, daß selbst der Adel, die Hauptstütze der Reaktion, sich mit der neuen Regierung solidarisch erklärt: auch in Rußland werden die Fäden, die den Großgrundbesitz mit der Schwerindustrie verbinden, zahlreicher, inniger und fester.

III.

Die russische Industrie hat seit 1905 bedeutende Fortschritte gemacht, ist zu einer Macht im Lande geworden. Immerhin blieb Rußland in seiner Entwicklung gegenüber dem Ausland zurück. Während beispielsweise der Roheisenverbrauch von 1904 bis 1912 in Deutschland um 69 Prozent und in Frankreich um 71 Prozent stieg, hat er in Rußland bloß um 45 Prozent zugenommen. Die Stahlproduktion hat sich in dieser Periode in Deutschland und Frankreich verdoppelt, in Rußland aber bloß um 63 Prozent erhöht. Rußland hat eben den Aufschwung von 1904 bis 1907 nicht mitgemacht, und der von 1909 bis 1913 wurde plötzlich unterbrochen. Für die Industriellen war aber besonders besorgniserregend, daß die Einfuhr von Fabrikaten von 1904 bis 1913 um 163 Prozent wuchs, während die Ausfuhr von Fabrikaten bloß um 74 Prozent zunahm.

Der Pakt mit der Regierung der Gegenrevolution von 1906 konnte somit die Industriellen auf die Dauer nicht befriedigen; sie mußten bald einsehen, daß das bestehende Regime ein Hemmnis für die Entfaltung der Produktivkräfte des Landes war. Selbstredend suchten sie einen Ausweg auf der Linie des, wie es ihnen schien, geringeren Widerstandes: der imperialistischen Eroberungspolitik mit ihren Begleitererscheinungen, den gewaltigen Rüstungsausgaben. Da stießen sie aber auf den Widerstand Deutschlands; es kam zum Krieg und zum Zusammenbruch des alten Regimes.

Vor 1905 war das zarische bürokratische Regime gewissermaßen selbstständig; seit 1905 lebte es nur noch von Kapitals Gnaden. Das ist es, was die ganze Epoche 1905 bis 1917 kennzeichnet, häufig aber übersehen wird: das absolutistische Regime, wie es vor 1905 gewesen, bestand nicht mehr, und als es sich jetzt gegen die liberale Bourgeoisie auflehnen wollte, wurde es weggefegt, an seiner Stelle blieb ein leerer Platz. . . . Einige Bürokraten konnten leicht ins Gefängnis abgeführt werden.

Um aber die zarische Regierung durch eine andere ersetzen zu können, mußte die Bourgeoisie sich organisieren, eine festgeschlossene Macht darstellen. Das hat sie auch in der abgelaufenen Periode getan, indem sie sich zahlreiche Organisationen schuf. Insbesondere während des Krieges vollzog sich eine steterhafte organisatorische Tätigkeit; die wichtigsten Funktionen der Kriegsführung »hinter der Front« gingen in die Hände der »Gesellschaft« über: die Munitionsherstellung, die Verpflegung der Armee, die Fürsorge für die Kriegsbeschädigten usw. Dadurch gelang es der Bourgeoisie, sich auch mit der Armee zu verbinden, deren Offiziere übrigens jetzt wohl meist aus intellektuellen bestehen, aus jenen Elementen also, die im bürgerlichen Leben im Dienste der herrschenden Klassen stehen. Während also der Krieg der zarischen Regierung die Stütze entzog, indem er nicht nur den Charakter der Armee änderte, sondern auch die Reihen der alten Bürokratie desorganisierte und selbst den Adel gegen sie aufbrachte, verstärkte er die Macht des Kapitals nicht nur, sondern brachte es faktisch an die Spitze des Staatsorganismus. Die Revolution von 1917 war nur der Ausdruck der veränderten sozialen Verhältnisse und der Kräfteverschiebung im Lande.

Wir wissen jetzt schon, daß sich die Duma und die Vertreter des Kapitals widerwillig an die Spitze der Revolution stellten. Bis zum letzten Moment verhandelte die Duma mit der zarischen Regierung um die Bildung eines Ministeriums »des allgemeinen Vertrauens«. Erst als der Aufstand der

Petersburger Arbeiter, dem die Streiks in vielen anderen Städten folgten, einen ernsten Charakter angenommen hatte, ein Aufstand, den zu verhindern Miljukow und einige kurzfristige Arbeiter sich redliche Mühe gaben, wagte es die Duma, mit scharfen Worten die Regierung auf die Gefahr hinzuweisen und, als die Duma aufgelöst wurde, diesem Uhas zu trosten. Unter dem unmittelbaren Drucke der Arbeiter und der Petrograder Garnison wurde Nikolaus entthront; dieselben revolutionären Elemente setzten es auch durch, daß an seine Stelle nicht ein anderer »Betrüger« (»Obmanoff«) gesetzt, sondern die konstituierende Versammlung auf demokratischer Grundlage einberufen wurde. So ist die Revolution 1917 die Vollstreckerin des Willens der Revolution von 1905, und es ist eine Ironie der Geschichte, daß gerade jene Elemente, die damals gegen die demokratischen Forderungen kämpften, heute versprechen mußten, sie durchzuführen. Die Oktobristen und Kadetten als Begründer der russischen demokratischen Republik! Wer hätte es noch vor kurzem ahnen können?!

Wie die Reaktion, so hat der Liberalismus die Stimmung der Massen verkannt. Die russischen Arbeiter hatten sich in den letzten Jahren politisch überwiegend abwartend verhalten, immerhin waren sie in der großen Masse gegen jeglichen Burgfrieden mit den herrschenden Klassen. Neidisch schauten die russischen herrschenden Klassen nach dem »Westen«, wo es gelungen war, die Arbeiter in den Dienst des Imperialismus zu stellen, und wo der Friede im Innern herrschte. Man klagte das politische Regime des Zarismus an, es mache aus den Arbeitern nicht nur Revolutionäre im politischen Sinne, sondern auch erbitterte Klassenkämpfer. Indes verschwand das Gespenst der sozialen Revolution vor den Augen der russischen Bourgeoisie angefaßt der Laßsache des Burgfriedens im Westen, und sie begann zu hoffen, daß es auch ihr nach der Beseitigung des jetzigen Regimes gelingen könnte, die russischen Arbeiter vor ihren Wagen zu spannen. So klang es wenigstens aus der letzten Rede Miljukows in der Duma kurz vor dem Ausbruch der Revolution.

Allein zu groß ist heute der Friedenswille der Massen, sie sind für eine imperialistische Kriegspolitik nicht mehr zu haben.

Die schwache Seite der Arbeiter- und Friedensbewegung in Rußland liegt in der schwachen Organisation der Massen. Die Massen erheben sich, kämpfen, erlangen gewisse Reformen, dann kehren sie zur Arbeit zurück, und alles erhält ein »normales« Aussehen. Die Reaktion setzt aber dann ihre Arbeit Tag auf Tag ein, und wenn sie geschickt operiert, bringt sie die Arbeiter um ihre Errungenschaften, ohne daß sie dies merken oder ohne daß sie genügenden Widerstand leisten können. Die Gefahr, daß man auch jetzt versucht wird, in der gleichen Weise zu verfahren, ist sehr groß. Hoffentlich gelingt es aber dem neuen »Arbeiterdeputiertenrat« mit dem Genossen Tschelise an der Spitze, dieses Spiel der Reaktion zu vereiteln.

Viel wichtiger ist die Gefahr, die aus der allgemeinen militärischen und internationalen Lage Rußlands hervorgeht. Die Weiterführung des Krieges könnte die Revolution in bedenkliche Bahnen lenken.

Die objektiven Bedingungen, auf die schon in der bürgerlichen Presse vielfach hingewiesen wird, diktieren der Regierung die Beschleunigung des Friedens. Allein man muß begreifen, daß sie nur einen ehrenvollen Frieden schließen kann, der aber keineswegs in Eroberungen bestehen muß. Umge-

kehrt wird sich die jetzige Regierung sicher behaupten können, wenn es ihr gelingt, das gutzumachen, was die zarische Regierung verdorben hat, Rußland und Europa einen Frieden zu geben, der die Wege zur freien und gemeinsamen Arbeit aller Völker gleich offen hält. Die russischen Arbeiter haben bewiesen, daß für sie der Frieden und die internationale Solidarität keine leeren Begriffe sind, sondern Dinge, um derenwillen sie zu kämpfen und zu sterben bereit sind. Die deutschen Sozialimperialisten haben die russischen Arbeiter von oben herab betrachtet, oft sie einfach ignoriert. Nun ist der russische sozialistische Arbeiter mit einem Schlage an die Spitze der um den Frieden kämpfenden Internationale getreten, ihr Bahnbrecher geworden. Wir wollen hoffen, daß die sozialistischen Arbeiter in den anderen Ländern sich ihrer russischen Brüder nicht unwert zeigen werden.

Marxismus und phaselogische Methode der Soziologie.

Von Otto Jenßen.

Am 29. Oktober 1916 starb an den Folgen eines Unfalls der Soziologe Dr. F. Müller-Eyer — ein schmerzlicher Verlust für die Sozialwissenschaften. Er war mit der Verarbeitung des seit zwanzig Jahren gesammelten Materials beschäftigt, ein Werk über die Bevölkerungsfrage befindet sich unter der Presse, eine Soziologie des Krieges hatte er geplant. Die bisher erschienenen Bände seiner »Entwicklungsstufen der Menschheit« sind in der Neuen Zeit von den Genossen Eckstein und Cunow gewürdigt worden; die Vorzüge der Werke, die sorgfältige Verarbeitung eines umfassenden Materials, die klare und übersichtliche Darstellung, die oft scharfsinnige Analyse der sozialen Entwicklung, aber auch die Schwächen, die sich besonders bei Behandlung des kapitalistischen Zeitalters geltend machen, wurden hier bereits betont. Darum sei als Nachruf eine Darstellung und Kritik der »Phaselogischen Methode« Müller-Eyers gegeben, deren Einführung in die Soziologie seine Werke in letzter Linie gewidmet waren. Er erwartet von dieser Methode wichtige Resultate, und aus ihr erklärt sich auch seine Stellung zum historischen Materialismus und Marxismus. Dieses rechtfertigt die gekürzte Wiedergabe einer ausführlichen Darstellung und Begründung seiner Forschungsmethode mit seinen eigenen Worten, die er im »Sinn des Lebens« (S. 122 bis 131) gibt. Diese Darstellung wird auch eine kritische Würdigung erleichtern und einem Überblick über die Vorzüge und Mängel dieser Forschungsart zur Grundlage dienen:

Phaselogische Methode. Als eine Methode, die zu diesem Ziele führen kann, betrachte ich die komparative oder vergleichende Methode, die ja schon in der Naturforschung ihre siegreiche Kraft erwiesen hat, in der Kulturwissenschaft, aber nur sporadisch und niemals konsequent durchgeführt worden ist, und die ich in ihrer Anwendung auf die Kulturentwicklung als die phaselogische Methode bezeichnen will.

Nach dieser Methode wird das Gesamtgebiet der Kultur zunächst in seine einzelnen Hauptteile zerlegt, von denen die wichtigsten sind:

Wirtschaft, Familie, Staat, Sprache, Wissen und Glauben, Moral, Recht, Kunst (auch diese Hauptteile werden je nach Bedürfnis wieder in noch kleinere Untergebiete gespalten).

Nun verfolgen wir auf jedem Einzelgebiet den gesamten Verlauf, den die Kulturentwicklung von den ältesten Zeiten bis auf unsere Tage genommen hat, und zerlegen die ganze Strecke in eine Folge von Stadien oder, wie wir lieber sagen wollen, von Phasen oder Stufen....

Also: auf jedem Einzelgebiet (und ganz für sich) ist zunächst die Stufenfolge festzustellen; gerade wie auch die Chemiker und Physiker zuerst überall das den Einzelercheinungen zugrunde liegende Gesetz aufsuchten und dann erst zu einer allgemeineren Theorie emporgestiegen sind!... Und jetzt beginnt die Induktion:

Wenn wir sorgfältig die einzelnen Phasen miteinander vergleichen, so entdecken wir sehr merkwürdige Linien, die sich durch den ganzen Phasenverlauf hindurchziehen und die Richtung angeben, in der sich die Kultur bewegt; es sind die Richtungslinien des Kulturfortschritts.

Welche Bedeutung diesen Linien zukommt, kann erst einleuchten, wenn man sie im einzelnen verfolgt....

Das erste, was uns die Richtungslinien zeigen und beweisen, ist die Tatsache, daß die Kultur als ein Entwicklungsprozeß betrachtet werden muß, das heißt daß sie nicht auf Geratewohl fortschreitet, sondern gesetzmäßig und in bestimmter Richtung....

Indem die Soziologie außer dem geschichtlichen Material noch die Vorgeschichte, die vergleichende Völkerkunde, Sprachwissenschaft und die übrigen früher genannten Sozialwissenschaften in den Bereich ihrer Betrachtung zieht und der induktiven Bearbeitung unterwirft, gelangt sie zu Richtungslinien, die sich durch Jahrhundertaufende hindurchziehen und die auf manchen Kulturgebieten schon jetzt mit voller Deutlichkeit die Richtung der Kulturbewegung erkennen lassen.

In den Richtungslinien finden wir also das Bleibende in der Flucht der geschichtlichen Erscheinungen. Das geschichtliche Geschehen erscheint uns jetzt als eine Folge von »Phasen«; jede Phase lernen wir als ein Glied der Kette aus der vorübergehenden begreifen, und die Vergangenheit wird uns verständlich als eine einheitliche Entwicklungsreihe, die sich durch all die unzählbaren Jahrtausende dahingezogen hat.

Aber auch unsere gegenwärtige Zeit wird durch die phasologische Betrachtungsweise in ein ganz neues Licht gerückt. Jetzt erst lernen wir die verwickelten Zustände verstehen, unter denen wir leben, nämlich als die augenblicklich letzten, aber immer vorwärtsdrängenden Glieder fast unendlich langer Entwicklungsreihen. Denn nur wenn wir die Entwicklung unserer verwickelten Zustände kennen, wenn wir wissen, wie sie entstanden sind, können sie verstanden werden....

Das Verständnis der Vergangenheit und der im Nu versinkenden Gegenwart kann nicht das letzte Wort der Soziologie sein. Je mehr die Soziologie zur Wissenschaft wird, in demselben Maße wendet sich auch unser Blick dem wichtigsten Zweck alles Wissens zu: dem *savoir pour prévoir* (Wissen, um vorauszusehen) und dem *prévoir pour prévenir* (Voraussehen, um vorzubeugen).

Das einfachste wäre wohl, daß man die Linien in gerader Richtung einfach in die Zukunft hinauszüge. Wir werden in der Tat nicht wenige Richtungslinien kennen lernen, für die dieser Fall zutrifft. Solche Linien sind zum Beispiel die der Differenzierung, der wirtschaftlichen Vergesellschaftung, des geneconomischen Gesetzes usw. Aber im allgemeinen sind nicht alle Richtungslinien Gerade; viele sind Kurven, zum Teil mit scharfen Wendepunkten....

Um der Gefahr, falsche Ziele aufzustellen, zu entgehen, müssen wir das Studium der Richtungslinien vertiefen durch die Erforschung der Ursachen, die der Kulturbewegung zugrunde liegen.

Doch auch nach einer solchen Vertiefung der Lehre von den Richtungslinien ist eine soziologische Vorhersage noch immer nicht gewährleistet. Die Fortschrittslinien schweben ja nicht, wie die Bahnen der Gestirne, in freiem Raum, sondern

sie werden getragen von den Völkern. Und selbst wenn wir die Richtung der Kulturbewegung mit aller Sicherheit feststellen könnten, so wüßten wir noch immer nicht, ob die fortgeschrittensten Völker die Kraft haben, überhaupt noch weiter fortzuschreiten. . . .

Da wir über die zukünftigen Schicksale der einzelnen Völker nichts wissen, so ist die Soziologie auch nicht in der Lage, die Zukunft der Kultur vorauszusagen. Trotzdem lassen sich verschiedene Zukunftphasen mit großer Wahrscheinlichkeit erwarten. . . .

Indem wir Phase für Phase an unserem Auge vorbeiziehen lassen, müssen wir notwendig im Geiste unsere Zeit überschreiten und den Weg aufwärts in Gedanken fortsetzen. Das selbe Maß, das uns lehrt, was niedrigere Phasen sind, sagt uns auch, welche Formen als höhere, als Zielphasen zu betrachten sind. Diese Zielphasen sind in jedem Augenblick der Geschichte die »Ideale der Zeit«, die psychologischen Leit motive des Fortschritts. Je klarer uns diese Ideale vorschweben, je schärfer wir sie wissenschaftlich erfassen können, um so deutlicher werden wir die Ziele erkennen, denen der gesamte Fortschrittsdrang einer Epoche zustrebt. Und da wir gegenwärtig offensichtlich am Beginn einer neuen Kultur stehen, wird es von der größten Bedeutung sein, schon jetzt ihren Charakter zu erkennen, nicht erst, wenn sie abgelaufen sind.

Denn die Menschen sind in Parteien zerpalten. Und jeder Partei schwebt ein anderes Ideal vor, weil sie durch ihr Privat- und Klasseninteresse geblendet ist. Darin liegt die Gefahr für die Soziologie. Die meisten Soziologen scheuen sich vor Zukunftsbetrachtungen, weil sie dadurch in soziale Reformfragen verstrickt und von den Parteifanatikern als unwissenschaftliche Weltverbesserer verschrien zu werden fürchten. Es ist ein heißer Boden; aber er muß trotzdem beschriftet werden. Gerade hier kann die Soziologie, wenn sie nicht mißbraucht wird, segensreich wirken. Denn die Soziologie konstruiert die Kulturziele auf wissenschaftlichem Wege, unbekümmert um der Parteien Haß und Günst, mit demselben nüchternen Verstand, wie der Geometer seine Linien zieht oder der Physiker aus seinen Zahlen das Gesetz herausliest oder der Schachspieler seine Figuren stellt. Auf alles, was Klasseninteresse, was Partei heißt, muß sie mit granitner Apathie hinabsehen. Andersfalls ist sie keine Wissenschaft. . . .

Auch ein praktischer Wert wird dieser Methode nicht abzustreiten sein. . . .

Die Richtungslinien erfüllen uns mit hoher Hoffnung und freudigem Siegesbewußtsein. . . . Und da die Richtungslinien in ihren Zielpunkten bestimmte Ideale vor Augen stellen, deren auch nur annähernde Erreichung gleichbedeutend ist mit der gesteigerten Wohlfahrt aller, so wird sich nach und nach jener hoffnungsfreudige Optimismus in begeisterte Tatkraft umwandeln; der Einzug der neuen Welt Epoche, der wir entgegengehen, wird erleichtert werden, wenn es gelingt, soziologische Einsicht zu verbreiten und dadurch Revolutionen zu verhüten und die Evolution in ein gleichmäßiges Tempo zu bringen.

Denn die Fortschrittlinien lehren groß denken, sie geben einen weiten Blick. . . . Soziologie in ihrem tiefsten Wesen ist ja nichts anderes als die Aufreizung des Willens zum größeren Leben.

Auch für den Politiker und den Staatsmann wird die Kenntnis der Fortschrittlinien bald ein absolutes Erfordernis sein. . . .

Denn die Richtungslinien sind die Linien des geringsten Widerstandes, auf denen die Kulturbewegung weitschreitet. Sie bezeichnen die Angriffspunkte, in die die soziologischen Spannkraften sich zu entladen bestrebt sind. Eine große Politik ist ohne ihre Kenntnis eine Unmöglichkeit oder — ein Zufall. Und eine gegen die Fortschrittlinien gerichtete Politik ist ein Fehler, den vielleicht Millionen von Menschen mit ihrem Glück und ihrem Leben bezahlen müssen.

Der wissenschaftliche Hauptwert der Richtungslinien liegt aber darin, daß sie zur Aufdeckung der Gesetze der Kulturentwicklung führen. Auf

nicht wenigen Kulturgebieten ergibt der Verlauf der Richtungslinien eine so klare Induktion, daß wir ihren Charakter nur zu formulieren brauchen, um zu dem Entwicklungsgesetz aufzusteigen. So ergab uns die phäseologische Betrachtung der Entwicklungsgeschichte der Arbeit eine Anzahl von Richtungslinien, die wir alle unter dem Entwicklungsgesetz der »Arbeitsvergesellschaftung« zusammenfassen konnten, einem Gesetz, das die Bewegung der ökonomischen Welt in ähnlicher Weise beherrscht wie das Gravitationsgesetz die Bewegung der Himmelskörper. . . .

Indem wir in dieser Weise jedes einzelne Gebiet, zunächst ganz für sich, bearbeiten, gelangen wir zu einer großen Anzahl von einzelnen Entwicklungsgesetzen, die wir als elementare oder funktionelle soziologische Gesetzmäßigkeiten bezeichnen wollen. Darauf folgt die Aufgabe, diese funktionellen Gesetze miteinander zu vergleichen und die Beziehungen festzustellen, in denen die einzelnen Kulturerforschungen . . . zueinander stehen; diese Gesetzmäßigkeiten, die ebenfalls durch die komparative Methode zu ermitteln sind, möchten wir die interfunktionellen nennen; und mit ihnen schließt die spezielle Soziologie ab. — Die allgemeine oder generelle Soziologie hat dann aus dem gesamten Material noch die allgemeinsten Gesetzmäßigkeiten abzuleiten und so schließlich zu einer einheitlichen Theorie des soziologischen Geschehens aufzusteigen. . . . Dies ist also unser Weg:

1. Von den soziologischen Tatsachen (die ideell gesprochen alle Völker, alle Erdräume und alle Zeiten umfassen müßten) zu den Phasen der Kultur.
2. Von den Kulturphasen zu den Richtungslinien des Fortschritts.
3. Von den Fortschrittlinien zu den Gesetzmäßigkeiten der Kulturentwicklung.
4. Und von der Einsicht in die Kulturgesetze zur Kulturbeherrschung.

Ein Vergleich dieser Darstellung mit der Schilderung der Forschungsmethode von Karl Marx, wie sie im Nachwort zur zweiten Auflage des ersten Bandes des »Kapital« gegeben wird (Volksausgabe, S. XLVI ff.), zeigt mancherlei Übereinstimmungen, aber auch bedeutende Unterschiede beider Methoden.

Das Forschen nach Gesetzmäßigkeit der Entwicklung, die Einteilung in verschiedene Stufen (Wirtschaftsformen), die Induktion nach vorangegangener umfassender Materialsammlung sind beiden Untersuchungsarten gemeinsam. Im Gegensatz zu Müller-Lyer ist aber Marx bestrebt, die besonderen Gesetze jeder Epoche zu ermitteln und zu zeigen, wie diese Entwicklungstendenzen dahin führen, daß eine Wirtschaftsform durch eine andere ersetzt wird. Die Eigengesetzlichkeit jeder Epoche ist ihm ebenso wichtig wie die allgemeinen Gesetze, die sich bei der abweichenden Struktur verschiedener Wirtschaftsformen doch nur auf einige wenige reduzieren. Müller-Lyer hingegen beschränkt sich in den Phasen der Kultur zum Beispiel auf diese wenigen Gesetze: Integration, Differenzierung, Vergesellschaftung usw. Er mißt daher auch der theoretischen Nationalökonomie eine geringe Bedeutung bei, wie die Einleitung zu seinem Buche über die Bevölkerungsfrage zeigt. Er erkannte nicht klar, daß es sich bei den widersprechenden Ansichten der Nationalökonomien um die Klassenstandpunkte der Autoren handelt, daß sich ferner eine Entwicklung der ökonomischen Erkenntnis verfolgen läßt, wie sie Karl Marx in seinen Theorien über den Mehrwert aufgezeigt hat. Mit dieser Unterschätzung der besonderen Struktur der Einzelperioden hängt es zusammen, wenn bei aller Erkenntnis der Klassenbildung und der Klassengegensätze Müller-Lyer doch den Klassenkampf als treibenden Faktor der Entwicklung nicht genügend würdigt. Dieses trifft besonders bei der Beschreibung der kapitalistischen Wirtschaft zutage, in den Schlußkapiteln der

Phasen der »Kultur« und dann auch der Familie und in den Phasen der Liebe. Der Verfasser glaubt die Mängel der kapitalistischen Gesellschaftsordnung beseitigen zu können, ohne ihren Grundcharakter als Warenproduktion zu ändern, eine Anschauung, die nur möglich ist, da er das Wertgesetz und die daraus sich ergebenden Konsequenzen nicht berücksichtigt.

Die materialistische Geschichtsauffassung in ihrer »extremen Form« läßt Müller-Lyer daher auch nicht gelten, obgleich er in sehr vielen Kapiteln seiner Werke gute, ja oft ausgezeichnete Proben dieser Geschichtsauffassung bietet, besonders wenn es sich um Epochen primitiver Wirtschaft handelt, wo die Klassengegensätze keine oder eine geringe Rolle spielen. Es ist hier dieselbe Erscheinung, das unbewußte Abweichen von seiner eigenen Methode, das sich auch darin zeigt, daß er in den Werken über die Geneonomie (Phasen der Liebe und der Familie) sehr nachdrücklich die Zusammenhänge zwischen dem Charakter der Liebesgefühle, der Familienform usw. mit den wirtschaftlichen Verhältnissen betont und stets die interfunktionellen Beziehungen darstellt, während er eigentlich nur die Phaseologie der Familie ohne Rücksicht auf die Wirtschaft behandeln mußte. Dann aber wären die Wandlungen und besonders die Rückschläge in überwundene Formen gar nicht verständlich. Die besten Teile in Müller-Lyers Werken stehen in Widerspruch zu seiner Kritik der materialistischen Geschichtsauffassung, die er am eingehendsten im Schlußkapitel der Phasen der Liebe gibt. Hier wird von ihm noch ein anderer Gesichtspunkt hervorgehoben:

Er (der Mensch) ist also nicht der willenslose Sklave der Wirtschaft oder gar ihr Abklatsch, sondern er schafft die Wirtschaft, wie er die Kultur schafft: nach den ihm angeborenen Triebkräften und Anlagen, deren Entfaltung eben das ist, was wir Kultur nennen. Mit anderen Worten: der Demiurg der gesamten Kulturbewegung ist — physiologisch ausgedrückt — das mit bestimmten Spannkraften geladene menschliche Gehirn; oder genauer: die Millionen Gehirne derer, die durch Zusammen- und Wechselwirkung den Zauberbau der Kultur aufgerichtet haben.

Hinter und unter der Soziologie steht die Psychologie. Und diese sagt uns, daß der Mensch nicht bloß die Wirtschaft ins Leben ruft, sondern auch die Wissenschaft, die Kunst, die Geneonomie usw., wenn es auch allerdings richtig ist, daß er sich nur diejenige Kultur leisten kann, die ihm seine ökonomischen Mittel gestatten. Daher sind die Kunst, die Wissenschaft, die Geneonomie nicht etwa bloße »Spiegelungen« des Wirtschaftslebens, sondern sie führen selbst wieder ein selbständiges Leben, sie entwickeln sich gerade wie die Wirtschaft nach einer inneren — psychologischen — Gesetzmäßigkeit. Für diese Theorie sprechen auch besonders deutlich die Vorwegnahmen, die in kühnen Geistern so häufig entstehen und die man vielleicht als »soziologische Antizipationen« bezeichnen könnte... (S. 225, 226.)

Wir erkennen also, daß unter oder hinter der ökonomischen Entwicklung eine noch tiefere verborgen liegt, die sozialpsychologische Entwicklung, die Entfaltung des menschlichen Willens oder genauer: die Wechselwirkung zwischen Welt und Wille. (S. 230.)

Diese Anschauung, die auf einer Verkennung des Begriffs Wirtschaft beruht, hat Kautsky bereits in seinem »Weg zur Macht« im Kapitel »Wille und Ökonomie« eingehend kritisiert, so daß ich auf die dortigen Ausführungen verweisen kann. Abtrigens hebt Müller-Lyer in den folgenden Ausführungen über die materialistische Geschichtsauffassung diesen Einwand teilweise selbst wieder auf, und die Bemerkung, daß manche Marxisten eine automatische Entwicklung (ein Heranreifen der Kultur wie die Pflaume am Baume) erwarten, trifft nur den Vulgärmarxismus, oder sie verwechselt die

theoretische Betrachtung eines wahrscheinlichen Entwicklungsprozesses mit dem tätigen Eingreifen in diesen Prozeß. Der theoretischen Analyse folgt aber gerade bei Marx stets der Aufruf zum praktischen Handeln, und die Erkenntnis der wirtschaftlichen Gesetze ist die Vorbedingung eines möglichst erfolgreichen Eingreifens. Ein klassisches Beispiel ist ja das kommunistische Manifest. Es zeigt sich überhaupt, daß Müller-Lyer bei der Kritik des Marxismus oft Mißverständnissen unterliegt, die wohl auch darin ihren Grund haben, daß er Marx selbst fast nie zitiert, sondern zumeist auf Paul Barth zurückgeht.

Auffallend ist, daß in der Familie und in den Phasen der Liebe nie Engels' »Ursprung der Familie usw.« erwähnt wird, obgleich in der Darstellung der »personalen Liebe« sich viele Berührungspunkte mit Engels' Betrachtungen über die »individuelle Geschlechtsliebe« finden. Aber die Praxis ist bei Müller-Lyer besser wie die Theorie, deren Lücken sich meist in den Schlußabschnitten seiner Werke bei der Betrachtung der heutigen Verhältnisse geltend machen. Da ist es wieder die mangelnde Rücksicht auf die Eigengesetzlichkeit der Einzelepochen. Trotz der Unterscheidung zwischen Früh- und Hochkapitalismus entgehen Müller-Lyer die grundlegenden Veränderungen in der Klassengruppierung. Der Imperialismus als Ideologie des Finanzkapitals, die sich widerstrebenden Kriegs- und Friedenstendenzen, der Umschwung in der Stellung der Intelligenz, der in letzter Linie wirtschaftlichen Veränderungen geschuldet ist, alles das wird zwar gelegentlich erwähnt, aber nicht in seiner vollen Bedeutung erkannt und ökonomisch erklärt. Daher die Gradlinigkeit der phaseologischen Entwicklung vom Kriegszum Arbeitsstaat, das Übersehen des Widerstreits verschiedener »Richtungslinien« trotz des häufigen Hinweises auf die Plutokratie.

Es ist daher sehr zu beklagen, daß der Tod Müller-Lyer verhindert hat, die Lehren des Weltkriegs zu ziehen und die entsprechenden Abschnitte des »Sinn des Lebens« und der »Soziologie der Leiden« neu zu bearbeiten. Er dürfte den Erfahrungen des Krieges um so eher Rechnung getragen haben, da er im Gegensatz zu so vielen Gelehrten nicht von der Kriegspychose befallen war. Allerdings propagierte er im »Monistischen Jahrhundert« auch eine Art Mitteleuropa, wobei sich wieder die bloße Phaseologie als unzulänglich erwies, da Müller-Lyer durch diese ein Fortschreiten zu immer größeren Staatsgebilden zu erkennen glaubte.

Diese kritischen Bemerkungen zur Phaseologie sind natürlich nicht erschöpfend. Sie wollen nur zum Studium der Werke des Soziologen anregen und die kritische Lektüre erleichtern. Mit Marx verband Müller-Lyer die Liebe zur Wissenschaft, die unbestechliche Gewissenhaftigkeit und Gründlichkeit bei der Forschungsarbeit, die sich vor allem in der Verarbeitung des gewaltigen völkerkundlichen Materials zeigt. Wie Marx wollte Müller-Lyer nicht zu einem kleinen Kreise Gelehrter sprechen, sondern seine Erkenntnis den Massen zugänglich machen als Waffe im Kampfe um den Kulturfortschritt. Darum bot er seine wissenschaftlichen Ergebnisse in einer klaren, einfachen Darstellung und war bestrebt, in der Art der Stoffgruppierung, durch die häufige Wiederholung verwandter Gedankengänge erzählerisch zu wirken, zum gesellschaftswissenschaftlichen Denken zu zwingen und dem Leser die entwicklungsgeschichtliche Betrachtung gesellschaftlicher Erscheinungen zur Selbstverständlichkeit werden zu lassen. Darin liegt die

Bedeutung seiner Werke als Lehrbücher für intelligente Arbeiter und Arbeiterinnen besonders der jungen Generation. Die »Phasen der Kultur« und »Die Familie« werden bei der Bildungsarbeit nach dem Kriege sehr wertvolle Dienste leisten. Das Weitererscheinen der »Entwicklungsstufen der Menschheit« ist gesichert, da verschiedene Bände druckfertig sind. Auch andere Schriften sind so weit fortgeschritten, daß sie später erscheinen können. Mit besonderem Interesse erwarten wir den Band über den Staat und das Buch über die Entwicklung der Moral, des Rechtes und der Kunst. Vor allem wird die Abhandlung über den Staat zeigen, inwieweit Müller-Lyer die phasenlogische Methode durch den Marxismus ergänzte und ob durch die Erfahrungen der letzten Jahre sein Blick für den Klassencharakter der Gesellschaft und den Weg zur Überwindung des Kapitalismus geschärft worden ist. Auch bei der angewandten Soziologie, von der einige Bände gut vorbereitet sind, dürfte sich, nach dem ersten Band zu urteilen, die medizinische Vorbildung Müller-Lyers, der selbständige psychologische Arbeiten verfaßte, geltend machen. Diese Schriften werden als Beiträge zur Sozialpathologie zu beachten sein; allerdings zeigt der erste Band »Die Soziologie der Leiden« oft sehr die Mängel einer zu ausschließlich medizinischen Art der Behandlung sozialer Probleme.

Es war die Aufgabe dieser Zeilen, die Stellung der Methode Müller-Lyers zum Marxismus kritisch zu fixieren. Wir mußten dabei das Negative hervorheben. Die Besprechungen der Einzelwerke in dieser Zeitschrift¹ haben die Vorzüge der Werke Müller-Lyers mit Recht betont, vor allem die ausgezeichnete Darstellung der Entwicklung von Ehe und Familie und des Gentilverbandes, die er in der »Familie« gibt, wurde von Genossen Cunow eingehend gewürdigt. Müller-Lyer erklärte selbst, daß ihm Cunows Buch über die Australneger erst den Weg zum Verständnis der Geneonomie erschlossen habe, und auf dem Gebiet der Völkerkunde, der umfassenden Benutzung ethnologischen Materials erweist Müller-Lyer die Fruchtbarkeit der marxistischen Methode. Hier liegen vor allem seine positiven Leistungen, die jeder Marxist anerkennen muß. Ein eingehendes Studium der Werke des verstorbenen Soziologen ist die würdigste Ehrung, die ihm die Arbeiterschaft erweisen kann.

Volk und Regierung.

Von K. Kautsky.

Ehe ich Stampfer entgegen, sei der Passus seines Artikels, gegen den ich mich wandle, den Lesern nochmals vollständig vorgeführt. Er lautete:

Da kam der Krieg. Die deutsche Sozialdemokratie hatte in diesem Augenblick das Recht, auch an sich selber zu denken, denn sie ist der Überzeugung, daß die Zukunft des Volkes bei ihr ruht. Sie hatte das Recht, die Kriegsfrage unter dem

¹ Gustav Eckstein, Ein materialistischer Historiker (F. Müller-Lyer, Phasen der Kultur und Richtungslinien des Fortschritts. Soziologische Überblicke), XXVII, 1, S. 150. — G. Eckstein, Historische Ketten (Dr. F. Müller-Lyer, Der Sinn des Lebens und die Wissenschaft), XXIX, 2, S. 428. — Heinrich Cunow, Zur Urgeschichte der Ehe und Familie (Dr. F. Müller-Lyer, Die Familie), Ergänzungsheft zur Neuen Zeit, Nr. 14. — Heinrich Cunow, Dr. F. Müller-Lyer, Phasen der Liebe, Neue Zeit, XXXIII, 1, S. 604. — Gustav Eckstein, Müller-Lyer, Soziologie der Leiden, Neue Zeit, XXXIV, 1, S. 284.

Gesichtswinkel zu betrachten, welche Haltung der Partei dem künftigen Sieg der Demokratie und des Sozialismus am förderlichsten sei, denn von diesem Sieg erhofft sie für das deutsche Volk und alle Völker der Welt größeren Gewinn als von irgendeinem anderen! Und so war es nicht nur der gesunde Instinkt, der der Partei in diesem Augenblick den Weg zu den übrigen Volksgenossen wies — die gleiche Not mit ihr teilten —, es war auch die ruhige politische Überlegung, die sich sagte, daß man hier vor der Entscheidung stand: entweder mit dem deutschen Volke hinauf zur Macht oder gegen das deutsche Volk wieder sturzartig hinunter in den Abgrund der Ohnmacht!

Diese Worte betrachtete ich als »ein ausgesprochenes Bekenntnis zum Opportunismus«. Darauf geht Stampfer nicht ein. Außerdem aber erklärte ich, der Passus habe nur dann einen Sinn, wenn man ihn auffasse als Proklamierung einer Politik, die durch Gewinnung des Vertrauens der herrschenden und regierenden Klassen zur Macht kommen will.

Das bestreitet Stampfer, doch kann er das nur dadurch, daß er unvermerkt die Worte ändert, die er gebrauchte.

Wie! ruft er, haben wir nicht von jeher durch die Volksmasse zur Macht kommen wollen?

Unzählige Male haben wir, Kautsky und ich, »das Volk«, will natürlich sagen das arbeitende Volk, zum Kampfe gegen den Kapitalismus aufgerufen. Haben wir da den Klassenkampf aufgegeben?

Man sollte wirklich meinen, die Bewilligung der Kriegskredite bedeute das Aufrufen des arbeitenden Volkes zum Kampfe gegen den Kapitalismus.

Stampfers Argumentation beruht darauf, daß das Wort »Volk« zwei verschiedene Bedeutungen hat. Einmal bedeutet es die Volksmasse, das arbeitende Volk, im Gegensatz zu seinen herrschenden Klassen und besonders seiner Regierung. Dies ist das Volk schlechthin, ohne nähere Bezeichnung.

Dann aber versteht man unter Volk die Gesamtheit der Bewohner eines Staates oder der Angehörigen einer Nationalität. Hierbei hat man die herrschenden Klassen und die Regierung als die nach außen am sichtbarsten zutage tretenden Führer des Volkes besonders im Auge. Hier redet man aber nicht von Volk schlechweg, hier unterscheidet man verschiedene Völker, das deutsche, französische, englische usw.

Nun schrieb Stampfer nicht: »mit dem Volk« oder gar mit dem »arbeitenden Volk« hinauf zur Macht, gegen das arbeitende Volk hinunter in den Abgrund der Ohnmacht, sondern er sagte: »mit dem deutschen Volke hinauf zur Macht, gegen das deutsche Volk hinunter zur Ohnmacht.«

Das deutsche Volk ist aber nicht bloß das arbeitende Volk, sondern die Gesamtheit der Klassen Deutschlands, samt der Regierung. Diese Unterscheidung könnte als Wortklüftelei erscheinen, wenn nicht die Praxis der Kreditbewilliger bezeugte, daß meine Auslegung die richtige ist. Stampfer freilich will es dahingestellt sein lassen, »ob es wirklich Elemente in der Partei geben sollte, die nationalliberale Tendenzen verfolgen«. Als ob uns solche nicht auf Schrift und Tritt entgegenträten! Ich habe in früheren Artikeln schon mehrere Belege dafür gebracht. Jeden Tag findet man neue. So läßt sich jüngst der Gewerkschafter Hugo Pöhsch vernehmen:

Wir haben unseren Teil an der Verantwortung zu übernehmen und uns an der Leitung des Staatswesens zu beteiligen. Die Staatsnotwendigkeiten sind von der Sozialdemokratie in weitestem Ausmaß nicht nur anzuerkennen, sondern zu erfüllen. Heer, Flotte, Kolonien, das Reichsbudget wie die Bundesbudgets müssen aufhören, in unserem Vorstellungskreis als Forderungen der Regierung zu figurieren, sie müssen unsere eigenen Forderungen sein (die wir dann natürlich auch entsprechend zu gestalten haben). . . . Wie wir zur Nation stehen, darüber hat der Krieg in klarer Weise Aufschluß gegeben. . . . Der Militarismus

muß hat aufgehört, für uns ein Schreckgespenst zu sein. (Die deutsche Sozialdemokratie nach der Spaltung, »Sozialistische Monatshefte«, 5. Heft, 1917.)

Wie wir zur »Nation«, also zum deutschen Volke stehen, das heißt für Pöhsch nicht, wie wir zum arbeitenden Volke stehen, sondern wie wir zum Militarismus, zur Flottenpolitik, zur kolonialen Eroberungspolitik, zum Regierungsbudget stehen. Das Budget der Regierung haben wir uns als unser Budget vorzustellen, wodurch es natürlich aufgehört, ein Regierungsbudget zu sein.

Will Stampfer diese Gedankengänge ablehnen? Nun wohl, er drückt sich nicht so deutlich wie Pöhsch aus. Er ist gleich Bethmann ein Meister in der Kunst, mehrdeutige Worte zu gebrauchen. Aber wiederholt er nicht auch den Satz, daß wir die Kriegskredite nicht der Regierung bewilligen, sondern dem Volke?

Und die Pöhschschen Gedankengänge finden wir nicht bloß in den »Sozialistischen Monatsheften«. Hat Stampfer nie etwas von den illustrierten Mitarbeitern der »Blocke« gehört? Und stößt nicht in dasselbe Horn Cunow, ständiger Mitarbeiter des »Vorwärts«?

Und kennt Stampfer nicht den im »Vorwärts« am 13. März veröffentlichten Wahlauf Ruf für Spandau-Osthavelland? Er sei als historisches Dokument hier vollständig wiedergegeben:

Die Wähler werden entscheiden: für oder gegen die Bewilligung der Mittel zur Landesverteidigung.

Die Wahl ist von ungeheurer Bedeutung. Über die Grenzen des Kreises, des Reiches hinaus, ja besonders im Ausland wird sie als Gradmesser für den Zusammenhalt des deutschen Volkes in der Abwehr feindlicher Eroberungspläne gewertet werden. Deshalb ist jeder Wähler verpflichtet, sein Wahlrecht, das höchste Staatsbürgerrecht, auszuüben. Der Kandidat der deutschen Sozialdemokratie ist der Gewerkschaftsangeestellte Emil Stahl (Spandau). Wer die Mittel zur Landesverteidigung bewilligen will, muß zur Wahl, muß ihm seine Stimme geben.

Also jeder muß Stahl seine Stimme geben, der für die Kriegskredite stimmen will. Das ist ein Appell an Nationalliberale und Konservative und den Reichsverband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie. Und sie alle haben dem Appell entsprochen und zur Wahl des »Kandidaten der deutschen Sozialdemokratie« aufgefordert mit dem von Stampfer mit Jubel begrüßten Erfolg. Selbst die kühnste Phantasie wird nicht entdecken können, daß in dem hier abgedruckten Aufruf »das Volk, will natürlich sagen das arbeitende Volk zum Kampfe gegen den Kapitalismus aufgerufen wird«. Die Reichstagswahl in Spandau-Osthavelland illustriert mit erschreckender Deutlichkeit den Satz: »mit dem deutschen Volke hinauf zur Macht.« Das heißt, hinauf zur Macht dadurch, daß wir das Vertrauen der herrschenden und regierenden Klassen des Deutschen Reiches gewinnen.

Dabei merkt Stampfer gar nicht, daß er in seiner Entgegnung sein Bekenntnis zum Opportunismus wiederholt, wenn er darauf hinweist, die Sozialdemokratie hätte, wenn sie die Kriegskredite ablehnte, »Wähler zu Hunderttausenden und aber Hunderttausenden verloren und wäre wesentlich geschwächt aus dem Kriege hervorgegangen«.

Er macht dies Argument zwar gleich darauf selbst zunichte, indem er eine Reihe von Anhängern der Arbeitsgemeinschaft verdächtig, sie stimmten jetzt bloß deshalb gegen die Kredite, weil sie sich überzeugt hätten, daß man dabei politisch besser fahre, das heißt, daß die oppositionelle Stimmung der arbeitenden Massen wachse.

Aber nehmen wir an, Stampfer hätte recht und die Ablehnung der Kredite brächte uns in der nächsten Wahl nach dem Kriege einen Verlust an Mandaten. Darf dieser Gesichtspunkt für eine prinzipielle Politik überhaupt in Frage kommen? Sie kennzeichnet den Opportunisten, der nach Macht für sich, nicht für sein Programm strebt; der, ehe er seine Überzeugung äußert oder eine überhaupt faßt, sich fragt: was werden meine Wähler dazu sagen?

So oft wir noch einen ernsthaften Strauß mit dem Militarismus oder Imperialismus auszufechten hatten, hat es uns Mandate gekostet, so 1887, wo wir von 24 auf 11 Mandate herabsanken, so noch mehr 1907, wo wir von 81 Mandaten fast die Hälfte, 38 verloren. Relativ ging 1907 sogar die Zahl der für uns abgegebenen Stimmen zurück, von 31,7 Prozent auf 28,9 Prozent. Im Jahre 1887 vermehrten wir relativ wohl unsere Stimmzahlen in Preußen und Bayern, dagegen gingen sie zurück in Sachsen von 35,3 Prozent auf 28,7 Prozent, Hessen von 15,9 auf 11,3, Rußl. a. L. von 56,8 auf 41,0, Rußl. j. L. von 43,3 auf 34,7 Prozent.

Das waren sicher schmerzliche Verluste. Es hat auch nach jeder derartigen Niederlage nicht an Genossen gefehlt, die einen Wechsel unserer Politik, ein Umlernen forderten, weil die Politik der unveröhnlichen Negation uns nur schade, die Wähler entfremde. Aber die Masse der Genossen wies solchen Opportunismus verächtlich zurück. Und sie wurden reich belohnt. In der nächsten Wahl nach 1887 verdoppelten wir die Zahl unserer Stimmen, verdreifachten wir die unserer Mandate. Und in der nächsten nach 1907 wuchsen wir um 1 Million Stimmen, und unsere Mandate wurden mehr als verdoppelt. Denn auf die Dauer läßt sich ein Proletariat, das einmal weiter denken gelernt hat, sich unseren großen Zielen nicht entfremden, und die Kämpfe des Alltags schüren stets von neuem seinen oppositionellen Ingrimm.

Nun erklärt Stampfer, daß die Abgeordneten, die für die Kredite stimmten, dabei ihrer Überzeugung folgten und nicht der Sorge um ihre Mandate. Ich habe jedoch nicht über die Motive der einzelnen Abgeordneten gesprochen, die ich nicht festzustellen vermag, sondern über die Denkweise, die sich darin offenbart, daß Stampfer die Abstimmung mit den politischen Vorteilen rechtfertigt, die sie der Partei gebracht habe. Diese seine eigenen Worte kann er nicht hinwegdeuten.¹

¹ Im »Vorwärts« vom 18. März beschwert sich Davidsohn darüber, daß ich den Abgeordneten, die für die Kriegskredite stimmten, Opportunismus vorwerfe, und er will den Spieß umdrehen, indem er behauptet, nur mein Mangel an »Gedächtnis-ehrlichkeit« hindere mich daran, zu wissen, daß am 3. August 1914 in der Fraktions-sitzung nur einer der Anwesenden opportunistisch sprach, und der sei ich gewesen. Denn nachdem mein Wunsch, die Fraktion möge sich der Abstimmung enthalten, abgelehnt worden und »als kein Zweifel mehr war, daß die überwältigende Mehrheit den Kredit bewilligen werde, da sagte Kautsky — wiederum vergebens: man sollte doch mindestens ein paar Gegenforderungen, Kompensationen auf-machen«. Das war ein opportunistischer Gedanke und wurde als solcher abgewiesen.

Ich bezweifle durchaus nicht die Ehrlichkeit Davidsohns bei dieser Gesichtszählung. Um so schwächer aber ist sein Gedächtnis. Und er hat auch schon wieder vergessen, daß ich das Hirtörchen schon einmal im »Vorwärts« Bloß und Landsberg gegenüber richtiggestellt habe. Es scheint notwendig zu sein, daß das auch einmal in der Neuen Zeit geschieht. Nicht »Kompensationen« forderte ich, sondern ich sagte, wenn die Fraktion schon die Kredite bewilligen wolle, müsse sie das doch zum mindesten von Zusicherungen über die Kriegsziele der Regierung abhängig machen und sich nicht von blindem Vertrauen leiten lassen. Welt entfernt, dies als eine opportunistische Entgleisung anzusehen, hätte ich es vielmehr noch bei der letzten Kreditbewilligung für einen großen Fortschritt gehalten, wenn die alte Fraktion auf meinen Vorschlag vom 3. August 1914 zurückgekommen wäre und die Bewilligung davon abhängig gemacht hätte, daß der Kanzler die Friedensbedingungen der Regierung ausdrücklich nenne und daß diese Bedingungen unseren Grundsätzen entsprächen.

Ich dachte, auch Davidsohn sollte zu erkennen vermögen, daß diese Forderung etwas ganz anderes ist als der Verkauf von Stimmen für Kompensationen. Selbst ein Abstinenzler braucht sich nicht gegen das Verlangen zu sträuben, der Reichskanzler solle dem Volke reinen Wein einschenken.

Dabei stellt sich uns Stampfer freilich als unentwegter Kämpfer gegen die nationalliberalen Tendenzen in unserer Partei vor, und er beschwert sich über uns, daß wir ihn bei diesem Kampfe im Stiche gelassen haben! Denn, sagt er, die Radikalen »manövrieren falsch« und helfen dadurch der Reaktion innerhalb wie außerhalb der Partei in den Sattel.

Damit glaubt er seinen Haupttrumpf gegen uns auszuspielen und merkt nicht dessen Armseligkeit und Verschliffenheit. Der Vorwurf, daß wir der Reaktion in den Sattel verhelfen, datiert nicht von heute. Er ist so alt wie unsere Partei, er wurde schon gegen Lassalle und dann gegen Bebel und Liebknecht vom lendenlahmen Liberalismus erhoben, der da jammerte: Wir würden schon mit der Reaktion aufräumen, wenn sie nicht durch die falschen Manöver der Sozialdemokraten gestärkt würde.

Die Sozialdemokratie hat diese Tiraden stets verlacht, ist ihren Weg unbeirrt weitergegangen und dabei zu ihrer bisherigen Größe gelangt. Die uns so vertrauten faulen Redensarten des verkommenen Liberalismus imponieren uns nicht mehr, wenn Sozialdemokraten sie ihm entlehnen, um sie als vernichtende Geistesblitze gegen die Vertreter der alten Taktik zu schleudern.

Literarische Rundschau.

Franz Boas, *Kultur und Rasse*. Leipzig 1914, Veit & Co. 256 Seiten Oktav. Gebestet 5 Mark.

Das ist so recht ein Buch, wie es gerade in unserer Zeit, wo es Chauvinismus aus Kübeln regnet, recht eingehender Beachtung wert erscheint. Überall machen sich heute die Rassenfere breit, und überspanntes Nationalgefühl hat in allen Bevölkerungskreisen bereits verheerende Wirkungen gezeitigt. Ohne polemisch zu sein, ist das Buch eine vernichtende Kritik dieser völkervergiftenden chauvinistischen Strömungen vom Standpunkt eines möglichst unbeeinflussten Forschers aus. Es ist natürlich bei einem kurzen Referat unmöglich, all den Gedankengängen des Verfassers nachzugehen; eine kurze Zusammenfassung des Inhalts mag genügen. Boas geht von der heute schon fast überall als selbstverständlich erachteten Ansicht aus, daß es hochbegabte und minderwertige Nationen gibt und daß die Europäer mit ihrer Zivilisation natürlich auch die höchststehende Menschheitsgruppe darstellen; von hier aus ist es dann nicht weit zu dem Schluß, daß auch die Körpermerkmale des Europäers ihn auf die höchste bis jetzt erreichte Stufe der Entwicklung stellen und daß der zivilisierte Mensch sich selbst für ein höher organisiertes Wesen im Vergleich zu dem Unzivilisierten, Kulturarmen hält. Diese Schlüsse sind aber, wie im einzelnen nachgewiesen wird, durchaus Trugschlüsse. Es ist ein wissenschaftlicher Aberglaube, anzunehmen, daß die Rassenunterschiede für die Kulturentwicklung von so ausschlaggebender Bedeutung sind; besonders bei physiologischen und psychologischen Merkmalen sind die individuellen Unterschiede viel bedeutsamer als die Rassenunterschiede. Während seit der jüngeren Steinzeit die Rassen im großen und ganzen stabil geblieben sind, wird die Individualentwicklung stark von der Umwelt beeinflusst. Dieser Einfluß ist besonders da nachzuweisen, wo äußere Verhältnisse während der Wachstumsperiode des Individuums einwirken: der Einfluß der sozialen Verhältnisse auf Körpergröße und Körperkonstitution der Schulkinder und der daraus sich ergebende körperliche Unterschied zwischen mehr- und minderbemittelten Volksklassen ist wiederholt untersucht worden. Auch die Umwelt vermag einen unmittelbaren Einfluß auf die Körperform auszuüben, wie durch Beobachtung von Typenänderungen gelegentlich des Übergangs vom Land- zum Stadtleben oder der Auswanderung nach anderen Erdteilen nachgewiesen werden konnte. Auch das muß in Betracht gezogen werden, daß der Kulturmensch in der Ausbildung seiner körperlichen Eigenschaften mit dem Hausier dieselbe Ähnlich-

keit aufweist wie der Kulturlose mit dem wilden Tier; für die Domestikation ist ja die Zunahme der Verschiedenheiten innerhalb der Gattung charakteristisch. Eine Beziehung zwischen diesen individuellen Unterschieden in bezug auf die Körpermerkmale und die Geistesanlagen ist jedoch nicht nachzuweisen. Ebensovienig ergab die Untersuchung der rassenhaften Eigenschaften des Gehirns Rassenunterschiede, die im Vergleich zu den individuellen Unterschieden von Belang sind. Auch die unmittelbare psychologische Beobachtung der Rassen ließ besondere Rassenunterschiede nicht erkennen. Die biologische Untersuchung versagt also in bezug auf die Unterscheidung von organisch begabten und unbegabten Rassen. Aber auch zwischen Rasse, Sprache und Kultur bestehen keine besonderen Beziehungen; vielmehr läßt sich feststellen, daß die Menschentypen älter sind als die Sprachfamilien unserer Zeit und daß weder für Sprachen noch für mittlere Kulturstufen eine Verteilung nach Rassen möglich ist. Ähnlich versagten sozial bedingte Merkmale des seelischen Lebens bei der Rassengruppierung. Die einzelnen Kulturformen stellen keine stetig fortschreitende, eindeutig bestimmte Entwicklungsreihe dar. Das in vielen Werken übliche kulturelle und chronologische Entwicklungsschema ist wissenschaftlich unhaltbar. Aus gleichen Anfängen gehen oft ganz verschiedenartige Kulturreihen hervor, und aus ganz verschiedenen Quellen her ergeben sich ganz ähnliche Formen. Als Ursache des Kulturfortschritts nimmt Boas nicht eine besondere Veranlagung oder besondere »höhere Mission« an, vielmehr hat hierauf den meisten Einfluß die Befreiung des Individuums von dem Zwange des täglichen Nahrungserwerbs; erst dadurch war eine intellektuelle, industrielle und künstlerische Entwicklung möglich.

Aus den hier gegebenen Andeutungen erfieht man, welche verschiedenartige und doch so sehr miteinander zusammenhängende Probleme der Verfasser berührt. Aber das Buch hat auch eine praktische Seite in den Nutzenwendungen, die in unseren Tagen besonders am Platze sind: »Unendlich viel«, sagt Boas, »ist über die erblichen Geistesanlagen des Deutschen, Italieners, Juden und Zigeuners gesagt und geschrieben worden, aber es erscheint ausgeschlossen, daß sich erbliche Unterschiede zwischen diesen Typen finden lassen, die im Vergleich zu den individuellen Unterschieden in Betracht kommen könnten.« »Nichts in den historisch bekannten Erscheinungen deutet darauf hin, daß Erhaltung der Rassenreinheit eine hohe Kulturstellung sichert. Sonst müßte man diese in jeder kleinen, abgeschlossenen Dorfschaft erwarten.« Auch für die Kolonialpolitik verdienen Boas' Ausführungen Beachtung: »Wir haben die Wahl. Entweder treibt der Europäer die fremden Rassen durch strengen Arbeitszwang in die Stellung eines gedrückten Proletariats, hält sie in geistiger Armut und niedriger Stellung, ja weicht sie hierdurch oft genug dem Untergang — oder er zieht sie durch sorgfältige Pflege technischer und geistiger Interessen mit ihrer zunehmenden Differenzierung zu höherer Entwicklung heran. Wo die Behandlung des eingeborenen Elements nur von dem Verlangen nach Arbeitskräften für Plantagenbau und Industrie bestimmt wird, gibt es nur ein ungünstiges Resultat.« Und bei der eigenen Nation »hat die Rassenhygiene eine Doppelaufgabe. Sie soll nicht nur die unzweifelhaft schwer erblich Belasteten an der Fortpflanzung verhindern — das ist ihre kleinere Aufgabe —, sie muß vor allem auf Beseitigung der Verhältnisse wirken, welche die massenhafte Zucht der Schwachen begünstigen«, das heißt sie muß die fortschreitende Proletarisierung verhindern (»das Proletariat ist ja durch ökonomische Verhältnisse aus einer gesunden Bevölkerung herangezüchtet«), Rassenhygiene muß Sozialhygiene sein.

Og. Engelbert Graf.

Auslese und Anpassung der Arbeiterschaft in der Schuhindustrie und einem ober-schlesischen Walzwerk. Schriften des Vereins für Sozialpolitik, 153. Band. Neue Folge. München, Leipzig 1915, Verlag von Duncker & Humblot. 218 Seiten.

In dem Bande sind zwei Abhandlungen vereinigt. Die erste unter ihnen, verfaßt von Dr. Richard Wackerroth, über »Die Erfurter Schuh-

arbeiterschaft« gehört zu den besseren der sehr ungleichen Untersuchungen des Vereins für Sozialpolitik über Berufswahl und Berufschicksal der Arbeiter in der Großindustrie. Der Verfasser widmete sich mit Recht angesichts des ungenügenden Materials über die psychologische Seite des Problems mehr den ökonomischen Fragen. Schon die Einleitung verrät eine selbständige, kritische Stellungnahme des Verfassers zu der »rein spekulativen« Fragestellung Max Webers, der die Untersuchungen des Vereins angeregt und beeinflusst hat.

Die von dem Verfasser an Hand der Berufs- und Betriebszählung geschilderte Industrialisierung der Schuhproduktion (Rückgang des Handwerks, zunehmende Verwendung von Motorkräften, Zunahme der Großbetriebe, starke Verwendung von weiblichen Arbeitskräften) wirkt zugleich auf den beruflichen Charakter des Schuharbeiters ein: »Zuerst beherrschte noch der Schuhmacher das Feld der fabrikmäßigen Schuhherstellung; aus ihm entwickelte sich der Spezialarbeiter, und an seine Stelle trat der Teilarbeiter, mit dessen Hilfe der Fabrikant ein hochqualifiziertes Produkt fertigstellen konnte, wenn er seine Produktion auf bestimmte Artikel spezialisierte.« Einzelne Schuharbeiter behaupten sogar, daß bei der intensiven Spezialarbeit »die Schuhfabrikation mit Leuten, die vom Schuhmachen nichts verstehen, mehr leistet, als gelernte Schuhmacher leisten würden«. Durch die Einführung von Maschinen ist die Produktivität gewaltig gesteigert worden: Oberlederstanzenmaschinen erhöhten zum Beispiel die Wochenleistung von 240 bis 360 Paar auf 700 Paar pro Maschine und pro Mann. Die Wirkung für die Arbeiterschaft ist natürlich klar: Ein Fabrikant, der vor der Mechanisierung des Zwickens 20 Handzwicker beschäftigte, stellte, um dasselbe Quantum zu erzielen, 5 Maschinen auf, und 15 Handzwicker wurden dafür entlassen; 5 konnten nur dann dableiben, wenn der Fabrikant sich dazu bequemte, sie an den Maschinen anzulernen, anstatt sofort geübte Kräfte einzustellen. Diese 5 Maschinen leisten aber nicht die gleichen Operationen, sondern setzen sich zusammen aus 2 Überhol-, 2 Zwick- und 1 Anklöpfmachine. Die Arbeit des Zwickens wird also weiter aufgelöst in drei verschiedenen Operationen. Der gelernte Schuhmacher ist an einer solchen Überholmaschine ebenso laie wie irgendein Fabrikarbeiter. Selbst lange Erfahrung an einer Maschine ist nicht mehr für die Leistung entscheidend. Den Unternehmer interessiert vielmehr allein, ob der Arbeiter imstande ist, nach einer gewissen Übungszeit eine bestimmte Leistung zu erzielen, die seine Anstellung für den Fabrikanten rentabel macht.

Die Leistung des einzelnen Arbeiters ist zwar im wesentlichen von der Leistungsfähigkeit der Fabrik abhängig. Nach den Aufträgen des Unternehmers richtet sich das vom Arbeiter erzielte Maß an Leistungen. Aber von dieser Abhängigkeit abgesehen, schwankt die Arbeitsleistung des einzelnen Arbeiters infolge physiologischer Einflüsse. Die zuerst von Ernst Abbe (Jena) bewiesene Verschlechterung der Arbeitsleistung durch Ermüdung (Überstundenarbeit) erfährt neue zahlenmäßige Bestätigung. Leider sind die vom Verfasser entworfenen Kurven zur Veranschaulichung des Zahlenmaterials zum größten Teil wertlos und irreführend. Der für die Koordinate gewählte Maßstab ist kein einheitlicher; sachlich ganz verschiedene Spannungen werden von dem Verfasser durch gleiche Maßstrecken bezeichnet! Fast wertlos sind auch die Zahlentabellen über die Lohnhöhe. So wird auf S. 111 geschrieben: ein Arbeiter von 23 Jahren mit 30 Mark Wochenlohn von einem gleichaltrigen Arbeiter mit 25 bis 35 Mark Wochenlohn; ein Arbeiter von 44 Jahren mit 35 Mark Wochenlohn von einem gleichaltrigen Arbeiter mit 31 bis 36 Mark Lohn usw. Auf S. 112 finden sich noch sinnlosere Unterweisungen. Wie der Herausgeber Professor Karl Bücher derartige Fehler des leider im Felde verstorbenen Verfassers hat durchgehen lassen, ist mir unbegreiflich.

Abgesehen von diesem Mangel an mathematischem Verständnis zeichnet sich die Arbeit durch sorgfältige Durcharbeitung des Materials aus. Auch den Schlußfolgerungen kann man im allgemeinen zustimmen. Die Schlußsätze der Arbeit — das Ziel der Auslesepolitik sollte nicht rationelle Ausbeutung der Arbeitskraft

(wie das Taylorsystem will), sondern »Arbeit für alle, Brot für alle!« lauten — berühren sympathisch. Auch sonst verrät der Verfasser Verständnis für die gewerkschaftlichen Bestrebungen der Arbeiterschaft, was durch eine vierwöchige Tätigkeit des Verfassers in einer Erfurter Schuhfabrik als Arbeiter gefördert zu sein scheint. Nur wo er die Monotonie der modernen Fabrikarbeit bestreitet, ist er offenbar einer unzulässigen Verallgemeinerung verfallen: es ist ein Unterschied, ob ein Akademiker vorübergehend zum Zwecke theoretischer Studien in einer Fabrik arbeitet oder ob jemand von seinem vierzehnten Lebensjahr ab Tag für Tag in einer Schuhfabrik tätig ist und (was Watteroth selbst erwähnt) elf Jahre hindurch dieselbe Zwickmaschine bedient.

Die zweite der in dem Bande vereinigten Arbeiten behandelt »Die soziale Lage der seßhaften Arbeiterschaft eines oberschlesischen Walzwerkes« aus der Feder von Dr. Friedrich Syrup (Gleiwitz). Die Arbeit, die Erhebungen über 253 Arbeiter mit einem Dienstalter von mehr als 10 Jahren umfaßt, gibt einen kleinen Ausschnitt aus dem Berufsleben der Arbeiterschaft in Walzwerken. Aber selbst für diese beschränkte Zahl von Arbeitern wird das Material noch nicht einmal vollständig geboten. So umfaßt die Tabelle über Schichtlohn und Monatsverdienst nur 120 von 253 Arbeitern, obgleich es doch gerade wichtig wäre, die Lohnverhältnisse aller dem Unternehmen mehr als 10 Jahre treuen Arbeiter kennen zu lernen. Die Resultate der Arbeit beschäftigen im wesentlichen bereits bekannte Verhältnisse der Großindustrie: Senkung des Lohn Einkommens bei älteren Arbeitern; viele Überstunden; häufige Nachtarbeit, auch von Jugendlichen; Bindung der Arbeiterschaft durch Pensionskassen und vom Unternehmer gemietete Wohnungen; große Fruchtbarkeit, verbunden mit hoher Kindersterblichkeit.

Ernst Meyer.

Dr. Karl Adolf Jhrig, **Rechtsfragen beim Gruppenakkordvertrag**. München, Leipzig 1916, Verlag von Duncker & Humblot. 98 Seiten.

Das Buch behandelt in übersichtlicher Weise die aus seinem Titel ersichtlichen Fragen. Der Umstand, daß die einschlägigen Streitfragen den ordentlichen Gerichten und damit der Mitwirkung der zünftigen Juristen so gut wie gänzlich entzogen sind, hat es mit sich gebracht, daß die für das Arbeiterrecht so wichtige Materie des Gruppenakkordvertrags juristisch bisher nur wenig bearbeitet ist. Die Schrift ist deshalb zu begrüßen. Der Verfasser geht mit Recht davon aus, daß der Akkordvertrag zwischen Angestellten und Unternehmern ein Dienstvertrag und kein Werkvertrag ist. Dies ist wichtig für die Anwendbarkeit einer ganzen Reihe sozialer Schutzvorschriften. Das Innenverhältnis zwischen den verschiedenen Akkordgenossen betrachtet er mit der herrschenden Meinung — entgegen den Einwendungen Stadthagens — als Gesellschaftsverhältnis. Beizutreten ist seiner Auffassung, daß das Gewerbegericht trotz der entgegenstehenden Ansicht mancher Gerichte auch nach erfolgter Teilung der Lohnforderung unter die Teilnehmer der Gruppe für alle Lohnstreitigkeiten zuständig bleibt. Im Schlußkapitel wird die eigenartige Rechtsstellung des Kolonnenführers besprochen.

W.

Notizen.

Frauenarbeit und Volksvermehrung. In dem Artikel gleichen Namens in Nr. 26 des ersten Bandes, S. 629 ist die Tabelle über den Altersaufbau dahin richtigzustellen, daß auf je 1000 Einwohner im Reiche kamen 678,7 über 14 Jahre, 321,3 unter 14 Jahren. Ferner sind in Anmerkung 3 bei der Altersgliederung in Deutschland zu setzen 44 063 740 Personen über 14 Jahre und 20 862 253 unter 14 Jahren.

A. Fr.

Die Neue Zeit

Wochenschrift der Deutschen Sozialdemokratie

2. Band Nr. 3

Ausgegeben am 20. April 1917

35. Jahrgang

Nachdruck der Artikel nur mit Quellenangabe gestattet

Die Gothaer Konferenz.

Von R. Kautsky.

Es war historischer Boden, auf dem sich die Konferenz der sozialdemokratischen Opposition bewegte, die vom 6. bis zum 8. April in Gotha getagt hat. In der Parteigeschichte lebt Gotha fort als der Ort des Kongresses, den am 14. und 15. Februar 1875 die beiden bis dahin einander feindlichen Parteien der Lassalleaner und der Eisenacher abhielten, um sich zu gemeinsamem Wirken zusammenzufügen. Es liegt nahe, dem damaligen Kongreß der Einigung den jetzigen als einen Kongreß der Spaltung gegenüberzustellen.

Das war er jedoch in keiner Weise. Was man als die Spaltung der deutschen Sozialdemokratie bezeichnet, das vollzog sich nicht in Gotha, das wurde vorher vollbracht, und zwar nicht von der Opposition. Ihr weitaus größter Teil hatte vielmehr stets energisch seinen Willen bekundet, in der Partei zu bleiben; in ihrem Rahmen den oppositionellen Kampf gegen die im Parteivorstand kulminierende Richtung zu führen. Es war diese Richtung, die, dank den Machtmitteln, über die sie unter dem Belagerungszustand verfügte, mit der Opposition dadurch fertig zu werden suchte, daß sie sie aus der Partei ausschloß. Will man das eine Spaltung nennen, dann wurde sie von der Mehrheit vollzogen. Freilich erscheint ihr selbst diese Schuld eine zu schwere. Sie sucht sie auf die Minderheit abzuwälzen, weiß aber zu diesem Behufe nichts Besseres vorzubringen als die lächerliche Fiktion, die gewalttätig und widerrechtlich ausgeschlossenen und ihrer Parteirechte Beraubten hätten sich freiwillig außerhalb der Partei gestellt.

Auf Grund dieser hohlen Fiktion wurden in den letzten Monaten zahlreiche Organisationen und Einzelpersonen aus der Partei ausgeschlossen und des Parteizusammenhanges beraubt. Blieben alle diese über ganz Deutschland zerstreuten Elemente zusammenhanglos, dann hätte freilich die Mehrheit leichtes Spiel. Dann war die Opposition erledigt.

Wollte sie sich behaupten und die oppositionell gesinnten Massen nicht an der Sozialdemokratie verzweifeln lassen, dann mußte sie sich einen neuen Zusammenhang geben. Das und nicht die Spaltung war die Aufgabe der Gothaer Opferkonferenz. Auch sie war ein Kongreß der Einigung. Sie diente dem Zusammenschluß der sozialdemokratischen Opposition.

Sie galt nicht der Schaffung eines neuen Programms, auch nicht der Entwicklung neuer faktischer Grundsätze, sondern nur der Schaffung eines organisatorischen Zusammenschlusses der verschiedenen vereinzelt Elemente der Opposition. Die Lösung dieser Aufgabe ist vollkommen gelungen. Nur wenige oppositionelle Gruppen lehnten den Zusammenschluß ab. Wohl mit Recht.

Jeder Beitritt zu einer Parteiorganisation bedingt ein Opfer. Der Ausgangspunkt alles politischen Handelns ist die persönliche Überzeugung, ist

aber auch die Erkenntnis, daß in gesellschaftlichen und staatlichen Vorgängen der Wille des einzelnen, und wäre er noch so kraftvoll und gut begründet, völlig nichtig bleibt, daß nur durch das Zusammenwirken mit vielen Gleichgesinnten das soziale und politische Leben beeinflusst werden kann. Für keine Klasse gilt das mehr als für das Proletariat, dessen entscheidende Waffe im sozialen und politischen Kampfe seine Massenhaftigkeit ist.

Wer seiner persönlichen Überzeugung Kraft verleihen will, muß sich daher einer Organisation Gleichgesinnter einordnen. Die Übereinstimmung der Gesinnungen ist aber nie eine vollständige, jeder, der einer Organisation beitrifft, muß damit rechnen, daß er seine Überzeugungen nicht völlig in ihr zur Geltung bringt. Jeder, der in einer Partei wirkt, wird zeitweise vor Beschlüsse gestellt, die er nicht billigt, die er für falsch hält. Für jeden Parteimann erhebt einmal die Frage, ob der Gewinn an Kraft, den ihm die Partei bringt, nicht zu teuer erkauft wird durch die Einschränkung seiner Bewegungsfreiheit. Die Einheit und Geschlossenheit der Partei ist ein unschätzbares Gut. Aber auch da wird Vernunft zu Unfuss, Wohltat zur Plage, wenn diese Einheit Zwecken dienstbar gemacht werden soll, die man verabscheut.

Die Einheit darf kein Fetisch werden, dem man alles andere opfert. Wenn daher einzelne opponierende Gruppen der Ansicht sind, daß ihre Anschauungen von denen der Mehrheit der Opposition zu sehr abweichen, als daß sie ersprießlich mit ihr zusammenarbeiten könnten, fassen sie wohl daran, ihr fernzubleiben.

Es erfordert stets einen großen Kraftaufwand, sich wegen Verschiedenheiten der Überzeugungen von einer Organisation loszulösen, in der man bereits ersprießlich gewirkt hat, mit der man verwachsen ist. Diese Kraftverschwendung erspart man sich, wenn man bei großen Verschiedenheiten der Anschauungen von vornherein von organisatorischem Anschluß absieht.

Andererseits aber ist es vom Ubel, wenn zusammengehörige Elemente bloß durch Mißverständnisse oder Mißtrauen voneinander ferngehalten werden. Soweit in der Opposition trennende Momente dieser Art bestanden, hat die Göttinger Konferenz sehr wirksam zu ihrer Beseitigung beigetragen.

Der Zusammenschluß der Opposition wurde erleichtert durch den demokratischen Charakter, der ihrer Organisation verliehen wurde, was namentlich in den Bestimmungen über die Zentralleitung zutage trat. Mancher wäre über das schließlich Geschlossene gern noch hinausgegangen. Namentlich den Einfluß der Parteigestellten in der Zentralleitung wollten einige Redner völlig ausgeschaltet wissen.

Das ist sehr begreiflich angesichts so vieler Erscheinungen der letzten Zeit in der Partei- und Gewerkschaftsbürokratie. Aber hier kommen wir an ein Problem, das jeder Demokratie im Klassenstaat zu schaffen gibt.

Will man die Leitung des Parteiorganismus bloß ehrenamtlich versehen lassen, dann wird sie dort, wo sie nicht mehr als Feierabendarbeit geleistet werden kann, zum Monopol derjenigen Genossen, die über die Mittel und die Zeit verfügen, sich ganz der Partei widmen zu können. Will man diese Ämter in der Partei jedem ohne Unterschied seiner Vermögenslage zugänglich machen, dann muß man sie in besoldete verwandeln.

Ausschließung der Angestellten von der Parteileitung bedeutet dem Anschein nach bloß eine Beschränkung der Bürokratie in der Partei, bedeutet aber in Wirklichkeit noch weit mehr eine Beschränkung der Partei

selbst in der Auswahl der Kräfte für ihre leitenden Positionen, bedeutet die Zurückdrängung des dem Proletariat entstammenden Elements aus ihnen.

Will man diese Elemente nicht systematisch von jenen Parteistellungen ausschließen, die den ganzen Menschen erfordern, und trotzdem keine Herrschaft der Bürokratie in der Partei aufkommen lassen, so muß dies nicht bloß durch veränderte Reglements, sondern vielmehr durch eine veränderte Praxis angestrebt werden.

Vor allem muß man sich die Persönlichkeiten, die man wählt, genau ansehen. Nur erprobte Persönlichkeiten soll man wählen. Es wäre sinnlos, behaupten zu wollen, daß jeder, der eine Parteiannstellung bekommt, damit sofort jenen Charakter der »gehobenen Existenzen« annimmt, gegen die einmal Bebel loszog, und deshalb von der Parteileitung auszuschließen sei. Da könnte man ja mit viel mehr Recht alle Kapitalisten von der Parteileitung ausschließen. Denn der Durchschnittskapitalist taugt sicher noch weit weniger zum Leiter der Sozialdemokratie als der Durchschnittsbeamte. Trotzdem hat an Bebel und Singer niemand Anstoß genommen.

Also Vorsicht bei der Wahl!

Dann aber dürfen die Parteigenossen nicht die ganze Parteiarbeit den Angestellten überlassen. Je reger die Beteiligung der Massen an der Tätigkeit der Partei, desto weniger entscheidend der Einfluß ihrer Angestellten.

Die Regsamkeit und das kritische Vermögen der Parteigenossen sind freilich nicht nach Belieben herbeizuführen, sie hängen von den historischen Verhältnissen ab. Sie sind in der heutigen Situation jedenfalls bei der Opposition weit intensiver als bei der alten Mehrheit, denn wer nicht regsam und kritisch ist, der geht nicht zur Opposition.

Die demokratische Praxis ist die Hauptsache, will man kein Bürokratenregiment aufkommen lassen. Daneben läßt sich allerdings auch manches statutarisch erreichen durch Beschränkung der Machtmittel der Parteileitung. Das und nicht die Beschränkung der Zahl der Angestellten in ihr ist das Entscheidende: nicht die Zahl der Besoldungen, die die Parteileitung selbst bezieht, sondern die der Besoldungen, die sie an andere bezahlt.

Der alte Parteivorstand hat nicht nur das Zentralorgan, das den Berliner Parteigenossen gehörte, völlig an sich gebracht, er verfügt auch direkt oder indirekt über eine ganze Reihe von Parteiorganen, deren Redaktionen von ihm besetzt werden.

Das Aktionskomitee der unabhängigen Sozialisten besitzt kein Zentralorgan und braucht auch keines. Es liegt im Interesse der Demokratie, mit dieser Einrichtung gänzlich aufzuräumen.

Nicht minder wie die Konzentration der Parteipresse in den Händen des Parteivorstandes ist die Ansammlung großer Geldreserven durch ihn vom Ubel. Für unvorhergesehene Notstände, etwa eine Ara der Verfolgungen, müssen wir in der Politik noch mehr als bei den Versicherungskassen das Umlageverfahren dem Kapitalbedeckungsverfahren vorziehen. Verdoppelt sich die Wut unserer Feinde und die Zahl ihrer Opfer, dann müssen wir damit rechnen, daß gleichzeitig auch die Energie des Kampfes und die Opferfreudigkeit der Genossen wächst. Auf sie müssen wir bauen und nicht auf einen großen Fonds, der nur dazu dient, den Parteivorstand ökonomisch von der Masse der Genossen unabhängig zu machen, und der unter Umständen direkt ein Replikalfonds werden kann.

Das Organisationsstatut der Opposition verleiht ihrer Zentralleitung keinerlei Machtmittel, die sie unabhängig von den Genossen machen. Diese Leitung bleibt vollständig auf deren Vertrauen und deren freudige Parteilarbeit angewiesen, sie besitzt keine anderen Machtmittel außer den eben genannten Faktoren. Und so soll es bleiben auch in späteren Zeiten, wenn die Organisation über die Anfangsstadien heraus ist, die von vornherein große Einschränkungen der Mittel und Befugnisse mit sich bringen, ohne daß sie erst statutarisch festzusehen wären.

Natürlich ist die ganze Organisation nur ein Provisorium. Das ist gar nicht anders möglich mit einer politischen Neuschöpfung in einer so wildgärenden Zeit, in der niemand bestimmt weiß, was das Morgen bringt, in welcher Gestalt der Staat, die Partei, die Internationale, die Welt in den Frieden und damit in die Zeit ihres normalen Funktionierens wieder eintreten werden. Erst dann werden wir deutlich die Grundlagen unseres Wirkens, seine Aufgaben und Mittel und damit auch seine zweckmäßigsten Formen übersehen können. Dann erst wird es auch möglich sein, die Masse der Genossen, die heute vom politischen Leben durch den Kriegsdienst ausgeschlossen sind, bei der Festsetzung dieser Formen mitbestimmend heranzuziehen.

Es ist überflüssig, sich heute den Kopf darüber zu zerbrechen, wie sich dann unser Verhältnis zu der alten Partei gestalten wird. Noch wissen wir ja gar nicht, welche Tendenzen sie bis dahin entfaltet hat, ob sie noch weiter nach rechts geht, ihre sozialdemokratisch gebliebenen Elemente dadurch von sich abstößt und der organisierten Opposition zutreibt, die dann die sozialdemokratische Partei überhaupt wird. Oder ob sie durch den Sturm und Drang der Zeit nach links gedrängt wird, ob sie die Kraft und das Bedürfnis erhält, sich des Nationalsozialismus und Nationalliberalismus in ihren Reihen zu entledigen und damit sachlich auf denselben Boden zu gelangen, auf dem die Opposition heute schon steht.

Wie das auch werden mag, der Zustand der Spaltung der sozialdemokratischen Massen wird um so rascher verschwinden, je eher diese Massen wieder in Bewegung kommen. Denn es ist nicht die Einheit der Organisation, die die Bewegung schafft, sondern die Wucht der Bewegung der Massen in gleicher Richtung macht erst die Einheit der Organisation möglich und zu einem Bedürfnis. Der Spaltungstrieb gedeiht am ehesten in der Stagnation, in einer Periode erzwungener Untätigkeit der Massen. Wo diese sich rühren können und energisch rühren, da verschwindet er rasch. Im Strom großer Ereignisse finden sich die Arbeiter leicht und freudig zusammen. Und wer sich dann ihrer Einigung in den Weg stellt, über den schreiten sie hinweg. Nicht gegen die Einheit der Partei haben wir uns in Gotha erhoben, sondern gegen ihre Kampflofigkeit, die Mutter der Uneinigkeit.

Noch weit wichtiger als die Einigkeit in der Partei ist aber das Vertrauen der arbeitenden Massen zu ihr. Als die stärkste Wurzel ihrer Kraft hat es die deutsche Sozialdemokratie in der mühevollen Arbeit eines halben Jahrhunderts ertungen, um es nun binnen wenigen Jahren rasch verschwenden zu sehen durch eine Politik, die das Vertrauen der Regierung und der bestehenden Klassen sucht. Man kann nicht gleichzeitig das Vertrauen dieser und das der arbeitenden Massen erwerben und bewahren. Wie die Einigkeit ist auch das Vertrauen des Proletariats nur im Kampfe zu ge-

winnen, im Kampfe gegen seine Gegner, nicht in der Predigt der Zuversicht zu ihrem Entgegenkommen. Wir sind die Opposition in der Partei, weil wir die Partei der Opposition im Staate bleiben wollen.

Nur als solche kann die Sozialdemokratie den großen historischen Aufgaben genügen, die ihrer harren, heute mehr als je, denn nie standen wir vor gewaltigeren Dingen als jetzt, im Zeitalter der großen russischen Revolution, die bald internationale Konsequenzen zeitigen wird. Unter ihrem Zeichen vollzogen sich die Verhandlungen in Gotha. Der Geist, der unseren russischen Brüdern innewohnt, er beseelt auch uns.

Miljukows Programm und die Politik der Friedensforderungen.

Von Ed. Bernstein.

Politik ist Kunst, die Kunst planmäßigen Vorgehens im Hinblick auf bestimmte Zwecke. Ursprünglich auf die Leitung des antiken Stadtstaats (pólis) bezogen, erhielt der Begriff später eine allgemeinere Anwendung als die Bezeichnung der Staatskunst schlechthin, die sich an Zwecken verschiedenster Art bewährt oder zu bewähren hat. Politisch handeln heißt planmäßig so handeln, daß die größte Wahrscheinlichkeit für die Erzielung eines vorgesehnen Zweckes gegeben ist.

Insofern gibt es auch eine Politik der Aufstellung von Forderungen. Nicht unter allen Umständen und für alle Zwecke kann der gleiche Grundsatz oder die gleiche Formel für die Bemessung von Forderungen mit der gleichen Aussicht auf Erfolg zur Anwendung kommen. Eine weitverbreitete Ansicht sagt, man müsse mehr fordern, als der Widerpart vorausichtlich zu bewilligen bereit sei, um das Höchstmäß dessen zu erlangen, was überhaupt von ihm erlangt werden könne. Aber selbst unter sehr einfachen Verhältnissen kann Überfordern, das eine gewisse Grenze überschreitet, die Wirkung haben, daß der Widerpart sich überhaupt auf kein Verhandeln einläßt. Je verwickelter jedoch die Lage, um so enger wird die Grenze für die Absteckung der Forderungen gezogen werden müssen, wenn ein Verhandeln zustande kommen soll. Das weiß auf seinem Gebiet jeder Kaufmann und richtet seine Preispolitik danach ein. Er wird einem Publikum, das nicht gezwungen ist, von ihm zu kaufen, keine Preise abverlangen, die es diesem für vorteilhafter erscheinen lassen, anderswo oder auf andere Weise seinen Bedarf zu befriedigen, und er wird selbst dort, wo er ein Monopol hat, die Preise so bemessen, daß er nicht an dem ihm insolge der Preiserhöhung entgehenden Absatz mehr verliert, als der Mehrverdienst am bei diesen Preisen noch zu erzielenden Absatz ihm einzutragen verspricht.

Ist also schon im Warenhandel das Fordern eine Sache, die sicher überlegt sein will, so in noch viel höherem Maße auf dem Gebiet der Politik der Staaten im Kriege. Wer nicht in der Lage ist, dem Gegner oder in einem Koalitionskrieg der gegnerischen Koalition den Fuß auf den Nacken zu setzen, der wird durch Forderungen, die der anderen Seite die Fortsetzung des Krieges als das kleinere Übel erscheinen lassen, der eigenen Seite leicht Opfer zuziehen, die zu dem möglichen Gewinn außer jedem Verhältnis

stehen, und die Gefahr heraufbeschwören, daß er am Ende sogar selbst der Verlierer sein mag. Die Möglichkeit solcher Wirkung unmäßiger Forderungen ist um so mehr gegeben, je mehr die in den Krieg verwickelten Völker sich veranlaßt sehen, ihn als ihre eigene Sache zu betrachten, je tiefer er ihre Daseinsbedingungen berührt und ihr Rechtsempfinden erregt. So verhältnismäßig leicht es noch in so ziemlich allen Ländern ist, die große Mehrheit der Nation für Kriege zu erwärmen, die tatsächlich nur im Interesse einer verhältnismäßig geringen Minderheit eingeleitet oder aufgenommen wurden, so gibt es doch immerhin Gradunterschiede in der Solidarisierung der Klassen im Krieg. In dem Maße, als dieser sich lange hinzieht, das Kriegsglück wechselt und die Ansprüche an die Opferwilligkeit der Nation wachsen, nimmt auch die Neigung zu kritischer Betrachtung der Dinge zu. Fragen nach dem Wozu und Wofür treten in den Vordergrund, Zweifel greifen um sich, ob wirklich die ganze Nation an der Fortdauer des Krieges interessiert sei, und der Wunsch, daß nun Schluß gemacht werde, bemächtigt sich der Gemüter. Solcher Stimmungsumschwung kann aber aufgehoben und völlig neutralisiert werden, sobald die Gegenseite Forderungen aufstellt, auf welche die vorerwähnten Kriterien zutreffen.

Der gegenwärtige Krieg hat das schon deutlich genug zu erkennen gegeben, so daß man nicht nötig hat, weit in der Geschichte nach Beispielen hierfür zu suchen. Außerdem aber haben wir heute mit Faktoren zu tun, für die es in der Vergangenheit keine Parallelen gibt. Man denke an die moderne Presse und ihre Rolle im gegenwärtigen Kriege. Es ist keine Übertreibung, zu sagen, daß die Presse eine Kriegswaffe ersten Ranges geworden ist. Eine Bearbeitung der Geister, wie sie heute durch die Presse besorgt wird, kannte in diesem Umfang, dieser Intensität und dieser Systematik keine frühere Epoche. An Aufrufen, die mit den Tatsachen etwas frei umgingen, hat es auch früher nicht gefehlt. Aber das Einhämmern bestimmter Korrekturen der Tatsachen in die Köpfe vermittelt tagtäglicher Wiederholung der gleichen zurechtgestellten Behauptungen hat es nie vorher gegeben, wie es auch nie vorher eine Reklamekunst gegeben hat, die in bezug auf die Fähigkeit des Anreizens selbst nur einigermaßen an das heranreichte, was die durch die Presse besorgte Reklame in dieser Hinsicht heute fertig bringt. Im Angesicht dieser Umstände ist die Aufstellung von Friedensforderungen, die der Öffentlichkeit übergeben werden, eine viel verantwortlichere Sache geworden, als sie es zu irgendeiner früheren Zeit war. Es sind dabei nicht nur die Einwirkungen eines solchen Programms auf die eigene Nation und — bei einer Koalition — auf die Verbündeten zu berücksichtigen, sondern es ist auch sorgfältig in Betracht zu ziehen, wie das Programm auf die verschiedenen Volkselemente der gegenüberstehenden Nationen und die Welt der Neutralen wirken muß und bei der Ausdeutung durch die Presse, auf die man gefaßt zu sein hat, wirken kann. Im Kriege, dessen Ausgang nicht schon absolut gesichert ist, ist die Bestimmung der Friedensforderungen oder — anders ausgedrückt — der Kriegsziele heute eine Aufgabe der höchsten Staatskunst. Sie trägt weder die polternde Sprache der Drohungen noch schönklingende Redensarten, sobald ihnen der entsprechende konkrete Inhalt fehlt. Alle Neigung zur Großsprechererei ist bei ihr vom Übel, alle ausschweifende Phantasie verderbliches Spiel mit Phantomen auf Kosten sehr realer Interessen der Allgemeinheit.

Eine soeben bei Niederichs in Jena erschienene Schrift »Das Echo der alldeutschen Bewegung in Amerika« von Otto Baumgarten erbringt eine Fülle von Beweismaterial dafür, daß die Großsprechereien und die Eroberungspläne, wie sie in der alldeutschen Literatur in so reichem Maße zu finden sind, außerordentlich viel dazu beigetragen haben, die antideutsche Agitation in Amerika zu fördern, bis diese die Höhe erreicht hat, daß der Beiftritt der Vereinigten Staaten an die Koalition der Entente möglich wurde. Sätze aus alldeutschen Schriften sind beliebte Belege, um den Amerikanern wie anderen Völkern zu zeigen, welche weitreichenden Eroberungspläne und welche Weltbeherrschungsabsichten sie zu gewärtigen hätten, wenn Deutschland aus diesem Kriege siegreich hervorgehe. Es sind aber nicht nur die Alldeutschen, die in dieser Weise für das gegnerische Ausland gearbeitet haben. Weniger phantastische, aber ob des Ansehens der Personen, von denen sie ausgingen, um so tieferen Eindruck machende Bemerkungen und Handlungen, die mit den demokratischen Begriffen von Völkerrecht und Recht der Völker im Widerspruch standen, haben die gleiche Wirkung ausgeübt.

Über —

Seit Trojas Zeiten ward gesündigt schon
In Ilium und außer Ilium,

wie Freiligrath einst den bekannten Horazischen Spruch verdeutscht hat. Im jenseitigen Lager sind der Ausbrüter von Plänen, welche geeignet sind, in Deutschland oder in mit diesem verbündeten Ländern die Leidenschaften zu entflammen, auch nicht wenige, und wie deren Äußerungen und Handlungen hier ausgenutzt werden, weiß man zur Genüge. Und es wird keinem deutschen Sozialisten beikommen, sie irgendwie milder zu beurteilen als Entsprechendes, was auf dieser Seite geschieht.

Der Krieg hat einen Höhepunkt erreicht, wo man insbesondere von jedem Politiker, dessen Stimme gehört wird, verlangen darf, daß er die Wirkung seiner Worte und namentlich seiner programmatischen Erklärungen auf die mutmaßliche Verlängerung des Krieges hin so sorgfältig wie nur möglich abwägt. In diesen Tagen nun sind es vor allem die Persönlichkeiten, die durch die Revolution in Rußland maßgebenden Einfluß auf die Politik ihres Landes gewonnen haben, von denen die Welt erlösende Worte mit Bezug auf die Kriegs- und Friedensfrage erwartet hat. Nicht daß man gewärtigen konnte, sie würden nun einmütig ein gerührtes

»Seid umschlungen, Millionen«

anstimmen, bereit, mit aller Welt den Bruderkuß auszutauschen. Das war im Angesicht der Kriegslage, der schon getroffenen Maßnahmen und der bekannt gewordenen Absichten der Zentralmächte in bezug auf Rußland eine Unmöglichkeit. Was aber nicht unmöglich war, war die Aufstellung eines Programms von Friedensforderungen, das eine große, einheitliche Friedensbewegung in beiden Lagern der Kriegführenden auszulösen geeignet war.

Soweit die bürgerlichen Revolutionspolitiker Rußlands in Betracht kommen, haben sie denen, die solches erwarteten, bisher nur Enttäuschung bereitet.¹ Der Mann, der das unter heutigen Verhältnissen wichtigste Mini-

¹ Seitdem das Obige geschrieben wurde, ist die Kundgebung der provisorischen Regierung Rußlands vom 10. April dieses Jahres veröffentlicht worden, die sehr

sterium der provisorischen Regierung innehat, der Minister des Äußern Miljukow, ein bürgerlicher Demokrat von großem Ansehen, hat in Reden, und zuletzt in einer am 7. April Vertretern der Presse vorgetragenen, quasi offiziellen Erklärung ein Programm von Kriegszielen entwickelt, das für ein Friedensprogramm der Demokratie durchaus unbrauchbar ist. Dies allerdings nicht deshalb, weil das Programm Forderungen enthielte, die mit den Grundsätzen der Demokratie unvereinbar wären. Abstrakt betrachtet, würden seine Forderungen das Kriterium demokratischer Grundsätzlichkeit sehr gut bestehen. Aber die Demokratie ist keine abstrakte Formel, die man den Völkern ohne Rücksicht auf ihre Wünsche und realen Bedürfnisse von außen aufdrängt. Miljukows Programm umschließt praktisch alle Forderungen, die in der Antwortnote der Entente an Wilson auf dessen Vermittlungsangebot entwickelt wurden und in den Ländern der Zentralmächte mit Stürmen der Entrüstung beantwortet worden sind. Nun sind diese Entrüstungstürme sicher noch kein Beweis für die Ungerechtigkeit der Forderungen. Sie waren nicht immer völlig spontan. Bei uns zeigte sich das unter anderem daran, daß die Forderungen in der ganzen Kriegspresse als englisches Diktat denunziert wurden, während neun Zehntel davon ganz erstlich russisches Diktat waren, und Miljukows Erklärung zeigt jedem, der es nicht schon früher wußte, daß sie obendrein weit entfernt waren, lediglich Ausfluß zaristischer Politik zu sein, sondern ebenso sehr Programm eines großen Flügels der liberalen russischen Bourgeoisie sind. Aufgabe des deutschen Politikers, der den Beweis des Patriotismus nicht in der Betäubung der Gehirne erblickt, war es daher, das Programm, das ja doch ein Maximalprogramm war, nach der Art seines Zustandekommens — als Werk einer Koalition — kaum etwas anderes sein konnte, gerade deshalb aber auch die Fehler eines solchen fast mit Notwendigkeit als Belgebe in sich trug, auf seinen Kern zu untersuchen und einer sachlichen Kritik zu unterwerfen. Aber nur wenige Deutsche begriffen die Notwendigkeit dieser Aufgabe und trafen mit der durch die Interessen des großen arbeitenden Deutschland gebotenen geistigen Freiheit an sie heran. Ein Angehöriger der deutschen Geburts- und Besitzaristokratie, der schon wiederholt Proben von größerem Verständnis für eine weitblickende auswärtige Politik gehabt hat, als man es heute bei einem leider erheblichen Teil der sich als sozialdemokratisch bezeichnenden Presse Deutschlands findet, Prinz Alexander von Hohenlohe, schrieb darüber in einem »Caveant Consules« überschriebenen Artikel in der »Neuen Züricher Zeitung« vom 27. Januar dieses Jahres, worin er die deutschen »Konsulin«, das heißt die Regierung und die Parteien, davor warnt, dem ersten Impuls nachzugeben, den etwa das Programm der Entente bei ihnen erwecke, und sie ermahnt, Ruhe und Beson-

vorteilhaft von den Äußerungen der bekannteren Führer der bürgerlichen Revolutionsparteien über ihre Kriegsziele absteht und schon als Korrektur des im nachstehenden kritisierten Miljukowschen Programms bezeichnet wird. Ob sie das in Wirklichkeit ist und sein soll, muß indes abgewartet werden. Die schönsten Sentenzen können in der Anwendung durch Auslegungskünste ihres Sinnes entkleidet oder durch veräußerlichte Schematik ihres Wertes beraubt werden. Auf die Anwendung aber kommt es an, und darum wird die Kritik des Miljukowschen Programms durch die Proklamation der Regierung nicht überflüssig gemacht, sondern erscheint um so mehr zeitgemäß.

nenheit nicht zu verlieren, sondern vorsichtig zu erwägen, ob es im Hinblick auf das Endergebnis des Krieges wirklich im Interesse des Vaterlandes liege, von nun an auf jeden weiteren Versuch, zu Friedensverhandlungen zu gelangen, Verzicht zu leisten:

Statt dessen aber konnte man bereits am nächsten Tage mit wenig angenehmer Überraschung beobachten, wie die gesamte deutsche Presse, von der »Kreuzzeitung« bis zum »Vorwärts«, also von der äußersten Rechten bis zur äußersten Linken, in den heftigsten Tönen kategorisch erklärte, nach dieser Antwort der Entente gebe es nur noch eines: Kampf bis aufs Messer, rücksichtslos, mit allen Mitteln bis zur Niederringung des Gegners. Wenn er nicht gutwillig den Frieden annehmen wolle, dann müsse er eben dazu gezwungen werden. Während in einzelnen englischen Zeitungen man doch noch die Hoffnung durchleuchten sehen konnte, daß die Tür noch nicht endgültig verschlossen, daß noch nicht alle Brücken abgebrochen sein möchten, mußte man aus dieser, wie von einem Kommando entspringenden einheitlichen Haltung der deutschen und des größten Teiles der österreichisch-ungarischen Presse entnehmen, daß jedenfalls Deutschland weitere Schritte gegenüber den Ententemächten zur Herbeiführung einer Verständigung durch Verhandeln nicht zu tun, sondern von nun an die Entscheidung ausschließlich den militärischen Faktoren zu überlassen gedenke. . . .

Und weiterhin heißt es in dem Artikel:

In der deutschen Presse ist in den letzten Tagen immer wieder der Standpunkt vertreten worden und ebenso in den offiziellen Manifesten, daß von nun an die Verantwortung für die Fortdauer des Krieges und für all das Blut, was noch fließen wird, auf die Entente allein kommen werde, weil sie das Friedensangebot zurückgewiesen habe, und überall begegnet man in Deutschland der Meinung, daß nunmehr die Neutralen sich überzeugt haben werden, wer die Sünderfriede sind, und daß es die Entente ist, auf deren Schultern von jetzt ab die ganze Last der Verantwortung für die Fortdauer des Krieges fallen werde. Das ist eine gefährliche Täuschung. Schon jetzt kann man von jedem Neutralen hören, daß er Deutschland mitverantwortlich macht, wenn der Krieg nicht aufhört, denn Deutschland habe sein Friedensangebot in einer Form eingebracht, die es von vornherein habe ausschließen müssen, daß es Erfolg hätte: erst recht aber, wenn Deutschland sich in eisiges Schweigen über seine Bedingungen hüllt, nachdem die Entente die Ibrigen, und wenn sie auch phantastisch, unmöglich zu verwirklichen und unlogisch seien, der Welt bekanntgegeben habe.

Der Fortgang der Dinge hat gezeigt, wie sehr der Prinz — übrigens nicht der einzige Sprößling der obersten Geburtsaristokratie Deutschlands, der in bezug auf Völkerepolitik vorurteilsloser denkt als die leitenden Größen der sozialdemokratischen Mehrheitsfraktion — mit seiner Warnung im Rechte war. Wie aber vor drei Monaten es falsch war, das Programm der Entente wegen seines Mangels an Maß als ein Zuschlagen der geöffneten Tür mit dem Verrammeln dieser Tür beantworten zu wollen, so wäre es heute noch falscher, Miljukows Programm in gleicher Weise abzutun, nachdem sich zu den Widerständen, die sich damals dem Niederzwingen der Gegner in den Weg stellten, noch neue gesellt haben.

Miljukows Programm zielt auf die Verwirklichung von Forderungen, die vielen Sozialisten und Demokraten West- und Mitteleuropas in früheren Jahren vorgeschwebt haben. Die Wiederherstellung Polens, die Auflösung des österreichischen Kaiserstaats, die Befreiung der Südslawen usw. sind alte Forderungen der Demokratie, und wenn diese sich nicht selbst aufgeben will,

kann sie sie nicht grundsätzlich verwerfen, sondern hat sie sie auf Form, Art und Opfer ihrer Verwirklichung zu prüfen.

Nehmen wir eine Forderung, die Deutschland unmittelbar angeht: die Wiederherstellung Polens, »soweit die polnische Junge klingt«. Sie würde Loslösung weiter Gebiete aus dem Besitz des Deutschen Reiches beziehungsweise Preußens bedeuten, Milsukow selbst und Parteigenossen von ihm haben auf die Provinzen Posen und Westpreußen hingewiesen, von denen die erstere überwiegend von Polen bewohnt ist, die zweite weite polnische Landstriche umfaßt und wegen des Zugangs zur See für Polen notwendig sei. Einwänden, die sich auf das Staaten- und Völkerrecht stützen, begegnen Milsukow und Genossen mit der Antwort: »Wenn Deutschland und Osterreich-Ungarn noch mitten im Kriege den verfassungsmäßigen Rechtszustand von ihnen besetzter Gebiete Polens nach ihrem Ermessen änderten und die wehrfähige Bevölkerung Polens zum Kampfe wider das Land einzureihen suchten, dem die Polen geseklich Treue schuldeten, so haben sie damit selbst anerkannt, daß kein staatenrechtliches Verhältnis, keine Völkerrechtsvorschrift der Befreiung Polens im Wege stehen soll. Unser Vorhaben ist nicht gewaltfätiger als das eure, wir befreien nur ganz, wo ihr halb befreitet.« Moralisch wären in der Tat insoweit die Russen nicht zu fassen. Ganz anders stellt sich die Frage, wenn wir untersuchen, ob denn die Bevölkerung der bezeichneten Provinzen beziehungsweise Landstriche überhaupt aus dem deutschen Verband auszuscheiden wünscht; und wie sich das Verhältnis in den einzelnen Regierungsbezirken und Kreisen stellt. Posen und mehr noch Westpreußen umfaßt Kreise, in denen die Bevölkerung überwiegend deutsch ist, andere, in denen sie so gemischt ist, daß teils Abstammung und teils soziale Assoziationen verschiedenster Art der Mehrheit das Verbleiben bei Deutschland zum Bedürfnis machen; für alle diese würde die gewaltsame Angliederung an ein neues Polen nicht Befreiung, sondern Unterjochung heißen. Sie wären also jedenfalls auszunehmen, wenn die Grundsätze der Demokratie nicht verletzt werden sollen. Des weiteren würde die Loslösung der polnischen Distrikte Westpreußens aus dem preußischen Staatsverband und deren politische Angliederung an einen polnischen Staat Ostpreußen vom übrigen Deutschland abtrennen und in eine slawische Enklave verwandeln. Diese Möglichkeit würde, wie die Völker heute denken, in Deutschland bei der breiten Volksmasse die Leidenschaften aufs höchste erregen und sie zu jedem Opfer für deren Vermeidung bereit finden, und wenn das Kriegsglück eine solche Wendung nähme, daß die Möglichkeit trotzdem Wirklichkeit würde, bliebe damit ein Stachel im deutschen Volksempfinden zurück, dessen Wirkung ewige Unruhe und Unsicherheit in jenen Landesteilen bedeuten und kein aufrichtig freundschaftliches Verhältnis zwischen Deutschland und dem neuen Staatswesen zustande kommen ließe. Diese Umstände, zu denen noch die Frage der Deutschen in denjenigen Bezirken oder Kreisen kommt, wo sie den Polen gegenüber zwar zahlenmäßig in der Minderheit, kulturell aber überlegen sind, lassen erkennen, daß das sogenannte Befreiungswerk Probleme birgt, deren Nichtbeachtung mehr Opfer verursachen kann, als die Befriedigung wirklich empfundener Wünsche erfüllt, und die Frage daher nach einer simplifizistischen Schablone nicht abzukun ist.

Auch das Projekt der Herstellung eines tschechoslawischen Staates, der »als Grenze für die usurpatorischen Pläne Deutschlands bezüglich der slawi-

schen Länder« dienen soll, stößt auf solche Schwierigkeiten. Zunächst ist es mindestens noch zweifelhaft, ob die Tschechen und Slowaken Österreich-Ungarns in ihrer Mehrheit einen solchen selbständigen Staat erstreben. Vor dem Kriege war im Lager der Tschechen Österreichs von einer Bewegung mit dem Ziele der völligen Loslösung vom österreichischen Staatsverband wenig zu verspüren, die hervorragendsten Führer der tschechoslawischen Nationalisten waren im Gegenteil durchaus österreichisch gesinnt — »Schwarzgelb bis auf die Knochen«. Und zwar aus guten Gründen. Als integrierender Volkssteil eines föderalisierten Staatswesens, wie Österreich es nach ihrem Programm werden sollte und auch zu werden versprach, sahen die Tschechen Entwicklungsmöglichkeiten vor sich, von denen es außerordentlich zweifelhaft war, ob ein von rein deutschen Staaten umschlossener selbständiger tschechischer Kleinstaat sie ihnen würde sichern können. Wenn der Krieg, wie es scheint, bei einem Teile der Tschechen separatistische Bestrebungen gefördert hat, so ist das zweifelsohne auf die durch bestimmte Erscheinungen unterstützte Furcht zurückzuführen, daß der Krieg Änderungen in der inneren Politik Österreichs zur Folge haben möchte, die früher oder später Erdrückung der Tschechen bedeuten würden. Aber gerade die Voraussetzungen, unter denen allein Miljukow die Verwirklichung seines Programms würde erzwingen können, würden der geschilderten Furcht der Tschechen die sachliche Begründung entziehen. Ein in diesem Kriege besiegtes Österreich würde an alles andere eher denken, als die Tschechen in den Winkel zu drängen. Vom tschechischen Gesichtspunkt aus gesehen, würde der tschechoslawische Staat, wenn er möglich wäre, nicht nötig sein, und nur nötig sein, wenn er unmöglich wäre. Ganz ähnlich verhält es sich mit der von Miljukow dem tschechoslawischen Staate zugeordneten europäischen Mission, ein Bollwerk gegen germanische Usurpationsgelüste zu sein. Wenn dies Bollwerk nötig wäre, würde es den achtzig Millionen Germanen gegenüber viel zu schwach sein, deren Drang nach dem Südosten aufzuhalten, und wenn die Verhältnisse eintreten, unter denen das Bollwerk errichtet werden könnte, würden diese jenem Drang mit viel größerem Gegendruck Grenzen setzen, als es das tschechoslawische Bollwerk vermöchte.

Miljukows Programm gleicht in bezug auf die Tschechen jenen Beglückungsplänen, bei denen die Beglückenwollenden sich von Ideologien und Interessenge Gesichtspunkten leiten lassen, die weder mit dem wohlüberlegten Wünschen und Wollen noch mit dem tatsächlichen Bedürfnis der zu Beglückenden zusammenfallen, sondern, soweit sie der letzteren Stimme überhaupt hören, bestenfalls zeitweilige Stimmungen für ihre Pläne sprechen lassen. Welch zweifelhafter Segen für Kleinstaaten die Mission als Bollwerk ist, wird nach den Erfahrungen dieses Krieges auch ihnen kein Geheimnis sein.

Für den Punkt in Miljukows Programm, der von den Rumänen handelt, trifft in teils noch verstärktem Maße das zu, was oben mit Bezug auf Polen und die polnischen Provinzen Preußens gesagt wurde. Es kommen da gemischtsprachige Bezirke in Betracht, deren Losreißung aus ihrem derzeitigen Staatsverband mehr Unheil im Gefolge haben würde, als selbst für die anscheinend zu befreiende Nationalität Segen davon zu erwarten wäre. Die Landesteile Ungarns, in denen der Zahl nach die rumänische Bevölkerung die Mehrheit bildet, umschließen Distrikte, wo hochkultivierte Deutsche

(man denke an die Siebenbürger Sachsen) und leidenschaftliche Ungarn (die Szekler) so stark vertreten sind, in vielen Orten tatsächlich die Mehrheit bilden, daß die gewaltsame Angliederung des Ganzen an Rumänien viel unlieblichere, der Entwicklung der rumänischen Bevölkerung selbst abträglichere Zustände schaffen würde, als der bisherige Zustand bedeutete. Damit soll kein Einschwören auf den Status quo ausgesprochen sein. Der staatliche Status quo hat dort, wo er sich lediglich auf Gewalt und Besitz stützt, für den Sozialdemokraten nichts Unantastbares. Ganz im Gegenteil. Die großen Männer, in denen die deutsche Sozialdemokratie ihre geistigen Väter und politischen Lehrer verehrt, haben sich vom Kultus eines solchen Status quo, selbst wenn er scheinbar für Deutschland sprach, durchaus freigehalten. Ferdinand Lassalle zum Beispiel hat 1868 in seiner bekannten Resolution zur Polenfrage nur diejenigen Gebiete der polnischen Provinzen Deutschlands für dieses reklamiert, die tatsächlich germanisch waren, und ausdrücklich hinzugefügt: »Für welche Territorialgrenzen dies gilt oder nicht, ist eine von speziellen Untersuchungen abhängige faktische Frage.« Ähnlich Friedrich Engels über andere Territorialabgrenzungen. Die deutsche Sozialdemokratie würde sich ihrer Vorkämpfer unwürdig erweisen, wenn sie sich in bezug auf die nationalpolitischen Fragen, die der Krieg auf die Tagesordnung gesetzt hat, denen zugesellen wollte, welche in bezug auf diese Fragen, wo das eigene Land in Betracht kommt, nur Besitz und Macht als maßgebend anerkennen. Aber es handelt sich darum, zu verhüten, daß das Wohl und Wehe nicht nur der unmittelbar beteiligten Bevölkerung, sondern ganz Europas schematischen Formeln zuliebe geopfert werden. Zwei Gesichtspunkte sind bei Entwürfen über die Regelung der bezeichneten Fragen nie außer Betracht zu lassen: erstens die Anwendung der Grundsätze der Demokratie in solcher Weise, daß das neue Recht nicht neues Unrecht schafft, und zweitens das allgemeine Interesse der europäischen Kulturwelt an einem möglichst baldigen und die Entwicklung der staatlichen Beziehungen in gesunde Bahnen lenkenden Frieden. Treffend schreibt Hans Vorst, der sich unter den bürgerlichen Schriftstellern der Gegenwart durch seine ruhige Sachlichkeit bei Erörterung der nationalen Streitfragen wohlthuend auszeichnet, im »Berliner Tageblatt« vom 10. April über Miljukows Programm, es wäre grundfalsch, Miljukow als einen gewöhnlichen chauvinistischen Nationalisten zu beurteilen, er sei ehrlicher Demokrat, aber in den Fehler verfallen, die Demokratie nicht zu Ende zu denken, sondern sie auf halbem Wege anzuwenden zu wollen. Was sagen will, daß er roh schematisch regeln will, was nach organischer Regelung ruft.

Wenn Miljukow ein Beispiel dafür haben will, wie eine organisch begriffene und das große Interesse der europäischen Kultur obenanstellende Demokratie Friedensforderungen formuliert, so gibt ihm ein demokratisches Blatt des mit Rußland verbündeten England Auskunft, die übrigens auch andere Leute gut tun, zu überdenken. In dem Artikel über Mehrings Wahl, den wir in voriger Nummer der Neuen Zeit besprochen haben, skizziert die Londoner »Nation« eine Erklärung, welche die Ententemächte abzugeben hätten, nachdem sich bei jener Wahl gezeigt habe, daß auch breite Kreise des deutschen Bürgertums zu einem vernünftigen Frieden bereit seien. In dieser Erklärung, die zu lang ist, um sie hier wörtlich abzudrucken, heißt es nach einigen Sätzen über den Wilsonschen Plan eines Bundes der Nationen:

Die Alliierten nehmen Kenntnis davon, daß die Zentralmächte in allgemeinen Wendungen sich bereit erklärt haben, einen solchen Plan in Betracht zu ziehen. Wenn ihr Anschluß an ihn die unmittelbare Zukunft beeinflussen soll, so muß er der Beilegung des Krieges vorangehen, nicht auf ihn erst folgen. Der Wert ihrer Anschlußerklärung kann durch verschiedene Beweishandlungen festgestellt werden. Eine davon wäre die Bereitwilligkeit, für im Laufe dieses Krieges und insbesondere gegen Belgien durch Verletzung von Verträgen und des allgemeinen Völkerrechts begangenes Unrecht volle Entschädigung zu leisten. Eine andere ist die Erklärung, daß sie bereit seien, in eine allgemeine Herabsetzung des Maßes der europäischen Rüstungen einzuwilligen. Die Hauptprobe von allen wird die Einwilligung sein, zu einer freibetlichen Lösung derjenigen europäischen Nationalitätenfragen beizutragen, die in der Vergangenheit Ruhelosigkeit bewirkten und, wenn sie ungelöst bleiben sollten, in sich den Keim zu künftigen Kriegen bergen würden. In einigen extremen Fällen, besonders beim Französisch sprechenden Lothringen und dem Italienisch sprechenden Trentino schließen die Alliierten, wo der durch eine neutrale Instanz ermittelte Wille der Bevölkerung diese Form der Befreiung verlangt, die Gebietsabtretung nicht aus. In anderen Fällen liegt es bei den Zentralmächten selbst, dieser drastischen Maßnahme durch Bewilligungen von Autonomie vorzubeugen, die den Südslawen, den Tschechoslowaken und Rumänen wirkliche Selbstregierung sichern würden. Die Unabhängigkeit Polens ist eine europäische Frage geworden und muß durch europäische Garantien festgelegt werden. Die Wiederherstellung eines unabhängigen Serbien vorgesehen, kann die genaue Bestimmung der nationalen Grenzen auf dem Balkan einer europäischen Konferenz überlassen werden. Die Herrschaft des Ottomanischen Reiches über die türkischen Meerengen muß einer wirksamen internationalen Kontrolle Platz machen, der Überrest des niedergemetelten armenischen Volkes muß von der türkischen Mißherrschaft befreit und Maßnahmen müssen getroffen werden, den übrigen Völkernschaften der Türkei Erleichterung zu verschaffen.

Die Annahme von Bedingungen wie diese würde von den Alliierten als ein Pfand der Zentralmächte anerkannt werden, ihren Teil zur künftigen Zufriedenstellung Europas beizutragen. Sie erkennen ihrerseits an, daß der Friedensschluß ein solcher sein muß, daß keine Nation wünschen wird, ihn zu stören. Sie haben nicht den Wunsch, in die legitimen Unternehmungen und die wirtschaftliche Expansion ihrer derzeitigen Feinde sich einzumischen. Die Wiederherstellung der deutschen Kolonien oder gleichwertiger Gebiete in Afrika wird ein naturgemäßer Gegenstand der Vereinbarung sein und mit ihr, unter angemessenen Sicherheiten, die Anerkennung deutscher Unternehmungen in der Türkei. Von der Überzeugung beseelt, daß der Friede auf gemeinsames Arbeiten und den Austausch ökonomischer Dienste gegründet sein muß, sind die Alliierten bereit, in die Diskussion von Bedingungen einzutreten, die in der Zukunft Handels- und Zollkriegen vorbeugen, den Grundsatz der offenen Tür zu überseeischen Märkten und des Zuganges zu Rohstoffen sicherstellen werden. Sie sind ferner bereit, über die zukünftige Regelung der Seemacht zu verhandeln.

Soweit die »Nationen«. Das in diesen Sätzen niedergelegte Programm ist, wie auf den ersten Blick ersichtlich, ein durchaus bürgerliches Programm. Aber es ist bürgerlich-demokratisch und außer für Leute, die noch wännen, die halbe Welt ihrer Koalition unterwerfen zu können, in beiden Lagern diskutierbar. Es sucht beiden so viel zuzubilligen, daß sich die Gemüter mit dem Abschluß abfinden können, daß nicht die Sucht, Vereinarbtes wieder umzustößen, die ja haben wie drüben bei gewissen Elementen nicht ausbleiben würde, auf die breite Masse der Bevölkerung sich auszudehnen drohte. Mag man über Einzelheiten streiten können, und die Skizze ist selbstverständlich weit entfernt, vollständig zu sein, so verrät doch der Geist, der das

Ganze befehlt, politisches Denken im besten Sinne dieses Wortes. Sie hätten Herr Miljukow und seine Freunde sich zum Muster zu nehmen, wenn sie die neue Republik, an deren Spitze sie stehen, des Namens würdig und Europa zum Segen machen wollen.

Können sie sich aus freiem Ermessen nicht dazu entschließen, so haben wir zu den russischen Sozialisten das Vertrauen, daß sie den ganzen Einfluß, den sie auf ihr Land haben, im Sinne eines solchen, von wahrhaft demokratischer und internationaler Gesinnung getragenen Programms von Friedensforderungen geltend machen werden. Die Erklärungen insbesondere der Richtung unter ihnen, deren namhaftester Vertreter Tschaidse ist, lassen darüber keinen Zweifel. Wir Sozialisten wie überhaupt jeder, der menschlich und demokratisch denkt, haben nicht nur ein Interesse daran, daß dem Morden und Verwüsten so bald wie nur möglich ein Ende gemacht wird, sondern auch, daß der Friede, der ihm ein Ende macht, nach Inhalt wie Form, in Gedanke wie Sägung ein internationaler Völkerfriede sei.

Eine Polemik über die deutsche auswärtige Politik.

Von Spectator.

Zwischen dem Professor Johannes Haller (*»Süddeutsche Monatshefte«*, Januar 1917) und dem Professor H. Delbrück (*»Preussische Jahrbücher«*, März 1917) hat sich über die deutsche auswärtige Politik eine Kontroverse entwickelt, die beachtenswert ist. Delbrück hat bis vor kurzem sicherlich die maßgebenden Ansichten in der jetzigen auswärtigen Politik vertreten, er gehört zu den sogenannten »gemäßigten« Annexionisten, die ihre »Kriegsziele« einerseits im Osten (einschließlich Litauen und Kurland!), andererseits in einem mittelafrikanischen Reiche sehen, während Haller der Tendenz der *»Süddeutschen Monatshefte«* entsprechend zu den extremen Annexionisten neigt, Annexionen nicht nur im Osten, sondern auch im Westen wünscht. Ist schon aus diesem Grunde die Polemik von Interesse, indem sie die prinzipielle Übereinstimmung der Annexionisten aller Richtungen in der Macht- und Eroberungspolitik zeigt, so gewinnt sie noch einen besonderen Wert dadurch, daß sie einige Probleme der vergangenen und gegenwärtigen Auslandspolitik des Deutschen Reiches klarstellt.

Haller unterzieht die Politik Bülow's einer strengen Kritik, eigentlich — nach Haller selbst — etwas voreilig. Denn für ihn entscheidet über diese oder jene auswärtige Politik nicht der Gesichtspunkt des Interesses oder der Kultur, sondern der militärische Erfolg, der die Politik krönt. »Siegen wir über England,« sagt er, »haben wir die Kraft, das durchzuführen, was vor einem halben Menschenalter unternommen wurde, dann war die damals getroffene Wahl richtig, und dann — aber erst dann! — wird auch Fürst Bülow ein Recht zu dem stolzen Selbstzeugnis haben, zwischen 1897 und 1907 habe sich eine bedeutende Entwicklung vollzogen, die den Mitlebenden nicht immer zum Bewußtsein gekommen ist, die aber die Nachwelt erkennen und würdigen wird.« Also — abwarten!

Trotzdem aber hält es Haller für notwendig, mit seinem Urteil über diese Politik schon jetzt zurückzuhalten. Er geht, unseres Erachtens in diesem Falle mit Recht, davon aus, daß »die politische Lage, aus der der Weltkrieg

hervorgegangen ist, sich in der Ära Bülow gebildet hat«. Das ist unbestreitbar. Denn der jetzige Krieg ist ja ein Ringen um die Weltmachtstellung, und der Übergang zur Weltpolitik hat sich eben in der »Ära Bülow« vollzogen! Wie alle Englandsgegner meint dann Haller: der Weltkrieg sei die Frucht der Einkreisungspolitik Englands. Er geht aber insofern weiter als die anderen, indem er die Einkreisungspolitik als »die Antwort auf die Politik des Fürsten Bülow« betrachtet. Haller wirft hier die Frage auf, ob diese Politik Englands hätte verhindert werden können, und meint, daß die Entscheidung um das Jahr 1900 gefallen ist.

Während der Jahre 1898 bis 1901 hat sich zu wiederholten Malen die englische Regierung, Minister und Botschafter, mit dem bestimmten Wunsche nach förmlichem Bündnis uns genähert. Man darf sich der Tatsachen kurz erinnern. Vorausgegangen war jener Vertrag von 1898, der in seinem Wortlaut nicht bekannt geworden ist, von dem man aber weiß, daß er den Engländern die Neutralität Deutschlands im Burenkrieg zusicherte und uns die Aussicht auf den Erwerb der portugiesischen Kolonien in Afrika eröffnete. Wir befanden uns also damals in einer Phase der Annäherung an England, und von uns hätte es abgehen, daraus ein Bündnis zu machen.

Mit Reventlow stimmt Haller darin überein, daß diese Ablehnung des Bündnisanktrags England veranlaßt hat, sich Frankreich und dann auch Rußland zu nähern, also die sogenannte Einkreisungspolitik zu betreiben. Merkwürdig nur, daß der jetzige Krieg ausgebrochen ist, nachdem die »Einkreisungspolitik« durchbrochen war! Hatte man doch schon 1909 in England die Gefahren dieser Politik erkannt. So sagte Grey am 30. März 1909:

Zwei ferne Dinge können einen Konflikt hervorrufen: Das eine wäre unser Versuch, Deutschland zu isolieren. Keine Nation von der Stärke und Stellung Deutschlands würde eine Politik der Isolierung, die von benachbarten Mächten gemacht würde, dulden. Es gibt etwas anderes, was sicher eine vollständig gewollte Isolierung Englands hervorrufen würde, nämlich der Versuch einer kontinentalen Macht, auf dem Kontinent zu herrschen und die Politik des Kontinents zu dirigieren.

Die Einkreisungspolitik wurde also zu dieser Zeit (nach dem Konflikt um Bosnien) aufgegeben, dafür aber das Prinzip des Gleichgewichts der Kräfte auf dem Kontinent besonders scharf, fast drohend hervorgehoben. Wie dem aber sei, Bülow hatte seine Gründe für die Ablehnung des Bündnisvorschlages, zunächst aus Rücksichten auf Rußland.

Um die Jahrhundertwende war Rußland noch nicht durch den Japanischen Krieg geschwächt, sondern gewillt, seine eben gewonnene Stellung an der asiatischen Ostküste und speziell im Golf von Petchili zu befestigen und auszubauen. Die Beziehungen zwischen England und Rußland waren gerade wegen der zwischen beiden Reichen schwebenden asiatischen Fragen damals recht gespannt. Die Gefahr lag nahe, daß einem mit England verbündeten Deutschland die Rolle gegen Rußland zufallen würde, die später Japan allein übernommen hat. (Bülow, Deutsche Politik, S. 37.)

Und Bülow schildert dann die ungünstige Lage Deutschlands im Falle eines Krieges mit Rußland, während Haller gerade umgekehrt Bülow den Vorwurf macht, daß dieser nicht ein Bündnis mit England, das Frankreich zur Neutralität gezwungen hätte, zu Grenzverschiebungen im Osten ausgenutzt hat. Nun ist die Darstellung Bülows falsch, weil sich Rußland ohne

die deutsche tatkräftige Unterstützung gar nicht in sein ostasiatisches Abenteuer eingelassen und niemals einen Krieg gegen England und Deutschland zusammen gewagt hätte. Aber man darf doch nicht übersehen, daß England wohl bereit gewesen wäre, in kolonialpolitischen Fragen mit Deutschland zusammenzugehen, nicht aber zu gestatten, daß Deutschland zur gebietenden Macht in Europa werde. Das Prinzip des Gleichgewichts der Kräfte in Europa hätte England auf keinen Fall antasten lassen, denn, wie Bülow ansführlich darlegt, sieht England darin einen Schutz für seine weltpolitischen Unternehmungen. Es befürchtet die Gefährdung durch eine über den Kontinent gebietende Macht nicht auf den Weltm ä r k t e n, wohl aber in Welt- h ä n d e l n. England geht auf Vereinbarungen ein, aber nicht mit einer Macht, die nach Herrschaft über Europa strebt.

Übrigens übersehen Haller den ganzen Zusammenhang zwischen dieser Stellungnahme Deutschlands zu dem englischen Bündnisangebot und der um diese Zeit inaugurierten O r i e n t p o l i t i k, die im wesentlichen ihre Spitze auch gegen England richtete. Man erinnere sich nur der Rede am Grabe Salabins! Haller bemängelt auch, daß man gleichzeitig drei Ziele verfolgt habe, in Asien, in Afrika und im Flottenbau. Er sieht aber nicht den Zusammenhang zwischen diesen Zielen. Delbrück meint, ein Bündnis mit England zur Zeit des Burenkriegs wäre mit Rücksicht auf die öffentliche Meinung in Deutschland unmöglich gewesen. Ach, solche Rücksichten auf die »öffentliche Meinung« nimmt doch die Diplomatie nicht! Denn diese »öffentliche Meinung« wird ja von ihr nach Belieben g e m a c h t!

Bülow gibt übrigens selber noch einen zweiten Grund an, warum er alle derartigen Vorschläge abgelehnt hat; er beruft sich auf Bismarck, der sagte, daß »bei einem Bündnis, welches wir schließen, wir den stärkeren Teil bilden müssen«. Das ging aber in diesem Falle mit England nicht. »Solange«, sagt Bülow, »wir zur See nicht verteidigungsfähig waren, konnten wir ein wirklich gutes und vertrauensvolles Verhältnis zur größten Seemacht nur haben, wenn wir auf den Ausbau unserer Flotte verzichteten.« Dann macht Bülow den bekannten Sprung von der Kriegsflotte zu der Handelsmarine und stellt die vage Behauptung auf, daß ohne eine Kriegsflotte auch der Ausbau einer Handelsmarine und ohne eine solche der auswärtige Handel unmöglich gewesen wäre, und das trotz des Bündnisses mit England?!

Auf diese Begriffsverwechslung aller Imperialisten brauchen wir hier nicht einzugehen. Um so weniger, als D e l b r ü c k den Z w e c k d e r F l o t t e g e n a u a n g i b t.

»Wollten wir«, sagt er, »eine Kolonialpolitik, sei es in Afrika, sei es in Asien, treiben, wollten wir es unternehmen, die Türkei vor der Aufteilung zu bewahren und ihr an unserer Hand den Eintritt in den Kreis der europäischen Zivilisation ermöglichen, so mußten wir auch eine Flotte bauen und Seegeltung gewinnen.«

Die Flotte erscheint also als unentbehrliches Mittel der imperialistischen Politik, und wenn wir uns von unserem Standpunkt gegen Flottenbau und Kolonialpolitik wenden, so kann nur Lensch oder der jetzige »Vorwärts« darin eine Förderung der englischen Kolonialpolitik erblicken. Wie kommt aber ein Imperialist wie Haller dazu, die Forderung aufzustellen, man hätte den Flottenbau aufschleiben sollen?

Bülow wußte sehr gut, daß er mit dem Flottenbau den wunden Punkt in der englischen Politik berührte.

»Es war voranzusehen,« sagt er, »daß diese folgenschwere Verstärkung unserer nationalen Macht in England Unbehagen und Mißtrauen hervorrufen würde. ... Das A und O aller englischen Politik war seit jeher die Erreichung und Erhaltung der englischen Seeherrschaft. Diesem Gesichtspunkt sind alle anderen Erwägungen, Freundschaften und Feindschaften stets zielbewußt untergeordnet worden.«

Der Flottenbau machte also nach Bülow's Erklärung ein Bündnis mit England unmöglich!

Interessant ist es, daß Bülow trotzdem ein Bündnis mit England für eine spätere Zeit nicht ganz von der Hand weist. Er sagt:

Von Rußland wie von England trennte uns bis zum August 1914 kein unüberwindlicher Interessengegensatz. (S. 87.)

Er verhöhnt die »naive Auffassung, daß ein Krieg ein unvermeidliches Naturereignis sei«. Er bestreitet, daß es sich für England um einen Handelskrieg handelte.

Gewiß hat der englische Kaufmann über der See bisweilen die Konkurrenz des deutschen Kaufmanns unbehaglich empfunden. ... Aber auf seinen großen weispolitischen Bahnen hat England kaum eine der großen Mächte so selten hemmend vor sich gesehen wie das Deutsche Reich.

Ob die letztere Anschauung auch von den Engländern geteilt war, wollen wir hier nicht untersuchen. Auf jeden Fall ist es sehr beachtenswert, daß der Leiter der deutschen Politik einen Konfliktgrund nicht in der Handels-, sondern in der Kolonialrivalität sucht und damit die Beweggründe der modernen Politik besser aufdeckt als manche »Marxisten«. Ja, Bülow geht so weit, die Möglichkeit der Verständigung mit England zuzugeben, während Haller das Problem stellt: England oder Deutschland. Dabei ließ Bülow in den ersten Ausgaben seiner »Politik« durchblicken, daß er selbst für ein Abkommen über die Seerüstungen sei. Bekanntlich schwebten zwischen Deutschland und England in dieser Beziehung Verhandlungen, die aber scheiterten, weil sich England nicht zur Neutralität im Falle eines europäischen Krieges verpflichten wollte. England handelte gemäß seiner Ansicht über das Gleichgewicht der Kräfte auf dem Kontinent; Deutschland wollte aus Gründen, die Bülow auf S. 25 und 26 anführt, dieses Prinzip nicht anerkennen und ging auch weiterhin selbständig seine Wege.

Bülow ist stolz auf diese völlige Freiheit der deutschen Politik. Sie konnte aber nur gewonnen werden, indem Deutschland Rußland in Ostasien unterstützte. Haller und Delbrück sind beide damit unzufrieden. Wie denkt sich aber Delbrück eine andere Politik, die zugleich den Flottenbau und eine Orientpolitik bekämpft? Haller hat dieses Problem sehr einfach gelöst. Während der Marokkokrise, meint er, hätte Deutschland Frankreich überfallen und sich zum Herrn des Kontinents machen sollen. Delbrück bestreitet diese Möglichkeit aus drei Gründen: Ein Krieg wegen Marokko würde nicht nur die Sozialdemokratie, sondern auch sonst sehr große Teile des Volkes nicht hinter die Regierung gebracht haben; auch Österreich-Ungarn wäre weder verpflichtet gewesen, noch hätte es Veranlassung gehabt, Deutschland bei einem Angriffskrieg Beistand zu leisten. Die Rüstungen Deutschlands waren noch unvollkommen; Deutschland hatte damals noch kein einziges Unterseeboot. Wichtiger ist, was Delbrück gegen die »wunderliche Illusion« Haller's sagt, daß man »unangreifbare Stellungen« erlangen könne. Er zitiert folgenden Haller'schen Satz:

Dauernder Friede kann zwischen uns und unseren westlichen Nachbarn nur herrschen, wenn die gemeinsame Grenze eine Gestalt erhält, die ihnen jede Aussicht auf Erfolg bei einem Angriff auf uns nimmt, uns dagegen die Möglichkeit schafft, Frankreich unsere militärische Überlegenheit fühlen zu lassen.

Delbrück fragt daraufhin:

Wo sollte diese Grenze wohl liegen? Uns allein anzugreifen, war Frankreich schon vor 1914 zu schwach, uns aber gestützt auf eine große Koalition anzugreifen, würden nicht einmal Dänemark oder Holland zu schwach sein.

Delbrück verweist dabei auf seinen interessanten Aufsatz in dem gleichen Heft der »Preußischen Jahrbücher« über »Das Beispiel Napoleons« und sagt dann weiter:

Auch Napoleon bildete sich ja ein, daß, je weiter er seine Machtsphäre auf dem Kontinent ausdehne, er um so besser den Kampf gegen England würde führen können. Aus diesem Grunde knechtete er Preußen und setzte seinen Schwager in Neapel und seinen Bruder in Spanien als König ein. Aber was er dadurch an Macht gewann, wurde weit überwogen durch die Kräfte, die er dadurch auf der Gegenseite ins Leben rief und England zuführte. . . . So wie Napoleon den Krieg 1814 und 1815 endgültig verloren hat, nicht, weil die Kräfte Frankreichs völlig verbraucht waren, sondern weil seine Bundesgenossen von ihm abfielen und das französische Volk sich ihm schließlich versagte und nicht weiterkämpfen wollte, so würde auch das Deutsche Reich diesen Krieg am letzten Ende in ganz ähnlicher Weise verloren haben.

Hier spricht der gute Geschichtsforscher. Wie kommt es aber, daß Delbrück zugleich Annexionen im Osten befürwortet? Spricht nicht die historische Erfahrung gegen jede Verletzung der Interessen und des Nationalgefühls der anderen Völker, sei es durch Annexionen oder Kriegsschädigungen? Sicher! Aber Delbrück kennt nur geschichtliche Erfahrungen im Westen und in Zentraluropa, nicht aber in Osteuropa, das man noch mißachten zu dürfen glaubt. Muß man historische Fehler immer wiederholen?

Auf jeden Fall sieht Delbrück keine anderen Wege als jene, die Bülow in seiner auswärtigen Politik eingeschlagen hat. Er stellt auch wie dieser das Problem: Kontinental- oder Weltpolitik, und Weltpolitik mußte zu einem Kriege führen, sobald die Rivalen nicht gewillt waren, Deutschlands Ansprüche anzuerkennen.

Einen Augenblick schien es, als ob man nach dem Mißlingen der Separatfriedensunterhandlungen mit Rußland die Annäherung an England suche, und die »Frankfurter Zeitung« hat in einer Reihe von Artikeln, insbesondere in dem vom 17. Dezember vorigen Jahres (»Zwischen Krieg und Frieden«) die Grundlage zu kennzeichnen gesucht, auf der eine solche Annäherung denkbar wäre. Allein in der auswärtigen wie in der inneren Politik entscheiden die sozial maßgebenden Kreise, und diese haben von Anfang an den Krieg gegen England gefordert. Heute steht jeder ein, daß sich die Kriegspolitik in erster Linie gegen England richtet.

Natürlich gibt es auch Sozialdemokraten, die nicht nur die allgemeine Kriegspolitik der Regierung, sondern auch speziell die gegen England befürworten. Angeblich deshalb, weil Rußland der künftige Absatzmarkt bleiben könnte, während England Deutschlands Konkurrent sei. Dabei übersieht man, daß England 14,2 Prozent der deutschen Ausfuhr, Rußland aber nur 8,7 Prozent aufgenommen hat. Außerdem gingen über Belgien und Holland mindestens weitere 6 Prozent des Exports nach England, insgesamt also

fast zweieinhalbmal soviel als nach Rußland, von dem künftigen gewaltigen Markt der englischen Kolonien ganz abgesehen. Außerdem wird Rußland mit seinem völlig zerrütteten Geldwesen lange ein schlechter Kunde sein. Vom wirtschaftlichen Gesichtspunkt ausgehend, hatten also die liberalen Befürworter einer Annäherung an England sicherlich mehr recht als jene, die den Konservativen folgend Freundschaft mit dem Zarismus empfahlen. Für uns kam natürlich dieses Dilemma gar nicht in Betracht, da wir eine demokratische Verständigungspolitik mit allen Völkern fordern. Umgekehrt wünscht Delbrück, wie es scheint, eine augenblickliche Verständigung mit England nicht, um sich mit den jetzigen weltpolitischen Verhältnissen abzufinden, sondern gerade deshalb, weil der Kampf gegen England sein Ziel bleibt, das er nur in die Ferne schiebt. Allein er verwirft den napoleonischen Weg dazu: die Herrschaft über den Kontinent, setzt vielmehr seine Hoffnungen auf die weitere Entwicklung der Unterseeboote. Das hat er besonders deutlich schon am 21. Juli 1916 im »Tag« ausgesprochen. Wie konnte aber Bülow die Bedeutung der Unterseeboote voraussehen? Delbrück macht ihm auch keinen Vorwurf daraus, daß er andere Wege gesucht hat, obgleich er als Historiker die Bülow'schen Wege nicht billigen kann. Wer aber den Zweck will, muß die jeweils gegebenen Mittel wollen: wer für eine Kolonial- und Machtpolitik ist, der muß für Rüstungen, Kombinationen, Laviere zwischen den einzelnen Mächten eintreten usw. Nicht diese oder jene Handlung, nicht die einzelne Entscheidung Bülow's, wie wichtig sie auch sein könnte, steht zur Beurteilung, sondern — und das unterstreicht Delbrück — die Frage, ob man eine Weltpolitik überhaupt wünschte. Aus ihr ergab sich alles andere mit logischer Notwendigkeit — wohlverstanden, eine Weltpolitik, wie sie die herrschenden Klassen verstehen und wünschen, keineswegs eine demokratische, im gemeinsamen Interesse aller Völker geführte internationale Politik. Wer einmal für Kolonien usw. ist, der übernimmt logischerweise auch die Verantwortung für die Machtpolitik der heutigen Regierungen und alle ihre Folgen. Dieses bewiesen zu haben, ist das Verdienst Delbrück's, indem er sich zum Anwalt der Bülow'schen Politik aufwirft. Das muß sich aber jeder merken, der erkennen will, wo das Grundübel zu suchen ist.

Das System Schorlemer.

Von Karl Marchionini.

Auf dem Gebiet der Ernährung bleibt es bei dem System Schorlemer. Das Kriegsernährungsamt hat unter Batockis Leitung dieses System nur mit leeren Redewendungen bekämpft — in Wirklichkeit aber vor ihm die Waffen gestreckt. Wieder werden die Preise für die notwendigsten Nahrungsmittel erhöht, die Verteilung in Stadt und Land bleibt eine höchst ungleiche, und von einer planmäßigen Regelung der ländlichen Produktion wird Abstand genommen. Man begnügt sich mit Ermahnungen, Belehrungen, Berufsberatung und Beschaffung von Arbeitskräften, Düngemitteln und Maschinen. Die Kriegswirtschaftsämter, die kürzlich gebildet wurden, werden nützlich für die Erzeuger sein, ohne daß die Verbraucher nennenswerte Vorteile haben. Denn die Konsumenten wollen Nahrungsmittel zu erschwinglichen Preisen, und die Produzenten dringen siegreich auf stete Steigerung der Preise.

Während der ganzen Dauer des Krieges sind Industrie, Landwirtschaft, Handel und Gewerbe vor allem bestrebt gewesen, recht viel Profite zu erzielen. Die

Industrie hehmt Riesengewinne ein; die Landwirte denken nicht daran, zurückzusteigen, und ihre Vertreter in den verschiedensten Kammern, Ämtern und Ministerstufen wissen sich ihrer nach Kräften anzunehmen. Kriegsgesellschaften und Kommunalverbände sorgen wiederum, daß auch der Handel und das Gewerbe nicht zu kurz kommen, und alle Lasten werden dem Verbraucher aufgebürdet.

Anfang dieses Jahres telegraphierten die Vertreter des Bundes der Landwirte an den Kaiser, sie seien bereit, »jedes Opfer, jede Leistung, jede Entbehrung zu übernehmen«, Herr v. Heydebrand sagte im Januar im Preussischen Abgeordnetenhaus, die ländliche Bevölkerung müsse mehr Opfer bringen, und es gelte jetzt, die Probe aufs Exempel zu machen, daß wir alle ein Volk von Brüdern seien. Aber der einflussreichere Herr v. Oldenburg sagte kürzlich im Preussischen Herrenhaus, wenn Stadt und Land in der Nahrungsmittelzumeßung gleichgestellt würden, dann würde entweder die Produktion sinken, oder wir hätten die größte Teuerung. Die Erzeuger von Nahrungsmitteln würden also nach Oldenburg bei gleicher Ernährung in den Streik treten!

Unsere ganze Ernährungspolitik beruht von Anfang an darauf, daß das Interesse der Produzenten durch hohe Preise angereizt wird. Herr v. Schorlemer freilich erklärte, diese Politik liege auch im Interesse der Konsumenten, und deshalb könne man ihm gar nicht den Vorwurf machen, daß er einseitig die Erzeugerinteressen vertrete. Die Verbraucher haben aber bisher von dem System Schorlemer den allergrößten Schaden gehabt, während die Landwirtschaft dabei sehr gut fährt. Während die städtische Bevölkerung bittere Not leidet, lebt man in den Produzentenkreisen wie im Frieden. Wesentliche Einschränkungen kennt man hier nicht. Wichtige Produkte für die menschliche Ernährung wandern in den Futtertrog des Viehes trotz aller Verordnungen. Dem arg vertriebenen Schleißhandel wird dadurch Tür und Tor geöffnet, daß der Landwirt im Besitz zahlreicher Lebensmittel bleibt, anstatt daß sie rücksichtslos beschlagnahmt und öffentlich bewirtschaftet werden. Und dann die andauernden Preiserhöhungen! Sie sind in erster Linie auf das Fehlen des Anbauzwanges zurückzuführen. Daher kommt es, daß die Landwirte solche Produkte beim Anbau bevorzugen, die ihnen das meiste Geld einbringen. Wenn der Höchstpreis für die Tonne Roggen 215 Mark betrug, für die Tonne Hafer und Gerste aber bis 360 Mark bezahlt wurde, so ist es ganz selbstverständlich, daß der Anbau von Roggen in den Hintergrund trat. Anstatt nun die Landwirtschaft zu zwingen, das erforderliche Quantum Brotgetreide und Kartoffeln anzubauen, erhöhte man jetzt wieder die Preise, um die Erzeuger zu veranlassen, mehr Roggen statt Gerste und Hafer sowie mehr Kartoffeln statt Rüben anzubauen. Man glaube aber ja nicht, daß die Landwirte durch die neue Preisregulierung zufriedengestellt worden sind. Herr v. Oldenburg will ja einen Kartoffelpreis von 8 Mark, der Landwirtschaftsrat hat sich entschieden gegen die Herabsetzung der Vieh- und Schweinepreise gewendet, und der konservative Reichstagsabgeordnete Arnstadt schrieb kürzlich in seiner Presse: In dem Wegfall des bevorzugten Preises für Gerste und Hafer könnte nicht eine Begünstigung der Produktion, sondern für manche Gebiete eine weitere Erschwerung der Produktion erblickt werden, die ganze Preisverschiebung beziehungsweise Preiserhöhung könne nur einen schwachen Anreiz zur Steigerung der Produktion bieten, Schweinefleisch und Fett würde die Zivilbevölkerung sehr bald vermissen, und auch für den Heeresbedarf werde die erforderliche Menge nicht vorhanden sein!! Dabei sind die Schweinepreise, die fast dreimal höher als im Frieden waren, nur etwas ermäßigt worden!

Das sind doch unhaltbare Zustände, und sie schreien geradezu nach einer strengen Regelung der Produktion durch das Reich. Die maßgebenden Vertreter der Landwirtschaft haben freilich erklärt, der Produktionszwang würde nicht eine Steigerung, sondern eine Verminderung der Produktion herbeiführen. Irgendwelche ernst-

haften Beweise erbrachten sie aber nicht. Dagegen haben die Gewerkschaften in ihrer Eingabe zum Plane für das Wirtschaftsjahr 1917/18 ausgeführt, Zwangsmaßnahmen seien zwar keineswegs die geeignetste Lösung, wohl aber hielten sie eine Organisation für möglich und durchführbar, die auf Grund der bisherigen Erfahrungen und im Einvernehmen mit den Vertretungen der deutschen Landwirtschaft die Anbauflächen für die einzelnen Bodenprodukte nach Bundesstaaten, Provinzen und Kreisen aufstelle und die Durchführung der getroffenen Vereinbarungen und Ausstellungen durch das Kriegsamt und die Wirtschaftskämter überwachen lasse.

Allerdings ist diese Erklärung nicht ganz folgerichtig durchdacht, denn wenn den Landwirten vorgegeschrieben wird, was und wieviel sie an einzelnen Getreidesorten zu bauen, wieviel Vieh und Schweine sie zu halten haben, so muß dahinter natürlich der gesetzliche Zwang stehen. Die Gewerkschaften fordern wohl, daß die Zentralgewalt dem Reiche übertragen werden soll, sagen aber gleichzeitig, daß sie Zwangsmaßnahmen nicht als die geeignetste Lösung ansehen. Nimmt man jedoch von solchen Maßnahmen Abstand, so steht der ganze Plan lediglich auf dem Papier. Es muß überall da, wo der gute Wille fehlt, mit Zwang, und zwar rücksichtslos vorgegangen werden. Auch aus landwirtschaftlichen Kreisen kommen immer mehr Stimmen für den Anbauzwang! In der Provinzialversammlung des Bundes der Landwirte in Hannover ist der Kartoffelanbauzwang von einem Landwirt gefordert worden, weil die Großgrundbesitzer versagt und von den kleinen Bauern Kartoffeln entnommen hätten. Widerspruch ist nicht geltend gemacht worden!

Seit langer Zeit leiden die Städte unter einer außerordentlichen Fettknappheit. Professor Abel (Jena) ist für den Zwang des Anbaues von Ölfrüchten eingetreten. Leider bisher vergebens! In der »Molkerei-Zeitung« vom 9. Februar weist der Geschäftsführer J. Boy von der Buttergeschäftsstelle nach, daß ganz bedeutend mehr Butter hergestellt werden könnte, wenn alle Milchviehhalter gezwungen wären, die Milch an Molkereien zu liefern, wo sie dann verbuttert werden müßte. Die ostfriesischen Molkereien produzierten im Monat und für die Kuh 11 Pfund Butter, während die Landwirte, die die Milch nicht an Molkereien zu liefern hatten, nur 3½ Pfund Butter für den Monat und die Kuh abliefern. Nun könnten ja die Landwirte mehr Butter abgeben, zum Teil aber ist der Unterschied in der Butterablieferung darauf zurückzuführen, daß die Molkereien über technisch weit bessere Apparate verfügen, die viel mehr Fett aus der Milch herausbringen. Auch dieses Beispiel beweist, wie dringend erforderlich der Eingriff des Reiches in die Produktion ist.

Ansätze zum Produktionszwang sind ja bereits vorhanden. Vollkommen freie Hand hat man den Landwirten nicht lassen können. Es ist — abgesehen von den Verordnungen, die in die Produktion eingreifen, ein Wirtschaftsplan aufgestellt worden, der sich freilich in der Hauptsache mit der Preisgestaltung beschäftigt. Daß man sich um die Produktion schließlich kümmern muß, wird ja überall eingesehen. Aber heile keine Zwangsregelung! Das ist die Richtschnur der maßgebenden Instanzen. Der deutsche Landwirtschaftsrat hat in diesem Jahre empfohlen, die Bewirtschaftung mehr den einzelnen Gemeinden und ihren wirtschaftlichen Organisationen zu überlassen, die am besten in der Lage seien, einerseits die auf die Gemeinde entfallende Gesamtmenge auf die einzelnen landwirtschaftlichen Betriebe nach ihrer Leistungsfähigkeit umzulegen, andererseits die Ware billiger zu erfassen. Zu diesem Zweck sei in jeder Gemeinde ein Ausschuß aus landwirtschaftlichen Besitzern zu bilden. In der »Deutschen Tageszeitung« wurde am 10. Januar mitgeteilt, daß einzelne Kreisverwaltungen bereits im vergangenen Jahre Hilfs- und Beratungsstellen ins Leben gerufen hätten, die sich gut bewährten, deshalb sei in Aussicht genommen, in allen Landkreisen Wirtschaftsausschüsse zu bilden. Es sind ja auch — zur Förderung der Produktion — Kriegswirtschaftskämter gekommen, die aber

nicht die Vollmachten haben, die nötig sind, damit sie entscheidend in die Produktion eingreifen können. Man darf nicht länger dem einzelnen überlassen, was und wieviel er anbaut, sondern das Reich muß für die Landwirtschaft bestimmte Vorschriften nach einem festgesetzten Plan erlassen und deren Befolgung auf das strengste kontrollieren. Es gilt das Uebel an der Wurzel zu fassen, und was nicht der allerhöchste Verteilungsplan — der jetzige freilich ist noch lange nicht das, was er sein soll —, wenn es nichts oder nur herzlich wenig zu verteilen gibt. Also herantreten an die Regelung der Produktion durch das Reich! Gleichzeitig müssen Preise festgesetzt werden, die nicht wucherisch über die Produktionskosten hinausgehen, und schließlich sind alle Produkte zu erfassen und gleichmäßig zu verteilen. Das sind die Forderungen, die von unserer Seite im Interesse der Verbraucher gestellt wurden und immer wieder gestellt werden müssen.

Das System Schorlemer hingegen unterstützt das Streben der Erzeuger nach Extraprofiten!

Literarische Rundschau.

Professor Dr. Paul Elybacher, *Totes und lebendes Völkerrecht*. München, Leipzig 1916, Verlag Duncker & Humblot. 74 Seiten.

Die Wertlosigkeit allen Völkerrechts unter der gegenwärtigen gesellschaftlichen Verfassung kann nicht schlagender dargelegt werden, als es hier der Verfasser getan, allerdings ohne es zu beabsichtigen.

Der Gedankengang des Verfassers ist ungefähr der folgende: »Totes Völkerrecht« ist so ziemlich alles, was vor dem Kriege als Völkerrecht gelehrt wurde. »Lebendes Völkerrecht« ist das, was entgegen dem bisherigen Völkerrecht in diesem Kriege geschehen ist. »Wir schelten heute über Völkerrechtsverletzungen und ahnen nicht, daß in dem, was wir für solche halten, bereits das neue Völkerrecht zur Erscheinung kommt.« (S. 1.) »In diesem Kriege ist aus tausend Verletzungen des Völkerrechts neues Völkerrecht geboren.« (S. 2.) Die »größte bisher dagewesene Entwicklung des Völkerrechts« (S. 3), die »Revolution des Völkerrechts« (S. 56) hat sich vollzogen. Der Verfasser preist am Schlusse seiner Broschüre die »ewigen Mächte«, die »uns mit dem größten Kriege der Geschichte zugleich die größte, furchtbarste und dabei auch großartigste Entwicklung des Völkerrechts haben erleben lassen« (S. 74). Wie haben nun die »ewigen Mächte« dies Wunder bewerkstelligt? Ganz einfach, indem sie die Kriegsführenden — besonders sind die Engländer nach Ansicht des Verfassers in diesem Punkte das Werkzeug der ewigen Mächte gewesen — veranlaßten, das alte Völkerrecht zu brechen. »Für die Zukunft ist nicht anzunehmen, daß der Rechtsatz, gegen den die Verstöße erfolgt sind, überhaupt noch befolgt werden wird. Wenn künftig noch ebensolche Handlungen stattfinden, so sind es keine Rechtsverletzungen mehr, sondern rechtmäßige Handlungen, Anwendungen des neuen Rechtes, das durch die ersten noch als Rechtsverletzungen zu betrachtenden gleichartigen Handlungen an die Stelle des früheren Rechtes gesetzt worden ist.« (S. 44, 45.)

Opfer dieser wenig erquicklichen »Revolution« sind nun nach Ansicht des Verfassers fast alle Söhne des »toten Völkerrechts« geworden, die dem Nichtkämpfer Schutz gewähren sollen. Alle Maßnahmen gegen die Zivilbevölkerung finden ihre »völkerrechtliche« Rechtfertigung »darin, daß bei dem feindlichen Volke Angst und Kriegsunlust erzeugt und auf diese Weise die seelischen Grundlagen der Kriegführung zerstört werden sollen« (S. 67), womit natürlich so gut wie alles gerechtfertigt werden kann. Unter diesem Gesichtspunkt billigt der Verfasser zum Beispiel die von allen Kriegsführenden stets abgestriemenen Würfe von Bomben und Sprenggeschossen auf unbefestigte, unverteidigte Ortschaften, ohne jeden militärischen Zweck. Wenn er bei dieser Gelegenheit wiederholt auf die angeblichen Bombenwürfe auf Nürnberg Bezug nimmt (S. 52), so macht dies seiner Gewissenhaftigkeit

keine Ehre, da diese Bombenwürfe längst auch offiziell — wenn auch verspätet — in das Reich der Fabel verwiesen sind. Den Autor hat bei der Verfassung der Schrift wohl hauptsächlich der Gedanke geleitet, im voraus eine völkerrechtliche Rechtfertigung für den von ihm sehnlichst gewünschten, damals noch nicht proklamieren rücksichtslosen Unterseebootskrieg zu geben.

Die Gedankengänge des Verfassers müssen wir auf das schärfste zurückweisen und können ihm auch nicht das Lob der bei einer wissenschaftlichen Schrift auch im Kriege zu fordernden Unparteilichkeit erteilen. W.

Notizen.

Kriegskost und Körpergewicht. Der um die Jahreswende erschienene letzte Bericht des Provinzialausschusses der Rheinprovinz über die Ergebnisse der Provinzialverwaltung, der das Rechnungsjahr vom 1. April 1915 bis 31. März 1916 umfaßt, enthält unter anderem auch Angaben über den Gesundheitszustand der Insassen der Provinzial-Heil- und Pflegeanstalten (Irrenanstalten). Die Rheinprovinz besitzt acht solcher Anstalten, die im Jahresdurchschnitt des Berichtsjahres mit insgesamt 7820 Kranken belegt waren; 7450 davon waren Geisteskranke, der Rest Epileptiker und Idioten. Die Belegungsziffern der Anstalten bewegen sich zwischen 623 und 1786 Pfleglingen. Über den Gesundheitszustand der Kranken äußert sich nun der Bericht (S. 221 und 222) wie folgt:

»Der gegenwärtige Weltkrieg hat in mehrfacher Beziehung weiter auf die gesundheitlichen Verhältnisse der Anstalten eingewirkt, die sich unter seinem Einfluß im Berichtsjahr zum Teil noch schwieriger und ungünstiger gestalteten als im Jahre vorher. Von größter Wichtigkeit für den Gesundheitszustand der Anstaltsinsassen ist die Nahrungsmittelversorgung. Diese wurde von Monat zu Monat schwieriger, schließlich trat in den wichtigsten Nahrungsmitteln ein solcher Mangel ein, daß die Ernährung der Anstaltsinsassen immer knapper und einseitiger wurde. Fleisch konnte nur noch an einigen Tagen der Woche in kleinem Quantum verabreicht werden, Fisch- und Eierspeisen, die als Ersatz für Fleisch dienen konnten, fanden nicht mehr in genügender Menge zur Verfügung, Hülsenfrüchte und Getreideprodukte waren auch kaum noch zu beschaffen, und so sahen sich die Anstaltsverwaltungen gezwungen, die Beköstigung, abgesehen von der jedem Kranken zureichenden Brotportion, die im Verhältnis zu der in Friedenszeiten gereichten doch gering zu nennen ist, der Hauptsache nach auf Kartoffel- und Gemüsegerichte zuzuschneiden. Bei der Zuteilung von diesen hat es den Pfleglingen an Quantität nicht gefehlt, die die Qualität bei solchen einigermassen ersetzen kann, die einen guten Magen und die nötige Lebensenergie haben. Unter den Anstaltsinsassen befinden sich aber manche kränkliche, körperlich hinfällige, altersschwache Menschen, die eine solche Nahrung nicht vertragen, sie auch nicht genügend ausnützen. Passende Kost und Stärkungsmittel, durch die manche Sieche künstlich am Leben erhalten werden, können ihnen nicht mehr in genügender Menge gereicht werden, und so erhalten sie nicht die nötigen Kalorien, büßen an körperlicher Widerstandskraft ein, erliegen rascher einer Erkrankung und geraten bald in körperlichen Verfall. Die Sterblichkeit ist infolgedessen ... etwas gestiegen. Dem entspricht die Tatsache, daß auch in Altersheimen die Anzahl der Todesfälle höher ist als früher.«

»Daß die Kriegskost den körperlichen Zustand beeinflusst hat, zeigt die in fast allen Anstalten festgestellte Abnahme des Körpergewichts der Pfleglinge. Diese hat ja bei vielen Menschen sowohl außerhalb der Anstalten wie in ihnen keine schlimme Bedeutung, ja mancher, dem sein starkes Fettpolster eine unnütze Last war und körperliche Beschwerden verursachte, wird sich infolge von ihr erleichtert, frischer und leistungsfähiger fühlen; er hat durch die Kriegskost das erreicht, was er vielleicht durch kostspielige Kuren früher vergeblich erstrebte oder nur vorübergehend

erzielte. Sie muß aber bei solchen, die rasch und anhaltend viel an Körpergewicht verlieren, als das Zeichen beginnender körperlicher Schwäche angesehen werden. Aus verschiedenen Anstalten laufen die Berichte über Gewichtsabnahme nicht unbedenklich. In Andernach waren vorzugsweise infolge der veränderten, weniger reichlichen Beköstigung, selbst unter Ausschaltung der an auszehrenden Krankheiten (Tuberkulose, Paralyse) leidenden Patienten, ganz erhebliche Gewichtsabnahmen festzustellen. Die Abnahme betrug im einzelnen bis zu 45 Pfund im Verlauf von 12 Monaten. Mehr in die Augen fallend ist der Einfluß der Kriegskost auf den Ernährungszustand, wenn die Körpergewichte in den Kriegsjahren zu denjenigen in den Jahren vorher in Vergleich gesetzt werden, wie das in Galkhausen geschehen ist. Dasselbst ergab die Statistik der Körpergewichte folgendes:

		An Gewicht					
		nahmen zu		nahmen ab		blieben gleich	
		Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen
1913	Erstes Halbjahr . .	154	138	142	158	38	36
	Zweites Halbjahr . .	155	165	140	112	37	42
1914	Erstes Halbjahr . .	130	137	172	149	26	44
	Zweites Halbjahr . .	106	110	214	156	15	37
1915	Erstes Halbjahr . .	53	60	256	208	20	27
	Zweites Halbjahr . .	129	126	185	168	24	30

(Anmerkung: Das Berichtsjahr zählt von Anfang April bis Ende März.)

Es wurden nur diejenigen Personen gezählt, die am Schlusse des Halbjahres mindestens 5 Monate in Anstaltsbeköstigung gewesen waren. Es ergibt sich daraus die Feststellung, daß, während die Zahl der im Gewicht gleich Gebliebenen nicht wesentlich schwankte, die Zahl derjenigen, die an Gewicht abnahmen, besonders im zweiten Halbjahr 1914 und im ersten Halbjahr 1915 wesentlich zugenommen hat.

In Grafenberg hatten von den Kranken im Berichtsjahr 57,5 Prozent um 2 Kilogramm und mehr abgenommen, 13,7 zugenommen, und 28,8 Prozent blieben ziemlich auf ihrem Gewicht. Demgegenüber stellten sich die Zahlen für das Vorjahr auf Abnahme des Körpergewichts bei 49,8 Prozent, Zunahme bei 22,3 Prozent und Gleichbleiben bei 28,1 Prozent. Es liegt also eine nicht unerhebliche Steigerung der Gewichtsabnahme im Berichtsjahr vor.

Aus den anderen Anstalten liegen genaue Angaben nicht vor, doch dürften in diesen ähnliche Erfahrungen gemacht worden sein. Es ist mit der Tatsache zu rechnen, daß infolge der Kriegskost das Körpergewicht der Pfléglinge noch weiterhin abnehmen wird. Wie der Ernährungszustand, so hat auch das Aussehen und die körperliche Leistungsfähigkeit vieler Kranken gelitten. Von den Kranken in Bonn heißt es in dem Bericht: »Sie sehen blaß, müde, schlapp aus, die Arbeitsleistungen haben wenigstens teilweise nachgelassen.« In Bonn ist auch aufgefallen, daß »die Rekoneszenz und Genesung sich in manchen Fällen auffallend lange hinauszieht, zum Beispiel bei Erschöpfungssyphosen«. Dasselbe lasse sich auch bei körperlich Kranken konstatieren, zum Beispiel bei den häufig aufgetretenen Influenzazerkrankungen. Ärztliche Behandlung und Schonung beanspruchten längere Zeit als sonst. Ähnliche Erfahrungen wurden in anderen Provinzialanstalten gemacht. So heißt es in dem Bericht von Andernach, »daß die Kranken sich weniger schnell von ihren Leiden erholen und einen längeren Anstaltsaufenthalt als zu anderen Zeiten notwendig hatten«.

Bei alledem ist zu beachten, daß der Bericht bereits mit dem 31. März 1916 abschließt. Seitdem sind natürlich die Schwierigkeiten namentlich in der Nahrungsmittelversorgung keineswegs geringer geworden.

h. sch.

Die Neue Zeit

Wochenschrift der Deutschen Sozialdemokratie

2. Band Nr. 4

Ausgegeben am 27. April 1917

35. Jahrgang

Nachdruck der Artikel nur mit Quellenangabe gestattet

Der Triumph des ersten Mai.

Von Heinrich Ströbel.

Zum dritten Male kehrt im Weltkrieg der 1. Mai wieder, der Weltfeiertag der Arbeit, um den sich jahrzehntelang so stolze Hoffnungen und so kühne Vorsätze des sozialistischen Proletariats aller Länder gerankt hatten. Als dieser gemeinsame Festtag der modernen Arbeiterschaft zum ersten Male während der blutigen Weltdämmerung dieses Krieges heraufkam, lastete schwere Lähmung und dumpfe Verzweiflung auf den Proletariertmassen. Die Solidarität der Arbeiterklasse schien gesprengt, verschlungen von der schrankenlosen Entfesselung der nationalen Zwietracht, in die sich gerade in den vorgeschrittensten Ländern der kapitalistischen Entwicklung und der proletarischen Organisation die sozialistischen Parteien in ihrer Mehrheit hatten hineinreißen lassen.

Auch als der 1. Mai zum zweiten Male im Tosen des Schlachtenlärms anbrach, sah es um die Wiedererstehung der sozialistischen Ideale trübe genug aus. Wohl hatte die sozialistische Arbeiterschaft manchen Landes die Feuerprobe glänzend bestanden und mit unerschütterlichem Bekennermut an den Idealen und Grundsätzen des proletarischen Internationalismus festgehalten, wohl hatten sich in Deutschland, Frankreich und England starke Minderheiten gegen die nationalistische Kriegspolitik der Gewerkschafts- und Parteibureaucratie aufgelehnt und den entschlossenen Kampf gegen sie aufgenommen; aber die offiziellen Mehrheiten waren dafür um so tiefer in den Bannkreis des imperialistisch-nationalistischen Denkens geraten und betätigten sich so ungeniert als Verbündete und Werkzeuge der kapitalistisch-militärischen Mächte, daß die lebendige und kraftvolle Wiedererneuerung der sozialistischen Internationale in unabsehbare Ferne gerückt zu sein schien. Die Ehrlicheren und Konsequenteren unter den Sozialimperialisten und Regierungssozialisten sprachen das auch ganz offen aus. Die Winnig und Kolb, die Cunow und Lensch erklärten geradeheraus, daß die alte Internationale nichts als fauler Zauber gewesen sei, der nun ein für allemal abgegan sein müsse. Die internationale Solidarität des Proletariats auf politischem Gebiet sei ein Hirngespinnst, da auch die Arbeiterklasse jedes Landes an dem rücksichtslosen imperialistischen Expansionsdrang ihrer kapitalistischen Klassen interessiert und beteiligt sei. Nicht die alte proletarische Internationale, die die Bedeutung der weltpolitischen Herrschaftskämpfe für die Arbeiterklasse ignoriert und eine rein ideologische und illusionäre internationale Klassensolidarität des Proletariats konstruiert habe, verdiene die Wiederbelebung, sondern lediglich jene realpolitische Internationale, die sich mit der Lösung engumgrenzter sozial- und gewerkschaftspolitischer Probleme bescheide.

Jetzt, wo zum dritten Male der 1. Mai herannah, leuchten der Internationale glücklichere Sterne. Der dumpfe Druck, dem die Massen so lange erlegen, beginnt zu weichen. Die lärmenden Fansarenstöße der Sozialimperialisten sind verhallt. Mehr und mehr bricht sich auch in den Reihen der »Mehrheiten« die Erkenntnis Bahn, daß es nicht die Aufgabe der Arbeiterklasse ist, der eigenen Nation als dem auserwählten Volke die See- und Weltherrschaft erobern zu helfen, sondern daß ihre Mission nur darin bestehen kann, der verheerten und zerrütteten Welt so rasch als möglich wieder den Frieden zu bringen.

Es hat lange gedauert, und die Völker haben schweres Lehrgeld zahlen müssen, bis diese Einsicht ihren Einzug in den Köpfen der »Mehrheits«-Sozialisten fand. Es hat einer Kriegsdauer von mehr als zweieinhalb Jahren bedurft, der Zerstörung immer neuer Illusionen über den Kriegsverlauf, um ihnen die Ahnung davon aufgehen zu lassen, daß allzu hurtiges Umlernen keineswegs von besonderer Klugheit zeugt. Freilich: allzu tief haben sich die Umlerner in das Garn der Regierungspolitik verstrickt, als daß sie sich noch davon zu lösen vermöchten. Sie haben ihre Zeit verpaßt und ihre Rolle für Sozialismus und Internationale ausgespielt. Die Wiedererneuerung der proletarischen Völkerverknüpfung wird erfolgen über die Köpfe der Regierungssozialisten hinweg und ohne ihr Zutun!

Die erste befreiende Tat geschah in Rußland. Die Sozialisten Rußlands verhalfen der Freiheit zum glorreichen Siege. Sie zerbrachen nicht nur in wenigen Tagen den Zarismus und sein infames Bürokraten- und Spießeltum, sondern sie trieben auch die liberale Bourgeoisie, die sich der Revolution angeschlossen, weit über ihre ursprünglichen Absichten und Ziele hinaus. Sie eroberten die Demokratie, nicht nur die der Phrase und der äußeren Form, sondern auch die volle Freiheit der Schrift und der Rede, ohne die ja parlamentarische System und gleiches Wahlrecht nur Vorpiegelungen sind. Und vor allen Dingen: sie erkämpften die Volksherrschaft, um durch sie den Imperialismus zu stürzen und die provisorische Regierung zu zwingen, sich für einen Frieden ohne alle Annexionen und Kriegssentschädigungen zu erklären. Daß damit der erste Schritt zum Frieden getan ist, haben ja selbst die deutsche und die österreichische Regierung anerkannt.

Und dieser Geist der internationalen Klassensolidarität, der zugleich der Geist der internationalen Kulturgemeinschaft ist, wird, wenn nicht alle Zeichen trügen, früher oder später der gemarterten Menschheit den Frieden bringen. Die Frist, in der er sieghaft die annoch waffenstarrende, haßerfüllte Welt erobert, wird abhängen von der Einsicht der herrschenden Gewalten und der Volksmassen. Aber das steht für uns fest: der Geist der proletarischen Internationale und keine andere Macht wird es sein, die der leiderfüllten Menschheit den Frieden zurückbringt!

Nichts freilich könnte die Kriegsdauer mehr verlängern und die Friedensbedingungen ungünstiger gestalten als etwa die Vorstellung, daß Rußland aus der Berechnung der Kriegsfaktoren nun einfach ausgeschieden werden könne, da es ja durch die Revolution militärisch dauernd gelähmt und höchstens noch einer Defensivrolle fähig sei. Sicherlich trifft die große Mehrheit des russischen Proletariats mit aller Entschiedenheit für den baldigen

annexionslosen Frieden ein, den Frieden auf der Grundlage der Völkerverständigung und des Selbstbestimmungsrechts der Nationen — aber ebenso sicher denkt es gar nicht daran, dem Imperialismus und Militarismus im eigenen Hause den Kopf zu zertreten, um ihm durch seine äußere Politik im Nachbarland zum Triumphe zu verhelfen. Schon hat ja der Arbeiter- und Soldatenausschuß Erklärungen abgegeben, aus denen klar genug hervorgeht, daß die russischen Proletarier ihren Kampf gegen den Krieg im internationalen Geiste führen, daß sie von dem Frieden, den sie erstreben, allgemeine, internationale Friedenssicherungen erwarten.

In keinem Kriege hat das Proletariat je eine solche Macht besessen wie in diesem Weltkrieg. Selbst eine Industriearbeiterschaft wie die russische, die doch nur einen bescheidenen Prozentsatz der Gesamtbevölkerung bildet, vermag dank den Kriegsumständen fast unbegrenzten Einfluß auszuüben. Das Proletariat, in dessen Händen die Munitionserzeugung liegt, entscheidet über das militärische Schicksal der Nation. Die russische Arbeiterchaft kann der russischen Bourgeoisie die Friedensbedingungen diktieren. Und da die übrigen Ententestaaten — einstweilen wenigstens, bevor Amerika seine Hilfsquellen in erheblichem Umfang mobilisiert hat — unbedingt auf die Mitwirkung Rußlands angewiesen sind, so hängt es von dem Willen der russischen Sozialisten ab, wann und unter welchen Bedingungen Europa den Frieden erhält. Es kommt also darauf an, den Friedenswillen des russischen Proletariats zu stärken, ihm die Zuversicht einzusflößen, daß sein ehrliches Friedensdrängen auch ebenso ehrlichem Streben der Mittelmächte begegnet. . . .

Wie sich die Entwicklung auch vollziehen möge: der internationale Gedanke, das Menschheitsbefriedigungsideal des 1. Mai ist heute weniger denn je ein Trugbild. Verkannt und verraten von so vielen derer, die wegen ihrer Stellung als sozialistische »Führer« zu seinen eifrigsten Hütern berufen waren, ist das Ideal der Völkerverbrüderung in neuem Glanze erstrahlt. Im Osten ist es leuchtend aufgegangen, im Reiche des schmachvoll zerschmetterten Zarismus. Und das flammende Licht des 1. Mai wird bald aller Herzen entfachen!

Die Stellung der Sozialdemokratie Frankreichs zur Kriegsfrage vor dem Kriege.

Von L. Martoff.

Keine einzige Arbeiterpartei hatte sich in dem Maße wie die französische im Laufe der letzten Jahrzehnte mit der Frage der »Kriegsgefahr« befaßt, der Mittel zu ihrer Beseitigung und der Haltung, die das Proletariat ihr gegenüber einzunehmen habe. Seit 1905 fand fast kein einziger Kongreß der Partei oder der Konföderation der Arbeit statt, auf dem diese Frage nicht, und zwar mit großer Leidenschaftlichkeit debattiert wurde; und Franzosen waren es auch, die diese Frage auf internationalen Kongressen aufrollten.

Das hatte seine guten Gründe. Gleich allen übrigen Großstaaten Europas wurde auch Frankreich in den Strudel jener großen imperialistischen Gegensätze hineingerissen, deren Entwicklung zu der Katastrophe geführt hat. Doch

dank dem verlangsamten Tempo der ökonomischen Entwicklung Frankreichs war seine Rolle in diesem stürmisch vor sich gehenden Prozeß eine relativ passive, die ihm von seinem eigenen Imperialismus gestellten Aufgaben nahmen in dem die Katastrophe vorbereitenden Gang der Ereignisse nur eine untergeordnete Stellung ein. Und deshalb ahnten nicht nur die Arbeiter, sondern auch die breitesten Schichten des Bauerntums und des Mittelstandes, ja sogar ein nicht geringer Teil der Bourgeoisie nichts davon, daß irgendeine verhängnisvolle fremde Macht ihr Vaterland unbekanntem Schicksalen entgegenbränge. Als der feinfühligste Teil der Demokratie widerspiegelte die Arbeiteravantgarde diese Stimmungen, als sie in den zu einer katastrophalen Lösung führenden elementaren Prozeß aktiv einzugreifen versuchte.

Der syndikalistische Flügel der Arbeiterbewegung, zu dem Gustav Hervé und seine »neublancquistischen« Anhänger geistig gehörten, versuchten das Problem durch eine metaphysisch-absolute Gegenüberstellung des Klassengedankens gegenüber der Vaterlandsidee, durch die radikale Verneinung jedes Patriotismus zu lösen. Die Anarchosyndikalisten traten nicht als »Apatrioten«, sondern als Antipatrioten auf. »Alle Vaterländer sind einander wert,« erklärten sie den Arbeitern und wiesen entschieden den Gedanken zurück, als ob das Proletariat an der Bewahrung der Unversehrtheit und Unabhängigkeit des Vaterlandes irgendwelches Interesse hätte. Ihre praktische Hauptidee — einen einmal begonnenen Krieg durch entschlossenes Handeln zu »sabotieren« — bezog sich auf jeden Krieg, und noch zwei Monate vor dem Ausbruch des gegenwärtigen Krieges nahmen sie auf dem Kongreß der Konföderation eine frohige Resolution an, die die Anwendung dieser Mittel verbot, unabhängig davon, ob der Krieg für Frankreich ein Verteidigungs- oder Angriffskrieg sein sollte.

Jetzt, nach den vollendeten Tatsachen, ist es nicht schwer, sich von dem zu überzeugen, was manchem Beobachter des französischen Syndikalismus schon früher nicht verborgen geblieben war: nämlich daß diese bedingungslos-radikale Formulierung seiner Haltung dem künftigen Kriege gegenüber zu ihrem psychologischen Grund die Hoffnung hatte, die kriegerische Energie der imperialistischen Eliten durch die Angst vor inneren Komplikationen zu lähmen und so die Nation vor der blutigen Prüfung zu bewahren. Aber indem die Syndikalisten sich von der Lage, in die die Arbeiterklasse im Falle eines Krieges wirklich geraten würde, keine Rechenschaft abgaben und ihre Drohungen bloß durch formelle Verpflichtungen und antipatriotische Formeln bekräftigten, mußten sie in einen schreienden Widerspruch zu ihrem ganzen Kredo in jenem Moment geraten, wo trotz ihrer Vorstellungen die Katastrophe doch hereinbrach und die Prinzipien in die Praxis umgewandelt werden sollten. Und tatsächlich: keine Fraktion der internationalen Arbeiterschaft ist in einen so unverhüllten Widerspruch zu ihren Erklärungen von gestern geraten wie die syndikalistische (in ihrer Mehrheit). Nicht umsonst gab die französische Metallarbeiterföderation in ihrem Protest gegen die Beteiligung der Konföderation der Arbeit an der »Konferenz der Alliierten« in Leeds (August 1916) die Erklärung ab:

Der Mehrheit der französischen Konföderation geziemt es nicht, den deutschen Arbeitern Ratschläge des revolutionären Handelns in einem Moment zu erteilen, in dem diese den kläglichen Bankrott der Kampfmethod der französischen

Syndikalismus feststellen können, der in der Person seiner hervorragendsten Führer seine Grundprinzipien preisgegeben hat. (»Union des Métaux«, Nr. 64.)¹

Und in der Tat, es zeigte sich, daß die antimilitaristische Theorie der Syndikalisten nur auf die Hoffnung aufgebaut war, es werde der »Initiative der Minderheit« gelingen, den Gang der Ereignisse nach ihrem Willen zu lenken und in dem Moment der allerhöchsten Anspannung der Energie der Klassenherrschaft deren gesamte Grundlagen umzustürzen. Der Glaube an diese Möglichkeit stützte sich auf die naiv-metaphysische Vorstellung, daß der Arbeiter als solcher seinem ganzen Wesen nach, in allen geographischen Längen und Breiten, in jedem Moment der Geschichte antipatriotisch sein müsse und daß er unmöglich zwischen seinen Interessen und denen der Nation irgendwelche Berührungspunkte finden könne. Nachdem die syndikalistischen Führer der Konföderation in ihrem ersten Ausruf nach dem Ausbruch des Krieges die Tatsache festgestellt hatten, daß die Kräfte der Arbeiterklasse unzureichend gewesen seien, nicht nur dem Krieg vorzubeugen, sondern auch das syndikalistische, für den Fall seines Ausbruchs vorgesehene Aktionsprogramm zu verwirklichen, gerieten sie auf die abschüssige Bahn, aus der Not eine Tugend zu machen, und begannen ihre Ohnmacht den Ereignissen gegenüber sorgfältig mit der nationalen Ideologie zu verschleiern, indem sie bürgerlich-demokratischen oder bestenfalls sozialistischen Patrioten nachliefen.

Das Unreale und Ungeschichtliche der so von den Anarchosyndikalisten formulierten Stellungnahme dem Vaterland und dem Kriege gegenüber entging seinerzeit nicht der Aufmerksamkeit der ältesten Fraktion der sozialistischen Partei Frankreichs, nämlich der Guesdisten. Sie traten in der Arbeiterbewegung als die entschiedensten Gegner des syndikalistischen Antipatriotismus und Antimilitarismus auf, und ihre Kritik dieser Lehren zeichnete sich durch einen nicht geringen Wirklichkeitsfönn und politischen Scharfblick aus. Vor allem aber stellten sie sich viel realistischer als die Syndikalisten die Lage vor, in die die Arbeiterdemokratie im Falle eines Kriegsausbruchs geraten würde. Sie wiesen darauf hin, daß wenn es schon zu einem Weltkrieg kommen sollte, es kein einziges Land geben würde, in dem die vor dem Anflüß einer drohenden realen, mit Invasion, Annexionen, Kontributionen usw. verbundenen Gefahr stehenden Arbeitermassen sich entschließen würden, das syndikalistische Experiment der »Kriegsabotage« durch bewußte Desorganisierung der Verteidigung zu wagen und so das Risiko der direkten Unterstützung der Regierung des feindlichen Staates zu übernehmen. Sie hatten darum gleich den deutschen Marxisten wiederholte Male erklärt, daß im Falle einer Invasion die Arbeitermassen sich an der Verteidigung des Landes beteiligen würden. Nie aber hatten sie dieser Teilnahme den Charakter der Einstellung des inneren Klassenkampfes verliehen. Im Gegenteil. Keine andere nationale Sektion der Marxisten betonte mit solcher Energie

¹ Auf der Zimmerwalder Konferenz wendete sich Genosse Merrheim gegen die Meinung N. Lenins und K. Radeks, das Proletariat müsse zur direkten revolutionären Aktion von der Konferenz aufgefordert werden, und sprach den Gedanken aus, daß nichts in dem Maße die von der französischen Partei während des Krieges an den Tag gelegte Passivität vorbereitet hätte, als die antimilitaristische Agitation Hervés und seiner Gesinnungsgenossen, die mit ihrem permanenten Appell an den Aufstand die Massen nur aufregten, mit dem Erfolg, daß diese jeden Glauben an ihre Kraft verloren, als der Ausbruch der Katastrophe zeigte, daß sie die Ereignisse keineswegs zu lenken vermochten.

und Entschiedenheit die Unzulässigkeit des Verzichts auf den Klassenkampf oder dessen Abschwächung unter keinen Umständen, wie es gerade die guesdistische stets getan. Keine andere lehnte sich auf den internationalen Kongressen so kategorisch gegen irgendwelche Beschränkung des Verbots, für das Budget eines Klassenstaats zu stimmen, auf. Als auf dem Internationalen Pariser Kongress des Jahres 1900 zum ersten Male die Frage der Beteiligung der Sozialisten an der Regierung gestellt und durch die Resolution Kautskys gelöst wurde, welche diese Beteiligung als allgemeine Regel zwar ablehnte, doch die Möglichkeit einer Abweichung von dieser Regel unter Ausnahmeumständen vorsah, da stimmten Jules Guesde und seine Freunde gegen diese, wie sie sie nannten, »Kautschuk«-Resolution.

Die Anerkennung der Pflicht der Landesverteidigung bei gleichzeitiger Hervorhebung der Unzulässigkeit, auf die Unversöhnbarkeit der Klassen zu verzichten, mußte zu dem Schlusse führen, daß selbst die Beteiligung an der Verteidigung des Landes von dem Prozeß einer energischen Bestürmung der Positionen der feindlichen Klassen im eigenen Lande begleitet werden müsse, welcher Prozeß durch die Krise, die ein jeder Krieg erzeugt, ermöglicht werde. Diese Ansicht entsprach auch vollkommen den demokratischen Traditionen Frankreichs — denen der Jahre 1793 und 1870. Auf dem Kongress zu Nancy (1907) erklärte Paul Lafargue, das Proletariat werde sich im Falle eines Krieges wohl erheben, um das Land zu verteidigen, doch werde er dabei die Bedingung stellen, daß der von den Arbeitern gereiftete gesellschaftliche Reichtum zum Gemeingut der Nation werden müsse. . . . 1913 gab Jules Guesde eine etwas anders laufende, doch dem Wesen nach gleiche Antwort: die Arbeiterklasse werde ihr Land retten, um dann, sich auf ihre bewaffnete Kraft stützend, nicht mehr in ihre untergeordnete Stellung zurückzukehren, sondern die Herrschaft der Bourgeoisie zu stürzen.

Alle derartigen wie auch die analogen, von deutschen Marxisten erteilten Antworten zeichneten sich dadurch aus, daß die Vorstellungen, mit denen sie operierten, einer entschwundenen geschichtlichen Epoche entnommen waren und der Eigenart der von der imperialistischen Ära erzeugten Bedingungen nicht Rechnung trugen. Und vor allem: zum Ausgangspunkt der Betrachtungen wurde der Kampf zwischen einzelnen Staaten und nicht der zwischen Koalitionen von Staaten genommen, folglich die Selbständigkeit des gegebenen Vaterlandes bei der Bestimmung der Kampfobjekte und der Mittel zu deren Erreichung vorausgesetzt. Somit wurde die Gestaltung der gegenseitigen Beziehungen zwischen der Arbeiterklasse und der Nation als Ganzem ausschließlich oder hauptsächlich von den Klassenverhältnissen und der Gestaltung des Klassenkampfes im Rahmen des Einzelstaats in Abhängigkeit gestellt. Der Guesdismus, der von seinem Beginn an eine im strengsten Sinn internationalistische Fraktion der französischen Arbeiterbewegung gebildet hatte, zeigte sich zu Beginn des zwanzigsten Jahrhunderts besonders stark von jener nationalen Beschränktheit durchdrungen, die zu einem typischen Merkmal der Sozialdemokratie am Vorabend des Krieges geworden war. Jener geistige Stillstand, der nach der Parteieinigung (1905) bei den französischen Marxisten beobachtet werden konnte und dessen Grund letzten Endes in dem verlangsamten Tempo der wirtschaftlichen Entwicklung der dritten Republik zu suchen ist, hatte nicht wenig dazu beigetragen, daß sich unter ihnen keine Leute fanden — wie es in Deutschland und Österreich

der Fall war —, die die neuen, mit dem Eintreten Europas in die Ara imperialistischer Widersprüche auftauchenden Probleme auch nur gestellt und formuliert hätten.

In dieser Beziehung hatte der von keinen Traditionen gebundene Syndikalismus viel mehr Spürsinn für die Eigenart der in der Lage des Proletariats neu eingetretenen Momente an den Tag gelegt, indem er die besondere Aufmerksamkeit der Arbeiter auf die Probleme eines wahrscheinlichen Krieges, das heißt auf einen Punkt zu lenken sich bemühte, wo sich die selbständigen Schicksale einzelner Vaterländer kreuzen. Diesen großen Spürsinn hatte der Syndikalismus auch gezeigt, als er die Sackgasse feststellte, in die die gesellschaftliche Entwicklung der fortgeschrittensten Demokratien durch die reaktionäre Atmosphäre der internationalen imperialistischen Gegensätze hineingedrängt wurde. Doch indem der Syndikalismus, dank seinen ideologischen Traditionen (Proudhonismus und Anarchismus), die neuen Erscheinungen nicht unter dem Gesichtspunkt der geschichtlichen Gesetzmäßigkeit zu bewerten vermochte; indem er die dialektische Methode des historischen Materialismus für die Erkenntnis dieser Erscheinungen nicht zu handhaben verstand und, dank der sozialen Rückständigkeit des modernen Frankreich, keinen Stützpunkt in einer geschlossenen und fortschreitenden Massenbewegung fand, konnte er auch auf dem Gebiet der »äußeren Politik« wie in seinem Antiparlamentarismus und Antilegalismus die neuen Bedürfnisse der Bewegung nur in verzerrter Form ausdrücken. Die neuen Probleme zu lösen oder nur zu formulieren vermochte er nicht.

Es war Jean Jaurès, der es verstand, an diese neuen Probleme heranzutreten. Ohne irgendwelchen Stützpunkt in den organisierten Fraktionen zu besitzen, gelang es ihm, jene Elemente um sich zu scharen, die weder vom Guesdismus noch vom Syndikalismus befriedigt wurden. Ein Politiker der neuen Generation, der dabei seine Tätigkeit hauptsächlich in der parlamentarischen Arena entfaltete, fühlte Jaurès vielleicht besser als irgendein anderer der großen sozialistischen Politiker Europas den imperialistischen Pulsschlag der modernen politischen Entwicklung und versuchte die »innere« und »äußere« Politik der Arbeiterklasse organisch zu vereinigen. Jaurès war ein überaus konsequenter Reformist; aber im Unterschied von vielen anderen hervorragenden Reformisten, die sich den von der imperialistischen Ara erzeugten Bedingungen und Formen anpassen und sie ihren reformistischen Aufgaben entsprechend anwandten, konnte der von nationaler Beschränktheit weniger als andere befangene Jaurès in diesen Bedingungen und Formen mit Recht das hauptsächlichste und am schwersten überwindliche Hindernis zur Verwirklichung der Aufgabe der friedlichen allmählichen Reformierung der bürgerlichen Gesellschaft erblicken. Das führte ihn zu dem fast titanischen Kampfe gegen den Militarismus und Imperialismus, der ihn, den konsequenten Reformisten, manchmal den Vertretern der äußersten Linken näherte. Das erlaubte ihm, da er von der metaphysischen Geradlinigkeit der Anarchosyndikalisten frei war, der neuen Wirklichkeit auch mutiger als die Guesdisten ins Antlitz zu schauen und den Versuch zu machen, die unmittelbar internationale Aktion des Proletariats in den Mittelpunkt der sozialdemokratischen Aufgaben zu stellen.

Daß es dabei Jaurès gelingen konnte, einen großen Teil der Sozialisten um sich zu sammeln und auf die der Partei fast feindlich gegenüberstehende

Welt des Syndikalismus einen unbefreitbaren geistigen Einfluß zu üben, erklärt sich ebenfalls durch die spezifischen Bedingungen der sozialen Entwicklung Frankreichs, die dieses Land zu einer relativ passiven Rolle in den imperialistischen Konflikten des modernen Europas verurteilten und die französische bürgerliche Demokratie als eine noch lebendige und ziemlich einflußreiche gesellschaftliche Macht erhielten. Eben deshalb, weil diese bürgerliche Demokratie — die Bauernschaft, die Intelligenz, das Klein- und Mittelbürgertum — von dem Imperialismus geistig noch nicht unterjocht, von dem Kapitalismus sozial noch nicht nivelliert war, konnte sie der antimilitaristischen und antiimperialistischen Agitation einen Resonanzboden bieten, den die vom Imperialismus mehr umgestalteten Staaten nicht liefern konnten.

Daß es Jaurès gelang, mehr als hundert bürgerliche Abgeordnete seines Landes nach Bern auf die bekannte Konferenz von 1912 mitzureisen und bei den allgemeinen Wahlen von 1914 die Mehrheit der Stimmen für die Gegner der dreijährigen Dienstzeit zu gewinnen, das war natürlich sein großes Verdienst, wie es auch sein Verdienst war, in der ersten Phase der Dreyfus-Affäre die öffentliche Meinung der Demokratie zugulenken. Doch waren alle diese Erfolge nur insofern möglich gewesen, als derselbe Imperialismus, dessen Einfluß die Politik Frankreichs immer stärker zu empfinden begann, sich noch nicht die französische Volkswirtschaft unterworfen hatte.

Aber gerade diese Erfolge des von Jaurès geführten Kampfes, durch die nationalen Besonderheiten der französischen Entwicklung bedingt, trugen dazu bei, daß auch seine eigene Politik den Anstrich einer nationalen Beschränktheit annehmen und den Gesichtskreis seiner ideologischen Konstruktionen über das Verhältnis der Sozialisten zum Krieg einengen mußte. Wenn Jaurès auf die oben bezeichnete relative Macht der bürgerlichen Demokratie in Frankreich, auf ihre relative Unabhängigkeit von dem Imperialismus und den daraus folgenden Pazifismus rechnete, erwartete er, daß diese Demokratie dem entschiedensten, ja sogar revolutionären Kampfe des Proletariats gegen die Kriegsgefahr gegenüber zum mindesten eine wohlwollende Neutralität bewahren werde. Für den Fall aber, daß die Katastrophe doch kommen sollte, untersuchte Jaurès, insofern er diese Frage berührte, gleich den Guesdisten die Lage des Proletariats Frankreichs unter dem Gesichtspunkt seiner eigenen isoliert betrachteten sozialen Verhältnisse und ließ dabei die zwischenstaatlichen Verhältnisse Frankreichs zu den anderen Mächten außer acht, die er in der Politik seiner Partei zur Friedenszeit zu berücksichtigen sich bemühte. Erwarteten die Guesdisten, die französische Arbeiterklasse werde in dem künftigen Kriege ihren Klassenkampf um die Macht mitten im Prozeß der Landesverteidigung führen, so war Jaurès geneigt, sich diesen Moment der höchsten nationalen Gefahr in der Weise vorzustellen, daß die Massen der nichtproletarischen, in den Kriegsstrudel hineingezogenen Demokratie sich in die Arme der sozialen Demokratie werfen würden, die allein sich als fähig erwiesen hätte, für die Verhinderung des Krieges zu kämpfen, und die allein die richtige Lösung der friedlichen Beilegung jener Gegensätze gezeigt hätte, die zur Katastrophe führten. Von diesem Standpunkt aus mußte man sich die Rolle der Sozialdemokratie in einem künftigen Kriege, den das Volk als aufgezwungen betrachtete, als die eines Leifers der nationalen Verteidigung vorstellen, der ihre Aufgaben und Methoden bestimmen sowie den der Nation aufgedrängten Konflikt selbst in ein Mittel

der Überwindung des Militarismus und Imperialismus zu verwandeln hätte. Dort, wo die Guesdisten die äußerste Verschärfung des Klassenkampfes sahen, erblickte Jaurès die Vereinigung aller lebendigen und fortschrittlichen Kräfte der Nation um die Arbeiterdemokratie.

In dieser Perspektive eines wahrhaft nationalen Krieges fehlte aber die das Land umgebende und dessen innere Klassenbeziehungen mit Notwendigkeit umgestaltende und verzerrende internationale Atmosphäre des Imperialismus. Es fehlten auch die Staatenkoalitionen, die nicht nur die Unvermeidlichkeit eines Kriegsausbruchs, unabhängig vom Willen dieser oder jener Nation bedingten, sondern auch die Ziele und Methoden des von ihr geführten Krieges und die inneren Klassengruppierungen bestimmten.

Die Ansichten, selbst die Illusionen Jaurès' mußten um so ausschlaggebender in der französischen Sozialdemokratie werden, je fester sie sich formell an die Traditionen der großen französischen Revolution und der Epopöe von 1870/71 angeschlossen und je mehr es ihnen gelang, in der öffentlichen Meinung des das moderne französische Proletariat umgebenden kleinbürgerlichen Milieus einen gewissen Stützpunkt zu finden. In dem Moment der Katastrophe, als die Stimme Jaurès' selbst bereits verstummt war, rissen diese Ansichten und Illusionen wirklich seine Gegner von gestern, die Guesdisten und Anarchosyndikalisten mit sich fort. Die Politik der aktiven Anteilnahme an der Verteidigung, die die Arbeiterdemokratie zu der wichtigsten Bewegungskraft der Nation und zu deren Führer macht und somit den Charakter des imperialistischen Krieges selbst umgestaltet, wurde von der überwiegenden Mehrheit dieser Demokratie zu der ihrigen gemacht. Und noch mehr: sowohl in den Ländern der Entente wie in den neutralen Staaten und sogar in Deutschland fanden die Anhänger dieser Politik begeisterte Befürworter, die sich die »französisch-sozialistische« Konzeption des gegenwärtigen Krieges, seines Sinnes, seiner Aufgaben und Ziele zu eigen machten.

Die Praxis der Anwendung dieser Politik deckte die sich in ihr bergenden Widersprüche allmählich auf und führte dazu, daß nach und nach ganze Gruppen von Syndikalisten und Sozialisten, eine nach der anderen, zu empfinden begannen, daß sie den Boden unter den Füßen verlieren. So kam die Krise.²

Die „Stillelegung“ der Textilbetriebe.

Von Hermann Jäckel.

Die Debatten des Reichstagsausschusses über Stillelegung der Textilbetriebe haben in der Öffentlichkeit zu großer Aufregung Anlaß gegeben. Es war die unvermittelte Bekanntgabe der Zahl aller angeblich stillzusetzenden und aller zur Weiterarbeit bestimmten Baumwollwebereien, welche den Unwillen verursachte und schließlich zu lebhaften Einsprüchen aus Unternehmer- und Arbeiterkreisen führte. In der Sache selbst jedoch war die Aufregung

² »Die Krise in der Sozialdemokratie Frankreichs« wurde bereits geschildert in der Abhandlung Martoffs, die wir im 11. und 12. Heft des vorigen Bandes veröffentlichten. Einen Teil der Einleitung zu dieser Abhandlung bildet der vorliegende Artikel, dessen Veröffentlichung uns früher nicht möglich war. Die Redaktion.

unberechtigt und bewies nur, wie wenig die außerhalb der Textilindustrie stehenden Leute und viele von denen, welche sich näherer Kenntnis der Textilverhältnisse rühmen, den Umfang der Textilkrisis kennen.

Es gibt in der ganzen langen Geschichte der großen Weltindustrien nur eine Periode, welche der Kriegskrisis der Textilindustrie Deutschlands vergleichbar wäre; das ist die Periode der mit dem amerikanischen Sezessionskrieg beginnenden großen »Baumwoll-Hungersnot« Englands in den Jahren 1861 bis 1865. In 2887 Baumwollfabriken mit 30,4 Millionen Spindeln und 400 000 Webstühlen wurden damals in England 536 000 Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigt. Ein Siebentel der gesamten, 29 Millionen betragenden Bevölkerung war von dieser Industrie abhängig. Von rund 2 Millionen Ballen Baumwolle im Jahre 1861 sank 1862 die Zufuhr aus den Vereinigten Staaten auf 72 000. Von 533 959 Baumwollarbeitern waren in der letzten Woche des November 1862 247 230 ganz und 165 600 teilweise arbeitslos. Der Lohnverlust pro Woche betrug 3 394 880 Mark. Mehr als 100 Millionen Mark wurden an Unterstützung neben den Naturalbezügen während der Dauer der Krisis ausgezahlt. 18 320 000 Mark hoben die betroffenen Arbeiterfamilien aus den Sparbanken und Sparkassen ab, und die Konsumvereine, Unterstützungsgenossenschaften und genossenschaftlichen Unternehmungen gingen in großer Zahl zugrunde. Zehntausende Textilarbeiter suchten Unterkunft bei Erdarbeitem und in anderen Industrien, und mehr als 25 000 gingen als Auswanderer England dauernd verloren.

Die Krisis in England war furchtbar — aber noch umfassender ist die jetzige Krisis der Textilindustrie in Deutschland. Nie ist eine Industrie und nie eine Arbeiterschaft mehr durcheinandergeschüttelt worden! Nicht nur die Baumwollfabriken — alle Teile der weitverzweigten Fasernindustrie sind seit langem von der Krisis erfaßt, und nur der infolge unausgesetzten Drängens der Arbeiterverbände allmählich immer besser gewordenen Unterstützungsaktion ist es zu danken, daß diese Tatsache nach außen hin nicht mehr bemerkt wurde. Einige Zahlen aus einigen Bezirken des Reiches mögen das beweisen. Die Veröffentlichung erschöpfender Statistiken für das ganze Reich muß bis nach Kriegsende aus Zweckmäßigkeitsgründen verschoben werden. In Reichenbach i. V. standen von 5035 vorhandenen Webstühlen Mitte Februar 4138 still. In Hannover gibt es drei große Baumwollfabriken, zwei sind geschlossen, in der dritten arbeiten von 2000 vorhandenen Webstühlen nur 180, und zwar pro Woche nur 18 Stunden. In Peterswaldau sind von 14 Fabriken 8 geschlossen. In den erzgebirgischen Orten Jahnisdorf, Adorf, Leukersdorf und Neukirchen sind zusammen 1129 Wirk- und Strickmaschinen vorhanden, davon stehen 1102 still. Von 23 vorhandenen Betrieben sind 20 geschlossen. 433 männliche und 645 weibliche Textilarbeiter der vier Orte fahren täglich mit der Bahn in die Chemnitz Metallfabriken. Die große Mittweidaer Baumwollspinnerei hat 131 Selsfaktoren mit 122 240 Spindeln. Davon stehen 111 Selsfaktoren mit 104 800 Spindeln still. Von den 2923 Webstühlen Mittweidas sind 2509 unbesezt. In Chemnitz arbeiteten schon am 27. Oktober 1916 von den noch vorhandenen 4000 Mitgliedern des Deutschen Textilarbeiterverbandes nur 31 Prozent in der Textilindustrie, heute sind es viel weniger. Um jene Zeit waren im Wuppertal die Arbeiter ganzer Branchen fast verschwunden, sie waren von dem großen Eisengebiet aufgenommen, und ihre früheren Arbeitsstätten

waten verwaist. In Hof stehen 450 000 Spindeln still, und von 25 470 in Meerane ruhen 20 300. Augsburg zählte im November 1916 zusammen 6595 unterstützungsbedürftige Textilarbeiter; im Jahre 1916 wurden dort insgesamt 3 034 878 Mark an Unterstützung ausgezahlt. Und keine der Arbeitsmaschinen im ganzen großen Deutschland arbeitet die vollen Stunden am Tage oder alle Arbeitstage der Woche. Kunstpausen der verschiedensten Art sind eingelegt, nirgends ein Drängen und Schieben, nirgends eiliges Verlangen nach Produkten. Den Unternehmern, soweit ihre Betriebe nicht geschlossen sind, sichern die hohen Preise der Beschaffungszämer Gewinn, den Arbeitern hilft die Unterstützung.

Alle diese Tatsachen gestatten nur einen flüchtigen Blick in den gegenwärtigen Stand der Textilindustrie. Sie lehren aber doch, daß bei Überleitung der Industrie aus der Periode des Hinhaltens und der Streckung in die Periode der Intensivierung und der Konzentration, wie sie durch das Hilfsdienstgesetz bedingt wird, nur sehr wenige von den größten Betrieben zum Zwecke der Anfertigung allen Bedarfs der Heeresleitung benötigt werden. Denn nur darum, um die Zusammenlegung der Heeresaufträge auf möglichst wenige der technisch vollkommensten Textilbetriebe sollte es sich handeln, nicht um Bestimmungen über Stilllegung von Betrieben überhaupt. Die Produktion für den Zivilbedarf an Baumwollen-, Wollen- oder Seidenwaren wird von den in der Durchführung begriffenen Maßnahmen nicht berührt. Wenn bisher die Beschaffungszämer ihre Aufträge auf möglichst alle Betriebe verteilten, um allen Betrieben eine wenn auch beschränkte Weiterführung der Produktion zu gestatten, so sollte nunmehr der gesamte Auftragsbestand auf nur wenige der technisch vollkommensten Betriebe zusammgelegt werden, um, soweit die Heeresleitung in Frage kommt, mit möglichst wenig Menschenkräften in intensiver Arbeit das Höchste leisten zu können.

Die Betriebe mit der geeignetsten Lage zu den Verkehrswegen, mit der wirtschaftlichsten Kraftanlage, mit dem günstigsten Verhältnis der für Heeresarbeiten geeigneten Maschinen zur Gesamtzahl der Maschinen des Werkes überhaupt waren zu bevorzugen. Es waren also ganz bestimmte Angaben, welche dem Kriegsausschuß der deutschen Industrie nach bestimmt gegebenen Vorschriften gestellt waren. Diese Aufgaben konnten nur erfüllt werden, wie es geschehen ist. Auch die auf Veranlassung des Kriegszämers einberufenen großen Konferenzen, zu denen Arbeitervertreter zugezogen waren, konnten an den ursprünglich auf Grund der kriegszämerlichen Vorschriften gefaßten Entschlüssen nichts Wesentliches ändern. Um den Bedarf des Heeres an Baumwollgarn zu befriedigen, dazu bedarf es eben nicht der vorhandenen 11 Millionen Spindeln, dazu genügt etwa der neunte Teil. Zur Anfertigung der benötigten Webstoffe mögen bei voller Arbeit 40 000 Webstühle der Baumwollbranche benötigt werden, aber 300 000 sind in Deutschland vorhanden. Wenn für Zwecke der Chirurgie 30 Millionen Meter Stoff gebraucht werden, so kann man nicht 500 Maschinen zur Anfertigung täglich 10 Stunden und 6 Arbeitstage pro Woche verwenden, wenn jede einzelne Maschine eine Tagesleistung von mehr als 2000 Meter vollbringt. Dasselbe trifft zu bei Mannschaftstüchern, Zeltstoffen, Trikotsen

usw. Die bürgerliche Presse und die Presse des Auslandes haben aus den vertraulichen Verhandlungen Mitteilungen über die Menge der benötigten Spindeln und Webstühle nach den Beschlüssen der Arbeitskommissionen und der freien Konferenzen der Baumwollindustrie gebracht.

In nachstehender Tabelle geben wir nach einer Warschauer Zeitung die Zahl der für die Heeresbedürfnisse benötigten Baumwollspindeln und Baumwollwebstühle wieder:

	Vorhandene		Beschäftigt werden	
	Spindeln	und Webstühle	Spindeln	und Webstühle
Preußen	3313000	98000	600000	16200
Bayern	1790000	34000	156000	6800
Sachsen	2173018	46000	228824	6540
Württemberg	839125	27000	129590	4160
Baden	547280	18000	81453	?

Die Durchführung der für die verschiedenen Textilbranchen festgelegten Bestimmungen stößt indessen auf außerordentlich starken Widerstand. Trotz aller Unterstützung sind selbstverständlich die durch Entzug der Heereslieferungen zur Stilllegung genötigten Betriebe gegenüber den mit Heeresaufträgen bedachten sehr geschädigt. Das muß naturgemäß das Verlangen auslösen, nach wie vor die Heeresaufträge auf möglichst viele Betriebe zu verteilen. Diesem Verlangen Konzessionen zu machen, konnten sich auch die maßgebenden Kreise der Heeresleitung nicht entziehen, und so werden voraussichtlich die auf Konzentration aller Aufträge abzielenden Beschlüsse noch für längere Zeit ohne einschneidende Wirkung bleiben. Die Arbeiter können hiermit durchaus zufrieden sein.

Trotz allem bleibt die Frage wichtig: Was wird aus den infolge der Auftragsentziehung arbeitslos werdenden Arbeitern und Arbeiterinnen? Soweit Rheinland und Westfalen in Betracht kommen, ist das Problem gelöst. Hier sind beschäftigungslose Textilarbeiter und -arbeiterinnen so gut wie nicht vorhanden, und diese Tatsache widerlegt schlagend die von arbeiterfeindlicher Seite immer und immer wieder aufgestellte Behauptung, daß die Textilarbeiter keine Arbeit annehmen, weil sie Unterstützung beziehen können. Die Textilarbeiterschaft Rheinland-Westfalens ist von den anderen flott beschäftigten und gut lohnenden Branchen des großen Industriegebiets aufgesogen. Auch für Württemberg und Baden ist die Frage nicht bedeutsam. Anders in einigen Teilen Schlesiens, in Brandenburg, in Oberfranken, Augsburg und im Allgäu und vor allen Dingen in den beiden Reußenländern und im Königreich Sachsen. In allen diesen Distrikten ist die Textilindustrie der bedeutsamste Faktor der Volkswirtschaft.

Die verschiedene Wirkung der beabsichtigten Maßnahmen ergibt sich aus folgenden Zahlen. Es kommen in Reuß ä. L. auf 1000 Einwohner 194 beschäftigte Textilarbeiter, in der sächsischen Kreishauptmannschaft Chemnitz 149, in der Kreishauptmannschaft Zwickau 146, in der Kreishauptmannschaft Bauhen 128, im Oberelsaß 122, in Reuß j. L. 97, in Oberfranken 52, im württembergischen Schwarzwaldkreis 42, im Regierungsbezirk Aachen 41, in Frankfurt a. d. Oder 34, im Regierungsbezirk Münster 33, im Donaukreis 28, im Neckarkreis 18, im Jagstkreis 12, in Oldenburg 10, in Braunschweig 9, im Großherzogtum Hessen 2 usw.

In den textilindustriell stark durchsetzten mitteldeutschen Bezirken kommen zehntausende Arbeiter, ganz besonders Arbeiterinnen in Betracht.

denen die Möglichkeit, Beschäftigung zu erhalten, nicht gegeben ist. Es darf aber auch unter keinen Umständen wahllos den Arbeiterinnen zugemutet werden, in fern abgelegenen Gegenden sich zur Arbeit zu verdingen. Die Zahlung der in den Unterstützungsregulativen festgelegten Unterstüßungsbeträge ist unabweisable Pflicht, und das Streben mancher Gemeinden, die Unterstüßungszahlung unter Hinweis auf Arbeitsgelegenheit in der Landwirtschaft usw. einzustellen, ist durchaus ungerechtfertigt! Kommen die Beträge, welche von Unternehmern zur Unterstüßung der ganz oder teilweise beschäftigungslosen Textilarbeiter und -arbeiterinnen zugezahlt wurden, infolge Betriebsstillsetzung in Wegfall, dann liegt es im Reichs- und Staatsinteresse, diese ausfallenden Beträge auf die Reichskasse zu übernehmen. Pflicht vor allen Dingen des Kriegsamts wäre es, dafür zu sorgen, daß den jetzt von der Landwirtschaft stark begehrten Textilarbeiterinnen angemessene Lohn- und Arbeitsbedingungen gewährt werden. Löhne von 15 bis 20 Mark pro Monat bei freier Kost und Logis, wie sie von den ostpreußischen Arbeitsnachweisen geboten werden, sind durchaus ungenügend. Der Widerstand der Arbeiterinnen, zu diesen Bedingungen Arbeit in der Landwirtschaft, fern von der Heimat anzunehmen, ist durchaus berechtigt. Die von den Arbeiterverbänden aller Richtungen festgelegten Bedingungen sind vollkommen akzeptabel, und der gegenteilige, sehr bequeme Standpunkt des Kriegsamts, Lohn- und Arbeitsbedingungen nicht vorschreiben zu wollen, muß sehr zuungunsten der Arbeiter ausschlagen und steigende Erbitterung hervorrufen.

Des weiteren wird es zur Pflicht der maßgebenden militärischen Stellen, endlich auch dem Verlangen der Textilarbeiter nachzugeben und den mit Heeresaufträgen bedachten Unternehmern die Zahlung eines Minimallohns an ihre Arbeiter vorzuschreiben. Was die kleine Schweiz in energischer Weise durchgeführt hat, das kann dem großen Deutschen Reich in der Zeit der Kriegsnot nicht unmöglich sein. Wiederholt haben einsichtige Unternehmer auch Arbeitervertretern gegenüber ihre Entrüstung darüber zum Ausdruck gebracht, daß schwerreiche und viel verdienende Textilindustrielle die aus öffentlichen Mitteln gezahlten Unterstüßungen zur Niedrighaltung ihrer Arbeitslöhne benutzen. Die gegenteiligen Äußerungen einiger Handelskammern können niemanden täuschen. Zahlung angemessener Löhne bedeutet hier Entlastung von Reich, Staat und Gemeinde. Der Textilarbeiterverband wird es an entsprechender Aufmunterung der beteiligten Proletarier nicht fehlen lassen.

Der Marxismus am Scheideweg.

Von Julius Dickmann (Wien).

I.

Die Trennung zwischen der »Mehrheit« und der Opposition in der deutschen Sozialdemokratie ist bereits vollzogen, und diese letztere wird jetzt nolens volens ihren eigenen Weg suchen müssen. Ehe sie jedoch daran geht, ihr neues Haus zu bestellen, muß sie über sich selbst endgültig klar werden. Denn bekanntlich ist die Minderheit durchaus nicht eine einheitliche Gruppe,

und sogar im Kampfe gegen den Parteivorstand haben ihre Fraktionen zwar vereint geschlagen, sind aber getrennt marschiert. So tritt jetzt, nachdem der Kampf gegen die Mehrheit ausgefochten ist, die Notwendigkeit auf, die Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Opposition selbst zu untersuchen, und es scheint mir, daß von ihrer Ausstrahlung nicht nur die Zukunft der deutschen Opposition abhängt, sondern überhaupt die Zukunft der deutschen Arbeiterbewegung.

Denn wenn der Kampf gegen die »Mehrheit« ein Kampf des Prinzips gegen die Romantik treffend genannt wurde, so handelt es sich in den Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Opposition um die Entwicklung des marxischen Prinzips selbst, durch wissenschaftliche Erfassung der neuesten Erscheinungen des gesellschaftlichen Lebens.

So ist es nur zu begrüßen, daß Kautsky einen Artikel über den »imperialistischen Krieg« veröffentlicht (Nr. 19 und 20 des vorigen Bandes), worin er den Versuch unternimmt, seinen Standpunkt auch nach links hin zu präzisieren. Und es ist nur zu wünschen, daß die Fragen, welche er dort behandelt, durch eine gründliche Diskussion nach allen Seiten hin endlich klargestellt werden. Ich selbst fühle mich nicht fähig, neue Gesichtspunkte in diesen Fragen zu eröffnen. Aber ich betrachte es auch als überflüssig. Denn der Standpunkt, den Kautsky jetzt vertritt, bedeutet einen Rückfall in längst überwundene — von ihm selbst überwundene Auffassungen, und es ist erstaunlich, wie er in seiner Untersuchung die ganze theoretische Entwicklung des letzten Jahrzehnts, welche er selbst aktiv mitmachte, vollständig ignoriert. Ich will es daher versuchen, ihn daran zu erinnern, selbst auf die Gefahr hin, daß die Form meiner Ausführungen, welche einfach eine Rekapitulation der zahlreichen Arbeiten von Hilferding, Renner, Bauer und Kautsky selbst aus früheren Jahren bilden, dem Leser unbeholfen erscheinen wird. Besser schlecht, als gar nicht.

Kautsky beginnt mit einem treffenden Vergleich, der das Problem mit einem Griff ins richtige Licht stellt. Der Gegensatz zwischen dem sogenannten »marxistischen Zentrum« und dem »Linksradikalismus« datiert eben nicht erst seit dem Kriegsausbruch, wie etwa der Gegensatz zu den Umlernern (Eunow-Gruppe), vielmehr wurzelt er in der Meinungsverschiedenheit über die Aktion des Proletariats schon vor dem Kriege und wird durch den Krieg nur verschärft. In der Tat ist die Theorie vom »imperialistischen Krieg« nur eine Übersetzung des Schlagworts von der »reaktionären Masse« in die Sprache der auswärtigen Politik, und nur die Analyse dieses Schlagworts kann uns den Schlüssel zur Betrachtung des »imperialistischen Krieges« liefern.

Nun ist es ja hinlänglich bekannt, welche entschieden ablehnende Stellung Marx und Engels zur Theorie von der »einen reaktionären Masse«, die in der Lassalleschen Agitation eine wichtige Rolle spielte, eingenommen haben. Kautsky identifiziert sich auch jetzt noch mit ihrem Standpunkt, und er ist in der Lage, einen interessanten Brief von Engels zu veröffentlichen, der uns zeigt, wie dieser noch im Jahre 1891 über die Frage urteilte.

Doch haben uns gerade Kautsky und seine Schüler so oft gelehrt, die Resultate Marx'scher Forschung nicht kritiklos hinzunehmen, vielmehr die Voraussetzungen zu prüfen, von denen die beiden Altmeister ausgingen, und wenn diese letzteren nicht mehr zutreffen, auch die Schlüs-

folgerungen entsprechend zu revidieren. Und diesen Weg haben auch die Marxschen Schüler beschriftet, und zahlreiche größere Abhandlungen wie kleinere zerstreute Aufsätze legten Zeugnis ab von der Fruchtbarkeit der Marxschen Methode, die die kompliziertesten Erscheinungen der kapitalistischen Welt zu erklären vermochte und gerade durch Preisgabe der einzelnen Resultate, zu denen Marx gekommen ist, sein großes Erbe unversehrt erhielt. Es genügt, bloß Hilferdings »Finanzkapital« zu erwähnen. Wie soll man sich demnach erklären, daß für Kautsky heute diese Literatur gar nicht existiert, daß für ihn heute noch

jede dieser Klassen und Schichten (der bürgerlichen Gesellschaft) ihre besonderen Interessen, ihre besonderen Überlieferungen, ihre besonderen Machtmittel (hat). ... Ihre ökonomischen und politischen Konflikte und die Kombinationen, in denen sie sich zu deren Aushämpfung gruppieren, bilden den Inhalt der Geschichte. Der Klassenkampf des Proletariats tritt dabei immer mehr in den Vordergrund, aber er ist weder der einzige Kampf, der sich in der Gesellschaft abspielt, noch gilt er immer dem gleichen Gegner. ... Dem Proletariat kann es nicht gleichgültig sein, mit welchen Gegnern es zu tun hat oder wie die Kämpfe ausgehen, die die anderen Klassen untereinander ausfechten. Es muß ihre Gegensätze studieren und bewußt und wohlüberlegt in sie eingreifen. ... Das ist so naheliegend und selbstverständlich, daß es kaum von irgend jemanden geleugnet würde usw. ... (Nr. 19, S. 453.)

Sehen wir uns nun die Sache näher an.

II.

Marx und Engels kennen noch nicht den kapitalistischen Imperialismus. Sie beobachten die kapitalistische Produktionsweise in England in ihrer klassischen Form. Sie sehen den Sieg der maschinellen Großindustrie über den Kleinbetrieb des Handwerkers. Das verelendete Kleinbürgertum vertritt zwar die wirtschaftliche Reaktion, politisch ist es aber, zumal in Frankreich, Träger der Revolution und steht auch in England Schulter an Schulter mit dem Proletariat gegen das industrielle Kapital. Gleichzeitig findet das Proletariat einen wohlwollenden Beschützer und Mitkämpfer in den Vertretern der Grundrente, der Aristokratie, welche mit dem Kapital um den Anteil am Mehrwert streitet. Aber auch innerhalb der Kapitalistenklasse selbst bestehen tiefwurzelnde Interessengegensätze. Abgesehen vom allgemeinen Konkurrenzkampf, wo ein Kapitalist viele tötet, hat jeder Industriezweig seine besonderen Interessen, deren Gegensatz oft sogar in der auswärtigen Politik Ausdruck findet, wie zum Beispiel der von Kautsky erwähnte Gegensatz zwischen der Textilindustrie und der Eisenindustrie.

So entsteht für das Proletariat die Aufgabe, »diese Gegensätze zu studieren und bewußt und wohlüberlegt in sie einzugreifen«, um sie für seinen Fortschritt auszunutzen. Es unterstützt das Bürgertum gegen den Adel im Kampf um die Wahlrechtsverweiterung und Abschaffung der Zölle, was ihm je auch teilweise zugute kommt. Es erringt andererseits für die dem Adel gewährte Wahlhilfe mit dessen Unterstützung Arbeiterschutzesetze usw. Auch auf dem Kontinent läßt sich diese Entwicklung verfolgen. Wie wenig Lassalle seine Politik nach dem Gesichtspunkt der »reaktionären Masse« festlegte, beweist sein Versuch, durch Ausnutzung des Kampfes zwischen Bismarck und der Bourgeoisie das allgemeine Wahlrecht zu erlangen. Und noch zur Zeit, da Engels den Brief an Kautsky schrieb, waren die Konflikte unter

den besitzenden Klassen von ausschlaggebender geschichtlicher Bedeutung. Die Furcht vor der Sozialdemokratie hat sie zwar zum größten Teil beim Erlaß des Sozialistengesetzes zu einer »reaktionären Masse« vereinigt, aber die Furcht allein genügt nicht, um wirklich bestehende ökonomische Gegensätze zu überbrücken. Wie tief aber diese noch wurzeln, das bewies die Uneinigkeit selbst innerhalb einzelner Parteien, so der Nationalliberalen und sogar der Konservativen, welche bekanntlich Bismarcks Sturz herbeiführte, das bewies noch schlagender die Ura Caprivi, als die Erneuerung der Handelsverträge die heftigsten Konflikte einzelner Schichten der besitzenden Klassen heraufbeschwor. In einer solchen Zeit das Proletariat von einem Eingreifen abzuhalten, es durch ein Phantom der »reaktionären Masse« irrezuleiten, wäre ein politischer Fehler gewesen, der die Arbeiterklasse schwer geschädigt hätte.

Doch die kapitalistische Entwicklung steht nicht still, und in den zweieinhalb Jahrzehnten seit dem zitierten Engelschen Briefe hat die Struktur der Gesellschaft eine durchgreifende Änderung erfahren. Hätte Engels seinen Brief nur fünfzehn Jahre später geschrieben, er wäre sicher zu ganz anderen Schlüssen gelangt. Zunächst hat das Aktienwesen den Einzelunternehmer gerade in den wichtigsten Industrien ausgeschaltet. Seine Tätigkeit besteht heute lediglich im Ausschneiden der Aktienkupon, und in seinem Geldschrank ruhen in rührender Eintracht Aktien der verschiedensten Unternehmungen nebeneinander, sowohl von Betrieben derselben Branche, deren frühere Besitzer einander als Einzelunternehmer aufs heftigste bekämpften, als auch von Betrieben verschiedener Industriezweige, deren Interessen einander widersprechen. Doch während früher diese Interessengegensätze in der Öffentlichkeit, in den Parlamenten wie auf der Börse leidenschaftliche Kämpfe entfachten, werden sie jetzt im stillen Kontor auf dem Papier ausgetragen. Es genügt, die einzelnen Papierwerte einander gegenüberzustellen und abzuschnähen, und die Freihändlerpartei hat über die Schutzzöllner gesetzt, wenn nicht umgekehrt. Und wenn der Leser vielleicht finden wird, daß ich die Sache zu einfach nehme, so ist es jedenfalls klar, daß das Aktienwesen eine weitgehende Verflechtung der Beziehungen zwischen den einzelnen Kapitalistengruppen mit sich bringt und ihre Interessen auf kommensurable Größen reduziert. Diese Interessen sind jetzt nicht mehr Fragen der Macht, sondern der Kalkulation, ihre Austragung bildet nicht mehr den Inhalt der Geschichte, sondern die Tagesordnung von Verwaltungsrats-sitzungen der Banken, sie müssen sich nicht erst im Kampfe miteinander messen, um eine richtunggebende Resultante für die innere und äußere Politik zu erhalten, sondern die Richtung der Resultante läßt sich im voraus als Ergebnis eines Kompromisses abschätzen, wie etwa der Physiker im voraus berechnen kann, welche Richtung die Resultante zweier Kräfte eines Parallelogramms haben wird, ohne diese Kräfte erst aufeinander wirken zu lassen.

Doch die ökonomische Entwicklung hat es zustande gebracht, noch schärfere Gegensätze zu überbrücken. Sie hat auch eine Annäherung zwischen dem »mobilen« Kapital und den Vertretern der Grundrente herbeigeführt.

Der Großgrundbesitzer ist zur Zeit, da Marx in England lebt, ein Grandseigneur, der seine Güter verpachtet und den Pachtshilling, den er als ewige wohlverdiente Rente bezieht, in Luxus verpraßt. Der kapitalistische Pächter

steht in einem erbitterten Kampfe gegen ihn, da er ihm doch von dem durch Ausbeutung der Arbeiter erzielten Mehrwert einen Teil — oft einen Löwenanteil — überlassen muß. Hier fand Marx ein klassisches Schema für seine Theorie der Renten- und Profitbildung.

Wie anders steht es aber heute damit, zumal in Österreich und Deutschland! Der Großgrundbesitzer ist wohl Grundseigneur geblieben, aber er hat mit der Zeit gelernt. Statt das Gut zu verpachten, unterhält er lieber einen Stab von Beamten, die seine Wirtschaft führen, und jetzt braucht er sich nicht erst den Kopf zu zerbrechen, welcher Teil des Mehrwerts den Profit, welcher die Rente bildet — er steckt sie beide ein.

Er vertritt jetzt also in einer Person die Rente und den Profit. Zwei Seelen wohnen in seiner Brust, und so feindlich gesinnt sie früher einander waren, sie lernen sich schließlich vertragen. Jetzt bildet aber die Landwirtschaft nicht mehr einen besonderen Produktionszweig außerhalb der Industrie, sondern bloß einen unter den verschiedenen Industriezweigen. Der Großgrundbesitzer hat im Produktionsprozeß der Gesellschaft dieselbe Stellung wie der Fabrikant.

Noch mehr! Heute sehen wir zum Beispiel hier in Österreich in den Verwaltungsräten der großen Industriegesellschaften die Sprößlinge der böhmischen Granden sitzen. Hier tritt schon augenfällig der Bund des »mobilen« Kapitals mit der Rente zutage, und er wird schließlich besiegelt durch die gemeinfame Hochschuhzollpolitik. Es genügt, die Kämpfe in der Ara Caprivi mit den Scharmühen des Jahres 1911 wegen der Handelsverträge zu vergleichen, um die Bedeutung dieser großen Wandlung zu ermessen, und wir in Österreich *e r l e b e n* eben jetzt eine lehrreiche Illustration dazu.

Die österreichische Regierung ist eben daran, mit der ungarischen einen wirtschaftlichen Ausgleichsvertrag zu schließen, der bekanntlich die Grundlage zu Handelsverträgen mit dem Ausland bilden soll. Die Wiener »Arbeiterzeitung« ringt natürlich die Hände darüber, daß die Ausgleichsvorlagen nicht vor das Parlament gelangten. Aber ich frage: Wozu noch diese Parade? Der Ministerpräsident Graf Clam-Martiniß war ja früher — wenn ich mich recht erinnere — Verwaltungsrat der Prager Eisen-J.-G. und betreibt heute noch auf seinen Gütern in Böhmen eine musterhafte Wirtschaft. Stellen wir uns vor — was ja sehr möglich ist —, daß er noch Aktien von Textil- und anderen Industriewerken besitzt, dann verkörpert er allein in seiner Person die Interessen der wichtigsten Industrie- und Produktionszweige und kennt sie auch viel besser, als wenn er sie aus der längsten tschechischen Obstruktionsrede kennenlernen würde. Und darum regen sich auch die bürgerlichen Blätter gar nicht darüber auf. Sie wissen, daß Graf Clam seine Unterschrift nicht unter einen Vertrag setzen wird, der den Interessen der wichtigsten »Produzenten«gruppen widerspricht.¹

¹ Man mißverstehe mich nur nicht! Ich will damit gar nicht bestreiten, daß der Parlamentarismus sowohl in Österreich als auch in anderen Staaten höchst nützlich, ja notwendig ist. Im Zeitalter des »Kriegssozialismus« rechte Staatskapitalismus ist er eine unentbehrliche Institution, um die Bedürfnisse aller Bevölkerungsschichten widerzuspiegeln. Man denke nur an die Ernährungsfrage! Aber seine ursprüngliche Aufgabe, die er in seiner klassischen Periode erfüllte, die Gegensätze aller Gesellschaftsklassen zu reproduzieren und sie in Worten auszudrücken, die einander vergleichbar, aneinander messbar

Und im Hochschußzollager haben auch die zwei anderen Klassen der alten Gesellschaft endlich heimgefunden: die Bauern und die Kleingewerbetreibenden. Denn sie unterscheiden sich jetzt nur quantitativ, nicht qualitativ von den Großindustriellen und den Großgrundbesitzern. Sie bilden bloß den Anhang der letzteren und haben dieselben Interessen wie jene — sowohl auf dem Waren- als auch auf dem Arbeitsmarkt.

So sehen wir die Gegensätze, welche der junge Kapitalismus in der bürgerlichen Gesellschaft entfacht, durch den Strom der ökonomischen Entwicklung abgeschwemmt, abgetragen, verwischt. Sie hören auf, »den Inhalt der Geschichte« zu bilden, wie Kautsky behauptet. Und nur ein Gegensatz bleibt noch bestehen, der aber auch nur mit der bürgerlichen Gesellschaft verschwinden kann.

Wenn es daher einen politischen Fehler bedeutete, das Proletariat im ersten Stadium des Kapitalismus durch das Schlagwort von der reaktionären Masse zu verwirren und es im politischen Kampfe künstlich zu isolieren dort, wo noch die Möglichkeit positiver Erfolge bestand, so ist es eine verhängnisvolle Selbsttäuschung, da, wo die reaktionäre Masse aus einer geschichtlichen Tendenz — wie Engels sagt — zur vollendeten Tatsache wurde, von Situationen zu sprechen, in denen das Proletariat noch durch Eingreifen in die Kämpfe unter den besitzenden Klassen vorwärtskommen könnte.

Denn das Wachstum der sozialdemokratischen Wählerschaft hatte natürlich einen engen Zusammenschluß aller bürgerlichen Parteien im Parlament zur Folge. Dieser Zusammenschluß war für sie jetzt nicht nur nötig, sondern mit dem Verwischen der ökonomischen Antagonismen auch möglich. Hier blieb die Sozialdemokratie tatsächlich isoliert, und gerade je größer ihre äußere Macht, desto geringer die Resultate ihrer Politik. Wenn man sich heute jene Situation — schon gewissermaßen in geschichtlicher Perspektive — vergegenwärtigt, so liegt es an der Hand, daß es damals nur eine Alternative für das Proletariat gab: entweder seine Politik auf die Tagesordnung zu stellen — oder keine Politik mehr zu betreiben. In Jena 1913 fiel die Entscheidung. Sie ist bekannt ebenso wie ihre Folgen. Das Proletariat versank in eine politische Lethargie, indessen setzte aber die Bourgeoisie ihre Politik fleißig fort, und als die Sozialdemokratie am 4. August 1914 aus ihrem Schlaf erwachte, da war der Krieg »nun einmal da«. Vom politischen Nihilismus zur politischen Romantik genügte aber ein einziger Schritt.

III.

Damit haben wir nun die Grundlage gewonnen, um die Differenzen innerhalb der deutschen Opposition zu beurteilen.

Kautsky sieht bekanntlich im Imperialismus keine ökonomische Notwendigkeit der kapitalistischen Produktionsweise, sondern nur Machtbestrebungen einzelner Kapitalistengruppen, welche der Jagd nach Extraprofiten entspringen. Für ihn erscheint es daher zufällig, daß es dem Imperialismus gelungen ist, alle besitzenden Klassen vor seinen Wagen zu spannen, da-

si n d, hat er zugunsten anderer Institutionen abgetreten. Ein Parlament kann sich also jetzt nur etwa in der Rolle eines großen Gemeinderats für das ganze Reich fruchtbar erweisen.

gegen sehr wohl denkbar, daß das Proletariat in seinem Kampfe um Frieden in irgendeiner der besitzenden Klassen einen Bundesgenossen findet. Dann nämlich, wenn sich eine besitzende Schicht dessen bewußt wird, daß ihr Heil nicht der Imperialismus ist und ihre Siegesbeute kleiner sein wird als die von ihr erbrachten Kriegszopfer.

Allein selbst wenn Kautskys Theorie des Imperialismus ökonomisch richtig wäre, die politischen Schlußfolgerungen, die er daraus zieht, bleiben falsch. Denn wer gesehen hat, wie alle besitzenden Klassen schon im Frieden ökonomisch und politisch aufeinander angewiesen sind, wer sie als die »eine reaktionäre Masse« zu betrachten gelernt hat, deren Teile auf Gedeih und Verderb miteinander verwachsen sind, der kann sich darüber nicht täuschen, daß alle besitzenden Klassen am Imperialismus das gleiche Interesse haben, denn ihnen allen wird der Extraprofit, der dem Imperialismus zuwinkt, direkt oder indirekt zugute kommen.

Und wie sehr sie diese Gemeinsamkeit ihrer Interessen wahrgenommen haben, wie sehr sie sich als eine reaktionäre Masse selbst fühlten, das hat uns allen schlagend bewiesen der Burgfriede.

Warum gab es 1870 keinen Burgfrieden? Warum konnte selbst das revolutionäre Frankreich 1792 und später, wo es gegen eine Welt von Feinden ganz allein zu kämpfen hatte und die Sache der Revolution gegen den Feudalismus vertrat, keine Union sacrée? Die Antwort ist nicht schwer zu finden: In der Zeit der französischen Revolution stehen sich alle Klassen der Gesellschaft gleich feindlich gegenüber. Jede für sich ist aber eine Minderheit in der Nation, und selbst wenn sie ans Ruder gelangt, so kann sie trotzdem nicht die öffentliche Meinung beherrschen, sie muß den anderen Klassen doch etwas freien Spielraum überlassen, wie etwa die parlamentarische Majorität der jeweiligen Minorität.

Ganz anders 1914. Die besitzenden Klassen stehen einander sehr nahe. Ihre widerstreifenden Tendenzen kompensieren einander und schwächen sich dadurch ab. In dieser Annäherung erblicken sie aber die Tatsache, daß sie zusammen doch vermöge ihrer Qualität, wenn nicht der Quantität die Nation repräsentieren. Das Proletariat ist isoliert, und da es in sich nicht die Macht fühlt, aus dem Hintersassen der Nation zu ihrem Repräsentanten zu werden, hat es gar kein Recht auf eine selbständige Meinung. So war der Burgfriede, der uns allen so unbegreiflich erschien, nur der Ausdruck der tatsächlich bestehenden Verhältnisse.

Und doch, schien es nicht erst vor kurzem, daß dieser Burgfriede auf bösnernen Füßen steht? Es ist ja noch nicht lange her seit dem Streit zwischen Bethmann und Tirpitz. Ich kenne nicht die Haltung Kautskys während dieser Zeit. Aber die Wiener »Arbeiterzeitung« konnte nur von seinem Standpunkt aus darüber jammern, daß die Opposition einen Bruderkampf gegen die »Mehrheit« führte, statt gemeinsam mit ihr in den Streit um das »unbeschränkte Torpedo« »wohlüberlegt einzugreifen«.

War denn dieser Streit nicht ein Beweis, daß die »reaktionäre Masse« noch heute ein bloßes Schlagwort ist?

Doch kurz dauerte die Illusion. So kurz, daß das Proletariat nicht einmal dazu kam, diese Gegensätze nach Kautskys Rat gründlich »zu studieren«. Es genügte eine geänderte Einschätzung der militärischen Lage, und die streitenden Brüder haben sich gefunden. Und es war recht ergötlich, zuzusehen,

was für ein langes Gesicht die »Arbeiterzeitung« schnitt, nachdem sie so unerwartet ihren Bundesgenossen im Kampfe um den Frieden verlor. Doch sie faßte sich bald. Austerlich erteilte Leuthner das Wort zu einem »sachmännlichen« Artikel über den verschärften U-Bootkrieg, und das »wohlüberlegte Eingreifen« der Arbeiterchaft ist heute ganz vergessen.

So sehen wir, daß die Arbeiterklasse in ihrem Kampfe gegen den Imperialismus und für den Frieden ganz auf sich selbst angewiesen ist, und da sie ihren Willen nur gegen alle besitzenden Klassen zusammen durchsetzen könnte, so kann es auf dem Boden der kapitalistischen Gesellschaftsordnung keinen dauernden Frieden mehr geben.

Denn am Tage, da das Proletariat sich stark genug fühlen würde, gegen den gemeinsamen Willen aller Besitzenden dem Krieg ein Ziel zu setzen, müßte es auch schon in sich die Kraft finden, den Sozialismus zu verwirklichen.

IV.

Und jetzt können wir uns leicht erklären, warum Kautsky die von ihm selbst, Hilferding und anderen vollzogene Revision der Marxschen Ansicht über die »reaktionäre Masse« ganz unbeachtet läßt.

Er kommt schon 1897 in dem Artikel über »Ältere und neuere Kolonialpolitik« (Neue Zeit, XVI, 1) zu seiner Theorie des Imperialismus, an der er bis heute festhält. Der Imperialismus erscheint damals auch tatsächlich nicht als ökonomische Notwendigkeit des Kapitalismus. Und da die besitzenden Klassen untereinander noch nicht einig sind, so sucht das Proletariat im Kampfe gegen ihn Bundesgenossen. Es kann sie auch unter bestimmten Voraussetzungen noch finden. So fürchtet zum Beispiel das katholische Zentrum, seinen Anhang unter den Kleinbürgern und Arbeitern zu verlieren, wenn es für die große Flottenvorlage stimmen sollte. Ähnlich die Freisinnige Volkspartei.

Aber seitdem sind wir in die Ära des Finanzkapitals getreten, und wenn auch die Zusammenbruchstheorie R. Luxemburgs unrichtig sein sollte, es steht trotzdem fest, daß alle besitzenden Klassen am Imperialismus gleich interessiert sind. Kautsky bestreitet das, und da er die reaktionäre Masse hinter dem Imperialismus nicht entdeckt, muß er auch für die innere Politik ihre Existenz bestreiten, wenn er konsequent bleiben will. Er lernt also in diesem Punkte — ohne sich dessen bewußt zu werden — um und schreibt seinen jüngsten Artikel über die »reaktionäre Masse«.

Damit ist aber klar zutage getreten, welche Kluft den Verfasser des »Weg zur Macht« vom Autor des erwähnten Artikels trennt. Und wer noch bis jetzt gleich mir zwischen Kautsky und Radek schwankte, mußte einsehen, daß Kautsky sich ganz unmerklich und unbewußt vom alten Weg entfernte und an den Marxschen Resultaten zwar festhält, aber dessen Methode aufgibt.

Dennoch ist Kautskys Persönlichkeit zu sehr vom Marxschen Geiste durchtränkt. Auch Marx konnte irren, aber er hat dann seine Fehler einbekannt. Und ich bin davon überzeugt, wenn sich Kautsky gerade bei diesem so kraß zutage getretenen Widerspruch zu seiner eigenen Vergangenheit der unmerklichen Wandlung bewußt wird, die er seit 1909 durchgemacht, dann wird auch er seinen Fehler einbekennen.

Wir aber alle, denen er die Welt des Sozialismus erschlossen, die seiner sicheren Führung bisher mit Bewunderung dankbar folgten und sie auch weiterhin nicht im Labyrinth der kapitalistischen Gesellschaft entbehren möchten, wir alle müssen hier, wo sich die Wege des Marxismus sichtbar scheiden, dem alten Denker und Kämpfer zurufen: Zurück auf den »Weg zur Macht«!

Literarische Rundschau.

W. Freitag, Karte von Mitteleuropa mit den neuen Grenzen, nach den Kriegs- und Friedenszielen von Frhr. Albrecht v. Rechenberg und anderen. Mit Nebenkarte: Die neuen Grenzen des deutschen Kolonialbesitzes in Afrika. Wien, Freitag & Berndt. Preis 1 Mark.

Das Friedensangebot, das der Reichskanzler am 12. Dezember des vorigen Jahres machte, wurde von den Wortführern unserer Mehrheitsrichtung als ein Verzicht auf alle Annexionen hingestellt, der sofortigen Friedensschluß ermöglichte, wenn Deutschlands Gegner nicht seine Vernichtung wollten. Eine eigenartige Illustration erfährt diese Auffassung durch die vorliegende Karte, die im März 1917 erschien, drei Monate nach dem Friedensangebot, und die trotz aller Reichskanzlerreden für Deutschland, Österreich, Bulgarien neue, erweiterte Grenzen zieht. Deutschland fallen Kurland sowie der flämische Teil Belgiens zu, indes der wallonische Teil Frankreich überlassen wird. Das Gebiet Russisch-Polens ist in der Karte mit einem blauen Nebel ohne feste Grenzen bedeckt, Galizien trägt noch die gleiche gelbe Farbe wie der österreichische Gesamtstaat, aber mit einem blauen Grenzstreifen. Serbien hört ebenso wie Belgien auf, zu existieren. Es wird aufgeteilt zwischen Bulgarien und Österreich. Diesem fällt daneben noch Montenegro und Albanien zu.

In Afrika gewinnt Deutschland Britisch-Ostafrika sowie den belgischen und den französischen Kongo.

Solche Karten wären harmlose Spielereien, wenn die Erklärungen des Reichskanzlers die deutschen Kriegsziele in einer alle Annexionen ausschließenden Weise bekundet hätten. Da dies nicht der Fall ist, können Karten wie die vorliegende nur dazu dienen, den Kriegswillen der Gegner Deutschlands von neuem anzustacheln.

K. K.

Otto Quelle, Privatdozent an der Universität Bonn, Belgien und die französischen Nachbargebiete. Eine Landeskunde für das deutsche Volk. Braunschweig 1915, Verlag von Georg Westermann. 126 Seiten. Gebunden 3 Mark.

Wilhelm Hausenstein, Belgien, Notizen. Mit 32 Abbildungen. München 1915, Georg Müller. 48 Seiten. 1.80 Mark.

In der zahlreichen Kriegsliteratur über Belgien nehmen die genannten Schriften jede einen besonderen Platz ein, ergänzen sich gegenseitig und verdienen die Beachtung sozialistischer Leser.

Der Geograph Otto Quelle gibt eine gedrängte Übersicht über Belgiens Geographie, oder richtiger, einen wirtschaftsgeographischen Grundriß, der gelegentliche historische Rückblicke bietet, ungewollt an zahlreichen Beispielen zeigt, wie die geographischen Faktoren im Laufe der wirtschaftlichen Entwicklung verschiedenartig wirken und wie der Mensch selbst das Bild der Erdoberfläche ändert: Zurückdrängung des Waldes, wechselnder Anbau verschiedener Feldfrüchte, Kanalisierung der Flüsse, Ausbau eines Kanalnetzes, Befestigung der Dünen, Eindeichung der Marschen und nicht zuletzt Ausbeutung der bedeutenden Kohlen- und Metallschätze.

Das wichtigste aber bleibt die eingehende, mit vielen Zahlenangaben durchsetzte rein sachliche Darstellung des geographischen Zustandes Belgiens vor dem Kriege und der sich auf diesen Grundlagen aufbauenden belgischen Volkswirtschaft. Nicht

nur die Bergwerksindustrie in allen ihren Zweigen, die bedeutende Textilindustrie, Glasfabrikation und andere Gewerbe werden in ihrer geographischen Verteilung, Produktionshöhe, Bezugsbedingungen der Rohmaterialien, Export oder Verbrauch im Inland ihrer Produkte usw. geschildert, sondern eingehend wird auch die belgische Landwirtschaft behandelt, die sich in drei Bezirken, Hoch-, Mittel- und Niederbelgien, verschieden gestaltet und infolge günstiger klimatischer und Verkehrsbedingungen gleichfalls hochentwickelt ist. Der bedeutende Handel, sowohl Einfuhr, Ausfuhr und Transitverkehr, Eisenbahnen, Kanäle und Straßennetz werden dargestellt und durch beigegebene Karten gut veranschaulicht. Von besonderem Interesse ist natürlich die statistische Darstellung der Berufsgliederung des belgischen Volkes und der heute angesichts der »flämischen Bewegung« besonders aktuellen sprachlichen Oliederung des Volkes. Dabei enthält sich der Verfasser jeder politischen Bemerkung, er ist bestrebt, eine gute wissenschaftliche Zusammenstellung der Tatsachen zu geben, wobei sich aus wirtschaftsgeographischen Gründen von selbst die Einbeziehung der benachbarten nordfranzösischen Gebiete ergab.

Bei der kriegspolitischen Bedeutung dieser Landstriche sind die Bemerkungen über sie, die sich auf Bodengestaltung, Wirtschaftsentwicklung, Verkehrsverhältnisse, Sprachgliederung usw. beziehen, gleichfalls beachtenswert. Sehr lehrreich ist der statistische Anhang, dessen Tabellen die Ausführungen des Textes durch Zifferreihen beleuchten. Diese trockenen Zahlen sind in unserer Zeit kriegswissenschaftlicher Hypothesen besonders wichtig, wie überhaupt die Bedeutung der Schrift von Quelle in der nächstern-fachlichen Orientierung liegt. Eine Reihe gut ausgewählter typischer Landschaftsbilder aus den verschiedenen wirtschaftsgeographischen Distrikten Belgiens schmücken das Buch.

Ganz anders Hausenstein. Er nennt sein Buch Notizen, man möchte eher Überblicke sagen. Denn der Verfasser setzt die Kenntnis der wirtschaftlichen Entwicklung, der politischen Geschichte, der Eigenart der belgischen Kunst und vieles andere voraus. Er versucht, den »Charakter« Belgiens zu ermitteln, das herauszuschälen, was Otto Bauer einmal »erstarrte Geschichte« genannt hat. Besonders gut sind die Ausführungen über die belgische Kunst. Diese Abschnitte sind Muster jener sozialästhetischen Betrachtung, für deren Fruchtbarkeit Hausenstein ja in seinem großen Werk »Der nackte Mensch in der Kunst aller Völker und Zeiten« ein glänzendes Zeugnis erbracht hat. Wer die Kapitel über Rubens und andere belgische Künstler in diesem Werke kennt, wird vieles in »Belgien« wiederfinden, wengleich unter anderen Gesichtspunkten gesehen.

Quelle gibt in seinen wirtschaftsgeographischen Tatsachen und Zusammenhängen das Nebeneinander und Nacheinander der Dinge. Hausenstein sucht das Problem des Ineinander der Gegensätze zu ergründen oder wenigstens ins Bewußtsein zu heben, jene Einheit im Zwiespalt, die sich Belgien nennt. Quelle gibt das geographische Milieu, die örtliche Bedingtheit von Wirtschaft und Kultur, während Hausenstein weltergreifend die Weltlage, den »Grenzfall« Belgiens betrachtet und geistvolle geschichtliche Rückblicke, überraschende Verknüpfungen, kurz das Problem Belgiens dem Leser nahebringt:

Der Zustand dieser Menschheit muß der Zwiespalt sein: vielleicht nicht immer ein gefühlter Zwiespalt, aber immer ein vorhandener. Man begreift, daß aus diesem Lande die Kunst der Groteske und der Diablerie kommen konnte. Man begreift das Grausame und Gotteslästerliche eines Bosch und eines Bruegel und eines Enfor aus diesem verzweifeltsten Doppelsinn der Lage, den Geschichte und Politik jederzeit noch folgerichtig bis zum äußersten getrieben haben. Des Schwingens des belgischen Geistes zwischen abstraktester Mystik und erdiger Animalität, zwischen zartester Frömmigkeit und freudlicher Halluzination, solches Dasein eines heiligen Antonius, solche dauernde Gotik wird zum selbstverständlichen Abbild dieser in kaum meßbaren Tiefen vom Schicksal verschuldeten Lebenswirren. Man kann nicht sagen, Belgien sei ein Lebensbegriff ohne Statik. Dennoch ist dieser Lebensbegriff so oft und so furchtbar erschüttert und nach so

vielen Richtungen auseinandergezogen worden, daß er der einfachen Form und des ruhigen Standes entbehrt, mag immer die Doppeltrasse heftig zu ihrem Boden, zu ihren Begierden, zu ihrem Übermut und zu ihrer Mystik hintreiben, die alle zusammen die Zuflucht eines betrrten Volkes sind. (S. 14.)

Zur Ergänzung und Erhellung der von diesen Selbstgedanken getragenen Essays Hausensteins lese man die gerade jetzt wieder aktuelle ausgezeichnete Arbeit des belgischen Genossen Hendrik de Man: »Die Eigenart der belgischen Arbeiterbewegung«,¹ in der auch ein allerdings sehr knapper Grundriß der belgischen Sozialgeschichte gegeben wird, der ebenfalls die Kompliziertheit und ganz einzigartige Mischung aufzeigt, die der staatliche und kulturelle Begriff »Belgien« darstellt. Angesichts der Flämischen Universität in Gent seien hier nur einige Worte von de Man über die Sprachenverhältnisse Belgiens angeführt, da über die flämischen Dinge die merkwürdigsten Ansichten heute verbreitet werden:

Dennoch ist Belgien kein Nationalitätenstaat im gewöhnlichen Sinne des Wortes. Es besteht wenigstens zwischen den herrschenden Klassen der beiden Landesteile eine historische Schicksalsgemeinschaft ganz besonderer und komplizierter Art, die die Grundlage ergibt für eine sozusagen nationale Charaktergemeinschaft der herrschenden Klassen. Während die Masse des flämischen Volkes ... durch seine eigene Sprache und Kultur von dem Französisch sprechenden Teil der Bevölkerung getrennt ist, bedient sich die überwiegende Mehrheit der Bourgeoisie im flämischen Belgien des Französischen als Kultursprache. Während sich also die Interessengemeinschaft der Bourgeoisie der beiden Landesteile mit einer nationalen Sprachengemeinschaft deckt, ist der Klassengegensatz zwischen der Masse des Volkes und der Bourgeoisie im flämischen Landesteil zugleich ein nationaler Gegensatz ... (daraus ergibt sich) ... erstens die Tatsache, daß das flämische Proletariat von der direkten Verührung mit den Herrschenden, das heißt mit der bürgerlichen Kultur im eigenen Lande ausgeschlossen ist, weil diese auf dem Gebrauch der französischen Sprache beruht, und zweitens die, daß die bürgerliche Kultur sowohl im wallonischen wie auch im flämischen Landesteil sehr stark von der französischen Kultur beeinflusst wird, ja von dieser fast nicht zu unterscheiden ist...

Bei aller Problematik des belgischen Kulturbegriffs, bei allen Wechselfällen und heftigsten Verschiebungen in der Wirtschaftsentwicklung, der politischen Geschichte dieses Gebiets, das im Schneldepunkt dreier Kulturen liegt und dank besonderer geographischer Bedingungen einen Industriegroßstaat auf dem Territorium eines Kleinstaats entwickeln konnte, kommt Hausenstein zu dem Schlusse:

Und wie sich nun nach dem militärischen Schicksal das politische Geschick Belgiens erfüllen mag: die Welt kann gewiß sein, daß das besondere kulturelle Idiom, das der Name Belgien bedeutet, sich auf irgendeine Weise weiterentwickeln und daß es bei allem Fragwürdigen immer eine Definition enthalten wird.

Diese Weisheit sollten sich alle weltpolitischen Phantasten merken, die in die belgische Geschichte eingreifen wollen, ohne die Erfahrungen zu beachten, die man mit Angliederung nationsfremder Bürger an einen Nationalstaat gemacht hat. O. J.

Friedrich Kahl, Die Pariser Wirtschaftskonferenz. Jena 1917, Verlag von G. Fischer. 95 Seiten. Preis 2 Mark.

Im Vorwort wird als Aufgabe dieser Schrift die Schilderung der Entstehung und Durchführung des Wirtschaftsbündnisses, wie es auf der Pariser Konferenz im Juni 1916 geplant wurde, angegeben. Die Vorgeschichte weist indes große Lücken auf. So wird beispielsweise der Artikel von E. Théry im »Matin« vom 10. Juli 1915,

¹ »Die Arbeiterbewegung in Belgien« von Hendrik de Man und Louis de Broeckere. Ergänzungsheft zur Neuen Zeit Nr. 9. Auch zum Verständnis der heutigen Verhältnisse des belgischen Sozialismus ist diese Arbeit mit großem Nutzen zu lesen.

der eigentlich schon die Grundlinien des Wirtschaftsbündnisses enthält, nicht erwähnt, ebenso wie der ganze Zusammenhang dieser Pläne mit der »mitteleuropäischen« Propaganda nirgends vom Autor berührt wird. Immerhin ist die Schrift beachtenswert, indem sie uns Material zur Beurteilung der Pläne der Wirtschaftsbündnisse in den Ententeländern, wenn auch nicht vollständig, so doch in sachgemäßer und objektiver Weise darbietet. Insbesondere sind die angeführten Kritiken interessant, denen die Pariser Beschlüsse in den Ententeländern selbst begegnet sind. Diese zeigen erfreulicherweise, daß der Sinn für wirtschaftliche Realitäten noch nicht allen verlorengegangen ist. Sehr richtig führt der Autor die Wirtschaftskriegspläne auf die durch den Krieg geschaffenen Verhältnisse zurück und sieht in ihnen nicht etwa, wie viele andere, den Beweis, daß der Krieg, den England gegen Deutschland führt, ein Handelskrieg ist. In der Tat sind diese Pläne zuerst in Italien, dann in Frankreich aufgetaucht, und erst später hat sich England dieser Bewegung bemächtigt.

Wer sich also mit den Problemen des Wirtschaftskriegs beschäftigen will, wird die Schrift von Kahl mit Nutzen verwenden können. Sp.

Nofizen.

Die Konjunktur nach dem Kriege. Die Frage, wie sich die wirtschaftlichen Verhältnisse nach dem Kriege gestalten werden, fand zu Beginn des Krieges fast nur optimistische Beurteiler. Inzwischen ist man in Unternehmerkreisen mit seinem Urteil sehr viel vorsichtiger geworden. Zumal im engen Fachkreise erörtert man mit großem Ernst, wie man die Schädigungen des Krieges wird überwinden können. So fand im Januar dieses Jahres in Berlin eine Sitzung der Gesellschaft deutscher Metallhütten- und Bergleute statt, bei der Dr. W. A. Dyes sehr beachtenswerte Angaben über die Kriegsfolgen machte. (Vergl. »Metall und Erz«, Heft 4 und 5 dieses Jahrgangs.) Neben den europäischen neutralen Ländern haben vor allem die Vereinigten Staaten und Japan ihren Handel ausgedehnt, infolge des Goldzuflusses teilweise neue Industrien begründet und alles vorbereitet, um nach dem Kriege ihren bisherigen Absatz weiter zu behaupten. So hat zum Beispiel die Ausfuhr der Vereinigten Staaten vom Jahre 1913 bis zum Jahre 1915 zugenommen nach Zentralamerika um 34 Prozent, nach Südamerika um 32 Prozent, nach Afrika um 51 Prozent, nach Asien um 135 Prozent. In dem gleichen Zeitraum stieg die Ausfuhr Japans nach Südafrika um mehrere 100 Prozent, der Handel Amerikas mit Australien sogar um 500 Prozent. Dabei ist zu beachten, daß diese erhöhte Ausfuhr sich meist auf Friedensartikel bezieht. Aber auch die gegnerischen Staaten Europas haben ganze Industrien neu organisiert. Das Verlangen nach deutschen Erzeugnissen wird also nach dem Kriege im Ausland nicht sehr groß sein. Die Kriegsaufträge fallen fort, die Rohstoffversorgung und die Aufträge für Ausfuhrgegenstände werden stöden. Wohl werden gewisse Industrien wie die Schwerindustrie, der Kohlen- und Kalibergbau, der Schiffsbau, die chemische Industrie und fast alle mit der Landwirtschaft zusammenhängenden Industrien gut beschäftigt sein. Aber es wäre grundverkehrt, aus einer günstigen Konjunktur einiger großen Industrien den Schluß ziehen zu wollen, daß unsere gesamte Volkswirtschaft ohne weiteres günstig gedeihen wird. Gewisse Artikel in der Presse, die von solchen im Kriege und in der Kriegsfolgezeit besonders begünstigten Industrien Schlußfolgerungen für die gesamte Industrie ziehen, sprechen immer von Hochkonjunktur, einem Heißhunger nach deutschen Erzeugnissen und sagen glänzende Zeiten für die Kriegsfolgezeit voraus. Ich glaube, daß es nicht nötig ist, unserem Volke blaue Dunst vorzumachen, sondern daß es viel wichtiger ist, den Ernst der Kriegsfolgezeit sich von vornherein klarzumachen, anstatt mit falschen Illusionen in diese wirtschaftlich ganz neue Periode einzutreten. E. M.

Die Neue Zeit

Wochenschrift der Deutschen Sozialdemokratie

2. Band Nr. 5

Ausgegeben am 4. Mai 1917

35. Jahrgang

Nachdruck der Artikel nur mit Quellenangabe gestattet

Reinliche Unterscheidung.

Von Ed. Bernstein.

1. Volk, völkisch, national.

Neben dem Widerstreit materieller Interessen und diesen oft über das Maß hinaus verschärfend, das sich aus dem Wert der umstrittenen Objekte ergeben würde, ist der Widerstreit in der Auffassung und Auslegung der hierbei in Betracht kommenden Begriffe eine der Hauptursachen der außerordentlichen Verbitterung, welche die parteipolitischen und nationalpolitischen Kämpfe neuerdings angenommen haben. Nicht das, worum die Menschen in Wirklichkeit kämpfen, sondern das, worum sie zu kämpfen glauben, treibt gewöhnlich die Leidenschaften auf die höchste Spitze. Es ist eine grundsätzliche Auslegung der materialistischen Geschichtsauffassung, daß diese die Allherrschaft des ökonomischen Motivs in der Geschichte behauptet. Ihre Begründer waren sich der Macht des ideologischen Motivs in den Kämpfen der Menschheit durchaus bewußt und haben das auch sehr klar ausgesprochen. So sagt Karl Marx in der vielzitierten programmatischen Darstellung der Grundgedanken der materialistischen Geschichtsauffassung im Vorwort zu »Zur Kritik der politischen Ökonomie«:

»In der Betrachtung solcher Umwälzungen (nämlich der großen sozialen Revolutionen) muß man stets unterscheiden zwischen der materiellen, naturwissenschaftlich treu zu konstatierenden Umwälzung in den ökonomischen Produktionsbedingungen und den juristischen, politischen, religiösen, künstlerischen oder philosophischen, kurz ideologischen Formen, worin sich die Menschen dieses Konflikts bewußt werden und ihn ausfechten.«

Und das gilt für alle Kämpfe, für alles bewußte Tun der Menschen. Jede Handlung der Menschen, die durch ihr Bewußtsein vermittelt wird, erleidet in diesem eine Beeinflussung, die in bezug auf alles, was über das rein Außerliche der Handlung hinausgeht, einen Unterschied erzeugt zwischen dem, was der Handelnde tut, und dem, was er zu tun glaubt. Das ökonomische, beziehungsweise materialistische Motiv bestimmt ebenso selten restlos ihr Handeln, wie dies das ideologische Motiv tut. Sie glauben das eine Mal ihr Interesse zu verfolgen und sind tatsächlich von einer Ideologie geleitet, und sie reden ein anderes Mal sich ein, für Ideen zu kämpfen, und folgen tatsächlich Antrieben materialistischer Natur. Insofern hat Richard Wagner nicht fehlgegriffen, als er in den »Meisterfingern« dem Hans Sachs die Worte in den Mund legte:

»Wahn! Wahn!
Überall Wahn!
Wohin ich forschend blick',
In Stadt- und Weltchronik,

Den Grund mir aufzufinden,
Warum gar bis aufs Blut
Die Leut' sich quälen und schinden
In unnütz toller Wut.«

Stets ist mit den Kämpfen ein Stück »Wahn« verbunden,
 »Ohn' den nichts mag geschehen,
 's mag gehen oder stehen«.

Es handelt sich also darum, der Ursache des Wahns, das heißt der Eindrücke nachzugehen, wenn wir in die Lage kommen wollen, ihn und seine Wirkungen, wie es bei Wagner heißt, »zu bemeistern«. Und weil der Widerstreit in der Auffassung und Auslegung der Begriffe nicht minder verhängnisvoll wirkt als der Widerstreit der materiellen Interessen, ist seine Untersuchung ebenso notwendige Arbeit wie die Untersuchung der ökonomischen Interessenkonflikte, die jeweilig als Ursache von Kämpfen in Betracht kommen. In unseren zusammengesetzten Gesellschaftsverfassungen sind alle politischen Begriffe der Vieldeutigkeit unterworfen, keine Partei ist aber mehr daran interessiert, dieser Vieldeutigkeit mindestens für sich und die Klasse, deren Sache sie vertritt, ein Ende zu machen, als die Sozialdemokratie. Man spricht heute viel von reinlicher Scheidung der Elemente der Bewegung. Über ihre Notwendigkeit will ich mich hier nicht äußern, noch hat es im gegenwärtigen Stadium des Parteizwistes Zweck, über ihre Möglichkeiten Betrachtungen anzustellen. Was geschehen ist, läßt sich nicht mehr ändern, und jedes einzelnen naturgemäße Aufgabe ist es, dafür zu arbeiten, daß für die Richtung, auf deren Seite er sich gemäß seiner Überzeugung geschlagen hat, wie für die Gesamtbewegung das Beste aus dem Geschehenen erwächst. Dazu ist aber eine unerläßliche Vorbedingung die reinliche Unterscheidung der politischen Begriffe.

Vor dem Kriege hat in der Sozialdemokratie Übereinstimmung darüber geherrscht, daß wir der Verschwommenheit der Begriffe, wie sie in der Phraseologie der bürgerlichen Partei üblich ist, nicht scharf genug entgegenzutreten können. Seit dem Kriege ist dies anders geworden, da hat sich diese Phraseologie schrittweise immer mehr in der sozialdemokratischen Führerschaft und Presse Bürgerrecht erworben, wobei es dahingestellt bleiben mag, inwieweit bei einzelnen Absicht diesem Prozeß Voranschub geleistet hat, der von nichtsozialistischer Seite her (Regierung und bürgerliche Parteien) mit gutem Bedacht gefördert wurde.

Nehmen wir den Begriff *Volk*. Er drückt ein ganz Verschiedenes aus, je nachdem man ihn *sozial*, das heißt unter dem Gesichtspunkt der Klassenunterscheidung, oder *ethnologisch* unter dem Gesichtspunkt der Unterscheidung zu einer politischen Einheit verschmolzener Stammesverbände in Anwendung bringt, wofür jedoch, sobald nicht rein ethnologische, sondern *politische* Gesichtspunkte in Betracht kommen, das Wort *Nation* die angemessene Bezeichnung bildet. Zu welcher lächerlichen, unter Umständen aber auch heillosen Verwirrung es führt, wenn man beide Anwendungen des Begriffs *Volk* durcheinanderwirft, ward in den siebziger Jahren des vorigen Jahrhunderts einmal sehr drastisch durch eine Szene beleuchtet, die sich im Reichstag zwischen Bismarck und dem noch als einer der Führer des Nationalliberalismus geltenden Eduard Lasker abspielte. Lasker, der schon fühlte, daß es mit dem Einfluß des von ihm vertretenen Flügels seiner Partei zu Ende ging, hatte es gewagt, von Reformen zu sprechen, die man dem Volke schuldig sei. »Was Volk!« fuhr ihm Bismarck zornig dazwischen, »wir gehören alle zum Volke.« Er so gut wie die Liberalen, die Regierung so gut wie die Abgeordneten seien Teile des Volkes. Ein auf der Hand liegendes

Durcheinanderwerfen ganz disparater Begriffe, worauf dem damals allmächtigen Kanzler die Liberalen aber nichts Rechtes zu antworten vermochten, weil sie selbst noch von keiner bestimmten Klassenunterscheidung wissen wollten. Um so schärfer ging dafür im »Volkstaat« unser Wilhelm Liebknecht mit Bismarck ins Gericht. Und der geistreiche Guido Weiß verglich in seiner »Wage« Bismarcks »Wir alle sind Volk« fein spottend mit dem Lockwort des Kinderspiels: »Alles, was Federn hat, fliegt hoch!«

Die Zeiten ändern sich. Heute, vier Jahrzehnte später, sind es Sozialdemokraten, welche mit dem Begriff Volk in solcher begriffswidrigen Weise umspringen wie damals Bismarck. Schon im Frühjahr 1915, als Hugo Haase endlich von der peinlichen Aufgabe befreit wurde, eine Abstimmung der sozialdemokratischen Fraktion, die er in der Fraktionsberatung auf das entschiedenste bekämpft hatte, vor dem Hause vertreten zu müssen, und statt seiner Friß Ebert die Bewilligung des Reichsetats namens der Fraktion zu begründen hatte, flocht dieser in seine Rede die mit besonderer Betonung abgegebene Erklärung ein: »Wir stehen zu unserem Volke.« Zum Volke stehen hatte bis dahin in der Sozialdemokratie als eine, allerdings auch noch verschwommene, aber immerhin gemeinverständliche Redewendung dafür gegolten, daß man zu dem breiten, für seinen Lebensbedarf auf Arbeit angewiesenen Teil der Nation in dessen Gegensatz zu den Klassen der Besitzenden und sonstigen oberen Schichten im Staate stehe. Jetzt ward der soziale Sinn der Redewendung plötzlich auch des letzten Restes von Bestimmtheit entkleidet, so daß sie dazu dienen konnte, eine Stellungnahme im Streit der Nationen zu bezeichnen, den hüben und drüben nicht diejenigen Klassen gewollt hatten und führten, die nach demokratischer Auffassung das Volk bilden. So sehr verwischten sich bereits im Kopfe die Begriffe. Verwischten sich, das sei ausdrücklich gesagt. Denn der Begriff Volk in ethnologischer Anwendung und der Ausdruck Volk als sozialer Begriff lösen im weiterfolgenden Teil der Erklärung noch unvermittelt einander ab, als ob die eine Anwendung auf das gleiche hinausliefe wie die andere. Daß sie auf Grundverschiedenes hinauslaufen können, daß bei der zweiten Anwendung die Klassen, welche die erste Anwendung im Auge hat, sich bereit erklären, auf jedes selbständige Urteil im Streit der Nation mit anderen, sobald er erst ausgebrochen ist, zu verzichten, daß zum Volke stehen dann auch heißt, zu Industriemagnaten und Agrariern, zu Nationalisten und Imperialisten stehen, braucht hier nicht erst entwickelt zu werden. Diese Anwendung des Satzteils birgt im Keime nicht nur den Verzicht auf den Klassenkampf, sondern auch auf das selbständige Klassenurteil im Kriege.

Und sie ist bei Ebert und dessen Gleichgesinnten in der Folge heimisch geblieben. Der Gebrauch des Wortes Volk in der einen und der anderen Anwendung läuft in ihren Reden und Erklärungen immer wieder durcheinander. Eine keineswegs bloß grammatikalische Ungenauigkeit. Der Gebrauch von Worten in einer Weise, wo ihr Begriff völlig verschwimmt, ist nur möglich, wo das politische Denken hinsichtlich der in Betracht kommenden Fragen schon begrifflos geworden ist oder sich auf dem Wege dazu befindet. Er ist teils Folge der Preisgabe jener begrifflichen Unterscheidungen, die gerade das besondere Wesen sozialdemokratischen Denkens ausmachen, teils wird er Ursache der Ausbreitung jener Preisgabe. Indem man zu einer verschwommenen Ausdrucksweise zurückkehrt, die bekämpft, deren verhäng-

nisvollen Fehler aufgedeckt zu haben mit das Hauptwerk der großen Lehrer des modernen Sozialismus gewesen ist, gibt man einen großen Teil des Wesens ihrer Lehre überhaupt auf und kehrt zur Betrachtungsweise der kleinbürgerlichen Demokratie, wenn nicht noch hinter sie zurück. Wie sehr aber hier Betrachtungsweise zur Praktizierung der entsprechenden Politik wird, hat die Erfahrung gezeigt.

Klare Politik, wie sie der Sozialdemokratie als Partei der Arbeiterklasse vor allem ziemt, hat zur notwendigen Voraussetzung Klarheit der politischen Begriffe. Der Begriff Volk ist, selbst wo er ausschließlich auf die Politik bezogen wird, schon geeignet, für uns ganz besonders wichtige Unterscheidungen zu verwischen. Ihn aber so zu gebrauchen, daß jede Klassenunterscheidung bei ihm restlos ausgelöst wird, ist grober Verstoß gegen das Wesentliche des sozialdemokratischen Gedankens.

* * *

Vom Wort Volk hat man in neuerer Zeit das Wort völkisch abgeleitet. Hinsichtlich seiner trifft alles, was betreffs des Stammworts gesagt wurde, mit doppelter Kraft zu. Es ist ein nach den verschiedensten Seiten hin schillernder Begriff. Es wurde geprägt, um das Wort national zu verdrängen, weil dieses ein Fremdwort sei. Nun läßt sich gegen die Reinigung der Sprache von unnützen Fremdwörtern gewiß nichts einwenden; sie ist namentlich dann am Platze, wenn es sich um Fremdwörter handelt, die erfahrungsgemäß bei der Mehrheit des Volkes falsche Vorstellungen erwecken, in einander widersprechenden Anwendungen gebraucht werden. Bedingung ist nur, daß die Sprachreinigung nicht zur Verunreinigung der Begriffe führt. Das ist aber beim Wort völkisch in hohem Grade der Fall. Will man sich davon überzeugen, so lasse man sich von einer Anzahl Leute, ohne daß der eine vom anderen weiß, die Frage beantworten, was nach ihrer Meinung völkisch bedeutet. Man wird dann sehr weit auseinandergehende Antworten erhalten. Das Wort national war wie sein Stammwort Nation vollständig in den deutschen Sprachgebrauch übergegangen, soweit Abweichungen im Begriff bei ihm unterliefen, waren sie nicht schlimmer als Abweichungen im Begriff von Worten, deren Sprachwurzel als rein deutsch anerkannt wird. Im allgemeinen wußte jeder, was er sich unter ihm zu denken hatte. Bei völkisch ist das nicht der Fall. Für neun Zehntel der Deutschen ist es Fremdwort und hat die verschiedensten Anwendungen: politisch, ethnologisch, auf Rassen oder selbst auf Stämme bezüglich. Es verwischt das soziale Moment oder sucht es geradezu auszulöschen, um dafür das Moment der Abstammung oder Rassenzugehörigkeit in den Vordergrund zu drängen. Es wird denn auch mit Vorliebe von alldeutschen und diesen geistesverwandten Leuten gebraucht, in der Sozialdemokratie konnte es bisher kein Bürgerrecht erlangen. Neuerdings jedoch konnte man ihm auch gelegentlich in Druckschriften begegnen, die unter sozialdemokratischer Firma erschienen. Es ist nun zwar sehr unwahrscheinlich, daß diese »Vorläufer« irgendwelchen erheblichen Nachtrab finden werden. Wenn die besonderen Umstände nicht mehr obwalten, welche dem Worte Modecharakter verschafften, sein Gebrauch also den Anwender nicht mehr adelt, wird auch die Lust zur Nachahmung vergehen. Immerhin ist es am Platze, festzustellen, daß das Wort »völkisch« in keiner Hinsicht eine Verbesserung des Sprachschazes der

Deutschen, sondern im Gegenteil ein geschraubter Ausdruck ist, nur dazu angefaßt, die Klarheit begrifflichen Denkens zu untergraben.

Ein Stück Selbstkritik der Leute, die es mit Vorliebe gebrauchen, liegt übrigens darin, daß, wenn sie von ihrer politischen Gesinnung sprechen, sie doch wieder zum Begriff *national* ihre Zuflucht nehmen, sich als Leute von *nationaler* Gesinnung, als Anhänger *nationaler* Parteien bezeichnen. Die Sprache läßt sich eben nicht nach Belieben und Modebedürfnis umwandeln. Womit jedoch nicht gesagt ist, daß in dieser Verbindung nun wenigstens das Wort *national* richtig angewendet ist. Auch da liegt eine Vergewaltigung der Logik des Sprachgeistes vor.

National ist der Ausdruck für das auf die Nation Bezügliche im Unterschied von dem, was sich nur auf kleine Vielheiten bezieht oder über die nationalen Besonderheiten hinausgreift. Politisch kennzeichnet es in der Geschichte vornehmlich den Gegensatz zum bloß örtlichen oder Partikularen, in Einzelfällen auch den Gegensatz zum viele Völkerschaften umfassenden Imperium. Nationale Bewegungen sind entweder Bewegungen zum Zwecke der Verbindung zersplitterter Einzelteile einer Nation zu einer politischen Einheit oder Bewegungen für die Befreiung der Nation aus irgendwelcher Fremdherrschaft. Im Hinblick auf diese Bewegungen und Beziehungen hat es seinen guten Sinn, von nationalem Empfinden, nationaler Gesinnung zu reden. Das Nationalgefühl ist dann entweder das Bewußtsein von der Zusammengehörigkeit zu einer Vielheit, die Interessen allgemeinerer Natur umfaßt als die örtliche Gemeinschaft oder als die geschlossene Sonderverbindung, oder es bedeutet den Kampf für ein mehr oder weniger großes Stück Selbstbestimmung. In jedem dieser Fälle trägt es fortschrittliche Züge, zielt es auf Abwerfung geistiger oder politischer Ketten. Als Ferdinand Lassalle den von ihm geführten Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein als eine große *nationale* Bewegung pries, hatte er lediglich den Unterschied von lokalen oder sich mit kleinsten Sonderinteressen beschäftigenden Vereinen im Auge. Weder lag für ihn ein Anlaß vor, einen Gegensatz gegen eine internationale Bewegung zu verkünden, da von einer solchen im Augenblick, wo er jene Worte brauchte, noch keine Rede war, noch würde er, falls eine internationale Arbeiterbewegung schon bestand, sich gegnerisch zu ihr verhalten haben, da seine Auffassung des Nationalen immer nur Erhebung über das Partikulare, nie aber Gegnerschaft gegen das über die Nation hinausgreifende hieß. Ebenso ist das Beiwort *national* im Titel vieler gewerkschaftlicher, politischer usw. Arbeitervereine Englands und Frankreichs nicht als Zeichen für eine Begrenzung gewählt, sondern soll die Weite des Rahmens der Vereinigung anzeigen, genau wie das in allen Ländern bei vielen gewerblichen Unternehmungen der Fall ist.

Von dieser, man kann sagen naturgemäßen Anwendung unterscheidet sich der Gebrauch des Wortes *national* für eine Gesinnung oder Parteilstellung, die nicht mehr Befreiung von örtlicher oder Gruppenbeschränkung, nicht mehr Kampf gegen unterdrückende Mächte im Auge hat, sondern aus der Betonung von Sonderinteressen der eigenen Nation gegenüber anderen Nationen ihre Berechtigung herleitet. Für solche Gesinnung oder Parteilstellung das Beiwort *national* gebrauchen, ist eine irreführende Anwendung des Begriffs, anders ausgedrückt Mißbrauch des Wortes. Denn es handelt sich da nicht schlechthin um das Nationale, sondern stets um dessen Kultus im Hin-

blick auf Machterweiterung und dergleichen Sonderbestrebungen. National heißt da nicht mehr Erhebung über partikularistische Gesinnung, sondern ist vielmehr selbst Partikularismus, und so ist für politische Bewegungen, die sich heute in Deutschland, in England und Frankreich usw. das Beiwort national beilegen, tatsächlich eine Bezeichnung am Platze, die erkennen läßt, daß eine solche Verschärfung des einfachen, unanstößigen, wesentlich demokratischen nationalen Empfindens vorliegt. Ich habe bei anderer Gelegenheit schon betont, daß für diese Bewegungen und die ihnen entsprechende Gesinnung das Wort *n a t i o n a l i s t i s c h* die entsprechende Bezeichnung ist, weil eben dieses Wort eine Steigerung zu erkennen gibt. Man wird meines Erachtens gut tun, stets, wo man heute auf das Wort national als politische Bezeichnung stößt, sie darauf zu prüfen, ob es sich nicht um Nationalismus im letzteren Sinne handelt. Auf diese Weise ist auch hierbei eine reinliche Unterscheidung der Begriffe möglich. Unter anderem ist das Merkmal für das Verhältnis des sogenannten Völkischen zum Nationalen gegeben. Bei allen Parteien, die sich als völkisch bezeichnen, kann man sicher sein, daß nähere Prüfung sie als durchaus *n a t i o n a l i s t i s c h* erweisen wird. Wären sie einfach national, so würden sie oder ihre Anwälte für sie nicht das Wort wählen, das dem Mann aus dem Volke ein Fremdwort ist und hoffentlich auch bleiben wird.

Imperialismus und reaktionäre Masse.

Von K. Kautsky.

1. Die Ausgleichung der bürgerlichen Klassengegensätze.

Die Frage, die Genosse Dickmann in seinem Artikel »Der Marxismus am Scheideweg« behandelt hat, ist wichtig; daher benutze ich gern seine Anregung, mich nochmals darüber zu äußern, obwohl Dickmann von einer ganz falschen Voraussetzung ausgeht.

Die Frage, ob und inwieweit wir heute eine reaktionäre Masse haben, wurde in meinen Artikeln über den imperialistischen Krieg, an denen Dickmann Anstoß nahm, gar nicht behandelt. Wogegen ich mich wendete, war die Methode, die reaktionäre Masse als eine feststehende Tatsache zu betrachten, die uns die Untersuchung der Verschiedenheiten und Gegensätze zwischen den bürgerlichen Klassen und Parteien und die Untersuchung der historischen Wirkungen dieser Gegensätze erspart. Ich habe aber keineswegs behauptet, daß eine solche Untersuchung uns nirgends eine reaktionäre Masse zeigen werde. Nicht als *R e s u l t a t*, sondern als *A u s g a n g s - p u n k t* der Untersuchung lehnte ich sie ab.

Daß das politische Milieu, in dem Genosse Dickmann lebt, ihn die reaktionäre Masse in Reinkultur sehen läßt, bezweifle ich nicht im mindesten. Aber es wäre voreilig, daraus für alle Länder und alle Zeiten einen allgemeinen Schluß zu ziehen. Das bezeugt gerade jetzt die russische Revolution, die unerklärlich ist vom Standpunkt der einen reaktionären Masse aus. Nicht einmal die Oktobristen, von den Kadetten nicht zu reden, bildeten in ihr mit den Knechten des Zaren zusammen eine geschlossene Masse gegenüber dem revolutionären Proletariat.

Damit könnte ich's bewenden lassen, wenn es sich bloß um die Abwehr Dickmanns handelte und um seinen Appell, ich möge wieder umkehren zum

»Weg zur Macht«, alles sei verziehen. Niemand wird behaupten wollen, die Auffassungen, die ich im »Weg zur Macht« entwickle, seien unvereinbar mit den Tatsachen der russischen Revolution. So wenig wie diese sehen jene die »reaktionäre Masse« voraus.

Es wäre geradezu unsinnig, wollte ich meine Anschauungen über den »Weg zur Macht« heute preisgeben, wo sie seit Jahren immer wieder neue Bestätigungen finden. Dickmanns gut gemeinter Appell ist also überflüssig.

Nun meint er freilich, die früher von mir und anderen, wie Hilferding, gezeichnete ökonomische Entwicklung bezeuge, daß diese die Gegensätze zwischen den bürgerlichen Klassen ausgleiche und sie damit in eine unterschiedslose Masse verwandle. Aber auch da befindet er sich auf dem Holzweg.

Seine ökonomischen Darstellungen sind recht eigenartig. So steht er eine Ursache der Annäherung zwischen Kapital und Grundbesitz darin, daß der Grundbesitzer früher seinen Besitz an kapitalistische Pächter verpachtete, zu denen er in einem Gegensatz stand, während er jetzt die Selbstbewirtschaftung seines Gutes vorzieht. Was Dickmann hier als zwei Stadien einer aufeinander folgenden Entwicklung ansieht, sind in Wirklichkeit zwei nebeneinander bestehende Erscheinungsformen kapitalistischer Landwirtschaft. Die Form des kapitalistischen Pächters, von der Marx ausging, besteht heute noch in England in demselben Maße wie vor hundert Jahren. Und die Selbstbewirtschaftung des Gutes durch den Grundherrn, von der zum Beispiel Rodbertus ausging, bestand vor hundert Jahren in Preußen ebenso wie heute.

Andere seiner ökonomischen Ausführungen sind weniger schief, beweisen aber noch keineswegs, was Dickmann beweisen will. Denn er will ja nicht bloß zeigen, daß die Tendenz zur Herstellung der reaktionären Masse besteht, sondern daß diese überall bereits als notwendige und dauernde Erscheinung infolge der Auflösung der Gegensätze zwischen den bürgerlichen Klassen ins Leben getreten ist. Dazu reichen Dickmanns Hinweise nicht aus. Gewiß besteht die Tendenz zur Annäherung zwischen Großgrundbesitz und industriellem sowie Bankkapital; gewiß wird das durch die Form der Aktiengesellschaften sehr gefördert. Aber man darf die Sache nicht übertreiben und nun meinen, diese Form verwandle alle Mitglieder der bestehenden Klassen in bloße Aktienbesitzer und lösche damit alle Verschiedenheiten unter ihnen aus.

Um nur eines zu bemerken, sei darauf hingewiesen, daß die Aktiengesellschaft die ökonomischen Funktionen des Kapitalisten im Produktionsprozeß nicht aufhebt, sondern sie bloß vom Besitzer auf Angestellte überträgt, Direktoren mit ihrem Anhang usw. Mit den Funktionen übernehmen diese auch die ihnen entsprechende Denkweise. Für den Geldkapitalisten, der gleichzeitig Aktien der Textil- wie der Schwerindustrie besitzt, mag der Interessengegensatz der beiden Industriezweige aufgehoben sein, nicht aber für das leitende Personal hier wie dort.

Wenn die ökonomische Entwicklung alle Klassengegensätze überwindet, so schafft sie wieder neue. Immer wichtiger wird die Schicht der Intellektuellen und Angestellten. Sie ist diejenige, die am schnellsten wächst. Sie bildet aber keine einheitsliche Schicht, sondern eine, die durch den Klassengegensatz zwischen Kapital und Arbeit zerrissen wird.

Andererseits bringt dieselbe Entwicklung, die Großgrundbesitzer und Bauern einander nähert, einen wachsenden Gegensatz zwischen Stadt und

Land, zwischen städtischen Konsumenten und ländlichen Produzenten hervor.

Man darf sich also die bürgerliche Welt unserer Lage nicht so bar aller Unterschiede und Gegensätze vorstellen, wie Dickmann sie ansieht. Man muß immer wieder davor warnen, die Abstraktion, die für die wissenschaftliche Forschung unentbehrlich ist, mit der Wirklichkeit zu verwechseln und deren ungeheure Mannigfaltigkeit mit einer vereinfachten Schablone meistern zu wollen. Die theoretische Abstraktion ist der Weg, der einzige Weg zu tieferer Erkenntnis der Wirklichkeit, sie ist nicht ihr bloßes Abbild.

2. Klasseninteresse und Taktik.

Die hier gegebenen Andeutungen genügen wohl, die Mangelhaftigkeit der Dickmannschen Vorstellungen von der Entwicklung der Klassengegensätze anzuzeigen. Mehr zu geben, würde zu weit führen, uns zum großen Teil zwingen, längst Gesagtes zu wiederholen, wäre aber auch für die Zwecke dieser Untersuchung überflüssig. Denn selbst wenn Dickmann recht hätte und die ökonomische Entwicklung wirklich genau den Weg ginge, den er sie gehen sieht, und diese Entwicklung nicht bloß eine Tendenz darstellte, sondern den einzigen Faktor, der die heutige bürgerliche Gesellschaft ökonomisch beherrscht: auch dann brauchte daraus noch nicht notwendigerweise die »reaktionäre Masse« hervorzugehen.

Das ist es, was ich hier untersuchen will. Ich habe dabei nicht bloß die Auffassung Dickmanns im Auge, sondern die einer ganzen Reihe angesehener Marxisten, die alle den gleichen Fehler begehen, den historischen Materialismus zu einfach aufzufassen und alle Äußerungen des gesellschaftlichen Lebens direkt aus ökonomischen Interessen abzuleiten, statt in den materiellen Bedingungen und Interessen nur den letzten Grund jener Äußerungen zu suchen. Sie übersehen alle die zahlreichen Mittelglieder, die zwischen der Äußerung und ihrer letzten Grundlage auftreten, und kommen dadurch leicht zu ganz schlechten Vorstellungen, was gerade in der Zeit des jetzigen Krieges stark zutage getreten ist.

Zunächst wäre zu bemerken, daß die moderne Gesellschaft ein viel zu kompliziertes Gebilde ist, als daß mit einem bestimmten Klasseninteresse auch schon eine bestimmte Methode gegeben wäre, es zur Geltung zu bringen. Die verschiedensten Methoden sind unter bestimmten Verhältnissen denkbar, und durch die Wahl der einen oder der anderen Methode können hier verschiedene Klassen oder Teile von Klassen zu gemeinsamem Wirken zusammengeführt, kann dort eine Klasse in verschiedene einander feindselige Gruppen gespalten werden. Je energischer das soziale und politische Leben pulsiert, je erbitterter die Klassenkämpfe, um so stärker können diese Unterschiede der Methoden wirken, hier aus verschiedenen Klassen eine reaktionäre oder revolutionäre Masse schaffen, dort eine Klasse in zwei Parteien trennen.

Ein besonders auffallendes Beispiel für letzteres bieten die beiden Parteien der Tories, der Vorgänger der Konservativen, und der Whigs, der Vorläufer der Liberalen, die in England nach seiner ersten Revolution aufkamen. Ich habe schon in meinem Artikel über die reaktionäre Masse auf sie hingewiesen. Beide waren Parteien des großen Grundbesitzes; beide verfolgten die gleichen Interessen: Erhaltung der Privilegien des großen Grund-

bestes und seiner Machtstellung im Staate. Aber die Revolution von 1642 bis 1660 hatte ihnen deutlich gezeigt, daß sie zur Behauptung dieser Stellung allein zu schwach waren. Zu ihrer Sicherung bedurften sie der Hilfe starker Alliierten. Und darüber spalteten sich die mächtigen Adelsfamilien. Die einen sahen ihre Interessen am besten gewahrt durch ein starkes Königtum, durch eine herrschende Staatskirche, durch die Unterstützung des Landadels, der Krautjunker. Die anderen zogen aus den Erfahrungen der Revolution die Lehre, daß das Übergewicht dieser Elemente ihnen die Herrschaft nicht sichere, daß es vielmehr den Staat mit einer Erneuerung des Aufstandes der unteren Klassen bedrohe. Sie suchten daher die Allianz der neu auftretenden Macht, des Kapitals, der Kaufleute und Bankiers der City von London. Sie versuchten das parlamentarische Regime, die religiöse Toleranz, die Förderung des Handels und der Industrie. Nicht aus innerem Drange, sondern nur soweit es nötig war, um die bürgerliche Gefolgschaft nicht zu verlieren.

Die Trennung der zwei Parteien wirkte nach, als das industrielle Proletariat aufkam. Liberale Kapitalisten und konservative Grundbesitzer suchten es zu ihrem politischen Werkzeug zu machen. Die Fabrikanten, indem sie es zum Kampfe gegen die Kornzölle aufriefen. Die Grundbesitzer, indem sie seinen Kampf um Arbeiterschutzgesetze gegen die Fabrikanten unterstützten.

Diese Zeit ist vorüber. Die Arbeiterklasse hat zu viel Macht entwickelt, als daß irgendeine bürgerliche Partei es noch wagen würde, sie als ihr Werkzeug zu einer Aktion aufzurufen. Und die Bewegung der städtischen Arbeiter beeinflusst auch die Landarbeiterschaft, teils durch Anstachelung ihrer »Begehrlichkeit«, teils durch die starke Abwanderung in die Städte und den Leufemangel auf dem Lande. Nun stehen dieser Bewegung gerade die Grundbesitzer am feindseligsten gegenüber.

Diese gemeinsame Gegnerschaft gegen das Proletariat bildet sicher eine starke Tendenz, Grundbesitz und städtisches Kapital zu einer reaktionären Masse zu vereinigen, und sie ist sehr erstarkt seit der Zeit, in der Marx sich gegen das Wort von der reaktionären Masse wandte.

Je mehr aber den besitzenden Klassen die Luft vergeht, das Proletariat als ihr Werkzeug gegeneinander auszunutzen, desto mehr kommt ein anderes Motiv bei ihnen auf, die Furcht vor dem Proletariat. Und das wirkt wieder spaltend auf sie ein. Denn es gibt zwei Methoden, das Proletariat niederzuhalten: die Gewalt und die List. Die Gewalt, die natürlich nicht immer direkt physische Gewalt sein muß; Unterdrückung der proletarischen Vereinigungen durch übermächtige Unternehmerverbände ist auch eine Methode der Gewalt. Andererseits die List, die von jenen bevorzugt wird, die fürchten, die gewalttätigen Methoden könnten die Arbeiter erbittern und vereinen und so das befürchtete Unheil erst recht herbeiführen. Viel wirksamer erscheint von jenem Standpunkt aus die Methode, durch kleine Konzessionen die Arbeiter einzulullen und vor allem zu spalten, die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter zu einer Arbeiteraristokratie zu gestalten, die im Gegensatz steht zu den unorganisierten, oder die Landarbeiter in besitzende Bauern zu verwandeln. Die kühneren unter diesen listigen Elementen sehen die Notwendigkeit ein, dem Proletariat erhebliche Konzessionen zu machen, und glauben das ohne Gefährdung des Kapitalismus auf

Kosten des großen Grundbesitzes erreichen zu können. Dagegen vermag dieser dem Proletariat nichts mehr zu bieten ohne Entastung des Kapitals, mit dem er bereits innig verwachsen ist. Der große Grundbesitz wird daher jetzt das Zentrum der Bestrebungen nach gewaltsamer Niederhaltung des Proletariats. Um ihn scharen sich alle bürgerlichen Elemente, die jene gewaltsame Niederhaltung für unerlässlich halten. Aber gegenüber dieser tatsächlich reaktionären Masse erhebt sich ein bürgerlicher Radikalismus, der sich gedrängt sieht, um so radikaler zu werden, je mehr das Proletariat an Kraft gewinnt und je weitergehend die Forderungen, für die es ungefüß eintritt.

Es hängt von vielen und wechselnden historischen Umständen ab, wie sich diese beiden Richtungen der bürgerlichen Politik in einem Staat entwickeln. Vor allem wirken da entscheidend die Machtmittel, die den herrschenden Klassen zu Gebote stehen. Wo sie sich ihrer Machtmittel sicher fühlen, bewirkt die steigende Kraft des Proletariats selten das Erstarken eines bürgerlichen Radikalismus. Sie führt dort eher dazu, daß das Wort von der einen reaktionären Masse völlig wahr wird. Das gleiche findet aber auch dort statt, wo sie ihre Machtmittel völlig verlieren, wo das Proletariat eine herrschende Stellung erringt. Da schweift es alle bürgerlichen Klassen und Parteien ohne weiteres zu einer reaktionären Masse zusammen. Das erlebten wir nach der Junischlacht 1848, nach der Pariser Kommune 1871, nach der russischen Revolution 1906.

Wo dagegen die besitzenden Klassen sich ihrer Machtmittel nicht sicher fühlen, das Proletariat bereits drohend anwächst, aber noch nicht so weit ist, die politische Macht an sich zu reißen, noch die Möglichkeit besteht, durch Konzessionen es für einige Zeit zu beschwichtigen, da kann der bürgerliche Radikalismus gerade durch das Anwachsen der sozialistischen Bewegung gestärkt werden. Das ist eine Erscheinung, die uns die letzten Jahre in England, in Frankreich, in den Vereinigten Staaten gezeugt haben.

In Rußland hat jetzt der proletarische Druck ein kolossales Anwachsen des bürgerlichen Radikalismus gebracht. Überschreitet dieser Druck einen bestimmten Grad, dann freilich kann die bürgerliche Welt Rußlands sehr wohl aus dem Stadium des Radikalismus in das der reaktionären Masse umschlagen.

Auf keinen Fall aber geht es an, alle die Zwischenglieder zwischen Klasseninteresse und politischer Aktion auszuschalten und überdies noch die Entwicklung der Klasseninteressen in der abstraktesten Form als das getreue Abbild der Wirklichkeit aufzufassen, um daraus zu schließen: wir stehen im Zeitalter der reaktionären Masse, alle Gegensätze innerhalb der bürgerlichen Welt sind ausgelöscht und brauchen für unsere Politik nicht mehr in Betracht gezogen zu werden.

Diese Auffassung der Politik kann höchst verderblich werden. Sie kann die Erkenntnis der Wirklichkeit und ihrer Aufgaben geradezu unmöglich machen und uns zu den verkehrtesten Handlungen veranlassen.

Man kann den nichtmarxistischen Sozialisten der angelsächsischen Länder, namentlich den Fabiern, sicher den Vorwurf machen, daß sie sich zu sehr auf das Zusammentragen von einzelnen Tatsachen beschränken und es vernachlässigen, mit Hilfe einer tiefergehenden Theorie — und als solche kommt jetzt nur die Marxsche in Betracht — die inneren Zusammenhänge der Tat-

sachen zu suchen. Das ist sicher ein Fehler, der manchen falschen Schritt nach sich zieht.

Aber noch weit verhängnisvoller werden jene unserer Marxisten, die in der Theorie nicht den Leitfaden sehen, der es ihnen ermöglicht, sich im Labyrinth der Tatsachen zurechtzufinden, sondern eine Zauberformel, die es ihnen erspart, sich durch dieses Labyrinth durchzuarbeiten, und es ihnen ermöglicht, bei ihm vorbei raschest auf geradem Wege zum Ziele zu kommen.

3. Klasseninteresse und Gesellschaft.

Schon die Verschiedenheiten der Methoden, die denkbar sind, das gleiche Klasseninteresse zu wahren, bewirken, daß einer Annäherung, ja vollständiger Übereinstimmung der Interessen verschiedener Klassen keineswegs auch ihre Zusammenfassung zu einer einheitlichen Masse entsprechen muß. Aber die Verschiedenheit der Methoden ist nicht der einzige Faktor, der den Parallelismus zwischen dem Übereinstimmen der Interessen und dem der gesellschaftlichen Ziele und Mittel zu durchkreuzen vermag.

Ein anderer Faktor entspringt aus der sozialen Natur der Klasseninteressen. Hier müssen wir etwas weiter ausholen, weil wir da nicht bloß auf schon vielfach Bekanntes verweisen können. Ich habe allerdings den Gedankengang, den ich hier entwickle, schon einmal in etwas anderer Weise dargelegt, in den Artikeln über »Klasseninteresse, Sonderinteresse, Gemeininteresse« (Neue Zeit, XXI, 2, S. 240 ff.).

Das Klasseninteresse scheint auf den ersten Blick eine sehr einfache Sache zu sein. Man sagt oft die materialistische Geschichtsauffassung dahin auf, als wolle sie sagen, die Menschen würden nur von ökonomischen Motiven bewegt. Diese bildeten ihre Interessen. Jeder Mensch, meint diese Auffassung, hat seine persönlichen Interessen. Alle Menschen, deren persönliche Interessen übereinstimmen, bilden eine Klasse. Ihre gemeinsamen persönlichen Interessen sind das Klasseninteresse, und der Kampf zur Verfechtung dieser Interessen ist der Klassenkampf.

Wäre das die materialistische Geschichtsauffassung, dann bedeutete sie den Rückfall in einen sehr flachen und primitiven Utilitarismus. In Wirklichkeit hat der eben dargelegte Gedankengang mit der Marxschen Geschichtsauffassung nichts zu tun. Diese gibt uns nicht eine Untersuchung des Wesens des Menschen und der Triebkräfte, die ihn bewegen. Sie setzt dieses Wesen, soweit es in seinen natürlichen Anlagen beruht, als gegeben voraus und untersucht nur die *V e r ä n d e r u n g e n*, die es im Laufe der Geschichte durchmacht. Als die letzte Ursache dieser Veränderungen allerdings betrachtet es die Wandlungen der Ökonomie, das heißt der Formen des Zusammenwirkens der Menschen zur Gewinnung ihres Lebensunterhalts.

Zu den wichtigsten Merkmalen, mit denen der Mensch seine Entwicklung über die Tierwelt hinaus beginnt und die sein von den tierischen Vorfahren ererbtes natürliches Wesen, seine »Menschennatur« bilden, gehört sein sozialer Charakter. Der Mensch ist ein gesellschaftliches Wesen, kann nur in und durch die Gesellschaft leben. Er kennt daher nicht bloß persönliche, sondern auch gesellschaftliche Interessen. Diese stehen nicht immer in Übereinstimmung, sondern nicht selten im Gegensatz zu den persönlichen Interessen, treten ihnen gegenüber als sittliche Pflicht, als kategorischer Imperativ auf. Es sind die sozialen Triebe im Menschen, die es bewirken, daß jene Pflicht-

ten sich bei einem Konflikt mit dem persönlichen Interesse durchsetzen. Unter jenen sozialen Trieben braucht man sich nicht bloß eitel Edelmüt und Selbstlosigkeit vorzustellen. Oft noch viel mächtiger sind das Bedürfnis nach dem Beifall, die Furcht vor dem Mißfallen der gesellschaftlichen Umgebung; sind Ehrgeiz, ja Eitelkeit, Angst vor Schande und dergleichen.

Für die Gesellschaft zu sorgen, in der Gesellschaft und auf die Gesellschaft zu wirken, gehört zum Wesen des Menschen, ist ihm ein Bedürfnis unter allen gesellschaftlichen Formen, wenn auch nicht jedes gleich stark entwickelt.

Ihren einfachsten, nächstliegenden und greifbarsten Ausdruck findet die Gesellschaft für den einzelnen in seiner persönlichen Umgebung, in den Menschen, die mit ihm aufwachsen, mit ihm arbeiten, mit ihm Freude und Leid, die wichtigsten dauernden Eindrücke und Interessen teilen, deren Lob ihn erhebt, deren Tadel und Mißachtung ihn herabdrückt. Das sind aber in einer Gesellschaft, die in Klassen zerfällt, die Klassengenossen. So wird in ihr das Klasseninteresse das mächtigste soziale Interesse.

Kommen wir aber auf diese Weise nicht über einen Umweg zu dem von vornherein naheliegenden Ergebnis zurück, daß das Klasseninteresse die Summe der persönlichen Interessen der Klassengenossen ist? Keineswegs.

Das persönliche Interesse des einzelnen besteht neben seinen sozialen Interessen, also auch seinen Klasseninteressen, und kommt nicht selten in Konflikt mit ihnen. Namentlich bei unterdrückten, aufstrebenden Klassen tritt an den einzelnen oft die Versuchung heran, seine persönlichen Interessen durch Verrat an seiner Klasse zu fördern oder sich doch durch Fernbleiben von den Klassenkämpfen vor Schädigung zu bewahren.

Das würde freilich bloß beweisen, daß das Klasseninteresse nicht die Summe aller persönlichen Interessen der Klassengenossen bilde. Es könnte doch die Summe ihrer gemeinsamen persönlichen Interessen darstellen. Aber auch wenn man's so sagt, bleibt ein Unterschied zwischen dem persönlichen und dem Klasseninteresse. Das Interesse für die eigene Person ist ein zeitlich beschränktes. Es besteht nicht über ihre Lebenszeit hinaus. Die Gesellschaft überdauert dagegen den einzelnen, sie ist im Verhältnis zu ihm unsterblich.

Mehr oder weniger gilt das auch von ihren Klassen. So scheidet sich das Klasseninteresse vom persönlichen Interesse auch dort, wo sie inhaltlich völlig übereinstimmen, als dauerndes Interesse vom Augenblicksinteresse. Der einzelne kann seiner Klasse große, fernliegende Ziele setzen, auch wenn er daran verzweifelt, ihre Erreichung selbst zu erleben. Je stärker sein soziales Empfinden, je mächtiger sein Klasseninteresse sein persönliches Interesse überwiegt, desto leichter wird es sein, ihn für große Ziele seiner Klasse zu begeistern.

Das persönliche Interesse, selbst soweit es allen Klassengenossen gemeinsam ist, unterscheidet sich vom Klasseninteresse aber auch dadurch, daß es leicht faßbar und unverkennbar ist. Es bedurfte keines Marx, um zu zeigen, daß die Kapitalisten nach hohem Profit verlangen und die Arbeiter nach hohen Löhnen und kurzer Arbeitszeit.

Aber man kommt mit diesen persönlichen Erkenntnissen nicht weit, wenn man die dauernden Interessen einer Klasse und ihre Zukunftsaufgaben erkennen will. Dazu muß man nicht bloß die eigenen persönlichen Wünsche und Bedürfnisse sowie die der Klassengenossen kennen, sondern auch die

Stellung der eigenen Klasse in der Gesamtheit der Gesellschaft begreifen. Das ist nicht möglich ohne gesellschaftliche Erkenntnis, die am tiefsten dort reicht, wo sie mit den Methoden und Hilfsmitteln der Wissenschaft gesucht und gewonnen wird. Die persönliche Erfahrung des »Praktikers« reicht dazu nicht aus.

Wie gegensätzlich auch die Interessen der verschiedenen Klassen sein mögen, sie sind alle daran interessiert, daß die Gesellschaft gedeiht, in der sie leben. Wir reden hier von der Gesellschaft, nicht vom Staate. Das gesellschaftliche Interesse fällt nicht zusammen mit dem der überkommenen Staatsgebilde. Die Auflösung oder Veränderung des einen oder des anderen unter diesen kann mitunter das gesellschaftliche Gedeihen fördern.

Das gemeinsame Interesse aller Klassen am ökonomischen Gedeihen der Gesellschaft bedeutet aber auch keineswegs eine gesellschaftliche Harmonie der Klasseninteressen. Jede Klasse muß das Gedeihen der Gesellschaft anstreben, weil sie in ihr lebt, aus ihr ihre Existenzmittel zieht. Aber jede Klasse will dabei ihre Interessen wahren, jede betrachtet sich als den Mittelpunkt der Gesellschaft, will es werden oder bleiben. Doch kann keine Klasse dabei dauernde Erfolge erringen, wenn sie sich Ziele setzt, die den gesellschaftlichen Produktionsprozeß hemmen und damit das Gedeihen der Gesellschaft schädigen. Jede Klasse hat bei gegebenen Machtverhältnissen um so mehr Aussicht auf Erfolg, je mehr ihre Ziele geeignet sind, den gesellschaftlichen Produktionsprozeß zu fördern, den gesellschaftlichen Wohlstand zu heben. So wird das Klasseninteresse eng verknüpft mit dem gesellschaftlichen Interesse, wird der Klassenkampf ein Kampf um die Gestaltung der ganzen Gesellschaft.

Je mehr er diesen Charakter annimmt, desto mehr wird er abhängig von wissenschaftlicher Erkenntnis, desto leichter wird es aber auch, daß diese Erkenntnis ebenso wie allgemeines gesellschaftliches Interesse stark genug werden, einzelne Mitglieder anderer Klassen zur Teilnahme an diesem Klassenkampf heranzuziehen, was unmöglich wäre, wenn er sich nicht große Ziele setzte, sondern nur die persönlichen Interessen der Klassengenossen wahren wollte.

Der Kampf der Klassen tritt nun auf als ein Kampf von Ideen. Ihre Wirksamkeit bleibt abhängig von der Macht der Klassen, deren Interessen sie in letzter Linie entspringen. Aber die Werbekraft solcher Ideen braucht nicht auf die Mitglieder einer Klasse beschränkt zu bleiben.

Doch mit der Zahl der Mittelglieder, die von dem ursprünglichsten Ausgangspunkt, den gemeinsamen persönlichen Interessen der Klassengenossen, zu den höchsten Idealen des Klassenkampfes führen, wächst auch innerhalb der Klasse die Distanz zwischen jenen ihrer Elemente, die zu den hohen Zielen vorgedrungen sind, und jenen, die noch bei ihren persönlichen Interessen verharren. Gleichzeitig nimmt auch die Möglichkeit zu, daß Klassengenossen durch Verschiedenheiten der Bildung und der Umgebung zu Verschiedenheiten der Ideen kommen, von denen sie sich leiten lassen. Zu den faktischen Gegensätzen, die eine Klasse spalten, können sich also auch prinzipielle gesellen.

Solche Spaltungen werden unerklärlich, wenn wir das Klasseninteresse als die bloße Summe der persönlichen Interessen der Klassengenossen betrachten, denn über die ist eine Meinungsverschiedenheit nicht möglich. Es wird dann völlig unbegreiflich, warum es Zentrumsarbeiter und liberale

Arbeiter gibt. Diese haben ebenso wie sozialdemokratische Arbeiter ein Interesse an hohen Löhnen und kurzer Arbeitszeit.

Wir müssen es immer von neuem wiederholen: so einfach vollziehen sich die gesellschaftlichen Kämpfe nicht.

4. Freihandel, Sozialismus, Imperialismus.

Unter den Faktoren, die auf die Gesellschaft einwirken, ist heute der stärkste die Staatsgewalt. Sich ihrer zu bemächtigen und, solange das nicht möglich, sie mindestens ausgiebigst zu beeinflussen, ist eine dringende Angelegenheit für jede Klasse. Damit ergibt sich wieder ein neuer Faktor, der die Wahrung der Klasseninteressen kompliziert. Zu den Verschiedenheiten der taktischen Methoden, den Gegensätzen von Augenblickspolitik und weisersehender Politik, den Unterschieden im Grade wissenschaftlicher Erkenntnis gesellt sich nun noch die Notwendigkeit, den Klassenkampf im Rahmen einer gegebenen Staatsordnung zu führen, die in verschiedenen Ländern und in demselben Lande zu verschiedenen Zeiten sehr verschieden ist.

Trotz dieser Komplizierung gibt aber der Kampf um die Staatsmacht, der politische Kampf, dem Klassenkampf am meisten seine Bedeutung. Eine Organisation, die bloß ökonomische Zwecke verfolgt, dient in erster Linie tatsächlich nur den gemeinsamen persönlichen Interessen ihrer Mitglieder. Sie hat die Tendenz, deren Denken auf Augenblickserfolge zu konzentrieren. Der Staat dagegen erscheint von vornherein als dauernde Institution. Wo eine herrschende Klasse des Besizes der Staatsgewalt nicht sicher ist, wo eine andere Klasse Aussicht hat, ihr diesen Besitz zu entreißen und damit die Machtmittel zur Umwandlung der ganzen Gesellschaft in ihrem Sinne zu gewinnen, da lenkt der Kampf um den Staat leicht das Denken auf ferne, große Ziele und schafft damit ein Klasseninteresse von historischer Bedeutung. Der Klassenkampf, sagt das kommunistische Manifest, ist ein politischer Kampf. Nur wo eine Klasse sich politische Ziele setzt, politische Kämpfe führt, werden durch den Geist, den sie dabei entwickelt, auch ihre rein ökonomischen Organisationen Werkzeuge eines wirklichen Klassenkampfes, während sie sonst bloß Werkzeuge der persönlichen Wohlfahrt ihrer Mitglieder bleiben und deren Gesichtskreis verengen. Wird aber jeder wirkliche Klassenkampf ein politischer Kampf, so ist doch nicht jeder politische Kampf ein Klassenkampf in dem Sinne, daß hier nur zwei Klassen einander gegenüberstehen. Alle Klassen der Gesellschaft, soweit sie politische Rechte und politischen Einfluß haben, kämpfen gleichzeitig um den Staat und können dabei die verschiedensten Kombinationen miteinander eingehen. Darunter ist auch die möglich, daß einer aufstrebenden Klasse alle anderen geschlossen gegenüberstehen und so eine reaktionäre Masse bilden. Die Auffassung dieser Masse ist in der Tat dem politischen, nicht dem ökonomischen Leben entnommen. Sie bedarf natürlich mancher ökonomischen Vorbedingungen, noch mehr aber bestimmter politischer. So wie unter manchen politischen Bedingungen Vertreter des gleichen Klasseninteresses in verschiedene politische Lager getrieben werden können durch Gegensätze der Taktik oder der Ideologie, das heißt der Gesamtauffassung der Gesellschaft, so können wieder unter anderen politischen Bedingungen auch Vertreter sehr gegensätzlicher Klasseninteressen in dem gleichen politischen Lager vereinigt werden.

So schreibt Marx über die Folgen der Junischlacht von 1848:

Die Pariser Juniinsurrektion und ihre blutige Erstickung vereinigte wie im kontinentalen Europa, so in England alle Fraktionen der herrschenden Klassen, Grundbesitzer und Kapitalisten, Börsenwölfe und Krämer, Schutzöllner und Freihändler, Regierung und Opposition, Pfaffen und Freigeister, junge Huren und alte Nonnen unter dem gemeinschaftlichen Rufe zur Rettung des Eigentums, der Religion, der Familie, der Gesellschaft. (Das Kapital, I, Volksausgabe, S. 233.)

So finden wir das Wort von der reaktionären Masse verwirklicht lange vor den Zeiten des Imperialismus, lange ehe Marx sich gegen dieses Wort erhob. Wir finden es damals verwirklicht als Produkt einer bestimmten, aber vorübergehenden politischen Situation, nicht als Produkt einer ständigen ökonomischen Annäherung der besitzenden Klassen.

Natürlich kann eine derartige Annäherung in gleichem Sinne dauernd wirken.

Ebenso aber können auch dauernd, nicht als bloße Augenblickskombination Elemente verschiedener Klassen einander angenähert und zu gemeinsamer Politik vereinigt werden durch die Macht weitverbreiteter politischer und sozialer Ideen, die zwar in bestimmten Klasseninteressen wurzeln, aber doch sich genügend hoch über sie erheben, um nicht auf sie beschränkt bleiben zu müssen.

Die kapitalistische Produktionsweise weist drei große Einkommensgruppen auf: Grundrente, Kapitalprofit und Arbeitslohn. Es sind nicht die einzigen Einkommensarten in der heutigen Gesellschaft. Sie kennt noch zahlreiche Zwischenformen, das Einkommen der Handwerker und Bauern, der selbständigen Intellektuellen usw. Es gibt Elemente, die für ihre Tätigkeit, mitunter für ihre bloße Existenz bezahlt werden und insofern zu der Lohnarbeiterschaft zählen, die aber Funktionen der herrschenden oder regierenden Klassen, darunter die bloße Repräsentation, ausüben und dadurch zu diesen Klassen gehören. Innerhalb der Kapitalistenklasse selbst wird im Fortgang der ökonomischen Entwicklung für die Gesellschaft immer wichtiger das industrielle Kapital.

Großgrundbesitz, industrielles Kapital, Proletariat sind die drei großen Klassen, denen die drei großen Gesellschaftsauffassungen und damit auch die drei großen Parteigruppen des vorigen Jahrhunderts entsprachen, die konservative, liberale und sozialistische. Von den anderen Klassen und Klassenelementen vermochte keine eine eigene Gesellschaftsauffassung zu entwickeln.

Jede dieser drei Auffassungen entspricht einem bestimmten Klasseninteresse, aber das ist nun nicht etwa so zu verstehen, als wären alle Grundbesitzer konservativ oder alle Konservativen Grundbesitzer. Aber jeder, der den Grundbesitz in den Mittelpunkt der Gesellschaft stellen und sie nach seinen Bedürfnissen gestalten will, wird ein Konservativer. Andererseits wird der Grundbesitz zum Eckstein der Gesellschaft für jeden, der konservativ denkt, auch wenn er keine Grundrente bezieht, sondern seine konservative Gesinnung etwa bloß auf faktischen Erwägungen aufbaut oder auf theoretischen Überzeugungen oder bloßen Gewohnheiten.

Das gleiche gilt mit den entsprechenden Änderungen vom Liberalismus wie vom Sozialismus. Auch bei ihnen finden wir neben den Elementen, die ein direktes Klasseninteresse oder sogar persönliches Interesse zu der betreffenden Gesellschaftsauffassung treibt, auch Elemente, die faktische Erwägungen oder theoretische Überzeugung einer dieser Gesellschaftsauffassungen

zugänglich machen, wodurch sie dann zu Verfechtern der entsprechenden Klasseninteressen und ihrer Politik werden.

Doch bleibt die Zahl derjenigen gering, die wissenschaftliche Forschung der konservativen Auffassung zuführt. Sie steht zu sehr im Widerspruch zu den Bedürfnissen des Produktionsprozesses auf moderner Stufenleiter, sie fühlt sich gedrängt, seine Entwicklung zu hemmen, ihr Gesellschaftsideal liegt in der Vergangenheit. In der Feudalgesellschaft war der Grundbesitz der entscheidende Faktor der Gesellschaft und waren die verschiedenen Klassen durch feste Regulationen eingeengt und eingeschachtelt. Für die Wissenschaft ist diese Auffassung recht unfruchtbar geblieben.

Dagegen wurde das gesellschaftliche Ideal des Liberalismus eine Zeitlang das Ideal der verschiedensten Klassen, weit über das Reich der Kapitalistenklasse hinaus. Sogar auf die Arbeiterklasse gewann es stellenweise, namentlich in England, erheblichen Einfluß. Seine ökonomische Auffassung förderte manche persönliche Interessen sehr stark, so zum Beispiel die der Textilindustriellen von Manchester. In der Tat erhielt sie in ihrer agitatorischen Verflachung den Namen des Manchesterturns. Aber dabei konnte sich die Gesellschaftsauffassung des Liberalismus, wenn auch nicht in ihren Harmonieillusionen, so doch in den wichtigsten ihrer praktischen Forderungen auf die besten ökonomischen Denker berufen, auf die klassische Ökonomie der Physiokraten, eines Adam Smith, eines Ricardo. In ihrem Gegensatz zum konservativen Ideal entsprach sie allgemeinen gesellschaftlichen Bedürfnissen ihrer Zeit. Dieser Gegensatz führte ihr viele nichtkapitalistische Elemente zu, er verhinderte aber auch, daß deren Vereinigung zu einer reaktionären Masse wurde.

Es ist wohl überflüssig, den Lesern der Neuen Zeit die Eigenart des Manchesterturns und der Kritik, die der Sozialismus an ihm übte, hier zu entwickeln. Sie bildet den Hauptinhalt der theoretischen Kämpfe unserer Partei in den ersten zwei Jahrzehnten ihres Bestehens.

Nach der großen Krise von 1873 begann ein rapider Verfall des freihändlerischen Manchesterturns. Die langdauernde Depression jener Zeit, die auf dem Höhepunkt der Macht der Manchesterlehre einsetzte, zeigte, wie wenig die Formung der Gesellschaft nach ihren Prinzipien deren allgemeinen Wohlstand verbürge, wie diese Prinzipien vielmehr durch ihre Entfesselung des Kapitalismus mit allgemeinem Elend Hand in Hand gingen.

Der Bankrott des Manchesterturns, der damals einsetzte, schien uns damals gleichbedeutend mit dem des Kapitalismus, der Sieg des Sozialismus vor der Tür zu sein. Da erhob sich die kapitalistische Produktionsweise noch einmal zu einem Aufschwung, in dem sie sich gewaltiger entfaltete als je zuvor. Aber auf einer Basis, die grundverschieden war von der des Manchesterturns. An Stelle des Freihandels setzten die Verfechter der Kapitalinteressen den Zoll, der nach alter Gewohnheit noch Schutz zoll hieß, aber ein privilegierender Zoll sein sollte. An Stelle der freien Konkurrenz mit ihrer Ausgleichung der Profitraten setzten sie den Unternehmerverband und seine gewaltfamen Methoden der Ergatterung von Extraprofiten. An Stelle des Kampfes gegen die Grundrente das Bündnis zwischen Kapital und Grundbesitz. An Stelle der Agitation für Abrüstung, gegen Kolonien und für Völkerfrieden das Wetrüsten, die Politik kolonialer Eroberungen, die wachsende Kriegsgefahr.

Diese neue Politik, die der des alten Freihändlerturns entgegengesetzt wurde, die imperialistische Politik, wurzelte in ökonomischen Veränderungen, wie sie Dickmann, allerdings in unvollkommener Weise, anzeigt, wie man sie am gründlichsten in Hilferdings »Finanzkapital« entwickelt finden kann. Sie wurzelt im Übergang des industriellen Schwergewichts von der Textil- auf die Schwerindustrie, im Aktienwesen und der damit Hand in Hand gehenden Beherrschung der Industrie durch die hohe Finanz sowie in einer Annäherung der nach Monopolgewinnen verlangenden Interessen des landwirtschaftlichen Grundbesitzes mit den gleichen der Besitzer der Bergwerke und der Schwerindustrien. Diese Elemente haben ein Klasseninteresse, ja ein starkes persönliches Interesse an der Politik des Imperialismus. Aber diese hat weit über ihre Kreise hinaus die Gemüter gefangen genommen, weil sie Hand in Hand ging mit dem neuen Aufschwung des Kapitalismus und fröhliches Gedeihen der ganzen Gesellschaft verhieß. So konnte sie bis in die Arbeiterkreise hineindringen, sich der gesamten bürgerlichen Welt bemächtigen, in viel höherem Grade als ehemals das Manchesterturn. Denn inzwischen war die feudale Romantik des alten Konservativismus zu sehr in Widerspruch mit der Wirklichkeit geraten, als daß er sich noch hätte behaupten können. Er wurde um so leichter aufgegeben, je inniger der große Grundbesitz mit dem Kapitalismus verschmolz, je besser er seine Klasseninteressen durch die Politik des Imperialismus gewahrt sah.

So vereinigte dieser immer mehr alle nichtsozialistischen Elemente der Gesellschaft unter seiner Fahne, und seine Gesellschaftsauffassung wurde tatsächlich das Band zum Zusammenschluß der einen reaktionären Masse. Diese wurde um so mehr zur Wahrheit, je weiter der Imperialismus fortschritt. Bildete er das letzte Wort des Kapitalismus, dann in der Tat hätten wir mit der reaktionären Masse nicht als einer vorübergehenden, sondern einer dauernden Erscheinung zu rechnen, die so lange währt, bis der Sozialismus zur Herrschaft kommt und die Klassenunterschiede überhaupt aushebt.

Nun sind aber in den letzten Jahren vor dem Kriege bereits eine Reihe von Symptomen aufgetreten, die darauf hinweisen, daß die Politik des Imperialismus noch früher Bankrott machen wird als der Kapitalismus überhaupt.

Daß ich auf solche Anzeichen aufmerksam machte, haben manche energische Marxisten, denen Dickmann folgt, mir sehr verübelt, als Abfall von den Gedankengängen meines »Weg zur Macht« und als Übersehen der Existenz des Imperialismus und seiner Wirkungen ausgelegt. Als ob es möglich wäre, eine Erscheinung zu übersehen, der sich selbst der oberflächlichste Zeitungsleser nicht mehr verschließen kann! Der Vorwurf ist gerade mir gegenüber sehr komisch, da ich den Imperialismus schon zu einer Zeit untersuchte, wo die meisten Leute ihn übersehen. Heute das Vorhandensein des Imperialismus zu konstatieren, ist kein Verdienst. Heute haben wir vielmehr zuzusehen, welche Bedeutung den Gegenständen zukommt, die sich gegen den Imperialismus gebildet haben.

Der Imperialismus hatte nie in allen Staaten die gleichen Formen angenommen und die gleiche Stärke erlangt. In den letzten Jahren vor dem Kriege konnte man dann eine wachsende Differenzierung des Imperialismus beobachten. Auf der einen Seite finden wir eine Gruppe von Staaten, die mit kolonialem Besitz reich versehen sind, so daß die Tendenz zu rascher

Ausdehnung des Machtbereichs, die den Imperialismus kennzeichnet, bei ihnen ins Stocken kommt. Ihr Imperialismus fängt an, ein defensiver zu werden, darauf gerichtet, das festzuhalten, was er hat.

Diese Entwicklung wird bei ihnen noch dadurch gefördert, daß sie ein starkes, selbstbewußtes Proletariat aufweisen, das dem Imperialismus immer energischer entgegentritt und sich immer mehr dem Sozialismus zuwendet, und daß dies unter historischen Bedingungen geschieht, die die gewaltfame Niederhaltung des Proletariats nicht rätlich erscheinen lassen, die daher neben der sozialistischen Bewegung auch den bürgerlichen Radikalismus zum Erstarken bringen.

Kommt dazu, daß bei dem ewigen Wettrüsten diesen Staaten der Atem auszugehen sucht, daß die inneren und äußeren Gefahren der Weltpolitik für sie wachsen, während der Gewinn sinkt, den sie ihnen verspricht, dann ist es begreiflich, daß nicht nur ihr Imperialismus seinen aggressiven Charakter abschwächt, sondern auch ihren Imperialisten neben den Sozialisten eine starke bürgerliche Opposition erwächst.

Die Schablonenpolitiker, die vermeinen, was einmal gewesen, müsse immer so sein, höhnen diese Bestrebungen des bürgerlichen Pazifismus nach Abrüstung und Schiedsgerichten. Weil jener Pazifismus lange nur die unschuldige Schwärmerei einiger ebenso harmlosen wie machtlosen Menschenfreunde war, merken sie nicht die realen Bedingungen, die den bürgerlichen Pazifismus in manchen Staaten bereits vor dem Kriege zu einem Machtfaktor machten, der den Imperialismus zu Konzessionen nötigte und dessen Tendenz zur Bildung der einen reaktionären Masse durchbrach.

Über freilich, das war nicht in allen Staaten der Fall, in denen die Vorbedingungen zu einer imperialistischen Politik bestanden. Eine Reihe von ihnen glaubten, bei der Teilung der Erde zu kurz gekommen zu sein. Ihr Imperialismus behielt seine aggressive Tendenz bei oder er verstärkte sie sogar im Laufe der letzten Jahre. Das wurde begünstigt dort, wo man hoffen durfte, durch fortgesetztes Wettrüsten die Konkurrenten überflügeln zu können, sowie dort, wo die bürgerlichen Klassen sich dem Proletariat gegenüber entweder sicher fühlten oder die historischen Bedingungen und Überlieferungen der Art waren, daß das Fortschreiten des Proletariats keinen starken bürgerlichen Radikalismus erzeugte, sondern die bürgerliche Opposition vielmehr immer stärker ins Regierungslager trieb.

Da erstarkte der Imperialismus immer mehr, erstarkte auch mit ihm die Tendenz zum Zusammenschluß der reaktionären Masse. Da blieb auch der bürgerliche Pazifismus die belanglose Spielerei einiger wohlmeinenden, aber einflußlosen Eingänger. Also die Erscheinungen bestanden wirklich, auf die Dickmann und seine Richtung sich stützt. Aber man darf sie nicht verallgemeinern.

Nun kam der Weltkrieg. Auf den ersten Blick scheint es, als bedeute er den Triumph des Imperialismus und die Vollendung des Zusammenschlusses der einen reaktionären Masse in allen kriegführenden Staaten. Und lange wirkte er auch in dieser Richtung bei ihnen allen, auch bei jenen, in denen während der letzten Jahre vor dem Kriege die Entwicklung in gegensätzlichem Sinne eingeseht hatte. Doch schon hat die Gegenwirkung begonnen und in der russischen Revolution bereits eine große Wucht erlangt. Sie wird nach dem Kriege von überwältigender Wirkung sein und die antiimperia-

listischen Keime, die vor dem Kriege erst in einigen Staaten und auch da nicht allzu kräftig aufsprossen, allenthalben zu vollster Entfaltung bringen.

Die besonderen Interessen, denen vor dem Kriege der Imperialismus diene, werden nach ihm fortbestehen, die Unternehmerverbände, die Herrschaft der Banken, das Übergewicht der Bergwerks- und Schwerindustrie und ihre Verbindung mit dem Großgrundbesitz, der Drang nach einer starken Staatsgewalt und einer Politik der Extraprofite durch private Monopolisierung werden nach dem Kriege nicht schwächer, sie werden vielfach sogar verstärkt sein. Aber der Drang und noch mehr die Kraft, Extraprofite durch Weltpolitik, durch gewaltsame Ausdehnung des Machtbereichs des eigenen Staates zu erringen, werden für lange hinaus bei allen heute im Kriege stehenden Staaten sehr vermindert sein. Was aber vor allem wichtig ist und hier für uns in Betracht kommt: das Vertrauen zum Imperialismus als Mittel, den Wohlstand der ganzen Gesellschaft zu heben, wird durch das ökonomische Ergebnis des Krieges gründlich zerstört werden, wie immer sein militärisches und politisches sich noch gestalten mag. Wie immer sich nach dem Krieg die Interessenten des Imperialismus zu ihm stellen mögen, er wird jeden Einfluß auf alle Kreise verlieren, die nicht zu seinen direkten Interessenten zählen, die sich für ihn begeistert nicht als Mittel, selbst Profite zu machen, sondern als Mittel, die Gesellschaft zu heben. Bei ihnen wird er moralisch Bankrott machen, noch schneller und gründlicher, als das Manchesterium nach der großen Krise von 1873 Bankrott machte. Es bleibt dann nur noch eine große Gesellschaftsauffassung übrig, die des Sozialismus.

Mit der Überzeugung von den segensreichen Wirkungen des Imperialismus auf die ganze Gesellschaft hört aber auch die von ihm ausgehende Tendenz zur Herstellung der einen reaktionären Masse zu wirken auf, die dem Imperialismus eigen war. Nach dem Kriege wird nicht nur der Klassenkampf zwischen Bourgeoisie und Proletariat aufs schärfste entbrennen, sondern wir haben auch große Kämpfe innerhalb der bürgerlichen Klassen selbst zu erwarten, zwischen Kriegsfreunden und Pazifisten, Abrüstern und Wehrrüstern, Verfechtern und Bekämpfern der Zölle auf Lebensmittel und Rohmaterialien usw. Wenn nichts anderes, wird das Problem der Verteilung der unerhörten Steuerlast, die jedes Land nach dem Abschluß des Krieges erwartet, die eine reaktionäre Masse dort sprengen, wo sie heute noch besteht.

Damit ist nicht gesagt, daß sie nicht durch besondere historische Situationen wiederhergestellt werden mag. Ein plötzliches Erstarken des Sozialismus in einer Weise, die von der ganzen bürgerlichen Gesellschaft als bedrohlich angesehen wird, könnte wieder zum Zusammenschluß der einen reaktionären Masse führen.

Aber daß derartiges möglich ist, haben wir ja nie geleugnet. Wogegen wir uns wenden müssen, das ist die Auffassung, daß im Zeitalter des Imperialismus alle Unterschiede zwischen den bürgerlichen Schichten und zwischen den einzelnen Staaten verschwunden und von unserer Politik nicht mehr zu beachten seien.

Das ist eine gefährliche Täuschung, die uns den Einblick in die Wirklichkeit verschließt, falsche Schritte herbeiführen kann und daher auf das verschiedenste zu bekämpfen ist.

Auf dem Wege zur Verwirklichung der Einheitschule.

Von Hugo Jacobi (Berlin-Schöneberg).

So viel ist sicher: Der Gedanke der Einheitschule marschiert, und er erobert sich in immer weiteren Kreisen die Gehirne und die Herzen.

Der fürchterliche Weltkrieg, dessen Schläge unermessliche Verluste für unsere Volkskraft bedeuten, legt jedem, der sich ein Verantwortungsgefühl gegenüber dem Volke bewahrt hat, die Verpflichtung auf, mitzuhelfen, um die gerissenen Lücken wieder auszufüllen. Es ist undenkbar, daß die bisher als »führende Schicht« geltenden Kreise den Ersatz allein beschaffen können. Sie bedürfen der Zuführung frischer, noch unverbrauchter Nerven- und Geisteskräfte aus den breiten Schichten der Volksmassen.

Eine sorgfältige, auf gründliche wissenschaftliche Beobachtung sich stützende Selektion muß dem dazu Befähigten den Aufstieg ermöglichen, soweit seine Kräfte ihn tragen. Darum darf es nicht bei dem heute in Übung befindlichen System bleiben, das den Unbemittelten beim Aufsteigen hemmt oder ihm daselbe ganz unmöglich macht. Denn wenn unter der heutigen Schulorganisation ein Talent aus den werktätigen Kreisen des Volkes sich durchringt und auf Grund seiner Tüchtigkeit sich einen seiner Begabung entsprechenden Wirkungskreis erobert, so gehört ein solcher Fall eben zu den Ausnahmen, die jede Regel zu bestätigen pflegen. Meist ist zudem dieser Weg ein Dornenweg voll von schweren Opfern und Entbehrungen, an dessen völliger Zurücklegung gar manchen schon die physischen Anforderungen hindern. Tausende von Talenten dagegen verkümmern, weil sie die ökonomischen Hindernisse nicht überwinden können, die in der heutigen Schulgrundlage einer ungehemmten Entwicklungsmöglichkeit gezogen sind.

Man muß es unserem heutigen Schulwesen lassen, daß es reichhaltig und vielgestaltig ist, ausreichend, um den vielverschlungenen Bedürfnissen und Interessen des kulturellen Lebens Rechnung tragen zu können. Aber der Mangel dieser Verschiedenartigkeit liegt in der Zersplitterung und in dem zusammenhanglosen — äußerlichen wie innerlichen — Nebeneinander der einzelnen Schulanstalten und Lehrpläne, der zu einem Kasten- und Klassengeist abschließt, was eine Volkseinheit bilden sollte. Die reife Frucht einer Schulorganisationsbewegung, die den Geist Fichtes in der Volkserziehung verwirklicht, kann bloß die Einheitschule sein, wie sie auch das Ideal einer sozialistischen Gesellschaft ist, das allerdings auch nur in ihm völlig rein in Erscheinung treten kann.

Aber es gibt Brücken, zeitgemäße Reformen, die imstande sind, die Entwicklung vorwärtszudrängen, die anknüpfend an das historisch Gewordene den Weg ins Neuland der Zukunft leiten. In Heft 19 der bei Eugen Diederichs in Jena erscheinenden »Tafelungschriften« stellt der als Schulreformer bekannte Pädagoge Wilhelm Rein zur »Neugestaltung unseres Bildungswesens« (Preis 60 Pfennig) die hauptsächlichsten Forderungen für die notwendige Reformation unseres Bildungswesens zusammen und tritt er für die Beseitigung der unsere Schulentwicklung hemmenden Momente ein. Wir brauchen eine allgemeine Grundschule, die alle Kinder unseres Volkes umfaßt, ohne Unterschied des Standes, des Vermögens und der Konfession, eine Erziehungsschule, das heißt eine Pflegestätte aller Anlagen und Kräfte unseres Volkes im weitesten Sinne des Wortes. Als Konsequenz dieser Voraussetzung stürzen alle Existenzen von Vorschulen, ersten Bürgerschulen und wie die Versicherungsanstalten für soziale Sonderbestrebungen sonst sich nennen mögen, als haltlos zusammen.

Die allgemeine Grundschule muß mindestens sechsjährig sein, um eine ausreichende und zuverlässige psychologische Beobachtung und Analyse der Begabungen zu ermöglichen. Denn es ist einfach undenkbar, in dreijähriger Frist und bei neunjährigen Kindern ihre besondere Veranlagung für einen Bildungsgang sicher zu beurteilen, wenn man besonders in Rücksicht zieht, daß manche Begabung erst ver-

hältnismäßig spät sich zeigt, wie umgekehrt, daß manche Frühreifen plötzlich in ihrer Entwicklung stocken. Zudem ist durch die neuesten Forschungen auf dem Gebiet der Experimentalpsychologie dargetan, daß die begabtesten Menschen meist nur in einer ganz bestimmten Richtung begabt sind, sprachlich, mathematisch, künstlerisch oder naturwissenschaftlich. Wie kann ein so früher Zeitpunkt für die Entscheidung, wie er heute liegt, mit Sicherheit derartige richtige Momente berücksichtigen! Die Vorschule aber legt diese Entscheidung sogar an den Schulbeginn und trifft sie nur mit Rücksicht auf das Milieu der Familie und ohne Rücksicht auf das Glück der Kinder. Sie ist unpädagogisch im höchsten Grade und hat nur noch einen Platz in einem Museum für verunglückte Schuleinrichtungsversuche. Und ihre Grundlage ist geradezu unsittlich, weil sie als typische Standeschule eine Bevorzugung des Geldbeutels vor dem Abelsbrief der Begabung darstellt.

Wenn wir in Rechnung stellen, daß von $6\frac{1}{2}$ Millionen Schulkindern Preußens beinahe 3 Millionen auf dem platten Lande aufwachsen und $1\frac{1}{2}$ Millionen in Kleinstädten, so wird uns klar, welche Ungerechtigkeit die heutige Schulorganisation gegen diese Kinder bedeutet. Sie sind von einer höheren Bildung geradezu abgesperrt, weil sie nicht so frühzeitig ihr Vaterhaus verlassen können, um eine höhere Schule in einer größeren Stadt zu besuchen, und weil die Geldopfer zu erheblich sind. Da in anderen deutschen Staaten die Verhältnisse ganz ähnlich liegen, so sind im Reiche zwei Drittel aller Kinder, die nicht bemittelt sind, schon dadurch vom Aufstieg ausgeschlossen.

Den jetzt aufgetauchten Plan, die Volksschullehrpläne den Lehrplänen der Vorschulen anzugleichen, halte ich erst recht für völlig verfehlt, für einen Rückschritt ohnegleichen. Denn die Einstellung der Schularbeit auf Gedächtnis- und Grammatikdrill, wie er in der Vorschule zugunsten einer »Reise« für die Sexta betrieben wird, wäre geradezu eine Versündigung an dem gesunden Geist der Volksschuljugend, der andere Nahrung braucht als Deklinationsübungen, Unterscheidung der Wortarten und dergleichen. Im Gegenteil, viel mehr als bis jetzt muß all das Mechanisterei und Drillen aus der Schule verbannt werden, weil es Verarmung und Verödung wertvoller Seelenkräfte bedeutet, und an seine Stelle muß eine Reform des Unterrichts im Sinne der Arbeitsschule treten, die in den Kindern die schöpferische Kraft weckt (in Schulwerkstätten und Schulgärten, im Modellier- und Zeichenunterricht) und die noch viel bessere Gelegenheit bietet zur Entdeckung der Talente.

Die zweite Notwendigkeit für die Weiterentwicklung unseres Schulwesens liegt in der Neuordnung der Lehrpläne für die höheren Schulen: des Gymnasiums, der Oberrealschule und des Realgymnasiums. Entgegen der bisherigen Praxis hat der fremdsprachliche Unterricht mit einer lebenden Sprache, mit dem Französischen zu beginnen, dem dann Latein und später Griechisch folgen. An die Stelle des letzteren tritt im Realgymnasium das Englische. In dieser Neuordnung liegt zugleich der Vorteil eingeschlossen, daß der Schüler einer höheren Schule, der aus Gründen der Neigung eine Anstalt wechseln will, dies ohne den heutigen Zeitverlust tun kann. Dazu kommt noch, daß durch das Verschwinden der großen, neun-kurigen Schulkasernen an deren Stelle sechsklassige, besser überschaubare Schulorganismen treten, in denen Raum ist für ein intimeres Schulleben, so daß der wünschenswerte erzehliche Einfluß wächst.

Diese Vorschläge keins bewegen sich durchaus im Rahmen des praktisch Möglichen. Sie schließen an die bestehenden Schulformen an und halten sogar die jetzt übliche Bildungszeit inne. Bei einigem guten Willen kann also ihre Verwirklichung gar nicht in Frage stehen. Es ist kein Sprung ins Dunkle, sondern nur eine konsequente Weiterbildung des Bestehenden, und diese ist diktiert von den Notwendigkeiten des Kulturlebens, die gebieterisch ihrer Lösung harren.

Literarische Rundschau.

Erich Wasmann, S. J., Ernst Haeckels Kulturarbeit. Freiburg i. Br. 1916, Herdersche Verlagshandlung, 54 Seiten, 1,20 Mark.

In diesem Februar sind es just zehn Jahre, seit der Jesuitenpater Wasmann, einer der ersten in der wissenschaftlichen Leibgarde der katholischen Kirche, die Lehren der modernen Naturwissenschaft in der Reichshauptstadt in öffentlichen Vorträgen bekämpfte. Er gab zwar die Richtigkeit der Entwicklungstheorie im Prinzip zu, bestritt aber, daß sie auch für die allerersten Lebewesen und das allerletzte, den Menschen nämlich, Geltung habe; die atheïstischen Forscher hätten aus den Tatsachen falsche Schlüsse gezogen, zwischen dem alten Glauben und dem neuen Wissen bestände kein wirklicher Widerspruch. Es macht den Berliner Gelehrten Ehre, daß sie damals zu einem Kompromiß mit der Kirche nicht die leiseste Neigung verspürten. In der auf die drei Vorträge folgenden Diskussion zerzausten sie ganz rücksichtslos die »kirchliche Abstammungslehre« Wasmanns und leuchteten dem Begründer selbst gehörig heim. Seitdem haben die Dunkelmänner jede Hoffnung auf ein burgfriedliches Zusammenleben mit den Vertretern der anderen Weltanschauung aufgegeben; seit damals führen sie den Kampf gegen die Aufklärung erbitterter und geschlossener als in den Jahren vorher.

Wasmann ist Rufer im Streite geblieben. In der für die führenden Katholiken bestimmten Zeitschrift, den »Stimmen aus Maria Laach«, in Broschüren und Vorträgen hat er immer wieder die Ergebnisse der freien Forschung zu entkräften versucht, gegen den Mißbrauch protestiert, den nach seiner Ansicht besonders die Monisten und Sozialdemokraten mit der Entwicklungslehre treiben, und seine Gegner als Ignoranten und Fälscher hingestellt. Die vorliegende Schrift, die er mitten im Krieg veröffentlicht, ist die heftigste, die er je geschrieben, aber auch die aufrichtigste. Weil ihm die Zeit günstig zu sein scheint, spricht er seine Meinung klipp und klar aus. Natürlich fällt es Wasmann nicht ein, etwa dem Titel des Buches entsprechend Haeckels Verdienste um die Naturwissenschaft und Volksbildung zu behandeln, für ihn ist Haeckel nur der Glaubensfeind, das Haupt jener Gottesleugner, die es wagen, ihr Wissen aus der Studierstube und dem Hörsaal in die Massen zu tragen, und alle diese Aufklärer denunziert er als staatsgefährlich, als hinderlich für die Kulturentwicklung des deutschen Volkes. Den Beweis hat sich der Jesuitenpater leicht gemacht. Er behauptet einfach: 1. Der Staat ruht auf der christlichen Religion. 2. Haeckel und der Monistenbund greifen das Christentum an, ergo untergraben sie den Staat. Wenn auch die Anklage selbst sich nicht gerade durch Originalität auszeichnet, so besitzt doch wenigstens die Begründung, die ihr im einzelnen gegeben wird, den Reiz der Neuheit. Nach Wasmann ist die von den Atheïsten betriebene »Entchristlichung« besonders jetzt so staatsfeindlich, weil sie das Durchhalten im gegenwärtigen Krieg erschwere. Den Helden draußen werde die Hoffnung auf ein ewiges Leben genommen und dem ganzen Volke der Trost und die Zuversicht, die im gläubigen Gebet liegen. Gerade das Gebet sei einer der mächtigsten psychologischen Faktoren unserer Volkskraft, und seine Entwertung berühre doppelt schmerzlich, wo »die edlen verbündeten Kaiser Deutschlands und Osterreich-Ungarns ihre christlichen Völker zum Gebet für die Rettung des Vaterlandes auffordern«. Den Vorwurf, den Haeckel gegen die christliche Sittenlehre erhoben hatte, daß sie nämlich den Kampfeswillen des Volkes lähme, indem sie einen grundsätzlichen Pazifismus predige und sogar die Abwehr eines unverschuldeten Angriffs mißbillige, weist Wasmann ganz entrüstet zurück: die von Christus gebotene Feindesliebe sei nur eine »individuelle« Tugend und sie zu üben nur ein »Rat der Vollkommenheit«, der für die gerechte Verteidigung gemeinsamer Interessen keine Geltung habe. So deutet der Jesuit die Bibelworte für seine Zwecke um!

Wasmann begnügt sich nicht damit, der naturwissenschaftlichen Aufklärung in der jehigen Zeit an Landesverrat grenzende Wirkungen zuzuschreiben, er ver-

dächtigt die Freidenker ganz allgemein als politisch anrühige Persönlichkeiten, als Gegner der Monarchie und gegenwärtigen Staatsform. Angeblich nur mit innerem Widerstreben erinnert er an »die hier nicht wiederzugebenden Ausfälle Haackels gegen das Preussische Herrenhaus und sogar gegen den Deutschen Kaiser«, und bemerkenswert scheint ihm das Lob, das der Generalsekretär des Monistenbundes der Sozialdemokratie spendet, weil sie das deutsche Volk zu kritischem Denken in Weltanschauungsfragen erzogen habe. Krampfhaft sucht er bei jeder Gelegenheit einen Zusammenhang zwischen dem Monismus und der Sozialdemokratie herzustellen, und schließlich bezeichnet er gar die Partei als das Geisteskind des Haackelschen Monismus. Wie leuchtend hebt sich von der vaterlandslosen Gesinnung der Altheilten Wasmanns **Patriotismus** ab! »Aus Liebe zum deutschen Volke« macht er auf die Gefahren aufmerksam, die von der Propaganda der neuen naturwissenschaftlichen Lehren drohen, und »zur Ehrenrettung unseres deutschen Vaterlandes vor dem neutralen und feindlichen Ausland« setzt er der Auffassung des Monistenbundes über Haackels Kulturarbeit die eigene gegenüber. Schade nur, daß jetzt gerade Haackel genau so wie die »echten« Patrioten für ein größeres Deutschland eintritt und die offizielle Sozialdemokratie genau so wie das Zentrum und die Konservativen sich staatszerhaltend betätigt; Wasmanns Schrift gegen die Umstürzler verliert dadurch an Überzeugungskraft. Immerhin darf die Bedeutung der Denunziation nicht unterschätzt werden. Es ist seit dem Aufblühen der Naturwissenschaft im vorigen Jahrhundert nicht das erste Mal, daß die ungläubigen Forscher von ihren frommen Kollegen als Staatsfeinde verklagt werden. Virchow tat es schon 1877, ihm folgte 1907 der Botaniker Reinke mit seiner Herrenhausrede, und nun erscheint Wasmann als Dritter im Bunde. Für die Verfechter der Wahrheit ist es gewiß ein gutes Zeichen, daß das wissenschaftliche Ansehen der Ankläger im Laufe der Zeit ständig abgenommen hat. Aber sehr bedenklich ist es, daß ihr politischer Einfluß in demselben Grade gestiegen ist. S. D r u c k e r.

August Winnig, Die deutschen Gewerkschaften im Kriege. (Der Deutsche Krieg. Politische Flugschriften, herausgegeben von Ernst Jäckh. 87. Heft.) Stuttgart und Berlin 1917, Deutsche Verlagsanstalt. 36 Seiten Oktav.

Im Nachwuchs der Arbeiterschaft ist August Winnig eine der größten Begabungen. Talent, Fleiß und organisatorische Fähigkeiten haben ihn in jungen Jahren an hervorragende Stelle der Arbeiterbewegung gebracht. Seine literarische Begabung, die sich in dem ausgezeichneten Buche »Der große Kampf im deutschen Baugewerbe 1910« und in feuilletonistischen Arbeiten zeigte, hat ihn freilich in die journalistische Versuchung geführt, über die aller verschiedensten Dinge mit der größten Sicherheit zu schreiben. Es ist das eine große Gabe, die aber, wie ein alter Redakteur wie ich das nur zu gut weiß, auch die unheimliche Gefahr in sich birgt, über die schwierigsten Probleme mit dem Urteil raschest fertig zu werden.

Die Schrift, die wir hier zu besprechen haben, ist ein Vortrag, den Winnig in der Deutschen Gesellschaft 1914 gehalten hat, wo auf einen Sozialdemokraten Duzende von Erzellenzen kommen und wo das Auftreten eines Arbeiters eine außergewöhnliche Erscheinung sein muß. Dort soll der Vortrag einen sehr starken Eindruck gemacht haben; es ist das auch nicht zu verwundern. Aber auch für uns erscheint es wichtig, den Standpunkt, den Winnig schon in vielen Aufsätzen niedergelegt hat, in höchster Ausbildung und mit dem Bemühen vollkommener Erklärung kennenzulernen.

Unsere Arbeiterbewegung leidet heute so stark unter einem gegenseitigen Mißverstehen und unter dem lebhaften Streben, jeden Fehler des Andersdenkenden herauszufinden und in einem Hohlspiegel aufzunehmen, daß es sehr angezeigt erscheint, Schriften, die den Standpunkt besonders hervortretender Personen klar herausarbeiten, den Freunden und Gegnern dieses Standpunktes zum Studium zu empfehlen.

Für das Märzheft des »Kampf« habe ich, bevor Winnigs Schrift erschienen war, auf Aufforderung der Redaktion meine Auffassung über die Parteikonflikte dargelegt und dabei auseinandergesetzt, wie die Entwicklung der Gewerkschaften eine Voraussetzung der heute in der Partei wirkenden Mehrheitsrichtung geworden ist. Wenn auch in anderer Art, kommt doch Winnig auch zu ähnlichen Erklärungen. Auch er sieht in der starken Entwicklung der Gewerkschaften den tieferen Grund für die Richtungsunterschiede in der deutschen Sozialdemokratie. Man hat das Gefühl, daß er zwar die Sozialdemokratie weiterbestehen lassen, daß er sie aber vom Geiste der Gewerkschaften durchdrungen sehen will. Dabei ist er überzeugt, daß sich dieser Geist der Gewerkschaften auch nach dem Kriege in der gleichen Richtung weiterentwickeln müsse wie von dem Halberstädter Kongreß über den Kölner Parteitag, über den Frankfurter und den Münchener Gewerkschaftskongreß bis in unsere Tage. Er sieht da eine naturgemäße Entwicklung zur Hoffnungsfreudigkeit der Arbeiter, zur erfolgreichen Wirksamkeit innerhalb der heutigen Gesellschaftsordnung und zur Solidarität mit allen Klassen der Gesellschaft in den Fragen der nationalen Behauptung und Befähigung. Verschließt er auch nicht die Augen vor den Schwierigkeiten der Arbeiterpolitik, läßt er auch in einem kurzen Satz das Streben zu »Idealen der werdenden Welt« aufblitzen, so behandelt er doch viel breiter die Möglichkeit »einer gemeinsamen Arbeit mit den übrigen Klassen unseres Volkes«.

In einem geschichtlichen Rückblick kennzeichnet er die Hemmnisse, die der Arbeiterbewegung von Behörden und Unternehmern entgegengestellt wurden, aber er rechnet damit, daß in der anbrechenden Periode ein Zusammenarbeiten von Unternehmerorganisation und Arbeiterorganisation ermöglicht wird. Aus dem Elend früherer Zeiten erklärte er, daß der Satz geschrieben werden konnte, der Arbeiter habe kein Vaterland. »Mit der Arbeiterkultur wuchs seine proletarische Vaterlandsiebe.«

All das ist mit Feuer, Begeisterung und in starker Stimmung dargelegt.

Nur weniges Kritische sei hervorgehoben. Das Bemühen Winnigs, die logische Entwicklung der Gewerkschaften zu ihrem heutigen Standpunkt zu zeigen, gelingt ihm nicht dort, wo er vom Münchener Gewerkschaftskongreß 1914, der sich ja gerade durch seine schroffe Haltung auszeichnete, zu der Kriegspolitik eine Verbindung zeigen will. Er empfindet selbst, daß hier eine Schwäche seiner Darstellung festgestellt werden kann. Winnig ist es so wenig wie mir unbekannt, daß der Siegeszug der Tarife vor den Groß-, Riesen- und Mammutbetrieben einen ganz langsamen Gang annehmen mußte, daß sich wirkliche Großbetriebe, außer in den polygraphischen und Baugewerben, nur sehr selten tarifarisch binden ließen. Da die Entwicklung zum Riesenbetrieb während des Krieges außerordentlich rasch vor sich gegangen ist, sollte er sich nicht allzuviel versprechen von der allgemeinen Beherrschung des Arbeitsverhältnisses durch die Tarifpolitik. In den Vereinigten Staaten von Amerika hat uns die Entwicklung zum Trust, der wir in Deutschland durch den Krieg sehr rasch nähergekommen sind, viele gewerkschaftliche Möglichkeiten in den Hintergrund gedrängt. Mit seinen Angriffen auf »die Annahme, daß es unter der bestehenden Wirtschafts- und Eigentumsordnung kein Auswärts und Vorwärts für die Arbeiterklasse gebe«, hätte Winnig vorsichtiger sein sollen. Er hat doch noch nicht vergessen, daß Karl Marx von den englischen Gewerkschaften als von den Preisfechern der Arbeiterklasse gesprochen hat. Ich darf ihn vielleicht auch bitten, daß er in meinem Buche über die Gewerkschaften, ihre Entwicklung und Kämpfe die Abhandlung nachliest über »Marx und die Gewerkschaften«.

Am Schlusse spricht er von der Kriegsbegeisterung, die er vielleicht für den Zeitpunkt seiner Rede doch einigermaßen überschätzt.

Aber ich will nicht mehr Kritisches sagen. Die Absicht dieser Darlegung ist weit weniger, sich mit Winnig auseinanderzusetzen, als auf seine Schrift weite Kreise der Parteigenossen aufmerksam zu machen.

U. d. R. a. n.

Die Neue Zeit

Wochenschrift der Deutschen Sozialdemokratie

2. Band Nr. 6

Ausgegeben am 11. Mai 1917

35. Jahrgang

Nachdruck der Artikel nur mit Quellenangabe gestattet

Die Landesverteidigung.

Von K. Kautsky.

Eine Reihe von Blättern, darunter der »Vorwärts«, finden es sonderbar, daß die Götthaer Tagung zur Frage der Landesverteidigung nicht Stellung nahm. Und doch sei es die meistumstrittene Frage.

Das ist sie in der Tat. Dabei aber eine Frage, die um so unklarer wird, je mehr man sie diskutiert. Das ist kein Zufall, sondern muß so sein, denn die Frage: Bist du für oder gegen die Landesverteidigung? ist ganz falsch gestellt, und jede Antwort, die man auf sie geben mag, führt in ihrer logischen Konsequenz zu Ergebnissen, die unvereinbar sind mit unseren Grundsätzen.

Ich habe das schon angedeutet in meinem Artikel »Sozialdemokratische Anschauungen über den Krieg« (Neue Zeit, 13. Heft des letzten Bandes, S. 300). Der Gegenstand lohnt aber wohl eine nochmalige Erörterung.

Am raschesten können wir die grundsätzliche Ablehnung der Landesverteidigung erledigen. Sie steht im Widerspruch mit unserem Programm, das »Erziehung zur allgemeinen Wehrhaftigkeit« und »Volkswehr« verlangt, im Widerspruch zu den Anschauungen unserer Meister, im Widerspruch endlich zu den Anschauungen, welche die hervorragendsten unter den jetzigen Bekämpfern der Landesverteidigung bis zum Ausbruch des jetzigen Krieges äußerten, denn bis dahin priesen gerade sie die Miliz als die wichtigste unserer Forderungen. Nun sind unsere früheren Anschauungen sicher keine Dogmen, die in alle Ewigkeit unwandelbar aufrechtzuerhalten sind. Aber sie waren ein Produkt guter Gründe, und wir verlangen bessere Gründe, ehe wir sie aufgeben. Die fehlen.

Die Ablehnung der Landesverteidigung bedeutet in ihrer Konsequenz die Proklamierung der Wehrlosigkeit des Volkes gegenüber jeder bewaffneten Regierung des Auslandes. Bedeutet, daß es bis zum Ausbruch der sozialen Revolution vollständig gleichgültig ist, was mit den Völkern geschieht. Sie bedeutet einen Freibrief für jeden rücksichtslosen Eroberer. Das zu erreichen, ist sicher nicht die Absicht derjenigen, die die Landesverteidigung grundsätzlich ablehnen.

Nun aber die entgegengesetzte Antwort: die grundsätzliche Bejahung der Landesverteidigung: Wenn das Vaterland in Gefahr ist, wird es Pflicht eines jeden, es zu verteidigen.

Wann ist das Vaterland in Gefahr? Sobald der Krieg ausgebrochen ist. Und was heißt es verteidigen? Die beste Deckung ist der Fleh. Es verteidigen, heißt also nicht warten, bis der Feind ins Land eindringt, sondern ihm zuvorkommen, den Krieg in sein Gebiet hinübertragen, ihn nieder schlagen und bestegen.

Mit anderen Worten: Landesverteidigung ist gleichbedeutend mit Kriegführung. In Oesterreich heißt denn auch der Kriegsminister Minister für Landesverteidigung. Die grundsätzliche Bejahung der Landesverteidigung sagt nichts anderes, als daß es unsere Pflicht ist, am Kriege teilzunehmen, sobald er ausgebrochen ist. In welcher Weise aber? Mit den Waffen in der Hand? Daran ist nicht die ganze Bevölkerung beteiligt, das ist aber auch schon durch die Wehrverfassung gegeben, und selbst die entschiedensten Ablehner der Pflicht der Landesverteidigung haben bisher nicht den Militärstreik gepredigt. Darum dreht sich die Streitfrage also nicht.

Den Befürwortern der grundsätzlichen Landesverteidigung genügt die bloße Teilnahme der wehrpflichtigen Mannschaft am Kriege nicht. Aus welchen Gründen immer der Krieg entsprungen sein mag, die Niederlage bedroht auf jeden Fall das Land mit den furchtbarsten Gefahren, mit Verwüstung, Verstümmelung, Knechtung. Sie abzuwenden, ist der Sieg unerlässlich, der ist aber nicht zu erringen ohne begeisterte Teilnahme nicht nur der Soldaten, sondern der gesamten Bevölkerung. Die erforderliche Begeisterung kann nur fließen aus der tiefen Überzeugung von der Gerechtigkeit der eigenen Sache, also auch aus der Überzeugung, daß die eigene Regierung das Recht vertritt und die Gegner erbärmliche Schurken sind, von denen uns das Schlimmste droht.

Diese Gesinnung ist aufs engste verknüpft mit der grundsätzlichen Bejahung der Landesverteidigung. Und das ist der Punkt, um den sich die Diskussion dreht. Die Bewilligung der Kriegskredite selbst hängt mit ihm zusammen. Sie waren auch ohne die Stimmen der Sozialdemokraten gesichert, das wußte jedermann. Nicht die finanzielle, sondern die moralische Wirkung, die Wirkung nicht auf den Kriegsschaß, sondern auf die Kriegsbegeisterung wurde bei dieser Abstimmung das entscheidende Moment.

Die Unterstützung der auswärtigen Politik der Regierung im Kriege ist das notwendige Ergebnis dieser Auffassung der Landesverteidigung.

Der ganze Gedankengang ist logisch streng geschlossen, und die Logik der Tatsachen nicht minder wie die Logik des Denkens erzwingt seine letzten Schlußfolgerungen, mag man wollen oder nicht, sobald man einmal den Ausgangspunkt akzeptiert.

Dieser besteht aber in dem Gedanken, daß, sobald einmal der Krieg gegeben sei, die einzige Möglichkeit, das Land vor den Schrecken der Invasion und Niederlage zu retten, in der kraftvollsten Führung des Krieges liege, das heißt, man sieht in diesem nur noch das militärische Moment und schaltet das politische ganz aus. Der Krieg gilt als ein Fatum, das nicht zu ändern ist. Man höre zum Beispiel, was David in seinem Buche über »Die Sozialdemokratie im Weltkrieg« sagt:

Der Deutsche Reichstag hat nicht das verfassungsmäßige Recht, für oder gegen den Krieg zu stimmen. Die Entscheidung über Krieg und Frieden liegt beim Kaiser. Der Artikel 11 der Reichsverfassung gibt ihm die Machtbefugnis, im Namen des Reiches Krieg zu erklären. Ist ein »Angriff auf das Bundesgebiet erfolgt«, so ist nicht einmal die Zustimmung des Bundesrats erforderlich. Die Volksvertretung wird in keinem Falle um ihre Zustimmung gefragt. Der Reichstag hat lediglich das Recht, die für die Durchführung des Krieges erforderlichen Kredite zu bewilligen oder zu verweigern. Daß in letzterem Falle der Krieg trotzdem seinen Gang nimmt;

kann nur der in Zweifel ziehen, der der Meinung ist, die Militärgewalt werde in einem Konfliktfall solcher Art vor Parlamentsbeschlüssen zurückweichen. Selbst in Ländern, wo das Parlament über Krieg und Frieden beschließen darf, dürfte, wenn die Dinge einmal so weit gekommen sind, der Wille der Exekutivgewalt durchschlagend sein.

Wer auf dem Standpunkt steht, daß sich an der Tatsache des Krieges nichts ändern läßt, solange er geführt wird, daß sein Anfang und sein Ende rein nur vom »Willen der Exekutivgewalt« abhängen, daß die Zivilpolitiker im Kriege nur darüber zu entscheiden hätten, ob er mit mehr oder weniger Begeisterung zu führen sei, für den ist mit der bloßen Tatsache des Krieges auch schon die Pflicht zur Unterstützung der Kriegspolitik der Regierung von selbst gegeben. Der sieht keine andere Möglichkeit, das Land vor den unsäglichen Schrecknissen der Niederlage und der Invasion zu bewahren.

Die größte und zweckmäßigste Sicherung des Landes gegen diese Schrecknisse ist aber das Aufhören des Krieges, ist der Frieden. Natürlich nicht jede Art des Friedens, sondern einer, der zur Basis den Grundsatz hat: Leben und leben lassen.

Die Kriegführung selbst dient nur dem Zwecke der Erzwingung eines Friedenszustandes — allerdings nicht immer eines Zustandes auf jener Basis. Von der Art der Kriegsziele, die man verfolgt, hängt die Art der Kriegführung, hängt die Energie und Zahl der Gegner, hängt die Dauer und der Ausgang des Krieges ab.

Die Bestimmung der Kriegsziele ist aber eine politische, keine militärische Frage. Die Kriegsziele einer Regierung hängen auf das innigste zusammen mit ihrer Gesamtpolitik, natürlich vor allem mit ihrer äußeren Politik. Erscheint mir die Durchsetzung dieser Politik als unerlässlich und führt sie zu einem Kriege, dann muß ich selbstverständlich der Regierung politisch beispringen, damit sie ihn erfolgreich beende. Erscheint mir aber diese Politik schädlich und gefährvoll, so kann meine Opposition doch nicht in Unterstützung der Regierung durch die bloße Tatsache verwandelt werden, daß diese schädliche Politik das Land in die furchtbare Gefahr eines Krieges stürzt und ihn vielleicht durch Fortsetzung ihrer Politik ins Unabsehbare verlängert. Die eigene Regierung kann in einem solchen Falle die größte »Gefahr für das Vaterland« werden.

Dieser Gedankengang ist natürlich solchen Politikern unzugänglich, die der Ansicht sind, vom Ausbruch des Krieges bis zum Abschluß des Friedens sei »der Wille der Exekutivgewalt durchschlagend«, entscheide nur die »Militärgewalt« und nicht »Parlamentsbeschlüsse«, und die Politik habe bloß der Militärgewalt zu dienen. Die Pflicht der Landesverteidigung läuft dabei auf die Unterordnung der Staatspolitik unter die Militärgewalt hinaus.

Der Gegensatz in unseren Reihen in bezug auf die Landesverteidigung liegt jetzt klar zutage. Er besteht nicht darin, daß die einen die Landesverteidigung anerkennen, die anderen sie verwerfen, sondern darin, daß die einen für ihre Stellung zur Regierung von der Landesverteidigung ausgehen, die anderen dagegen ihre Stellung zur Landesverteidigung von ihrem Urteil über die Politik der Regierung abhängig machen. Dabei dürfen wir nie aus den Augen verlieren, daß der Ausdruck »Landesverteidigung« nichts ist als eine euphemistische Bezeichnung für Kriegführung.

Die Verschiedenheit der Ausgangspunkte ist das Entscheidende. Die gewöhnliche Betrachtung hält sich aber bloß an die Resultate, und das wirkt leicht irreführend. Wenn ich sage: »Im Kriege habe ich keine Wahl, da muß ich zu meinem Volke stehen, das heißt zu der es nach außen vertretenden Regierung, mag sie mir passen oder nicht«, so ist das etwas ganz anderes, als wenn ich sage: »Die Politik der Regierung ist die richtige, und darum muß ich sie sogar im Kriege unterstützen, so widerlich mir der Krieg ist.« Im Resultat, der Bewilligung der Kriegskredite, kommt es aber auf das gleiche hinaus.

Wer von dem ersten Standpunkt ausgeht, der bleibt an die Regierung gefesselt für die ganze Zeit des Krieges, welches immer ihre Politik sein mag. Wer von dem letzteren Standpunkt aus die Regierung unterstützt, wird es nur so lange tun, als ihre Politik ihm nützlich erscheint. Und doch ändert sich an der militärischen Notwendigkeit der Landesverteidigung nichts, solange der Krieg fortbauert.

Nehmen wir zum Beispiel unsere französischen Genossen. So sehr sie die imperialistische Politik früherer Ministerien bekämpft hatten, so billigten sie doch die äußere Politik des radikalen Kabinetts Viviani, das am 18. Juni 1914 gebildet wurde, eine Folge der Wahlen vom 26. April und 10. Mai, in denen die anderen Parteien alle sich nur mühsam behauptet und einzig die Sozialisten einen glänzenden Sieg davongetragen hatten. Als im Juli plötzlich die Gefahr des Weltkriegs auftauchte, unterstützten die Sozialisten sämtlicher Richtungen ohne Ausnahme das Ministerium, dessen Friedensfreundschaft Jaurès bis zum letzten Moment betonte. Als es dann zum Kriege kam, bewilligten am 4. August sämtliche Sozialisten ohne Ausnahme die Kriegskredite. Diese Einigkeit ist seitdem immer mehr durchbrochen worden. Wir finden eine wachsende Opposition gegen die Politik der jetzigen Regierung, obwohl die militärische Notwendigkeit der Landesverteidigung, und zwar im eigentlichen Sinne des Wortes, als Abwehr eines ins Land eingedrungenen Feindes fortbesteht.

Eine andere Wendung finden wir in Rußland. Von den russischen Sozialisten stellte sich die große Mehrzahl von Anfang an in entschiedenste Opposition gegen die zaristische Kriegführung, von ihnen jedoch nur ein Teil aus prinzipieller Ablehnung der Landesverteidigung.

Außer diesen sprechen sich heute, nach der Proklamierung der demokratischen Republik, alle anderen russischen Sozialisten für die politische Teilnahme an der Landesverteidigung aus, aber auch da wieder nur aus politischen Gründen, nicht aus prinzipieller Anerkennung der Landesverteidigung.

Deren prinzipielle Anerkennung ebenso wie deren prinzipielle Ablehnung macht es uns unmöglich, unsere Kriegspolitik den Wechselfällen der allgemeinen Politik anzupassen. Und doch haben wir mit solchen Wechselfällen um so mehr zu rechnen, je mehr wir dem Kriegsende nahen.

Im Grunde steckt aber in dem Worte »Landesverteidigung« selbst ein politisches Moment, und unbewußt wird es dem Hörer suggeriert: die Idee, daß die Politik der eigenen Regierung am Kriege unschuldig, daß ihr dieser durch fremden Frevelmut aufgezwungen sei, daß sie einen bloßen Verteidigungskrieg führe.

In der Tat vertritt niemand die Verpflichtung zur Landesverteidigung, der nicht auch behauptet, sein Land führe einen Verteidigungskrieg. Wie

könnte auch eine Regierung, die einen Eroberungskrieg führt, an die Idee der Landesverteidigung appellieren?

Aber die Idee des Verteidigungskriegs dient bloß dazu, die Gemüter für die Verpflichtung zur Landesverteidigung günstig zu stimmen, beide sind keineswegs identisch. Das erhellt schon daraus, daß bei uns die Verfechter der grundsätzlichen Anerkennung der Landesverteidigung immer wieder erklären, die Frage der Schuld am Kriege könne jetzt nicht mit genügender Unbefangenheit und auf Grund genügender Informationen erörtert, sie könne erst im Frieden beantwortet werden. Das hindert sie freilich nicht, den Krieg als Verteidigungskrieg zu behandeln.

Nun darf man ja einen Krieg nicht ausschließlich nach der Art seines Ursprungs beurteilen. Sein Charakter kann durch den militärischen Gang der Dinge sehr verändert werden, wenn dieser den Angegriffenen zum Sieger macht und in ihm Eroberergelüste weckt. Aber die Verfechter der Landesverteidigung zeigen ebensowenig das Bedürfnis, über die Kriegsziele, wie über die Schuldfrage genau unterrichtet zu sein. Es genügt ihnen die Tatsache, daß Krieg ausgebrochen ist und eine Niederlage eine schwere Schädigung brächte, daß in der Stunde der Gefahr das Vaterland nicht im Stiche gelassen werden darf, was der Engländer mit den Worten ausdrückt: *right or wrong, my country* — ich stehe zum Vaterland, mag es recht oder unrecht haben.

Daß die grundsätzliche Anerkennung der Landesverteidigung mit dem Verteidigungskrieg nichts zu tun hat, erhellt schon daraus, daß sie als Grundsatz doch für alle Länder gelten muß. So sagte denn auch Viktor Adler in der Wiener »Arbeiterzeitung« vom 14. Februar 1915, und David zitiert ihn zustimmend:

Die französischen Sozialisten haben sich von der ersten Minute des Krieges an, selbstverständlich, wie wir Sozialisten alle in allen Ländern, auf den Boden der Verteidigung ihres Landes gestellt. Das war nicht nur ihr Recht, sondern ihre Pflicht, wie es Recht und Pflicht der deutschen Sozialdemokratie war, bei den Abstimmungen im Deutschen Reichstag am 4. August und 2. Dezember mit der größten Wucht und Feierlichkeit zu bekennen, daß sie, da der Krieg, den sie verdammen, nun einmal da ist, ihre volle Kraft und ihren letzten Tropfen Blut an die Verteidigung des deutschen Bodens und des deutschen Volkes, das uns als wertvollstes Glied die deutsche Arbeiterklasse umfaßt, setzen.

Also die Pflicht der Landesverteidigung und der Bewilligung der Kriegskredite gilt, wenn der Krieg einmal da ist, für »alle in allen Ländern«.

Nicht alle Länder können aber einen Verteidigungskrieg führen. Es ist wohl möglich, daß in einem Kriege beide Teile, mögen es einzelne Staaten oder Koalitionen sein, Angreifer sind, sowohl in dem Sinne, daß jeder der beiden in den Krieg ging, um den anderen zu vergewaltigen, wie in dem Sinne, daß jeder der beiden im Kriege auf Eroberungen ausgeht. Es ist aber unmöglich, daß beide Verteidiger sind, daß jeder ängstlich bestrebt war, den Frieden zu wahren, und dabei jeder den anderen zum Kriege zwang, wie es unmöglich ist, daß im Kriege selbst kein Teil den anderen vergewaltigen, keiner dem anderen etwas wegnehmen, jeder sich mit dem anderen verständigen will und doch jeder den Krieg fortführen muß, um seine Existenz zu retten.

Im Kriege muß es immer mindestens einen Angreifer geben. Die Pflicht der Landesverteidigung für »alle in allen Ländern« festsetzen, bedeutet also, sie auch für das Land des Angreifers festsetzen, bedeutet die Pflicht, auch ihm die Kredite zu bewilligen, weil der Krieg einmal da ist, auch wenn die Gefahr für das Land durch die Politik seiner eigenen Regierung erst hervorgerufen wurde und durch sie im Kriege immer wieder neu erzeugt wird.

Will man aber die Landesverteidigung nur betrachten als Führung eines Verteidigungskrieges, dann sieht man bereits ab von der prinzipiellen Verpflichtung zur Landesverteidigung, dann macht man die Haltung im Kriege nicht abhängig davon, daß der Krieg einmal da ist, sondern von der Art des Krieges, die aber wieder begründet ist in der Politik der Regierung.

So wenig die Idee der Landesverteidigung mit der des Verteidigungskrieges logisch verknüpft ist, so eng sind sie psychisch verwandt. Schon die Gemeinsamkeit des Wortes »Verteidigung« begünstigt es, den einen Begriff mit dem anderen zusammenzuwerfen. Dazu kommt aber noch, wie wir schon gesehen, bei jedem, der einmal auf die Pflicht der Landesverteidigung eingeschworen ist, der Drang, die Sache seines Volkes nicht nur auf dem Schlachtfeld, sondern auch in den Köpfen siegreich zu sehen, sie als die gerechte Sache erscheinen zu lassen, also die Schuld am Kriege dem Gegner zuzuschreiben, diesen als besonders bössartig und verrucht hinzustellen.

Das kann für die Internationale verhängnisvolle Folgen haben. Sie traten in dem jetzigen Kriege nicht sofort zutage. Es bedurfte einiger Zeit, ehe die Idee der politischen Verpflichtung zur Landesverteidigung alle ihre Konsequenzen in den Gemütern entwickelte. Zunächst durfte man hoffen, daß, wenn »alle in allen Ländern« das gleiche taten, jeder dem anderen das gleiche nachsehen und kein internationaler Gegensatz daraus erwachsen werde. Aber auf die Dauer ging das nicht, immer mehr wurde von läben und drüben die Anschauung verfochten, die Regierung des Gegners habe den Krieg leichtfertig entzündet, und wer sie stütze, mache sich zu ihrem Mitschuldigen. Ausgehend von der Landesverteidigung kam man nicht bloß zur Verteidigung der eigenen Regierung, sondern auch zum Kampfe gegen die Sozialisten der gegnerischen Länder; zum Kampfe nicht bloß auf dem Schlachtfeld — der war unvermeidlich und brauchte an sich noch nicht erbitternd zu wirken —, sondern zum Kampfe auf dem Papier, der weit weniger Gefahren und Schrecknisse mit sich bringt und doch weit erbitternder wirkt, weil er nicht als bittere Notwendigkeit, sondern als freiwillige und gesuchte Feindseligkeit empfunden wird; weil hier jede Möglichkeit ausgeschlossen ist, daß gegnerischer Heroismus den eigenen Heroismus hervorruft und damit eine gewisse Erhebung zeitigt, weil man die Darstellung des Gegners nur als vergifteten Pfeil empfindet, der aus sicherem Hinterhalt abgeschossen wird.

Aber die Frage der Politik im Kriege haben sich noch jedesmal große Differenzen in den sozialistischen Parteien aufgegan. Aber es waren in der Internationale politische Differenzen, Differenzen über die Auffassung der Politik der verschiedenen kriegführenden Staaten. Es waren Differenzen verschiedener Richtungen im gleichen Lande, die nicht verhinderten, daß die Sozialdemokraten der verschiedenen Länder, die den gleichen Standpunkt vertraten, gemeinsam internationale Politik machten.

Die Verpflichtung zur Landesverteidigung trennt dagegen gerade jene Sozialdemokraten der kriegsführenden Länder, die alle den gleichen Standpunkt anerkennen. Sie trennt die Sozialisten nicht nach verschiedenen internationalen Richtungen, sondern nach *Nationen*. Damit mußte sie schließlich die Internationale sprengen, wenn sie sich allgemein durchsetzte. Wenn die Internationale bestehen bleibt, ist das bloß dem Umstand zu verdanken, daß die grundsätzliche Verpflichtung zur Landesverteidigung nicht überall anerkannt wird. Das bekommt praktische Bedeutung jetzt, wo wir in die Bewegung für den Frieden eingetreten sind und für die Internationale der Zeitpunkt gekommen ist, sich wirksam in der einzigen Funktion zu betätigen, die ihr im Kriege verbleibt, der Funktion, als Friedensinstrument zu dienen.

Jene sozialdemokratischen Parteien der kriegsführenden Länder, die grundsätzlich die Pflicht der Landesverteidigung anerkennen und dementsprechend hinter ihren Regierungen stehen, können sich nicht leichter verständigen als diese. Durch sie kommt der Friede nicht näher als durch die Regierungen selbst.

Nur jene Parteien und Minderheiten, die ihre Haltung zu den Regierungen nicht von der Landesverteidigung, sondern einzig von ihrem Urteil über die Politik dieser Regierungen abhängig machen, ihnen nicht bloß äußerlich, sondern auch innerlich in voller Freiheit gegenüberstehen, sie allein können die Internationale wieder zum Fungieren bringen und in der Verständigung der kriegsführenden Nationen führend vorangehen. Das hat Zimmerwald bewiesen, das erkennt jetzt anlässlich der Einberufung der internationalen Konferenz unser holländischer Genosse Troesstra, Mitglied des internationalen Exekutivkomitees, an, der darüber unter anderem sagte:

Eine sozialistische Konferenz würde zu keinem Resultat führen, wenn auf ihr allein jene Parteien erschienen, die im Grunde ihre Regierung vertreten. Die Minderheiten der verschiedenen Länder müßten die Brücke zwischen den Parteien der kriegsführenden Länder bilden, denn abgesehen von Italien (wo die Mehrheit auf dem Boden der Minderheiten steht) stellten diese Minderheiten das internationalste Element dar.

Es ist wohl nur ein Versehen, wenn hier bloß von Italien gesprochen wird. Auch in Serbien, Rumänien, der Schweiz und vor allem in Rußland waren es nicht bloß Minoritäten, die die Verpflichtung zur Landesverteidigung ablehnten und damit »das internationalste Element darstellten«.

Man sieht in dieser Ablehnung die Preisgabe des eigenen Landes. Das wäre sie nur dann, wenn man zu dem entgegengesetzten Extrem gelangte und die Landesverteidigung prinzipiell ablehnte. Das tun wir nicht, wie schon eingangs gezeigt. Wir lehnen es bloß ab, unsere Stellung zur Landesverteidigung, das heißt zum Kriege schon mit der Tatsache des Krieges selbst als gegeben zu betrachten. Wir lehnen sie ab als Ausgangspunkt zur Bestimmung unserer Haltung gegenüber der Regierung. Die Freiheit, die wir dadurch gegenüber den Regierenden gewinnen, bedingt nicht nur nicht die Preisgabe des eigenen Landes, sie kann das Mittel werden, es vor den Konsequenzen einer verderblichen Politik in Fällen zu retten, in denen der Sozialismus versagt, der auf dem Boden der prinzipiellen Landesverteidigung steht.

Synergie.

Von F. Müller-Lyer.¹

In der Synergie hat die moderne Soziologie das machtvollste Mittel zur Förderung der menschlichen Wohlfahrt entdeckt. Durch Synergie, das heißt durch planvolles und von wissenschaftlicher Einsicht geleitetes Zusammenwirken können die Menschen den Kampf gegen die Übel und Leiden in der wirksamsten Weise aufnehmen und sich zu den glücklichsten und höchsten Daseinsformen aufschwingen. Wenn sie einander aber entgegenwirken und sich zu schädigen suchen (Antergie), so machen sie sich das Leben zur Hölle und fallen wieder zurück auf niedere und halbsterische Daseinsstufen.

Man sollte deshalb denken, daß die Zunahme der Synergie das eigentliche Maß der Kulturhöhe wäre und daß in der Kulturentwicklung ein stetiges Wachsen der synergetischen und eine stetige Abnahme der antiergetischen Tätigkeiten festzustellen sein müßte.

Im großen und ganzen ist dies denn auch offensichtlich der Fall.

Wenn wir zum Beispiel nur die Geschichte der letzten Jahrhunderte betrachten, so finden wir, daß die europäischen Staaten überall aus kleinen, sich bekämpfenden, einander schädigenden, zu großen einheitlich regierten und von einer einheitlichen Rechtsordnung zusammengefaßten Groß- und Nationalstaaten übergegangen sind.

Fast noch einleuchtender wird uns die Erkenntnis dieses allgemeinen Entwicklungsgesetzes, wenn wir den Blick über den gesamten Kulturverlauf hinschweifen lassen. Während auf den untersten Kulturstufen, etwa in der älteren Steinzeit, die Erde übersät ist von einer Anzahl kleiner, isolierter Herden und Horden, die nur über wenige Mitglieder verfügen und in einem Zustand fast ewiger Feindschaft miteinander liegen, sehen wir im Verlauf der Jahrhunderte und Jahrtausende aus dieser Hordenspreu immer größere soziale Gebilde entstehen. Zuerst Hordenverbände, dann aus diesen Stämme, aus diesen Stammesverbände, große Königreiche, imperialistische Weltreiche von der antiken Struktur und dann Großstaaten, von denen ein einzelner viele Millionen unter einheitliche Rechtsprechung gebracht hat, während noch die antiken Stadtstaaten aus wenig Tausenden von Bürgern bestehende Staaten waren. So besteht zum Beispiel das britische Kaiserreich heute aus 430 Millionen Einwohnern, Rußland aus 178, China aus 400 usw. Und auch damit ist die fortschreitende synergetische Bewegung noch nicht zum Stillstand gekommen. Denn auch diese modernen Großstaaten und Weltreiche haben sich wieder in einem noch höher stehenden Organismus vereinigt, nämlich im modernen Weltmarkt, soweit es wenigstens das wirtschaftliche Gebiet betrifft. Wenn man diese ganze Entwicklungslinie über-

¹ Durch das freundliche Entgegenkommen von Frau Dr. Müller-Lyer sind wir in der Lage, die vorliegende Abhandlung aus dem Nachlaß des im vorigen Jahre verstorbenen Denkers zu veröffentlichen. Sie zeigt sehr gut die Eigenart seiner Methode, die in wesentlichen Punkten von der Marxschen abweicht. Man vergleiche darüber die Diskussion zwischen Eckstein und Müller-Lyer in der Neuen Zeit, XXIX, 2 über »Historische Reihen« (S. 428 und 939) und die Kritik von O. Jenßen: »Marxismus und die phäseologische Methode der Soziologie« in Nr. 2, XXXV, 2, S. 85.

blickt, so erkennt man deutlich, daß in allen Völkern der Erde ein Streben zur Synergie liegen muß, daß sie sich überall an ihren Grenzen mit ihren Nachbarn zu vereinigen suchen und so auf kriegerischem oder friedlichem Wege eine durchgehende Organisation zu bilden den Drang in sich verspüren.

Sobald man aber den Blick auf die Kulturentwicklung etwas genauer heftet und auch an einzelnen Stellen verweilen läßt, so bemerkt man deutlich, daß doch auch sehr schwere Widersprüche oder Inkongruenzen gegen jenes Gesetz von der allgemeinen Vergesellschaftung, das heißt Integrierung, Organisierung vorhanden sind.

Und solche Inkongruenzen finden sich nicht bloß auf politischem Gebiet, sondern zahlreich auch, wie wir noch sehen werden, auf anderen Kulturgebieten (Moral, Sprache, Kunst usw.), und sie sind um so beachtenswerter, als sie im scheinbaren Widerspruch zu dem Entwicklungsgedanken stehen und auch vielfach in der Literatur als Einwände gegen die Entwicklungstheorie herbeigezogen werden. Gerade durch die systematische Anwendung der »phaseologischen Methode« sind diese Widersprüche besonders scharf herausgetreten und haben sich als Rätsel besonders peinlich bemerkbar gemacht. Ich glaube nun aber, in einer Erweiterung der Phasenmethode den Schlüssel zu ihrer Lösung gefunden zu haben, und zwar in einer neuen Untersuchungsmethode, die ich die laterale Betrachtungsweise² nennen möchte.

Der sehr einfache Gedanke, auf dem diese neue soziologische Untersuchungsmethode beruht, besteht darin, daß es für die Kultur eines Volkes nicht bloß darauf ankommt, auf welcher Kulturhöhe es steht, sondern auch darauf, wie lange es schon auf dieser Stufe lebt und wieviel Zeit es gehabt hat, sich darauf einzurichten und »anzupassen«.

Denn tatsächlich bleibt nichts in der Welt gänzlich unverändert, und ein Volk, das Jahrtausende auf einer bestimmten Stufe verharrt hat, paßt sich in dieser langen Zeit seiner Stufe immer mehr und mehr an.

Wenn wir uns ein Koordinationsystem denken, dessen Senkrechte die Höhe der Kulturstufe, dessen Wagrechte die Zeit bedeutet, durch welche hindurch ein Volk auf dieser Kulturstufe gelebt hat, so würden wir also zu folgender Figur gelangen:

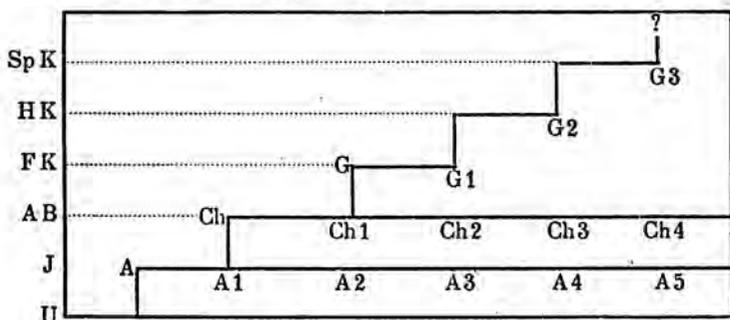
Z	Z1	Z2	Z3	Z4	Z5
B	B1	B2	B3	B4	B5
W	W1	W2	W3	W4	W5
U	U1	U2	U3	U4	U5

Die Buchstaben U, W, B und Z bedeuten die Kulturstufen: Urzeit, Wildheit, Barbarei und Zivilisation. Die auf den wagrechten Linien verzeichneten Zahlen geben die Zeit an, Jahrhunderte oder Jahrtausende, die ein Volk auf der betreffenden Kulturstufe gelebt hat. Wenn

² Über die ich schon in der »Vierteljahrsschrift für wissenschaftliche Philosophie und Soziologie«, Leipzig, XXXIX, 4, S. 381 ff. einen kleinen Aufsatz veröffentlicht habe.

man nun, um die Richtungslinien zu finden, die einzelnen Kulturstufen vergleicht, geht man gewöhnlich von der stillschweigenden Voraussetzung aus, daß man U, W, B und Z vergleicht und dadurch zu der Richtungslinie U Z gelangt. Statt dessen lebt aber vielleicht der Stamm niederer Jäger, den wir gerade im Auge haben, schon seit Jahrtausenden auf der Stufe der Wildheit, und er ist durch »laterale« Entwicklung (das heißt durch die lokale Anpassung) bereits bei W 5 angekommen; ein anderes Volk auf der nächsthöheren Kulturstufe der Barbarei steht vielleicht bei B 3 und ein zivilisiertes Volk, dessen Sitten wir mit denen der anderen vergleichen, bei Z 1! Außer der senkrechten »aufsteigenden« Entwicklung gibt es also noch eine »laterale« Entwicklung, und es ist zum Beispiel keine Frage, daß die Wildvölker, die heute noch existieren, alle solche langdauernden, lateralen Entwicklungen hinter sich haben. Infolgedessen dürfen wir viele ihrer Eigentümlichkeiten nicht als »universalhistorisch« auffassen, wie dies in kritikloser Weise vielfach geschehen ist,³ sondern wir müssen vorsichtig die durch die laterale Entwicklung und Anpassung aufgekommenen soziologischen Eigentümlichkeiten in Betracht zu ziehen suchen.

Um den Gedanken der »lateralen« Entwicklung noch deutlicher zu machen, wollen wir beiseite lassen den Entwicklungsgang dreier Völker, die auf ganz verschiedener Kulturstufe stehen, miteinander vergleichen, nämlich die Entwicklung der Australneger, der Chinesen und der Germanen.



(Die Buchstaben auf der Ordinate bedeuten: U — Urzeit, J — Jägerei, AB — Ackerbau, FK — Frühkapitalismus, HK — Hochkapitalismus, SpK — Spätkapitalismus.) Die Australneger erhoben sich bei A aus der Urzeit zur Jägerei und verblieben außerordentlich lange Zeit, wohl ungezählte Jahrtausende, auf dieser Kulturstufe bis auf den heutigen Tag. Die Chinesen stiegen bei Ch von der »Wildheit« zum Ackerbau auf, und auch sie verharrten mehrere Jahrtausende hindurch auf dieser Stufe bis in die neueste Zeit hinein. Die Germanen dagegen stiegen von Stufe zu Stufe in der kurzen Spanne von noch nicht einmal anderthalb Jahrtausenden. Infolge der Berührung mit dem Orient gelangten sie zur Zeit der Kreuzzüge (bei G) in den Frühkapitalismus, nach der Erfindung der großen Arbeitsmaschinen (bei G 2) in die hochkapitalistische und (bei G 3) in die spätkapitalistische Phase.⁴ Und auch diese Phase ist bereits in vollem Übergang, über dessen Er-

³ Vergl. darüber »Phasen der Liebe«, S. 125, 143.

⁴ Näheres darüber in »Phasen der Kultur«, 11. Auflage, S. 173 ff.

gebnis wir vorerst nur Vermutungen haben. Die Folge davon war, daß sich die Australier sowohl als die Chinesen ihrer Kulturstufe in der vollkommensten Weise anpassen, sich in ihr einrichten und in der bewundernswertesten Weise bis ins kleinste hinein einleben konnten.⁶ Die Germanen dagegen gelangten zwar rasch zu immer höheren Stufen; aber auf keiner Stufe hatten sie die nötige Zeit, um sich ihr völlig anzupassen und darin heimisch zu werden.

Daraus erklärt sich auch der einheitliche harmonische Eindruck, den uns die Kultur so vieler Völker macht, die doch auf einer viel niedrigeren Stufe stehen geblieben sind als wir. Ihre Kultur, zum Beispiel die der Australneger, der Eskimos, des alten China usw. ist bis ins einzelne kleinste ihrer Stufe angepaßt und in völliger Ordnung und Einheitslichkeit wie aus einem Guß geformt; während unsere Kultur von immer wieder einsetzenden aufsteigenden Phasen zerrissen und in die Höhe gezogen, unausgeglichen, verworren, zwiespältig und von allen möglichen disharmonischen Überlebsehn aus älteren Entwicklungsphasen stilllos entstellt, verunreinigt und mißfällig erscheint.

Gerade in unserer Zeit ist die Unordnung und das Mißverhältnis zwischen materieller und geistiger Kultur so stark geworden, daß manche Soziologen einen völligen Verfall befürchten und daß man jedenfalls unsere Zeit als eine kritische bezeichnen muß. Denn alles wird sich nun darum handeln, ob sich die europäischen Völker ihrer hohen Kulturstufe anzupassen vermögen: ob eine laterale Anpassung stattfinden wird oder nicht.

Von welcher soziologischen Bedeutung diese laterale Anpassung ist, wollen wir nun zunächst an dem Beispiel der moralischen Entwicklung uns klar machen.

Aber die Entwicklung der Moral herrscht unter den Soziologen die größte Verwirrenheit. Nicht wenige behaupten, daß es überhaupt eine Entwicklung der Moral gar nicht gäbe, daß die Sittlichkeit unter den Völkern auf allen Kulturstufen eine konstante Größe sei. In der Tat finden wir auf allen Kulturstufen einzelne Völker, die sich durch Friedlichkeit und gutes Einvernehmen sowie durch das fast gänzliche Fehlen von Verbrechen auszeichnen. Daß aber trotzdem die Moral (im guten und schlechten Sinne) keine konstante Größe ist, springt schon dann in die Augen, wenn wir auch nur die Moral des Mittelalters mit der Gegenwart vergleichen. Im Mittelalter war zum Beispiel die Habgier, die Pleonexie, bei weitem nicht so stark wie in unserer Zeit, die Grausamkeit war dagegen damals so groß, daß das Quälen, Foltern und Verbrennen von Menschen, das uns heute entsetzt, geradezu als Volksbelustigung galt.

Tatsächlich zeigt denn auch die Moral sowohl eine »aufsteigende« als eine besonders starke »laterale« Entwicklungsfähigkeit. Wenn wir das sittliche Bewußtsein eines Australnegers oder Eskimos mit dem eines Banknegers, eines römischen Stoikers, eines wirklichen Christen, eines auf der Höhe stehenden modernen Menschen vergleichen, wenn wir also die Höhenlinie der sittlichen Entwicklung verfolgen, so kann kein Zweifel sein, daß mit wachsender Kultur eine zunehmende sittliche Vervollkommnung stattgefunden hat. Aber neben der »aufsteigenden« ist die »laterale« Entwicklung gerade auf diesem Gebiet von größtem Einfluß. Die Eskimos zum

⁶ Über China vergl. ebenda, S. 61 ff.

Beispiel leben, wie alle Schilderungen der Reisenden betonen, im besten Einvernehmen, friedlich, ohne Streit und Gehässigkeit und ohne Krieg miteinander, denn sie haben die Zeit gehabt, auf ihrer Kulturstufe ihre Sitten und Umgangsformen derartig auszubilden, daß sie ihren wirtschaftlichen und sozialen Zuständen beinahe völlig angepaßt sind. Auf der Höhe unserer Kultur dagegen sind Streifigkeiten und Verbrechen keine Seltenheit; denn obgleich unsere Kultur eine viel höhere ist als die der Eskimos, so sind wir aber doch bei der Überstürzung, in der sich die Entwicklungsphasen gefolgt sind, niemals zu einem genügend stabilen wirtschaftlichen und sozialen Zustand gelangt, dem wir unsere moralischen Einrichtungen, unserer Kulturhöhe entsprechend, in aller Ruhe hätten anpassen können.

Wenn wir diese etwas komplizierten Entwicklungsverhältnisse auch wieder durch eine Figur veranschaulichen dürfen, so wollen wir den Tiefstand der Moral mit der Zahl 1 bezeichnen, ihren Hochstand mit der Zahl 10 und die dazwischenliegenden Grade mit den entsprechenden Zahlen 2 bis 9. Es würde sich dann etwa folgende Figur ergeben:

?	5	6	7	8	9	10
Z	4	5	6	7	8	9
B	3	4	5	6	7	8
W	2	3	4	5	6	7
U	1	2	3	4	5	6

Vergleicht man zum Beispiel Völker, die durch die punktierten Linien verbunden sind, miteinander, so wird man zu dem Ergebnis kommen, daß die Moral keine deutliche Entwicklung über die verschiedenen Kulturstufen zeigt. Daß diese Ansicht aber unrichtig ist, dürfte die Figur (die natürlich rein schematisch ist und daher cum grano salis verstanden werden muß) genügend veranschaulichen.

Ein helles Licht wirft diese Betrachtungsweise zum Beispiel auch auf die vorher so dunkel gewesene Soziologie der Sprache (man denke zum Beispiel nur an die chinesische Sprache, die in der aufsteigenden Entwicklung so tief steht und in der lateralen so weit gekommen ist); ferner auf die Entwicklung der Kunst: ich erinnere nur an die bis zum Naturalismus aufgestiegene Kunst der Steinzeit usw. Sogar schon im Tierreich finden wir den Gegensatz zwischen aufsteigender und lateraler Entwicklung vielfach in sehr augenfälliger Weise. So haben zum Beispiel die Ameisen durch eine jahrhunderttausendlange laterale Anpassung auf der Stufe des Insekentypus staatliche Organisationen geschaffen, die durch ihre bewundernswerte Vollkom-

menheit alles übertreffen, was auf höherer Stufe in dieser Beziehung zum Beispiel von den Tieren des Säugetiertypus geleistet worden ist; sie besitzen soziale Einrichtungen, die in manchen Punkten sogar den menschlichen Staatsgebilden als Vorbilder dienen können. (Vergl. darüber zum Beispiel A. Forel: *Les fourmis de la Suisse*, 1874, L. Büchner: *Aus dem Geistesleben der Tiere*, Leipzig 1879.) Um noch ein recht in die Augen springendes Beispiel zu erwähnen, möchte ich hier zwei Berufe nennen: der eine, der Kriegerstand, durch jahrhundertelange laterale Entwicklung bis ins kleinste hinein ein in jeder Beziehung völlig ausgebildetes System, der andere, der Kaufmannstand (vergleichsweise) noch in den ersten Anfängen begriffen. Dieses rätselhafte Mißverhältnis zwischen Entwicklungsstufe und Vollkommenheit einzelner Funktionen dürfte durch den Gegensatz zwischen aufsteigender und lateraler Entwicklung in der einfachsten Weise aufgeklärt werden.

Doch wollen wir darauf jetzt nicht näher eingehen, sondern diese neue Betrachtungsweise zuerst auf den Krieg im allgemeinen und dann auf den gegenwärtigen Krieg im besonderen in Anwendung bringen.

Der Krieg, das heißt der blutige Gewaltkampf, tritt als ein tierischer Aktivismus, worauf wir schon hingedeutet haben, mit steigender Kultur immer mehr in den Hintergrund: »aufsteigende« Entwicklung,⁹ während die werthschaffende, auf Synergie beruhende Arbeit immer wichtiger wird. Denn mit wachsender Kultur werden die sozialen Organisationen, innerhalb deren der Friede und die Arbeit herrschen, immer größer. Aber neben der »aufsteigenden« Entwicklung ist die »laterale« von hohem Einfluß auf die Häufigkeit der Kriege. Denn mit jeder neuen Kulturstufe müssen die zwischen-völkischen Verhältnisse neu geordnet werden; es tritt ein *Inferrégnum* ein, in dem die alten Einrichtungen ungenügend oder ungeeignet werden, während die neuen noch nicht vorhanden sind. In einer solchen »kritischen Epoche« gerät alles in Unordnung, und daher werden beim Beginn jeder neuen Stufe die meisten Kriege geführt; sobald dann die neue Organisation hergestellt ist, tritt ein Zustand des Friedens ein: die neue Ordnung und Anpassung ist durchgeführt. Daher sehen wir zum Beispiel schon bei den Wildvölkern, die sich ihrer Kulturstufe angepaßt haben, wie zum Beispiel bei den Australern und Eskimos, daß dort der Krieg fast keine oder gar keine Rolle spielt. Das chinesische Reich war der Schauplatz vieler Kriege, bis die Organisation durchgeführt war, dann, nachdem die Teilreiche überwunden waren, trat ein relativer Dauerfriede ein. Auch in Japan hatte nach vollendeter Organisation ein Friede von über 250 Jahren geherrscht, bis dann dieser Staat, in die moderne Entwicklung hineingezogen, wieder in den Kriegszustand geriet. So hatten diese beiden Völker auf der Stufe des Ackerbaues ihre Organisation bis zur friedlichen Ordnung durchgeführt. Als die antike Welt vom Ackerbau zum Frühkapitalismus aufgestiegen war, herrschte ein fast ununterbrochener Kriegszustand; als dann die Römer die gesamte Organisation der antiken Völker in großartiger Weise bewerkstelligt hatten, trat ein dreihundertjähriger Friede, die *Pax romana*, ein.

In unserer gegenwärtigen Zeit (1914/15) war die »aufsteigende Entwicklung« der Kultur zu solcher Höhe gelangt, daß man hätte vermuten dürfen, die zwischenstaatliche Organisation der Völker würde auf dem friedlichen

⁹ Vergl. darüber »Sinn des Lebens«, Kapitel 20 bis 23.

Wege der Verständigung gelingen. Aber leider war die zum Teil noch sehr rückständige Diplomatie der europäischen Staaten dieser Aufgabe nicht gewachsen. Auf der anderen Seite wird man eine Entschuldigung dafür in der Größe des modernen internationalen Organisationsproblems finden müssen. Denn während die Römer nur 55 Millionen Menschen zu organisieren hatten (nicht größer war das berühmte römische Weltreich, kleiner an Bevölkerung als das jetzige Deutsche Reich), so besteht das moderne internationale Problem darin, daß die sämtlichen Völker der Erde, also etwa 1500 Millionen, durch eine einheitliche Organisation in den Zustand der friedlichen Ordnung gebracht werden. Denn alle Völker der Erde stehen in der Gegenwart durch die großartige wirtschaftliche Einrichtung des Welthandels in Wechselwirkung zueinander, und es ist jetzt die große Frage, ob die »aufsteigende« Entwicklung bereits so weit gediehen ist, daß die allgemeine Organisation auf dem Wege der Vernunft und der friedlichen Verständigung bewerkstelligt oder ob dies weiterhin durch eine unabsehbare Reihe von Kriegen zu erreichen versucht wird; das heißt: es ist die Frage, ob die europäischen Völker nach dem Vorbild der Griechen in der Selbstzerfleischung ihren Verfall finden oder nach dem Vorbild der Römer (aber nicht durch Eroberung und Unterjochung) zu einer einheitlichen Organisation gelangen werden. Denn jede neue Kultur drängt auf Organisation der Völker, vermag sie diese nicht herzustellen, verbleibt sie in der zwischenstaatlichen Anarchie, so kann die neue Stufe nicht zur vollen Entwicklung gelangen.

Wenden wir nun die laterale Betrachtungsweise auf den gegenwärtigen Krieg an!

(Schluß folgt.)

Das lothringische Minetterevier.

Von Gg. Engelbert Graf.

Das lothringische Minetterevier ist das reichste und wichtigste Eisenerzgebiet Europas, mit dem sich selbst Schweden trotz seiner Qualitätserze nicht messen kann, wenigstens solange eine rationelle Elektroverhüttung noch nicht möglich ist. In meridionaler Richtung verteilt sich das Minetterevier auf die Zone zwischen Longwy und Nancy innerhalb des Raumes zwischen Mosel und Maas, nur südlich Metz greift es auf das rechte Moselufer über. Das Hauptvorkommen der erzführenden Schichten erstreckt sich auf eine Zone von Esch und Düdelingen in Luxemburg entlang der deutsch-französischen Grenze nach Süden bis etwas südwestlich von Metz in die Gegend von Navéant; von dieser Hauptzone aus sendet das Gebiet zwei Klappen nach Französisch-Lothringen hinein in das »Bassin von Longwy« im Norden — wovon ein kleiner Zipfel zu Belgien gehört — und in das »Bassin von Briey« südlich davon. Abgetrennt von diesem zusammenhängenden Gebiet befindet sich — abgesehen von einigen kleineren Minetteinseln — noch ein reicheres isoliertes Erzfeld im Umkreis von Nancy. Das ganze Gebiet umfaßt einen etwa 100 Kilometer langen und durchschnittlich etwa 18 Kilometer breiten Landstrich.

Die Minette ist ein eisenerzführendes Gestein, das in ursprünglich horizontal gelagerten, heute im ganzen wenig veränderten Schichten und Bänken zwischen erzarme und erzlose Schichten eingebettet ist. Rein äußerlich betrachtet, hat sie für den Laien den Charakter eines Sandsteins. Ihre Struktur istoolithisch, das heißt das Eisenerz ist in kleinen, durchschnittlich etwa $\frac{1}{4}$ Millimeter großen Körnchen von konzentrisch-schaligem Aufbau (mit durchschnittlich etwa 50 bis 55 Prozent Eisengehalt) enthalten, die durch eine eisenschüssige Grundmasse kalkiger,

soniger oder kieseliger Natur mehr oder weniger innig miteinander verbunden sind. Die Minetteschichten stammen aus dem Beginn der mittleren Jurazeit (Dogger) und sind wahrscheinlich infolge Durchfränkung eines küstennahen Meeresuntergrundes mit eisenhaltigem Wasser entstanden. So erklärt es sich, daß sowohl der Eisengehalt der einzelnen Minetteschichten oft auf ganz kurze Strecken hin sich verändert, daß eisenerzführende Schichten plötzlich auskeilen und verschwinden und daß sowohl ihre Zahl wie ihre Mächtigkeit ständig wechseln. Den gesamten Schichtenkomplex, in dem die Minetteschichten vorkommen, nennt man die Minetteformation; ihre Mächtigkeit beträgt durchschnittlich 50 bis 60 Meter. In der Minetteformation wechseln die Minettelager mit eisenerzarmen Sandsteinen, Kalksteinen und Mergeln; sie wird überlagert von einem wasserundurchlässigen (was für den Bergbau besonders wichtig ist!) Mergel, der durch seine blaugraue Farbe auffällt. Die einzelnen Minettelager zeichnen sich durch besondere Färbung aus; der Bergmann unterscheidet hauptsächlich sechs Lager; in der Reihenfolge von unten nach oben: das grüne, schwarze, braune, graue, rote, rotsandige, doch schwankt die Anzahl der einzelnen Lager zwischen 1 bis 10. Das grüne, schwarze und braune Lager werden als unferre kieselige Minette, das rotsandige als obere kieselige Minette, die übrigen als kalkige Minette bezeichnet. Die grüne und schwarze Minette wird ihres hohen Kieselsäuregehalts wegen nur wenig ausgebeutet; die braune ist reicher an Eisen und ist besonders wichtig für Deutschland. Die graue Minette hat die größte Mächtigkeit und Verbreitung und die günstigste Zusammenfassung auf französischem Gebiet.

Der für die Verhüttung in Betracht kommende Eisengehalt der Erzsichten wechselt sehr stark. In Luxemburg enthält bei Esch die braune Minette 38 bis 42 Prozent Eisen, die graue 30 bis 32, die rotsandige 37 bis 41 Prozent; bei Wüdlingen die graue 36, eine gelbe Schicht 38 bis 39 Prozent Eisen. In Deutsch-Lothringen ist der durchschnittliche Eisengehalt der braunen Schicht 38 bis 39, der grauen 29 bis 32, der schwarzen 36 bis 37 Prozent Eisen. Auf der französischen Seite enthält die graue Minetteschicht etwa 28 bis 42 Prozent Eisen.

Über die insgesamt im Minettegebiet vorhandenen Eisenerzvorräte gehen die Schätzungen weit auseinander; selbst wenn man nur die heute abbaubar gehaltenen Schichten in Betracht zieht. Im allgemeinen rechnet man — anderweitige günstige Zusammenfassung vorausgesetzt — eine Minette von 25 Prozent Eisengehalt noch als abbaubar. Je mehr sich aber die Technik vervollkommnet und je mehr der Eisenerzbedarf wächst, um so mehr werden die Ansprüche an den Erzgehalt herabgesetzt; teilweise werden heute bereits 20prozentige Erze verhüttet. Es ist auch zu berücksichtigen, daß bei dem kapitalistischen Raubbau, der im Minettegebiet betrieben worden ist und betrieben wird, oft ganze Lager mit über 25 Prozent Eisengehalt für minderwertig gehalten und zu Bruch gebaut werden, wenn etwa unter ihnen eine hochwertigere Minette auszubeuten ist — oder wenn kein Hochofenwerk in unmittelbarer Nähe sich befindet, in dem sich die Verhüttung infolge der geringen Transportkosten lohnen würde. In solchen Fällen gehen an sich ganz wertvolle Lager unwiederbringlich verloren. Auch die Konkurrenz billiger ausländischer, plötzlich auf dem Markt auftretender Erze kann ganze Erzbezirke plötzlich entwerten, wie andererseits Gebiete, die etwa infolge enormer Wasserführung, stark gestörter Lagerung und dergleichen bisher die Anlagekosten nicht rentierten, durch irgendeine neue Erfindung mit einem Male abbaubar werden. Alle diese Momente wirken da, wo die Erze in gleichmäßiger Beschaffenheit und bei gleichmäßigem Vorkommen, wie in Nordschweden, sich vorfinden, lange nicht in der Stärke wie etwa im lothringischen Minettegebiet, wo verschiedenwertige Schichten in wechselnder Zusammenfassung, in verschiedenartiger Lagerung und mit wechselnder Ausbeutemöglichkeit angetroffen werden. Gerade in einem solchen Gebiet kann daher die staatliche Zollgesetzgebung der einzelnen Länder, die sich in das Erzgebiet teilen, gleichfalls die Ziffern beeinflussen, die die vorhandenen abbaubaren Erzmengen darstellen.

Die geringsten Mengen abbauwürdiger Erze finden sich in dem belgischen Zipfel; sie werden auf nur noch einige Millionen Tonnen geschätzt. Praktisch sind die Lager heute bereits erschöpft. Auch die luxemburgischen Minettelager nähern sich der Erschöpfung; der Eisenerzvorrat soll noch etwa 250 bis 300 Millionen Tonnen betragen und etwa noch bis zum Jahre 1925 reichen. Besonders weit gehen die Schätzungen über die in Deutsch-Lothringen vorhandene abbauwürdige Minette auseinander; Wandezleben bezifferte 1890 ihre Menge auf 2100 Millionen Tonnen, Köhler kam 1896 auf die sicherlich viel zu hohe Zahl von 3200 Millionen Tonnen. Köhlermann, dem wir die neuesten und sehr vorsichtigen Schätzungen verdanken, spricht von 1831 Millionen Tonnen (davon 1400 Millionen kalkige, 400 Millionen kieselige Minette), während der französische Bergbeamte Bailly für Deutsch-Lothringen nur die Zahl von 1100 Millionen Tonnen gelten lassen will. Für das französische Minetterevier kommen die dortigen Bergbeamten auf 200 Millionen Tonnen kieselige Minette im Bezirk von Nancy, 300 Millionen Tonnen ebensolche im Bassin de Longwy, 600 Millionen Tonnen im Bezirk von Crusnes und 2000 Millionen Tonnen kalkige Minette im Bezirk von Briey, also insgesamt 3100 Millionen Tonnen. Das ergibt im ganzen — bei Zugrundelegung der Köhlermannschen Zahlen für Deutsch-Lothringen — rund $5\frac{1}{4}$ Milliarden Tonnen Minette, die nicht ganz 2 Milliarden Tonnen Eisen entsprechen. Die Tonne Minette nach dem letzten Friedenspreis mit rund 4 Franken berechnet, belief sich der Wert des gesamten Minettereviers auf rund $23\frac{1}{2}$ Milliarden Franken (gleich rund 19 Milliarden Mark). Der Wert wird natürlich nach dem Kriege ganz bedeutend höher sein.

Noch bis vor verhältnismäßig kurzer Zeit galt die Minette als ziemlich wertlos. Sie wurde entweder gar nicht oder doch nur in beschränktem Maße verhüttet. Dabei ist in Lothringen und Luxemburg die Eisenindustrie teilweise schon im Altertum heimisch gewesen. Bereits die Kelten und Römer trieben in Luxemburg ausgedehnten Erzbau und Verhüttung. Im Mittelalter war die Eisenindustrie hier hauptsächlich an die Hauswirtschaft geknüpft: die »Eisenbauern« entrichteten dem Grundherrn als Abgabe 1 bis 2 Zentner Eisen, das in primitiven Rennöfen gewonnen wurde. Die ersten Hochofen mit Holzkohlenfeuerung tauchten zu Beginn des siebzehnten Jahrhunderts auf. Die Hütte von Hayingen bei Diedenhofen galt im siebzehnten Jahrhundert als die vorzüglichste in Europa; sie gelangte 1704 durch Kauf in den Besitz von Jean Martin Wendel, der bereits einige Jahre später als Seigneur de Wendel erscheint und damit den Eisenadel der heute noch so berühmten de Wendels in Lothringen begründet. 1766 kam Lothringen an Frankreich, das damals auf dem Höhepunkt seiner Macht stand. Sein Eisenbedarf war ungeheuer groß. Überall tauchten damals die Hochofen und Essen. 1785 zählte Lothringen (ohne Metz, Toul und Verdun) 27 Hochofen und 50 Frischhütten mit einer Jahresproduktion von 205 000 Zentner Roh Eisen, bzw. 145 000 Zentner Schmiedeeisen. Für kurze Zeit erfolgte in Lothringen und Luxemburg ein Rückgang in der Produktion, verursacht durch die Wirren der Revolution. Unter Napoleon erhob sich die Eisenindustrie dann wieder und blieb bis in die vierziger Jahre ungefähr auf dem gleichen Stande.

Bis dahin hatte sie sich nicht auf die Minette, sondern auf geologisch jüngere Erze gegründet, den Bohnerzzen der Schwäbischen Alb verwandt, die in Mulden und Taschen oberhalb der Minetteschichten vorkommen. Wohl kannte man früh den Eisengehalt der Minette („minette“ ein geringschätziges Diminutivum von „mine“, Erz), aber zur Verhüttung war sie ihres hohen Phosphorgehalts wegen wenig geeignet, für Stahlerzeugung war sie nicht zu gebrauchen; erst als man Eisen gießen lernte, konnte man sie wenigstens vereinzelt zur Herstellung von Gußwaren, wie Ofenplatten und dergleichen, verwenden.

Eine Reihe technischer Erfindungen leitete die Blütezeit der lothringischen Eisenindustrie ein. Zu Beginn des neunzehnten Jahrhunderts brachte Ignaz de Wendel die Hochofenkoksführung aus England mit, die sich in den folgenden Jahr-

zehnten langsam statt der Holzfeuerung durchsetzte. Um 1840 fand August Meß, der Pächter der luxemburgischen Hütte Verburg, daß der rote und schwarze Sand in der Umgebung von Esch sich verhüften ließ — es war mulmige Mineffe. Die im Anschluß daran gegründete Firma A. Meß & Co. brachte sich in den Besitz großer Mineffefelder in der Umgebung von Esch, 1845 wurde daselbst der erste, 1848 der zweite Hochofen angeblasen, der systematisch mit Mineffe in Verbindung mit anderem Erz beschickt wurde. Seit 1860 wurde die Verhüttung der Mineffe allgemein. Besonderen Aufschwung nahm die Eisenindustrie im Anschluß an die Erfindung und rasche Ausbreitung der Eisenbahnen. Im Jahre 1865 zählte man allein im Moseldepartement 48 Hochofen, und 1869 wurden in den Departements Meurthe-et-Moselle bereits 420 000 Tonnen Roheisen erzeugt. Man nannte die Gegend damals schon das französische Schottland.

Das Mineffevorkommen und die Hüttenindustrie spielten dann eine große Rolle beim Frankfurter Frieden 1871. Auf deutscher Seite hatte man offenbar die Absicht, eine scharfe wirtschaftliche Grenze zu ziehen, indem man auf das Gutachten geologischer Sachverständiger hin die deutsch-französische Grenzlinie zwischen Meß und Luxemburg so zog, daß die Mineffefelder ausschließlich auf die deutsche Seite zu liegen kamen — ausgenommen den Tagebau von Villerupt. Damit glaubte man auch den noch französisch gebliebenen Hütten um Longwy und Nancy den Lebensfaden abgeschnitten zu haben.

Die Grenze war vom rein wirtschaftlichen Standpunkt aus sehr gut ausgedacht. Aber die Voraussetzungen, von denen man ausgegangen war, erwiesen sich als falsch. Man hatte bis dahin die Mineffeschichten ausschließlich in den engen Flußtalern ausfindig gefunden und glaubte sie an diese gebunden, das Erz gewann man in Tage- und Stollenbauten. Daß die Schichten unter den Hochflächen sich weiter erstreckten, daß vor allem in den französisch gebliebenen Teilen Lothringens die mächtigsten und reichsten Mineffelager sich befanden, ahnte man damals nicht, sonst hätte die neue Grenze 1871 eine andere Linienführung erhalten. Erst in den folgenden Jahren stellte es sich durch wiederholte Schürfungen und Probebohrungen heraus, welche Schätze das Plateau von Briey enthielt. Wieder waren es die de Wendels, die hier bahnbrechend vorgingen; sie waren mit ihren Besitzungen in Moyeuvre und Hayingen deutsch geworden, aber bereits in den achtziger Jahren gründeten sie auf französischem Boden die großen Werke von Jœuf, und 1891 ließen sie, unbetrt durch vorangegangene Fehlschläge anderer Gesellschaften, die ersten Schächte bei Jœuf abteufen, die in etwas über 60 Meter Tiefe die Mineffeschichten trafen.

Diese Entdeckung war jaft deshalb so wichtig, weil sie unmittelbar auf eine Erfindung erfolgte, die der Mineffe eine bis dahin ungeahnte Bedeutung verlieh. Zur Herstellung von Stahl war Mineffe bis dahin nicht zu verwenden, weil ihr Phosphorgehalt zu groß war. Da erfolgte in den achtziger Jahren die Entdeckung des sogenannten Thomasverfahrens, mit dessen Hilfe man in Bessemerbirnen dem flüssigen Roheisen den schädlichen Phosphorgehalt entziehen und es unmittelbar in sogenanntes Thomasflußeisen verwandeln konnte.

Diese technische Umwälzung, die mit einem Schlage das lothringische Erzrevier zu dem wichtigsten und zukunftsreichsten ganz Zentraleuropas machte, zog eine ganze Reihe ökonomischer Umwälzungen nach sich. Neugegründete Werke schossen sowohl in Luxemburg wie in Frankreich und Belgien wie Pilze aus der Erde; die bereits vorhandenen vergrößerten sich durch Neu-, Aus- und Umbauten, durch stetige Verjüngung ihrer technischen Anlagen. Gleichzeitig verwandelten sich die ehemaligen Familien- und privaten Unternehmungen in Aktiengesellschaften, innerhalb deren sich in jüngster Zeit Kartellierungen und Fusionsbestrebungen als weitere Folge der kapitalistischen Entwicklung geltend machten. Von den wichtigsten deutsch-luxemburgischen Werken seien außer dem de Wendelschen Besitz genannt: Eisenhütten-Aktienverein Düdelingen, die Rombacher Hüttenwerke, der Lothringische Hüttenverein Aumetz-Friede, der Hüttenverein Sambre-et-Moselle, die

Deutsch-Luxemburgische Bergwerks- und Hütten-A.-G., die Röchlingsche Karlsruhütte bei Diedenhofen, das Stummische Hochofenwerk Üdingen und andere. Ferner sind an den Eisenerzfeldern beteiligt: Belsenkirchener Bergwerks-A.-G., Krupp-Essen, Gutehoffnungshütte-Oberhausen, Rheinische Stahlwerke, Thyssen & Co., A.-G. Phöbny. In Französisch-Lothringen sind anzuführen an reinen Bergwerksgesellschaften: die Mine d'Amersmont-Dommery, Société Anonyme d'Errouville-Joeuf (de Wendelscher Besitz), Mines de Fers de Viramont, Mines d'Harize (de Wendel), Mines de Jarny, Société Lorraine de Minerais de Fers (Röchlingscher Besitz), Mines de Murville (teilweise Lothringer Hüttenverein); Kirdorf ist beteiligt an der Société Civile des Mines de Fers de St. Pierremont; Stinnes an Mines de Serrouville, Röchling an Mines de Valeroy. An Hüttenwerken seien genannt: Hauts-Fourneaux de la Chiers-Longwy, Société Métallurgique de Gorcy, Usines de Longwy, Société Lorraine Industrielle-Husigny, Hauts-Fourneaux de Maréville, Usines de Mcheville, Marc Raty & Co. Hauts-Fourneaux de Saulnes.

Die Rentabilität der Mineitegruben beruht zu einem großen Teil auf den verhältnismäßig geringen Spesen, die die Gewinnung des Erzes erfordert. In Luxemburg und in den benachbarten Bezirken wird das Erz teilweise noch in mächtigen Tagebauten im Steinbruchbetrieb gewonnen; in Deutsch-Lothringen gibt es eine Reihe von Stollengruben. Selbst wo Schachtbetrieb erforderlich ist, wie heute fast überall in Französisch-Lothringen, liegen die Schichten nicht in allzu großer Tiefe und erfordern wenig bergmännische Nebenarbeiten.

Die Gesteungskosten für Mineite befrugen 1912 in Stollengruben rund 2,20 Mark, im Tiefbau 2,70 Mark, durchschnittlich 2,50 Mark, dazu Amortisation des im Bergwerk investierten Kapitals rund 0,50 Mark pro Tonne, so daß in Deutsch-Lothringen damals für die Tonne Mineite ab Grube die Gesteungskosten sich durchschnittlich auf rund 3 Mark beliefen. Von einem Marktpreis für deutsche Mineite kann nicht die Rede sein, da fast alle Erzgruben im Besitz von Hüttenwerken sind, die ihren Erzbedarf daraus decken. Dagegen erschienen die französischen, besonders die Briey-Erze, in größeren Mengen auf dem freien Markt; ihr Verkauf erfolgte durch ein Syndikat. In den Jahren 1913/14 wurden pro Tonne 4,50 bis 6,50 Franken erzielt.

Die Mineiteförderung hat besonders in den letzten Jahren eine außerordentliche Steigerung erfahren. Sie betrug in Tonnen:

Jahr	Luxemburg	Deutsch-Lothringen	Französisch-Lothringen	Davon allein Bezirk von Briey
1907	7491 000	14 108 000	8 822 000	4 111 000
1908	5801 000	13 282 000	8 750 000	4 607 000
1909	5794 000	14 443 000	10 684 000	6 339 000
1910	6264 000	16 654 000	13 205 000	8 507 000
1911	6060 000	17 535 000	15 054 000	10 405 000
1912	6534 000	20 050 000	17 126 000	12 699 000
1913	7331 000	21 134 000	19 499 000	15 147 000

Danach ist die Eisenerzförderung in Luxemburg ungefähr konstant geblieben, in Deutsch-Lothringen steigerte sie sich regelmäßig, stärker im Bezirk von Briey, während sie in den Bezirken Longwy und Nancy abnahm.

Von der deutsch-lothringischen Förderung blieben 69,9 Prozent in Lothringen und Luxemburg, 13,08 Prozent gingen nach der Saar, 13,52 Prozent nach Rheinland-Westfalen, 3,50 Prozent nach Frankreich und Belgien. Frankreich exportierte 1915 9 746 000 Tonnen Erz, wovon 3 811 000 Tonnen Deutschland erblet.

Wie sehr die Mineite, heute das wichtigste Eisenerz Deutschlands und Frankreichs, auch für die Weltgewinnung an Eisenerz ins Gewicht fällt, zeigt die nachfolgende Tabelle, die den prozentualen Anteil der einzelnen Länder an der Weltgewinnung von Eisenerz darstellt:

Jahr	Vereinigta Staaten	Deutschland	Frankreich	Großbritannien	Spanien	Schweden	Rußland
1885 . . .	18,60	20,98	4,65	37,21	9,30	2,33	2,33
1895 . . .	26,23	19,67	6,56	21,31	9,84	3,28	4,92
1905 . . .	36,75	19,66	5,98	12,82	7,69	3,42	4,27
1910 . . .	39,19	19,59	10,14	10,14	6,08	4,05	4,05
1912 . . .	34,22	21,38	11,95	8,81	5,86	4,40	5,03
1913 . . .	34,48	20,69	12,64	9,20	5,75	4,02	—

Bis auf weiteres wird bei der Verhüttung des Eisenerzes die Transportfrage eine ausschlaggebende Rolle spielen. Abgesehen von Nordamerika, wo in einigen Bezirken Eisenerz und Kohle derartig unmittelbar benachbart sind, daß für beide keine erheblichen Transportkosten in die Kalkulation einzusetzen sind, gibt es kaum noch Länder auf der Erde mit einer ähnlich günstigen Konstellation. Kohle und Erz liegen fast durchweg in verschiedenen Distrikten, und das eine muß zum anderen verfrachtet werden. Im besonderen fällt für Frankreich sowohl wie für Deutschland die erzcentrische Lage der Erz- und Hüttenreviere verteuern für die Produktion ins Gewicht; in Frankreich konzentriert sich die Eisenindustrie im nördlichen Teile der Peripherie, in Deutschland haben wir drei peripherische Bezirke der Schwerindustrie: Lothringen, Rheinland-Westfalen und Oberschlesien. Diese Lage erleichtert zwar den Export in bestimmten Richtungen, erschwert aber den inländischen Absatz der Produktion. Dazu kommt dann die Konkurrenz zwischen den einzelnen Revieren, die den Nachbarrevieren die Produktion zu verteuern und den Absatz zu unterbinden sucht. Die rheinisch-westfälischen Hütten liegen mitten im Koksbezirk, aber sie müssen ihr Erz von Schweden, Spanien, aus Lothringen und dem Lahngebiet beziehen; ähnlich geht es Oberschlesien, nur daß hier noch die schlechte Qualität des ober-schlesischen Koks ins Gewicht fällt. In Lothringen kommt das Erz nicht zur Kohle, sondern das Umgekehrte ist der Fall. Daher hat das lothringische Hüttenrevier zum Beispiel für den Koksbezug an einer den Transport verbilligenden Mosel- und Saarkanalisierung ein ebenso großes Interesse wie die westfälische Industrie am Gegenteil.

In welcher Weise gerade diese Faktoren die Selbstkosten der Hütten beeinflussen, zeigen die Roheisenselbstkosten in den Hauptrevieren. In Rheinland-Westfalen stellte sich vor Ausbruch des Krieges die Tonne Erz im Mäüller auf durchschnittlich 15 Mark; zur Herstellung einer Tonne Roheisens waren etwa 2100 Kilogramm Erz (31,50 Mark und für 1 Mark Kalkzuschlag) erforderlich; dazu kommen für Koks (Selbstkosten einschließlich Gewinnung, Herstellung, Fracht, Amortisation) 13 Mark pro Tonne, Fabrikationsunkosten höchstens 5 Mark, für Amortisation rund 2 Mark, so daß die Tonne Roheisen in Rheinland-Westfalen durchschnittlich auf 52,50 Mark zu stehen kommt.

In Oberschlesien gebraucht man zu einer Tonne Roheisen durchschnittlich 2120 Kilogramm Erz Mischung zu rund 16 Mark, also im ganzen 33 Mark für Erz, dazu für 1,40 Mark Kalk. Oberschlesischer Koks stellt sich gleichfalls franko Verbrauchswerk auf 13 Mark die Tonne, aber für 1000 Kilogramm Roheisen werden 1170 Kilogramm Koks, das heißt für 1320 Mark verbraucht. Die Fabrikationsunkosten sind in Oberschlesien besonders hoch, sie sind auf etwa 7 Mark die Tonne anzuschlagen, die Amortisation ist mit 2 Mark zu berechnen. Demgemäß Gesehungskosten der Tonne Roheisen in Oberschlesien 56,60 Mark.

In Lothringen erfordert der Hochofen zur Gewinnung einer Tonne Roheisen durchschnittlich 3150 Kilogramm Mineffe, 40 Kilogramm Manganerz und 60 Kilogramm sonstiges Material; alles dieses zusammen kostet rund 12,50 Mark; hierzu sind zu rechnen 1200 Kilogramm Koks. Da Lothringen den Koks zum Syndikatspreis von den westfälischen oder Saargechen beziehen muß, muß es diesen hohen Preis in die Kalkulation einsehen: pro Tonne rund 26 Mark, also für 1200 Kilo-

gramm rund 31 Mark. Kommen hinzu Fabrikationsunkosten etwa 6 Mark, Amortisationsunkosten etwa 3 Mark, also stellt sich in Deutsch-Lothringen die Tonne Roheisen auf 52,50 Mark.

Wobei eingeschaltet sein mag, daß der Verkaufspreis des Roheisensyndikats für die billigste Sorte Roheisen (Gießereiroheisen III) unmittelbar vor Kriegsausbruch 60 Mark betrug.

In früheren Jahren war das Verhältnis der Selbstkosten in den einzelnen Bezirken anders. Lothringen produzierte das Roheisen um 10 bis 12 Mark pro Tonne billiger als Westfalen. Die Politik des Kohlsyndikats und die der rheinisch-westfälischen Schwereisenindustrie hat hier den Umschwung zuwege gebracht, einmal durch Verteuerung des Koks, dann durch Verbilligung des Transports der Rohstoffe und Fertigprodukte. In letzterer Beziehung wirken besonders die neuen Kanäle im Nordwesten Deutschlands, während die Kanalisierung von Mosel und Saar durch die westfälische Industrie hintertrieben worden ist.

Die günstigen Erzverhältnisse werden in Lothringen durch eine Reihe ungünstiger geographischer Momente aufgehoben. Lothringen ist 400 bis 600 Kilometer vom Meer entfernt; Deutsch-Lothringen noch obendrein in einem vorspringenden Winkel Südwestdeutschlands eingeklemmt und durch Eifel, Hunsrück und Hardt vom Reiche abgetrennt. Um ihre Selbstkosten zu verringern, müssen die Werke soviel als möglich produzieren. Den einheimischen Markt haben sowohl Frankreich wie Deutschland durch Zölle geschützt, Frankreich durch besonders hohe Zölle. Der Inlandsmarkt Französisch-Lothringens ist aber relativ größer als der des deutschen Anteils, da in Deutschland drei Bezirke, außer Lothringen auch Westfalen und Oberschlesien, in scharfem Konkurrenzkampf stehen. Obendrein begünstigt das Kanalnetz in Frankreich eine billige Binnenverfrachtung und die niedrigen Tarifsätze einen regen Export. Deutsch-Lothringen steht vorläufig kein Wasserweg offen, die Schweiz ist wenig aufnahmefähig, und der Export ist durch die hohen Bahnfrachten außerordentlich veräuert. Eigentümlicherweise wurden die Produkte des Saargebietes von den belgischen Staatsbahnen billiger befördert als die lothringischen Häfen. Das erklärt sich dadurch, daß dem Saargebiet auch der Wasserweg via Mannheim-Kösterdam offen stand, so daß Belgien den Saarwerken der Konkurrenz halber entgegenkommen mußte, was es gegenüber dem lothringischen nicht nötig hatte. Eine Kanalisierung der Mosel würde allerdings Belgien dazu gezwungen haben, auch den Lothringer Häfen den billigen Tarif einzuräumen.

Dazu kommt, daß in Deutschland die Syndikate noch nicht die gesamte Produktion der Häfen erfassen haben. Die Produktion und den Verkauf des Roheisens regelt der Roheisenverband, die des sogenannten Halbzeugs, das heißt der vorgewalzten Stücke, und der A-Produkte (das heißt Träger, Schienen und U-Eisen) regelt der Stahlwerksverband; dagegen sind die Bestrebungen zur Syndizierung der B-Produkte (Stab- und Formeisen) und der Bleche fehlgeschlagen, so daß vor Ausbruch des Krieges infolge der wütesten Konkurrenz die Exportpreise teilweise sogar unter den Selbstkostenpreis heruntergedrückt wurden, nur damit die Werke durch vermehrte Produktion ihre Herstellungskosten verminderten. Bei den deutsch-lothringischen Werken wirkte diese Ungunst der Verhältnisse in Verbindung mit der unvorteilhaften geographischen Lage besonders stark.

In Französisch-Lothringen standen die Dinge trotz der gleichfalls exzentrischen Lage erheblich besser. Der beträchtliche Schutz Zoll erlaubte, den Preis für Roheisen und Walzwerksprodukte im Inland besonders hoch zu halten und dabei trotzdem billig zu exportieren. Vor Kriegsausbruch war der deutsche Preis für Gießereiroheisen Nr. III ab Hälfte rund 60 Mark, der französische Inlandspreis betrug 80 bis 90 Franken gegenüber einem Exportpreis von 60 bis 65 Franken. Für Stabeisen war der deutsche Grundpreis im Inland 95 Mark, im Export 80 bis 85 Mark, in Frankreich bewegten sich die Inlandspreise zwischen 135 bis 180 Franken; Trägergrundpreis war in Deutschland für das Inland 110 bis 116 Mark, für den Export 102 bis 106 Mark, in Frankreich betrug der Inlandspreis 190 bis 220 Franken.

Einen großen Einfluß bei dieser Preisstellung hatten die Syndikate der Schweißeisenindustrie, die in Frankreich viel umfassender organisiert ist. Das älteste Syndikat, das bereits seit den siebziger Jahren besteht, ist das Comptoir Métallurgique de Longwy, das etwa dem deutschen Roheisenverband entspricht. Bei ihm zeigte sich zuerst der große Vorteil der Syndikate, der darin liegt, daß die Produktion geregelt wird und daß die einzelnen Werke, von der zeitraubenden kaufmännischen Tätigkeit entlastet, sich ganz dem Ausbau der Produktion widmen können. Das Comptoir de Longwy hat es zum Beispiel erreicht, daß die Verkaufskosten für die Tonne Roheisen nur 0,20 Franken betragen. Aus jüngerer Zeit stammen das Comptoir des aciéries (hauptsächlich für die B-Produkte), das Comptoir des poutrelles (Träger Syndikat), das Comptoir des tôles et larges plats (Blech Syndikat) und das Comptoir des ressorts de carrosserie (für Wagenbaumaterial).

Der Hauptnachteil, den die Hütten in Französisch-Lothringen zu beklagen hatten, bestand in der relativ großen Entfernung der nächsten Kohlengruben. Die deutsch-lothringischen Werke konnten wenigstens einen Teil ihres Bedarfs mit dem schlechteren Saarkoks decken, wenn sie auch nicht in der günstigen Lage waren wie die rheinisch-westfälischen Hütten, die zum großen Teil selbst Besitzer von benachbarten Kohlenzechen sind und deren Koks zum Betrieb der eigenen Hochöfen verwenden. Die Hütten in Französisch-Lothringen waren hauptsächlich auf die Einfuhr von Ruhr- und Saarkoks und von Koks aus dem belgischen Becken von Charleroi angewiesen. Infolgedessen stellten sich ihre Roheisen Selbstkosten noch höher als die des deutschen Anteils. Zudem war auf eine wesentlich stärkere Koksbelieferung nicht zu rechnen. Denn besonders das Ruhrgebiet ist imstande, diese um seiner eigenen Hüttenindustrie willen auf ein bestimmtes Kontingent zu beschränken. Das war der Hauptgrund, warum so viele französische Minette, vor allem aus dem Bezirk von Briey, trotz ihrer Hochwertigkeit nicht im Lande selbst verhüttet, sondern exportiert wurde.

Man hat auf französischer Seite den Versuch gemacht, in der Nähe der Minettefelder Kohlenlager zu erbohren. Seitdem wir das Gebiet etwas genauer geologisch kennengelernt haben, schien es nicht ausgeschlossen, daß die Kohlen-schichten im Saargebiet sich auch nach Westen zu jenseits der französischen Grenze auffinden lassen würden. Vor einigen zwanzig Jahren setzten bereits die Bemühungen ein, wurden aber erst vor etwa einem Jahrzehnt mit Erfolg gekrönt. In einer Tiefe zwischen 600 bis 1500 Meter stieß man an verschiedenen Stellen besonders in der Gegend von Pont-à-Mousson auf vier abbauwürdige Kohlenflöze von 50 bis 100 Zentimeter Mächtigkeit. Zu einem praktischen Ergebnis haben aber diese Entdeckungen noch nicht geführt; es ist auch sehr zweifelhaft, ob sich der Bergbau auf Kohlen auf französischer Seite rentieren wird: man traf auf außergewöhnlich ungünstige Wasserhältnisse, und die Tiefe ist im Verhältnis zur Mächtigkeit der Schichten viel zu groß, als daß das Abteufen sich lohnen würde. Man hat ausgerechnet, daß der Bau einer Kohlenzeche im französischen Minetteerevier ein Kapital von mindestens 15 bis 20 Millionen Franken verschlingen würde, während die Anlage eines Minettewerks selbst in ungünstigen Fällen kaum mehr als 5 Millionen kostet. Es wird also wohl vorläufig dabei bleiben, daß das gesamte Minetteerevier eine Erzinsel darstellt, die zur Verhüttung ihrer Erze auf den Bezug auswärtigen Brennstoffs angewiesen ist.

Die lothringische Frage ist nicht allein für die unmittelbar beteiligten Staaten, sondern für die gesamte Weltwirtschaft von großer Bedeutung. Das lothringische Minetteerevier ist eines der wenigen bekannten Eisenerzgebiete, deren Erzvorrat noch bis ins nächste Jahrhundert hinein ausreichen wird. Die Eisengewinnungsfrage wird der Technik in naher Zukunft noch sehr zu schaffen machen; der Raubbau, den der Kapitalismus mit den Eisenerzen getrieben hat, wird sich bitter rächen. Deutschland und Frankreich sind im Besitz der größten Eisenerzvorräte Europas, und dieser Reichtum gründet sich auf das Minetteerevier. Am idealsten würde die Frage gelöst, wenn Frankreich und Deutschland einen einzigen Staat bildeten;

dann läge das Minetteerevier im Zentrum und doch nahe genug an der See, um auch die Exportmöglichkeiten durch den französischen Nordkanal, den Mosel-Maas- und den Saar-Moselkanal auszunutzen. Wäre dazu das ganze Erzgebiet im staatlichen Besitz, so könnte das Erz wirklich rationell, das heißt mit Rücksicht auf den tatsächlichen Bedarf, auf die geforderten Eigenschaften und mit Rücksicht auf die geologische Lagerung ausgebeutet werden. Doch das wäre eine Ausbeutung nach sozialistischen Grundsätzen, und die kommt noch nicht in Frage. Wir müssen immer noch mit der kapitalistischen Methode und mit politischen Divergenzen rechnen.

Die deutschen Annexionisten verlangen den französischen Anteil, die französischen den deutschen Anteil des Minetteereviere sozusagen als Kriegsentwädigung. Beide Lösungen stellen aber keine politische Notwendigkeit, sondern ein kapitalistisches Manöver dar. Es geht denen, die solche Forderungen aufstellen, gar nicht darum, die Erzgebiete zu vereinigen oder ihrem Lande die Erzvorräte zu sichern; für die Annexionisten handelt es sich nur um die Abwürgung der unbequemen nachbarlichen Schwereisenkonkurrenzindustrie. Sowohl Deutschland wie Frankreich haben, jedes für sich, im Minettebezirk Erze genug, sowohl für die lokale wie für die fernere heimische Produktion. Auch Deutsch-Lothringen verfrachtete große Mengen von Erz nach außerhalb, und der Erzbezirk von Brley war auf die ErzAusfuhr unmittelbar angewiesen. Aber die französischen Hochofen- und Eisenwalzwerke waren den deutschen und die deutschen den französischen im Wege; eine Annexion würde daher, ganz gleich, von welcher Seite sie käme, die jeweiligen lästigen Konkurrenten an die Wand quetschen. Die Besitzfrage für das Minetteerevier gehört zu den zahlreichen Besitzfragen, die innerhalb des gegebenen Produktions- und Staatensystems befriedigend zu lösen nicht möglich ist.

Literarische Rundschau.

Dr. O. Haus er, *Der Mensch vor 100 000 Jahren*. Mit 96 Abbildungen und 3 Karten. 1917, Verlag F. Brockhaus. 142 Seiten.

In diesem Buche berichtet der bekannte Prähistoriker allgemeinverständlich über seine durch den Krieg unterbrochenen Ausgrabungen in Frankreich, die zu so wertvollen Ergebnissen führten, daß man von ihnen eine neue Epoche der Vorgeschichtsforschung datieren kann. Haus er gibt aber nicht nur einen Überblick über seine Ausgrabungen, sondern der Leser erlebt die wichtigsten Etappen seiner Forschungsarbeit und gewinnt einen Einblick in die Arbeitsmethode der Wissenschaft der Prähistorie, nicht nur in die Technik der Ausgrabung, sondern vor allem in das systematische Arbeiten, das methodische Vorgehen bei der Schärfung und in die Bedeutung der Verbindung von strengster Genauigkeit bei der Aufnahme von Einzelfunden und deren Beziehungen zur »Kulturschicht«, in der sie gefunden wurden in Verbindung mit konstruktivem Denken. Dadurch, daß Haus er ethnologische Parallelen heranzieht, Vergleiche mit Ausgrabungen in anderen Erdstrichen anstellt, wird es ihm möglich, am Schlusse des Buches in einer tabellarischen Übersicht die Phasen der Steinzeitkultur zusammenzustellen.

Ganz ungewollt zeigt Hausers Methode viele Verührungspunkte mit der materialistischen Geschichtsauffassung. Er muß zur Erklärung sowohl der einzelnen Funde, seien es Werkzeuge, Behausungsreste oder Skelettfunde, immer auf das Alltagsleben des Urmenschen zurückgehen und die Wirtschaft der Jägerhorden rekonstruieren. Es zeigt sich nun, daß es sich zumeist um Menschen handelt, die auf der Stufe der »niederen Jäger« stehen, wodurch sich auch die Ähnlichkeiten mit den Australnegern ergeben. Allerdings ermöglichen schon die heutigen Ausgrabungen das Aufzeigen einer Entwicklungsreihe verschiedener Kulturen, deren Träger verschiedene Rassen sind. Haus er macht darüber nur Andeutungen. Die weitere Ausführung seiner Hypothesen bleibt umfangreichen wissenschaftlichen Publikationen überlassen. Der Reiz des Buches liegt aber nicht zuletzt in der Persönlichkeit des

Verfassers. Hauser ist nicht nur ein hervorragender Prähistoriker, sondern auch ein guter Schriftsteller. Er schreibt einfach, klar, vermeidet unnötige Gelehrsamkeit und Überlastung mit Fachausdrücken und bietet daher eine Einführung in die Urgeschichte und in entwicklungsgeschichtliches Denken, deren Lektüre vor allem den »älteren Jugendlichen« warm empfohlen werden kann. Es ist das persönliche Erleben, die oft humorvolle Darstellung der mancherlei Schwierigkeiten des Forschens, die Schilderung der Landschaft und der Bewohner des Ausgrabungsgebietes und vor allem die begeisterte Hingabe an eine wissenschaftliche Aufgabe, der die Lebendigkeit der Darstellung geschuldet ist.

Es ist heute so viel vom Heldentum des Schützengrabens die Rede: Hauser zeigt uns ein Heldentum des Sondierungsstollens, das man jetzt ganz vergessen zu haben scheint. Welche Zähigkeit, Energie, welche Fülle von aufreibender täglicher Kleinarbeit war notwendig, um zu den Resultaten zu gelangen, auf die Hauser mit Stolz hinweisen kann!

Dabei bleibt Hauser stets Universalist, der nicht an der Einzelheit haftet, der andere Wissenschaften zur Ergänzung seiner Forschungen heranzieht, der Völkerkunde und Erdgeschichte studiert, um möglichst sichere Ergebnisse zu erzielen.

Der pädagogische Wert der Schrift liegt in der Einführung in das entwicklungsgeschichtliche Denken. Wir sehen die niedrigsten uns bekannten Kulturstufen des Menschen sich nach und nach entschleiern. Wir erkennen die Abhängigkeit von Klima und Bodengestaltung, von Flora und Fauna. Wir verstehen, daß der Mensch sich nur als soziales Wesen emporarbeiten konnte und daß die Art seiner Lebensfürsorge alle seine Lebensäußerungen maßgebend beeinflusst. So wird die Vorgeschichte zur Vorstufe der Wirtschaftsgeschichte und zur Einleitung in die Kulturgeschichte.

Es ist daher zu wünschen, daß trotz Weltkrieg und politischer Wirrnis das neue Buch Hausers auch in Arbeiterkreisen viele nachdenkliche Leser findet. O. J.

Unter dem alten Banner. (Aufsätze von B. Aviloff, A. Witimskij, A. Lomoff, W. Pawloff, J. Stepanoff, M. Fabritschnoj.) Russisch. Saratoff 1916. 95 Seiten. Preis 75 Kopeken.

Es ist einem Umlerner heute leicht, sich wichtig zu machen, wo jene, die dem alten Banner treu bleiben, beinahe mundtot gemacht sind. Es ist keine kleine Leistung, wenn es einem Internationalen jetzt in Rußland gelingt, durch die Drahtverhaue der Zensur durchzudringen. Und doch fehlt es nicht an mutigen Vorkämpfern, die immer wieder ihre Bestimmung unbeirrt kundtun. Das von mir an dieser Stelle besprochene Sammelbuch »Samosaschita«, eine Kundgebung der marxistischen Überläufer, hat eine Reihe von Gegenkundgebungen hervorgerufen. Eine von diesen stellt auch das vorgenannte Sammelbuch dar. Seine Verfasser sind der sozialistischen Arbeiterschaft Rußlands gut bekannt. Sie gehören sämtlich zu der »bolschewistischen« Richtung, die bekanntlich im Ausland von dem Genfer Blatt »Social-Demokrat«, in dem Internationalen Sozialistischen Bureau von N. Lenin vertreten ist. »Zwei Richtungen« ist ein Artikel des Buches, in dem eine scharfe Grenze zwischen den internationalen Mitarbeitern des Buches und den nationalen Verfassern der »Samosaschita« usw. gezogen wird. Der Klassenstandpunkt, meint der Verfasser, W. Pawloff, mußte theoretisch wie praktisch bekämpft werden, wenn man die Bourgeoisie im Kampfe der Nation unferstößen wollte. Hier liege eben das Wesen der sozial-nationalen Theorie und Praxis, hier wurzle auch Potressoffs Lehre, nach der es eigentlich keinen Gegensatz zwischen Internationalität und Patriotismus gebe, gegenwärtig aber faktisch der letzte allein zu walten habe.

Die internationale Richtung hingegen verbleibt auf dem Boden des Klassenkampfes und betrachtet die historische Lage von dem Klassenstandpunkt aus, wonach die heutige Krise nur eine natürliche Folge der Klassenpolitik des Kapitals ist und das Proletariat dieser Politik seine eigene gegenüberstellen soll. Das Wesen der heutigen Situation besteht eben darin, daß die Klassengegensätze in dem inter-

nationalen Maßstab zum Ausdruck kommen. Diese Gegensätze verschärfen sich aber unausgesehrt, allen Beschwichtigungsmitteln zum Troß. Und so nimmt die Bedeutung und Kraft des Internationalismus immer zu. . . . Diese Verschärfung der Klassegegensätze schildert ausführlicher ein Artikel über die »Ökonomische Lage des Proletariats Westeuropas«, wo es an der Hand der offiziellen Zusammenstellungen entsprechender Länder festgestellt wird: »Der Krieg hat die Lage der Arbeiterschaft nicht nur in den kriegführenden, sondern auch in den neutralen Ländern beeinflusst. Überall ist die Abnahme der Produktion zutage getreten, überall stieg die Zahl der unsicheren Existenzen, überall stiegen die Preise sowohl der Lebensmittel wie auch anderer Waren.

Die Verschärfung der Nöte der Arbeiterschaft wird aber auch nach dem Friedensschluß ihren Fortgang nehmen. In ihrem Kampfe, der sich ohne Zweifel beleben wird, werden aber nun die Arbeiter nicht mehr den vereinzeltsten Unternehmern, ja nicht irgendeiner nationalen Vereinigung ihrer, sondern vielleicht einer größeren finanziellen Organisation gegenüberstehen, die sich im Besitz einer ganzen Reihe von Unternehmungen in verschiedenen Ländern befinden wird. Der internationale Verkehr konnte selbst während des Krieges für keinen Augenblick aufhören. Er hat selbst eine Erweiterung erlebt, indem die rückständigsten und entferntesten Länder in ihn hineingezogen wurden. Die Entwicklung neuer Länder ebenso wie neue Anleihen werden die Finanzkapitalisten der heute kriegführenden Länder schnellig verbinden. Dies wird für das Proletariat eine neue, kräftigere internationale Vereinigung notwendig machen.

Unter dem Titel »Die Konkurrenzwelt« wird die Frage des Handelskrieges nach dem Kriege auseinandergesetzt. Sie wird unter dem Gesichtswinkel des Konkurrenzkampfes zwischen dem französischen und englischen Kapital einerseits und dem deutschen Kapital andererseits um den russischen Markt untersucht. Nicht, um den Vorteil der deutschen oder hingegen der alliierten Kapitalisten zu zeigen, sondern um den Arbeitern den Kern der Sache in der Fülle der Schlagworte und der Verschleierungsversuche herausfinden zu helfen.¹

J. S t e p a n o f f (nebenbei gesagt, der Übersetzer des »Finanzkapital«) hat den Einladungen zur »Koordinierung« mit dem sogenannten Progressistenblock und zur »Unterstützung« desselben durch die Demokratie eine vernichtende Kritik der Willenlosigkeit und der Kampfesunfähigkeit dieser bürgerlichen Vereinigung gegenübergestellt. A. W i t i m s k i j glaubt, daß das Reformprogramm des Blockes freilich als recht dürftig angesehen werden soll, daß aber dennoch die Demokratie dem Teil des Programms ihre Sympathie schenken könnte, der sich gegen die Überreste des Feudalismus richtet. Die Konzessionen an die Demokratie machte der Block nur, um als Gegenleistung das Bekenntnis der Demokratie zum Kriege zu verlangen. . .

Das besprochene Buch wird durch den sakramentalen Satz geschlossen: »Mit Genehmigung der militärischen Zensur.« Es ist also nicht zu verwundern, daß die Friedensfrage in dem Buche ihre Behandlung nicht fand. Über den Frieden unter dem wachenden Auge der russischen Militärbehörde zu sprechen, ist nämlich einem Durchhalteliteraten nicht schwer, hingegen fast unmöglich für einen revolutionären Marxist.

G. T s c h u d n o w s k y.

¹ Einer der eifrigsten Glöckner, Wilhelm Jansson, will »aus guter russischer Quelle« wissen, »daß in Rußland die Meinungen über den Wert der neuen Konkurrenten in der Ausbeutung der russischen Wirtschaft sich bereits zu teilen beginnen« usw. (»Die Glocke«, Nr. 23.) Was dies für eine russische Quelle ist und warum sie Jansson gut nennt, weiß ich nicht. Daß sie aber nichts mit den Kreisen der russischen Sozialisten zu tun hat, liegt auf der Hand. Die Äußerung selbst erinnert allerdings an etwas Näheres, aber für Glockenpolitiker eigentlich auch bessere, wenn auch nicht russische Quellen — nämlich an die Reventlow und Bernbard.

Die Neue Zeit

Wochenschrift der Deutschen Sozialdemokratie

2. Band Nr. 7

Ausgegeben am 18. Mai 1917

35. Jahrgang

Nachdruck der Artikel nur mit Quellenangabe gestattet

Die Befreiung der Nationen.

Von R. Kautsky.

Einleitung.

Der Krieg scheint seinem Ende entgegenzugehen. Noch ist nicht abzusehen, welche einzelnen Bestimmungen der Friede bringen wird. Aber die Grundlinien der Hinterlassenschaft des Krieges lassen sich schon deutlich erkennen.

Ökonomisch wird Europa für lange Zeit, vielleicht für Jahrzehnte zurückgeworfen sein, das ökonomische Verhältnis zwischen Europa und den anderen Erdteilen wird dauernd zugunsten der anderen verschoben bleiben.

Doch verspricht der Krieg Europa nicht bloß Nachteile zu bringen, sondern auch Fortschritt. Er verheißt in der Tat ein Revolutionär zu werden, aber nicht in dem Sinne jener sonderbaren Schwärmer, die in mancher der alten Regierungen die revolutionäre Initiative verkörpert sehen.

Wir erwarten den Bankrott des Imperialismus und der Rüstungspolitik, ein gewaltiges Anschwellen der Demokratie. Damit tritt Europa in eine neue Ara raschester politischer und sozialer Umbildung ein. Diese Seite des Krieges ist es, die uns inmitten des allgemeinen Elends mit den frohesten Erwartungen erfüllt. Von mancher Seite wird von dem Kriege jedoch noch mehr verlangt: er soll eine gründliche Revidierung der staatlichen Grenzen Europas in einem Sinne bringen, der jeder Irredenta ein Ende macht, jede unerlöste Nation befreit.

Wird er das leisten und sollen auch wir Sozialdemokraten ihm diese Aufgabe stellen? Welche Stellung hat die internationale Sozialdemokratie gegenüber den Bestrebungen einzelner unterdrückter Nationalitäten nach nationaler Befreiung einzunehmen?

Diese Frage ist schon wiederholt in unserer Literatur behandelt worden, und doch bestehen über sie noch große Unklarheiten und Differenzen. Sie wird bei den kommenden Friedensverhandlungen eine große Rolle spielen. Da ist es dringend notwendig, das Problem der Nationalitäten noch einmal eingehend zu erörtern.

Dies die Aufgabe der folgenden Untersuchung. Sie dient Zwecken der Gegenwart, wir sehen daher von einer erschöpfenden Untersuchung des Begriffs der Nationalität ab, die uns bis in die Urzeiten der Menschheit zurück und von der Gegenwart weitab führen müßte. Dafür kann man beim Leser heute kein Interesse voraussetzen. Diese weiter zurückgreifende Untersuchung sei ruhigeren, friedlicheren Zeiten vorbehalten.

1. Die Selbstbestimmung der Nationen.

Die Sozialdemokratie ist eine internationale und demokratische Partei.

Man sollte annehmen, daß sich das von selbst versteht, nachdem sie über ein halbes Jahrhundert lang in diesem Sinne gewirkt hat. Und doch ist es

notwendig geworden, dies ausdrücklich festzustellen, da im Laufe dieses Krieges im Schoße der Sozialdemokratie selbst Stimmen laut wurden, die die Forderung der Selbstbestimmung der Völker für eine hohle Floskel erklärten. Was ist aber der Kampf um die Demokratie anderes als der Kampf um die Selbstbestimmung des Volkes, und wie ist eine internationale Demokratie anders möglich als dadurch, daß die Selbstbestimmung nicht nur für das Volk, dem man angehört, sondern für alle Völker in gleichem Maße gefordert wird?

Von radikaler Seite wird gegen die Selbstbestimmung der Völker eingewendet, daß sie innerhalb der kapitalistischen Produktionsweise unerreichbar sei, nur in einer sozialistischen Gesellschaft einen Sinn hätte. Aber in Wirklichkeit liegt die Sache vielmehr so, daß die Forderung der Selbstbestimmung in einer sozialistischen Gesellschaft überflüssig, weil schon erfüllt wäre. Der proletarische Sozialismus ist von vornherein demokratischer Sozialismus, die Demokratie die Grundlage, auf der er aufzubauen ist. In einer sozialistischen Gesellschaft zu verlangen, die Grundlage solle erst geschaffen werden, auf der sie steht, wäre abgeschmackt.

Dagegen muß die Demokratie, das Selbstbestimmungsrecht der Völker, innerhalb der kapitalistischen Produktionsweise gerade um so mehr gefordert und der Kampf darum um so energischer geführt werden, je weniger wirkliche Demokratie in ihr noch durchgesetzt ist. Der Kampf des Proletariats um die Demokratie ist gleichbedeutend mit seinem Kampf um die Staatsgewalt, um die politische Macht. Den Kampf um das Selbstbestimmungsrecht der Völker innerhalb der kapitalistischen Produktionsweise für aussichtslos erklären, heißt seinen Kampf um die politische Macht für aussichtslos erklären, heißt auf die Gewinnung der Staatsmacht als Hebel zur Umwälzung des Kapitalismus verzichten, heißt sich in dem Ringen nach seiner Überwindung auf rein ökonomische, unpolitische Mittel beschränken wollen.

Diese Denkweise hat bisher den Anarchismus von der Sozialdemokratie geschieden. Wer von radikaler Seite aus die Forderung der Selbstbestimmung der Völker ablehnt, begibt sich damit, wenn auch vielleicht unbewußt oder wider Willen, auf den Boden des Anarchismus. Mit dem brauchen wir uns hier nicht auseinanderzusetzen. Was über ihn zu sagen ist, findet man zur Genüge in unserer früheren Parteiliteratur. Neue Gedankengänge auf diesem Gebiet sind nicht zutage getreten.

Auf der anderen Seite sind es die Imperialisten unter den Sozialdemokraten, geführt von Lensch und Cunow, die die Forderung der Selbstbestimmung der Völker ablehnen. Einmal deswegen, weil es ein Naturrecht, also auch eines der Selbstbestimmung der Völker, nach marxistischer Auffassung nicht gebe. Das ist richtig, trifft jedoch nur eine etwaige naturrechtliche Begründung jenes Rechtes, nicht die Forderung selbst. Diese ergibt für den marxistischen Standpunkt sich aus den Lebens- und Kampfesbedingungen des Proletariats. Es hat von keiner Klasse Hilfe zu erwarten, es muß sich selbst befreien. Seine Kraft beruht in seiner Masse. Nur dort kann es siegen, wo es die Masse des Volkes darstellt, wo die Masse des Volkes seinen Klassenkampf kämpft, wo Staatsverfassung oder politische Situation die Masse des Volkes zum entscheidenden Faktor im Staate machen. Darum muß jeder, der die Befreiung des Proletariats fördern will, die Demokratie, das Recht der Selbstbestimmung des Volkes anstreben. Wohl bedeutet der Besitz demo-

kratischer Rechte noch nicht die Befreiung des Proletariats — diese erheischt noch besondere soziale Voraussetzungen. Aber die Befreiung des Proletariats ist unmöglich ohne den Besitz oder die Eroberung politischer Rechte. Je größer diese Rechte, je ausgedehnter das Recht auf Selbstbestimmung, desto leichter und aussichtsreicher unter sonst gleichen Bedingungen der proletarische Klassenkampf.

Das galt bisher in der Sozialdemokratie als etwas Selbstverständliches. Auch die imperialistischen Sozialdemokraten leugnen es nicht für ihre Nation. Aber sie leugnen die allgemeine Anwendung des Grundsatzes auf alle Nationen. Sie behaupten, man müsse einen Unterschied zwischen den Nationen machen. Die »großen Kulturnationen« hätten ein Recht auf »eine gewisse zwangsweise Einverleibung oder Aufsaugung der kleinen, »verkrüppelten« Nationen«. (Cunow, Parteizusammenbruch, S. 36.)

Dem steht jedoch entgegen der internationale Charakter der Sozialdemokratie, der ebenso wie ihr demokratischer Charakter auf den Lebens- und Kampfesbedingungen des Proletariats beruht. Die Proletarier der verschiedenen Staaten und Nationen haben keine voneinander verschiedenen Interessen, sie haben schon gar nicht gegensätzliche Interessen. Sie können ihren Befreiungskampf nur führen in engster Gemeinschaft. Für sie ist die Internationalität nicht ein schöner Traum, sondern ein dringendes Bedürfnis.

Die Internationalität bedeutet aber, daß ich anderen Nationen die gleichen Rechte zubillige, die ich für die eigene verlange. Dieselbe Rechtsgleichheit, die von der Demokratie für die einzelnen Individuen innerhalb eines Volkes verlangt wird, muß für die einzelnen Völker innerhalb der Völkergemeinschaft die Konsequenz der Internationalität werden. Eine Unterscheidung der Völker in höher berechnigte große und minder berechnigte kleine, in solche von größerer oder geringerer »Kulturfähigkeit«, in Herren- und Dienernationen bildet das geistige Rüstzeug der modernen Eroberungs- und Kolonialpolitik, der geschworenen Feinde des eigenen wie jedes fremden Proletariats, sie ist unvereinbar mit internationalem Denken.

Cunow beruft sich allerdings auf einige Artikel der »Neuen Rheinischen Zeitung« aus dem Jahre 1849; die er Marx zuschreibt. Ich vermute, daß sie eher von Engels stammen, was aber für unsere Zwecke hier keinen Unterschied macht. Jene Artikel wendeten sich gegen die Bestrebungen der österreichischen Slawen (ausgenommen die Polen) nach nationaler Selbständigkeit. Diese Slawen, heißt es dort, gehörten zu den »Völkerabfällen«, die »bis zu ihrer gänzlichen Verfilgung und Entnationalisierung die fanatischen Träger der Konterrevolution bleiben«.

Gegen Bakunin, der zugunsten der Slawen den »souveränen Willen der Völker« anrief und die »Völkerverbrüderung« predigte, führte einer jener Artikel das Beispiel der Vereinigten Staaten an, einer Republik, die gegen eine andere Republik, Mexiko, einen Eroberungskrieg geführt hatte. Hüben wie drüben gab's eine Demokratie, sei das Volk souverän gewesen, und doch kam's zum Eroberungskrieg. Und wir hätten diesen Krieg mit Freuden begrüßen müssen, denn er wurde »einzig und allein im Interesse der Zivilisation geführt«.

Dann höhnt der Artikel:

Und endlich, welches »Verbrechen«, welche »schandwürdige Politik«, daß die Deutschen und Magyaren zu der Zeit, als überhaupt in Europa die großen Mon-

archien eine »historische Notwendigkeit« wurden, alle diese kleinen, verkrüppelnden, ohnmächtigen Nationchen zu Einem großen Reich zusammenschlugen und sie dadurch befähigten, an einer geschichtlichen Entwicklung teilzunehmen, der sie, sich überlassen, gänzlich fremd geblieben wären.

Besagten diese Sätze wirklich das, was Cunow aus ihnen herausliest, sie müßten das Herz eines jeden Annerionisten und Eroberungspolitikers lachen machen. Wenn Schippel aus Engels einen Gegner des Milizsystems und aus Marx einen Verfechter der Sklaverei machen konnte, warum soll Cunow nicht Marx und Engels zu Annerionisten stempeln?

Beachten wir zunächst das Datum der Artikel: 1849. Nun ist es bekannt, daß die Vertiefung und Reifung des historischen Materialismus und seiner Anwendung gerade in dem Jahrzehnt nach dem Zusammenbruch der Revolution von 1848 ihre wichtigsten Fortschritte aufzuweisen hatte. In der Frage des Krieges wie in so mancher anderen nahmen Marx und Engels im Zeitalter der Internationale und des »Kapital« eine ganz andere Haltung ein als im Zeitalter des kommunistischen Manifests. Wo aber Unterschiede zwischen dem früheren und dem späteren Standpunkt zu finden sind, hat der letztere für uns mehr Gewicht zu haben als der erstere.

Die Verurteilung des Eroberungskrieges durch Marx in den Adressen der Internationale über den Deutsch-Französischen Krieg ist für uns von größerer Bedeutung als seine bedingte Anerkennung eines solchen Krieges aus dem Jahre 1849.

Dabei besagen aber die von Cunow zitierten Sätze nicht einmal alles das, was dieser aus ihnen herausliest. Was Engels (oder Marx) über die Politik der Deutschen und Magyaren »zu der Zeit« sagt, »als überhaupt in Europa die großen Monarchien eine historische Notwendigkeit wurden«, bezieht sich offenbar auf die Vergangenheit, nicht auf unsere Politik in der Gegenwart, sonst könnte man mit gleichem Recht Marx und Engels nicht nur als Verfechter nationaler Vergewaltigung, sondern auch als Verfechter dynastischer Politik hinstellen, als Verfechter der Größe und gewaltsamen Ausdehnung der Monarchien, die eine »historische Notwendigkeit« nicht nur gewesen seien, sondern noch fortführen zu sein.

Soweit aber Marx und Engels 1849 wirklich für das Recht der Eroberung unter gewissen Umständen plädierten, waren sie nicht sehr glücklich mit den Beweisen, auf die sie sich beriefen.

In Texas konnte man von einem ausgesprochenen Volkswillen kaum sprechen. Dies Land, das größer ist als Deutschland, zählte zur Zeit, als es sich von Mexiko losriß, in den dreißiger Jahren, ganze 40 000 Einwohner, darunter der energischste Teil Einwanderer aus den Vereinigten Staaten. Diese Einwanderer waren es, die die Fahne der Empörung gegen Mexiko aufhickten und Texas zu einer selbständigen Republik machten, die sich nach zehnjährigem Bestand 1846 den Vereinigten Staaten anschloß. Mexiko suchte dies in einem Kriege zu verhindern, in dem es geschlagen wurde. Man sieht, diese »Eroberung« ist sehr sonderbarer und vieldeutiger Natur.

Auf keinen Fall aber geschah sie »einzig und allein im Interesse der Zivilisation«. Die Einwanderer aus den Vereinigten Staaten waren in der Mehrzahl Besitzer schwarzer Sklaven, Pflanzler, die nach neuem und billigem Boden suchten und sich gegen die mexikanische Herrschaft namentlich deshalb empörten, weil in Mexiko die Kauffklaverei aufgehoben war. Durch

die Annexion von Texas gewannen die Sklavenhalter der amerikanischen Union einen neuen Sklavenstaat, der im Bürgerkrieg auf Seite des Südens stand.

Nicht minder unglücklich wie die Berufung auf Amerika war die Bezeichnung der Slawen Österreichs als »Völkerabfälle«, die »gänzlicher Verfüllung oder Entnationalisierung« entgegengingen und bis dahin notwendigerweise »fanatische Träger der Konterrevolution« seien. Freilich, im Jahre 1849 mochte es so scheinen, aber die ganze seitherige Entwicklung hat auf das offenkundigste gezeigt, wie verfehlt diese Auffassung war. Kann es etwas Lächerlicheres geben, als sich gerade auf sie zu berufen? Es bezeugt bloß ein völliges Fehlen anderen Beweismaterials, wenn Cunow heute noch magt, die Lebensunfähigkeit der österreichischen Slawen als Argument ins Feld zu führen. Welchen Grad politischen Analphabetentums fraut Cunow seinen Lesern zu?

Nicht einmal das ist richtig, daß die Slawen Österreichs beständig konterrevolutionär, die Deutschen, Magyaren, Polen beständig revolutionär waren. Es gehörte zu den Maximen österreichischer Regierungskunst, die verschiedenen Nationen gegeneinander auszuspielen und dadurch die Regierung von ihnen allen unabhängig zu machen. Dabei wurden einmal die einen, ein andermal die anderen Nationen begünstigt. Die Nichtbegünstigten gebärdeten sich stets revolutionär, die Begünstigten konterrevolutionär. Jede der großen Nationen Österreichs schwankte im Laufe des letzten Jahrhunderts, oft recht unvermittelt, zwischen Hochverrat und Byzantinismus hin und her; den Führern der großen Nationen Österreichs winkte ebenso der Galgen wie der Ministerstuhl. Das galt für Magyaren, Polen, Deutsche ebenso wie für Tschechen, Kroaten, Ruthenen. Bereits 1848 waren Andeutungen davon zu erkennen. Die Tschechen waren keineswegs von Anfang an konterrevolutionär. Die erste österreichische Rebellion, die Windischgrätz niedererkämpfte, war die der Tschechen in Prag. Und die Wiener wieder waren selbst in den ersten Tagen ihrer neugewonnenen Freiheit so wenig eindeutig revolutionär, daß sie zahlreiche begeisterte Freiwillige für die Armee Radetzky's lieferten, die bestimmt war, die italienische Revolution niederzuschlagen.

Die österreichische Revolution von 1848 scheiterte ebenso sehr an dem Streben der Deutschen nach der Oberhoheit über Tschechen und Italiener und der Ungarn nach der Beherrschung der Kroaten, wie an der daraus entspringenden konterrevolutionären Haltung der Slawen.

Will man sich schon auf die Lehren der Revolution von 1849 stützen, so beweisen sie nur, wie sehr jede moderne revolutionäre Bewegung sich selbst gefährdet, die den internationalen Standpunkt der Selbstbestimmung der Nationen verläßt.

Indes selbst wenn Marx-Engels 1849 die historische Zukunft der österreichischen Slawen ganz richtig eingeschätzt hätten, bewiese das nicht das Mindeste gegen die Forderung der Selbstbestimmung der Nationen, die heute im Kriege erhoben wird. Es fiel Marx und Engels nicht ein, die Oberhoheit einer Nation über die andere und den Krieg als Mittel zur Durchsetzung dieser Oberhoheit zu proklamieren. Was sie proklamierten, das war die Oberhoheit der europäischen Revolution über die einzelnen Nationen. Sie lehnten den Drang nach Selbstbestimmung einer einzelnen Nation

dort ab, wo er in Gegensatz geriet zu der allgemeinen Revolution und diese gefährdete. Damit setzten sie sich nicht in Widerspruch zu ihrem internationalen Standpunkt, das war vielmehr seine notwendige Konsequenz.

Gerade weil die Völker und vor allem ihre arbeitenden Klassen innerhalb der modernen Produktionsweise in ihrem Gedeihen aufs engste voneinander abhängen, sind sie alle in gleichem Maße am gesellschaftlichen Fortschritt und der Hinwegräumung seiner Hindernisse interessiert. Unter dem Scheitern der Revolution von 1849 litten alle Völker Oesterreichs in gleichem Maße, diejenigen, die als Konterrevolutionäre dies Scheitern herbeigeführt, nicht minder als jene, die sich revolutionär betätigt hatten. Durch den Sieg der Revolution wären sie alle gefördert worden. Die Freiheit hätte freilich nicht den nationalen Frieden gebracht, sondern die nationalen Kämpfe erst recht entfesselt, wie sie ja auch die Klassenkämpfe entfesselte, aber der geistige und wirtschaftliche Aufschwung jeder der Nationen wäre dabei gefördert worden. Den Beweis dafür liefert die relativ liberale Ara Oesterreichs, die der Niederlage von 1866 folgte. Sie brachte wohl zunächst die Oberhoheit der Deutschen und Magyaren, machte aber auch den Aufschwung der österreichischen Slawen unwiderstehlich.

Die Unterwerfung der Bedürfnisse der einzelnen Nation unter die Bedürfnisse der Gesamtheit der modernen Gesellschaft haben Marx und Engels später nicht nur in bezug auf die europäische Revolution, sondern in jeder Beziehung gefordert. Durch nichts wird die Gesellschaft mehr gefährdet und gelähmt als durch einen Krieg, namentlich einen Weltkrieg. Daher hat sich Engels zu wiederholten Malen dagegen gewendet, daß zur Durchsetzung der Selbstbestimmung einer Nation oder eines Nationsteils ein Weltkrieg entzündet werde. In diesem Sinne äußerte sich zum Beispiel Engels 1882 anlässlich des Aufstandes in Dalmatien (Kriwošhie) in einem Brief an Bernstein:

Wir haben an der Befreiung des westeuropäischen Proletariats mitzuarbeiten und diesem Zweck alles andere unterzuordnen. Und wären die Balkanstaaten usw. noch so interessant, sobald ihr Befreiungsdrang mit den Interessen des Proletariats kollidiert, können sie mir gestohlen werden. Die Elsäßer sind auch unterdrückt. . . . Wenn sie aber am Vorabend einer sichtbar heranziehenden Revolution einen Krieg zwischen Frankreich und Deutschland provozieren, diese beiden Völker wieder verheizen und die Revolution dadurch vertagen wollen, so sage ich: Halt da! Ihr könnt ebensoviel Geduld haben wie das europäische Proletariat. Wenn das sich befreit, seid ihr selbst frei, bis dahin aber dulden wir nicht, daß ihr dem kämpfenden Proletariat in die Parade fahrt.

Hier wird das Selbstbestimmungsrecht der Völker allerdings den Bedürfnissen der allgemeinen sozialen Entwicklung untergeordnet, deren stärkste Triebkraft der proletarische Klassenkampf bildet. Es wird aber damit nicht abgelehnt, sondern seine allseitige Durchsetzung vielmehr als eine notwendige Folge unseres Sieges anerkannt. Abgelehnt wird nur eine besondere Methode, das Selbstbestimmungsrecht zur Geltung zu bringen. Engels verwirft den Weltkrieg als Mittel zu diesem Zwecke, und er darf das tun, ohne den Zweck aufzugeben, weil er ein besseres und wirksameres Mittel anstrebt: die proletarische Revolution.

Revolution und Krieg sind die zwei Methoden, die Selbstbestimmung der Völker durchzusetzen. Solange die Bourgeoise revolutionär war, an die Revolution glaubte, die Revolution anstrebte, sah sie auch bloß in der Revolu-

tion, im Kampfe der Völker gegen die Regierungen das Mittel, die Selbstbestimmung der Völker durchzusetzen, sowohl in der Weise, daß sie freiheitliche Verfassungen errangen, wie in der Weise, daß sie dort, wo eine Fremdherrschaft bestand, diese abschüttelten. Die demokratischen Parteien der verschiedenen Länder unterstützten einander dabei, sie bildeten die Anfänge einer Internationale. Ihnen gegenüber aber taten sich auch die Fürsten international zusammen. In dem Zeitalter von 1815 bis 1848 gab es keinen europäischen Krieg.

Nach 1848 begann die europäische Bourgeoisie an ihrer eigenen revolutionären Kraft zu zweifeln, sie begann die Revolution als eine proletarische Kraft zu fürchten. Soweit sie an ihrem Streben nach Selbstbestimmung der Völker noch festhielt, reduzierte sie es immer mehr auf den Drang nach Selbstbestimmung des eigenen Volkes, ohne Rücksicht auf andere, und sie suchte ihr Ziel nicht mehr zu erreichen durch Kampf gegen die Regierungen, sondern durch Abmachungen mit einzelnen Regierungen, die sie gegen andere unterstützte. Napoleon III., Viktor Emanuel, Bismarck wurden nun ihre Schrittmacher. Damit setzten sie den Krieg der Dynastien an Stelle der Revolutionen der Völker als Mittel, deren Selbstbestimmungsrecht zu erreichen. War das Menschenalter 1815 bis 1848 eine Zeit allgemeinen europäischen Friedens zwischen den Regierungen und immer wiederholter revolutionärer Erhebungen, so wurde das darauffolgende Menschenalter eine Zeit europäischer Kriege, bei denen revolutionäre Erhebungen höchstens als Begleiterscheinungen vorkamen.

Die neue Methode arbeitete höchst unvollkommen. Sie hinterließ ein unerlöstes Italien, rührte nicht an die polnische Frage, warf die Deutschösterreicher aus Deutschland heraus, vergrößerte das Deutsche Reich unter Mißachtung der Selbstbestimmung der Nationen durch Gebiete, deren Angliederung nationales Sehnen nicht befriedigte, sondern verletzte, internationale Konfliktstoffe nicht aus dem Wege räumte, sondern neu schuf. Und sie hinderte, daß auf dem Balkan ein selbständiges, von Rußland wie Osterreich gleich unabhängiges großes Staatswesen erstand.

Die Parteien des aufstrebenden Proletariats konnten diese Methode zum Durchsetzen der Selbstbestimmung der Völker nicht akzeptieren. Sie lehnten die Kriege bürgerlicher Regierungen als schwerstes Hindernis gesellschaftlicher Fortentwicklung ab, es fiel ihnen nicht ein, irgendeine der bestehenden Regierungen mit der Mission der Befreiung der Völker betrauen zu wollen. Wir haben keine von ihnen aufgefordert, zu diesem Zweck einen Krieg zu entzünden. Es wäre jedoch sehr unlogisch, wenn wir nach einmal ausgebrochenem Kriege anders verfahren und eine der kriegsführenden Regierungen aufforderten, ihn bis zur Befreiung einer noch nicht befreiten Nation fortzusetzen. Das hieße in einem Weltkrieg selbst dann, wenn die Befreiung einwandfrei gelänge, das Sonderinteresse jener Nation über das Gesamtinteresse Europas setzen, das des Friedens dringend bedarf. Wir haben aber auch nicht die geringste Garantie dafür, daß eine siegreiche bürgerliche Regierung das Selbstbestimmungsrecht der Völker achtet und ihre Macht als Sieger nicht dazu mißbraucht, über die Befreiung des unterdrückten Volkes hinauszugehen und durch Eroberung widerstrebender Gebiete neue Verletzungen der Selbstbestimmung der Völker und neue nationale Gegensätze hervorzurufen.

Müssen wir aber auch jeder Entfesselung wie jeder Fortsetzung eines Krieges bürgerlicher Regierungen für angebliche Zwecke der Völkerbefreiung entschieden widerstreben, so besagt das keineswegs, daß dort, wo es uns nicht gelingt, den Ausbruch des Krieges oder nach seinem Ausbruch seine Fortführung zu verhindern, die Art seines Ausgangs uns gleichgültig sein könne. Wir lehnen unter den heutigen Verhältnissen den Krieg als Mittel zur Herbeiführung von Grenzveränderungen ab, wo er aber trotzdem solche herbeiführt, haben wir zu unterscheiden zwischen solchen, mit denen wir uns befreunden können, und solchen, die wir bekämpfen müssen. Und hier kommt der Grundsatz der Selbstbestimmung der Völker zu praktischer Anwendung. Wir internationale Sozialisten müssen jede Grenzveränderung ablehnen, die von der Bevölkerung des betreffenden Gebiets abgelehnt wird. Als Vertreter der Arbeiterklasse können wir dabei als Gebiet eines Volkes nur jenes betrachten, das von ihm bearbeitet wird. Das braucht keineswegs zusammenzufallen mit dem Gebiet, das es besitzt oder beherrscht. Für die Konservierung überkommener Besitz- und Herrschaftsverhältnisse setzt sich die internationale Sozialdemokratie nicht ein. Es entspricht nicht ihrem Geiste, wenn die von David verfaßten Leitsätze über die Kriegsziele, die Reichstagsfraktion und Parleiauschuß der deutschen Sozialdemokratie am 15. August 1915 akzeptierten, in dem ersten Absatz erklären:

Die Sicherung der politischen Unabhängigkeit und Unversehrtheit des Deutschen Reiches heißt die Abweisung aller gegen seinen territorialen Machtbereich gerichteten Eroberungsziele der Gegner.

Die internationale Sozialdemokratie geht nicht von den Bedürfnissen der Reiche, sondern denen der Völker aus, und sie verlangt für jedes von ihnen die Unabhängigkeit und Unversehrtheit des Gebiets, das es bewohnt und bearbeitet, nicht die seines »Machtbereichs«. Wir sind die Partei der Arbeiter und nicht die der Machthaber.

Nicht minder steht im Widerspruch zu dem Geiste der internationalen Sozialdemokratie die Fassung des dritten Absatzes jener Leitsätze, der sagt:

Im Interesse der Sicherheit Deutschlands und seiner wirtschaftlichen Betätigungsfreiheit im Südosten weisen wir alle auf Schwächung und Zertümmung Österreich-Ungarns und der Türkei gerichteten Kriegsziele der Verbündeten zurück.

Hier ist wieder von der Selbstbestimmung und den Bedürfnissen der Völker Österreichs und der Türkei nicht die Rede. Nicht was diese Völker wollen und brauchen, wird hier beachtet, sondern nur, welchen Nutzen Deutschland aus ihnen ziehen kann. Sie werden in der Davidschen Resolution nur als Deutschlands Werkzeuge in Betracht gezogen. Das ist durch und durch undemokratisch und nationalistisch gedacht. Wenn dem international Denkenden jedes Volk gleich wertvoll ist, kümmert den Nationalisten nur das eigene Volk. Bei den anderen fragt er bloß, inwieweit sie dem eigenen Volke nützen oder schaden können.

Wäre Deutschland augenblicklich zufälligerweise mit Rußland verbündet, wie es vorher lange Jahre gewesen, dann würde nach Davidschen Grundsätzen die deutsche Sozialdemokratie »im Interesse der Sicherheit Deutschlands und seiner wirtschaftlichen Betätigungsfreiheit im Osten« alle »auf Schwächung und Zertümmung Rußlands gerichteten Kriegsziele« zurückweisen.

Da aber Rußland auf der anderen Seite steht, verlangte David in dem fünften seiner Leitsätze (der dann allerdings nicht akzeptiert wurde):

Die Zusammenfassung der eroberten russisch-polnischen Gebiete zu einem selbständigen, mit Deutschland und Österreich-Ungarn verbündeten Staatswesen.

Die »Unversehrtheit des territorialen Machtbereichs« ist also für David keine internationale Forderung, die er für alle Staaten erhebt, sondern nur eine für Deutschland und seine Verbündeten. Für Rußland fordert er eine sehr erhebliche Verletzung seines Machtbereichs. Was er für Elsaß-Lothringen ablehnt, fordert er für Polen. Aber nicht etwa im Namen der Selbstbestimmung des polnischen Volkes. Nur der von »Rußland eroberte« Teil Polens soll »selbständig« werden, dabei wird aber in einem Atem die Selbständigkeit sofort wieder aufgehoben, da dem »selbständigen« polnischen Staat ein Bündnis mit Deutschland und Österreich vorgeschrieben, seine auswärtige Politik also von vornherein festgesetzt wird.

Das alles ist deutschnational, nicht international gedacht, und auch nicht demokratisch. Also auch nicht sozialdemokratisch. (Fortsetzung folgt.)

Wir und I-Land.

(Reinliche Unterscheidung II.)

Von Ed. Bernstein.

Wer sind das: *Wir*? Eine Frage, der man es ohne weiteres ansieht, daß sie sehr verschiedene Beantwortung zuläßt. Grammatikalisch ist der Sinn des Fürworts *Wir* Ausdruck für eine Vielheit, der die aus sagende Person selbst angehört. Da aber jeder verschiedenen Vielheiten angehört oder angehören kann: der Familie, einem Freundeskreis, einer Partei, einer Verbindung sonstiger Art, einem Volk usw., ist das *Wir* sehr verschiedenen Beziehungen offen, kann es auf einen sehr weiten oder sehr engen Kreis, auf materielle und geistige, freiwillige und unfreiwillige Verbindungen bezogen werden. Im gewöhnlichen Leben hat diese Vielheit der möglichen Beziehungen des Wortes wenig auf sich, obwohl sie in Einzelfällen immerhin Ursache verhängnisvoller Mißverständnisse sein kann. Der schriftlich oder mündlich Angeredete kann unter dem *Wir*, wenn es nicht durch irgendwelche Zusätze unzweideutig bestimmt wird, einen ganz anderen Personenkreis verstehen, als ihn der Aus sagende im Auge hatte. Indes ist diese Art Vieldeutigkeit keine Besonderheit unseres Wortes. Gar manche Worte und Sprachwendungen können vom Angeredeten mißverstanden werden. Dem Worte *Wir* aber ist die Gefahr eigen, unter Umständen vom Aus sagenden selbst mißverstanden zu werden und infolge kritikloser Anwendung das ganze Denken in falsche Richtung zu lenken.

Man kann sich das geometrisch veranschaulichen am Bilde exzentrischer und konzentrischer Kreise. Wo das *Wir* sich auf Kreise bezieht, die sich nur der Größe nach unterscheiden, für den Aus sagenden aber keinen grundsätzlich verschiedenen Mittelpunkt haben, sich also etwa zueinander verhalten wie Orts-, Bezirks-, Provinz- und Landesbevölkerung, wird die Unterlassung einer besonderen qualifizierenden Angabe zu einem Denkfehler von Bedeutung keinen Anlaß geben. Anders, wo Kreise mit grundsätzlich verschiedenen Mittelpunkten in Betracht kommen, wie etwa Konfessionsge-

meinschaft und Partei, Berufsgruppe und Gesellschaftsklasse, Rasse und Sprachgemeinschaft und ähnliches mehr. Hier kann das unqualifizierte Wir bei gewohnheitsmäßigem Gebrauch zu den bedenklichsten Denkkirrtümern führen.

Gerade bei diesen Verbindungen ist solcher Gebrauch jedoch seltener. Dagegen hat er sich in einer anderen Beziehung eingebürgert, man könnte fast sagen eingefressen, wo der Denkfehler, den er zu zeitigen geeignet ist, geradezu verhängnisvoll wirken kann. Es ist dies die Beziehung von Individuen, Klassen, beziehungsweise Parteien zum Staat im Hinblick auf die auswärtige Politik und im besonderen den Krieg.

Das Verhältnis der Individuen, Klassen, Parteien zum heutigen Staat unterscheidet sich von dem Verhältnis, das einst zwischen dem Stamm und seinen Angehörigen herrschte, durch eine mehr oder weniger starke Selbstständigkeit der materiellen und ideologischen Interessen jener dem Staate gegenüber. Diese Differenzierung ist nicht nur das unvermeidliche Ergebnis des Klassencharakters der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung, sie ist auch unter dem Gesichtspunkt des Zweckes notwendig, solange Staat und Gesellschaft diesen Charakter behalten. Sie kann erst mit dem Wegfall der Existenz unterschiedener, einander mehr oder weniger gegensätzlich gegenüberstehender Gesellschaftsklassen aufhören, eine Rolle zu spielen, welcher Wegfall aber auch den Wegfall des der Gesellschaft übergeordneten und eigene Zwecke verfolgenden Staates bedeuten würde. Die Begründer der sozialistischen Theorie haben diesen Zusammenhang stets sehr energisch betont, was denjenigen Leuten ins Gedächtnis gerufen sei, die da behaupten, noch immer die Abschaffung der Klassen zu erstreben, und doch bei Erörterung von Herrschaftsfragen des Staates so argumentieren, als sei dieser etwas Mystisch-Ewiges. Wie sie sich eine sozialistische Gesellschaft ohne Klassen, aber mit Fortdauer der Trennung der Völker nach Staaten vorstellen, wird wohl ewig ihr Geheimnis bleiben. Um mit dem Dichter zu reden:

Denn ein vollkommener Widerspruch
Ist gleich geheimnisvoll — — —

Indes war bisher wenigstens so viel Gemeingut aller Sozialisten, daß sie sich, einige wenige ausgenommen, zum gegebenen Klassenstaat in geistiger Unabhängigkeit hielten und diese, sie von den bürgerlichen Parteien unterscheidende Unabhängigkeit bei Behandlung von Fragen des Staates in dessen Beziehungen zu anderen Staaten neben grundsätzlich anderer Haltung auch durch eine andere Ausdrucksweise kundgaben. Es zeigte sich dies unter anderem durch die ganz verschiedenartige Anwendung eben des Fürwortes Wir bei diesen Fragen. Während die bürgerlichen Parteien bei Erörterung der auswärtigen Politik das Wir als Redeform brauchten, um ihrer Identität mit dem heimischen Staat im Hinblick auf dessen Bündnisse oder Gegnerschaft mit anderen Staaten Ausdruck zu geben, brauchten die sozialdemokratischen Redner in solchen Fällen das »Wir«, um die Identität der Interessen der Proletarier aller Länder im Gegen s a z zur nationalistischen Interessenpolitik von Staaten und Bourgeoisparteien hervorzuheben. So durfte in der Sitzung des Deutschen Reichstags vom 14. April 1913 bei Beratung der auswärtigen Politik der Schreiber dieses als Redner der sozialdemokratischen Fraktion namens dieser erklären:

»Die wahren Interessen der Völker verbinden sie zu gemeinsamer Aktion. Wir haben das erkannt und lassen davon nicht ab — wir und unsere auswärtigen Kameraden. Meine Herren, auch das sollten Sie sich einmal überlegen. Darum sind wir soviel stärker und fester als Sie in unserer internationalen Politik. Diejenigen Parteien, diejenigen Klassen, die in Frankreich, England und Rußland Ihnen entsprechen, sind nach Ihrer eigenen Darstellung Deutschlands Feinde und Neider und Gott weiß was noch. Aber unsere Klassengenossen, diejenigen Parteien im Ausland, die das repräsentieren, was wir hier repräsentieren, sie sind die Freunde Deutschlands. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) ... Dieses Bewußtsein, daß jenseits der Grenzen dieselben Ziele verfolgt werden, die wir hier verfolgen, dieses Bewußtsein, daß jenseits der Grenzen derselbe Protest erhoben wird, den wir hier erheben, daß jenseits der Grenzen dieselben Parteien, dieselben Klassen sich erheben mit denselben Worten und sagen: Wir wollen keinen Krieg — dieses Bewußtsein macht uns stark, und in diesem Bewußtsein wenden wir uns unablässig gegen die Rüstungspolitik, wenden wir uns unablässig gegen die Politik der Dreibünde. Wir wollen den einen Bund der Völker, den einen Bund der Nationen. In diesem Bewußtsein erklären wir den Krieg den Chauvinisten aller Länder (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten) und proklamieren wir den Frieden den Arbeitern aller Länder.«

Seit den Augusttagen 1914 ist auch hierin ein Wandel eingetreten. Nun hat jeder Krieg die Tendenz, das Gefühlleben der an ihm beteiligten Völker zurückzuwerfen in das Gefühlleben auf der Entwicklungsstufe, wo es zwischen den in Stämmen organisierten Menschen überhaupt noch keine anderen Beziehungen gab als die vom Stamm als geschlossener Einheit zum Stamm als geschlossener Einheit und wo daher ein Menschheitsbewußtsein sich überhaupt noch nicht ausbilden konnte. Auf dieser Entwicklungsstufe ist der Krieg das normale und angemessene Mittel der Austragung von Streitigkeiten, von ihr hat er sich auf die kommenden Organisationsformen der Menschheit vererbt, Einschränkungen der Funktion und Änderungen in seinen Gesetzen und Formen erfahren. Wie aber der kulturellen Entwicklung zum Trotz durch alle Abwandlungen hindurch bei ihm immer wieder seine Grundform unverkennbar durchblickt, so auch mit seiner Rückwirkung auf die Denkweise. Er strebt danach, die Völker, wie im Handeln so auch im Denken zu Barbaren füreinander zu machen, das heißt zu Menschen, die einander nur noch innerhalb des Stammes, beziehungsweise nun der Nation verstehen, über diese hinaus aber einander wildfremd sind. Er verdunkelt internationale Verbundenheiten, die früher Geltung hatten und virtuell noch vorhanden sind, bis sie den Blicken entschwinden, und läßt vor diesen dafür nationale Verbundenheiten erstehen und Erscheinungsformen annehmen, die nur zum Teil Wirklichkeit hinter sich haben. Zwischen der materiellen Kulturgrundlage, die der Krieg zwar schwer schädigen, aber doch nicht völlig zerstören kann, und der Art der Menschen, in Sachen der Völkerbeziehungen zu denken und zu folgern, entwickelt sich ein klaffender Widerspruch, der die Uebel, die der Krieg sonst verursacht, noch steigert, die Heilung der Wunden, die er schlägt, immer weiter hinauschiebt.

Und diesem Prozeß der Verleitung zu irreführendem Denken und Folgern leistet das so harmlos erscheinende Wörtchen »Wir« sehr wesentlichen

Vorschub. Es schiebt sich bei Besprechung von Vorgängen, die unmittelbar oder mittelbar auf den Krieg Bezug haben, durch Überlieferungen unterstützt, gewissermaßen als selbstverständlich in die Sprache ein und erwirbt sich von neuem Gewohnheitsrecht. Die ganze Nation bildet ihre Sprache nach der Ausdrucksweise der Heerführer um. »Wir« haben dies, und »wir« haben das. Aber die Solidarität zwischen Heerführern und Nation reicht nicht so weit, den Unterschied der Funktionen beider völlig auszulöschen und das selbst nur zeitweilige Ausmerzen der Kennzeichnung von Unterschieden der Weltanschauung aus der Sprache zu rechtfertigen.

Ich versage es mir aus naheliegenden Gründen, das hier Angedeutete an der Hand von Beispielen aus der Praxis zu verdeutlichen. Ein Analogon aus einer anderen Sphäre wird genügen, um klarzumachen, worauf ich abziele. Unter den Anstalten der Pflege der Astronomie hat jede einzelne Sternwarte für sich einen gewissen Wettstreit mit anderen Sternwarten und verzeichnet gern die besonderen Entdeckungen oder Funde, die auf ihr gemacht wurden. Wir haben dieses oder jenes beobachtet, dieses oder jenes entdeckt, ist da eine legitime Ausdrucksweise, die keinerlei Schaden anrichtet. Aber kein ernsthafter, wissenschaftlich gebildeter Astronom wird einen nationalen Gegensatz der Sternwarten herstellen und das »Wir« im Sinne eines solchen in die Sprache einfügen wollen, da er sich des Wertes des internationalen Zusammenarbeitens der Sternwarten viel zu sehr bewußt ist, um es durch solche Sprache zu gefährden. Wie noch einige ähnliche Forschungsanstalten lassen auch die Sternwarten, soweit es an ihnen liegt, das Prinzip des internationalen Zusammenarbeitens nicht durch den Krieg Schaden leiden. So verschiedenartig nun auch das Arbeitsfeld der forschenden Astronomie und das der kämpfenden Sozialdemokratie ist, so sind sie doch darin wesensverwandt, daß ihr leitendes Prinzip sie über alles spezifisch Nationale erhebt, das die Völker in Gegensatz zueinander bringt. In der Einleitung zu seiner Abhandlung »Der gesunde Menschenverstand über den Krieg« erklärt Bernard Shaw, er nehme als Ire für sich das Recht in Anspruch, den Krieg Englands mit der Uninteressiertheit eines Ausländers kritisch zu beleuchten. Das ist jedoch nur eine des Zweckes halber angelegte Maske. Tatsächlich bespricht er den Krieg vom Standpunkt des demokratischen Sozialisten, und was er als »Uninteressiertheit eines Ausländers« bezeichnet, ist eben die geistige Freiheit den Streithändeln der Mächte der alten Gesellschaftsordnung gegenüber, die jeder Sozialdemokrat sich zu erhalten suchen muß, der der großen geschichtlichen Aufgabe der sozialistischen Bewegung unserer Zeit gerecht werden will. Er muß in der Tat diesen Händeln gegenüber etwas von dem Blick haben, mit dem der Astronom das nach den Gesetzen der Gravitation sich vollziehende Spiel der Gestirne betrachtet und einschätzt.

Dieserjenigen, die das nicht gelten lassen wollen, die am liebsten das ganze Denken der Völker im Krieg auf die militärische Betrachtungsweise einstellen möchten, vergessen, daß Kriege nicht bloß auf dem Schlachtfeld ausgetragen werden. Den Militärs von Beruf kann man es ja nachfühlen, daß sie es am liebsten sähen, wenn die Nation im Krieg in gleicher Weise ausnahmslos einer Parole folgte, wie es beim Heer Befehl ist, und von ihrem Standpunkt aus handelten sie bei uns im Grunde nur folgerichtig, wenn sie ihren ganzen Einfluß dafür einsetzten, daß auch nach vollzogenem Aufmarsch

des Heeres der Kriegszustand erhalten und die Presse unter militärischer Kontrolle blieb. Sie haben die letztere auf diese Weise in einem Grade militarisiert, wie er bisher nirgends bekannt war; daß er auf diesem Gebiet große Erfolge erzielt hat, wird dem Militarismus kein Mensch streitig machen. Vor einem Rätsel steht indes auch er wie ebenso die Regierungen. Dem Rätsel nämlich, wie es fertig zu bringen, daß, was in dem einen Lager in dieser Hinsicht geschieht, nicht alsbald im anderen Lager sein Gegenstück hervorruft. Es ist hier, wie es mit der Rüstungsschraube vor dem Kriege war, ein gegenseitiges Steigern ohne Ende. Und weil dem so ist, wird es zuletzt gerade ohne diejenige Sozialdemokratie nicht gehen, die, zwischen den Militarismus und die Internationalität gestellt, nicht auf das Doppelspiel sich verlegt hat, abwechselnd heute mit jenem und morgen mit dieser »wir« zu sagen, sondern ohne Zweideutigkeiten zur Internationalität allein gehalten und ihren Anforderungen Folge geleistet hat.

P. J. Troelstra, der langjährige Vorsitzende der holländischen Sozialdemokratie, also führender Vertreter einer Mehrheitspartei, ein Mann, der im allgemeinen eher zur reformistischen Politik neigt und somit keine besondere Vorliebe für die Minderheitsparteien hat, erklärt doch in der Unterredung, die er mit der Redaktion von »Het Volk« hatte und die diese in der Nummer vom 20. April veröffentlicht hat:

Aus einer sozialistischen Konferenz für den Frieden wird nichts herauskommen, wenn nur diejenigen Parteien anwesend sind, die eigentlich ihre Regierungen vertreten. Die Minderheiten der verschiedenen Länder müssen nicht nur die Brücke bilden, um die Parteien der kriegsführenden Länder in ihrer Ganzheit zusammenzubringen, sie vertreten auch — Italien ausgenommen¹ — der Natur der Sache nach am meisten das internationale Element. Durch ihren Ausschluß würde eine Konferenz an Geeignetheit zu internationaler Beratung unsäglich viel verlieren.

Im Augenblick, wo ich dies schreibe, sieht es indes so aus, als ob eine Vollkonferenz von Vertretern der Sozialdemokratie aller Länder und aller Richtungen überhaupt nicht zustande kommen solle. Zum Teil wegen der Weigerung einzelner Regierungen, den Delegationen der entschiedenen sozialistischen Opposition Pässe für den Besuch der Konferenz zu geben, zum Teil aber auch, weil in einigen Ländern in Frage kommende sozialistische Fraktionen, hier zum Regierungsblock stehende und dort entschieden regierungsfeindliche Parteien sich der Idee einer Vollkonferenz mit der Begründung ablehnend gegenüberstellen, daß sie sich von einer solchen nichts Gutes versprechen. Der Riß in der Sozialdemokratie ist eben an verschiedenen Stellen schon so tief, als daß sich die streitenden Fraktionen leicht dazu entschließen könnten, mit denen, die sie als abtrünnige Brüder betrachten, im gleichen Konzil zu beraten. Eine Geistesverfassung, die ich verstehen kann, die aber nach meiner Ansicht nicht schlechthin ausschlaggebend sein darf, wo es sich um eine Sache von so ungeheurer Tragweite handelt.

Richtig ist nur, daß die Verständigung über eine einheitliche Haltung der Sozialisten in den verschiedenen Ländern nur dann zu erzielen sein wird, wenn über eine Reihe von Vorfragen, die für die Entscheidung hierüber bestimmend ins Gewicht fallen, vorher Verständigung erzielt wurde. Man braucht aber diese Vorfragen nur zu nennen, um erkennbar zu machen, wie

¹ Wo bekanntlich die Minderheit mit der Regierung geht und die Mehrheit entschieden gegen deren Kriegspolitik kämpft.

weitgehende Meinungsverschiedenheiten da noch die Geister trennen. Da ist eine der ersten Vortragen die Frage der Voraussetzungen für die Teilnahme an der Politik der Landesverteidigung, ferner steht mit vornan die Frage der Bedeutung der Schuldfrage für die Bestimmung des Verhaltens der sozialistischen Parteien und ihrer Friedensforderungen, und je nachdem die Schuldfrage selbst; dann die Frage, ob und inwieweit der Militarismus bei Bestimmung der Friedensforderungen als innere Angelegenheit der Nationen betrachtet werden kann, die Frage Abrüstung und Friedensschluß, die Frage der zulässigen Grenzen für das Selbstbestimmungsrecht der Völker und der Anerkennung der auf Eroberung gegründeten Gebietshoheit und ähnliche Fragen mehr, die heute von den sozialistischen Parteien der verschiedenen Länder oder von den Fraktionen dieser Parteien verschieden beantwortet werden. Nur Sozialisten, die über diese Fragen wenn nicht zur Übereinstimmung bis auf den letzten Buchstaben, so doch mindestens zur Verständigung über die Grundprinzipien gelangt sind, nur Sozialisten, zwischen denen es hierüber keine absolute Scheidungslinie mehr gibt, werden imstande sein, sich über die in jedem einzelnen Lande zu beobachtende Haltung und eine gemeinsame Friedensaktion aller zu verständigen.

Alle diese Fragen stehen aber in engster Beziehung zu den Begriffs-erörterungen, denen die Kapitel gewidmet sind, die ich unter dem Titel »Reinliche Unterscheidung« zusammenfasse, oder fallen unmittelbar mit ihnen zusammen. Hinter der Begriffsfrage steckt in politischen Dingen stets eine Frage der Politik selbst.

Wie das sogar bei einem scheinbar so indifferenten Begriff wie dem Wörtchen »Wir« in solchem Grade der Fall sein kann, daß sein Gebrauch einem unbewußten Glaubensbekenntnis gleichkommt, ist im vorhergehenden gezeigt worden. Ein Gegenstück hierzu ist die Art, wie nur zu häufig von Ländern gesprochen wird, sobald es sich um Fragen der Politik handelt.

Die meisten Leute gebrauchen bei Erörterung von Fragen der großen Politik, sobald sie auf Länder zu sprechen kommen, eine Ausdrucksweise, als ob es sich um Individuen handle mit ganz bestimmten persönlichen Eigenschaften, Gepflogenheiten und Absichten. Sie wissen nicht, daß dieser Sprachgebrauch aus der Zeit der alten Kabinettspolitik stammt, wo Länder zwar auch nicht Individuen waren, aber als das Objekt von Individuen, von absoluten Monarchen oder beschränkten Oligarchien behandelt wurden, wo der souveräne Fürst sagen durfte: »Der Staat, das bin ich«, oligarchische Eliten erklären konnten: »Der Staat, das sind wir.« Wenngleich nun auch absolute Fürsten ihre Politik wechseln und Oligarchien gleichfalls Wandlungen unterworfen sind, hatte es zu jener Zeit immerhin einen guten Sinn, den Ländern in bezug auf bestimmte Fragen einen persönlichen Willen zu unterstellen. Denn jeweilig war ihre auswärtige Politik von den Tag überdauernden Tendenzen bestimmt, die in Personen ihre Träger fanden. Aber die politischen Umwälzungen, die in verschiedenen Ländern immer breiteren Schichten der Bevölkerung politischen Einfluß verschafft haben, haben auch die Bestimmung der auswärtigen Politik dieser Länder nicht unbeeinflusst gelassen. So sehr diese schon deshalb konservativer zu sein pflegt als die innere Politik, weil die Völker nach außen hin in ihren Bewegungen nicht so frei sind wie zu Hause, kann sie doch einen völlig anderen Charakter erhalten, je

nachdem die Klassen beschaffen sind, die im Lande maßgebenden Einfluß erlangt haben. Diese Möglichkeit aber wird dem großen Publikum durch den gekennzeichneten Sprachgebrauch geradezu verschleiert. Man gewöhnt es daran, und nicht wenige Leute, die es besser wissen könnten, gewöhnen sich selbst durch ihn daran, die Begriffe von der Politik anderer Länder zu verfeinern. Und so kommt er denen ungemein gelegen, die aus ganz bestimmten Gründen ein Interesse daran haben, die politischen Beziehungen der Nationen zueinander auf den Stand der Herrschaft der alten Kabinettspolitik zurückzudrehen, beziehungsweise, wo sie durch besondere Umstände zeitweilig wieder ihren Charakter erhalten haben, auf ihm festzuhalten.

Die Geschichte fast aller Staaten, und namentlich aller Großstaaten ist mit Blut geschrieben und weist ihre sehr schwarzen Seiten auf. Das eigene Volk erfährt davon nicht allzuviel, der Geschichtsunterricht, den es in den Schulen empfängt, verschleiert das nach Möglichkeit, sofern er es nicht ins Gegenteil umkehrt, und die Politik mancher Persönlichkeit, deren Gedächtnis ihm im hellsten Lichte erstrahlt, steht vor der unparteiischen Geschichtsschreibung als Kette von Treulosigkeiten und Schlimmeres da. In anderen Ländern aber weiß man es, und so ist nichts leichter, als dort dem Volk mit Bezug auf X-Land (wofür je nachdem Deutschland, England, Frankreich, Italien, Österreich usw. gesetzt werden kann) zu erzählen, daß dieses »schon damals« sich als die Heimat heimtückischer, brutaler, raubgieriger usw. Politik bewiesen habe. »Wir« sind immer brav und bieder, »X-Land« ist immer bössartig und unehrlich gewesen.

Nicht immer wird in der Gegenüberstellung so grob aufgetragen. Dem Publikum, das sich für gebildet hält, wird sie in einer etwas feineren Zubereitung dargeboten. Man kann mit mehr oder weniger geschickter Abtönung das Bild anscheinend naturwahrer gestalten und doch dieselbe Wirkung erzielen. Die Täuschung oder Selbsttäuschung beruht immer zuletzt darauf, daß durch die zur Gewohnheit gewordene Ausdrucksweise der Einfluß der bedeutungsvollsten politischen Umwälzungen als nicht vorhanden angenommen und der politische Begriff des in Frage kommenden Landes wie der eines aus Vorzeiten herrührenden Steingebildes behandelt wird. Wenn der nationalistisch gesinnte Bourgeoispolitiker des Landes Y »wir und X-Land« sagt, so liegt darin eine gewisse Logik. Drückt sich aber der Sozialdemokrat so aus, der Internationalist sein will, so ist er im Denken schon halb auf der schiefen Bahn, die von der Internationale abwärts führt.

Synergie.

Von F. Müller-Lyer.

(Schluß.)

Bereits in der Einleitung haben wir an einzelnen Beispielen zu zeigen versucht, in welcher Weise die laterale Betrachtungsweise geeignet ist, soziologische (und auch biologische) Tatsachen aufzuklären, die ohne diese Betrachtungsweise rätselhaft oder doch unklar bleiben. Nun wollen wir zum Schluß noch in Kürze darzutun suchen, wie das Verhältnis gerade auch unserer gegenwärtigen Zeit durch die neue Methode in ein neues Licht gerückt werden kann.

Wenn wir einen Blick über die Völker des europäisch-amerikanischen Kulturkreises werfen, so bemerken wir, daß diese Völker zwar in einem

raschen wirtschaftlichen Aufschwung begriffen sind, daß sie sich aber auf allen einzelnen Kulturgebieten in einem Zustand enormer Unordnung und Verwirrenheit befinden. Die Familie ist in Zersetzung geraten⁷ und bietet dem einzelnen keinen festen Halt, keine sichere Heimat mehr. Unsere Erziehung und Volksbildung wird von allen großen Pädagogen als durchaus rückständig und reformbedürftig betrachtet. Die Geburtenziffer ist überall in deutlicher Abnahme, und es droht die Gefahr des »Rassenselbstmords«. Durch die unbegrenzte Erbfolge, die früher völlig berechtigt war, ist das Volk in zwei Klassen gespalten; während eine Oberklasse in unedler Genußgier entartet, verdirbt die Unterklasse in unwürdiger Erniedrigung und Entbehrung. Ein erbitterter Klassenkampf ist entbrannt, und immer drohender durchhallt die Stimme des Sozialismus unser Jahrhundert. Die theologischen Religionen, die ehemals das Gemüt so warm wiegten und die Volksgeoffen in einem einheitslichen Gedanken- und Gefühlskreis verbanden, sind in offensichtlicher Auflösung; und in keiner Zeit ist wohl um einen neuen religiösen Lebensinhalt so tief und leidenschaftlich gerungen worden wie in der jetzigen. Und um der furchtbaren Verwirrung die Krone aufzusetzen, so haben sich die höchstgefliegenen Völker Europas den Krieg angefangt, um sich wie wilde Bestien zu zerfleischen, und ein jahrelanges Morden und Schlachten, Brennen und Zerstören ist in dem unglücklichen Erdteil ausgebrochen.

Die tiefere soziologische Ursache dieser ungeheuren Unordnung liegt, wie schon öfters auseinandergesetzt wurde,⁸ in dem Aufkommen einer neuen Wirtschaft. Durch die Erfindung der Arbeitsmaschinen, durch den Sieg des Kapitalismus, durch den Übergang der Eigenproduktion in Warenproduktion ist unsere Wirtschaft auf eine neue und höhere Grundlage, auf eine neue Stufe gehoben worden, und der Übergang geschah (besonders im neunzehnten Jahrhundert) so jäh, daß die modernen Gesellschaften bis in ihre Grundfesten erschüttert wurden. Infolgedessen muß nun unsere gesamte übrige Kultur auf dieser neuen Grundlage vollständig neu aufgebaut und ihr angepaßt werden. Wir sind gleichsam in einem ungeheuren Umzug begriffen, alles muß umgeordnet und neu geordnet werden. Nichts von den alten Einrichtungen paßt nun mehr in die neue Kultur: von unseren Umgangsformen, von unseren Kleidermoden an bis hinauf zu unserem Strafrecht und unseren höchsten religiösen Werten muß alles, gerade wie vorher die Wirtschaft, ebenfalls auf eine neue höhere Stufe gehoben werden. Unsere Familienverfassung, unsere Volksbildung, unser Klassensystem, unser Recht, unsere Moral, unsere Kunst, unsere Religion und vor allem unsere internationalen Beziehungen, sie alle müssen nun zu höheren Formen entwickelt werden, wenn wir uns wieder geordneter und harmonischer Zustände erfreuen und uns auf der neuen Kulturstufe heimisch fühlen sollen. Und gerade für die Ausgestaltung aller dieser Einrichtungen geben uns die Richtungslinien die wertvollsten Fingerzeige.

Übersehen wir nun das soeben Gesagte in die Sprache der »Phasenmethode«, so heißt es: Eine jähe »aufsteigende«

⁷ Vergl. »Die Familie«, S. 206 ff.

⁸ Vergl. zum Beispiel »Der Sinn des Lebens«, S. 268 ff. In schöner poetischer Form ist das Problem, das wir hier vom soziologischen Standpunkt aus behandeln, aufgestellt worden von Wilhelm Lentrodt in seinem Buche: »Das doppelte Gesicht der Gegenwart«, Berlin 1915.

(das heißt wirtschaftliche) Entwicklung hat unsere gesamte Kultur in hochgradige Unordnung gebracht, und es bedarf nur einer langen »lateralen« Entwicklung, um diese Unordnung und Verworrenheit auf der neuen und höheren Basis wieder in Ordnung und Harmonie umzuwandeln.

Es erhebt sich also die Frage, ob Aussicht besteht, daß wir einer solchen langdauernden ungestörten lateralen Entwicklung entgegensetzen dürfen. Selbstverständlich ist eine bestimmte Vorhersage, eine Prophezeiung darüber nicht möglich. Wenn wir aber den gegenwärtigen Kulturzustand auf diesen Punkt untersuchen, so scheint allerdings eine große Wahrscheinlichkeit dafür zu sprechen, daß uns eine sehr lange laterale Entwicklung bevorsteht, ja man darf vielleicht sogar die Vermutung wagen, daß die jetzige aufsteigende Entwicklung die letzte war, die auf Erden erreicht werden kann, daß wir also in dieser Beziehung in eine Art »Dauerstadium« geraten werden, in dem nun nur noch eine laterale Entwicklung weiterhin stattfinden wird.

Die Gründe, die eine solche, auf den ersten Blick allerdings sehr kühne Vermutung berechtigt erscheinen lassen, sind ungefähr folgende:

1. In der Nahrungsproduktion sind gewiß noch große und wichtige Fortschritte zu erwarten; aber auch selbst wenn es gelänge, Nahrungsmittel synthetisch, auf chemischem Wege herzustellen, würde diese künstliche Produktion von Nahrungsmitteln, wie wir anderwärts sahen,⁹ kaum als epochemachende Erfindung wirken können, vielmehr werden wahrscheinlich alle weiteren noch möglichen Fortschritte in der Richtung einer gradweisen und quantitativen Verbesserung der bereits bekannten Methoden liegen; also in Verbesserungen des Ackerbaues, Gartenbaues, der Tierzucht usw.

2. Auch die Arbeitsorganisation ist in das Zeichen des denkbar höchsten Prinzips eingetreten; dies Prinzip heißt universale Kooperation oder Arbeitsvergesellschaftung. In unserer Welt der Warenproduktion arbeitet fast keiner mehr für sich, das heißt für seinen eigenen Bedarf, sondern jeder für alle und alle für jeden. Die privatkapitalistische Warenproduktion wird allerdings vermutlich in die sozialisierte Bedarfsdeckungswirtschaft übergeführt werden; durch die Konsumentengenossenschaften und das Umschlagreifen der staatssozialistischen Betriebe ist dazu bereits ein ganz gewaltiger Anfang gemacht worden. Aber eine neue epochemachende Produktionsart würde auch dadurch nicht geschaffen werden, wohl aber eine gerechtere Verteilung der Arbeitsprodukte.

3. Das wichtigste Glied der Arbeitsorganisation, die Arbeitsteilung oder Differenzierung kann nicht ins Endlose getrieben werden; sie muß irgendwann und irgendwo eine obere Grenze finden. Denn es erscheint unmöglich, die menschliche Tätigkeit endlos zu spalten.

4. In der inneren Politik ist der Klassenkampf bei den höchstgestiegenen Völkern an seinem letzten Stadium angelangt. Nachdem früher die beiden ersten Stände (Adel und Geistlichkeit) geherrscht hatten, gelang dem dritten Stande, dem Bürgertum, die Befreiung, und in unserer Zeit ist es der vierte und letzte Stand, der um seine Gleichberechtigung kämpft. Mit dem Siege des vierten Standes wäre aber das Klassensystem überwunden, keine neue Klasse kann nunmehr die Ordnung stören; und wenn auch das demokratische

⁹ Vergl. »Soziologie des Bevölkerungswesens« in dem demnächst erscheinenden 6. Bande meiner »Entwicklungsstufen der Menschheit«, Jähmung der Kornen, I.

Prinzip noch eine lange laterale Entwicklung vor sich hat, so ist es aber doch für die innere Entwicklung das denkbar letzte.

5. In ähnlicher Weise ist in der äußeren Politik das Kampfgelände durch unverrückbare Grenzen für immer abgesteckt; denn es umfaßt jetzt den ganzen Erdball. Fast alle Völker der Erde sind bereits in »Gruppenberührung«¹⁰ zueinander getreten. Kein neues Volk wird mehr in den Kulturprozeß eintreten und einen so tiefen Rückschlag verursachen, wie dies zum Beispiel beim Untergang der Antike durch das Auftreten neuer Völker geschah. Wie nahe sich die Völker schon getreten sind, das zeigt zum Beispiel der Weltpostverein, ferner als ein äußeres Zeichen die Verdrängung der Nationaltracht durch eine allgemeine Uniformierung. Während früher jedes Volk seine eigene Tracht hatte, herrscht jetzt die europäische Tracht schon fast überall, sogar im fernen Ostasien bei den Japanern usw. Auch eine allgemeine Weltsprache macht sich täglich mehr als eine Kulturnotwendigkeit fühlbar. Da nun alle Völker der Erde bereits in so engen Beziehungen und Verbindungen stehen, muß die internationale Organisation dieser Völker, die vernünftige Durchorganisation der ganzen Welt ein immer brennenderes Bedürfnis werden; und gerade das güterzerstörende Wettrennen und der gegenwärtige lebenvernichtende europäische Krieg (Folgen der letzten jah aufsteigenden Entwicklung) werden früher oder später die Völker in die Bahn dieser ungeheuer langen lateralen Entwicklung hineintreiben.

6. Auch die Ausnutzung der Erde muß einmal eine obere Grenze, ein Optimum erreichen, das sich nicht mehr übersteigen läßt. Eine endliche Fläche kann keine unendliche Frucht ergeben. Es muß also auch die Bevölkerung der Erde schließlich stabil werden und einen Dauerzustand erreichen, wie wir ihn schon bei solchen Naturvölkern, die einen bestimmten Raum nicht überschreiten können, kennengelernt haben.

Solche und andere Gründe sprechen dafür, daß sich die Kulturentwicklung einem Dauerstadium nähert; doch darf dieser Ausdruck nicht als eine Art Stillstand verstanden werden, sondern als eine langdauernde Epoche lateraler Entwicklung, in der sich die Völker auf der höchsten Kulturstufe dieser immer mehr anpassen und in einen Zustand stets zunehmender Harmonie und Ordnung gelangen. Und da astronomische Gründe es möglich erscheinen lassen, daß der Mensch auf der Erde noch Jahrtausende leben kann, so wird man vermuten dürfen, daß diese Entwicklung zu einer immer höheren vervollkommnung des Menschengeschlechts führen kann.¹¹

Dieser Gedanke hat offenbar eine große Ähnlichkeit mit dem alten und weitverbreiteten Völkertraum vom tausendjährigen Reich, von einem glücklichen Zeitalter, das nach langen Mühen und Leiden dem menschlichen Geschlecht in der Zukunft winkt und sich über Tausende von Jahren erstrecken soll. Doch nicht bloß die Volksphantasie hat sich diesen schönen Gedanken ausgemalt, sondern auch bedeutende Denker wie St. Mill, Herbert Spencer, Joseph Peholdt und andere haben ihn philosophisch zu begründen versucht. Da wir es in dieser Abhandlung ausschließlich mit soziologischen Betrachtungen und nicht mit philosophischen zu tun haben, wollen wir

¹⁰ Vergl. »Phasen der Kultur«, 2. Auflage, S. 321 bis 335.

¹¹ Über die »Dauer der Kulturperioden« vergl. »Phasen der Kultur«, 2. Auflage, S. 353.

auf diese philosophischen Begründungen hier nicht weiter eingehen, vielmehr den sich dafür interessierenden Leser auf die Arbeit von Vegoldt verweisen, der der Idee von einem Dauerstadium ein ganzes Buch gewidmet hat, nämlich den zweiten Band seiner »Einführung in die Philosophie der reinen Erfahrung«, betitelt »Auf dem Wege zum Dauernden« (Leipzig 1904).

Allerdings, wissenschaftlich beweisen läßt sich dieser Gedanke, die Aussicht auf ein »Millennium« bis jetzt nicht. Wenn ich ihm trotzdem hier einige Worte gewidmet habe, so geschah dies erstens, weil ich diesen Gedanken von allen edlen und hohen Ideen, die je in einem menschlichen Gehirn aufgeblüht sind, für einen der größten und höchsten halte. Zweitens, weil die laterale Betrachtungsweise der Phasenmethode diesen Gedanken, wie ich glaube, in ein ganz neues Licht zu stellen vermag. Und dem ästhetischen und wissenschaftlichen darf ich noch einen praktischen Grund hinzufügen:

Die Verworrenheit und Unordnung unserer gegenwärtigen jähren Übergangszeit hat viele dem Kulturpessimismus und dem Quietismus¹² in die Arme getrieben. Als nun gar der europäische Krieg ausbrach und sich ein allgemeines Menschenschlachten monate- und jahrelang über ganz Europa hinzog, da glaubten viele und gerade feinere Naturen, daß man am Fortschritt der Kultur und an dem Schicksal des Menschengeschlechts verzweifeln müsse. Ich denke, die vorhin gepflogenen Erwägungen zeigen, daß man die gegenwärtige Lage auch anders betrachten kann. Wenn schon die Ameisen auf der Stufe der Insekten durch eine lange laterale Entwicklung es vermochten, ihren Staat fast zu einem Ideal von Vollkommenheit auszubilden, sollte es den Menschen durch dasselbe Mittel nicht auch gelingen können? Wenn ein einziges Jahrhundert, das neunzehnte, allein die Abschaffung des Feudalismus, der Hörigkeit, das Maschinenzeitalter, Geschworenengerichte, Pressefreiheit, die allgemeine Wehrpflicht, das allgemeine Wahlrecht gebracht hat, kann man dann absprechend urteilen wollen über die Fortschritte, die in hundert, in tausend, in hunderttausend Jahren gemacht werden? Freilich, der Alltagsmensch, der in der Not und dem Getriebe seiner Zeit ganz aufgeht, wird in diesem finsternen Dämmer kaum je den Blick zu lichterem Höhen erheben, ihm wird der Gedanke, daß auf Erden je einigermaßen vernünftige Zustände herrschen könnten, nur ein bitteres Lächeln abnötigen. Wer sich aber den soziologischen Blick erworben hat, das heißt wer die ungeheuren Fortschritte der Vergangenheit von den ersten noch halbtierischen Anfängen bis auf unsere Zeiten kennt, der wird auch mit anderen Augen in die Zukunft schauen. Und besonders die laterale Betrachtungsmethode dürfte uns eine neue Welt eröffnen, die uns zwar erst in verschwommenen Umrissen erscheint, aber uns mit guter Hoffnung erfüllen kann. Gerade in der gegenwärtigen Zeit, wo wir die blutgeschwängerte Atmosphäre dieses anoischen (sinnlosen) Krieges atmen müssen, dürfte es doppelt nützlich sein, auch derartige Gedanken in Erwägung zu ziehen.

Nachdem wir nun die Bedeutung des Krieges in der Menschheitsentwicklung erkannt haben, wird es die Aufgabe aller Denkenden in den Kulturvölkern sein, daß, was die Natur grausam und blind bewirkt, mit zielbewußter Absicht mild und menschlich herbeizuführen: die Synergie der gesamten Menschheit.

¹² Über die soziologische Bedeutung des Pessimismus und Quietismus vergl. »Soziologie der Leiden«, 12. und 13. Kapitel.

Literarische Rundschau.

Dr. Willi Ullé, **Das Deutsche Reich**. Eine geographische Landeskunde. Mit 30 Bildertafeln und 68 Karten. Leipzig 1915, Friedrich Brandstetter. 547 Seiten Oktav. Gebunden 11,25 Mark.

Dr. Gustav Braun, **Deutschland**. Dargestellt auf Grund eigener Beobachtung, der Karten und der Literatur. Berlin 1916, Gebrüder Bornträger. Oktav. Zwei Teile. 1. Textband mit XI und 383 Seiten. 2. Tafelband mit 33 Tafeln, Erläuterung und Beilagen. Gebunden 16 Mark.

Das »Deutsche Reich« von Penck ist teilweise heute veraltet, sowohl was Tatsächliches als auch was Methode anbelangt. Im übrigen sind zusammenhängende Werke über die geographischen Verhältnisse Deutschlands, von Lehrbüchern abgesehen, nur sehr wenig vorhanden. Das ist ein empfindlicher Mangel, der sich nicht allein dem geographischen Fachmann, sondern auch dem Politiker und Nationalökonomem bemerkbar machen muß; denn gerade ihnen vermag die Geographie außerordentlich wertvolles Material zu liefern und Zusammenhänge aufzudecken, die sonst schwer erkennbar sind. Gerade deshalb muß jede Neuerscheinung auf diesem Gebiet mit besonderem Interesse studiert und auf ihren Wert oder Unwert untersucht werden.

Ullé wollte anscheinend am meisten in die Fußstapfen Pencks treten. Das ist ihm aber nicht gelungen. Wir sind trotzdem überzeugt, daß sein Buch eine ganz erhebliche Anzahl Leser finden und von der Mehrzahl durchaus günstig aufgenommen wird. Vielleicht gerade infolge seiner Mängel. Es ist gewissermaßen ein Prämienbuch oder auch ein Salonbuch. »Wer vieles bringt, wird manchem etwas bringen.« Und hohe Ansprüche an Intelligenz und angestrengtes geistiges Ver- und Mitarbeiten stellt Ullé nicht. Von Raffelschem Geist und moderner geographischer Forschungsmethode merkt man blutwenig. Damit soll nicht gesagt sein, daß das Buch absolut wertlos sei. In Bibliotheken wird es seine Stelle finden und für weitere Kreise des Durchschnittslesepublikums durchaus am Plage sein. Für den tiefer Schürfenden ist es aber doch gar zu oberflächlich. Die geopolitischen Faktoren treten kaum aus der Darstellung heraus, während man auf derselben Seite je nachdem lehrbuchhaft oder reiseführerhaft über geologische Verhältnisse, Einzelgeschichte, Trachten, Religion usw. ohne jede innere Abstufung und Wertung unterrichtet wird. Besonders häufen sich derartige verschwommene Allgemeinheiten mit ihrem ständig sich wiederholenden »Zwar — aber«, »Eines teils — jedoch andererseits« da, wo der Verfasser bemüht ist, Deutschlands politische Lage und seine politische Sendung zu skizzieren. Dasjenige Gebiet, das am besten eine positive Grundlage geben könnte, die physische Geographie und die Lagebeziehungen der Landschaften zueinander und zu den auswärtigen Ländern ist viel zu stiefmütterlich behandelt; daher versagt die Darstellung besonders da, wo der Verfasser nach den Fäden kausaler Zusammenhänge sucht. Gleich zu Anfang springt ein Widerspruch in die Augen. Ullé geht davon aus, daß »die Geographie die einheitlichen Räume der Erde in ihrer Eigenart zu erforschen und zu behandeln hat. Diese einheitlichen Räume sind aber die natürlichen Länder der Erde, die uns in den geographischen, nicht historisch gewordenen Erdteilen, in den geographischen, nicht politischen Ländern und in den Landschaften entgegentreten.« Seite 2 muß er aber zugestehen, daß »das Deutsche Reich kein geographisches Land ist; und wer eine geographische Landeskunde von ihm geben will, wird stets auf Schwierigkeiten stoßen«. Aus diesem Dilemma will er sich dadurch retten, daß er das »Deutsche Reich als ein System in sich abgeschlossener Landschaften und in diesem Sinne als eine geographische Einheit betrachtet«. Daher ist das Buch in allererster Linie eine Landschaftskunde, weniger eine Landeskunde des Deutschen Reiches. Vielleicht hängt damit zusammen, daß das ethnische Moment bei Ullé zeitweilig so stark in den

Vordergrund tritt. Auffällig ist, wie sehr die Industrie und ihre Bedeutung für Landschaft und Kultur in der ganzen Darstellung vernachlässigt wird, und doch gibt sie weitesten Gebieten unserer Heimat durchaus ihr charakteristisches Gepräge. Das Literaturverzeichnis genügt für Durchschnittsleser, für eingehenderes Studium ist es jedoch allzu mager ausgefallen.

Braun's »Deutschland« ist keine so leichte Lektüre. Es will mit Fleiß studiert sein, denn es enthält eine ungeheure Menge Material und wirft noch mehr Fragen auf, als es beantwortet. Vor allem wer als völliger geographischer Laie an das Buch herantritt, wird keine leichte Arbeit haben. Der Geograph schaut anders und urteilt anders, wenigstens der moderne Geograph, als jeder andere Wissenschaftler. Nichtsdestoweniger möchten wir ernsthaften Lesern empfehlen, unbeschadet der Kritik im einzelnen, sich einmal der Führung Brauns anzuvertrauen. Braun gibt keine alle Seiten des Themas erschöpfende Landeskunde Deutschlands; er vernachlässigt manches, hebt aber das übrige nur um so schärfer hervor. Vor allem wendet er seine Aufmerksamkeit zwei Problemen zu, im Gesamtgebiet des natürlichen Landschaftsbildes der Morphologie, in der Umgestaltung des natürlichen Landschaftsbildes durch den Gang der Besiedlung, der Entstehung und Entwicklung der Städte. Von diesen beiden Gesichtspunkten aus werden die einzelnen deutschen Landschaften behandelt. Als Prinzip für die Einteilung Deutschlands in einzelne Landschaften wird in der Hauptsache die vertikale Gliederung verwendet, während bei alle orographische und hydrographische Einheiten miteinander abwechseln.

Das Buch ist aus einer Reihe von Vorträgen über Mitteleuropa entstanden. Gleich Mitteleuropa ist auch Deutschland, das in seinen Rahmen eingeschlossen ist, keine durch die physikalisch-geographischen Verhältnisse bedingte, vielmehr eine kulturell begründete Einheit. Mitteleuropa ist nach Braunscher Definition derjenige Raum in Europa, der bei nach Osten und Westen hin gegebenen natürlichen Zusammenhängen durch die germanische Besiedlung zu einer eigenartigen Kulturlandschaft umgestaltet ist. Braun irrt, die germanische Besiedlung hat Mitteleuropa nicht zu seiner Individualität verholfen, sondern, einmal ganz davon abgesehen, daß ein großer Teil unseres Volkstums in nichtgermanischen Völkerelementen wurzelt, die wirtschaftliche Entwicklung, vornehmlich im Zusammenhang mit der geographischen Lage. Aber diese mitteleuropäische Kulturgrenze greift das Deutsche Reich mit seinen heutigen politischen Grenzen teils hinaus, teils hat es sie noch nicht völlig ausgefüllt. Untersucht wird nun, wie aus der ursprünglichen Naturlandschaft die Kulturlandschaft, besonders die für die Zeit der Ackerbaukultur typische, sich entwickelt hat. (An das kapitalistische Zeitalter trauen sich merkwürdig wenige Geographen heran.) Aber auch diese Kulturlandschaft Mitteleuropas ist nur eine Etappe in der Gesamtentwicklung. Im Schlußkapitel deutet Braun wenigstens an, daß die modern-kapitalistische Entwicklung diesen Begriff Mitteleuropa bereits erheblich verwischt hat und noch weiter verwischen wird. »Ist es in der Gegenwart noch möglich, Deutschland in Mitteleuropa wenigstens nach Osten und Westen an Hand der Verbreitung der deutschen Kulturlandschaft abzugrenzen, so wird das in Zukunft dort um so schwerer werden, wo die Industrien der Nachbarländer ineinander übergehen.« Braun fühlt auch, daß diesen Grenzmarken eine erhebliche Rolle in der zukünftigen Entwicklung zufallen wird, und er empfiehlt daher mit Recht das besondere Studium der Grenzmark. Denn das ist eines der nächstliegenden und brennendsten Probleme auch der Politik: »Wie ist unter Ausnutzung der von Natur gegebenen und historisch gewordenen Grenzmarken die politische Grenzlinie von Mitteleuropa so zu ziehen, daß einerseits die Einheit von Industrie- und Ackerbaulandschaften im Innern gewahrt bleibt, daß andererseits die Grenzmarken eine wirksame Schutzzone bilden?«

Die Darstellung des Buches ist insofern echt geographisch, als es stets den Gebrauch der Karte erheischt; auf fortwährende Zuhilfenahme der Karte 1 : 200 000 ist der Text zugeschnitten. Außerdem enthält der Tafelband eine erhebliche Anzahl

eigens für das Werk entworfener Karten und Pläne; über deren Ausführung im einzelnen kann die Meinung geteilt sein; die Beigabe selbst ist sehr zu begrüßen, schon weil sie zum Kartenstudium allgemein und zur geographischen Betrachtung der Landschaft anregt.

Im einzelnen ist man allerdings öfter versucht, mit Fragezeichen seine Zweifel und Bedenken gegen die Auffassung Brauns am Rande zu markieren. Warum spricht er zum Beispiel von einer »germanischen« Kumpfebene? Müssen denn morphologische Namen ethnologischen Begriffen, mit denen sie nichts zu tun haben, entlehnt werden? Besonders viele Unklarheiten und schiefe Auffassungen finden sich auf dem Gebiet der Siedlungsgeographie, wenn auch Braun sich damit entschuldigen kann, daß er hier vielfach auf den Schultern anderer Autoren steht. Die Meißensche Karte der Dorfformen, die im Textband wiedergegeben wird, ist überholt. Runddörfer gibt es zum Beispiel auch in Friesland. »Straßendorf« ist eine ganz unglückselige Bezeichnung; die so klassifizierten Dörfer knüpfen nur zu einem geringen Teil an eine Straße als einen Verkehrsweg an; sie sind auch nichts typisch Slawisches, wie überhaupt bei Dorf- und Hausformen wirtschaftlich-kulturelle Gesichtspunkte mehr missprechen als nationalethnologische. Ferner werden unter »Straßendorf« mehrere Typen zusammengefaßt, die nicht zueinander gehören. Im Waldhufendorf reihen sich die Gehöfte nicht an der Straße, sondern dem Talwasserlauf oder einem Quellhorizont entlang. Unklarheiten finden wir auch bei der Schilderung der Anfänge Berlins. Zwei Dörfer sind der Kern der ältesten Stadt, Cölln und Berlin, und beide, nicht allein Cölln, lagen auf je einer Spreecinsel. Vor allem im Abschnitt Odenwald erscheinen Unrichtigkeiten besonders gehäuft. Das Literaturverzeichnis ist bis auf wenige Lücken (zum Beispiel fehlen die geologischen Führer durch die Mark Brandenburg von Menzel und Hücke, Ruška, Geologische Streifzüge in Heidelberg's Umgebung) sehr reichhaltig und ansprechend gegliedert.

Daß viele Druckfehler und Flüchtigkeitsfehler stehen geblieben sind, mag auf das Konto Kriegsdruckware geschrieben werden; darüber hinaus aber dürfte ein so wenig sorgfältiger Stil, wie ihn Braun sowohl wie Ule schreiben, in dergartigen Büchern nicht durchgehen; zum Beispiel stolpert man bei Ule in jeder zweiten Zeile über das stets sich wiederholende »auch«. Von Braun sei nur ein typischer Satz angeführt — ähnliche finden sich in jedem Abschnitt — (S. 76): »Dadurch konnte die innere Stadt ihren altertümlichen Charakter bewahren, der gerade den mit Toren noch gegen die Mottflau hin abgeschlossenen Gassen am Wasser trotz des in ihnen lebhaft pulsierenden Verkehrs am meisten eignet, aus denen sich wie ein felsiges Gebirge die Marienkirche erhebt....«

Die Ausstattung beider Werke ist gut. Die Abbildungen bei Ule sind recht charakteristisch und instruktiv ausgewählt.

G. g. Engelbert Graf.

Max Adler, Zwei Jahre. Weltkriegsbetrachtungen eines Sozialisten. Nürnberg 1916, Fränkische Verlagsanstalt und Buchdruckerei G. m. b. H. 88 Seiten. Preis 70 Pfennig.

Die kleine Schrift enthält eine Reihe von Aufsätzen, die im Laufe der ersten zwei Kriegsjahre in verschiedenen Zeitschriften erschienen sind und die gemeinsam eine umfassende Kritik der ethischen Verherrlichung des Krieges ergeben, wie sie zuerst von bürgerlichen Journalisten und Literaten vorgenommen wurde, bald aber auch bis tief in die Reihen der Sozialdemokratie hinein Anhänger gefunden hat. Sehr wirksam wird in den zehn Kapiteln des Büchleins auf die zahlreichen Mißverständnisse, Irrtümer, aber auch Unaufrichtigkeiten und Entstellungen hingewiesen, mit deren Hilfe allein es möglich ist, die furchtbare Verwüstung, die der Krieg im Denken und Fühlen eines sehr großen Teiles der Kulturmenscheit angerichtet hat, in einen allgemeinen »Seelenaufschwung« umzudeuten.

In dem Kapitel »Vom Märtyrertod« wird dargelegt, wie Taten erhabenster Selbstaufopferung stets aus solchen Ideen hervorgehen, die dem Heil der mensch-

lichen Gemeinschaft gelten. Mit der Vaterlandsliebe aber können solche Ideen nur in einer Gemeinschaft zusammenfallen, die noch nicht durch Klassegegensätze gespalten ist. Dort »vertritt die Idee des Vaterlandes ohne weiteres die Kulturwerte dieser Gemeinschaft selbst, also die Freiheit, die Selbständigkeit, das Recht aller. Ist diese ursprüngliche Solidarität durch die Klassenentwicklung verlorengegangen, so ist damit die moralische Idee des Staates, des Vaterlandes eigentlich gesprengt.« Die nun aufstrebende Klasse mag immerhin ihr Streben nach Freiheit und sozialer Gerechtigkeit noch als Vaterlandsliebe empfinden, in Wahrheit hat sie sich bereits vom historisch gegebenen Staat abgekehrt und sich ein über diesen hinausragendes Ziel gesetzt.

In dem Kapitel »Der Krieg ist der Vater aller Dinge« zeigt Adler, welche Verflachung der tiefe Gedanke Heraklits erst erfahren mußte, um zum Schlagwort der Kriegsanhänger zu werden. Ganz unvermittelt ist es den herrschenden Klassen zum Bewußtsein gekommen, wie verfault ihre Kultur bis zum Kriege war, was sie aber noch immer nicht begreifen, das ist, daß neben ihrer Langeweile und Selbstsucht sich die Welt des Proletariats entwickelt hat, erfüllt von großen Erwartungen und täglichen Triumphen des Geistes, eine Welt, in der auch die Durchschnittsbegabung täglich neue Sensationen erfuhr durch das Eindringen der Massen in die Wunder der Wissenschaft und in die Freuden der Kunst, und daß dort ein Gemeinschaftsbewußtsein empornwuchs, »das nicht erst des Krieges bedurfte, um sich als wirklicher Seelenaufschwung zu fühlen.«

Das Kapitel über den »Kriegssozialismus« enthält eine treffliche Polemik gegen die überschwenglichen Lobpreisungen der wirtschaftlichen Kriegsmassnahmen in Deutschland, wie sie insbesondere durch sehr namhafte österreichische Sozialdemokraten angestimmt worden sind. Mit Recht bezeichnet Adler alle jene notwendigen Vorkehrungen als »Schußbestimmungen des Kapitalismus gegen sich selbst, gegen die rücksichtslose Konsequenz seiner eigenen Prinzipien; sie sind kein Bruch mit ihnen, sondern nur Mittel ihrer Konservierung.«

Der vortrefflichste Teil der Schrift aber ist derjenige, in welchem der Verfasser das heiße Bemühen charakterisiert, mit dem deutsche Philosophen den öden Chauvinismus, dem sie selbst verfallen sind, als den Ausfluß erhabenster Weltbetrachtung zu glorifizieren streben. Das ist, wie Adler ausführt, »keine Philosophie des Krieges mehr, sondern Militarisierung der Philosophie«. Besonders wertvoll ist der in diesem Schlußkapitel enthaltene Nachweis, daß es einen Widerspruch zwischen Individualismus und Kollektivismus gar nicht gebe und daß die anti-individualistische Rechtfertigung des Krieges sich ebensowenig auf die Autorität von Kant, Fichte und Hegel als auf die des Sozialismus berufen darf. Th. Sch.

Dr. M. Vaerting, *Der Männermangel nach dem Kriege, seine Gefahren und seine Bekämpfung*. München 1917, Verlag der Ärztlichen Rundschau, Otto Smeltn. 84 Seiten. Preis 2 Mark.

Die angeführte, als 40. Heft der Schriftenreihe »Der Arzt als Erzieher« erschienene Arbeit scheint uns von hohem aktuellem Wert zu sein. Als Laie wollen wir nicht über die medizinischen Fragen und Hypothesen urteilen, die der Autor aufstellt, sondern bloß einige volkswirtschaftliche Gesichtspunkte hervorheben, die von ihm berührt werden. Er stellt fest, daß ein bedeutender Überschuß an Frauen eine Gefahr für die gesundheitsliche Entwicklung der kommenden Generationen bildet, daß nicht nur die Geburtenziffer abnimmt, sondern daß man auch qualitative Schädigungen in erheblichem Umfang befürchten müsse. So führt der Frauenüberschuß leichter zu Geschlechtskrankheiten, zur Verweiblichung und zur größeren Sterblichkeit der Männer, zur Abnahme der Knabengeburt, kurz birgt die Gefahr der Degeneration in sich. Nun wirkt jeder Krieg schon an und für sich stark im Widerspruch zum Gesetz der Auslese der Tüchtigsten, worauf schon Darwin

und Spencer sowie Haeckel in den ersten Auflagen seiner Schöpfungsgeschichte hingewiesen haben. »Er bedeutet eine umgekehrte Auslese der Tüchtigsten. Die gesündesten und kräftigsten Männer fallen dem Kriegstod zum Opfer, die kränklichen, schwächlichen und mit Konstitutionsfehlern behafteten bleiben am Leben als Väter der kommenden Generation. Zudem werden viele der heimkehrenden Krieger durch den jahrelangen aufreibenden Frontdienst eine erhebliche Verschlechterung ihrer Gesundheit erfahren haben. Ferner bringt jeder Krieg eine Steigerung der venerischen Krankheiten mit sich. Alle diese Wirkungen des Krieges begünstigen in hohem Maße die Degeneration der nach dem Kriege geborenen Geschlechter.«

Um dieser drohenden Gefahr entgegenzuwirken, schlägt Vaerting eine Reihe von Mitteln vor, darunter: Aufhebung oder starke Beschränkung der Militärdienstzeit der Männer, Abschaffung der Prostitution, Abänderung des bestehenden Heiratsalters (Vaerting befürwortet nämlich die Heirat von älteren Frauen durch um ein bis zehn Jahre jüngere Männer). Er wendet sich dann gegen die Überlastung der Männer mit Arbeit und trifft für das Verbot, mindestens eine starke Einschränkung des Alkoholgenusses ein. Er fordert den »Vaterschutz« und kommt vielfach aus hygienischen Erwägungen heraus zur Verurteilung der bestehenden kapitalistischen Verhältnisse, wenn er auch selbst die Heilung nicht in einer radikalen Umwälzung der Verhältnisse, sondern in verschiedenen Reformen sucht. So stellt er die himmelschreiende Tatsache fest, daß der Arbeiter der Schwerindustrie schon mit 35 Jahren zum Invaliden wird, und fordert die größere Heranziehung der Frau zur Entlastung des Mannes. Vor allem muß der Arbeitstag aber auf das Mindestmaß beschränkt werden! Niemand soll mehr als acht Stunden arbeiten dürfen!

Auf jeden Fall ist diese Arbeit recht beachtenswert, besonders für Sozialhygieniker. Sp.

Die Rohstoffe des Wirtschaftsgebiets zwischen Nordsee und Persischem Golf. Herausgegeben von Professor Dr. A. Binz. 2. Teil: Waldbestände und Wasserkräfte. Von A. Binz, A. Leppa und A. Schwappach. 63 Seiten und 1 Karte. Braunschweig 1917, Verlag von Vieweg & Sohn. Preis gebunden 3 Mark.

Die vorliegende Broschüre bildet die Fortsetzung der Serie von Büchern, die über die Rohstoffe des Wirtschaftsgebiets zwischen Nordsee und Persischem Golf unterrichten sollen und deren erster Band schon früher an dieser Stelle (XXXV, 1, S. 56) besprochen worden ist. Die Broschüre gliedert sich in drei Teile: Waldbestände, Die Bedeutung der Waldbestände für chemische und verwandte Industriezweige, Wasserkräfte. Im Abschnitt »Waldbestände« ist namentlich der Abschnitt über Deutschland von Interesse: beinahe 30 Prozent des Holzverbrauchs in Deutschland werden durch die Einfuhr aus dem Ausland gedeckt. Von der Einfuhr stammt mehr als die Hälfte aus Rußland und mehr als ein Viertel aus Österreich-Ungarn. Früher stand Österreich-Ungarn als Holzlieferant an erster Stelle. Eine zusammenfassende Betrachtung des sachkundigen Verfassers ergibt, daß Deutschland auch fernerhin in der Hauptsache auf den Bezug russischen Holzes angewiesen sein wird. Bald werden fast zwei Drittel des in Deutschland verbrauchten fremden Holzes aus Rußland bezogen werden müssen, wofür auch die günstigsten Verbindungen auf dem Land- und Wasserweg bestehen. Verfasser hält es für nötig, daß rechtzeitig Maßregeln zur Sicherung der ungeföhrten Entwicklung des Holzhandels rechtzeitig ergriffen werden. Er hat dabei namentlich die Herbeiföhrung guter wirtschaftlicher Beziehungen zu Rußland im Auge. Lipschütz.

Die Neue Zeit

Wochenschrift der Deutschen Sozialdemokratie

2. Band Nr. 8

Ausgegeben am 25. Mai 1917

35. Jahrgang

Nachdruck der Artikel nur mit Quellenangabe gestattet

Georg Herwegh.

Jur hundertsten Wiederkehr seines Geburtstags.

Von Heinrich Ströbel.

Ein eigentümliches Dichterschicksal ist es, das sich mit dem Namen Herwegh verbindet. Kaum je war einem Dichter mit seinem Erstlingswerk ein so glänzender Erfolg beschieden, kaum einer hat je mit einem Schlage eine so ungeheure Popularität erlangt; aber auch kein Dichter ist so rasch wieder in Vergessenheit untergetaucht wie der umjubelte Verfasser der »Gedichte eines Lebendigen«.

Herweghs Erfolg wie sein späteres Verschollensein haben ihre unschwer erkennbaren Ursachen. Es ist leicht erklärlich, daß der Dichter gewaltiges Aufsehen mit seiner ersten Publikation erregte, einer Sammlung von streifbaren Zeit- und Staatsgedichten. »Herwegh, du eiserne Lerche, mit klirrendem Jubel steigst du empor«, apostrophierte ihn Heine. Schon rein ästhetisch mußte die Form der Gedichte blenden. Herwegh war vierundzwanzig Jahre alt, als, im Sommer 1841, die »Gedichte eines Lebendigen« in Zürich erschienen. Es handelte sich, da die veröffentlichten Gedichte meist 1840 und 1841 entstanden waren, um die Verse eines Drei- und Vierundzwanzigjährigen. In Anbetracht der Jugend des Verfassers mußten die Gedichte nicht nur durch ihre ungewöhnliche Formvollendung, sondern mehr noch durch ihre in sich völlig abgeschlossene Eigenart verblüffen.

Schon der künstlerische Eindruck mußte außerordentlich stark sein, und daß er es war, beweisen zur Genüge die respektvollen Urteile der sonst ja nicht immer beifallsfreudigen Kunstgenossenschaft. Freilich hätten die künstlerischen Vorzüge seiner Verse Herwegh nimmermehr eine so große Gemeinde leidenschaftlicher Verehrer gewonnen, wenn sie nicht auch in Stoff und Inhalt von der Zeitströmung getragen gewesen wären. Es waren Zeitgedichte der ausgeprägtesten Art, Trug- und Kampfgedichte von schneidender Tendenz und lodern dem Temperament, die keck und schneidig und mit hinreißendem Schwung das Empfinden des ganzen oppositionellen Bürgertums — und wer empfand im Bürgertum damals nicht oppositionell! — in rhythmische Form gossen.

Aber die Woge der Volksgunst, die Herwegh so hoch emporgehoben, ließ ihn nach wenigen Jahren gestrandet am Ufer zurück, als die revolutionäre Massenstimmung der Nation vertauscht war und die ernüchterten Spießer sich unter dem Drucke der siegreichen Reaktion duckten. Vollends aber, als das Bürgertum sich mit Junkertum und Pickelhaube auszuföhnen begann und allen weltbürgerlichen Freiheits träumen entsagte, um ganz in nationallistischem Selbstgefühl und bourgeoisem Geschäftemachen die Erfüllung seiner

Ideale zu empfinden. Herwegh wurde damit für das Bürgertum zu einer verschollenen Erinnerung und, soweit man seiner überhaupt noch einmal gedachte, zum lästigen Zeugen einer unbequemen und mitleidig belächelten Jugendeselei.

Aber nicht nur im Bewußtsein der Nation — ausgenommen gewisse sozialistische Arbeiterschichten — war der »Lebendige« von 1841 zu einem schaffenhaften Schemen verblaßt, auch den literarisch interessierten Kreisen sagte sein Name nur noch sehr wenig. Als Dichter der Revolution war er in den Hintergrund gedrängt worden durch den vulkanischeren, flammenderen Freiligrath, den er einst als den Sänger verspottet, »den Bediente Bruder nennen«. Aber seine allgemeinen Freiheitshymnen und seine politischen Spottverse aus den vierziger Jahren aber war der Dichter, trotzdem er ein Alter von 58 Jahren erreichte, später in Ton und Inhalt nicht mehr hinausgekommen. Seine »Neuen Gedichte«, die — nach einer Schweigenspause von mehr denn dreißig Jahren — im Jahre 1877 erschienen, bereicherten seine dichterische Wesensart nicht um einen Zug. Es ist eine Art psychologischen Rätsels, daß ein Dichter von dem unzweifelhaft hohen Range Herweghs, ein Poet von einer so leicht quellenden Produktivität, wie sie die erstaunlich flott hingeworfenen »Gedichte eines Lebendigen« bekunden, ein ganzes langes Menschenalter hindurch unfruchtbar geblieben ist. Vielleicht daß uns die Veranlagung Herweghs und seine besonderen Lebensschicksale eine gewisse Erklärung dieser befremdenden Erscheinung liefern.

* * *

Herwegh wurde am 31. Mai 1817 in Stuttgart in kleinbürgerlichem Milieu, als Sohn eines Gastwirts geboren. Der Vater war eine sehr erregbare Natur, so daß die Ehe der Eltern geschieden wurde, als Georg fünfzehn Jahre zählte. Leichte Erregbarkeit, die sich mit dem Hang zu träumerischer Apathie paarte, war auch das Erbteil des Sohnes geworden, der nach dem Zeugnis seiner Mutter »bleich, schlank, leicht erregbar und von äußerst zarter Gesundheit« gewesen sein, viel Natur- und Tierliebe geäußert und leidenschaftlich gern gelesen haben soll. Nie sei er unbeschäftigt gewesen, aber stundenlang habe er, nur mit seinen Gedanken beschäftigt, still in einer Ecke sitzen können. Es scheint, als ob in diesem Falle das Kind wirklich der Vater des Mannes gewesen sei. Als Dreizehnjähriger wurde Herwegh von einer Nervenkrankheit befallen, die als »Veitstanz« angesprochen und von den Ärzten nach der Methode des Mesmerismus erfolgreich behandelt wurde. Spuren der Krankheit zeigten sich noch in seiner Studentenzeit.

Nach dem Besuch des Stuttgarter Gymnasiums und des Maulbronner Klosterseminars trat Herwegh im Herbst 1835 als Theologiebesessener in das berühmte Tübinger »Stift« ein. Der Gottesgelahrtheit hatte er sich nicht aus innerem Beruf, sondern als folgsamer Sohn seiner mittellosen Mutter ergeben. Auch geriet er, der das »Leben Jesu« von David Friedrich Strauß und die konfiszierlichen Publikationen des »Jungen Deutschland« gierig verschlang, gar bald in den Geruch gefährlicher Auffässigkeit. Offene Auflehnung gegen die Disziplin zog ihm denn auch, ehe sich noch ein Jahr vollendet hatte, Karzerstrafe und Relegation zu. Herwegh wechselte nun von der Theologie zu der Jurisferei hinüber; aber bald sagte er auch den Pan-

dekten Vales, um sich ganz der Literatur und Poeterei in die Arme zu werfen, die es schon dem Pennäler angetan hatte.

Vom März 1837 ab finden wir den erst Zwanzigjährigen als freien Literaten in Stuttgart, wo er unter dem Protektorat August Lewalds Redaktionsarbeiten für dessen Zeitschrift »Europa« lieferte, binnen Jahresfrist fünf Bände Lamartine übersehte und eine Menge eigener Verse produzierte. Doch auch hier war seines Bleibens nicht lange: ein paar fragikomische Konflikte mit Militärbehörde und Offizieren bedrohten ihn mit der Strafe des Militärdienstes, der er sich durch schleunige Flucht über die Schweizer Grenze entzog.

Im Schweizer Exil, im Verkehr mit den liberal-demokratischen Kreisen, die sich in Zürich zusammengefunden hatten, den Wirth, Follen, Scherr, Julius Froebel, Oken, Henle, entstanden in einem Rausche jugendlich-ungefüßten Freiheitsdranges jene Gedichte, die dann im Jahre 1841 auf Follens Anregung in Froebels Verlag erschienen. Sie hatten einen beispiellosen Erfolg, literarisch wie buchhändlerisch, und aus dem schwächlichen, schwarzlockigen jungen Menschen war über Nacht eine Berühmtheit und ein gefeierter Nationalheld geworden. Die Auflagen des Gedichtbandes folgten einander schnell; 1843 erschien bereits die sechste, und von jeder einzelnen Auflage sollen bis zu 6000 Exemplare gedruckt worden sein. Sehr ansehnliche Honorare befreiten den jungen Poeten von allen Nahrungsvorgen, sollen ihn jedoch auch, der ohnehin alles, was man im gemeinen Leben Existenz nennt, mehr als en bagatelle behandelte, gelegentlich zu sybaritischer Uppigkeit verleitet haben. Namentlich soll er, wie ihm der gern spießherhaft nörgelnde Keller-Biograph Baechtold nachredet, »bloß Champagner« getrunken haben, da ihm dies Getränk »zukomme«. Welcher Kern von Wahrheit diesem Anekdotchen zugrunde gelegen haben mag, soll ebenso dahingestellt bleiben wie die Glaubwürdigkeit jener anderen Gerüchte, wonach Herwegh später, in seiner Pariser Zeit, ein sturherhafter Beck und raffinierter Lebemann gewesen sein soll. Ein Philister ist Herwegh sicherlich nie gewesen, und Askese irgendwelcher Art mag nie zu seinen hervorstechendsten Eigenschaften gehört haben. Aber die Tatsache, daß er nicht nur die unveränderte Zuneigung und Wertschätzung seiner geistig hochstehenden Frau, sondern auch die beständige Freundschaft so vieler bedeutender und charaktervoller Männer genoß, genügt schon allein, um diesen Klatsch abzutun.

* * *

Die »Gedichte eines Lebendigen«, deren zweiter, durchaus wesensverwandter Teil erst zwei Jahre später erschien, aber hier gleich mitberücksichtigt werden soll, wurden allgemein als die Leistung einer außergewöhnlichen, originellen Begabung begrüßt. Politische Tendenzgedichte dieser Art waren an sich keineswegs etwas Neues. Anastasius Grün's »Spaziergänge eines Wiener Poeten« und »Schutt« und Karl Beck's »Gepanzerte Lieder« hatten bereits im vorhergehenden Jahrzehnt freiheitliche und selbst revolutionäre Töne angeschlagen, und Heines »Zeitgedichte«, die ihren rücksichtslosen Spott über alles Verzopfte und Vermoderte ausgoßen, waren erst ein Jahr vor Herweghs Buch erschienen. Wenn es dennoch wie eine Sensation wirkte, so lag das an dem jugendlichen Feuer dieser Gedichte, an dem hinreißenden

Schwung ihres Pathos, an ihrer glanzvollen Rhetorik, kurz an den reichen und packenden dichterischen Mitteln, die hier in den Dienst schärfster demokratischer Opposition gestellt worden waren. Denn auch das war ein Merkmal dieser Gedichte, daß sie nicht nur nebenbei, neben anderen Göttern, auch der Freiheit opferten, sondern daß der quellende Weihrauch dieses Opfers nur vom Altar der Freiheit dampfte. Junge Poeten sangen sonst von Lenz und Liebe, von ihren persönlichen Freuden und Schmerzen; dieser Vierundzwanzigjährige jedoch schritt einher wie ein junger Kriegsgott, vom Scheitel bis zur Sohle in lichtiges Erz geschient, ein Troubadour der Freiheit. Und gerade die Gedichte, wie »Leicht Gepäck« und »Reiterlied«, in denen der jugendliche Ritter der Liebe, die ihn dem ernstesten Dienst der Freiheit abspenstig machen will, getrost den Laufpaß gibt, oder die »Reiterlust« besingt, »am frühen Tag zu sterben«, haben gar nichts Affektiertes und Gekünsteltes, klingen vielmehr echt wie die Romanzen eines Bertrand de Born, der sich auf die Führung der Klinge ebenso trefflich verstand wie auf das Saitenspiel. Was, wenn man Herweghs dichterisches Werk als Gesamtes betrachtet, als Einseitigkeit und seltsame Beschränktheit dieses starken Talents auffällt: die Konzentrierung ungewöhnlicher poetischer Gestaltungskraft auf das politische Zeit- und Kampfgedicht, erscheint bei dieser am Tage geborenen und für den Tag bestimmten Sammlung als Vorzug, als Steigerung der aktuellen publizistischen Wirkung.

Man hat Herweghs Pathos mit dem seines Landsmannes Schiller verglichen. In der Tat ist Herweghs Sprache der Schillers in ihrem rhythmischen Schwung und ihrer leuchtenden Bilderpracht nicht unebenbürtig. Und gleich dem Dichter des »Spaziergangs« und der »Ideale« glänzt Herwegh als Gedankendichter, der sich, wie er selbst einmal äußert, im Abstrakten riesig wohl fühlte und das Gedankliche brillant in Bildern und Gleichnissen auszudrücken verstand. Und während er als Pathetiker zugleich eine gewisse Beeinflussung durch den von ihm verdeutschten Lamartine verriet, läßt die saubere Politur, die Marmorglätte und zuweilen selbst Marmorkühle seiner Strophen auch das Vorbild Platens nicht verkennen, den Herwegh, übrigens ebenso wie Lassalle, außerordentlich schätzte. Die Platensche Kälte war freilich mannigfach gemildert durch die an Heine geschärfte Satire und durch Anklänge an die volkstümliche Chansonniereise des gleichfalls geliebten Béranger.

Mit alledem soll aber keineswegs auch nur angedeutet sein, daß Herwegh gleich einem Star virtuos allerhand fremde Weisen zu pfeifen verstanden habe. Nein: in der Literatur steht jeder Dichter auf den Schultern der anderen, ohne darum schon den Anspruch auf Selbständigkeit zu verlieren, und bei Herwegh im besonderen hatten sich alle die assimilierten Stoffe schlackenlos zu einem neuen glänzenden Edelmetall verschmolzen.

* * *

Herweghs literarischer Erstling schlug überall zündend ein. In einem Aufsatz »Biographisches« erzählt Gottfried Keller, wie er selbst durch Herweghs Gedichte zum lyrischen Schaffen angeregt wurde: »Eines Morgens, da ich im Bette lag, schlug ich den ersten Band der Gedichte Herweghs auf und las. Der neue Klang ergriff mich wie ein Trompetenstoß, der plötzlich ein

weites Lager von Heerölkern aufweckt.« Wie das Schmettern einer Tuba scheuchten die Strophen des »Lebendigen« überall die Geister auf. Ruge begrüßte sie enthusiastisch in den »Deutschen Jahrbüchern«. Auch sonst wurden sie in der liberalen Presse mit Jubel aufgenommen. Nur Fr. Theodor Vischer widmete ihnen eine scharfe Kritik, in der er die höchst einseitige These verfocht, daß für die politische Dichtung nur die Satire die poetisch berechnete Form sei. Daß es Herwegh nicht an satirischer Kraft fehlte, bekundeten ausgiebig genug die stachligen Spottverse des zweiten Teils der Gedichte eines Lebendigen; daß aber auch flammende Begeisterung, zürnende Anklage und hinreißendes Ethos »berechnete« dichterische Mittel waren, bewies der ungeheure Eindruck, den gerade die Gedichte dieses Genres auf ästhetische Kenner wie bloße Liebhaber, auf Intellektuelle wie die breiten Bürgerschichten hervorbrachten. Die Stärke dieses Eindruckes bestätigte auch das mißtönige Echo der reaktionären Blätter, die bei alledem die Begabung des Revolutionsdichters nicht herabzusetzen wagten.

* * *

Der Ruf, den Herwegh mit seinen Gedichten erworben, veranlaßte Froebel, ihm die Redaktion des »Deutschen Boten aus der Schweiz« zu übertragen, der zugleich in eine allgemeine deutsche Monatschrift umgewandelt werden sollte. Um für das Blatt Mitarbeiter und Abonnenten zu werben, wurde die junge Berühmtheit auf eine Reise nach Deutschland geschickt, die ihm zunächst ganze Fuder Lorbeeren und zuletzt eine Ladung fauler Äpfel eintrug.

In Jena, Leipzig, Dresden, Köln, Halle, Berlin, überall wurde der Dichter von Literaten und liberalen Politikern wie ein Triumphator eingeholt und gefeiert. Überall machte er neue Bekanntschaften: mit Prutz und Laube, Robert Blum und Alfred Meißner, mit Ruge und Bakunin und manchem anderen. In Berlin machte er eine besondere Eroberung. In einer begeisterten Verehrerin seiner Dichtung und leidenschaftlichen demokratischen Parteigängerin, der ihm gleichalterigen Tochter des Kaufmanns Siegmund, eines reichen Seidenhändlers, lernte er seine spätere Frau kennen, die ihm in allen Lebenslagen die feurigste Anhängerin und treueste Gefährtin geblieben ist.

Aber noch eine andere, in ihren Folgen minder angenehme Begegnung hatte Herwegh in Berlin, die berühmte, vielverspottete Audienz bei dem König Friedrich Wilhelm IV. Die Lesarten darüber, von wem die Idee dieser famosen Zusammenkunft ausgegangen, gehen weit auseinander. Aber gleichviel, ob Herwegh selbst, ob der König oder ob dessen Leibmedikus der Anreger gewesen: die Idee war jedenfalls eine höchst unglückliche, und die Szene, in der sich König Philipp und Marquis Posa begegneten, scheint keines der Beteiligten würdig gewesen zu sein. Der geistreiche Träger der Krone scheint die Gelegenheit zum Abbrennen einiger wohlpräparierter Bonmots benützt zu haben, während Herwegh weder besonders viel noch besonders glücklich zu Wort gekommen zu sein scheint. Es war eine Posse, die sich der Dichter sicherlich geschenkt haben würde, wenn er nicht eben erst fünf- undzwanzig Jahre alt, noch ein wenig grün und durch den Wehrauchqualm auch ein wenig benebelt gewesen wäre. Zudem hatte die Komödie noch ein tragikomisches Nachspiel. Allerhand Journalistengefratsche über das weif-

erschütternde Ereignis veranlaßte zunächst offiziöse Bosheiten gegen Herwegh, bald auch das ministerielle Verbot einer neuen, noch gar nicht erschienenen Zeitschrift. Darob wieder erbittert, richtete Herwegh von Königsberg aus einen selbstbewußten Brief an den König, dessen Inhalt durch handschriftliche Verbreitung bekannt wurde. Dieser antwortete seinerseits mit einem Ausweisungsbefehl. Herwegh mußte nun schleunigst den preußischen Staub von den Stiefeln schütteln; aber den Spott, der ihn in Vers und Prosa gleich einem Hornissenschwarm verfolgte, vermochte er nicht so leicht abzuschütteln. Freiligrath, der damals noch im anderen Lager stand, rief ihm spöttisch zu:

Du frohiger Diktator,
Wie bald zerbrach der Stab!
Dahin der Agitator
Und übrig nur — der Schwab.

Und Heine ließ ihn beim Abschied von Berlin seufzen:

Aranjuez, in deinem Sand,
Wie schnell die schönen Tage schwanden,
Wo ich vor König Philipp stand
Und seinen uckermärkischen Branden.

Er hat mir Beifall zugenickt,
Als ich gespielt den Marquis Posa;
In Versen hab' ich ihn entzückt,
Doch ihm gefiel nicht meine Prosa.

* * *

Und noch einmal heftete sich nicht nur Spott, sondern mehr noch giftiger Hohn an eine Lebensepisode Herweghs. Es war im April 1848, als der Dichter mit der »deutschen demokratischen Legion« von Paris aus in Baden einrückte, um den revolutionären Truppen zu Hilfe zu kommen. Aber die Korps Heckers und Struves waren bereits geschlagen, und die noch sechs- bis siebenhundert Mann starke Legion wurde von Bundestruppen umzingelt, so daß ihr nach anfänglicher tapferer Gegenwehr nur die Flucht über den Rhein übrigblieb. Herwegh, der übrigens gar nicht zu den militärischen Leitern der Legion gehört hatte, auf den trotzdem jedoch ein Preis von 4000 Gulden gesetzt war, entkam als ländlicher Tagelöhner verkleidet mit seiner Frau über die Schweizer Grenze. Da die Flucht vor der Übermacht an sich nicht im mindesten schimpflich war, erfanden die reaktionären Widersacher des Dichters das Märchen, Herwegh sei auf einem von seiner Frau kutschierten Wagen geflüchtet, unter dessen Spritzleder er sich verkrochen gehabt habe. Die Legende ist schon bald nach ihrer ersten Verbreitung zerstört worden, hat sich aber bis über den Tod Herweghs hinaus erhalten. Es ist ja eine alte und, wie wir erst neuestens wieder erlebt haben, ewig neue Methode, verhaßte Gegner, denen man sonst nichts anhaben kann, wenigstens durch schäbige Verleumdungen zu meucheln.

* * *

Mit dem Jahre 1848 endete der Anteil Herweghs an den politischen Ereignissen, wie seine poetische Mission im wesentlichen bereits mit dem Jahre 1843, dem Jahre des Erscheinens des zweiten Teils seiner »Gedichte eines

Lebendigen«, abgeschlossen war. Von da ab verstummte der Dichter für die Öffentlichkeit mehr denn drei Jahrzehnte lang. Erst 34 Jahre später, 1877, erschienen seine »Neuen Gedichte«, zwei Jahre nach seinem Tode. Dieser dritte und letzte Gedichtband bestand aus einer Sammlung vorwiegend satirischer Verse, deren Entstehung sich über die verfloffenen drei Jahrzehnte erstreckte. Eine Sterilität, die in der Literaturgeschichte kaum ihresgleichen hat.

Und solche Unfruchtbarkeit bei einem Dichter, der selbst, in der prachtvollen Totenklage auf Georg Büchner, die in ihren pompösen Rhythmen und ihrer süßen Schwermut dahinflutet wie ein heroischer Trauermarsch, den qualvollen Schöpferdrang des Dichters so ergreifend geschildert hatte:

Der Todesstunde Qual sind jene Schemen,
Die wir mit uns in unsre Grube nehmen,
Die Geister, die am Sterbebette stehn
Und uns um Leben und Gestaltung flehn,
Die schon die junge Morgenröte wiffern
Und ihrem Werden bang entgegenziffern,
Des Dichters Qual die ungeborne Welt,
Der Keim, der mit der reifen Garbe fällt.

Man denkt an das stille Brüten des Knaben Herwegh, wenn man nach einer Erklärung dieses Rätsels sucht. Vielleicht auch war es das Verhängnis des Dichters, daß ihm durch seine Heirat, die ihm eine Jahresrente von 6000 Talern zubrachte, auf lange Zeit eine sorg- und reibungslose Existenz gesichert war, die eine Erschlaffung für Naturen bedeutet, die nur der Stachel äußeren Zwanges aus melancholischer Selbstbeschaulichkeit aufzuschrecken vermag.

Daß Herwegh bei alledem nicht tragem geistigen Dahinvegetieren erlag, versteht sich von selbst. Sein Betätigungsstrieb fand Nahrung in wissenschaftlichen Studien, namentlich naturwissenschaftlichen Beobachtungen, denen er sich, nach dem Zeugnis Karl Vogts, des jahrelangen Genossen dieser Studien, mit ausdauerndem Eifer hingab. Franz Liszt schildert im Jahre 1853 seiner Freundin, der Fürstin Sagn-Wittgenstein, wie er Herwegh in eine Masse naturwissenschaftlicher Werke vergraben angetroffen hat. Richard Wagner berichtet Ähnliches, und Molesehott urteilt höchst günstig über die umfassende Bildung, die Herwegh durch fortgesetzte Studien erworben hatte: »Er war auf jedem Gebiet des Wissens zu Hause, frei von Fachschränken, die für so viele ein Scheuleder sind. . . . Bei Herwegh hatte jene allgemeine Bildung nicht zu Oberflächlichkeit, wohl aber zum Ebenmaß, zum Ineinanderklingen von Kunst und Wissenschaft geführt!«

* * *

Auch Ferdinand Lassalle hielt große Stücke auf Herwegh. Er hatte ihn bereits in den vierziger Jahren durch Heine in Paris kennengelernt und dann 1860 in Zürich die Bekanntschaft erneuert. Gar zu gern hätte er den Dichter aus seinem unproduktiven Privatizierern herausgerissen und als poetischen und journalistischen Bundesgenossen für die proletarische Arbeiterbewegung gewonnen. In vertrauter Stunde hatte er ihm das Ehrenwort abgenommen, baldigst seine zerstreuten Gedichte zu sammeln und herauszu-

geben. Aber auch noch andere, intensive Tätigkeit empfahl er dringend dem Freunde: »Sie haben sich große Bildung erworben und besitzen eine glänzende Feder. Allein um große theoretische Werke zu produzieren, dazu fehlt Ihnen, mein Freund, so vollständig Sie auch die Bildung besitzen, doch gänzlich die Geduld. Immer ins Allgemeine hinein zu dichten, das geht in einer Zeit wie die unsrige auch nicht, und ich begreife in dieser Hinsicht recht gut Ihr langes Schweigen, wenn ich auch fortfahre, Sie dringend um Veröffentlichung Ihres Bandes Gedichte zu bitten. Wäre nun, da nun schlechterdings Tätigkeit das einzige Mittel ist, Sie aus dieser Stimmung herauszurütteln, nicht vielleicht gerade eine agitatorische Tätigkeit ... das ganz indizierte Mittel zu jenem psychologischen Heilzweck? ... Oder was meinen Sie zu folgendem Gedanken: Dringender als je wäre für Deutschland wieder ein Buch nötig wie Börnes 'Briefe aus Paris'. Sie würden dasselbe mit gleich glänzender Feder und aus einer tieferen Bildung heraus schreiben. Die Wirkung müßte eine ungeheure sein! ...«

Leider gelang es auch Lassalles rücksichtslosem Drängen nicht, Herwegh aus seiner Apathie aufzurütteln, obwohl dieser sich jetzt auch materiell in keineswegs beneidenswerter Lage befand. Dennoch wußte er durch unablässigen Druck und stetiges Mahnen Herwegh wenigstens zur Bestellung eines poetischen »Hilfskorps« zu bewegen, zur Abfassung des Bundeslieds für den Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein, des bekannten »Vet' und arbeit! ruft die Welt«. Obwohl sich das Gedicht an ein Vorbild Shelleys anlehnte, durfte sich Lassalle mit Recht für das »wahrhaft vortreffliche« Gedicht Herweghs bedanken, für dessen Verbreitung unter der Arbeiterschaft er sein möglichstes tat, das er persönlich deklamierte, ja sogar einmal nach der Komposition Hans v. Bülow's in einer Versammlung vorgelesen haben soll.

Lassalles jäher Tod im folgenden Jahre zerschnitt vollends die leichten Fäden, die sich zwischen Herwegh und dem organisierten deutschen Proletariat angesponnen hatten. Für eine praktische politische Betätigung im Sinne des modernen Sozialismus fehlten dem Dichter trotz aller ausgesprochenen Sympathien für Proletariat, Demokratie und Kommunismus alle notwendigen Eigenschaften.

* * *

Die »Neuen Gedichte« erschienen erst, als sich bereits seit Jahren der Hügel über Herweghs Grab wölbte. Sie begegneten nicht wie die in den vierziger Jahren herausgekommenen ersten Bände dem Beifall eines ganzen Volkes, sondern nur der Teilnahme der sozialistischen Arbeiterschaft; in literarischen und bürgerlichen Kreisen erregten sie fast nur Achselzucken und nationalistisches Naserümpfen. Die beißende Kritik, die Herwegh als verstärkender Chronist an den Ereignissen der Zeit übte, selbst an den »glorreichsten« Errungenschaften des gepriesenen, im Milliardensegel und in kapitalistischen Gewinnen schwelgenden Zeitalters von Blut und Eisen oder richtiger von Blut und Gold, empfand man als unbegreifliche Verbohrtheit, als verstockte Nörgelei eines völlig eingerosteten altmodischen Kopfes. Namentlich spöttelte man siegesicher der düsteren Prophezeiungen, etwa der Art, wie sie das aus dem Februar 1871 stammende Gedicht »Der schlimmste Feind« enthielt:

Das Blut von Wörth, das Blut von Spichern,
 Von Mars-la-Tour und Gravelotte,
 Einheit und Freiheit sollt' es sichern —
 Einheit und Freiheit? Großer Gott!

Ein Amboß unter einem Hammer
 Geeinigt wird All-Deutschland stehn;
 Dem Rausche folgt ein Ragenjammer,
 Daß euch die Augen übergehn....

Vielleicht wird eine spätere Zeit über Herweghs Prophetengabe dennoch einmal anders urteilen.

Die Befreiung der Nationen.

Von K. Kautsky.

(Fortsetzung.)

2. Die primitive Demokratie.

Die Sozialdemokratie muß als internationale und demokratische Partei stets für das Recht der Völker auf Selbstbestimmung eintreten. Aber wie die Sozialdemokratie selbst das Produkt besonderer historischer Bedingungen ist und dort nicht aufkommen kann, wo jene Bedingungen fehlen — die kapitalistischen Produktionsverhältnisse —, so ist auch die Selbstbestimmung der Völker an bestimmte historische Bedingungen geknüpft. Sie bedeutet bei verschiedenen Völkern und innerhalb des gleichen Volkes zu verschiedenen Zeiten etwas sehr Verschiedenes.

Wenn man daher dagegen auftritt, bei der Anwendung des Selbstbestimmungsrechts alle Völker über einen Kamm zu scheren, so ist das wohl berechtigt. Nicht berechtigt aber ist es, dieses Argument uns entgegenzuhalten, da gerade wir diese Schablonenhaftigkeit stets bekämpft haben.

Seit meiner Schrift über den »Parlamentarismus und die Sozialdemokratie«, die in erster Auflage 1893 erschien, habe ich immer wieder auf den Unterschied zwischen moderner und primitiver Demokratie hingewiesen. Er ist für das Verständnis der Form, die die Selbstbestimmung der Völker unter bestimmten historischen Bedingungen annehmen kann, von grundlegender Bedeutung, also auch von größter Wichtigkeit für das Friedensprogramm der Sozialdemokratie. Darum sei er hier nochmals kurz skizziert, ehe wir weiter gehen. Den Leser, der sich mit dem Gegenstand näher beschäftigen will, verweise ich neben der genannten Schrift auf meine Abhandlung über »Nationalität und Internationalität« (Ergänzungsheft zur Neuen Zeit, Nr. 1, 1908).

Der Mensch ist von Natur aus nicht nur ein soziales, sondern auch ein demokratisches Wesen oder vielmehr, der Drang nach demokratischer Betätigung ist eine der Seiten seines sozialen Wesens, das er von seinen tierischen Vorfahren übernommen hat.

Die Existenz, das Gedeihen jedes einzelnen hängt von der Existenz, dem Gedeihen der Gesellschaft ab, in der er lebt. Jeder einzelne hat daher das größte Interesse an den gesellschaftlichen Angelegenheiten, sie beschäftigen ihn, er sucht auf sie einzuwirken. Dabei sind ursprünglich die einzelnen — wenigstens des gleichen Geschlechts und der gleichen Altersstufen — einander so gut wie völlig gleich. Wohl gibt es natürliche Unterschiede der In-

dividuen, die einen sind stärker oder klüger als die anderen und haben dadurch einen größeren Einfluß in der Gesellschaft. Aber diese Unterschiede bewegen sich doch unter primitiven Verhältnissen in sehr engen Grenzen. Alle leben unter den gleichen Bedingungen, Produktionsmittel und Waffen sind einfach und von jedem zu erlangen oder herzustellen, keiner kann ein Wissen erwerben, das den anderen dauernd verborgen bliebe, keiner vermag sich andere dienstbar zu machen und seine eigenen Kräfte durch die ihren zu verstärken. Wie hoch das Ansehen des einzelnen durch seine persönlichen Leistungen in der Gesellschaft steigen mag, er bleibt doch immer abhängig von der Gesamtheit, sie ist weit stärker als er, keiner vermag sie zu beherrschen, jeder muß ihr dienen, die Gesamtheit bleibt die höchste Instanz. Sie macht sich geltend in der Versammlung der Gesamtheit, die mindestens alle erwachsenen Männer umfaßt.

Diese urwüchsigste Demokratie erhält sich während des weitaus größten Teiles der bisherigen Geschichte der Menschheit, bis zur Gewinnung der Sehhaftigkeit, der Entwicklung des Ackerbaues, dem Entstehen der Städte. Die Markgenossenschaften und die Dorfgemeinden wie die städtischen Gemeinden sind ursprünglich demokratisch organisiert.

Diese Demokratie beruhte auf dem mündlichen Verfahren. Alle öffentlichen Angelegenheiten wurden nur mündlich erörtert, die Wahlen durch Zuruf vollzogen, Gesetz und Recht sowie Geschichte des Gemeinwesens mündlich überliefert, alle Nachrichten, die für die Öffentlichkeit von Belang sein konnten, mündlich weitergegeben.

Diese Ausschließlichkeit des mündlichen Verfahrens entsprang der Einfachheit eines sich nicht wesentlich verändernden Produktionsprozesses, der geringe Kenntnisse voraussetzte, die durch Beispiel und mündliche Belehrung vom Vater auf den Sohn, von der Mutter auf die Tochter überliefert wurden, ohne sich seit Menschengedenken zu ändern. Sie entsprang der Beschränktheit der ökonomischen Beziehungen, die sich in engem Kreise vollzogen, so daß sie alle durch persönliche Besprechung zu erledigen waren. Die Volksmasse bedurfte nicht des Lesens und Schreibens für ihre Ökonomie. Ihr blieben diese Kenntnisse fremd, auch für die Zwecke der Politik. Die urwüchsigen demokratischen Gemeinwesen fanden darin ihre Schranke. Sie konnten ihr Gebiet nur so weit ausdehnen, daß jedem Mitglied die Möglichkeit blieb, die souveräne Volksversammlung zu erreichen, in ihr zu sprechen, ihre Verhandlungen zu verstehen, an ihren Entscheidungen und Wahlen durch mündliche Abstimmung teilzunehmen.

Jede Ausdehnung der Gemeinwesen über diese Schranke hinaus erfolgte auf Kosten der Demokratie. Die Zusammenfassung der urwüchsigen Demokratien, der Markgenossenschaften und Gemeinden zu einer größeren Gemeinschaft, zum Staat geschah durch Schaffung einer über diesen Demokratien stehenden Gewalt, die sie beherrschte. Diese Zusammenfassung konnte erst geschehen, als eine solche Gewalt möglich geworden war. Der Staat ist von seinem Anfang an eine Herrschaftsorganisation, er ist der Gegner der Demokratie. Das gilt auch von den sogenannten demokratischen Staaten des Altertums. Auch sie waren Organisationen der Beherrschung und Ausbeutung einer Volksmasse durch eine Klasse, die sich der Staatsgewalt bemächtigt hatte. Das Demokratische an ihnen war nur der Umstand, daß es eine demokratisch organisierte Gemeinde war, die als Herrscherin über an-

dere Gemeinden (sowie über unfreie und rechtlose Arbeiter innerhalb der eigenen Gemeinde) aufrat.

Indes haben sich demokratische Staaten dieser Art nirgends lange erhalten. Weder das Wissen der Volksmassen noch die Organisationsformen, auf denen die urwüchsige Demokratie beruhte, reichten aus für die Aufgaben, die dem Staate aus seinem Herrschaftscharakter erwachsen. Zu diesen Aufgaben gehörten auch die der äußeren Politik und des Krieges.

Die Gemeinwesen der urwüchsigen Demokratie fanden ihre Schranke in ihren eigenen Bedingungen, wie wir schon gesehen. Wo ein solches einmal festhaft geworden war, empfand es kein Bedürfnis, sein Gebiet auszu dehnen. Natürliche Fruchtbarkeit konnte seine Bevölkerung zeitweise über diese Schranke hinaus anwachsen lassen. Das Ergebnis war nicht das Streben nach Ausdehnung des Gebiets des Gemeinwesens, sondern die Aus sendung des Überschusses der Bevölkerung zur Begründung eines eigenen neuen Gemeinwesens. Das dafür erforderliche Gebiet konnte der Natur abgerungen werden, etwa durch Rodungen im Walde, oder es wurde einem schwächeren Volke abgenommen. So kam es zu zeitweisen Kriegen aus natürlichen Ursachen infolge des Wachstums der Bevölkerung.

Anders steht es in den Staaten, die aus der Zusammenfassung primitiver Gemeinwesen gebildet werden. Sie finden keine Schranke in sich selbst. Die neue Herrschaftsorganisation kann ins Ungemessene ausgedehnt werden, sie erzeugt den Drang zu steter Ausdehnung, da Reichtum und Macht der den Staat beherrschenden Klassen mit seiner Größe wachsen; ja der Drang nach Ausdehnung wird in jedem Staate in dem Maße stärker, in dem der Staat größer ist, da um so gewaltiger seine Macht den anderen Staaten gegenüber. Die Folge ist stete Kriegslust der starken Staaten, stete Notwendigkeit der Abwehr für schwache Staaten, die ununterbrochene Kriegsgefahr und häufiger Krieg. Dieser geht nicht mehr hervor aus natürlicher Notwendigkeit infolge starker Volksvermehrung, sondern aus maßlosem Drang nach Reichtum und Macht der herrschenden Klassen. Mit dem Aufkommen des Staates erstirbt die Demokratie, erwächst die ewige Kriegsgefahr. Diese bildet keineswegs ein besonderes Kennzeichen des Kapitalismus oder Imperialismus. Die letzteren führen in jenen alten Drang jeder Staatsgewalt nur neue Momente ein.

Wohl aber erzeugt der industrielle Kapitalismus die Elemente, die jener Entwicklung ein Ende machen werden. Er erzeugt seine eigenen Totengräber: das industrielle Proletariat und die Bedingungen der modernen Demokratie.

3. Die moderne Demokratie.

Der industrielle Kapitalismus macht der Produktion der einzelnen Betriebe und Haushaltungen für den Selbstgebrauch ein Ende, die bis zu seinem Aufkommen die weitaus überwiegende Produktionsform in der Gesellschaft bildet. Die Warenproduktion wird nun die allgemeine Form der Produktion; Handel und Verkehr, die ehemals vorwiegend dem Luxus dienen, ergreifen nun immer mehr auch die Güter des Massenkonsums. Es wachsen die Mittel des Massen- und Fernverkehrs für Güter und Personen in ungeheurer Weise. Die mündlichen Mittel der Verständigung zwischen den Personen reichen immer weniger aus. Gleichzeitig ergreift die Naturwissenschaft die Technik und unterwirft sie einem ununterbrochenen Um-

wälzungsprozeß. Immer weniger genügt das mündlich überlieferte Herkommen in der Produktion, immer wichtiger wird wissenschaftliches Verständnis wenigstens einzelner ihrer Verfahren, nicht nur für die Leiter der Produktion, sondern auch für zahlreiche Arbeitskräfte.

Wachsen der Ausdehnung und Intensität des Verkehrs ebenso wie die Umwälzung der Technik durch die Naturwissenschaft machen die Kenntnis des Lesens und Schreibens in der kapitalistischen Produktionsweise immer mehr zu einer Notwendigkeit für die Masse der Bevölkerung. Diese Kenntnis hört auf, das Privilegium einer begünstigten Oberschicht zu sein.

Damit erstehen die Bedingungen für eine populäre Presse und Literatur, ersteht die materielle Grundlage für eine Klasse von Intellektuellen, die von den herrschenden Klassen unabhängig sind und den Volksmassen dienen. Die Schriftsprache, die sich über den auf mündlicher Überlieferung beruhenden Volkssprachen, den Dialekten, erhoben hat, wird nun selbst zur Volkssprache und führt damit zur Bildung eines neuen Volksbewußtseins, das so weit reicht, wie die Schriftsprache reicht. Aus der Gemeinschaft der Schriftsprache erwächst die moderne Nationalität.

Alles das führt dahin, daß die Volksmassen immer mehr in die Lage kommen, die Staatspolitik zu verfolgen und zu erkennen, wie ihre Lage nicht bloß von der Gestaltung ihrer nächsten Umgebung, sondern von dem Zustand und der Politik des gesamten Staatswesens abhängt. Und die Abhängigkeit der Lage der einzelnen Klassen von der Staatspolitik wächst immer mehr, je mehr sich die kapitalistische Produktionsweise entwickelt, denn um so mehr wachsen die wirtschaftlichen Aufgaben und Kräfte der Staatsgewalt.

Dieses Wachstum erzeugt aber nicht nur steigendes Interesse aller Klassen an der staatlichen Politik, es macht ihre zunehmende Teilnahme an dieser Politik auch immer unentbehrlicher für die Staatsgewalt selbst. Denn deren Aufgaben werden so mannigfaltige, deren Mechanismus wird ein so verwickelter, daß er immer leichter ins Stocken kommt, wenn nicht die Triebkraft einer tatkräftigen Gesellschaft und ihre ungehemmte Kritik und Kontrolle auf ihn einwirken. Schon in den Anfängen des kapitalistischen Staates wurde es notwendig, die dilettantische Staatsverwaltung, die der große Grundbesitz im feudalen Staate besorgte, durch ein System geschulter Berufsbeamten mit weitgehender Arbeitsteilung zu ersetzen. Aber je mehr die Bureaukratie wächst und an Macht zunimmt, desto mehr wird sie aus einer Dienerin der Gesellschaft zu ihrer Herrin, desto mehr setzt sie ihre eigenen Berufsinteressen über die gesellschaftlichen Interessen, um so schwerfälliger, formalistischer wird sie, wächst ihre Korruption und Engherzigkeit. Die Bureaukratie der Gesellschaft untertänig zu machen, dem A m t s - g e h e i m n i s die Kritik einer freien P r e s s e entgegenzusetzen; der a m t l i c h e n Organisation die Organisationen frei gebildeter politischer P a r t e i e n; der zentralisierten Spitze der staatlichen Bureaukratie, der R e g i e r u n g, eine zentralisierte Körperschaft entgegenzusetzen, die nur von Volkes Gnaden besteht, durch des Volkes Macht wirkt, das heißt ein P a r l a m e n t: das wurde ein Bedürfnis nicht nur für die Volksmassen, sondern für den Staat selbst, dessen Machtmittel verkamen, wo es dem Volke nicht gelang, diese politischen Einrichtungen zu erringen. So ersteht die moderne Demokratie, die nicht mehr, wie die primitive, die eines Stammes, einer

Gemeinde, einer Markgenossenschaft, sondern die eines Staates ist und damit den Staat zu einem modernen macht.

Diese Bewegung ist die notwendige Folge der Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise und ist ebenso unaufhaltsam wie diese. Sie beginnt in den Großstädten, namentlich solchen, die gleichzeitig Residenzstädte sind, Sitze der Regierungen, ergreift jedoch nach und nach auch die kleineren Städte und das flache Land.

Aber je kraftvoller die moderne demokratische Bewegung wird, desto mehr erstehen ihr mächtige Gegentendenzen auch außerhalb der reaktionären Klassen, durch deren Überwindung sie aufkommt. Ist die moderne Demokratie ein Produkt der kapitalistischen Produktionsweise und wird sie in ihren Anfängen von industriellen Kapitalisten selbst gefördert, so wird doch durch sie dieselbe Produktionsweise mit dem Untergang bedroht. Denn Fortschritt der Demokratie heißt Fortschritt der politischen Macht der Volksmasse, und Fortschritt der kapitalistischen Produktionsweise bedeutet fortschreitende Verwandlung der Volksmassen in Proletariat. Das schließliche unvermeidliche Ziel dieses Prozesses ist die Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat. Dem wirken die herrschenden Klassen mit aller Kraft entgegen.

Die drei großen Mittel, die für das normale Funktionieren der modernen Demokratie kennzeichnend werden, sind die Presse, die Parteiorganisation, das Parlament.

Die Macht der Presse steigt aufs gewaltigste, damit wird sie aber auch immer mehr ein Werkzeug kapitalistischer Klassenherrschaft. Die einzelnen Zeitungen werden riesenhafte kapitalistische Organisationen, und die wichtigsten Mittel der Nachrichtenverbreitung, die großen telegraphischen Bureaus, werden zu Monopolen der Regierungen. Diese und die Klüngel großer Kapitalisten beherrschen immer mehr die Quellen, aus denen die Volksmasse ihre politischen Informationen bezieht.

Eine politische Partei erheischt dort, wo sie so groß wird, daß sie die staatliche Politik beeinflusst, eine Reihe von Politikern und Verwaltungsbeamten, die sich ihr berufsmäßig und ausschließlich widmen. In verkleinerter, aber nicht verbesserter Ausgabe erstehen daraus die gleichen Mißstände und Widerstände gegen die Demokratie, das heißt gegen die praktische Beherrschung der Politik durch die Volksmasse, die wir schon als Kennzeichen der staatlichen Bürokratie kennengelernt haben.

Seine schlimmsten Blüten treibt das Berufspolitikertum in den Parlamenten, wenn es zum parlamentarischen Kretinismus führt, das heißt zur Beschränkung des ganzen politischen Denkens auf die Vorgänge im Parlament, das als eine Welt für sich betrachtet wird, die wohl der Außenwelt Gesetze gibt, aber kein Gesetz von ihr empfängt.

Bei den Parlamentswahlen endlich macht sich neben dem Einfluß der kapitalistischen Presse auch die direkte ökonomische Übermacht der Kapitalistenklasse geltend, und diese Übermacht ist im allgemeinen nicht im Abnehmen, sondern im Wachsen begriffen, je mehr die Organisationen der Unternehmer an Ausdehnung und Zusammenhalt zunehmen. Die Gewerkschaften der Arbeiter sind unentbehrlich, diesen das Maximum an ökonomischer Macht zu sichern, das sie unter den gegebenen Umständen zu entfalten vermögen, sie sind aber nicht imstande, das ökonomische Übergewicht der Kapitalistenklasse aufzuheben. Daselbe Übergewicht, das der einzelne

Kapitalist gegenüber dem vereinzelt Arbeiter besitzt, steht dem organisierten Kapitalisten gegenüber dem organisierten Arbeiter zu Gebote. Nur in Gegenden und Zeiten, in denen sich die Organisation der Arbeiter früher oder schneller entwickelt als die der Kapitalisten, verschiebt sich das Schwergewicht vorübergehend zugunsten der Arbeiter.

Alle diese Gegentendenzen bewirken, daß die Demokratie im modernen kapitalistischen Staate nie eine vollkommene werden kann, daß sie es erst nach dem Siege des Proletariats als politische Form einer sozialistischen Gesellschaft sein wird.

Aber damit ist nicht gesagt, daß die Gegentendenzen stark genug wären, den aus der ökonomischen Entwicklung hervorgehenden Fortschritt der Demokratie und des Proletariats aufzuhalten. Sie können ihn bloß zeitweise hemmen, bis die Mißstände der Hemmung so stark geworden sind, daß sie weithin empfunden und auch ungeschulten und falsch informierten Köpfen merkbar werden. Die schließliche Überwindung der Hemmung geschieht dann durch einen Dammbruch, eine Katastrophe, sei es ein Regierungsturz, eine Parteispaltung oder ähnliches.

Ihrem Wesen nach müßte die Demokratie die friedlichste politische Entwicklung gewährleisten. Daß die moderne Demokratie das noch nicht tut und nicht gegen zeitweise politische Katastrophen schützt, rührt daher, daß sie gleichzeitig das Produkt und der Todfeind der ökonomisch herrschenden Macht ist, des industriellen Kapitalismus.

4. Die Herstellung des modernen Nationalstaats durch Anpassung der Nationalitäten an den Staat.

Ein unentbehrliches Mittel gesellschaftlichen Zusammenarbeitens und Füreinanderarbeitens, also jeder gesellschaftlichen Beziehung und Verbindung ist die Sprache. Gemeinsamkeit der Sprache bildet ein starkes Bindeglied der Menschen, Verschiedenheit der Sprache eine schwer übersteigbare Schranke zwischen ihnen.

Soll in einem Gemeinwesen seine Politik eine demokratische, von der Volksmasse geleitete sein, so bedingt das, daß die Sprache der Politik, der politischen Agitation und Information, der politischen Verhandlungen und Beschlüsse, der Verwaltung und Rechtsprechung die Sprache des Volkes ist, eine Sprache, die jeder im Volke beherrscht. Das war in den Gemeinwesen der ursprünglichen Demokratie selbstverständlich. In den Staaten, die sich über jenen Gemeinwesen erhoben, ging mit der Demokratie auch die Einheit der Sprache verloren. Wir haben schon gesehen, daß der Ausdehnungsdrang der Staaten ein maßloser wurde, nur in den Machtverhältnissen eine Schranke fand. Volkselemente der verschiedensten Sprachen konnten in einem Staate zusammengefaßt werden. Man ließ ihnen zunächst die lokale Selbstverwaltung. Für die staatlichen Aufgaben, die hauptsächlich in der Erhebung von Abgaben und Menschenkräften für Heerwesen, Straßenbauten und ähnliches bestanden, genügte es, wenn einige Vertreter des Staates in den einzelnen Bezirken die dort übliche Sprache verstanden.

Angesichts der Abgeschlossenheit, in der die kleinen urwüchsigen Gemeinwesen lebten, war die Verschiedenheit der Sprachen, die unter ihnen gesprochen wurden, eine große. So gab es auch kaum ein größeres Staatswesen, das nicht Sprachverschiedenheiten in seinem Innern aufwies, nicht

nur Verschiedenheiten der Dialekte, sondern auch der Sprachstämme. Selbst in einem Staate, der als ein ausgesprochener Nationalstaat gilt, wie Frankreich, zählte man noch 1872 unter den Staatsangehörigen in den Pyrenäen 160 000, die baskisch, 100 000, die spanisch sprachen; im Südosten 350 000, die italienisch, in der Bretagne über 1 Million, die bretonisch sprachen. In einigen nördlichen Bezirken an der belgischen Grenze ist das Flämische Volkssprache.

Als die moderne Demokratie aufkam, gehörte es zu ihren notwendigen Zielen, die Volkssprache zur Staatsprache, zur Sprache der Politik, der Gesetzgebung und Verwaltung, der Rechtsprechung und des öffentlichen Unterrichts zu machen.

Das war auf zwei Wegen zu erreichen: entweder mußten alle diejenigen im Staate, die eine andere Sprache gebrauchten als die Staatsprache, diese erlernen und zu der ihren machen, oder der Staat mußte eine Begrenzung erhalten, die ihn auf das Gebiet einer Sprache beschränkte, alle in ihm zusammenfaßte, die die gleiche Sprache beherrschten, und alle außerhalb seines Bereichs ließ, die bisher im Staat eine andere Sprache gesprochen hatten. Es war aber nicht mehr die mündlich gesprochene Sprache, sondern die Schriftsprache, die dafür entscheidend wurde. Die Schriftsprache gestaltete sich zum Mittel der Verständigung und des Zusammen- und Auseinanderwirkens von Elementen, deren Dialekte so verschieden waren, daß sie eine mündliche Verständigung vielfach ausschlossen, stets das Gefühl der Verschiedenheit lebendig erhielten.

Der erste der beiden Wege wurde schon vor dem Aufkommen der modernen Demokratie betreten, und zwar von der staatlichen Bureaukratie, die auf allen Gebieten die Uniform, das heißt die Einförmigkeit herbeizuführen sucht, nicht bloß in der Berufskleidung der Soldaten und Beamten. Die Sprache der herrschenden Klasse wird zur Staatsprache, deren Kenntnis nun auch jenen Volksteilen im Staat aufgezwungen werden soll, die andere Sprachen gebrauchen. In der Schule, vor Gericht, im Amt wird der Gebrauch jeder anderen Sprache als der Staatsprache verboten. Das bedeutet nicht nur eine große Bequemlichkeit für die Bureaukraten, sondern auch eine Bevorzugung aller Volksteile im Staate, denen die Staatsprache Muttersprache ist, die sie schon in der Familie erlernen. Auch die unteren Klassen jener Volksteile erlangen so eine gewisse Bevorzugung, bekommen etwas von dem Gefühl einer herrschenden Klasse. Gleichzeitig aber werden selbst die oberen Klassen der Volksteile, die eine andere Sprache sprechen, dadurch benachteiligt und in die Position beherrschter Klassen gedrängt. So werden einerseits nationale Gegensätze innerhalb der gleichen Klasse geschaffen, andererseits verschiedene, sonst gegensätzliche Klassen durch die Gemeinsamkeit der Sprache und der daraus hervorgehenden Interessen einander genähert. Auf die eine wie auf die andere Weise werden die Klassenkämpfe verdunkelt und gefälscht. Einen Teil des Kampfes der aufstrebenden Demokratie gegen die Bureaukratie bildet der Kampf gegen deren Methoden gewaltfamer nationaler Uniformierung.

Weniger gewaltfamer, aber um so sicherer wirkt der wachsende Verkehr, der aus dem Fortschreiten der kapitalistischen Produktionsweise entspringt.

Diese verwandelt den Staat freilich nicht in ein besonderes Wirtschaftsgebiet, das sich im wesentlichen selbst genügt, wie es bei den primitiven Ge-

meinwesen der Fall war. Die kapitalistische Produktionsweise beruht von vornherein auf zwischenstaatlichem Verkehr. Immerhin, wenn sie den Staat auch nicht in ein besonderes Wirtschaftsgebiet verwandelt, so macht sie doch aus ihm ein besonderes Verkehrsgebiet, den inneren Markt, innerhalb dessen der Verkehr intensiver und geringeren Hemmungen ausgesetzt ist als der Verkehr mit dem äußeren Markt. Die provinziellen und lokalen Zwischenzölle fallen, während mehr oder weniger hohe Zollschranken an den Staatsgrenzen entstehen. Dem Staate wird die Aufgabe zugewiesen, die wichtigsten Verkehrsmittel herzustellen und in Betrieb zu setzen, Landstraßen, Kanäle, schließlich Eisenbahnen. Sie dienen zunächst und in erster Linie dem inneren, nicht dem äußeren Verkehr, werden seinen Bedürfnissen angepaßt. Der Verkehr innerhalb des Staates wird weit intensiver als der internationale, er bringt nicht nur wie dieser die Kaufleute, sondern alle Teile der Bevölkerung in Berührung miteinander, und zwar nicht bloß in gelegentliche, sondern immer mehr in ständige.

Werden im Staate verschiedene Sprachen gesprochen, so erwächst jetzt nicht bloß aus den Bedürfnissen der regierenden Klasse, sondern aus den ökonomischen Bedürfnissen aller Klassen die Notwendigkeit einer von allen gekannten Verkehrssprache. Sie wird von vornherein die Sprache des ökonomisch entwickeltsten Volkes im Staate sein, namentlich dann, wenn dieses gleichzeitig das zahlreichste und das politisch herrschende ist. Jeder einigermaßen rührige Mensch, der es in der Gesellschaft zu etwas bringen will, wird sich nun bemühen, diese Sprache zu erlernen.

Gleichzeitig bringt der wachsende Verkehr auch zunehmende innere Wanderungen mit sich. Die kapitalistische Produktionsweise erzeugt überall die Tendenz nach relativer Abnahme der Arbeiterzahl, das heißt nach ihrer Abnahme im Verhältnis zur Größe des angewandten Kapitals. Doch in der Industrie wird diese Tendenz mehr als wettgemacht durch rapides Zunehmen des Kapitals. In der Landwirtschaft nimmt dieses viel langsamer zu, hier wird die relative Abnahme leicht zu einer absoluten. In allen kapitalistischen Ländern finden wir daher stets Zunahme der industriellen Arbeiterschaft, nicht nur infolge natürlicher Vermehrung, sondern auch infolge starken Zuflusses von der Landwirtschaft in die Industrie. In sprachlich gemischten Gegenden bedeutet das für Nationalitäten, die nur eine agrarische Bevölkerung umfassen, eine stete Abgabe von Mitgliedern an industrielle Gegenden, in denen man eine andere Sprache spricht, die von den Zuziehenden erlernt und angenommen wird. Die rein agrarischen Nationalitäten geben immer mehr ihre energischsten und intelligentesten Elemente an die industrielle Nation ab. So wie das flache Land überhaupt im Gegensatz zur Stadt geistig verödet und verarmt, so gilt das auch für die agrarischen Nationalitäten zugunsten der industriellen, was die Widerstandslosigkeit und die Flucht aller intelligenten Elemente aus ihnen noch steigert. So werden Nationalitäten, die agrarisch bleiben, im Nationalitätenstaat nach und nach aufgesaugt und verschwinden schließlich. Sie sind unrettbar dem Untergang geweiht.

Das sind jene »Völkerabfälle«, deren »gänzliche Vertilgung oder Entnationalisierung« Marx und Engels 1849 für unvermeidlich erklärten, wie zum Beispiel die Gälern in Schottland, die Bretonen in Frankreich, die Vasken in Spanien, die Ladinern in Tirol, die Sorben oder Wenden in

Preußen und Sachsen. Um das Jahr 1870 zählte man in Preußen noch 86 000 Wenden, 1905 63 000. Es liegt hier nicht etwa wie bei den Indianern Nordamerikas ein Aussterben der Rasse vor. Im Gegenteil. Gerade jene ökonomisch rückständigsten Nationen erweisen sich in der Regel als äußerst fruchtbar. Was als Aussterben der Nation erscheint, ist bloß das Aufgeben einer Sprache, die für den Verkehr unnütz geworden ist.

Dieser Prozeß des Aufsaugens kleiner »Völkerabfälle« durch große Nationen innerhalb eines Staates darf nicht verwechselt werden mit der Aufsaugung kleiner Staaten durch große. Beide Vorgänge werden nicht selten einander gleichgesetzt, der zweite ebenso wie der erste als notwendiges Ergebnis der kapitalistischen Produktionsweise bezeichnet, die auf allen Gebieten vom Kleinbetrieb zum Großbetrieb übergehe. Das klingt ganz marxistisch, wird auch für Marxismus ausgegeben, ist aber keiner. Statt in der Ökonomie bloß die letzte Ursache der Politik zu sehen, macht diese Auffassung die Gesetze der Ökonomie ohne weiteres zu Gesetzen, von denen auch die Politik beherrscht wird, was nicht minder verkehrt ist wie jene Auffassung, die die Gesetze des tierischen Organismus unterschiedslos auf den gesellschaftlichen Organismus anwendet.

Wir haben gesehen, daß das stete Streben nach Ausdehnung des Staates durch Aufsaugung kleinerer Gemeinwesen verschiedener Nationalitäten nicht die kapitalistische Produktionsweise besonders kennzeichnet, sondern vielmehr dem Staate seiner Natur nach von Anfang an innewohnt. Insofern die kapitalistische Produktionsweise die Tendenzen der modernen Demokratie schafft, setzt sie sogar jenem Ausdehnungsdrang der den Staat beherrschenden Klassen Schranken, indem sie die Form des Nationalstaats zur zweckmäßigsten Form des Staates macht und bewirkt, daß erneute zwangsweise Angliederung nationsfremder Gebiete, wenn diese bereits ein starkes politisches Leben in einem modernen Staat entwickelt haben, höchst gefährlich und schädlich für den annektierenden Staat wird.

Wohl setzt sich die Tendenz zum Nationalstaat nicht überall durch — wir werden noch die Hindernisse kennenlernen, die sie unter Umständen hemmen. Aber in keinem modernen Staate, der zu einem Nationalstaat geworden ist, haben wir bis zu dem jetzigen Kriege die Tendenz entdecken können, sich zu einem Nationalitätenstaat zu erweitern. Und in keinem modernen Nationalitätenstaat die Tendenz, die Zahl der Nationen, die er umfaßt, durch Angliederung einer neuen zu vermehren und dadurch seine nationalen Schwierigkeiten zu vergrößern. Die Tatsachen, die in entgegengesetztem Sinne zu sprechen scheinen, sind entweder nur scheinbar oder zu unbedeutend, um die Gesamttendenz aufzuheben. Und selbst diese unbedeutenden Abweichungen liegen den Staaten, die sie sich erlaubten, schwer im Magen. Wir sehen hier ab von der Kolonialpolitik, die in ein ganz anderes Kapitel gehört. Hier sprechen wir von der Annexion von modernen Staaten mit einer entwickelten Demokratie, deren Bevölkerung an dem politischen Leben des Staates entweder tatsächlich teilnimmt oder doch auf das entschiedenste daran teilzunehmen verlangt.

Welches sind die Annexionen, durch die europäische Staaten sich in den letzten hundert Jahren vergrößerten?

Da haben wir Frankreich, das sich 1860 Savoyen und Nizza angliederte, nachdem eine Volksabstimmung sich mit großer Mehrheit für den Anschluß

ausgesprochen. Die Sprache Savoyens war die französische. Das hart an der französischen Grenze liegende kleine Nizza war gemischtsprachig.

Dann der große Erobererstaat Rußland. Es ist von den Großstaaten Europas derjenige, der von modernen Tendenzen und namentlich der Demokratie am längsten unberührt geblieben war. Trotzdem hat auch er sich im Laufe der letzten hundert Jahre gehütet, das Gebiet einer weiteren europäischen Nationalität zu den von ihm schon eroberten hinzuzufügen. Seine ganzen Besitzwechsel im Laufe dieses Zeitraums in Europa betrafen ein Zipfelchen Besarabiens. Rußland hatte fast das ganze Besarabien 1812 annektiert. Ein kleines Stückchen an der Donaumündung gewann es 1829 noch hinzu, um es 1856 wieder an Rumänien abtreten zu müssen, von dem es sie 1878 wieder zurückgewann. Das war alles, was es in den letzten hundert Jahren seit dem Wiener Kongreß 1815 an europäischem Boden eroberte.

Bedeutender war 1878 die Erwerbung Osterreichs, das damals Bosnien und die Herzegowina »okkupierte«. Es bekam dadurch einen Bevölkerungszuwachs von 1 300 000 Köpfen, die aber keine neue Nationalität in den Staat einführten, sondern nur seine 3 Millionen Serbokroaten vermehrten.

Das alles war höchst unbedeutender Natur und führte nirgends dazu, einem der bestehenden Staaten eine neue Nationalität zuzuführen. Die wirklich bedeutenden Grenzverschiebungen und Annexionen, die in den letzten hundert Jahren in Europa vollzogen wurden, in Italien, Deutschland, auf dem Balkan, bewegten sich in der Richtung des Nationalstaats, nicht über ihn hinaus. Es war nur eine bedeutungslose Nebenerscheinung, wenn dabei in Nordschleswig etwa 150 000 Dänen und in Lothringen etwa 300 000 Franzosen annektiert wurden. Die Gegend um Metz herum umfaßt die meisten Franzosen der Reichslande und stellt ein geschlossenes französisches Sprachgebiet dar; Bismarck wünschte die Annexion dieses Teiles gar nicht. Sie wurde ihm aus strategischen Gründen vom Generalstab aufgedrängt.

Jedem Gedanken, einmal fremdsprachiges Gebiet für Deutschland zu erwerben, war Bismarck nicht nur abhold, sondern direkt feindlich, so daß er im Versailleser Frieden selbst Metz nur sehr ungern auf Andringen Moltkes genommen hat. (Delbrück, Bismarcks Erbe, S. 169.)

Außer der Bildung der Nationalstaaten Deutschland und Italien sowie der Balkanstaaten und den eben erwähnten kleinen Annexionen, die keinem der Staaten, der sie vollzog, eine neue fremde Nation einverleibten, haben sich aber in den letzten hundert Jahren nur noch drei große Veränderungen im zwischenstaatlichen Leben Europas vollzogen, die hier zu bemerken sind: die Lostrennung Belgiens von den Niederlanden 1830, die halbe Trennung Ungarns von Osterreich 1867 und die ganze Trennung Norwegens von Schweden 1905. Sie gehen durchaus nicht in der Richtung der Aufsaugung eines Staates durch einen anderen. Die Tendenz der modernen Demokratie, ein Ergebnis des fortschreitenden Kapitalismus, wirkt hier vielmehr in entgegengesetzter Richtung.

Die Erscheinung der Konzentration der Großstaaten durch Aufsaugen der kleineren, die aus den Gesetzen der Akkumulation des Kapitals erklärt werden soll, besteht also gar nicht und bedarf deshalb auch keiner Erklärung. Die Appetite, denen durch jenes angebliche Gesetz des modernen Völklerlebens eine Rechtfertigung gegeben wird, sind erst während des

jetzigen Krieges rege geworden. Was der fortschreitende Kapitalismus braucht, ist wachsende Ausdehnung des Verkehrs, nicht des Staatsgebietes. Eine Vergrößerung des Staates, die bestehende Zollgrenzen aufhebt, kann ebenfalls in dieser Richtung wirken, aber sie ist nur zu erreichen durch zermalmende Kriege, die erdrückende Kriegsrüstungen voraussetzen. Weit sicherer und ohne jede Belastung und Hemmung des ökonomischen Lebens, ja unter seiner lebhaftesten Anregung wird die wachsende Ausdehnung des Verkehrs erreicht durch Eisenbahnbauten und Handelsverträge, in denen die Zollgrenzen möglichst erniedrigt werden.

Das und nicht die stete Ausdehnung des Staatsgebietes ist ein Gebot der ökonomischen Entwicklung.

Anderes steht es freilich mit der Aufsaugung nicht kleiner Staaten durch große, sondern kleiner, rückständiger Nationen durch größere oder höherentwickelte innerhalb eines Staates. Sie geht für manche kleine Nationen unhemmbar vor sich. Aber nicht für alle.

Der Prozeß der Entnationalisierung einer kleinen, agrarischen Völkerschaft findet eine starke Gegenfendenz dort, wo sie dahin gelangt, von der Bewegung der modernen Demokratie ergriffen zu werden. Im Zusammenhang mit dieser Bewegung entwickelt sie eine eigene Klasse von Intellektuellen und eine eigene Schriftsprache mit starker Literatur, eine Sprache, die nicht bloß die Sprache der Poesie wird, sondern auch die der Prosa. Eine belletristische Literatur kann auch der Dialekt haben. Erst die Anwendung im Alltag, in den Zeitungen, in den Briefen, im Unterricht, der populärwissenschaftlichen Literatur macht die Schriftsprache zur Sprache der Volksmasse, zu einem politischen Faktor, macht aus den Volksmassen, die sie gebrauchen, eine moderne Nationalität. Ist ein Volk einmal auf diese Höhe gelangt, dann vermag es im Festhalten seiner Sprache eine unglaubliche Fähigkeit zu entwickeln.

Die Schrift hat stets einen konservierenden Charakter. Sie ist das beste Mittel, die Vergangenheit und ihre Produkte lange in unserem Bewußtsein lebendig zu erhalten. Das beweist unter anderem der Einfluß, den sich die Bibel bis heute bewahrt hat. Wo ein Volk zu einer eigenen Schriftsprache kommt, wirkt sie konservierend, erschwert sie die Assimilierung des Volkes an ein anderes.

Als Marx und Engels 1849 der Überzeugung waren, daß die österreichischen Slawen ein ähnliches Schicksal erwarten wie etwa die Basken und Bretonen, da besaßen jene Slawen noch keine Literatur, die der Rede wert war. Selbst bei den Tschechen stand die Anwendung ihrer Sprache als Schriftsprache der Massen noch in sehr dürftigen Anfängen. Weit mehr noch bei den Südslawen, die ja Analphabeten waren.

Das ist heute erheblich anders geworden, Tschechen und Südslawen haben Universitäten, eine starke Presse, eine reiche Literatur. Heute noch sich auf die Worte von 1849 als Richtschnur für unsere Zeit, nicht als Kennzeichen jener Tage berufen, bezeichnet entweder völlige Unkenntnis der Verhältnisse oder dreiste Spekulation auf solche Unkenntnis.

Wo in einem gemischtsprachigen Staat ein Agrarvolk zu einer eigenen Schriftsprache gelangt und damit ein Mittel festeren nationalen Zusammenhalts gewinnt, kann sich sogar das Blättchen wenden. Die agrarischen Massen, die den industriellen Gebieten zuwandern, brauchen jetzt ihre Na-

fionalität dort nicht zu verlieren. Ist ihre Zuwanderung stark genug, können sie die überlieferte Sprache des industriellen Gebiets immer weiter zurückdrängen und schließlich die ihrige dort herrschend machen. Das ist ein Prozeß, der sich heute in den Städten Böhmens und Mährens vollzieht.

Allerdings findet er nur dort statt, wo die fremde Einwanderung geschlossen und überwältigend ist. Die tschechische Einwanderung in Wien oder die polnische im Ruhrrevier vermögen den deutschen Charakter dieser Gebiete nicht zu erschüttern. Daß die slawische Einwanderung jetzt von Massen vollzogen wird, die lesen und schreiben können und über eine eigene Presse und Literatur verfügen, kann ihre Aufsaugung dort bloß verlangsamen. Die alte Generation bleibt ihrer Sprache noch einigermaßen treu, die neue Generation, die am Orte geboren und erzogen wird, spricht die Sprache des Ortes, nicht die der Einwanderer.

Jede Hemmung eines unvermeidlichen Prozesses wirkt schädlich. Die Verlangsamung der Aufsaugung der Zuwanderer, ihres Erlernens der Ortsprache erschwert es, daß die Arbeiter der verschiedenen Nationalitäten am Orte sich verständigen und gemeinsam den Klassenkampf führen.

Am geringsten sind die Änderungen der Sprachgrenzen dort, wo eine bäuerliche Bevölkerung dem Analphabetentum entwächst und zum Gebrauch der Schriftsprache ihrer Nationalität gelangt. Die konservierende Wirkung der bäuerlichen Wirtschaft wird da gesteigert durch die konservierende Wirkung der Schrift. Unter diesen Bedingungen erweist sich eine Nationalität als besonders zäh. So war es im Deutschen Reich bisher nicht möglich, die deutsche Sprache zur Volkssprache im nördlichen Schleswig oder in Lothringen sowie im östlichen Posen zu machen.

Man sieht, die Ausdehnung einer Nationalität ist nicht etwas Konstantes, sondern sehr Variables. Nicht bloß natürliche Vermehrungsbedingungen, sondern auch ökonomische und politische Bedingungen, die im Laufe der Geschichte beständig wechseln, beeinflussen ihre Verbreitung aufs tiefste.

Jeder der größeren neueren Staaten ist zur Zeit des Aufkommens der modernen Produktionsweise und Demokratie aus sehr verschiedenen Nationalitäten zusammengesetzt, die sehr verschiedene Sprachen sprechen. Ein Teil dieser Elemente wird von der im Staat an Zahl, ökonomischer und politischer Kraft überwiegender Sprachgemeinschaft assimiliert und geht in ihr auf. Bei einem anderen Teile gelingt es nicht. Je mehr der erste Prozeß gelingt, desto näher kommt der Staat dem Typus des Nationalstaats. Je weniger jener Prozeß in Wirksamkeit tritt, desto ausgesprochener wird der Staat den Typus des Nationalitätenstaats tragen. In den alten kapitalistischen Staaten überwiegt der erstere Typus. Bei ihnen konnten die assimilierenden Tendenzen des modernen Staates und der modernen Produktionsweise wirken, ehe die moderne Demokratie aufkam und ehe die Volksbildung auch in kleineren Nationen die Grundlagen für eine Schriftsprache und Literatur der Massen schuf. In den Staaten, in denen sich die kapitalistische Produktionsweise erst spät entwickelt, indes sich manche der Tendenzen der modernen Demokratie in ihnen schon geltend machen, wird die Bildung des Nationalstaats durch Assimilierung der beherrschten Nationen an die herrschende schwerer. Doch geht dieser Prozeß auch dort vor sich. Von den 142 Völkerschaften, die Rußland zählen soll, werden sich gewiß nicht alle zu modernen Nationen entwickeln, die meisten den Weg der Sorben

und Basken gehen, die Osseten, Wogulen, Tscheremissen, Kalmücken, Samojeden usw. Doch eine Reihe hat sich bereits zu modernen Nationen entwickelt, andere werden folgen.

Wo immer sich eine moderne Nationalität bilden mag, überall fordert sie ungestüm das Recht der Selbstbestimmung, wozu auch die Erhebung der Volkssprache zur politischen Sprache, zur Staatsprache gehört. Vermag die aufsteigende Nationalität nicht das Staatswesen, in dem sie erwächst, in ihren Nationalstaat zu verwandeln, dann sucht sie es zu zertrümmern oder sich von ihm loszureißen, um als selbständige Nation einen selbständigen Staat zu bilden.

(Fortsetzung folgt.)

Die Abschaffung des Dreiklassenwahlrechts.

Von Adolf Braun.

Der Verfassungsausschuß mußte sich vertagen vor Beginn der Erörterung des wichtigsten Problems. Die Frage der parlamentarischen Vertretung in den Einzelstaaten wird der Gegenstand seiner nächsten Verhandlungen sein. Dann wird sich entscheiden, ob ein Wille da ist, den Weg zu finden aus den Wirrnissen des Dreiklassenwahlrechts und aus der ständischen Verfassung der beiden Mecklenburg, aus all der Wahlungleichheit und aus all dem Wahlunrecht, das heute die einzelstaatlichen Verfassungen kennzeichnet.

Die Osterbotschaft des Kaisers ist von den konservativen Parteien nur äußerlich respektvoll, tatsächlich feindlich aufgenommen worden; die Osterbotschaft lehnt die Oktroyierung des allgemeinen gleichen und geheimen Wahlrechts in Preußen, die Zurückführung der preußischen Verfassung auf ihren verfassungsmäßig geschlossenen Zustand ab. Ob diese Ablehnung nur den gegenwärtigen Ministerpräsidenten bindet, wollen wir nicht erörtern. Mancherlei Möglichkeiten für die Zukunft sind natürlich auch für die Lösung der Wahlrechtsfrage in Preußen möglich. Aber nicht unter dem Gesichtspunkt entfernter Möglichkeiten, sondern unter dem der Dringlichkeit der Wahlreform muß diese erörtert werden. Unter diesem Gesichtspunkt kann von einer Oktroyierung des allgemeinen Wahlrechts in Preußen nicht gesprochen werden.

Der normale Weg, das preußische Wahlrecht zum mindesten im Sinne der Osterbotschaft des Königs von Preußen zu reformieren durch einen Beschluß der beiden Häuser des Preußischen Landtags, verspricht sehr wenig Erfolg. Daß der gegenwärtige Landtag überhaupt nicht oder nur unter sehr bedenklichen Bedingungen für ernsthafte Änderungen am Dreiklassenwahlrecht zu haben ist, bedarf keiner Nachweisung. Die Erinnerung an das Schicksal der großen Kanalvorlagen mahnt uns, daß der Wille des Königs für die preußischen Junker nur dann das höchste Gebot ist, wenn er ihren Willen tut. Doch soll man die Möglichkeiten einer Zustimmung zu dem Gedanken der Osterbotschaft des Königs nicht vollständig außerhalb des Bereichs der Möglichkeiten setzen. Wenn die Regierung den Landtag vor die Wahl stellen würde, ein allgemeines und geheimes, aber nicht gleiches Wahlrecht zum Gesetz zu erheben unter der Voraussetzung, daß in absehbarer Zeit an der Zusammensetzung des Herrenhauses nichts geändert werde, oder aber, daß das Herrenhaus durch königliche Ernennung von Grund aus umgestaltet

würde, so wäre es vielleicht nicht ausgeschlossen, daß auch das gegenwärtige Preussische Abgeordnetenhaus und das Herrenhaus zur Rettung der ausschlaggebenden Macht dieses Herrenhauses in seiner jetzigen Zusammensetzung der Osterbotschaft Rechnung tragen. Daß sich aber gerade hieraus eine neue Gefahr für die Gefundung Preußens ergäbe, bedarf keiner besonderen Unterstreichung.

Würde aber das Preussische Abgeordnetenhaus, pochend auf die Macht seiner konservativen Fraktion, einen Gesetzentwurf zur Ablösung des Dreiklassenwahlrechts ablehnen, so bliebe der Regierung nur übrig, diesen Landtag aufzulösen. Die Zusammensetzung der Wählerschaft ist durch den Krieg nicht besser geworden. Die neugebackenen Millionäre von Kriegsgewinn Gnaden dürften sich sonnen in dem Gefühl, daß sie, wenn auch nicht durch Geburt und Bildung, künftig zu der ersten Klasse der preussischen Menschen gehören werden. Die preussische Bureaucratie, die sich auch in der Kriegszeit mehr den Wünschen des Landwirtschaftsministers als des preussischen Ernährungskommissars angepaßt hat, dürfte kaum das geeignete Organ sein, bei den nächsten Wahlen die Wähler ausschlaggebend zu bestimmen, daß sie Abgeordnete nach Berlin entsenden, die eine Wahl auf Grund des Dreiklassenwahlrechts unmöglich machen sollten.

So sind die Aussichten sehr gering, das preussische Wahlrecht nach den Bestimmungen für Verfassungsänderungen in Preußen den Bedürfnissen des Volkes anzupassen. Doch selbst wenn das preussische Wahlrecht durch einen auf Grund des Dreiklassenwahlrechts gewählten Landtag den Bestimmungen des Reichstagswahlrechts angenähert würde, so könnte damit nur für Preußen ein langerstrebtes Ziel erreicht werden; aber es blieben noch die mecklenburgische, die braunschweigische, die anhaltische wie so manche andere Wahlrechtsfrage zu lösen. In den kleineren Rahmen der mittleren und Zwergstaaten ergeben sich ähnliche Schwierigkeiten wie in Preußen, zum Teil noch größere. Das Interesse der deutschen Politik müßte es aber sein, die Verfassungsprobleme, wenigstens die Wahlrechtsfragen, zu einem Abschluß zu bringen und nicht durch ihr Offenlassen die ohnedies großen Schwierigkeiten der künftigen Politik ins Unabsehbare zu steigern. Schon deshalb würde es sich sehr empfehlen, eine einheitliche Regelung und eine schnelle Ausschaltung aller dieser Erörterungen aus dem öffentlichen Leben herbeizuführen. Wenn wir in einer Periode großer finanzpolitischer Erörterungen der Neugestaltung unseres Steuerwesens, der Einführung der Monopole, großer wirtschaftlicher Kämpfe belastet bleiben mit all den offenen Wahlrechtsfragen, wenn wir Jahre benötigen sollten, die preussische Frage zu lösen, und dann vielleicht noch mehr Jahre, um die mecklenburgische zum Austrag zu bringen, und vielleicht dann noch offene Wahlrechtsfragen übrigblieben, so würde das eine Erschwerung der ohnedies nicht leichten politischen Lage in Deutschland sein. Deshalb ist eine rasche und gründliche, von den Einzelparlamenten unabhängige Lösung der Wahlrechtsfragen eine im höchsten Sinne des Wortes deutsche Aufgabe. Neben all den Gründen, die die preussische Wahlrechtsfrage vor allem, die aber auch die anderen Wahlrechtsfragen über das Problem der inneren Politik eines Bundesstaats hinausheben, sind diese Fragen wegen der Belastung des ersten Friedensjahrzehnts mit wirtschaftlicher Arbeit schwersten Gewichts Fragen von höchstem Interesse für das Deutsche Reich wie für das deutsche Volk.

Das führt uns zu der gründlichen Betonung, daß nur auf dem Wege der Reichsgesetzgebung die Wahlrechtsfragen gelöst werden können. Die Schwierigkeit der Lösung scheint man mir vielfach zu überschätzen. Ein allgemeiner Beschluß, in die Reichsverfassung eine Bestimmung aufzunehmen, wonach in jedem Bundesstaat eine Volksvertretung auf Grund des allgemeinen gleichen und direkten Wahlrechts ohne Unterschied des Geschlechts bestehen müsse, von deren Zustimmung die Rechtskraft von Gesetzen und die Einnahmen und Ausgaben der Bundesstaaten abhängig sind, wäre ja sicherlich von großem Vorteil, aber es wären dabei noch immer viele Möglichkeiten zur Obstruktion der Landtage gegen diese Verfassungsbestimmung möglich. Man könnte durch die Ablehnung einzelner Bestimmungen in den Landesgesetzen zur Ausführung dieses Reichsgesetzes, man könnte durch eine ausgefüllte Wahlkreisgeometrie, durch Ungleichheiten der Wahlkreise, durch Erschwerungen der Stimmabgabe und durch mancherlei Kunststücke besonders scharfsinniger Landesgesetzgeber der Absicht der Reichsgesetzgeber Abbruch tun. Deshalb scheint mir nicht ein Rahmengesetz, wie es geplant sein dürfte, sondern ein nach jeder Richtung hin bindendes, auf alle Einzelstaaten zutreffendes, der Freiheit der Landesregierungen und Parlamente möglichst wenig Spielraum lassendes Gesetz am Plage. Dieses Gesetz könnte sehr kurz sein, ja es könnte die Wahlhandlungen im Deutschen Reiche außerordentlich vereinfachen. Im wesentlichen hätte es folgende Bestimmungen zu enthalten:

Die Wahl zum Reichstag und zum Landtag findet stets am gleichen Tage statt, vor der gleichen Wahlkommission und nach denselben Bestimmungen und für den gleichen Wahlkreis. Durch diese Bestimmung würde der Landesgesetzgebung jede Möglichkeit, Sonderinteressen bei ihrer Wahlreform zu vertreten, genommen werden, jede Verbesserung des Reichstagswahlrechts würde ganz automatisch auch die Landtagswahlrechte verbessern.

Für Preußen könnte man eine derartige Bestimmung einfach gelten lassen, weil die Zahl der zum Reichstag gewählten preussischen Abgeordneten durchaus ausreichen würde. Mit 235 Abgeordneten könnte Preußen durchaus ausreichend alle Schattierungen und Stimmungen und Auffassungen seiner Bevölkerung spiegeln wie auch eine gründliche Bearbeitung der parlamentarischen Vorlagen sichern. Was aber für Preußen gelten würde, trifft nicht für Sachsen zu, das bloß 23 Abgeordnete, für Hessen, Sachsen-Weimar, Braunschweig, Oldenburg und Hamburg, die nur je 3, für Sachsen-Koburg-Gotha, Anhalt, Sachsen-Meiningen, die nur je 2 Abgeordnete in den Reichstag entsenden, und natürlich wäre es dann ganz unmöglich für die 12 Bundesstaaten, die sich auf Grund des Wahlgesetzes für den Reichstag des Norddeutschen Bundes vom 31. Mai 1869 mit nur einem Abgeordneten zu begnügen haben. Hier müßte also die Zahl der zu diesen Einzelparlamenten zu wählenden Abgeordneten festgestellt werden. In den Bundesstaaten, die nur einen Abgeordneten zum Reichstag wählen, könnte man eine ganz einfache Bestimmung gelten lassen, daß sie ebenso viele Abgeordnete in den Landtag entsenden, als das gegenwärtig der Fall ist, und auch für diejenigen Bundesstaaten, bei denen eine Gruppe von Reichstagswahlkreisen mit größeren Verwaltungseinheiten wie mit den bayerischen Regierungsbezirken zusammenfallen, könnte man ebenso viele Landtagsabgeordnete für jede große Verwaltungseinheit festhalten, als bisher von ihr in den betreffenden Landtag gesandt wurden. Ebenso ließ sich auf Grund ähnlicher An-

passung von Reichstagswahlkreisen und gegenwärtigen Landtagswahlkreisen in anderen Bundesstaaten an die bisherige Stärke der Landtagsvertretung anknüpfen, so daß nur für wenige Bundesstaaten eine reichsgesetzliche Festlegung der auf jeden Reichstagswahlkreis entfallenden Zahl von Landtagsabgeordneten zu geschehen hätte.

Würde man dann auf dem Wege der Reichsgesetzgebung weiter bestimmen, daß auf Grund einer reichsgesetzlich genau umschriebenen Verhältniswahlordnung die Wahlen der Landtagsabgeordneten für jeden Reichstagswahlkreis an jedem Reichstagswahltag stattzufinden hätten, so wäre mit einem derartigen Gesetz für alle Bundesstaaten die Gleichheit der Wahlrechte und ihre Übereinstimmung mit dem Reichstagswahlrecht und damit die Hinwegräumung außerordentlich wichtiger Hindernisse für die Einheit der Gesetzgebung, der zentralen und der partikularen, im Reiche geschaffen. Statt zahlreicher Wahlrechtskämpfe in den einzelnen Bundesstaaten, die doch das ganze Reich in Mitleidenschaft ziehen würden, käme man auf diesem Wege zu einer eindeutigen und verhältnismäßig raschen Erledigung der Wahlrechtsfragen.

Sollte der gegenwärtige Reichstag, was man durchaus nicht annehmen muß, einer Lösung dieses Problems abgeneigt sein, so würde aller Wahrscheinlichkeit nach eine kommende Reichstagswahl, die das Volk auch zur Entscheidung dieser Frage aufrufen würde, das gewünschte Ergebnis zeitigen.

Diese Lösung ist nicht tadellos, denn sie überträgt eine Reihe von Fehlern des Reichstagswahlgesetzes auf die Landtage. Trotz dieses Mangels würde damit in allen Bundesstaaten ein offenkundiger Fortschritt gesichert sein; alle Verbesserungen des Reichstagswahlrechts würden von selbst den Einzelstaaten zugute kommen. Alle Widerstände reaktionärer Regierungen und Parlamentsmehrheiten in den Einzelstaaten, alle Hemmungen der ersten Kammern, ja auch die schier unüberwindlich scheinenden mecklenburgischen Schwierigkeiten würden auf diesem Wege aus der Welt geschafft werden.

Es bleibt genugsam an den Hoheitsrechten der Einzelstaaten bestehen, wenn man in dieser Weise mit den Schwierigkeiten der Wahlreform in den Gliedstaaten des Reiches austräumt. Die Ordnung der Finanzen des Reiches, der Wiederaufbau nach dem Kriege werden so viele Stärkung der Reichsgewalt auf Kosten des Partikularismus erfordern, daß demgegenüber unser Vorschlag nicht mehr stark ins Gewicht fallen dürfte. Gerade die tief einschneidende Gesetzgebung, die die Überführung zur Friedenswirtschaft und die wirtschaftliche Erholung Deutschlands erfordert, macht eine möglichst große Übereinstimmung von Reichsparlament und Einzelparlament, von Reichsgesetzgebung und einzelstaatlicher Gesetzgebung, von Reichsverordnungsgewalt und einzelstaatlicher Verordnungsgewalt, von Gesetzgebung und Verwaltung notwendig, daß schon aus diesen Erwägungen heraus die gründliche Reform der Wahlgesetze für die einzelstaatlichen Parlamente und die vollkommene Übereinstimmung der Grundlagen der parlamentarischen Vertretungen des Reiches und der Einzelstaaten notwendig erscheint.

Aus all diesen Erwägungen ist dieser Vorschlag der reichsgesetzlichen Ordnung der einzelstaatlichen Wahlrechte erwachsen. Seine rasche Prüfung und baldige Durchführung scheint uns eine dringliche Aufgabe unserer Zeit zu sein.

Die Neue Zeit

Wochenschrift der Deutschen Sozialdemokratie

2. Band Nr. 9

Ausgegeben am 1. Juni 1917

35. Jahrgang

Nachdruck der Artikel nur mit Quellenangabe gestattet

Die Befreiung der Nationen.

Von R. Kautsky.

(Fortsetzung.)

5. Die Herstellung des modernen Nationalitätenstaats durch Anpassung des Staates an die Nationalität.

Die bisher betrachteten Methoden der Bildung eines Nationalstaats aus verschiedenen Völkerelementen sind Methoden langsamer, allmählicher, wenn auch nicht immer friedlicher Umformung der Völker innerhalb des Bereichs eines gegebenen Staates, dessen Umfang dabei unverändert bleibt, wenigstens nicht durch diesen Prozeß geändert wird. Es ist ein Prozeß innerer Politik und Ökonomie. Ganz anders gestaltet sich die Sache dort, wo sich verschiedene Nationalitäten innerhalb eines gemeinsamen Staates gegenüberstehen, von denen keine imstande ist, die anderen aufzusaugen, und von denen jede ein kraftvolles politisches Leben ihrer Volksmassen entwickelt, jede nach einem Staatswesen drängt, das ihr dienstbar gemacht wird. Wir haben bereits darauf hingewiesen, wie leicht bei diesen Kämpfen die Klassen-gegensätze innerhalb der Nationen durch nationale Gegensätze zurückgedrängt werden.

Wo eine Nationalität auf solche Bedingungen stößt, dort wird sie, namentlich wenn sie in der Minderheit ist und ihre Stellung im gegebenen Staate eine hoffnungslose erscheint, ihn nicht umzubilden, sondern umzustürzen oder mindestens sich ihm durch eine Veränderung seiner Grenzen zu entziehen trachten.

Das Ziel dieses Prozesses ist nicht durch allmähliche Umbildung zu erreichen, sondern nur durch eine plötzliche Katastrophe des Staates, durch Revolution oder Krieg.

Man hat die Gesellschaft als einen Organismus bezeichnet. Dementsprechend könnte man den Staat als einen Mechanismus betrachten. Er ist weit starrer als jene. Die Gesellschaft wird durch Gesetze beherrscht, die mit der Macht von Naturgesetzen wirken und in der Tat aus der Natur hervorgehen, der Menschennatur.

Der Staat dagegen wird durch Gesetze geregelt, die seiner Bevölkerung bewußt zu bestimmten Zwecken durch die Machthaber auferlegt werden — seien es Monarchen, Aristokraten oder Organisationen von Volksmassen. Die Gesellschaft ist in stetem Wandel begriffen, der meist ganz unmerklich vor sich geht. Mit den gesellschaftlichen Bedingungen wechseln auch die gesellschaftlichen Gesetze. Die Menschennatur reagiert auf jeden Reiz in der ihrem Wesen entsprechenden Weise. Wechselt der Reiz oder wechseln die Bedingungen, unter denen er ausgeübt wird, so wechseln notwendigerweise von selbst auch seine Wirkungen auf die Menschen. Die Gesetze des Staates da-

gegen bleiben die gleichen, solange sie nicht ausdrücklich abgeändert oder aufgehoben werden. Ihre Wirkung freilich oder das Maß ihrer Durchführung bleibt vom Wechsel der gesellschaftlichen Verhältnisse nicht unberührt. Aber die Staatsgesetze selbst können, wenn die Machthaber ein Interesse an ihnen haben, ja schon aus Gewohnheit und Unverstand erhalten bleiben, während die gesellschaftlichen Bedingungen aufhören, unter denen jene Gesetze geschaffen wurden und ihren Zweck erfüllen. So erben sich bekanntlich Gesetz und Rechte wie eine ewige Krankheit fort. Die staatlichen und die gesellschaftlichen Gesetze können in immer stärkeren Gegensatz zueinander geraten, bis eine staatliche Katastrophe sie wieder in Übereinstimmung zueinander bringt.

Noch starrer als der innere Bau ist jedoch der Umfang des Staates. Im inneren Leben eines Staates sind Katastrophen möglich, aber doch nicht unter allen Umständen unvermeidlich, um ihn geänderten Verhältnissen anzupassen. Die gewaltsamen Katastrophen sind da die Ausnahmen, die Regel bilden Änderungen einzelner Gesetze als Resultate von Machtverschiebungen zwischen Klassen, Parteien, Koterien, die ihre Gegensätze auf dem gegebenen Boden des Staates miteinander ausfechten.

Diesen Boden ungeschmälert zu erhalten, ist aber das gemeinsame Interesse aller Klassen im Staate, die an seiner Ausbeutung teilhaben oder erhoffen, Anteil an ihr zu gewinnen. Dies gemeinsame Interesse und insofern das Interesse der Nation, das heißt der Gesamtheit der Klassen, widerseht sich jeder Schmälung des Staatsgebiets.

Auch hier zeigt sich ein wesentlicher Unterschied zwischen Staat und Gesellschaft. Es ist nicht immer möglich, den Umfang der Gesellschaft festzustellen. Die Gesellschaft bedeutet die Gesamtheit oder die Summe der Menschen, die in dauernden und notwendigen Beziehungen zueinander stehen. Die Größe dieser Summe wechselt mit den ökonomischen Bedingungen, namentlich denen des Verkehrs. Wo ein Gemeinwesen in völliger Abgeschlossenheit für sich lebt, ist sie gleich dieser Gemeinschaft. In der kapitalistischen Produktionsweise dagegen besteht die Tendenz, die Gesellschaft und die Menschheit zu gleichbedeutenden Begriffen zu machen. Zwischen diesen beiden Extremen kann der Umfang der Gesellschaft die verschiedensten Grade der Ausdehnung erreichen. Die antike Gesellschaft umfaßte zum Beispiel das Gebiet um das Mittelmeer herum. Zu ihr gehörten natürlich nicht Amerika und Australien, aber auch nicht Ostasien, Afrika südlich der Sahara und der nördlichste Teil Europas. Doch wäre es unmöglich, innerhalb dieses Gebiets die Grenzen der antiken Gesellschaft genau abzustechen. Die Grenzen der Gesellschaft werden auch nie umstritten, und wo sie sich erweitern, geschieht es unmerklich.

Ganz anders steht es mit den Grenzen des Staates. Sie werden genau abgesteckt und von seinen Herren ebenso wie von denen, die hoffen, seine Herren zu werden, als ihr gemeinsamer Besitz ebenso eifersüchtig gehütet, wie jeder von ihnen seinen persönlichen Besitz hütet. Einer Minderung dieses Besitzes widersehen sich alle diese Schichten. Sie ist nur durch Gewalt zu erreichen.

Ist für den inneren Bau eines Staates der Weg seiner allmählichen Umwandlung durch friedliche Detailgesetzgebung die Regel und die gewaltsame Katastrophe die Ausnahme, so ist eine Änderung im Umfang eines Staates

bisher fast nur auf gewaltsamem Wege, durch Insurrektion oder Krieg möglich gewesen. Die Katastrophe bildet hier die Norm.

Eine Abweichung davon findet höchstens dort statt, wo sich der Staat nicht im Besitz einer oder mehrerer Klassen befindet, kein Teil des Volkes Anteil an seiner Beherrschung hat oder erwartet, sondern wo er das private Eigentum einer Familie, einer Dynastie geworden ist, die über ihn nach Belieben verfügen, ihn oder Stücke davon als Erbgut, Mitgift, Kaufpreis oder Pfand anderen Familien überlassen kann. In diesem Stadium sind die Staatsgrenzen in ständigem Wechsel begriffen und sind Kriege nicht die einzige Ursache ihrer Änderungen. Aber deren überwiegende Ursache ist auch da der Krieg. Und das Stadium dieses Absolutismus bildet nur eine vorübergehende und engbegrenzte Erscheinung in der Geschichte.

Die Bildung neuer Nationalstaaten aus bestehenden Nationalitätenstaaten war und ist also nur möglich auf dem Wege der Gewalt. Diese kann die Form gewaltsamer Revolution annehmen, gewaltsamer Empörung der unterdrückten oder getrennten Nation gegen diejenigen Staatsgewalten, die sie niederhalten oder ihre Vereinigung hindern. Die zweite mögliche Form der Gewalt zur Durchsetzung jenes staatlichen Umsturzes ist die des Krieges einer bestehenden Staatsgewalt, die ein Interesse an der Befreiung und Einigung der betreffenden Nation hat, gegen jene Staatsgewalt, die sich dem widersetzt.

Wir haben bereits gesehen, daß der revolutionäre Weg der Herstellung von Nationalitätenstaaten immer mehr versagt, da die bürgerlichen Klassen aufgehört haben, revolutionär zu sein. Auch schließt der proletarische Klassenkampf ein dauerndes Zusammengehen des Proletariats mit den bestehenden Klassen der Nation oder gar eine freiwillige Unterordnung des Proletariats unter die ausbeutenden Klassen der Nation zur Führung des nationalen Kampfes aus. Diese Klassen selbst ziehen heute einen Zustand der nationalen Unterdrückung, der ihre ökonomische Herrschaft nicht antastet, dem einer Revolution vor, die sie national befreien würde, aber sie ökonomisch zu expropriieren droht.

So hat nach beiden Seiten hin die Revolution als Mittel der nationalen Befreiung innerhalb der bestehenden Gesellschaftsordnung ihre Bedeutung verloren. Um so mehr wurde zeitweise der Krieg einzelner Machthaber als Mittel der Befreiung mancher Nation ins Auge gefaßt. In den Kriegen der Dynastien sind aber seit Napoleon I., der sich zuerst im vorigen Jahrhundert als Völkerbefreier gebärdete, die Völker in der Regel die Genarrten gewesen, die sich von ihnen durch die Verheißung nationaler Befreiung als Werkzeuge gebrauchen ließen. Auf jeden Fall ist das Mittel für die Völker, denen es angepriesen wird, ein höchst unsicheres und zweischneidiges.

Diese Gestaltung der politischen Situation ist jedoch nicht das einzige Hindernis, dem die Bildung des vollkommenen Nationalstaats begegnet. Andere Hindernisse können erstehen aus ökonomischen Notwendigkeiten.

Der Nationalstaat ist vom demokratischen Standpunkt aus sicher die vollkommenste Form des modernen Staates, diejenige, in der die Volksmasse sich am ehesten politisch zur Geltung bringen kann, weil sie dort in ihrer Gesamtheit die Staatsprache, die Sprache des politischen Lebens, der politischen Information und Agitation beherrscht. Aber der moderne Staat muß eine Form haben, die nicht nur den politischen, sondern auch den

ökonomischen Bedürfnissen entspricht. Und wo beide in Konflikt miteinander geraten, kann leicht das politische, demokratische Bedürfnis ins Gedränge kommen.

Auch hier müssen wir wieder an den Faktor erinnern, der mit der modernen Produktionsweise aufgekommen ist und der den modernen Staat, die moderne Nationalität geschaffen hat: den Verkehr.

Es ist ein Unsinn, zu behaupten, der moderne Staat müsse eine Wirtschaftseinheit bilden. Kein Staat ist eine solche. Aber er muß, wie wir schon einmal bemerkt, eine Verkehrseinheit bilden, und zwar in dem Sinne, daß innerhalb seiner Grenzen der Verkehr seiner einzelnen Teile untereinander leichter ist als der Verkehr mit dem Ausland. Das wird erreicht auf dem Wege der Abschließung des letzteren durch eine Zollgrenze sowie andererseits durch Aufhebung aller inneren Zölle und den Ausbau eines Netzes von Kommunikationen — Straßen, Kanälen, schließlich Eisenbahnen. Eine solche Verkehrseinheit herzustellen ist offenbar nur dann möglich, wenn alle Teile des Staatsgebietes räumlich zusammenhängen.

Der feudale Staat bedurfte dieses Zusammenhanges nicht. Seine einzelnen Gebiete waren ökonomisch voneinander unabhängig, genügten sich im wesentlichen selbst. Ein feudaler Fürst konnte Herrschaften in den verschiedensten Gegenden zerstreut besitzen. Die Habsburger besaßen bis ins neunzehnte Jahrhundert hinein Gebiete in Baden und Württemberg, die Hohenzollern in der Schweiz. Für einen modernen Staat wäre derartiges ganz unmöglich.

Hand in Hand mit den Bedürfnissen des Verkehrs gehen die der Kriegführung, die eng damit zusammenhängen. Unter gleichen Umständen hat die größere Armee stets die besseren Aussichten. Die Ausdehnung der Armee wird aber bedingt durch den Stand der Verkehrsmittel. Je vollkommener diese, desto größer kann die Armee sein, desto größere Truppenmassen kann man an einem Punkte rasch konzentrieren, desto länger kann man sie zusammenhalten und mit Proviant und Kriegsmaterial versorgen. Die Heere des Mittelalters waren klein, schwerfällig, nicht lange zusammenzuhalten. Gegen die waren einzelne Burgen und Städte selbst dann zu verteidigen, wenn kein Entsatz den Belagerten winkte. Das Bedürfnis, den Staat so zu gestalten, daß rasch große Truppenmassen aus allen seinen Teilen zusammenströmen konnten, bestand damals noch nicht. In der modernen Kriegführung dagegen macht sich dies Bedürfnis immer mehr geltend, es wirkt auf die Gestaltung der Staatsgrenzen in derselben Richtung, wenn auch nicht immer in derselben Weise wie das ökonomische.

Die Bedürfnisse der Kriegführung wie des Verkehrs in unserer Zeit erzeugen den Drang nach einem geschlossenen Staatsgebiet. Das Gebiet einer Sprache oder Nationalität ist aber keineswegs immer ein geschlossenes. Seit den Zeiten der Völkerwanderung ist es in Europa wohl zu Wanderungen ganzer Völker nicht mehr gekommen. Aber Wanderungen einzelner Volksteile gingen und gehen immer wieder vor sich. Heute sind es meist Wanderungen in die Städte, wo die Zuwandernden, wenn sie fremde Sprachen sprechen, sich leicht assimilieren. In früheren Jahrhunderten waren viele der Wandernden Bauern, die in dem neuen Lande, in dem sie sich niederließen, fortzuführen, als Bauern ihr eigenes ökonomisches Leben zu führen, und die daher ihre ursprüngliche Sprache bewahrten. So finden wir in den verschied-

densten Ländern Europas, und zwar um so mehr, je weiter wir nach Osten kommen, Sprachinseln, deren Bewohner eine Sprache sprechen, die verschieden ist von der des größeren Gebiets, in dem sie eingesprengt sind. Andererseits sind die Grenzen der Sprachgebiete nicht immer streng zu ziehen. Bewohner verschiedener Nationalitäten wohnen in manchen Gegenden in einem Maße durcheinander, daß es schwer ist, festzustellen, welcher Nationalität dies Gebiet angehört.

Die Herstellung eines Nationalstaats darf also nicht dahin aufgefaßt werden, als handle es sich dabei darum, alle Gebiete, die von der gleichen Nationalität bewohnt werden, ihm einzuverleiben. Auch diejenigen, die dem deutschen Nationalstaat, den sie ersehnten, die Grenzen nicht weit genug ziehen konnten, dachten nicht daran, etwa Siebenbürgen mit seinen Sachsen für ihn zu beanspruchen. Beim Nationalstaat kann nur das geschlossene Sprachgebiet in Betracht kommen. Jede lebensfähige Nationalität bewohnt ein solches. Bei der Zuteilung der gemischten Bezirke an den Grenzen jenes Gebiets wird ein gegenseitiges *do ut des* unvermeidlich. So forderte zum Beispiel die »Neue Rheinische Zeitung« (Marx oder Engels) im August 1849, daß Deutschland sich mit Polen wegen Posen verständige.

Die Herstellung Polens und seine Grenzregulierung mit Deutschland ist nicht nur notwendig, sie ist bei weitem die lösbarste von all den politischen Fragen, die seit der Revolution in Osteuropa aufgetaucht sind. . . .

Daß bei dem Durcheinander von Deutsch und Polnisch an der Grenze und namentlich an der Küste beide Teile sich gegenseitig etwas nachgeben, daß mancher Deutsche polnisch, mancher Pole hätte deutsch werden müssen, verstand sich von selbst und hätte keine Schwierigkeit gemacht.

Aber die Schwierigkeit bestand eben darin, jenes »gegenseitige Nachgeben« herbeizuführen. Eine andere Schwierigkeit bei der Herstellung eines Nationalstaats kann sich dort bilden, wo natürliche Grenzen des Staates vorhanden sind, die sich mit der Sprachgrenze nicht decken. Es gibt Gebiete, die von Natur aus Verkehrseinheiten bilden, die nicht erst durch Zollgrenzen vom Ausland abgetrennt, nicht erst durch künstliche Verkehrswege zusammengeschlossen werden, sondern die von natürlichen, schwer überschreibbaren Grenzen umgeben und innerhalb dieser durch natürliche Verkehrswege, zum Beispiel die Täler und Wasserläufe eines Flußgebiets zu einem regeren inneren Verkehr veranlagt sind. Ein solches Gebiet bietet eine natürliche Grundlage für ein Staatswesen und läßt sich schwer in gesonderte Staaten trennen, auch wenn es von mehreren Nationen bewohnt wäre.

Selbstverständlich kann man von natürlichen Grenzen und Verkehrswegen nicht in dem Sinne sprechen, daß sie von Natur aus ein für allemal gegeben seien. Es hängt vielmehr von der Höhe der Technik und Ökonomie ab, ob und in welcher Weise sie wirken. In den Anfängen der Kultur können dichte Wälder ein starkes Hindernis des Verkehrs zwischen zwei benachbarten Völkern, eine natürliche Grenze zwischen ihnen bilden. In keinem Kulturland ist das heute mehr der Fall. Breite, tiefe Ströme können zu bestimmten Zeiten trennend, zu anderen vereinigend wirken. Auch Gebirge bilden kein absolutes Hindernis des Verkehrs.

Im Zeitalter des Kapitalismus mit seiner riesenhaften Entfaltung der Technik verlieren die natürlichen Grenzen zusehends an Bedeutung. Doch wirken sie in unsere Zeit noch hinein, schon durch die historischen Bedin-

gungen und Traditionen, die sie geschaffen haben und die für die Bedürfnisse der Völker und damit für ihre Selbstbestimmung nicht gleichgültig sind.

Wir gedenken bei einer anderen Gelegenheit konkrete Beispiele dafür zu geben, einstweilen sei nur noch bemerkt, daß man den Einfluß der natürlichen Bedingungen auf die Formung der Staatsgrenzen nicht außer acht lassen, aber auch nicht überschätzen darf. Es wird mit dem geographischen Faktor heute mancher Unfug getrieben, manches staatliche Gebilde, das dynastische Familienpolitik oder der Wiener Kongreß von 1815 geschaffen hat, als Produkt einer Naturnotwendigkeit hingestellt. Das gehört zu den Versuchen, die moderne Naturwissenschaft den Bedürfnissen sozialer und politischer Machthaber dienstbar zu machen, wie man ja auch den Krieg oder die Kolonialpolitik darwinistellend als Naturnotwendigkeit zu erklären sucht.

Es ist zum Beispiel ein Unsinn, die österreichische Monarchie als eine natürliche Verkehrseinheit zu betrachten, anzunehmen, daß etwa Galizien und Bosnien, die Bukowina und das Trentino durch die Natur mehr aufeinander angewiesen wären als auf den Verkehr mit ihren nächsten Nachbarn außerhalb der Zollgrenzen.

So verschieden und meist wenig bestimmt aber auch in der heutigen Produktionsweise die natürlichen Bedingungen für die Grenzbestimmung der Staaten sein mögen, ein natürliches Bedürfnis hat jeder moderne Staat: das des Zuganges zum Weltmeer. Dieses Bedürfnis bestand nicht für den feudalen Staat, es wird dringend für einen kapitalistischen Staat, für den die Teilnahme am Welthandel kein Luxus, sondern eine Lebensfrage ist. Das Weltmeer bildet, wenigstens im Frieden, die freie Straße aller Nationen, die keine der anderen absperrt. Dagegen bleibt ein Staat, der nicht ans Meer grenzt, stets abhängig, auch im Frieden, von der Verkehrspolitik seiner Nachbarn, nicht bloß von ihrer Zollpolitik, sondern auch von ihrer Verkehrspolitik, von der Art der Anlage ihrer Eisenbahnen und Kanäle, von ihren Frachtraten usw. Diese Abhängigkeit kann für sein ökonomisches Leben oft geradezu mörderisch werden. Manche Nationalität wird es schon aus diesem Grunde vorziehen, in einem großen Nationalitätenstaat zu wohnen, in dem sie freien Zugang zum Meere hat, als sich einen eigenen Nationalstaat zu schaffen, der vom Meere abgeschlossen wäre. Andererseits wird ein Staat, auch wenn er ein Nationalstaat ist, nicht davor zurückschrecken, ein Gebiet zu besetzen, das von einer fremden Nationalität besetzt ist, wenn er nur auf diese Weise Zugang zum Meere erhält. Und erst recht wird ein Staat, der bereits einen Seehafen und nur den einen besitzt, ihn mit allen Mitteln verteidigen, selbst wenn das nur durch Verletzung des Nationalitätsprinzips möglich ist.

Auch vom Standpunkt internationaler Demokratie wird man in einem solchen Falle nicht für die einzelne Hafenstadt das Prinzip der Selbstbestimmung angebracht sehen. Das Ganze ist wichtiger als der Teil, und es geht nicht an, daß das ökonomische Leben zahlreicher Millionen eingeschnürt wird um der nationalen Wünsche einiger Tausende willen.

Zu diesen natürlichen Hindernissen der Herstellung eines Nationalstaats gesellen sich, wie schon bemerkt, noch historische, traditionelle. Sie sind ebenso wie jene zu beachten und in Einzelfällen zu studieren, obwohl auch sie, ebenso wie die meisten natürlichen, im Laufe der kapitalistischen Entwicklung die

Tendenz haben, überwunden zu werden. Doch sind leider die Traditionen mächtiger und tiefer gewurzelt, als wir Revolutionäre geneigt sind, anzunehmen, und sie haben uns schon manche unangenehme Überraschung bereitet.

Unter den Faktoren, die unabhängig von der Nationalität, das heißt der Sprachgemeinschaft, Völker trennen und vereinigen, ehe die moderne Nationalität aufkommt, spielt namentlich die Religion eine große Rolle. Sie war bis vor kurzem noch in Osteuropa, ist noch im Orient mächtiger als die Nationalität, spielt aber auch in Westeuropa hie und da noch eine Rolle.

In der Zeit nach der Auflösung der alten, auf Blutbanden beruhenden Stammesorganisation wird, ehe der wachsende Verkehr die modernen Nationalitäten schafft, die kirchliche Organisation das mächtigste Band, das die Volksmassen zusammenhält, ein Band, viel dauerhafter als die staatlichen Organisationen, die in jenem Zwischenstadium meist recht lockerer und vergänglicher Natur sind. Wo ein fremder Eroberer eindringt und die einheimische Bevölkerung unterjocht, bleibt dieser oft nur die kirchliche Organisation als Halt übrig, ohne den sie völlig widerstandslos würde, an dem sie daher mit äußerster Zähigkeit, nicht selten mit wildestem Fanatismus festhält, der gleichem Fanatismus der über den Widerstand erbosten Eroberer begegnet.

Unter bestimmten historischen Bedingungen, die allerdings heute eine gewisse Rückständigkeit bedeuten, kann die Religion ein starkes Bindemittel in einem Nationalitätenstaat bilden. So beruht der Nationalitätenstaat der Habsburger nicht zum wenigsten auf der Kraft der katholischen Kirche, der vier Fünftel seiner Bevölkerung angehören.

Anderer Art ist ein Band des Nationalitätenstaats, das nicht der Rückständigkeit entspringt. Dort, wo er seinen Einwohnern Vorteile bietet, die sie bei den Nachbarn nicht finden, werden seine Bewohner ihm anhängen, auch wenn der Nachbar ein Nationalstaat der eigenen Nation ist. Demokratie und Milizsystem halten Franzosen, Deutsche, Italiener in der Schweiz zusammen und lassen dort keinerlei Irredenta aufkommen.

Daneben kann es freilich Vorteile im Nationalitätenstaat geben, die nur einer Nation zuteil werden, nur für die Mitglieder dieser Nation ein Motiv werden, den gegebenen Staat einem Nationalstaat vorzuziehen.

In Österreich zum Beispiel kommt eine deutsche Irredenta, ein Sehnen der Deutschen nach staatlicher Vereinigung mit den Nationsgenossen im Reiche nicht auf, wenn die Deutschen das Gefühl haben, daß sie die herrschende Nation im Staate sind. Dagegen konnte jenes Sehnen sehr stark anwachsen in Zeiten, die eine Vorherrschaft des Slawentums zu bringen schienen. Umgekehrt bei den Tschechen. In einem slawisch orientierten Österreich sind sie die wärmsten Anhänger des Nationalitätenstaats. Der Gedanke eines nationalen Staates findet bei ihnen Anhang nur dann, wenn der Nationalitätenstaat vom Deutschtum beherrscht erscheint.

Alle diese Faktoren: Zerissenheit des Sprachgebiets, Sprachinseln, Mischung der Sprachen in den Grenzgebieten der Nationalitäten; Unterschied von Sprachgrenzen und natürlichen Grenzen, Notwendigkeit freien Zuganges zum Weltmeer, historisch gegebene Bedingungen der Religion und der Politik — alle diese Faktoren können der Tendenz nach Durchsetzung des Nationalstaats in manchen Gegenden und zu manchen Zeiten

schwere Hindernisse innerhalb der Bevölkerung selbst bereiten. Das Streben nach nationaler Selbständigkeit, das mit dem modernen Verkehr und der damit erstehenden modernen Demokratie eng verbunden ist, wird dadurch nicht abgeschwächt, aber es nimmt nicht überall die Form des Strebens nach dem Nationalstaat an.

Es wäre unsinnig, dem modernen nationalen Drang in der Form Rechnung fragen zu wollen, daß man eine Sprachkarte Europas hernimmt und beschließt, die dort verzeichneten Sprachgebiete seien in ebenso viele Nationalstaaten zu verwandeln. Ganz abgesehen von den äußeren Hindernissen, die in den überlieferten Machtverhältnissen der Staaten gegeben sind, würde ein derartiger Beschluß auf den Protest gar mancher der Nationalitäten selbst stoßen, die in dieser Weise befreit werden sollten, oder wenigstens auf den Protest einzelner ihrer Gebiete oder Klassen.

Die internationale Sozialdemokratie kann daher aus dem Grundsatz der Selbstbestimmung der Völker nicht die Konsequenz ziehen, daß der Nationalstaat die einzige Form ist, sie zu verwirklichen. Nicht nur in der praktischen Verwirklichung, sondern auch als Programmpunkt läßt sich für bestimmte Verhältnisse neben dem Nationalstaat die bloße nationale Autonomie im Rahmen eines Nationalitätenstaats nicht umgehen. Und auf der anderen Seite wird man mindestens für lange hinaus auch in manchen Nationalstaaten mit Sprachinseln, mit nationalen Minoritäten zu tun haben, die gegen nationale Vergewaltigung zu schützen sind, das heißt dagegen, daß sie gewaltsam an dem Gebrauch der Sprache behindert werden, die sie beherrschen, oder daß sie durch die Zugehörigkeit zu ihrer Sprachgemeinschaft minderen Rechtes im Staate werden.

Dagegen wäre es ein höchst reaktionäres Beginnen, die nationalen Minoritäten durch künstliche Mittel vor allen ökonomischen und sozialen Faktoren behüten zu wollen, die von selbst, durch die bloße Macht der Tatsachen die nationale Assimilation der Minoritäten an ihre Umgebung herbeiführen.

Wir müssen gegen die Vergewaltigung der nationalen Minoritäten auftreten, weil wir uns als Sozialisten und Demokraten gegen jede Vergewaltigung einer Volksschicht im Staate und in der Gesellschaft wenden müssen, wie wir zum Beispiel auch jede Vergewaltigung einer Religionsgemeinschaft ablehnen. Aber so wenig wir dadurch verhindern wollen, daß die Religion ihren Halt im Volksbewußtsein verliert und verschwindet, so wenig wollen wir verhindern, daß sprachliche Verschiedenheiten aufhören, die zwei Völker trennen. Nicht aus Interesse für die Nationalität, sondern nur aus Interesse für die Demokratie sind wir gegen jede Vergewaltigung nationaler Minderheiten.

(Fortsetzung folgt.)

Vom Sirenenlied bis zum „heißesten Wunsch“

Von Hans Marchwald.

Am 5. November 1915 empfahl Karl Rautsky in Nr. 6 der Neuen Zeit der Minderheit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, sich dem Fraktionszwang künftig nicht mehr zu unterwerfen. Damals sah er in den Umständen, die »die Minderheit verhindern, sich frei zu äußern«, und »nicht

in der offenen Aussprache der Minderheit« die »große Gefahr für die Einheit der Partei«. Heute hat sich gezeigt, daß zwar nicht die freien Meinungsäußerungen der Minderheit die Einheit der Partei vernichtet haben, wohl aber ihr Vorgehen an der Stelle und in der Form, die Kautsky ihr empfahl. Indem sie auf Kautskys Rat die gemeinsame Aktion der Partei in der Volksvertretung durchbrach, hob sie die Einheit der Partei auf. In Nr. 23 des laufenden Jahrgangs der Neuen Zeit vom 9. März 1917 befeuert Kautsky, daß sich das Proletariat wieder zu einer einigen und geschlossenen sozialdemokratischen Partei zusammenschließe, sei auch sein »heißester Wunsch«. Solange diesem Wunsche die Erfüllung fehlt, wird jeder von denen, die durch ihre Sonderaktion vom Dezember 1915 das Gefüge der Partei ins Wanken brachten, sofern ihn das Resultat seines Verhaltens schmerzt, auf Kautsky nur die Worte anwenden können, mit denen Karl Moor auf die Leiche Spiegelbergs weist, der ihn zuerst in die böhmischen Wälder lockte: »War's nicht dieser, der mir das Sirenenlied trällerte?« Daß Kautskys angebliches Mittel, die Einheit der Partei zu retten, diese Einheit vernichtete, ist heute durch die Beschlüsse des Parteiausschusses und des Parteivorstandes auch formell ausgesprochen worden. Mit der Sonderaktion der Fraktionsminderheit hätte, auch wenn die organisatorische Spaltung der Partei nie eingetreten wäre, die tatsächliche Einheit der Partei bereits mindestens zeitweilig aufgehört. Wenn man zwei im Parlament verschieden handelnde Gruppen als »eine Partei« bezeichnet und sich dabei auf irgendwelche Paragraphen eines Organisationsstatuts beruft, handelt man so, als wenn man eine Sprechmaschine einen »Philosophen« nennt. Eine politische Partei ist eine Vereinigung von Personen, die an der Lösung gemeinschaftlicher Aufgaben in Staat und Gesellschaft durch einheitliche Handlungen arbeitet. Sowenig Graf Revnlow Flügel bekommt, wenn man ihn als »Friedensengel« bezeichnet, so wenig werden zwei Gruppen, deren Vertreter im Reichstag gegeneinander stimmen, zu einer einheitlichen Partei, weil sich diese Behauptung aus einem Organisationsstatut etwa juristisch herleiten läßt. Würde sich letzteres wirklich machen lassen, so wäre dies nur ein Beweis dafür, daß die Jurisprudenz der Logik widerspricht.

Deshalb ist auch die in Nr. 25 von Kautsky erhobene Beschuldigung unzutreffend, die organisatorische Trennung von der »Arbeitsgemeinschaft« und den anderen Sondergruppen sei darauf zurückzuführen, daß die »nationalsozialen Elemente« ihre Macht ausnutzen und daher die Opposition »oder wenigstens ihren entschiedensten Teil« loswerden wollen. Kautsky stürzt sich auf eine mit den Beschlüssen des Parteivorstandes und des Parteiausschusses nicht zu vereinbarende Resolution in einem Ort, in Kiel, wo die Stellung oppositioneller Anträge verboten worden ist. Im übrigen Deutschland ist die ganze Partei darin einig, daß jeder vollberechtigtes Mitglied der Partei soll bleiben dürfen, der alle nur möglichen Beschlüsse der Fraktion oder des Parteivorstandes tadelt oder zu mißbilligen beantragt; nur wer es billigt, daß die Einheit der Handlung durchkreuzt wird, daß ein Abgeordneter sich Fraktionsbeschlüssen, deren nachträgliche Mißbilligung jedem Genossen freisteht, nicht fügt, kann nicht Mitglied der Partei sein. Nicht gegen die Opposition oder ihre »Entschiedenheit« in der Bekundung ihrer Überzeugung innerhalb der Partei wandten sich die organisatorischen Maß-

nahmen des Parteivorstandes und des Partheiausschusses, sondern gegen die Durchkreuzung der Partheieinheit durch Sonderaktionen.

Kautsky spricht von der »Partheibureaukratie« und versteht darunter »die Macht der Führer und Vorstände«. Vergleichen Anzeichen von Partheibureaukratie gibt es an manchen Orten. Ich habe sie stets bekämpft. Nur ist die Bevormundung der Massen dadurch, daß sie nur noch zur Bestätigung sorgfältig vorbereiteter Beschlüsse der »Partheileitungen« oder »Vertrauensleute« zugelassen werden, zum Beispiel bei Wahlen zum Partheitag, in vielen Organisationen, die zur »Arbeitsgemeinschaft« halten, genau so groß wie in manchen zur Mehrheit haltenden Vereinen. Das Regiealent ist vielfach gerade drüben besonders fein entwickelt.

Wer den »heißesten Wunsch« hat, die Einheit der proletarischen Bewegung wieder zu erreichen, müßte seine ganze Kraft anstrengen, den Weg zur Stillung dieses leidenschaftlichen Sehnsens anzugeben. Von Kautsky wissen wir bisher nur, daß er die Spaltung der Fraktion, deren Ursachen in den geschichtlichen Ereignissen begründet sein mögen, durch seine Sirenen-töne jedenfalls veranlaßte, während wir Ratschläge zur Wiederherstellung der vernichteten Einheit bei ihm bis jetzt um so schmerzlicher vermissen, als seine Unterstützung der »Arbeitsgemeinschaft« (der jetzigen »Unabhängigen«) mit seinen »heißesten Wünschen« in schroffem Widerspruch steht.

Im Februar 1915 hatte die einheitsliche sozialdemokratische Fraktion gegen 4 Stimmen noch einmal die Unterwerfung jedes Fraktionsmitglieds unter die Fraktionsbeschlüsse gefordert. Und von den vier Genossen, die anderen Sinnes waren, gehört heute keiner zur »Arbeitsgemeinschaft«. Haase hat auf der Reichskonferenz gemeint, er und seine Freunde hätten »stumme Hunde« sein müssen, wenn sie ihrem eigenen Beschluß vom Februar 1915 gefolgt wären. Wenn diese Ansicht richtig wäre, so hätte Haase vom August 1914 bis zum Dezember 1915 zu einer verstummten Abart jener Haustiersorte gehört.

Nun sucht Kautsky in seinen Artikeln in Nr. 23 und 24 darzulegen, worin nach seiner Ansicht die Gegensätze bestehen, um die es sich jetzt handelt; es handle sich diesmal um mehr als um die Abstimmung über die Kriegskredite, es handle sich um einen tiefgehenden Gegensatz, der dieser Abstimmung erst ihre Bedeutung gebe. Als diesen Gegensatz stellt Kautsky nichts anderes hin wie den, den wir bis zum Kriege als »Radikalismus« und »Revisionismus« bezeichnen. Es soll sich darum handeln, daß die einen (die »Arbeitsgemeinschaft«) dem Proletariat durch den Klassenkampf den Weg zur Macht bahnen wollen, während die anderen (die Sozialdemokratie) sich bei dem Wettrennen um die Gunst der Regierung nicht ausschalten lassen wollen. Daß einzelne Parteigenossen sehr erheblich von den Auffassungen der Gesamtpartei und auch der Fraktion abweichen und in ihren Ansichten den bürgerlichen Parteien so nahe stehen, daß sie sich von diesen nur noch ganz wenig unterscheiden, ist nicht neu. Die »Sozialistischen Monatshefte« waren seit Beginn ihres Bestehens ein Tummelplatz von bürgerlichen Ansichten, die von eingeschriebenen Mitgliedern der sozialdemokratischen Partei veröffentlicht wurden. Zur Beurteilung des Streites zwischen »Arbeitsgemeinschaft« und sozialdemokratischer Fraktion haben wir aber als Grundlage nur eine Anzahl von Fraktionsbeschlüssen. Über Motive wird nicht abgestimmt. Kautsky wäre zu seiner Konstruktion des angeblich dem Streite zugrunde

legenden Gegenfages also nur berechtigt, wenn die fraglichen Beschlüsse nicht anders motiviert werden können. Bezüglich des wichtigsten Streitpunktes, der zu dem Konflikt Anlaß gegeben hat, bezüglich der Abstimmung über die Kriegskredite gibt aber Kautsky ausdrücklich zu, daß sie anders ausgelegt werden kann. Kautskys Annahme, es handle sich um eine Teilnahme am Wettrennen um die Gunst der Regierung, bleibt bis zum Beweis ein recht gehässiger Verdacht.

Kautsky stellt die Budgetfrage in den Vordergrund. Ich halte es für selbstverständlich, daß die Sozialdemokratie »grundsätzlich« — zum mindesten solange kein parlamentarisches Regiment besteht — das Budget ablehnt und höchstens aus taktischen Gründen in besonderen, auf ein möglichstes Mindestmaß herabzusetzenden Ausnahmefällen bewilligt. Aber just die Budgetfrage gab keinen Anlaß, die Fraktion durch Entziehung vom Fraktionszwang zu sprengen und dadurch die Partei zu spalten. Im Jahre 1915 stimmte die Fraktion ein einziges Mal für das Budget, und damals sagte sich der jetzt zur »Arbeitsgemeinschaft« gehörige Teil der Minderheit dem Fraktionsbeschluß, der jedem erlaubte, in der betreffenden Sitzung dem Reichstag fernzubleiben. Im Jahre 1916 stimmte die Fraktion gegen das Budget, und es steht fest, daß sie auch 1917 nicht für das Budget zu haben sein wird. Selbst wenn Kautsky annehmen sollte, die Fraktion stimme zwar gegen das Budget, aber sie tue es nicht »grundsätzlich«, so kann darin kein Grund liegen, eine Sonderfraktion zu bilden. Ob die Fraktionsmitglieder das Budget »grundsätzlich« ablehnen oder es alljährlich mit Rücksicht auf die besondere politische Situation verwerfen, ist wirklich ein zu feiner Unterschied, als daß sich die meisten Menschen damit ernsthaft aufhalten können. Man muß schon Freude an logischen Flohknackereien empfinden, um sich darüber in tiefgründige Untersuchungen einzulassen.

Der Revisionismus, der glaubt, durch Liebenswürdigkeit der Bourgeoisie oder der Regierung Zugeständnisse ablisten zu können, die über das Maß hinausgehen, das dem Proletariat auf Grund seiner wirklichen Macht erreichbar ist, existiert sicher in beiden Parteien, so gut in der Sozialdemokratie wie bei den »Unabhängigen«. Kautsky spricht in seinem Artikel von den »Bestrebungen, unsere alte, bewährte Taktik über Bord zu werfen und durch eine neue zu ersetzen, die den Geist des Nationalliberalismus aus dem Bürgerlichen ins Proletarische übersehen sollte und die man als Nationalsozialismus bezeichnen kann«. Das geistige Haupt dieser Richtung war Eduard Bernstein und ist es noch, da er ja erklärt hat, von seinen revisionistischen Anschauungen keine aufgegeben zu haben. Heute sieht Kautsky in Eduard Bernstein, der seine Grundauffassungen nicht änderte, den Typus des echten, marxistischen Sozialisten und meint, daß das bißchen theoretischer Krimskrams, das ihn von Bernstein trenne, seine Seelenharmonie mit diesem nicht störe. Vielleicht wird in einigen Jahren Scheidemann von ihm wieder als echter Klassenkämpfer des wahren Marxismus bewundert und Bernstein zur ewigen Verdammnis verurteilt werden.

Wenn auch das revisionistische Element in der »Arbeitsgemeinschaft« nicht fehlt, so soll doch nicht verkannt werden, daß es in der Sozialdemokratie einen ungleich größeren Prozentsatz ausmacht. Wenn es aber einen größeren Einfluß auf die Aktionen der Partei gewinnt, als ihm als kritische Minderheit zukommt, so trägt nur die »Arbeitsgemeinschaft« mit

den kleineren Sondergruppen zusammen daran die Schuld, indem sie die Mehrheitsverhältnisse in der Fraktion eigenmächtig dadurch verschob, daß sie sich den Fraktionsbeschlüssen nicht mehr fügte und dadurch ihren Ausschluß aus der Fraktion veranlaßte. Wenn neben einigen revisionistischen noch mehr marxistische Bestandteile der Sozialisten eine Sonderfraktion und damit eingeschlossen notwendig eine Sonderpartei bilden, so verschulden sie es, wenn nunmehr den Marxisten in der großen Partei nicht mehr der Einfluß zusteht, den sie vorher hatten.

Kautsky wirft die Frage auf, ob es von jetzt ab nur eine oder zwei Arbeiterparteien geben wird. Wer wirklich den »heißesten Wunsch« hat, daß sich das Proletariat wieder zu einer einigen und geschlossenen sozialdemokratischen Partei zusammenschließe, müßte mit mir von der »Arbeitsgemeinschaft« verlangen, daß sie sich der Fraktion wieder anschließe und ihren Beschlüssen füge. Wenn die »Arbeitsgemeinschaft« sich diesem Verlangen fügen würde, so wäre das Unheil, das diese Gruppe angerichtet hat, auf das Mindestmaß beschränkt, das nicht beseitigt werden kann, weil vergangene Taten nicht ungeschehen gemacht werden können. Ihre Ansichten in derselben Weise wie bis zum Dezember 1915 zu vertreten, müßte ihr unbenommen bleiben.

Solange sich die »Arbeitsgemeinschaft« diesem Verlangen nicht fügt, wird es zwei Arbeiterparteien geben, wenn nicht eine von ihnen sich als eine so gleichgültige und einflusslose Sekte herausstellt wie die Handvoll Anarchisten, die sich irgendwo in der harmlosen Tätigkeit des Diskutierens über irgendwelche Theorien üben. Ob es bei den »Unabhängigen« irgendwelche weltfremde Apostel gibt, die ernsthaft glauben, künftig werde ihre Gruppe die Arbeiterpartei sein und die Sozialdemokratie werde zur Sekte werden, weiß ich nicht. Wer mit offenen Augen beobachtet, was sich in den Gewerkschaften und in der Partei abspielt, weiß, daß diese Entwicklung ausgeschlossen ist.

Es gibt vielmehr nur zwei Möglichkeiten. Entweder werden die »Unabhängigen« zur Sekte oder zwei Arbeiterparteien kämpfen miteinander und sorgen so dafür, daß keine von ihnen Macht hat.

Das erstere wäre — immer wenn Kautskys »heißester Wunsch« nicht in Erfüllung geht — noch der glücklichste Ausweg. Die Führer der »Unabhängigen« würden sich dann — soweit sie den Weg zur Sozialdemokratie nicht zurückfinden — nur noch in der Rolle von Jungästen der Politik befinden. Das einzige Unheil, das sie stiften würden, wäre, daß der Sozialdemokratie dank ihrer einflusslosen Wirksamkeit zum geringen Nutzen der bürgerlichen Parteien eine Handvoll Stimmen bei den Wahlen verloren ginge, vielleicht auch dieses oder jenes Mandat. Andernfalls — wenn wirklich nennenswerte Massen des Proletariats den »Unabhängigen« beitreten und treu bleiben — hat das Großkapital, haben Junkertum und Bourgeoisie gewonnenes Spiel. Der Bruderkrieg des Proletariats würde sie politisch enorm stärken, und auch die Gewerkschaften würden in Mitleidenschaft gezogen werden. Die »Unabhängigen« fördern durch ihre bloße Existenz sehr radikal den Klassenkampf — der Bourgeoisie.

Freilich erwarte ich gerade deshalb, daß die Gruppe der »Unabhängigen«, wenn sie nicht freiwillig zur Sozialdemokratie zurückkehrt, keine parteibildende Kraft haben wird. Mit Kautsky bin ich nämlich überzeugt, daß es

»in proletarischen Organisationen doch immer die Stimmungen und Bedürfnisse der Massen sind, die sich durchsetzen und entscheiden, wenn auch nicht immer ohne harte Reibungen«. Die banale Wahrheit, daß Einigkeit stark macht und Zwietracht schwächt, bedarf keiner Begründung, so daß die Massen (gleichgültig, wie sie über die einzelnen Fraktionsbeschlüsse denken) mühelos merken müssen, welche Partei ihren Bedürfnissen entspricht und welche ihre Interessen durchkreuzt.

Selbst wenn die politische Theorie der »Unabhängigen« viel besser wäre wie die der Sozialdemokratie, wäre die Sondergruppe dadurch nicht gerechtfertigt, denn der Politiker wird nach den Wirkungen seiner Taten und nicht nach der logischen Folgerichtigkeit seiner Gedanken beurteilt. Aberdies kann sich auf die Güte ihrer Theorie die »Arbeitsgemeinschaft« schon deshalb nicht berufen, weil sie keine gemeinsame Theorie hat und ihre Ansichten über die Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie zwischen Schwarz, der sich für den unbeschränkten U-Bootskrieg begeistert, und Bernstein und Kautsky schwanken, ja bei Kunert und Henke schon die »Spartakus«-Grenze erreichen. Dazu kommt, daß die Spartakus-Leute sich jetzt selbst der Partei der »Unabhängigen« angeschlossen haben. Was die »Arbeitsgemeinschaft« außer der einen Frage, der Abstimmung über die Kriegskredite, zusammenhält, ist nur der Fraktionszwang, dem nach Haase seit dem Dezember 1915 nur »stumme Hunde« sich zu unterwerfen erbärmlich genug sind. So war es im Jahre 1916 vermutlich »nationalsozial«, für die Kriegsgewinnsteuer zu stimmen, während es 1917 die revolutionärste Klassenkampfaktik erforderte, einen Zuschlag zur »Kriegsgewinnsteuer« zu bewilligen. Was im vorigen Jahre als Begründung für die Ablehnung geltend gemacht werden konnte, traf diesmal genau so zu. Auch jetzt wurden die Mittel zur Deckung der Zinsen der Kriegsanleihen verwendet; auch jetzt kam es auf die sozialdemokratischen Stimmen nicht an, da der gesamte Reichstag sich genötigt sah, die Steuer zu bewilligen. Im Jahre 1916 hatten sogar einige Konservative an der Seite der »Arbeitsgemeinschaft« mit Nein gestimmt, während sich diesmal kein Konservativer gegen die Besitzsteuer erhob. 1916 war die Zustimmung natürlich ein Verstoß gegen unsere sieggekürnte Taktik, während sie 1917 von den Gegnern der Bewilligung vom Jahre zuvor gerechtfertigt wird.

In der Tätigkeit der »Arbeitsgemeinschaft« irgendeinen Nutzen für das Proletariat zu entdecken, wird niemand selbst mit Hilfe des schärfsten Mikroskops vermögen. Wie wenig die Sondergruppen aus den Bedürfnissen oder Stimmungen der Massen erwachsen sind, ergibt sich daraus, daß sie nirgends aus der Opposition der Massen emporgewachsen. Wo die Organisationen für oder gegen die sozialdemokratische Fraktion Stellung nahmen, folgten sie fast ausnahmslos der Haltung ihres Parteiblatts, das sie täglich für sich hatten denken lassen. Nicht die Stimmungen der Massen, sondern die einzelner Redakteure und vereinzelter anderer Führer kamen in der Parteiopposition zum Ausdruck. Nicht die Massen revoltierten gegen die Führer, sondern die Führer haderten miteinander und riefen die Massen an, durch Resolutionen zu entscheiden, wer recht hat. Im Duisburger Kreise sagte einer unserer Genossen: »Die Arbeiter sind im Grunde genommen einig, aber die Führer wollen sich miteinander nicht vertragen.« Und in Mül-

heim sagte nach einem meiner Referate in der Diskussion ein anderer Genosse: »Wer in der Frage, wie die Fraktion hätte abstimmen sollen, recht hat, weiß ich nicht. Aber das weiß ich, daß die Arbeiter davon S c h a d e n haben, daß nicht alle zusammen abgestimmt haben.« Hier bekommt Kautsky auch eine Antwort auf seine Frage, ob die proletarischen Massen ihn und die Seinigen »von der alten Garde als ein paar einsame Rufer in der Wüste im Stich lassen werden«. Die Trennung von dieser »alten Garde« ist der überwältigenden Mehrheit der Genossen überaus schmerzlich, aber unvermeidlich, solange diese »alte Garde« nicht mit den anderen einheitslich zu handeln bereit ist. Die Förderung des Klassenkampfes der Bourgeoisie gegen das Proletariat durch diese »alte Garde« ist so groß, daß keine Anerkennung der wissenschaftlichen und politischen Leistungen dieser Genossen darüber hinwegbringen kann.

Tausenden innerhalb der Sozialdemokratie geht es genau so wie mir, daß sie auch heute noch in den politischen Auffassungen einem großen Teil der »Unabhängigen« näher stehen wie den Revisionisten in der Sozialdemokratie. Für uns ist es sicher bitter, K a u t s k y, von dessen Wissen wir alle so viel profitierten, wie u n s e r e m, nicht seinem Können entsprach, als unseren Gegner zu bekämpfen, dagegen K o l b als unseren Genossen begeistert zu umarmen. Aber Kolb durchkreuzt die Einheit keiner Handlung. Was er denkt, sagt und schreibt, kann — genau so wie das, was etwa Liebknecht oder Ledebour denken, sagen und schreiben — unsere proletarische Organisation ertragen, weil in ihr ja doch nicht die persönlichen Einfälle einzelner, sondern »die Stimmungen und Bedürfnisse der Massen sich durchsetzen«. Selbst wenn es ebenso richtig wäre, wie es falsch ist, daß die Sozialdemokratie zeitweilig auf nationalsozialen Bahnen wandelt, wäre die Aufrechterhaltung einer zweiten Fraktion oder die Entziehung vom Fraktionszwang in e i n e r Fraktion nur zu rechtfertigen, wenn es nicht zuträfe, daß sich schließlich ja doch in jeder proletarischen Organisation die Bedürfnisse der Massen durchsetzen. Kautsky weiß, daß es nicht Aufgabe der Marxisten ist, von der organisierten Arbeiterschaft getrennte »marxistische Parteien«, also Sekten zu gründen, sondern den Kampf der Arbeiterschaft zu einem bewußten und einheitslichen zu g e s t a l t e n, nicht aber die Flinte in das Korn zu werfen, wenn sie dabei auf Schwierigkeiten stoßen. Nur wer inmitten der organisierten Arbeiterschaft wirkt, kann ihr aufklärender, ihr aufrüttelnder Genosse sein, der sie richtunggebend beeinflusst. Wer sich in Sonderfraktionen von außen her betätigt, verliert den freundschaftlichen Resonanzboden, dessen die Stimme des aufrichtigen Mahners und Warners bedarf. Solange die, denen Kautsky sein Sirenenlied krällerte, mit seiner Zustimmung die Einheit der Parteifraktion durchkreuzen, gehen wir deshalb tausendmal lieber selbst mit Kolb wie mit Kautsky.¹

¹ Mir liegt augenblicklich mehr daran, meine Artikelserie über die »Befreiung der Nationen« zum Abschluß zu bringen, als Marckwalds Ausführungen zu beantworten. Vielleicht komme ich auf diese später noch zurück, wenn sich's dann noch lohnt.
R. K a u t s k y.

Zum Aufstiege der Begabten.

Von Therese Schiefinger.

In den größten Ländern Europas sind die gesunden Männer zweiter Generationen der Dezimierung durch den Krieg ausgesetzt, der größte Teil der Bevölkerung ist der normalen Produktion entzogen. Auf allen Gebieten der Wirtschaft macht sich ein Mangel fühlbar, der trotz Wucher und Kriegsgewinn die Zukunft und die Sicherheit des kapitalistischen Profits bedroht. Man ruft nach Reformen, um die Produktivität der menschlichen Arbeitskraft so schnell als möglich zu steigern, nach Erfindern und Entdeckern und nach ausführenden Organen mit rascher Auffassung, eigener Initiative, organisatorischer Begabung. Woher aber sie nehmen? Die besten Kräfte sind gegenwärtig teils durch die Kriegspflicht selbst in Anspruch genommen, teils direkt oder indirekt mit der Waffenfabrikation beschäftigt. Es fehlt schon jetzt an geschulten Leuten, welche im erforderlichen Maße die Technik höher entwickeln, die Arbeit zu größerer Intensität organisieren, neue Stoffe und Ingrezienzen heranziehen können. Um aber den ungeheuren Bedarf an Waren zu decken, der nach dem Krieg unabweisbar werden muß, wird es nach Friedensschluß noch viel empfindlicher an den erforderlichen Kräften, den geistigen vielleicht noch mehr als an den körperlichen, fehlen.

Der Kriegsgewinner muß jetzt schon sprungbereit sein, um im richtigen Augenblick zum Friedensgewinner zu werden, und ist bereits darauf bedacht, sich den Schatz jener geistigen Kräfte dienstbar zu machen, der bisher ungehoben im Schoße der handarbeitenden Klassen geschlummert hat. Er ist von Sorge erfüllt, ob sich nicht das bisher ergiebigste Rekrutierungsfeld für die geistige Arbeiterschaft, die schmale und immer mehr hinschwindende bürgerliche Mittelschicht, künftig als viel zu eng erweisen wird, und diese Sorge ist es in erster Reihe, die jene Bewegung ins Leben rief, welche den »Aufstieg der Begabten« und »freie Bahn für alle Tüchtigen« auf ihre Fahne geschrieben hat.

Nicht als ob etwa die ansehnliche Zahl tüchtiger deutscher Schulmänner, die es sich zur Aufgabe stellt, begabten Kindern des Proletariats erhöhtes Wissen zugänglich zu machen und ihnen das Eindringen in lohnende Berufe zu ermöglichen, von der Sorge um Profitinteressen geleitet wäre. Der größte Teil der Männer, welche an der Spitze der Bewegung nach modernen Erziehungsreformen stehen, sind sicherlich von den besten Absichten durchdrungen, und manche von ihnen haben ihr Leben voll und ganz ihren Erziehungsidealen geweiht, lange ehe noch der Weltkrieg das Schlagwort vom Aufstieg der Begabten gezeitigt hat.

Aber sie sind so lange Rufer in der Wüste geblieben, bis die großen Umwälzungen durch den Krieg das Profitinteresse mächtiger Kreise in die gleichen Bahnen lenkte, auf denen bis dahin die Erziehungsreformer mühselig und einsam gewandelt sind.

Einen sehr guten Überblick über jene pädagogischen Reformbestrebungen, die zwar mit ihren Anfängen durch Jahrzehnte zurückreichen, aber erst in den letzten Jahren zu praktischen Erfolgen gelangt sind, gibt ein Sammelwerk, das der Ausschuß für Erziehung und Unterricht veröffentlicht hat.¹ Die zwanzig darin enthaltenen Aufsätze sind nach vielen Richtungen hin nicht gleichmäßig zu bewerten. Neben sehr fortschrittlichen finden sich auch hier und da bürgerlich-beschränkte Meinungen, im ganzen aber bietet das Buch eine Fülle wertvoller Anregungen. Sehr dankenswert sind die Berichte über die vereinzelt Reformversuche, besonders die Versuche mit dem Arbeitsunterricht, die sich schon durch eine Reihe von Jahren erstrecken und aus denen darum schon bestimmte Erfahrungen abgeleitet werden können, so die Ausführungen von Oswald Warmuth über die Münchener Ver-

¹ Der Aufstieg der Begabten. Vortragen, herausgegeben und eingeleitet von Peter Petersen. Leipzig, Berlin 1916, Verlag B. G. Teubner.

fuchsschule und von Dr. Sickinge über das Mannheimer Schulsystem. Ein Eingehen auf die überaus wichtigen und interessanten, aber auch sehr komplizierten pädagogischen Fragen, die in diesen und den meisten anderen der gesammelten Aufsätze erörtert werden, so insbesondere die des Berechtigungswesens, der Vor- und Vorbereitungsklassen, der Sonderklassen für Hochbegabte, Normalbegabte und Minderbefähigte und viele andere würde über den Rahmen dieses Artikels hinausgehen.

Erwähnt muß aber noch werden, daß der ganzen Frage des Mädchenunterrichts in dem Buche kaum Erwähnung geschieht, und das nicht etwa, weil die Verfasser der Meinung wären, die Verhältnisse, wie sie sich im Laufe der Kriegsjahre gestaltet haben, erforderten einen gleichartigen Unterricht für beide Geschlechter. Im Gegenteil. Wenn da und dort der weiblichen Schüler mit ein paar Worten gedacht wird, so geschieht es fast nur, um den Gedanken abzuwehren, daß sie als gleichberechtigt mit den männlichen Schülern zu betrachten seien. Keiner der zwanzig Aufsätze stammt aus der Feder eines weiblichen Pädagogen, und der Direktor eines Lehrerinnenseminars findet es nicht notwendig, in seinem Artikel auch nur ein Wort über das Problem zu verlieren, das die erhöhte Heranziehung der Frauen zu so vielen geistigen Berufen der Erziehungspolitik stellt.

Während das Bestreben, den begabten Kindern des Proletariats den Zugang zu höheren Studien und gelehrten Berufen zu öffnen, in weiteren Kreisen des Bürgertums eine ganz neue Erscheinung ist, hat die Arbeitererschaft längst die Forderung nach voller Gleichberechtigung auch auf diesen Gebieten erhoben. Das Erfurter Programm der deutschen Sozialdemokratie verlangt, daß alle öffentlichen Bildungstätten den Kindern aller Volksklassen gleichmäßig zugänglich gemacht werden sollen. Im Laufe der Jahre aber wurde diese Forderung vielfach dadurch ergänzt, daß pädagogisch besonders interessierte Genossen für die wichtigsten Reformbestrebungen moderner Schulmänner eintraten, sie aber zugleich mit sozialen Forderungen verknüpften, durch die sie erst praktische Bedeutung bekamen und mit sozialistischem Geiste erfüllt wurden.

In ihren Schriften, auf Parteikongressen und in den Kommunalverwaltungen propagierten Sozialdemokraten insbesondere die Methode des Arbeitsunterrichts und die Koedukation.

Die Methode des Arbeitsunterrichts, die jetzt so eifrig von bürgerlichen Pädagogen vertreten wird, ist eine sehr alte sozialistische Forderung, die bereits von den Utopisten erhoben wurde und zu der sich der Genfer Kongreß der Internationalen Arbeiterassoziation in einer Resolution bekannt hat. Diese Methode trachtet danach, mit dem Geiste zugleich den Körper und die manuelle Geschicklichkeit des Schülers zu entwickeln, den Beobachtungssinn zu wecken und zu üben, statt toten Wissens lebendiges Können zu vermitteln und den Spieltrieb der Jugend in Arbeitstrieb umzuwandeln.

Wenn sich aber auch die Erziehungsziele der bürgerlichen Reformpädagogen mit denen der Sozialdemokratie vielfach berühren, so weichen beide doch an sehr entscheidenden Punkten voneinander ab. Darum ist auch ein Zusammenarbeiten bürgerlicher und sozialdemokratischer Schulpolitiker nur gelegentlich von Nutzen und auf die Dauer nicht möglich.

Die Sozialdemokratie muß fordern, daß das Bildungsniveau der ganzen Bevölkerung gehoben werde, und sie hat kein Interesse daran, daß ein Teil der Proletarier zu Bourgeois werde. Das aber ist es, was im Grunde der »Aufstieg der Begabten« zu bedeuten hätte. Die Bourgeoisie bedarf ohne Zweifel sehr notwendig eines Zustroms frischen Blutes, das Proletariat aber müßte unter einem solchen Abstrich empfindlich leiden.

Die Sehnsucht einzelner Arbeitereltern, ihrem begabten Kinde zur Erlangung eines Intelligenzberufs zu verhelfen, ist gewiß begreiflich, solange wir es dulden müssen, daß die Arbeitererschaft ausgebeutet und verachtet wird und zu geistiger

Dumpfsheit verurteilt ist — die Arbeiterklasse aber muß eben gegen diese Zustände ankämpfen.

Die Durchbringung des öffentlichen und privaten Beamtenkörpers, des Ärzte-, Anwalts- und höheren Lehrerstandes mit Leuten, die, aus dem Proletariat stammend, mit dessen Lebensweise, mit seinem Denken und Fühlen vertraut sind, würde zwar der Arbeiterklasse manche Vorteile versprechen. Diesen stehen aber noch gewichtigere Nachteile gegenüber, die sich daraus ergeben müßten, wenn in weit höherem Maße, als das bisher möglich war, die am besten begabte Proletarierjugend ins Bürgertum überginge.

Der größte Teil dieser Emporgestiegenen würde dann, wie wir es jetzt an einzelnen beobachten, mit den Gewohnheiten des Bürgertums auch seine Gesinnung annehmen und sich den Bedürfnissen und Bestrebungen des Proletariats entfremden. Der Arbeiterschaft aber müßten sehr bald nicht nur ihre besten Kämpfer, sondern auch derjenige Teil ihrer Mitarbeiter fehlen, der bisher durch seine fachliche Tüchtigkeit sehr viel dazu beigetragen hat, das Ansehen und die Macht der Arbeiterschaft zu heben.

Nicht minder gefährlich aber könnte für das Proletariat der Aufstieg jener geistigen Arbeiter in die Bourgeoisie werden, die nach Herkunft und Lebenshaltung der Arbeiterschaft sehr nahe stehen, mit ihr vielfach in familiärem und gesellschaftlichem Zusammenhang geblieben sind und auch nicht selten mit ihr gemeinsam fühlen und kämpfen.

Wenn der beste Teil der Vorarbeiter, Zeichner, Maschinisten zu hochbesoldeten Ingenieuren, der beste Teil der Unterbeamten zu Bureauchefs, der beste Teil der Volksschullehrer zu Professoren würde, so müßte auf all den Arbeitsgebieten, auf denen jene Hochbegabten bis dahin gewirkt haben, eine geistige Verödung eintreten, die gerade für das Proletariat kaum zu ertragen wäre. Am allerschwersten aber würde die Arbeiterschaft durch eine solche Abwanderung der Begabten aus den Reihen der Volksschullehrer betroffen. Die elende wirtschaftliche Lage dieser Lehrerkategorie und die geringe soziale Wertung, der sie sowohl bei dem städtischen als auch dem ländlichen Bürgertum begegnet, läßt es nur allzu begreiflich erscheinen, wenn junge, energische und begabte Lehrer nach »höherem« streben. In einer vernünftig eingerichteten Gesellschaft könnte es allerdings kaum irgendeine Aufgabe geben, die als wichtiger erkannt und höher gewertet wäre, als die des Erziehers der Kinder in jenem Alter, in welchem die Grundlage für deren ganze körperliche und geistige Entwicklung, ihre Arbeitsbefähigung und Charakterbildung gelegt werden muß, in jenem Alter, das zumeist entscheidend ist für Glück und Wehweh des ganzen Lebens. Welcher andere Beruf könnte der reichsten Begabung und dem edelsten Ehrgeiz ein besseres Feld der Betätigung bieten als dieser! Aber heute leidet er nicht allein unter dem wirtschaftlichen Druck, der auf der Lehrerschaft lastet, sondern auch noch unter der ganzen Verzopfung und Verödung des heutigen Volksschulwesens, der Knechtseligkeit und dem Hurrapatritismus, die dort gewaltfam gezüchtet werden und die unsere Schulen statt zu Erziehungs- zu Drillanstalten machen, so daß sogar tüchtige Lehrer die erste beste Gelegenheit benützen, nicht etwa nur, um zu einem »höheren Beruf« emporzusteigen, sondern sogar, um hinter staubigen Aktenbündeln ihre besten Jahre zu verbringen, anstatt am kostbarsten Gut der Menschheit, am lebendigsten und gestaltungsfähigsten Material unvergängliche Arbeit zu leisten.

Nicht Aufstieg der Begabten aus dem Proletariat in die Bourgeoisie, sondern Erziehung und allseitige Entwicklung für die gesamte Jugend — das ist es, was die Arbeiterschaft fordern muß! Der gegenwärtige Stand der Technik gestattet es unbedingt, daß jedwede Arbeit unter menschenwürdigen Bedingungen vollbracht werden kann. Wenn trotzdem so viele Verrichtungen noch immer unter gesundheitswidrigen und ekelerregenden Bedingungen durchgeführt werden müssen, wenn andere durch die Länge ihrer

Dauer qualitativ gleichförmig und geiststötend sind, so liegt die Ursache davon einzig in dem kapitalistischen System, daß die Produktivität der Arbeit nur dort steigt, wo dadurch eine Steigerung des Profits zu erwarten ist, und sie ohne Bedenken hemmt, so oft ihre Steigerung den Profit zu beeinträchtigen droht, daß den Menschen zur Maschine macht, statt ihn durch die Maschine von Sklavenarbeit zu befreien, und daß, wenn sein Streben ohne Gegenwehr bliebe, den einen Teil der ihm Unterworfenen zu Gehirnmenschen züchtete, die den gesunden Gebrauch ihrer Sinneswerkzeuge und Muskeln verlernten, den anderen aber zu Arbeitskräften mit verödeten Gehirnen.

Aber die schrankenlose Ausartung dieses Systems wird schließlich durch den Fortschritt der Technik selbst gehemmt. Immer mehr bedarf der geistige Arbeiter auf allen Gebieten der Vertrautheit mit den Bedingungen der Produktion, ist er gezwungen, aus der Studierstube ins praktische Leben zu blicken, immer dringender bedarf der Arbeiter an der Maschine nicht nur der geistigen Spannkraft, der entschlossenen Initiative, sondern auch des unermüdblichen Neulernens, des Eindringens in die Gehege der Mechanik, der Physik, der Chemie.

Die dumpfe Unwissenheit des Proletariats wird schließlich ebenso zum Hemmnis der wirtschaftlichen Entwicklung wie die Weltfremdheit dessen, der im Kampfe mit den Naturgewalten führend vorangehen soll, des Gelehrten. Das Ineinandergreifen geistiger und manueller Arbeit wird immer inniger. Es genügt nicht mehr, daß der Arbeiter und der Gelehrte Hand in Hand gehen, der Arbeiter muß täglich mehr zum Wissenden, der Wissende zugleich zum Schaffenden werden, und darum muß jede Erziehungsform, die nicht der ganzen Bevölkerung zugute kommt, nicht nur als unförmig, sondern auch als unökonomisch betrachtet werden.

Das Prämienystem.

Von E. Prüll.

Während des Krieges wurde in verschiedenen Unternehmerzeitschriften wiederholt Propaganda gemacht für eine Entlohnungsart, die — soweit sie seither schon bestand — für die Arbeiterschaft vorwiegend Nachteiliges zur Folge hatte: das Prämienystem, das in allerlei Abarten wie ein alter Ladenaüter in neuem Aufpuß immer und immer wieder angepöpselt wird. Welchen Zwecken es dienstbar gemacht werden soll, ist für die organisierte Arbeiterschaft keine Frage mehr. Es soll das größtmögliche Maß von Arbeitskraft gegen nicht entsprechende Zahlung mobil machen und die Freizügigkeit beschränken. Allerdings wurde und wird von manchen Unternehmern die Prämienlohnung als Wohlfahrtseinrichtung ausgegeben. Das ist sie aber in der Regel nicht, obwohl Unterschiede in der Wertung der verschiedenen Prämienysteme bestehen.

Die bekanntesten Arten der Prämienentlohnung sind die Dienstaltersprämie, die Ersparnisprämie, die Zeitprämie und die Produktionsprämie. Die Dienstaltersprämie wird meistens zu einem bestimmten Zeitpunkt (am Jahreschluß, zu Weihnachten) und in verschiedener Höhe ausgezahlt an solche Beschäftigte, die zum Beispiel fünf, zehn oder dergleichen Dienstjahre hinter sich haben, oder sie ist fällig beim Abschluß einer bestimmten Reihe von Dienstjahren selbst. Ihr Hauptzweck ist, der Fluktuation zu steuern. An sich wäre gegen diese Prämie nichts einzuwenden, wenn die Höhe des eigentlichen regulären Lohnes nicht davon beeinflusst würde. Immerhin aber löst sie bei den Nichtbedachten keine freudige Stimmung aus, insbesondere dann nicht, wenn ihre Auszahlung alljährlich erfolgt.

Die Ersparnisprämie wird verabfolgt für sparsame Verwendung von Materialien wie Öl, Kohlen, oder für geringen Verbrauch von Werkzeugen oder dergleichen. Wird der Erfolg des einzelnen Arbeiters nicht gegen den Mißerfolg anderer Beschäftigter in provozierender Weise ausgenutzt — der Erfolg kann von

allerlei mißlichen, nicht in der Person liegenden Zwischenfällen abhängig sein —, so bestehen auch gegen diese Art Prämie keine Bedenken. Aber es haftet ihr das Odium des Geschenkes an, das auch bei der Dienstaltersprämie in Erscheinung tritt.

Weniger harmlos sind die Zeit- und Produktionsprämien. Die Zeitprämie finden wir vorwiegend in Industriezweigen mit Saisonbetrieb, unter anderen in der Ziegel- und ganz besonders entwickelt und verbreitet in der Zuckerindustrie. Nur wer bis Kampagneschluß im Betrieb gearbeitet hat, erhält die Prämie — auch Kampagnegeld genannt — ausgezahlt. Diese Prämie hat also den ganz bestimmten Zweck, die Arbeiterschaft an den Betrieb zu fesseln, das heißt die Freizügigkeit durch Strafandrohung aufzuheben. Sie stellt eine Belohnung für Wohlverhalten oder für »Aushalten« bis Beendigung der Kampagne oder für beides zugleich dar. In Gebietsteilen mit zurückgebliebener Arbeiterschaft, die von solidarischem Handeln noch keine Ahnung hat, entwickelt die Vorbedingung »Wohlvorhalten« für den Prämienbezug die häßlichsten Charaktereigenschaften unter der Arbeiterschaft. Spitzerei, Angeberei, Streberei, Haß und Erbitterung, wenn nicht Schlimmeres sind das Resultat unter den Arbeitern, wenn das Aufsichts- und Beamtenpersonal nicht strengster Objektivität fähig ist. Und doch ist das Kampagnegeld kein Geschenk, sondern nichts als ein Teil des Lohnes. Es ist aber nicht einklagbar, wenn der Arbeiter die gestellten Bedingungen nach Ansicht des Unternehmers nicht erfüllt hat.

Die Produktionsprämie begünstigt die Entwicklung ähnlicher Eigenschaften wie die Zeitprämie, birgt aber außerdem noch große Gefahren für Gesundheit und Leben der unter diesem System Arbeitenden in sich, weil bei der Arbeitsbegeisterung oft die einfachsten Vorsichtsmaßregeln außer acht gelassen werden. In der Regel wird bei Zahlung der Produktionsprämie die Fertigstellung eines bestimmten Schichtquantums vorausgesetzt. Für die darüber hinaus erzielte Produktionsmenge, die sogenannte Überproduktion, wird Prämie gezahlt, und zwar entscheidet in den meisten Fällen Quantität und Qualität gleichzeitig. Da die Produktionsprämie vorwiegend in Betrieben mit niedriger Entlohnung zu finden ist, so ist sie in Wirklichkeit das Zugeständnis unzureichender Löhne. Aber ihre Höhe hängt nicht allein von der allgemeinen Tüchtigkeit der Arbeiter ab, sondern auch sehr stark von allerlei störenden Zwischenfällen im Arbeitsprozeß, die zu verhindern nicht in der Macht des Arbeiters liegt. Das ist besonders bei Maschinenarbeit der Fall. Sehr oft ist der Arbeiterschaft die Art der Prämienberechnung gar nicht bekannt. Die Höhe der Prämie steht dann ganz im Belieben des Unternehmers und erhält die Eigenschaft eines Geschenkes.

In sehr vielen Fällen kommt die Produktionsprämie nicht an jedem Lohntag, sondern wie die Zeitprämie monatlich, vierteljährlich oder am Kampagneschluß zur Auszahlung und nur dann, wenn das Arbeitsverhältnis noch ungekündigt ist. In diesem Falle wirkt die Art der Entlohnung doppelt als Prämie. Einmal indem der Arbeiter bei intensiver Anspannung eine über das normale Maß hinausgehende Mehrproduktion leistet und sich damit die Prämie verdient, und zum zweiten Male insofern, als der Arbeiter erst für sein Aushalten im Betrieb bis zum festgesetzten Zeitpunkt die Prämie erhält. Die Produktionsprämie ist dann zugleich auch Kautions, um deren Höhe der Arbeiter in Strafe genommen wird, wenn er vorzeitig das Arbeitsverhältnis löst oder durch »eigenes Verschulden« entlassen wird. Das System ist um so bedenklicher, weil der Arbeitgeber dem Arbeiter als Partei und Richter in eigener Sache gegenübersteht, denn der Verfall der Prämien bedeutet für den Unternehmer direkt oder indirekt einen materiellen Vorteil. Wegen eines Verfehls beim Arbeitsprozeß, wegen einer schroffen Äußerung gegenüber dem Aufsichtspersonal und ähnlichem kann vorzeitige Entlassung und damit Verlust der Prämie erfolgen. Für ein allzu dienstfeित्रiges Aufsichtspersonal liegt in dieser Möglichkeit eine gefährliche Waffe gegen die Arbeiterschaft. Da ferner die Prämie nicht den gesetzlichen Schutz durch die Gewerbeordnung genießt wie der

wirkliche Lohn, so bildet sie auch starken Anreiz zu Geldstrafen. Tatsächlich wird dort am meisten gestraft, wo die Prämie eingeführt ist. So hat zum Beispiel eine Papierfabrik 185 Arbeitern von einem Prämienbetrag von 4750 Mark 1645 Mark als Strafgebühren in Abzug gebracht. Die Norddeutsche Zellulosefabrik in Königsberg erließ eine Bekanntmachung, wonach Voraussetzung für Prämienzahlung sei: sorgfältige Arbeit, Pflichttreue, Ordnungssinn, Pünktlichkeit und Sauberkeit. Die Prämienzahlung erfolgt außerdem nur vierteljährlich an die seit den drei Berechnungsmonaten Beschäftigten.

Aus den mitgeteilten Tatsachen ist unschwer zu ersehen, wer das größte Interesse an Prämien hat. Das ergibt sich des Weiteren aus den Äußerungen eines Ziegeleibesitzers A. M. in Nr. 65/66 1916 der »Löpfer- und Ziegler-Zeitung«. Er schreibt über seine Erfahrungen mit dem Prämien-system während der Kampagne 1914:

»Ich verständigte mich mit Meister und Arbeitern und bewilligte den Leuten für das Tausend — gleichgültig, welche Arbeit hergestellt wurde — eine Prämie von 40 Pfennig und dem Meister eine solche von 10 Pfennig, womit auch Arbeiter und Meister einverstanden waren. Ich sparte damit drei Arbeiter... Bei Mauersteinen zahlte ich eine tägliche Prämie von 6,80 + 1,70 Mark = 8,50 Mark; da mich die ersparten drei Arbeiter 14 Mark gekostet hätten, so hatte ich eine tatsächliche Ersparnis von 5,50 Mark pro Tag.«

Der Ingenieur Hermann Weber zeigte in der »Deutschen Arbeitgeber-Zeitung« Nr. 14 1912 und Nr. 6 1915 die Vorteile des Prämien-systems auf. Er schrieb:

»Derjenige Betriebsleiter, Betriebsingenieur oder Meister, der in seinem Betrieb ... klipp und klar nachweisen kann, wo und in welchem Maße er durch zweckmäßiges Vorgehen Ersparnisse gemacht, der darf auch der finanziellen Erfolge für sich selbst sicher sein.

Als ich seinerzeit den Aufsatz über den 'Zeitakkord', also das Prämien-system veröffentlichte, wurde ich von gewerkschaftlichen Blättern selbstverständlich angegriffen. Eine Widerlegung meiner Darlegungen konnte natürlich nicht erfolgen; die gegnerischen Angriffe gipfelten darin, daß das Prämien-system ein 'Auslaugesystem' sei, da es den Arbeiter von selbst anfeuert, das Letzte herzugeben von seiner Kraft und Leistungsfähigkeit. Das soll es aber auch...«

Weber schildert dann die auf einer Ziegelei in jedem Frühjahr beobachteten Kündigungen durch die Arbeiter und bemerkt dazu:

»Dem wurde mit Hilfe des Prämien-systems ein Riegel vorgeschoben.«

In einem anderen Beispiel zeigt Weber die Erfolge seines Systems in einer Kunststeinfabrik. »Während früher das Tausend Dachziegel an Lohn (alter Geldakkord) 23,00 Mark erforderte, war er jetzt auf 17,77 Mark, also um fast 6 Mark gesunken.«

Aber die Folgen des Prämien-systems in der chemischen Industrie ließ sich Dr. Eduard Besenfelder in der »Chemiker-Zeitung« Nr. 117 1915 wie folgt aus:

»... Es war erstaunlich, wie das Interesse der Leute an der Arbeit wuchs. Eine Gruppe paßte auf die andere auf, daß kein Ausfenthalten entstand. Die Aufsichtsbearbeiter hatten nur darauf zu achten, daß die Gruppen gegeneinander nicht zu auffällig wurden, wenn es irgendwo nicht klappen wollte. Der vorher sehr starke Arbeiterwechsel ließ fast vollkommen nach, da ja nur an die zur Zeit der Auszahlung der Prämie bei den Gruppen eingestellten Arbeiter der Gruppen-prämienbetrag laut Abmachung auf den Kopf verteilt wurde, bis dahin abgegangene Arbeiter aber keinen Anspruch mehr an die Prämie hatten. Die Arbeiterzahl ging in erheblichem Maße bei wachsender Leistung allmählich zurück.«

Wir haben unsere Meinung über Zweck und Wert der Prämien bereits zum Ausdruck gebracht. Nunmehr mögen Männer sprechen, die infolge ihrer Tätigkeit

genauen Einblick in das Wesen des Prämien-systems gewonnen haben, die ihm aber auch als objektive Beurteiler gegenüberstehen.

Gewerberat Pufahl, der Beamte für den Regierungsbezirk Oppeln, bemerkte in seinem Jahresbericht für 1899 auf S. 204:

»... Zur Erhöhung der mangelhaften Dienstpflicht ist man bemüht, den Arbeiter auf einen niedrigeren Lohn zu setzen und den Rest des Verdienstes in Gestalt einer freiwilligen ‚Prämie‘ zu gewähren, die bei jeder entsprechenden Veranlassung ... nicht zugebilligt wird...«

Für dasselbe Jahr schreibt Gewerberat Steinbrück für den Regierungsbezirk Kassel auf S. 446:

»Ein Roßhaarspinnereibesitzer hat für seine neueintretenden weiblichen und für die jüngeren Arbeiter die Einrichtung getroffen, daß er jedem dieser Arbeiter nach Ablauf eines Jahres bei zufriedenstellendem Verhalten für jede Woche 1 Mark als Prämie nachzahlen will.

Wenn auch ein solches Verfahren nichts anderes als eine Lohn- ein- behaltung zur Sicherung des Fabrikanten gegen übereilte Auflösung des Arbeitsverhältnisses darstellt, ist doch die gewählte Form vorläufig nicht zu beanstanden.«

Für den Arnberger Regierungsbezirk berichtete im Jahre 1901 auf S. 213 Gewerberat Oppermann über Prämien wie folgt:

»Neuerdings gehen die Arbeitgeber dazu über, daß sie denjenigen Teil des Lohnes, welchen sie früher zur Sicherung gegen Vertragsbruch ausbedungen haben, nunmehr als ‚Prämie‘ bezeichnen, deren Zahlung am Schluß der vereinbarten Lehrzeit in Aussicht gestellt wird.«

Gewerberat Dr. Leymann für den Regierungsbezirk Wiesbaden bemerkt 1901 S. 238:

»In den Lehrverträgen einer großen Steingutwarenfabrik war die Bestimmung enthalten, daß den Lehrlingen wöchentlich 50 Pfennig vom Lohne zurückbehalten und nach Beendigung der vierjährigen Lehrzeit nebst Zinsen ausgezahlt werden sollten. Bei vorherigem Austritt sollte dagegen der ganze Betrag zugunsten der Fabrik verfallen. Da die Einbehaltung des Lohnes zu solchen Zwecken dem § 119 a der Gewerbeordnung widerspricht, so wurde die beanstandete Bestimmung dahin abgeändert, daß den Lehrlingen nach Ablauf der vereinbarten Lehrzeit eine Prämie ausgezahlt wird. Lohnabzüge werden nicht mehr gemacht, doch scheint eine entsprechende Herabsetzung des Lohnes vorgenommen zu sein.«

Aber nicht nur die preußischen Gewerbeaufsichtsbeamten äußern sich so kritisch gegen das Prämien-system. Im Jahresbericht für Elsaß-Lothringen heißt es 1908 auf S. 55 und 56:

»In einzelnen Betrieben werden ... die Prämien erst am Ende des Jahres ausgezahlt, und hier haben sie hauptsächlich nur den einen Zweck, die Arbeiter an das Werk zu binden, obwohl für deren Bestehen meist andere Gründe angegeben werden. Derartige Prämien kommen meist in solchen Betrieben vor, in denen die Löhne niedrig sind. Da die Arbeiter, die innerhalb eines Jahres ausscheiden, auf die oft erheblichen Prämien keinen Anspruch haben und demnach im Laufe des Jahres schwer kündigen können, so werden sie in ihrem Kündigungsrecht entgegen den Bestimmungen des § 122 G.-D. einseitig geschmälert. Durch diese Prämien haben außerdem die Arbeitgeber ein Mittel in der Hand, die Arbeiter mit weit höheren Strafen zu belegen, als ihnen nach § 134 b Abs. 2 G.-D. zusteht...«

Das Prämienwesen kann demnach vielfach zu Unbilligkeiten gegenüber den Arbeitern ausgenutzt werden und sollte gesetzlich geregelt werden. Zur Ausübung einer besseren Kontrolle und um gegen etwaige Auswüchse vorgehen zu können, wäre es jedenfalls angezeigt, den § 134 b G.-D. dahin zu ergänzen, daß in der Arbeitsordnung auch über die etwaigen Prämien die erforderlichen Bestimmungen getroffen werden müssen über die Art und Höhe derselben, die Art ihrer Festsetzung,

die Zeit der Auszahlung, über den Zweck, den sie verfolgen, und über die Wirkung derselben. Es ist diese Forderung um so berechtigter, als die Prämien oft als ein Teil der Arbeitslöhne angesehen werden müssen.

Die hier gemachten Vorschläge sind beachtenswert. Sie geben einen Fingerzeig, wie dem Abel etwas abgeholfen werden könnte.

Gleichfalls für Elsaß-Lothringen finden wir im Bericht für 1912 auf S. 85 die Prämien nochmals erwähnt, wobei der Beamte bedauert, daß keine gesetzliche Handhabe besteht, um Härten und Unbilligkeiten, die im Prämiensystem zur Anwendung kommen, entgegenzutreten zu können. Hören wir den Bericht selbst: »Das Prämienwesen ... gibt doch in manchen Fällen Anlaß zu schweren Bedenken und kann vielfach zu Unbilligkeiten gegenüber den Arbeitern ausgenutzt werden, namentlich dann, wenn die Prämien im Verhältnis zu den Löhnen sehr hoch sind und erst am Ende des Jahres zur Auszahlung gelangen. Sie dienen dann offenbar nur dazu, die Arbeiter an das Werk zu binden, indem sie dieselben in ihrem Kündigungsrecht (§ 122 G.-D.) schmälern. Bei Verlust der Prämie können sie innerhalb eines Jahres nicht ausscheiden. Gesetzlich besteht jedoch keine Handhabe gegen derartige Übergriffe.«

Wir lassen nunmehr eine Reihe von Äußerungen württembergischer Aufsichtsbeamten folgen.

In materieller Hinsicht sagen die Berichte:

1905 S. 59 und 60: »Die ... Prämien und Extravergütungen, welche den Arbeitern in einer Reihe von Betrieben nach Ablauf einer bestimmten Zeit ihrer Beschäftigung in dem Betrieb gewährt werden, stellen in den wenigsten Fällen einen reinen Liberalitätsakt des Arbeitgebers dar; dieselben sind vielmehr in Wirklichkeit eben Zuschläge zum Arbeitsverdienst...«

Da die Arbeiter auf die Ausbezahlung derartiger Prämien keinen rechtlichen Anspruch haben, so stellen die letzteren für den Unternehmer gewissermaßen eine Sicherheit gegen den Austritt der Arbeiter dar, während sie auf der anderen Seite den Arbeitern einen Wechsel der Arbeitsstätte sehr erschweren.«

1906 S. 83: »Die Prämie bildet ... meist einen nicht unerheblichen Zuschlag zu einem nach den ortsüblichen Sätzen berechneten Grundlohn...«

Da die Prämien in den meisten Fällen im Grunde genommen als Teil des Gesamtlohns angesehen werden müssen, ... so bleibt die Einbehaltung derselben bis zu bestimmten Zeitpunkten mitunter nicht ohne Widerspruch seitens der Arbeiter.«

Es wird nunmehr auf die gesundheitlichen Schäden hingewiesen, die aus der Anwendung des Prämiensystems entstehen können. Darüber heißt es in den Berichten:

1905 S. 35: »In Fabriken, in denen Arbeitsprämien erst bei hohem Akkordverdienst gewährt werden, verzichten verheiratete Frauen vielfach auf das ihnen zustehende Recht einer anderthalbstündigen Mittagspause, um, wie sie sich den Beamtinnen gegenüber äußerten, dieser Prämie, die nur bei voller Arbeitszeit erreicht werden könne, nicht verlustig zu gehen; auch nach dieser Richtung hin erregt somit das Prämienystem, bei welchem nur für eine hohe Produktionsmenge eine Prämie gewährt wird, Bedenken.«

1907 S. 50: »In einer größeren Weberei wurde ... bei einer zwischen 11 $\frac{1}{2}$ und 12 Uhr vorgenommenen Revision beobachtet, daß die meisten verheirateten Arbeiterinnen weiterarbeiteten. Als Grund wurde von diesen Frauen angeführt, daß sie seit der Einführung 10 $\frac{1}{2}$ stündiger Arbeitszeit an Stelle der 11stündigen nur bei voller Arbeitszeit die für eine gewisse Höhe des Akkordverdienstes berechnete Prämie erreichen könnten und daher die längere Mittagspause lieber nicht in Anspruch nehmen. Das noch in manchen Fabriken ... bestehende Prämienystem äußert sich auch hier nachteilig und wirkt der wohlmeinenden Absicht des Gesetzgebers entgegen.«

Aus alledem ergibt sich die Schädlichkeit des Prämiensystems. Es ist daher notwendig, die Arbeiterschaft dadurch vor Nachteilen zu schützen, daß die Prämie durch Gesetz dem eigentlichen Lohn gleichgestellt wird. Dem Arbeiter muß auf seine verdiente Prämie ein klagbares Recht zustehen. Dieses Recht muß zwingend sein, es darf also nicht durch Sonderabmachungen aufgehoben werden können, wie es zum Beispiel beim § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuchs leider erlaubt ist. Solche Rechtszustände werden von der Arbeiterschaft als Unrecht empfunden. Das beste wäre freilich, das Übel gleich mit der Wurzel auszurotten und den Prämienunfug, wenigstens soweit es sich um Zeit- und Produktionsprämien handelt, ganz zu verbieten.

Literarische Rundschau.

Paul Rohrbach, *Woher kam der Krieg und wohin führt er?* Weimar, Verlag von G. Kiepenheuer. 78 Seiten. Neue, bedeutend erweiterte Auflage. 61. bis 68. Tausend. 1,50 Mark.

Wenn man sehr viel über ein und dasselbe Thema schreibt, muß man sich naturgemäß wiederholen. Das passiert Rohrbach in der letzten Zeit sehr häufig, und auch diese Schrift bringt nichts Neues gegenüber vielen anderen Auslassungen im Sinne des »Unabhängigen Ausschusses«. Dabei merkt Rohrbach gar nicht, in welche Widersprüche er sich verwirrt, wenn er aus den Kriegszielen der Entente politiker seines Schlages auf die Kriegsschuld der Entente Schlüsse zieht und gleichzeitig betont, Deutschland könnte nicht seinen bisherigen Umfang beibehalten und muß sich größeren Raum verschaffen, um nicht hinter den anderen drei »Weltvölkern« zurückzubleiben. Es liegt uns indes sehr fern, mit Rohrbach eine Auseinandersetzung über die Kriegursachen und -ziele anzuknüpfen. Worauf es uns vielmehr ankommt, ist die Feststellung der Tatsache, wie wenig ein Rohrbach, der für sehr viele Sozialimperialisten doch als Autorität ersten Ranges gilt, die russischen Verhältnisse zu beurteilen imstande war. Auch in dieser Schrift behauptet nämlich Rohrbach, daß selbst eine Revolution an den imperialistischen Kriegszielen Rußlands nichts ändern könnte, weil ja Konstantinopel eine »Lebensnotwendigkeit« für Rußland sei, daß auch die Bauern dafür seien usw., kurz, er wiederholt das Geschwätz vom »russischen Volksimperialismus«. Und doch hat das revolutionäre russische Volk als erstes unter den kriegführenden Völkern auf alle Eroberungspläne feierlich verzichtet!

Natürlich trifft Rohrbach auch in dieser Schrift noch für die Zerstückelung Rußlands ein. In der »Hilfe« vom 17. April 1917 begrüßt er aber schon die bekannte Erklärung der »Norddeutschen Allgemeinen Zeitung« und betont die Notwendigkeit, kundzugeben, daß die Zentralmächte »dem russischen Volke aufrichtig eine freie Entwicklung und einen ehrenhaften Frieden gönnen«. Seit dem Ausbruch der Revolution beginnt sich eine völlige Umgestaltung der Kriegsziele der deutschen Imperialisten wenigstens in bezug auf den Osten anzubahnen. Sie fangen an, einzusehen, daß auch das russische Volk sein Recht auf selbständiges politisches Dasein verteidigt, daß es recht gefährlich werden kann, Revolutionskriege zu provozieren. Die russische Nation ist aus einem Objekt zu einem Subjekt der Geschichte geworden, mit dem man rechnen, dessen Willen man nicht ungestraft verletzen kann. Die russische Revolution hat dem russischen Volke die allgemeine Anerkennung auf sein Selbstbestimmungsrecht gebracht. Rußland hat in diesem Kriege die schwersten militärischen Niederlagen ertragen und würde wahrscheinlich auch die Kriegsrechnung eher als die anderen zu zahlen haben, wenn die Revolution nicht gekommen wäre. Jetzt steht es schon fest, daß Rußland ehrenvoll aus diesem Kriege hervorgehen wird.

Sp.

Paul Ehmig, Das deutsche Haus. 1. Band: Die Entwicklung des geschichtlichen deutschen Hauses. Quart. In zwei Bänden: 1. Frühzeit, Kloster und Feudalwohnbau. 1914. 84 Seiten mit 54 Abbildungen. Kartoniert 6 Mark. 2. Bauernhaus und städtischer Wohnbau. 1916. 125 Seiten mit 115 Abbildungen. Kartoniert 12 Mark. Berlin, Verlag Ernst Wasmuth.

Die vorliegenden beiden Bücher bilden den ersten Band einer großangelegten, auf drei Bände berechneten Publikation, die sich den bekannten Werken von Muthesius über das englische und Vogel über das amerikanische Haus anschließen soll. Soweit der bereits erschienene Teil ein Urteil zuläßt, dürfte das Werk weit über die Fachkreise der Architektenwelt hinaus Interesse erregen. Das um so mehr, als leider das deutsche Haus noch keine zusammenfassende Behandlung erfahren hat. Die beiden noch ausstehenden Bände werden sich mit dem modernen deutschen Hause, mit seiner Entwicklung in der Vergangenheit und seiner zukünftigen Ausgestaltung befassen; der erste Band gibt einen Überblick über den Werdegang des geschichtlichen deutschen Hauses. Natürlich darf man kein Eingehen auf Einzelheiten erwarten; die Frühzeit des altgermanischen Hauses wird sogar etwas allzu summarisch abgehandelt; es haben sich doch gerade in den letzten Jahren genug Anhaltspunkte zu seiner Rekonstruktion aus der Prähistorie ergeben. In sehr feinsinniger Weise geht dagegen der Verfasser der Entstehung der Klosterbauten, des Feudalwohnbaues, des Burgen- und Schloßbaues nach und weist auf zahlreiche Zusammenhänge zwischen ihnen und außerdeutschen Vorbildern hin; das zweite Buch beschäftigt sich ausschließlich mit der Entwicklung des deutschen Bauernhauses und des städtischen Wohnbaues. Es soll nicht Sache dieser Besprechung sein, einzelne Irrtümer des Verfassers hervorzuziehen. Wo er sich auf Gebiete wagt, auf denen er nicht zu Hause ist, muß man manchmal ein Fragezeichen am Rand machen. Auch muß man berücksichtigen, daß Ehmig Architekt ist und vieles zunächst mit Architektenaugen sieht, ehe er es kulturhistorisch untersucht und beurteilt. Das soll nun aber den Wert des Buches nicht beeinträchtigen. Dieser Wert liegt, ganz abgesehen von den Ergebnissen der Methode, die der Arbeit zugrunde liegt, und in der Tendenz, die zwar hauptsächlich für die beiden Schlußbände aufgespart ist, aber auch in den vorliegenden Teilen schon oft genug zum Durchbruch gelangt. Wohl ganz unbewußt, völlig aus dem bearbeiteten Gegenstand heraus, geht der Verfasser bei seinen Untersuchungen ganz historisch-materialistisch vor. Er zeigt, wie Hausformen »bodenständig« sein können, wie sie sich unter dem Einfluß natürlicher Faktoren — Klima, Bodenbeschaffenheit und Bodengestalt — und mit den wechselnden Wirtschaftsformen entwickeln und umbilden und wie auch im Hausbau die sozialen und ökonomischen Verhältnisse einer Zeit sich getreulich widerspiegeln; oft sind es anscheinend ganz nebensächliche, aber prägnante Bemerkungen dieser Art, die gleich Schlaglichtern diese Zusammenhänge erhellen. Daraus ergibt sich übrigens, für den Verfasser dann mehr ein ideelles, volkpsychologisches Element, die »Baugesinnung«, wie er es nennt — ein Lieblingswort moderner Architekten —, die gleichsam dem Bauenden in Fleisch und Blut übergeht und nun von dieser Idee aus den Charakter der Bauten bestimmt; das ist schließlich daselbe, was wir bisher als Tradition oder Überlieferung bezeichnet haben. Hier knüpft auch die Tendenz des Werkes an; es sind Gedanken über die Vergangenheit und lehrreiche Anregungen für die Weiterentwicklung zu finden, und alle Probleme sind offensichtlich vom Standpunkt der Möglichkeit einer Weiterbildung zu betrachten.

Die Ausstattung ist gut. Das Bildmaterial vorzüglich und sehr reichlich; aber das Werk ist nicht billig; und interessierten Laien wird es nicht immer möglich sein, es käuflich zu erwerben. Um so mehr müssen Bibliotheken auf seine Anschaffung bedacht sein; auch in der Arbeiterschaft gibt es weite Kreise, die gern neue Anregungen aus ihm schöpfen werden.

Og. Engelbert Graf.

Die Neue Zeit

Wochenschrift der Deutschen Sozialdemokratie

2. Band Nr. 10

Ausgegeben am 8. Juni 1917

35. Jahrgang

Nachdruck des Artikels nur mit Quellenangabe gestattet

Friedrich Adler.

Von R. Kaufsky.

Es ist kaum eine politische Tötung in der Weltgeschichte zu verzeichnen, deren Vollstrecker so allgemeine und warme Sympathie in allen Kreisen, selbst in denen seiner politischen Gegner gefunden hätte, wie Friß Adler. Und doch ist kaum eine andere vorgekommen, die so allgemein als rätselhaft und unbegreiflich empfunden wurde, selbst von den nächsten politischen Freunden des Täters, die mit seinen Auffassungen und Zielen vollständig übereinstimmen.

Nun hat Friß Adler gesprochen und jeden Zweifel beseitigt. Seine Tat ist vollständig verständlich geworden.

Wenn Adlers Tat von seinen eigenen Freunden nicht begriffen wurde, so geschah es nicht aus rein theoretischen Bedenken. Die Marxsche Theorie schließt nicht jedes Attentat grundsätzlich aus. Marx und Engels begrüßten den russischen Terrorismus, der 1878 einsetzte, mit der größten Begeisterung und Hoffnungsfreudigkeit, wie wir alle. Ich zitierte in letzter Nr. 7 der Neuen Zeit, S. 150, einen Brief, den Engels 1882 an Bernstein schrieb, in dem er unter anderem sagte, wir ständen »am Vorabend einer sichtbar heranziehenden Revolution«. Zu dieser Zuversicht brachte ihn vor allem der wachsende Attentatsschrecken in Rußland.

Doch haben gerade die Erfahrungen jener Zeit uns ein starkes Mißtrauen gegen die terroristische Taktik eingesflößt. Es gelang ihr, einen Zaren zu beseitigen, nicht aber das zaristische System. Nicht neben ihrem Höhepunkt stand ihr unaufhaltsamer und rascher Zusammenbruch. Wir kamen seitdem zur Überzeugung, daß die Taktik individueller Attentate ein Zeichen von Schwäche ist, nicht von Stärke, daß sie bezeugt, es fehle an einer revolutionär gestimmten Masse, und daß sie ablenkt von dem Streben, auf die Masse und durch die Masse zu wirken. So wurden gerade die russischen Marxisten, als Prediger des proletarischen Klassenkampfes, die Bekämpfer des systematischen Terrorismus der Sozialrevolutionäre.

Das wußte Friß Adler ebensogut wie wir, und er hat es keineswegs vergessen. Ausdrücklich sprach er es jetzt aus, daß er entschieden dagegen wäre, aus seiner Tat ein neues taktisches System zu machen, das fortzusetzen sei. In seiner Verantwortung erklärte er:

Ich will sagen, mein Anschlag war ein singulärer, das heißt vereinzelter Fall, der in ganz besonderer Konstellation vorkommen kann. Ich wollte nicht eine neue Kampfmethode in die Partei bringen, ich hielt es im Gegenteil für eine Abirrung der Partei, wenn lauter Attentate gemacht würden, aber es war mir klar, daß in ganz besonderen Fällen, in denen der revolutionäre Geist den Führenden abhanden kommt, wie in diesem Falle, um diesen Geist zu beleben, auch eine singuläre Tat gestattet ist.

Friß Adler will also seine Tat betrachtet wissen als das Produkt eines Ausnahmezustandes. Wir sind auf Grund der Theorie des Klassenkampfes wie auf Grund unserer Erfahrungen dazu gekommen, den Eintritt eines Sozialisten in ein bürgerliches Ministerium als normales Mittel des proletarischen Aufstiegs zur Macht abzulehnen, konnten aber nicht umhin, für besondere Ausnahmefälle einen solchen Eintritt für zulässig zu halten. Die russische Revolution hat eben einen derartigen Ausnahmefall geschaffen. Friß Adler nimmt für seine Tat dasselbe Recht in Anspruch, das dem Ministerialismus zugebilligt wird: weit entfernt davon, sie zur Norm erheben zu wollen, will er sie als Abnormität betrachtet wissen, aber als Produkt nicht einer abnormen Geistesverfassung, sondern abnormer Zustände.

Schon das unterscheidet ihn aufs schärfste von den systematischen Terroristen. Noch mehr aber geschieht dies durch den Ausgangspunkt seines Vorgehens. Der Terrorist geht aus von der Persönlichkeit, die er aus dem Wege räumen will. Er sieht in ihr ein Hindernis des Fortschritts, das zu beseitigen ist, um diesem den Weg zu ebnen. Er wagt dabei das eigene Leben, aber das ist ihm nicht die Hauptsache, sondern eine unangenehme Begleiterscheinung, der er sich entzieht, wenn's möglich ist.

Für Friß Adler dagegen war gerade die Hingabe der eigenen Persönlichkeit der Ausgangspunkt, das Entscheidende. Das hat jedermann gefühlt, und darum die allgemeine Sympathie für ihn. Die Persönlichkeit des Opfers war ihm eine sekundäre Frage, das erhellt schon daraus, daß er eine Zeitlang unschlüssig war, gegen wen er seine Tat eigentlich richten sollte. Aber den Zweck seiner Tat sagte Adler:

Ich wünsche nicht, daß man die Tat überschätze, weder nach dem Objekt noch nach dem Erfolg. Ich wollte dem revolutionären Geist wieder eine Stätte schaffen.

Es war ein Bekenntnis zur Gewalt, es war aber auch eine symbolische Handlung, ein Gleichnis. Es sollte der Masse zeigen, was im großen Stile zu machen ist, daß man sein persönliches Leben einsetzen muß, daß man nicht Opfer inszentieren soll, aber daß man zu Opfern bereit sein muß.

Diese Opferung des eigenen Lebens meinte er nicht im Sinne einer höheren Art von Selbstmord. Adler sah zu große Aufgaben vor sich, als daß er nicht gern gelebt hätte. Er setzte sein Leben aufs Spiel nicht aus Verzweiflung am Leben, sondern um auf das Leben zu wirken.

Er sagte darüber:

Ich habe natürlich nicht die kindische Vorstellung gehabt, daß ich durch das Attentat den Absolutismus in Osterreich beseitigen oder den Frieden bringen werde. Ich bin kein Anarchist geworden. Der Anarchismus glaubt, daß die individuelle Aktion eine solche Rolle in der Welt spielen kann, ich habe es nie geglaubt, sondern ich stehe auf dem Standpunkt des Massenkampfes, der mit allen zweckdienlichen, dem natürlichen Rechtsbewußtsein entsprechenden Mitteln — im Frieden mit parlamentarischen Mitteln, wenn der Absolutismus das Parlament vernichtet hat, auch mit Gewalt — zu führen ist von den Massen. Ich stehe auch heute noch auf dem Standpunkt, daß der Massenkampf das Entscheidende ist und sein muß und daß meine Tat eine ganz bescheidene individuelle Aktion gewesen ist, nicht um den Massenkampf zu ersetzen, auch nicht, um ihn auszulösen, wie gewisse meiner Freunde geglaubt haben, ich hätte erwartet, es werde jetzt plötzlich das Volk aufstehen. Was ich wollte, war, die psychologische Voraussetzung einer künftigen Massenaktion in Osterreich zu schaffen, die Disposition dafür zustande zu bringen.

Ich wollte nicht durch meine Tat eine Revolution machen, sondern ich wollte die Voraussetzungen schaffen, daß die Leute zu der Revolution Stellung nehmen

müssen. Ich habe während des ganzen Krieges niemals ein Wort von einer gewalttätigen Erhebung gesprochen, weil ich mir bewußt war, daß in jenem Milieu, in dem ich verdammt war, zu leben, im Milieu dieses Parteivorstandes und dieser Partei derartige Worte nicht gesprochen werden können, weil ihnen das Gefühl dafür verloren gegangen ist, daß Gewalt nur herbeizuführen ist durch die Tat. Die Leute in ihrem Ignorismus hätten mich ausgelacht. Aber was nötig und möglich war, war ein Bekenntnis abzulegen zur Gewalt, ein Bekenntnis, um den Parteigenossen zu sagen: diesem Manne ist es Ernst mit dieser Sache, er gibt sein Leben dran, um das auszusprechen vor euch.

Hier haben wir die Quintessenz des Adlerschen Gedankenganges. Hier finden wir aber auch schon die Andeutung der abnormen Zustände, die bewirkten, daß er einen so abnormen Weg suchte, sein Bekenntnis abzulegen.

Auf der einen Seite gehörte zu diesen Zuständen der Mangel jeder öffentlichen Tribüne, angesichts des Fehlens des Parlaments, angesichts des »Absolutismus«, wie Adler sagte. Dazu kam aber noch der Zustand der Partei. Gegen sie richtete er seine schwersten Anklagen, denn er fühlte, daß sie ihm jede ersprießliche Tätigkeit für seine Überzeugung unmöglich machte, und er gehörte zu den sonderbaren Leuten, denen ihre Überzeugung das Höchste ist:

Ich habe die Pflicht, für meine Überzeugung einzutreten, die mir viel heiliger ist als die Frage, ob ein Mensch in Osterreich während des Krieges mehr aufgehängt wird....

Schon am Gymnasium war mir klar, daß die größte Sünde, jene, die nicht vergeben werden kann, die Sünde gegen den Geist ist, das ist die in Osterreich landesübliche Sünde.... Und wenn Sie verstehen wollen, was mich hierhergebracht hat, dann ist es die Tatsache, daß dieser Geist der Verlogenheit Eingang gefunden hat in meine Partei, daß er repräsentiert ist durch diesen Dr. Karl Renner, der nichts anderes darstellt als einen Lueger der Sozialdemokratie, der auch jenen Geist des Prinzipienverrats, der Gaukelei hineingebracht hat in unsere Partei, daß man sich immer schämen mußte, das auf sich sitzen zu lassen. In dieser ganzen Krise habe ich alle meine Energie immer darauf angewendet, den Schmutz, der von diesen Politikern an das, was mein ganzes Innere erfüllt hat, herankam, abzuschütteln. Immer wieder machte ich den Versuch, loszukommen, mich in Gegensatz zu stellen zu denen, die den Geist der Partei verraten. Das ist der wirkliche Zusammenhang meiner Tat. Es war ein Protest — einer der Proteste — gegen diesen Geist, der in die Partei eindrang.... Eine politische Partei darf nicht aus verborgenen Prinzipien handeln, sie muß aus ihren eigenen Prinzipien handeln. Wir haben in der österreichischen Partei erlebt, daß sie aus anderen Prinzipien gehandelt hat: aus deutschnationalen Prinzipien, wie sie Leuthner, Pernerstorfer, Hartmann vertreten, denen nicht das höchste Gesetz die Internationalität ist, und daß sie gehandelt hat beeinflusst von Leuten, deren höchstes Prinzip der österreichische Staat ist, wie Renner. Ich habe die größte Achtung vor Pernerstorfer, der ein ehrlicher, offener Deutschnationaler ist, ich habe nichts einzuwenden gegen diese Gesinnung, ich habe nur Verachtung für eine Partei, die sich einen politischen Gegner als Vorsitzenden gefallen läßt. Ich kann es verstehen, daß Leuthner auf rein deutschnationalem Boden steht, ich werde ihm deshalb die Achtung nicht versagen, aber daß eine sozialdemokratische Partei, die nach ihrem Programm eine internationale Partei ist und deren große Massen sich zu dieser internationalen Partei bekennen, sich gefallen läßt, daß ein Mann, der ein Deutschnationaler ist und gar nichts anderes als ein Offiziöser des Auswärtigen Amtes in Berlin, tagtäglich seine auswärtige Politik in der »Arbeiterzeitung« macht, das ist eine ganz andere Sache. Und die Situation wird kompliziert, wenn ein Dr. Renner mit allen möglichen halben Argumenten ein Argument der Demagogie zusammenbraut; denn nichts anderes ist

es, wenn Dr. Renner auf demagogischem Wege seine innere Überzeugung des Osterreichertums in die Partei einschmuggelt als wahre internationale Prinzipien. Daß die Partei die Ehrlichkeit zu sich selbst verloren hat, das ist die große Frage, um die es gegangen ist und die mich hierhergeführt hat.

Wahrlich, ohne diese Auffassung der österreichischen Parteiverhältnisse ist Adlers Tat nicht zu verstehen. Daß die Mehrheit die Verhältnisse in ganz anderem Lichte sieht, ist selbstverständlich. Es liegt auch nahe, daß Adler bei ihrer Kennzeichnung unter der Nachwirkung seines jahrelangen aufreibenden Kampfes gegen eine »kompakte Majorität«, die ihn zu hoffnungsloser Ohnmacht verurteilte, schärfer und bitterer geworden ist, als ein unbefangener Beobachter sich äußern würde. Das kann sich aber nur auf die Charakteristik der Tatsachen beziehen. Diese selbst stehen fest und sind für niemand neu, der sich mit österreichischen Dingen beschäftigt, weder Renners Großösterreichertum noch Leuthners Alldeutschum.

Schon lange vor dem Kriege, 1908, hat in der Neuen Zeit Trozky unter ausdrücklicher Zustimmung der Redaktion gegen Leuthners Haltung protestiert, der damals schon von der deutschen Sozialdemokratie verlangte, sie solle sich in der auswärtigen Politik auf Seite der Regierung stellen. (N. Trozky, Nationalpsychologie oder Klassenstandpunkt, Neue Zeit, XXVII, 1, S. 76 ff.)

Was wir stets als unwürdigen Zustand empfunden haben, wurde im Kriege unerträglich, als die äußere Politik zum Gesamthalt der Politik wurde und die Parteiopposition so gut wie mundtot war. Sie befand sich in Osterreich in weit schlechterer Lage als bei uns in Deutschland, wo sie doch über Parlamentssitze verfügte, im Reichstag und Preussischen Landtag zum Worte kommen konnte und Abgeordnete zu ihren Mitgliedern zählte, die jetzt mehr als je die Bekundung ihrer Überzeugung vor der Öffentlichkeit für ihre heiligste Pflicht hielten und die Erfüllung dieser Pflicht nicht wie der brave Oppositionsmann Marckwald von der Genehmigung einer Parteibehörde abhängig machten. Auf das dringendste bedurfte Friß Adler eines Feldes, auf dem er für seine Ideen wirken konnte. Er ging zugrunde in der Knebelung, die ihm die heimischen Zustände auferlegten. Ich fühlte das und bot ihm an, zu uns nach Deutschland zu kommen, wo uns seine Kraft große Dienste leisten konnte. Aber so sehr liebte er seine Partei und sein Land, daß er sie nicht verlassen wollte. Und darum blieb er in den verzweifeltsten Zuständen, die ihm schließlich den Revolver in die Hand drückten.

Der »Vorwärts« freilich weiß das besser.

Das Zentralorgan der alten Sozialdemokratie bringt es fertig, nach der Verurteilung unseres Freundes die Ausführungen noch zu überblefen, die es gleich nach der Tat über ihn veröffentlichte und die äußerst empörend gewirkt hatten.

Der »Vorwärts« stellte seinen Lesern den Konflikt, in den Friß Adler geriet, folgendermaßen dar: Auf der einen Seite standen jene österreichischen Parteigenossen, die sich für die Mehrheit der deutschen Reichstagsfraktion erklärten.

Sie liebten das Land der Marx und Lassalle, der Bebel und Liebknecht, der stärksten Organisationen und der glänzendsten Wahlerfolge. Dieses Land sollte nicht zugrunde gehen!... Sie alle wollten den Frieden, aber sie wollten ihn nicht durch den Zusammenbruch des eigenen Volkes. Friß Adler war

einer der Vereinzeltten, die auch vor dieser Konsequenz nicht zurückschrecken, und dadurch geriet er in immer schärferen Gegensatz zu seinen österreichischen Parteigenossen.

Der »Vorwärts« gibt nicht an, wann und wo Friß Adler sich in diesem Sinne ausgesprochen hätte. Die Verhandlung hat das gerade gegenteilige Bild ergeben: die leidenschaftliche Hingabe für die Sache des Volkes, für das er sein Leben in die Schanze schlug — des eigenen Volkes wie jedes anderen. Nicht darin unterscheidet sich Friß Adler von der Mehrheit seiner Parteigenossen, daß ihm das Schicksal seines Volkes gleichgültig ist, indes es ihnen am Herzen liegt, sondern darin, daß ihm als die notwendige Konsequenz ihrer Methoden der Ruin des Volkes erscheint, materieller Ruin, politischer, moralischer.

Gerade, weil er diesen Zusammenbruch fürchtete, daher seine Verzweiflung. Nichts könnte empörender wirken als die elende Unterstellung des »Vorwärts«, wenn wir ihm nicht eines zugute hielten: wir glauben hier nicht an eine bewußte Verleumdung. Die jetzigen Redakteure des »Vorwärts« sind einfach unfähig, einen Charakter wie den Friß Adlers zu begreifen.

Adler irrte in dem einen Punkte, daß er die Parteizustände, die er kritisierte, als spezifisch österreichische ansah. Und doch haben wir in der deutschen Sozialdemokratie genug Leute, sogar solche, die sich zur Opposition zählen, die stolz darauf sind, daß sie sich vom »Sirenenlied« nicht betören lassen, in dem die Überzeugung als das Höchste und Heiligste erscheint.

Noch mehr aber hätte Adler darin geirrt, wenn er erwartet hätte, es werde ihm gegeben sein, durch die Wucht seiner Anklagerede diese Elemente zur Einkehr und Umkehr zu bringen.

Eine Korrespondenz, die durch die Mehrheitspresse geht und wohl aus derselben Fabrik stammt wie der Artikel des »Vorwärts«, schließt ihre Ausführungen über Friß Adler mit den Worten:

Auf dem Felde der Politik entscheidet nicht allein das heiße Herz, sondern auch das abwägende Urteil und der Sinn für Wirklichkeiten. Der hat dem jungen Adler gefehlt, und darum hat er das große Spiel verloren, das er mit dem Einsatz seines Lebens spielte.

Er hätte es verloren, wenn er zu jenen Leuten gehörte, denen nur das Nächstliegende und Handgreifliche als wirklich erscheint und die stolz sind auf ihre eigene Kurzsichtigkeit, die sie als »Sinn für Wirklichkeit« preisen. Nicht zu ihnen gehört Adler, nicht zu ihnen hat er gesprochen. Er sprach zu denen, die weiser sehen und denen ihr »heißes Herz«, ihr unerlöschlicher Bekennermut die Kraft gibt, dem in der Ferne gesehenen Ziele treu zu bleiben und ihm unentwegt zuzustreben, wenn die kurzsichtigen »Wirklichkeitspolitiker« haltlos über die zunächstliegenden Wirklichkeiten stolpern, ohne sich zwischen ihnen zurechtzufinden.

Was braucht es den hochfliegenden Adler zu kümmern, wenn die Maulwürfe unten seine Blindheit konstatieren?

Freilich, er hätte sein Spiel verloren, wenn es darauf angelegt gewesen wäre, sie zu sich emporzuziehen. Aber zum Glück für den proletarischen Fortschritt umfassen jene Realpolitiker nicht die Gesamtheit des internationalen Proletariats. Zu diesem hat Adler gesprochen, und von ihm wird er verstanden.

Mit Recht durfte er sagen:

Die Minorität in Österreich, die sehr klein gewesen ist, in diesem Lande, wo man nicht reden konnte, während sie in Deutschland sehr groß war, diese Minorität wird in Stockholm nicht vertreten sein. Aber daß von ihr in Stockholm gesprochen werden wird, dafür wird Ihr Urteil sorgen — und der wahre Gruß aus Österreich nach Stockholm wird Ihr Todesurteil sein.

Was immer über Friß Adlers Leib verfügt werden mag, sein Geist wird als eine der stärksten wirkenden Kräfte auftreten — in Stockholm und weit darüber hinaus.

Österreichische Erneuerung.

Von D. Jenßen.

Der Weltkrieg hat die Donaumonarchie Österreich-Ungarn in den Mittelpunkt des Interesses gerückt: Galizien war monatelang das Schlachtfeld russischer Massenheere, die Rumänen kämpften in Siebenbürgen, die Italiener berennen die Hochfläche des Karst. Aber nicht nur als Kriegsschauplatz und militärische Basis, sondern vor allem als politischer Organismus, als Staat ist Österreich-Ungarn ein Gegenstand lebhafter Anteilnahme. Sein Konflikt mit Serbien eröffnete nominell den Weltkrieg. Italien und Rumänien erklärten früher der habsburgischen Monarchie als Deutschland den Krieg, und das militärische Zusammengehen von Wien und Berlin hat nicht zuletzt jene »mitteleuropäische« Welle veranlaßt und gestärkt, von der sich zahlreiche Genossen beider Länder tragen lassen.

Die allgemein verbreitete Unkenntnis der politischen Verfassung und Verwaltung, der geographischen und wirtschaftlichen Gliederung, der nationalen Siedlung, der Ursachen der Nationalitätenkämpfe Österreichs erschwert eine fruchtbare Diskussion der durch den Krieg aufgeworfenen Probleme und durch ihn verschärften alten Streitfragen, von den kriegspolitischen Hindernissen ganz abgesehen. Diese Sachlage beeinflusst ungünstig die kritische Würdigung einer Schrift des Wiener Reichsratsmitglieds Genossen Dr. Karl Renner, deren Titel »Der Imperialismus im Osten und Österreich-Ungarn« ihr schon die Beachtung weitester Kreise sichern sollte.¹

Der Imperialismus als Begriff, als politische Wirklichkeit, als Kriegsurache und Kriegs faktor steht ja im Brennpunkt der theoretischen Parteistreitigkeiten und der sich daraus ergebenden Stellungnahme zu den Fragen des Tages.

Wie wirkt der Imperialismus der Nachbarländer auf Österreich-Ungarn, das selbst angeblich keine imperialistischen Bestrebungen hat? Gibt es eine Donauweltpolitik, einen Balkanimperialismus? Ist Rußlands Expansion imperialistischen Charakters? Diese und viele andere Fragen drängen sich unwillkürlich auf.

Renner gibt keine systematische Beantwortung dieser Fragen, obgleich die Schlußabhandlung seines Werkes eine großzügige Untersuchung der Formen ko-

¹ Karl Renner, Österreichische Erneuerung, 3. Band. Der Imperialismus im Osten und Österreich-Ungarn. Politisch-programmatische Aufsätze. Wien 1916, Verlag Ignaz Brand & Co. 119 Seiten. Vereinsausgabe 2 Kronen. Die Artikel aus der »Arbeiterzeitung« sind unverändert abgedruckt, während die Schlußabhandlung aus dem »Kampf« etwas gekürzt wurde. Der erste Band des Werkes (VIII, 159 Seiten), der keinen Untertitel trägt, war schon früher erschienen und behandelt vornehmlich die Reform der Verwaltung Österreichs und die Frage Mitteleuropas. Der zweite Band ist nach dem dritten, eben jetzt erschienen und schließt das Werk ab. Er ist betitelt »Die Wirtschaftsreform« (VIII, 200 Seiten, 6 Kronen) und behandelt vornehmlich die Handelspolitik Österreichs, aber auch die Verwaltungsreform. Diese beiden Bände wenden sich vorwiegend an ein österreichisches Publikum.

lonialpolitischer Beeinflussung und des Erwachens geschichtsloser Nationen bietet. Den Hauptteil der Schrift bilden Artikel, die zuerst in der Wiener »Arbeiterzeitung« erschienen, in denen wichtige Kriegseignisse geschichtlich und politisch besprochen werden. Bei der großen Unkenntnis über die Tatsachen der Geschichte fremder Länder und die Vorgänge der auswärtigen Politik hält Renner mit Recht eine Orientierung der Arbeitermassen über diese Dinge für notwendig. Seine Begründung lautet:

So ist die meisterhafte Kritik des Sozialismus an dem bürgerlichen Imperialismus bei vielen Sozialisten zu doktrinärem Torheit und Verbissenheit geworden, die, weil sie nicht weiß, was in der Welt vorgeht, blind um sich schlägt und jeden als Imperialisten verdonnert, der nur den Versuch unternimmt, die realen Gegensätze zwischen Staaten und Völkern auf Grund der materialistischen Geschichtsauffassung zu untersuchen und darzustellen. Gerade darum halte ich es für geboten, einen möglichst breiten Kreis von Arbeitern gleichsam vor die Schaubühne der größeren Welt zu führen und ihm zunächst zu zeigen, was geschieht. (S. VI.)

In diesem Geiste sind die Betrachtungen Renners gehalten, und gegen diese Auffassung muß sich die Kritik der angeblich »tatsachenblinden« Marxisten richten, die die Tatsachen des Tages anders werten wie Renner. Seine früheren Werke über Österreich-Ungarn liefern schon den Beweis, daß die materialistische Geschichtsauffassung keine Schablone ist, was zu ihrem Teil auch die gerade heute wieder lesenswerte Abhandlung über »Nationalität und Internationalität« beweist, die Karl Kautsky 1908 als Kritik der Hauptwerke Karl Renners und Otto Bauers veröffentlichte.²

Die fagespolitischen Meinungen Renners enthüllen sich dem Kenner als eine durch den Krieg verschärfte Ausprägung von Tendenzen, die im Keime in seinen früheren Schriften vorhanden waren: jene charakteristische Mischung von oft glänzender marxistischer Analyse verbunden mit Folgerungen, die in das Gebiet der ideologischen Politik hinüberspielten, Überschätzung der rechtlichen Form, die sich bis zum juristischen Utopismus steigern kann, und (was besonders die Kriegsaufsätze im »Kampf« zeigen) Abertreibung der heute durch Reformen möglichen Leistungen auf dem Gebiet bürokratischer Verwaltung, Injizierung durch das Kriegsschlagwort der Organisation an sich.

Die Mängel der Rennerschen Methode und Politik, die durch den Krieg sehr verstärkt sind, hat treffend ein Österreicher der gleichen jungmarxistischen Generation, der so früh verstorbene Genosse Dr. Gustav Eckstein in seiner letzten größeren Arbeit³ charakterisiert, wenn er im Kapitel über »Ideologische und materialistische Politik« nach einer Skizzierung der Entwicklung in Ungarn über die Taktik der österreichischen Partei im Wahlrechtskampf nach Ablehnung des bonapartistischen Wahlrechtsvorschlages des Ministeriums Laaffe unter anderem schreibt:

² Ergänzungsheft zur Neuen Zeit Nr. 1. Besonders lesenswert ist heute der Abschnitt »Österreichs Zukunft«, aber auch die anderen Teile sind zu beachten in einer Zeit, wo so viel »national gefühlt«, aber so wenig über Begriff und Charakter der Nation ernstlich geforscht und gedacht wird. Zugleich sind die Ausführungen Kautskys Kommentar und Kritik zu Bauers und Renners Schriften.

³ Gustav Eckstein, Die Taktik des Marxismus. Wien 1914, Ignaz Brand. 113 Seiten. Diese für die Marxstudien schon vor dem Kriege geschriebene, jetzt nur als Manuskript gedruckte Abhandlung gibt nicht nur einen historischen Rückblick über die Entwicklung der Taktik des Marxismus und die konkrete Stellungnahme von Marx und Engels und anderen führenden Marxisten zu wichtigen politischen Fragen, sondern aus der »dogmengeschichtlichen« Aufzählung ergibt sich eine methodologische Betrachtung über das Wesen Marxscher Auffassung politischer Gegenwart und praktischer Politik.

Sie hat diesen Entschluß nie zu bereuen gehabt. In zähem, mit allen Waffen geführtem Kampfe gegen die Regierung und gegen das Bürgertum eroberte sie, allerdings erst vierzehn Jahre später und begünstigt durch die Wirren in Ungarn und die Revolution in Rußland, nicht nur das, was Laaffe versprochen hatte, sondern viel mehr, und dieser lange, opferreiche Kampf hatte ihre Kraft nicht geschwächt, sondern gestählt.

Allerdings, während die österreichische Partei mit Versammlungen und Straßendemonstrationen, durch die Ausnutzung des so beschränkten und elenden Wahlrechts zu Reichsrat, Landtagen und Gemeinden die realistischste Politik machte und nicht danach fragte, was die bürgerlichen Parteien versprachen, sondern was sie tun mußten, wandelten die literarischen Vertreter der Partei manchmal wesentlich andere Pfade. Auch sie vertrauten nicht auf die bloßen Worte der Bürgerlichen noch auch auf die der Regierung; aber sie drehten die Sache um und glaubten, ihrerseits durch Überredungskünste die Regierenden und die Bürgerlichen gewinnen und zur Überzeugung bringen zu können, daß diese ihre eigenen Interessen nicht besser wahrnehmen könnten, als indem sie die Forderungen des Proletariats, besonders die nach dem allgemeinen Wahlrecht, verwirklichten. Und so manche der Artikel, die damals in der »Arbeiterzeitung« erschienen, erinnerten nur allzu stark in Ton und Absicht an jene Bismarck-Artikel Schweizers.

Es ist begreiflich, daß der scheinbare Erfolg dieser literarischen Methode in deren Vertretern den Glauben verstärkte, daß sie auf dem richtigen Wege seien, und so kam es, daß in den Spalten der »Arbeiterzeitung«, die lange Zeit das einzige einflussreiche publizistische Organ der österreichischen Sozialdemokratie war, neben der Aufklärung des Proletariats immer mehr auch das Streben in den Vordergrund trat, die Gegner und besonders Regierung und Krone unmittelsbar durch Überredung zu beeinflussen. Der Träger der Krone hatte sich während der Wahlrechtskämpfe wiederholt für das allgemeine Wahlrecht ausgesprochen. Lag es da nicht nahe, ihn auch für die übrigen Forderungen des Proletariats zu interessieren, die ja zugleich auch den Bestand Österreichs verbürgen sollten?

Heute hat diese Politik auf der ganzen Linie Schiffbruch gelitten. Damit dürfte auch der so lange gehegte Wahn abgetan sein, daß jene schönen Leitartikel damals das Schicksal der Wahlreform entschieden; in der Tat bewirkten sie etwas anderes. Die proletarischen Leser glaubten, was sie jeden Tag predigen hörten, und erwarteten daher von dem neuen Wahlrecht Dinge, die dieses unmöglich leisten konnte, insbesondere die Wiederbelebung und Genesung des österreichischen Staatskörpers und die Beilegung der nationalistischen Kämpfe. Denn all das war von der Durchführung der Wahlreform versprochen worden. Um so größer mußte dann natürlich der Rückschlag sein, unter dessen Nachwirkungen die Partei noch heute zu leiden hat. (S. 33, 34.)

Renner's Artikel in der Wiener »Arbeiterzeitung« aus der Zeit vom 4. Juli 1915 bis zum 16. Juli 1916 liefern den bündigen Beweis, daß der schöne »Wahn« eine lebendige Kriegsaufstehung gefeiert hat, und leider ist auch die von Eckstein befürchtete Wirkung auf das Proletariat nicht ausgeblieben. Ob die Überredungskünste auf Bürgertum und Bürokratie Eindruck machen werden, ist zurzeit natürlich schwer zu sagen.

Renner sieht die Dinge allerdings erheblich anders. Für ihn ist der »ökonomische und militärische Beweis« erbracht, daß »der nationale Chauvinismus auf das unfeligste übertrieben hat«. Der Nationalitätenkampf hat die wirtschaftliche Entwicklung nur teilweise gehemmt, durch den Wettbewerb der Nationen sogar gefördert.

Der nationale Wettstreit sieht im Lichte dieser Tatsachen anders aus, als er sich im Bewußtsein unserer bürgerlichen Welt darstellt, die nur allzuoft gedankenlose Schreiber bloß wegen der schrillen Akzente ihres nationalen Tenors zu euro-

päischen Größen aufgebaut und dadurch verschuldet hat, daß sie in West und Ost, in Nord und Süd ernst genommen worden sind. Der nationale Wettstreit ist eine schlimme Verlegenheit für die staatliche Ordnung im Innern, er ist aber doch zugleich ein Entwicklungshebel, wirtschaftlicher und kultureller Sauerteig, er ist zuweilen sogar zum Antrieb der Demokratie geworden, wie in der Wahlreform. Nur wer am Scheine hängt und sich den Tatsachen verschließt, sieht in den bunten und vieldeutigen Reibungen des Nationalitätenstaats nichts als Unsinn und Unglück.

Woher aber dann die überaus kritische Entwicklung der innerstaatlichen Zustände Osterreichs in den letzten Jahrzehnten und ihre verhängnisvolle Wirkung auf das Ausland?

Ein großer Widerspruch klafft zwischen den wirtschaftlichen und nationalen Grundlagen dieses Reiches und seinem staatlichen Aufbau. Diese Grundlagen sind neu und breiter geworden, der Oberbau beharrt in den alten, engen Verfassungsformen. Wir sind ökonomisch längst ein großes, einheitliches Wirtschaftsgebiet geworden, das Industrie und Landwirtschaft, Bergland und Ebene fast glücklicher vereint als irgendein anderes Gebiet Europas. Aber staatsrechtlich sind wir eine Zweieheit, und was von Natur eins ist, muß rechtlich alle zehn Jahre zusammengeslickt werden — diese Flickversuche sind seit vierzig Jahren immer wieder der Anstoß der schwersten staatsrechtlichen Wirren geworden.

Wir sind national zehn Völker, die allesamt nacheinander zu politischem Selbstbewußtsein erwacht sind und ihren Anteil an der Staatsgewalt fordern, zum Teil auch erordert haben. Wo aber ist der rechtliche Ausdruck für diese Tatsache? Wir heißen nicht »Vereinigte Donauvölker«, wie etwa die berühmte Union jenseits des großen Wassers sich »Vereinigte Staaten von Nordamerika« nennt, wir heißen Osterreich-Ungarn... So aber steht es: Die äußere staatsrechtliche Prägung der Monarchie hat mit ihrer inneren nationalpolitischen Entwicklung nicht Schritt gehalten.

Staatsrechtlich sind wir die vereinigten Donauvölker nicht. Wir haben das wirtschaftliche, das soziale, das kulturelle Gesetz unseres Zusammenlebens längst gefunden, das staatliche jedoch nicht. Die Staatsordnung den neuen Tatsachen anzupassen ist die Aufgabe der Generation, die nach dem Kriege die Geschichte Osterreichs lenken wird... Wir sind ein internationales Gemeinwesen und bleiben es, wie tief auch der Vogel Strauß den Kopf im Sande vergrabe. Also müssen wir eine internationale Verfassung haben und müssen mit klarem Bewußtsein international regiert werden. International, das heißt: jede Nation besorgt ihre spezifischen nationalen Gelegenheiten gesondert, alle besorgen miteinander die Aufgaben der Wirtschafts- und Verteidigungsgemeinschaft!... Was wir schienen, hat unsere Freunde mutlos und unsere Feinde kühn gemacht. Lasset uns von Rechts wegen werden, was wir der eigenen Anlage nach sind, und die Welt wird sich zu uns anders stellen. Die bisherige Verfassung ist aller Abel Grund. (Renner, a. a. O., S. 6, 7, 8.)

Hier haben wir die Grundauffassung Renners vom Wesen des österreichisch-ungarischen Staates, vom Zielpunkt seiner Entwicklung und von den Aufgaben der kommenden Generation besonders des Proletariats: zweckmäßige Verwaltungsorganisation, nationale Autonomie⁴ und Demokratie. Dieser »österreichische Opti-

⁴ Es ist hier nicht möglich, die nationale Autonomie in ihrer Bedeutung und den Grenzen ihrer Wirksamkeit zu behandeln. Ich verweise auf Kautskys Kritik der Bauer-Rennerschen Erwartungen. Kautsky wies mit Recht darauf hin, daß die Probleme der Staatsprache, des Verhältnisses von reichen und armen Nationen im gleichen Staate, der Kampf um den Mehrwertanteil zwischen den nationalen Bourgeoisien usw. durch die Kulturautonomie nicht gelöst werden können. Er sieht die Bedeutung der Rennerschen Vorschläge hauptsächlich in ihrer Anwendung auf das Parteileben im Nationalitätenstaat, während Eckstein sehr treffend die Wir-

mismus« ist auch der Grundton der glänzend geschriebenen Aufsätze, in denen Renner wichtige militärische Ereignisse des Weltkriegs politisch beleuchtet. Hier ist er der »sozialistische Advokat der Donaumonarchie«, wie ihn Trotsky treffend genannt hat. In der Polenfrage stellt er unter Berufung auf Engels »für die Gegenwart Österreich außer Gericht«. In der Balkanfrage entlarvt Renner schonungslos die Diplomatie Rußlands, der Westmächte, die Scheingründe der italienischen Kriegserklärung, macht aber dann die Diplomatie der Zentralmächte zum Vollzugsausführer des Baseler Manifestes der Internationale, indem er schreibt:

Angesichts dieses dreifachen Gibraltar begeht jeder Balkanstaat, der die Geschäfte der Entente übernimmt, ein Verbrechen gegen die gemeinsame Zukunft. Angesichts dieser geplanten Lunisierung eines Drittels des Erdteils wird der Ausspruch Bethmann-Hollwegs fast zur Wahrheit, daß die Freiheit der Völker keine andere Zuflucht habe als das deutsche Schwert.

Angesichts dieser Tatsachen kann erwartet werden, daß die Diplomatie Deutschlands und Österreich-Ungarns den Nebel der Verblendung zu zerreißen vermag, der noch immer über Tellen der Balkanvölker ruht. Sie muß Erfolg haben, wenn sie sich zu dem Grundsatz des Baseler Manifestes offen bekennt: Der Balkan den Balkanvölkern! (Renner, a. a. O., S. 39.)

Anläßlich der Kriegserklärung Bulgariens gibt Renner eine ausgezeichnete Skizze des diplomatischen Ränkespiels des Vierverbands am Balkan, die angesichts der Vorgänge in Griechenland noch heute zutreffend ist, aber wir vermissen jedes Wort über die Stellung der bulgarischen Arbeiterchaft zur Kriegserklärung ihrer Regierung. Alles erschöpft sich in anklagender, die wirtschaftlichen Ursachen aufdeckender Kritik der Vierverbandspolitik.

Zwar bringt Renner das auf der letzten sozialistischen Balkankonferenz zu Bukarest beschlossene Manifest und fügt hinzu:

Ohne Zweifel ist das hier ausgesprochene Ziel in vollem Einklang mit Basel. Die politischen und militärischen Ereignisse haben es so gefügt, daß dieses Ziel in keinem Punkte mit unseren Lebensinteressen, in allen Punkten aber in Widerspruch steht mit der Politik Rußlands und der Westmächte, welche den Balkan in den Krieg zu verwickeln streben und seine Völker und Länder geradezu als Sold für Kriegsteilnehmer feilbieten! (Renner, a. a. O., S. 52.)

»Unsere Interessen« sind hier die Staatsinteressen Österreich-Ungarns, die Renner im wesentlichen auch für die Interessen des internationalen Proletariats hält. Den Keim dieser Auffassung gibt er in folgenden Sätzen im Schlußkapitel des Buches:

Sobald die nationale Bourgeoisie bis zur Entwicklung des Finanzkapitals vorgeschritten ist, benötigt sie selbst das größere Wirtschaftsgebiet, tschechische Fabrikanen und Bankmänner sind eifrige Großösterreicher geworden. Da in diesem Reich andererseits keine Nation so sehr überwiegt, daß sie mit Erfolg den Aufstieg der anderen hindern könnte, ist eine gewisse Beruhigung der Nationen eingetreten, und ihre führenden Männer — mit verschwindenden Ausnahmen — sehen Gegenwart und Zukunft ihres Volkes noch relativ am besten im Rahmen dieses Staatsverbandes und auf dem Boden dieses einheitlichen Wirtschaftsgebietes geborgen. Der Krieg hat vollends die Niederlage des nationalen Chauvinismus besiegelt: die Massen im Felde haben — wieder bis auf verschwindende Ausnahmen — nicht ihn, sondern ihre Interessen für den Bestand und die Einheit des Reiches bekundet.

Das feste Zutrauen aller Völker, daß sie sich ihre inneren Beziehungen selbst und allein daheim richten wollen und können, ohne das Gesetz ihres Zusammenlebens von außen zu beziehen, kündigt zugleich den bevorstehenden Sieg der na-

kungen der übertriebenen Erwartungen in die politischen Wirkungen der Kulturautonomie in einer unzulässigen Übertragung partelorganisatorischer Erfahrungen auf das Staatsleben steht.

nationalen Autonomie an. Eine Enttäuschung in diesem Punkt wäre das schlimmste Verhängnis für die Monarchie, vielleicht der Anstoß zur Wiederholung der heutigen Bedrohung unter viel schlimmeren inneren Bedingungen! Noch immer, ja mehr als je gilt Otto Bauers Wort: »Wenn Österreich sein wird, wird die nationale Autonomie sein!« Dieser Krieg selbst macht auf diese Formel die Probe. (Renner, a. a. O., S. 117, 118.)

Wir stimmen mit Renner insofern überein, als es auch uns möglich erscheint, daß der Friede eine starke Sehnsucht nach nationaler Waffentruhe im internationalen österreichischen Parlament bringen wird, sind aber mit Kautsky der Meinung, daß trotz allgemeiner Sehnsucht und gutem Willen einzelner die wirtschaftliche und politische Entwicklung immer wieder Antriebe zum steigenden Nationalitätenhader auch unter der Herrschaft des Finanzkapitals erzeugt. Die Hoffnungen auf große Fortschritte infolge Übereinstimmung der Interessen der Bürokratie mit denen der Arbeiterklasse der Donaumonarchie sind durch den Krieg nicht besser begründet worden. Man lese nur heute, was Kautsky 1908 über den Cäsarismus und die von ihm zu erwartenden Leistungen in der Demokratisierung des Staates schrieb. Ohne Demokratie ist aber auch die von Renner propagierte nationale Kulturautonomie ein Zerrbild und bestenfalls ein Mittel technischer Vervollkommnung bürokratischer Organisation mit dem Motto Metternichs: »In Österreich wird nicht regiert, sondern nur verwaltet.« Hören wir Kautsky:⁴

Wohl strebt der Cäsarismus nach einer Gleichheit, nämlich nach der gleichen Machtlosigkeit aller Klassen vor der Regierung und ihren Machtmitteln, Bürokratie und Armee. Gerade um diese Machtlosigkeit herbeizuführen, um bestimmten oberen Klassen durch untere Klassen die Wage zu halten, erscheint dem Cäsarismus unter bestimmten Verhältnissen das allgemeine, gleiche Wahlrecht als ein geeignetes Mittel. Aber als ein geeignetes Mittel nur dann, wenn er sich gleichzeitig auf Bürokratie und Armee verlassen kann, wenn diese unumschränkt herrschen und ihm unumschränkt zu Gebote stehen. Gegen jede Einschränkung der bürokratischen Macht durch die Demokratisierung der Verwaltung hat sich die bürokratische Monarchie, mag sie cäsaristischen oder sonst einen Charakter tragen, stets auf das energischste gewehrt.

Das wird auch nach dem Kriege so bleiben, und vor allem wird sich die Bürokratie energisch wehren gegen demokratische Einflüsse auf ihrem Sondergebiet der auswärtigen Politik. Hier zeigt sich der Grundfehler der Rennerischen Betrachtung. Gerade der Krieg hat gezeigt, daß das Weltproletariat seine eigene auswärtige Politik führen muß. Renner ist ein Opfer des international aufstrebenden Kriegsnationalismus, der bei ihm gemischt wird mit der besonderen österreichischen Ideologie und der vorwiegenden Beschäftigung mit juristischen Problemen.

Im Zeitalter der Weltwirtschaft, des Welthandels und des geplanten Weltmarktkampfes schutzjollungrenzter Weltimperien muß die Arbeiterklasse planetarisch denken und — was wichtiger ist — handeln. Ihr Denken muß den ganzen Planeten umfassen. Wir müssen, wie Hilferding sagt, nicht Mitteleuropäer, sondern Europäer werden, und ich möchte erweiternd hinzufügen: Weltproletarier. Die Verengung des Horizonts, die Übertreibung der Bedeutung noch so wichtiger organisatorischer Reformen, liebgewordener Einzelgedanken und durch besondere Staatsverhältnisse dringend erscheinender Wünsche führt nur zur Realutopie.

Man sucht Verbündete, rechnet auf ähnliche Interessen von Bürokratie und Bourgeoisie, überschätzt die Bedeutung des eigenen Staates, und bewußt oder unbewußt dienen angebliche demokratische und sozialistische Forderungen ganz anderen Klassen und Schichten, und ein neues staatliches Traumgebilde kommt zur Welt als ein neues Herrschaftsmittel, als eine erweiterte Domäne des Finanzkapitals.

Nur zu leicht verwandelt sich die Schwärmerei für Autonomie und Organisation da in jene Wirklichkeit zweckmäßig organisierter und technisch gut geleiteter Staats-

⁴ Kautsky, a. a. O., S. 32, 33.

einheit, von der schon Heinrich Heine sang im preußischen Vormärz (1844), am Vorabend der bürgerlichen Revolution:

Ein Passagier, der neben mir stand,
Bemerkte mir, ich hätte
Jetzt vor mir den preußischen Zollverein,
Die große Douanenkette.

»Der Zollverein« — bemerkte er —
»Wird unser Volkstum begründen,
Er wird das zersplitterte Vaterland
Zu einem ganzen verbinden.

Er gibt die äußere Einheit uns,
Die sogenannte materielle;
Die geistige Einheit gibt uns die Zensur,
Die wahrhaft ideelle —

Sie gibt die innere Einheit uns,
Die Einheit im Denken und Sinnen;
Ein einziges Deutschland tut uns not,
Einig nach außen und innen.« (»Deutschland«, Kaput II.)

Die Befreiung der Nationen.

Von K. Kautsky.

(Fortsetzung.)

6. Otto Bauers Theorie der Nationalität.

Der Gedanke, daß unser Interesse für die Nationalität nur so weit reicht, als die Wahrung der nationalen Rechte zusammenhängt mit der Wahrung der Demokratie, wird Anfechtung nicht bloß bei den Nationalisten erfahren. Bis in die Reihen der internationalen Sozialdemokratie hinein reicht die Überzeugung, die Nationalität sei das höchste gesellschaftliche Heiligtum, dem jeder unverbrüchliche Treue schulde. Seiner Nationalität untreu zu werden, sei nicht minder verächtlich und verwerflich, als sich von Vater und Mutter loszusagen. Die Internationalität erkenne wohl die Gleichberechtigung, ja Solidarität der Nationalitäten oder wenigstens ihrer arbeitenden Klassen an, keineswegs aber Gleichgültigkeit gegen die Zugehörigkeit eines jeden zu seiner Nation.

Diese Ablehnung der nationalen Assimilierung glaubt in den Anschauungen eines unserer bedeutendsten Marxisten eine Stütze zu finden, in Anschauungen, die Otto Bauer in seinem Buche über »Die Nationalitätenfrage und die Sozialdemokratie« (Wien 1907) geäußert hat. Das Buch ist hervorragend wie alles, was Bauer schreibt, niemand kann an ihm vorbeigehen, der sich über die Frage der Nationalitäten unterrichten will. Namentlich über die nationalen Fragen Österreichs bietet es reiche Belehrung. Aber seinem Ausgangspunkt kann ich nicht zustimmen. Ich habe meine Bedenken gleich nach dem Erscheinen des Buches in meiner Besprechung ausgeführt (»Nationalität und Internationalität«, 1. Ergänzungsheft zur Neuen Zeit, 18. Januar 1908). Angesichts der Bedeutung, die bei der Formulierung der Kriegsziele der Begriff der Nationalität und die Auffassung der Nationalitätenpolitik für die Sozialdemokratie erhält, muß ich hier nochmals darauf zurückkommen, ehe ich meine grundsätzlichen Darlegungen der Selbstbestimmung der Nationen schließe.

Ich fasse die Nationalität als Sprachgemeinschaft auf, und zwar die moderne Nationalität als eine durch den modernen Verkehr erzeugte Gemeinschaft einer Schriftsprache. Die Bedeutung der Nationalität liegt für mich in der Bedeutung der Sprache der Volksmasse für das gesellschaftliche, also auch das politische Leben, im besonderen für die Demokratie.

Bauer lehnt es ab, die Nationalität als Sprachgemeinschaft zu betrachten. Aber seine Berufung auf Engländer und Iren oder Kroaten und Serben, die die gleiche Sprache sprechen und sich doch als verschiedene Völker fühlen, ist nicht beweiskräftig. Hier wie dort liegen historisch überlieferte Trennungsgründe vor, die es erschweren, daß die Sprachgemeinschaft sich als nationale Gemeinschaft äußert. Je mehr diese alten Traditionen schwinden, desto mehr wird die Sprachgemeinschaft als nationale Gemeinschaft empfunden werden. Wir werden darüber ein andermal noch im besonderen handeln, ebenso wie von den Juden, auf die sich Bauer auch beruft, die ein Volk seien, obwohl sie keine Sprachgemeinschaft bilden. Er sagt nicht, sie seien eine moderne Nationalität. Sein Ausgangspunkt ist eben ein von dem meinen total verschiedener. Er sucht nicht nach dem Begriff der modernen Nationalität, sondern nach der Nation überhaupt.

Für Bauer ist die Nation »aus Schicksalsgemeinschaft erwachsende Charaktergemeinschaft« (S. 113). Als solche ist sie für ihn auch eine Kulturgemeinschaft. Jede Nation repräsentiert eine besondere Kultur. Kulturmensch wird man nur durch Aufstieg in die »nationale Kulturgemeinschaft«.

Die Arbeiterklasse weiß, daß sie, so groß die Erfolge ihres Kampfes auch sein mögen, in der kapitalistischen Gesellschaft doch nie in den vollen Besitz der nationalen Kultur gelangen kann. Erst die sozialistische Gesellschaft wird die nationale Kultur zum Besitz des ganzen Volkes und dadurch das ganze Volk zur Nation machen. Darum ist alle evolutionistisch-nationale Politik notwendig sozialistische Politik. (S. 164.)

Was aber ist »evolutionistisch-nationale« Politik? Ihren Begriff zeigen folgende Ausführungen:

Planmäßiges Zusammenwirken zu dem Zwecke, daß das ganze Volk an der nationalen Kulturgemeinschaft Anteil habe, durch die nationale Kultur bestimmt und so zu einer nationalen Charaktergemeinschaft verknüpft werde, darf wohl auch nationale Politik heißen. Um sie von der konservativ-nationalen Politik zu unterscheiden (die die überlieferte Eigenart der Nation unverändert erhalten will), nenne ich sie die evolutionistisch-nationale Politik. Sie darf evolutionistisch heißen, denn sie bricht mit der Vorstellung, unveränderte Erhaltung der geschichtlich entstandenen Eigenart der Nation sei unsere Aufgabe; sie stellt dieser unrichtigen Vorstellung die der Entwicklung, der Evolution des Nationalcharakters gegenüber. (S. 160.)

Diese Entwicklung bedeutet aber nach Bauers Ansicht keineswegs gesteigerte Annäherung der Eigenart der verschiedenen Nationen, sondern vielmehr das Gegenteil.

Die Tatsache, daß der Sozialismus die Nation autonom, ihr Geschick zum Erzeugnis ihres bewußten Willens macht, bewirkt nun aber steigende Differenzierung der Nationen in der sozialistischen Gesellschaft, schärfere Ausprägung ihrer Eigenart, schärfere Scheidung ihrer Charaktere voneinander. (S. 105.)

Heranziehung des gesamten Volkes zur nationalen Kulturgemeinschaft, Eroberung voller Selbstbestimmung durch die Nation, steigende Differenzierung der Nationen — das bedeutet der Sozialismus. (S. 108.)

So ist bei Bauer der Sozialismus mit der schärfsten Betonung der Nationalität aufs engste verbunden. Daraus werden manche Konsequenzen gezogen, die Bauer selbst ablehnen würde, die aber nicht im Widerspruch zu diesen Gedankengängen stehen, wenn man sie wörtlich nimmt.

Betrachten wir zunächst den zweiten der drei Punkte, die nach der hier gegebenen Definition Bauers der Sozialismus bedeutet: »Eroberung v o l l e r Selbstbestimmung durch die Nation«.

Der Sozialismus gibt der Nation die Autonomie, die Selbstbestimmung über die Weiterentwicklung der Kultur. (S. 103.)

Dies soll dadurch geschehen, daß die Regelung des Wirtschaftslebens im Sozialismus

zur bewußten Tat der organisierten Gesellschaft wird.... Die Einwirkung auf den Charakter der Nation, die Bestimmung der Wandlungen dieses Charakters nimmt die Gesellschaft wieder an sich, die künftige Geschichte des Volkes wird zum Erzeugnis seines bewußten Willens. So wird die Nation der Zukunft vermögen, was die Nation in der warenproduzierenden Gesellschaft niemals vermag: sich selbst erziehen, ihr Schicksal selbst zimmern. (S. 105.)

Hier wird die Nationalität nur dadurch mit dem Sozialismus in einen notwendigen Zusammenhang gebracht, daß sie als gleichbedeutend mit der Gesellschaft angesehen wird. Tatsächlich ist sie aber nur ein Teil der modernen Gesellschaft. Nun verfügt freilich bisher die Gesellschaft als solche über keine Organe, deren sich das Proletariat bemächtigen und den Zwecken der sozialistischen Produktion dienstbar machen könnte. Aber der Nationalität fehlen solche Organe nicht minder. Die Staatsgewalt ist die große Macht, die allein die Kraft besitzt, an Stelle kapitalistischer gesellschaftliche Produktion zu setzen. Was Bauer hier von der Nation sagt, gilt also vom Staat, der keineswegs gleichbedeutend ist mit der Nationalität. Der einzelne Staat wird dabei jedoch keineswegs ganz nach seinem Gutdünken verfahren können. Die Weltwirtschaft hat die einzelnen Staaten in engste ökonomische Abhängigkeit voneinander gebracht. Wer noch daran gezweifelt haben sollte, dem paukt es jetzt der Weltkrieg aufs nachdrücklichste ein. Der wechselseitigen ökonomischen entspricht auch eine politische Abhängigkeit. Ein Ereignis wie die Gewinnung der politischen Macht durch das Proletariat kann nicht in einem Staate vor sich gehen, ohne daß die gesamte Staatenwelt der modernen Kultur in größte Unruhe gerät und dem Beispiel folgt, wenn es glückt. Schon 1848 war die Revolution eine internationale Erscheinung. Andererseits ist heute schon der Klassenkampf des Proletariats erfolgreich nur noch zu führen auf internationaler Basis. Mit Notwendigkeit erzeugt er internationale Organisationen, und diese werden an Kraft und Festigkeit noch bedeutend zunehmen, bis das Proletariat zum Siege gelangt.

So wird die sozialistische Organisation der Produktion, wenn sie auch von der Gewalt des einzelnen Staates ihren Ausgang nimmt, doch von vornherein einen internationalen Charakter tragen. Sie wird als »bewußte Tat der organisierten Gesellschaft« nicht die eines isolierten Staates, geschweige denn einer isolierten Nationalität sein, sondern die Tat der Vereinigten Staaten der Kulturwelt. Insofern wird der Sozialismus der Souveränität der einzelnen Staaten und ebenso der »vollen Selbstbestimmung der Nationen« ein Ende machen. Wir fordern diese Selbstbestimmung gegen-

über den die Völker beherrschenden Machthabern und ebenso für das Verhältnis einer einzelnen Nation gegenüber einer anderen. Der Sozialismus muß wie die Gleichberechtigung der Individuen, so die der Völker fordern, und wie er die Knechtung und Ausbeutung eines Individuums durch ein anderes Individuum bekämpft, muß er ebenso Knechtung und Ausbeutung einer Nation durch eine andere bekämpfen. Aber das besagt keineswegs, daß er die völlige Selbstbestimmung des Individuums gegenüber der Gesellschaft proklamiert. Und das gleiche gilt von der Nationalität.

Was Bauer in dem hier erörterten Zusammenhang von dieser sagt, gilt nicht von ihr, sondern teils von der Gesellschaft, teils vom Staat.

Wirkt dies schon befremdend, so noch mehr Bauers Beweisführung für den dritten der drei Punkte seiner Darstellung der Folgen des Sozialismus für die Nation: die steigende Differenzierung, das heißt Verschiedenheit der Nationen. Er meint selbst, daß diese Auffassung überraschend wirken wird. In der Tat ist doch die Annahme allgemein, daß der wachsende Verkehr der Völker untereinander ihre Eigenart immer mehr abschleift. Diese Tatsache wird schon seit langem an allen Ecken und Enden des dem Weltmarkt erschlossenen Gebiets der Erde konstatiert, nicht immer mit Vergnügen, öfter mit Verdruß und Besorgnis, weil die Welt immer eintöniger werde. Und Bauer selbst gibt denn auch zu:

Daß der materielle Kulturinhalt der verschiedenen nationalen Kulturen in der sozialistischen Gesellschaft ausgeglichen werden wird, ist gewiß... Der moderne Kapitalismus hat die Nationen gelehrt, voneinander zu lernen; jeder technische Fortschritt wird in wenigen Jahren Eigentum der ganzen Welt, jede Veränderung des Rechtes wird von den Nachbarvölkern studiert und nachgeahmt, jede Strömung der Wissenschaft, der Kunst beeinflusst die Kulturvölker der ganzen Welt. Es unterliegt gar keinem Zweifel, daß der Sozialismus diese kosmopolitische Tendenz unserer Kultur ungeheuer steigern wird.

Aber woher dann die steigende Differenzierung der Nationen? Sie soll für das geistige Sein der Völker gelten, für die geistige Kultur, die also einen ganz anderen Weg einschlägt als die materielle Kultur.

Es bedürfte eines sehr starken Beweises, um uns von der Richtigkeit dieser dem Augenschein ebenso wie unserem theoretischen Denken schroff widersprechenden Annahme zu überzeugen.

Seinen Beweis zieht Bauer aus dem konservativen Charakter der Engländer. Eine der Ursachen dieses Charakters sieht er in der »alten englischen Demokratie«. Im Gegensatz zum Absolutismus sei die Demokratie konservativ:

Ein Despot vermag in kurzer Frist neuen Gedanken in seinem Lande Raum zu schaffen; seine Laune von heute ist morgen Mode in allen Schlössern des Landes, sein Wille von heute morgen im ganzen Lande Gesetz. Ganz anders die Demokratie. Das Neue vermag ein demokratisches Land nur zu erobern, indem es jeden einzelnen Staatsbürger gewinnt, von jedem angeeignet, von jedem erworben wird; nur durch den Willen von Millionen einzelner wird es zum Gesamtwillen des Landes — gewiß ein viel langsamerer Weg des Fortschritts, aber auch ein unvergleichlich sicherer....

Das soll natürlich erst recht für den Sozialismus gelten.

Neue Gedanken werden in keiner anderen Weise sich eine sozialistische Gesellschaft erobern können, als indem sie jeden einzelnen der durch die sozialistische

Nationalerziehung zu hochentwickelten, im Vollbesitz der nationalen Kultur stehenden Persönlichkeiten erzogenen Volksgenossen sich zu erobern suchen. Das bedeutet aber nun, daß kein neuer Gedanke einfach angenommen werden kann, sondern daß er aufgenommen, dem ganzen geistigen Sein von Millionen Individuen einverleibt, angepaßt werden muß. Wie kein Individuum das Neue einfach mechanisch seinem geistigen Sein angliedert, sondern sich einverleibt, seiner Persönlichkeit eingliedert, es geistig verdaut, apperzipiert, so wird auch die ganze Nation kein Neues einfach übernehmen, sondern es, indem sie es aufnimmt, verarbeiten, ihrem Sein anpassen, in dem Prozeß der Aufnahme durch Millionen Köpfe verändern. Durch diese große Tatsache der nationalen Apperzeption wird jeder Gedanke, den eine Nation von der anderen übernimmt, dem ganzen Sinne der Nation immer erst angepaßt, von ihr erst verändert werden müssen, ehe er aufgenommen wird. . . . Darum bedeutet die Autonomie der nationalen Kulturgemeinschaft im Sozialismus notwendig, trotz der Ausgleichung der materiellen Kulturinhalte doch steigende Differenzierung der geistigen Kultur der Nationen. (S. 106 bis 108.)

Nehmen wir einstweilen an, die Wirkung der Demokratie und des Sozialismus wäre hier ganz einwandfrei dargestellt, so folgte daraus noch immer nicht die Notwendigkeit »steigender Differenzierung der geistigen Kultur der Nationen«. Es würde sich höchstens herausstellen, daß im Sozialismus die aus dem steigenden Verkehr hervorgehende *Ausgleichung* der nationalen Verschiedenheiten *verlangsamt* wird, daß dieser Prozeß langsamer vor sich gehen wird als in der heutigen Gesellschaft. Das ist aber doch etwas anderes, als daß er die entgegengesetzte Richtung einschlagen muß. Daß jeder fremde Gedanke nur der nationalen Eigenart entsprechend aufgenommen und verarbeitet wird, bedeutet doch nicht, daß sich diese Eigenart in einem Sinne weiterentwickelt, der sie von der Art der anderen Nationen immer mehr entfernt. Aus dem konservativen Charakter der Demokratie und des Sozialismus (in der sozialistischen Gesellschaft, nicht heute, wo sie revolutionäre Prinzipien darstellen) würde doch nur die *Konservierung*, keineswegs die Differenzierung der nationalen Eigenart in der geistigen Kultur folgen.

Warum soll aber die Demokratie gerade besonders konservativ sein? Bauer führt einen einzigen Beleg dafür vor: England mit seiner alten Demokratie. Aber war denn England immer in seinem Denken konservativ? Bis zur Reformation unterscheidet es sich in dieser Beziehung nicht von anderen Ländern. Zur Zeit der Reformation und auch noch der Cromwellschen Revolution wird es an kühnem Neuerungsgeist von keinem anderen Volke übertroffen. Sein konservativer Charakter kann also nicht von seiner »alten Demokratie« herrühren, sondern von besonderen neueren Ursachen. Ich suche sie gerade darin, daß England durch eine Reihe Bedingungen, die hier nicht näher erörtert werden können, früher zu seiner bürgerlichen Revolution kam als die anderen Staaten, ehe noch Kirche und Feudalismus völlig abgewirtschaftet hatten. Daher war die Revolution nicht durchgreifend, sie lief auf einen Kompromiß hinaus, und der Kompromiß ist seitdem die Regel der englischen Politik geworden. Dabei stieg aber auch die Bourgeoisie in die Reihe der herrschenden und damit der konservativen Klassen bereits zu einer Zeit auf, als feudale und kirchliche Denkformen noch die Gemüter beherrschten.

Für den konservativen Charakter der Demokratie beweist England nicht das mindeste.

Nun sucht Bauer freilich auch eine theoretische Erklärung dafür zu geben, warum die Demokratie konservativ ist und sein muß. Hier kommen wir zum erstaunlichsten Teil der ganzen erstaunlichen Beweisführung. Bauers Worte seien nochmals wiederholt:

Ein Despot vermag in kurzer Frist neuen Gedanken in seinem Lande Raum zu schaffen; seine Laune von heute ist morgen Mode in allen Schlössern des Landes, sein Wille von heute morgen im ganzen Lande Gesetz. Ganz anders die Demokratie. Das Neue vermag ein demokratisches Land nur zu erobern, indem es jeden einzelnen Staatsbürger gewinnt, von jedem angeeignet, von jedem erworben wird; nur durch den Willen von Millionen einzelner wird es zum Gesamtwillen des Landes — gewiß, ein viel langsamerer Weg des Fortschritts.

Nein, das ist keineswegs gewiß. Viel langsamer wäre der demokratische Weg freilich, wenn das Neue an einen nach dem anderen unter den vielen Millionen heranträte und sich erst dann durchsetzte, wenn es beim letzten angelangt ist. Wäre das der Fall, dann müßte sich auch ein Land um so fortschrittlicher erweisen, je kleiner es ist, San Marino mit seinen 11 000 Einwohnern dem Fortschritt weit leichter zugänglich sein als die Vereinigten Staaten mit ihren 100 Millionen. Aber das Neue tritt doch in der Demokratie an alle Staatsbürger gleichzeitig heran, nichts schließt aus, daß sie insgesamt davon ebenso schnell ergriffen werden wie der einzelne Despot. Ob und inwieweit das Neue jeden einzelnen ergreift, den Despoten wie den Bürger der Demokratie, hängt von den Bedingungen ab, in denen sie leben, der Ausbildung, die sie erhalten, den Mitteln ihrer Information und nicht zum mindesten davon, inwieweit ihre Interessen — persönliche und Klasseninteressen — ihnen das Neue willkommen oder verdächtig, wenn nicht gar unheilvoll erscheinen lassen. Eine bäuerliche Demokratie wird sich dem Neuen gegenüber ganz anders verhalten als eine des industriellen Proletariats. Andererseits mag der Despot weit williger als die Demokratie die Idee einer neuen Steuer aufnehmen, dagegen für die Idee einer parlamentarischen Verfassung nur taube Ohren haben, und wenn sie ihm noch so lange gepredigt wird, während sich die Demokratie diese neue Idee rapide zu eigen macht.

Es ist also nicht im geringsten einzusehen, warum die Demokratie von vornherein mehr konservativer Natur sein soll als die Despotie.

Bauers Beweisführung wird nicht verbessert dadurch, daß er zwei Dinge einander gleichsetzt, die streng voneinander getrennt werden müssen. Es handelt sich hier um die nationale geistige Kultur. Bauer spricht aber in einem Atem von dem Willen, der im Lande Gesetz wird. Daran ist nun nicht zu zweifeln, die Gesetzgebung ist in einem despotisch regierten Staate ein viel einfacherer Akt als in der Demokratie. Im ersteren kann jede fürstliche Laune sofort Gesetz werden, aber wird damit auch jede fürstliche Laune bestimmend für die geistige Kultur des Volkes? Das wird Bauer als guter Marxist sicher nicht behaupten wollen. Er hilft sich durch den Hinweis, daß die fürstliche Laune von heute morgen Mode in allen Schlössern des Landes wird. Aber die Schlösser sind nicht die Nation, und die Mode ist nicht die geistige Kultur, sondern höchstens ihr äußerlichster Firnis. Und dann bleibt das fürstliche Individuum nicht ausgenommen von dem Gesetz, das für jedes Individuum gilt, daß das Milieu, die Umgebung es bestimmt. Der Despot mag sich einbilden, die Mode der Schlösser sei das

Produkt seiner Laune. Der genaue Beobachter wird finden, daß diese Laune das Produkt der Mode der Schlösser ist, wenigstens in allen den Fällen, in denen zwischen den Schlössern und dem Monarchen eine enge Beziehung besteht. Und wo sie fehlt, wo sie einander ignorieren oder befehlen, bestimmt auch nicht die Laune des einen die Mode der anderen. Gehen wir aber über die Mode der Schlösser hinaus zur wirklichen geistigen Kultur der Nation, so gibt es für sie unter allen Umständen, ob Despotie, ob Demokratie, nur den einen Weg, sie mit neuen Ideen zu erfüllen, und der ist der, daß solche Ideen jedes einzelne Mitglied der Nation gewinnen, von jedem angeeignet, von jedem erworben werden. Die Despotie unterscheidet sich insoweit nicht im geringsten von der Demokratie, wohl aber darin, daß sie den Zugang neuer Ideen zur Nation erschwert und dadurch hemmend, konservativ wirkt.

Freilich muß auch die Despotie in der kapitalistischen Gesellschaft den Verkehr entwickeln, will sie nicht den Staat ökonomisch ruinieren und militärisch kampfunfähig machen. Ob Despotie oder Demokratie, je reger der Verkehr, desto stärker das Aufeinanderwirken der Nationen, desto mehr nähern sie sich einander nicht nur in materieller, sondern auch geistiger Kultur.

Bauer hätte den stärksten Beweis erbringen müssen, um die Gültigkeit dieser allgemeinen Beobachtung zu erschüttern. In Wirklichkeit ist seine Beweisführung in diesem Punkte auffallend schwach, im Gegensatz zu dem größten Teil seines Buches.

Aber so schwach seine Beweise sind, was man wünscht, das glaubt man gern, und so hat die Anschauung von der fortschreitenden Differenzierung der Nationen bei nationalistisch gesinnten Sozialisten rasch Eingang gefunden. David vertritt die gleiche Ansicht in seinem Buche über »Die Sozialdemokratie im Weltkrieg«, Berlin 1915, S. 190. Sie bildet eine schwere Gefahr für das internationale Denken. In der Tat, wenn die Nationen sich in der Zukunft immer mehr differenzieren, immer scharfer scheiden werden, widerspricht da nicht die Abschleifung ihrer Eigenart und gar die Assimilierung von Nationsteilen dem Gange der gesellschaftlichen Entwicklung?

Und wenn der Sozialismus gleichbedeutend ist mit voller Selbstbestimmung der Nationen, und wenn für die Volksmasse die Kultur nur erreichbar ist als nationale Kultur, muß da nicht die Nationalität das Zentrum des sozialistischen Interesses bilden?

Erinnern wir uns des Bauerschen Satzes:

Heranziehung des gesamten Volkes zur nationalen Kulturgemeinschaft, Eroberung voller Selbstbestimmung durch die Nation, steigende Differenzierung der Nationen — das bedeutet der Sozialismus.

Von der vollen Selbstbestimmung und der steigenden Differenzierung der Nationen haben wir bereits gehandelt. Wie steht's nun mit der nationalen Kulturgemeinschaft?

(Fortsetzung folgt)

Zur Frage der Agrarreform in Rußland.

Von Karl Marchionini.

Die Agrarreform in Rußland ist ein besonders schwieriges Problem. Mit der Landverteilung an die Bauern, die den größten Teil der Bevölkerung bilden, und mit der Befreiung einliger besonders drückender Steuern ist die Frage noch lange

nicht gelöst. Daß der leistungsfähige Großgrundbesitz einfach zerstückelt werden wird, ist wohl ausgeschlossen. Das wäre eine rückwärtschreitende Maßnahme und keine Reform. Im Gegensatz zu den auf technisch niedriger Stufe stehenden Kleinbetrieben ist vielfach der Großgrundbesitz, besonders in einigen Grenzbezirken, vor allem aber in den baltischen Provinzen technisch schon recht weit fortgeschritten. Ihn aufzuteilen würde die Verschärfung der Agrarkrise bedeuten. Dann ist die Aufteilung der Staatsländerereien genannt worden. Das Staats- und Apanageland befindet sich hauptsächlich in den nördlichen Gouvernements; es macht etwa 40 Prozent der Gesamtfläche des Europäischen Rußlands außer Polen und Finnland aus und ist nach den Feststellungen von 1905 nicht weniger als 17 230 000 Hektar groß. Diese riesige Fläche kommt aber zurzeit als Siedlungsland zum größten Teil nicht in Frage, weil das meiste Land aus Wald und Sümpfen besteht. Das Grundelgentum der Kirchen, Klöster und Städte ist 9 400 000 Hektar groß, gleich über 2 Prozent der Gesamtfläche. Der Großgrundbesitz umfaßt 99 600 000 Hektar, gleich 23,1 Prozent der Gesamtfläche, und das Bauernland ist 145 300 000 Hektar groß, gleich 34,3 Prozent der Gesamtfläche. Die 80 Millionen starke Bauernbevölkerung ist also auf etwa einem Drittel des riesigen Landes angesiedelt, und sehr viele Bauernwirtschaften sind nur 2 bis 3 Hektar groß, wo die Besitzer bei völlig unzulänglicher Technik der Bodenbearbeitung ihr Dasein fristen. Kein Wunder, daß der Drang nach Land ein sehr starker ist.

Dann die Steuerfrage! Harte Abgaben haben auf den russischen Bauern seit Jahrhunderten gelastet. Eine besonders brutale Steuer, wie die Kopfsteuer, ist schon früher abgeschafft worden. Auch die Solidarhaft der Dorfgemeinden hat aufgehoben werden müssen, und ein Teil der Steuerrückstände ist niedergeschlagen worden, weil er nicht mehr einzuziehen war. Nun hat der Krieg neue Steuerlasten den Völkern beschert. Ob in Zukunft die Bauern in Rußland von drückenden Steuern verschont bleiben werden, ist jetzt noch nicht mit Bestimmtheit zu beantworten möglich. Doch werden sicherlich die Folgen des Krieges in mancherlei drückenden Abgaben, die auch die Landbevölkerung treffen, zum Ausdruck kommen.

Es ist bekannt, daß bisher in Rußland die Agrarkrise chronisch war. Das Elend der Bauern war groß vor der Aufhebung der Leibeigenschaft; es wich nicht von ihnen, ja es wurde an verschiedenen Stellen noch umfangreicher nach der »Bauernbefreiung«. Die kleinen Betriebe blieben rückständig. Wie wenig leistungsfähig die russische Landwirtschaft war, geht daraus hervor, daß in den Jahren 1895 bis 1899 auf einer Desjatine (gleich 109,25 Ar) geerntet wurden:

In Holland	135 Pud (16,35 Kilo)
- Belgien	128 -
- England	105 -
- Deutschland	105 -
- 150 russischen europäischen Gouvernements .	44 -
- Polen	47 -

Während in England der Reinertrag an Weizen von einer Desjatine 124 Pud betrug, war in Rußland der Ertrag 28,2 Pud. Dieser gewaltige Unterschied ist vor allem darauf zurückzuführen, daß in England der Großbetrieb vorherrschend war, der zu jener Zeit Mustergültiges leistete, während in Rußland hauptsächlich in ländlichen Kleinbetrieben produziert wurde, die technisch auf niedrigster Stufe standen. Und die Bauernschaft konnte nicht in die Höhe kommen. Sie blieb arm, weil der Staat sie ausfog und weil sie nicht genügend Betriebsmittel in die Hände bekam, um die Betriebe auszubauen. Dazu kam die ständige Vermehrung der ländlichen Bevölkerung. Sie mußte, da die ländlichen Kleinbetriebe technisch auf ein und derselben Stufe blieben und die Industrie fehlte, zur Vergrößerung der Not der Bauern beitragen. Nicht nur in Rußland, sondern auch in anderen Ländern hat diese Entwicklung zu Agrarkrisen geführt, so in Irland und in Süddeutschland. In Irland hat in den vierziger Jahren des vorigen Jahr-

hundertz die englische Regierung Maßnahmen zur Auswanderung nach Amerika getroffen, und das gleiche mußten zu jener Zeit auch süddeutsche Regierungen tun. Der Besitz war auf dem Lande so klein geworden, daß er die immer stärker werdenden Familien nicht ernähren konnte. Mißernten verschlimmerten das Elend, und Staatsmittel sind damals zur Auswanderung nach Amerika bereitgestellt worden. Freiligrath schildert in dem ergreifenden Gedicht »Die Auswanderer« das Schicksal dieser Bauernfamilien, die sich in der Fremde eine neue Heimat gründen mußten. In Irland sowie in Süddeutschland wurden zahlreiche Kleinbetriebe zusammengelegt. Erst größere Betriebe gaben den Bauern die Möglichkeit, sich zu halten. In Rußland hat die Übervölkerung auch eine riesige Auswanderung verursacht. Und der Strom ergoß sich hier vor allem nach Sibirien. Allein im Jahre 1900 wanderten nach jenem Lande 230 000 Seelen aus. Es wurde verkauft, was abzusehen war, und dann wurde die beschwerliche Reise angetreten. Der Staat versuchte diese Wanderbewegung durch Verordnungen lahmzulegen, was ihm aber nicht gelang. Andere Bauern suchten als Wanderarbeiter ihr Dasein zu fristen, und viele wiederum griffen zu Nebengewerben, die ihre traurige Lage aber auch nicht erleichterten. Peter Maßlow führt in seinem sehr lesenswerten Buche »Die Agrarfrage in Rußland« (erschienen im Verlag J. S. W. Dieß Nachf. 1907)¹ folgende Ursachen für die Übervölkerung an:

1. Die Verkürzung des Landanteils der Bauern bei der Aufhebung der Leibeigenschaft.
2. Die hohen obligatorischen Abzahlungen, die die schon ohnedies geringen Einnahmen der Bauern aus der Landwirtschaft und Lohnarbeit verringern.
3. Das Fehlen der Gewerbe und anderweitigen Verdienstes in dem betreffenden Raion, was den niedrigen Arbeitslohn zur Folge hat.
4. Die Armut, die durch die aufgezählten Ursachen hervorgerufen wurde, und die eine Erhöhung der Rentabilität der Landwirtschaft verhindert.

Aus allen diesen Gründen konnte die Landbevölkerung keinen ausreichenden Ertrag finden. Maßlow schildert auch die Lage der Landpächter als eine ungünstige. Diese Bauern mußten den Acker des Gutsbesizers, von dem sie Land gepachtet hatten, mit ihrem Inventar bearbeiten, also die Pacht mit ihrer Arbeit entrichten. Aus den Schulden kamen sie nicht heraus, und die Pächter befanden sich in steter Abhängigkeit von den Gutsbesizern. Auch die Bauern, die als Lohnarbeiter bei den großen Besitzern arbeiteten, waren schlecht daran, weil die niedrige Produktivität der Arbeit auf dem eigenen Acker die Bauern zwang, auf die elendesten Bedingungen einzugehen. Der Gutsbesitzer sei stets in der Lage gewesen, den Lohn herabzusetzen.

Der russische Vorkommunismus ist häufig erörtert worden, so daß an dieser Stelle nicht auf ihn ausführlich eingegangen zu werden braucht. Tatsache ist, daß er im Verfall begriffen ist und daß er nur aus fiskalischen Gründen so lange aufrechterhalten wurde. Auch erblickte man in ihm eine Stütze des feudalistisch-patriarchalischen Systems. Die Hauptfrage, die uns interessiert, ist die, wie sich nach dem Kriege die Zustände auf dem Lande gestalten werden. Schon nach der ersten Revolution gab es eine Bewegung für eine Agrarreform. Die sozialdemokratische Fraktion legte der ersten Duma nachstehendes Agrarprogramm vor:

1. Aufhebung aller Geseze, die die freie Verfügung der Bauern über ihr Landeigentum einschränken.
2. Entseignung und Abergabe der Kirchen-, Kloster-, Apanagen- und Kabinettsländereien sowie die der Staatsländereien ohne Entschädigung an die größeren Körperschaften der Ortsverwaltung, die auf Grund des demokratischen Wahlrechts gewählt werden. Die nichtkultivierten Ländereien, die zu einem Kolonisationsfonds

¹ Besprochen in »Die Agrarfrage in Rußland« von N. Nachimson, XXVI, 1, S. 742.

diene können, ebenso die Wälder und Gewässer, die für die Gesellschaft von Bedeutung sind, gehen in die Verwaltung des demokratischen Staates über.

3. Auf derselben Grundlage, das heißt ohne Entschädigung müssen auch die Privatländereien (den Kleinbesitz und die Kadjelländereien ausgenommen) enteignet werden und an die demokratischen Ortsverwaltungen übergehen. Diese haben die Minimalgröße für jede Gegend zu bestimmen, von der an die Privatländereien der Enteignung anheimfallen sollen.

4. Dieselben Selbstverwaltungsorgane haben auch zu bestimmen, auf welche Art die Bevölkerung den enteigneten Boden zu benutzen hat.

In der Hauptsache wurde also die Forderung erhoben, die größeren Ländereien unter die Verwaltung der demokratischen öffentlichen Körperschaften zu stellen. Diese sollten je nach dem Wunsche und den Bedürfnissen der betreffenden Gegend über den Boden verfügen, ihn also verpachten oder verkaufen oder im Gemeindebesitz belassen. Der Kleinbesitz sollte wohl mehr aus politischen als aus wirtschaftlichen Gründen unangetastet bleiben, denn er ist in erster Reihe reformbedürftig. Es ist möglich, daß auch jetzt wieder Forderungen wiederkehren, die darauf ausgehen, die großen Ländereien den Selbstverwaltungsorganen auszuliefern, und daß dann die Bevölkerung, der ja das demokratische Wahlrecht zusteht, durch ihre Vertreter bestimmt, wie der Boden nutzbar gemacht werden soll. Die Bauern gehen nicht darauf aus, den Sozialismus auf dem Lande einzuführen. Sie wollen mehr Land und über ihr Eigentum möglichst frei verfügen. Es werden auch erst moderne bürgerliche Eigentumsrechte allgemein auf dem Lande in Rußland einkehren. Es ist das der natürliche Weg der Entwicklung, der freilich auch in kurzer Frist zurückgelegt werden kann, aber er muß zur gewaltigen Steigerung der Produktivität der Arbeit beschritten werden. Erst müssen die Produktivkräfte zur vollen Entfaltung kommen, und dann erst kann der Sozialismus verwirklicht werden.

Es liegt aber kein Grund vor, die hochentwickelten Großbetriebe in den baltischen Provinzen und in anderen Bezirken in den Händen ihrer Besitzer zu lassen; sie können ohne weiteres enteignet und zum Nutzen der Gesamtheit verwaltet werden. Die Gesellschaft kann diese Betriebe sofort übernehmen, und es wäre verfehlt, hier nicht fest zuzugreifen. Ganz allgemein den Grund und Boden zu vergesellschaften wäre verfehlt. Vor Jahren ist ja unter russischen Sozialisten oft darüber gestritten worden, ob es möglich ist, auf dem russischen Dorfkommunismus den modernen Sozialismus aufzubauen. Man war der Ansicht, es läge doch kein Grund vor, erst noch das Zwischenglied, das Privateigentum zuzulassen. Jetzt hat man allgemein eingesehen, daß der Dorfkommunismus dem Untergang geweiht ist, daß er modernen Eigentumsverhältnissen Platz machen muß. Schon in den letzten Jahrzehnten ist die russische Obschtschina (Mark) oder das Mir (Gemeinde) gewaltigen Veränderungen unterworfen gewesen, auf die hier nicht eingegangen zu werden braucht. Es steht aber fest, daß die russische Feldgemeinschaft ihre Rolle bald ausgespielt hat. Wäre sie früher beseitigt worden, so wäre die Entwicklung der russischen Landwirtschaft schon weiter fortgeschritten. So aber ist sie — wie alle Überbleibsel der Vergangenheit — der fortschreitenden Entwicklung hinderlich im Wege gewesen.

Die wirtschaftliche Entwicklung wird jetzt in Rußland den Kleinbetrieb verdrängen und zum Großbetrieb führen. Das zeigt schon das Bestreben der Bauern, zu recht viel Land zu kommen, das sie nicht gemeinsam, sondern jeder für sich bewirtschaften wollen. Nach großen Kriegen hat wiederholt die Entwicklung zum Großbetrieb eingeseht. Im Mittelalter war fast überall der Kleinbetrieb vorherrschend. Nach dem Dreißigjährigen Krieg wurden viele kleine Bauernhöfe zusammenggelegt. Es war das eine wirtschaftliche Notwendigkeit. Nach den Kriegen vor hundert Jahren wurde in Preußen viel Bauerngut eingezogen und zusammenggelegt. Allein in den vier östlichen Provinzen fielen der Entwicklung zum Großbetrieb 300 000 bis 400 000 Bauernstellen zum Opfer. Und auch in Rußland werden

viele Kleinbetriebe auf dem Lande der wirtschaftlichen Entwicklung unterliegen. Der Staat muß nur dafür sorgen, daß die Opfer die Folgen dieser unausbleiblichen und notwendigen Entwicklung leichter tragen als in früheren Zeiten in anderen Ländern, wo brutal über sie hinweggegangen wurde. Man denke nur an das Schicksal der englischen Bauern beim Aufkommen des Kapitalismus. In Rußland werden jetzt vor allem jene Bauern zu mehr Land kommen, die über ausreichende Betriebsmittel verfügen. Die sind jetzt knapp und teuer. Der Staat kann sie auch nicht aus dem Boden stampfen, und daher hat der kapitalkräftige Bauer die besten Aussichten. Auch wenn den Bauern das enteignete Land unentgeltlich zur Verfügung gestellt wird, so werden es nur die mit Erfolg und dauernd bewirtschaften können, die über die dazu erforderlichen Mittel verfügen.

Natürlich kann der Staat zur Hebung der Landwirtschaft sehr viel tun. Erstens muß er unnötige Lasten von ihr fernhalten. Dann ist das Verkehrswesen auszubauen, damit die Produkte schnell die großen Märkte erreichen können. Hierbei ist auch auf eine für die Landwirtschaft günstige Tarifpolitik zu achten. Dann ist das Schulwesen zu heben. Die allgemeine Schulbildung ist zu fördern, Fortbildungs- und Landwirtschaftsschulen sind einzurichten und mit Staatsmitteln zu unterhalten. Landwirtschaftliche Ausstellungen sind ebenfalls zu veranstalten. Weiter wird die Förderung des ländlichen Vereins- und Genossenschaftswesens wichtig, das in der Lage ist, recht Tatkraftiges für die Landwirtschaft zu leisten, was besonders das deutsche Genossenschaftswesen beweist. Vor allem aber wird eine weitgehende Industrialisierung des Landes der Landwirtschaft ungemein förderlich sein. Und die wird nach dem Kriege ganz gewiß kommen. Dann kann die überschüssige Bevölkerung vom Lande in den Industriegegenden lohnende Beschäftigung finden, und sie braucht nicht mehr nach Sibirien zu wandern oder in den Dörfern zu darben. Und die höheren Löhne in der Industrie werden auch schließlich die Lohnverhältnisse auf dem Lande günstig beeinflussen. Der kleine Bauer hat dann nicht mehr nötig, auf seinem Fleckchen Erde zu kleben, das ihn nicht ernährt und das er nicht rationell bewirtschaften kann. Die Industrie muß das Land mit den erforderlichen Arbeitsmitteln und Maschinen versorgen; es kann eine intensivere Bodenausnutzung einsehen, die wiederum den Hunger nach Land einschränkt, weil Land erspart wird, wenn der Boden intensiv bearbeitet werden kann. In dieser Richtung sollte sich die Agrarreform bewegen. Selbstverständlich muß das Volk die Gesetzgebungsmaschine beherrschen. Gerät sie in kapitalistische oder gar feudale Hände, so wird man entweder versuchen, die Entwicklung zurückzuhalten, oder ein großes kapitalistisches Geschäft aus der Agrarreform machen. Als im Jahre 1906 den russischen Bauern Land abgetreten werden sollte, wollten Regierung und Großgrundbesitzer finanziell sehr gut dabei abschneiden, was aber wieder gegen die Interessen der schon arg belasteten Bauern verstieß. Und besonders stark bereichert hat sich der russische Adel nach der Aufhebung der Leibeigenschaft. Welch vortreffliche Geschäfte der preussische Adel nach der »Bauernbefreiung« in Preußen gemacht hat, ist allgemein bekannt, und in dem Büchlein »Die schlesische Milliarde« von Wilhelm Wolff kann manches darüber nachgelesen werden. Das wichtigste ist also, daß die breiten Massen in Rußland die politische Macht behalten. Sie können freilich — zumal nach diesem schweren Kriege — nicht Wunderdinge verrichten und das Elend wegzaubern, das durch die früheren herrschenden Klassen hervorgerufen worden ist, aber sie können der wirtschaftlichen Entwicklung freie Bahn schaffen, sie können sie begünstigen und für einen schnelleren Lauf sorgen, und sie können vor allem eine umfangreiche sozialpolitische Tätigkeit zum Wohle des Volkes entfalten, das sich dann von den Folgen des Weltkriegs rascher erholen wird, als wenn den bisherigen Ausbeutern das Heft in Händen bleibt, die in erster Linie bestrebt sind, sich zu bereichern und das Volk niederzuhalten.

Literarische Rundschau.

Dr. Gertraud Wolf, *Der Frauenerwerb in den Hauptkulturstaaten. Nach amtlichen statistischen Quellen. München 1916, C. F. Beck'sche Verlagsbuchhandlung. Preis geheftet 8 Mark.*

Bei der wachsenden Bedeutung der Frauenarbeit für die Familie, den Staat und die Volkswirtschaft ist jede Neuerscheinung auf diesem Gebiet zu begrüßen, die unsere Kenntnis bereichert. Das gilt auch von der vorstehend angezeigten Schrift von Dr. Gertraud Wolf, einer mit großem Fleiß und bedeutender Sachkenntnis unternommenen Arbeit, die eine in der Literatur vorhandene Lücke ausfüllt.

Die Verfasserin gliedert den Stoff in drei Abschnitte. Im ersten Teil erörtert sie die grundlegenden Fragen der Berufsstatistik, insbesondere die der Frauenarbeit, unter anderem die verschiedenen Begriffsbestimmungen des »Berufs«, des »Nebenerwerbs« usw., von denen der Umfang der von der Statistik erfaßten Frauenarbeit sowie die Vergleichbarkeit der Ergebnisse der einzelnen Länder abhängt. Auch werden die Schwierigkeiten gewürdigt, die Berufstätigkeit der Bevölkerung mit all ihren Besonderheiten und Gegensätzen erschöpfend zu erfassen. Die übersichtliche und klare Darstellung der Schwierigkeiten internationaler Vergleiche rechtfertigt das Urteil, daß sie nur bei genauer Kenntnis der angewandten Grundsätze und auch dann nur unter vielen Vorbehalten und in sehr beschränktem Maße zulässig sind. Während die amtliche Statistik — mit wenigen Ausnahmen — als Beruf lediglich die entlohnte Tätigkeit betrachtet, trifft die Verfasserin — mit Recht — dafür ein, daß jede Tätigkeit der Frau erfaßt wird, soweit sie volkswirtschaftlichen Nutzen bringt, also auch die Hausfrauen-tätigkeit und der Nebenerwerb der Frau.

Der zweite Teil des Buches beschäftigt sich unter Berücksichtigung der allgemeinen Ausführungen des ersten Teils mit den letzten Zählungen in zwanzig der wichtigsten Staaten des Erdballs. Es werden die Methoden der Zählung und der Verarbeitung dargestellt, die Ergebnisse angeführt, mit Hinweisen auf Änderungen usw. versehen und so die Möglichkeit für verständnisvolle Benutzung der Zahlen geschaffen.

Der dritte Teil will die internationalen Entwicklungsrichtungen aufzeigen. Hierbei zeigt sich, daß der Hauptwert der Berufszählungen nicht in den ermittelten absoluten Zahlen, sondern vielmehr in den Verhältniszahlen und in dem Vergleich der Ergebnisse verschiedener Zählungen liegt. Sind auch Vergleiche der berufsstatistischen Ergebnisse von Land zu Land durch die Verschiedenartigkeit der Zählungsmethoden und die geringe Vergleichbarkeit der ermittelten Zahlen nur in beschränktem Maße und unter vielen Vorbehalten zulässig, so lassen sich doch gewisse internationale Entwicklungsrichtungen feststellen. In allen dargestellten Ländern breitet sich der Frauenerwerb in steigendem Maße aus. Durchschnittlich sind nahezu drei Zehntel der gesamten weiblichen Bevölkerung erwerbstätig. Ein Vergleich mit der männlichen Berufsbevölkerung zeigt, daß fast ein Drittel der gesamten Erwerbsarbeit von Frauen geleistet wird, daß also auf die wirtschaftliche Mitarbeit des weiblichen Geschlechts nicht mehr verzichtet werden kann. Weitaus am häufigsten bietet die Landwirtschaft den Frauen Arbeitsgelegenheit, in den meisten Staaten folgen dann in zweiter Linie die häuslichen Dienste. Die Industrie zeigt ebenfalls in allen Ländern einen starken Aufstieg der Frauenarbeit. Er ist erzielt worden, trotzdem die Männer an der Erwekung der industriellen Tätigkeit in stärkerem Maße teilnehmen als die Frauen, so daß man »in den industriellen Berufen nicht von einer Verdrängung des Mannes durch die Frau« reden kann (S. 236). Auch im Handel und Verkehr ist in den allermeisten Ländern eine absolute und relative Steigerung der weiblichen Erwerbsarbeit zu beobachten.

Die Statistik zeigt ferner als eine allgemeine, in allen Ländern auftretende Erscheinung, daß die entlohnte Berufstätigkeit der Frauen in den jüngeren Jahresklassen erfolgt, die des Mannes in den mittleren. Ferner erfolgt überall in größerem

Umfang ein Ausscheiden der Frau aus der Berufstätigkeit durch die Verheiratung. Indes ist trotzdem in allen Ländern eine beträchtliche Zunahme der eheweiblichen Arbeit zu bemerken.

Für das Studium der Frauenarbeit ist die Schrift ein wertvolles Hilfsmittel, in welchem es auch an verständigen Urteilen über die Notwendigkeit sozialer Maßnahmen zum Schutze der Frauen nicht fehlt.

P. H.

Dr. A. Schulte im Hofe, Die Welterzeugung von Lebensmitteln und Rohstoffen und die Versorgung Deutschlands in der Vergangenheit und Zukunft. 177 Seiten. Berlin 1916, Verlag von Mittler & Sohn. Sonderabdruck aus Weltweit 1/2 zum »Tropenpflanzer«, 19. Jahrgang, 1916.

Das Buch von Schulte bringt eine geradezu glänzende Darstellung über die Welterzeugung von Lebensmitteln und Rohstoffen. Deutschland steht im Mittelpunkt der Darstellung. Verfasser vergleicht namentlich die Verhältnisse im Jahre 1893 und 1913, und er zeigt, wie sehr die Einfuhr von Nahrungsmitteln pflanzlichen und tierischen Ursprungs in Deutschland zugenommen hat, trotz der großen Ertragssteigerung in der landwirtschaftlichen Produktion Deutschlands. Während der Einfuhrüberschuss an Nahrungsmitteln pflanzlichen Ursprungs im Jahre 1893 304 Millionen Mark betrug, hatte er im Jahre 1913 die Höhe von 846 Millionen Mark erreicht. An Nahrungsmitteln tierischen Ursprungs wurden 1893 eingeführt für 173 Millionen Mark, im Jahre 1913 für 651 Millionen Mark. An Futtermitteln für das Vieh wurden 1893 eingeführt 31 Millionen Doppelzentner, im Jahre 1913 75 Millionen Doppelzentner. Schulte hat auch sehr interessante Berechnungen darüber angestellt, wie sich die Abhängigkeit Deutschlands vom Ausland voraussichtlich in den nächsten zwanzig Jahren gestalten wird. Schulte rechnet für 1933 mit einer Bevölkerung von 85 Millionen und mit einer Ertragsleistung in der landwirtschaftlichen Produktion Deutschlands von 30 Prozent. Nach Schulte wird Deutschland im Jahre 1933 eine beträchtlich größere Menge von Weizen, Gerste und auch von Kartoffeln einführen müssen als bisher. Die Einfuhr von Weizen wird voraussichtlich um etwa 30 Prozent zunehmen müssen, die Einfuhr von Gerste wird beinahe verdoppelt werden müssen, die Einfuhr von Kartoffeln, die 1913 3,2 Millionen Doppelzentner betrug, wird 1933 97,6 Millionen Doppelzentner betragen müssen! Die Ausfuhr von Roggen wird um etwa 20 Prozent abnehmen, die Ausfuhr von Hafer wird eine sehr große Steigerung erfahren können. Die Ausführungen Schultes zeigen mit aller Deutlichkeit, daß die Abhängigkeit Deutschlands vom Ausland in der Beschaffung der notwendigen Nahrungsmittel auch fernerhin nicht nur bestehen bleiben, sondern auch noch zunehmen wird.

Das Buch Schultes bietet eine große Fülle interessanter Tatsachenmaterials. Wer sich in objektiver Weise über die Welterzeugung von Nahrungsmitteln und Rohstoffen unterrichten will und wer sich zu internationalen Gesichtspunkten in Ernährungsfragen durcharbeiten will, für den ist das Buch unentbehrlich.

Sehr interessant sind auch die Ausführungen Schultes über die Bedeutung des Kolonialbesitzes für Deutschland. Schulte weist darauf hin, daß der Kolonialbesitz nur dann das Mutterland mit den nötigen Rohstoffen sichern könnte, wenn genügend Arbeitskräfte in den Kolonten zur Verfügung ständen. Aber alle dichtbevölkerten Kolonten sind ja schon von anderen europäischen Mächten mit Beschlag belegt, und eine Reihe von ihnen (es sei nur erinnert an Indien, Ägypten, Australien, Kanada, Niederländisch-Indien) zeigen eine ausgesprochene Neigung, selbständig über ihre Wirtschaft und über ihre Politik zu entscheiden. In diesem Tatsachenverhältnis ist die Unmöglichkeit begründet, daß Deutschland eine Kolonialmacht wird. Schulte zieht diese Konsequenz jedoch nicht. Lipschitz.

Die Neue Zeit

Wochenschrift der Deutschen Sozialdemokratie

2. Band Nr. 11

Ausgegeben am 15. Juni 1917

35. Jahrgang

Nachdruck der Artikel nur mit Quellenangabe gestattet

Die Befreiung der Nationen.

Von K. Kautsky.

(Fortsetzung.)

7. Nationalität und Kultur.

Wir haben bereits gesehen, daß für Otto Bauer die Nationalität nicht eine Sprachgemeinschaft ist, sondern eine aus Schicksalsgemeinschaft erwachsende Charaktergemeinschaft und Kulturgemeinschaft.

Aus der Schicksalsgemeinschaft wird bei ihm ohne weiteres eine Charaktergemeinschaft. Allerdings eine Charaktergemeinschaft eigener Art. Eine andere Charaktergemeinschaft, sagt er, ist die Klasse. Jede Klasse hat ihre besondere Eigenart, die in den verschiedensten Ländern die gleiche ist, sie von anderen Klassen sondert. Sie beruht auf der Gleichartigkeit, nicht der Gemeinsamkeit des Schicksals. Die englischen und die deutschen Arbeiter befinden sich in gleicher Klassenlage, aber sie haben keine Schicksalsgemeinschaft, denn sie verkehren nicht miteinander, weil sie verschiedene Sprachen sprechen. Die englischen Arbeiter und die englischen Kapitalisten dagegen sprechen die gleiche Sprache und können dadurch miteinander verkehren.

Dies also, daß zwischen den Gliedern einer Nation eine Verkehrsgemeinschaft besteht, eine stete Wechselwirkung im mittelbaren und unmittelbaren Verkehr miteinander, daß scheidet die Nation von der Charaktergemeinschaft der Klasse. (S. 113.)

Einige Seiten weiter heißt es:

Das Kind unterliegt den wirkenden Einflüssen der bestehenden Gesellschaft, in deren Wirtschaftsleben, in deren Recht, in deren Geisteskultur es hineingeboren wird. Auch hier aber erhält nur die fortwährende Verkehrsgemeinschaft die Gemeinschaft des Charakters. Das große Werkzeug dieses Verkehrs ist die Sprache: sie ist das Werkzeug der Erziehung, das Werkzeug alles wirtschaftlichen und alles geistigen Verkehrs. Soweit die Verständigungsmöglichkeit durch die Sprache reicht, reicht der Wirkungsbereich der Kultur. Nur so weit die Gemeinsamkeit der Sprache reicht, ist diese Verkehrsgemeinschaft eine enge. Verkehrsgemeinschaft und Sprache bedingen einander wechselseitig. (S. 115.)

Hier ist Bauer auf dem besten Wege, die Nationalität als Sprachgemeinschaft zu erkennen. Aber er verfolgt diese Spur nicht weiter, sondern wird von ihr abgelenkt durch das Suchen nach der nationalen Charaktergemeinschaft.

Deren angebliche Quelle, die Schicksalsgemeinschaft, hat sich jetzt in Wahrheit als Verkehrsgemeinschaft entpuppt. Aus einer solchen braucht aber keineswegs eine Charaktergemeinschaft zu entspringen. Am allerwenigsten aus einem feindseligen Verkehr, wie es der Klassenkampf ist. Nicht aus der Gemeinschaft des Verkehrs, sondern aus der Gleichartigkeit der Bedingungen, unter denen sie leben, geht eine ständige, dauernde Übereinstimmung der Charaktere verschiedener Individuen hervor. Neben den Le-

bensbedingungen, die einer Klasse besonders eigentümlich sind, gibt es auch solche, die auf alle Klassen einer Gegend einwirken und ihren ständigen Bewohnern besondere Charaktermerkmale verleihen, die schließlich die Tendenz bekommen, sich zu vererben. Der ewig blaue Himmel Siziliens wirkt ebenso auf alle Bewohner dieser Insel, wie die Nebel und die endlosen Winternächte Norwegens dessen Bourgeois nicht minder beeinflussen wie dessen Arbeiter. Aber die aus solcher Gleichartigkeit der Lebensbedingungen hervorgehende Gleichartigkeit des Charakters wird höchstens bei kleinen Nationen, die auf ein kleines Gebiet beschränkt sind, als nationaler Charakter auftreten können. Sie ist vielmehr lokaler oder regionaler Art.

Das gleiche gilt von den nicht natürlichen, sondern historisch gewordenen dauernden Lebensbedingungen bestimmter Gegenden.

Bereits 1907 bemerkte ich in meiner Besprechung des Bauerschen Buches:

Wo eine ganze Nation unter den gleichen Bedingungen lebt, wird sie also einen Nationalcharakter entwickeln. Dagegen wird von einem solchen um so weniger die Rede sein können, je mannigfaltiger die Verhältnisse, unter denen die einzelnen Nationsgenossen leben, je verschiedener zum Beispiel die geographischen Bedingungen — Flachland und Hochgebirge, Binnenland und Seeküste — und je weiter getrieben die Arbeits- und Klassenstellung — Landwirtschaft und Industrie, Großstadt und Dorf, Gebildete und Ungebildete usw. —, je verschiedener endlich das Tempo der gesellschaftlichen Entwicklung für die einzelnen Nationsteile ist, was etwa bewirkt, daß die einen noch in halbfeudalen Zuständen leben, die anderen schon eine hochentwickelte kapitalistische Produktionsweise aufweisen. (*„Nationalität und Internationalität“*, S. 5.)

Ich zeige dann die Verschiedenheit der Bedingungen, die in der deutschen Nation vorkommen, und frage:

Wo könnte da ein bestimmter Nationalcharakter bestehen, der die deutsche Nation von anderen unterscheidet? Ist der Rheinländer sein Vertreter oder der Oberbayer? Der Hofsteiner oder der Wiener? Bildet seinen Typus Faust oder Karl Moor? Bismarck oder Onkel Bräsig?

Diese Unfaßbarkeit des Nationalcharakters hat schon manchen Forscher in Verlegenheit gebracht. Amüsanten Ausdruck findet sie in Sombarts »Patriotischen Besinnungen«, betitelt »Händler und Helden«, einem Büchlein, dem unter den burlesken Leistungen unseres Professorentums der Kriegszeit die Palme gebührt.

Die Händler, das sind die Engländer, die Helden die Deutschen.

Sombart sucht den »deutschen Geist« zu definieren:

Wir wissen, daß Friedrich Nietzsche mit dem Besten, was er uns gesagt, heimatberechtigter ist in Potsdam und Weimar, die beide zusammen recht eigentlich des deutschen Geistes Heimstätten sind. (Sie liegen im Zentrum Deutschlands, dessen peripherische Enden durch Königsberg und Wien gebildet werden.)

Ist denn aber dieser deutsche Geist etwas Einheitsliches, das man mit einem Worte bezeichnen kann? Die Aufzählung auch nur jener vier Städte, neben denen doch Wittenberg und Hamburg, Köln und München auch ihr Recht behaupten wollen, möchte den Versuch, deutsches Wesen eindeutig zu bestimmen, als aussichtslos erscheinen lassen.

»Wer will jemals in den Begriff oder in Worte fassen, was deutsch sei?

Wer will ihn bei Namen nennen, den Genius unserer Jahrhunderte, der vergangenen und der künftigen? Es würde nur ein anderes Phantom werden, das uns nach anderen festigen Wegen verführte.«
ruft Ranke einmal aus.

Die Deutschen »entschlüpfen der Definition und sind damit schon die Verzweilung der Franzosen«, meint Nießsche, der es als ein Kennzeichen der Deutschen ansah, daß bei ihnen die Frage: »Was ist deutsch?« niemals ausstirbt. Und vielleicht ist das einzige, was man an allem deutschen Wesen wiederfindet, das ewig Wechselnde, das immer Anderssein, weshalb der Deutsche eigentlich nicht ist, sondern ewig wird, die unendliche Mannigfaltigkeit, der unerschöpfliche Reichtum an Einzelheit und Sonderheit, der »Abysus von Individualität«, wie es im Überschwang der romantischen Sprache heißt. (S. 54, 55.)

Das erinnert etwas an die Definition, die Faust seinem Gretchen vom lieben Herrgott gibt:

Gefühl ist alles;
Name ist Schall und Rauch.

Und in der Tat spricht Sombart von den göttlichen Eigenschaften des Deutschen:

Es ist die lichteste Eigenart unseres deutschen Denkens, daß wir die Vereinigung mit der Gottheit schon auf Erden vollziehen. (S. 63.)

So sollen wir Deutschen in unserer Zeit durch die Welt gehen, stolz erhobenen Hauptes, in dem sicheren Gefühl, das Gottesvolk zu sein. So wie des Deutschen Vogel, der Nar, hoch über allem Gessier dieser Erde schwebt, so soll der Deutsche sich erhaben fühlen über alles Gessolk, das ihn umgibt und das er unter sich in grenzenloser Tiefe erblickt. (S. 143.)

Das also ist »des Deutschen Vogel«. Trotz diesem Übermenschentum glaubt aber Sombart den Deutschen doch definieren zu können. Allerdings, was Weimar und Potsdam bedeuten, sagt er uns nicht. Bei allem Überschwang wird er nicht behaupten wollen, jeder Deutsche sei zur Hälfte ein Goethe, zur anderen Hälfte ein Friedrich II. Sicher ist, daß zu Goethes Zeit selbst auf der Weimarer Schaubühne nicht dieser herrschte, sondern Koberue. Und in Potsdam sind die Korporale sicher häufiger als Geister vom Schlage Friedrichs II. Trotzdem wird Sombart nicht zugeben wollen, der Deutsche sei halb Koberueischer Kleinstädter, halb preußischer Korporal.

Zweierlei bezeichnet für ihn den deutschen Geist ganz unverkennbar: einmal »einmütige Ablehnung alles dessen, was auch nur von ferne englischem oder insgesamt westeuropäischem Denken und Empfinden nahe kommt« (S. 55).

Nun kann Sombart leider nicht leugnen, daß manche Deutschen anders denken und manche Engländer auch in Deutschland angesehen sind. Aber das kommt ganz einfach daher, daß entweder jene keine richtigen Deutschen oder diese keine richtigen Engländer sind.

Der zweite Charakterzug, der den deutschen Geist kennzeichnet, ist für Sombart der Militarismus.

Er lacht über die »wohlmeinenden Ausländer«, die Deutschland vom Militarismus befreien wollen:

Andere möchten uns von unserem Kaiser befreien... als ob alle diese Einrichtungen etwas Außerliches seien, das sich beim deutschen Volke befinde, wie eine Last auf einem Esel liegt. Während es doch zu begreifen gilt, daß alle äußere Erscheinung des gesellschaftlichen und staatlichen Lebens die notwendigen Ausstrahlungen des Geistes sind, der ein Volk beseelt. (S. 83.)

Richtig definiert Sombart den Militarismus als »den Primat der militärischen Interessen im Lande. Alles, was sich auf militärische Dinge bezieht, hat bei uns den Vorrang... Alle anderen Zweige des Volkslebens

dienen dem Militärinteresse. Insbesondere auch ist das Wirtschaftsleben ihm untergeordnet.»

Das bezeichnet den »deutschen Geist«:

Was kann deutscher Militarismus anderes sein als der deutsche Geist, den wir kennengelernt haben? Es ist dieser deutsche Geist, so kann man es vielleicht ausdrücken, in seiner lebendigen Betätigung, in seiner Ausgestaltung zu äußeren Lebensformen. . . . Militarismus ist die Sichtbarwerdung des deutschen Heldentums. . . . Militarismus ist der zum kriegerischen Geiste hinaufgesteigerte heldische Geist. Er ist Potsdam und Weimar in höchster Vereinigung. Er ist »Faust« und »Zarathustra« und Beethovenpartitur in den Schützengräben. Denn auch die Eroica und die Egmontouvertüre sind doch wohl echter Militarismus. (S. 84, 85.)

Wir haben einen kleinen Abstecher zu diesen sinnreichen »patriotischen Besinnungen« gemacht, weil wir denken, dies Zwischenspiel ist geeignet, den Ernst der Zeit etwas zu erheitern, nicht, weil wir daraus Aufklärung über den deutschen Nationalcharakter zu schöpfen glauben. Beachtenswert bleiben nur die zuerst aus dem Sombartschen Buche zitierten Worte. Sie bezeichnen gut die Unmöglichkeit, einen deutschen Nationalcharakter einwandfrei festzustellen, und weisen mit Recht darauf hin, daß alle besonderen Charaktermerkmale, die als deutsche betrachtet werden, in Wirklichkeit nur lokaler oder regionaler, nicht nationaler Art sind.

Und das gleiche läßt sich von jeder anderen Nation um so mehr sagen, je zahlreicher sie ist, je mannigfaltiger das Gebiet, das sie bewohnt, je weiter vorgeschritten ihre ökonomische Entwicklung im ganzen und je ungleichmäßiger die ihrer Teile. Was sie zusammenhält und von den anderen absondert, ist nicht ein gemeinsamer Nationalcharakter, sondern die Gemeinsamkeit der Sprache.

Wo Angehörige zweier verschiedenen Sprachstämme unter denselben Bedingungen nebeneinander wohnen, entwickeln beide die gleichen Charakterzüge. Otto Bauer bemerkt selbst, es sei »nicht ganz unrichtig, wenn man sagt, die Tschechen seien tschechisch sprechende Deutsche« (S. 118).

Gehört aber der Nationalcharakter zu den Phantomen, die in der Luft zerfließen, sobald man sie scharf ansieht, so teilt mit ihm die »nationale Kultur« das gleiche Schicksal. Wir haben ja gesehen, daß sich Bauer selbst des internationalen Charakters der modernen Kultur bewußt ist. Sie ist nicht nationale, sondern europäische Kultur, womit nicht gesagt sein soll, daß sie auf Europa beschränkt, sondern daß Europa ihr Ausgangspunkt ist, von dem aus sie nach allen Weltgegenden ausstrahlt. Das gilt nicht nur für die materielle, sondern auch für die geistige Kultur. Keine große Erfindung kann bei einer Nation gemacht, kein großer Gedanke in einer Sprache geäußert werden und Beachtung finden, ohne sofort allen Nationen der Kulturwelt in ihren Sprachen mitgeteilt zu werden. Nur Leistungen, die nicht von allgemeinem Interesse sind oder die wenig hervorragen, bleiben auf das Gebiet jener Nation und Sprache beschränkt, in der sie zutage traten. Nur sie könnte man als »nationale« Kultur betrachten. Sie bilden jedenfalls den weniger wichtigen Teil der modernen Kultur.

Otto Bauer faßt den Begriff der nationalen Kultur anders. Ihm ist sie der Inbegriff der gesamten Kultur, die in einer Nation zu finden ist; nicht nur des geringfügigen Teils, den sie allein besitzt, sondern auch die ungeheure Masse von Kulturgütern, die sie mit den anderen Kulturnationen gemein hat.

National wird diese gesamte Kultur nach seiner Anschauung durch die »nationale Apperzeption«, die wir schon kennengelernt haben. So wie jedes Individuum alles, was es von anderen lernt, nicht völlig unverändert in seinen Geist aufnimmt, sondern seiner angeborenen und erworbenen Geistesverfassung entsprechend verarbeitet und ihm so eine individuelle Färbung gibt, so soll eine Nationalität auch nach der Art des Individuums alles, was sie erlernt, ihrer Eigenart anpassen und so der internationalen Kultur eine nationale Färbung geben. Das setzt jedoch voraus, daß die Nationalität ein Individuum mit bestimmtem Charakter ist. Ohne Nationalcharakter auch keine »nationale Apperzeption«.

Sicher wird derselbe Gedanke nicht nur von verschiedenen Individuen, sondern auch in verschiedenen Milieus verschieden verarbeitet werden. Aber nur bei kleinen, einfachen Nationen, die nicht mannigfache Milieus umfassen, wird die »kollektive Apperzeption« einen nationalen Charakter annehmen können.

Auch in ihrer Beziehung zur Kultur reduziert sich die Nationalität auf die Sprachgemeinschaft. Es gibt natürlich keinen anderen Weg zur Kultur als die Sprache, und zwar die Sprache, die man beherrscht. Als solche kommt bisher für die Masse der Menschen bloß die Sprache in Betracht, die sie in der Familie erlernt haben, die sie von Kindesbeinen an gebrauchen, durch die sie Angehörige einer bestimmten Nationalität werden. Je vollkommener die Kultureinrichtungen dieser Nationalität, je besser eingerichtet und leichter zugänglich ihre Schulen, je sachkundiger und gewissenhafter ihre Zeitungen, ihre Buchliteratur usw., um so höher wird die Kultur ihrer Volksmassen sein.

Das ist der Zusammenhang zwischen Nationalität und Kultur.

Damit ist aber keineswegs gesagt, daß die Muttersprache den einzigen Weg zur Kultur bildet, noch auch, daß jede Sprache dabei gleich weit führt und daß die Muttersprache immer den zweckmäßigsten Weg zum Vorwärtkommen in der Kultur darstellt, daß es daher Pflicht eines jeden sei, an ihrem Gebrauch und damit an seiner Nationalität festzuhalten.

Jede Sprache eines Volkes der europäischen Kulturgemeinschaft vermittelt uns die moderne Kultur. Freilich nicht jede in gleichem Umfang. Eine ökonomisch rückständige, vom Verkehr abgeschnittene kleine Nationalität wird denen, die bloß auf ihre Sprache angewiesen sind, nicht so viel von den Errungenschaften der modernen Kultur vermitteln können als eine ökonomisch fortgeschrittene Nationalität, die mitten im internationalen Verkehr drinsteht und eine zahlreiche Bevölkerung umfaßt.

Vergleichen wir zum Beispiel das slowenische Volk, das ungefähr 1 300 000 Köpfe zählt, fast ausschließlich Bauern, Kleinbürger und Proletarier, das eben erst angefangen hat, sich eine Literatur zu schaffen, nur über zwei Gymnasien und keine Universität verfügt, mit dem deutschen Volke, dessen Sprache von etwa 80 Millionen als Muttersprache gesprochen wird, mit Millionen Intellektueller, mit über 500 Gymnasien, 22 Universitäten mit fast 4000 Vortragenden und 60 000 Hörern, mit einer Literatur, Kunst, Wissenschaft, an der Jahrhunderte gearbeitet haben, und es wird ohne weiteres klar, daß man mit der Kenntnis des Deutschen sich einen unendlich weiteren Kulturkreis erschließt als mit der des Slowenischen. Niemand kommt in den Vollbesitz moderner Kultur mit seiner Muttersprache allein. Je rückständiger und kleiner das Volk, dem man entstammt, desto mehr be-

deutet die Beschränkung auf die Muttersprache Beschränkung in der Kultur, in der Aufnahme der Kultur, aber auch in der Mitarbeit an ihr. Nicht das Festhalten an der Muttersprache, sondern das Überwinden der nationalen Beschränktheit durch Mehrsprachigkeit kann da zur Pflicht werden.

Andererseits aber steigt die Kulturhöhe der Volksmassen nicht nur dadurch, daß man sie in der Schule und der Literatur mit neuen Tatsachen und Ideen bekanntmacht. Sie steigt auch mit der ökonomischen und politischen Macht der Massen, mit den materiellen Mitteln und der Muße, über die sie verfügen. Beides muß zusammenwirken. Mehr Lohn und kürzere Arbeitszeit bedeuten an sich noch wenig, wenn sie nicht zusammentreffen mit wachsendem wissenschaftlichen und künstlerischen Interesse und einer Erweiterung des Gesichtskreises. Und umgekehrt ist dieser kulturelle Aufstieg nicht möglich, solange Überarbeit und Hunger die Massen abstumpfen und für alle Bestrebungen, alle Genüsse, außer den nächstliegenden sinnlichen, unempfänglich machen.

Das bedeutet aber, daß der kulturelle Aufstieg des Proletariats nur möglich ist durch den Klassenkampf, und zwar nur durch jene Formen des Klassenkampfes, die nicht einen bloßen Lohnkampf, sondern einen Emanzipationskampf, einen Befreiungskampf für große soziale und politische Ziele darstellen.

Der ist nicht möglich ohne weitestgehende internationale Verständigung der Arbeiter. Sie wird um so leichter erreichbar sein, je verbreiteter die Mehrsprachigkeit unter ihnen, je mehr jeder, dem sich die Gelegenheit zum Erlernen einer fremden Sprache, namentlich einer Kultursprache bietet, diese Möglichkeit benützt.

Am dringendsten und nächstliegenden ist aber die Notwendigkeit, daß die Arbeiter einer Gegend alle die gleiche Sprache sprechen, um sich untereinander verständigen zu können. Wenn Arbeiter unter eine fremdsprachige Bevölkerung versetzt werden und dort sich von dieser abschließen und auf ihre Muttersprache beschränken, verhängen sie sich schwer am proletarischen Klassenkampf.

Die Bedürfnisse des wachsenden internationalen geschäftlichen Verkehrs wie des internationalen Klassenkampfes und endlich die Zunahme der Wanderungen der Arbeiter — sowohl innerer Wanderungen wie völliger Auswanderung — lassen rasch die Zahl derjenigen anwachsen, die zwei oder mehr Sprachen beherrschen. Wer aber mehrere Sprachen spricht, bleibt nicht an die Nationalität gebunden, der er entsprang. Er kann sie nach Belieben wechseln.

So ist der Begriff der nationalen Kultur nicht einmal in dem Sinne richtig, als sei die moderne Kultur für jeden nur zu erreichen auf dem Wege seiner Muttersprache, als sei der einzelne auf Gedeih und Verderb an die Nationalität gebunden, in der er geboren ist, als könne er nur durch sie und mit ihr in der Kultur aufsteigen.

Und weit entfernt, daß dieser Aufstieg die Nationen differenziert, sie scharfer scheidet, nähert er sie einander immer mehr, schleift er ihre Eigenart ab und erleichtert ihre Assimilierung, namentlich für die Angehörigen kleiner und zurückgebliebener Nationalitäten. Wir haben diesen Prozeß schon im Nationalstaat beobachtet. Er gilt für den gesamten Bereich des kapitalistischen Verkehrs.

Die sozialistische Gesellschaft wird ihn nicht nur nicht hemmen, sondern vielmehr beschleunigen. Man kann heute schon nicht gebildet im vollsten Sinne des Wortes sein, wenn man nicht mehrere Kultursprachen beherrscht. Der Masse des Volkes ist noch die Gelegenheit zu höherer Bildung versagt. Der Sozialismus wird sie jedermann bringen und damit jedermann von der Beschränkung auf eine bestimmte Sprache und Nationalität befreien.

Er wird aber auch jeder nationalen Unterdrückungspolitik ein Ende machen.

8. Der Kampf der Nationalitäten und der Sozialismus.

Der Gegensatz der Nationalitäten im Nationalitätenstaat entspringt nicht etwa einem Gegensatz der Nationalcharaktere oder der nationalen Kulturen. Verschiedenheit bedeutet noch lange keinen Gegensatz.

Der nationale Gegensatz entspringt dem Kampf um den Markt und um die Staatsgewalt. Die Art, wie etwa die Tschechen die europäische Kultur »national apperzipieren«, ist den Deutschen in Böhmen sehr gleichgültig. Aber dem deutschen Journalisten in Reichenberg ist es nicht gleichgültig, ob die Bevölkerung der Stadt deutsche oder tschechische Zeitungen liest. Dem deutschen Krämer, Arzt, Advokaten ist es nicht gleichgültig, ob die Bevölkerung tschechisch sprechende Krämer, Ärzte, Advokaten den deutsch Sprechenden vorzieht. Es ist der deutschen Bourgeoisie nicht gleichgültig, ob ihr intellektueller Nachwuchs im Staats- und Gemeindedienst bessere Aussichten hat als die tschechisch Sprechenden Intellektuellen usw.

Daher das Streben jeder der Nationalitäten, sich der Staatsgewalt zu bemächtigen, um das Geltungsbereich der eigenen Sprache gewaltsam zu erweitern, das der anderen einzuengen, oder um gewaltsame Maßregeln dieser Art zunichte zu machen.

Hier ist der Punkt, wo die Demokratie und damit auch die Sozialdemokratie Interesse an den nationalen Kämpfen bekommt, hier liegt aber auch das schwerste Hindernis der Annäherung und Assimilierung der Nationen im heutigen Staate.

Den Unterdrückten beizustehen, sie nicht im Stiche zu lassen, gilt jedem wahren Demokraten als sittliche Pflicht. Er wird sich schwer von der unterdrückten Nationalität lösen, um sich der unterdrückenden anzuschließen, selbst wenn seine Leistungsfähigkeit dadurch vermehrt würde. Der Wechsel der Nationalität erhält unter solchen Bedingungen den Charakter skrupelloser Strebertums. Die Unterdrückung war stets das beste Mittel, eine Gemeinschaft fest zusammenzuschweißen, sei es nun eine Sprachgemeinschaft, eine kirchliche Gemeinschaft, eine regionale Gemeinschaft oder eine Klasse.

Wenn ein Eroberer ein erobertes Gebiet in einem Ausnahmezustand erhält, so erweist sich dies als die wirksamste Methode, die innere Verschmelzung der neugewonnenen Provinz mit dem Gesamtstaat zu verhindern. Religionen erhalten, selbst wenn sie im Absterben begriffen sind, neue Kraft durch eine Art der Verfolgungen. Dadurch ist die Assimilierung der Juden bisher am wirksamsten verhindert worden.

Das gilt auch von manchen Nationalitäten. Die Tschechen — die »tschechisch Sprechenden Deutschen« wären vielleicht schon germanisiert — vor einem Jahrhundert war dieser Prozeß bereits weit gediehen —, wenn man die Bedürfnisse des Verkehrs allein hätte wirken lassen, die jeden Tschechen, der etwas leisten will, zwingen, Deutsch zu lernen. Der Versuch,

die Assimilierung gewaltsam zu fördern, hat sie verhindert. Der Kampf für die tschechische Nationalität wurde den Tschechen gleichbedeutend mit dem Kampf für Gleichberechtigung und Demokratie.

Diese Hindernisse hören in einer sozialistischen Gesellschaft auf. Mit dem Aufhören der Produktion für den Markt nimmt der Kampf um den Markt ein Ende. Und der Staat hört auf, eine Herrschaftsinstitution zu sein. Solange er eine solche ist, bleibt er ein der Demokratie feindliches Element, denn die Demokratie steht im Gegensatz zur Herrschaft der Klassen. Was im heutigen Staat an demokratischen Rechten besteht, ist, soweit es nicht einen Rest urwüchsiger Zustände darstellt, nur eine widerwillig gemachte, dem Staat abgerungene Konzession. Die volle, wirkliche Demokratie ist im heutigen Staat nicht zu erreichen, sie wird stets nur Stückwerk sein.

Der proletarische Staat dagegen kann ohne die Demokratie nicht bestehen, sie ist für ihn nicht eine Konzession, die er macht, sondern eine Lebensbedingung. Damit verliert der Kampf der Nationen im Staat um die Macht seine Grundlage. Die Sprache dient im staatlichen Leben dann nicht mehr Herrschaftszwecken, sondern nur noch Verwaltungszwecken. Die sprachlichen Verhältnisse im Staate werden nur noch nach Zweckmäßigkeitsgründen und nach den Bedürfnissen der Volksmasse, nicht nach denen herrschender Klassen oder ihrer Organe eingerichtet werden. Da werden die Bedürfnisse der Rechtsfindung sowie die der Angeklagten und der Zeugen und nicht die Bedürfnisse der Richter über die Gerichtssprache entscheiden; die des Lehrerfolges und der Schüler und nicht die der Lehrer über die Unterrichtssprache; die des Verkehrs und nicht die der leitenden Beamten und ihrer Patrone über die Eisenbahnsprache usw. Damit wird aber auch für den einzelnen die Zugehörigkeit zu seiner Nationalität, der Gebrauch ihrer Sprache eine bloße Sache der Zweckmäßigkeit. Jeder wird unter den Sprachen, die ihm zugänglich sind, den Gebrauch jener bevorzugen, in der er der modernen Kultur am meisten teilhaftig werden kann, in der er am meisten für sie zu leisten vermag. Die Pflicht demokratischer Solidarität, die heute für schwache, unterdrückte Nationalitäten ein so starkes Band bildet, hört dann auf, für deren Erhaltung zu wirken. So wird die Assimilierung und Auflösung nicht nur mancher Sprachinseln und eingesprenkten Nationsfrümmen, sondern ganzer Nationalitäten dann weit rascher vorwärtsgehen als heute.

Wir haben uns hier schon mehrfach, zum Teil durch O. Bauer veranlaßt, mit der Gestaltung der Nationalitätenfrage unter der Herrschaft des Sozialismus beschäftigt. Sie geht uns direkt in dem vorliegenden Zusammenhang nichts an, wo wir ja nur davon handeln, welchen Einfluß das Nationalitätenproblem auf die Haltung der Internationale gegenüber den aktuellen Kriegszielen zu nehmen hat. Aber unser Handeln in der Gegenwart ist nichts als Vorbereitung der Zukunft und wird durch die Vorstellungen bestimmt, die wir von dieser haben. Und wenn wir auch ein entschiedenes und rasches Fortschreiten in der Richtung auf unser Ziel erst in dem vom Proletariat erobernten Staat erwarten dürfen, so sind die Grenzen zwischen bürgerlicher und proletarischer Gesellschaft doch elastisch, und wir müssen frachten, von dem, was wir erstreben, soviel als möglich heute schon durchzusehen. So steht unsere Gegenwartarbeit mit unseren letzten großen Zielen in stetem und notwendigem Zusammenhang.

Darum noch einige Worte darüber, wie wir uns die Gestaltung der Nationalitätenfrage in der sozialistischen Gesellschaft als Konsequenz ihrer Prinzipien vorstellen dürfen.

Wir haben schon gesehen, daß sie die nationalen Gegensätze sehr abschwächen und schließlich aufheben und dadurch auch zur Beseitigung mancher nationalen Unterschiede beitragen muß — eine Folge der Verwandlung des Staates aus einer Herrschafts- in eine bloße Verwaltungsinstitution und der Durchsetzung vollständiger Demokratie, die Hand in Hand geht mit der Aufhebung der Klassenunterschiede.

Auf der anderen Seite wird gerade das Bedürfnis nach Demokratie einen starken Anstoß zur Verschiebung der Staatsgrenzen im Sinne des Nationalstaats geben. Denn die Demokratie kommt am vollkommensten zur Geltung im Nationalstaat, in dem die Sprache der Volksmasse gleichbedeutend ist mit der Sprache des Staates.

Die Staatsgrenzen selbst aber verlieren gleichzeitig ihren bisherigen Charakter. Da die Produktion aus privater zu gesellschaftlicher wird, da der Profit des einzelnen Unternehmers aufhört, ihr bewegender Antrieb zu sein, verlieren die Zölle alle Bedeutung, die ja als »Schutzzölle« nur dadurch wirken, daß sie in den zu »schützenden« Industriezweigen den Kapitalprofit künstlich erhöhen und dadurch das Kapital ihnen zutreiben. Mit den Zöllen aber hört die Absperrung der Staaten voneinander als künstlichen Verkehrseinheiten auf.

Dabei wird, wie wir schon gesehen, der Sozialismus nicht das Ergebnis einer besonderen nationalen, sondern einer internationalen Bewegung sein, bei der die Souveränität der Einzelstaaten aufhört und sie alle Teile eines großen Ganzen werden, der Vereinigten Staaten von Europa, wobei unter Europa nicht der Erdteil, sondern das ganze Gebiet europäischer Kultur zu verstehen ist. Schon durch den Beitritt Englands würden die Vereinigten Staaten Europas zu vereinigten Staaten aller Weltteile.

Damit verliert die Frage der Staatsgrenzen auch als Frage der militärischen Sicherheit alle Bedeutung.

Die Einzelstaaten werden bloße besondere Verwaltungsbezirke mit Selbstverwaltung. Das erleichtert es wieder, ihre Abgrenzung in der Weise vorzunehmen, daß jeder von ihnen ein Sprachgebiet umfaßt. Erst in der sozialistischen Gesellschaft ersteht die Möglichkeit, den Nationalstaat allseitig so weit durchzuführen, als die Natur der Dinge es überhaupt erlaubt. Aber das geschieht in derselben Zeit, in der der souveräne Einzelstaat aufhört zu existieren. Nicht nationale Souveränität, sondern nur nationale Selbstverwaltung wäre das Ziel dieser Entwicklung.

Schließlich müßte aber auch die nationale Abgrenzung der Verwaltungsbezirke ihre Bedeutung dadurch verlieren, daß die gestiegene Volksbildung jedermann neben seiner Muttersprache noch eine Weltsprache zugänglich macht, so daß jedermann sich überall in der Welt zurechtfinden, verständlich machen, heimisch machen kann.

Nicht die Differenzierung, sondern die Assimilierung der Nationalitäten, nicht der Zugang zur nationalen Kultur, sondern der zur europäischen Kultur, die immer mehr gleichbedeutend wird mit Weltkultur, ist das Ziel der sozialistischen Entwicklung.

(Schluß folgt.)

Schule und Leben.

Von Hugo Jacobi.

Die heutige Schule erfüllt ihre Aufgabe, in die Flut des Natur- und Menschenlebens zu tauchen und hier ihr Quellwasser zu schöpfen, in durchaus unzulänglicher Weise. Das erkennt man schon an dem ganz auffälligen Kontrast, in dem ihr sogenannter Anschauungsunterricht — ihre Arbeitsmethode — zu dem viel wirksameren Anschauungsunterricht eines Handwerksmeisters steht. Der hält seinem Lehrlingen keinen gelehrten, umständlichen Vortrag, wenn er ihn lehren will, wie er den Hobel führen soll, warum er nicht gegen den Wuchs hobeln darf usw. Der sagt kurz und bündig: »Sieh her, stell' dich so hin! So packst du den Hobel an; immer gradaus; nicht rüber und nüber fahren; lang stoßen, nicht absetzen usw. So wird's gemacht!« Der Meister macht es vor, einmal, zweimal; der Junge probiert es, macht es nach, erst einmal falsch, dann richtig; schließlich kann er's. Bald weiß er wie, bald auch warum. Zum Handwerksmeister muß der Schulmeister hospizieren gehen, sonst wird niemals sein Unterricht dem Fundamentalprinzip der Anschaulichkeit gerecht.

Sie tut das bei uns nicht bis auf den heutigen Tag, von wenigen rühmlichen Ausnahmen und Anfängen abgesehen; bei den Ausnahmen erinnere ich an die in der Beziehung geradezu mustergültig arbeitende Übungsschule des Pädagogischen Universitätsseminars in Jena sowie an die Reformversuche Kerschensteiners in München. Aus jener Unterlassung rühren die ewigen Klagen, die fortwährend gegen die Schule erhoben werden, daß sie — und zwar alle Schulgattungen von der Volksschule bis zur Universität — die abgehenden Schüler völlig ungenügend vorbereitet in das Leben schicke. Erst kürzlich hat dies wieder mit aller Deutlichkeit die Aussprache dargetan, die gelegentlich des Kongresses des »Bundes für Erziehung und Unterricht« zustande kam und auf der ein Mann aus der Werkstatt des öffentlichen Lebens, der Obergeringieur Georg Sütterlin in Hamburg, eine geradezu vernichtende Kritik an diesen Leistungen der Schule geübt hat.

Dahingegen ist mir aus meiner Mitarbeit am Pädagogischen Universitätsseminar in Jena bekannt geworden, daß die Schüler unserer Anstalt, abgehende Volksschüler, im Zeißwerk, wo man wegen des großen Bedarfs an qualifizierten Arbeitern Wert auf deren praktischen Sinn und rasches Einleben in den Beruf legt, bevorzugt wurden vor höheren Schülern mit dem Einjährigen-Berechtigungschein. Es unterliegt keinem Zweifel, in unserem Schulwesen, und mir scheint im höheren noch mehr wie im sogenannten niederen, klingt eine peinliche Dissonanz zum Leben. Wenn wir die Quelle derselben auffuchen und für eine durchgreifende Reform sorgen, können wir sie in eine Harmonie auflösen.

Ohne Widerrede gebe ich mit Sütterlin zu, daß das absolute Wissen, das auf unseren Schulen gelehrt wird, wohl durchweg ausreicht, je nach dem Lehrziel der verschiedenen Schulanstalten sowohl in den mathematischen, naturwissenschaftlichen wie sprachlichen Fächern. Aber was fehlt, das ist die gewandte Anwendung, der sichere Gebrauch des Wissens beim Bedarf im beruflichen und öffentlichen Leben. Weiter nichts als Gedächtnisdrill — Präsentsein des Wissens ist bekanntlich alles —, verbale Gedächtnisübung, oberflächliche Gedankenübertragung. Das Wort regiert; es soll die Gedankenübertragung vom Lehrer auf den Schüler bewerkstelligen, er soll bloß aufnehmend tätig sein und nicht, wie er möchte — weil der Schaffenstrieb im Kinde steckt —, hervorbringend, produktiv. Das Wissen hat den Vorzug vor dem Können, die Form vor dem Inhalt, man setzt die Antwort vor das Problem. Stein um Stein der wissenschaftlichen Einzelerkenntnis wird herbeigewälzt und mühsam ein Seelenbauwerk konstruiert, dessen Leim die Sprache abgibt. Darum in unseren Schulen dieses ewige Kleben am Buche, dieses Ausgehen vom Buche, die Merksätze, die Überschriften, die täglichen und stündlichen Wiederholungen, das öde Auswendiglernen.

Sehen wir uns doch die Misere an ein paar praktischen Beispielen an. In der Geometrie werden Dreiecke berechnet. An hundert und aber hundert Aufgaben wird $\frac{g \cdot h}{2}$ das Resultat gefunden — aber kein einziges Dreieck wird in der Wirklichkeit vorge stellt. Darum kommt es immer wieder vor, daß der Schüler, der das Resultat bis auf fünf und noch mehr Dezimalen richtig errechnet hat, das Komma falsch setzt, er hat ja keine Ahnung von der ungefähren Größe des von ihm errechneten abstrakten Dinges. Ebenso ratlos steht er im praktischen Leben der Aufgabe gegenüber, wenn er einen dreieckigen Gufkörper berechnen soll, für den ihm die in der Schule gegebenen Maße fehlen. Dabei heißt dieses Fach *Raumlehre*, es soll also doch wohl *Raum* vorstellungen im Kinde erzeugen, lebendige Inhalte, und soll keine bloße Rechenstunde sein. Man probiere doch einmal bei Schülern, ob sie die Höhe eines Hauses, eines Kirchturms, die Länge einer Eisenbahnbrücke abschätzen können, ob sie eine richtige Vorstellung von der Form eines Bahnhofes haben, ob sie den Fassungsraum eines Eisenbahnwaggons nur annähernd schätzen können, und man wird erstaunt sein über den Mangel an Wirklichkeitsinn. Es fehlt die geistige Leistung des Kindes, das Beobachten des Lebens selbst, statt dessen speist man es mit Abstraktion und Regelwerk. Darum der Mangel im Denkvermögen und der in der Urteilskraft, wenn das Kind vor wirklichen Dingen steht. Der frühere Oberlehrer am Jenenser Seminar Friß Lehmannsick berichtet von einer Studienreise nach Holland, wo er lebenserfüllten Unterricht kennenlernte: »Nach der Pause wird in der fünften Klasse der Aschenkasten, welcher im Hofe steht, der inzwischen angeschaut und ausgemessen worden ist, 25mal verkleinert dargestellt. Sie schlagen und kneten den Ton und walzen ihn mit dem Rollholz zu einer Platte aus. Daraus schneiden sie mit ihrem Zinkmesser die Wände des Kastens aus; es ist ein ganz ungezwungener Verkehr.« So bilden sich Raumvorstellungen und Raumbegriffe.

Nach dem Lehrplan meiner Schule stand ich vor der Zeitrechnung: Stunden, Minuten, Sekunden sollten verwandelt werden usw. In die gleiche Zeit fiel unsere Schulreise nach Eisenach. Wir mußten unterwegs sogar umsteigen. Wir verbannten die Rechenbücher und benutzten statt ihrer die kleinen Kursbücher, die uns der Verlag König unentgeltlich zur Verfügung stellte (natürlich hatte jeder Junge sein eigenes, auch für die Reise). Was war das für ein Leben: Wann fahren wir ab? Wann kommen wir in E. an? Wie lange fahren wir? Wie lange haben wir in A. beim Umsteigen Aufenthalt? Wie lange dürfen wir in E. verweilen? Alles Fragen und Antworten, mit denen wir in einer überaus kurzen Zeit die Zeitrechnung in heller Freude erledigten und unsere grauen Schinder von Rechenbüchern gar nicht ans Tageslicht zogen. Und was fiel nebenbei noch ab: Kenntnis des Fahrplanlesens, Einrichtung des Kursbuchs; Benutzung der Anschlussstrecken und was weiß ich im Augenblick noch alles! Ein ausgebrochener Milchkrieg war wieder eine Rechengelegenheit ohne Buch: Gewinn und Verlust, Auslagen, Einkaufs- und Verkaufspreis; dann die Berechnung des verschiedenen Gewinnes nach Prozenten bei kleineren und bei größeren Händlern — ein Leben, wie man es sonst in der Rechenstunde nicht kannte.

In ganz ähnlicher Weise schöpfte auch die Geographie aus dem stutenden Leben der Heimat; zum Beispiel bei der Betrachtung Italiens. Im Orte wurde gerade eine Kanalisation gebaut, bei der auffallend viele Italiener beschäftigt waren. Was lag näher als die Frage: Warum so viele Italiener zu uns kommen? Was sie bei uns machen? Erdarbeiten bei Straßen-, Brücken-, Bahnbau; schwere Arbeiten gegen geringe Bezahlung; dabei ausbauend, bedürfnislos und sparsam. Wir beobachteten sie beim Kochen der Polenta, kannten ihre Bekleidungsstücke, wußten, daß sie nur selten Bier trinken. Vermeidung von Streit und Messerstechereien. Wir kannten sie auch als Hausierer mit Gipsbüsten und Südfrüchten und stellten fest, daß sie in der Mehrzahl ungelernete Arbeiter sind, von denen die weitaus größte Zahl nicht lesen und schreiben kann. Wir begleiteten die auswandernden

Italiener auf ihrem Reisedweg, fuhren mit ihnen durch den Gotthardtunnel, fragten nach den ökonomischen Gründen der Auswanderung: Liegen sie in etwaiger Überbevölkerung, im Mangel an Rohstoffen? Wir gehen den Gründen des Brotmangels nach: Unland, Dürre, Vulkanismus, ein schlechtes agrarisches Betriebssystem und eine schlechte Betriebsform (Teilbau) und Besitzverteilung. Auf der anderen Seite regte sich natürlich auch die Frage: Was so viele Reisende von Deutschland nach Italien zieht? Die eigenartige Landschaft, die Bedeutung Roms, die italienische Kunst. Wir kommen auf die Gefahren zu sprechen, die dem Reisenden drohen durch Miasme, Malaria und die giftige Tarantel; auf allerlei Belästigungen durch Vettel und Ungeziefer. Gleichzeitig verschafften wir uns durch Betrachtung eines Rundreisehefts Kenntnis von den äußeren Bedingungen der Reise. Flutet hier nicht frisches Leben? Gib's da Langeweile, und sind das nicht alles Fragen, die neben dem Erfassen des Landes als geographischem Individuum auch noch den Erfordernissen des praktischen Lebens Rechnung tragen?

Ganz ähnlich hat der Physikunterricht zu verfahren. Man denkt heute im Unterricht wunder wie anschaulich zu sein, wenn man einen wirklichen Kompaß in der Schule zeigt oder an einem Hebel irgendwelche Gewichtsberechnungen vornimmt. Ein Beispiel wird uns auch hier das Leben geben: Schwere Steine sollen auf das Gerüst eines Neubaus gebracht werden! Man kann sie nicht herauftragen; man versucht, sie von oben mit einem Seil hinaufzuziehen. Das erweist sich als zu gefährlich. Es erscheint dem damit beauftragten Arbeiter zweckmäßiger, sie von unten heraufzuziehen (welche Vorteile?). Er führt das Seil über einen in der Nähe des Gerüsts befestigten Balken; der darf natürlich keine scharfen Kanten haben. Da der Balken festliegt, verursacht er eine zu große Reibung, würde er sich drehen, wäre diese vermindert. Der Arbeiter erfindet eine kreisrunde Scheibe. Er versteift sie, um das Abgleiten des Seiles zu verhindern, mit einer Rille — er hat die feste Rolle erfunden, deren Vorteil das bequemere Heben gegenüber dem Ziehen bedeutet, die Richtungsänderung der Kraft. Was aber nun, wenn die Kraft des einen Mannes zur Bewältigung dieser Arbeit nicht ausreicht? Er bringt eine zweite feste Rolle an, und nun ziehen an zwei Seilenden zwei Männer. Fehlt aber jetzt einer von diesen? Unser erfinderischer Arbeiter bindet das ledige Seil oben am Gerüst an. Beim Aufziehen merkt er, daß die Last, je höher er sie hebt, schwerer wird, das am einen Ende befestigte Seilstück hängt schlaff herunter. Er befestigt nun die Last an einem Haken, an dem sie hinabgleitet, so daß auf diese Weise beide Seilstücke angespannt werden. Hierbei zeigt sich aber wieder der Nachteil, daß der Haken das Seil durchscheuert, ganz abgesehen von der vermehrten Reibung. Um diese zu vermindern, kennt er ja schon ein Mittel: die Rolle; sie tritt an die Stelle des Hakens — so ist die lose Rolle erfunden. Auf gleiche Weise entsteht dann auch der Flaschenzug in seiner einfachsten Form. Jedes Problem wird durch die Erfahrung gestellt und jedes durch Überlegung, Nachdenken und Probieren gelöst.

Wer die abgehenden Schüler in der Handhabung der deutschen Sprache in Wort und Schrift beobachtet, wird auch finden, daß das Resultat trotz allen Unterrichts und Umganges in der Muttersprache nur kümmerlich ist. Zur Sprachbeherrschung gehört einfacher, klarer Satzbau, logische Aufreihung der Gedanken, Hervorhebung des Wesentlichen. Denken wir uns folgenden, heute gewiß nicht unmöglichen Fall: Ein Mann ist wegen Diebstahls oder Brandstiftung angeklagt. Eine einzige Frau ist als Augenzeugin ermittelt; alle Umstände sprechen gegen den Angeklagten, auf dieses eine Zeugnis kommt alles an. Die Frau ist von der Unschuld des Angeklagten überzeugt. Sie redet frisch von der Leber weg, alles durcheinander, unklar und ungeordnet, wie es ihr der Augenblick eingibt. Das Resultat: der Mann wird zu schwerer Strafe verurteilt, und zwar, zum größten Erstaunen der Zeugin, wie sie durch die Urteilsverkündung erfährt, auf Grund ihrer Aussage. Daraus folgt, daß der Deutschunterricht lehren muß, Gedanken zu gruppieren wie um einen Brennpunkt, das Wichtige hervorzuheben, Nebensächliches auch so zu behandeln, die Bausteine vom Bauschutt zu trennen. Und was für Gelegenheiten

bieten sich dazu einem vernünftigen Unterricht, nicht nur in den Deutschstunden selbst. Ich denke an meine erwähnte Schulreise, wo wir im Schreibunterricht ein solches Beispiel verwerteten. Wir überlegten, wie wir den Eltern telegraphisch unsere Rückkehr mit einem bestimmten Zuge melden könnten: das Telegramm muß kurz sein, aber doch das Hauptsächlichste enthalten, ohne daß Mißverständnisse möglich sind. Aber auch der Aufsatzunterricht muß aus dem lebensfremden Schema heraus! Es soll im Thema eine Nötigung für schriftliche Darstellung liegen, nicht ein durch äußere Verhältnisse gebotenes Muß. Bei der Betrachtung der Schwefelgruben Siziliens und der dortigen Arbeiterverhältnisse: Was wohl ein Streichholz erzählen würde, wenn es reden könnte. Wir laden einen Vetter ein, denn die Heidelbeeren sind reif. Was Baumgarten seiner Frau von seiner Rettung erzählt. Was mag in dem Briefe gestanden haben, den der reiche Schlemmer dem berühmten Arzte schrieb? (Hebbels Erzählung vom geheilten Patienten.) Auf solche Anregungen hin stellt der Schüler dar, wie sich das betreffende Erlebnis bei ihm in der Seele spiegelt, was bei ihm gewachsen ist. Dann gilt von ihm das Wort: »Daß er im innern Herzen spüret, was er erschafft mit seiner Hand«, mit anderen Worten: er wird produktiv gemacht. Dann ist ihm die Schularbeit keine Sklavenarbeit, die quält und niederdrückt, sondern eine Arbeit, die erhebt und fördert und glücklich macht. Das ist ein anderes Wissen, als es unsere heutige Schule erzielt, ein Wissen, das die Spuren beglückender Arbeit in sich trägt.

Die heutige Schule setzt sich ihre Ziele nach den Zielen, wie sie der Erwachsene im späteren Leben für seine Zwecke braucht. Ihr ist nicht der werdende Mensch mit seiner jeweiligen Auffassungsweise das Maß des Lehrplans, und darum erreicht sie nicht ein organisches Hineinwachsen in die Kultur. Der Schulmeister ist weiter nichts als ein auf Leistungen pochender Treiber — aber kein Gärtner und Erzieher. Unsere Aufgabe ist es, für die Schule zu sorgen, die alle Bedingungen erfüllt, die zur Entfaltung aller Kräfte im Menschen führen. Darum muß alles abgestoßen werden, was an veralteten Formeln und wertlosen Theorien unsere Schularbeit beschwert und hemmt. Nach dem Kriege werden wir mehr als je körperliche Tüchtigkeit und geistige Frische für unseren Nachwuchs brauchen, wenn der Kulturschaden, der angerichtet worden ist, wieder überwunden werden soll.

Die Frauenarbeit in der Metallindustrie während des Krieges.¹

Von Luise Zieh.

Der Vorstand des Deutschen Metallarbeiterverbandes hat vor kurzem das Ergebnis der Erhebungen veröffentlicht, die der Verband im August und September 1916 über die Frauenarbeit in der Metallindustrie während des Krieges vorgenommen hat. Die Zusammenstellung ergibt, wenn auch kein erschöpfendes, so doch ein sehr umfassendes, ungemein wertvolles Material über den Umfang der Frauenarbeit in der Metallindustrie, über die Art und die Schwere der Arbeit, über die Arbeitszeit, die Sonntags-, Nacht- und Überarbeit, Art und Höhe der Entlohnung und, was besonders wichtig ist: sie bringt einen Vergleich der Männer- und Frauenlöhne und -verdienste nach Bezirken geordnet. Dem Gesundheits- und Unfallschutz ist ein besonderes Kapitel gewidmet. Die ganze Arbeit ist äußerst übersichtlich in Text und Tabellen geordnet, wodurch eine Verwertung des Materials sehr erleichtert wird. Kritische Bemerkungen über die ermittelten Verhältnisse fin-

¹ Die Frauenarbeit in der Metallindustrie während des Krieges. Dargestellt nach Erhebungen im August und September 1916 vom Vorstand des Deutschen Metallarbeiterverbandes. Stuttgart, Alexander Schlick & Co. 84 Seiten. 25 Pfennig.

den wir nur ganz kurze in der Einleitung und im Schlußwort, im übrigen sprechen die Tatsachen, und diese um so lauter.

Es ist ein furchtbar erschütterndes Bild von Frauenqual und -not, das hier vor uns aufgerollt wird: In langer Tag- und Nachtfron, bei schwerer, oft gesundheits-schädlicher Art der Arbeit schaffen die Frauen Tag um Tag, Nacht um Nacht im föblichen Einerlei des Werkes; dazwischen bleibt ihnen nur so viel Zeit, um ein paar Stunden in einen Schlaf der Erschöpfung zu fallen und die nötigen Kräfte für die nächste Schicht zu sammeln. Unterernährung und Seelenleid, das der Krieg über sie brachte, tun ein übriges, um sie stumpf und apathisch zu machen, so daß sie noch schlechte Entlohnung und schlechte Behandlung dazu ertragen. Von den 266 530 Arbeiterinnen, die nach den Erhebungen in 11 Bezirken mit 2594 Betrieben erfaßt wurden, waren 227 186 in der Kriegsindustrie beschäftigt, vor dem Kriege 83 570, davon in der Kriegsindustrie 35 425. Bei der absoluten Zunahme steht der 7. Bezirk (Rheinland und Westfalen) an erster Stelle mit 67 548. Die verhältnismäßig größten Steigerungen mit 100,3 und 116,1 Prozent entfallen auf den 9. und 10. Bezirk (Baden-Württemberg und Nordbapern), die absolut eine Zunahme von 12 616 und 12 707 zu verzeichnen hatten. Berlin (Groß-Berlin) hat eine Steigerung von 36 253 Arbeiterinnen (97,8 Prozent). Nach Abschluß der Erhebungen ist die Zahl der Arbeiterinnen noch weiter bedeutend gewachsen. Es werden 250 verschiedene Tätigkeitsgebiete der Arbeiterinnen in der Metallindustrie angegeben, darunter solche, die die größte Körperkraft erfordern, und andererseits außerordentlich komplizierte Beschäftigungen, die größte Sorgfalt und Geschicklichkeit voraussetzen. Da lesen wir: Bohren, Arbeit an Bohrbanken, Aufstreifen, Versenken (493 Arbeiterinnen), Drehen, Abrunden, Revolverdrehen usw. (560), Granaten bearbeiten (663), Schrapnell's bearbeiten (44), Werkzeug machen (2), Zünder bearbeiten, füllen (242), Kessel heizen, Feuerarbeiten (3), Kran führen, Rollgang führen (82), Gießen, flüssiges Eisen fahren, Füllen des Schmelzofens, Kugeln gießen usw. (34), Maße einteilen, anzeichnen, körnern, messen, vermessen, zentrieren, numerieren, eichen (35) und andere schwere Arbeiten mehr.

Da durch das Notgesetz vom 4. August 1914 dem Unternehmer die Möglichkeit gegeben ist, durch behördliche Erlaubnis für einzelne Betriebe oder ganze Bezirke die Arbeiterinnenschußbestimmungen außer Kraft zu setzen, und zahlreiche Arbeitgeber aus eigener Machtvollkommenheit sich um die geltenden Bestimmungen nicht kümmern, werden den Frauen Arbeiten aufgebürdet, die ihre Gesundheit und fortwirkend die der kommenden Generation schwer gefährden müssen. Nur zwei Beispiele: Die Frauen tragen die glühend gemachten Minen vom Ofen zum Hammer. Gewicht etwa 80 Pfund! (Mannheim.) An der Maschine müssen Geschosse im Gewicht von 20 bis 75 Pfund vom Fußboden bis zur Brusthöhe gehoben und in die Maschine eingespannt, ebenso wieder ausgespannt und wieder heruntergesetzt werden. (Magdeburg.)

Unfallverhütungsvorschriften werden übertreten und notwendige hygienische Einrichtungen nicht geschaffen oder wieder beseitigt. So heißt es aus Hannover: »Die Frauen haben unter Vergiftungserscheinungen viel zu leiden. Hände und Haare werden nach dreiwöchigem Aufenthalt im Betrieb braun. Oft müssen Frauen hinausgetragen werden. Ventilation ist nicht vorhanden.« Aus Berlin-Köpenick, Fabrik elektrischer Zünder, wird berichtet: »Die Arbeitsverhältnisse sind die denkbar schlechtesten: keine Garderobeschränke, keine Waschgelegenheit, kein Notausgang, obgleich die zu bearbeitenden Zünder alle geladen sind. Die Abortverhältnisse sind ekelterregend. Die Speisen müssen von vielen Arbeiterinnen auf der Erde zwischen Teertöpfen sitzend eingenommen werden, weil Schemel fehlen und der Speiseraum nur 30 Arbeiterinnen faßt.« Beschäftigt sind 700. So gehen die Klagen mehrere Druckseiten weiter, es fehlt kein Bezirk.

Ein besonders dunkles Kapitel bildet der Bericht über die Arbeitszeit. 40,1 Prozent der Arbeiterinnen, für die die tägliche Arbeitszeit ermittelt wurde,

hatten die 12stündige Arbeitszeit, 21 Prozent die 11stündige, 12,7 Prozent die 11 $\frac{1}{2}$ stündige, 5,1 Prozent die 13stündige und nur 3,8 Prozent die 10stündige.

Bei anderen Arbeiterinnen ist die wöchentliche Arbeitszeit festgestellt, die eine Dauer von 48 bis 70 Stunden aufweist, so daß einschließlich der Pausen tägliche Arbeitszeiten von 13 bis 14 Stunden herauskommen, in Einzelfällen sogar von 17 Stunden und beim Schichtwechsel einmal in der Woche verschiedentlich 24 Stunden. Bemerkenswert ist die Tatsache, daß in der K. Geschloßfabrik in Siegburg und im dortigen K. Feuerwerkslaboratorium, die insgesamt 9400 Arbeiterinnen beschäftigen, 64 $\frac{1}{2}$ bis 70 $\frac{1}{2}$ Stunden wöchentlich gearbeitet wird. Wo der Dreischichtwechsel mit je 8stündiger Arbeitszeit eingeführt ist, wird meistens viel Überarbeit geleistet, desgleichen beim Zweischichtsystem, und außerdem Nacht- und Sonntagsarbeit.

Die Entlohnung erfolgt je zur Hälfte in Zeit- und Stücklohn, zum Teil arbeiten die Frauen mit den Männern gemeinsam in Kolonnen und werden nach Stücklohn bezahlt. Treibt der Stücklohn schon zu höchster Kraftanpannung, worauf oft genug bei einer bestimmten Höhe des Verdienstes Herabsetzung der Akkordsätze erfolgt, so wurde in einigen Fällen außerdem das berüchtigte Prämienystem angewandt, um die Arbeiterinnen zu weiterer Kraftanpannung zu spornen.

Die Lohnhöhe bleibt aber überall hinter der der Männer zurück, sogar bis zu 70 Prozent und darüber.

Bei 1227 Arbeiterinnen war der Lohn um 10 Prozent niedriger als bei den Männern, bei 1763 um 10 bis 15 Prozent, bei 9025 um 15 bis 20 Prozent, bei 46 510 Arbeiterinnen war er um 45 bis 50 Prozent niedriger, bei 88 839 Arbeiterinnen um 30 bis 50 Prozent. Insgesamt sind Mindestverdienste von 119 875 Arbeiterinnen in 701 Betrieben festgestellt. Die Stundenlöhne sind niedriger, ebenso die Akkordsätze. Aber die niederen Akkordsätze der Frauen heißt es aus Dortmund:

»Die Arbeitgeber haben es wohl verstanden, die Akkordarbeiten der Frauenarbeit anzupassen. Manche kleine Arbeit, die der Mann mit zu erledigen hatte, braucht die Frau nicht zu machen. Dann erklärt der Arbeitgeber, die Arbeit sei geändert oder es sei nicht mehr dieselbe Arbeit, und er setzt einen Preis fest, der in gar keinem Verhältnis zu den früheren Preisen steht.«

Außerdem werden den Frauen für alles mögliche Abzüge gemacht, die durchaus unerschäftigt sind und den Unterschied im Verdienst noch erhöhen. Die Frauen erhalten auch für die Überarbeit durchweg geringere, oft gar keine Zuschläge. Wenn man dieser Darstellung noch hinzufügt, daß ein hoher Prozentsatz der Arbeiterinnen Hausfrauen und Mütter sind, so wird es schier unfassbar, wie sie die ungeheure Last tragen, ohne zusammenzubrechen.

Die Arbeiterklasse hat die Verpflichtung, sich nicht nur theoretisch mit der Frage der Frauenarbeit und all ihren Konsequenzen auseinanderzusetzen, sondern sie muß auch alles aufbieten, um die Arbeiterinnen aus ihrer Stumpfheit aufzurütteln, sie zum Bewußtsein ihrer Klassenlage zu bringen, sie gewerkschaftlich und politisch zu organisieren, damit sie bei den Kämpfen um höhere Löhne, um gleichen Lohn für gleiche Arbeitsleistung, um Verkürzung der Arbeitszeit, um tiefgreifenden Ausbau des Arbeiterinnenschutzes, um die Fürsorge für Mutter und Kind, um Staatsbürgerrechte für die Frauen selbst ihre Kräfte mit einsetzen.

Denn ganz mit Recht heißt es in den Schlußbemerkungen des Büchleins, daß es unmöglich sei, beim Eintritt des Friedens die Frauen vollständig aus den ererbten Arbeitsgebieten zu entfernen. Wir sind sogar der Meinung, daß die Frauenerwerbsarbeit noch weiter an Umfang zunehmen wird. Volkswirtschaftlich ist ihre Arbeitsleistung angesichts der um Millionen verringerten Männerzahl unentbehrlich. Privatwirtschaftlich wirken unzählige Faktoren zusammen, um nicht nur Kriegserwitwen, Frauen der Verkrüppelten und Siechen, sondern darüber hinaus Frauen und Töchter aus Arbeiter-, Beamten- und Kleinbürgerkreisen in die Erwerbsarbeit zu treiben, und das Profitinteresse der Unternehmer wird zur weitgehenden Ausnutzung dieser Möglichkeit führen. Wird nicht mit Einschlag der

vollen Kraft die Arbeiterschaft daran arbeiten, daß die geschilderten Zustände in der angeedeuteten Weise eine Besserung erfahren, so müßte die Lebenshaltung der ganzen Klasse auf die denkbar niedrigste Stufe sinken, weil bei dem hohen Prozentsatz, den die Arbeiterinnen in der Arbeiterschaft bilden, ihre Lohn- und Arbeitsverhältnisse die der Gesamtheit bestimmend beeinflussen.

Statt des gemeinsamen Kampfes um ein Empor der Arbeiterklasse würde der Kampf der Geschlechter untereinander entbrennen. Und die schlimmen Folgen würden nicht nur die Verschlechterung der Lebenshaltung der Arbeiterschaft, nicht nur die Hemmung ihres Aufstiegs sein, sondern darüber hinaus eine Beeinträchtigung unserer gesamten Kultur-entwicklung.

Deshalb erscheint es uns auch nicht klug und nicht im Interesse der Gesamtarbeiterschaft liegend, wenn es in dem Büchlein heißt: »Vor allem müssen sich die Facharbeiter dem Metallarbeiterverband anschließen, aber auch die Arbeiterinnen tun gut, sich anzuschließen.« Wir meinen, das eine ist so notwendig wie das andere. Will man aber eine Unterscheidung machen, dann müßte es heißen: Vor allen Dingen müssen sich die Arbeiterinnen organisieren, oder richtiger gesagt: insbesondere muß es Sache der Organisationen sein, die Arbeiterinnen aufzurütteln, sie für die Organisationen und ihre Bestrebungen zu gewinnen. Die Pflicht der Solidarität mit den schwächeren Kollegen und das wohlverstandene eigene Interesse gebieten es den männlichen Arbeitern und den Organisationsleitungen, so zu verfahren. Je mehr es uns gelingt, die werktätigen Frauen in das Heer der gewerkschaftlich und politisch organisierten aufzunehmen, sie mit Selbst- und Klassenbewußtsein zu erfüllen, sie zur Vertretung ihrer wirtschaftlichen und staatsbürgerlichen Interessen zu erziehen, desto mehr liegt es in unserer Macht, die schlimmen Schäden zu mildern, die der Frauenerwerbsarbeit unter der Herrschaft des Kapitals anhaften. Nur auf diese Weise wird die revolutionäre Kraft, die durch die Entwicklung der Frauenerwerbsarbeit entfesselt wird, enthüllt und nutzbar gemacht, und nur dann werden die Frauen gleich den Männern Kämpfer für die Befreiung der Arbeit.

Die Immanenzphilosophie.

Von E. Koffer.

Wer die marxistische Literatur nach ihrer theoretisch-philosophischen Seite hin verfolgt, auch dort, wo sich diese Seite des wissenschaftlichen Sozialismus in aktuellen Parteifragen so nebenbei anmeldet — es braucht nur auf Begriffe wie Entwicklung, naturgesetzliche und geschichtliche Notwendigkeit verwiesen zu werden —, der wird zugeben, daß von einer Sicherheit der allgemein als zu Recht bestehend anerkannten erkenntnistheoretischen Grundlage des marxistischen Gedankengebäudes, das heißt der seine wissenschaftliche Gültigkeit tragenden und begründenden Voraussetzungen nicht die Rede sein kann.

Diese Tatsache legt es nahe, einmal einen Streifzug in das erkenntnistheoretische Gebiet zu machen und dazu eine jüngst erschienene Schrift¹ zu benutzen, die sich vortrefflich eignet, in eine der heute tonangebenden erkenntnistheoretischen Richtungen einzuführen, indem sie den Versuch macht, aus den Werken der Hauptvertreter dieser Richtung, der Immanenzphilosophie (der Philosophie der ausschließlichen Bewußtseinsgegebenheit der

¹ Die Immanenzphilosophie. Darstellung und Kritik von Dr. Regina Eftinger-Reichmann. Göttingen 1916, Vandenhoeck & Ruprecht. 220 Seiten.

Wirklichkeit) ein klares Bild ihrer Grundzüge zu entwerfen und sie einer kritischen Untersuchung zu unterziehen. Wobei bemerkt sein mag, daß es sich bei dieser wie bei allen erkenntnistheoretischen Richtungen um die Kernfrage handelt: Ist uns eine wirklich e Welt gegeben, und in welcher Weise ist sie uns gegeben? Gibt es vor allem eine von uns unab h ä n g i g e Wirklichkeit von Dingen und Ereignissen, und was können wir über deren Beschaffenheit und Zusammenhänge aussagen? Wie können wir dieser Welt der Wirklichkeit habhaft werden, wie können wir sie vor allem wissenschaftlich erfassen und ihre Gewißheit auch theoretisch begründen?

Unsere Besprechung soll sich nun nur auf das einleitende Kapitel (»Die allgemeine Stellung der Immanenzphilosophie«) und auf die Kritik des Schlußkapitels erstrecken und soll davon absehen, die Kritik, wie es nötig wäre, da und dort positiv zu ergänzen. Die B e r e c h t i g u n g, etwas eingehender gerade diese Richtung zu behandeln, ja die N o t w e n d i g k e i t dazu ergibt sich daraus, daß man es nicht hat an Versuchen fehlen lassen, die Immanenzphilosophie mit der Lehre von Karl Marx in Beziehung zu bringen und sie unterderhand als erkenntnistheoretische Grundlage für sein Gedankengebäude dort in Anspruch zu nehmen, wo es sich um die Herausarbeitung und Begründung dessen handelt, was wir als Realität, als uns gegebene und von uns erlebte Wirklichkeit aufzufassen haben. Es genügt dazu, auf M a r x A d l e r s »Marxistische Probleme« zu verweisen, in denen an verschiedenen Stellen eine starke Hinneigung zu diesem Standpunkt festzustellen ist.

Einleitend versucht die Verfasserin die Wandlungen des geistigen Lebens im Deutschland des neunzehnten Jahrhunderts auf die Umgestaltung der wirtschaftlichen Verhältnisse zurückzuführen: Mit der durch die wirtschaftliche und politische Freiheit ermöglichten stärkeren Initiative der einzelnen und der Möglichkeit, die soziale Wirklichkeit zu beeinflussen, wurde der W i r k l i c h k e i t s i n n geschärft; und so kehrt sich auch die Philosophie von dem Spekulativen der Hegelschen Periode ab und wendet sich der Wirklichkeit zu. Der realistisch-objektive Geist der N a t u r w i s s e n s c h a f t e n, ihr Sichhingeben an das Objekt, an das Gegebene der Natur, um sie dadurch zu erkennen, ihrer Gesetzmäßigkeit auf die Spur zu kommen und sie zu beherrschen, gibt auch der Philosophie der beginnenden zweiten Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts das Gepräge.

Schon die Philosophie F e u e r b a c h s, die zwar von der heutigen offiziellen Philosophie noch lange nicht nach Gebühr eingeschätzt wird, die aber gerade in dem Entwicklungsgang von Karl Marx eine so ausschlaggebende Rolle gespielt hat, stellt einen entscheidenden Wendepunkt dar; und jetzt wird B e g r ü n d u n g a u f T a t s a c h e n und R e s p e k t i e r u n g d e r T a t s a c h e n, vor allem auch Übereinstimmung mit den Forschungsergebnissen der Einzelwissenschaften das Lösungswort der Philosophie. Sie bewegt sich in den fünfziger und sechziger Jahren in der Richtung des O b j e k t i v i s m u s, das heißt bei ihren Problemstellungen ist das dem erkennenden Subjekt Gegebene, ihm als Gegenstand seiner Erkenntnistätigkeit Gegenüberstehende Ausgangspunkt, und die Existenz einer dem Subjekt unabhängig von ihm gegenüberstehenden Wirklichkeitswelt mit eigener Gesetzmäßigkeit ist dabei tragende Grundvoraussetzung.

Neben dieser Strömung, die die Namen E. v. Hartmann und W. Wundt charakterisieren mögen, tritt eine andere — in die verschiedenen Richtungen des Neukantianismus, Positivismus, Empirio-kritizismus, der Philosophie Machs und der immanenten Philosophie auseinandergehend, die einen mehr subjektivistischen Charakter trägt, bei der jetzt Ausgangspunkt der Fragestellung und Problemlösung das erkennende Subjekt und sein Erkenntnisprozeß selbst wird: das subjektive Moment beim Zustandekommen der Erkenntnis, der Erfassung des Gegebenen durch das erkennende Subjekt, wird in den Vordergrund gehoben, die Philosophie kommt zu einer Überschätzung der Selbstsicherheit des Bewußtseins und der Bedeutung der dem erkennenden Menschengestalt eigenen Gesetzmäßigkeit, um schließlich bei der Leugnung der Existenz einer vom erkennenden Geiste unabhängigen Wirklichkeitswelt zu landen, zum mindesten aber die Gesetzmäßigkeit der Natur restlos als Ausfluß und Werk des erkennenden Geistes aufzufassen.

Diese Wendung zum Subjektivismus sucht die Verfasserin aus den gesellschaftlichen Tendenzen der Zeit zu verstehen, denn daß »gewisse philosophische Richtungen nach Problemstellungen und Lösungen in bestimmten Epochen vorherrschend sind, liegt in den sozialkulturellen Verhältnissen des Milieus«. Und so sind ihr »alle Schattierungen des erkenntnistheoretischen Subjektivismus ... eine Brechung der realistischen Tendenz der modernen Zeit im Prisma des Individualismus, zu dem das bürgerliche Denken sozialpsychologisch disponiert ist«. Womit sie wenigstens den Versuch macht, sich auf festerem Boden zu bewegen als die offiziellen Historiker der Philosophie, die die Entwicklung und das Aufstehen der philosophischen Problemstellungen mehr oder minder ausschließlich psychologisch zu deuten versuchen unter Ignorierung der Abhängigkeit auch aller geistigen Kultur von den gesellschaftlichen Zusammenhängen und in letzter Linie von den ökonomischen Verhältnissen.

Erkenntnistheoretisch läßt sich nun der Standpunkt der Immanenzphilosophie an der Hand der Schrift dahin zusammenfassen, daß sie nur die Bewußtseinsdaten, das im Bewußtsein Vorgefundene als Gegenstand des Wissens und Material der Wissenschaft gelten läßt und damit die Annahme oder nähere Bestimmung einer vom Bewußtsein unabhängig daseienden Welt der Wirklichkeit, die für den naiven, philosophisch unverbildeten Menschen doch die gewisseste seiner Überzeugungen ist, als unwissenschaftliche und unzulässige Zutat verwirft. Gerade diesen Kampf gegen jede über die Bewußtseinsphäre hinausliegende, von dieser unabhängige Wirklichkeit, die auch existiert, wenn sie nicht Bewußtseinsinhalt eines erkennenden Subjekts ist, die für sich existieren würde, auch wenn es kein Bewußtsein gäbe, das sie erfassen würde, stellt die Immanenzphilosophie in den Vordergrund und betont dabei den durchgängigen, unauflösblichen Zusammenhang (die Korrelation) von Subjekt und Objekt (Ich und Nicht-Ich), das beziehentliche Miteinandergegebenheit und Aufeinanderangewiesensein von Erkennendem und Erkanntem.

Im Gegensatz zum Neukantianismus betrachtet diese Spielart des Subjektivismus die Bewußtseinsgegebenheit als etwas passiv Vorgefundenes, nicht durch den erkennenden Geist Erzeugtes. Und im Gegensatz zum Positivismus, speziell der Lehre Machs, steht sie in dem Ich als dem

auffassenden und zusammenfassenden Bewußtsein eine empirisch gegebene, ebenfalls immanent aufzufassende Einheit, während das Ich für jenen lediglich eine formale Zusammenfassung der psychischen Elemente (Empfindungen, Gefühle usw.), deren »Bündelung«, also die Tatsache und den Akt der Zusammenfassung bedeutet und bezeichnet.

Aus der zusammenfassenden Charakteristik der Immanenzphilosophie heben wir folgende Momente hervor:

1. Die bisherige Problemstellung der Erkenntnistheorie: »Wie kommt das subjektive Erkennen zum Erfassen des Objekts?« wird von den Tatsachen nicht gefordert, da wir nirgends einem sich selbst genügenden, das heißt ohne Beziehung auf das Objekt existierenden Ich begegnen und ebensowenig einem Objekt, das nicht bewußter Inhalt des Ich wäre. Diese irrtümliche Problemstellung kommt daher, daß man fälschlicherweise auf das Verhältnis von Bewußtsein und Inhalt die räumliche Beziehung des Innen und Außen übertrug.

2. Um das Erkenntnis- und Wirklichkeitsproblem richtig zu stellen und zu lösen, muß man auf das unmittelbar Gegebene, das Gewisse und Sichere zurückgehen; dieses wird aber allein in und mit der Beziehung auf das Ich (Bewußtsein) vorgefunden, ist ausschließlich in den Bewußtseinsdaten, darin aber auch vollständig enthalten. Dabei kann dieses Bezogensein auf das Bewußtsein, das Enthaltensein darin kein räumliches Verhältnis bedeuten, da ja die räumliche Ausdehnung selbst ein Bewußtseinsgegebenes, etwas im Bewußtsein Vorgefundenes ist. Sein oder Existenz kann demnach nur bedeuten: Bewußtes Sein, Bewußtseinsinhalt, und jede transzendente, das heißt außer dem Bewußtsein und unabhängig von diesem, also ohne Beziehung auf das erkennende Ich-Bewußtsein existierende Wirklichkeit könnte immer nur nach der Art der Bewußtseinsdaten, also wiederum in Beziehung auf das Bewußtsein gedacht werden. Somit ist der Gegensatz von Ding an sich und Erscheinung, wie er für die Kantische Philosophie charakteristisch ist, die Zerspaltung der Wirklichkeit in eine selbständig existierende Welt der Dinge und in ihre Erscheinungsform in dem sie erfassenden und erkennenden Bewußtsein (die Phänomene), aufgehoben: Die Wahrnehmungen, wie wir sie unmittelbar erleben, machen die Wirklichkeit selbst aus und machen sie restlos aus; hinter ihnen noch etwas zu suchen, das wahrgenommen, aber in seiner eigentlichen Beschaffenheit nicht erkannt wird, hat keinen Sinn. Und so werden auch die Sinnesqualitäten der Empfindungen (wie Farbe, Dichtigkeit, Temperatur, Geruch) als ebenso wirklich, ebenso objektiv angesehen wie Raum, Zeit und Bewegung, und damit biegt die Immanenzphilosophie ein in den Standpunkt des naiven Realismus, für den die Wirklichkeit für sich so ist, wie wir sie erfassend erleben, voll der leuchtenden, tönenden, duftenden, warmen, süßen und festen Dinge.

3. Die Außenwelt, das heißt die Empfindungs- und Wahrnehmungswelt besteht nicht bloß in dem tatsächlich Wahrgenommenen, sondern auch in dem eventuell Wahrnehmbaren, in der gesetzmäßigen Wahrnehmungsmöglichkeit (worin aber, wenn damit ein klarer Sinn verbunden werden soll, schon ein größliches Verlassen des Standpunkts des unmittelbar Gegebenen gelegen ist).

4. Nur das eigene Ich und die Außenwelt als sein Bewußtseinsinhalt sind unmittelbar gegeben; die Außenwelt als die allen Ichern gemeinsame Bewußtseinswelt wird wie das fremde Ich erschlossen.

So läuft die Immanenzphilosophie darauf hinaus, bewußt den Standpunkt des naiven Bewußtseins im Gegensatz zur Wissenschaft festzuhalten; aber damit vermag sie weder eine Lösung des Erkenntnis- und Wirklichkeitsproblems zu geben, noch kann sie zu einer einheitlichen, widerspruchsfreien Weltanschauung gelangen, nicht zuletzt deshalb, weil sie unter ihrer eigenen Wesenszwiespältigkeit leidet, indem sie sich extrem subjektivistisch und, wie wir gesehen haben, extrem realistisch gebärdet. Aber abgesehen davon: Wenn sie nur vom unmittelbar Gegebenen ausgehen will, so hat sie kein Recht, die wissenschaftlich so ungeheuer fruchtbare Methode des Erschließens zu gebrauchen; sie muß bei dem von jedem einzelnen in seinem Bewußtsein Vorgefundenen stehenbleiben, und ihr Bestreben, dann doch die einzelnen Elemente ihrer »Wirklichkeit« zu einem widerspruchsfreien, in sich zusammenhängenden Ganzen, zu einer Welt zu vereinigen, die auch für die anderen für sie erschlossenen Iche da ist, verleitet sie — unter Hinausgehen über das unmittelbar Gegebene — zu den wunderbarsten, wissenschaftlich längst überwundenen metaphysischen Torheiten.

Aber dann ist es auch durchaus keine ursprüngliche Tatsache, daß die Wirklichkeit nur bewußtseinsimmanent aufgefaßt werden kann und darf, denn gerade der unbefangene, durch keine philosophische Reflexion verdorbene Mensch versteht die Außenwelt als unabhängig von seinem Bewußtsein existierend in dem Sinne, daß sie auch da ist, wenn sie nicht wahrgenommen und gedacht wird.

Wenn auch die immanente Philosophie als Erkenntnistheorie recht darin hat, zunächst einmal von dem unmittelbar Gegebenen, den Empfindungen, Wahrnehmungen, Vorstellungen auszugehen, so vergreift sie sich, sobald sie dieses unmittelbar Gegebene als ein Ganzes, als einen sinnvollen — bewußtseinsimmanent gegebenen Zusammenhang auffaßt, weil doch das in dem Bewußtsein unmittelbar Vorgefundene sich zunächst darstellt als ein Nebeneinander und Nacheinander vereinzelter und für den Immanenzstandpunkt notwendig zufälliger, willkürlich auftauchender, daseiender und wieder verschwindender Inhalte. Aber mögen wir auch psychologisch genötigt sein, das Wissen und Erkennen als einen subjektiven Bewußtseinsvorgang zu betrachten, so zwingen uns kosmologische, biologische und vor allem soziologische Tatsachen, den Gegenstand dieses Wissens, die Außenwelt und die fremden Iche als bewußtseinsunabhängig zu bestimmen; und vor allem sieht sich die kritisch-wissenschaftliche Überlegung infolge vieler objektiver Gründe, zum Beispiel des regelmäßigen Ablaufs manches Naturgeschehens, genötigt, die Außenwelt auch als unwahrgenommen bestehend aufzufassen.

Und was die durchgängige Beziehung von Subjekt und Objekt anlangt, so kann der Satz: »Kein Subjekt ohne Objekt und kein Objekt ohne Subjekt« nur so viel besagen, daß unsere Auffassung der Wirklichkeit eine durch das Bewußtsein vermittelte ist; es folgt aber daraus keineswegs das Nichtvorhandensein, Nichtexistieren des Objekts ohne das Subjekt in der Weise, daß mit dem Subjekt (dem Bewußtsein) auch das Objekt aufgehoben wäre. Wäre dem so, so müßte man auch die geologischen Zeitalter, in denen kein Bewußtsein vorhanden war, leugnen, man müßte auch den

eigenen Körper im Schlafe aufgehoben, nichtexistierend denken, kurz: man käme aus einer sinnlosen Wunderwelt gar nicht heraus.

Außerdem aber übersieht diese Philosophie des unmittelbar Gegebenen die Tatsache, daß in den Empfindungen Hinweise auf *A u ß e r b e w u ß t e s* enthalten sind, und zwar in dem Ausdrängen der sinnlichen Bewußtseinsinhalte, so daß *V o l k e l f* in seinen »Beiträgen zur Analyse des Bewußtseins« mit Recht behauptet:

»Das unmittelbare Innensein der Bewußtseinsjenfeitigkeit des Bewußtseinsinhalts, wie es das *E m p f i n d e n* aufweist, ist eine empirisch unzerlegbare, empirisch nicht weiter ableitbare Bewußtseinsfunktion.«

Und gegenüber dem Betonen der unmittelbaren Gewißheit des Bewußtseinsgegebenen, gegen die aber die vielen Selbsttäuschungen und Beobachtungsfehler eine gewichtige Gegeninstanz bilden, braucht nur darauf hingewiesen zu werden, daß ein Urteil von mittelbarer, erschlossener Gewißheit, zum Beispiel die kopernikanische Lehre von der Bewegung der Erde um die Sonne, der *u n m i t t e l b a r e n W a h r n e h m u n g* widersprechen und doch den Charakter der objektiven Gewißheit erhalten kann. Zudem ist jene aus der Tatsache des Gebundenseins unseres Erkennens an das Bewußtsein gezogene Schlußfolgerung, daß es keine vom vorstellenden Subjekt unabhängige Welt der Wirklichkeit gibt, schon längst in ihrer ganzen Unhaltbarkeit aufgedeckt, und *O. L i e b m a n n* (»Analyse der Wirklichkeit«) hat den Nagel auf den Kopf getroffen, wenn er sagt, die Behauptung, daß, weil uns die Dinge unmittelbar als Vorstellungen gegeben sind, dieselben auch nur im Vorgestelltwerden bestehen, sei ein würdiges Gegenstück zum ontologischen Beweis, der aus dem Gedachtwerden auf die absolute Existenz seines Objekts schließt (wie zum Beispiel die theologische Philosophie, die aus der Tatsache, daß wir den Begriff Gottes haben, auch die Gewißheit seiner Existenz gefolgert hat). In Wirklichkeit verhalte sich die Sache so, daß, wenn ich die Wirklichkeit denke, nur das Denken derselben, nicht aber die Wirklichkeit selbst vom Denken abhängig ist.

Auch darauf ist in der Kritik mit Recht verwiesen worden, daß, wenn die Annahme einer vom Bewußtsein unabhängigen Außenwelt einen Widerspruch bedeutet, dies auch für die Annahme der fremden *I c h*s in gleichem Maße gilt, und daß die Behauptung der Immanenzphilosophie, das Erschlossene frage immer nur den Charakter des Erfahrbaren und Wahrnehmbaren an sich, schon dadurch hinfällig wird, daß die erschlossenen, längst vergangenen geologischen Perioden und die verflochtenen Ereignisse der menschlichen Geschichte genau so *u n e r f a h r b a r* sind wie das fremde *I c h*.

Das letztere geben ja einzelne Wortführer der Immanenzphilosophie zu. Aber wie das Erschließen des fremden *I c h*s seine zwingende Berechtigung hat in der Notwendigkeit, unsere Erfahrung zu deuten und zu ergänzen, einen widerspruchslosen Erfahrungszusammenhang zu schaffen, so auch das Erschließen der bewußtseinsunabhängigen Außenwelt. Denn auch daran kann kein Immanenzdogma etwas rütteln, daß der Schluß aus der Vergangenheit auf die Gegenwart und aus dieser auf die Zukunft nur möglich ist unter der Voraussetzung des kontinuierlichen Kausalzusammenhanges wie der Gesetzmäßigkeit des Geschehens, was letzten Endes den bewußtseinsunabhängigen Charakter der Naturwirklichkeit voraussetzt; denn das unmittelbar Bewußtseinsgegebene bietet für sich keine Anhaltspunkte zum

Schließen auf die Zukunft noch zur Aufstellung von Gesetzmäßigkeiten des Geschehens.

Alles in allem ist die Immanenzphilosophie eine Sammelstätte von Inkonsequenzen, und darum schreckt sie auch vor ihrer letzten, allein berechtigten Konsequenz, dem Solipsismus, zurück, der selbstherrlich den Standpunkt proklamiert: »Nur ich existiere, und alles andere existiert nur als meine Vorstellung.« Daß aber dieser Standpunkt, wie Schopenhauer sagt, als ernstliche Überzeugung nur im Tollhause gefunden werden kann, beweißt am besten die innere Unhaltbarkeit der Immanenzphilosophie.

Abrigens liefern gerade die Einzelwissenschaften, wie die Chemie, eine Reihe trefflicher Argumente gegen diese erkenntnistheoretische Richtung im Sinne des kritischen Realismus, der wissenschaftlichen Prüfung der Außenweltannahme und ihrer Begründung. Es mag dazu auf die »Vorfragen der Naturphilosophie« von O. v. d. Pfordten (Heidelberg 1907) und »Erkenntnistheorie und Naturwissenschaft« von O. Külpe (Leipzig 1910) verwiesen werden, aus denen sich mit ausgezeichnete Klarheit ergibt, daß jede Erkenntnistheorie, die — wie die Immanenzphilosophie — in unberechtigter Überhebung die Fühlungnahme mit den Einzelwissenschaften, das Eingehen auf ihre Methoden und Forschungsergebnisse unterläßt, in die Irre gehen muß.

Und zum Schlusse möge noch darauf hingewiesen sein, daß von einer soziologisch gerichteten und vertieften Untersuchung des Denkens und der Wissenschaft sich wohl die kräftigsten Argumente gegen den Immanenzstandpunkt vorbringen lassen. Daß diese Seite in dem kritischen Kapitel der Schrift zu kurz gekommen ist, ist bedauerlich; daß aber die Nachholung dieser Unterlassung gerade für die erkenntnistheoretische Grundlegung des marxistischen Gedankenbaues, die trotz aller Ansätze immer noch aussteht, eine Notwendigkeit ersten Ranges ist, bedarf keiner Erörterung.

Literarische Rundschau.

Ernst Jifelman, Die Möglichkeit eines Weltrechts. Unveränderter Abdruck der 1888 erschienenen Abhandlung nebst einem Nachwort. München, Leipzig, Verlag von Duncker & Humblot, 47 Seiten. Preis 1,20 Mark.

Mit dem Siegeszug des Kapitalismus und seiner zunehmenden internationalen Verkeftung wird die Entwicklung eines Weltrechts mehr und mehr zu einem abweisbaren Bedürfnis, das sich früher oder später mit elementarer Gewalt von selbst durchsetzen wird. Wir, die wir im Recht den juristischen Überbau der Produktionsverhältnisse erblicken, müssen natürlich dem Verlangen, daß gleichen Produktionsverhältnissen auch eine gleiche Rechtsgestaltung entsprechen müsse, von vornherein sympathisch gegenüberstehen. Es kommt hinzu, daß eine derartige Vereinheitlichung in ihrer Wirkung der von uns erstrebten Völkerverständigung zugute kommt. Das hat natürlich nichts zu tun mit der von den Raumann und Konsorten aus dem Gesichtspunkt ewlger Schußengrabengemeinschaft propagierten sogenannten mitteleuropäischen Rechtsannäherung. Ebensovienig mit der von den Machtpolitikern geforderten Aufzwingung der eigenen Rechtsfassungen gegenüber fremden Nationen, wie dies zum Beispiel von den Kreisen der deutschen Schwerindustrie gegenüber Belgien verlangt wird.

Einer der ersten, der die Möglichkeit und Notwendigkeit eines Weltrechts erkannte, ist Ernst Jifelman. Das vorliegende Büchlein ist der Abdruck eines von

ihm bereits vor einem Menschenalter in der Wiener Juristischen Gesellschaft gehaltenen Vortrags. Es zeigt bereits alle Vorzüge der Zifelmanischen Darstellungskunst. Ein leichtflüssiger Stil verbindet sich mit philosophischen Ein- und Ausblicken und dem Fehlen dogmatischer Verkürzungen. Leider werden jedoch die für das vom Verfasser gesetzte Thema grundlegenden ökonomischen Verhältnisse nur gestreift. Diejenigen, die Belgien durchaus zwangsweise mit dem deutschen bürgerlichen Rechte beglücken wollen, mögen sich gesagt sein lassen, was der Verfasser auf S. 36 ausführt: »Soweit es sich bei solchen Rezeptionen um die willkürliche Aufzwingung fremden Rechtes handelt, sind sie schlechthin vom Abel und zu verwerfen, auch schaffen sie nichts Dauerndes, sondern sind nur eine vorübergehende Episode.«

Die Schrift berücksichtigt nur das bürgerliche Recht. Das Nachwort bringt eine Übersicht über die neuere einschlägige Literatur. Von Chauvinismus ist in demselben, obwohl es erst im Kriege entstanden ist, erfreulicherweise keine Spur. W.

Dr. Willi Ule, Grundriß der allgemeinen Erdkunde. Mit 114 Abbildungen. Zweite, vermehrte Auflage. Leipzig 1914, S. Hirzel. 488 Seiten Oktav. Beheftet 11,20, gebunden 12,50 Mark.

Nach Auswahl und Behandlung des Stoffes ist das Buch in allererster Linie für Lehrer und Studierende geschrieben. Doch dürfte es sich auch sehr gut als Nachschlagebuch und für das Selbststudium zur Anschaffung in Bibliotheken eignen. Denn es enthält in immerhin knapper Fassung die Grundlage dessen, was jemand, der sich mit allgemeiner Erdkunde beschäftigt, wissen muß. Natürlich nicht allein das Tatsachenmaterial, sondern auch die offenen Probleme, die wichtigeren Hypothesen und Theorien, die vom Verfasser im allgemeinen nur referierend wiedergegeben werden. Die Einteilung des Buches ist die in ähnlichen Lehrbüchern und beim Unterricht übliche; es beginnt mit einem Abriss der mathematisch-astronomischen Erdkunde und endigt mit der Geographie des Menschen. Zu Beginn jedes größeren Abschnitts ist jeweils die Spezialliteratur aufgeführt; man vermißt zwar dabei eine Reihe von grundlegenden Werken, aber darauf kommt schließlich derjenige von selbst, der sich tiefer in das Gebiet einarbeitet. Auch inhaltlich sucht man bisweilen nach dem und jenem vergebens; zum Beispiel wird die de Veer'sche Chronologie der Nacheiszeit nicht erwähnt. Der anthropogeographische Teil ist der schwächste des Buches; man entdeckt so manche haltlose Annahme und schiefe Auffassung, vor allem, was die geopsychischen Einflüsse auf den Menschen anbelangt; auch gewisse vorgefaßte Meinungen drängen sich bisweilen in den Vordergrund, zum Beispiel die von der Überlegenheit der arischen Rasse und der Minderbegabtheit der Semiten. Abgesehen von einigen sinnstiftenden, nicht verbesserten Druckfehlern stört auch vielfach eine gewisse Unklarheit des Ausdrucks. Die Abbildungen sind meist recht winzig und sehr schematisch, so daß sie oft wenig anschaulich wirken. (Vergl. Abbildung 60, die die Deckentheorie der Gebirgsbildung erläutern soll.)

Eg. Engelbert Graf.

Friedrich Preisigke, Antikes Leben nach den ägyptischen Papyri. Sammlung Natur- und Geisteswelt. Leipzig 1916, B. G. Teubner. 127 Seiten. 1,20 Mark.

Preisigkes Büchlein ist ein wichtiger Beitrag zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte. Auf Grund eines durchaus verlässlichen dokumentarischen Materials veranschaulicht der Verfasser die wirtschaftlichen Verhältnisse, die Organisation der Staats- und Gemeindeverwaltung in der griechisch-römischen Zeit, nämlich vor der Eroberung des Nillandes durch Alexander den Großen bis zu seiner Eroberung durch die Araber um die Mitte des siebenten Jahrhunderts unserer Zeitrechnung. Die Schrift ist deshalb besonders zeitgemäß, weil sie zeigt, daß schon damals in Ägypten weitgehende Eingriffe der Staatsgewalt in das Wirtschaftsgetriebe ganz allgemein waren. Zur Zeit der Ptolemäerkönige war der Ackerboden größtenteils im Besitz des Staates, doch fand eine unmittelbare Bewirtschaftung durch den

Staat nicht statt, sondern der Boden wurde in Pacht oder Lehen vergeben. Wahrscheinlich war ein großer Teil des Bodens den Söldnern oder Kleruchen zur Bewirtschaftung übergeben (Kleruchenland). Starb der Söldner unter Hinterlassung eines militärtauglichen Sohnes, so konnte dieser in das Lehen des Vaters treten, andernfalls ward das Lehen vom König eingezogen und anderweitig vergeben. Im Laufe der Jahrhunderte, als die Kriegsfähigkeit der Ptolemäer nachließ, verblaßte der Grundgedanke des Militärlehens, und die Regierung gestattete, daß der Besitzer sein Lehen vererbte, sogar verpfändete und gegen Geldentschädigung abtrat, an wen er wollte. Die Größe der Lehen war nach der militärischen Stellung der Kleruchen verschieden abgestuft. Als Landwirte genossen die Kleruchen den anderen Bauern gegenüber gewisse Vorrechte, besonders hinsichtlich der Besteuerung. Außer an Söldner vergaben die Könige Land als Lehen an große Herren und gute Freunde; das war sogenanntes Geschenkland, welches oft ganze Dörfer umfaßte und frei von Steuern war. Ferner gab es Ländereien, welche Privatbesitz einzelner Glieder des Herrscherhauses waren und zur Bestreitung ihres Hofhaltes dienten, und Ländereien, deren Erträge bestimmten Beamten als Gehalt zustiel. Aber all diese Lehen mit ihren Abarten waren nur gering im Verhältnis zu der gewaltigen Masse des öffentlichen Ackerbodens, der dann noch übrigblieb und dem Staate das Korn lieferte, welches, über Meer verkauft, den Staatsschatz Ägyptens füllte. Dieser letztere Ackerboden, in den Pappri Königsland genannt, wurde verpachtet, die Pächter hießen Königsbauern. In der römischen Zeit wurde die Aftpacht gebräuchlich, und nach und nach erweiterte sich der private Grundbesitz beträchtlich. Die kleinen Besitzer litten stark unter dem Druck des Beamtentums; sie stellten deshalb ihr Land häufig in »Schutzverwaltung« größerer Besitzer, deren Widerstandskraft gegen die Staatsgewalt wuchs, zugleich mit ihrem wirtschaftlichen Einfluß. Mit dem Erlahmen der staatlichen Zentralgewalt ging dann auch die Herrschaft des Staates über Grund und Boden verloren.

Die Macht des Beamtentums schildert Preisigke in einem besonderen Abschnitt; wir erfahren daraus auch manches über die schweren Mißstände, die sich aus der Übermacht der Bürokratie ergaben. Die altägyptische Kultur hat einen bedeutenden Einfluß auf die griechisch-römische Kultur ausgeübt, dessen Folgen noch im modernen Europa nachwirken. Dieser Einfluß machte sich vornehmlich auf dem Gebiet der Staatsverwaltung geltend: Organisation der Behörden, Aneinandergreifen der Verwaltungszweige, Akten- und Schriftwesen, Finanz- und Steuerwesen, das sind die Gebiete, auf denen die Griechen von den Ägyptern lernen konnten, auf denen auch später die Römer, nachdem Ägypten römisch geworden war (30 vor Christus), weiter von Ägypten gelernt haben. Da wir heute unter dem Einfluß der römischen und anschließend der byzantinischen Welt stehen, so kommt es, daß viele Einzelheiten unseres heutigen Verwaltungswesens in ihren Wurzeln bis auf Ägypten zurückgehen. Wie in allen großen Reichen des Morgenlandes, so herrschte auch in Ägypten straffe Zentralisation der Verwaltung. Neben der Macht des absoluten Herrschers und seiner Beamten gab es keine irgendwie geartete Volksvertretung. Den Griechen wie den Römern sagte zwar die »herdenmäßige Regierungsart Ägyptens« nicht zu, aber sie konnten sich dennoch der Erkenntnis nicht verschließen, »daß für größere Staaten in solcher Regierungsart die Quelle größerer Kraft verborgen war«. Namentlich die Römer lernten »auf ihrem Wege zum Weltreich die ägyptische Beamtenorganisation und den ägyptischen Verwaltungsdienst schätzen und benutzen. Preisigke glaubt, daß die straffe Zentralisation des Regierungssystems im alten Ägypten in welchem Maße durch die Landesnatur bedingt war.

Neben den Abschnitten über das Verwaltungswesen sind jene über körperliche und geistige Ausbildung sowie Verkehrswesen und Privatleben recht lesenswert.

S. Fehlinger.

Die Neue Zeit

Wochenschrift der Deutschen Sozialdemokratie

2. Band Nr. 12

Ausgegeben am 22. Juni 1917

35. Jahrgang

Nachdruck der Artikel nur mit Quellenangabe gestattet

Der Staat und die Staatsnotwendigkeiten.

(Reinliche Unterscheidung III.)¹

Von Ed. Bernstein.

Im ersten Kriegsjahr gab es zwischen deutschen und englischen Gelehrten nicht der Form, aber der Sache nach eine Auseinandersetzung über die hüben und drüben obwaltende Machtvollkommenheit des Staates. Die Engländer sprachen von maßloser Vergötterung des Staates und einem mit ihr in Verbindung stehenden Kultus der brutalen Macht als den ideologischen Triebkräften, denen die Welt diesen Krieg und seine Verheerungen zum wesentlichen mitverdankte. Demgegenüber rühmten die Deutschen ihrerseits sich des hohen Ansehens, das der Staat in Deutschland genieße. Während der Engländer mit dem roh materialistischen Egoismus des Schacherers im Staat nur einen höheren Hausknecht sehe, der für seine Sicherheit und seine Profitinteressen zu sorgen habe, sei der Deutsche, dem die ethische Denkweise im Blut liege, von dem Gedanken durchdrungen, daß der Staat über allen Einzelinteressen stehe, daß jeder nur durch den Staat seine Existenz inne habe und daher auch mit seiner ganzen Persönlichkeit sich ihm hingeben müsse. Gerade weil die Deutschen die wahre Bedeutung des Staates erkannten, hätten sie ihn auch wirkungsvoller auszugestalten verstanden als die anderen Nationen, und als die sittlich Überlegeneren befäßen sie Anspruch darauf, ihr Reich und ihren Einfluß auszudehnen. An welche Betrachtung dann selten einer unterließ, den Weibellschen Vers anzuknüpfen:

Und es wird am deutschen Wesen
Noch einmal die Welt genesen.

Das letztere schien nun freilich noch ziemlich lange auf sich warten lassen zu wollen. Speziell in bezug auf die gerühmte Besonderheit des Staatskultus überwiegt zurzeit in der nichtdeutschen Welt der Wunsch, möglichst bald von diesem Wesen »zu genesen«. Und in der Tat hat dieser Kultus in Deutschland eine Höhe und Ausdehnung erlangt wie kaum in einem zweiten Lande. Das hier einst so beliebte Wort vom »Racker von Staat« ist aus dem Wörterbuch seiner politischen Journalistik verschwunden. Mit dem Wachstum der faktischen Macht des Staates und der Ausdehnung seiner Betätigungszweige hat die Steigerung seiner Macht über die Gemüter, die Ideologie von seiner Erhabenheit gegenüber der jeweiligen Gesamtheit des Volkes mehr als Schritt gehalten. Wie aber ist es zu dieser Erfüllung der Geister in Deutschland mit dem unbegrenzten Glauben an den Staat gekommen? Die Engländer führen sie und die Verbreitung des Gedankens von der Mission des Staates als Träger des Willens zur Macht auf die durch die Staatsphilo-

¹ Vergl. Nr. 5 und 7, 35. Jahrgang, 2. Band.

sophie Hegels beeinflusste Literatur, insbesondere die Schriften Treitschkes und Niehsches zurück, und daß Verstandenes und Mißverstandenes aus den Schriften dieser Denker viel dazu beigetragen hat, jene Anschauungen in Deutschland zu züchten, kann nicht bestritten werden. Die Geschichtsphilosophie, deren beredtester Interpret Treitschke war, ward der heranwachsenden Jugend der Bourgeoisie schon in den Oberklassen der Gymnasien und Realschulen eingepedelt und lieferte die ideologische Verbrämung der sehr realistischen Pläne einer auf kolonialen und anderen Zuwachs ausgehenden sogenannten Weltpolitik, für die nicht gerade aus der Philosophie gekommene Interessenten aller Art und von diesen gespeiste Verbindungen die Geister bearbeiteten.

An der Verbreitung des Staatskultus ist nun auch die Sozialdemokratie nicht ganz unbeteiligt. Es gab eine Zeit, wo sie selbst ihn stark betrieb, nämlich in den Jahren der Lassalleschen und von Lassalle beeinflussten Agitation. Damals, als die Bewegung noch nicht aus sich und den unmittelbaren politischen und wirtschaftlichen Bedürfnissen der Arbeiter heraus das Aktionsprogramm sich schuf, sondern für die erfundene Forderung staatlich finanzierter Produktivgenossenschaften die Geister zu bearbeiten suchte, als noch nicht um konkrete Reformforderungen, sondern erst grundsätzlich um die Frage gestritten werden mußte, ob der Staat überhaupt zugunsten der Arbeiter in das Wirtschaftsleben einzugreifen habe, als sich die Frage auf Staatshilfe oder Selbsthilfe zu stellen schien, da lag es für die sozialistische Agitation nahe genug, der zu jener Zeit die bürgerliche Ökonomie noch beherrschenden Lehre von der Verderblichkeit der Staatseinnischung die Vorschaffung von einer besonderen Natur und Mission des Staates entgegenzustellen. Was in England und Frankreich, wo schon die Bourgeoisie herrschte, vorzugsweise konservative und liberaldemokratische Sozialreformer (Carlyle, Disraeli usw. dort, Buchez, Louis Blanc usw. hier) gepredigt, das vertrat in Deutschland in radikalerer Formulierung und mit schärferer Zuspitzung Ferdinand Lassalle. Auf der einen Seite rief er in seinem Offenen Antwortschreiben den Arbeitern zu:

Was ist der Staat? frage ich, und Sie ersehen jetzt aus wenigen Zahlen handgreiflicher als aus dicken Büchern: Ihre, der ärmeren Klassen große Assoziation — das ist der Staat.

Was er dann in der gleichen Rede durch den Zusatz ergänzte, erst wenn die gesetzgebenden Körper Deutschlands aus dem allgemeinen und direkten Wahlrecht hervorgingen, dann und nur dann würden die Arbeiter den Staat bestimmen können, das geforderte Werk in die Hand zu nehmen.

Den Richtern des Berliner Kammergerichts aber erklärte Lassalle in seiner Rede über die indirekte Steuer:

Dem Staate schreibe ich die hohe, gewaltige Aufgabe zu, die Keime des Menschlichen zu entwickeln, wie er dies, seitdem die Geschichte steht, getan hat und für alle Ewigkeit tun wird, und als das Organ, das für alle da ist, an seiner schühenden Hand die menschliche Lage aller herbeizuführen.

Diese Doktrin, meine Herren, ist keine Theorie der Zerstückung und Barbarei, es ist im höchsten Grade eine Staatsdoktrin.

Barbaren seien vielmehr die Manchestermänner, die nicht diesen oder jenen bestimmten Staat, nicht diese oder jene Staatsform, sondern den Staat

überhaupt hätten und ihn am liebsten ganz abschafften. Und nachdem er den Richtern gesagt, daß sie ja keine Manchestermänner seien, schließt Lassalle dort:

Wie breite Unterschiede Sie und mich auch voneinander trennen, meine Herren — dieser Auflösung alles Sittlichen gegenüber stehen wir Hand in Hand! Das uralte Vestafener aller Zivilisation, den Staat, verteidige ich mit Ihnen gegen jene modernen Barbaren.

Hier laufen zwei Auffassungen unvermittelt nebeneinander: auf der einen Seite wird der Staat als dem Inhalt nach die Genossenschaft des großen arbeitenden Volkes, auf der anderen aber als eine über der Gesellschaft stehende, von deren geschichtlichen Veränderungen unbeeinflusste Potenz mit ewigen Funktionen hingestellt. Letzteres im Anschluß an Hegel, der in seiner Geschichtsphilosophie darlegt, daß der Staat »die Realisation der Freiheit, das ist des absoluten Endzwecks« (der Geschichte) sei, »um seiner selbst willen« da sei, daß »allen Wert, den der Mensch hat, alle geistige Wirklichkeit er allein durch den Staat hat«. Der Staat sei »die göttliche Idee, wie sie auf Erden vorhanden ist«, »der näher bestimmte Gegenstand der Weltgeschichte überhaupt, worin die Freiheit ihre Objektivität erhält und in dem Genuß dieser Objektivität lebt«. Denn, heißt es weiter, »das Gesetz ist die Objektivität des Geistes und der Wille in seiner Wahrheit; und nur der Wille, der dem Gesetz gehorcht, ist frei, denn er gehorcht sich selbst und ist bei sich selbst und frei« (Hegel, Philosophie der Geschichte, Einleitung, II c). Natürlich ist dies alles nicht absolut gemeint, so daß es in jedem einzelnen Falle buchstäblich in seinem vollen Umfang zuträfe. Es handelt sich für Hegel um den abstrahierten Begriff des Staates, und er selbst bemerkt etwas weiter, daß »bei allen aus dem Begriff geschöpften Einteilungen n u r d i e G r u n d b e s t i m m u n g herausgehoben«, damit aber »nicht gemeint ist, daß dieselbe als eine Gestaltung, Gattung und Art in ihrer konkreten Ausführung erschöpft sein solle«. Aber wessen Hegel und selbstverständlich auch Lassalle sich bewußt waren, das wurde von vielen, die des letzteren Definitionen aufgriffen, nicht in der vollen Tragweite begriffen, und so boten diese zweifelhaften Elementen eine bequeme Handhabe, in bezug auf wichtige politische Fragen oder Vorschläge für eine Haltung Stimmung zu machen, die die Bewegung mindestens zeitweilig auf Abwege führen mußte. Nur dem Umstand, daß die Sozialdemokratie in den ersten Jahrzehnten in Parlament und Lokalverwaltungen zahlenmäßig bloß schwach vertreten war, und der Stärke des natürlichen demokratischen Gedankens in der Arbeiterklasse war es zu verdanken, daß hierin verhältnismäßig wenig ernsthafte Fehlgriffe zu verzeichnen waren. In Artikeln und Reden begegnete man dagegen nicht selten ziemlich konfusem Äußerungen über »den Staat«. Manchmal konnte es scheinen, als ob es die Aufgabe der Sozialdemokratie sei, den Staat, gleichgültig wie er beschaffen war, unbesehen gegenüber dem Liberalismus auch in dessen weiterem, nicht an die sich liberal nennenden Parteien gebundenen Sinne zu stärken. Das populär gewordene Schlagwort »Staatshilfe« wurde für die Propagierung der abenteuerlichsten Projekte ausgenutzt. Als ich an der Jahreswende 1880/81 die Redaktion des Züricher »Sozialdemokrat« übernahm, war daher der erste Artikel, den ich in der neuen Eigenschaft für ihn schrieb, eine Warnung vor diesem Schlagwort. Der aus den Tagen der Lassalleschen Agitation

überkommenen Auffassung vom Staat aber, die auch im Lager der Eisenacher vorgeherrscht hatte, wo nur die Proklamierung des »Volkstaat« als Ziel eine radikale Änderung des Staates anzeigte, ohne daß diese Änderung jedoch genauer bezeichnet worden wäre, dieser von einem meist mißverstandenen Begriff ausgehenden Auffassung erwuchs erst eine wissenschaftlich begründete Gegenauffassung, als Friedrich Engels 1884 seine Schrift »Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates« veröffentlichte, in der er im Anschluß an Lewis H. Morgans Forschungen und gestützt auf, was er bescheiden verschwieg, langjährige eigene Untersuchungen zeigte, wie der Staat geschichtlich aus Stammesverbänden unter dem Einfluß von zunehmender gesellschaftlicher Arbeitsteilung und Klassenscheidung entstanden ist und in der Klassenscheidung und den mit dieser notwendig verbundenen Klassengegensätzen seine wesentliche Grundlage hat. Der Staat, heißt es bei Engels im Schlußkapitel,

der Staat ist also keineswegs eine der Gesellschaft von außen aufgezwungene Macht; ebensowenig ist er die Wirklichkeit der »sittlichen Idee«, »das Bild und die Wirklichkeit der Vernunft«, wie Hegel behauptet. Er ist vielmehr ein Produkt der Gesellschaft auf bestimmter Entwicklungsstufe; er ist das Eingeständnis, daß diese Gesellschaft sich in einen unlösbaren Widerspruch mit sich selbst verwickelt, sich in unversöhnliche Gegensätze verwickelt hat, die zu bannen sie ohnmächtig ist. Damit aber diese Gegensätze, Klassen mit widerstreitenden ökonomischen Interessen nicht sich und die Gesellschaft in fruchtlosem Kampfe verzehren, ist eine scheinbar über der Gesellschaft stehende Macht notwendig geworden, die den Konflikt dämpfen, innerhalb der »Ordnung« halten soll.

Diese »aus der Gesellschaft hervorgegangene, sich aber über sie stellende, sich ihr mehr und mehr entfremdende Macht« sei der Staat.

Es ist das keine erschöpfende Definition des Staates, die von ihm auf allen seinen Entwicklungsstufen ein ausreichendes Bild gibt. Aber es kennzeichnet die Daseinsbedingung des Staates, die ihn auf allen seinen bisherigen Entwicklungsstufen begleitet hat. Es zeigt an, warum die Entstehung des Staates entwicklungs geschichtlich zusammenfällt mit dem Aufkommen desjenigen Gesellschaftszustandes, den wir Zivilisation nennen. Beide haben zur Vorbedingung die Zersetzung der alten geschlossenen Stammesgesellschaften und die Zusammenschweißung ihrer Mitglieder zu Angehörigen großer Gemeinwesen, die zur Oberleitung eine öffentliche Gewalt haben, welche »nicht mehr unmittelbar zusammenfällt mit der sich selbst als bewaffnete Macht organisierenden Bevölkerung« (Engels). Und weiter kennzeichnet den Staat die Herrschaft über ein umfassendes Gebiet, auf dem seine Angehörigen dauernd sesshaft sind. Der Staat begleitet die aufkommende Zivilisation, er schützt sie im Umfang seines Gebiets, er sichert ihr damit die Möglichkeit innerer Entwicklung, und meist, aber keineswegs immer fördert er auch durch direkte Maßnahmen diese Entwicklung, die indes darum noch nicht für alle Zeit vom Staat abhängig ist. Das, was wir im ethischen Sinne des Wortes Zivilisation nennen, das auf der Erkenntnis menschlicher Verbundenheit gestützte Zusammenleben und Zusammenwirken von Menschen eines großen Kulturkreises und die allgemeine Anerkennung und Innehaltung eines für alle gleichmäßig geltenden Sittengesetzes sind nicht an die Existenz einer allen übergeordneten, verselbständigten Staatsmacht gebunden. Diese ändert ihr Wesen je nach dem Klassencharakter der Gesellschaft, der sie

übergeordnet ist, das heißt nach der Herrschaft ausbeutender und privilegierter Klassen über ausgebeutete und mehr oder weniger entrechtete Klassen, und wer nicht annimmt, daß es ewig ausbeutende und ausgebeutete, herrschende und beherrschte Klassen geben wird, sondern einen höheren Gesellschaftszustand für möglich hält und für ihn kämpft, der muß auch annehmen und seinen Kampf in dem Bewußtsein führen, daß der Staat, wie er nicht von Ewigkeit her ist, auch nicht in alle Ewigkeit sein wird.

Wenn man also als Sozialist sehr wohl zugeben kann, daß der Staat lange Zeit im großen und ganzen Kulturschützer und Kulturförderer gewesen ist, und ihm auch noch für die vor uns liegende Zeit Aufgaben, die unter diese Begriffe fallen, zuweisen kann, so heißt das doch die Erkenntnis, zu der uns Marx und Engels verholfen haben, über den Haufen werfen, wenn man den Staat als Abstraktum von dem Staat, wie er jeweilig im Konkreten beschaffen ist, trennt, um aufs neue dem Staat als solchem Altäre zu bauen. Es gibt gar manches, worin wir Ursache hätten, auf Lassalle zurückzugehen, aber sein Allhegelianismus, der ihn zuweilen Hegel noch überbieten ließ, gehört sicherlich nicht dazu.

Sehr viel derber als Engels hat Karl Marx wider die Gewohnheit polemisiert, vom Staat in einer Weise zu sprechen, die dessen geschichtliche Bedingtheit ganz außer Betracht läßt. In seinem erst 1890 von Engels in der Neuen Zeit veröffentlichten Rundschreiben vom 5. Mai 1875 über den Entwurf zum Gothaer Parteiprogramm geht er unter anderem mit dem Satze des Entwurfs: »Die deutsche Arbeiterpartei . . . erstrebt den freien Staat und die sozialistische Gesellschaft« äußerst scharf ins Gericht. Es sei keineswegs Zweck der Arbeiter, schreibt er, den Staat freizumachen, die Freiheit bestehe darin, »den Staat aus einem der Gesellschaft übergeordneten in ein ihr durchaus untergeordnetes Organ zu verwandeln«. Auch seien »die Staatsformen freier oder unfreier in dem Maße, worin sie die »Freiheit des Staates« beschränken. Sinnlos — »wüster Mißbrauch« ist sein Ausdruck — sei es, in gleicher Weise verallgemeinernd vom heutigen Staate zu sprechen, wie man von heutiger Gesellschaft spricht. Die heutige Gesellschaft sei die kapitalistische Gesellschaft, die mehr oder weniger entwickelt und rein in aller Kultur existiert. Der »heutige Staat« dagegen »wechselt mit der Landesgrenze. Er ist ein anderer im preussisch-deutschen Reich als in der Schweiz, ein anderer in England als in den Vereinigten Staaten«. »Der heutige« Staat sei »eine Fiktion«.

Nun hätten freilich bei aller Formverschiedenheit die Staaten der verschiedenen Kulturländer heute gewisse wesentliche Charaktere gemein, weil sie alle auf dem Boden der modernen bürgerlichen Gesellschaft stehen. In diesem Sinne könne man daher auch vom heutigen Staatswesen sprechen im Gegensatz zur Zukunft, wo dessen jetzige Wurzel, die bürgerliche Gesellschaft, abgestorben sei.

Und Marx erklärt:

Es fragt sich dann: Welche Umwandlung wird das Staatswesen in einer kommunistischen Gesellschaft erleiden? In anderen Worten, welche gesellschaftlichen Funktionen bleiben dort übrig, die jetzigen Staatsfunktionen analog sind? Diese Frage ist nur wissenschaftlich zu beantworten, und man kommt dem Problem durch tausendfache Zusammensetzung des Wortes Volk mit dem Worte Staat auch nicht um einen Floßsprung näher.

Diese Bemerkungen sind heute fast noch mehr der Beherzigung wert als zur Zeit, wo sie niedergeschrieben wurden. Die Wendung »freier Staat«, gegen die Marx damals protestierte, hatte nach der Absicht der Urheber des Entwurfs in Wirklichkeit nur einen unanfechtbaren Gedanken — die Idee eines auf voller politischer Freiheit und Gleichheit gegründeten Gemeinwesens — falsch ausgedrückt, so daß die Polemik sachlich gegenstandslos gewesen wäre, wenn nicht die Wahl des falschen Ausdrucks ungenügende Durchdenkung von Begriff und Wesen des Staates verraten hätte. Heute dagegen steckt hinter dem Ausspielen des Staatsgedankens die Tendenz der Bearbeitung der Geister für eine bestimmte politische Haltung zum gegebenen Staat, was in einzelnen Fällen noch dadurch verdeutlicht wurde, daß man es für falsche Politik der Sozialdemokratie erklärte, bei ihren Abstimmungen in den Parlamenten die Staatsnotwendigkeiten außer Betracht zu lassen.

Was aber sind die Staatsnotwendigkeiten? Der nach Besonderem klingende Ausdruck bezieht sich auf die Mittel, die notwendig sind, die Staatsmaschine in Gang zu halten, das heißt auf Staatseinrichtungen, Staatsorgane, Staatsfinanzen. Der Staat selbst aber ist eine Sache, die ihre oberste persönliche Vertretung in der Regierung hat, wo keine Regierung ist, ist auch kein Staat. Die Staatsmaschine ist daher in jedem gegebenen Moment Regierungsmaschine, Werkzeug der Regierung, und zwar um so mehr, je mehr die Staatsverfassung monarchisch oder der Monarchie wesensgleich ist. Die Staatsmaschine in Gang halten heißt die Regierungsmaschine in Gang halten, und der Ausdruck Staatsnotwendigkeiten ist nur eine juristisch-abstrakte Formel für die sehr prosaische politische Sache Regierungsnote n d i g k e i t e n. Dessen muß man sich stets bewußt bleiben, um nicht durch das einschmeichelnde erstere Wort zu falschen Folgerungen verleitet zu werden. Wo ihm mit abstrakten Begriffen gegenübergetreten wird, sollte sich jeder stets im stillen sagen: hier liegen Fußangeln.

Der Staat kann nicht ohne Regierung sein, aber er kann sehr wohl ohne bestimmte Formen der Regierung, ohne bestimmte Arten des Regierens, ohne bestimmte Personen in der Regierung sein. Ebenso mit den verschiedensten Staatseinrichtungen, Staatsorganen und den Staatsfinanzen. Daß solche Organe und Einrichtungen da sind, daß der Staat über Finanzen verfügt, kann als Staatsnotwendigkeit anerkannt werden. Daß aber die Einrichtungen diese und nicht jene Form haben, die Organe so und nicht so gebildet und gestellt werden, die Finanzen so und nicht so aufgebracht und verwendet werden, ist nicht unbedingte Staatsnotwendigkeit, mag aber für ein bestimmtes Regierungssystem, eine bestimmte Regierungspolitik unerlässlich sein. Wie es nun jeder Regierung nahe liegt, sich mit dem Staat zu identifizieren, so wird auch jede geneigt sein, ihre Regierungsnotwendigkeiten für Staatsnotwendigkeiten zu halten. Und Parteien, die mit ihr grundsätzlich auf gleichem Boden stehen, mögen das gelten lassen. Nicht aber kann es eine Partei tun, die fundamental verschiedene Grundsätze in bezug auf Form, System und Politik der Regierung vertritt. In ihrem Munde hat daher das Operieren mit dem Begriff Staatsnotwendigkeit, der seinem Wesen nach konservativ ist, keinen Sinn, es sei denn, daß es sich darum handelt, jenen Gegensatz in wesentlichen Punkten aufzugeben oder abzuschwören. Wer zu letzterem entschlossen ist, dem kann man natürlich die Berufung auf diesen

Begriff nicht verbieten, wer das aber nicht will, dem kann man nur raten, dieses Wort nicht nur nicht in sein Lexikon aufzunehmen, sondern auch seinem Ausspielen scharf entgegenzutreten, wo immer er ihm begegnet.

In bezug auf die Versuche, einen neuen Staatskultus in der Sozialdemokratie zu propagieren, ist noch folgendes zu bemerken.

Mary bezeichnet in dem obenzitierten Satz vom Jahre 1875 es als eine nur wissenschaftlich zu beantwortende Frage, welche gesellschaftlichen Funktionen in einer kommunistischen Gesellschaft noch übrigbleiben, die heutigen Staatsfunktionen analog sind. Ein Stück Antwort auf diese Frage gibt nun, wie weiter oben gezeigt wurde, Fr. Engels im Schlußkapitel seiner Schrift vom Jahre 1884 über den Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates, die jedenfalls auf wissenschaftlichen Untersuchungen fußt. An sie anknüpfend kann man aber nach dem Muster analytischer Beweise in der Mathematik die Marysche Frage auch umkehren und so stellen: Ist eine kommunistische Regierung denkbar, wenn bestimmte Funktionen des heutigen Staates forterhalten bleiben? Eine solche Betrachtung ist schon deshalb nicht wertlos, weil man an ihrer Hand einen Schätzungsmaßstab erhält für bestimmte Tendenzen in der derzeitigen sozialdemokratischen Bewegung. Es wird wohl keinen Sozialdemokraten geben, der eine kommunistische Gesellschaft vereinbar hält mit Klassenscheidung, Klassengegensätzen und einer über der Gesellschaft stehenden Staatsmacht, alles Faktoren, die, wie Engels nachweist, zur Bildung des Staates geführt haben und seiner Fortexistenz zugrunde liegen.

Mit dem Staat ist aber ferner eng verbunden die *Gebiets* *h* *o* *h* *e* *i* *t*. Sie ist für den Staat eine Lebensfrage. Das Dasein des Staates ist überall an die Herrschaft über ein bestimmtes, umfassendes Gebiet gebunden, ohne sie würde der Staat in jeder Hinsicht in der Luft schweben. Und je mehr der Staat in seiner ökonomischen und politischen Verfassung Staat einer Dynastie und ausbeutenden Oligarchie ist, um so größere Bedeutung erlangt für ihn die Ausdehnung des Staatsgebietes. Erwerbung immer neuen Gebietes und Festhaltung des Erworbenen, welches immer die Empfindungen seiner Bewohner, erscheint dann als ein Staatsinteresse. Kann aber diese Auffassung noch die gleiche sein, wenn der Staat seinen Charakter in der Richtung der modernen Demokratie ändert, wenn die Arbeiterklasse beginnt, ihm ihren Stempel aufzudrücken? Sowenig die politischen Einrichtungen, die Grundsätze der Verwaltung, die Stellung der Beamten usw. dieselben bleiben können, sowenig die bisherigen Merkmale des Staates dem Prozeß der Abstönung entgehen, so wenig kann die Auffassung vom Gebietsinteresse des Staates die alte Kraft behalten. Deutlich zeigt es sich in unseren Tagen in der veränderten Stellung Rußlands zu dessen ursprünglichen Friedenszielen, seit der Arbeiter- und Soldatenrat bestimmenden Einfluß auf die Regierung gewonnen hat. Wozu sich noch keine bürgerliche Revolution aufzuschwingen vermocht hat, tritt hier in die Erscheinung: die Tendenz, dort, wo Widerstreit zwischen Anwendung der Grundsätze der Demokratie und den Interessen der Gebietshoheit sich zeigt, den letzteren den Prozeß zu machen, gleichviel, ob es sich um Erwerb neuen oder um Festhalten alten Besitzes handelt. Und das muß überall eintreten, wo eine sozialdemokratische Partei besteht, in der das Gefühl für ihre geschichtliche Aufgabe, das Verständnis für die notwendigen Folgen der ihr gemäß dieser Aufgabe zufallenden Änderungen

des Staates für die Beziehungen der Völker noch mit voller Kraft lebt. Sozialdemokraten, die Gebietsfragen unter den Gesichtspunkten der Bourgeoisie oder gar von Dynastien behandeln, haben den Glauben an eine in absehbarer Zeit zu vollziehende Umwandlung des Staatswesens im sozialistischen Sinne faktisch schon aufgegeben. Sie handeln denn auch nur folgerichtig, wenn sie bei allen möglichen Anlässen mit den Vertretern der alten Gesellschaft fraternisieren, wie umgekehrt solches Fraternisieren auch die Erziehung zur Behandlung von Fragen des Staatsgebiets als Machtfragen fast immer zur Folge zu haben pflegt.

Auch die Probleme der Nationalität stehen in so enger Verbindung mit der Frage des Staates, daß sie durch dessen Wandlungen notwendig mitbeeinflusst werden, die Stellung zu ihnen nicht unverändert bleiben kann, wo die Stellung zum Staat und dieser selbst eine Änderung erfahren. Der Staat ist geschichtlich der Schöpfer der Nationalität. Rasse und Sprachgemeinschaft haben ihm das Material geliefert, aber nie wäre es zur Bildung von Nationen gekommen, wenn der Staat nicht gewesen wäre. Das Gefühl nationaler Zusammengehörigkeit ist denn auch nicht an die Rassenzugehörigkeit und Sprachgemeinschaft gebunden, wo es aber vorhanden ist, drängt es dagegen unter heutigen Verhältnissen in der Regel zum Zusammenschluß in einem und demselben Staatsverband. Eine Ausnahme findet nur dort statt, wo der in Frage kommende Staat unter der Herrschaft einer mit Gewaltmitteln regierenden Kaste steht oder Zwangseinrichtungen pflegt, die solcher Herrschaft entsprechen.

Nach alledem ist es klar, daß die Umwandlung von Staat und Gesellschaft im Sinne der Sozialdemokratie noch keineswegs eine Abnahme des nationalen Zusammengehörigkeitsgefühls zur Folge zu haben braucht, sondern es im Gegenteil zunächst noch zugunsten des nationalen Zusammenschlusses fördern kann und wahrscheinlich auch wird.

Aber diese Stärkung wird zusammenfallen mit der Reinigung von den nationalen Herrschafts- und Ausbeutungstendenzen der kraft Geburts- und Besitzrecht herrschenden Klassen und ihrer Trabanten. Sie wird zusammenfallen mit dem Verschwinden jedes Zwanges zur Nationalität. Wenn es im kommunistischen Manifest heißt: »Indem das Proletariat zunächst sich die politische Herrschaft erobern, sich zur nationalen Klasse erheben, sich selbst als Nation konstituieren muß, ist es selbst noch national, wenn auch keineswegs im Sinne der Bourgeoisie« — so sprechen diese Schlußworte »wenn auch keineswegs im Sinne der Bourgeoisie« nicht lediglich eine auf Folgerungen aus der sich vollziehenden Entwicklung beruhende Vorhersage aus. Sie signalisieren auch eine B e d i n g u n g der sozialistischen Umwälzung der Gesellschaft. Festhalten am Nationalismus der Bourgeoisie heißt Festhalten an einem wesentlichen Element des Staates der Bourgeoisie mit dessen notwendigen Begleitern, der Existenz getrennter Gesellschaftsklassen. Sozialisten, die ihre Partei dahin zu bringen suchen, es in n a t i o n a l e r Gesinnung den Bourgeoisiklassen gleichzutun, verdienen, daß deren Regierungen sie mit Ehrentiteln und Ehrenzeichen überhäufen. Denn sie sind im Sinne dieser s t a a t s e r h a l t e n d.

Die Befreiung der Nationen.

Von K. Kautsky.

(Schluß.)

9. Die Eintönigkeit der Weltkultur.

Es gibt merkwürdigerweise Sozialisten, die das Ziel der Assimilierung der Nationalitäten und ihrer Kultur leidenschaftlich bekämpfen. Höre die Mannigfaltigkeit der Nationalitäten, also der Sprachen auf, so würde das zu allgemeiner Monotonie und geistiger Verarmung führen.

Das würde an sich noch wenig beweisen. Auch die Fabrikware ist viel einförmiger als das Produkt des Handwerks oder des Hausfleißes, und doch wäre es reaktionär, ihre Verbreitung hemmen zu wollen.

Hier handelt es sich aber zunächst auch nicht darum, was uns behagt oder nicht. Nicht das steht in Frage für uns, ob der aus dem Wachstum des internationalen Verkehrs hervorgehende Assimilierungsprozeß der Völker uns gefallen oder nicht gefallen soll, sondern darum, ob wir ihn gewähren lassen oder gewaltsam in ihn eingreifen sollen. Und da müssen wir als Demokraten jede Gewalttätigkeit gegenüber den Volksmassen ablehnen, jedes gewaltsame Eingreifen in ihre sprachlichen wie in ihre religiösen Verhältnisse. Ebenso wenig wegen seiner Sprache wie wegen seiner Religion soll der einzelne im Staate schlechter gestellt werden als ein anderer. Aber auch ebensowenig wie eine Religion soll der Gebrauch einer Sprache von Staats wegen gegen freiwilliges Aufgeben geschützt werden.

Und nicht minder wie politischen Zwang müssen wir als Sozialisten, als Verfechter des Proletariats auch jede Anwendung ökonomischen Zwanges zugunsten oder zum Nachteil einer Sprache ebenso bekämpfen wie zur Förderung oder Verfolgung einer Religion. Es darf uns nicht bekümmern, ob diese Neutralität manche Sprache und manche Religion außer Gebrauch setzt, selbst wenn wir dieses Ergebnis bedauern sollten.

Aber wir brauchen das Verschwinden der Vielsprachigkeit nicht einmal zu bedauern.

Im allgemeinen wirkt die wachsende Monotonie und Nivellierung, die der fortschreitende Kapitalismus mit sich bringt, allerdings keineswegs erfreulich. Es ist ganz irrig, wenn David an der von uns schon erwähnten Stelle seines Buches über »Die Sozialdemokratie und der Weltkrieg« (S. 190) die fortschreitende Differenzierung der Nationen deshalb als Notwendigkeit hinstellt, weil »jede Entwicklung feinere Differenzierung« ist und wir »hier ein großes biologisches Gesetz am Werke sehen«. Einmal handeln wir hier von der Gesellschaft und nicht von tierischen Organismen. Die Biologie geht uns also in diesem Zusammenhang nichts an. Wer seine ökonomischen Einsichten aus der Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise und nicht etwa der der Kaulquappen schöpft, der findet aber, daß der steigende Reichtum an Produkten, den uns der Kapitalismus beschert, begleitet ist von wachsender Monotonie, Verarmung an Formen. Und dieser Zusammenhang ist kein zufälliger.

Die große Produktivität der Arbeit in der heutigen Produktionsweise ist ein Ergebnis der Massenproduktion, die stets einförmige Produktion ist. Immer einförmiger werden Produkte und Produktionsmittel. Unter den letzteren ist das wichtigste die Natur selbst.

Der Fortschritt der Kultur, der Herrschaft der Menschen über die Natur bedeutet Verarmung der Natur an Formen; bedeutet Ersetzung der botanischen Mannigfaltigkeit der Wildnis durch die Einförmigkeit des Ackerfeldes; bedeutet Ersetzung einer unendlichen Fülle wilder Tiere durch einige wenige Arten von Haustieren. Bis zum Auftreten des Menschen entwickelt sich die Natur zu immer größerer Mannigfaltigkeit. Mit dem Auftreten des Menschen nimmt die Entwicklung der organischen Natur ein Ende:

Seit Mitte der Pliozänzeit können wir keine eintgermaßen sichere Neuentdeckung einer Art nachweisen, der Charakter der diluvialen und der rezenten Epoche ist neben dem Aufkommen von *Homo sapiens* nur Aussterben und Verarmung. (W. Kobelt, Die Verbreitung der Tierwelt, 1902, Vorwort.)

Der Kapitalismus hat die Mittel wie den Drang nach dieser Verarmung gewaltig gesteigert, sie nimmt Dimensionen an, die wahrhaft erschreckend sind. Die Umgebung muß auf den Menschen zurückwirken, ihre Verarmung an Formen muß auch eine geistige Verarmung bei ihm insofern nach sich ziehen, als der verminderten Mannigfaltigkeit der Umgebung eine Verminderung in den Anwendungsarten der geistigen Fähigkeiten des Menschen entspricht.

Doch gibt es Faktoren, die dem entgegenwirken. Dieselbe Technik, die Formen der Natur vernichtet, führt zur Kenntnis von Formen, die den Sinnen des Naturmenschen unzugänglich sind. Sie wühlt die Erde um und zeigt ihm die reichen Formen der Vorwelt; das Teleskop erschließt ungeheure Fernen, das Mikroskop ungeheuer kleine Welten.

Die gleiche Technik befreit aber auch den Menschen immer mehr von dem Kampfe um des Lebens Notdurft, verleiht ihm vermehrte Zeit und Mittel zum Luxus, der nichts anderes ist als entweder künstlich erhaltene oder künstlich geschaffene Mannigfaltigkeit.

Der Luxus ist ökonomisch bedingt. Je größer die Produktivkraft der Arbeit, desto größer die Möglichkeit des Luxus. Je größer also einerseits die durch die Ökonomie geschaffene Monotonie des Lebens, desto größer die Möglichkeit, ihr durch den Luxus entgegenzuwirken. Der Luxus steht im Gegensatz zur Ökonomie und ist in diesem Sinne Verschwendung. Aber er braucht nicht sinnlose Verschwendung zu sein. Er wird es bloß in unsinnigen Händen.

Wenn ein Stück Natur unbebaut bleibt, wenn wilde Tiere, die nutzlos sind, geschont werden, wenn man eine Ruine stehen läßt und erhält, statt aus ihr Bausteine zu holen, so ist das Luxus, ebenso wie alle Kunst Luxus ist. Es wirkt der Verarmung des Lebens entgegen, die durch die Ökonomie erzeugt wird, erhält bestehende Mannigfaltigkeit oder schafft neue.

Diese Art der Mannigfaltigkeit des Lebens, die der Luxus bietet, bildete bisher, seitdem es Klassenunterschiede gibt, ein Privilegium der besitzenden Klassen, ebenso wie jene Mannigfaltigkeit, die aus der Wissenschaft fließt. Die arbeitenden Klassen bekamen nur die andere Seite des ökonomischen Fortschritts zu verkosten, die wachsende Verödung und Monotonie des Lebensinhalts, die in der kapitalistischen Gesellschaft ihren Gipfel erreicht.

Der Sozialismus wird die Gegenwirkung gegen die Verarmung des Lebens, wird Wissenschaft, Kunst, Naturgenuß zum Allgemeingut der Volksmassen machen. Das ist der Weg, der aus der Ökonomie hervorgehenden Monotonie des Lebens entgegenzuwirken.

Eine wichtige Rolle wird dabei die Bevölkerungsfrage spielen. Das vorige Jahrhundert wurde beherrscht von der Übervölkerungsfurcht. Das Elend wurde der Übervölkerung zugeschrieben. Das war völlig ungerechtfertigt. Das zwanzigste Jahrhundert beginnt mit Entvölkerungsfurcht. Selbst Sozialisten teilen sie und zeigen sich beunruhigt über den Rückgang der Geburtenziffern. Aber die rasche Volksvermehrung ist nur wünschbar vom Standpunkt nationaler Machtpolitik aus, die das eigene Volk möglichst zahlreich sehen will, damit es in der Weltpolitik eine möglichst große Macht in die Waagschale werfen kann. Für das Wohlergehen der Massen ist diese rasche Volkszunahme keineswegs erforderlich. Ginge sie noch ein Jahrhundert lang in dem bisherigen Tempo weiter, dann kämen wir zu beängstigenden Zuständen. Europas Bevölkerung im vierzehnten Jahrhundert kann man auf 100 Millionen annehmen; noch im Beginn des achtzehnten Jahrhunderts betrug sie kaum erheblich mehr. Dann aber wuchs sie bis zum Jahre 1800 auf 175 Millionen und von da an bis zum Ausbruch des Weltkriegs auf 460 Millionen. Eine Vermehrung in gleichem Tempo gäbe nach weiteren hundert Jahren eine Bevölkerung von 1200 Millionen.

Nun braucht man nicht von malthusianischer Furcht ergriffen zu werden, daß diese Volksmasse nicht zu ernähren sei. Aber der Luxus, namentlich der Naturluxus käme dabei zu kurz. Je mehr die Zahl der zu ernährenden Mäuler wächst, desto mehr muß jedes anbaufähige Fleckchen Boden in Anbau genommen werden.

Daß es nicht dahin kommt, dafür sorgt der Geburtenrückgang, der uns nicht zu beunruhigen braucht.

Damit soll natürlich nicht gesagt werden, daß die Kleinhaltung der proletarischen Familien ein Mittel ist, das Proletariat zu emanzipieren. Dazu ist sie ganz untauglich.

Natürlich wird die sozialistische Gesellschaft ebenso wie die kapitalistische, die ihr den Weg bahnt, auf der Massenproduktion beruhen. Daraus geht die hohe Produktivität der Arbeit hervor, die allein es möglich macht, nicht nur jedes Mitglied der Gesellschaft mit allen Notwendigkeiten des Lebens zu versehen, sondern ihm auch alle Kulturgüter zugänglich zu machen, die notwendige Arbeitszeit für jeden auf ein Minimum zu reduzieren und die freie Zeit, den wahren Reichtum eines jeden, zum größten Teil seiner Lebenszeit zu gestalten. Die Massenproduktion erheischt Menschenkonsum, sie setzt eine große Volksmasse voraus, für die produziert wird.

Der eine Weg, diese Masse zu erzielen, ist der rascher Volkszunahme. Unter sozialistischen Zuständen ist eine solche Volkszunahme nicht zu erwarten, sie stünde sogar im Widerspruch zu den Luxusbedürfnissen der Volksmasse. Aber zum Glück ist sie nicht der einzige Weg, die Produktivität der Arbeit durch Ausdehnung der Massenproduktion zu steigern. Ein anderer Weg zu diesem Ziele besteht in der Steigerung des Verkehrs zwischen den Volksmassen. Dadurch werden ihre notwendigen Bedürfnisse immer einförmiger gestaltet, sie können immer mehr von wenigen industriellen Zentren aus befriedigt werden, denen die ganze Welt Rohmaterial liefert.

Größte Intensität des internationalen Verkehrs wird eine Lebensbedingung der sozialistischen Gesellschaft sein. Die notwendige Folge ist die fortschreitende Beseitigung der Verkehrshindernisse, darunter des wichtigsten unter ihnen, der Sprachverschiedenheiten.

Die sozialistische Gesellschaft wird sicher der wachsenden Monotonie entgegenzuwirken haben, die die kapitalistische Ökonomie mit sich bringt. Sie kann ihr aber nicht entgegenwirken auf dem Gebiet der Ökonomie selbst. Da wird sie die Massenproduktion mit ihren Wirkungen, darunter die wachsende Assimilierung der Nationen, fortzusetzen haben, wenn sie nicht den Ast absägen will, auf dem sie sitzt, die hochgesteigerte Produktivität der Arbeit. Nur durch Ausdehnung des Luxus, darunter vor allem des Luxus der unberührten Natur, des Urquells aller Schönheit, alles Reichtums, aller Genüsse, kann sie der Monotonie der Ökonomie entgegenwirken, nicht durch Erhaltung der Mannigfaltigkeit der Sprachen.

In der Bibel schon wird diese Mannigfaltigkeit der Sprachen als eine gewaltige Beeinträchtigung der Menschheit betrachtet. Wie die Bibel alle Menschen von einem Menschenpaar abstammen läßt, so nimmt sie auch an, es habe ursprünglich nur eine Sprache gegeben. Wie nun die Menschen zunehmen an Zahl und Intelligenz und beginnen, einen Turm zu bauen, der bis in den Himmel ragen soll, beginnt Gott sie zu fürchten. Er vermeint, sich ihrer nicht mehr erwehren zu können, wenn sie alle sich untereinander verständigen:

Und Jahve sprach: Ein Volk sind sie und haben alle dieselbe Sprache, und das ist nur der Anfang ihres Tuns, und fortan wird ihnen nichts un erreichbar sein, was sie sich vornehmen werden. Wohlan, wir wollen hinabfahren und daselbst ihre Sprache verwirren, so daß keiner mehr die Sprache des anderen verstehen soll. (1. Buch Mose 11, 6, 7.)

Auf diese Weise vereitelte Jahve den Aufstieg der Menschheit. Es ist das Hohelied der Internationalität, das hier gesungen wird.

Die sprachliche Trennung der Menschheit bedeutet Schwächung ihrer Macht. Ihre sprachliche Vereinigung bedeutet die Erhebung auf den höchsten Gipfel der Macht. Ihr entgegenzuwirken, ist reaktionär. Um der Mannigfaltigkeit willen die Völker hindern wollen, sich zu verständigen, heißt, für eine gute Sache untaugliche, ja verkehrte und schädliche Mittel anwenden.

10. Volksabstimmung.

Wir haben gesehen, daß der moderne Staat, die moderne Demokratie — im Gegensatz zur primitiven — und die moderne, auf der Gemeinsamkeit der Schriftsprache basierende Nationalität sowie das Streben nach dem Nationalstaat alle aus derselben Wurzel entspringen, dem modernen Verkehrswesen, einem der wichtigsten und wesentlichsten Faktoren der kapitalistischen Produktionsweise. Wir haben weiter gesehen, daß das Streben nach dem Nationalstaat ebenso wie das nach staatlicher Demokratie sich nicht unterdrücken läßt, da es in den Verhältnissen tief begründet ist, daß es das politische Leben unserer Zeit beherrscht. Dabei zeigte sich's jedoch, daß das eine wie das andere Streben auf große Hindernisse stößt, so daß man sie innerhalb des kapitalistischen Staates zu den Idealen zählen kann, denen man sich ununterbrochen zu nähern sucht und die man nie vollständig erreicht.

Dabei besteht aber ein großer Unterschied zwischen dem Streben nach Demokratie und dem nach dem Nationalstaat. Der proletarische Sieg bringt dem ersteren vollständige Erfüllung, indes er das letztere zum großen Teil gegenstandslos macht, da er den Charakter des Staates als Herrschaftsinstitution aufhebt. Und schon in der heutigen Gesellschaft unterscheiden sich

beide Bestrebungen darin, daß das Streben nach Demokratie in allen modernen Staaten, unter allen Bedingungen auftritt und nur an den Machtverhältnissen der Klassen eine Schranke findet, indes das Streben nach dem Nationalstaat nicht unter allen Bedingungen auftritt und nicht bloß durch Machtverhältnisse, sondern auch durch andere natürliche und historische Bedingungen gehemmt werden kann.

Allgemein ist allerdings das Streben nach Selbstbestimmung der Nationalitäten. Für das Proletariat aber hat das Interesse der Nationalität nur so weit Bedeutung, als es zusammenfällt mit dem Interesse der Demokratie.

Als zweckmäßiges Mittel, der Demokratie und der Selbstbestimmung der Nationen Geltung zu verschaffen, kommt nur das Erstarken und der schließliche Sieg der demokratischen Volksmassen und in diesem Sinne die Revolution für den internationalen Sozialismus in Betracht. Nicht aber der Krieg, der heute nur ein Krieg bürgerlicher Machthaber sein kann. Ein solcher dient stets anderen Zwecken als der Befreiung unterdrückter Nationen. Sie kann höchstens sein Nebenresultat bilden, wird im besten Falle unvollkommen sein und droht, da sie nur auf dem Rechte des Stärkeren beruht, mit neuen Verletzungen der Selbständigkeit der Nationen verbunden zu sein, die unter Umständen schlimmer sind als das Übel, dem sie abhelfen sollen.

Insofern hat die Sozialdemokratie keine Kriegsziele. Sie befürwortet keinen Krieg, sie befürwortet aber auch keine Verlängerung eines einmal ausgebrochenen Krieges zu Zwecken nationaler Befreiung.

Die internationale Sozialdemokratie hat keine Ziele, die sie durch das Mittel des Krieges zu erreichen sucht. Sie hat im Kriege nur Stellung zu nehmen zu den Kriegszielen der anderen. Verwirft sie auch unter allen Umständen das Mittel des Krieges, so bedeutet das nicht, daß sie allen seinen Zielen gleich ablehnend gegenübersteht. Manche davon können mit ihren Grundsätzen vereinbar sein, andere nicht.

So sucht sie nicht die Befreiung der Nationen durch das Mittel des Krieges herbeizuführen. Sollte aber der Krieg zur Befreiung einer Nation führen, wird sie sich dagegen keineswegs wehren, sondern es willkommen heißen.

Die Befreiung einer Nationalität oder eines ihrer Teile bedeutet keineswegs notwendigerweise, daß man der Nationalität einen eigenen Nationalstaat gewährt oder einen vom Nationalstaat abgetrennten Nationsteil ihm angliedert. Es kann natürliche oder historische Bedingungen geben, die diese Veränderung für die davon betroffene Bevölkerung zu einem Nachteil gestalten und von ihr abgelehnt werden. Wohlthaten darf man aber bekanntlich nicht aufdringen. So widerstrebt es auch den Grundsätzen der Demokratie, die Bevölkerung eines Gebiets gegen ihren Willen zu »befreien«. Eine derartige Befreiung wird stets als gewalttätige Annexion empfunden werden, auch wenn die »befreite« Bevölkerung die Sprache des sie annektierenden und befreienden Staates spricht.

Also nicht die bloße Sprachenkarte hat zu entscheiden, ob die internationale Sozialdemokratie einer Grenzveränderung zustimmen kann, sondern nur der Wille der betroffenen Bevölkerung.

Kein Gebiet soll gegen den Willen seiner Bevölkerung gezwungen werden, seine staatliche Zugehörigkeit zu ändern.

Das ist ein absolutes Gebot internationaler Demokratie. Die Völker sollen aufhören, Schaßherden zu sein, über die die Machthaber nach Belieben verfügen.

Doch kommt dieser Gegensatz nicht allein für uns in Betracht. Wir haben bereits mehrfach darauf hingewiesen, daß die Völker nicht bloß durch die Sprache zusammengehalten werden, sondern auch durch historische und natürliche Verhältnisse. Die Naturbedingungen schaffen mitunter ein einheitliches Verkehrsgebiet, von dem sich ein Teil nicht losreißen läßt, ohne den Produktionsprozeß im gesamten Gebiet zu hemmen und seine ganze arbeitende Bevölkerung schwer zu schädigen. In einem solchen Falle müßte die internationale Sozialdemokratie die Grenzveränderung bekämpfen, selbst wenn sie dem Willen der Bevölkerung des abzulösenden Teils entspräche.

Das sind die zwei Gesichtspunkte, die vom Standpunkt des internationalen Sozialismus bei der Beurteilung angestrebter Grenzveränderungen in Betracht kommen. Wir müssen einmal fragen, ob die Bevölkerung des betroffenen Gebiets damit einverstanden ist, und dann, ob es für den Fortgang des Produktionsprozesses und damit für die arbeitende Bevölkerung des Staates, dem das Gebiet bisher zugehörte, entbehrlich ist oder nicht.

Das Bedürfnis der Machthaber, ihren Machtbereich unverkürzt zu erhalten, kommt für uns natürlich nicht in Betracht.

Wie aber den Willen der betroffenen Bevölkerung feststellen? Dafür gibt es bloß ein Mittel, man befragt sie. Man hat dieses Mittel verdächtigt, weil es von Napoleon III. für seine dynastischen Zwecke ausgebeutet worden war, aber ein anderes Mittel, den Willen der Bevölkerung zu erkunden, ist nicht genannt worden und kann nicht genannt werden. Wer es ablehnt und doch Grenzveränderungen fordert, redet der bloßen Eroberungspolitik das Wort.

Daß Napoleon es ausnützte, beweist noch nichts; er wußte auch das allgemeine Wahlrecht auszunutzen.

So wie dieses kann auch die Volksabstimmung zu verschiedenen Zeiten sehr Verschiedenes bedeuten.

Die Volksabstimmung, nicht in der Gemeinde, sondern im Staat, wird um so verständnisvoller und richtiger ausfallen, je mehr die Bedingungen der modernen Demokratie gegeben sind. Wo die Bevölkerung noch aus Unalphabeten besteht, keine Post, keine Eisenbahnen sie in Verkehr miteinander bringen, keine Zeitungen sie über das Geschehen der Welt auf dem laufenden halten, da wird sie neuen staatlichen Problemen verständnislos gegenüberstehen und ihre Abstimmung Sache des Zufalls oder schlauer Leitung sein.

Andererseits wird auch in einer entwickelten Demokratie die Gesetzgebung und die Kontrolle der Regierung nie durch Volksabstimmungen, sondern stets nur durch Parlamente besorgt werden. Die Volksabstimmung kann bloß den unerläßlichen äußeren Druck auf das Parlament in ein System bringen.

Aber bei der Abstimmung über eine Annexion handelt es sich nicht um ein kompliziertes Gesetz, sondern um einen klaren Sachverhalt, der jedermann ohne weiteres klar, auf den bloß mit Ja oder Nein zu antworten ist.

In einem Lande wie Mexiko bedeutete vor fünfzig Jahren eine Volksabstimmung etwas ganz anderes als in Europa und namentlich in Westeuropa.

Als Napoleon Mexiko besetzt und dem österreichischen Erzherzog Max 1863 die mexikanische Krone angeboten hatte, machte dieser ihre Annahme davon abhängig, daß eine Volksabstimmung sich für ihn entscheide. Schon im Februar 1864 konnte man ihm nach der gewaltsamen Verjagung des Präsidenten Juárez melden, daß fast 2000 Gemeinden sich für ihn ausgesprochen hätten. Aber kein Jahr war vergangen, da forderten die Vereinigten Staaten, daß Napoleon seine Truppen zurückrufe und das mexikanische Volk das Recht der Selbstbestimmung über seine Regierungsform erhalte, und nach dem Abzug der Truppen Napoleons nahm diese »Selbstbestimmung« bald eine Wendung gegen den Kaiser Max. Drei Jahre nach der Volksabstimmung, die ihn anerkannte, wurde ihm von den siegreichen Republikanern dasselbe Schicksal bereitet, das er über so manchen »Rebellen« verhängt hatte. Nach seiner Gefangennahme wurde er am 19. Juni 1867 erschossen.

Hier war also die Volksabstimmung eine bloße Poffe gewesen.

Anderes verhielt es sich mit den Volksabstimmungen, durch die Napoleon und sein Verbündeter Viktor Emanuel ihre Annektionen nach dem Kriege von 1859 zu sanktionieren suchten. Obwohl die Bevölkerung der Gebiete, um die es sich handelte — Savoyen und Nizza, dann Lombarde, Parma, Modena und die Romagna —, in bezug auf Volksbildung, Verkehrswesen und politische Schulung noch sehr zurückgeblieben war, hat sie nie auch nur einen Moment daran gedacht, ihre Abstimmung zu widerrufen. Oder richtiger: gerade weil man der Volksmeinung so sicher war, ließ man sich darauf ein, die Annektion durch eine Volksabstimmung bestätigen zu lassen.

Bismarck, der Napoleon in vielen Dingen nachahmte, machte ihm die Volksabstimmungen nicht nach. Doch war es Napoleon, auf dessen Anregung 1866 in den Prager Frieden die Bestimmung aufgenommen wurde, die nördlichen Distrikte Schlesiens sollten an Dänemark zurückfallen, wenn sie sich in freier Abstimmung dafür ausdrücken. Zur Durchführung dieser Bestimmung des Friedensvertrags ist es nie gekommen. Österreich verzichtete schließlich ausdrücklich darauf, im Jahre 1878.

Merkwürdigerweise kam es über die Annektion Elsaß-Lothringens zu einer Art Volksabstimmung, aber nicht zu einer sanktionierenden. Der Friedensvertrag zwischen Deutschland und Frankreich war von einer französischen Nationalversammlung zu bestätigen, die am 12. Februar 1871 zusammentrat. Elsaß und Lothringen entsandten auch ihre Vertreter, und diese stimmten gegen den Frieden, gegen die Abtretung Elsaß-Lothringens.

Man darf sich wundern, daß Bismarck bei der bekannten Stimmung jener Gebiete diese Art Volksabstimmung zugelassen hatte, die doch seinen Absichten nicht förderlich war. Wenn man Bismarcks Intimus Busch glauben darf, geschah die Zulassung nur durch ein Versehen. In seinen Tagebuchblättern berichtet Busch vom 11. Februar 1871:

Er (Bismarck) bemerkte, als Henckel (Präpekt von Metz) von der schlechten Stimmung im Elsaß sprach: dort hätte man die Wahlen eigentlich gar nicht zulassen sollen, und er hätte das auch nicht gewollt. Aber durch Versehen wäre die Instruktion an die dortige deutsche Oberbehörde abgefaßt worden wie für die anderen. (Tagebuchblätter, 1899, II, S. 162.)

Wir müssen natürlich verlangen, daß Abstimmungen nicht bloß vorgenommen, sondern auch beachtet werden.

Entschieden muß aber die internationale Sozialdemokratie den Grundsatz ablehnen, der eine Annexion zu rechtfertigen sucht mit dem historischen Recht. Gerade in bezug auf Elsaß-Lothringen tun das jetzt unsere französischen Genossen. In dem Manifest des Nationalkongresses der sozialistischen Partei Frankreichs vom 30. Dezember 1915 heißt es:

Kein dauernder Friede ist möglich, ohne daß, im Namen eines Rechts, das die Zeit nicht aufgehoben hat, das Band zwischen Frankreich und Elsaß-Lothringen wiederhergestellt wird, das allein durch die Brutalität der Gewalt im Jahre 1871 zerrissen wurde, trotz des sozialistischen Protestes Bebels und Liebknechts.

Hier wird an dasselbe historische Recht appelliert, das Marx 1870 in der zweiten Adresse des Generalrats über den Krieg gerade für Elsaß-Lothringen, das damals von deutscher Seite verlangt wurde, zurückwies:

Jawohl! Der Boden dieser Provinzen hatte vor langer Zeit dem längst verstorbenen Deutschen Reich angehört. Es scheint daher, daß das Erdreich und die Menschen, die darauf erwachsen sind, als unverjährbares deutsches Eigentum konfisziert werden müssen. Soll die alte Karte einmal umgearbeitet werden nach dem historischen Recht, dann dürfen wir auf keinen Fall vergessen, daß der Kurfürst von Brandenburg seinerzeit für seine preußischen Besitzungen der Wafall der polnischen Republik war.

Das richtete sich damals gegen die deutschen Ansprüche. Aber es gilt natürlich für jedes historische Recht, von wem immer es beansprucht werden mag.

Marx liebte es, sich über den Ausspruch lustig zu machen — er zitierte ihn auch im »Kapital« (Volksausgabe, S. 527) —, den der Fürst Lichnowsky in der Deutschen Nationalversammlung 1848 bei der Polendebatte tat:

Das historische Recht hat keinen Datum nicht (Gelächter). Es gibt für das historische Recht keinen Datum, welches einem früheren Datum gegenüber ein größeres Recht vindizieren könnte.

Die »Neue Rheinische Zeitung« lachte über diese Aussprüche eines konservativen preußischen Junkers, einmal deswegen, weil »der edle Ritter kein Deutsch spreche, sondern Preußisch«, dann aber, weil

alle die Schrecken der blassen Finanznot die preußische Ritterschaft mit unaufhaltbarem Ruin bedrohen müssen, ehe es dahin kommen konnte, daß ein Lichnowsky dasselbe historische Recht bekämpft, für das er sich in der Tafelrunde des edlen Don Carlos die Sporen verdient.

So schnurrig das alles war, so ist doch nicht zu leugnen, daß wir für das historische Recht kein Datum festsetzen können, wann es beginnt und wann es aufhört. Man geriete in endlose Verwirrung, wollte man heute anfangen, alle historischen Rechte geltend zu machen. Das will auch niemand. Das Geltendmachen des historischen Rechtes bloß für einen einzelnen Fall ist aber bloße Willkür.

Die Sache wird nicht besser dadurch, daß man sie umdreht und statt von der Wiederherstellung des alten Rechtszustandes von dem Gutmachen begangenen Unrechts spricht. Auch dafür gibt es »kein bestimmtes Datum nicht«. Und was ist begangenes Unrecht? Die Eroberung? Aber nicht nur die jetzigen, sondern auch die früheren Grenzen der Staaten beruhen überwiegend auf Eroberungen. Von welchem Datum an wird Unrecht zu Recht? Die Franzosen betrachteten die deutsche Eroberung des Elsaß als Unrecht, die Deutschen seine früheren Annexionen im siebzehnten und achtzehnten Jahrhundert durch Frankreich.

Nur vom demokratiſchen Standpunkt aus wird die Eroberung ein Unrecht, das heißt ein Verstoß gegen die Gebote der Demokratie, in dem Falle, in dem eine Bevölkerung wider ihren Willen einem fremden Staat einverleibt wird. In dieſem Falle iſt es aber doch der Wille der Bevölkerung, der als entſcheidend angeſehen wird, und nicht das hiſtoriſch überlieferte Beſitzverhältnis. Von dieſem Standpunkt aus bleibt das Unrecht allerdings Unrecht, ſolange der Wille der Bevölkerung gegen die Annexion proteſtiert, dieſe nur gewaltſam feſtgehalten wird. Dagegen würde ſich die Rückkehr der Bevölkerung des umſtrittenen Gebiets an den Staat, dem ſie ehemals angehörte, zu einem Unrecht geſtalten, wenn die Volksmaſſe ſich an den neuen Zuſtand gewöhnt hätte und ſich durch ſeine gewaltſame Veränderung bedrängt und bedrückt fühlen würde.

Alſo auch in dieſem Falle können wir als internationale Sozialdemokraten mit einer Grenzveränderung nur dann einverſtanden ſein, wenn ſie von der betroffenen Bevölkerung in freier Abſtimmung gebilligt wird. Immer und unter allen Umſtänden iſt in der äußeren wie in der inneren Politik der Wille der Volksmaſſe die höchſte Autorität, der wir uns beugen. Das gilt natürlich nicht für unſere wiſſenſchaftliche Überzeugung und nicht für die Ziele, die wir anſtreben, für die wir wirken. Die laſſen wir uns nicht durch die Abſtimmungen des Volkes vorſchreiben. Wir wiſſen, daß das Volk nicht minder irren kann wie ſeine Regierungen; daß es je nach ſeiner Klaffenzuſammensetzung, ſeinen Informationen, ſeinen hiſtoriſchen Bedingungen in ſeiner Mehrheit unter Umſtänden ſehr reaktionär ſein kann.

Aber wir wiſſen, daß die Befreiung der Arbeiterklaſſe ihr eigenes Werk ſein muß, daß ſie ſich nur dort befreien kann, wo ſie die Mehrheit des Volkes bildet, wo die Mehrheit des Volkes die Staatspolitik entſcheidet, ſowie daß die Aufklärung und Organisierung des Proletariats und damit die Entwicklung ſeiner Fähigkeiten zur Gewinnung und zweckmäßigen Ausübung der Staatsgewalt am ausgiebigſten möglich iſt — unter ſonſt gleichen Bedingungen — unter demokratiſchen Zuſtänden.

Darum muß die Partei des Proletariats unter allen Umſtänden eine demokratiſche Partei ſein in allen ihren Beziehungen. Sie ſchädigt den proletariſchen Emanzipationskampf, wo ſie von der Demokratie abweicht. Das gilt für ihre auswärtige Politik ebenſo wie für ihre innere. Sie muß daher grundſätzlich, nicht bloß unter Umſtänden aus Gründen der Zweckmäßigkeit, jede Eroberungspolitik ablehnen, und ſie darf dort, wo der von ihr abgelehnte Krieg Grenzveränderungen herbeiführt, nur ſolche gutheißen, die von der betroffenen Bevölkerung gewünscht oder doch wenigſtens nicht als Vergewaltigung empfunden werden.

Vom Altersaufbau der Lohnarbeiterſchaft.

Die Sonderbeilage zum »Reichsarbeitsblatt« Nr. 3 (März 1917) bringt eine vergleichende Darſtellung über den Altersaufbau der männlichen gewerblichen Lohnarbeiterſchaft in Deutſchland, Oſterreich und Frankreich auf Grund der Erhebungen aus dem Jahre 1907 in Deutſchland (Beruſszählung 1907), der Volkszählung von 1900 in Oſterreich und der Volkszählung von 1906 in Frankreich. Die vergleichenden Angaben über den Altersaufbau in den drei Ländern geſtalten ein für Deutſchland durchaus nicht günſtiges Bild. Der Anteil der über 50 Jahre alten

Personen an der Gesamtzahl der männlichen gewerblichen Lohnarbeiterschaft war nämlich in Deutschland am niedrigsten. Das gilt auch dann noch, wenn man weiter zurückgreift und alle über 40 Jahre alten Arbeiter erfaßt. Von je 100 der als gewerbliche Lohnarbeiter ermittelten Personen waren 40 und mehr Jahre alt: in Deutschland 23, in Österreich 23,9 und in Frankreich 30,5. Greift man die Altersgruppe der über 50 Jahre alten Arbeiter heraus, dann ergeben sich die folgenden Vergleichszahlen: Deutschland 9,6, Österreich 11,3 und Frankreich 15,0. In den letzteren beiden Ländern ist der Prozentsatz der älteren Arbeiter mithin nicht unerheblich größer als bei der deutschen Lohnarbeiterschaft. Da übrigens die österreichische Statistik einen Jahrgang weniger umfaßt als die Erhebung in den beiden anderen Ländern — Österreich gruppiert vom 41., bezw. vom 51. Jahre an; in Deutschland und Frankreich beginnen die Gruppen mit dem 40., bezw. 50. Jahre —, so gestaltet sich das wirkliche Verhältnis noch mehr zugunsten jenes Landes.

Das gleiche Bild — zum Nachteil Deutschlands — tritt heraus, wenn man die Altersgruppierung bei den verschiedenen Berufsgruppen betrachtet. So gehörten von je 100 im Bergbau- und Hüttenwesen beschäftigten männlichen Lohnarbeitern zu der höchsten Altersklasse: in Deutschland 1,5, in Österreich 2,1 und in Frankreich 2,8. Für das Baugewerbe ergeben sich die folgenden Vergleichsziffern: Deutschland 4,3, Österreich 6,1, Frankreich 6,8. Dabei ist immer zu berücksichtigen, daß bei der Gruppierung für Österreich ein Jahrgang weniger einbegriffen ist als für die beiden anderen Länder. Ganz unzweifelhaft ist in Österreich und Frankreich der Prozentsatz der alten Jahrgänge in der Lohnarbeiterschaft größer als in Deutschland.

Welche Erklärung gibt es für diese Erscheinung? Das »Reichsarbeitsblatt« glaubt, sie geben zu können. Weil Frankreich eines so starken Wachstums entfahre wie Deutschland und Österreich, macht der offizielle Statistiker den Rückschluß, daß sich aus der verschiedenen Altersgruppierung in der Gesamtbevölkerung auch der größere Anteil der höheren Altersklassen in der französischen Lohnarbeiterschaft erklären lasse. Das ist aber ein Trugschluß! Die Anteile der hohen Altersklassen in der Lohnarbeiterschaft sind ja nicht im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung, sondern im Verhältnis zu den als gewerbliche Lohnarbeiter erfassten Personen ermittelt worden. Bei den Vergleichen scheiden die Kinder vollständig aus; es ist lediglich festgestellt worden, ein wie hoher Prozentsatz von den zur Lohnarbeiterschaft gehörenden Personen in die höchsten Altersgruppen hineingekommen ist. Darauf kommt es an!

Ein größeres Gewicht scheint das »Reichsarbeitsblatt« übrigens einem anderen Umstand allgemeiner Natur als Erklärung für die angezogene auffällige Erscheinung beizulegen. Es schreibt:

»Die verhältnismäßig schwache Vertretung der gewerblichen Arbeiterschaft in der höchsten Altersgruppe ist eine gemeinsame Erscheinung in allen drei Vergleichsländern, sie findet sich aber am meisten ausgeprägt in Deutschland. Man wird wohl nicht fehlgehen, wenn man als einen Hauptklärungsgrund für diese Unterschiede neben dem verschiedenen Zeitpunkt der Industrialisierung das verschiedene Maß der Fürsorge für Invalidität und Alter der Arbeiter in den behandelten Ländern heranzieht, da, je besser diese Fürsorge, desto eher der Arbeiter sich zur Ruhe setzen und damit aus dem Arbeiterberuf ausscheiden kann. Unstreifig steht aber auf dem Gebiet der Alters- und Invalidenversicherung Deutschland an der Spitze, während Frankreich erst neuerdings — nach der in Betracht kommenden Zählung — eine Zwangsaltersversicherung eingeführt und übrigens bisher sehr unvollkommen durchgeführt hat.«

Auch diese Tatsachen reichen nicht aus, um die niedrigen Anteile der höheren Altersklassen in der deutschen Arbeiterschaft ausreichend und befriedigend zu erklären. Wohl gibt es in Deutschland eine größere Zahl von Alters- und Invalidenrentnern aus den Reihen der gewerblichen Lohnarbeiterschaft, aber ein Teil der

Rentenempfänger ist nur aus dem früheren Beruf ausgeschieden und arbeitet in Betrieben, in denen an die Arbeitskraft weniger große Ansprüche gestellt werden. Das gilt vornehmlich von Arbeitern aus dem Bergbau, der Eisengroßindustrie und dem Hüttenwesen, wahrscheinlich auch der chemischen Industrie. In diesen Gewerbegruppen ist der Arbeiterwechsel ungemein groß. Nach verhältnismäßig kurzer Tätigkeit scheiden viele Arbeiter freiwillig aus, weil sie den an ihre Arbeitskraft gestellten Ansprüchen nicht mehr genügen können, oder sie werden aus dem gleichen Grunde entlassen. Aber 40 Jahre alte Arbeiter wurden in den genannten Industrien im allgemeinen überhaupt nicht mehr eingestellt. Alle diese Arbeiter wenden sich anderen Berufen zu, vielfach auch dann, wenn sie eine Rente erlangen. Zu solchen Urteilen sind auch preussische Gewerbeinspektoren gelangt, als sie im Jahre 1912 Untersuchungen über das Alter der männlichen Arbeiter in den wichtigsten Gewerbegruppen vornahmen und dabei ermittelten, daß gerade in den angezogenen Industriegruppen der Anteil der älteren Berufsangehörigen an den Gesamtbeschäftigten auffällig gering war. Die zu anderer gewerblicher Tätigkeit übergehenden Rentenempfänger sind aber in der Zahl der gesamten Lohnarbeiter miteinbezogen. Aus diesem Umstand ergibt sich, daß die vom »Reichsarbeitsblatt« angeführte Erklärung in nur bescheidenem Umfang Geltung haben kann.

Größere Bedeutung dürfte dem Grade der Entwicklung der Industrie und der Ausbreitung der besonders viel Arbeitskraft verbrauchenden Gewerbe zuzumessen sein. Je höher die technische Entwicklung einer Industrie, um so intensiver nutzt sie die Arbeitskraft aus und um so schneller verbraucht sie diese auch. In dieser Hinsicht steht Deutschland den beiden anderen Ländern ohne Zweifel voran. Bekannt ist weiter, daß in Deutschland im allgemeinen viel anstrengender gearbeitet wird als in den beiden anderen Ländern. Und schließlich ist die besonders viel Arbeitskraft verzehrende Großindustrie in Österreich und Frankreich verhältnismäßig weniger stark ausgebreitet als in Deutschland. Greift man zum Beispiel den Bergbau, das Hüttenwesen und die chemische Industrie heraus, dann entfallen auf diese Gruppen von je 100 der überhaupt ermittelten Lohnarbeiter: in Deutschland 14,7, in Österreich 11,1 und in Frankreich 11; nimmt man noch die Metallverarbeitung und die Industrie der Maschinen usw. hinzu, dann kommen folgende Vergleichszahlen heraus: Deutschland 37,5, Frankreich 33,4 und Österreich 27,4; wird der Kreis noch erweitert durch Einbeziehung des Baugewerbes und der Holzindustrie, dann ergeben sich diese Vergleichsziffern: Deutschland 67, Österreich und Frankreich je 59. Würdigt man bei diesen Angaben den Umstand, daß in den genannten Industrien in Deutschland der Großbetrieb mit der verhältnismäßig stärkeren Inanspruchnahme der Arbeitskraft vorherrscht, dann läßt sich erklären, warum in Deutschland die höheren Altersklassen in der Arbeiterschaft schwächer vertreten sind als in den anderen Ländern.

Es liegt daher gar kein Anlaß vor, sich mit dem Hinweis auf eine bessere Sozialpolitik zu beruhigen. Man kann den Arbeiterschutz nicht für sich allein im Verhältnis zu dem anderer Länder werten, vielmehr muß er zunächst in Beziehung gebracht werden zu der Größe der Ansprüche, die derjenige Industriezweig an die Arbeitskraft stellt, für den Arbeiterschutzbestimmungen vorhanden sind. Berücksichtigt man diesen Zusammenhang, dann muß man von der deutschen Sozialpolitik einige tüchtige Abstriche machen, wenn sie zu Vergleichen mit der in den beiden anderen Ländern herangezogen werden soll.

Aus den dargestellten Ergebnissen ist mit zwingender Notwendigkeit der Schluß zu ziehen, daß die Arbeitskraft in Deutschland, vorwiegend in der Großindustrie, eines erheblich größeren Maßes von Schutz gegen frühzeitigen Verbrauch unbedingt bedarf! Solche Notwendigkeit ergibt sich noch besonders aus den veränderten Verhältnissen als Folgen des Krieges. Die Zahl der kräftigsten und leistungsfähigsten Arbeitskräfte ist bedenklich zusammengeschmolzen. In großen Scharen sind jugendliche und weib-

liche Arbeitskräfte von der Industrie aufgenommen worden; ein erheblicher Teil davon wird dauernd bei der schweren, die Gesundheit bedrohenden gewerblichen Tätigkeit bleiben. Soll die Volkskraft nicht einem verwüstenden Raubbau ausgeliefert werden, dann lassen sich energische Maßnahmen zu ihrem besseren Schutze nicht mehr länger hinausschieben.

W i l h e l m D a w e l l.

Kriegsziele.

Eine Flut von Schriften beschäftigt sich jetzt mit den Bedingungen des kommenden Friedens. Sie alle zu lesen, ist unmöglich. Man kann nur hie und da Stichproben machen.

Eine der auffallendsten der jüngsten Publikationen ist ein Schriftchen, betitelt »Deutschlands Zukunft bei einem guten und bei einem schlechten Frieden« (München 1917, J. F. Lehmanns Verlag, 48 Seiten, 1 Mark). Der Verleger sagt von ihr selbst, daß ihr »einwandfreies Lattfächermaterial in hohem Grade aufklärend wirkt«.

Sehen wir uns diese Aufklärung näher an.

Im Vorwort werden die »Kriegsziele unserer Feinde festgestellt«. Als solche werden genannt:

Vernichtung eines großen Teiles der deutschen Industrie; Elsaß-Lothringen und das linke Rheinufer fallen an Frankreich; Posen, Ost- und Westpreußen und ein Teil Schlesiens fallen an Rußland; das verkleinerte Deutschland wird in mehrere selbständige Staaten geteilt, an Kriegslasten werden Deutschland 100 Milliarden auferlegt; für jedes vernichtete Schiff muß Deutschland ein Ersatzschiff stellen, es hat somit seine gesamte Flotte auszuliefern und den Rest zu bezahlen. Wegnahme der gesamten Kriegsflotte und der Artillerie.

Leider wird nicht mitgeteilt, in welchen Äußerungen unserer Feinde diese Kriegsziele festgestellt werden. In der Antwortnote der Entente an Wilson sind sie nicht zu finden.

Noch ist das auch ganz gleichgültig, denn nachdem diese Ziele vorgeführt wurden und starke Erbitterung erzeugt haben, verschwinden sie. Die Schrift konstatiert selbst, daß die von ihr genannten feindlichen Kriegsziele keine Aussicht haben, verwirklicht zu werden. Aber, heißt es dort weiter, es genügt nicht, sie abzuwehren. Deutschland geht zugrunde, wenn es nicht »weil stärker« aus dem Kriege herausgeht, als es in ihn hineinging.

Den Grund dafür sieht das Vorwort in der Erwartung, daß Deutschland auch nach dem Kriege die ganze Welt zu Feinden haben wird:

»Wir müssen auch in Zukunft mit einer feindlichen Genossenschaft von England, Vereinigten Staaten, Frankreich, Belgien, Italien, Rußland, Balkanstaaten, Japan, unter Umständen noch Holland und Dänemark, rechnen.«

Der Verfasser rechnet nicht mit einer klugen auswärtigen Politik, die uns mindestens einige, wenn nicht alle diese Mächte zu Freunden macht. Er will »unsere Zukunft nicht von einer überlegenen auswärtigen Politik abhängig machen«, sondern nur von der überlegenen militärischen und wirtschaftlichen Kraft Deutschlands. Wir wollen mit dem Verfasser nicht rechten ob des geringen Vertrauens zu den Fähigkeiten der deutschen Staatsmänner, das er bekundet. Aber auf eines müssen wir ihn aufmerksam machen: das Bündnis mit Österreich und der Türkei ist auch eines der Produkte der deutschen auswärtigen Politik. Will der Verfasser das Schicksal Deutschlands völlig unabhängig von der auswärtigen Politik machen, es ausschließlich auf seiner militärischen Überlegenheit beruhen lassen, dann muß er Deutschland so stark machen wollen, daß es auch ohne Österreich und die Türkei der ganzen Welt nicht bloß gewachsen, sondern überlegen ist — denn nur bei großer Überlegenheit kann er sein Ziel erreichen:

»Wir müssen unseren Feinden jede Möglichkeit nehmen, in Zukunft wieder über uns herzufallen, unsere Jugend und Manneskraft zu vernichten und unser ganzes Volk auszuhungern.«

Das heißt, wir müssen Deutschland eine Stellung in der Welt verschaffen, die es unmöglich macht, daß irgendeine Koalition aller Weltmächte jemals stark genug wird, einen Krieg gegen uns zu wagen. Nur unter dieser Bedingung werden wir »unabhängig von der äußeren Politik.«

Zur Erreichung dieses Zieles verlangt der Münchener Professor Gruber, einer der Mitarbeiter an dem Schriftchen, »daß wir Kurland und Litauen in unserem Besitz behalten und, wenn irgend möglich, Livland und Estland dazu gewinnen.«

Einem anderen Mitarbeiter, Herrn Dr. Keup, genügt das noch nicht. Er verlangt noch einen weiteren Streifen Landes an unserer östlichen Grenze, »dessen Bevölkerung im Tausch gegen deutsch-russische Kolonisten umgesiedelt wird«. Sollte dieser Streifen nicht zu erlangen sein, »so muß Wilna (auch jenseits des litauischen Teiles), Grodno und Minsk unter allen Umständen als deutsches Siedlungsland in Anspruch genommen werden. Die überwiegend weißrussische Bevölkerung dieser Gebiete ... ist Rußland zu überlassen.«

»Überlassen« ist gut gesagt.

Herr Keup betrachtet diese Gebiete nur als Siedlungsland für deutsche Bauern, die dort angesiedelt werden sollen, nach Vertreibung der bisherigen Einwohnerschaft. Ein Blick auf die Karte zeigt, daß die Gouvernements Wilna, Grodno und Minsk noch eine andere Bedeutung haben: sie sperren das russische Polen von Rußland ab. Würde diese Annexion durchgeführt, dann grenzte Polen im Süden an Österreich, im Westen, Norden und Osten an deutsches Gebiet. Das bedeutete allerdings eine starke Sicherung der Bundesstreue des zu schaffenden Königreichs Polen.

Freilich gewinnt man dadurch die Feindschaft des russischen Volkes, aber das tut nichts.

»Es sei ausdrücklich festgestellt,« sagt das Vorwort, »daß das Rußland der Revolution ebenso zu unseren Feinden gehört wie das Rußland des Zaren... Die extremen Sozialdemokraten, die jetzt in Petersburg das große Wort führen, verzichten zwar auf Annexionen, wollen aber ihrerseits weder Land abtreten noch Kriegsschadigung zahlen«, und darum müssen sie zu unseren Feinden gezählt werden.

Im Westen müssen wir natürlich Belgien, »wenigstens den größten Teil seines Gebietes, militärisch, politisch und wirtschaftlich in der Hand behalten.«

»Versöhnung Frankreichs durch Güte ist unmöglich. Wir müssen daher unsere Westgrenze verschieben. Daß die Hochebene von Briey und Longwy mit ihren Erzschächten uns zufällt, gehört ebenso zu unserem militärischen Schutz wie zu unserer Kriegskostenentschädigung... Wenn irgend möglich, sollten wir auch den nördlichen Teil des Pas de Calais mit Dünkirchen, Kales (Calais) und Boonen (Boulogne) dazugewinnen.«

Die deutschen Namen sind schon da. Die weitere Verdeutschung ist Kinderspiel.

Dazu kommt überseeisches Gebiet, das Deutschland zufallen muß: Malta, Zypern, der Suezkanal, Aden, Gibraltar müssen deutsch werden. Ebenso der belgische Kongo, Portugals afrikanische Kolonien, dazu Madeira und die Azoren und Kapverdischen Inseln, sowie die Kolonien Englands und Frankreichs im tropischen Afrika, endlich Marokko und Tunis.

Österreich erhält die Walachei, ein Drittel Serbiens, Montenegro und Albanien; Bulgarien die anderen zwei Drittel Serbiens und Mazedonien sowie die Dobrudscha, die Türkei Ägypten und den Sudan.

Das Ganze soll ein Wirtschaftsgebiet ergeben, das sich selbst genügen und auf die übrige Welt pfeifen kann. Dem übrigen Europa, außer Rußland und England, bleibt nur der Anschluß und Unterwerfung unter die deutsche Führung übrig.

Um aber dies Gebiet auch ordentlich auszunutzen zu können, braucht man materielle Mittel. Zweihundert Milliarden Kriegssentschädigung sind an Deutschland zu zahlen, 150 Milliarden an seine Verbündeten.

Natürlich sind diese enormen Summen nicht ganz in barem Gelde zu entrichten. Das wäre unmöglich. Die Bezahlung muß zum Teil in natura erfolgen, in der Lieferung von Rohstoffen und durch Abtretung eines Teiles — etwa der Hälfte — der feindlichen Handelsflotten sowie von Eisenbahnen, Bergwerken usw. Die Mittelmächte sollen dann zum Beispiel über eine Handelsflotte von etwa 18 Millionen Tonnen verfügen gegen 7 Millionen vor dem Krieg, unsere Feinde insgesamt über 11 Millionen gegen 28 Millionen vorher.

Diesen lachenden Ausblicken stellt die Schrift eine Zusammenstellung der Verluste gegenüber, die das Deutsche Reich im Kriege erfahren hat, und kommt zu dem Schlusse, daß es den Lasten, die ihm dieser aufbürdet, erliegen muß, daß es »refunktionslos zum Niedergang verurteilt« ist, wenn nicht unsere Feinde die Zehne bezahlen. So übertrieben diese letztere Darstellung der Kriegsschäden in vielem ist, sie enthält unzweifelhaft viel Wahres.

Alles das ist mit Tabellen und graphischen Darstellungen und Karten sehr eindringlich zur Anschauung gebracht. Im Grunde wäre jedoch ein so großer Aufwand an Material gar nicht nötig, um zu beweisen, was die Verfasser beweisen wollen. Daß ein Volk militärisch und wirtschaftlich enorm gewinnt, wenn ihm 200 Milliarden an Werten, über 20 Millionen Quadratkilometer Land, über 10 Millionen Tonnen Schiffsraum zufallen, bedarf keines weiteren statistischen Nachweises. Und daß wir nach dem Kriege viel Geld und manches andere brauchen könnten, steht auch fest. Leider ist mit dieser Konstatierung das Problem nicht gelöst, sondern erst gestellt. Verbrennt einem Bauern seine unversicherte Hütte mit all seiner Habe, dann nützt es ihm gar nichts, wenn ein paar Professoren und Privatdozenten kommen, um ihm nachzurechnen, wie viele tausend Mark er unbedingt haben müsse, um wieder in die Höhe zu kommen, sofern sie ihm nicht angeben, wie er zu dieser Geldsumme gelangen kann.

Aber diesen entscheidenden Punkt sind aber die Herren Verfasser auffallend schweigsam. Wir wollen mit ihnen nicht über Grundsätze rechten, sondern die Dinge von ihrem eigenen Standpunkt rücksichtsloser Machtpolitik aus beurteilen. Da ist es doch klar, daß die Friedensbedingungen, die sie aufstellen, nur von einem Gegner erreicht werden können, der zerschmettert am Boden liegt. Und es ist weiter klar, daß der Gegner in diesem Falle die ganze Welt ist, Amerika inbegriffen. Ja, dieses erscheint Herrn Professor Gruber im Moment als der Hauptfeind, England nur noch als sein Werkzeug, wie früher Rußland als Englands Werkzeug erschien und noch früher Frankreich als Rußlands Werkzeug. Gruber erklärt, wenn Deutschland nicht das durchsetzt, was er den »deutschen Frieden« nennt, das heißt die hier schon mitgeteilten Bedingungen, dann müßten wir uns

»endgültig der Willkür der amerikanisch-englischen Geldmacht unterwerfen, die in Zukunft von New York aus die Welt regieren und Englands Seegewalt als ihren Polizeibüffel verwenden wird... Der amerikanische Geldkönig, der erbarmungslosste und fälschste aller Herrscher, wäre Herr der Erde.«

Wie dieser furchtbaren Macht beizukommen, davon handeln nur ein paar Zeilen der Schrift:

»Großadmiral Tirpitz erklärte seinerzeit, daß sechs Monate nach Beginn des rücksichtslosen U-Bootkrieges England in die Knie gerungen sei. Er mußte sein Amt niederlegen, und der Krieg dauert fort. Jetzt hat unser Kaiser den rücksichtslosen U-Bootkrieg befohlen, und der Krieg wird in wenigen Monaten beendet sein. Es war bekanntlich in der Rede vom 31. Januar dieses Jahres, daß der Reichskanzler den rücksichtslosen U-Bootkrieg ankündigte.

Die Friedensbedingungen, die für den »deutschen Frieden« aufgestellt werden, gehen viel weiter als jene, die Bismarck 1871 dem geschlagenen Frankreich auf-

erlegte. Dieser verlangte bloß lumpige 4 Milliarden und ein Gebiet von 14 500 Quadratkilometern, das überwiegend von einer deutsch sprechenden Bevölkerung bewohnt wurde, die keineswegs dem Gegner »überlassen« werden sollte. Es wäre Bismarck nie eingefallen, diese Forderungen aufzustellen, solange er noch einen kampffähigen Gegner vor sich zu sehen glaubte. Er stellte sie erst, als alle regulären französischen Armeen geschlagen, gefangen oder in festen Plätzen (Metz, Paris) eingeschlossen waren; als Frankreich sich für besiegt erklärte und um Frieden bat. Und auch dann noch genügte das Bekanntwerden jener Bedingungen, ganz Frankreich zu verzweifelter Abwehr aufzupeitschen, so daß der eigentliche, schwerste Teil des Krieges erst begann und noch fünf Monate lang währte.

Eine Reihe von Machtpolitikern Deutschlands zieht es denn auch bisher vor, über die Friedensbedingungen vorläufig zu schweigen. Ihr Wahlpruch ist: Durchhalten bis zum Siege. Haben wir gesiegt, dann wollen sie die deutschen Friedensbedingungen kundgeben. Sie wollen von der Größe des Sieges das Ausmaß der »materiellen Garantien« abhängig machen, das sie fordern, wollen aber nicht vorher schon die Widerstandskraft der Gegner durch die Bekanntmachung ihrer Kriegsziele aufs höchste steigern.

Grundsätzlich haben sie jedoch gegen den deutschen Frieden, wie ihn die vorliegende Schrift entwickelt, nichts einzuwenden.

Sie wirkt sicher aufklärend für jeden, der kritisch zu lesen versteht. K. K.

Literarische Rundschau.

Das Recht der Organisationen im neuen Deutschland. I. Koalitionsrecht und Strafrecht. Im Auftrag des Vorstandes der Gesellschaft für soziale Reform herausgegeben vom Unterausschuß für Arbeitsrechte. Schriften der Gesellschaft für soziale Reform, 56. Heft. (7. Band, 1. Heft.) Jena 1917, Verlag Gustav Fischer. IX und 67 Seiten. 1 Mark.

Wer sich über die sogenannte »Neuorientierung« keinen Illusionen hingibt, kann nicht im Zweifel sein, daß die Gewerkschaften, sobald sie wieder zu Organen des Klassenkampfes werden, auch im »neuen« Deutschland genau denselben Drangalien ausgesetzt sein werden wie vor dem Kriege. Alsdann wird auch das in den letzten Jahren vor dem Krieg erfolgte Trommelfeuer von Gesetzesvorschlägen zur weiteren Erschwerung der Arbeiterkoalitionen seine Fortsetzung finden. Die vorliegende, von der Gesellschaft für soziale Reform veranlaßte Broschüre ist deshalb trotz des »Burgfriedens« durchaus aktuell. Sie stellt unter Berücksichtigung und Kritik der verschiedenen Strafgesetzentwürfe eine Reihe von Forderungen auf, die zum Schutze des Koalitionsrechts zu erheben sind. Neues und Vollständiges wird freilich nicht geboten. So fehlt die wichtige Forderung nach Aufhebung der zahlreichen bundesstaatlichen Einschränkungen des Koalitionsrechts, zum Beispiel des preußischen Gesetzes vom 24. April 1854, das den Streik der Landarbeiter und des Gesindes unter Gefängnisstrafe stellt, des preußischen Pressgesetzes mit seinem in manchen wirtschaftlichen Kämpfen gegen die Arbeiter angewandten Plakatparagraphen usw. Die wichtige Materie der Streikpostenverbote wird nur gestreift. Auf das schärfste muß dagegen protestiert werden, daß auf S. 9 der Schrift die von den Strafrechtswissenschaftlern in ihrem Strafgesetzentwurf vorgeschlagene Formulierung, wonach für den Tatbestand der Erpressung das Erstreben eines dem Rechte zuwiderlaufenden Vermögensvorteils für ausreichend erachtet wird, gebilligt und ihr nachgesagt wird, sie beseitige die gerügten Mißstände des geltenden Strafrechts. Tatsächlich kann davon keine Rede sein, da die Praxis sicherlich durch Androhungen erstrebte, nicht einklagbare Vermögensvorteile, zum Beispiel die durch Androhung eines Streiks oder Boykotts erstrebte Lohnerhöhung, als »dem Rechte zuwider-

laufend« ansehen wird. Auch sonst zeigt sich in dem Buche an vielen Stellen eine Vertrauensseligkeit, die mit der an manchen anderen Stellen durchschimmernden Erkenntnis in merkwürdigem Widerspruch steht. So, wenn auf S. 8 der Vorwurf, daß das Reichsgericht eine Ausnahmerechtsprechung zuungunsten der Arbeiterklasse eingeführt hat, schärfstens als »Demagogie« zurückgewiesen wird, nachdem auf S. 2 und 3 der Schrift ausdrücklich festgestellt ist, daß das Reichsgericht Arbeitgebern gegenüber »den gerade entgegengesetzten Standpunkt vertritt« als gegenüber den Arbeitern. Mit dem Lobe der Kriegsrechtsprechung den Gewerkschaften gegenüber kontrastiert eigentümlich die Tatsache, daß gleichzeitig mit der Broschüre ein Urteil des Landgerichts Leipzig veröffentlicht ist, das einen Gewerkschaftsvertreter wegen Erpressung zu Gefängnis verurteilte. S. W.

Alfons Pehold, *Sil, der Wanderer, Erzählungen*. Konstanz am Bodensee, Neuf & Jtta. 2. Band der Rheinbornbücher. Preis 1,50 Mark.

Die Ehrungen, die dem auch sonst schon literarisch ausgezeichneten österreichischen Proletarierdichter unlängst durch den Wiener Stadtrat wurden, sind durch seine bisherigen lyrischen und epischen Dichtungen vollauf verdient. Was beweist auch von neuem sein vorliegender Novellenband. Meist ist es wohl Erlebtes und Selbstgeschautes, was den Grundstock für die abgehandelten Erzählungen hergab; dem rein Fabulierten begegnet man in dem neuen Buche nur wenig. So wirkt denn auch der ganze Inhalt ungemein frisch und lebenswahr. Bilder sind es zum meist, die aus der Tiefe des Großstadtlebens geschöpft sind: Armenüberlebensgeschichten, Proletariermütterelend, ringendes Arbeitertum. Alles umspielt ein goldiges Verstehen, ein ergreifendes Mitempfinden, geläutert und beseelt von einem tiefwurzelnden sozialen Verständnis. Aber das macht diese Skizzen noch nicht zu Kunstwerken. Sie stehen kalt und rissen weniger zur warmen Anteilnahme mit, wären sie nicht so ungemein fein auf ihre besten und tiefsten Wirkungen hin erzählt. In kurzen, knappen Strichen sind die Situationen meist hingeworfen, alle verbrämten Beiworte sind mit einer gewissen Absichtlichkeit beiseite gelassen. Saß ist an Saß gefügt mit einer Monumentalität, die an die Plastiken Meuniers erinnert. Dazu weiß der Dichter liebe, linde Worte zu finden, wenn er stumm getragenes Alltagsleid schildert. Mit einer scheuen Behutsamkeit, die wohl das beste Zeugnis für sein dichterisches Können ist, schildert er die Seelenqualen des armen, verwachsenen Mädchens, malt er die zartgekönten Stimmungen der Winternacht, pinselt er die kontrastreichen Konturen des Spätnachmittags. Die klangvolle Musik süddeutschen Dialekts unterstreicht dieses Anschmiegsame, erhöht seine Wärme und gibt dem Milieu eine eigene, kräftige Prägung. Am gewaltigsten aber wirkt die Gestalt der hochschwangeren Frau in der Straßeneinräumerhütte, die der Dichter vor die roten Backofenluftstrahlen brotberetend hingestellt hat gerade im Augenblick, da ihre schwere Stunde kommt (»Eine Frühlingsnacht«). Die letzte Skizze: »Sil, der Wanderer« hat dem Buche den Titel gegeben: eine in indischer Art gehaltene Allegorie; um sie schwingt Ewigkeitshauch, und doch streift gerade sie wohl am allerdeutlichsten die furchtbare Gegenwart: »Unter den brennenden, mordgerigen Menschen war immer einer, der einen Faden von Tuch in den Läften schwang. Dieser Mann kreischte befehlende Worte und schrie denen, die ermordet wurden, und denen, die sich ihrer Güter beraubt sahen, in die Ohren: Ich bringe euch die Zivilisation!« Nur nachdenklich und zögernd legt man das dünne Büchlein aus den Händen, erschütterter von den Schicksalen, die selbgeschliffene Dichtkunst so ergreifend und tief aufwühlend zu schildern vermochte. Die deutsche Arbeiterschaft aber, die so manche kulturelle Großtat angeregt und verwirklicht hat, kann mit Freude und Stolz auf die Schöpfungen des Wiener Proletarierdichters blicken.

L. L.

Die Neue Zeit

Wochenschrift der Deutschen Sozialdemokratie

2. Band Nr. 13

Ausgegeben am 29. Juni 1917

35. Jahrgang

Nachdruck der Artikel nur mit Quellenangabe gestattet

Osterreich und Serbien.

Von R. Kaufsky.

1. Das Werden des Kaiserstaats.

Wir haben in einer früheren Untersuchung die allgemeinen Grundsätze dargelegt, die für die internationale Sozialdemokratie bei der Beurteilung nationaler Fragen in Betracht kommen. (In der Artikelserie über »Die Befreiung der Nationen«, Nr. 7 bis 12 der Neuen Zeit.)

In den folgenden Ausführungen soll gezeigt werden, welche Konsequenzen sich für uns aus der Anwendung jener Grundsätze auf einzelne konkrete Fälle geplanter oder geforderter Grenzveränderungen ergeben, die der Krieg aktuell gemacht hat. Wenn ich sage, für »uns«, so meine ich damit nicht das deutsche Volk, sondern die internationale Sozialdemokratie. Nur die Gesamtinteressen des internationalen Proletariats, nur seine große historische Aufgabe, die Aufhebung aller Gegensätze der Klassen und Nationen, kommen für uns in Betracht, nicht das, was man als das gemeinsame Interesse aller Klassen einer einzelnen Nation betrachtet.

Zum Ausgangspunkt unserer Untersuchung nehmen wir den Ausgangspunkt des Krieges, das Verhältnis zwischen Osterreich und Serbien.

Schon hier, beim Beginn des Weltkrieges, stoßen wir auf die Unmöglichkeit, ihn durch Beschränkung auf die Formel des imperialistischen Krieges völlig zu erfassen. Kein Zweifel, auf der einen Seite, bei Osterreich, waren imperialistische Triebkräfte stark tätig. Aber es waren nicht die einzigen. Neben ihnen machten sich noch andere geltend, die aus der vorimperialistischen Zeit stammten. Auf der anderen Seite aber, in Serbien, kann von Imperialismus überhaupt nicht gesprochen werden, man wollte denn jedes Ausdehnungsstreben als Imperialismus bezeichnen, wodurch dann dies Wort aufhören würde, irgend etwas zu erklären. Es besagte dann nichts, als daß das Streben der Staaten nach Ausdehnung eine Folge ihres Ausdehnungsstrebens sei.

Eine wissenschaftliche Erklärung des jetzigen Krieges bietet der Imperialismus nur dann, wenn man ihn betrachtet als die Erscheinungsform der Politik einer bestimmten Art des Kapitalismus, des »Finanzkapitals«, um mit Hilferding zu sprechen, das in den achtziger und neunziger Jahren des vorigen Jahrhunderts in den höherentwickelten Ländern der kapitalistischen Produktionsweise zur Herrschaft kam.

In der vorhergehenden Periode des Kapitalismus, in der das industrielle Kapital in einfacheren Formen herrschte, war die Bourgeoisie liberal gesinnt und strebte sie den Nationalstaat an. In der Periode des Imperialismus läßt sie den Liberalismus fahren und sucht sie den Staat über den Nationalstaat hinaus zu erweitern, durch Angliederung rechtsloser oder minderberechtigter Gebiete, Kolonien oder Schutzstaaten.

Wo zwei kapitalistisch hochentwickelte Staaten bei diesem Streben in Kampf um eine Beute geraten, kann man von einem rein imperialistischen Kriege reden.

Anderes verhält sich die Sache dagegen dort, wo ein kapitalistisch höherentwickelter Staat in seinem imperialistischen Streben nach Ausdehnung in Konflikt mit einem ökonomisch rückständigen Staat gerät, der noch in dem vorimperialistischen Stadium des Strebens nach dem Nationalstaat steht. Der Konflikt kann auf beiderseitigem Ausdehnungsdrang beruhen, wird aber dadurch nicht zu einem rein imperialistischen. Er ist vielmehr ein Konflikt zwischen Imperialismus und nationaler Selbstbestimmung.

In einem rein imperialistischen Konflikt kann es dem Proletariat gleichgültig sein, welchem Teil die Beute zufällt. Wem Marokko oder der Kongo gehören sollte, darüber wurde in der internationalen Sozialdemokratie nicht gestritten.

Wo dagegen Imperialismus und nationale Selbstbestimmung in Konflikt miteinander kommen, ist der Ausgang für die internationale Sozialdemokratie nicht gleichgültig. Sie hat das stärkste Interesse daran, daß die Demokratie nirgends verkürzt wird. Das zeigte sie schon im Burenkrieg, der von Seite Englands ein imperialistischer Krieg war, nicht von Seite der Buren.

Dabei sind wir aber keine Nationalisten, die den nationalen Konflikt als eine rein lokale Angelegenheit betrachten, die bloß die betroffene Nation angeht. Die Politik der Sozialdemokratie muß Weltpolitik sein, freilich in ganz anderem Sinne, als die Imperialisten das Wort auffassen; nicht eine Politik, die außerhalb der eigenen Nation in aller Welt Quellen der Macht und Ausbeutung sich zu eigen zu machen sucht, sondern eine Politik, die nie die Verhältnisse und Bedürfnisse der eigenen Nation für sich isoliert oder vor den anderen bevorzugt betrachtet, sondern stets die Rückwirkung des nationalen Tuns für die Gesamtheit der Völker im Auge behält und die Verhältnisse und Bedürfnisse dieser Gesamtheit zu ihrem obersten Leitstern macht.

Diese Art der Weltpolitik ist nie sehr einfacher Natur. Auch für das volle Verständnis des österreichisch-serbischen Konflikts wird es notwendig, etwas weiter auszuholen, um die Bedeutung der österreichischen Politik klar erkennen zu lassen.

Jahrhundertelang wurde die Politik des Hauses Habsburg dadurch gekennzeichnet, daß es seine Kräfte im Nachjagen nach zahlreichen, zum Teil unerreichbaren Objekten zersplitterte und schwächte.

Das siebzehnte und achtzehnte Jahrhundert bilden das Zeitalter des Absolutismus. Die alte Feudalgesellschaft verfällt, die Geldwirtschaft des Kapitalismus macht sich immer breiter in ihr. An Stelle der undisziplinierten Aufgebote ökonomisch unabhängiger Feudalherren und an Stelle ihrer Verwaltung des Staates treten besoldete Heere und besoldete Staatsbeamte, beide gänzlich abhängig von der Monarchie. Die Städte erstarken. Dort, wo der Feudaladel noch kräftig ist und sie bedrängt, unterstützen sie ihm gegenüber die Macht des Landesherrn. Dessen Machtfülle steigt während des angegebenen Zeitraums in allen Staaten Europas, ausgenommen England, wo Armee und Bureaucratie keine entscheidende Stellung erlangen, und Polen, wo keine städtische Bourgeoisie von Belang aufkommt.

Auch die Habsburger errangen in dieser Zeit die absolute Gewalt im Staate, aber nicht so vollständig, wie sie wünschten. Denn sie waren Herren nicht in einem, sondern in zwei staatlichen Gebilden. Einmal in den Erblanden, dem Kreis von Besitzungen, den sie, ausgehend von dem Erzherzogtum Osterreich, um dieses herum nach und nach durch Eroberung, Heirat, Erbvertrag erworben hatten. Ungarn wird nach dem Sprachgebrauch nicht zu ihnen gerechnet. Dann aber im Deutschen Reich, dessen erwählte Kaiser sie herkömmlischerweise waren.

In den Erblanden gelang ihnen die Aufrichtung des Absolutismus jezt vollständig. Den rebellischen Adel Osterreichs und Böhmens warfen sie in den Kämpfen nieder, die den Dreißigjährigen Krieg einleiteten. Schwerer wurde es ihnen, mit dem ungarischen Adel fertig zu werden, der sich nach jeder Niederlage früher oder später immer wieder von neuem erhob. Völlig aber scheiterten sie in ihren Versuchen, die kaiserliche Macht im Deutschen Reiche aufrechtzuhalten. Sie mußten sich gefallen lassen, daß die absolutistischen Tendenzen der Zeit dort nicht dem Kaiser, sondern den einzelnen Landesfürsten absolute Macht verliehen, so daß das Kaisertum immer mehr zu einer bloß dekorativen Rolle herabsank. Trotzdem suchten sie ihren Einfluß im Reiche zu wahren, auf die Machtmittel ihres Erbstaats gestützt. Dabei gerieten sie aber in zusehendem Gegensatz zu jenem Staate, der seit der Zeit des Großen Kurfürsten (1640 bis 1688) im Deutschen Reiche der bedeutendste nach Osterreich war, wenn er sich auch noch lange nicht mit diesem messen konnte — zu Preußen.

Bei der Thronbesteigung Friedrichs II. umfaßte Preußen etwas über 2000 Quadratmeilen, Osterreich über 9000, das Gebiet des nächstgrößten Staates des Reiches, Bayerns, machte keine 1000 Quadratmeilen aus. Durch die Verbindung einmal mit Frankreich, dann mit Rußland wußte Preußen trotz seiner Kleinheit sein Gebiet auf Kosten größerer Nachbarn zu mehren, sowohl Polens wie Osterreichs.

Sich im Deutschen Reich und später im Deutschen Bund als führende Macht zu behaupten und Preußen im Schach zu halten, das war die eine historische Aufgabe, die die Habsburger in den letzten Jahrhunderten bis 1866 verfolgten und der sie einen großen Teil ihrer Kraft opferten.

In diesem Streben ebenso wie in dem nach Durchsetzung des Absolutismus in den eigenen Ländern fühlten sie sich gefördert durch die katholische Kirche.

Bis ins achtzehnte Jahrhundert hinein bildete die kirchliche Organisation in Europa die stärkste Herrschaftsorganisation. Der aufkommende Absolutismus suchte sich ihrer zu bemächtigen. Die ihm widerstrebenden Elemente trachteten ihm eine gegensätzliche religiöse Organisation entgegenzusetzen. In Spanien und Frankreich machten die Monarchen den katholischen Klerus von sich abhängig und verwandelten ihn in ein Werkzeug ihrer Macht. Dafür wurden sie fanatische Katholiken. Das gleiche war bei den Habsburgern in Osterreich der Fall. Auf der anderen Seite sahen gegenüber den absolutistischen Bestrebungen die widerspenstigen Abtinen und Städte in einer rebellischen Religion, dem Calvinismus, ihr Heil. Er war die Religion der Hugonotten Südfrankreichs wie der aufständischen Niederländer sowie die des widerhaarigen östereichischen, böhmischen, ungarischen Adels. Auch die Abtinen und Städte Schottlands, die sich gegen die dem Katholizismus er-

gebenen Stuarts wendeten, waren Calvinisten, ebenso wie die rebellischen Bürger und Proletariat Englands, die weder vom Katholizismus noch von der anglikanischen Staatskirche etwas wissen wollten.

Der Lutheranismus dagegen war die auf die besonderen Bedürfnisse des deutschen Landesfürstentums zugeschnittene Religion. Er wendete sich gegen die katholische Kirche, die dem Kaiser diente, ebenso wie gegen die Untertanen, die dem Landesherrn gegenüber Selbständigkeitsgelüste verspürten. Er rechtfertigte die Empörung der Reichsfürsten gegen den Kaiser und den unbedingten Gehorsam der Masse gegenüber dem lokalen Fürsten.

Die Habsburger wurden die Vorkämpfer des Katholizismus, sowohl gegenüber dem Calvinismus in ihren Erbländern wie gegenüber dem Lutheranismus im Reiche. In den Kämpfen gegen die Calvinisten siegte ihr katholischer Eifer. In den Kämpfen gegen die Lutheraner dagegen half er ihnen nichts.

Die deutschen Lutheraner gewannen einen Bundesgenossen an einer katholischen Macht, Frankreich.

Als Kaiser des Deutschen Reiches gerieten die Habsburger in Konflikt nicht nur mit den deutschen Fürsten, namentlich den Hohenzollern, die auf Kosten der kaiserlichen Gewalt auskommen wollten, sondern auch mit dem machtvollen Königtum Frankreichs, das ein Interesse daran hatte, mit einem schwachen Nachbarn zu tun zu haben, und daher die Zerrissenheit Deutschlands förderte, die Auflehnung der deutschen Fürsten gegen den Kaiser begünstigte.

Weniger wichtig war, daß Frankreich sein Gebiet auf Kosten des Deutschen Reiches und zum Teil direkt auf Kosten der Habsburger, die im Elsaß Besitzungen hatten, zu erweitern suchte.

Eine weitere Quelle steter Konflikte mit Frankreich wurde von den Habsburgern durch ihren Anteil an der spanischen Erbschaft geschaffen. Diese geht auf die erfolgreichsten Zeiten der habsburgischen Heiratspolitik zurück. Der Habsburger Maximilian I. heiratete 1477 Karls des Kühnen Tochter und Erbin und gewann dadurch zu den österreichischen Ländern das große und blühende burgundische Reich, dessen wichtigsten Bestandteil die Niederlande bildeten. Sein Sohn Philipp heiratete Johanna, Tochter Ferdinands von Aragonien und Isabella von Kastilien. Mit ihr erlangten die Habsburger nicht nur Spanien, sondern auch seinen reichen Besitz in Italien und in Amerika und Indien. Sein Sohn Karl, dem alle diese ungeheuren Gebiete zufielen, konnte von sich sagen, daß in seinem Reiche die Sonne nicht untergehe.

Die Interessen der verschiedenen Teile des Riesenreiches waren zu verschieden, als daß sie dauernd von demselben Monarchen gewahrt werden konnten. Die Habsburger teilten daher ihr Land, Karl I. beilegte die Niederlande und Spanien mit seinen Besitzungen. Die österreichischen Erblande trat er 1521 seinem Bruder Ferdinand ab, der sich beeilte, sie wieder durch eine kluge Heirat zu vergrößern, indem er Anna heiratete, die Tochter Wladislaw's von Böhmen und Ungarn. Im Jahre 1526 fielen dadurch diese beiden Länder den Habsburgern zu.

So wurden in jenen schönen Zeiten Reiche geschaffen. Kein Mensch dachte an die »Selbstbestimmung der Nationen«.

Die spanische Linie der Habsburger starb 1700 aus. Um das Erbe erhob sich nun ein wütender Kampf zwischen den österreichischen Habsburgern und

Ludwig XIV. von Frankreich, dem Sohn einer spanischen Prinzessin. Ludwig beanspruchte den erledigten Thron für seinen zweiten Enkel Philipp, der Kaiser für seinen zweiten Sohn Karl. Gegen das übermächtige Frankreich und für den Kaiser trat England auf, das sich damals schon von dem Gedanken des europäischen Gleichgewichts leiten ließ und daher dem übermächtigen Frankreich entgegenwirkte. Als aber infolge des Todes seines Bruders der den spanischen Thron beanspruchende Habsburger Karl der Herr der österreichischen Länder und deutscher Kaiser wurde, fürchteten die Engländer, die Habsburger könnten durch Vereinigung des spanischen Besitzes mit dem österreichischen die Obermacht in Europa gewinnen, und schlossen daher mit Frankreich Frieden. Der Bourbonne Philipp durfte das spanische Reich behalten unter der Bedingung, daß die spanische und die französische Krone nie vereinigt würden. Osterreich bekam die spanischen Niederlande (Belgien) sowie die spanischen Besitzungen in Italien.

Dieser Gewinn wurde zu einer neuen Quelle steter Reibungen mit Frankreich. Die italienischen Ansprüche der Habsburger entzogen ihnen nun ebenso sehr wie ihre deutschen Aspirationen die Kraft zur Erfüllung jener historischen Aufgabe, an der ihren Untertanen damals am meisten lag, die auch im deutschen Volke ein starkes Interesse an der Größe und Kraft der habsburgischen Monarchie erwecken ließ: **d e m K a m p f g e g e n d i e T ü r k e n.**

2. Osterreich und die Türken.

Die Türken, ein kriegerisches Nomadenvolk aus Zentralasien, drangen im dreizehnten Jahrhundert über Persien nach Kleinasien vor, wo sie einen Staat begründeten, den sie als Kriegerkaste beherrschten und ausschließlich kriegerischen Zwecken dienstbar machten. Bald setzten sie sich auf der Balkanhalbinsel fest, zerstörten die Reste des byzantinischen Reiches und seiner Kultur, wurden überall, wohin sie gelangten, zur Geißel der Menschheit.

Im Anfang des sechzehnten Jahrhunderts überschritten sie bei Belgrad die Donau, sie wurden zu einer Gefahr für Ungarn, das 1526 in der Schlacht bei Mohacs an sie verloren ging, in derselben Schlacht, in der Ungarns letzter selbständiger König Ludwig II. das Leben verlor, wodurch Ungarn an den mit Ludwigs Schwester Anna vermählten Habsburger Ferdinand kam. Die Habsburger erlangten Ungarn nur, um es an das Türkische Reich zu verlieren, mit dem sie nun um die Beute mit wechselndem Glücke kämpften.

In dieser Abwehr der türkischen Invasion verfochten sie die Interessen nicht bloß ihrer Erbländer, sondern auch die Deutschlands, das von den Türken bedroht war, sobald es diesen gelang, das habsburgische Bollwerk zu überrennen.

Doch die Habsburger, von deutschen und italienischen Händeln in Anspruch genommen, brachten im allgemeinen nur wenig Kraft für ihre internationale Kulturaufgabe gegenüber dem Osten auf. Nur mit Mühe gelang es, die Türken an der Eroberung Wiens zu hindern, das zweimal von ihnen belagert wurde, 1529 und 1683.

Wenn es schließlich dazu kam, die Türken dauernd zurückzudrängen, so rührte dies nicht daher, daß die Habsburger ihre Kraft nach Osten konzentrierten, sondern daher, daß die Kraft der Türken rasch verfiel.

Dieser barbarische Kriegerstaat erzeugte Bedingungen, die eine industrielle wie eine wissenschaftliche Entwicklung unmöglich machten und sogar

dem Handel große Schwierigkeiten bereiteten. Es war gerade das Vordringen der Türken, das den Landweg von Europa nach Indien unterband, die Völker des Westens drängte, neue Wege zur See nach Indien zu suchen, wodurch das Zeitalter der Entdeckungen eingeleitet, die Welt mit einem Schlag enorm erweitet und ihr ökonomischer Schwerpunkt vom Mittelmeer an den Atlantischen Ozean verlegt wurde. Alles das brachte das ökonomische Leben in den türkischen Besitzungen zum Erstarren, während gleichzeitig in Europa ein Zeitalter des größten wissenschaftlichen und industriellen Aufschwunges anhub.

Dieser wachsende Gegensatz zwischen dem rasch aufsteigenden Westen und dem verfallenden Osten äußerte seine Wirkungen auch in den Finanzen und dem Kriegswesen, das ohne Geld, ohne Wissen, ohne Industrie nicht mehr konkurrenzfähig blieb. Der türkische Soldat behielt die Eigenschaften, die ihn zum gefürchtesten Europas gemacht hatten, seine wilde Todesverachtung und seine zähe Ausdauer, aber diese Eigenschaften allein entschieden nicht mehr die Schlachten. Aus einem Gegenstand des Schreckens wurden seit dem achtzehnten Jahrhundert die Türken bald ein Gegenstand des Mitleids.

Zum letzten Male flößten sie der Christenheit Furcht ein, als sie Wien zum zweiten Male belagerten, 1683. Seitdem sie dort geschlagen waren, erlitten sie rasch Niederlage auf Niederlage. Im Frieden von Karlowitz 1699 wurde bereits ganz Ungarn befreit.

Nach neuerlichem Kriege erlangte Oesterreich im Frieden von Passarowitz (1718) sogar über Ungarn hinaus Gebiete, um die es heute wieder kämpft, den Norden Bosniens sowie ein großes Stück Serbiens und der Walachei. Doch in einem späteren Kriege blieb ihm das Glück nicht treu, im Frieden von Belgrad 1739 mußte es die Eroberungen von Passarowitz wieder herausgeben.

Wohl ging der Verfall der Türkei weiter, aber Oesterreich kam nicht so bald mehr in die Lage, ihn auszubeuten. Ein Jahr nach dem Belgrader Frieden gelangte Friedrich II. in Preußen gleichzeitig mit Maria Theresia in Oesterreich auf den Thron. Nun begann das jahrzehntelange Ringen der beiden, das Oesterreichs ganze Kraft in Anspruch nahm. Noch waren seine Wunden nicht verheilt, da brach die französische Revolution aus und rief die Monarchie der Habsburger auf den Plan, sowohl zur Durchsetzung der Gegenrevolution in Frankreich wie zur Behauptung ihrer durch die Ausbreitung der Revolution bedrohten Position in Italien.

Nach dem furchtbaren Ringen der Napoleonischen Kriege kam Ruhe für Europa, aber eine Ruhe sehr äußerlicher Art. Die demokratische Bewegung sprang von Frankreich nach Deutschland und Italien über und nahm hier wie dort einen nationalen Charakter an. Und hier wie dort fühlte sich Oesterreich durch sie bedroht. Sein Staatsmann Metternich wurde zur Verkörperung der Reaktion. Nach 1848 konnte dann eine Art Einigung Deutschlands und Italiens durch Kriege gegen Oesterreich durchgesetzt werden, 1859 und 1866.

Nun erst, nachdem es definitiv aus Deutschland und Italien herausgeworfen war, konnte es seine ganze Kraft wieder dem nahen Orient zuwenden.

Aber dort hatte sich die Situation gänzlich gewandelt. Die Türkei hatte nicht nur aufgehört, eine G e f a h r, sie schien auch aufgehört zu haben, eine

Beute für Osterreich zu sein. Die Erhaltung der Türkei wurde jetzt seine Aufgabe. Die große Gefahr von Osten drohte ihm nicht mehr vom Sultan, sondern vom Zaren.

3. Rußland und die Türkei.

Das Moskauer Reich war der Erbe der Tataren, die über zwei Jahrhunderte lang, bis zum Ende des fünfzehnten Jahrhunderts, den größten Teil des eigentlichen Rußland beherrschten und dort ein absolutes Regime aufgerichtet hatten. Die Moskauer Fürsten dehnten zuerst ihre Herrschaft aus mit Hilfe der Tataren, als deren treueste Diener. Als sie aber erstarkt waren und die Tataren ihre Kraft verloren hatten, warfen sie deren Joch ab und wurden Rußlands »Befreier«, das heißt seine unumschränkten Despoten.

Das Selbstherrschertum der Moskauer Zaren hatte manche Züge mit jenem Absolutismus gemein, der sich seit dem fünfzehnten Jahrhundert in Westeuropa unter dem Einfluß des aufstrebenden Kapitalismus entwickelte, andere Züge aber mit dem orientalischen Despotismus, der auf dem Fehlen des Kapitalismus, auf dem agrarischen Dorfkommunismus beruht. Das russische Reich wies in seinen Anfängen nicht geringe Ähnlichkeit mit dem türkischen auf, entging aber doch der Starrheit und Unfruchtbarkeit, der vollständigen ökonomischen und geistigen Verödung, die das türkische Regime kennzeichnete. Natürlich hat auch der russische Despotismus den ökonomischen und sozialen Aufstieg seines Landes sehr erschwert und langsam genug gemacht. Doch machte er nicht jede Entwicklung unmöglich, wie der Despotismus des Sultans noch im vorigen Jahrhundert.

Eine der Ursachen der größeren Entwicklungsfähigkeit, die der russische vor dem türkischen Staat voraus hatte, sehen wir in der kirchlichen Organisation. Die beiden Staaten waren zu der Zeit, in der sie in Berührung mit Europa kamen, in einem Stadium, in dem die Kirche mehr als die Sprache ein Mittel wird, die Menschen zu vereinigen und zu trennen. Als Bekenner des Islam standen die Türken der europäischen Kultur verständnislos und abweisend gegenüber. Die Russen waren dagegen Christen, gehörten als solche dem europäischen Kulturkreis an. Wohl war ihre Kirche nicht die römisch-katholische, sondern die griechische, die Kirche des ehemaligen byzantinischen Reiches, die ihren Mittelpunkt in Konstantinopel gehabt hatte und die Christen Osteuropas umfaßte. Immerhin war die Absonderung des Ostens vom Westen Europas, die dadurch erzeugt wurde, nicht so tiefgehend wie die zwischen Christenheit und Islam.

Vom Beginn des neurussischen Reiches an suchten seine Selbstherrscher abendländische Industrie und abendländische Intelligenz in ihren Dienst zu ziehen. Peter der Große war nicht der erste, der in dieser Weise vorging. Er war nur derjenige, der es am intensivsten und konsequentesten betrieb. Die russischen Zaren haben dadurch, im Gegensatz zu den Sultanen der Türkei, ihre Kraft zeitweise gewaltig gesteigert, aber freilich dabei auch die Elemente selbst großgezogen, die ihrer Herrschaft ein gründliches Ende bereiten sollten. Da die russische Intelligenz ebenso wie der russische industrielle Kapitalismus nicht langsam im Lande selbst aus den gegebenen Verhältnissen erwachsen, sondern nach hochentwickelten ausländischen Mustern gebildet wurden, nahmen sie leicht die jüngsten und vollkommensten Formen europäischer Industrie und europäischen Denkens an. Von primitiver Hausindustrie schritt man in

Rußland gleich zu Riesenbetrieben; von beschränktestem Aberglauben und willenloser Ergebenheit gegenüber den Behörden zu den radikalsten und kühnsten Gedanken über Religion, Staat und Gesellschaft. Freilich blieben diese Gedanken zunächst auf eine sehr dünne Oberschicht beschränkt.

Gleich dem türkischen war auch der russische Staat von seinen Anfängen an ein Erobererstaat, von unstillbarem Landhunger beseelt. Dabei hatte aber im Gegensatz zur Türkei das aufstrebende Moskowitereich seit dem siebzehnten Jahrhundert das Glück, verfallende Staaten zu seinen Nachbarn zu haben und diesen Staaten gegenüber kraftvolle Bundesgenossen zu finden.

Den Weg zur Ostsee versperrte ihm Schweden, ein ökonomisch gesundes Bauernland, das aber das Unglück hatte, daß die kriegerische Kraft seiner Bauernschaft in weltpolitischen Abenteuer seiner herrschenden Klassen von Gustav Adolf an (1611 bis 1632) bis zur Zeit Karls XII. (1697 bis 1718) vergeudet wurde, die das Land erschöpften und widerstandsunfähig machten. Im Kampfe gegen die Schweden fanden die Russen einen Bundesgenossen in den Polen. Aber die polnische Adelsrepublik wurde des schwedischen Staates bloß Meißer, um selbst in ihrem rapiden Verfall eine Beute der Russen zu werden, die dabei an Preußen einen tatkräftigen Bundesgenossen und Teilhaber an der Beute fanden. Zu diesen schwachen Nachbarn gesellte sich das Türkische Reich selbst, das schon im Niedergang begriffen war, als die russischen Zaren sich anschickten, auf seine Kosten nach dem Schwarzen Meer mit Konstantinopel als Endziel vorzudringen. Dabei stießen sie auf Österreich, das in derselben Richtung vorwärtsdrängte. Zeitweise verbündeten sich beide, um die Beute leichter zu erlegen und zu teilen. Zeitweise überwog diese Gegnerschaft im Kampfe um die Beute. War Österreich mit Rußland gegen die Türkei verbündet, dann hatte es regelmäßig das Pech, die Lasten des Krieges mit dem Bundesgenossen zu teilen, aber ohne Gewinne dabei zu erzielen, während Rußland seit seinem ersten Türkenkrieg im Jahre 1687 unter den zahlreichen weiteren Konflikten mit der Pforte kaum einen anders beendete als mit einem Gewinn.

Dabei kam ihm sehr zustatten, daß es im Gegensatz zu Österreich auf der Balkanhalbinsel als Befreier auftrat. Wir haben schon den eigenartigen Charakter der gebildeten Schichten Rußlands angedeutet, unter denen die modernsten und radikalsten Ideen Westeuropas ohne den Ballast mittelalterlicher Traditionen Eingang fanden, die sich unter den Gebildeten Westeuropas zäh erhielten, am zähesten in England, wo der industrielle Kapitalismus zuerst zur Herrschaft kam. Weit mehr als etwa die Beherrscher Österreichs legten die leitenden Kreise Rußlands auf den Beifall der liberalen öffentlichen Meinung Europas Wert und wußten den Vorteil zu würdigen, den ihnen dort die Pose des Befreiers von religiösem oder nationalem Druck verlieh. Sie durften sich diese Pose um so ungestrafter erlauben, als das Moskowitereich selbst bis weit ins neunzehnte Jahrhundert hinein gegen jede revolutionäre Volksbewegung geistlos schien. »Aufklärung, das war im achtzehnten Jahrhundert die Parole des Jazismus in Europa, wie Völkerbefreiung im neunzehnten.« (Fr. Engels, Die auswärtige Politik des russischen Zarentums, Neue Zeit, VIII, S. 150.)

Zunächst traten die Russen als religiöse Befreier auf, denn in den Gebieten, nach denen sie zuerst strebten, spielte das kirchliche Moment noch eine größere Rolle als das nationale. Dabei hatten sie den Vorteil, daß die Be-

völkerung jener Gebiete mit ihnen durch den gleichen Glauben verbunden war.

Den katholischen, von den Jesuiten beherrschten Polen gegenüber gebärdete sich Katharina II., die Freundin der französischen Aufklärer, ebenso wie ihr Verbündeter Friedrich II., der sich auch zu den Gönnern der Aufklärer zählte, als Verfechter der Glaubensfreiheit der Nichtkatholiken, der Angehörigen der griechischen Kirche im Osten, der Protestanten im Westen. Im Namen der religiösen Toleranz wurde Polen aufgeteilt.

Auf der Balkanhalbinsel trat Rußland ebenfalls als Schützer seiner Glaubensgenossen auf, im Gegensatz zu Osterreich, das, sobald es nach Serbien und den Donaufürstentümern (dem heutigen Rumänien) vordrang, auf eine Bevölkerung stieß, die der griechischen Kirche angehörte, indessen es selbst sich als Vormacht des Katholizismus fühlte und betätigte. Dabei schreckte Rußland nicht vor dem Entzünden des Aufruhrs im Hause des Nachbarn als Kriegsmittel gegen ihn zurück, während Osterreich, namentlich seit der französischen Revolution, jedem Aufstand, wo immer er ausbrechen mochte, aufs feindseligste gegenüberstand.

Gerade zur Zeit der ersten Teilung Polens befand sich Katharina mit den Türken im Kriege. Und zur selben Zeit, in der sie die Rechte der Dissidenten in Polen gegenüber den Jesuiten verfocht, rief sie die Griechen in einem Manifest zur Revolution auf. Es gelang ihr tatsächlich, einen griechischen Aufstand zu entzünden, doch noch nicht, den Griechen die volle Unabhängigkeit zu verschaffen. Sie wurde gehindert durch die Eifersucht Osterreichs, das mit Besorgnis den russischen Koloss in seiner Nachbarschaft anwachsen sah. Rußland erreichte 1774 im Frieden von Kutschuk-Kainardschi nur Amnestie für die Griechen und das Recht, für die Interessen der griechisch-christlichen Bevölkerung der Türkei vor dem Sultan zu plädieren, was die russische Regierung später als ein Protektorat über die Christen der Türkei auslegte.

Den nächsten Krieg mit der Pforte begann Rußland am Vorabend der französischen Revolution (1787). Diesmal im Bündnis mit Osterreich. Abermals rief es die Griechen zum Freiheitskampf auf. Wieder erhoben sie sich, ohne die Freiheit zu gewinnen. Der Krieg endete 1792 ohne Gewinn für Osterreich, mit kleinem Gewinn für Rußland. Es war das letzte Mal, daß Osterreich und Rußland der Türkei verbündet gegenüberstanden. Von nun an überwog Osterreichs Besorgnis, Rußland könne auf Kosten der Türkei zu sehr erstarken.

Namentlich nachdem die militärische Kraft Napoleons bei seinem Zuge nach Moskau vor Rußland zerschellt war und der Zar als Schiedsrichter Europas auftrat, gewann bei aller monarchischen Solidarität diese Besorgnis große Bedeutung für die Politik Osterreichs, ja für die Europas überhaupt. Um so mehr fühlte sich Rußland gedrängt, in den Augen Europas nicht mehr als Eroberer, sondern nur noch als Befreier gegenüber den Türken zu erscheinen. Freilich vermochte es dadurch Westeuropa nicht immer zu täuschen, aber dieses mußte der russischen Politik keine andere entgegenzusetzen als die der Erhaltung des Status quo in der Türkei. Das war eine Politik, die bei dem unaufhaltsamen Niedergang des Osmanischen Reiches zum Scheitern verurteilt war. Rußlands Streben ging dahin, die Europäische Türkei, die es nicht direkt erobern konnte, dadurch von sich abhängig zu machen, daß

es sie in eine Anzahl monarchischer Kleinstaaten verwandelte, die, argwöhnisch gegeneinander, ebenso unfähig waren zu politischer Selbständigkeit, ebenso Vasallen eines stärkeren Nachbarn, wie die Staaten des Deutschen Bundes vor 1866. Die Kleinstaaferei auf dem Balkan lag ebenso im Interesse des Zaren wie die deutsche Kleinstaaferei im Interesse der Monarchen Frankreichs.

Wollte Europa das Fortschreiten Rußlands in der Europäischen Türkei hindern, dann durfte es ihm nicht die Idee des Status quo, sondern die der Schaffung eines Großstaats der Balkannationen entgegensetzen, entweder eines Nationalitätenstaats, der freilich nur als Republik eine gedeihliche Entwicklung verhieß, oder doch zum mindesten eines serbisch-bulgarischen Staates zwischen einem freien Rumänien und Griechenland.

In Wirklichkeit ging die Weisheit der europäischen Diplomatie dahin, wenn sie schon nicht hindern konnte, daß einzelne Balkanstaaten durch das Eingreifen Rußlands nach und nach entstanden, doch zu trachten, sie so klein als möglich, das heißt so unabhängig als möglich von Rußland zu gestalten, da so kleine Staaten zu schwach waren, sich ohne fremde Hilfe zu behaupten.

Unter Rußlands Hilfe wurden die Griechen befreit, die, von ihm aufgestachelt, sich 1821 erhoben und jahrelang einen verzweifelten Kampf führten, in dem sie fast erlagen, bis schließlich Rußland eingriff, das 1828 den Türken den Krieg erklärte und 1829 den Frieden von Adrianopel erzwang, der Griechenlands Selbständigkeit begründete, den Donaufürstentümern, die stets ihre eigenen Fürsten bewahrt hatten, das Recht der Erwählung ihrer Fürsten brachte und sie trotz der türkischen Oberhoheit unter russischen Schutz stellte.

Auch Serbien gewann durch diesen Frieden eine erhebliche Verstärkung seiner Selbständigkeit. Zuerst hatten sich die Serben 1804 erhoben, unter der Führung Kara Georgs, des »Schwarzen Georg«, und des Brüderraars Obrenowitsch.

Sie hatten die neue Erhebung unter der Voraussetzung einer Billigung Österreichs begonnen. Schon Anfang Mai 1804 hatte Kara Georg der österreichischen Regierung eröffnen lassen, Serbien sei bereit, in den Komplex der österreichischen Monarchie zu treten und einen kaiserlichen Prinzen als Statthalter anzunehmen. Österreich tat nun das Unglaubliche, indem es nicht allein den serbischen Vorschlag ablehnte, sondern ihn an Rußland und die Türkei verriet. Rußland schickte sich sofort an, als Schutzherr der serbischen Christen an Österreichs Stelle aufzutreten.¹

Das war eine der ersten Erfahrungen mit Österreich, die die Serben in ihrem Freiheitskampf machten. Kara Georg versuchte noch weiterhin Anknüpfungen mit Österreich, stets mit dem gleichen Mißerfolg. Der Krieg, den dann Rußland 1806 gegen die Türkei begann, brachte den Serben Hilfe, indes nur vorübergehend, denn Rußland mußte sich 1812, um alle Kräfte gegen Napoleon frei zu haben, mit der Türkei verständigen. Immerhin verhielt der Bukarester Friede von 1812 den Serben Amnestie und Selbstverwaltung. Doch mußten sie später noch hart darum kämpfen, bis sie im Frieden von Adrianopel endgültig anerkannt wurden.

Das Fortschreiten des russischen Einflusses auf dem Balkan war Österreich sehr unangenehm, zum großen Teil aber durch seine eigene Zauderpolitik verschuldet sowie durch die Überlegenheit der russischen Staatskunst

¹ Bamberg, Geschichte der orientalischen Angelegenheiten, Berlin 1892, S. 385.

herbeigeführt, die tatsächlich der Hort der Reaktion war, dabei jedoch kein Bedenken trug, die Revolution auszunutzen.

Als Rußland 1828 den Krieg gegen die Türkei eröffnete, geschah es anscheinend zum Schutze der Griechen, deren Sache bei allen Völkern Europas als die der Freiheit ebenso populär war wie später die der aufständischen Polen. Gleichzeitig aber gewann es den König Karl X. von Frankreich für sich, indem es ihm für den Fall eines gemeinsamen Krieges mit Osterreich das deutsche Gebiet links vom Rhein in Aussicht stellte. Metternich ließ sich durch die Gegnerschaft Frankreichs einschüchtern, schon deshalb, weil er vom Weltkrieg die Revolution befürchtete. Dazu kam, daß Preußen an Rußland festhielt. So blieb trotz des Gegensatzes auf dem Balkan die »Heilige Allianz« bestehen.

Nach der Niederlage der Revolution von 1848 glaubte der Zar Nikolaus, die Zeit sei gekommen, dem türkischen Regime in Europa vollends den Garaus zu machen. Die Gefahr, Rußland werde sich endgültig in Konstantinopel festsetzen, war so dringend, daß Frankreich und England sich zu energischerem Widerstand genötigt sahen. Auf ihre Seite trat nach einigem Schwanken Osterreich. Zur großen Überraschung des Zaren, dessen Hilfe gegen die rebellischen Ungarn eben erst die Herrschaft der Habsburger vor dem Zusammenbruch gerettet hatte.

Doch hatte gerade diese Revolution eine neue Gefahr aufgedeckt, mit der von Rußland Osterreich ebenso bedroht wurde wie die Türkei, den Pan-slawismus, die Idee, daß alle slawischen Völker eine innige politische Gemeinschaft zu bilden hätten.

(Fortsetzung folgt.)

Hans Marckwalds Räubergeschichte und die wahren Gründe der Fraktionspaltung.

Von Ed. Bernstein.

O über euch Pharisäer, euch Falschmünzer der Wahrheit!

Karl Moor.

In seinem Artikel »Vom Sirenenlied bis zum ‚heißesten Wunsch‘« (Neue Zeit, Heft 9), worin er Kautsky ob dessen Eintreten für die Freigabe der Abstimmungen in der Kriegskreditfrage zum Spiegelberg zu stemeln sucht, der die Opposition durch sein »Sirenenlied« in die böhmischen Wälder der Sonderaktion gelockt habe, nimmt Hans Marckwald auch auf meine Person Bezug. Was er da über Kautskys und mein Zusammengehen im gegenwärtigen Parteikonflikt sagt, ist in ähnlicher Beziehung auch von anderen schon zum besten gegeben worden und soll daher nicht unerwidert bleiben. Im Anschluß an diese Erwiderung werde ich mir aber erlauben, auch einiges über Anlaß und Sinn von Kautskys Sirenenlied zu äußern.

Was mich betrifft, so erzählt Marckwald, ich sei ehedem das »geistige Haupt« einer von Kautsky in einem neuerlichen Artikel bekämpften Richtung gewesen, deren Bestrebungen darauf abzielten, »die alte bewährte Taktik der Partei über Bord zu werfen und durch eine neue zu ersetzen, die den Geist des Nationalliberalismus aus dem Bürgerlichen ins Proletarische übersehen sollte und die man als Nationalsozialismus bezeichnen kann«. Ja, ich sei dies sogar noch heute, da ich erklärt habe, »von meinen revisionistischen

Anschauungen keine aufgegeben zu haben«. Nichtsdestoweniger sehe jedoch Kautsky heute in mir »den Typus des ersten marxistischen Sozialisten«. Aber das lehrt weiterhin. Was aber die Gegenüberstellung anbetrifft, so ist daran nur so viel richtig, daß Kautsky und ich Ansprüche in dem Sinne getan haben, wie Markwald angibt, um so schlimmer aber steht es mit dem Mittelglied seiner Gleichung. Im Handumdrehen wird da nach einer schon dem Abschüler der Logik als verwerflich bekannten Methode — die Theorie nennt sie *quaternio terminorum* — ein mehrdeutiger Begriff als eindeutig gebraucht, um den Eindruck eines Widersinns hervorzurufen. Das Schema liefert der in Lehrbüchern der Logik als Muster des Trugschlusses vorgeführte Satz: Herodes war ein Fuchs, alle Füchse haben vier Füße, also hatte Herodes vier Füße. Die Bestrebungen, die Kautsky kennzeichnet, und die Anschauungen, die ich erkläre vertreten zu haben und noch zu vertreten, sind ganz und gar nicht ein und daselbe und werden es nicht dadurch, daß man auf beides die Marke Revisionismus klebt. Kautsky kennzeichnet die Politik der Opportunisten und der Nationalisten in der Sozialdemokratie, deren Vertreter wohl Sätze von mir übernommen, sich aber niemals als mit mir in voller Übereinstimmung bezeichnet haben, während ich mit den Opportunisten oft genug, mit den Nationalisten stets in offenem Widerspruch gewesen bin, so daß es jeder wissen muß, der den Debatten in der Partei nur einigermaßen aufmerksam gefolgt ist. Mein Streit mit Kautsky drehte sich ja zu einem großen Teil darum, ob meine revisionistischen Anschauungen zur grundsätzlichen Änderung der Politik der Partei in jenem Sinne führen müßten, was Kautsky behauptete, ich aber bestritt. Wiederholt habe ich während jenes Streites in meinen Aufsätzen erklärt, daß ich die politische Haltung, welche die Partei bis dahin beobachtete, i n k e i n e m w e s e n t l i c h e n P u n k t e geändert zu sehen wünschte, sondern es mir nur darum sich handle, Phraseologie und Politik der Partei in Einklang zu setzen und für die Politik die rationellste Begründung festzustellen. Liegt Markwald daran, dies theoretisch entwickelt zu finden, so mag er die in vier Auflagen erschienene Sammelchrift »Zur Theorie und Geschichte des Sozialismus« nachlesen, in die ich die wichtigsten jener Aufsätze aufgenommen habe. In der Praxis ist der Unterschied zwischen den Opportunisten und mir schon bei unserem sehr verschiedenen Verhalten auf dem Dresdener Parteitag von 1903 zutage getreten, und nicht ganz von ungefähr habe ich in meiner dort gehaltenen Rede betont, daß ich weder deren Sprecher sei noch es zu sein beanspruche. Immerhin treffen sich Opportunismus und Reformismus naturgemäß häufig auf dem gleichen Pfade, und wenn ich mein Lebtag kein Opportunist gewesen bin, so habe ich darum doch mich grundsätzlich als Reformist bekannt, jedoch nicht ohne hinzuzusehen, daß dies selbstverständlich kein Abschwören der Revolution bedeute, sondern sich lediglich auf die Methode unter normalen Verhältnissen beziehe. Von meiner entschiedenen Gegnerschaft gegen die nationalistischen Tendenzen, wie sie seit Jahren von einer kleinen, aber zielbewußt vorgehenden Gruppe in der Sozialdemokratie vertreten wurden und heute Bekenner gefunden haben, die vordem in Radikalismus machten, legen eine große Zahl der Aufsätze Zeugnis ab, die ich im Laufe der Jahre in den »Sozialistischen Monatsheften« veröffentlicht habe. Unmißverständlich habe ich ihr in der 1911 bei Niederichs in Jena erschienenen Schrift »Von der Sekte zur Partei« Ausdruck gegeben. Dort findet man auf S. 66 und 67 eine

Gegenüberstellung der zwei Standpunkte, die in den Reihen der Revisionsisten mit Bezug auf Handelspolitik, Rüstungsfrage usw. vertreten seien, und im Anschluß an die Kennzeichnung des Standpunktes der streng antinationalistischen Minderheit der Revisionsisten, der ich mich zurechne, einen Satz, der allein genügt, um zu zeigen, wie schief die Bemerkungen Marckwalds über meinen Standpunkt diesen darstellen. Ich sagte dort:

Eines schickt sich nicht für alle. Auch das Mitglied der extremsten Partei kann sich im Urteil auf den Standpunkt des betrachtenden Historikers stellen und danach das jeweilig Erreichbare und mit Vorteil Durchzuführende geistig fixieren. Aber wenn es dann zugleich die Hemmungen subjektiver und objektiver Natur überblickt, die sich den Maßnahmen, für die es kämpft, in den Weg stellen, dann wird es zur Folgerung gedrängt, daß es nicht genügt, das jeweilig Erreichbare als Ziel aufzustellen, sondern daß im Gefriebe der Parteien Kräfte notwendig sind, die beharrlich für absolute Grundsätze wirken. (A. a. O., S. 67.)

Ein anschauliches Beispiel, wie der Gegensatz in der praktischen Politik zu verschiedener Stellungnahme führt, lieferten zwei Jahre später die Verhandlungen der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion über die Steuervorlagen der Regierung zur Deckung der Kosten der großen, von der Sozialdemokratie scharf bekämpften Vermehrung des Heeres. Während fast sämtliche Mitglieder der als Revisionsisten bezeichneten Fraktionsminderheit unterstützt durch einen erheblichen Teil der radikalen Mehrheit für die Bewilligung des Wehrbeitrags von einer Milliarde stimmten, sprach und stimmte ich in der Fraktion dagegen, weil es mir widersinnig erschien, für einen Zweck, den die Partei als verderblich erachtete, die Mittel bloß deshalb zu bewilligen, weil die vorgeschlagene Steuer eine so schöne Steuer war. Denn daß unsere Ablehnung die Annahme einer schlechteren Steuer zur Folge gehabt hätte, war ausgeschlossen. Es zeigte sich vielmehr damals sehr deutlich, daß, wie mir übrigens schon vorher klar war, es ein großer und verhängnisvoller Irrtum war, anzunehmen, man könne den Imperialisten das Wettrüsten durch eine radikale Steuerpolitik ungenießbar machen. Darüber, weshalb diese Auffassung Illusion ist, ein andermal. Hier nur noch die Bemerkung, daß im Lichte des seitdem vor sich Gegangenen es mir nicht übertrieben erscheint, die damalige Bewilligung des Wehrbeitrags durch die sozialdemokratische Reichstagsfraktion als ihren politischen Sündenfall zu bezeichnen. Sie war ein Schritt auf dem Wege zur doppelten politischen Buchhaltung der Nationalliberalen.

Dies und das weiter oben Festgestellte hat jedoch mit der Streitfrage des Marxismus, die Kautsky und ich seinerzeit polemisch gegeneinander verfochten haben, sehr wenig zu tun. Es läßt aber erkennen, warum ich, als der 1914 ausgebrochene Krieg den Charakter verlor, den er im Anfang zu haben schien, und zum Weltkrieg für imperialistische Zwecke mit wüster Völkerverheerung und Begleitung wurde, mich von den David, Böhre, Heine und Genossen auf der einen und den J. Bloch und Mitarbeitern auf der anderen Seite trennen und unbeschadet unserer Differenzen in bezug auf jene Streitfragen dorthin mich wenden mußte, wo auf Grund seiner Auffassung vom Klassenkampf des Proletariats Kautsky stand und steht. Daß Kautsky jetzt in mir »den Typus des echten, wahren Marxisten erblickt«, ist eine artige Phantasie Marckwalds. Kautsky täuscht sich sicherlich ebensowenig wie ich

darüber, daß wir in gar manchen Punkten der Theorie des Marxismus nach wie vor differieren. Aber er so wie ich sind uns darüber klar, daß gegenüber den großen Fragen der Bewegung, in bezug deren wir uns einig sind, jene Differenzen heute vollständig in den Hintergrund treten.

Ebenso ist es Phantasie Marckwalds, aber sehr bösertige Phantasie, wenn er die Sonderabstimmung von 20 Mitgliedern der Opposition vom 21. Dezember 1915 bei der Bewilligung von neuen zehn Milliarden für den Krieg als eine Folge jener Artikel hinstellt, in denen Kautsky — dies sein angeblicher Sirenenesang — angesichts einer gar nicht mehr zurückzubaltenden Strömung in der Opposition die Forderung begründete, im Hinblick auf die ganz außergewöhnlichen Verhältnisse, die der Krieg geschaffen, darunter die Unmöglichkeit einer freien öffentlichen Erörterung der Streitfragen der Partei, vom Abstimmungszwang in der Kriegskreditfrage Abstand zu nehmen. Kautsky befürwortete die Freiheit der Abstimmungen in dieser Frage, weil er darin das wirksamste, ja einzige Mittel sah, den Zusammenhalt der Partei sicherzustellen. Er hat über diesen Zweck seiner Artikel gar keinen Zweifel gelassen. Und daß eine Partei durch Freigabe der Gewissen in Fragen, welche die Geister bis in ihre Tiefen aufregen, der Spaltung vorbeugen kann, zeigt das Beispiel der Sozialisten Frankreichs. Dort hat die Minderheit der sozialistischen Kammermitglieder wiederholt Sondervoten abgegeben und begründet, und doch ist, eben weil jeder Versuch der Achtung oder Ausstoßung unterblieb, auch die Spaltung der Partei vermieden worden. Bei uns ging man mit Tadelsvoten und Entrechtungsbeschlüssen vor, und dies, nicht aber Kautskys Artikel, machte die Spaltung unvermeidlich.

Marckwald freilich folgert anders. Er verkündet: weil Parteivorstand und Parteiauschuß, das heißt zwei Parteinstanzen, in denen die Verfechter der Politik der Fraktionsmehrheit die Mehrheit haben, über das Vorgehen der Opposition ein Verdammungsurteil gefällt haben, folglich — ist Kautsky ein Verderber der Jugend und geistiger Urheber der Parteispaltung. Ein Schema der Beweisführung, wonach zum Beispiel in jedem Fall, wo Richter aus welchen Beweggründen immer ein Strafkenntnis, sage wegen Hoch- oder Landesverrat fällen, schon in dieser Tatsache der Beweis für die entsprechende Strafwürdigkeit der behaupteten Handlung vorläge. Die Nußanwendung solcher Logik für die Beurteilung gefällter Strafkenntnisse kann dem Leser überlassen werden. Tendenzverurteilungen gehören nach ihr dem Reiche der Fabel an.

Marckwald glaubt einen großen Trumpf gegen Kautsky auszuspielen, wenn er feststellt, daß von den 19 sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten, die am 21. Dezember 1915 bei der Abstimmung über neue Kriegskredite eine ablehnende Sondererklärung abgaben, die auch ich unterschrieben habe, obwohl ich an der Abstimmung selbst nicht teilnehmen konnte, nicht einer im Februar desselben Jahres in der Fraktion gegen die Erneuerung des Beschlusses gestimmt habe, der die Fraktionsmitglieder verpflichtete, jedesmal gemäß dem Beschluß der Mehrheit zu stimmen oder unauffällig den Saal zu verlassen; sie hätten alle damals noch für den Abstimmungszwang gestimmt. Aber das beweist nur, daß zu jener Zeit noch keiner davon an ein Sondervorgehen dachte, nicht aber die groteske Unterstellung Marckwalds, daß eines Tages mitten im schönsten Parteifrieden Kautsky als zweiter Spiegelberg 19 oder 20 harmlose Libertiner durch Trällern seines

Sirenengefangs in Räuber und Mörder verwandelt habe. Jeder einigermaßen Urteilsfähige wird vielmehr durch diesen Gegensatz von selbst auf die Vermutung gedrängt, daß in der Zwischenzeit Dinge sich abgespielt haben müssen, die jenen zwanzig die allgemeine Situation sowie die durch sie vorgeschriebenen Pflichten der Sozialdemokratie und das tatsächliche Verhalten der Fraktionsmehrheit in einem völlig veränderten Licht erscheinen ließen. Daß dies in der Tat der Fall war, wissen die Leser der Neuen Zeit. Es sei nur daran erinnert, daß vom Frühjahr 1915 ab in Deutschland Personen und Vereinigungen von Einfluß teils in öffentlichen Erklärungen, teils, wie die hochmögenden sechs großen Wirtschaftsverbände, in Eingaben an den Reichskanzler, unter Hinweis auf Deutschlands kriegerrische Erfolge für weitgehende Anneziionspläne agitierten, daß sich im Laufe des Sommers 1915 die Kriegslage in der Tat für Deutschland günstig gestaltet hatte, daß aber nichtsdestoweniger und obwohl Belagerungszustand und Zensur mit zunehmender Schärfe gehandhabt wurden, die Fraktionsmehrheit fortfuhr, Milliarden über Milliarden für die Fortsetzung des Krieges zu bewilligen, daß sie, als in der Fraktion Leiffäße über die Friedensziele der Partei beraten wurden, mit 60 gegen 42 Stimmen es ablehnte, einen von David vorgelegten Leiffaß über die Wiederherstellung Belgiens, der keine Sicherheit gegen Auslegung im Sinne versteckter Annexion bot, durch einen von Karl Liebknecht beantragten Zusatz gegen jede solche Deutung sicherzustellen; daß sie für alle Ermahnungen, im Interesse der Einheit der Partei und einer internationalen Friedensaktion der Sozialdemokratie von dieser Haltung abzugehen, nur Hohn und Spott hatte; daß ferner, als am 9. Dezember 1915 der über seine Kriegsziele interpellierte Reichskanzler eine Antwort gab, die in einer Weise vom Bestehen auf »realen Garantien im Osten u n d Westen« sprach, die ihm den lebhaften Beifall eines großen Teils der Annexionisten eintrug und auch gar nicht anders als in deren Sinne verstanden werden konnte, die Fraktion es ablehnte, zu erklären, daß der von ihr mit der Antwort an den Kanzler betraute Redner n i c h t in ihrem Sinne gesprochen habe, als er sich von den Ausführungen des Kanzlers im wesentlichen befriedigt erklärte und seine Rede statt in einen Friedensruf unter Hinweis auf französische Forderungen betreffs Elsaß-Lothringens in eine Kriegsdrohung auslaufen ließ, der die Bürgerlichen von links und rechts einschließlich des Kanzlers durch Händeklatschen und stürmisches Bravo ihren Beifall zollten, und daß schließlich die Mehrheit gut zu erkennen gab, daß sie unberührt durch alle jene Vorgänge auch fernerhin an der Politik der Bewilligung von Kriegskrediten festhalten werde. Wäre das alles nicht geschehen, so würde weder Kautsky jene Artikel geschrieben haben, noch würden Leute, die ein Lustrum Tätigkeit im Dienste der Sozialdemokratie hinter sich hatten, unter ihnen Mitbegründer der ge-einten Sozialdemokratie, eine Sonderabstimmung im Reichstag für geboten erachtet haben. Man mußte aber die Aufnahme des so sachlich gehaltenen, jede kränkende Bemerkung sorgfältig vermeidenden Mahnrufs an die Partei, den Kautsky im Verein mit Haase und mir im Juni 1915 unter dem Titel »Das Gebot der Stunde« hatten erscheinen lassen, von seiten der Führer der Fraktionsmehrheit erlebt haben, um zu der Erkenntnis getrieben zu werden, daß für diese letzteren die Bewilligung der Kriegskredite nicht mehr nur eine Ausnahmemäßregel, sondern Stück einer festgelegten Politik war, von der sie während des Krieges nicht abgehen würden, solange sie sich

durch Hinweise auf wirkliche oder vermeintliche Absichten der mit Deutschland im Kriege liegenden Mächte verteidigen ließ und nicht eine starke Gegenströmung innerhalb der Sozialdemokratie auf ein Abgehen von ihr, die nach Lage der Dinge nur kriegsverlängernd wirken konnte, hindränge.

Solche Erwägungen und kein Sirenenlied irgendwelcher Art waren es, welche die Abstimmung und Erklärung von Fritz Geyer und Genossen vom 21. Dezember 1915 diktierten. Keiner der 19 wird Marckwalds Phantase zur Wirklichkeit machen und sich als Opfer von Kautskys Artikeln hinstellen. Die Psychologie des Schillerschen Jugenddramas war dessen schwächste Seite. Aber so schwach war sie doch nicht, den Helden der »Räuber« ohne starke Provokation von anderer Seite Spiegelbergs Idee aufgreifen zu lassen. Schillers Karl Moor war von zwei Seifen her zum Äußersten gereizt, als er dem »Sirenenlied« nachgab. Marckwalds Räubergeschichte schweigt von der anderen Seite des Bildes. Begreiflich genug. Denn nur wenn jemand, der den Grundsätzen der radikalen Sozialdemokratie treu geblieben sein will, die Vorgänge in der Partei ignoriert, die zu den Sonderabstimmungen vom 21. Dezember 1915 und 24. März 1916 führten, kann er in diesen Verstößen gegen den Buchstaben des Gesetzes der Partei — »das Gesetz hat noch keinen großen Mann gebildet«, läßt Schiller den verbitterten Karl Moor ausrufen — Schandtaten erblicken, die ihn »tausendmal lieber« mit dem Gottseibeiuns Kolb als mit dem gefallenem Engel Kautsky gehen lassen.

Indes das letztere mag Marckwald halten wie er will. Wenn er aber es für angebracht hält, vom Durchbrechen einer »Aktion der Partei« zu reden, so wird man die Frage aufwerfen dürfen, welches Moment es rechtfertigen kann, die Bewilligung von Mitteln für einen Krieg, den die Sozialdemokratie für die Folge eines von ihr verworfenen politischen Systems erklärt hat und auf dessen Betrieb ihr in keiner Hinsicht ein Einspruchsrecht zusteht, an eine Regierung, zwischen deren Auffassungsweise und den Grundsätzen der Sozialdemokratie der Unterschied einer ganzen Weltanschauung klafft, überhaupt für eine »Aktion der Partei« zu erklären.

Masse und Idee.

Von Max Adler (Wien).

Eine der seltsamsten und verhängnisvollsten Erscheinungen in dieser ungeliebten Zeit des Krieges ist die Wehrlosigkeit des Urteils und Gefühls gegen die Stimmungen und Forderungen des Krieges. Denn sie ist nicht etwa die Folge eines intellektuellen oder moralischen Mangels. Im Gegenteil: satsunglos stehen die Menschen überall dem immer noch steigenden Wahnsinn des Krieges gegenüber, sobald es ihnen nur gelingt, die dumpfe Ergebenheit in eine nun schon drei Jahre währende schauerliche Nötigung zu durchbrechen und sich selbst für eine kleine Weile aus diesem Drang der Ereignisse zurückzugewinnen. Sobald dann, wenn auch nur für einen Augenblick, rein menschliches Denken und Fühlen wieder zur Geltung kommt, stellen sich sofort bei hoch und nieder, bei Freund und Feind die wahren Wertungen ein und weisen die richtigen Wege, die überall in dieselbe Richtung, zur Völkerverständigung führen. Aber dies alles ergibt sich nur, solange jeder einzelne

nur für sich denkt und fühlt, die Menschen also gleichsam nicht offiziell, als Gesellschafts- und politische Wesen, sondern als bloße Privatleute ihre Meinungen äußern. Sowie sie aber sich in der Öffentlichkeit und ihrer politischen Verantwortung bewußt vernehmen lassen, verstummen zumeist alle diese Stimmen einer privaten Vernunft und Sittlichkeit. Aus lauter »Verantwortlichkeit« vor dem Staate, vor dem Volke, vor der Nation, vor dem Wohle kommender Geschlechter, vor der Sicherheit und Dauerhaftigkeit des Friedens und Gott weiß welcher anderen hohen Verpflichtungen sonst noch währt die Unverantwortlichkeit eines Zustandes der gegenseitigen Abschachtung der Völker und Verwüstung ihres Vermögens fort, trotzdem die Stimme der Vernunft und Moral diesen Widersinn und Greuel bereits in der Brust jedes Urteilsfähigen in allen Kriegslagern schonungslos verurteilt hat. Es ist dieselbe Erscheinung, die bereits Schillers heißendes Epigramm über »Gelehrte Gesellschaften« bloßstellte:

Jeder, siehst du ihn einzeln, ist leidlich klug und verständig;
Sind sie in corpore, gleich wird dir ein Dummkopf daraus!

Und wenn wir in Schillers Abhandlung über »Die Gesetzgebung der Lykurgus und Solon« lesen: »Jeder einzelne Athener war lenksam und weichmütig; aber in öffentlichen Versammlungen war er der vorige Mann nicht mehr. Daher schildert uns Aristophanes seine Landsleute als vernünftige Männer zu Hause und als Narren in Versammlungen«, scheint es dann nicht, als hörten wir eine Kritik unserer »großen« Zeit, ihrer öffentlichen Stimmen in Presse und Parlamenten auf allen Seiten des Krieges?!

Wie ist diese Erscheinung möglich, die, wenn sie nicht so furchtbare Wirkungen hätte, von einer geradezu grotesken Lächerlichkeit wäre? Um die Antwort zu finden, muß man jene Wirkungen des Krieges aufsuchen, die er nicht bloß direkt an der Geistigkeit der einzelnen hervorbringt, sondern vor allem in ihnen durch seine Beeinflussung der Massen erzeugt.

Es ist ein psychologisches Gesetz, welches der französische Soziologe Gustave Le Bon zwar nicht zuerst gefunden, wohl aber am ausdrucksvollsten formuliert hat, daß sich der seelische Zustand einer Masse nach dem Minimum des einer Vielheit von Menschen Gemeinsamen richtet. Und da die hervorragenden seelischen Eigenschaften des Geistes und des Charakters stets nur Ausnahmen sind, so verschwinden in der Kollektivseele alle Höhenzeichen menschlicher Art, und dafür treten hervor die in der Masse überall vorhandenen uralten Denkgewohnheiten und Vorurteile, Zwangsassoziationen, Leidenschaften, Triebe und Instinkte. Diese unvermeidliche Senkung des Geistesniveaus wird um so erklärlicher, wenn man zwei Umstände berücksichtigt, die, so selbstverständlich sie eigentlich sind, doch fast stets übersehen werden. Auf den ersten hat schon Leibniz aufmerksam gemacht, und Ernst Mach hat ihn neuerdings wieder eingeschärft: daß nämlich selbst der intellektuell höchststehende Mensch doch nur mit einem kleinen Teile seiner Geistigkeit auf dieser Höhe seines Intellekts verweilt, und auch hier nicht ununterbrochen, sondern nur, solange er in seinem eigensten Gebiet tätig ist. Der Philosoph und der Forscher sind nicht immer und überall gleichsam im Dienst ihrer Idee. Außerhalb ihres eigentlichen Wirkungsbereichs aber unterliegen sie nur zu oft denselben Denkgewohnheiten und Vorurteilen wie die übrigen Menschen, ja häufiger sogar noch widerstands-

loser, weil ihre größere geistige Bildung es ihnen ermöglicht, die Schlagworte und Durchschnittsgefühle der Masse in einer subjektiv verfeinerten Form aufzufassen. Dies ist ja einer der Hauptgründe, welche die traurige und die Kulturhöhe unserer Zeit sehr in Frage stellende Erscheinung der kriegerischen »Professorenliteratur« erklären, in der sich die Intellektuellen, statt Führer und Berater ihrer Nation zu sein, zu bloßen Lärm- und Werbekrommeln für die Stimmungen des Krieges und die Aspirationen herrschsüchtiger Machtgefühle herabgewürdigt haben. Aber auch in der sublimierten und oft sogar versteigerten Form, in welcher sich derart bei den Intellektuellen diejenigen Gedanken und Gefühle kleiden, die sie mit dem Denken und Fühlen der Masse gemeinsam haben, bleibt das Automatische und Reflexartige dieses Teiles ihres Bewußtseinsinhalts bestehen. Und man glaube nicht, daß es allzu gering eingeschätzt werden darf. Schon Leibniz meinte, daß die Menschen bei drei Viertel ihrer Handlungen nur wie die Tiere handeln, nämlich instinktiv oder rein assoziativ; und in Bekräftigung dieser Anschauung hat Ernst Mach darauf hingewiesen, daß der Betrag des Automatischen in jedem Menschen eher unterschätzt als genügend beachtet wird. Kommt noch dazu, daß der Einfluß des Unbewußten, der seine Wurzeln in primitivsten und urältesten Meinungen und Vorstellungen hat, im Menschen überall vorhanden ist und in der Masse sich ungeheuer verstärkt, so ist der Ausspruch Le Bons kein Paradoxon mehr: »Es ist die Dummheit, nicht der Geist, der sich in den Massen akkumuliert.«

Der andere Umstand, der bei der Massenwirkung des Geistes noch zu berücksichtigen ist, ist der, daß das sittliche Niveau des einzelnen durchaus nicht mit dem intellektuellen proportional ist und daß daher ein geistig hochstehender Mensch zugleich doch sittlich schwach oder gar minderwertig sein kann. Wenn nun in der Masse sich eben die Geistigkeit nivelliert, dann fällt zumeist gerade jenes auszeichnende Merkmal der höheren Intellektualität weg, das über das Fehlen des anderen, des sittlichen, täuschte. Mit Recht sagt Le Bon: »Zwischen einem großen Mathematiker und einem Schuster kann intellektuell ein Abgrund klaffen, aber hinsichtlich des Charakters ist der Unterschied sehr oft nichtig oder sehr gering.« Und hat Kant, kein Pessimist und Verächter der Menschen, nicht doch bezweifelt, ob es echte Sittlichkeit unter Menschen überhaupt gibt? So führt das Massenwollen und Massengefühle auf die Gemeinsamkeit primitiver Regungen zurück, die zuweilen auch von einem phantastischen Edelmut erfüllt sein können, von einer Art ekstatischer Opferwilligkeit und Hingebung — wie ja auch dem primitiven Wesen des Menschen soziale Regungen nie fehlen können —, die aber viel häufiger alle Macht- und Gewalttriebe, alles Verantwortungslose und Kulturbrechende frei werden lassen.

Wenn irgend etwas die atavistische Natur des Krieges derart klar vor Augen stellen kann, daß das grelle, von dieser Schaustellung ausgehende Licht in den Augen schmerzt, dann ist es dies: daß er als eine der mächtigsten Massenwirkungen auch das abschreckendste Beispiel gibt für die Herabsetzung der Intellektualität und Moralität der Individuen. In einem ungeheuren Ansturm plötzlich entfesselter geschichtlicher Massenkräfte hat das traditionelle Denken bis weit über seine sonstigen Kreise hinaus die Menschen wieder in seinen Bann geschlagen. Und darin liegt die Erklärung jenes seltsamen Widerspruchs zwischen besserer privater Einsicht und öffentlicher

Urteils- und Moralwidrigkeit. Denn die eigentümliche Besonderheit und Gefährlichkeit dieser intellektuellen und moralischen Herabminderung liegt eben darin, daß sie gerade durch die Tatsache ihrer Massenhaftigkeit, also ihrer die Gesamtheit umfassenden Kraft, sich selbst als eine sittliche, alles Menschliche vereinigende Erscheinung werket und so eine ungeheure Suggestiv- und Täuschungskraft erhält. Sobald die traditionellen Begriffe von Volk und Vaterland, von Nation, Ehre, Ruhm und Macht des Landes, vom Wohl des Ganzen und der Pflicht der Unterordnung zum Rufe der Masse werden, schwindet jede Möglichkeit einer Prüfung dahin, ob bei diesen volltönenden Worten, die scheinbar sich auf eine menschliche Solidarität berufen, auch wirklich ein entsprechender gesellschaftlicher Inhalt gegeben ist. Sehr richtig sagt ein ganz und gar nicht revolutionärer, sondern sehr besonnener Gelehrter, Alfred Wierkandt, in seinem kürzlich veröffentlichten gedankenreichen Vortrag über »Machtverhältnisse und Machtmoral«: »Rein formal betrachtet, ist jede Hingabe an etwas über das eigene Ich Hinausgehendes eine Erhebung und Befreiung: über den inhaltlichen Wert des Opferempfängers ist damit aber nichts entschieden.... Bei der magischen Anziehungskraft, die die Macht auf den Unterordnungstrieb und Verehrungswillen ausübt, bei ihrer verführerischen Fähigkeit, sich mit einem schimmernden ideologischen Gewand zu umhüllen, ist der Gedanke unabweisbar, daß der persönliche Idealismus auch dem Unvernünftigen, dem Veralteten, dem krassen Kollektivegoismus zugute kommen kann. Auch deswegen ist eine gründliche Aufklärung über das Klassenwesen eine unserer wichtigsten Aufgaben, weil wir nur so eine klare Einsicht in den Mißbrauch des persönlichen Idealismus durch die Institutionen erhalten können.« (S. 59, 60.)

Es ist nun gerade das Gegenteil von dem, was hier ein bürgerlicher Gelehrter fordert — nämlich das gänzliche Absehen von dem Klassenwesen des modernen Staates —, was insbesondere bei jeder Kriegsbegeisterung die stets in ihr auftretende Verufung auf das Ganze höchst fragwürdig macht; und daß so viele Sozialisten, zu deren prinzipieller Staatsauffassung es gehören sollte, »eine gründliche Aufklärung über das Klassenwesen« stets zu betätigen, es gerade daran haben fehlen lassen, zeigt uns bereits ihre geringe Standhaftigkeit gegenüber dem Massensturm einer traditionellen Ideologie. Wie sehr hier alles, was bei Kriegsausbruch als höchst nationale Individualität und als Seelenadel des Volkes gepriesen wurde, doch nur typische Massenwirkung war, dafür hat der jetzige Krieg eine so furchtbare und zugleich beschämende Lehre gegeben, daß sie wohl aufklärend wirken wird für alle Zeiten. Denn dieser ganze »Seelenaufschwung«, diese einmütige Umstellung aller Gemüter auf den Krieg und ihre fast ebenso einmütige Einordnung in die willige Aufnahme jeglicher Kriegsgesinnung und Kriegsförderung war durchaus keine säkulare Sonderleistung des deutschen Volkscharakters, sondern hatte sich, wie man nachträglich zur eigenen Überraschung fand, in jedem feindlichen Lager ebenso als eine reflexartige Wirkung des Kriegszustandes eingestellt. Ja, noch mehr: man konnte dank dem stets weiter fortressenden Ubel des Kriegs das Schauspiel genießen, diese »Erhebung der Geister und Herzen«, als man selbst schon längstwieder kritisch geworden war, nach jeder neuen Kriegserklärung prompt aussprießen zu sehen, in Italien, in Rumänien, in Amerika, mochten auch die moralischen Bedingungen für diese Erscheinung

höchst zweifelhafte sein. Und so wurden die Zeitgenossen ernüchterte Zuschauer eines Anschauungsunterrichts, der ihnen in entsetzlicher Weise die Notwendigkeit einblaute, zu unterscheiden, was wirkliche seelische Erhebung ist, die jeden einzelnen fördert, und was bloße Massenwirkung ist, die alle herabdrückt. Denn die seelische Erhebung ist ohne neue Ideen, die zur Menschheitsolidarität streben, nicht möglich, die Massenwirkung dagegen, die bloß in den alten, gesellschaftlich längst überholten und darum unwahr gewordenen Formen zustande kommt, muß reaktionären und durchaus partikularen Zielen dienen. Indem sie aber gleichwohl den Anschein des Solidarischen mit der traditionellen Wucht ererbter Vorstellungen festhält, lähmt sie das widersprechende richtigere Urteil und den widerstrebenden besseren Willen, wo immer er gegen die Masse, also öffentlich, wirken will, selbst in der Brust derjenigen, die auch nur in besonnenen Augenblicken sich jenem suggestiven Schein entwinden konnten, und läßt sie immer wieder in die Massenhaftigkeit der Gesinnung zurücksinken. Und nur scheinbar erreicht die Gesellschaft in solchem Fluten des Massenwollens und Massenempfindens eine wegen ihrer einmütigen Energie als herrlich gepriesene Freiheit und Selbstbestimmung. Im Gegenteil: nur dort, wo die Gesellschaft getragen und fortgerissen wird durch die Macht neuer Ideen, wird die Masse herausgerissen aus ihrer Individualitätslosigkeit und in eine sich selbst bestimmende Organisation zielbewußter einzelner verwandelt, die alle die Ziele neuer Gemeinschaft als ureigenste Ziele mit persönlicher Glut verfolgen. So oft dagegen umgekehrt die einzelnen zur Masse werden und fremde Wertungen ihnen in die Seele eingesenkt werden, als ob es ihre eigenen wären, verliert die Gesellschaft die ihr vielleicht schon mögliche Selbstbestimmung in einer scheinbaren Freiheit des Gesamtempfindens und Gemeinschaftswollens, die in Wirklichkeit nur die Freiheit von der Herrschaft kritischen Denkens und sittlicher Höherentwicklung ist.

Man wende nicht ein, daß diese Theorie von der intellektuellen und moralischen Niveaufenkung des Massegeistes für einen Sozialdemokraten eine sehr unpassende sei. Das wäre eine Demagogie schlimmster Sorte und selbst eine Spekulation auf die Psychologie der Masse, auf ihre gesteigerte Kritiklosigkeit bei gleichzeitig erhöhter Affekttätigkeit. Sicherlich, die materialistische Geschichtsauffassung hat uns gelehrt, die Geschichte vor allem als einen gesellschaftlichen Prozeß aufzufassen, in welchem das Individuum überhaupt nur wirksam ist, soweit es Exponent von Masseninteressen ist. Und gewiß bedeutet die Idee des marxistischen Sozialismus den Sieg der Masse des Proletariats, und zwar in dem Sinne, daß nur dieser den Fortschritt zur wirklichen Freiheit und Kultur der vom Kapitalismus befreiten Menschheit sichert.

Allein wir sehen bereits, die Vielheit von Menschen, die unter dem klaren, überlegten, sich in jedem einzelnen intellektuell und moralisch von ihrem Inhalt Rechenschaft gebenden Einfluß einer neuen Idee handelt, ist keine Masse mehr. Überhaupt bedeutet der Ausdruck Masse im psychologischen Sinne keine qualitative Größe, sondern einen qualitativen Zustand der Einzelseele. Der junge Marx hatte für denselben Begriff eine prächtig anschauliche Bezeichnung gefunden, indem er diese Massenhaftigkeit des politischen Urteilens und Fühlens als »politische Tierwelt« bezeichnete. In dem berühmten Briefwechsel, mit dem die »Deutlich-

französischen Jahrbücher« beginnen, schreibt Marx (Mai 1843) in dem zweiten Brief an Ruge:

»Menschen, das wären geistige Wesen, freie Männer, Republikaner. Beides wollen die Spießbürger nicht sein. Was bleibt ihnen übrig, zu sein und zu wollen? Was sie wollen, leben, sich fortpflanzen (und weiter, sagt Goethe, bringt es doch keiner), das will auch das Tier... Das Selbstgefühl des Menschen, die Freiheit, wäre in der Brust dieser Menschen erst wieder zu erwecken. Nur dies Gefühl... kann aus der Gesellschaft wieder eine Gemeinschaft der Menschen für ihre höchsten Zwecke, einen demokratischen Staat machen. Die Menschen dagegen, welche sich nicht als Menschen fühlen, wachsen ihren Herren zu, wie eine Zucht von Sklaven oder Pferden. Die angestammten Herren sind der Zweck dieser ganzen Gesellschaft. Diese Welt gehört ihnen. Sie nehmen sie, wie sie ist und sich fühlt. Sie nehmen sich selbst, wie sie sich vorfinden, und stellen sich hin, wo ihre Füße gewachsen sind, auf die Nacken dieser politischen Tiere, die keine andere Bestimmung kennen, als ihnen ‚untertan, hold und gewärtig‘ zu sein. Die Philisterwelt ist die politische Tierwelt, und wenn wir ihre Existenz anerkennen müssen, so bleibt uns nichts übrig, als dem Status quo einfacher Weise recht zu geben.«

Man hätte sich, zu glauben, daß mit dieser glänzenden Charakteristik des politischen Traditionalismus etwa nur das Spießbürgertum im eigentlichen Sinne dieses Wortes gemeint ist; die politische Tierwelt reicht heute leider weit über die Kreise derjenigen bourgeois Beschränktheit hinaus, auf die sonst und früher jeder Sozialist mit berechtigter Geringschätzung herabblicken konnte. Sie hat — auch dies eine Folge der Massenwirkung, vulgo des Burgfriedens — aufgehört, eine Klassenerscheinung der Besessenen zu sein.

Weil nun also dieser Begriff der Masse keine eigentlich numerische Bedeutung, sondern die eines bestimmten Seelenzustandes hat, deshalb hat er auch gar nichts mit einem anderen, sich ebenfalls leicht aufdrängenden Einwand zu tun, nämlich mit der beliebten Gegenüberstellung von Individualismus und Sozialismus. Im Gegenteil ist nach dem Vorausgegangenen jetzt klar: ein Individuum kann ebensogut »Masse« sein, wenn es nämlich in seinem Denken, Fühlen und Wirken nur Produkt einer unpersönlichen und ihm aufgezwungenen Allgemeinstimmung ist, wie umgekehrt eine Menge von Menschen eine einheitliche und sich selbst bestimmende Individualität darstellt, wenn sie sich nämlich durch eigene Einsicht und bewußte Zielsehung ihrer Glieder organisiert hat. Und gerade darin liegt ja das Auszeichnende des Sozialismus seit Marx, daß er die Vielheit des Proletariats aus dem gleichsam instinktiven und unpersönlichen Massengefühl und Massenhandeln zum Bewußtsein ihrer Klassenlage bringen will und damit aus der amorphen Masse des Proletariats die selbstbewußte Individualität des sozialistischen Proletariats schafft. Auch daß sich dieser Sozialismus den wissenschaftlichen nennt, will auf dieselbe Umschaffung der Masse zur bewußten Individualisierung hinweisen, die sich freilich nur in einer Vielheit organisiert: nämlich daß das bloße Massenbewußtsein nur durch die theoretische Klarheit und die aus ihr fließende Zielsicherheit erst in seiner Eigenart als sozialistisches Klassenbewußtsein zustande kommt. Und die Herrschaft der Masse, die als Diktatur des Proletariats sicherlich angestrebt wird, bedeutet nicht etwa die

Herrschaft der Straße, sondern wieder nichts anderes als die Unterstellung der politisch-sozialen Entwicklung unter eine von Sozialerkenntnis geleitete Lenkung, die an sich mit Klassen- oder Massenherrschaft gar nichts zu tun hat, sondern nur deshalb mit der Herrschaft des Proletariats untrennbar verbunden ist, weil dies zugleich die Bedingung seiner Befreiung ist, weshalb ja auch diese gleichbedeutend ist mit der Selbst-aufhebung des Proletariats als Klasse und der Beseitigung aller Klassenherrschaft.

Dies alles gilt ebenso auch für die Demokratie. Genau so wie der moderne Sozialismus ist auch wirkliche Demokratie nur möglich durch Überführung aller einzelnen aus ihrer bloß instinktartigen Verschmolzenheit, aus der durch unreflektierte Vorstellungen ihnen suggerierten oder in ihnen erweckten Massengemeinschaft in eine selbstbewußte Vereinigung, die sich nur durch eigene Entschliebung und selbstgewählte Zwecke organisiert. Wenn der Sozialismus im Kriege jetzt vielfach so tief unter der Höhe seiner Prinzipien steht, daß die für ihn eigentlich selbstverständliche Parole eines Friedens ohne Annexionen und Entschädigungen auf große Schwierigkeiten einer vorbehaltlosen internationalen Anerkennung stößt, und daß viele seiner Vertreter in der staatlichen Machtpolitik ein Stück eigenen proletarischen Machtzuwachses zu vertreten wännen, ganz zu schweigen von denen, die in dem System der wirtschaftlichen Durchhaltungsmaßregeln sogar ein Stück Sozialismus selbst in Händen zu halten glauben, so ist dies alles wohl nur dadurch möglich geworden, daß der Sozialismus gegenüber den alle Eigenbedeutung aufzehrenden Gedanken der Massen nur allzuwenig das revolutionäre Selbstbewußtsein der geschichtlichen Individualität eines klassenkämpferischen Proletariats lebendig zu erhalten wußte. Die konservierende Massenhaftigkeit des Geistes im Kriege hat die progressive Geistigkeit der Massen im Sozialismus aufgesogen, und das Ende ist ein Zustand, der weder demokratisch noch sozialistisch ist.

Was solchem Verhängnis vermag nur der Weg des Sozialismus, wie Marx ihn gewiesen hat, zu führen, der Weg des unverwischten und unverwischbaren Klassegegensatzes, der damit zugleich ein Weg der Befreiung schon für unsere heutige Kriegsnot wird, weil er nicht nur die wirtschaftlichen und politischen Schranken jeder zukünftigen Entwicklung beseitigen will, sondern zuvor schon noch mitten im Kriege die geistigen Hindernisse radikal bekämpft, welche das Werden des Friedens erschweren, und die die allergrößten sind, da sie selbst im eigenen Lager Verwirrung stiften. »Die Tradition aller vergangenen Geschlechter lastet schwer auf den gegenwärtigen«, schrieb einst Marx; und an der Beseitigung dieser Tradition vergangener Zeiten, dieser Ideologie alter und fremder Interessen für das Proletariat, an der Weckung desselben zu eigenem Bewußtsein hat er all seine gewaltige Lebensarbeit angewendet. Gegenüber der grundsätzlichen Unterschiedenheit des proletarischen Bewußtseins, die alle traditionellen Vorstellungen von Staat und Nation, Volk und Vaterland, Gesamtheit und Gemeinwohl mit einem ganz neuen, spezifischen, entwicklungs führenden Inhalt erfüllte, erschienen die an den herkömmlichen Bedeutungen dieser Begriffe Festhaltenden wirklich nur als eine unterschiedslos rückwärtsgewendete Masse. Hier erwächst dem Sozialismus eine besondere Teilaufgabe seiner historischen Berufung zur Selbstaufklärung der Zeit, den

unseligen Nebel dieser Ideologie zu zerreißen, der alles sonstige klare Denken und Fühlen des einzelnen so umfließt, daß Vernunft und Moral nur wie ohnmächtige Fänslein in dem massigen Gewoge dieses Nebels schimmern. Ohnedies bedeutet dieser Krieg den Zusammenbruch aller alten Traditionen; es kommt nur darauf an, auch bewußt mit ihnen zu brechen und dadurch endlich den Alp der Massenhaftigkeit des Denkens und Fühlens von sich zu wälzen, um den immer wieder jener Nebel aufsteigt, der das klare Bewußtsein trübt. Mehr als je gilt daher heute der Satz von Karl Marx als Programm aller lebensvollen Zukunft, besonders aber der des Sozialismus: Das Bewußtsein ist eine Sache, die die Welt sich aneignen muß, wenn sie auch nicht will.

Dem Proletariat würde es am wenigsten geraten sein, diesen Willen nicht zu haben.

Literarische Rundschau.

A. Sieberg, Die Vulkane. Leipzig 1916, Deutsche Naturwissenschaftliche Gesellschaft, Geschäftsstelle Theodor Thomas Verlag. 78 Seiten mit 34 Abbildungen. Gebestet 1 Mark, gebunden 1,60 Mark.

Das Buch ist eine der besten Publikationen der Deutschen Naturwissenschaftlichen Gesellschaft und verdient in naturwissenschaftlich interessierten Kreisen weiteste Verbreitung. Sieberg ist einer der bekanntesten Vulkanologen der Gegenwart. Es muß besonders anerkannt werden, daß er es verstanden hat, sein Spezialgebiet in gedrängter Fassung und in immerhin leichtverständlicher Form einem breiteren Publikum vorzutragen. Die bisher über diesen Gegenstand erschienenen Bücher waren entweder zu wissenschaftlich oder zu oberflächlich gehalten. Sieberg geht bei seiner Darstellung von eigenen Beobachtungen bald in diesem, bald in jenem Vulkangebiet aus; das verleiht seinen Schilderungen einen anziehenden Reiz. Und er weiß seine Ausführungen derartig klar und übersichtlich zu gliedern, daß auch der Laie bei einigermaßen gutem Willen ihm immer zu folgen vermag. Zudem sind die Abbildungen sehr sorgsam ausgewählt (im allgemeinen auch recht gut wiedergegeben) und besonders die schematischen Zeichnungen so instruktiv herausgearbeitet, daß sie Lücken im Verständnis, die etwa beim Studium des Textes zurückbleiben könnten, sofort auszufüllen vermögen. Schilderungen vulkanischer Ausbrüche, deren Augenzeuge der Verfasser war, leiten seine Ausführungen ein und bilden den Ausgangspunkt für die Erklärung der Elemente, die bei Eruptionen in Betracht kommen. Hieran schließt sich mühelos eine Betrachtung der Form und Entstehung der vulkanischen Gebilde von den Kleinformen angefangen bis zu den Vulkanriesen, eine Klassifikation der verschiedenen Explosionsstypen und eine lebendige Schilderung der Vulkane im Zustand der Tätigkeit. Zum Schlusse läßt uns der Verfasser noch einen Blick tun in die Werkstoff der vulkanischen Kräfte und streift kurz die geographische Verteilung der Vulkane und eine Reihe uneigentlicher vulkanischer Erscheinungen.

Og. Engelbert Graf.

Notizen.

Niedriges Einkommen, Frauenarbeit und Geburtenrückgang. Zur Ergänzung meines Artikels über »Frauenarbeit und Volksvermehrung«¹ und als Nachweis, wie eng niedriger Lohn, Frauenarbeit, Frauenüberschuß, niedrige Geburten-

¹ In Nr. 26 vom 30. März dieses Jahres.

ziffer, Geburtenrückgang und niedriger Bevölkerungsanteil der Kinder bis zum 14. (resp. 15.) Lebensjahr miteinander zusammenhängen resp. voneinander abhängen, seien noch folgende statistische Nachweise² gebracht. Sie zeigen, daß dort, wo das Durchschnittseinkommen am niedrigsten ist, ein größerer Prozentsatz von Frauen in der Industrie tätig ist. Die Folge ist eine niedrigere Geburtenziffer als in Orten mit weniger Frauenarbeit, die weitere Folge ein höherer Frauenüberschuß und ein niedrigerer Anteil der Kinder an der Gesamtbevölkerung und ein größerer Geburtenrückgang (auf einen größeren Zeitraum berechnet).

1. Niedrigeres Einkommen — mehr Frauenarbeit — niedrigere Geburtenziffer.

	Durchschnitts- einkommen der Textilarbeiter 1908	Von 100 Erwerbstätigen in der Textilindustrie waren Frauen 1907	Lebendgeburten auf 1000 Einwohner 1908
In Krefeld . . .	928,72 Mk.	43,3	24,9
- Forst . . .	789,36 -	47,36	21,0
In Forst — 139,36 Mk.		+ 4,06	— 3,9

Forst mit niedrigerem Durchschnittseinkommen beschäftigt verhältnismäßig mehr Frauen in der Textilindustrie und hat dementsprechend eine niedrigere Geburtenziffer als Krefeld. (Der in Heft 26, 1. Band, XXXV. Jahrgang angegebene Frauenanteil an der erwerbstätigen Textilarbeiterbevölkerung bezog sich auf 1905, nicht auf 1907.)

2. Hoher Frauenüberschuß — niedrige Kinderzahl.

Auf 1000 Einwohner kamen 1910 Personen:

	Männlichen Weiblichen Geschlechts		Über Unter 14 Jahren	
	In Krefeld . . .	472	528	712
- Forst . . .	468	532	748	252 (unter 14 Jahren)
In Forst — 4	+ 4		+ 36	— 36

Forst mit dem höheren Frauenüberschuß und der umfangreicheren Frauenarbeit hat den niedrigeren Bevölkerungsanteil an Kindern.

3. Der Geburtenrückgang.

Auf 1000 Einwohner kamen Lebendgeburten:

Jahr	In Krefeld	In Forst	Im Reich
1896	31,4	31,2	36,3
1910	22,7	19,0	29,8
Geburtenrückgang	8,7	12,2	6,5

Forst weist somit im obigen Zeitraum auch den größeren Geburtenrückgang auf. Der Ring ist somit geschlossen, der Beweis geführt, daß die Frauenarbeit, deren Ursache das zu niedrige Einkommen des Mannes, die Hauptursache des Geburtenrückganges ist. A. Freudenthal

² Quellen für das Reich das »Reichsstatistische Jahrbuch«, für die Angaben über die Bevölkerungsbewegung für Krefeld die statistischen Nachweise in der Denkschrift über »Die Entwicklung Krefelds von 1901 bis 1910, für Forst: die Angaben des Magistrats. Das Durchschnittseinkommen der Seidenarbeiter Krefelds wurde nach Angaben der Berichte der Seidenberufsgenossenschaft (Sektion I) berechnet, das der Niederlausitzer Tuchindustriearbeiter der Schrift »Die Lohn- und Arbeitsbedingungen in der Niederlausitzer Tuchindustrie 1908 bis 1909« (Berlin, Verlag Franz Köhne) entnommen.

Die Neue Zeit

Wochenschrift der Deutschen Sozialdemokratie

2. Band Nr. 14

Ausgegeben am 6. Juli 1917

35. Jahrgang

Nachdruck der Artikel nur mit Quellenangabe gestattet

Österreich und Serbien.

Von R. Kautsky.

(Fortsetzung.)

4. Der Panlawismus.

Der Panlawismus ebenso wie der Panlatinismus oder Pangermanismus ist nicht, gleich den Bestrebungen der Nationalitäten nach politischer Selbständigkeit, ein Gebilde, das mit Notwendigkeit aus der modernen Entwicklung hervorgeht. Die nationalen Bestrebungen haben ihre natürliche Wurzel in der Bedeutung der Sprache für die Politik. Sie entspringen dem Bedürfnis, die Volkssprache zur Staatssprache zu machen. Sie müssen, wie schon gezeigt, überall notwendigerweise auftreten, wo sich die moderne Demokratie regt.

Der Panlawismus hat damit nichts zu tun, ebenso wie der Panlatinismus oder Pangermanismus. Er beruht in keiner Weise auf einer Gemeinsamkeit der Sprache. Das zeigte sich schon 1848 drastisch auf dem ersten panlawistischen Kongress in Prag, auf dem man sich bekanntlich nur deutsch zu verständigen vermochte. Es war die einzige Sprache, die alle anwesenden Slawen verstanden.

Der Panlawismus ist ebenso wie die ihm entsprechenden Panismen des Westens ein künstliches Produkt von Professoren, Philologen und Historikern, die die Verwandtschaftsverhältnisse der Sprachen erforscht haben. Unsinnig ist es, wenn aus der Sprachverwandtschaft auf eine Blutsverwandtschaft geschlossen und in diesem Sinne von einer slawischen »Rasse« gesprochen wird, die natürlich gegen die germanische Rasse den Rassenkampf zu führen hat. Und ebenso unsinnig ist es, wenn aus der Sprachverwandtschaft ohne weiteres auf eine Interessenverwandtschaft geschlossen wird. Damit ist jedoch keineswegs gesagt, daß die Idee des Panlawismus nicht gewissen Interessen entsprechen und dadurch eine Macht werden konnte. Nur waren diese Interessen in anderen Faktoren begründet als in der Sprachenverwandtschaft.

Das gewaltigste Interesse, das hinter dem Panlawismus steckte, war das des Zarismus selbst, des Beherrschers der großen Masse der Slawen. Zur Zeit der letzten Volkszählung in Rußland (1897) lebten dort 92 Millionen Slawen. Die Gesamtzahl der Slawen in der Welt veranschlagte man damals auf 120 Millionen. Die Vereinigung aller Slawen in einer politischen Gemeinschaft konnte nichts anderes bedeuten als ihre Vereinigung unter dem Zaren.

Über das Bedürfnis der Beherrscher Rußlands selbst hätte natürlich nicht ausgereicht, den Panlawismus zu einem ernsthaften politischen Faktor zu erheben, wenn ihm nicht Bedürfnisse in jenen Völkern entgegengekommen wären, nach deren Beherrschung die Zaren verlangten. Diese Bedürfnisse

entsprangen aus der unbefriedigenden Lage der Slawen in der Türkei wie in Oesterreich.

Deren Streben, ihre Lage zu ändern, äußerte sich freilich nicht stets im Panlawismus. Es war sehr zwiespältiger Art. Die Slawen Oesterreichs, namentlich die Tschechen und die Südslawen, weit weniger die Polen und Ruthenen, fühlten sich stets bedrängt von Deutschen und Ungarn, und jede dieser slawischen Nationen fühlte sich außerstande, aus eigener Kraft mit ihren Bedrängern fertig zu werden. Sie sahen sich nach einer Schutzmacht um und glaubten sie stets in einer Dynastie zu finden. So wirkten sie konterrevolutionär. Jedoch war es nicht immer die gleiche Dynastie, von der sie Schutz erwarteten.

Gebärdeten sich Deutsche und Ungarn rebellisch, dann boten jene Slawen sich der heimischen Dynastie an und wurden deren Schutztruppe gegen die Revolution als die treuesten Patrioten. Ging aber die Dynastie mit Deutschen und Ungarn Hand in Hand, dann verwandelten sich die slawischen Patrioten in Hochverräter und schloffen oder pilgerten nach Moskau, um den Schutz des Zaren gegen die eigene Regierung zu erlangen. In solchen Zeiten hegten sie die Idee des Panlawismus.

Die Rolle des Zaren als Beschützer der griechischen Christen brachte ihm die Anhänglichkeit nicht nur der Serben und Bulgaren, sondern auch der Griechen und Rumänen ein. Seine Rolle als Beschützer der Slawen wiederum zog auch die katholischen Tschechen, Slowenen, Kroaten in seinen Bannkreis.

Dem panlawistischen Zaren mußte daher Oesterreich mit weit größerem Mißtrauen gegenüberstehen als dem Schutzherrn der griechisch-orientalischen Kirche.

5. Die Befreiung der Balkanvölker.

Trotz der bedenklichen Formen, die 1848 der Panlawismus angenommen hatte, konnte die österreichische Regierung sich im Krimkrieg nicht zu einer entschiedenen Haltung Rußland gegenüber aufschwingen, anfangs schien es sogar, als würde sie dieses begünstigen. Zu mehr als einer bewaffneten, für Rußland nicht sehr freundlichen Neutralität brachte sie es nicht.

Am energischsten ging gegen das nach der Türkei greifende Rußland Anfang 1853 Napoleon vor, der als Erbe der Revolution und Parvenu unter den Herrschern deren legitimistische Bedenken nicht zu teilen brauchte und sein noch ungesichertes Regime durch den Glanz großer Erfolge befestigen mußte. Er forderte nicht bloß die Rettung der Türkei, sondern plante gleichzeitig eine vollständige Revolutionierung der europäischen Grenzen. Finnland solle an Schweden fallen, Polen an den König von Sachsen, Oesterreich solle Rumänien und Bessarabien, ja einen Teil Südrußlands bis zur Krim bekommen und so Rußland vom Zugang zur Türkei abgeschnitten werden. Dafür solle Oesterreich die Lombardei an das Königreich Sardinien, den Keim des späteren Königreichs Italien abgeben. Dabei war vorausgesehen, daß der Verteiler aller dieser ihm nicht gehörenden Schätze auch eine Entschädigung einheimste: mindestens Savoyen, vielleicht auch eine Ausdehnung der französischen Nordgrenze.

Als Friedrich Wilhelm IV. davon erfuhr, war er außer sich: was konnte der Kampf für diese Ziele anderes bedeuten als die Revolution? Er blieb fest bei Rußland. Aber auch Oesterreich war jedem Kriegsziel feind, das mit einer Entfesselung der Revolution drohte. Napoleon selbst goß bald Wasser in sei-

nen wild gährenden Wein und war zufrieden damit, von den legitimen Monarchen als ihresgleichen behandelt zu werden.

Die christlichen Völkerschaften der Europäischen Türkei selbst, die sich sonst bereit zeigten, auf ein Zeichen Rußlands hin zu rebellieren, verhielten sich in diesem Kriege ruhig.

Die aufrührerischen Neigungen der Griechen konnten sich der englischen und französischen Flotte gegenüber nicht befähigen. Auch Serben und Rumänen konnten gegenüber den gewaltigen Mächten, die vor ihren Augen miteinander rangen, zu keiner entschiedenen Haltung kommen.

Die Sieger machten im Pariser Frieden 1856 einen schüchternen Versuch in der Richtung, Rußland an Stelle der zerfallenden Türkei einen lebensfähigen Staat gegenüberzustellen. Die beiden von der Türkei abhängigen Donaufürstentümer, die Moldau und die Walachei, bekamen das Recht, durch erwählte Volksvertretungen — richtiger gesagt Wojarenvertretungen — ihre Staatsverfassungen festzustellen. Die beiden Fürstentümer vereinigten sich zu einem Staatswesen, Rumänien. Dieses blieb ebenso wie Serbien noch der Pforte tributpflichtig, beide wurden aber gleichzeitig unter den Schutz der Unterzeichner des Pariser Friedens gestellt. Rumänien wie Serbien mußten sich immer unabhängiger zu machen, vor allem durch Einrichtung eines eigenen Heerwesens.

Ihre fortschreitende Unabhängigkeit und Erstarkung bei gleichzeitigem Fortgang des ökonomischen Verfalls der Türkei und der Zunahme der Mißhandlungen der christlichen Bevölkerung ließen bald wieder neue Aufstände aufflammen, die von Rußland nach Kräften gefördert und ausgenutzt wurden. Neben der serbischen Bevölkerung Bosniens und der Herzegowina, die noch türkisch waren, trat nun ein neues Element der Unruhe auf dem Balkan auf: die Bulgaren. Im Jahre 1875 gewannen die Aufstände in Bosnien und Bulgarien eine solche Ausdehnung und nahm die türkische Gegenwirkung stellenweise so scheußliche Formen an, daß ganz Europa in Aufregung geriet. Serbien glaubte, jetzt sei die Zeit gekommen, das stammverwandte Bosnien mit der Herzegowina seinem Staatswesen einzuverleiben. Zu diesem Zwecke begann es 1876 den Krieg gegen die Türkei. Gleichzeitig proklamierten die Insurgenten Bosniens ihren Anschluß an den serbischen Staat. Die serbische Armee wurde geschlagen, aber nun griff Rußland ein (1877) im Bunde mit Rumänien, das sich für unabhängig erklärte. Osterreichs Neutralität erkaufte die russische Diplomatie dadurch, daß sie ihm Bosnien und die Herzegowina verhielt, was freilich vom Standpunkt des Panславismus und der serbischen Nationalitätsidee unverzeihlich war.

Nachdem die Russen bis vor die Tore Konstantinopels vorgedrungen waren, verstand sich die Pforte zum Frieden von San Stefano. Er schuf ein autonomes, tributzahlendes Fürstentum Bulgarien, das größer war als das heutige. Es erstreckte sich bis an das Ägäische Meer und grenzte an Albanien. Serbien sollte Nißch, das Orinatal und Klein-Zwornik erhalten, für Bosnien und die Herzegowina wurde eine autonome Verwaltung vorgesehen. Von der Besetzung dieser Gebiete durch Osterreich war in dem Frieden keine Rede. Die Serben durften sie angesichts des fortschreitenden Verfalls der Türkei als ihr künftiges Erbe betrachten.

Es war sicher unerfreulich, daß dieser Stand der Dinge gerade durch Rußland herbeigeführt wurde. Aber um so schlimmer für die »fortschritt-

lichen Mächte Europas, daß sie das Vollziehen des geschichtlich Unvermeidlichen in der Türkei dem russischen Absolutismus überließen. Wieder bestand ihre ganze Weisheit darin, es zu verhindern, daß an Stelle der Türkei größere Staaten gesetzt wurden, die zu einer selbstständigen Politik fähig gewesen wären. Die Vermehrung der Kleinstaaterie auf dem Balkan und damit die Fortdauer des russischen Einflusses war das einzige, was sie zu tun wußten.

Der energische Einspruch Englands, das heißt seines Torykabinetts, machte den Friedensvertrag von San Stefano zunichte, zwang Rußland, sich einem europäischen Kongreß zu unterwerfen, und dort, in Berlin, wurde das neue Bulgarien vom Mittelmeer abgedrängt und sein Gebiet geteilt in ein politisch selbständiges unter einem Fürsten stehendes, das nördlich des Balkans lag, und eines südlich von ihm, Rumelien, das unter der Oberhoheit der Türkei blieb, von einem christlichen Gouverneur verwaltet wurde. Frankreich und Italien vertraten Griechenlands Interessen, doch erhielt dies erst 1881 Thessalien und das südliche Epirus. Rußland selbst trug nur ein kleines Stückchen Bessarabien davon, indes Oesterreich auf sein Verlangen die Besetzung Bosniens und der Herzegowina zugesprochen wurde. Bismarck hatte sich dabei energisch für Oesterreichs Ansprüche eingesetzt.

Vom Berliner Kongreß 1878 an datiert der engere Zusammenschluß der beiden Häuser Habsburg und Hohenzollern, die einander jahrhundertlang so unveröhnlich gegenübergestanden waren. Schon 1879 kam es zum Bündnis zwischen Deutschland und Oesterreich, das bis heute gewährt hat. Von da an datiert aber auch die Annäherung Rußlands an Frankreich, die allerdings höchst zögernd vor sich ging, bedeutete sie doch eine Verbindung des starren Despotismus mit der demokratischen Republik. Erst 1891 kam es zwischen den beiden Mächten zu einem schriftlichen Abkommen, erkönte am Jarenhof die bis dahin in Rußland streng verpönte Marcellaise.

Aber der für Rußland unbefriedigende Ausgang des Krieges hatte dort nicht bloß auf den Zaren zurückgewirkt.

Bereits durch den Krimkrieg war Rußlands militärische Rückständigkeit als Folge seiner ökonomischen und politischen Rückständigkeit aufgedeckt worden. Der freilich noch dünnen Schicht seiner gebildeten Elemente war es damals schon klar geworden, daß das Reich der Modernisierung dringend bedurfte. Eine heftige Bewegung war die Folge gewesen, der sich der Zar selbst nicht ganz verschließen konnte. Die Leibeigenschaft wurde aufgehoben, Provinzialvertretungen (Semstwo) eingeführt, Eisenbahnen gebaut, die Industrie gefördert; die Zeitungsliteratur begann sich zu entwickeln. Aber am Absolutismus hielt man fest, so stark wie nur je. Er fand im russischen Reiche während der sechziger Jahre außerhalb Polens noch keine Gegner, die stark genug gewesen wären, im Lande selbst den Kampf gegen ihn aufzunehmen. Um so größer die Sympathien, ja die Begeisterung der freiheitsdürstigen Intellektuellen Rußlands für die Freiheitskämpfe der ihnen so nahestehenden Südslawen gegen den türkischen Despotismus. Diese Begeisterung mochte sich mitunter panslawistischer Argumente bedienen, entsprang aber im Grunde nur dem gemeinsamen demokratischen Sehnen, wie in den zwanziger Jahren des vorigen Jahrhunderts die allgemeine Griechenbegeisterung im liberalen Europa, in den dreißiger Jahren und noch später, bis in die sechziger Jahre hinein, die Polenbegeisterung.

Turgeneff gab diesem Gefühl tiefen Ausdruck in seinem Roman »Am Vorabend« (deutsch auch unter dem Titel »Helene« erschienen) aus dem Jahre 1859. Er zeichnet uns dort einen Typus des revolutionären Kämpfers. Aber es ist kein Russe, sondern ein Bulgare.

Man kann sich denken, wie die Aufstände auf dem Balkan von 1875 auf einen großen Teil der freiheitsdurstigen russischen Jugend wirkten. Die ganze Gesellschaft Rußlands geriet in Erregung, Tausende von Freiwilligen eilten unter die serbischen Fahnen.

Als aber dann die russische Regierung selbst eingriff und die riesenhaften Opfer, die sie dem Volk auferlegte, ein so dürftiges Resultat zeitigten, da verstärkte die Entrüstung darüber gewaltig die bereits früher in Fluß gekommene oppositionelle Bewegung gegen das Regime des Zaren. Noch war der Friede nicht geschlossen, da fand die neue tatkräftige Opposition ihre erste sichtbare Äußerung im Schuß unserer Genossin Wera Sassulitsch, 5. Februar 1878. Diese revolutionäre Bewegung erreichte bald ihren Höhepunkt in der Lösung Alexanders II. 1881. Dann ging sie rasch zurück, da sie in der Gesellschaft keine genügende Stütze fand, und lebte erst wieder auf, als das russische Proletariat genügend erstarkt war, ihr eine dauernde, feste Basis zu geben.

6. Serbien.

Mit Bosnien und der Herzegowina gewann Osterreich ein Gebiet von mehr als 50 000 Quadratkilometern und eine Bevölkerung von 1 300 000 Einwohnern. Allerdings hatte es den hartnäckigen Widerstand der türkischen Staatsmänner auf dem Berliner Kongreß nur dadurch überwinden können, daß es feierlich versprach, die Besetzung solle nur eine provisorische sein, und daß es die Fortdauer der Herrscherrechte des Sultans verbürgte. Aber damit war nur die türkische Empfindlichkeit beschwichtigt, das allgemeine Mißtrauen nicht beseitigt.

Als Graf Andrassy, der Minister des Außern, vom Berliner Kongreß nach Wien zurückkehrte, sagte er dem Kaiser Franz Joseph, daß die Tore nach Saloniki nun offenstünden.

So wurde die Okkupation auch außerhalb der Hofburg aufgefaßt. Mit Recht sagte Engels in seinem bereits zitierten Artikel über »Die auswärtige Politik des russischen Zarentums«, Osterreich habe sich »durch die Besetzung von Bosnien zum Mitschuldigen an der Teilung der Türkei und zum notwendigen Gegner aller serbischen Unabhängigkeits- und Einigungsbestrebungen gemacht« (S. 200).

Von nun an stand Osterreich in fast ständigem Gegensatz zu Serbien, ja in einem Gegensatz, der sich immer mehr verschärfte.

Allerdings — einen Freund besaß es dort, den König M i l a n, einen Lebemann, der mit dem Einkommen nicht langte, das ihm der kleine serbische Staat aussehte. So wie ein anderer Lebemann auf dem Throne, Karl II. von England, nichts daran fand, Geldunterstützungen von Ludwig XIV. von Frankreich entgegenzunehmen, frag auch Milan Obrenowitsch, der Serbien von 1868 bis 1889 regierte, kein Bedenken, von Osterreich private Vortheile der verschiedensten Art einzuheimfen. Schließlich mußte er von seinem großen Nachbarn gerettet werden. Seine Mißwirtschaft schuf ihm wachsende Opposition, sogar Aufstände im eigenen Lande. Um die Unzufriedenheit abzulenken, trachtete er, dem nationalen Sehnen Befriedigung zu schaffen auf

der Linie des geringsten Widerstandes, die von Osterreich und Bosnien weg nach Bulgarien führte. Er hoffte, dort einen Zwischenfall für sich auszunutzen zu können. Rumelien, das durch den Berliner Kongreß vom neugeschaffenen Bulgarien getrennt worden war, riß sich 1885 durch einen Staatsstreich von der Türkei los und vereinigte sich mit Bulgarien. Nun verlangte Serbien »Kompensationen«, und als es die nicht erhielt, erklärte es den Krieg. Hier zeigte sich aber Milans Strategie weniger erfolgreich als gegenüber gefälligen Schönen. Die Serben wurden wiederholt geschlagen, und das Vordringen der Bulgaren fand ein Hindernis nur in Osterreich, das ihnen Halt gebot und es durchsetzte, daß Serbien ohne Verlust davonkam.

In der ganzen Affäre hatte Milans Ansehen nicht gewonnen. Sein Regime fand immer mehr Widerstand, wurde immer gewalttätiger, bis er sich schließlich dazu verstand, seine Krone gegen eine Pension abzutreten (1889), die er auf dem seinen Lebensgewohnheiten so sehr entsprechenden Boden von Paris verzichtete. Drei Jahre später verzichtete er um den billigen Preis von zwei Millionen Franken sogar auf seine serbische Staatsangehörigkeit. Die Regierungslast überließ er seinem dreizehnjährigen Sohn Alexander I., mischte sich aber dabei noch immer in die Regierung, erzog den Sohn zu Treubruch, Staatsstreich und Tollheit, bis er 1901 starb. Alexander, der durch eine so feine Schule gegangen war und seinem Vater nachgerief, machte sich bald ebenso verhaßt und verächtlich wie dieser. Es dauerte nicht lange, so wurde er durch eine Offiziersrevolte aus dem Wege geräumt (1903). Das Parlament, die Skupschina, wählte einstimmig Peter Karageorgewitsch zum König, einen Enkel des Kara Georg, der 1804 die Fahne der Empörung gegen die Türken erhoben hatte.

Nun begann ein ruhigeres Verfassungsleben in Serbien. Aber um so schwieriger wurde die auswärtige Politik, denn das Verhältnis zu Osterreich hatte sich inzwischen immer mehr zugespitzt.

Das nationale Interesse, das durch die Okkupation Bosniens verletzt worden war, hatte keineswegs das ganze serbische Volk ergriffen, sondern nur seine Oberschicht, bestehend aus den Intellektuellen, zu denen man auch das Offizierkorps zählen kann. In ihr spielte der nationale Gedanke eine große Rolle, teils aus wirklich empfundenem nationalen Sehnen, teils aus bloßem Streben nach Erweiterung des Machtbereichs. Die häuerliche Volksmasse war noch zu rückständig, um andere als Kirchturnpolitik zu treiben. Aber auch sie konnte nicht außerhalb des Bereichs des kapitalistischen Verkehrslebens bleiben.

Der serbische Staat, seine Bureaukratie, sein Heer brauchten Geld, das der Bauer durch Geldsteuern aufzubringen hatte. Der Bauer selbst wurde mit Erzeugnissen der Industrie bekannt, sie wurden ihm Bedürfnis für Betrieb oder Haushalt. Auch zu ihrer Erwerbung mußte er Geld erwerben. Das erlangte er nur durch Verkauf seiner Produkte. Der landwirtschaftliche Export wurde eine Lebensfrage für Staat und Bauer in Serbien. Bei seiner geographischen Lage, abgeschnitten vom Meere, hatte es jedoch nur einen Weg nach Europa: den über Ungarn. Ungarn war nun ökonomisch in einer ähnlichen Lage wie Serbien, wenn auch schon etwas mehr entwickelt. Auch Ungarn ist auf die Ausfuhr landwirtschaftlicher Produkte angewiesen, und seine Kunden sind dieselben, die Serbien suchte. So wurde dieses zum Konkurrenten und damit zum Erbfeind der Agrarier Ungarns. Das ganze Über-

gewicht der Großmacht gegenüber dem Kleinstaat boten sie auf, um die Handelsverträge seit 1881 wie die Praxis ihrer Handhabung so zu gestalten, daß die serbische Ausfuhr aufs engste eingeschnürt wurde. Schließlich wurde die Ausfuhr lebenden Viehes aus Serbien völlig untersagt, die Ausfuhr geschlachteten Viehes nur in beschränktem Umfang gestattet. Im Handelsvertrag von 1908 wurde die Zahl der geschlachteten Rinder und Schweine, die Serbien ausführen durfte, auf 35 000 Rinder und 70 000 Schweine beschränkt. Auch das war den ungarischen Agrariern zu viel. Der Vertrag wurde annulliert, und in einem neuen von 1911 wurden die Ziffern der gestatteten Ausfuhr reduziert auf 15 000 Rinder und 50 000 Schweine. In dem gleichen Jahre führte Serbien Vieh im Werte von 5 Millionen Mark aus, Ungarn im Werte von 240 Millionen.

(Fortsetzung folgt.)

Außerordentlicher Parteitag der Schweizerischen Sozialdemokratie.

Von Dionys Jinner.

Der ordentliche Parteitag vom Herbst 1916 in Zürich hatte beschlossen, zur Behandlung der Militärfrage im Monat Februar 1917 einen außerordentlichen Parteitag nach Bern einzuberufen, der dann aber aus verschiedenen Gründen, namentlich auch deshalb, weil sich die lokalen Parteiorganisationen noch zu wenig damit beschäftigt hatten, auf den 9. und 10. Juni verschoben wurde.

In die Zeit dieser Verschiebung fallen wichtige Ereignisse, davon das wichtigste die siegreiche russische Revolution, die auch das Parteilieben der Schweizerischen Sozialdemokratie und die Verhandlungen des Berner Parteitags beeinflussten. So galt der erste Beschluß, den er auf Antrag des Parteivorstandes faßte, der begeistertsten Begrüßung der russischen Revolution. »Der Parteitag drückt dem Arbeiter- und Soldatenrat seine Bewunderung aus für den Kampf um die Neuaufrichtung der sozialistischen Internationale, deren Aufgabe es sein muß, den geschlossenen Widerstand der Arbeiterklasse gegen den kapitalistisch-imperialistischen Krieg herbeizuführen.« Eine weitere Sympathiekundgebung des Parteitags galt den Genossen in Chauv-de-fonds, der großen Uhrenarbeitergemeinde, wo Belagerungszustand besteht und 8000 Soldaten »die Ordnung aufrechterhalten«, weil das lohnarbeitende Volk den zu Unrecht von der kapitalistischen Militärjustiz zu acht Tagen Gefängnis verurteilten Genossen Graber, Redakteur des dortigen Parteiorgans »Internationale« und Nationalrat, aus dem Gefängnis befreit hatte. Er hatte in diesem Blatte ihm direkt vorgefragene bittere Klagen einer Mutter über die schlechte Behandlung ihres Sohnes im Militärdienst veröffentlicht und nur wenige sachliche Bemerkungen dazu gemacht, also keineswegs scharfe Kritik daran geübt; aber dennoch mußte die herrschende Offizierskaste ein Opfer haben, und erfolgte deshalb die Verurteilung unseres Genossen. Aus sicherem Versteck lieferte er wie Marat jeden Tag seinen Artikel, und als er plötzlich im zusammengetretenen Nationalrat in Bern erschien, bot er damit der Neuenburger Kantonsregierung wie dem Schweizerischen Bundesrat die seltene Gelegenheit, sich auch noch in der Immunitätsfrage unsferblich zu blamieren. Sie verlangten vom National-

rat die Auslieferung Grabers, und zwar als eine solche Selbstverständlichkeit, daß sie arrogant nur von einer überflüssigen Formalität redeten, die sie mit diesem Schrift erfüllen. Der Fall gestaltete sich aber dann im Parlament etwas anders, so daß beide Regierungen ihr gemeinsames Auslieferungsbegehren zurückzogen — sie und ihr Militarismus um eine nette Blamage reicher!

Der Parteitag sprach auch den Genossen Fritz Adler und Karl Liebknecht sowie den Genossinnen Rosa Luxemburg und Klara Zetkin seine Sympathien für ihre Haltung und Opfer aus.

Vor der Militärfrage wurde noch die Stellungnahme zu den Beschlüssen der Kientaler Konferenz und zum Internationalen Sozialistischen Bureau beraten. Dazu lagen Anträge des Parteivorstandes und der städtischen Parteiversammlung in Zürich vor. Beide Anträge enthalten die Zustimmung zu den Kientaler Beschlüssen und die Verurteilung der Sozialisten, die die Kriegspolitik ihrer Regierungen unterstützen: der Züricher Antrag erklärte sich auch für die Beschickung der Friedenskonferenz des Internationalen Sozialistischen Bureau, wenn die dritte Zimmerwalder Konferenz die Teilnahme beschließt.

Darüber gab es eine lebhafte Debatte, in der der Parteipräsident Dr. Klöti, Stadtrat in Zürich, mitteilte, daß der Parteivorstand sich auch mit der Reise der Genossen Platten, Grimm, Vogel und Günzenberg nach Rußland bezw. Stockholm beschäftigte und feststellen konnte, daß sie sich korrekt verhalten haben. Dr. Klöti berichtete auch, daß die Genossen Grimm und Graber bestimmt sind als Delegierte zur dritten Zimmerwalder Konferenz.

Beide Anträge fanden bereedete Vertreter, so der des Parteivorstandes in den Genossen Arbeitersekretär Schneider (Basel), Greulich, Rechtsanwalt Huber (Korshach); der Züricher in den Genossen Nobs (Zürich), Redakteur des »Volksrecht«, Platten (Zürich), Parteisekretär, Genossin Bloch (Zürich) usw. Graber empfahl eine passive Beteilung unserer Delegierten an der Friedenskonferenz des Internationalen Sozialistischen Bureau in dem Sinne, daß sie in dessen Sitzungen nur hören, aber nicht diskutieren sollten. Annahme fand schließlich der Züricher Antrag mit 140 gegen 119 Stimmen, die der Antrag des Parteivorstandes erhielt. Der Beschluß lautet:

Der Parteitag erklärt sich mit der von der Kientaler Konferenz geübten Kritik und Verurteilung der Haltung des Internationalen Sozialistischen Bureau einverstanden.

Um eine sozialistische Arbeiterinternationale wiederherzustellen, muß mit der Politik der Duldung gegenüber denen, die den Boden des Klassenkampfes und damit die Beschlüsse der zweiten Internationale aufgegeben haben, gebrochen und die Politik der Sozialimperialisten und Sozialpatrioten entschieden verurteilt werden, unter energischer Proklamierung der Prinzipien des Klassenkampfes. Die zukünftige Internationale muß sich auf der Gemeinschaft dieser Prinzipien und auf dem Willen zur gemeinsamen Aktion aufbauen.

Der Parteitag beschließt in Konsequenz dieser Erklärung, einer Einladung des Internationalen Sozialistischen Bureau zur Friedenskonferenz nur Folge zu geben, wenn die dritte Zimmerwalder Konferenz die Teilnahme an ihr beschließt.

Der Antrag Graber auf passive Beteilung an der Friedenskonferenz des Internationalen Sozialistischen Bureau wurde abgelehnt, ebenso der Antrag des Genossen Redakteur Schmid (Olten):

Die schweizerische Partei begrüßt die Einladung des Petersburger Arbeiter- und Soldatenrats zu einer Konferenz zur Einleitung der Erhebung der Arbeiterschaft aller Länder gegen den Krieg. Sie erklärt ihre Teilnahme an derselben und organisiert im Einverständnis mit dem Gewerkschaftsbund sofort überall Massensammlungen aller in der Kriegsindustrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen, um sie darauf vorzubereiten, auf den Ruf der Konferenz hin den Kampf gegen den Krieg mit der Niederlegung aller Kriegsarbeit aktiv zu beginnen.

Dieser Antrag ist mit 86 gegen 113 Stimmen abgelehnt worden. Bei seiner Besprechung war auch Graber auf der Bühne als Redner erschienen, und der befreite Gefangene wurde mit demonstrativem Beifall empfangen. Den Antrag Schmid hatte er mit dem Hinweis auf die vielen unorganisierten Arbeiter und mit der Notwendigkeit der internationalen Regelung auch dieser Frage bekämpft.

Nun folgte die Beratung der Militärfrage, die den Hauptpunkt der Tagesordnung des Parteitags bildete und mit der sich übrigens Arbeiterkongresse, Parteitage usw. auch schon vor Jahrzehnten beschäftigt haben. Militäraufgebote gegen streikende Arbeiter, militaristische Verfälschung des Volksherees und ähnliche Umstände waren jeweilen die Veranlassung zu solchen Diskussionen und Beschlußfassungen.

Mit der Militärfrage beschäftigt sich auch der praktische Teil des Parteiprogramms der schweizerischen Sozialdemokratie, und zwar besagt es darüber unter der Überschrift

»Demokratisierung des Wehrwesens«: Vereinfachung der Bekleidung und Ausrüstung. Wahl der Offiziere durch die Mannschaft. Bekleidung und Ausrüstung der Offiziere durch den Staat. Gleiche Verpflegung für Offiziere und Mannschaft. Abschaffung des Militärstrafrechts und der Militärgerichtsbarkeit in Friedenszeiten. Unterstützung der Familie während des Militärdienstes des Ernährers. Schutz des Wehrmannes gegen die ökonomischen Folgen der Entlassung (aus der Arbeit) wegen des Militärdienstes. Abschaffung des Schulverhaftes wegen Nichtbezahlung des Militärschuldenfahses.

Der Oltenener Parteitag von 1903 beschäftigte sich mit einem Initiativbegehren auf Beschränkung der jährlichen Militärausgaben auf 26 Millionen Franken, wobei die Notwendigkeit der Organisation der Wehrkraft des Landes ausdrücklich anerkannt und gleichzeitig auch die Errichtung internationaler Schiedsgerichte sowie die allgemeine Abrüstung betont wurden, da die Partei Gegnerin des Militarismus ist.

Der Züricher Parteitag von 1904 beschäftigte sich mit den Militäraufgeboten gegen streikende Arbeiter, und er verlangte vom Parteikomitee wie vom Bundeskomitee des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes, daß sie bei deren Wiederholung sofort dagegen Stellung nehmen. An die Soldaten richtete der Parteitag die direkte Aufforderung, bei Militäraufgeboten wegen Streiks sich ihrer Solidarität mit den streikenden Arbeitern bewußt zu sein und sich nicht zu Handlungen verwenden zu lassen, durch welche das Streik- und Versammlungsrecht ihrer Klassengenossen verkümmert würde.

Eine besondere Tagung, wie eine solche jetzt der Parteitag in Bern war, hatte bereits der Lausanner Parteitag von 1905 gefordert. Sie sollte der Untersuchung der Beziehungen zwischen Sozialismus, Militarismus und Armee gewidmet sein, um ein für allemal diese Frage zu prüfen.

Die Parteitage von Olten 1906 und Zug 1907 beschäftigten sich mit dem neuen Militärorganisationsgefes, das sie bekämpften, das aber in der

Volksabstimmung angenommen wurde. Der Oltenener Parteitag forderte von den Soldaten die Verweigerung des Gehorsams, wenn sie gegen streikende Arbeiter kommandiert werden.

Der Parteitag in Neuenburg von 1912 diskutierte den Antrag: »Welche Stellung wird die Sozialdemokratische Partei der Schweiz einnehmen zur Frage des Generalstreiks als Antwort auf eine Kriegserklärung?« Beschlissen wurde, die Frage am nächsten Parteitag weiterzubehandeln.

Der Berner Parteitag von 1914 fand schon in der Kriegszeit statt. Er beschäftigte sich mit dem Krieg und beauftragte die Parteileitung, die von ihr bereits versuchten Bemühungen zur Wiederherstellung der sozialistischen Internationale und zur baldigen Beendigung des Krieges fortzusetzen und insbesondere von den sozialistischen Parteien der kriegführenden Länder zu verlangen, daß sie sich mit aller Entschiedenheit gegen jede Annexionspolitik aussprechen und dagegen ankämpfen. Ein Antrag Graber, der Parteitag möge die sozialdemokratische Nationalratsfraktion beauftragen, das Militärbudget in Zukunft abzulehnen, wurde den Parteisektionen zur Besprechung überwiesen.

Der Parteitag von Aarau 1915 beschäftigte sich mit Militärreformen und beschloß die Aufstellung einer Initiative zur Abschaffung der Militärjustiz, für die rund 120 000 statt der nur erforderlichen 50 000 Unterschriften gesammelt wurden, die aber noch nicht parlamentarisch erledigt ist.

Und der Züricher Parteitag von 1916 beschloß die Einberufung eines außerordentlichen Parteitags auf Februar 1917 nach Bern zur Behandlung der Militärfrage, was nun am 9. und 10. Juni geschehen ist.

Die Geschäftsleitung der Partei hatte sodann eine besondere Kommission zur Behandlung der Militärfrage bestellt, die sich wieder in eine Mehrheit mit den Genossen Dr. Affolter, Graber, Naine, Nobs und Schmid sowie eine Minderheit mit den Genossen Huber, Klöti, Müller und Pflüger teilte. Die Genossen Grimm, Scherrer, Pflüger, Naine, Müller und Schenkel waren von der Geschäftsleitung eingeladen worden, Gutachten über ihre Stellung zur Militärfrage zu erstatten.

Die Militärfrage hatte sich allmählich und namentlich unter dem Einfluß des entsetzlichen Weltkriegs auf die ebenso einfache wie bedeutungsvolle Formel zugespitzt: Landesverteidigung oder nicht? Auf diese Formel waren die erbetenen und erstatteten Gutachten eingestellt, und sie war es auch, die die Kommission in eine Mehrheit und eine Minderheit schied; sie beherrschte auch die Verhandlungen des Parteitags in Bern.

Einig waren und sind alle Genossen in der Bekämpfung des Militarismus, zu dem das Volkshoerentartefi ist! Aber nun schieden sich die Geister, indem die einen die ganze Landesverteidigung und damit auch jede militärische Einrichtung überhaupt bekämpften und ablehnten, die anderen aber auf dem Boden der Landesverteidigung und der Demokratisierung des Heeres stehen blieben. Die die Landesverteidigung ablehnende Mehrheit der Kommission legte ihre Auffassungen in folgender Resolution dar:

1. Die Entwicklung des Kapitalismus hat zum Imperialismus geführt und erzeugt mit Notwendigkeit imperialistische Kriege. Der gegenwärtige Krieg ist seinem Wesen nach ein imperialistischer Krieg, ein Krieg um die politische Beherrschung und ökonomische Ausbeutung der Welt, das heißt ein Krieg um Absatzmärkte, Roh-

Stoffquellen, Kapitalanlagegebiete, kurz um Ausdehnung der Interessensphären nationalkapitalistischer Gruppen.

2. Zur Beförderung des Volkes gibt die herrschende Klasse jeden Krieg als einen Krieg zur Verteidigung des Vaterlandes aus, das heißt zur Verteidigung allgemeiner Volksinteressen, während es sich in Wirklichkeit nur um die Interessen der besitzenden Klasse handelt.

3. An dieser Tatsache ändern auch die bürgerliche Demokratie, der Militärcharakter ihrer Armee und die Verpflichtung des Staates zu einer Politik der Neutralität nichts. Auch der neutrale, demokratische Staat unterliegt bei der internationalen Verstrickung der Interessen der Bourgeoisien aller Länder den Einflüssen des Imperialismus und ist im Kriegsfall auf die militärische Hilfe mächtiger Bundesgenossen angewiesen, deren Zielen und Wünschen er sich unterzuordnen hat. Das demokratische Selbstbestimmungsrecht weicht dann der politischen und militärischen Diktatur der herrschenden Klassen, und der sogenannte Verteidigungskrieg zum Schutze der Neutralität verurteilt den kleinen Staat zu der erniedrigenden Stellung eines Vasallen und unfreiwilligen Helfershelfers seiner Bundesgenossen.

4. Krieg und Militarismus sind daher keine Mittel zum Schutze der Demokratie und der Neutralität. Auch in jenem Zwischenstadium, wo die Interessen der kriegführenden Mächte die Anerkennung und Respektierung der Neutralität des kleinen Staates gebieten, birgt der bewaffnete Grenzschutz für die Demokratie und die Neutralität nicht minder große Gefahren als die ihnen von außen drohenden. Bewaffneter Grenzschutz bedeutet: Übergang der wichtigsten Volksrechte an die Regierung des Klassenstaats, Ersetzung der parlamentarischen Verantwortlichkeit und der demokratischen Kontrolle durch die politische und militärische Diktatur der Organe der herrschenden Klasse, die in den wichtigsten Schicksalsfragen der Nation selbständig entscheiden, auch dann, wenn die unmittelbare Folge ihrer Politik der Krieg ist.

5. Die Anerkennung der Landesverteidigung und der aus ihr hervorgehenden Pflichten durch die Sozialdemokratie bedeutet in diesem Falle die Übernahme der Verantwortung für die Politik der bürgerlichen Mehrheit und damit die gleichen politischen Folgen wie die Beseitigung der Arbeiterklasse an einem imperialistischen Kriege: die freiwillige Unterordnung des Proletariats unter die Interessen und Ziele seiner Ausbeuter und damit Aufhebung des Klassenkampfes, Anerkennung des Burgfriedens und verhängnisvolles Zerreißen seiner internationalen Beziehungen.

6. Der Militarismus ist aber auch die stärkste Waffe der besitzenden Klasse zur Erhaltung einer ungerechten Wirtschafts- und Rechtsordnung. Seine Volksfeindlichkeit offenbart sich in der Anwendung gegenüber der um die Verbesserung ihres Loses kämpfenden arbeitenden Klasse. Jede aktive Unterstützung der militärischen Bestrebungen, jedes passive Gewährenlassen bedeutet daher eine Befestigung der Machtposition des Gegners. Das Proletariat muß sich deshalb von der Anerkennung des Militarismus und seiner Funktionen lossagen und die endgültige Beseitigung des Militarismus in allen seinen Formen fordern.

7. Alle pazifistischen Redensarten gegen Militarismus und Krieg ohne Anerkennung des Zieles der vollständigen Ersetzung der bestehenden Gesellschaftsordnung durch den Sozialismus sind illusionär und dienen nur dazu, die Arbeiterschaft vom ernsthaften Kampfe gegen die Grundlagen des Militarismus abzulenken. Der Kampf des Proletariats gegen Krieg und Militarismus ist deshalb in erster Linie ein Kampf gegen die kapitalistische Gesellschaftsordnung, deren Beseitigung angestrebt wird durch die soziale Revolution. Er findet seinen stärksten Rückhalt in einer aktionsfähigen internationalen Organisation des Proletariats.

8. Diese internationale Organisation und Aktion ist zugleich die sicherste Garantie für die Wahrung der Demokratie und der Neutralität des Staates. In dem Maße, als das internationale Proletariat seinen revolutionären Klassenkampf in jedem Lande steigert, bedroht und schwächt es die herrschende Klasse und erschwert

es ihr, neben dem bestehenden Kampf im Innern den Krieg nach außen zu führen und andere Staaten zu überfallen.

9. Aus diesen Erwägungen ergeben sich für die Sozialdemokratie folgende Aufgaben:

Verstärkung des grundsätzlichen Kampfes gegen den Militarismus, Chauvinismus und Nationalismus sowie gegen die bürgerliche Jugenderziehung durch:

a. Planmäßige Aufklärung der Arbeiterschaft über Wesen und Zweck des Militarismus.

b. Grundsätzliche Bekämpfung und Ablehnung aller Forderungen, Kreditbegehren und Gesetze, die der Aufrechterhaltung und Stärkung des Militarismus dienen oder die Gefahren kriegerischer Verwicklung heraufbeschwören können, durch die Partei und ihre Vertreter in den Behörden.

c. Organisation des entschlossenen, äußersten Widerstandes der Arbeiter gegen die Beteilung des Landes an jedem Kriege.

d. Erleichterung der finanziellen Folgen, von denen die Parteigenossen betroffen werden können, die den Gehorsam bei ihrer Verwendung als Soldaten gegen die Interessen der Arbeiterklasse verweigern.

Dieser Beschluß hebt sämtliche damit im Widerspruch stehenden Beschlüsse der Partei auf.

Die Resolution der Minderheit ist kürzer gehalten. Sie geht mit verschiedenen Erwägungen von den Emanzipationsbestrebungen der Arbeiterklasse zur Überwindung des Kapitalismus aus; findet, daß erst mit diesem auch der Militarismus verschwinden wird; die Entwicklung der Demokratie und die gleichzeitige Schwächung der Offensivkraft der Heere auf nationalem Boden sowie die Stärkung des Rechtsgedankens auf internationalem Boden gegenwärtig die einzig möglichen Vorbedingungen zur Herbeiführung des dauernden Friedens sind; daß unter gewissen Umständen der Militärkredit zu verweigern ist, und sie kommt dann zur grundsätzlichen Bejahung der Landesverteidigung bei gleichzeitiger Ablehnung der Verwendung des Militärs gegen streikende Arbeiter. Erfolgt diese mißbräuchliche Verwendung dennoch und verringert die Schweiz die obligatorische Verpflichtung zur Anrufung internationaler Schiedsgerichte zur Schlichtung von Streitigkeiten, so sollen die Militärkredite abgelehnt werden.

Dazu ist zu bemerken, daß diese Ablehnung des Militärbudgets sowie besonderer Militärkredite durch die sozialdemokratische Nationalratsfraktion wiederholt erfolgt ist, allerdings bisher nicht aus prinzipiellen, sondern nur aus irgendwelchen besonderen Gründen.

Die Minderheit machte aber auch der grundsätzlichen Ablehnung des Militärbudgets durch die Akzeptierung des folgenden Berner Antrags ein Zugeständnis:

Die Sozialdemokratische Partei anerkennt den Grenzschutz unseres neutralen Landes durch unsere Milizarmee und bejaht grundsätzlich die Frage der Landesverteidigung im Falle eines äußeren Angriffs, solange der Krieg dauert, und nach dem Kriege für so lange, bis von der künftigen Internationale die Richtlinien für den Kampf gegen Krieg und Militarismus in allgemeiner, für alle ihr angeschlossenen Parteien und Organisationen verbindlicher Weise festgesetzt sind.

Noch weitergehend als die Resolution der Kommissionmehrheit war ein Antrag der Sozialdemokratischen Partei des Kantons Neuenburg mit folgendem Wortlaut:

Die Sozialdemokratische Partei des Kantons Neuenburg in Erwägung, daß das Heer im Prinzip gegen die Demokratie ist; in Erwägung, daß das Heer in der Praxis zur Zerstörung unserer Freiheiten und unserer Herde führt; in Erwägung, daß das Heer eine Waffe in den Händen der Bourgeoisie bildet, um die Arbeiterklasse zu unterdrücken; stimmt ihrerseits der Parole zu: »Keinen Mann und keinen Groschen!« und verlangt, daß die Mittel, die es erlauben, alle logischen Konsequenzen dieses Beschlusses in die Praxis umzusetzen, innerhalb kürzester Frist bestimmt werden. Die Demokratisierung des Heeres soll im Parteiprogramm durch die Abschaffung des Heeres ersetzt werden.

Auch die Jugendorganisation hatte einen die Mehrheitsresolution noch verschärfenden Antrag gestellt. Daneben gab es noch einige Vermittlungsanträge, und ein Antrag wollte die Militärfrage von der Tagesordnung abgesetzt wissen bis nach dem Kriege.

Aber alle diese Anträge wurde am Vormittag und Nachmittag des zweiten Verhandlungstags debattiert, und als noch 23 Redner eingeschrieben waren, mußten von jeder Seite zwei Generalredner bestimmt werden, um am Abend den Parteitag schließen zu können. Nachdem aber über die Militärfrage monatelang in Presse und Versammlungen diskutiert worden war, bot auch die rege und lebhafteste Debatte wenig Neues mehr.

Der Referent Platten führte in seiner Begründung der Mehrheitsresolution aus, daß es sich in der Ablehnung der Landesverteidigung um die Aufstellung eines allgemeinen Prinzips handelt, womit er wohl den Kern der Frage berührte. Soll die Ablehnung der Landesverteidigung ihren ganzen Zweck, zukünftige Kriege unmöglich zu machen, erreichen, so muß sie zum theoretischen und praktischen Gemeingut der neuen sozialistischen Internationale werden. Nachdem mit dem Schlagwort der von der zweiten Internationale zugelassenen Landesverteidigung der entsetzliche Weltkrieg entzündet worden, müsse diese konsequenterweise ebenso abgelehnt werden, wie bisher schon immer der Angriffskrieg abgelehnt worden war. Dabei könne die Ablehnung der Landesverteidigung nur ein Ziel- und Programmpunkt neben anderen Zielen, neben allen Bestrebungen der internationalen Sozialdemokratie sein. Die Ablehnung der Landesverteidigung dürfe daher nicht sozusagen individuell, nur auf ein Land beschränkt aufgefaßt werden, sondern eben als ein allgemeines Prinzip. Fasse man die Ablehnung der Landesverteidigung so auf, dann sei auch das stärkste Argument, das Genosse Greulich dagegen aufbrachte, daß sie unsozialistisch sei, unzutreffend.

In der Abstimmung wurde der Mehrheitsantrag mit 222 gegen 77 Stimmen angenommen, ferner auch der Zusatzantrag Schmid mit 180 gegen 96 Stimmen:

Die Sozialdemokratische Partei der Schweiz erklärt sich bereit, gemeinsam mit den Sozialisten aller Länder die Verteidigung des bürgerlichen Vaterlandes aufzugeben und in den Kampf zu treten für den Frieden und die Völkervereinigung auf demokratischer Grundlage.

Sie versucht diesen Kampf durchzuführen mit der ganzen Wucht einer einigen und starken Partei.

Diese wenigen Sätze bedeuten schon eine Interpretation des gefaßten Beschlusses.

Damit ist die so jahrelang diskutierte Militärfrage für die Schweizerische Sozialdemokratie vorläufig und in der Hauptsache theoretisch erledigt. Ob

und eventuell welche praktische Folgen der Beschluß des Parteitags haben wird, bleibt abzuwarten. Sicher ist wohl die grundsätzliche Ablehnung des Militärbudgets und aller Kriegskredite durch die sozialdemokratische Nationalratsfraktion.¹

Zu Klara Zetkins sechzigstem Geburtstag.

Von Mathilde Wurm.

Die deutsche wie die internationale sozialistische Frauenbewegung ist aufs engste verknüpft mit Klara Zetkin. Ihr Name bedeutet ein festumrissenes Programm, für das sie nicht nur über ein Vierteljahrhundert lang in der »Gleichheit« eintrat, sondern für dessen lebendige Betätigung sie in der Öffentlichkeit wie auch auf allen sozialistischen Parteitag und internationalen Kongressen wirkte.

Ihr Leben spiegelt den Verlauf der Arbeiterinnenbewegung wider. Erst in den letzten Jahrzehnten konnte sich diese in größerem Umfang ausbreiten, als durch die Vervollkommnung der maschinellen Einrichtungen in der Industrie die Anwendung großer Muskelkraft sich entbehrlich machte. Mary hatte schon in den sechziger Jahren nachgewiesen: »Weiber- und Kinderarbeit war das erste Wort der kapitalistischen Anwendung der Maschine.« Sie spannte im neuen Deutschen Reich wie vorher in England große Scharen von Frauen in doppelt schweres Joch: zur Arbeit für Familie und Haushalt kam die Erwerbsarbeit in der Fabrik. Die politische Rechtslosigkeit der Frau wurde verschärft durch ihre wirtschaftliche Unfreiheit, die Abhängigkeit vom kapitalistischen Unternehmertum und die damit verbundene Unsicherheit der Existenz.

Noch machtloser und demgemäß auch noch hoffnungsloser als der Mann gegenüber der Ausbeutung und Unterdrückung, waren die Arbeiterinnen lange Zeit unfähig, für ihre Rechte zu kämpfen. Ihnen brachte auch keine Hilfe das Mitleid einiger bürgerlicher sozial empfindender Frauen, die Ende der sechziger Jahre in Berlin einen »Verein zur Hebung der geistigen Interessen der Arbeiterinnen« gründeten. Erst mit dem Erstarken der Sozialdemokratie haben auch die Arbeiterinnen ihre wirtschaftliche und politische Unfreiheit erkennen und bekämpfen gelernt. Dafür wurden sie vom Bannstrahl des Sozialistengesetzes getroffen, das ihre kleinen Vereine »als eine Gefahr für Deutschland« betrachtete und die rührige Tätigkeit der Genossinnen Staegemann, Wabnitz, Guilleaume-Schack, Hofmann und Ihrer lahmlegte.

In jener Zeit erschien der erste Weckruf Klara Zetkins. Am 5. Juli 1857 geboren, war sie Anfang der achtziger Jahre aus ihrer sächsischen Heimat als Frau des früh verstorbenen russischen Genossen Ossip Zetkin nach Paris gegangen. Dort schrieb sie ihre erste, 1889 erschienene Broschüre: »Die Arbeiterinnen- und Frauenfrage der Gegenwart« (Berliner Arbeiterbibliothek, 3. Heft.) Noch jetzt und heute ganz besonders gilt das dort Gesagte:

»Die Frage der vollen Emanzipation der Frau erweist sich in letzter und entscheidender Instanz als eine ökonomische Frage, die im innigsten Zusammenhang mit der Arbeiterfrage überhaupt steht und nur im Zusammenhang mit ihr end-

¹ Am 15. Juni veröffentlichten acht Mitglieder der siebzehngliedrigen sozialdemokratischen Nationalratsfraktion eine Erklärung, daß sie sich weigern, die Landesverteidigung sowie die Militärkredite grundsätzlich abzulehnen, daß sie aber Sozialdemokraten und Internationalisten sind und bleiben. »Eine Verpflichtung jedoch, die unserer sozialdemokratischen Überzeugung widerspricht, lehnen wir mit aller Entschiedenheit ab.« Unterzeichnet ist diese Erklärung von den Genossen Eugster, Frei, Greulich, Pflüger, Müller, Sigg (Genf), Studer und Wullschleger. Daß auch Robert Seidel diese Erklärung unterzeichnete, wie die bürgerliche Presse berichtet hat, wird von diesem öffentlich dementiert.

günstig gelöst werden kann. . . Aufgabe der sozialistischen Arbeiterpartei ist es, die Lösung der Frauenfrage durch Organisation und politisch-ökonomische Schulung derjenigen Frauenschichten anzubahnen, deren Tätigkeit infolge der neuen Produktionsverhältnisse am umfassendsten und gründlichsten umgestaltet ist: durch die Organisation der Industriearbeiterinnen. Organisation und Schulung der Industriearbeiterinnen sind nicht nur der wichtigste Schritt, die Lage der Frau zu heben, sie sind auch ein bedeutender Faktor für den schnelleren und stärkeren Fortgang der Arbeiterbewegung überhaupt und dadurch von größtem Einfluß auf eine raschere Umgestaltung der bestehenden Gesellschaftsverhältnisse.»

Alle Reden und Schriften Klara Zetkins stellen immer und immer wieder diesen Gedanken in den Vordergrund: die Befreiung der Frau ist nur ein Teil der Befreiung der Arbeiterklasse überhaupt aus wirtschaftlicher und politischer Rechtlosigkeit und Abhängigkeit.

Fühend auf dieser Anschauung, zog sie daher stets scharf und deutlich den Trennungsstrich zwischen sozialistischer und bürgerlicher Auffassung der Frauenfrage, so auch auf dem Internationalen Kongreß zu Stuttgart 1907 in ihrem Referat über das Frauenstimmrecht. Nicht Endziel, wie bürgerliche Frauenrechtlerinnen meinen, ist ihr das Frauenwahlrecht, denn es beseitige weder die Ausbeutung eines Menschen durch einen anderen, noch hebe es die Klassengegensätze auf. Darum könne es auch nur Etappe sein »zur Erringung vollen Menschentums zur Überwindung kapitalistischer und zur Aufrichtung sozialistischer Ordnung«. Auch die überkommene liberale Anschauung, das Frauenstimmrecht als ein Naturrecht zu fordern, statt seine Berechtigung herzuleiten aus der Umwandlung der Produktion und der damit unentbehrlich gewordenen öffentlich-wirtschaftlichen Mitarbeit der Frau, bekämpfte Genossin Zetkin in ihrer 1907 erschienenen Broschüre »Zur Frage des Frauenwahlrechts«, die durch ihre sozialistische Grundsätzlichkeit und die Fülle des in ihr niedergelegten Materials zum Leitfaden für unsere Agitatorinnen geworden ist.

In der Zwischenzeit hatte sie in Deutschland eine fruchtbare agitatorische Tätigkeit entfaltet. Die von Emma Ihrer 1890 begründete »Arbeiterin«, die in Hamburg erschien, konnte sich aus Mangel an Mitteln nicht halten. 1891 ermöglichte Genosse Dieß die Herausgabe einer größeren Arbeiterinnenzeitung in seinem Verlage unter Leitung von Genossin Zetkin: »Die Gleichheit«. Die bis jetzt erschienenen 27 Jahrgänge legen ein beredtes Zeugnis dafür ab, wiewohl eine Fülle geistiger Arbeit sie für die Verbreitung der sozialistischen Lehre unter den Frauen geleistet hat. Mochte es sich um Tagesfragen handeln, um grundsätzliche Stellungnahme in Theorie und Praxis, um sozialpolitische oder wirtschaftliche Forderungen in Deutschland wie im Ausland, immer wußte die »Gleichheit« ihre Leserinnen richtunggebend zu informieren, sowohl grundsätzlich wie taktisch. Freilich hatte die »Gleichheit« in den ersten Jahren ihres Bestehens eine sehr geringe Zahl Leserinnen. In dem von Genossin Ottilie Baader als Vertrauensperson der Genossinnen Deutschlands für die Erste Internationale Konferenz sozialistischer Frauen in Stuttgart 1907 erstatteten Bericht heißt es über jene Zeit der ersten und schwersten Kämpfe der »Gleichheit«:

»Oft genug verlacht als unter dem Ausschluß der Öffentlichkeit erscheinend, verfolgte sie das Ziel, das sie sich gesteckt hatte. Die Redakteurin, Genossin Zetkin, ließ sich von dem Geschrei, die Zeitschrift sei zu hoch, sie müsse auf ein niedrigeres Niveau gestellt werden, nicht beirren. Es war schwer, die Frauen an die ernste Lektüre zu gewöhnen, aber es ist doch gelungen. In den Jahren, wo der Einfluß der »Gleichheit« nicht in großen äußeren Erfolgen zutage trat, hat sie den Stab vorzüglicher Agitatorinnen mit Wort und Schrift aus dem weiblichen Proletariat selbst theoretisch geschult, die heute die Stärke der Bewegung und die Bürgerschaft ihrer gesunden Weiterentwicklung sind.«

Auf jener Stuttgarter Frauenkonferenz konnte die »Gleichheit« auf 70 000 Abonnenten hinweisen. In dem nicht veröffentlichten Bericht des Parteivorstandes an den nicht abgehaltenen Parteitag zu Würzburg 1914 wird die Auflage der »Gleichheit« bereits mit 125 000 Exemplaren angegeben!

Das Verbreitungsgebiet der »Gleichheit« erstreckte sich schon 1907 nicht allein mehr auf Deutschland. Und auf der Internationalen Konferenz zu Stuttgart wurde sie »zur Zentralkstelle der internationalen Frauenorganisation« gemacht und Klara Zetkin zur internationalen Sekretärin gewählt, in Kopenhagen 1910 wiederum bestätigt.

Bereits hatte die Nimmermüde gemeinsam mit den internationalen Korrespondentinnen der einzelnen Länder die Tagesordnung für die Dritte Internationale Frauenkonferenz festgelegt, die im August 1914 in Wien stattfinden sollte, da kam die Weltkatastrophe! Unheilskündend tönt der Alarmruf der Kriegsgefahr in die Vorbereitungen zum Kongreß. In derselben Nummer der »Gleichheit«, die die Tagesordnung der Frauenkonferenz, Vorschläge und Anregungen dazu bespricht, steht mahnend bereits an der Spitze des Blattes die Kopenhagener Bestätigung des Stuttgarter Beschlusses, die die Sozialisten aller Länder an ihre Pflichten bei Ausbruch eines Krieges erinnert!

Als der von der Sozialdemokratie aller Länder so oft als unausbleiblich verkündete Krieg mit seiner ganzen Furchtbarkeit zur Wahrheit wurde, Denken und Handeln aller, auch der starken deutschen sozialdemokratischen Partei verwirrte, da ist es Klara Zetkin, die kein Wanken und Schwanken kennt. In jeder Nummer der »Gleichheit« ruft sie mutig und grundsatztreu den Genossinnen und Genossen zu, aufrecht und unerschrocken zur Internationale zu stehen! Nicht ungehört verhallt ihr Ruf! Was sie im Jahre 1912 auf dem Außerordentlichen Internationalen Sozialistenkongreß zu Basel ausgesprochen hatte: »Darum werden die Frauen in den Stunden höchster Konflikte und Gefahren vor allem ihrer proletarischen und menschlichen Pflichten sich erinnern« — das ward zur Wahrheit: die Genossinnen der gesamten Internationale stehen in ihrer übergroßen Mehrzahl geschlossen hinter ihrer Lehrerin und Führerin! Trotz aller Schwierigkeiten, über alle Verkehrshemmnisse hinweg gelang es Genossin Zetkin, im März 1915 die sozialistische Fraueninternationale in Bern zusammenzuberufen. Es war dies der erste Schritt zur Wiederaufnahme der internationalen Beziehungen des Proletariats! Das Berner Manifest, welches die Proletarierinnen aller Länder aus ihrer dumpfen Verzweiflung, die der Krieg über sie gebracht, anrüttelte, hat Klara Zetkins Namen in Hirn und Herz der Sozialisten der ganzen Welt gemeißelt.

Aber noch einen anderen Erfolg zeitigte ihr tapferes Eintreten für die alten Grundsätze des Sozialismus! Vor wenigen Wochen hat der Parteivorstand der sozialdemokratischen Partei Deutschlands Genossin Zetkin als Redakteurin der »Gleichheit« um ihrer Überzeugung willen gemahregelt! Wie die Internationale dieses Vorgehen beurteilt, werden die Machthaber von heute wohl bald genug erfahren! Das Vertrauen der überzeugten Genossinnen aller Länder zu ihrer internationalen Sekretärin ist dadurch wenn möglich nur noch gesteigert worden. Sie selbst, gleich den russischen Revolutionären, deren Taten begeisterte Kämpferin sie war — lange vor deren heutigem glorreichen Siege —, hat jederzeit Gesundheit, persönliche Freiheit und eigenes Glück in die Waagschale geworfen, um dem Proletariat Freiheit, Recht und Frieden zu erkämpfen.

Und weil sie stets mit ihrer ganzen Persönlichkeit sich einsetzte, war ihr Wirken auf allen Gebieten, die sie in Angriff nahm, erfolgreich.

Einer in Kopenhagen gegebenen Anregung Klara Zetkins folgend, fand selbst in allen Ländern alljährlich ein »Frauentag« statt, der in erster Linie der Agitation für das Frauenwahlrecht dient. Und durch die ebenfalls von ihr geschaffene, geradezu vorbildliche »Frauentagszeitung« mit ihren Beiträgen aus allen Ländern wie durch die ständige Berichterstattung in der »Gleichheit« über die Vorgänge in

der Fraueninternationale wurde die geistige Annäherung der Genossinnen wesentlich gefördert.

Aber nicht nur in der Propaganda für die volle politische und wirtschaftliche Gleichberechtigung der Frau erschöpft sich Klara Zetkins Tätigkeit. Der Arbeiterinnenschutz, die Fürsorge für Mutter und Kind ist bei ihr untrennbar verknüpft mit dem Aufstieg der Arbeiterklasse. Ihre Reden und Artikel über Kinder- und Jugendberziehung, über den Klassencharakter der Schule und seine Beseitigung, für das Recht der Jugend auf Selbständigkeit sind heute zum Allgemeingut wirklich sozialistischer Aufklärungsarbeit geworden. Und ebenso wirkten ihre Schriften: »Geistiges Proletariat, Frauenfrage und Sozialismus« (1902); »Die Anfänge proletarischer Frauenbewegung in Deutschland« (1906); »Kunst und Proletariat« (1910).

So hat Klara Zetkin eine Generation von Proletarierinnen in allen Ländern über das Elend und die Not der Stunde erhoben und mit Zuversicht erfüllt. Und von ihr geführt, werden sie den Befreiungskampf auch fernerhin aufnehmen und in ihren Kindern, für deren glücklichere Zukunft Klara Zetkin so oft und heiß gestritten, fortsetzen, bis über alle Grenzpfähle hinweg die Proletarier aller Länder sich im sozialistischen Völkerbund die Hände reichen.

Möge es unserer tapferen Freundin beschieden sein, noch viele Jahre für den Sozialismus zu kämpfen! In dankbarer Treue werden alle Sozialisten dieser Bannerträgerin folgen!

Gleiches Recht dem unehelichen Kinde!

Von Friedr. Klees (Halle a. S.).

Der vom Reichstag eingesetzte Ausschuss für Bevölkerungspolitik, dem die Prüfung aller Anregungen zur Ausgestaltung der Mutterschafts- und Kinderfürsorge übertragen worden ist, hat sich auch eingehend mit der Verbesserung des Schutzes des unehelichen Kindes beschäftigt. Er stellte eine Reihe von Vorschlägen zusammen, die in der nächsten Vollversammlung des Reichstags verhandelt werden sollen. In der Tat ist auch auf diesem Gebiet noch sehr viel zu vervollkommen!

Bis zur Mitte des vorigen Jahrhunderts war die öffentliche Meinung von dem französischen Grundsatz beherrscht, daß »nach der Vaterschaft nicht geforscht werden« darf. Unter dem Einfluß allgemeiner sozialpolitischer Ideen vollzog sich aber langsam ein Umschwung in der rechtlichen Behandlung des unehelichen Kindes. Zunächst wurden Forderungen auf annähernde, dann aber auch auf völlige Gleichstellung dieses mit dem ehelichen Kinde erhoben. Schon das badische Gesetz vom 21. Februar 1851 stellte eine rechtliche Verbindung zwischen dem unehelichen Kinde und seinem Vater her. So wurden allmählich die Einrichtungen des älteren deutschen Rechtes über eine geminderte Rechtsfähigkeit des unehelichen Kindes (Unehrlichkeit, Unfähigkeit zum Gerichtsdienst, Versagung des Eintritts in die Ämter usw.) beseitigt. Das Bürgerliche Gesetzbuch des Deutschen Reiches steht unter der Einwirkung dieses Umschwungs. Es besserte die Stellung des unehelichen Kindes in vielen Einzelheiten, enthält aber immer noch erhebliche Abweichungen gegenüber der rechtlichen Lage des ehelichen.

Die allgemeine soziale Entwicklung und die Wirkungen des Krieges geben Anlaß, auch diese letzten Ungleichheiten noch zu beseitigen. Dazu zwingt einerseits das immer größere Bedeutung erlangende »Recht auf Mutterschaft«, andererseits die immer dringender werdende Notwendigkeit der Bevölkerungsvermehrung, um ganz zu schweigen von den ethischen Erwägungen. Der schon vor dem Kriege im Deutschen Reich vorhandene Überschuss von rund einer Million Frauen ist stark vermehrt worden. Immer größer wird die Zahl der Mädchen, die nicht im Hafen einer Ehe landen können. Unter denjenigen deutschen Frauen, welche im gebär-

halt, auch ärztliche Behandlung und ähnliche außergewöhnliche Leistungen abgefunden sein sollen. Hier müßte die Einforderung außergewöhnlicher Aufwendungen ermöglicht werden.

3. Die Strafvorschriften

sollen verschärft werden gegen solche uneheliche Väter, die sich der Unterhaltspflicht entziehen. Nach § 361 Ziff. 10 des Strafgesetzbuchs kann mit Haft bestraft werden, wer sich der Pflicht zum Unterhalt von Angehörigen entzieht, so daß durch Vermittlung der Behörde fremde Hilfe in Anspruch genommen werden muß. Es ist bisher strittig gewesen, ob diese Vorschrift auch auf Väter unehelicher Kinder anwendbar ist. Das soll sichergestellt werden. Weiter soll § 362 des Strafgesetzbuchs auf solche Verurteilte Anwendung finden, so daß sie zu Arbeiten angehalten und in einem Arbeitshaus untergebracht werden können.

Gegenwärtig kennt das Strafgesetzbuch das uneheliche Kind nur in § 217, nach dem eine Mutter, die ein solches bei oder gleich nach der Geburt vorsätzlich tötet, mit Zuchthaus nicht unter drei Jahren bestraft wird. Die Beschränkung der Strafvorschriften nur auf die unehelichen Mütter ist eine Lücke. Es ist schon verlangt worden, Strafvorschriften für die Fälle einzuführen, in denen ein Kindesvater den Verkehr mit der Mutter durch Mißbrauch seiner Stellung erzielt hat. Hier würden in Frage kommen Arbeitgeber und Vorgesetzte wie Werkmeister usw., die mit Dienstmädchen und Arbeiterinnen usw. Verhältnisse anknüpfen. Das Strafgesetzbuch der Schweiz enthält folgende Bestimmung: »Wer durch den Mißbrauch der Unerfahrenheit und des Vertrauens einer Unmündigen von mehr als sechzehn Jahren sie zum Beischlaf verführt hat, wird auf Antrag mit Gefängnis bestraft. Wehrt die Verführte die Ehe mit dem Täter ein, so ist er strafflos.«

4. Die Annahme an Kindes Statt

und die Führung des *V a t e r n a m e n s* soll erleichtert werden. Die gegenwärtigen Bestimmungen des Deutschen Reiches beruhen auf dem zu beseitigenden Satz, daß das uneheliche Kind mit seinem Vater nicht verwandt sein soll. Sogar die Möglichkeit anderer Regelung ist sehr eingeschränkt. Nur wer selbst keine ehelichen Kinder hat, kann einen anderen durch notariellen Vertrag an Kindes Statt annehmen, wenn das Amtsgericht zustimmt. Der an Kindes Statt Annehmende muß mindestens fünfzig Jahre alt und mindestens achtzehn Jahre älter sein als das Adoptivkind; jedoch sind Ausnahmen zulässig. Die Ehelichkeitserklärung eines unehelichen Kindes, wenn der Vater die Mutter nicht heiratet, ist noch umständlicher. Infolgedessen wird von den beiden Möglichkeiten auch recht wenig Gebrauch gemacht.

In Norwegen sind die unehelichen Kinder den ehelichen auch im Verhältnis zu dem Vater und seinen Verwandten unter der Voraussetzung rechtlich gleichgestellt, daß die Vaterschaft entweder anerkannt oder gerichtlich festgestellt ist. Unter diesen Voraussetzungen wird das Kind berechtigt, den Familiennamen des Vaters ebenso wie den der Mutter zu führen; es besitzt daselbe *E r b r e c h t* wie eheliche Kinder auch gegenüber dem Vater und seinen Verwandten. Wird der väterliche Familienname nicht schon von der Geburt an geführt, so darf er später nur nach den sonst für Namensänderungen geltenden Vorschriften angenommen werden. Auch nach *französischem* Rechte kann durch die Anerkennung des Kindes durch den unehelichen Vater, auch ohne Eingehung der Ehe mit der Kindesmutter, ein Familienverhältnis in beschränktem Umfang hergestellt werden.

5. Wirtschaftliche Fürsorge.

Die Vorschläge bringen hier Ergänzungen zu den Militärversorgungsgesetzen, durch welche die Rentenzahlungen an uneheliche Mütter und Kinder geregelt werden wie nach dem Gesetz zur Unterstützung der Familien der Kriegsteilnehmer, so

daß auch den unehelichen Kindern verstorbener Kriegsteilnehmer Hinterbliebenenrente gezahlt wird. Weiter soll zur Ergänzung der Gemeindefähigkeit die Übernahme der Fürsorge für die unehelichen Kinder und die Übertragung der Generalvormundschaft an die Gemeindeverbände unter Ausbau des Vorschußverfahrens für die Unterhaltsbeiträge eingeführt werden, schließlich soll die ehrenamtliche Einzelmündschaft ausgestaltet und die Gewährung von Reichszuschüssen zu den Kosten der Erziehung (Einzelfamilien- und Anstaltspflege, Lehrwerkstätten usw.) in Aussicht genommen werden.

Hier wären noch zahlreiche weiterreichende Anträge zu stellen. Sehr weit geht hier Ungarn, das in seinem Kinderschutz vorsieht: »Jedes Kind, welches durch die Seinigen nicht versorgt werden kann, hat Anspruch auf Versorgung durch den ungarischen Staat.« Die Begründung dazu sagt: »In der neuen Ordnung des Schutzes der verlassenen Kinder läßt der Staat sich nicht mit Liebe herbei zu dem Kinde, das ist Sache des gesellschaftlichen Humanismus, sondern der Staat hebt den Schwachen zu sich mit dem Recht.« Solche Grundsätze müssen auch bei uns in allen Fürsorgegesetzen zum Ausdruck kommen. So ist es noch ein großer Mangel, daß in der Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung die Waisenrenten nur für eheliche Kinder männlicher Verstorbener gewährt werden. Sie müssen wie in der Unfallversicherung (§ 588 RVO.) auch an uneheliche Kinder gewährt werden, so weit der Verstorbene ihnen nach gesetzlicher Pflicht Unterhalt zu gewähren hatte. In der Krankenversicherung sollte die Wochenhilfe wie für selbstversicherte weibliche Personen auch auf die nichtversicherten Ehefrauen der männlichen Mitglieder ausgedehnt werden, auch sollte den Krankenkassen die Möglichkeit genommen werden, ihre Aufwendungen an die unehelichen Wöchnerinnen von den Kindesvätern wieder einzuziehen, da in Wirklichkeit hierdurch die Wöchnerinnen geschädigt werden, die damit ihrer Ansprüche an jene Väter verlustig gehen. Überhaupt sollte die Fürsorge durch die Krankenkassen weiter ausgebaut werden durch obligatorische Festlegung der Schwangerenfürsorge, des Stillgeldes usw. Auch in dieser Hinsicht sind andere Staaten schon weitergegangen. Die Reichsversicherungsordnung kennt noch nicht einmal die freie Geburtshilfe als unerläßliche Kassenleistung. Sie besteht aber bereits in Österreich, Ungarn, Rußland, Serbien, Rumänien usw. In Serbien erhält die Wöchnerin zwölf Wochen Unterstützung (in Deutschland nur acht); in Österreich, Ungarn, Bosnien usw. beträgt die Wöchnerinnenunterstützung 60 Prozent des letzten Arbeitsverdienstes (in Deutschland nur 50). Rumänien gewährt drei Monate Stillgeld.

Die Fürsorgepflicht der Gemeinden auszugestalten, ist äußerst dringlich. In Norwegen gewährt das Gesetz über Kinderfürsorge jeder unverheirateten schwangeren Frau, die nicht selbst für ihr Auskommen zu sorgen vermag, einen Anspruch auf Unterstützung aus der Gemeindekasse während der letzten sechs Wochen vor der Entbindung. Jede bedürftige Mutter hat einen Anspruch auf die erforderliche Unterstützung aus der Gemeindekasse, um ihr Kind während der ersten drei Monate seines Lebens bei sich zu haben und es selbst zu stillen. Die Unterstützungen sind nicht als Armenbeistand zu betrachten. Die Gemeinde erhält aber gegen den Vater einen Ersatzanspruch. Am mangelhaftesten ist in Deutschland die Fürsorge für die Zeit vor und sofort nach der Entbindung. Der Vorteil des Kindes verlangt eine Schonung der Hochschwangeren und der Wöchnerin; es müßte unbedingt das Neugeborene einige Monate bei der Mutter bleiben und möglichst von ihr gestillt werden. Soweit nicht die Mittel zum Unterhalt vorhanden sind, müßten sie von den Behörden beschafft oder vorgestreckt werden. Es darf auch nicht gewartet werden, bis die Mutter einen harten Kampf darum führt, denn sonst bildet sich der unheilvolle Zustand, daß sie und das Kind darben, bis die Hilfe zu spät kommt. — Die gemeindliche Berufsvormundschaft, wie sie in einer Anzahl größerer Städte eingeführt worden ist, hat sich zweifellos gut bewährt. Sie sollte durch Vermehrung der Rechte usw. noch weiter ausgestaltet werden. Weiteres kann noch getan wer-

den durch Vermehrung der Säuglingsfürsorgestellen und der Waisenhäuser, wie sie besonders in Österreich vorhanden sind.

Man sieht, die Fürsorge für das uneheliche Kind ist noch mancher Erweiterung fähig. Sie erstreckt sich zwar auf viele Gebiete der Gesetzgebung, und sie läßt sich nicht mit einem Schlage einführen, aber sie ist sehr wohl möglich und sollte recht bald in Angriff genommen werden. Schon einmal im Gange der deutschen Geschichte, nämlich nach den fürchterlichen Menschenverlusten des Dreißigjährigen Krieges, wurden eine Reihe von Maßnahmen zum Zwecke der Volksvermehrung getroffen. Hinsichtlich der außerehelichen Mutterschaft verfügte der Große Kurfürst die Aufhebung der Kirchenstrafe für Geschwächte, er verbot sogar bei Strafe, ihnen Vorwürfe zu machen. Der Plan, die Ehen nur auf Zeit schließen zu lassen, wurde damals sehr ernstlich erwogen. Heute, nach rund vierhundert Jahren, muß weiter ausgeholt werden. Wert und Würdigkeit eines Menschen darf in keiner Hinsicht mehr davon abhängen, ob er innerhalb oder außerhalb der gesetzlich sanktionierten Ehe geboren ist oder nicht. Noch macht die Gesellschaft dem unehelichen Kinde ein Dasein zum Vorwurf, an dem es unschuldig ist. Dieses Unrecht zieht weite Kreise, wie ein ins Wasser geworfener Stein. So sei nebenbei nur noch daran erinnert, daß auch die Zunahme der Empfängnisverhinderung im Zusammenhang mit dem Elend der unehelichen Mutter und ihres Kindes steht. Je schneller in den berührten Fragen die Hilfe kommt, um so früher werden ihre Früchte reifen!

Literarische Rundschau.

Ernst Kahn, Handelsredakteur der »Frankfurter Zeitung«, Unsere Valutasorgen, Ursachen, Wirkungen und Heilmittel. 77 Seiten Oktav mit 9 graphischen Darstellungen. Leipzig 1917, Verlag von Veit & Co.

Diese Schrift, das sechste Heft einer Sammlung, die mit Recht den Titel führt: »Dringliche Wirtschaftspragen«, behandelt in außerordentlich klarer, ruhiger, sachlicher und verständiger Weise die Ursachen und die schweren Schäden, die mit dem schlechten Stand unserer Valuta zusammenhängen. Natürlich übt Kahn aus naheliegenden Gründen, die mit dem Kriege wegfallen werden, mancherlei Zurückhaltung. Sein Bemühen, populär das für weite Kreise wichtige, aber nicht leicht verständliche Problem der Wechselkurse im Kriege klarzulegen, ist anzuerkennen. Von den Gegnern Deutschlands wird ruhig und sachlich gesprochen, mit der Kritik an den Maßnahmen der Reichsregierung und der Reichsbank zur Hintanhaltung eines weiteren Falles der Devisenkurse wird nicht zurückgehalten. Wer sich also über diese Fragen unterrichten will, kann aus dieser Schrift über die Ursachen und Wirkungen unserer Valutasorgen vielen Nutzen ziehen. Auf zwei bedenkliche Fehler, die neben manchen unerheblichen stehen geblieben sind, sei hier aufmerksam gemacht. Auf S. 40 muß es heißen, daß der Kurs für 100 Mark auf 39,75 holländische Gulden und nicht Mark gesunken ist, und auf S. 47 muß der New Yorker Gelddevisenkurs vom 19. Januar 1917 nicht mit 52, sondern mit 552 Mark angegeben werden. Die österreichischen Maßnahmen zur Beschränkung der Einfuhr aus neutralen Ländern sind nicht genügend scharf herausgearbeitet. Der sich im türkischen Geschäftsverkehr praktisch ergebende Stand der türkischen Noten, der von dem Kursstand in Konstantinopel stark abweicht, ist nicht klargestellt.

Am schwächsten sind in der Schrift die Ausführungen über die Wirkungen der ungünstigen Wechselkurse und über die Heilmittel unserer Valutasorgen behandelt.

Vor allem muß widersprochen werden der Annahme, daß wir nach dem Kriege zu einer »möglichst starken Einschränkung der Einfuhr« kommen können. Die Erschöpfung unserer Lager und die gerade im Interesse der Verbesserung der Valuta

sehr notwendige Pflege der Ausfuhr wird uns zu einer außerordentlich starken Einfuhr veranlassen. Die Einfuhr in den Friedensjahren geschah stets mit Rücksicht auf die, wie ja gerade der Krieg bewies, sehr stark gefüllten Lager. Diese werden nach dem Kriege nicht vorhanden sein, sie werden aber schon aus wirtschaftlichen Gründen gefüllt werden müssen, und deshalb ist nicht mit einer Verminderung, sondern mit einer starken Steigerung der Einfuhr in den dem Kriege folgenden Jahren zu rechnen. Unter den Mängeln der unterwertigen Valuta ist nicht angegeben, daß sie wie ein Schutzzoll, und zwar auch wie der bedenklichste Finanzzoll, nämlich der auf Rohmaterialien, Halbfabrikate und Hilfsstoffe wirkt. Die meisten Schutzzöllner wollen von diesen Einfuhrbeschränkungen nichts wissen, auch unsere Agrarier bekämpfen Schutzzölle auf Düngemittel, Viehnahrung und sonstige für die landwirtschaftliche Produktion notwendige Waren. Diese Schutzzolleigenschaft der ungünstigen Valuta muß natürlich die Wiederermöglichung unserer Ausfuhr, die für die Hebung der Valuta unentbehrlich ist, auf das ungünstigste beeinflussen.

Wir sind mit dem Verfasser darüber einig, daß die schnelle Wiederherstellung normaler Wechselkurse außerordentlich wichtig ist. Aber die Mittel, die er anführt, scheinen uns nicht zum Ziele zu führen. Sie sind zum Teil überholt durch die rasche politische Entwicklung. Die Schrift ist Ende Januar abgeschlossen, aber erst im Mai erschienen. Hieraus erklärt es sich, daß der Verfasser noch Perlen und Diamanten, deren Beschlagnahme er fordert, in den Vereinigten Staaten verkaufen lassen und Anleihen in Amerika aufnehmen möchte, um unsere Valuta zu verbessern. Erstaunlich ist, daß er den Banknotenumlauf durch die Steigerung des Scheckverkehrs um einige Milliarden zu ermäßigen hofft; unsere Banknotenpressen arbeiten noch aus anderen Gründen, als um den Zahlungsverkehr aufrechtzuerhalten.

Auch die Mittel zur Verbesserung der Valuta nach dem Kriege scheinen mir nicht glücklich und nicht erschöpfend behandelt zu sein. Die Einschränkung der Einfuhr aus dem Ausland, die der Verfasser fordert, ist nicht möglich, wenn wir zur Verbesserung der Valuta im großen Stil kommen wollen. Auch im Handelskrieg gibt es Vergeltungsmaßregeln, sie können bestehen in der Beschränkung der Einfuhr deutscher Waren in fremde Länder, deren Waren wir nicht zulassen, sie können in noch Bösere bestehen, in der Vorenthaltung der Rohmaterialien, die wir für den normalen Gang unserer Produktion unbedingt benötigen. Wenn wir handelspolitischen Krieg durch Einschränkung der Einfuhr nach dem Friedensschluß führen wollen, dann dürfte auch das letzte von Kohn vorgeschlagene Mittel »der Hebung des Fremdenverkehrs in jeder Form« sehr aussichtslos sein. Daß unsere Schifffahrt uns halb nach dem Kriege ermöglichen wird, fremdländische Frachten zu transportieren und dadurch fremdländisches Gold uns zuzuführen, scheint nach mannigfachen, ziemlich allgemein bekannten Tatsachen nicht gerade wahrscheinlich. Wir werden froh sein, wenn wir unseren eigenen überseeischen Transport unserer Flagge besorgen lassen können. Die Papiere deutscher Besitzer, die in London liegen, im Interesse unserer Valuta nach dem Kriege auszunutzen, ist ein schöner Plan, aber auch ein Rechnen mit einer vorerst unbekanntem Größe.

Nach dem Kriege wird es im Interesse unserer Valuta wie in dem der gesamten deutschen Volkswirtschaft und nicht zuletzt in dem der normalen Beschäftigung unserer industriellen Arbeiter notwendig werden, große Massen von Rohmaterialien nach Deutschland zu bringen, ohne einen Goldabfluß auszulösen. Dies scheint uns nur möglich zu sein durch die Aufnahme großer Golddarlehen, vor allem in Holland, in Skandinavien, in der Schweiz, vielleicht auch in Amerika. Der Verfasser streift die Notwendigkeit der Aufnahme der Darlehen im Ausland, ohne auf ihre entscheidende Bedeutung den erforderlichen Nachdruck zu legen.

Daß Reich wird aus mannigfachen Erwägungen besser tun, seine eigene Finanzlage nach dem Kriege nicht zu komplizieren durch die Aufnahme dieser Darlehen.

Es scheint uns aber wohl möglich, daß die großen Syndikate, nicht zuletzt die Zwangssyndizierungen, die den Krieg überhaupt, jedenfalls die ersten Friedensjahre überleben werden, wie die in der Schuhindustrie, in der Textilindustrie usw., einen ausreichenden Kontokorrent- oder kurzfristigen Hypothekarkredit erhalten könnten, der ihnen ohne Goldabfluß aus Deutschland die Füllung ihrer Lager mit Rohmaterialien, deren Verarbeitung und die Verwertung der Waren und nach zwei- oder dreimaligem Umschlag des geliehenen Kapitals auch seine rasche Abtragung ermöglichen könnte. Das Reich oder die Reichsbank oder ein Verband unserer Großbanken würde sehr gerne für diese Anleihen gutstehen. Nur auf diese Weise werden wir es nach dem Kriege ermöglichen, den raschen Abfluß unserer Kriegsanleihen in das Ausland und ihre Lombardierung zu niedrigen Sätzen zu verhindern. Das ist auch eines der höchsten Interessen der deutschen Staats- und Geldwirtschaft und liegt auch im Interesse unserer Wärfung, der nach diesem Vorschlag weit eher geholfen werden könnte als durch die von Kahn vorgeschlagenen Mittel.

Wer die Bedeutung dieser Probleme kennenlernen will, dem ist die hier angezeigte Schrift warm zu empfehlen. U. d. Braun.

Notizen.

Die Zahl der Automobile in Deutschland vor dem Kriege. Die erste statistische Aufnahme der Kraftfahrzeuge (Motowagen und Motorfahräder) hat einheitlich für das ganze Reich am 1. Januar 1907 stattgefunden. Sie ist seitdem bis zum Kriege jedes Jahr am selben Tage wiederholt worden. Das Ergebnis der ersten und der bisher letzten dieser Zählungen ist hierunter zusammengestellt. Es wurden gezählt:

	1907	1914
Kraftfahrzeuge insgesamt	27026	93072
Davon waren:		
a. Personalfahrzeuge insgesamt	25815	83333
Kraftäder	15700	22457
Kraftwagen bis 8 Pferdestärken	5111	15188
- von 8 bis 16 Pferdestärken	3278	17735
- " 16 " 40 "	1674	25734
- über 40 Pferdestärken	52	2219
b. Lastfahrzeuge insgesamt	1211	9739
Kraftäder	254	100
Kraftwagen bis 8 Pferdestärken	516	2019
- von 8 bis 16 Pferdestärken	313	2259
- " 16 " 40 "	126	4549
- über 40 Pferdestärken	2	812

Die Zunahme von 1907 bis 1914 beträgt fast überall ein Mehr- und sogar Vielfaches des Bestandes von 1907. In dem hier nicht anwendbaren Prozentverhältnis würde das heißen: Die Zahl der Kraftfahrzeuge ist um tausend bis hundert oder sogar tausend Prozent gestiegen. Viel richtiger ist es aber, von der Feststellung auszugehen, daß die Verwendung von Kraftfahrzeugen 1907 noch eine vergleichsweise sehr geringe war und daß sie bis 1914 eine erhebliche Vermehrung erfahren hatte, aber auch in diesem Jahre noch keine überwältigenden Zahlen darbot. Zweifellos liegt auf diesem Gebiete der Hauptteil der Entwicklung noch (vielleicht in der nächsten Zukunft) vor uns. -62-

Die Neue Zeit

Wochenschrift der Deutschen Sozialdemokratie

2. Band Nr. 15

Ausgegeben am 13. Juli 1917

35. Jahrgang

Nachdruck der Artikel nur mit Quellenangabe gestattet

Die inneren Gegensätze der russischen Revolution.

Von A. Stein.

I.

Aus der ungeheuren Fülle der Nachrichten aus Rußland tritt mit unverkennbarer Deutlichkeit die Tatsache hervor, daß die revolutionäre Neugestaltung des Landes auf Schwierigkeiten stößt, die das Bild der Revolution, die so wuchtig und harmonisch einsetzte, täglich mehr und mehr komplizieren. Vor den schöpferischen und schaffenden Kräften des befreiten Rußland steht eine Aufgabe von kaum übersehbaren Dimensionen: es gilt, auf einem durch und durch zerrütteten wirtschaftlichen Unterbau, dem Erbteil der zarischen Mißwirtschaft, in einem durch Despotie und Knechtschaft korrumpierten und demoralisierten gesellschaftlichen Milieu, in einer Atmosphäre scharfer sozialer und nationaler Gegensätze, zu einer Zeit ungeheurer Kraftanspannung durch den Krieg, die Fundamente für ein demokratisches Gemeinwesen zu schaffen und die Errungenschaften der Revolution zu sichern vor den von innen und außen drohenden Gefahren.

Die Schwierigkeiten, die sich vor der Verwirklichung dieser Aufgabe aufärmen, schaffen in den westeuropäischen Ländern die Vorstellung von einer »Anarchie«, von einem »Chaos«, die alle an die Revolution geknüpften Erwartungen illusorisch machen. Wir sehen davon ab, daß vieles an dieser Vorstellung einer tendenziösen Berichterstattung zuzuschreiben ist, die einerseits gespeist wird von russischen Quellen, die an der Diskreditierung der revolutionären Neugestaltung interessiert sind, und andernteils geleitet wird von kriegspolitischen Spekulationen, die das »Chaos« in Rußland für ihre Zwecke auszuschlachten suchen. Die Hauptursache dieser falschen Vorstellung liegt in der ungenügenden Kenntnis der russischen Verhältnisse, die hinter dem Wust der äußeren »Unordnung« die schöpferischen Kräfte übersehen, die am Werke sind, die seit Jahrzehnten einer Lösung harrenden sozialen und politischen Probleme im Sinne und im Interesse der breiten Volksmassen einer Entscheidung zuzuführen.

Wäre es freilich nach dem Willen des russischen Liberalismus und der hinter ihm stehenden besitzenden Klassen gegangen, so hätte sich die Revolution in der Hauptsache darauf beschränken müssen, die Staatsverfassung ein wenig zu modernisieren, die schlimmsten Auswüchse der Rechtsungleichheit und der Mißwirtschaft zu beseitigen und die Vorrechte der Junkerkaste zu beschneiden, um im übrigen den Matadoren des Liberalismus, die sich als »das Salz der russischen Erde« zu betrachten pflegen, die Möglichkeit zu geben, an Stelle der alten zarischen Bürokratie die Leitung der Staatsgeschäfte zu übernehmen. Daß damit auch die Fortführung des Krieges »bis zum siegreichen Ende« verknüpft war, ergibt sich schon aus der bekannten Tatsache, daß der russische Liberalismus vor allem deshalb in scharfe Oppo-

fiction zur Regierung des Zaren trat, weil diese den Krieg nicht energisch genug führte und im Verdacht stand, einen Separatfrieden mit den Mittelmächten abzuschließen zu wollen.

Der Verlauf der Revolution hat durch diese Erwartungen der Liberalen einen dicken Strich gezogen. Nicht nur, daß sie selbst weiter gehen mußten, als sie je gewollt hatten — die Kapitulation vor dem Arbeiter- und Soldatenrat in der Frage der Abdankung der Dynastie Romanow und die Aufnahme der republikanischen Staatsform in das Programm der Kadettenpartei sind die krassesten Beispiele dafür —, sie mußten es auch zähneknirschend über sich ergehen lassen, daß die tatsächliche Macht ihren Händen entwunden wurde und in den Besitz der demokratischen Massen und ihrer neu entstandenen Organe überging.

Die erste Phase der Revolution, die von Mitte März bis etwa Mitte Mai währte, wird vor allem dadurch gekennzeichnet, daß die Macht formell in den Händen der liberalen Regierung (in der der Justizminister Kerenski der einzige Vertreter der Demokratie war) ruhte, in Wirklichkeit aber mehr und mehr in Abhängigkeit vom Arbeiter- und Soldatenrat fiel. Die Taktik, die den Arbeiter- und Soldatenrat bei der Bildung des ersten Kabinetts veranlaßt hatte, die Teilnahme an der Regierung abzulehnen und von der bürgerlichen Regierung bloß die Durchführung eines bestimmten Programmes zu fordern, fand durch den Gang der Ereignisse eine glänzende Rechtfertigung. Manche Maßnahmen würden sicherlich bei mächtigen Kreisen auf Widerstand gestoßen sein, wenn sie unter der Firma einer sozialistischen Regierung durchgeführt worden wären; so fanden sie eine glatte Erledigung durch die erste provisorische Regierung, auf die von bürgerlicher Seite die Hoffnung gesetzt wurde, daß sie nach erfolglichen unabwiesbaren Konzessionen an die »Straße« das Staatssteuern mit fester Hand meißern würde.

Den Willen dazu hat die erste Regierung sicherlich gehabt — das geht unzweideutig aus der Haltung ihrer bedeutendsten Mitglieder, des Ministers des Äußeren Miljukow und des Kriegsministers Gutschkow, hervor. Der erstere hat bekanntlich in raffinierter Weise die Öffentlichkeit über seine Politik getäuscht und den verbündeten Regierungen die Meinung beizubringen gesucht, daß die Regierungserklärung vom 9. April, die den Verzicht Rußlands auf Eroberungen und Kriegsentzündungen aussprach, nicht ernst zu nehmen sei. Und der zweite hat nichts unversucht gelassen, um sich in der Armee — vor allem beim Offizierkorps, dem er schon früher sehr nahe stand — einen Rückhalt gegen die ansteigende Welle der Demokratie zu schaffen. Es gelang aber weder dem einen noch dem anderen, die Rolle eines Thiers und eines Cavaignac zu spielen, denn die materielle Macht stand ihnen nicht in dem Maße zur Verfügung, daß sie eine Kraftprobe mit der Revolution aufnehmen konnten. Sie mußten vielmehr Anfang Mai vor dem Willen der Demokratie kapitulieren, die weder die Armee noch die äußere Politik zu einer Domäne der Konterrevolution machen lassen wollte.

Der Rücktritt Miljukows und Gutschkows war indessen lediglich der Anlaß der Krise, die Anfang Mai in Rußland einsetzte. Die Ursachen der Krise lagen tiefer. Sie ruhten in dem klaffenden Gegensatz zwischen der Abneigung der bürgerlichen Schichten gegen durchgreifende soziale Reformen

und energische wirtschaftliche Maßnahmen und dem Bestreben der Organe der revolutionären Demokratie, die Errungenschaften der Revolution zu sichern und in den sozialen Interessen der breiten Massen zu verankern.

Dieses Bestreben machte die Arbeiter- und Soldatenräte zu Kristallisationspunkten einer gewaltigen Bewegung, die in der Armee, in der Arbeitererschaft und in breiten Kreisen des Kleinbürgertums und der Bauernschaft einsetzte. Die Demokratisierung der Armee, die von unten her begann, vereitelte die konterrevolutionären Pläne der Militaristen und schuf eine feste Basis für die Tätigkeit der Arbeiter- und Soldatenräte. Die Bauernschaft, die gleichzeitig ihre eigenen Vertretungskörperschaften schuf, griff wiederum mit spontaner Wucht die Parole der Konfiskation des Grund und Bodens auf und schloß sich immer enger um die Organe der revolutionären Armee und des Proletariats zusammen. Und die Arbeiterklasse endlich fand in den Arbeiter- und Soldatenräten die wuchtige Waffe, um an der Spitze der Demokratie in den Kampf für ihre politischen und sozialen Ziele einzutreten.

In der ersten Phase der Revolution unterstützten die Arbeiter- und Soldatenräte die provisorische Regierung, so wie ihre Tätigkeit dem gemeinsamen Programm und den Zielen der revolutionären Demokratie entsprach. Aus dieser bedingten Unterstützung entstanden täglich neue Unzuträglichkeiten. Das Bürgertum rebellierte gegen den »Zwiespalt der Gewalt« und die »anmaßende Kontrolle« der Arbeiter- und Soldatenräte. Diese wiederum fanden immer häufiger Anlaß zur Unzufriedenheit in der zweideutigen äußeren Politik Miljukows, in den Treibereien Gutschkows und in der mangelnden Initiative und Aktivität der Regierung bei der Umgestaltung der Verwaltung, der Verwirklichung sozialer Reformen und dem Kampf gegen die wirtschaftlichen Mißstände.

Namentlich im letzten Punkte kam der »Zwiespalt der liberalen Seele« am schroffsten zum Ausdruck. Die liberale Presse, die liberalen Parlamentarier fanden nicht Worte genug, um das alte Regime zu brandmarken. Aber die Träger des alten Regimes wurden mit wenigen Ausnahmen auf ihren Posten gelassen, sintemalen sie sich alle plötzlich in glänzende Republikaner und ehrliche Demokraten verwandelt hatten. Die Einführung demokratischer Selbstverwaltungen wurde in die Länge gezogen, dafür wurde die ausübende Gewalt in der Provinz, an Stelle der abgesetzten Gouverneure den Vorsitzenden der Landschaftsämter überwiesen, die Fleisch vom Fleische der junkerlichen Bureaukratie sind. Am schlimmsten war es um den Kampf gegen die wirtschaftlichen Mißstände bestellt. Das alte Regime hatte freilich ein übles Erbe hinterlassen. Es fehlte in den Städten an Lebensmitteln, die Zufuhren stockten, der Industrie mangelte es an Kohlen und Rohstoffen, die Preise der notwendigsten Bedarfsartikel gingen schwindelnd in die Höhe. In einiger Beziehung wurden die Dinge nach der Revolution gebessert. Die Zufuhren kamen wieder in Gang, es wurde ein staatliches Getreidemonopol eingeführt, das die Lebensmittelversorgung einigermaßen sicherstellte, es wurden Maßnahmen zur Einführung eines Kohlenmonopols getroffen usw. Weitere Maßnahmen im Kampfe gegen die wirtschaftliche Zerrüttung scheiterten indessen an der Furcht der Regierung vor dem Kapital. Sie unternahm weder Schritte zum Kampfe gegen den ungeheuerlichen Warenwucher, noch entschloß sie sich zu energischen Maß-

nahmen gegen die Spekulationen der Banken. Wo der heilige Profit bedroht wird, versteht auch die russische Bourgeoisie keinen Spaß. Deshalb kamen die bürgerlichen Regierungsmänner über platonische Erklärungen nicht hinaus, mit denen die Industrie- und Börsenwölfe sich sehr leicht abfanden.

Weniger leicht fanden diese sich aber mit dem einsehenden wirtschaftlichen Kampfe der Arbeiter ab. Der Kampf um den Achtstundentag und um Lohnerhöhungen wurde in der bürgerlichen Presse fast als Landesverrat bezeichnet. Die Industriellen gaben in der Frage der Arbeitszeit zum Teil nach, protestierten aber heftig gegen die Lohnforderungen der Arbeiter, trotzdem diese eine notwendige Folge der enormen Teuerung waren. Nachdem die Fabrikanten drei Jahre lang fabelhafte Dividenden eingesackt und die »Kriegskonjunktur« ausgenutzt hatten, verloren sie nun »jegliches Interesse an der Fortführung der Produktion« und begannen selbst eine umfassende Sabotage der Produktion, für deren Rückgang sie die Arbeiter und die Regierung verantwortlich machten. Die Regierung stand diesen Dingen machtlos gegenüber, da sie gegen die Bourgeoisie nicht vorgehen wollte, dagegen den Arbeitern gegenüber keinen Mut zu Repressivmaßnahmen fand.

Fügt man zu alledem hinzu, daß die erste provisorische Regierung nichts in der Agrarfrage unternahm, nichts für die Einberufung der Konstituante tat und keine energischen Maßnahmen zur Aufbesserung der Finanzen ergriff, so erkennt man den tiefen Zwiespalt, der zwischen ihr und der innerlich mehr gefestigten revolutionären Demokratie eintrat. Es war deshalb nur natürlich, daß nach dem Ausscheiden Miljukows und Gutschkows eine allgemeine Regierungskrise ausbrach, die die Aufrechterhaltung des Abkommens zwischen dem Arbeiter- und Soldatenrat und der Bourgeoisie überhaupt in Frage stellte. Zwei Lösungen waren hier denkbar: entweder kam es zum Bruche und damit zur offenen Austragung des Gegensatzes zwischen Bourgeoisie und revolutionärer Demokratie, oder die Vertreter der letzteren übernahmen einen Teil der politischen Macht und gingen ein neues Kompromiß mit der Bourgeoisie ein. Die Bildung eines Koalitionsministeriums unter Teilnahme von vier Vertretern des Arbeiter- und Soldatenrats bedeutet, daß vorläufig die zweite Lösung gewählt wurde.

(Schluß folgt.)

Osterreich und Serbien.

Von R. Kaufsky.

(Fortsetzung.)

7. Die Serben in Osterreich.

Bosnien war 1878 nicht annektiert, sondern bloß »okkupiert« worden. Die Lage der bosnischen Bevölkerung wurde durch diese Konzession nicht verbessert, sondern verschlechtert. Wären die Bosnier ein Teil der österreichischen Staatsbürgerschaft geworden, dann hätten sie auch die damit verbundenen politischen Rechte erhalten. Dank der bloßen Okkupation konnte man (mußte man nicht) sie ihnen vorenthalten. Charmaß untersuchte in seinem 1907 erschienenen Buche über »Deutsch-österreichische Politik« die Frage: »Was haben Bosnien und die Herzegowina durch die Okkupation

gewonnen?» (S. 388), und er kommt auf Grund eines offiziellen Rechenschaftsberichts zu dem Schlusse, Bosnien habe sein Wesen modernisiert, aber

einem Punkte weicht der Bericht ängstlich aus: den politischen Verhältnissen. Mit gutem Grunde. Der Kaiser von Osterreich und König von Ungarn ist Bosnien gegenüber ein absoluter Herrscher. Im Okkupationsgebiet gibt es nicht einmal den Ansatz zu einer Volksvertretung (das wurde 1907 geschrieben). Die breiteren Schichten der Bevölkerung werden kaum zur Lokalverwaltung herangezogen. In den 54 Bezirken des Landes bestehen bloß die aus der Zeit der türkischen Verwaltung stammenden Bezirks-Medzlis; das sind Beiräte, die jeweilig ernannt werden. ... Nun haben wir das Geheimnis der osterreichisch-ungarischen Erfolge erkannt. Während in Serbien und Bulgarien der Radikalismus tobt, in Rumänien der Antisemitismus und Fanatismus auf der einen, der stumpfe Konservatismus auf der anderen Seite störend wirkt und in Mazedonien die Völker um die Freiheit ringen, hat der Habsburgerstaat mit starker Hand den Absolutismus aufgerichtet.

Also in Serbien Radikalismus, in Bosnien Absolutismus. Da bedurfte es wohl keiner großserbischen Propaganda, damit die Bosnier die Bewohner Serbiens beneideten. Das heißt nicht alle Bosnier. Die feudalen Grundherren hatten alle Ursache, mit dem osterreichischen Regime zufrieden zu sein. Der bosnische Absolutismus wurde keineswegs weftgemacht durch die »Modernisierung« des Landes, die sich fast nur auf Außerlichkeiten erstreckte.

In Bosnien herrschen noch feudale Zustände. Der Aufstand von 1875 war im wesentlichen sozialer Natur gewesen, eine Empörung der christlichen Fronbauern (Kmeten) gegen die mohammedanischen Feudalherren (Spahis). Sie wollten freie Bauern werden, wie im benachbarten Serbien. Aber das osterreichische Regime, das im Lande Fuß fassen wollte und sich zu diesem Behuf auf eine kräftige Klasse stützen mußte, betrachtete als solche die Spahis. Seine erste soziale Tat im okkupierten Lande bestand in der Bestimmung, daß alle überkommenen Eigentumsverhältnisse unverändert bleiben sollten. So hatten die christlichen Bauern Bosniens umsonst gekämpft, ja ihre Lage noch verschlechtert. Denn unter der türkischen Herrschaft hatten nur die Mohammedaner Kriegsdienst zu leisten gehabt. Jetzt traf er auch die Christen. Die neuen Geldsteuern endlich belasteten viel mehr den Kmeten als den Spahi.

Zu alledem kam noch der religiöse Gegensatz. Vergessen wir nicht, daß Bosnien zur Zeit seiner Okkupation noch in dem Stadium war, in dem das moderne nationale Bewußtsein eine unbedeutende Rolle spielt, dagegen die Religion die Massen entscheidend beeinflusste. War bis dahin der religiöse Gegensatz in Bosnien der zwischen griechischen Christen und Mohammedanern gewesen, so trat nun ein drittes Element auf: der Katholizismus des Herrscherstaats, dem der Islam ein geringeres Abell schien als die christliche, aber vom Katholizismus getrennte griechisch-orientalische Kirche.

Diese religiösen Differenzen trugen in Bosnien dazu bei, schon vorhandene Gegensätze zu verschärfen und zu vergiften, sie waren nicht erst zu schaffen. In dem benachbarten Kroatien milderte sich gleichzeitig der alte religiöse Gegensatz zwischen den katholischen Kroaten und den griechischen Serben, der lange als unüberwindlich gegolten hatte. Er wurde zurückgedrängt durch einen gemeinsamen Gegensatz beider gegen das herrschende Regime, der in jener Zeit rasch anwuchs.

Der Gegensatz zwischen dem ungarischen Adel und dem kroatischen Bauernvolk ist ein alter. Er hatte dazu geführt, daß im Jahre 1848 die Kroaten die fanatischsten Verfechter des Absolutismus gegenüber der Insurrektion der Ungarn wurden.

Nach 1866 war Osterreich in zwei Staaten geteilt worden, in Ungarn (Transleithanien) und den westlichen Teil der Monarchie, der keinen anderen offiziellen Titel führt als den der im Reichsrat vertretenen Königreiche und Länder (Cisleithanien).

Die Deutschen hatten sich nach der Trennung Osterreichs von Deutschland damit abfinden müssen, die Ungarn neben sich als Staatsnation anzuerkennen. Allein konnten die 10 Millionen Deutschen, die damals in der Monarchie lebten, gegen die fast 17 Millionen Slawen nicht aufkommen. Eher schien die Sache möglich, wenn man den Staat und damit die Slawen teilte.

In Cisleithanien blieben etwa 8 Millionen Deutsche, denen 11 Millionen Slawen gegenüberstanden, darunter $2\frac{1}{2}$ Millionen Polen, die zwischen den kämpfenden Nationalitäten nun das Zünglein an der Wage bildeten. In Transleithanien aber kamen nun auf 6 Millionen Magyaren 9 Millionen Nichtmagyaren, darunter 2 Millionen Deutsche.

Dabei wurden Tschechoslowaken und Serbokroaten unter den beiden Reichshälften aufgeteilt. Von 7 Millionen Tschechoslowaken entfielen auf Cisleithanien $4\frac{1}{2}$ Millionen, auf Ungarn $2\frac{1}{2}$ Millionen. Von 3 Millionen Serbokroaten kam eine halbe Million auf Cisleithanien, dem Dalmatien und Istrien zugewiesen wurden. Eine weitere halbe Million wurde direkt dem ungarischen Staate einverleibt, die restlichen 2 Millionen bekamen ein eigenes Gemeinwesen, das Königreich Kroatien, das einen Teil des ungarischen Gesamtstaats bildete, in ihm aber eine Sonderstellung mit eigenem Landtag und eigener Verwaltung erhielt. Dazu wurden nach der Okkupation Bosniens 1 300 000 Serben gesellt, die weder der einen noch der anderen dieser staatlichen Gemeinschaften angehörten.

Vereinigt hätten die Serbokroaten einen Faktor gebildet, mit dem man rechnen mußte. Zersplittert wurde jeder der einzelnen Splitter ohnmächtig.

Je mehr das moderne Verkehrswesen auch in jene abgelegenen Gegenden eindrang und ihr Denken revolutionierte, desto größer wurde ihr Sehnen nach Vereinigung. Desto energischer aber auch der Widerstand namentlich der ungarischen Herrenklasse. Je gewalttätiger sich dieser Widerstand gestaltete, desto mehr entzündete er wieder die nationale Empörung der Serben und Kroaten, die sich dabei immer näher kamen und schließlich einmütig voringen.

Da sie sich allein zu schwach fühlten, der mächtigen Ungarn Herr zu werden, sahen sie sich nach einem Verbündeten um, und wie ehemals suchten sie ihn in der Wiener Hofburg.

Dort durften sie jedoch lange Zeit nichts erhoffen. Der Kaiser Franz Joseph hatte nach 1866 den Rat befolgt, den ihm Bismarck gegeben, den Schwerpunkt des Reiches von Wien nach Ofen zu verlegen. Mehr noch als die Deutschen waren die Ungarn das Staatsvolk der Monarchie geworden. Er unternahm nichts gegen sie, und es war naheliegend, daß er um so weniger zu einem schroffen Wechsel des Kurzes zu veranlassen war, je älter er wurde, je mehr er vor allem wünschte, jedem Konflikt auszuweichen.

Diese Zeit der Ruhe im Staate schien vorüberzugehen, als die russische Revolution auch Osterreich aufs tiefste erschütterte. Um dieselbe Zeit begann Erzherzog Franz Ferdinand, seit 1896 Thronfolger, der Staatsleitung näherzutreten. Er galt nicht bloß als eifriger Katholik, sondern auch als tatkräftiger Verfechter der monarchischen Gewalt und als entschiedener Gegner der Ungarn, das heißt nicht der ungarischen Nation, sondern der ungarischen Herrenklasse, die ein tatsächlich parlamentarisches Regime für sich erobert hatte, für ihren Staat nach immer größerer Selbständigkeit trachtete und als die stärkste Einschränkung der monarchischen Gewalt im österreichischen Gesamtstaat erschien. Wie die Christlichsozialen in Wien, wie die Verfechter des Einheitsstaats in Bureaukratie und Armee, so glaubten auch die Kroaten im Thronfolger den kommenden Mann zu finden, der ihr Sehnen erfüllen werde.

Zwei Formen waren möglich, das zu erreichen, beide bedingten die Aufhebung des Dualismus. Die eine bestand in der Rückverwandlung der beiden getrennten Staaten in einen einzigen Staat, einen Einheitsstaat. Die das verlangten, bezeichnete man als Großösterreicher. Natürlich konnte man sich diesen Staat verschieden organisiert vorstellen, auch sehr demokratisch, und so finden wir sogar Sozialdemokraten unter den Großösterreichern. Aber keiner konnte sich das Großösterreich anders vorstellen wie als monarchischen Staat. Auch den großösterreichischen Sozialdemokraten erschien die Dynastie als das unentbehrliche Band, das Reich zusammenzuhalten, und erschien ebenso das Reich selbst für seine Völker unentbehrlich.

Der eifrige Vorkämpfer des sozialdemokratischen Großösterreichertums war der Genosse Renner.

Unter dem Pseudonym Springer veröffentlichte er im Jahre 1906 ein Buch über »Grundlagen und Entwicklungsziele der österreichisch-ungarischen Monarchie, politische Studien über ... die Reichsidee und ihre Zukunft«, in dem er diese Idee ausführlich entwickelte, die Umwandlung Osterreichs in einen Föderativstaat verlangte mit Autonomie der Nationen, auf Grundlage des allgemeinen Wahlrechts und mit dem Bindeglied der Dynastie:

Denn noch lebt in allen Völkern Osterreichs und Ungarns die Kaisertradition und die Kaiseridee, bei der das dynastische Moment nur den realen Kern verbüllt: eine uneingestandene Ahnung sagt ihnen, daß ihrer tausend Gefahren harren, wenn sie auseinandergerissen, die Beute der Nachbarn und das Opfer ihrer Zwietracht werden, und auch in den Deutschösterreichern ist diese Ahnung mächtig: statt des Vorlandes an der Donau ein hohenzollernsches Hinterland werden, statt des Erstgeborenen im Osten das Stiefkind des Westens — diese Perspektive macht ihnen bange. ... Wahrlich, eine Kaiseridee liegt in der Luft! Warum soll die Monarchie nicht werden ein einig Volk von Völkern, das gemeinsame Schuttdach der Kleinen, damit sie neben den Großen bestehen können, jeder in seiner Art, jeder in seinem Kreise frei, alle gleich unter einer vielhundertjährigen, nunmehr auch streng parlamentarischen Dynastie? (S. 236, 237.)

Als wir vor mehr als zehn Jahren diese verzückten Äußerungen lasen, diesen naiven Nationalismus, der die »monarchische Schwelz« will, aber mit Deutschösterreich als »Vorland«; diesen Lokalpatriotismus, dem der Vorrang der Deutschösterreicher in Osterreich wichtiger ist als die Gesamtheit der deutschen Nation; und endlich diese Begeisterung für das »Völkerkaiserthum«, da belächelten wir das, sahen aber drüber hinweg angesichts des Wis-

senz, des Scharfsinns, der proletarischen und demokratischen Sympathien des Autors. Wir sahen in jenen Äußerungen nur Überbleibsel vorsozialistischer Eierschalen, die der Verfasser mit fortschreitender Annäherung an die internationale Sozialdemokratie ablegen werde. Es scheint, wir haben die Dauerhaftigkeit dieser Eierschalen unterschätzt.

Das Großserbien, in dem die heute in vier Staatswesen zersplitterten Serbokroaten zu einem einzigen, autonomen, gleichberechtigten Gemeinwesen vereinigt werden sollten, das war die eine Lösung, die die serbischen und kroatischen Patrioten ins Auge faßten. Sie setzte die völlige Aufhebung des heutigen ungarischen Staates voraus.

Weniger radikal war eine andere Lösung: mit Kroatien, das bereits eine Sonderstellung einnahm, sollten Dalmatien, Bosnien und die von Serben bewohnten Teile Südungarns vereinigt und dem Gesamtstaat als dritter Bestandteil einverleibt werden, mit den gleichen Rechten, wie sie Ungarn und Cisleithanien besaßen. Das war die Idee des sogenannten Trialismus. Sie ließ die Herrschaft der Ungarn über die Rumänen und Slowaken unangefastet. Trotzdem erregte sie die Wut der magyarischen Herrenklasse womöglich noch mehr als die großserbische Idee, gerade deshalb, weil sie leichter realisierbar, also eher im Bereich der Möglichkeit war.

8. Die großserbische Idee.

Je mehr diese Versuche auf Widerstand stießen, im Rahmen des Kaiserstaats das nationale Sehnen der in ihm zersplitterten Serbokroaten zu befriedigen, desto mehr wurde der Boden geebnet für eine Idee, die über diesen Rahmen hinausging.

Diejenigen, die daran verzweifelten, Hilfe aus der Wiener Hofburg zu erhalten, begannen ihre Blicke nach dem benachbarten Serbien zu richten, wo ihre Nationsgenossen ein freies Gemeinwesen bewohnten, mit vollster Press- und Vereinsfreiheit, während in Kroatien der Ausnahmezustand, in Bosnien die Militärdiktatur herrschte. Die Idee eines Großserbiens kam auf, die Idee der Vereinigung aller Serbokroaten in einem selbständigen Staate. Vom Königreich Serbien erwartete man dabei, es werde für die serbische Einigung das leisten, was für die Befreiung und Einigung Italiens das kleine Königreich Sardinien geleistet hatte.

Da Wünsche frei sind, kam man, sobald man erst einmal beim Gedanken Großserbiens war, darauf, ihm auch die Slowenen einzuverleiben, deren Sprachgemeinschaft an die serbokroatische grenzt. Die Slowenen sind erst im Begriff, eine Schriftsprache zu entwickeln, und begegnen dabei bei der Kleinheit und Rückständigkeit ihres Landes großen Schwierigkeiten. Ihre Sprache ist der serbischen ähnlich und würde sich ihr bei längerer staatlicher Gemeinschaft wohl anpassen. An den sprachlichen Unterschieden braucht also die Einverleibung der Slowenen in den serbischen Nationalstaat nicht zu scheitern.

Die Zahl der Serbokroaten beträgt heute an 10 Millionen, die der Slowenen über eine Million. Das ergäbe schon einen ganz erklecklichen Staat. Kein Wunder, daß die großserbische Idee als Wunsch manchen Serben entzückte, in der Literatur und bei Festreden nationaler Vereine eine Rolle zu spielen begann, wobei als Vorbild die nationalen Bestrebungen der Italiener

und Deutschen des vorigen Jahrhunderts vorgeführt wurden, die auch in den Staatsmännern Osterreichs ihre größten Gegner gefunden hatten.

Doch waren die Hindernisse so groß, die sich der Idee entgegensetzten, daß ernsthafteste Versuche, ihre Verwirklichung vorzubereiten, nicht zutage traten. Alle Beschuldigungen, die in dieser Beziehung erhoben wurden, haben sich als haltlos erwiesen. Selbst Haschagen, der mit den Tatsachen sehr frei umspringt und für die österreicherische Regierung sehr viel übrig hat, muß darüber mitteilen:

Am 25. März 1909, also noch einige Tage vor Beilegung der Anneziionskrise, veröffentlichte der führende deutschösterreichische Historiker Heinrich Friedjung in der »Neuen Freien Presse« einen scharfen Artikel gegen die großserbische Propaganda auf dem Boden der Monarchie. Insbesondere beschuldigt er Abgeordnete des Kroatischen Landtags verdächtiger Beziehungen zur serbischen Regierung. Da Friedjung von kroatischer Seite wegen Beleidigung verklagt und zur Vorlegung seiner Beweise aufgefordert wird, kommt es in Wien zum Prozeß, in dem sich zwei für die Kroaten belastende Dokumente, auf denen Friedjung gefußt hat, als Fälschungen herausstellen. Friedjung zieht darauf am 22. Dezember 1909 seine Behauptungen zurück. Großes Aufsehen erregt nun aber, daß die Dokumente aus dem Ministerium des Außern stammen. Da sie sich teilweise als gefälscht herausstellen, so betrachtet man diesen Ausgang des Friedjungprozesses als »mißglückten Versuch Lehrenthals ... den Nachweis für das Vorhandensein einer großserbischen Propaganda zu liefern«. Damit ist aber die Sache noch nicht erledigt. Einmal wird von Mai bis Oktober in einem Ugramer Hochverratsprozeß gegen nicht weniger als 53 Untertanen der Monarchie wegen großserbischer Umtriebe verhandelt. 18 von ihnen müssen wegen mangelnder Beweise sofort freigesprochen werden. Das Urteil gegen die übrigen wird später ebenfalls aufgehoben, weil das Beweismaterial wieder teilweise gefälscht worden ist. (Umriffe der Weltpolitik, Leipzig 1916, B. G. Teubner, 2. Band, 1908 bis 1914, S. 40.)

Haschagen sagt nicht, wieso die gefälschten Dokumente, auf denen die ganzen Beschuldigungen Friedjungs beruhten, ins Ministerium des Außern kamen und wer sie gefälscht hat.

Professor Masaryk hat darüber ausführlicher gehandelt, zuerst in den Delegationen, dann in einer Schrift »Vasic-Forgach-Lehrenthal, einiges Material zur Charakteristik unserer Diplomatie«, Prag 1911. Er erhob dort die schwersten Anklagen gegen den österreicherischen Gesandten in Belgrad, den Grafen Forgach.

In seiner Erwiderung ging Lehrenthal auf die Tatsachen nicht ein. Er erwiderte nur, er weise den Angriff gegen den Grafen Forgach entschieden zurück. Graf Forgach sei in Belgrad und speziell bei der serbischen Regierung sehr beliebt. Diese Beliebtheit des Grafen Forgach in Belgrad wurde darauf vom serbischen Minister Milovanovitsch bestritten.

Wie dem auch sein möge. Jedenfalls beweisen diese Affären, daß man in österreicherischen Regierungskreisen durch die großserbische Propaganda sehr nervös geworden war. Der schon bestehende und tiefgehende Gegensatz zu Serbien wurde nun noch mehr verschärft.

Derselbe Franz Ferdinand aber, zu dem die Serbokroaten vertrauensvoll aufblickten, soweit sie großösterreichischen oder trialistischen Tendenzen huldigten, war naturgemäß der energischste Bekämpfer des Großserbentums. Graf Lehrenthal, der im Oktober 1906 Minister des Außern wurde, galt als Vertrauensmann des Thronfolgers.

9. Mazedonien und Albanien.

Die fortschreitende Verbitterung der Beziehungen zwischen Oesterreich und Serbien wurde nicht gemildert, als nach der russischen Revolution die Balkanfrage selbst wieder einen akuten Charakter annahm durch die mazedonischen und albanischen Unruhen und die türkische Revolution.

Mazedonien bildete auf dem Balkan das letzte Gebiet, dem es noch nicht gelungen war, das Joch des türkischen Feudalismus abzuwerfen, das um so schwerer lastete, je mehr die Türkei ökonomisch verkam, je auffallender der Unterschied zwischen der Lage der christlichen Bauern in Mazedonien und der in Serbien und Bulgarien war, je tatkräftiger endlich die Ermunterung, die der mazedonischen Insurrektion aus diesen beiden Staaten zuteil wurde, von denen jeder nach der Beute verlangte. Diese Ermunterung war sicher vorhanden, doch täte man unrecht, die ganze Bewegung als künstliche Mache ausmärtiger Heher zu betrachten. Das ist immer die Darstellung jener, die ein Interesse an dem Fortbestehen der Mißbräuche haben und nicht zugeben wollen, daß diese Mißbräuche vorhanden sind und aufreizend wirken.

Wie die Lage der Bauern in Mazedonien war, bezeuge folgendes: Dr. Cleanthes Nicolaides schreibt in seinem Buche über »Mazedonien« (Berlin 1903, Calvary):

Der christliche Landmann in Mazedonien hat folgende Abgaben zu leisten:

	Prozent des Ernteertrags
1. Der Großgrundbesitzer erhält vom Ernteertrag	33 ¹ / ₃
2. Die Staatssteuern betragen	16 ² / ₃
3. Die Schulsteuer	2
4. Die Gewerbe- und Einkommensteuer	5
5. Die Leistungen für Wegebau	5
6. Die Abgabe für die Kirche	1

Zusammen 63 Prozent.

Rechnet man nun, daß 15 Prozent zur nächstjährigen Ausfaat erforderlich sind, so würden dem Bauern für sich und seine Familie noch 22 Prozent von der Ernte verbleiben. (S. 88.)

Aber auch die blieben ihm nicht, er mußte sie mit Räubern teilen — den gefesslichen Räubern, Steuergendarmen und Grundherren, und den ungefesslichen Räubern, Bauern, die aus Verzweiflung oder aus Troß sich gegen die gefessliche Ordnung erhoben, gegen ihre Unterdrücker Front machten, um sich zu behaupten, die aber auch die Bauern besteuerten.

Je entseßlicher die Lage der Bauern, desto größer die Zahl der Räuberbanden. Es hing bloß von der allgemeinen Situation ab, ob sie gewöhnliche Räuber blieben oder zu Freiheitskämpfern wurden — genau wie ein Jahrhundert vorher in Serbien.

Diese mazedonische Insurrektion wollte nicht enden.

Anders liegt die Sache in Albanien. Dort herrschen die gleichen Zustände, doch noch primitiver, die sich bis ins achtzehnte Jahrhundert in Hochschottland erhielten. Walter Scott hat sie in seinen schottischen Romanen so plastisch geschildert. In dem schwer zugänglichen Bergland erhält sich die Gentilverfassung noch in voller Kraft, mit dem ganzen troßigen Freiheitsfönn, der diese Gesellschaftsform kennzeichnet. Die Unzugänglichkeit ihrer

Berge schnitt sie vom Weltverkehr ab und verhinderte ihre militärische Niederwerfung. Die Unwirklichkeit des Berglandes schützte ihre Freiheit auch dadurch, daß sie nur eine äußerst ärmliche Hirtenwirtschaft aufkommen ließ, die niemandes Begehrlichkeit lockte. Diese Armut verwandelt aber auch wieder den Albanesen in einen geborenen Räuber, jedoch ganz anderer Art als den Mazedonier.

Die ökonomischen Verhältnisse, wie sie in Albanien herrschen, begünstigen ungemein die Fruchtbarkeit der Bevölkerung. Adam Smith wies bereits in seinem »Wealth of Nations« auf die außerordentliche Fruchtbarkeit der Bergschotten hin: »Armut scheint die Fruchtbarkeit zu fördern. Ein halbverhungertes Weib aus dem Hochland bringt häufig mehr als zwanzig Kinder zur Welt.« (1. Band, 8. Kapitel.) Was mit diesem kraftvollen, kampfsüchtigen Menschenzuwachs beginnen? Die primitive Landwirtschaft kann ihn nicht ernähren. Zum Teil geht er zugrunde in den steten inneren Fehden der einzelnen Clans untereinander, die der Blutrache entspringen. Sie müßten jene Stämme längst vernichtet haben, wenn nicht der rasche Nachwuchs bestände. Ein anderes Sicherheitsventil ist der Kriegsdienst außerhalb der Berge. Nie haben die Albanesen eine türkische Armee in ihren Bergen lange geduldet. Aber sie waren stets bereit, sich dem Sultan zu verdingen, und bildeten in Konstantinopel seine zuverlässigste Truppe. So legte Pitt 1756 die Art an »die Wurzel aller Aufstände und Anarchie in den Hochlanden« (Lack), als er in den schottischen Hochlandclans Anwerbungen für die Armee vornahm.

Aber nicht jeder wollte der Heimat den Rücken kehren und die militärische Disziplin auf sich nehmen. Der in der Heimat Zurückbleibende sah nur ein Mittel, der Armut seiner Berge abzuhelfen: die Plünderung der Nachbarn.

In alledem bieten die Albanesen genau dasselbe Bild wie die schottischen Hochländer. Aber ihre Lage war keineswegs hier wie dort die gleiche. Die Hochschotten grenzten an ein hochkultiviertes Gemeinwesen, während die Nachbarn der Bergalbanesen selbst arme Teufel in höchst primitiven Verhältnissen waren, einerseits Serben und Griechen, andererseits die Albanesen der Küstenniederung. Das bewirkte aber nur, daß den Albanesen gegenüber die Mittel der Abwehr und schließlich Niederwerfung weit geringer waren als den schottischen Hochländern gegenüber, bewirkte aber keineswegs, daß die Raubzüge weniger schmerzlich empfunden wurden.

Die Albanesen blieben eine Geißel ihrer Umgebung, in ständiger Fehde mit ihr.

Dieser ewige Kriegszustand kümmerte Europa lange Zeit höchst wenig. Ein Interesse gewann er dagegen, als in Osterreich die Tendenz für den Vormarsch nach Saloniki aufkam. Der Weg nach Mazedonien führte bei Albanien vorbei, ja zum Teil direkt durch albanesisches Gebiet. Die Wegerschaft der kriegerischen Albanesen konnte sehr unangenehm, ihre Freundschaft sehr angenehm werden. Und die der Albanesen war billig zu haben — auch hierin den Hochschotten ähnlich.

Bis weit ins achtzehnte Jahrhundert hinein, als die schottischen Niederlande schon längst zu innigster Gemeinschaft mit England gekommen waren, wußten die Könige Frankreichs sich noch einen Anhang unter den Bergschotten zu erkaufen, der England zeitweise höchst unbequem wurde.

Für Österreich war ein Anknüpfungspunkt darin gegeben, daß in dem Stadium, in dem die Bergstämme Albanien's leben, neben der Genfilverfassung bereits die kirchliche Organisation eine Rolle spielt, wenn auch noch jener Verfassung untergeordnet. Nun gibt es unter ihnen Mohammedaner, griechisch-orthodoxe Christen und Katholiken. Österreich wurde für die letzteren der Schutzpatron.

Dabei fand es jedoch einen unliebsamen Konkurrenten in den Italienern, das heißt in dem italienischen Imperialismus.

Dieser ist ganz eigener Art. Seine Haupttriebkraft ist nicht das Finanzkapital, sondern die Überproduktion an Intelligenz. Die industrielle Entwicklung Italiens ist gering, groß aber die Zahl seiner Intellektuellen, ist es doch ein altes Kulturland mit vielen Universitäten und einem zahlreichen Kleinbürgertum, das einen großen Teil seines Nachwuchses intellektuellen Berufen zuweist. Weder Industrie noch Handel bieten für diese Elemente ausreichende Beschäftigung. Da wird die Versorgung durch den Staat, wird die Zahl der Beamtenstellen im Staat von größter Wichtigkeit für die Intellektuellen.

Der Staat, wie er besteht, reicht nicht aus für sie alle. Das wird ein Moment, das jede Bewegung verstärkt, die den Staat zu ändern oder auszudehnen strebt. Der Kampf um die Unabhängigkeit und Freiheit der Nation wurde so eine Sache nicht bloß der Idealisten, sondern auch nicht weniger Streber. Sobald dies Ziel einigermaßen erreicht war, erhoben die unversorgten Streber den Ruf nach kolonialem Besitz. Bis heute noch ist aber nicht die ganze Nation geeinigt, und so schwankt die öffentliche Meinung Italiens zwischen Nationalismus und Imperialismus hin und her. Einmal überwiegt das eine, ein andermal das andere Moment. Beide Strömungen fanden sich schließlich in dem Gegensatz gegen Österreich, nachdem sie eine Zeitlang einander in dieser Beziehung entgegengewirkt hatten.

Nach 1870, nach der Einverleibung des Kirchenstaats in das Königreich Italien, richteten die Italiener ihre Blicke nach Südtirol, Görz, Triest, die, von Italienern bewohnt, noch »unerlöst« (irredenti) waren. Der Bund der „Irredenta Italia“, des unerlösten Italiens, der sich 1878 bildete, beherrschte jahrelang das öffentliche Leben Italiens. So groß war damals die Erbitterung gegen Österreich, daß Bundesmitglieder den Versuch machten, den Kaiser Franz Joseph zu ermorden, als er 1882 in demonstrativer Absicht zur Feier der fünfshundertjährigen Zugehörigkeit Triests zu dem habsburgischen Besitzstand nach dieser Stadt kam. Das Attentat wurde vereitelt, der eine der Attentäter entkam nach Italien, wo man ihn verhaftete und in Udine vor ein Geschworenengericht stellte, das ihn freisprach. Der andere, der Student Oberdank, wurde in Triest festgenommen und hingerichtet, was in Turin, Bologna, Mailand, Rom stürmische Protestkundgebungen hervorrief. Oberdank wurde als Nationalheiliger verehrt. Zahlreiche Oberdankklubs bildeten sich. Doch war die österreichische Regierung klug genug, daraus keinen Kriegsfall zu machen und der italienischen Regierung kein Ultimatum zu senden.

Immerhin ersahen die Politik der Irredenta vielen Politikern Italiens zu gefährlich, sie suchten für den italienischen Expansionsdrang einen weniger gefährlichen Ausweg in der Politik kolonialer Erwerbung. Eigenartig wie der Imperialismus ist auch die Kolonialpolitik Italiens. Da sie

nicht von den Bedürfnissen der Industrie, sondern von denen der Intellektuellen getrieben wird, sah sie sehr wenig auf den ökonomischen Wert der Gebiete, die sie besetzte. Sie hatte das Pech, sich der unfruchtbarsten und ärmsten Landstriche zu bemächtigen, und dabei gerade solcher, die von einer höchst wehrhaften Bevölkerung verteidigt wurden. Das galt zuerst für Abessinien, wo es sich 1885 festsetzte, wie später für Tripolis. Es galt in gleichem Maße für Albanien, das es in seine Einflußsphäre zu verwandeln suchte. Tripolis und Albanien sollten ihm helfen, die Adria und das östliche Mittelmeer in einen italienischen See zu verwandeln. Dabei stieß es auf die Konkurrenz Osterreichs, das ebenfalls nach Albanien trachtete.

Eine Zeitlang hatte der Imperialismus Italiens dazu gedient, den aus dem nationalen Sehnen entspringenden Gegensatz gegen Osterreich zu überwinden. Im Mittelmeer stieß es zunächst nicht auf Osterreich, sondern auf Frankreich als Gegner, das ihm Tunis vor der Nase wegchnappte (1881). Gegensatz gegen Frankreich, Anschluß an Deutschland und Osterreich war die erste Folge des italienischen Imperialismus.

Durch Albanien aber wurde nun Osterreich für ihn zum Feind, derselbe Staat, der als Gegner der nationalen Bestrebungen erschien. Imperialismus und Nationalismus, deren auswärtige Politik eine Zeitlang gegensätzlich geworden waren, begegneten sich nun, das Resultat war Schwächung des Dreibunds, Annäherung Italiens an Frankreich, Arbeiten gegen Osterreich in Albanien.

Bei ihrer Stellung zum Papst konnten sich die Italiener dabei nicht gut des katholischen Alerus bedienen. Der hielt treu zu Osterreich. Die Italiener suchten daher Einfluß auf die Albanesen zu gewinnen durch Schulen.

Die Einwirkung von außen diente gerade nicht dazu, die von vornherein zu steter Unruhe geneigten Albanesen zu beruhigen. Albanien und Mazedonien, die beiden letzten großen Gebiete, die die Türkei in Europa noch besaß, wurden immer mehr zu Ausgangspunkten ständiger Rebellionen, die den morschen Staat aufs tiefste erschütterten und der steten Gefahr auswärtiger Interventionen aussetzten.

Die türkische Regierung aber blieb in ihrem alten Schlendrian, tat nichts zur Abwendung der drohenden Gefahr. Der Staat schien zum Untergang verurteilt — da setzte die Revolution ein.

(Fortsetzung folgt.)

Ist populäre Philosophie möglich?

Von Alfred Pallens.

Als Marx noch Redakteur der »Rheinischen Zeitung« war, erörterte er in seinem Blatte wiederholt religiös-philosophische Fragen. Den Kritikern, die derartige Aufsätze in einer Tageszeitung für überflüssig hielten, erwiderte er, daß die Philosophie dazu das Recht haben müsse: »Weil jede wahre Philosophie die geistige Quintessenz ihrer Zeit ist, muß die Zeit kommen, wo die Philosophie nicht nur innerlich durch ihren Gehalt, sondern auch äußerlich durch ihre Erscheinung mit der wirklichen Welt ihrer Zeit in Berührung und Wechselwirkung tritt.« Damit wollte Marx sagen, daß philosophische Fragen vor der breitesten Öffentlichkeit be-

sprochen werden müssen, daß gerade die Masse der Zeitungsleser, die immerhin den intelligenteren Teil der Bevölkerung ausmacht, zu solchen Fragen Stellung nehmen muß, denn sonst ist eine praktische »Wechselwirkung«, also eine Beeinflussung des öffentlichen Lebens durch die neuen Erkenntnisse der Philosophie nicht denkbar. Nun ist die marxistische Lehre an sich keineswegs nur Nationalökonomie, sondern in so hervorragendem Maße zugleich Philosophie, daß man diese beiden Wissenschaften geradezu als die zwei gleichberechtigten Wurzeln des Marxismus zu bezeichnen berechtigt ist. Es ist bekannt, wie Marx daher bestrebt war, die Philosophie zu popularisieren, und wie vollends Engels auf dem gleichen Standpunkt stand, nannte er doch die Arbeiterschaft in den Schlusszeilen seines »Feuerbach« sogar die »Erben der klassischen deutschen Philosophie«, und gerade in seinem »Feuerbach« und »Anti-Dühring« war er bemüht, die philosophischen Elemente in der marxistischen Lehre sozusagen systematisierend darzulegen.

Noch viel deutlicher sprachen sich Feuerbach und besonders Büchner, der seinerzeit meistgelesene Vertreter des damaligen Materialismus, dafür aus, die Philosophie ins Volk zu tragen. In einem Briefe an den Mitarbeiter von Marx, Ruge, schrieb Feuerbach 1843: »Die Philosophie muß Eigentum der Menge, der Masse werden. Theoretisch ist, was nur erst in meinem Kopfe steckt; praktisch, was in vielen Köpfen spukt. Was viele Köpfe eint, macht Masse, macht sich breit und damit Platz in der Welt.« Und Büchner schrieb 1855 im Vorwort seiner Schrift »Kraft und Stoff«, nachdem er die Verschmähung einer besonderen philosophischen Kunstprache mit ihren schwerverständlichen Fachausdrücken begründete, wörtlich: »Es liegt in der Natur der Philosophie, daß sie geistiges Gemeingut sei. Philosophische Ausführungen, welche nicht von jedem Gebildeten begriffen werden können, verdienen nach unserer Ansicht nicht die Druckerschwärze, welche man darangewendet hat. Was klar gedacht ist, kann auch klar und ohne Umschweife gesagt werden.«

Ähnlicher Meinung sind neuere Sozialisten wie Max Adler, der in seinem »Wegweiser« (Studien zur Geistesgeschichte des Sozialismus) im Vorwort die »Gebildeten der Nation« der »Arbeiterklasse«, den »breitesten Massen des Volkes« gegenüberstellt und damit seine philosophischen Studien offenbar für die breite Masse veröffentlicht hat, was seine Bestätigung auf S. 236 findet, wo er offen erklärt: »Die Philosophie ist kraftlos, die nicht für die große Masse des Volkes besteht.«

Daß alle diese Popularisierungstendenzen einen unbedingt wahren Kern haben, erscheint nicht nur deswegen selbstverständlich, weil die Philosophie einen ganz wesentlichen Anteil am Inhalt der marxistischen Lehre hat, sondern auch aus demokratischen Gründen. Albert Lange, der Verfasser der »Geschichte des Materialismus«, der mit der oben angeführten Ansicht Büchners keineswegs unbedingt einverstanden ist, bemerkt: »Die demokratische Weltwende gibt keine Geheimnisse der Aufklärung und Denkfreiheit mehr zu und will den Massen auch die Früchte von dem zukommen lassen, was durch gemeinsame Arbeit der Menschheit gewonnen wurde.« Er denkt hierbei gerade an die Philosophie und spricht direkt die Forderung aus, daß es »entschieden an der Zeit ist, die sogenannte esoterische Lehrform (der Philosophie) endlich bis auf den letzten Rest zu vertilgen«, also jene Lehrform, die die Philosophie als förmliche Geheimwissenschaft be-

trachtet und fast krankhaft bemüht ist, sie vermittelst einer ausgesucht schwerverständlichen Darstellungsweise von der »breiten Masse« fernzuhalten.

Gerade in sozialistischen Kreisen dürfte es wohl keine Meinungsverschiedenheit darüber geben, daß mit Fleiß dahin gestrebt werden muß, die Philosophie »ins Volk« zu tragen. Besteht eine Möglichkeit, die Philosophie zu popularisieren, so muß ganz selbstverständlich alles getan werden, diese Möglichkeit in die Wirklichkeit umzusetzen. Wie weit man aber in der Tat von dieser »Selbstverständlichkeit« entfernt ist, dafür bietet gerade Max Adler, der doch mitten im praktischen Parteileben steht und der die begrenzte Ausnahmefähigkeit der breiten Masse, der Arbeiterschaft, besonders für Philosophie am besten kennen muß, ein sprechendes Beispiel. Die Philosophie kann nur auf dem Wege ins Volk dringen, daß sie in das Gewand einer verständlichen Sprache gekleidet wird. Meint nun Max Adler so verständlich geschrieben zu haben, wenn er in seinen Studien mit den schwierigsten philosophischen Fachausdrücken nur so um sich wirft? Meint er, daß Arbeiterleser seine Darstellung verstehen, wenn sie — um nur einiges herauszugreifen — auf Termini (Fachausdrücke) stoßen wie: Kategorien, Kriterium der Wissenschaft, noologische Grundlegung, noologische Frage, nezeffierter Wille, Teleologie der Geschichte, philosophischer Chiasmus, Koinzidenz zwischen Handlung und Pflicht usw.? Eine mit derartigen Termini belastete philosophische Darstellung ist nicht nur dem Arbeiterwissen, sondern selbst den meisten sogenannten Gebildeten schlechthin unverständlich. Warum also operiert ein Volksmann wie Max Adler mit derartigen Termini? Will er mit Absicht in so ausgesprochen esoterischer Form auftreten?

Jedenfalls ist das zu verneinen, denn man fühlt es bei allem, was er schreibt, heraus, wie er für das Volk, für sein Arbeiterpublikum zu schreiben bemüht ist, will er doch gerade in seinem Wegweiser so schwerverständliche Geistesgrößen wie Kant, Fichte usw. dem Volksverständnis näher bringen. Warum verwendet er also nicht an Stelle der unverständlichen philosophischen Termini deutsche Worte, also die sprachliche Übersetzung?

Geht man den von ihm benutzten Termini im einzelnen auf diesen Einwand hin nach, so kommt man zu der Feststellung, daß Adler für einzelne dieser Fachausdrücke ohne weiteres deutsche Begriffswörter hätte anwenden können. In solchen Fällen würde es sich also um eine unnötige »Fremdwörterei« handeln. In allen übrigen Fällen aber, und das sind die überwiegenden, handelt es sich um philosophische Fachausdrücke, die man mittelst einer »einfachen Übersetzung« nicht zu ersetzen vermag. Termini wie Teleologie, Kategorie (im philosophischen Sinne) und ähnliche lassen sich so ohne weiteres nicht mit einem Wort übersetzen. Sie bezeichnen meistens nicht einen einfachen Begriff, sondern es sind Schlagworte, die jedes für sich ein ganz bestimmtes kleines System genau begrenzter Begriffe umfassen. Es bedarf meistens einer oft recht umständlichen Erläuterung in einer Reihe von Sätzen, um ihren Inhalt dem Laien ganz klar zu machen. So müßte man eine umfangreiche Abhandlung schreiben, wollte man den grundlegenden und so oft gebrauchten kantischen Terminus „a priori“ reiflos erklären. Derselben Philosophen »Idealität des Raumes« und selbst der populäre »kategorische Imperativ« sind Begriffe, deren Erläuterung zu den allerschwierigsten Aufgaben der Philosophie gehört, wie das Simmel in seinen Kant-

vorlesungen so vortrefflich ausführt. Kennzeichnend ist der Versuch des Schellingschülers K. Chr. Fr. Krause, der die pantheistische Weltanschauung des Schellingschen Idealismus mit dem Begriff der »göttlichen Persönlichkeit« verbinden und zugleich eine »echt deutsche philosophische Terminologie« konstruieren wollte und für Gott »Wesen«, für Organismus »Gliedbau«, für göttlichen Organismus »Wesengliedbau« setzte. Mit dieser absurden un-deutschen Terminologie mußte er schmähsch scheitern.

So bleibt nichts anderes übrig, als zu erklären: Die vielfach verlangte sogenannte kurze, präzise, prägnante Übersetzung philosophischer Fachausdrücke ist ein Ding der Unmöglichkeit. Mit Recht sagt Alb. Lange in seiner Verurteilung des obengenannten Büchnerschen Ausspruchs: »Was man bisher Philosophie nannte, war niemals Gemeingut aller und konnte nicht von jedem Gebildeten' begriffen werden, wenigstens nicht ohne tiefe und eingehende Vorstudien. Die Systeme eines Heraklit, Aristoteles, Spinoza, Kant, Hegel erfordern die eingehendste Bemühung.«

Mit dem letzten Satze berührt Alb. Lange ein anderes Problem in unserer Frage. Unsere bisherigen Ausführungen behandelten die formale Seite der philosophischen Popularisierung. Mit dem Ausdruck »Vernünftigung« kommt Lange auf die zweite Schwierigkeit zu sprechen, die im inneren Wesen der philosophischen Sache liegt. Eine schlechtthin »populäre« Darstellung zum Beispiel der Kantischen Philosophie ist nicht denkbar. Er bezeichnet sie selbst als »transzendentalen Idealismus«. Ihn wirklich zu bemeistern, dazu gehört ein jahrelanges kopfschmerzhaftes Studium. Sehr richtig sagt Artur Buchenau in seiner Vorrede zu »Kants Lehre vom kategorischen Imperativ«: »Man sollte doch nie vergessen, daß es sich hier (das heißt bei der Kantischen Philosophie) um die Schöpfung eines der wenigen und seltenen Genies der Menschheit handelt, zu dessen Verständnis wahrhaft eigene, jahrelange und entsagungsvolle Arbeit gehört. Gewiß soll die Kantische Philosophie nicht nur einen Abschluß, sondern zugleich einen fruchtbaren Anfang bedeuten; damit ist aber nun nicht gesagt, daß jeder Doktorand nach einjährigem Studium der drei Kritiken auch bereits das Recht hätte, den Weisen von Königsberg zu schulmeistern.« Das sollten sich vor allem diejenigen Kritiker Kants in der sozialdemokratischen Partei gesagt sein lassen, die in dem bekannten Streit um »Kant und der Marxismus« Kant kurzerhand aburteilen. So einfach liegt die Sache doch nicht; gerade an Kants felsenartige Lehre kommt man auf populärem Wege nicht heran. Und mit den anderen philosophischen Systemen ist es nicht viel besser. Wo man versucht hat, solche Systeme zu popularisieren, das heißt sie so darzustellen, daß sie möglichst leicht in weitere Kreise hineindringen konnten, da gab es oft genug ein Fiasko. Es sei nur an Leibniz und seinen Popularisator Chr. Wolff erinnert; in Wolffs Popularisierungsversuch, so großen äußerlichen Erfolg er unbestreitbar hatte, ging der tiefste Gehalt der Leibnizschen Lehre verloren.

Zu den Schwierigkeiten, die sich nach der formalen und der realen Seite einer Popularisierung der Philosophie entgegenstellen, tritt als dritte ein Umstand, der ebenfalls nicht genügend gewürdigt wird, nämlich die wechselnde Bedeutung desselben philosophischen Terminus zu verschiedenen Zeiten und auch bei den verschiedenen Philosophen desselben Zeitalters: die Relativität der Begriffe. Die Kantische Terminologie zum Bei-

spiel unterstellt einer ganzen Reihe der von den Vorgängern seit Aristoteles übernommenen Begriffe eine wesentlich andere als die bisher übliche Bedeutung, was nicht wenig dazu beigetragen hat, daß er vielfach mißverstanden und darum irrtümlich befehdet wurde. Aber noch schlimmer ist es, wenn ein Philosoph denselben Begriff in schwankender Bedeutung gebraucht, wie das bei Büchner der Fall ist. Er verwendet zum Beispiel die Begriffe »Hypothese«, »Materialismus«, »Idealismus« in streng wissenschaftlichem Sinne oft geradezu falsch und willkürlich. »Hypothese« nennt er jede Art von ungerechtfertigten Annahmen; »Materialismus« steht bald in seinem geschichtlich richtigen Sinn, bald als gleichbedeutend mit »Realismus«, bald mit »Empirismus«; sein »Idealismus« ist oft fast identisch mit »Orthodoxie«, hat überhaupt bei ihm eine recht vage Fassung. Wie eine solche Handhabung der Terminologie den suchenden Anfänger verwirren muß, liegt auf der Hand.

So muß bedauerlicherweise die Frage »Ist populäre Philosophie möglich?« mit einem runden Nein beantwortet werden. Die Philosophie als Wissenschaft, als organisches Ganzes wird weiter nur Besitztum jener Köpfe werden können, die sich durch ein hartes spezifisches Studium in sie hineinzuarbeiten vermögen, die es fertig bekommen, die endlose Reihe ihrer Grundbegriffe klar zu erfassen. Soll damit das Schicksal der »Königin der Wissenschaften« für die breite Masse festgelegt sein? Soll sie weiter das engbegrenzte Dasein einer förmlichen Geheimwissenschaft führen müssen? Das wäre ein Verhängnis für die fernere Entwicklung des Marxismus, der in seinen Grundtiefen so eminent philosophisch ist. Die Sozialdemokratie darf sich mit dem hier gewonnenen negativen Resultat unter keinen Umständen zufrieden geben, denn aus ihren Massen ertönt tagtäglich der Schrei nach philosophischer Aufklärung. Es müssen Mittel und Wege gefunden werden, um weitere Kreise erfolgreich in die Philosophie einzuführen, um sie mit ihren wissenschaftlichen Elementen hinreichend vertraut zu machen. Ob es solche Mittel und Wege gibt und in welcher Weise sie anzuwenden sind, ist eine Frage für sich.

Arbeiterferien.

Von S. Prüll.

Nach dem in den letzten zwei Jahrzehnten beobachteten Verlauf der Meinungsumbildung in allen Gesellschaftsklassen über soziale Fragen dürfte kein halbes Menschenalter mehr vergehen, um Sommerferien auch für die (sehr oft scheinbar) nur physisch Arbeitenden allgemein als selbstverständlich anzusehen. Selbst wenn man die Frage lediglich vom Standpunkt der Chemnitzer Handelskammer betrachtet, muß man zur Bejahung von Ferien für alle körperlich Beschäftigten kommen. Als nämlich im Jahre 1905 die Bremer Handelskammer eine Umfrage bei den anderen Handelskammern im Reiche über die Notwendigkeit von Arbeiterferien vornahm, antwortete die Handelskammer Chemnitz wie folgt:

»... Im übrigen dürfte es auch viel zu weit gehen, Erholungsurlaub für Leute einzuführen, die nur körperlich tätig sind und unter die Gesundheit nicht schädigenden Verhältnissen arbeiten. Für Beamte, die geistig tätig sind und, wie es in vielen Geschäften noch vorkommt, angestrengt tätig sind und häufig Überstunden arbeiten müssen, erscheint die Erteilung von Erholungsurlaub gerechtfertigt. Für Arbeiter dagegen ist ein solcher Urlaub nicht erforderlich. Die Beschäftigung dieser Personen ist an sich eine gesunde. Eine geistige Anstrengung kommt nicht vor, auch von kör-

perlicher Überanstrengung kann man nicht reden. Soweit Handarbeit überhaupt noch zu leisten ist, erfolgt sie in einer Weise und in einem Tempo, die von einer Überanstrengung der Kräfte weit entfernt sind. Die sanitären Verhältnisse — Lüftung, Heizung, Beleuchtung, Trinkgelegenheit, schnelle Hilfe bei Unfällen usw. — sind wohl ausnahmsweise günstig. Die Arbeitszeit, die neuerdings in der Mehrzahl der Betriebe zur Einführung gelangt (von früh 7 Uhr bis mittags 12 Uhr und von 1 bis 6 Uhr nachmittags), ist zudem so bemessen, daß den Arbeitern völlig ausreichende Zeit zur Erholung und zur Bewegung im Freien bleibt.«

Die Ansicht des Handelskammergutachtens ist grundsätzlich falsch. Ein Arbeiter kann heute nicht ohne geistige Beweglichkeit und intensive geistige Anspannung an den modernen Maschinen tätig sein, ein gutes Produkt fertigstellen und seine Knochen ganz behalten. Unsere hochstehende Technik erfordert geistig hochstehende Menschen, und wir haben sie auch. Nicht zuletzt die Gewerkschaften haben an der Weiterbildung und geistigen Schulung unserer Arbeiterschaft hervorragenden Anteil.

Nun darf aber überhaupt die Gewährung von Ferien nicht lediglich von geistiger Anstrengung abhängig gemacht werden. Die Arbeiterschaft weiß, daß sowohl die Notwendigkeit als auch die Möglichkeit zur Gewährung von Ferien vorhanden ist. Und das wird auch von all denen zugegeben, die bei der Ferienfrage nicht Interessent sind wie die Arbeiterschaft oder — die Handelskammern. So schrieb Graf P o s a d o w s k y im Jahre 1912:¹

»... daß ich die Gewährung von Urlaub, wie er tatsächlich in manchen Betrieben schon besteht, für sehr erwünscht halte, besonders in allen gesundheitsgefährlichen Betrieben. Ich meine, auch der Arbeiter sollte einmal im Jahre ohne Lohnverlust seine tägliche Arbeit unterbrechen dürfen, um neue Lebens- und Arbeitskraft zu sammeln...«

Ähnlich äußerte sich auch Professor Dr. E. Franke (1912):¹

»Was nun meine persönliche Stellung zur Frage des Arbeiterurlaubs anbetrifft, so halte ich die Gewährung eines Urlaubs mit fortlaufender Lohnzahlung für alle gewerblichen Arbeiter, ebenso für die Privatangestellten für ein Gebot der Volksgesundheit und Menschlichkeit. Unbedingt notwendig ist Arbeiterurlaub in allen mit besonderen Gefahren und Beschwerden für Gesundheit und Leben verbundenen Betrieben. Aber auch wo diese Voraussetzung nicht zutrifft, macht die Hast des modernen Arbeitsbetriebs und des modernen Lebens eine zeitweilige Ausspannung notwendig. Der Verlust an Arbeitszeit und Arbeitslohn wird für den Unternehmer reichlich durch Erhöhung der Arbeitsfreude und körperliche Erfrischung wieder eingebracht.«

Desgleichen äußerte sich Professor Dr. Adolf Wagner¹ (1912) zur Ferienfrage:

»Prinzipiell scheint mir die Frage einer Berechtigung von Urlaubszeiten auch für Handarbeiter behaftet werden zu müssen. Die Entwicklung der modernen Technik macht die Gewährung solcher Urlaubszeit, anders ausgedrückt von 'Ferien' auch für solche Arbeiter ökonomisch immer mehr möglich und ist sie nur eine der Forderungen, deren Erfüllung erst die technische Entwicklung für große Volkskreise segensreich werden läßt.«

Ganz besondere Bedeutung besitzt das Gutachten der Ärzte, die in erster Linie ein sachgemäßes und sachmännisches Urteil in der Ferienfrage abzugeben in der Lage sind. So schrieb Dr. m. e. d. W. B a c k in der »Industriebeamtenzeitung« 1914, Nr. 26, S. 303:

»Der Wert des Urlaubs besteht in erster Linie darin, daß durch ihn die E r m ü d u n g s g i f f e, deren Reste sich im Laufe längerer Zeit im Körper ansammeln, ... vollkommen beseitigt werden. Weiter werden die K r a n k h e i t s a n l a g e n, mit denen jeder Mensch mehr oder minder behaftet ist, in ihrer Entwick-

¹ »Concordia«, XIX, S. 283.

lung hinfangehalten, wenn der Körper zeitweise in die Lage kommt, rein gesundheitsmäßig zu leben. Es ist außer allem Zweifel, daß bei einer einigermaßen vernünftigen Ausnutzung eines Urlaubs nicht nur der Körper des Menschen eine wesentliche Kräftigung erhält, sondern daß auch Gemüt und Geist eine nicht nur wertvolle, sondern notwendige Anregung erfahren, deren Folge jeweils ohne weiteres eine Erhöhung der Arbeitsfreudigkeit für den Beruf sein wird. Da diese Vorteile des Urlaubs zu einem großen Teil dem Arbeitgeber zugute kommen, so erscheint es angemessen, daß dieser auch die Vorbedingungen erfüllt, welche dem Arbeitnehmer gestatten, den Urlaub rationell auszunutzen. (Gewährung des Urlaubs zu einer passenden Jahreszeit und mindestens Weiterzahlung des Lohnes.)

Dr. med. Alfons Fischer (Karlsruhe) schreibt in »Krankheit und soziale Lage«, S. 798:

»Manche Arbeitgeber und vor allem die Versicherungsträger gewähren häufig Arbeitern und Beamten zur Wiederherstellung der Gesundheit und zur Verhütung der Invaliddität einen Erholungsurlaub. Hiermit sollte aber nicht gewartet werden, bis eine Erkrankung vorliegt. Im Hinblick auf die zahlreichen Gesundheitschädigungen, die mit der Ausübung fast jeder Berufsart verbunden sind, und in Anbetracht der Tatsache, daß die Arbeits- und Lebenskraft, namentlich bei der Arbeiterchaft, so frühzeitig verbraucht ist, müßten alle Erwerbstätigen jedes Jahr Ferien erhalten, um Körper und Geist zu erfrischen.«

Dr. med. Koelsch, Landesgewerbearzt in München, schreibt in einem Aufsatz über Arbeit und Tuberkulose im »Archiv für Sozialhygiene«, 6. Band, S. 317:

»Es soll ... ferner einmal im Jahre unter Fortbezug des Arbeitslohns eine zusammenhängende mehrtägige Urlaubszeit bewilligt werden. Wie kaum eine andere vermag diese Einrichtung die körperliche Spannkraft, die Leistungsfähigkeit und Widerstandsfähigkeit der Arbeiter zu erhalten, vorausgesetzt, daß diese Urlaubstage vollständig zur harmlosen Bewegung in der freien Natur ausgenutzt werden. Wohl stehen dieser Forderung gewichtige Bedenken gegenüber: zunächst die mißbräuchliche Verwendung des Urlaubs zu schwächenden Erzessen aller Art, welche eher das Gegenteil einer Erholung zur Folge haben dürften — dann die einschneidende finanzielle Bedeutung für die Unternehmer. Diesen Passivposten steht aber eine Summe von Einsparungen gegenüber: Kostenverminderungen für die Krankenkassen und Versicherungsanstalten, Erhaltung und Verlängerung der Arbeitskraft, des Verdienstes für sich und die Familie, also ganz bedeutende Ersparnisse des Nationalvermögens. Aus diesen Gründen — nicht zuletzt auch unter dem Gesichtspunkt der Tuberkulosebekämpfung — muß diese Frage mehr wie bisher in den Vordergrund gedrängt werden, ja es dürfte kaum den Intentionen der Sozialgesetz widersprechen, wenn ein derartiger mehrtägiger Urlaub für einen Teil unserer werktätigen Bevölkerung durch Zuschüsse der Krankenkassen und Versicherungsanstalten regelmäßig ermöglicht würde. Etwaigem Mißbrauch könnte wohl durch vorherige ärztliche Auslese und Kontrolle der 'Urlauber' entgegengetreten werden.«

Auch von einer ganzen Anzahl Gewerbeaufsichtsbeamten liegen Äußerungen über Berechtigung und Notwendigkeit von Arbeiterferien vor. In den Jahresberichten der preussischen Beamten für 1908 heißt es zum Beispiel auf S. 77:

»Manche Arbeitgeber vertreten den Standpunkt, daß der erholungsbedürftige Arbeiter jede geringfügige Erkältung und jedes sonstige kleine Leiden zum Anlaß zu nehmen pflege, um 'krank zu feiern', wie der technische Ausdruck lautet, so daß ein Bedürfnis zur Urlaubserteilung nicht vorliege. Ein entgegengesetzter Schluß dürfte größere Berechtigung haben; bei Gewährung von regelrechtem Urlaub dürfte das natürliche Erholungsbedürfnis des Arbeiters befriedigt werden und

keine Veranlassung mehr für ihn vorliegen, Krankheiten zu übertreiben und die Krankenkasse mit den Ausgaben für seinen Erholungsurlaub zu belasten.«

1908, S. 99: »Die Erfolge der Beurlaubung scheinen den Erwartungen vollauf entsprochen zu haben. Die wenn auch oft nur kurze Unterbrechung der unter eigenartigen Verhältnissen sich abspielenden großstädtischen Lebens- und Arbeitsweise übt auch auf den Arbeiter einen heilsamen Einfluß aus. Neben der gesundheitlichen Stärkung ist die geistige Auffrischung nicht hoch genug anzuschlagen. Das Leben unter veränderten Verhältnissen und der Verkehr mit anderen Menschen frischen die geistige Spannkraft auf und heben die Schaffensfreudigkeit. Nach Rückkehr vom Urlaub sind nach den Bekundungen der Arbeitgeber die Arbeiter nicht nur leistungsfähiger, sondern auch geistig reger und gehen ihrem Beruf freudiger nach...«

Für 1913 berichtete München von »erfreulichen Fortschritten, zum Teil unter tariflicher Regelung«, ebenso Zwickau, die Pfalz auch aus Kleinbetrieben. Der Gewerbeaufsichtsbeamte für Bremen hat über den Umfang des Sommerurlaubs durch Umfrage ermittelt, »daß von den dortigen Arbeitern die Gemeinde- und Staatsarbeiter sowie die Transportarbeiter in dieser Beziehung am günstigsten gestellt sind, indem von jeder der beiden Gruppen etwa 2000 Personen Urlaub erhalten. In erheblichem Abstand folgen die Brauerei- und Mühlenarbeiter sowie die Metallarbeiter mit etwa 1000 beziehungsweise 900, hierauf die Buchdrucker mit 380, die Fabrikarbeiter mit 95 und einige andere Berufe mit erheblich geringeren Zahlen«. In Hamburg hatte »eine große Anzahl gewerblicher Betriebe wiederum eine Urlaubsbewilligung von 3 bis 8 Tagen unter Fortzahlung des Lohnes eingeführt«, und zwar vielfach auf Grund der Arbeitsordnung. Auch aus Lothringen waren »in der Einrichtung des bezahlten Urlaubs weitere Fortschritte zu melden«.

1913, S. 327. Regierungsbezirk Lüneburg: Die Gewährung von Urlaub an Arbeiter macht weitere Fortschritte. Auch der 1913 abgeschlossene Tarifvertrag für das Bäckergewerbe in Harburg bestimmt, »daß den Gesellen, die ein, zwei oder drei Jahre bei demselben Meister in Arbeit stehen, drei, fünf oder sieben Tage Urlaub unter Fortzahlung des Lohnes und Zahlung einer Entschädigung für die entgangene Kost gewährt werden müssen«. In diesem Bezirk wie auf allen Seeschiffswerften bildete die Gewährung von Urlaub unter Fortzahlung des Lohnes einen Teil der Streikforderungen, ebenso beim Streik der Vergarbeiter in Larnowitz — freilich erfolglos, während in Köln eine Firma den Urlaub als Belohnung für Pünktlichkeit zu benutzen versuchte. Wie die Berichte der preussischen Bergbehörden für 1913 ergeben, wurde im Bergamtsbezirk Breslau, Halle, Klausthal, Dortmund, Dillenburg und Bonn in einigen Betrieben einer kleinen Anzahl Arbeiter Erholungsurlaub unter Fortzahlung des Lohnes gewährt, doch bemerkt der Beamte für Klausthal hierzu:

»Dieser erst wenige Jahre alte Brauch hat sich bisher auf den anderen Bergwerken trotz seiner günstigen Erfolge noch nicht eingebürgert.«

Die Jahresberichte der württembergischen Aufsichtsbeamten liefern gleichfalls einige markante Beiträge. So heißt es im Bericht für 1908 auf S. 165:

»Die gute Wirkung eines Sommerurlaubs für die Arbeiter tritt allerdings offenkundig zutage; in Fabriken, die diese Einrichtung schon längere Zeit getroffen haben, möchten weder Arbeitgeber noch Arbeitnehmer dieselbe mehr missen.« 1909, S. 118: »Wo Urlaub eingeführt ist, hat er nur gute Erfolge gehabt: gesundheitliche Stärkung, zugleich geistige Auffrischung, Erhöhung der Spannkraft und der Arbeitsfreudigkeit. Nach den mehrfach gepflogenen Besprechungen über diesen Gegenstand werden diese Vorteile von den Betriebsinhabern zwar nicht verkannt, die Durchführung des Urlaubs scheitert aber meist am Kostenpunkt.« 1910, S. 113:

»Die Einführung des bezahlten Urlaubs kommt erfreulicherweise mehr und mehr auf... Es kann wohl nicht geleugnet werden, daß der bezahlte Urlaub dem Arbeitgeber mehr oder weniger hohe Summen kostet, welche der scharf rechnende Kaufmann am Geschäftsgewinn in Abzug bringt; andererseits ist auch hervorzuheben, daß durch diese oder ähnliche Einrichtungen bei den Arbeitern die Arbeitsfreudigkeit und -tätigkeit gefördert und ohne Zweifel auch die Anhänglichkeit derselben an das Geschäft bewahrt wird, welche Werte dem Geschäft wieder zugute kommen. Ein Geschäft (Geschäftsbücherfabrik in Stuttgart), das den bezahlten Urlaub schon lange eingeführt hat, berechnet den Ausfall an Arbeit auf nur 50 Prozent seiner sonstigen Arbeit in dieser Zeit, weil die Arbeiter gegenseitig füreinander einstehen. Diese 50 Prozent Verlust werden später durch die höhere Arbeitsleistung nach dem Urlaub wieder ausgeglichen. Es dürfte bei den meisten Geschäften sich somit sehr fragen, ob nicht in letzter Stelle doch der Vorkeil dem Geschäft zuzurechnen ist.« 1913, S. 122: »Die Gewährung von Urlaub macht gute Fortschritte. Wo Urlaub eingeführt ist, hat er gute Erfolge gehabt.«

Ein bayerischer Gewerbeaufsichtsbeamter bemerkt im Jahresbericht für 1912 auf S. XXXII:

»Sehr erfreulich ist die zunehmende Gewährung von Urlaub an Arbeiter teils als Wirkung von Tarifvereinbarungen, teils als freiwillige Einrichtung von Arbeitgebern, die den günstigen Einfluß einer jährlichen Erholungszeit auf die Leistungsfähigkeit und Arbeitsfreudigkeit ihrer Arbeiter erkannt haben.«

Endlich ist im Elsaß-Lothringer Bericht für 1910 auf S. 90 gesagt:

»Eine größere Fabrik hatte bei dem Gewerbeaufsichtsbeamten angefragt, welche Erfahrungen mit der Urlaubserteilung gemacht worden seien. Die deshalb an die in Lothringen vorhandenen bezüglichen Staatsverwaltungen und an auswärtige Firmen gerichteten Anfragen und Nachforschungen ergaben, daß diese segensreiche, sozial versöhnende Einrichtung in Deutschland verhältnismäßig schon ziemlich verbreitet ist, auch in Großbetrieben, und daß der regelmäßige Urlaub das billigste, rationellste Mittel ist, um Arbeiter bei voller Leistung, Frische und Lebensfreudigkeit zu erhalten; es liegt im Interesse jedes Unternehmers, der Wert auf dauernde, tüchtige Arbeitskräfte legt.«

Selbst Unternehmer geben zu, daß die Notwendigkeit von Arbeiterferien gegeben sei. So sagt der Fabrikant Heinrich Freese in seinem Buche »Die konstitutionelle Fabrik« (Gustav Fischer, Jena 1909) auf S. 107:

»Es ist in den letzten Jahren in kaufmännischen oder Fabrikgeschäften immer mehr Sitte geworden, den Angestellten einen Sommerurlaub zu gewähren, und ich glaube, daß diese Einrichtung nicht nur den Angestellten, sondern auch dem Prinzipal nützt. In den Fabriken ist die Gewährung von Urlauben an die Arbeiter noch wenig verbreitet. Dabei machen sich die Nachteile eines unausgesetzten Aufenthalt in geschlossenen Räumen... bei diesen Personen gewiß nicht weniger geltend als bei den Beamten. Die Räume, in denen sich die Arbeiter aufhalten, sind häufig trotz aller dagegen getroffenen Vorkehrungen mit Staub und Rauch gefüllt. Auch für die Arbeiter ist eine Unterbrechung ihrer regelmäßigen anstrengenden Tätigkeit und eine kurze Ausspannung zur Erhaltung ihrer Gesundheit und Arbeitskraft oft nötiger als eine Lohnzulage...«

Der Zentralverband deutscher Industrieller hat im Jahre 1910 bei seinen Mitgliedern eine Rundfrage über Arbeiterferien veranstaltet. Das Ergebnis ist veröffentlicht in den »Verhandlungen, Mitteilungen und Berichten des Zentralverbandes deutscher Industrieller« (Septemberheft 1911, Nr. 123, S. 66). Die Schlussbemerkungen lauten:

»In Anbetracht dessen, daß die allermeisten Firmen, welche Urlaubseinrichtungen in irgendeiner Form getroffen haben, diese von einem gewissen Dienstalter und guter Führung abhängig machen, und mit Rücksicht darauf, daß die bis-

herigen Erfahrungen fast ohne Ausnahme als gut bezeichnet werden, scheint sich die Einführung eines regelmäßigen Jahresurlaubs unter Lohnfortzahlung als ein Mittel zu erweisen, die Geschäftsmachung der Arbeiter zu erleichtern, ihren häufigen Stellungswechsel zu beschränken und die Heranziehung eines Stammes von älteren bewährten Arbeitern zu ermöglichen.»

Wenn auch die Beweggründe des Zentralverbandes deutscher Industrieller für Urlaubsgewährung das selbstsüchtige Unternehmerinteresse deutlich zum Ausdruck bringen, so zeigen die Befürworter der Ferien doch, daß der frühere völlig ablehnende Standpunkt aufgegeben wurde.

Tatsächlich ist die Ferienfrage heute für alle Arbeiter eine recht aktuelle Angelegenheit, die bei fast allen Lohnarbeitsverträgen als dessen Bestandteil mit zur Verhandlung steht.

Für die Arbeiterschaft der Staatsbetriebe liegt die Urlaubsfrage wesentlich anders als für die Arbeiterschaft der Privatindustrie. Für erstere führt der Weg zu Ferien nur über die Verordnungs- oder Gesetzgebungsinstanzen oder über beide. Jedenfalls ein recht dorniger Weg! Inwieweit einzelne Staaten die Regelung des Arbeiter- und Angestelltenurlaubs in Angriff genommen haben, darüber unterrichtet das »Bulletin des Internationalen Arbeitsamts«. Wir lassen die betreffenden Mitteilungen hier folgen:

Deutschland. Erlaß des preussischen Ministers der öffentlichen Arbeiten vom 20. Dezember 1906.

»... Den Arbeitern des Betriebs- und Werkstätdendienstes kann bei guter Führung und zufriedenstellenden Leistungen ... alljährlich ein Erholungsurlaub bei Fortzahlung des Lohnes erteilt werden, der betragen darf: nach einer mindestens siebenjährigen Beschäftigung vier Tage, nach einer mindestens zehnjährigen Beschäftigung sechs Tage.

Ein Recht auf Urlaub besteht für die Arbeiter ebenso wenig, wie es den Beamten zusteht; Erholungsurlaub kann vielmehr nur erteilt werden, soweit dienstliche Rücksichten nicht entgegenstehen.»

Österreich. Gesetz vom 16. Januar 1910 über den Dienstvertrag der Handlungsgehilfen und anderer Dienstnehmer in ähnlichen Stellungen (Handlungsgehilfengesetz).

»§ 17. Wenn das Dienstverhältnis ununterbrochen bereits 6 Monate gedauert hat, ist dem Dienstnehmer in jedem Jahre ein ununterbrochener Urlaub in der Dauer von mindestens 10 Tagen zu gewähren. Hat das Dienstverhältnis ununterbrochen bereits 5 Jahre oder 15 Jahre gedauert, so beträgt der jährliche Urlaub mindestens 2, im letzteren Falle mindestens 3 Wochen.

Während des Urlaubs behält der Dienstnehmer den Anspruch auf seine Geldbezüge.»

Großbritannien und Irland.

Gesetz zur Konsolidierung der Ladenregelungsgesetze (vom 29. März 1912).

»Einem Gehilfen, der bei demselben Arbeitgeber während einer Periode von mindestens 26 aufeinanderfolgenden Wochen im Geschäftsbetrieb eines oder mehrerer Läden des Arbeitgebers beschäftigt gewesen ist, soll, solange er die Beschäftigung bei diesem Arbeitgeber fortsetzt, ein jährlicher Urlaub von wenigstens 7 aufeinanderfolgenden Tagen oder, wenn er während eines Zeitraums von mindestens 52 aufeinanderfolgenden Wochen in der vorgenannten Weise beschäftigt gewesen ist, ein jährlicher Urlaub von wenigstens 14 aufeinanderfolgenden Tagen gewährt werden.»

Lohnabzüge dürfen wegen des Urlaubs nicht gemacht werden, jedoch ist es gestattet, während des Urlaubs eines Ladenangestellten den anderen Angestellten den wöchentlichen Halbfeiertag zu verweigern. Das macht den Wert des Urlaubs wieder illusorisch.

Frankreich. Art. 140 des Finanzgesetzes vom 13. Juli 1911.

»Art. 140. Die Bestimmungen des Gesetzes vom 15. März 1910, wonach Lehrerinnen im Falle einer Niederkunft, abgesehen von dem im Erlaß vom 9. November 1883 vorgesehenen Krankheitsurlauben, einen zweimonatigen Urlaub mit vollständigem Gehaltsbezug bewilligt erhalten, gelten auch für das weibliche Personal des Post-, Telegraphen- und Telephonendienstes.«

Schweiz. Kanton Bern.

Gesetz, betreffend den Schutz von Arbeiterinnen. Vom Großen Rat angenommen am 21. November 1907, vom Volk angenommen am 23. Februar 1908.

»Art. 1. Alle dem eidgenössischen Fabrikgesetz nicht unterstellten gewerblichen Betriebe ... unterliegen den Bestimmungen dieses Gesetzes.

Art. 14. Jede Arbeiterin, die mehr als ein Jahr im gleichen Geschäft angestellt ist und die nicht Akkord- oder Stundenlohn bezieht, hat Anspruch auf 6 Tage zusammenhängende Ferien, die ihr vom Arbeitgeber wie gewöhnliche Arbeitstage anzurechnen und zu bezahlen sind, wenn sie nicht eine Anstellung oder Beschäftigung übernimmt, welche ihr Verdienst bringt.

Nach dem zweiten Jahre ihrer Anstellung sind ihr 8, nach dem dritten 10 und vom vierten Jahre an jährlich 12 Tage Ferien zu gewähren.«

Kanton Tessin.

Gesetz über die Feiertagsruhe in den technischen und Verwaltungsbüros der kaufmännischen oder industriellen Betriebe privater Natur (vom 15. Januar 1912).

»Art. 3. Jeder Angestellte hat ... das Recht auf jährlich 10 aufeinanderfolgende Ferientage, die er im Einvernehmen mit seinem Prinzipal zu wählen hat.«

Für die Arbeiter der Gemeindebetriebe ist in den letzten Jahren in steigendem Maße ein freilich meist noch zu kurzer bezahlter Urlaub durch die Gemeindeverwaltungen eingeführt worden, zum Beispiel in Berlin seit 1902 (nach fünfjährigem Dienst eine Woche), seit 1911 nach dreijähriger Dienstzeit 3 Tage, fünfjähriger 7 Tage und zehnjähriger 10 Tage.

Im großen ganzen aber ist das Ergebnis der Urlaubsgewährung überall noch recht unbefriedigend. Es ist daher Aufgabe unserer Vertreter in Reich, Staat und Gemeinde, auf allgemeine Einführung von bezahltem Urlaub für Arbeiter und Beamte zu drängen. Die Ferienfrage dürfte auch einen wichtigen Teil bei der Diskussion der Monopolfrage bilden, bei der selbstverständlich auch die Arbeiterverhältnisse zu regeln sind.

Literarische Rundschau.

J. S a s h a g e n, Umriss der Weltpolitik. Leipzig, Berlin, W. G. Teubner. I. 1871 bis 1907. VI und 140 Seiten. II. 138 Seiten. Gebestet 1,20 Mark, gebunden 1,50 Mark.

Wer eine kurze Darstellung der Weltpolitik seit der Gründung des Deutschen Reiches sucht, wird in den vorliegenden zwei Bändchen das Gewünschte finden. Alle wichtigen Ereignisse der diplomatischen Geschichte dieses Zeitraums werden verzeichnet. Wenn jemand die Dinge schon kennt, um die es sich hier handelt, und es ihm nur um die Zusammenfassung der Daten zu tun ist, dann kann ihm die Ausgabe empfohlen werden.

Wer dagegen sich über den Gang der Weltpolitik erst unterrichten will, der wird, wenn er sich auf die beiden Büchlein allein beschränkt, eine sehr schiefe Auffassung der Dinge erhalten.

Sashagens Darstellung ist von einer Subjektivität, um uns milde auszudrücken, deren Ungeniertheit keine Grenzen kennt. Dank dem geheimen Charakter der Diplomatie ist die diplomatische Geschichte der eigenen Zeit nicht viel besser bekannt

als etwa die Geschichte Ägyptens vor viertausend Jahren. Hier wie dort kommt man ohne Konjekturen und Hypothesen nicht aus. Das gibt einer jeden Geschichte der äußeren Politik der Staaten einen starken subjektiven Charakter. Um so notwendiger aber wird strengste Gewissenhaftigkeit, die bei allen Konjekturen und Hypothesen nur von feststehenden Tatsachen ausgeht. Hashagen aber stützt die kühnsten Hypothesen vielfach auf bloße Vermutungen, die er unbedenklich als erwiesene Tatsachen vorbringt.

So sagt er zum Beispiel (II, S. 124), der österreichische Thronfolger sei in Serajewo »im Einverständnis mit der serbischen Regierung ermordet worden«. Er bringt diese Beschuldigung nicht als Annahme vor, sondern als unbestrittene Tatsache.

Die österreichische Regierung selbst hat nichts Derartiges behauptet. In ihrer Note an die serbische Regierung vom 23. Juli 1914 erklärte sie bloß, die Untersuchung in Serajewo habe ergeben, daß serbische Offiziere und Beamte an der Vorbereitung des Attentats teilnahmen. Sie nannte zwei, den Major Tankositsch und den Staatsbahnbeamten Milan Eiganowitsch, deren Verhaftung sie forderte.

In gleicher Weise sprach sich die Denkschrift über »die großserbische Propaganda und ihre Zusammenhänge mit dem Serajewer Attentat« aus, die von der österreichischen Regierung am 25. Juli 1914 an die Großmächte versandt wurde.

Darauf wurde von serbischer Seite entgegnet:

»Die königliche Regierung war durch die Behauptung, daß Angehörige Serbiens an der Vorbereitung des in Serajewo verübten Attentats teilgenommen hätten, schmerzlich überrascht. . . . Den Wünschen der K. und K. Regierung entsprechend ist die königliche Regierung somit bereit, dem Gericht ohne Rücksicht auf Stellung und Rang jeden serbischen Staatsangehörigen zu übergeben, für dessen Teilnahme an dem Serajewer Verbrechen ihr Beweise geliefert werden sollten. . . .

Die königliche Regierung hat noch am Abend des Tages, an dem ihr die Note zukam, die Verhaftung des Majors Woylaw Tankositsch verfügt: Was aber den Milan Eiganowitsch anbelangt, der ein Angehöriger der österreichisch-ungarischen Monarchie ist und der bis zum 15. Juni als Aspirant bei der Eisenbahndirektion bedienstet war, so konnte dieser bisher nicht ausgeforscht werden, weshalb ein Steckbrief gegen ihn erlassen wurde.« (Note der serbischen Regierung vom 25. Juli 1914.)

Will Hashagen etwa den österreichischen Eisenbahnaspiranten in Belgrad mit der dortigen Regierung identifizieren?

Die weitere Aufklärung dieser Anklagen erstickte der Weltkrieg. Man kann also alle beliebigen Vermutungen hegen. Aber es ist ein starkes Stück für einen Mann der Wissenschaft, seine subjektive Vermutung als feststehende Tatsache hinzustellen.

Der Leser tut gut daran, Hashagen nur mit äußerster Vorsicht zu benutzen. K. K.

K. W e r b e l i s, Russisch-Litauen. Statistisch-ethnographische Betrachtungen. Stuttgart 1916, Verlagsbuchhandlung J. Schrader. VI und 108 Seiten mit 2 Karten.

Der Verfasser versucht, die Grenzen des litauischen Volksstammes, der in Rußland hauptsächlich das Gouvernement Kowno und angrenzende Teile der Gouvernements Kurland, Wilna, Grodno und Suwalki bewohnt, festzustellen. Es handelt sich um eine vorwiegend statistische Untersuchung. Eine recht fleißige Arbeit, die — ohne Absicht — deutlich macht, wie schwierig das Werk der »Bestimmung der Nationen« im einzelnen ist. Sprach- und Nationalitätenmischung mancherorts, Assimilation national-litauischer Volksteile an fremde Sprache und Art, andererseits litauische Sprachinseln in fremdem Sprachgebiet komplizieren die litauische Frage. Als Illustration zu den Ausführungen Kauskys in der Neuen Zeit (insbesondere zu S. 197 ff., 35. Jahrgang, 2. Band) ist das Büchlein beachtenswert. -etz-

Die Neue Zeit

Wochenschrift der Deutschen Sozialdemokratie

2. Band Nr. 16

Ausgegeben am 20. Juli 1917

35. Jahrgang

Nachdruck des Artikels nur mit Quellenangabe gestattet

Ein Gedenktag des wissenschaftlichen Sozialismus.

Von O. Jenßen.

Jedes Urteil wissenschaftlicher Kritik ist mir willkommen. Gegenüber den Vorurteilen der sogenannten öffentlichen Meinung, der ich nie Konzessionen gemacht habe, gilt mir nach wie vor der Wahlspruch des großen Florentiners:

Segui il tuo corso, e lascia dir le genti!

(Geh deinen Weg und laß die Leute reden!)

London, 25. Juli 1867.

Karl Marx.

Diese Schlusssätze im Vorwort zur ersten Auflage des ersten Bandes des »Kapital«, niedergeschrieben vor fünfzig Jahren, haben noch heute ihre volle Gültigkeit für alle Marxisten, die während des Weltkrieges nicht vor den Vorurteilen der öffentlichen Meinung kapitulierten. In Zeiten, wo man die allgemeinsten Wahrheiten marxistischer Theorie nicht beachtet und immer nur daran denkt, was die herrschenden Klassen »wollen« und nicht, was sie »müssen«, ist es bei der fünfzigsten Wiederkehr des Geburtstags des »Kapital« dringend notwendig, auf das theoretische Hauptwerk des Meisters hinzuweisen und an die grundlegenden Theorien zu erinnern, die in diesem ersten Bande entwickelt sind. Ohne die Wert- und Mehrwertlehre sind all die ökonomischen Fragen, die der Krieg uns stellt und die vor allem nach dem Kriege sich der kämpfenden Arbeiterklasse als brennende politische Probleme aufdrängen werden, gar nicht in ihrem Kern zu verstehen und noch weniger zu lösen. Das gilt von den besonderen gewerkschaftlichen Fragen in gleicher Weise wie von den politischen. Man lese heute einmal wieder die Abschnitte im ersten Band über den Lohn, über die Produktion des relativen und absoluten Mehrwerts, über die Methoden der Bourgeoisie zur Steigerung der Mehrwertrate, über die Bedeutung der Frauenarbeit bei diesem Prozeß, über die Verdrängung von Arbeitern durch Maschinen, über die Kompensationslehre usw. Man lese die Kapitel über Akkumulation, Konzentration und Zentralisation des Kapitals, über die Bedeutung des Akkumulationsfonds für die gesamte Entwicklung der kapitalistischen Produktion, über das wechselnde Verhältnis von variablem und konstantem Kapital, überall findet man die Grundform dargestellt und die Gesetze entwickelt, die zum Verständnis der heutigen Vorgänge in der Produktion unbedingt notwendig sind. Vieles hat sich in dem verfloßenen halben Jahrhundert gewandelt, die Industrie der sechziger Jahre erscheint uns heute zwerghaft, aber heute wie damals beherrscht das Wertgesetz die kapitalistische Produktion, und die Durchschnittsprofitrate setzt sich trotz aller Moralpredigten immer wieder durch, und heute wie damals ist trotz allem Kriegssozialismus der Wahlspruch aller Kapitalisten: »Akkumuliert, akkumuliert, das ist Moses und die Propheten!« Gerade die Einsicht in den ökonomischen

Mechanismus der kapitalistischen Warenproduktion läßt jenen ungeheuren Widerspruch zwischen ethischer Theorie und profitabler Praxis nur zu verständlich erscheinen, den alle Moralpredigten gegen Kriegswucher nicht aus der Welt schaffen können. Die Einsicht in die Entwicklungsgesetze des Kapitalismus bietet aber auch den Schlüssel, um die Gruppierung der Klassen zu verstehen und durch alle ideologischen Schleier hindurch klar zu erkennen, was man von den einzelnen Gruppen erwarten kann und worauf zu hoffen eine eitle Selbsttäuschung ist. Dieses Verzichten auf ökonomische Analyse, dieses Vergessen der als eitle Metaphysik und graue Theorie behandelten Marxschen Wertlehre und der sich aus ihr ergebenden Konsequenzen erklärt ja so manche literarische Äußerung und politische Handlung der ersten Kriegsjahre. Aber die wirtschaftliche Entwicklung hat gezeigt, daß es sich bei den Marxschen Gesetzen nicht um metaphysische Spielereien handelt, sondern nur um begriffliche Darstellung sehr realer wirtschaftlicher Kräfte. Es ist jetzt nicht unsere Aufgabe, mit der Vergangenheit abzurechnen, sondern es gilt, am heutigen Tage sich über die Zukunftsaufgabe des Marxismus klarzuwerden.

Neben der unerläßlichen dauernden Popularisierung der Marxschen Lehre, um sie immer wieder in geeigneter Form den Massen zugänglich zu machen, steht die politisch und wirtschaftlich gleich unabweisbare Pflicht, die im ersten Band entwickelten Theorien und nicht minder die Ergebnisse des zweiten und dritten Bandes des »Kapital« auf die heutigen Verhältnisse anzuwenden, zur Erklärung der Vorgänge während der Kriegswirtschaft und vor allem zur Erkenntnis der theoretischen Probleme und praktischen Aufgaben in der Übergangsperiode nach dem Kriege. Hierzu genügt es natürlich nicht, die marxistische Grunderkenntnis immer zu wiederholen, sondern es muß das reichhaltige Tatsachenmaterial studiert und methodisch bearbeitet werden, um die Veränderung der Produktionsfaktoren zu erkennen und die sich daraus ergebenden praktischen Folgerungen auf die verschiedensten Gebiete der praktischen Wirtschaftspolitik zu beziehen. Vor allem das schwierige Gebiet der Geldtheorie und Währungsfrage, der Preisbildung und Preisbeeinflussung kommt hier in Betracht und für den Gewerkschafter der Kampf um den Mehrwert, das heißt um den Lohn, um Arbeitszeit und Arbeitsintensität, der natürlich untrennbar verbunden ist mit der Kaufkraft des Geldes, mit dem Kampf um den Reallohn.

All diese Einzelfragen führen dann aber folgerichtig zur Erörterung der Grundlagen der kapitalistischen Produktion, zum Kampf um die Erschütterung ihrer Fundamente, zum sozialistischen Endziel.

Gerade bei der Fülle der Erscheinungen, bei der Mannigfaltigkeit der Aufgaben, bei der notwendigen Spezialisierung ist die verbindende Theorie, die Einheit der angewandten Begriffe notwendiger denn je, und es gilt, während und nach dem Kriege gerade im Interesse der proletarischen Praxis sich wieder auf die Marxsche Theorie zu besinnen, das »Kapital« zu studieren, die daraus geschöpften Erkenntnisse anzuwenden und die Lehre positiv fortzubilden, wie es zum Beispiel Rudolf Hilferding in seinem »Finanzkapital« tat. Es ist ja heute Mode geworden, mit Achselzucken über tiefgründige theoretische Forschungen zu lächeln und der grauen Theorie die lebensvolle Praxis des Tages entgegenzusetzen, aber das Schicksal so vieler Schlagworte des Krieges wie Mitteleuropa, Neuorientierung, Burgfrieden

und ähnliches sollte selbst jedem nachdenklichen Praktiker zeigen, wie kurzlebig derartige Tagesmeinungen sind. Marx schöpfte die im »Kapital« formulierten Erkenntnisse aus der Beobachtung des englischen Kapitalismus während mehrerer Jahrzehnte und zog die gesamte ökonomische Literatur seit dem Entstehen der politischen Ökonomie heran. Er entwickelte die besonderen Gesetze des Kapitalismus, die diesem eigentümlich sind im Unterschied von anderen Produktionsweisen, um die kapitalistischen Tendenzen rein darzustellen, und gab ein Mittel, seine Theorie auf die verschiedensten Verhältnisse in der konkreten Entwicklung dieser Produktionsweise anzuwenden. Das wichtigste war ihm immer die Methode, mit deren Hilfe er selbst Einzelergebnisse ergänzte oder berichtigte. Diese Methode gilt es auch heute wieder praktisch zu bewähren und mit ihrer Hilfe neues, umfangreiches Material zu bearbeiten und zu durchleuchten. Mehr noch als vor zehn Jahren gelten heute die Worte Otto Bauers, die er zum vierzigjährigen Jubiläum des ersten Bandes schrieb:¹

Wir — die »Dogmatiker« — haben es nicht gewagt, in die Geschichte unseres Volkes tätig einzugreifen, ehe wir nicht die theoretische Meinung, die dem praktischen Handeln zugrunde liegt, immer wieder nachgeprüft und zu dem ganzen Wissen unserer Zeit in Beziehung gesetzt hatten; aber was würde unsere ganze Erkenntnis fruchten, würden wir sie nun nicht umsetzen in tatkräftige praktische Arbeit für das theoretisch als richtig erwiesene Ziel? Wir können nicht mit knechtischer Gedankenlosigkeit jeden Rat befolgen, den Marx in einem anderen Lande zu anderer Zeit und unter anderen Verhältnissen der kämpfenden Arbeiterklasse gegeben hat; aber wir müssen Marx' Methode gebrauchen, um unsere besonderen praktischen Aufgaben in unserem Lande zu unserer Zeit zu begreifen. Wir haben das Bekenntnis zu Marx' Lehre in schwerem Kampfe uns selbst abgerungen; darum kann sie uns kein Schema sein, das uns beherrscht, sondern nur eine Methode, die wir beherrschen.

Wenn es uns Marxisten gelingt, diese Forschungsmethode in der theoretischen Ökonomie fruchtbar anzuwenden und die Ergebnisse unserer Forschungen in der praktischen Politik zur Geltung zu bringen, wenn wir unermüdet die durch den Krieg vielfach verwirrten Massen im Sinne Marx' Anschauungen zu beeinflussen suchen, um sie zu marxistischem Denken zu erziehen, wenn wir an Stelle der jetzt vielfach herrschenden ideologischen Politik, die vergeblich versucht, eine Synthese von Marx und Machiavelli zustande zu bringen, die auf historisch-materialistischer und wissenschaftlicher Analyse beruhende Politik durchsetzen, dann feiern wir würdig den fünfzigsten Jahrestag der Unterzeichnung der Vorrede zum ersten Band des »Kapital«, und dann handeln wir in jenem Geiste, den Marx in den Schlusssätzen jenes Vorworts formulierte, in jenem Geiste der Wissenschaftlichkeit, von dem nicht nur das »Kapital«, sondern das Gesamtwirken von Karl Marx und Friedrich Engels Zeugnis ablegen.

¹ Otto Bauer, Die Geschichte eines Buches, Neue Zeit, 26. Jahrgang, 1. Band, S. 32 ff. Dieser ausgezeichnete Artikel, der zum vierzigsten Jahrestag des Erscheinens des ersten Bandes des »Kapital« die geschichtlichen Wandlungen seiner Bedeutung skizziert, gibt auch eine glänzende Darstellung der Marxschen Methode. Er ist heute ebenso lesenswert wie zur Zeit seines Erscheinens. Ich verweise auf ihn, da heute eine eingehendere Würdigung des Jubiläums nicht möglich ist.

Osterreich und Serbien.

Von R. Kautsky.

(Fortsetzung.)

10. Die türkische Revolution.

Die Umwälzung in der Türkei steht sicher im Zusammenhang mit den Siegen, die Japan über Rußland in den Jahren 1904 und 1905 erfocht, wie mit der ihnen folgenden russischen Revolution. Japan zerstörte das Prestige des Europäers im Orient, wo er seit dem Verfall der Türkei als unbesiegbar gegolten hatte, in der mohammedanischen Welt, in Indien, in China. Die russische Revolution zerstörte im Orient das Prestige des Absolutismus, der dort als die natürliche Staatsform erschienen war.

Wie für China, Indien, Persien, Ägypten wurde damit auch für die Türkei ein mächtiger Anstoß gegeben. Doch war die Revolution, die er in der Türkei 1908 hervorrief, keine demokratische. Dazu fehlten alle Vorbedingungen. Ohne moderne Industrie, ohne modernes Verkehrs- und Schulwesen, entbehrte es aller Faktoren, die es ermöglicht hätten, größeren Volksmassen Interesse und Verständnis für die Staatspolitik beizubringen. Sie blieb das Privileg einer dünnen Oberschicht, und nur von dieser ging die Revolution aus. Sie war zunächst, wie alle Staatsumwälzungen in diesem Stadium der ökonomischen und politischen Entwicklung, wie die Staatsumwälzungen im alten byzantinischen Reich und im römischen Kaiserreich, wie die früheren Staatsumwälzungen in der Türkei selbst, nur eine Palast- und Soldatenrevolution. Aber sie fand doch in einem ganz anderen Gesamtzustand Europas statt wie ihre Vorgängerinnen.

Wie sehr sich die Beherrscher der Türkei auch gegen die Modernisierung ihres Staates sträuben mochten, sie hatten doch trachten müssen, die Werkzeuge ihrer äußeren Politik, Diplomatie und Armee einigermaßen denen der anderen Mächte ebenbürtig zu machen. Zu diesem Zwecke waren Offiziere und höhere Beamten ins Ausland gesandt worden, um dort zu studieren. Es waren oft nur Auserwählte — und nicht gerade die erhabendsten — der abendländischen Zivilisation, deren Kenntnis sie heimbrachten. Immerhin genügten sie, um in den Kreisen der Offiziere und Beamten eine Richtung aufkommen zu lassen, die den Staat in europäischem Sinne zu reformieren und zu verjüngen suchte: die Reform- oder Jungtürken. Von ihnen ging 1908 die Revolution aus, und so wurde sie nicht ein bloßer Wechsel der regierenden Personen. Sie verwandelte die Türkei in einen Staat mit modernen Formen, vor allem einem gewählten Parlament.

Freilich fehlte diesen Formen noch der Inhalt. Da in der Türkei noch nicht die Vorbedingungen für eine demokratische Revolution gegeben waren, so auch nicht die für ein parlamentarisches Regime. In den meisten Wahlbezirken konnte die Regierung den Ausfall der Wahlen nach ihrem Gutdünken lenken, und das bißchen Opposition, das trotzdem im Parlament auftauchen mochte, fand keinen Rückhalt in der Bevölkerung. So wichtig der Parlamentarismus dort wird, wo er in Verbindung steht mit starker Teilnahme der Massen an der Staatspolitik, so nichtig ist er dort, wo die Massen zu solcher Teilnahme weder fähig noch gewillt sind.

Trotzdem konnte die türkische Revolution ein Mittel werden, den Staat zu verjüngen, wenn sie dahin wirkte, modernen industriellen Kapitalismus,

modernes Verkehrswesen, modernes Schulwesen, die Sicherheit der Person und des Eigentums gegenüber legalen und illegalen Räubern zu schaffen und die unproduktiven Ausgaben des so armen Staates einzuschränken.

Diese Absicht besaßen die Reformen sicher. Aber die ersten Aufgaben, die sie sich zum Teil selbst setzten, teils ihnen durch die Verhältnisse gesetzt wurden, bestanden in der Verstärkung der Armee und in der Vermehrung des Aufwandes für sie, in der Ausdehnung der Militärpflicht, die bis dahin nur für die Mohammedaner gegolten hatte, auf die Christen; in der Beruhigung Mazedoniens, nicht durch Aufhebung der feudalen Ausbeutung, sondern durch rücksichtsloseste Anwendung militärischer Machtmittel, die bald auch gegen die Albanesen in Anwendung gebracht wurden. Dazu kamen vermehrte auswärtige Konflikte, verstärkte Rüstungen und schließlich eine Serie von Kriegen, die mit dem italienischen Einfall in Tripolis 1911 begann. Von da an hat in der Türkei der Kriegszustand praktisch nicht mehr aufgehört. Das waren nicht die Bedingungen, die ökonomische Entwicklung des Landes zu fördern.

11. Die Annexion Bosniens.

Der erste Konflikt, in den das jungtürkische Regime geriet, war der mit Osterreich. Ende Juli 1908 war die türkische Revolution ausgebrochen. Schon am 5. Oktober wurde sie von Osterreich damit beantwortet, daß es die ihm durch den Berliner Vertrag von 1878 zur bloßen Verwaltung überlassenen Länder Bosnien und Herzegowina für seinen Besitz erklärte.

Dieser unerwartete Schritt rief sofort die lebhaftesten Gegenäußerungen hervor sowohl der Türkei, die sich eines Landes beraubt fühlte, das ihr gehörte, wie Serbiens, das die Hoffnung nicht aufgegeben hatte, es einmal als Erbe der Türkei erlangen zu können. Die größte Erregung bemächtigte sich auch Bosniens selbst sowie Rußlands, das als Serbiens Schützer betrachtet sein wollte.

Schon am 9. Oktober protestierte die Pforte gegen die Annexion Bosniens. Die Türken verhängten den Boykott über österreichische Waren und führten ihn durch.

Gleichzeitig kam es in Belgrad zu lebhaften Demonstrationen gegen Osterreich. Ließ sich Rußland dazu hinreißen, der serbischen Entrüstung nachzugeben, dann bekamen wir damals schon den Weltkrieg.

Doch Rußland mahnte zum Frieden. Noch hatte es die furchtbare Niederlage des Japanischen Krieges nicht verwunden. Und es war nie sehr geneigt zu einem Angriffskrieg gegen einen starken Gegner.

Rußland ist strategisch stark in der Verteidigung wegen der Unwegsamkeit und Ausdehnung des Landes. Aber diese Vorteile verwandeln sich in Nachteile, wenn es einen Feind außerhalb des Landes angreifen will.

Nun sind der politische und der strategische Angriffskrieg sicher zwei sehr verschiedene Dinge, sie stehen aber in engem Zusammenhang miteinander.

Ein Staat kann wohl einen politischen Verteidigungskrieg in der Form eines strategischen Angriffskrieges führen. Auch wenn ich den Gegner zu nichts zwingen, nur seinen Zwang abwehren will, kann das am wirksamsten in der Form geschehen, daß ich den Krieg in sein Land trage, diesem die Hauptlast der Kriegführung aufbürde.

Aber das Umgekehrte ist schwer möglich: einen politischen Angriffskrieg in der Form eines planmäßig gewollten strategischen Verteidigungskriegs zu führen. Wenn ich von vornherein mir nicht die Kraft vertraue, den Gegner in seinem eigenen Lande zurückzudrängen, wie soll ich da die Kraft erlangen, ihn zur Annahme meiner Forderung zu zwingen?

Rußland hat daher politische Angriffskriege stets nur schwachen Gegnern gegenüber geführt. Gegen starke Gegner zog es die Waffen der Diplomatie vor. So wirkte es auch 1908 in Serbien beschwichtigend, als es sah, daß Österreich eventuell zum Krieg entschlossen sei. Die Türkei und Serbien mußten sich beugen. Im Februar 1909 verzichtete die Türkei gegen eine Entschädigung von 54 Millionen Kronen auf Bosnien. Serbien hatte sich direkt zu demütigen. Am 27. März verzichtete der Kronprinz Georg, der am lauteften den Kriegsruf erhoben hatte, auf die Thronfolge. Und am 31. März verstand sich unter dem Drucke Rußlands und Englands die serbische Regierung zu einer Erklärung an Österreich, in der sie die Annexion anerkannte und sich verpflichtete, die Richtung ihrer Politik gegenüber Österreich zu ändern.

So blieb damals der Weltfriede schließlich erhalten, der nur an einem Haare gehten hatte. Durch die Diplomaten konnten die Regierungen beruhigt werden, nicht aber die Völker. Die, wie wir schon gesehen, bereits große Erregung der Serben und Kroaten wurde nicht nur in Serbien, sondern auch in Österreich durch diese Ereignisse zur Glühbirne gesteigert, wozu sich in Kroatien noch der wachsende Gegensatz zu dem ungarischen Regiment gesellte, das immer mehr zu Gewaltmaßnahmen griff.

Am 3. April 1912 wurde in Kroatien der Banus Cuvaj zum königlichen Kommissar ernannt, die Tätigkeit des Landtags eingestellt, die Präventivzensur und hohe Kauttionen für die Presse eingeführt, das Versammlungsrecht aufgehoben, das ganze Polizeiwesen dem königlichen Kommissar untergeordnet, der mit einem Worte diktatorische Gewalt erhielt.

Ein Jahr später, 3. Mai 1913, folgte die Proklamierung des Ausnahmezustandes in Bosnien.

Das führte in jenen Gebieten, in deren Nachbarschaft noch die Blutrache herrscht und die Traditionen des bewaffneten Freiheitskampfes gegen die Türken lebendig sind, leicht zu bewaffneten Ausbrüchen. Aber es bezeugt die Schwäche der Bewegung, daß sie sich weniger in Massenerhebungen äußerte, obwohl auch solche versucht wurden, als in individuellen Attentaten.

Schon am 15. Juni 1910 versuchte der Serbe Bogdan Jerajitsch in Serajewo den Landeschef von Bosnien, den General Marian Varešanin, zu töten, dem die blutige Niederwerfung eines lokalen Aufstandes vorgeworfen wurde. Das Attentat mißlang. Der Attentäter soll Anarchist gewesen sein. Immerhin dürfte die allgemeine Aufregung zur Auslösung seiner Tat erheblich beigetragen haben. Die meisten Attentate wurden jedoch nicht in Bosnien verübt, sondern in dem ehemals so loyalen Kroatien; nicht in Serajewo, sondern in Ugram.

Am 8. Juni 1912 versuchte Lukas Jukitsch den Banus Cuvaj in Ugram zu töten. Dort folgte ihm am 18. August 1913 Stephan Dojtschitsch, der ein Attentat auf Cuvajs Nachfolger, den königlichen Kommissar Baron Skerlec, verübte. Gegen denselben richtete sich auch ein Anschlag, den am 20. Mai 1914 Jakob Schäfer im Ugramer Theater versuchte.

12. Die Balkankriege von 1912.

Inzwischen war aber auch die Diplomatie nicht müßig. Die russische suchte die Scharte wieder auszuweihen, die ihr Prestige auf dem Balkan durch das kampflose Zurückweichen vor Osterreich erlitten hatte. Und dies gelang ihr durch die Bildung des Balkanbundes, durch den sich Serbien, Montenegro, Bulgarien und Griechenland über eine gemeinsame Politik gegenüber der Türkei verständigten. Die mazedonische Frage sollte endgültig aus der Welt geschafft werden. Der Krieg, den Italien 1911 gegen die Türkei begonnen hatte, schien diese hinlänglich geschwächt zu haben, daß man das Spiel wagen konnte. Im Oktober 1912 schlugen die Balkanstaaten los.

Die Großmächte sehen die neue Gefährdung des Weltfriedens, die der Brand auf dem Balkan mit sich bringt, wissen aber zunächst nichts anderes zu fordern als die Aufrechterhaltung des Status quo. Doch die Balkanstaaten siegen erstaunlich schnell, und vor dieser Tatsache beugen sich die Diplomaten. Sie erkennen die neue Formel der Balkanstaaten an: der Balkan den Balkanvölkern. Diese Formel sichert den Frieden jedoch nur dann, wenn sie nicht als Aufforderung gedacht ist, sondern als Zugeständnis; nicht als Aufforderung, daß jedes Balkanvolk nun seinen nationalen Staat begründen solle, sondern als Zugeständnis, daß die Diplomatie Europas sich in die Neuordnung auf dem Balkan nicht einmischen, sie ganz den Balkanvölkern überlassen wolle. Also als Zusage der Nichtintervention.

So wurde jedoch die Formel nicht allgemein aufgefaßt. Weder Osterreich noch Italien verstanden sich zu dieser Auslegung. Hasbagen stellt Osterreichs damalige Haltung in folgender Weise dar:

Poincaré stellt das Ansinnen, daß gegenüber der weiteren Entwicklung der Balkanangelegenheit alle Mächte ihre völlige Uninteressiertheit erklären. Aber Graf Berchtold (der Fortsetzer der Politik des kurz vorher verstorbenen Lehrenthal) geht nicht in das aufgestellte Netz, sondern er zerreißt es. Mitten in einer Periode allgemeiner Versöhnungspolitik erinnert sich Osterreich seiner Pflicht gegen sich selbst. Berchtold steht nicht an, im Gegensatz zu der Poincaréschen Formel der Uninteressiertheit das Interesse Osterreich-Ungarns an der weiteren Entwicklung der Balkanangelegenheit scharf zu betonen. Das geschieht in einer Note an Deutschland vom 30. Oktober und in einer Rede über die »legitimen Interessen« Osterreich-Ungarns vor den Delegationen am 5. November. Außerdem verlangt Berchtold in der Note an Deutschland schon »Befriedigung berechtigter Wünsche Rumäniens« und die Fernhaltung Serbiens von der Adria... Seit dem 12. November entwickelt sich mit der Affäre des von den Serben vergewaltigten Osterreichisch-ungarischen Konsuls Prochaska ein weiterer peinlicher außerserbischer Streitfall. (Umriss der Weltpolitik, II, S. 112, 113.)

Die Tatsachen sind hier richtig wiedergegeben, die Beleuchtung allerdings spezifisch Hasbagenisch. So die Auffassung, die »allgemeine Versöhnungspolitik« und die Bekundung der Uninteressiertheit auf dem Balkan hätten ein »Netz« gebildet, das Osterreich zu zerreißen verpflichtet war. Und die Affäre Prochaska bildete allerdings einen sehr »peinlichen außerserbischen Streitfall«, der aber am peinlichsten wurde dadurch, daß sich hinterdrein der angeblich von den Serben »schwer verstümmelte« Konsul völlig gesund und munter in Osterreich einfand und die über ihn erzählten Räuber geschichten sich als bloße Erfindungen herausstellten.

Daß diese Affäre das Verhältnis zwischen Serbien und Osterreich nicht verbesserte, stimmt. Doch weit wichtiger war es, daß Osterreich sich dem Begehren Serbiens widersetzte, einen Hafen an der Adria, also Zugang zum Weltmeer zu erlangen, was für die serbische Volkswirtschaft mehr als je eine Lebensfrage geworden war. Hier drohte Europa abermals die Gefahr des Weltkriegs — wie nach der Annexion Bosniens.

Hören wir darüber wieder Hahagen:

Die folgenden Ereignisse zeigen jedoch, daß Osterreich-Ungarn trotz der mäßigen Einwirkung Deutschlands und trotz einer bulgarischen Vermittlungsaktion vom 11. November auf dem einmal eingenommenen Standpunkt verharrt. Gewiß hätte es die Serben an die Adria herankommen und damit den Dreiverband und besonders Rußland befriedigen können. Es hätte dann die damalige Hochspannung, die leicht in den Krieg hätte auslaufen können, durch Nachgiebigkeit aus dem Wege geräumt. Aber da es Serbien und Rußland kennt, läßt es jetzt nicht mehr mit sich paktieren, trifft vielmehr seit Mitte des Monats militärische Vorbereitungen.

Als einzigen Grund für diese Haltung Osterreichs führt Hahagen die Tatsache an, daß es »Serbien und Rußland kennt«. Nicht ganz klar ist es, was er mit dem Satze besagen will: Osterreich läßt »nicht mehr« mit sich paktieren. Er teilt nirgends mit, daß es vorher geneigt gewesen wäre, in der Adriafrage mit sich paktieren zu lassen.

Rußland und Serbien geben nach. Auch die Botschafterkonferenz der Großmächte, die seit dem 17. Dezember in London tagt, um eine Verständigung herbeizuführen, akzeptiert Osterreichs Forderungen: Fernhaltung Serbiens von der Adria und die Schaffung eines unabhängigen albanischen Nationalstaats.

Doch noch einmal droht die Gefahr des Weltkriegs. Der Kampf der Balkanmächte gegen die Türken geht während dieser Unterhandlungen weiter, wohl ziehen sich die Serben von der Adria zurück, aber die Montenegriener dringen gegen Skutari vor, das sie für sich verlangen.

Osterreich wendet sich nun gegen Montenegro, Rußland tritt für seinen alten Schützling ein, beide Staaten mobilisieren, doch abermals weicht Rußland zurück, und schließlich, im Mai, unterwirft sich auch Montenegro der Kriegsdrohung Osterreichs und räumt Skutari.

So kommt Europa noch einmal mit knapper Not um den Weltkrieg herum. Osterreich siegt auf der ganzen Linie, und mit ihm Italien, das ihm in dieser Krise zur Seite stand.

Beide fanden sich in der Forderung des albanesischen Nationalstaats. Der Nationalitätenstaat Osterreich trat da merkwürdigerweise als Verfechter der Idee des Nationalstaats auf. Unglücklicherweise in einem Falle, in dem die historischen Bedingungen des Nationalstaats fast gänzlich fehlen.

Auf der Grundlage der Gentilgesellschaft, ohne entwickelten Verkehr, ohne einigende Schriftsprache, ohne alle Organe der Staatsseinheit läßt sich ein Nationalstaat, läßt sich überhaupt ein moderner Staat nicht schaffen.

Man darf sich fragen, ob die albanesische Nation sich erhalten wird, ob sie nicht zu jenen »Völkerabfällen« gehört, von denen Marx-Engels 1849 schrieben, deren Sprachen zum Aussterben bestimmt sind, ebenso wie die auf gleicher Kulturstufe mit den heutigen Albanesen stehenden Wälen Hochschottlands oder die Basken und Bretonen. (In einem Artikel über »Die Wiederherstellung Serbiens« in Nr. 50 der »Glocke«, 2. Jahrgang, 2. Band,

bezeichnet Wendel die Albanesen bereits als »Völkerabfälle« im Sinne der »Neuen Rheinischen Zeitung« von 1849.)

Das Eindringen moderner Produktionsverhältnisse, die Entwicklung des Verkehrs, die Verbreitung des Lesens und Schreibens könnte die Albanesen zu einer modernen Nationalität erheben, aber als Folge jener Faktoren dürfte der Gebrauch der einheimischen Sprache eher durch die Schriftsprachen der höherstehenden Nachbarvölker zurückgedrängt als die albanesische Sprache zu einer Kultursprache erhoben werden. Das Völkchen der Albanesen ist ja klein, dürfte eine Million nicht viel übersteigen — eine Statistik gibt es bei ihnen noch nicht. Ein großer Teil von ihnen spricht heute schon fremde Sprachen, die Albanesen im Süden Griechisch, im Nordosten Serbisch, an der Küste vielfach Italienisch.

Wie immer sich die Zukunft der Albanesen gestalten mag, in der Gegenwart sind sie unfähig, einen Nationalstaat oder überhaupt einen selbständigen modernen Staat zu bilden. Das hat die spätere Pösse des albanesischen Fürstentums deutlich genug bewiesen.

Damit ist jedoch nicht gesagt, daß man die Albanesen einer Fremdherrschaft unterwerfen müsse. Ihre trotzigten Bergstämme haben ein glühendes Freiheitsbedürfnis, sie werden jeden Versuch mit aller Kraft abwehren, ihnen eine Herrschaft aufzubürden, sei es die eines Fremden oder eines Einheimischen. Und es ist ein Vorurteil unserer Zeit, als könne ein Gemeinwesen nur in der Form eines modernen Staates mit einer Zentralgewalt, Bureaucratie, einer stehenden Armee oder doch zum mindesten einem Gendarmeriekorps bestehen. Man überlasse die streitbaren Albanesen sich selbst, sichere sich vor ihren Räubereien und stelle das Weitere den Wirkungen des Verkehrs anheim, der sicher und unaufhaltsam zu ihnen vordringt.

Auch hier kann man die Formel gebrauchen: den Balkan den Balkanvölkern. Auch hier ist jede auswärtige Intervention vom Übel — wenn man bei der Gestaltung des albanesischen Gemeinwesens nur das Wohl der Albanesen selbst im Auge hat.

Darum handelte es sich jedoch zur Zeit des ersten Balkankriegs gar nicht. Serbien wollte albanesisches Gebiet an sich ziehen, um einen Ausgang zum Meere zu gewinnen; Osterreich und Italien wollten beide vereint Serbien daran hindern — nur in diesem negativen Ziel einig. Albanien sollte nach ihrem Willen ungeschmälert bleiben, weder Serbien noch Montenegro oder Griechenland sollten ein Stück davon bekommen, damit die volle Erbschaft dem späteren glücklichen Erben zufalle.

Serbien sah sich um sein wichtigstes Kriegsziel betrogen, dasjenige, durch dessen Erreichung es ökonomisch von Osterreich unabhängig geworden wäre und sich frei hätte entfalten können. Daß seine gesamte Bevölkerung über diese Enttäuschung von größtem Ingrimm erfaßt wurde, ist begreiflich. Aber die Art und Weise, in der sich Serbien nun auf Kosten Bulgariens schadlos zu halten suchte, kommt nicht auf das Konto seiner gesamten Bevölkerung, sondern bloß seiner herrschenden Klassen.

Die Vereinigung aller Serben in einem Staatswesen und dessen Vordringen ans Meer waren zwei Ziele, die im Einklang standen mit den Bedürfnissen der Gesamtbevölkerung, und die auch vereinbar waren mit den Grundsätzen der Demokratie, ja der Internationalität. Dagegen eine gewaltsame Ausdehnung Serbiens über von Serben bewohntes Gebiet hinaus, das

Bulgarien zugefallen war, bedeutete reine Machtpolitik, stand im Widerspruch zur Demokratie und lag einzig im Interesse der Beherrscher und Ausbeuter Serbiens.

In dieser Weise aber suchte Serbien seine »Revanche«. Was es an der Adria verloren, wollte es in Mazedonien gewinnen. Ebenso dachte Griechenland, daß vor Italien aus dem südlichen Albanien hatte zurückweichen müssen. Griechenland wie Serbien verlangten von Bulgarien Kompensationen. Und zu ihnen gesellte sich nun Rumänien.

Bulgarien lehnte jede Konzession ab, lehnte es auch ab, den russischen Zaren als Schiedsrichter fungieren zu lassen, wie im Bündnisvertrag bei Streiffällen der Verbündeten vorgesehen war, und so kam es zum zweiten Balkankrieg, dessen Feindseligkeiten begannen, kaum daß der erste zu Ende gegangen war. Am 30. Mai 1913 wurde der Präliminarfriede in London unterzeichnet, und bereits entspannen sich Konflikte zwischen griechischen und bulgarischen Truppen. Am 24. Juni kündigt Serbien den Vertrag mit Bulgarien, am 29. greift ein bulgarisches Heer das serbische an, am 11. Juli beginnen die Rumänen den Krieg, und schließlich erheben sich auch die Türken wieder gegen Bulgarien. Der Überzahl erliegt es rasch. Schon am 30. Juli beginnt die Friedenskonferenz in Bukarest, und am 10. August wird dort Frieden geschlossen.

Wie schnell zog damals noch die Wetterwolke des Krieges vorüber!

Es waren harte Bedingungen, zu denen Bulgarien sich verstehen mußte. Ein Friede der Vergewaltigung, nicht der Verständigung war es, der Bulgarien auferlegt wurde. Ein Friede, der keine Dauer versprach, der Bulgarien zum unverföhnlichen Feind Serbiens machte, das schon gerade genug mit der Feindschaft Österreichs zu tun hatte. Das sollte sich noch bitter rächen. Serbiens damalige Versündigung gegen den heiligen Geist der Demokratie erwies sich auch realpolitisch als einer jener Fehler, die schlimmer sind als ein Verbrechen.

Zunächst jedoch atmete alle Welt erleichtert auf, daß der Krieg zu Ende gekommen war, ohne größeres Unheil angerichtet zu haben. Alle Welt, mit einer Ausnahme.

Haschagen deutet das mit den geheimnisvollen Worten an:

Die in Aussicht genommene Revision (des Bukarester Friedens) kommt jedoch nicht zustande.

Es war Österreich, das den Friedensvertrag verwarf, weil er Serbien zu sehr begünstigte. Aber sein Protest fand diesmal bei seinen Bundesgenossen keine Unterstützung, weder bei Italien noch bei Deutschland.

13. Das Attentat von Serajewo und das österreichische Ultimatum.

Die Entrüstung über die auf dem Balkan neugeschaffene Situation hielt in den regierenden Kreisen Österreichs an. Serbien hatte seine Grenze bis an die Montenegro's vorgeschoben. Beide Staaten bildeten jetzt zusammen eine Barriere, die den Weg nach Saloniki von Bosnien aus verschloß. Diese Situation schien unerträglich zu sein. Daher jener Vorgang, über den Haschagen in folgender Weise Mitteilung macht:

Giolitti hat am 5. Dezember 1914 ein Schreiben San Giuliano's an ihn, Giolitti, vom 9. August 1913 mitgeteilt, wonach Österreich-Ungarn seine beiden Bundes-

genossen damals vergebens um die Genehmigung einer vorbeugenden Defensivaktion gegen Serbien ersucht hat.

Italien lehnte ab, weil es der »vorbeugenden« Aktion den Charakter der »Defensivaktion« absprach.

Die Reibungen zwischen Osterreich und Serbien aber nahmen ihren Fortgang und ebenso die inneren Konflikte in Kroatien und Bosnien. Welchen Höhegrad diese erreichten, bewies die Serie von Attentaten, von denen wir schon berichteten.

Ein Zeichen der tiefgehenden Erregung der leitenden Kreise Osterreichs waren die ununterbrochenen Verstärkungen der Armee. Ihre Friedensstärke wurde 1912 von 418 000 auf 516 000 Mann gesteigert, 1913 dann weiter auf 585 000 Mann. Das Marinebudget betrug 1910 84 Millionen Kronen, 1912 bereits 180 Millionen. (Nach den Angaben Leuthners auf dem Wiener Parteitag 1913, Protokoll, S. 199, 201.)

In dieser Atmosphäre erstand der Plan, große Manöver unter dem Thronfolger in Bosnien abzuhalten. Man erhoffte dadurch wohl das Großserbentum zu deprimieren, die loyalen Elemente zu ermuntern. In Wirklichkeit traf ein, was bei einer ähnlichen Gelegenheit 1882 in Triest eingetreten war: ein Attentat auf die Persönlichkeit, die als Verkörperung der österreichischen Politik galt. Aber das Attentat Oberdanks war vereitelt worden, die Tat Principis und Gabrinowitschs gelang nur zu gut.

Und Oberdanks Versuch fiel in eine Periode relativer Ruhe in Osterreich, der Mord von Serajewo in eine Zeit fiebrhafter Erregtheit. Der Funke, den Oberdank aufblitzen ließ, zündete nicht, er wurde leicht ausgehten. Der Funke von Serajewo fiel in ein Pulverfaß und brachte den Erdball zur Explosion.

Der Vergleich mit dem Fall Oberdank zeigt, daß diese Wirkung nicht eine notwendige Folge des Attentats überhaupt war, sondern eine Folge der historischen Situation, in der es sich ereignete.

Die Verhandlungen mit Serbien, die auf das Attentat folgten, wurden zum Teil von dem Grafen Forgach geführt, den wir schon als österreichischen Gesandten in Belgrad kennengelernt haben und der es seitdem zum Sektionschef im Ministerium des Außern in Wien gebracht hatte. Wenn der serbische Gesandte in Wien richtig informiert wurde, war Forgach der Verfasser der Anklage gegen Serbien und des Ultimatus, aus dem der Krieg hervorging.

Der Gesandte J. M. Jowanowitsch berichtet an Paschitsch, nachdem er Wien schon verlassen hatte, am 16. August 1914, daß der österreichische Minister des Außern, Graf Berchtold, in den Verhandlungen über die serbische Frage zeitweilig durch den Grafen Forgach vertreten wurde. Es heißt dort:

Der russische Botschafter, der in Abwesenheit des Grafen Berchtold mehrmals mit dem Grafen Forgach über diese Frage sprach, konnte die wahre Bedeutung der österreichisch-ungarischen Absichten nicht herausfinden.

Anderen Gesandten sei es ebenso gegangen, doch habe man sie annehmen lassen, der zu erwartende Schrift Osterreichs in Belgrad werde einen verständlichen Charakter tragen.

Trotz alledem wurde bekannt, daß im Ministerium des Außern an einer Note gearbeitet werde, in der die Anklagen gegen Serbien und die Forderungen Osterreichs

reich-Ungarns niedergelegt werden sollten. Diese Arbeit war dem Grafen Forgach, ehemaligem österreichisch-ungarischen Gesandten in Belgrad, anvertraut. Es herrschte allgemein die Überzeugung, daß über diese Frage von allen fremden Vertretern nur der deutsche Botschafter Herr v. Tschirschky auf dem laufenden erhalten wurde, und ich habe Grund zu der Annahme, daß er an der Note auch mitarbeitete. Wegen dieser beiden Faktoren stimmten die Vertreter der uns wohlgeneigten Mächte meiner Auffassung bei, daß diese Note sehr schwere Bedingungen für Serbien, nicht aber, daß sie solche Forderungen enthalte würde, die nicht annehmbar seien. (Serbisches Blaubuch zur Vorgeschichte des Krieges, deutsche Ausgabe, herausgegeben vom Auswärtigen Amt, Nr. 52.)

Die »Militärische Rundschau« in Wien schrieb damals:

Der Augenblick ist uns noch günstig. Wenn wir uns jetzt nicht für den Krieg entscheiden, wird der Krieg, den wir in spätestens zwei oder drei Jahren führen müssen, unter viel weniger günstigen Umständen begonnen werden. Gegenwärtig liegt die Initiative in unserer Hand: Rußland ist nicht bereit; die moralischen Faktoren und das gute Recht sind auf unserer Seite, ebenso die Kraft. Da wir doch eines Tages den Kampf werden annehmen müssen, so wollen wir ihn sogleich herbeiführen. Unser Ansehen, unsere Großmachstellung, unsere Ehre stehen auf dem Spiel. Ja noch mehr, denn wahrscheinlich würde es sich um unsere Existenz, um Sein oder Nichtsein handeln. (Zitiert in dem Bericht des französischen Botschafters in Wien vom 15. Juli 1914, französisches Gelbbuch zur Vorgeschichte des Krieges, deutsche Ausgabe, herausgegeben vom Auswärtigen Amt, Nr. 12.)

Nach weiteren Mitteilungen desselben Gelbbuchs wurde diese Auffassung allerdings nicht allgemein in Österreich geteilt. So heißt es dort unter Nr. 14 (20. Juli 1914):

Hier (in Wien) sowohl wie in Berlin gibt es gewisse Kreise, die sich mit dem Gedanken eines großen Konflikts befreundet haben, mit anderen Worten also mit einem Weltbrand. Der leitende Gedanke ist allem Anschein nach der, daß man los schlagen müsse, bevor Rußland mit der Vervollkommnung seiner Heereseinrichtungen und dem Ausbau seiner Eisenbahnen fertig sei und bevor Frankreich seine militärische Organisation durchgeführt habe. Aber hier besteht in den höheren Kreisen keine einheitliche Meinung darüber. Graf Berchtold und die Diplomaten möchten sich auf eine Operation gegen Serbien beschränken.

In der Tat behauptete auch die österreichische Regierung damals, ihr Konflikt mit Serbien sei eine rein lokale Angelegenheit, die die Welt nichts angehe.

Es würde den Rahmen der vorliegenden Darstellung überschreiten, zu schildern, wie trotzdem der Brand, der nach dem Wiener Programm nur ein lokales Feuerchen zu bleiben hatte, rasch lichterloh aufflammte und schließlich die ganze Welt in Flammen setzte. (Schluß folgt.)

Die inneren Gegensätze der russischen Revolution.

Von A. Stein.

(Schluß.)

II.

Die sozialistischen Parteien und der Petersburger Arbeiter- und Soldatenrat sträubten sich bis zum letzten Augenblick, in die Regierung einzutreten und die ganze Last der Verantwortung auf sich zu nehmen. Sie hielten es aber schließlich angesichts der ungeheuren Zuspitzung der Lage nicht

für angängig, an der bisherigen Taktik der bloßen Kontrolle der Regierung festzuhalten und den Dingen im übrigen ihren Lauf zu lassen. Das letztere erschien um so unmöglicher, als die Gefahr einer Diktatur und damit eines gewalttätigen Rückschlags in greifbare Nähe gerückt war. Erst kürzlich hat der linksliberale Eisenbahnminister Nekrassow, der schon dem ersten Kabinett angehörte, in Kiew erklärt, die provisorische Regierung hätte bereits »im Interesse der Kontinuität der Gewalt« die Schaffung einer persönlichen Diktatur ins Auge gefaßt. »Es waren sogar schon Kenner des Staatsrechts eingeladen worden, um der neuen Regierungsform in Gestalt einer Verfügung der provisorischen Regierung an den Senat die nötige Fassung zu verleihen. Es geschah aber ein Wunder.« Dieses »Wunder« bestand darin, daß die linksstehenden Liberalen, die sich von Miljukow und Guffschkow getrennt hatten, im letzten Augenblick Angst bekamen, ihre Diktatur könnte wie ein Kartenhaus zusammensinken, und es deshalb vorzogen, die Bedingungen des Arbeiter- und Soldatenrats anzunehmen und gemeinsam mit ihm die neue Regierung zu bilden. Die Regierung vollständig in seine Hand zu nehmen und ein rein sozialistisches Ministerium zu bilden, wie die »Bolschewiks« forderten, lehnte der Arbeiter- und Soldatenrat in seiner übergroßen Mehrheit ab, um die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Schichten der Bevölkerung nicht der Konterrevolution in die Arme zu treiben. »Die Demokratie hat ohnedies viele Feinde. Würde sie unnötigerweise sich noch neue Feinde schaffen, so würde sie Schiffbruch erleiden« — so schrieben die »Nachrichten des Arbeiter- und Soldatenrats« in den entscheidenden Tagen der Maikrise. Gleichzeitig zeigte sich aber der Arbeiter- und Soldatenrat nicht abgeneigt, nachdem die Vertreter der imperialistischen Richtung entfernt waren, seine Vertreter in die Regierung zu entsenden, wenn diese ein festumrissenes Aktionsprogramm akzeptieren würde.

Diese Bedingungen, die die provisorische Regierung schließlich annahm und in ihrer Deklaration vom 19. Mai in etwas abgeänderter Fassung wiedergab, hatte das Exekutivkomitee des Arbeiter- und Soldatenrats in folgender Erklärung zusammengefaßt:¹

Die in die provisorische Regierung eintretenden Vertreter des Arbeiter- und Soldatenrats stellen sich, neben der allgemeinen energischen Festigung der Freiheit, folgende Aufgaben:

1. Eine aktive äußere Politik, die sich offen als Ziel setzt, einen schleunigen Frieden auf der Grundlage der Selbstbestimmung der Völker ohne Annexionen und Kriegsschädigungen herbeizuführen und im besonderen Vorbereitungen zu Unterhandlungen mit den Verbündeten zu treffen zwecks Revision der Verträge auf dem Boden der Erklärung der provisorischen Regierung vom 9. April (die bekanntlich den Verzicht auf Annexionen und Kriegsschädigungen aussprach, A. S.).

2. Demokratisierung der Armee, Organisation und Befestigung ihrer Schlagfertigkeit und ihrer Fähigkeit zu defensiven und offensiven Handlungen zur Abwendung einer eventuellen Niederlage Russlands und seiner Verbündeten, die nicht nur eine Quelle der größten Leiden der Völker bilden, sondern auch den Abschluß eines allgemeinen Friedens auf der obenerwähnten Grundlage hinauszuziehen und unmöglich machen würde.

¹ Siehe »Nachrichten des Arbeiter- und Soldatenrats« (»Iswestija«) Nr. 59 vom 6./19. Mai 1917.

3. Kampf gegen die wirtschaftlichen Mißstände durch Einführung einer Kontrolle der Produktion, des Transports, des Austausches und der Verteilung der Erzeugnisse und nötigenfalls Organisation der Produktion.

4. Allseitiger Schutz der Arbeit.

5. Eine Agrarpolitik, die die Bodennutzung im Interesse der Volkswirtschaft regelt und den Übergang des Grund und Bodens in die Hände der Arbeitenden vorbereitet.

6. Umgestaltung des Finanzsystems auf demokratischer Grundlage zum Zweck der Übertragung der finanziellen Lasten auf die bestehenden Klassen (Besteuerung der Kriegsgewinne, Einkommensteuer usw.).

7. Einführung und Befestigung der demokratischen Selbstverwaltung.

8. Schleunige Einberufung der konstituierenden Versammlung in Petersburg.

Indem die in die Regierung eingetretenen Vertreter der Demokratie die dargelegten Verpflichtungen auf sich nehmen, erachten sie sich — bis zur Schaffung eines Allrussischen Arbeiter- und Soldatenrats — verantwortlich vor dem Petersburger Arbeiter- und Soldatenrat und verpflichten sich, ihm über alle ihre Handlungen Rechenschaft zu erstatten.

Das Verbleiben der Vertreter des Arbeiter- und Soldatenrats in der Regierung ist nur möglich bei energischer Verwirklichung des dargelegten Programms, und deshalb schafft schon ihre Beteiligung an der provisorischen Regierung die Voraussetzung, daß die revolutionäre Demokratie der neuen Regierung volles Vertrauen entgegenbringt und ihr die Fülle der Gewalt sichert, die für die Befestigung der Errungenschaften der Revolution und ihrer weiteren Entwicklung so notwendig ist.

Als Ergänzung zu diesem Programm des Arbeiter- und Soldatenrats, das die Grundlage der Mitarbeit der fünf sozialistischen Minister: Kerenki, Peshchonom, Skobelew, Tschernow und Zerebelli an der zweiten provisorischen Regierung bildet, sei noch die Erklärung hinzugefügt, die die Sektion für auswärtige Beziehungen des Exekutivkomitees des Arbeiter- und Soldatenrats, angesichts der Mißdeutungen seiner Politik in der Mehrheitspresse des Auslandes, am 13. Juni veröffentlicht hat:

1. Die sozialistischen Minister sind vom Arbeiter- und Soldatenrat in die revolutionäre provisorische Regierung mit dem bestimmten Mandat delegiert worden, durch Verständigung der Völker einen allgemeinen Frieden herbeizuführen, nicht aber den imperialistischen Krieg im Namen der Befreiung der Völker durch die Waffen in die Länge zu ziehen.

2. Der Ausgangspunkt der Teilnahme der Sozialisten an der revolutionären Regierung war nicht die Einstellung des Klassenkampfes, sondern im Gegenteil seine Fortführung mit Hilfe der Waffen der politischen Macht. Aus diesem Grunde war der Eintritt der Sozialisten in das Ministerium zur gemeinsamen Arbeit mit jenen Vertretern der bürgerlichen Parteien, die sich offen für die Politik der Weisdemokratie ausgesprochen hatten, erst möglich geworden, nachdem die Feinde des russischen Proletariats einestells nach der Peter-Pauls-Festung übergeführt, andernteils durch die Bewegung der revolutionären Massen Anfang Mai der Macht beraubt waren.

3. Die Teilnahme der russischen Sozialisten an der Regierung wurde verwirklicht unter voller Freiheit des Proletariats und der Armee. Diese Freiheit wird weder durch Belagerungszustand und Zensur, noch durch Einschränkung des Streikrechts und der Freiheit der Versammlungen und des Wortes auch nur im geringsten beeinträchtigt. Zudem verfügt das Proletariat Rußlands über Mittel zur unbeschränkten Kontrolle seiner Ausgewählten.

4. Der Eintritt der Vertreter des russischen sozialistischen Proletariats in die Regierung bedeutet keineswegs eine Lockerung der Bande, die es mit jenen So-

zialisten aller Länder vereinigt, die den Kampf gegen den Imperialismus führen. Vielmehr bedeutet er eine Festigung dieser Bande zum gemeinsamen Kampf für den allgemeinen Frieden.

Die leitenden Gesichtspunkte des Arbeiter- und Soldatenrats und seiner Vertreter in der Regierung sind demnach klar: Die Beteiligung an der Regierung bedeutet keine Preisgabe des Klassenkampfes, keine Übernahme bürgerlich-imperialistischer Kriegsziele, keinen Burgfrieden mit den Gegnern der revolutionären Umgestaltung des Landes, keine Einschränkung der sozialen und politischen Ziele, die die arbeitenden Klassen in der Revolution zu verwirklichen suchen. Vielmehr stellen die in die Regierung eingetretenen Sozialisten und die hinter ihnen stehenden und mit ihnen eng verbundenen revolutionären Körperschaften sich zur Aufgabe, durch Ausnutzung der Regierungsgewalt die inneren und äußeren Ziele der Revolution zu fördern, die Reaktion aus ihren letzten Schlupfwinkeln zu vertreiben und auf allen Gebieten des Staatslebens eine zur Aufrechterhaltung und Sicherung der Revolution erforderliche schöpferische Tätigkeit zu entfalten.

Die von links geforderte Diktatur des Proletariats und der proletarisierten Bauernschaft hat die Mehrheit der sozialistischen Parteien und die übergroße Mehrheit der Arbeiter- und Soldatenräte abgelehnt. Wie der Reichskongress der Arbeiter- und Soldatenräte nach mehrtägigen Debatten am 22. Juni ausdrücklich, gegen eine kleine Minderheit, feststellte, hätte der »Übergang der Gewalt in die Hände der Arbeiter- und Soldatenräte in der jetzigen Periode der russischen Revolution ihre Kräfte bedeutend geschwächt, indem er vorzeitig Elemente von ihr fortgeschleucht, die ihr noch dienen können, und die Revolution mit dem Zusammenbruch bedroht hätte«. Die Grundlage dieses Standpunktes ist in der bei der Mehrheit der Arbeiter- und Soldatenräte vorherrschenden Auffassung zu suchen, daß einerseits das Proletariat und die zu ihm haltenden Elemente unter den heutigen Verhältnissen nicht in der Lage sind, die ganze Last der Verantwortung auf sich zu nehmen und der ungeheuren Schwierigkeiten, die der Krieg und die wirtschaftliche Zerrüttung täglich schaffen, mittels der Diktatur Herr zu werden. Andererseits rechnet diese Auffassung damit, daß mindestens ein Teil der bürgerlichen Klassen an der Befestigung der Revolution interessiert ist. Diese Elemente, so erklären die Wortführer dieser Richtung, haben sich von den imperialistischen Zielen der Großbourgeoisie, wie Miljukow und Gutschkow sie vertreten, abgewendet und suchen ihr Heil in dem wirtschaftlichen und politischen Fortschritt im Innern. Die Diktatur einer kleinen Minderheit würde sie der Gegenrevolution in die Arme treiben. Aber eine Politik, die den Mißständen und der Anarchie im Innern steuern und die Errungenschaften der Revolution nach außen und nach innen hin sichern würde, könne darauf rechnen, mit Hilfe dieser Elemente und gestützt auf die reale Kraft der sich mehr und mehr organisierenden und besetzenden proletarischen Massen die kritische Zeit bis zum Zusammentreten der Konstituante durchzuhalten.

Objektiv kommt in dieser Politik, die die Politik der sozialistischen Minister und der Mehrheit der Arbeiter- und Soldatenräte ist, die Tatsache zur Geltung, daß der Block der sozialistischen Arbeiter und revolutionären Demokraten (Bauern, Soldaten, Intellektuellen) zu lavieren sucht zwischen dem Widerstand der Bourgeoisie einerseits und den von den Bolschewiks

geforderten kommunistischen Experimenten andererseits, die die unausbleibliche Folge der Diktatur der Arbeiter- und Soldatenräte sein würden. Dieselbe Taktik der »mittleren Linie« kommt auch in der nationalen Frage und in der äußeren Politik zur Geltung: das Selbstbestimmungsrecht der Nationen Rußlands wird anerkannt, und schon jetzt werden weitgehende Konzessionen in der Richtung der Autonomie der Finnländer, Ukrainer usw. gewährt, aber die separatistischen Bestrebungen einiger Nationen werden bekämpft, weil sie einerseits jetzt während des Krieges verhängnisvolle Wirkungen auslösen könnten, andererseits ohne Zustimmung der Konstituante die Quelle unübersehbarer innerer Kämpfe werden würden. Ebenso verhält es sich mit der äußeren Politik: dem Annexionismus und dem Bis-zum-Ende-Kämpfen in den verbündeten Ländern steht die revolutionäre russische Demokratie ebenso feindlich gegenüber wie dem russischen Imperialismus. Aber sie sieht sich — aus Furcht vor der Eventualität eines Sonderfriedens, der nach ihrer Ansicht nur die Einleitung zu einem neuen Abschnitt des Krieges bilden würde — nicht in der Lage, Schritte zu ergreifen, die den Bruch mit den verbündeten Regierungen nach sich ziehen würden; sie verlegt vielmehr den Schwerpunkt ihrer Friedensaktion auf die Beeinflussung der Regierungen und der Völker der verbündeten Staaten und auf den Appell an die Solidarität des internationalen Proletariats.

So zwiespältig diese Politik ist, so ist sie kein Erzeugnis angeblicher Inkonsequenz und Schwäche der Vollstrecker dieser Politik, sondern ein Produkt der tragischen Widersprüche, die das innere Leben und die äußere Politik des revolutionären Rußlands beherrschen. Vor die Aufgabe gestellt, die gewaltigste revolutionäre Umgestaltung aller Zeiten am Ausgang des dritten Jahres des furchtbarsten aller Kriege zu vollbringen, sieht sich die russische Demokratie heftigen Angriffen von rechts wie von links ausgesetzt. Noch wagen sich zwar die rechtsstehenden Parteien nicht offen hervor — offiziell gibt es jetzt, nach der siegreichen Revolution, überhaupt keine Partei in Rußland, die nicht demokratisch und republikanisch bis in die Knochen ist —, aber die erschreckten Spießer sammeln sich bereits unter dem grünen Banner der »Partei der Volksfreiheit«, der Partei Miljukows, die in hysterischer Wut nach »Ruhe und Ordnung« schreit und in den Spalten ihrer Presse täglich Schmutzkübel auf die Kämpfer der Revolution entleert. Nicht minder tätig sind die Vertreter des Kapitals und des großen Grundbesitzes, die sich durch die sozialpolitischen Forderungen der Arbeiter und Bauern in ihrem Profitinteresse bedroht sehen. Schon mehrten sich die Anzeichen, daß die Unternehmer, nachdem sie monatelang die Produktion sabotiert haben, eine Riesenausperrung vorbereiten. Ebenso deutlich tritt es zutage, daß die Kapitalisten die »Freiheitsanleihe« boykottieren und ihre Kapitalien nach dem Ausland überführen. Dieselbe Flucht vor den Anforderungen der neuen Zeit macht sich auf dem flachen Lande bemerkbar: aus Furcht vor der Enteignung des Grundbesitzes verkaufen oder verpfänden die Großgrundbesitzer ihre Ländereien an Ausländer; ebenso werden Bergwerke an ausländische Unternehmer und Banken verkauft. So mobilisiert das Kapital seine Kräfte gegen das Programm der revolutionären Demokratie; wenn es aber vorläufig noch nicht zu offenen Aktionen übergegangen ist und lediglich seinen Vertreter im Kabinett, den linksliberalen Handelsminister K o n o w a l o w, zum Austritt veranlaßt hat, so ist dies wohl nur dem Umstand zuzuschreiben,

daß die Demokratie in der Regierung selbst festen Fuß gefaßt hat und dem Mechanismus des bürgerlich-kapitalistischen Staates nicht mehr so machtlos gegenübersteht wie 1905.

Dieses Verhältnis läßt sich nicht bloß dem Kapital gegenüber konstatieren: es ist typisch für die wichtigsten Zweige der russischen Politik, für Heer und Marine ebenso wie für Landwirtschaft, Selbstverwaltung und äußere Politik. Überall können die Schlupfwinkel der Reaktion und Gegenrevolution aufgedeckt und ausgeräuchert werden, überall wird an die Stelle der Passivität, Unfruchtbarkeit und Sabotage der ersten provisorischen Regierung festes Zugreifen im Interesse der Revolution gesetzt. Von diesen Maßnahmen sei hier bloß auf die Demokratisierung der Armee, die Verabschiedung mißliebiger und verdächtiger höherer Militärs, auf die Säuberung der Verwaltung, die Durchführung der demokratischen Selbstverwaltung und auf die Vorbereitung radikaler wirtschaftspolitischer und finanzieller Maßnahmen hingewiesen. Freilich sind dieser Tätigkeit Grenzen gesetzt, die in den objektiven Verhältnissen wurzeln. Trotz aller heroischen Anstrengungen und der Unterstützung der demokratischen Verbände können die sozialistischen Minister nicht der wirtschaftlichen Zerrüttung und allen anderen Mißständen völlig steuern, die einerseits das Erbteil der zarischen Mißwirtschaft bilden, andererseits durch den Krieg heraufbeschworen sind. Und trotz der weitestgehenden Förderung der ökonomischen und sozialpolitischen Anforderungen der Arbeiter, trotz der völligen Billigung des Klassenkampfes müssen die sozialistischen Minister und die Arbeiter- und Soldatenräte der spontanen Bewegung des Proletariats, die mitunter über das Ziel hinauschießt, eine durch die Verhältnisse gebotene Selbstbeschränkung anempfehlen. Daß infolgedessen manche Mißstimmung in den weniger disziplinierten Arbeiterkreisen entsteht, ist um so begreiflicher, als eine derartige Stimmung durch die Agitation der Bolschewiks gefördert wird, die ihre Kampfmethoden und ihre Taktik aus der Zeit des Absolutismus ohne Einschränkung auf eine revolutionäre Situation übertragen und offenkundig auf den Sturz der Revolutionsregierung und auf die Diktatur des Proletariats hinarbeiten.

Birgt schon diese Situation eine ungeheure Tragik in sich, so wird sie noch verstärkt durch die Widersprüche, die die Fortsetzung des Krieges mit sich bringt. Bei aller Gegnerschaft gegen den Krieg, bei aller Abneigung gegen die auch bei der Entente wirkenden imperialistischen Kräfte sieht sich die russische Koalitionsregierung nicht in der Lage, offen mit der Entente zu brechen, da sie um jeden Preis die Gefahr eines Sonderfriedens mit den Mittelmächten vermeiden muß, der mit einer Gegenrevolution gleichbedeutend wäre. Daraus ergibt sich — ob die russische Regierung und die Arbeiterräte wollen oder nicht — eine Aufrechterhaltung der Solidarität in den Kriegshandlungen, wie sie beispielsweise bei der neuen russischen Offensive zum Ausdruck gekommen ist.

Als Teil des Zusammenpralls zweier Mächtekoalitionen entstanden, läßt sich der russische Krieg nicht aus dem Weltkrieg herausheben. Er kann nur beigelegt werden als Teil des Ganzen, im internationalen Maßstab. Und eng damit verknüpft ist auch das ganze Schicksal der russischen Revolution, deren große, gerade Linien sich mit jedem weiteren Kriegsmonat verzerrten und verwickeln. Bei allem Heroismus ihrer Kämpfer, die

der ungeheuren Schwierigkeiten ihrer Lage und der inneren Gegensätze der Revolution Herr zu werden suchen, besteht auch heute die Gefahr, an die die gesamte Internationale denken müßte: Wenn die Revolution den Krieg nicht föhrt, so föhrt der Krieg die russische Revolution!

Gustav Schmoller.

Von Adolf Braun.

Ein Meer von Lobsprüchen rauschte, als Gustav Schmoller starb. Viele trauern um ihn — ohne Zweifel mit Recht, denn auf Generationen von Staatsbeamten, vor allem von preußischen, hat er Einfluß geübt. Kaum ein akademischer Lehrer hat so stark seit Hegels und Stahls Tod auf die preußische Jugend und auch auf den preußischen Staat gewirkt wie Schmoller. Dabei war er ein Mann höchster Anpassung, für ihn galt das von Heinrich v. Treitschke auf die Berliner Universität geprägte Wort vom Leibregiment der Hohenzollern. Er war ein General, aber einer, der nicht selbst die Kriegspläne entwarf, dem man jedoch auch nicht die Kriegspläne auseinandersehen mußte, der instinktiv empfand, was die oberste Heeresleitung wollte. Sein großer Gegenfüßler in der Wirtschaftsgeschichte Georg v. Below hat ihn einmal gekennzeichnet als den »einflußreichen Politiker«. Auf diesem Gebiet sah Below die Bedeutung Schmollers, nicht als Gelehrten in der Nationalökonomie oder der Geschichte, noch dort, wo diese beiden Wissenschaften zusammenstoßen. Er hat freilich nicht direkt gewirkt, wenigstens trat er selten in die politische Arena. So damals, als er dem kolonialpolitischen Aktionskomitee präsiidierte, das in die Wahlen vom Jahre 1907 eingriff. Er führte den Vorsitz in der Versammlung vom 8. Januar 1907, in der alle Größen der Berliner Universität mit Herrn Dernburg zusammen über Reichstagsauflösung und Kolonialpolitik sprachen gegen Sozialdemokratie und Zentrum. Auch für Floffenvorlagen und Machtpolitik hat er sich in den Kampf begeben.

Mit der Sozialdemokratie stand Gustav Schmoller auf schlechtem Fuße. In wissenschaftlich bemerkenswerter Weise hat er sich mit ihr nie auseinandergesetzt, wenn er auch oft gegen sie schrieb und sprach und seine Abneigung gegen sie bei jeder Gelegenheit zum Ausdruck brachte. Der extremkonservative Below bemerkt in einer Besprechung von Schmollers Grundriß der allgemeinen Volkswirtschaftslehre: »Morgan lobte er aufs höchste; im wesentlichen nur eines tadelt er an ihm: seine sozialistischen Neigungen. Durch ein solches Verfahren«, so sagt Below, »kann man nicht die Sozialisten bekämpfen.« Schmoller hat viele Anregungen vom wissenschaftlichen Sozialismus erhalten, aber er hat sich ihm undankbar gezeigt, ähnlich wie Roscher. Für die Beeinflussung Schmollers durch den Sozialismus ist nichts bezeichnender als die Abhandlung eines Schülers von Schmoller, des Professors Walter Troeltsch in Marburg: »Das neuzeitliche territoriale Gewerwesen bis 1800« in der Festschrift, die Schmoller zum sebzigsten Geburtstag gewidmet wurde: »Die Entwicklung der deutschen Volkswirtschaftslehre im neunzehnten Jahrhundert.« Einige Sätze aus dieser Abhandlung:¹

¹ »Die Entwicklung der deutschen Volkswirtschaft usw.« Zweiter Teil, XXIV, S. 2 bis 4.

»Welche Wurzeln diese (gewerblichen) Betriebsysteme in der Vergangenheit hatten, wie sie im einzelnen entstanden und ehemals gewirkt haben, blieb in der ersten Hälfte jenes (des neunzehnten) Jahrhunderts überhaupt unerörtert. Die ersten Anschauungen finden sich, soweit zu sehen, im Kommunistischen Manifest von K. Marx und Fr. Engels (1847). Dieses epochemachende Dokument, von dem niemand nach seinem ganzen Zweck historische Treue erwartet, ist in mehrfacher Beziehung für uns von Interesse.« Nachdem die Bedeutung des Kommunistischen Manifestes dargelegt ist, heißt es dann weiter: »Im Kapital von Karl Marx wird das... in aller Schärfe und Deutlichkeit hervorgehoben, daß letzte Quelle der Entwicklung im Gewerbe der kapitalistische Erwerbstrieb, der eigentlich vorwärtsdrängende Faktor das Kapital gewesen sei. Eine Erkenntnis, die sich trotz ihrer Einseitigkeit für die Wissenschaft später als außerordentlich fruchtbar erwiesen hat.« »Jetzt (in den 1880er Jahren) beginnen die Gedankengänge von Marx auf die jüngere Gelehrten- und Lehrgeneration bewußt und unbewußt auch bei der Betrachtung der älteren Hausindustrie einzuwirken. Man wurde feinfühlig für die Struktur und soziale Bedeutung... Bahnbrecher für diese Untersuchungen war G. Schmoller.«

Hören wir nun, wie Schmoller nicht in einer politischen Versammlung, sondern beim Antritt des Rektorats der Berliner Universität am 15. Oktober 1897, also genau zehn Jahre bevor Troeltsch diese angeführten Sätze geschrieben hat, über Karl Marx urteilte:²

»Die ganze sozialistische Literatur hat kein Werk hervorgebracht, das seinem (Adam Smith) Werke vom Reichtum der Nationen zur Seite zu stellen wäre.« »Das Buch von Karl Marx über das Kapital wird von seinen Parteigängern auf dieselbe Stufe gestellt, aber nicht mit Recht.« »Die sozialistischen Theorien haben alle eine mehr utopistische Farbe, einen mehr pamphletartigen agitatorischen Charakter... Sie haben auch redlich mitgearbeitet an der empirischen Erkenntnis dieser Erscheinungen (der furchtbaren Mißstände und Mißbräuche innerhalb der modernen Volkswirtschaft), hauptsächlich der Nachseiten des sozialen Lebens, wiewohl das Zuverlässigste in dieser Richtung von anderen Kreisen geschaffen wurde. Die Sozialisten haben im Anschluß an die Geschichtsphilosophie der Zeit den großen Gedanken der Entwicklung in die Sozialwissenschaften eingeführt und haben damit begonnen, das historische Verständnis der wirtschaftlichen Epochen und ihrer Unterschiede zu begründen, aber sie haben bei der Darstellung dieser Unterschiede der Phantasie und der Leidenschaft so die Zügel schließen lassen, daß ihre Schriften nach dieser Seite vielfach den Boden der ersten Wissenschaft überhaupt verlassen. Sie... sind aber in Ermangelung genügender psychologischer und historischer Vorstudien mit dieser Tendenz der sogenannten materialistischen Geschichtstheorie zu so maßlosen Übertreibungen und Karikaturen gelangt, daß heute nur noch Parteisanatiker oder der Geschichtskennntnis bare Schwärmer der Theorie in der Form zustimmen können, wie sie Engels, Mehring und andere Epigonen von Marx formuliert haben.« »Und was ihre (Cassalles, Rodbertus' und Marx') nationalökonomische Begriffswelt, was das Rüstzeug ihrer Beweisführung, die beherrschenden Grundvorstellungen, von denen sie ausgehen, betrifft, so haben sie in dieser Beziehung gar nichts Neues geschaffen.« Dann wird die Wertlehre von Marx als eine »Umdeutung allbekannter Erscheinungen« bezeichnet, das Kapital »methodologisch ein Rückfall weit über Hegel bis zur Scholastik. Es ist durchaus ein Versuch mit untauglichem und unwissenschaftlichem Mittel.«

Man sieht, daß sich Schmoller hoch erhoben fühlt über den kleinen Marx, von dem er weit mehr angeregt wurde, als er es zugestehen wollte. Das

² Wechselnde Theorien und feststehende Wahrheiten im Gebiet der Staats- und Sozialwissenschaften und die heutige deutsche Volkswirtschaftslehre. Berlin 1897, S. 14 ff.

letzte große nationalökonomische Werk von Schmoller, das ihm wohl selbst als eine Zusammenfassung seines Lebenswerkes als Nationalökonom wie als Wirtschaftshistoriker erschien, ist sein »Grundriß der allgemeinen Volkswirtschaftslehre«. Am Ende einer 44 Seiten langen Besprechung schreibt Georg v. Below:³

Wollte man Schmollers Darstellung wirklich berichtigen, so müßte man ein doppelt so dickes Buch wie das, das er verfaßt hat, schreiben, denn gerade bei seiner weichen, unbestimmten Art ist das Korrigieren nicht einfach. Mein Zweck war, zu zeigen, von welcher Art sein vielgerühmtes »Historisches Material« ist. Die Quantität ist unbestreitbar. Der Fehler liegt jedoch in der Qualität. . . . Er hat seinen großen Ruhm — neben seiner mehr praktisch-politischen Agitation — namentlich dem Umstand zu verdanken, daß die Historiker Respekt vor dem Nationalökonom, die Nationalökonom vor dem Historiker haben zu müssen glaubten, es wirkt dann befreiend, wenn man sich klar macht, daß er eine spezifisch wissenschaftliche Kraft überhaupt nicht ist. In den Prinzipienfragen ist er nicht klar, in der Quellenbenützung willkürlich.

Auch aus dem angeführten Urteil über Karl Marx kann man neben dem Selbstbewußtsein auch die Unsicherheit Schmollers feststellen.⁴ Das Einerseits — Andererseits, das Schmollers Methode kennzeichnet, kommt da deutlich zum Ausdruck. Nur wenn es sich um spezifisch Preussisches handelte, wenn die Bedeutung der Hohenzollern klarzustellen war, dann gab es für ihn kein Einerseits und Andererseits, dann nur die Sprache der hohen Bewunderung und des tiefen Respektes wie der vollendeten Dankbarkeit.

Das führt uns auf den verhängnisvollen Abschnitt in Schmollers Leben, auf seine Berufung nach Berlin. Schmoller der Heilbronner war ein durchaus anderer Mann als Statistiker in Stuttgart, als junger Professor in Halle und in Straßburg und dann als Geheimrat in Berlin. Die Leistungen, die seinen wissenschaftlichen Ruhm begründeten, hat er vollbracht, bevor die Berliner Luft, in der er ein anderer wurde, ihre ungefunden Wirkungen auf ihn ausübte. Fleiß und Hingabe zeigte er auch in Berlin, aber keine wissenschaftliche Leistung der Berliner Zeit reicht an das früher Geschaffene heran.

Sicher kann man heute an seinem Buche »Zur Geschichte des deutschen Kleinhandwerkes« manches anders wünschen. Wenn er im Jahre 1870 noch von Gesellen und nicht von Gehilfen spricht, so mutet das eigenartig an. Aber für die Zeit seines Erscheinens war dieses Buch eine ganz außerordentliche Tat. Es stellte die Krisis des Handwerks dar als eine Folge der allgemeinen Veränderung der gesellschaftlich-wirtschaftlichen Verhältnisse, nicht als eine Nachwirkung der Aufhebung der Zunftrechte und der Innungen, »welche doch nichts für das Handwerk leisteten«. Diese Schrift war ein wichtiger Vorstoß gegen die Manchestertheorie, eine Durchdringung des statistischen Materials, zu der er durch die Ausarbeitung der im Dezember 1861 aufgenommenen württembergischen Gewerbebestatistik angeregt wurde. So kam er zu tiefen Erkenntnissen der wirtschaftlichen Bedingungen, und damit wandte er sich ab von der optimistischen Auffassung, daß in der Gewerbebefreiung an

³ Wirtschaftsgeschichte innerhalb der Nationalökonomie in der Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte. 5. Band 1907, S. 521 ff.

⁴ Vergl. auch Karl Kautsky, Schmoller über den Fortschritt der Arbeiterklasse. Neue Zeit XXII, 2, S. 228.

sich ausschließlich das Heilmittel für alle Ubelstände liege. In diesem Werke⁶ schildert er auch den Kampf des großen und kleinen Betriebs in einzelnen Gewerbebezügen, er kommt auf die Sozialdemokratie zu sprechen, über die er sich auch damals nicht gerade klar war, die er aber doch dem Verständnis seiner Leser näherzubringen suchte:

Aber ich habe nicht jene kleinliche Furcht vor jeder Maßregel, die irgendwie das bestehende Eigentum und seinen Wert berührt. Das Eigentum ist kein absolutes; der Wert des Eigentums ist immer mehr Folge der Gesellschaft als Verdienst des einzelnen; jeder einzelne ist der Gesellschaft und dem Staate so tausendfach verpflichtet, daß sein Eigentum nur denkbar ist mit weitgehenden Pflichten und Lasten gegen das Ganze.⁷

So schrieb damals — vor 1870 — Schmoller.

Es blüht aus dieser Schrift schon wie aus der 1875 erschienenen Streif-
schrift gegen Treitschke: »Über einige Grundfragen des Rechtes und der Volkswirtschaft«.⁷ Sie war eine der letzten Plänkelleien, die der Katheder-
sozialismus mit den Vertretern der bis dahin herrschenden Richtung der
Staatswissenschaften auszufechten hatte. In der »Nationalzeitung« vom
17. Dezember 1871 hatte H. B. Oppenheim diesen Spottnamen auf die deut-
schen Universitätsprofessoren geprägt, die im Gegensatz zu der Manchester-
theorie sozialpolitische Anschauungen vertraten. Schmoller war einer der
Vorkämpfer dieser Richtung, die ein ethisches Moment in die ökonomische
Betrachtung tragen wollte und die den Staat aufrief, in das wirtschaftliche
Betriebe einzugreifen im Interesse einer »maßvollen Fabrikgesetzgebung«
mit Fabrikinspektion und Ergänzung durch das Koalitionsrecht wie durch
Enquêtes über soziale Fragen; die staatliche Fürsorge für die Erziehung und
Bildung und für die Wohnungsverhältnisse der Arbeiterklasse verlangte.
Daneben wurden Aufsichtsamter für die Banken und Versicherungsanstalten
gefordert. Gneist, Rasse, Adolf Wagner, Brentano und Schmoller stellten
sich an die Spitze eines Kreises Gleichgesinnter und gründeten in der
ersten Oktoberwoche 1872 in Eisenach den Verein für Sozialpolitik, den nach
Rasses Tod Schmoller fast bis an sein Lebensende leitete. Eine Fülle von
Arbeiten, wenn auch sehr verschiedenen Wertes, vor allem bedeutsam als
Materialien- und Anschauungssammlung, ist in dieser langen Serie vereinigt.

Schmoller war gleich nach dem Kriege an die neugegründete Straßburger
Universität berufen worden. Dort wurde sein Ruhm gefestigt. Seine
Straßburger »Luther- und Weberzunft«,⁸ an der Stieda großen Anteil hatte,
seine Reden über »Straßburgs Blüte und die volkswirtschaftliche Revolution
im dreizehnten Jahrhundert«,⁹ dann »Straßburg zur Zeit der Zunftkämpfe
und die Reform seiner Verfassung und Verwaltung im fünfzehnten Jahr-

⁶ Zur Geschichte der deutschen Kleingewerbe im neunzehnten Jahrhundert. Sta-
tistische und nationalökonomische Untersuchungen von Gustav Schmoller. Halle 1870,
S. VI, 660 ff. und passim.

⁷ Kleingewerbe, a. a. O., S. 686 ff.

⁸ Ein offenes Sendschreiben an Herrn Professor Dr. Heinrich v. Treitschke,
Jena 1875, vorher erschienen im 24. und 25. Band der damals von Hildebrand her-
ausgegebenen Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik.

⁹ Urkunden und Darstellungen nebst Regesten und Glossar. Ein Beitrag zur
Geschichte der deutschen Weberei und des deutschen Gewerberechts vom dreizehnten
bis siebzehnten Jahrhundert. Straßburg 1879.

¹⁰ Straßburg 1874.

hundert«¹⁰ wirkten auf die wirtschaftsgeschichtliche Forschung sehr anregend. In Straßburg entstand sein Ruf, daß er der Begründer und das Haupt der historischen Schule der Nationalökonomie sei. Eine große Zahl begeisterter Schüler aus allen Ländern strömte ihm nun zu. Das Seminar, das er mit Knapp in Straßburg abhielt, wurde zum Vorbild für viele ähnliche Universitätseinrichtungen, wie leider auch seine pädagogischen Methoden, die zu dauerlicher Einseitigkeit führten. Er spezialisierte viel zu früh seine Studenten, er regte sie häufig zu Arbeiten an, die reiferes Alter, größere Vorkenntnisse und selbständiges Urteil voraussetzten. Nur zu häufig fehlte seinen Schülern, auch nachdem sie in Amt und Würden waren, die allgemeine nationalökonomische Durchbildung, obgleich sie mit einem dicken Buche, das sie geschrieben hatten, die Schulbank verlassen hatten. Schmoller nahm sich seiner Schüler stets an, er war eifrig um ihr Fortkommen und um ihr Ansehen bemüht, und das führte ihm immer neue Scharen von dankbaren Schülern und eifrigen Ruhmverkündern zu.

So war es begreiflich, daß, als Adolf Held am 25. Oktober 1880 im Thuner See erfrank, wenige Monate, nachdem er als Professor der Nationalökonomie von Bonn nach Berlin berufen war, die Aufforderung an Schmoller erging, neben Adolf Wagner und wohl auch bis zu einem gewissen Grade gegen Adolf Wagner, dessen Verbindung mit Stöckers Demagogie damals in Hofkreisen übel vermerkt wurde, Nationalökonomie in Berlin vorzutragen.

Höchste Ehren erntete Schmoller in Berlin. Fast gleichzeitig wurde er Mitglied der preußischen Akademie der Wissenschaften und Historiograph für brandenburgische Geschichte. Es gab bald keinen Mann, der preußischer war als Schmoller. Das wurde auch anerkannt durch seine Berufung in den Preussischen Staatsrat und in das Preussische Herrenhaus, er erhielt den Orden Pour le Mérite und wurde Erzellenz.

Viele seiner Leistungen sind seinem ganz außerordentlichen Fleiße zuzuschreiben. Fast sechs Spalten des Handwörterbuches für Staatswissenschaften füllen die Titel seiner Arbeiten bis zum Jahre 1910. Erst der Tod nahm ihm die Feder aus der Hand. Er war außerdem ein großer Anreger und ein Organisator geistiger Arbeit. Dafür zeugt das »Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft im Deutschen Reich«, das er aus seiner ursprünglichen Langweiligkeit zeitweise auf den Rang der ersten nationalökonomischen Zeitschrift Deutschlands brachte. In höherem Maße als bei den Schriften des Vereins für Sozialpolitik war er als Redakteur bei den »Staats- und sozialwissenschaftlichen Forschungen« beteiligt, die fast ausnahmslos von seinen Schülern verfaßt wurden. Auch an der Herausgabe der »Forschungen zur brandenburgischen und preussischen Geschichte« nahm er teil. In einer Reihe von Sammelwerken hatte er einige seiner kleinen Aufsätze vereinigt. Für die letzten Jahrzehnte seines Lebens war sein Interesse hauptsächlich gewidmet den „Acta Borussica“,¹¹ zu denen er selbst sehr viel beitrug. Die Werturteile Schmollers über die preussischen Hohenzollern sind sehr individuell; doch ist zuzugestehen, daß die zuerst hauptsächlich von Schmoller angeregten und geleiteten Untersuchungen eine neue Betrachtung

¹⁰ Straßburg 1875.

¹¹ Denkmäler der preussischen Staatsverwaltung im achtzehnten Jahrhundert. Herausgegeben von der Kgl. Akademie der Wissenschaften von Berlin.

tungsweise in die preußische Geschichte des achtzehnten Jahrhunderts brachten. Wie sehr Schmoller alles, was preußisch war, überschätzte, sei an einem Beispiel gezeigt, an der Bewertung der ersten statistischen Versuche unter Friedrich II. Von diesen sagt Schmoller, sie stellten »Preußen mit einem Schlage an die Seite der bedeutendsten Kulturstaaten, Englands und Frankreichs, welche eine Handelsstatistik bereits seit einem halben Jahrhundert besaßen«. Das sind Übertreibungen, wie sie Schmoller eigen waren, wenn er Preußens Ruhm verkündete. In dieser dithyrambischen Art sprach und schrieb er auch zu Bismarcks Gedächtnis oder wenn er in der Sammlung »Handels- und Machtpolitik« Flottenpropaganda trieb.

Neunundsiebzig Jahre ist Schmoller alt geworden. Im Jahre 1862 veröffentlichte der Vierundzwanzigjährige seine durchaus freihändlerische und manchesterliche Schrift »Der französische Handelsvertrag und seine Gegner«. Gewaltige und häufige Änderungen seiner Anschauungen sind während seines Lebens festzustellen.

Seine Leistungen wissenschaftlicher Art sind höher zu bewerten in der Frühzeit seines Wirkens — seine organisatorischen Leistungen, seine Wirksamkeit auf die Beamtenchaft und auf die Universitäten waren bedeutend größer in der zweiten Hälfte seines Lebens.

Trotz aller Ehren und Würden, trotz aller Respektbezeugungen erlebte er schwere Enttäuschungen an seinem Lebensabend, denn der Nachwuchs an den Universitäten stellte sich immer mehr gegen ihn, und die Untersuchungen des »Vereins für Sozialpolitik« über die mitteleuropäischen Probleme wichen in den Resultaten vollkommen ab von der Auffassung, die er in einem Nachwort zu dieser Gutachtensammlung veröffentlicht hat. Sein Glück war, daß er nicht empfunden zu haben scheint, wie sehr er sich überlebt hatte. Sein Ruhm war ein Ruhm der Jüngstvergangenheit. In der Geschichte der Nationalökonomie wird er als einer der einflussreichsten, aber der am wenigsten nachhaltig wirkenden Vertreter der politischen Ökonomie in Deutschland in der Zeit von 1870 bis 1910 geführt werden.

Notizen.

Frauenarbeit und Frauensterblichkeit. Krieg, Auswanderung und äußerst schnelle Entwicklung der Industrie hemmten im achtzehnten und hauptsächlich im neunzehnten Jahrhundert die Zunahme der erwachsenen männlichen Bevölkerung im Deutschen Reich, und die Folge war ein erheblicher Frauenüberschuß. Im zwanzigsten Jahrhundert beginnt dieser Überschuß zurückzugehen. Noch im Jahre 1890 wurden auf 1000 Personen männlichen Geschlechts 1040, 1900 noch 1032, 1910 nur noch 1026 Personen weiblichen Geschlechts gezählt.

Zunächst kam die Abnahme der Kinder-, insbesondere die Abnahme der Säuglingssterblichkeit den Knaben mehr als den Mädchen zugute. Den Beweis erbringt uns die Allgemeine Deutsche Sterbefafel, abgedruckt im Statistischen Jahrbuch für 1914. Sie zeigt, daß die Sterblichkeit der Knaben in dem Zeitraum von 1871/72 — 1880/81 bis 1901/10 im ersten Lebensjahr um 0,5, im zweiten um 0,2, im dritten um 0,3, im vierten bis fünfzehnten Lebensjahr je um 0,1 Prozent schneller abnahm als bei den gleichalterigen Mädchen.

Daneben wirkte die lange Friedenszeit und der Rückgang der Auswanderung in gleicher Richtung. Alle diese Tatsachen erklären jedoch nicht ganz die Tendenz der Bevölkerungsbewegung zum Geschlechterausgleich. Erst die immer weiter

um sich greifende Einbeziehung der Frauen in den Produktionsprozeß als Arbeiterinnen gab den Ausschlag.

Aus der Sterbetafel ist zu ersehen, daß die Sterblichkeit der Männer eine höhere war als die der gleichalterigen Frauen. Das ist die Folge der Erwerbsarbeit des Mannes, der dadurch größeren Gefahren und Anstrengungen ausgesetzt ist. Dies Verhältnis änderte sich langsam mit der Zunahme der Frauenarbeit. Die Sterblichkeit der Männer ging infolge des erkämpften Arbeiterschutzes langsam zurück, auch die der Frauen. Aber je mehr Frauen in den Produktionsprozeß einbezogen wurden, um so mehr verlangsamte sich der Sterblichkeitsrückgang der Frauen in den Altersklassen, die zur Fabrikarbeit in der Hauptsache herangezogen werden. Das bedeutet eine relative Zunahme der Frauensterblichkeit.

Die Allgemeine Deutsche Sterbetafel zeigt uns nämlich, daß im Zeitraum von 1871/72 — 1880/81 bis 1901/10 die Sterblichkeit der männlichen Bevölkerung im 25. Lebensjahr um 0,4, im 30. um 0,5, im 35. um 0,3 und im 40. um 0,1 Prozent schneller zurückging als die der weiblichen Bevölkerung.

Bekanntlich pflegten die Frauen in der Zeit vor dem Kriege gewöhnlich im Alter von etwa 40 bis 45 Jahren die Fabrikarbeit aufzugeben, nämlich dann, wenn die Kinder erwachsen waren, den Haushalt unterstützten oder doch den Eltern nicht mehr zur Last fielen. Nach dem 40. Lebensjahr geht denn auch plötzlich die Frauensterblichkeit schneller zurück als die des Mannes. Die Frau wurde eben weder so lange noch so intensiv in den Produktionsprozeß, in das Erwerbsleben einbezogen als der Mann, auch genoß sie einen größeren Schutz als der Mann. Die Folge blieb ein höheres Durchschnittsalter der Frau.

Der Krieg hat allmählich die Verhältnisse von Grund aus gewandelt, eine erhebliche Zunahme der Frauenarbeit unter gleichzeitiger Aufhebung des Arbeiterinnenschutzes und unter Erhöhung der Arbeitsleistungen der arbeitenden Frauen gebracht. Am 1. März 1917 standen in 5713 betrieblichen Krankenkassen bereits 3 973 457 versicherungspflichtige Frauen 3 962 625 versicherungspflichtigen Männern gegenüber (Reichsarbeitsblatt, 1917). Die Folge muß selbstverständlich eine Zunahme der Frauensterblichkeit sein.

Gegenüber der Zeit vor dem Kriege hat sich jetzt das Zahlenverhältnis des weiblichen Geschlechts zum männlichen wieder erheblich verschoben. Während 1913 auf 1000 männliche Personen nur 1024 weibliche kamen, kommen jetzt auf dieselbe Zahl etwa 1065, auf 1000 Männer vom 17. bis 47. Jahre kommen sogar etwa 1100 Frauen (Studiengesellschaft für soziale Kriegsfolgen, Heft 3, Bevölkerungsbewegung).

Eine der Kriegsfolgen wird eine erhöhte Frauensterblichkeit sein! Eine Abnahme der Frauenarbeit in erheblichem Umfang ist nach dem Kriege kaum zu erwarten, da sich viele Betriebe schon auf die billigere Frauenarbeit eingerichtet haben und viele Frauen infolge Nichtwiederkehr des Mannes, andere wegen fehlender Aussicht zur Verheiratung gezwungen sein werden, ihr Brot selbst zu verdienen.

Verbesserungen des Arbeiterinnenschutzes werden kaum großen Wandel in der Frauensterblichkeit schaffen, insbesondere so lange nicht, als die Frauen auch den Berufen der Schwerarbeiter angehören werden, deren Strapazen der Frauenkörper nicht gewachsen ist. Das zeigt uns schon eine Krankenkassenstatistik aus der Tuchindustrie, wo die Frauen nicht die schwersten Arbeiten verrichten. Im Jahre 1913 waren bei der Vereinigten Ortskrankenkasse zu Kottbus 2299 weibliche Tuchfabrikarbeiter versichert. Von ihnen wurden unter anderen bei Erwerbsunfähigkeit wegen folgender Krankheiten ärztlich behandelt: Wegen Frauenkrankheiten 84, Bleichsucht und Blutarmut 60, Magen- und Darmstörungen 65, Rachen-, Nasen-, Hals-erkrankungen 40, Luftröhren- und Lungenkatarrh 41, Lungentuberkulose 14, Herzkrankheiten 31, Neurasthenie 20, Neuralgie 11.

A. F.

Die Neue Zeit

Wochenschrift der Deutschen Sozialdemokratie

2. Band Nr. 17

Ausgegeben am 27. Juli 1917

35. Jahrgang

Nachdruck der Artikel nur mit Quellenangabe gestattet

Allerhand Imperative.

Von August Erdmann.

Jüngst hat jemand versucht, dem Weltkrieg, seinen Ursachen, seinen Kräften und seinen Lehren wissenschaftlich auf die Spur zu kommen. Er betitelt das Buch, worin er diesen Versuch unternimmt: »Die siegende Kraft im Welthandel« und gibt ihm den Untertitel: »Ein Blick in die Zukunft für Kaufleute und Techniker«. Der Verfasser ist F. E. Stahl (Charlottenburg). Wie er im Vorwort bemerkt, stützen sich die in seinem Buche niedergelegten Gedanken auf das wirtschaftliche Grundgesetz der Mechanik, wonach die Natur bestrebt ist, alle ihre Vorgänge mit dem möglichst geringen Aufwand an Energie zu vollziehen. Diesem Grundgesetz, ausgedehnt auf die menschlichen Handlungen, entspreche der energetische Imperativ Ostwalds: Vergeude keine Energie, verwerfe sie! — eine Formel, die, bewußt befolgt, das beschleunigen helfe, worauf es im wirtschaftlichen (besser gesagt kapitalistischen) Leben immer mehr ankommen werde: aus unserer Arbeit den entsprechend höchsten in Geld zu messenden Wert zu erhalten. Daneben bleibe allerdings die Sorge um die Erfüllung moralischer Bedürfnisse bestehen, ohne welche der Mensch sich ein gemeinschaftliches Leben nicht vorstellen könne. Als solche Forderungen nennt Stahl den delphischen Imperativ: Erkenne dich selbst! und den von Kant aufgestellten kategorischen Imperativ: Handle so, daß die Maximen deines Willens jederzeit zugleich als Prinzip einer allgemeinen Gesetzgebung gelten können! Die Richtigkeit dieser beiden moralischen Imperative werde von den meisten Menschen nicht bestritten. Aber von der Erkenntnis zur Tat zu schreiten scheine ihnen äußerst schwer zu sein. Anders, wenn für sie ein materieller Vorteil daraus zu erwarten sei, und da sei es der energetische Imperativ, der hier einigend, anregend und belebend wirke. Denn ohne daß man sich selber erkenne und ohne daß man auch auf das Recht der anderen Rücksicht nehme, sei ein möglichst ergiebiges Befolgen des energetischen Imperativs gar nicht denkbar. Auf Grund dieser Voraussetzungen versucht Stahl die Ursachen, Wirkungen und Lehren dieses Krieges nach ihrer wirtschaftlichen und moralischen Seite zu ergründen, wobei er versichert, daß er sich dabei möglichst wenig vom Gemüt beeinflussen lassen werde, weil dieses das Befolgen des delphischen Imperativs ganz, des kategorischen teilweise irreführen könne.

Der Verfasser ist seines Zeichens Hüttendirektor, also ein Mann des praktischen Lebens. Er verheißt uns in einer Frage, die in des Wortes umfassendster Bedeutung die ganze Welt bewegt, auf Grund der Tatsachen der Erfahrung, der Wissenschaft Aufklärung nach der wirtschaftlichen und moralischen Seite mit dem erhabenen Zwecke, die Zukunft der Menschheit zu

erkennen und sicherzustellen. Sehen wir zu, wie Felix Stahl diese weitläufige und verwickelte Aufgabe anpackt und zur Lösung bringt.

Im ersten Abschnitt seines Buches, betitelt: »Der Warenaustausch als Quelle des Hasses der Völker gegen die Deutschen« (zuerst veröffentlicht in den Preussischen Jahrbüchern, 159. Band, 2. Heft) geht Stahl davon aus, daß kein Volk, das zurzeit im Kriege liegt, diesen in seiner Mehrtheit gewollt hat. Es müssen also die Regierungen den Anstoß dazu gegeben haben — eine Auffassung, der man beipflichten wird. Stahl macht nun einen Unterschied zwischen den Regierungen. Die wahren Ursachen des Krieges, meint er, werde man so bald nicht erfahren, aber »wir sehen so viel, daß die Regierungen der uns feindlich gesinnten Länder untereinander in Verträge verstrickt waren, deren Unrecht unser deutsches Volk deshalb am besten zu durchschauen vermag, weil wir sowohl von der aufrichtigen Friedensliebe unserer Regierung wie der unseres Volkes durchdrungen waren«. Wie konnte nun, so fragt Stahl weiter, der Wille der Regierungen »in friedliebenden Völkern den Haß gegen uns so entflammen, daß sie diesen Willen gutheißen und mit ihrem Blute dafür einstehen?« Wie konnten ferner »fast alle nichtgermanischen Völker diesen Haß kundbar teilen oder doch wenigstens gleichgültig zusehen, wie sich eine Überzahl bemüht, uns abzuwürgen?« Hier die Antwort:

Mitten im Frieden von allen Seiten angegriffen, ist der gemeinsame Wille des deutschen Volkes und seiner Regierung zum Kriege zu selbstverständlich, als daß ihn Worte begründen müßten. Unser Gefühl gibt uns volles Vertrauen zu dem Verstand unserer Regierung und führt uns täglich neue Beweise vor, wie vorbauend sie tätig war. Wir freuten uns über des deutschen Volkes einiges Erheben und fühlten die Kraft des Rechtes, das wir nun mit dem Schwerte bis zum letzten Hauche durchzusetzen bereit sind. Ganz anders bei unseren Feinden. Gefühl und Verstand haben zwar auch das Volk unserer Feinde einen Krieg nicht wünschen lassen. Nichts ahnend ist es auch aus der Arbeit von den Regierungen zum Kriege gerufen worden. Weil ihn aber nur diese wollten, mußten andere Mittel als bei uns angewandt werden, um auch im Volke den Willen zum Kriege zu entfachen. Gefühl und Verstand der Völker unterdrückend, wandten sich die uns feindlichen Regierungen ausschließlich an das Gemüt deshalb, weil es die größte und heute noch am leichtesten zu bewegende Kraft im Menschen ist. Sie benutzten dazu als bequemstes Mittel die Lüge. Wundern wir uns nicht, wenn diese immer ungeheuerlicher und verzerrter wird, denn die Natur der Lüge erfordert, daß sie stetig wachsen muß, soll sie sich gegen die Tatsache behaupten. Die Dauer ihres Wirkens hängt ab vom Verstand des Volkes. Niemals könnte bei dem großen Wissen, der Gründlichkeit des in seiner Natur ehrlichen deutschen Volkes diesem ein solches Maß von Lügen aufgenötigt werden.

Das sind nicht etwa Sätze, die sich überzeugend als Schlussfolgerungen aus uns vorgeführten Tatsachen ergeben oder durch die weiteren Ausführungen als richtig nachgewiesen werden, sondern es nimmt sie Stahl von vornherein als gegeben und unzweifelhaft an. Aber sie sprechen doch nur für die gute Gesinnung des Verfassers, um so weniger dagegen für seine Wissenschaftlichkeit, die er für seine Aufgabe in Anspruch nimmt und die er deshalb auch für politische Fragen von solcher Bedeutung nicht außer acht lassen sollte. Wer uns den delphischen, den kategorischen, den energetischen Imperativ als den Maßstab für unser Verhalten in Gegenwart und Zukunft anpreist, der sollte diesen Maßstab doch nicht beiseite legen, wenn es sich um

die für Gegenwart und Zukunft so wichtige Frage wie die Ursache und den Anlaß des Krieges und den Anteil der verschiedenen Regierungen daran handelt. Vertrauen zur eigenen Regierung ziert den national gesinnten Mann hüben wie drüben, ebenso wie das Mißtrauen gegen die Regierungen im feindlichen Lager. Aber es ist nicht anzunehmen, daß ein solches pflichtmäßiges Vertrauen der Selbsterkenntnis dient, am allerwenigsten entspricht es dem wissenschaftlichen Programm, das Stahl sich im Vorwort seines Buches setzt und das mit den Worten schließt: »Nur frei vom irreführenden Gemüt läßt sich der Zweck dieser Arbeit erreichen: die Tatsachen und damit die Zukunft möglichst klar zu erkennen.«

Es mag mit diesem Hinweis hier sein Bewenden haben, denn es werden sich im weiteren Verlauf genügend ähnliche Proben für die merkwürdige Art von Wissenschaftlichkeit ergeben, die diese Schrift über den Weltkrieg auszeichnet. Hören wir zunächst Felig Stahl weiter. Bei den gegnerischen Ländern ist, wie ihm als ausgemacht gilt, der Boden zur Aufnahme von Lügen besonders geeignet. Aber das allein genüge doch nicht, den so plötzlich sich äußernden Haß aller gegen das deutsche Volk zu begründen. Der »Stoff« dafür müsse längst vorhanden gewesen sein. Was sonstwie in dieser Beziehung wohl angeführt wird: die Diplomatie, der Militarismus, die politischen Zustände, die Sinnesart der Deutschen — will Stahl nicht gelten lassen; er schiebt eines nach dem anderen mit einem Federstrich beiseite. Es ist auch nicht die Höhe der wirtschaftlichen Entwicklung, der Umfang des deutschen Wettbewerbs auf dem Weltmarkt, was uns den Haß fass der ganzen Welt zugetragen hat; es ist, wie Stahl meint, die Art unseres Warenaustausches. Deutschland vertreibt vorwiegend Fertigware, die anderen Länder handeln vorwiegend mit Rohstoffen. Die Rohware, die nur von dem Lande bezogen werden kann, wo sie vorkommt, erregt die Gemüter nur unangenehm, die Fertigware dagegen wird unangenehm gefühlt, weil sie überall hergestellt wird oder doch hergestellt werden könnte. Die Rohware wird im großen und unter wenig Leuten gehandelt, die Fertigware im kleinen und unter einer Menge von Anbietern und Abnehmern; jedes einzelne Stück gelangt, als fremdes Erzeugnis kennlich, unter die Menge und wird von vielen als unangenehme Konkurrenz empfunden. Obwohl der Vertrieb der Fertigware gegenüber der Rohware den weit Verständigeren und Fleißigeren fordert, wirkt dieser nicht als der Angenehmere, sondern als der Zudringlichere, der belehren, oft seine Waren aufschwägen, ihre Güte und Preiswürdigkeit übertreiben, der überall vorsprechen und die Leute bearbeiten muß. Dazu kommt, daß die Kommiss und reisenden Kaufleute, die Kellner, Metzger, Bäcker, Barbieri, Musiker und Dienstboten, die Deutschland dem Ausland zuführt, einen weniger angenehmen Eindruck hinterlassen als vergnügungsreisende Ausländer, die Geld nach Deutschland bringen. Der Deutsche erscheint dem Ausländer vielfach in der Gestalt des Dieners oder doch eines Menschen, der etwas von ihm will, was sich in Geld ausdrücken läßt.

Das ist, wie Stahl meint, der Stoff, der gegeben war und an dem sich mit Hilfe der Lüge seit Ausbruch des Krieges der gegen Deutschland gerichtete Haß einer ganzen Welt entzünden konnte. Seinen Ausführungen darf man insofern zustimmen, als der deutsche Wettbewerb auf dem Weltmarkt sich aus den von Stahl angeführten Gründen in einem Teil des Auslandes allgemeiner, handgreiflicher und unliebsamer bemerkbar macht als der Wett-

bewerb derjenigen Länder, die vorwiegend Rohstoffe ausführen, und daß dieser Umstand geeignet war, bei Ausbruch des Krieges die Stimmung gegen Deutschland in den vom deutschen Wettbewerb betroffenen Ländern ungünstig mitzubeeinflussen. Aber es ist durchaus verkehrt, in der besonderen Art des deutschen Warenaustausches den einzigen oder auch nur hauptsächlichlichen Grund dafür zu erblicken, daß gegenwärtig fast die ganze Welt gegen Deutschland verbündet oder, wie Stahl sich ausdrückt, in Haß gegen uns entbrannt ist. Deutschland ist nicht das einzige Land, das vorwiegend Fertigware ausführt und dessen Wettbewerb sich anderen Ländern unangenehm bemerkbar macht. Und doch hat nur Deutschland die ganze Welt gegen sich aufgebracht, eine Erscheinung, die demnach wohl noch andere und wirksamere Gründe haben muß als die mehr oder weniger unliebsamen Formen des deutschen Handelsmannes.

Stahl nimmt an, daß das gegnerische wie das neutrale Ausland seit Kriegsausbruch mit Haß gegen uns erfüllt ist. Ob wirklich die Völker uns, das deutsche Volk, hassen? Im Kriege pflegen sich von alters her die Völker gewiß nicht zu lieben, und wenn es auf die Presse ankäme, dann würde es an tiefem und umfassendem Haß zwischen hüten und drüben gewiß nicht gefehlt haben, wenigstens bis zu der Zeit, wo die gewaltigen Erfahrungen und gemeinsamen Nöte dieses Krieges eine andere Stimmung aufkommen ließen. Die Rissauereien auf beiden Seiten, die jegliches Land in eine Anstalt für Lobsüchtige zu verwandeln drohten, die Bemühungen von Kriegsnußnießern großer und kleiner Art, von Parteigängern politischer und kirchlicher Richtungen, den Haß der Masse für ihre Zwecke zu mobilisieren, sie sind, so betrübliche Wirkungen sie in einem Teil des Volkes und namentlich in der ersten Zeit des Krieges auch gehabt haben, doch schließlich zusehender geworden an dem gesunden Sinn der Bevölkerung, der zeitweise mißleitet, aber doch nicht auf die Dauer unterdrückt werden kann.

Mag nun die Stimmung des Auslandes in bezug auf Deutschland so oder anders bezeichnet werden, jedenfalls ist sie nicht günstig, und jedenfalls besteht die Tatsache, daß gegenwärtig neun Zehntel der bewohnten Erde auf der Seite unserer Gegner stehen. So einfach, wie Stahl die Sache sieht, liegen die Gründe dieser Erscheinung nicht. Für ihn steht von vornherein fest, daß Deutschland der angegriffene Teil in diesem Kriege ist, daß seine Regierung in allem, was zum Kriege geführt hat, aufs beste beraten war; daß die Deutschen das tüchtigste, einsichtigste und ehrlichste, am wenigsten der Lüge geneigte und der Lüge zugängliche Volk der Welt sind, mit der besten Diplomatie, der höchstentwickelten Wissenschaft, den idealsten ihm »von der Natur gesteckten Zielen« und mit einer Politik, die »weit mehr als in allen anderen Ländern« der Ausdruck des Gesamtwillens ist. Wenn Stahl, der Mann der Tatsachen, von Deutschland redet, wird er zum Mystiker. Er fällt dann in die Sprache der Propheten des Alten Bundes. Die Deutschen sind ihm das auserwählte Volk, das den Willen wenn auch nicht Gottes, so doch der »Natur« zu erfüllen berufen ist.

Wir sind das Volk des Verstandes, wir wissen Tatsachen und Lüge auseinanderzuhalten, wir haben wie uns so auch die anderen Völker von Grund aus erkannt und lassen ihnen auf Grund unserer »vom kategorischen Imperativ geleiteten Politik« volles Recht zufellen werden. Wir sind als Volk von großem Wissen bei der uns von Natur eigenen Gründlichkeit und Ehrlichkeit davor behütet, der Lüge zum

Opfer zu fallen. Anders bei den Russen und ihrer Unbildung und dem Hang zum Wunderglauben, den Franzosen, deren sonst so klarer Verstand zum Stillstand kommt, sobald ihre Eitelkeit und ihre Rachsucht gereizt werden; bei den Engländern »mit ihrer staunenswerten Unkenntnis aller nichtenglischen Verhältnisse, verbunden mit einem grenzenlosen Glauben zu allem englisch Gedruckten und einem ebenso unbegrenzten Vertrauen zu den beiden politischen Klüngeln, die sich Parteien nennen und von denen sie sich abwechselnd regieren lassen«.

Diese Sätze stehen nicht etwa in einem hinterwäldlerischen Kreis- und Intelligenzblatt, sondern in dem Buche eines Mannes, der im Namen der deutschen Kaufleute und Techniker redet, der nichts als Tatsachen, ungetrübt durch das irreführende Gemüt, zu geben und sich nur von den heiligen drei Imperativen, dem delphischen, dem kategorischen und dem energetischen, leiten zu lassen verspricht. Nur eines hat Stahl an den Deutschen auszusprechen, die »falsche Ansicht« nämlich, »die die Mehrheit unserer Kaufleute über das Wesen des Warenaustausches hat«, das für sie in dem Streben liegt, »den anderen im geschäftlichen Verkehr möglichst jeden Gewinn abzuschneiden«. Der Geschäftsmann Stahl ist für den Grundsatz: Leben und leben lassen! Ihm kommt es in dieser Eigenschaft darauf an, »zu finden, wie wir unser Verhalten einzurichten haben, um den notwendigen Verkehr und Warenaustausch mit den heute uns hassenden Völkern nach dem Befehl der höchsten Wirkung bei geringstem Arbeitsaufwand durchzuführen«. Und hier, wo er ein Gebiet betrifft, auf dem er offensichtlich besser zu Hause ist als auf dem der Politik, da wird er auch der Gegenseite gerecht. Zu Ruß und Frommen derjenigen, die das öde Schlagwort von dem »Krämervolk« jenseits des Kanals nachgebeket haben, ein Unfug, dessen sich auch ein Teil der sozialdemokratischen Presse schuldig gemacht hat, seien folgende Sätze wiedergegeben:

In bezug auf seinen Anstand, seine Geschäftssart, sein Worthalten war uns der englische Kaufmann mit Recht immer vorbildlich. Nie war er kleinlich, und die in England übliche Tatsache, wonach dort Kaufleute jahrelang in gegenseitigem Zufriedensein Verträge nur auf das gegebene Wort hin hielten, soll bei uns nur in den Hansastädten vorkommen, während sie uns im Binnenland ganz unmöglich erscheinen. . . . Hat der Engländer mal Vertrauen zu einem Manne oder zu einer Sache gefaßt, so ist dieses so felsenfest, daß er oft sehr lange Zeit braucht, wenn er einsehen muß, es an der falschen Stelle verschwendet zu haben. Sein Rechtsgefühl ist so zähe, daß er lieber ein Mehrfaches im Kampfe darum verliert, als durch Nachgeben und Einigen ein Geringeres aufzugeben. Nicht als Preisdrücker kennen wir ihn, sondern als einen, dem es in der Seele verhaßt ist, dem Herumbalgen unserer deutschen Firmen um seine Aufträge zusehen zu müssen. Viele nannten ihn, sobald er die geforderten Preise zahlte, nobel; aber dumm nannte ihn der, dessen billigeres Angebot unberücksichtigt blieb. Wie oft haben wir Deutschen es den Engländern, jeweilig nach dem Ausgang für uns, als Vorzug oder als Nachteil angerechnet, daß sie eher Geschäfte fahren lassen, als darum feilschen zu müssen. Natürlich nicht jeder wird zustimmen und vielleicht Gegenteiliges erzählen können. Fest steht aber dennoch, daß vor dem Kriege die hier geäußerte Ansicht über die Engländer mit Recht die vorherrschende war. . . . Wie ganz anders steht es da in unserem Vaterland aus! Die Pest wird jedem an den Hals gewünscht, der sich untersteht, dieselben Waren zu verkaufen, jeder will allein den Anstand gepachtet haben. Ist man aber mal gezwungen, kaufmännischen Streitigkeiten an unseren ordentlichen wie an den Kaufmannsgerichten beizuwohnen, dann blickt man in einen Abgrund, den man bei der Größe unseres Wesens nicht erwartet hätte. Willkürliche Behandlung des Kleineren und gleichzeitig tiefste Demut vor dem, der kauft, sind nicht sel-

ten in einer Firma, die viele Wettbewerber hat. Preisdrückereien, von manchen Firmen planmäßig mit dafür bezahlten Einkäufern betrieben, sinnloses Unter- und Überbieten der Wettbewerber mit allen erlaubten und unerlaubten Mitteln, das Aufträge sammeln um jeden Preis, selbst unter Drangabe eines Verdienstes bilden den Jammer, in den jeder deutsche Kaufmann stets mit einstimmt. . . .

Vom Franzosen wissen wir geschäftlich ebenfalls nur Angenehmes. In leichten, stets verbindlichen Formen wickelt er glatt seine Geschäfte ab; er ist ebenso fleißig wie sparsam und kennt nur ein Ziel, sich in mäßigen Grenzen so viel zu erübrigen, um in einem noch genüßfrohen Alter irgendwo auf dem Lande sein Leben sorgenfrei zu beschließen. Dem Russen ist heute noch unsere Gründlichkeit verhaßt, und leicht bringt ihn seine Unbildung und das ihm mangelnde Pflichtgefühl unter die Herrschaft verständigerer Fremden.

Angesichts der guten Meinung, die Stahl von unseren Gegnern, insbesondere den Engländern, als Geschäftsleuten hat, darf man sich wundern, eine wie schlechte, dumme und unehrliche Politik diese klugen, anständigen und in jeder Beziehung vorbildlichen Geschäftsleute treiben, einer wie unzulänglichen Regierung und Diplomatie sie die Führung ihrer politischen und wirtschaftlichen Angelegenheiten anvertrauen. Wiederum im Gegensatz zu den Deutschen, die als Geschäftsleute, wie aus den vorstehend wiedergegebenen Sätzen hervorgeht, es an so vielem fehlen lassen und demgegenüber nach Stahls Versicherungen eine so hervorragend tüchtige Regierung und ebenso hervorragende Diplomatie haben, wie uns das Herr Stahl im weiteren Verlauf begreiflich zu machen versucht. (Schluß folgt.)

Österreich und Serbien.

Von R. Kautsky.

(Schluß.)

14. Die Einigung der serbischen Nation.

Nachdem wir den österreichisch-serbischen Gegensatz in der Vergangenheit kennengelernt, kommen wir zur wichtigsten, entscheidenden Frage: Was nun? Wie den Konflikt lösen, der aus dem Zusammenstoß zwischen österreichischem Imperialismus und serbischem Nationalismus entstanden war? Wie ihn lösen auf dem Wege der Verständigung, in einer Weise, die den sofortigen Friedensschluß ermöglicht und doch einen dauernden Frieden sichert?

Und vor allem: ist eine solche Lösung innerhalb der heutigen Staats- und Gesellschaftsordnung überhaupt erreichbar? Man muß sich von dem Köhlerglauben befreien, als sei es möglich, innerhalb dieser Ordnung alle auftauchenden Fragen befriedigend zu lösen, als bedürfe es dazu nur des nötigen Scharfsinns. Wenn dem so wäre, würde der Sozialismus, das heißt die Überwindung der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung überflüssig. Wir sind Sozialisten gerade deshalb, weil wir die wichtigsten Fragen des heutigen politischen und gesellschaftlichen Lebens im Rahmen dieser Ordnung nicht für lösbar halten.

Augenblicklich werden wir schon zufrieden sein müssen, wenn es gelingt, eine Lösung zu finden, die den baldigen Frieden herbeiführt, ohne Verschlechterung des Zustandes vor dem Kriege, in einer Weise, die nicht einen sofortigen Antriebe zu einem neuen Kriege hinterläßt und die den befehligten Völkern die Freiheit politischer und sozialer Weiterentwicklung über die be-

stehende Ordnung hinaus biefet. Nur von dieser Entwicklung erwarten wir methodischen, allseitigen, wirklichen Fortschritt. Von der Revolution und nicht vom Kriege.

Aber daraus, daß wir nicht erwarten, schon innerhalb der heutigen Gesellschaft alle unsere Forderungen durchzusetzen, folgt natürlich nicht, daß wir unsere Forderungen nicht jetzt schon zu formulieren haben. Wir müssen das tun, zu praktischen Zwecken, um heute schon so viel davon durchzusetzen, als die bestehenden Machtverhältnisse gestatten, und um unsere praktische Arbeit zu einer einheitlichen und zielbewußten zu gestalten; dann aber auch zu propagandistischen Zwecken, um der noch nicht für uns gewonnenen Masse der arbeitenden Klassen in greifbarer Weise zu zeigen, wie wir die heutigen Schwierigkeiten beseitigen würden, wenn wir die Macht dazu hätten; um auf diese Weise die Masse und die Macht, die in der Masse liegt, für unsere Ideen zu gewinnen.

Die tiefstgehende Triebkraft im serbischen Konflikt ist das Streben des serbischen Volkes nach nationaler Einigung, ein Streben, das auf einer gewissen Kulturstufe, wie wir gesehen haben, mit derselben Notwendigkeit entspringt wie das nach moderner Demokratie. Es bildet im Grunde nur eine der Formen des Strebens nach Demokratie und ist, soweit es damit zusammenhängt, von der internationalen Demokratie zu fördern. Das nationale Streben des serbischen Volkes ist in seinem Wesen nicht verschieden von dem, das seit dem Beginn des neunzehnten Jahrhunderts das deutsche und italienische Volk bewegte, einem Streben, an dem unsere Vorkämpfer, die Marx und Engels, Lassalle, Liebknecht, Bebel mit vollem Herzen Anteil nahmen. Das deutsche Volk hat seit 1866 und 1870 eine wenn auch unvollkommene Lösung dieses Problems erreicht. Die Serben werden von ihm noch völlig beherrscht.

Die klassischste Form, das nationale Sehnen zu befriedigen, biefet der Nationalstaat. Es gibt keine natürlichen Hindernisse, die es erschweren würden, die Völker serbischer Zunge — inbegriffen die ihnen sprachverwandten Slowenen — in einem besonderen Gemeinwesen zu vereinen. Der Kern ihrer Nation bildet ein geschlossenes Sprachgebiet, das auch ein Verkehrsgebiet darstellen kann, mit gutem Zugang zum Meer, reichlicher Küstenentwicklung. Auch die historischen Trennungslinien zwischen einzelnen Regionen des Sprachgebietes bilden kein Hindernis mehr. Das größte, das der Religion, ist in seiner Bedeutung in raschem Schwinden begriffen, wenn es auch noch stark genug ist, manche Unbequemlichkeiten nach sich zu ziehen, zum Beispiel in Verschiedenheiten des Kalenders, der Schrift usw., die aber zu beseitigen sind.

Wie überall auf dem Balkan oder richtiger gesagt überall dort, wo eine moderne Nation erst im Werden ist, sind die Sprachgrenzen nicht genau zu ziehen. An der Peripherie sind die Sprachgebiete noch stark durcheinandergemischt, es wohnen Serben im Osten und Süden nicht bloß mit Bulgaren zusammen, sondern auch mit Albanesen, Griechen, Rumänen, Türken, im Norden mit Ungarn und Deutschen, im Westen mit Italienern. Aber das beweist nicht, daß eine bestimmte Grenze für den Nationalstaat nicht zu ziehen wäre, sondern nur, daß sie nicht von vornherein auf Grund der Sprachkarte feststeht. Ist das Prinzip einmal angenommen, dann muß, wie das Marx-Engels 1848 schon für Polen verlangten, die Ziehung der Grenze im

einzelnen der Verständigung der dabei in Frage kommenden Bevölkerungen überlassen werden, die nicht immer bloß nach sprachlichen Rücksichten, sondern auch nach Bedürfnissen des Verkehrs, nach historischen Überlieferungen und anderen Faktoren urteilen werden. Dabei hätte in allen zweifelhaften Fällen das letzte Wort die Demokratie zu sprechen, die Mehrheit der Bevölkerung des strittigen Gebiets. Es darf über sie nicht ohne ihr Zutun, nicht auf Grundlage des Rechtes der Eroberung, des Rechtes des militärisch Stärkeren verfügt werden.

Der serbische Nationalstaat würde etwa 10 bis 11 Millionen Einwohner umfassen. Daß die Slowenen in ihn einbezogen werden, schüfe allerdings für die Völker Osterreichs einen schweren Nachteil — sie verlören vollständig den Zugang zum Meere. Die verzweifelte Situation, in der sie bisher Serbien erhielten, würde dann die ihre werden.

Doch brauchen wir uns bei dieser Schwierigkeit nicht weiter aufzuhalten, da nicht die geringste Wahrscheinlichkeit besteht, daß der serbische Gesamtstaat ein Ergebnis des jetzigen Krieges sein wird. Er wäre nur durchzuführen durch völlige Niederwerfung der österreichischen Monarchie. Das bloße Streben danach würde den Krieg in einer Weise verlängern, die ganz Europa völlig ruinieren müßte. Kein Volk würde dabei mehr leiden als das serbische selbst.

Nun wäre noch ein zweiter Weg denkbar, die serbische Nation zu einigen. Er würde das gerade Gegenteil der Begründung eines serbischen Nationalstaats bilden. Dieser Staat wäre nur zu erreichen durch Losreißung sämtlicher südslawischen Gebiete von Osterreich. Man könnte aber auch versuchen, die Serben zu vereinigen innerhalb Osterreichs; statt sieben Millionen Südflawen vom Großstaat abzureißen, was eine verzweifelte Operation wäre, könnte man die Kleinstaaten Serbien und Montenegro der Monarchie einverleiben.

Diese Lösung lag in der Richtung der Entwicklung des Kaiserstaats. Wir haben gesehen, daß er im achtzehnten Jahrhundert bereits vorübergehend Serbien annektiert hatte, daß dann die aufständischen Serben im Beginn des neunzehnten Jahrhunderts Osterreich baten, es möge sich ihrer annehmen und sie annektieren. Osterreich war damals in Deutschland und Italien zu beschäftigt und zu sehr feind jeder Revolution, als daß es Interesse, Kraft und Mut dazu gewonnen hätte.

Jetzt, nachdem die Bevölkerung des Königreichs Serbien selbst ihre Freiheit in zahlreichen blutigen Kämpfen eines Jahrhunderts erstritten und befestigt hat, und nach all der furchtbaren Erbitterung, die die letzten Jahrzehnte vor dem Krieg und dieser selbst in ihr angehäuft haben müssen, wird sie nicht mehr so begierig wünschen, unter das Jopfer Osterreichs zu kommen. Und doch ist es nicht ausgeschlossen, daß gerade die unsäglichsten Leiden des Krieges die Serben für die Idee eines Anschlusses an Osterreich geneigter gemacht haben. Ob sie von einem Karageorgewitsch oder einem Habsburger beherrscht werden, dürfte ihnen gleichgültig sein. Ökonomisch hätten sie eine enorme Verbesserung ihrer geographischen Situation zu erwarten. Sie bekämen sofortigen Zugang zum Meer und völlig zollfreien Zugang zu ihren nächsten und besten Kunden, den Industriegebieten Osterreichs, von denen sie bisher gewaltsam abgeschnitten waren. Blieben ihnen ihre bisherigen politischen Rechte erhalten und würden sie dabei mit ihren Nationsgenossen, von denen

sie bisher getrennt gewesen, in einem politischen Körper innerhalb eines Bundesstaats vereinigt, dann könnte ihr nationales Sehnen dabei zu seinem Rechte kommen.

Man sollte meinen, wenn die serbische Bevölkerung zustimmte, wäre das eine für beide Teile annehmbare Lösung des serbischen Problems. Abgesehen natürlich von der republikanischen, von der wir noch sprechen werden. Denn wie könnte eine Schwierigkeit von der anderen Seite kommen, von Osterreich?

Das scheint ausgeschlossen, und doch ist dem so. Die herrschenden Klassen und Nationen Osterreichs kämen durch die Annexion Serbiens in die größte Verlegenheit.

Da haben wir zunächst die Ugrarier, vor allem in Ungarn. Jahrzehntelang waren sie aufs eifrigste bemüht, die Produkte der serbischen Landwirtschaft von Osterreich fernzuhalten. Sie haben um dieses Zieles willen ihren Staat in schwere Konflikte und Gefahren gestürzt, und nun sollten sie plötzlich den völligen Verzicht auf dieses Ziel zu ihrem Kriegsziel machen? Solange die agrarischen Interessen in Osterreich-Ungarn Trumpf sind, ist diese Lösung nicht zu erwarten.

Sie widerspricht aber auch den Bedürfnissen der Nationalisten in den Nationen, die bisher in der Monarchie die Führung hatten, der Deutschen wie der Ungarn. Mit Mühe behaupten sie sich gegenüber den anderen Nationen. In Eisleithanien kamen 1910 auf 10 Millionen Deutsche 18 Millionen Nichtdeutsche, darunter 17 Millionen Slawen. In Ungarn kamen auf 10 Millionen Magyaren 11 Millionen anderer Nationen, davon 8 Millionen Slawen, 3 Millionen Rumänen, 2 Millionen Deutsche. Je mehr die anderen Nationen sich ökonomisch und kulturell entwickeln, desto schwieriger wird es für Deutsche und Ungarn, ihr Übergewicht im Staate aufrechtzuhalten.

Und da sollten sie wünschen, die Zahl der Slawen im Reiche noch zu vermehren?

Man erinnere sich der Haltung der Deutschen und eines großen Teiles der Ungarn in Osterreich nach dem Berliner Kongreß 1878, der der Monarchie das Recht gab, Bosnien zu okkupieren und zu verwalten. Es war nicht einmal eine Einverleibung, sondern eine bloße Besetzung slawischen Bodens, die aus seinen Bewohnern nur Hörige, keine Wähler machte, und doch ängstigte sie die Deutschen aufs äußerste, während sie von den Slawen Osterreichs freudig begrüßt wurde — denselben Slawen, die mit Serbien aufs lebhafteste sympathisierten, dessen Bevölkerung wieder, soweit sie überhaupt politisch dachte, die Okkupation aufs schärfste verurteilte.

Die eigenartigen Verhältnisse Osterreichs erzeugen zu leicht derartige widerspruchsvolle Situationen.

Die Okkupation Bosniens war eine dringende Forderung des Kaisers gewesen. Dieser hatte sich persönlich für sie eingesetzt. Und die liberalen Deutschen — die »Verfassungspartei« — besaßen ihre politische Macht nur von der Krone Gnaden. Nicht nur waren die Deutschen an Zahl geringer als die Nichtdeutschen in Osterreich, die Deutschen waren obendrein gespalten. Die klerikalen und feudalen Deutschen gingen mit den Slawen. Nur durch ein künstliches Wahlsystem und die Regierungsgunst behaupteten die liberalen Deutschen ihre politische Machtstellung. Trotzdem war diesmal bei den

meisten unter ihnen ihre nationale Furcht vor der Vermehrung der Slawen im Reiche stärker als ihre Angst vor der kaiserlichen Ungnade. Über dieser Frage spaltete sich die Verfassungspartei. Bei der entscheidenden Abstimmung des Abgeordnetenhauses über den Berliner Vertrag am 27. Januar 1879 wurde er mit 154 Stimmen gegen 112 genehmigt. Für ihn hatten die deutschen Feudalöklerikalen und die Slawen gestimmt sowie 42 Deutschliberale, die dem Grundsatz huldigten, den Charmaß predigt:

Die Größe des Politikers besteht nicht in der Starrheit, sondern im richtigen Maß von Schmiegsamkeit, und so hätte die liberale Partei sich mit dem Fait accompli abfinden müssen. (Deutschösterreichische Politik, S. 362.)

Jüngst hat diese Vorgänge wieder erzählt Eduard Sueß, der Führer jener 42 »schmiegsamen« Liberalen, in seinen »Erinnerungen« (S. 287 ff.).

Unter den 112 Abgeordneten, die gegen die Okkupation gestimmt hatten, waren 110 Deutschliberale, geführt von Herbst, der sich damals in einem großen Rededuell mit Sueß maß.

Jene Abstimmung wurde zur Katastrophe der Verfassungspartei, die von da an die Gunst der Krone verlor, aufhörte, regierende Partei zu sein, und dem Regime Taaffe Platz machte. Daher das Bismarcksche Witzwort von den »Herbstzeitlosen«.

Erregte schon die bloße Okkupation Bosniens solchen Widerstand, dann darf man wohl erwarten, daß die Aufnahme neuer 5 Millionen Serben in den Reichsverband noch größeren Schwierigkeiten begegnen würde. Diese 5 Millionen sind zum größten Teil seit Jahrzehnten an ein selbständiges, demokratisches politisches Leben gewöhnt. Sie zu den Bosniern, Kroaten, Dalmatinern und Slowenen hinzugesellt, müßten der Sache der Südslawen in der Monarchie eine unwiderstehliche Stoßkraft verleihen. Der Dualismus würde unhaltbar, und möchte nun an seine Stelle der Trialismus oder ein föderativer Bund der Nationen Österreichs überhaupt treten, Österreich würde zu einem slawischen Staat. Den 12 Millionen Deutschen und 10 Millionen Ungarn stünden dann 30 Millionen Slawen gegenüber. Es ist nicht zu erwarten, daß die führenden Elemente jener beiden Nationen sich für diese Lösung begeistern werden.

Die beiden radikalsten Lösungen des serbischen Problems haben also keine Aussicht, am Ende dieses Krieges zur Verwirklichung zu kommen, es sei denn, daß Österreich eine grundstürzende innere Wandlung durchmacht.

15. Die Wiederherstellung Serbiens.

Zwei andere Lösungen, die vorgeschlagen wurden, scheinen »realpolitisch« leichter erreichbar zu sein, sie fordern aber unseren stärksten Widerspruch heraus.

Die eine wäre die Aufteilung Serbiens zwischen Österreich und Bulgarien, die andere die Wiederherstellung Serbiens, aber nicht als selbständiges Gemeinwesen, sondern als Vasallenstaat Österreichs, an dieses durch eine Militär- und Eisenbahnkonvention und ähnliche Abmachungen gefesselt.

Diese Lösungen sollen rein imperialistischen Zwecken dienen, die Barriere aus dem Wege räumen, die ein selbständiges Serbien dem Vormarsch nach Saloniki oder der strategischen Verbindung Berlin-Bagdad entgegenstellt. Bulgarien soll direkt an Österreich grenzen, nichts die Verbündeten trennen.

Natürlich wäre auch damit keine materielle Garantie für die Imperialisten Osterreichs und Deutschlands gegeben, denn die Bündnispolitik eines selbständigen Bulgariens und einer selbständigen Türkei kann wechseln. Sicher aber wäre eines: die wildeste Empörung der Serben aller Klassen und aller Gebiete gegen diese Erwürgung ihrer Nation und ihrer Freiheit. Osterreich wie Bulgarien gewännen damit zehn Millionen geschworene Feinde, die stets bereit wären, jede Verlegenheit eines dieser beiden Staaten zu benutzen, um seine Feinde zu unterstützen. Mehr als je würde dadurch der Balkan zu einem Herd ständiger Unruhe und Empörung, der Zustand verschlimmert und noch unerträglicher gemacht, der bis zum Kriege bestand und seinen Ausbruch herbeiführte.

Sicher gibt es kein Kriegsziel, dessen Erreichung den ewigen Frieden sichert. Hier aber hätten wir eines, dessen Erreichung im Friedensschluß den baldigen Wiederausbruch des Krieges unvermeidlich machte.

Es bedarf keiner näheren Darlegung, um zu zeigen, daß für einen internationalen Sozialdemokraten die beiden Lösungen von vornherein unannehmbar sind, da sie im vollsten Widerspruch zu aller Demokratie und Internationalität, zu dem Grundsatz der Selbstbestimmung der Nationen stehen. Aberdies würde das bloße Anstreben dieser Lösungen nicht minder wie das der beiden früher erörterten radikalen eine ungeheure Verlängerung des Krieges bedeuten.

Es bleibt nichts anderes übrig als die Rückkehr zu dem Ausgangspunkt des Krieges, Wiederherstellung Serbiens als völlig freier Staat. Wenn Osterreich den Krieg an Serbien erklärte, bloß zu dem Zwecke, es mit einer Strafexpedition heimzusuchen, so hat es ihn vollauf erreicht. Nur ist leider daraus eine Strafexpedition für ganz Europa, ja fast für die ganze Welt geworden.

Nimmt man zum Ausgangspunkt der Friedensverhandlungen für Serbien den Status quo, so müßte man doch dabei frachten, diesem die schlimmsten Reibungsflächen zu nehmen, die ihn vor dem Kriege so unerträglich und gefährlich machten: den Gegensatz zu Bulgarien, die Abschließung vom Meer, die unbefriedigende Stellung der Serben in Osterreich.

Wir haben Serbiens Sündenfall gegenüber Bulgarien im Balkankrieg schon kennengelernt. Nachdem sich die beiden untereinander und mit Griechenland über die Teilung Mazedoniens verständigt, wurde Bulgarien von seinen Verbündeten daraus verdrängt. Wollte man Serbien mit seinem damals gewonnenen mazedonischen Besitz wiederherstellen, so bedeutete das eine Verlängerung der Feindschaft zwischen Serbien und Bulgarien, eine Vergewaltigung des letzteren. Es dürfte am zweckmäßigsten sein, bei Festsetzung der mazedonischen Grenze von der Verständigung auszugehen, zu der die beiden während des ersten Balkankriegs gelangt waren.

Sich dabei streng an die Sprachgrenze halten zu wollen, wäre verfehlt, da diese, wie schon bemerkt, nicht deutlich festzustellen ist. Wichtig aber ist es, den Jankapfel zwischen beiden Staaten aus dem Wege zu schaffen, ihre Verständigung zu ermöglichen, und das geschieht wohl am besten, wenn man auf die Abmachung von 1912 zurückgreift, die ein Produkt der Verständigung beider Teile war.

Hinfällig wurde sie durch den Anspruch, den Osterreich gegen Serbiens Zugang zur Adria im Namen der albanesischen Freiheit erhob. Nun ist ein selbständiger albanesischer Nationalstaat, wie wir gesehen haben, nicht

lebensfähig. Eine Berücksichtigung der Sprache und der Freiheiten der Albanesen wäre auch im Rahmen des serbischen Staates möglich und geboten, nicht nur im Namen der Demokratie, sondern auch durch das Interesse Serbiens selbst. So wenig ein Volk auf der Kulturstufe der Albanesen imstande ist, einen modernen Nationalstaat zu bilden, so kraftvoll ist es in der Verteidigung seiner alten Freiheit. Die Basken haben sie lange erfolgreich gegen ganz Spanien, die schottischen Hochländer gegen die Briten verteidigt. Ein jeder Versuch, die Albanesen zu vergewaltigen, würde die Serben teuer zu stehen kommen.

Die albanesische Frage ist das schwierigste der Balkanprobleme. Aus Albanien einen modernen selbständigen Staat zu machen, ist zurzeit unmöglich, die Albanesen einem anderen Staatswesen gewaltsam einzuverleiben, wäre eine für alle Beteiligten höchst verlustreiche und degradierende Operation.

Sollte sich kein Modus finden, den Serben den Zugang zur Adria durch albanesisches Gebiet unter Schonung albanesischer Eigenart und Freiheit zu ermöglichen, dann bliebe noch der Ausweg, Montenegro, das einen Meereshafen besitzt, Antivari, mit Serbien zu einem Gemeinwesen zu verschmelzen. Die beiden Staaten grenzen seit dem Balkankrieg von 1912 aneinander, sind beide von Serben bewohnt. Ihre Vereinigung würde einen großen Fortschritt bedeuten und wahrscheinlich von der Bevölkerung hier wie dort mit Freuden begrüßt werden.

Dem Bau der schon 1908 geplanten Donau-Adria-Bahn stünde dann nichts mehr im Wege. Serbien bekäme die Freiheit seiner ökonomischen Entwicklung, der quälendste und von jedem Bauern des Landes tief empfundene Antrieß des Gegensatzes gegen Österreich wäre aus dem Wege geräumt. Zu Bulgarien wie zu Österreich könnte Serbien nun in ein freundschaftliches Verhältnis treten, das einen dauernden Frieden verhieß.

Noch der Gegensatz zwischen Österreich und Serbien ist nicht bloß einer zwischen zwei Staaten, er ist auch ein Gegensatz zwischen einem Regierungssystem und einer Nation, die in beiden Staaten ihre Wohnstätte hat. Der österreichisch-serbische Gegensatz wird nicht schwinden, solange es in Österreich ein unerlöstes Serbien gibt.

Die radikalste Lösung dieses Gegensatzes, die Herstellung eines serbischen Nationalstaats, der die gesamte Nation einigt, entweder als unabhängiger Staat oder als Teil eines österreichischen Bundesstaats, ist, wie wir gesehen haben, unter den gegebenen Machtverhältnissen entweder gar nicht oder doch nur unter Opfern erreichbar, die in keinem Verhältnis zu dem möglichen Gewinn stünden.

Eine erhebliche Milderung des Gegensatzes, die ihn unter Umständen schließlich verschwinden lassen könnte, träte ohne jede Veränderung der österreichisch-serbischen Grenze dann ein, wenn den Südslawen in Österreich zum mindesten die gleiche Freiheit zuteil würde, die sie in Serbien besitzen, so daß die Demokratie im serbischen Staate sich durch keine Pflicht der Solidarität mehr gedrängt fühlen würde, ihren Brüdern jenseits der Landesgrenzen helfen zu wollen, und wenn diese keine Ursache hätten, ihre Nationsgenossen im Nationalstaat politisch oder ökonomisch zu beneiden; wenn die Zerreißung der Südslawen Österreichs in vier Gruppen, die vier verschiedenen staatsrechtlichen Gebilden zugewiesen sind, ebenso ein Ende nähme wie die Ausnahmezustände in Kroatien und Bosnien, und wenn ihnen eine demokra-

fische Verfassung und Verwaltung zuteil würde. Dann könnte die serbische Irredenta in Osterreich ebenso aufhören, wie es in der Schweiz keine deutsche und französische Irredenta gibt.

16. Die Balkanrepublik.

Doch wären damit noch nicht alle Elemente der Unruhe auf dem Balkan entfernt. Eines bliebe, die *Klein sta a f e r e i*. An Stelle des ehemaligen Gebiets der Europäischen Türkei sind getreten Rumänien, das vor dem Kriege 5 900 000 Einwohner zählte; Bulgarien mit 4 700 000, Griechenland mit 4 800 000, Serbien mit 4 600 000. Daneben noch Montenegro mit 500 000, Albanien mit etwa 800 000, die Europäische Türkei mit 1 800 000 Einwohnern. Wir sehen hier eine weitgehende Zersplitterung des Gebiets in eine Reihe kleiner Staaten, von denen keiner das Übergewicht über die anderen hat, die dabei nicht, wie etwa die skandinavischen Staaten, durch ausgeprägte natürliche Grenzen voneinander geschieden werden, deren Nationalitäten noch im Zustand der Bildung begriffen sind und vielfach keine deutlichen sprachlichen Abgrenzungen aufweisen. So fehlt es unter ihnen nicht an Konflikten und steten Bestrebungen nach Grenzverschiebungen.

Was dem einzelnen Kleinstaats an eigener Kraft fehlt, sucht er durch »Anlehnung« an einen Stärkeren zu erreichen, wobei er dessen Werkzeug wird. Wie unter ähnlichen Umständen in Deutschland und Italien bis 1870 die Kleinstaatserei das Land zu einem Objekt ständiger fremder Einmischung, Frankreichs, Rußlands, Osterreichs, machte, damit aber auch zu einem Objekt, aus dessen lokalen Konflikten leicht Weltkonflikte erwachsen, so gilt das auch für den Balkan.

Die russische Revolution, die an Stelle des Zaren eine demokratische Republik gesetzt hat, nimmt diesen Zuständen viel von ihrer Gefährlichkeit für den Weltfrieden, vollständig beseitigt werden sie nur werden auf dem Wege, den Karl Marx schon 1853 bezeichnete: die Ersetzung der Europäischen Türkei »durch die Errichtung eines griechischen Reiches oder durch eine föderale Republik der slawischen Staaten«. (Gesammelte Schriften von Marx und Engels 1852 bis 1862, I, S. 197.)

Dieses Programm wurde aufgenommen und erweitert von der ersten sozialdemokratischen Balkankonferenz, die im Januar 1910 stattfand und an der Vertreter aus Serbien, Bulgarien (die »Engen«), Rumänien, der Türkei, Montenegro, Bosnien, Kroatien, Krain teilnahmen und die auch von griechischen Sozialisten mit einem Zustimmungstelegramm begrüßt wurde. Sie verlangte den Zusammenschluß nicht bloß der slawischen Staaten, sondern der Staaten des Balkans überhaupt zu einer föderativen Republik.

Dieses staatliche Gebilde wäre das souveräne Mittel, die Balkanfrage, das heißt die Einmischung der europäischen Großmächte in die Angelegenheiten der Balkanvölker, für immer zu beseitigen. Im Rahmen der Balkanrepublik wäre auch am ehesten und schmerzlosesten die Frage Albaniens zu lösen, dessen Bevölkerung noch nicht fähig ist, einen modernen Staat für sich allein zu bilden, und doch zu kraftvoll und freiheitsdurftig, um sich ohne drückende Gewalt und furchtbares Blutvergießen einem fremden Staate einverleiben zu lassen. Schließlich könnte auch die Frage Konstantinopels durch die Balkanföderation ihre Lösung finden.

Keine der Großmächte gönnt den anderen diese Position, die so viele Straßen zwischen Abendland und Morgenland beherrscht. In den Händen eines schwachen Staatswesens, das seine Selbständigkeit nicht zu wahren weiß, wird dieser Besitz erst recht umstritten und zu einem steten Zankapfel. Sollte nicht die Türkei neugestärkt, entwicklungsfähig und nach allen Seiten selbständig aus dem jetzigen Kriege hervorgehen, dann würde die Balkanrepublik als Besitzer Konstantinopels den Streit der Mächte um den Platz am Bosporus weit eher zum Schweigen bringen als die geplante Internationalisierung der Meerengen.

Ein Vorbild der neuen Republik böte die Schweiz: eine Balkanschweiz, aber keine monarchische Schweiz.

Monarchien verzichten freiwillig nie auf ihre Souveränität. Wo gleich starke Monarchien nebeneinander bestehen, ist das Aufkommen einer über ihnen stehenden Bundesgewalt unmöglich. Das gilt für die geplanten »Vereinigten Staaten von Europa«, es gilt ebenso für die Vereinigten Staaten des Balkans. Die Erfahrungen in Italien wie in Deutschland bezeugen das. In Italien versuchten zu verschiedenen Malen in der ersten Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts seine Potentaten sich zu gemeinsamem Vorgehen zusammenzufinden, um die Fremdherrschaft loszuwerden. Alle diese Versuche waren sehr kurzlebig. Auch die deutsche Einigung wurde erst möglich, als den Kleinstaaten nur ein einzelner überwiegender Großstaat, Preußen, gegenüberstand.

Und der Balkan selbst hat die beste Probe aufs Exempel geliefert. Der Balkanbund seiner Fürsten zerfiel, kaum daß er recht in Kraft getreten war, und endigte in einem blutigen Kriege der Bundesbrüder untereinander.

Wir können nicht damit rechnen, daß im Laufe dieses Krieges schon die Vorbedingungen jenes großen Staatswesens auf dem Balkan geschaffen werden.

Ebenso wie das Ausmaß an Freiheit, das Österreich seinen Südslawen gewährt, hängt die Verwirklichung der Balkanrepublik vor allem von inneren Kämpfen ab, die der Friedensschluß nicht beendet, sondern für die er vielmehr erst recht Raum schafft. Zwei der wirksamsten, vielleicht die wirksamsten »materiellen Garantien« für die Dauer des Friedens auf dem Balkan können nicht durch Grenzveränderungen geschaffen werden, sondern nur durch die Stärkung der demokratischen Elemente unter den Balkanvölkern. Je mehr die Art des Abschlusses des Krieges diese Elemente kräftigt und ihre Gegner schwächt, um so gesicherter wird der Friede sein. Darin besteht die wahrhafte »materielle Garantie«, die der internationale Sozialismus anzustreben hat — und nicht auf dem Balkan allein.

Nichts irriger, als in dem Frieden einen Abschluß zu sehen, der die Lösung aller Probleme bringt, die der Krieg aufgeworfen hat; einen Abschluß, zu dem wir uns daher erst dann verstehen dürfen, wenn die Kriegslage eine Form angenommen hat, die jene allgemeine Lösung herbeiführt. Diese Auffassung bedeutet nichts als die Verlängerung der grauenhaften Verwüstung und Verschwendung, eine Verlängerung des entsetzlichen Mordens, die bei der Gleichheit der Kräfte auf beiden Seiten eine endlose und aussichtslose zu werden droht und überdies ganz zwecklos ist, denn solange die augenblicklichen sozialen und politischen Verhältnisse fortbestehen, ist eine allseitige und befriedigende Lösung der nationalen und internationalen Probleme

gar nicht möglich. Oder will man die Parole ausgeben: Fortsetzung des Krieges bis zur sozialen Revolution? Das hieße Fortsetzung des Prozesses der Vernichtung des Kapitals und der Arbeiter, bis der ganze Kapitalismus zugrunde gerichtet ist, mit ihm aber auch seine Erben und deren Erbschaft zum Teufel gegangen sind. Eine sichere Methode, den Kapitalismus zu vernichten, aber auch den Sozialismus unmöglich zu machen.

Kein Zweifel, ein Friede, der alles bringt, was wir zurzeit ersehnen und brauchen, ist nicht zu erwarten. Das heißt nicht, daß wir einen solchen Frieden verwerfen; es bedeutet nur, daß das, was der Friede bringt und bringen kann, nicht einen Abschluß herbeiführen wird, sondern einen Beginn, die Eröffnung einer neuen Ara großer, entscheidender Kämpfe um Staat und Gesellschaft. Was wir vom Frieden erwarten und verlangen, ist nur, daß er einen Boden bietet, der es dem Proletariat ermöglicht, kraftvoller in die kommenden Kämpfe einzugreifen, als dies im Kriege möglich ist, als es vor dem Kriege möglich war.

Am Proletariat wird es dann liegen, dem Status quo radikal ein Ende zu machen und jene Staatsformen und Staatsgrenzen zu schaffen, in denen die Völker dauernd befreit und ihre Gegensätze dauernd überwunden sind.

Kriegskosten und Staatsmonopole.

Von Franz Gottlieb.

Die Steuerpolitik des Deutschen Reiches wird nach diesem Kriege ohne grundsätzliche Änderungen nicht imstande sein, die geradezu unvorstellbar hohen Summen, die das Reich nach dem Kriege braucht, durch Ausbau oder Ergänzung der indirekten Steuern zu beschaffen. Die planmäßige und durchgreifende Heranziehung des Besitzes, etwa nach englischem Muster, wird nur vereinzelt und unter allerlei Vorbehalt gefordert. Die Gründe dafür sind bekannt und sollen hier nicht aufgezählt werden.

Als rettender Ausweg aus der kommenden finanziellen Not des Reiches erscheint daher manchem die Verstaatlichung wichtiger Zweige der Industrie (und des Handels); sie findet sehr wenig grundsätzliche Ablehnung. Selbst aus der Industrie kommt der Widerspruch nur gedämpft und untermischt mit abschwächenden Zugeständnissen. Das ist gar nicht so unerklärlich, wie es auf den ersten Blick scheint. Maßgebende Kreise der Kapitalisten hoffen, durch halbes Entgegenkommen unvermeidlichen Eingriffen eine Form geben zu können, die den Herrenrechten der Unternehmer wenig Abtrag tut und die auch in finanzieller Hinsicht den Unternehmern nicht weniger gibt als nimmt. Gewisse Bestrebungen, die auf eine zwangsweise Syndizierung der Unternehmer unter gleichzeitiger Einhebung von Abgaben für das Reich hinarbeiten, zeigen die Richtung.

Soweit aus den Kreisen der Arbeiterschaft die Forderung nach Staatsmonopolen erhoben oder unterstützt wird, geschieht das unter der stillschweigenden oder ausgesprochenen Voraussetzung, daß die Überschüsse des Monopols erzielt werden nur durch Ausschaltung des Unternehmergewinns, nicht aber durch Ausbeutung der Verbraucher mit Monopolpreisen. Die Steigerung der Reichseinnahmen durch Steigerung der Preise für Monopolerzeugnisse wäre ja nichts anderes als eine neue Form der indirekten Besteuerung, also gerade das, was durch das Monopol verhütet werden soll. In den Leisefällen der Jenaer Steuerresolution heißt es dementsprechend: Wie eine indirekte Steuer wirken auch Staats- oder Gemeindepmonopole, sofern sie auf ihre Ware mehr als den üblichen Gewinn aufschlagen, also in verkappter Form Steuer erheben.

Es ist nun die Frage aufzuwerfen, ob der durch Staatsmonopole zu beschaffende Ertrag, soweit er aus dem Unternehmergewinn stammt oder durch rationellere Erzeugung erzielt werden kann, groß genug ist, um das Loch, das der Krieg in den Reichstäckel reißt, zu stopfen. Diese Frage ist bei der Erörterung der Verstaatlichungspläne öffentlich noch kaum gestellt worden — wohl deshalb nicht, weil die exakte Beantwortung heute noch nicht möglich, selbst eine halbwegs zuverlässige Schätzung ungemein schwierig ist. Zunächst ist der Bedarf des Reiches noch nicht abzusehen, zum anderen fehlt jeder Anhalt zu einem Urteil über den Umfang und die Form etwa kommender Verstaatlichungen und damit jede Möglichkeit einer Abschätzung der ausschaltbaren Unternehmergewinne.

So erklärlich es nun aber an sich ist, daß die Erörterung der finanziellen Tragweite etwaiger Verstaatlichungen umgangen wird, so bedenklich können die Folgen und Folgerungen sein, die sich daraus entwickeln, beziehungsweise die daran geknüpft werden. Es scheint nämlich in weiten Kreisen, vor allem auch in den Kreisen der Arbeiterschaft, die Meinung einzuziehen, daß die Verstaatlichungen dem Reiche Geldquellen erschließen würden, aus denen die Kosten des Krieges bestritten werden können, ohne daß den breiten Massen des Volkes neue Lasten auferlegt werden müssen. Wo aber diese Auffassung einzieht, erlischt nicht nur die das politische Verantwortlichkeitsgefühl ungemein stärkende Sorge um die zukünftige Gestaltung der Steuerverhältnisse im Reiche, sondern es wird auch eine die Schwierigkeiten und Nachteile der Verstaatlichungen unterschätzende Stimmung erzeugt, die gar leicht zur kritiklosen Hinnahme aller Verstaatlichungspläne führen kann. Es scheint deshalb ein Versuch nicht überflüssig, wenigstens die äußersten Grenzen für die Ertragsmöglichkeit staatlicher Industriemonopole zu bestimmen. Der Mehrbedarf des Reiches wird zurzeit auf etwa 10 Milliarden Mark jährlich geschätzt.

Wie hoch ist nun die Summe, die durch Verstaatlichung industrieller Unternehmungen dem Unternehmergewinn entzogen und dem Reiche zugeführt werden kann? Wird zunächst davon abgesehen, ob und inwieweit die Erträge der Unternehmungen einmal durch den Krieg, dann durch die Verstaatlichung selbst beeinflusst werden, so ist die äußerste Grenze für den Ertrag die Gesamtsumme des Unternehmergewinns. Wie hoch ist aber dieser, beziehungsweise wie hoch war er vor dem Kriege also unter normalen Verhältnissen? Darüber gibt es keine allgemeinen und zuverlässigen Angaben. Immerhin sind einige Anhaltspunkte vorhanden, die Rückschlüsse zulassen. Sie liegen vor in den Ergebnissen der Aktiengesellschaften. Kann man halbwegs zuverlässig ermitteln, wie groß der in den Aktiengesellschaften zusammengefaßte Teil der Industrie ist, und darf man voraussetzen, daß die im Einzelbesitz befindlichen Unternehmungen mit einem nicht wesentlich anderen Ertragsverhältnis arbeiten als die Aktienunternehmungen, so lassen sich leidlich brauchbare Annäherungswerte für die Gesamtsumme des industriellen Unternehmergewinns ermitteln; da es sich hier nicht um exakte Angaben, sondern nur um eine Grenzbestimmung handelt, genügen diese.

Im Jahre 1907 wurde erstmalig eine amtliche Erhebung über die Erträge der Aktiengesellschaften vorgenommen. Im selben Jahre fand die bis jetzt letzte Betriebszählung statt, die sich auch auf die Unternehmungsformen der Betriebe erstreckte. Dabei wurde festgestellt, daß in den Unternehmungen, die im Besitz von Aktiengesellschaften waren, 1 758 457 Personen beschäftigt wurden gleich 141,8 vom Tausend aller Erwerbstätigen in der Industrie.

Aus der Erhebung über die Erträge der Aktiengesellschaften sei hier folgendes hervorgehoben: Es wurden 4578 Aktiengesellschaften ermittelt, die zusammen über 12,66 Milliarden Mark Aktienkapital und 2,66 Milliarden Mark Reserven, zusammen also über 15,32 Mark Unternehmungskapital verfügten. Der Jahresgewinn betrug nach Abzug der erlittenen Verluste 1,28 Milliarden Mark. Davon wurden 1,02 Milliarden Mark als Dividende verteilt. Die durchschnittliche Dividende betrug 9,2 Prozent auf das Aktienkapital und 8,4 auf das Unternehmungskapital.

Unterstellt man nun, daß erstens die Arbeiterzahl ein geeigneter Maßstab für die Bestimmung des Anteils der Aktiengesellschaften an der Gesamtindustrie ist und daß zweitens die durchschnittliche Rentabilität der Aktiengesellschaften der in der ganzen Industrie entspricht, so ergibt sich, daß der Unternehmervergewinn in der Industrie gleich ist dem Gewinn der industriellen Aktiengesellschaften multipliziert mit 7.

Der Unzulänglichkeit dieser Annahmen bin ich mir durchaus bewußt, und ich würde mich hüten, irgendwelche auf Genauigkeit Anspruch machende Berechnungen darauf zu stützen. Da hier aber nur die äußersten Grenzen ermittelt werden sollen, darf ich von solchen Annahmen ausgehen. Tatsächlich ist der Anteil der Aktiengesellschaften an der Gesamtindustrie größer, als sich aus dem Verhältnis der Arbeiterzahl ergibt, weil die organische Zusammensetzung des Unternehmungskapitals der Aktiengesellschaften durchschnittlich höher steht als die bei Einzelunternehmungen. Bilden aber die Aktiengesellschaften nicht ein Siebentel, sondern etwa ein Sechstel der Industrie, so verengern sich die Ertragsgrenzen wesentlich.

Um wiederum die äußerste Grenze zu finden, sei nicht der ausgeschüttete, sondern der nach Abzug der Verluste vorhandene Gewinn der Aktiengesellschaften zur Grundlage weiterer Berechnungen genommen; also 1,279 Milliarden Mark oder aufgerundet 1,3 Milliarden Mark. Multipliziert mit 7 ergibt das 9,1 Milliarden Mark Gesamtgewinn in der Industrie. Dieser Betrag mag nochmals aufgerundet werden auf 10 Milliarden Mark.

Nach den Berechnungen Helfferichs betrug 1907 das gesamte Einkommen des deutschen Volkes etwa 32 Milliarden Mark. Rechnen wir zu den oben geschätzten 10 Milliarden Unternehmervergewinn die 8,4 von den Berufsgenossenschaften ermittelten Arbeiterlöhne, so entfallen 18,4 Milliarden gleich rund 60 Prozent des Volkseinkommens auf Unternehmer und Arbeiter der Industrie. Sehen wir für die etwa 11 Millionen Landarbeiter nur 5 Milliarden Mark Einkommen ein und für die landwirtschaftlichen Unternehmer einen nicht geringeren Betrag, so bleibt für die freien Berufe usw. ein verhältnismäßig geringer Bruchteil des Volkseinkommens übrig. Es darf also angenommen werden, daß die errechnete Summe von 10 Milliarden Mark im Jahre 1907 tatsächlich die äußerste Grenze für die Höhe des industriellen Unternehmervergewinns bildete. In den letzten Jahren vor dem Kriege mag sie etwas höher gewesen sein, nach diesem Kriege wird, beziehungsweise würde sie jedoch voraussichtlich nicht höher, sondern niedriger sein. Trotzdem soll eine 20prozentige Steigerung des Unternehmervergewinns unterstellt, dieser also auf 12 Milliarden Mark jährlich veranschlagt werden.

Unter der Voraussetzung, daß alle anderen Umstände gleich bleiben, würde danach die Verstaatlichung der gesamten Industrie dem Reiche 12 Milliarden Mark Gewinn bringen — abzüglich der Summe, die zur Verzinsung der den Vorbesitzern der Unternehmungen gezahlten Abfindung erforderlich ist. Wie hoch wird aber diese sein? Nehmen wir an, daß die Unternehmungen ganz ausnehmend günstig, nämlich zum Betrag des Unternehmungskapitals erworben werden und daß dieses Kapital mit 5 Prozent verzinst werden mußte. Dann würden, da sich das Unternehmungskapital mit 8,4 Prozent verzinst, fast fünf Achtel, genauer fünfundzwanzig Zweiundvierzigstel von 12 Milliarden Mark für die Zinslasten abgezogen werden müssen. Das heißt, von den 12 Milliarden würden nur etwa 5 Milliarden Mark für das Reich bleiben.

Nun denkt aber niemand daran, die gesamte Industrie zu verstaatlichen. Selbst die allerweitestgehenden Pläne rechnen mit erheblich weniger als 50 Prozent. Damit schrumpft aber der für die Reichskasse zu erwartende Ertrag zu einem geringen Bruchteil der Kriegslasten zusammen.

Rein willkürlich ist auch die Annahme, daß die Unternehmungen zum ungeschätzten Sachwert erworben werden können. Alle Erfahrungen sprechen gegen diese Annahme. In letzter Zeit haben die Vorgänge beim Erwerb der »Hibernia« gezeigt, daß die Kapitalisten den Ertragswert ihrer Unternehmungen fordern — und zuweilen auch erhalten. Der ist aber gleich der kapitalisierten

R e n k e. Der Erwerb der Unternehmungen zum Ertragswert würde also zwar die Kapitalisten ihrer ökonomischen Funktion entkleiden, aber den Unternehmergewinn ihnen unberührt lassen. Die Verstaatlichung auf dieser Grundlage würde nicht Privatgewinn in Staatsgewinn, sondern nur Privatkapitalisten in Staatsrentner verwandeln — eine Verwandlung, die rund 60 Milliarden Mark Kriegsanleihen wirklich schon im Überflusse besorgt haben.

Diese mehr andeutenden Darlegungen sollen nur zeigen, daß die Auffassung, die laufenden Kriegskosten könnten voll oder doch zu einem erheblichen Teil durch Staatsmonopole aus dem Unternehmergewinn geschöpft werden, von irrigen Voraussetzungen ausgeht. Die Staatsmonopole werden, ganz gleich, in welchem Umfang und in welcher Form sie kommen, entweder nur einen Bruchteil der Kriegslasten decken, oder aber sie werden zu **S t e u e r m o n o p o l e n** ausgebildet, mit denen die Verbraucher geschöpft werden. Gewiß kann noch auf manchen gewerblichen Gebieten eine Steigerung des Gewinns ohne Verkeuerung des Produktes dadurch erzielt werden, daß an Stelle vieler Kleinbetriebe der Großbetrieb mit besseren Arbeitsmethoden tritt, während gleichzeitig die Verluste, welche durch die heutige Konkurrenz beim Absatz der Waren entstehen, fortfallen. Aber trotz alledem erschließt das Staatsmonopol nicht den Weg zu unerlöschlichen Schätzen.

Die Entwicklung der Mittel des Güterverkehrs in Deutschland und der Außenhandel.

Von — e t z —

V o r b e m e r k u n g. Die nachfolgende statistische Darstellung der Entwicklung der wichtigsten Verkehrsmittel und ihrer Leistungen in Deutschland im letzten Jahrzehnt vor dem Kriege will nicht zeigen, »wie herrlich weit« wir es auf dem besprochenen Gebiet überhaupt gebracht haben. Sie nimmt — soweit möglich — den Stand von 1903 als Ausgangspunkt, um durch Mitteilung der Zahlen, die an dem durch den Krieg bedingten vorläufigen Endpunkt der Entwicklung stehen, den erzielten Fortschritt erkennbar zu machen. Aus dem Vergleich der beiden Zahlenreihen ergibt sich, daß wir inmitten einer Entwicklung waren, deren eilender Schritt jedes historische Beispiel überholt hat. Gleichzeitig wird deutlich, welcher starken Anteil die rapide Zunahme des Außenhandels an dieser Entwicklung hat.

Als Quelle wurden die statistischen Jahrbücher für das Deutsche Reich benutzt. Es sei noch bemerkt, daß das Zahlenmaterial sorgfältig daraufhin angesehen wurde, wie es zustande gekommen ist. Abweichungen in der Art der Zählungen und sonstigen statistischen Aufnahmen, welche die Vergleichbarkeit zuweilen erheblich beeinträchtigen, sind entsprechend berücksichtigt worden. Im übrigen blieb bei der Bearbeitung oberster Gesichtspunkt, das Vergleichsverhältnis in erster Linie in absoluten Zahlen darzustellen und die Prozentzahlen nur als Hilfsmittel zu benutzen, um dies Verhältnis anschaulicher zu machen.

1. Bahnen und Bahnverkehr.

Die Reichsstatistik teilt die Bahnen in vier Gruppen, deren erste die vollspurigen Normal- (überwiegend Staats-)bahnen umfaßt, während zur zweiten Gruppe die schmalspurigen Eisenbahnen (je etwa zur Hälfte in Staats- und Privatbesitz), zur dritten Gruppe die sogenannten nebenbahnähnlichen Kleinbahnen und zur vierten Gruppe die »Straßenbahnen« gehören. Nach diesen Gruppen zusammengefaßt betrug am Ende des Jahres die **L ä n g e** der Linien:

	1903	1913
1. der dem öffentlichen Verkehr dienenden vollspurigen Eisenbahnen	Kilometer 52814,2	Kilometer 61158,8
a. der Hauptbahnen	32658,4	34658,5
b. der Nebenbahnen	20155,8	26500,3
2. der schmalspurigen Eisenbahnen	1961	2218,5
3. der nebenbahnähnlichen Kleinbahnen	7770,8	11166,6
4. der Straßenbahnen	3175,8	5110,7

Der in dem bezeichneten Zeitraum erreichte Fortschritt kommt in diesen Zahlen sehr unvollkommen zum Ausdruck. Sie unterrichten nur über die Länge der Bahnl i n i e n, nicht aber darüber, ob eine Linie ein-, zwei- oder mehrgleisig ist. Erst in der Vermehrung der Geleisekilometer würde man den tatsächlichen Fortschritt erfassen. Leider werden darüber keinerlei Mitteilungen gemacht. Sie würden sicher erweisen, daß die Verstärkung des Geleiseetzes weit erheblicher gewesen ist, als die vorstehenden Zahlen erkennen lassen.

Daß das nicht eine bloße Vermutung ist, zeigen andere Angaben, die für die voll- und schmalspurigen Eisenbahnen (Gruppe 1 und 2 der obigen Zusammenstellung) gemacht werden. Danach waren i n v e s t i e r t:

	1903	1913
	Mark	Mark
In den vollspurigen Eisenbahnen	13827000000	19245000000
das sind pro Linienkilometer	261300	313400
In den schmalspurigen Eisenbahnen	125803000	179573000

Für den G ü t e r v e r k e h r¹ standen den vollspurigen Eisenbahnen an Wagen zur Verfügung:

	Zahl		Ladegewicht (Tonnen)			
			Insgesamt		Pro Wagen	
	1903	1913	1903	1913	1903	1913
Güterwagen insgesamt	417415	667048	5328000	9683000	—	—
Davon bedeckte	122027	207762	1526000	2903000	12,5	14
offene	295388	459286	3802000	6780000	12,9	14,8
Außerdem Gepäckwagen	10901	18673	—	—	—	—

Auf 100 Kilometer Bahnlinie kamen 1903 810, 1913 aber 1121 Gepäck- und Güterwagen. Beachtenswert ist vor allem auch, daß das Durchschnittsladegewicht eines Wagens sich erhöht hat.

Für die Güterbeförderung² werden folgende Angaben gemacht: 1903 392,2 Millionen, 1913 676,6 Millionen Tonnen. Die Zahl der sogenannten

¹ Die Zahl der Lokomotiven (für Güter- und Personenzüge) betrug 1903 20845 und 1913 29520. Beschäftigt wurden 1903 557751, 1913 782731 Arbeiter und Beamte.

² Dem Personenverkehr dienten 1903 42143 und 1913 65961 Personenwagen. Darin wurden 1903 958 Millionen, 1913 1798 Millionen Personen befördert. Von diesen Personen wurden 1903 22508 Millionen, 1913 41210 Millionen Personenkilometer abgefahren. (Personenkilometer bedeutet die Beförderung einer Person 1 Kilometer weit.) Benutzt man die Bevölkerungszahl, um auf ein anschauliches Verhältnis zu kommen, so ergibt sich: Jeder Einwohner Deutschlands ist 1903 16,8mal, 1913 26,8mal auf einer vollspurigen Eisenbahn gefahren. Und zwar hat er 1903 im ganzen 384, 1913 615 Kilometer abgefahren.

Tonnenkilometer betrug 1903 39 491 Millionen, 1913 67 515 Millionen. (Tonnenkilometer bedeutet die Beförderung einer Tonne — 1000 Kilogramm — ein Kilometer weit.)

Die schmalspurigen Eisenbahnen besaßen 1903 8952 und 1913 11 881 Güter- und Gepäckwagen. Im Güterverkehr bewegten sie 1903 7,5 Millionen und 1913 11,3 Millionen Tonnen. (Zahl der Tonnenkilometer 92,8 und 135,1 Millionen.)

Alle diese Zahlen erweisen: die Intensität des Eisenbahnverkehrs hat sich im letzten Jahrzehnt enorm verstärkt.³ Die Verflechtung der Gebietssteile und der Einzelwirtschaften Deutschlands miteinander ist dichter geworden. Gleichzeitig aber haben sich die Fäden, die schon früher vom und zum Ausland hinüber und herüber gesponnen worden sind, bedeutend vermehrt. Es ist schade, daß uns nur ein geringes Zahlenmaterial zur Verfügung steht, um diese Bedeutung des Auslandsverkehrs für das Eisenbahnwesen Deutschlands darzustellen. Die wenigen Angaben liefert die »Statistik der Güterbewegung auf deutschen Eisenbahnen« in ihren Nachweisungen über den Ein-, Aus- und Durchfuhrverkehr. Stellen wir die betreffenden Zahlen zunächst ohne jede erläuternde Bemerkung zusammen.

Es betrug die Menge der beförderten Güter	Tonnen		Prozent des Gesamtverkehrs	
	1903	1913	1903	1913
Im Auslandsverkehr insgesamt . . .	42 138 000	72 282 000	14,49	14,29
im Versand nach dem Ausland . . .	22 975 000	48 002 000	7,90	9,49
- Empfang vom Ausland . . .	15 911 000	23 393 000	5,47	4,62
- Durchfuhrverkehr	3 252 000	887 000	1,12	0,18
- Inlandsverkehr	248 829 000	433 608 000	85,51	85,71
- Gesamtverkehr	290 967 000	505 890 000	—	—

Der Anteil des hier nachgewiesenen Auslandsverkehrs hat, wie aus dieser Zusammenstellung ersichtlich ist, 1903 und 1913 je etwa ein Siebentel des Gesamtverkehrs betragen. Allerdings ist er — genau genommen — von 14,49 auf 14,29 Prozent »zurückgegangen«. Im wesentlichen hat aber der Auslandsverkehr die gewaltige absolute Steigerung des Gesamtverkehrs durchaus mitgemacht.

Das gilt von dem Auslandsverkehr im ganzen. Im einzelnen muß festgestellt werden, daß der Versand nach dem Ausland sehr viel schneller gewachsen ist als der Gesamtverkehr, der Empfang vom Ausland aber langsamer. Das kommt in der Erhöhung des Anteils des Versandes von 7,9 auf 9,49 Prozent und in dem Sinken des Anteils des Empfanges von 5,47 auf 4,62 Prozent zum Ausdruck. Die Tendenz zum schnellen Anwachsen des Ausfuhranteils und zum langsameren Folgen der Einfuhrmengen ist in allen Jahren des angegebenen Zeitraums fast gleichmäßig wirksam. Dagegen ist der Rückgang der Durchfuhrmengen sprunghaft von 1904 auf 1905 erfolgt.

³ Der gewaltigen Steigerung der Leistungen entspricht natürlich eine ebensolche der Einnahmen. Die vollspurigen Eisenbahnen vereinnahmten 1903 2162 Millionen, 1913 3558 Millionen Mark, pro Kilometer Bahnlinie demnach 1903 40 936 und 1913 58 144 Mark. Bei den schmalspurigen Eisenbahnen betrug die Einnahmen 1903 10,9 Millionen, 1913 18 Millionen Mark.

Auf ein Siebentel können wir auf Grund der mitgeteilten Zahlen den Anteil des direkten Eisenbahnauslandsverkehrs am Gesamteisenbahnverkehr berechnen. Das tatsächliche Verhältnis stellt diese Angabe aber nicht dar, sie kommt ihm nicht einmal nahe. Wollten wir dieses ermitteln, so müßten wir mehr wissen als: welche Warenmengen auf dem direkten Wege Inland-Eisenbahn-Ausland ausgeführt und welche Mengen auf dem umgekehrten Wege Ausland-Eisenbahn-Inland eingeführt worden sind. Nur diesen Verkehr können wir aber statistisch erfassen. Dagegen fehlen uns jegliche Anhaltspunkte dafür, welche Gütermengen

1. in Deutschland durch die Eisenbahn zu einer Binnenwasserstraße und auf dieser ins Ausland,

2. in Deutschland durch die Eisenbahn zu einem Seehafen und von dort per Schiff ins Ausland,

3. in Deutschland durch die Eisenbahn zu einer Binnenwasserstraße, auf dieser zu einem deutschen Seehafen und von dort per Schiff ins Ausland,

4. auf einer Binnenwasserstraße aus dem Ausland nach Deutschland gebracht und dort mit der Bahn weiterbefördert,

5. per Schiff aus dem Ausland nach Deutschland gebracht und dort mit der Bahn weiterbefördert und

6. per Schiff aus dem Ausland nach Deutschland gebracht und dort auf einer Binnenwasserstraße und schließlich mit der Eisenbahn weiterbefördert worden sind.

Danach bestätigt sich auch hier wieder die Erkenntnis, die sich in Anschauung unserer Statistik oft aufdrängt: unser statistisches Wissen ist Stückwerk.

2. Der Verkehr auf den Binnenwasserstraßen.

Der amtliche »Führer auf den deutschen Schifffahrtsstraßen«, dem die folgenden Mitteilungen über die deutschen Binnenwasserstraßen entstammen, erschien schon im Jahre 1903. Inzwischen liegt ein Jahrzehnt eifriger Kanalisierungsarbeit hinter uns, so daß diese Zahlenangaben kein ganz zutreffendes Bild der Wirklichkeit geben.

Nach dem »Führer« waren in Deutschland insgesamt 13 793,4 Kilometer schiffbare natürliche und künstliche Wasserstraßen vorhanden:

Davon waren		Davon hatten eine »Fahrwassertiefe bei Mittelwasser« von	
freie Flußläufe	8033,4 Kilometer	über 5 Meter	838,4 Kilometer
kanalisierte Flüsse	1415,9 -	4 bis 5 -	561,2 -
Schifffahrtskanäle	2157,3 -	3 - 4 -	832,6 -
Schifffahrtsstraßen durch Seen, Häfen und dergleichen	2186,8 -	2,5 - 3 -	567,8 -
		2 - 2,5 -	2861,5 -
		1,5 - 2 -	4116,9 -
		1 - 1,5 -	2934,5 -
		unter 1 -	919,5 -

Dem Verkehr auf diesen »Straßen« dienten nach der Zählung vom 31. Dezember 1902 24 839 und 1912 29 533 Schiffe (ohne Regierungs-, Zoll- und Luftfahrzeuge). Eigene Triebkraft hatten 1902 2604 und 1912 4491 Schiffe. (Gezählt sind: 1902 die sämtlichen Personenschiffe mit eigener Triebkraft und die zur gewerbsmäßigen Frachtbeförderung bestimmten Schiffe jeder Art, soweit sie wenigstens 10 Tonnen Tragfähigkeit haben,

1912 die sämtlichen Personen- und Frachtschiffe mit eigener Triebkraft und die Frachtschiffe ohne eigene Triebkraft, soweit sie 10 Tonnen und mehr Tragkraft haben. Die Zahlen sind also nur bedingt vergleichbar.)

Die Gesamttragfähigkeit (1902 für 23 949 und 1912 für 29 523 Schiffe nachgewiesen) betrug 1902 4 877 509 Tonnen und 1912 7 394 657 Tonnen. Die Durchschnittstragfähigkeit eines Schiffes war 1902 204 Tonnen und 1912 250 Tonnen. Diese Erhöhung der Durchschnittstonnage — die eingetretten ist, obwohl 1912 in weiterem Umfang als 1902 die kleinsten Schiffe in die Statistik aufgenommen wurden — findet ihre Erklärung darin, daß vor allem die Zahl der großen Schiffe zugenommen hat. Es wurden nämlich gezählt:

Schiffe mit weniger als	50 Tonnen Tragkraft	1902	1912
50 bis 100		7134	7675
100 - 150		3630	4168
150 - 250		1705	2264
250 - 400		5732	6316
400 - 600		2652	3710
600 - 800		1435	2317
über 800		692	1423
		969	1650

Die Statistik des Güterverkehrs auf den Binnenwasserstraßen hat erst seit 1909 eine solche Ausgestaltung erfahren, daß ihre Resultate mit Nutzen verwendet werden können. Sie bietet deshalb bis jetzt nur wenig Vergleichsmaterial. Das Wichtigste von dem, was sie bisher gebracht hat, ist im folgenden zusammengefaßt:

Die Gesamtmenge der beförderten Güter wird für 1909 mit 73 365 000 Tonnen, für 1913 mit 99 625 000 Tonnen angegeben. Die Verteilung dieser Gütermengen auf die einzelnen »Stromgebiete« ist bisher nur für 1912 und 1913 im »Gesamtverkehr ohne Durchfuhr« nachgewiesen worden. Darin erscheinen die im Inlandsverkehr beförderten Gütermengen doppelt (als abgegangen und angekommen), dagegen die ins Ausland beförderten und die aus dem Ausland empfangenen Güter nur einfach. Wollten wir nun das Anteilverhältnis der einzelnen Stromgebiete nach dem »Gesamtverkehr« berechnen, so würde dasselbe für diejenigen zu gering erscheinen (für die anderen entsprechend zu hoch), die einen vergleichsweise hohen Auslandsverkehr haben. Ich habe deshalb durch entsprechende Umrechnung die im Jahre 1913 beförderten Gütermengen zu ermitteln gesucht. Nach dieser Berechnung wurden befördert:

	Tonnen	Prozent der Gesamt-Gütermenge
Im Rheingebiet	61 180 000	61,4
- Gebiet der Elbe	13 997 500	14,05
- - - märkischen Wasserstraßen	8 020 500	8,05
- - - Oder	7 517 500	7,55
- Weser-Ems-Jadegebiet	5 464 000	5,5
- Gebiet der östlichen Wasserstraßen	3 012 500	3,0
- Donaugebiet	433 000	0,45
Insgesamt	99 625 000	100,00

Die Wasserstraßen des Rheingebiets — und in diesem Gebiet vor allem der Rhein selbst — bewältigten also im Jahre 1913 mehr als drei Fünftel der Gütermengen, die im Binnenwasserverkehr überhaupt »umgeschlagen« wurden.

Betrachten wir nun zum Schluß dieses Abschnitts noch die Gliederung des Binnenwasserauslandsverkehrs und seine Bedeutung. Die Gesamtmenge der beförderten Güter wurde oben bereits für das Jahr 1913 auf 99 625 000 Tonnen angegeben. Davon gingen 19 718 000 Tonnen (19,8 Prozent) ins Ausland, während 23 233 000 Tonnen (23,3 Prozent) aus dem Ausland empfangen wurden. Auf den gesamten Auslandsverkehr entfielen 1913 43,1 Prozent der überhaupt beförderten Gütermengen. In den einzelnen Stromgebieten ist der Anteil des Auslandsverkehrs an den im ganzen beförderten Gütermengen natürlich sehr verschieden; ebenso zeigt das Anteilverhältnis der einzelnen Stromgebiete am Auslandsverkehr bedeutende Abweichungen von dem oben mitgeteilten Anteilverhältnis am Gesamtverkehr. Vergleiche hierzu die beiden folgenden Tabellen. (Alle Zahlen für 1913.)

I. Das Verhältnis des Auslandsverkehrs zum Gesamtverkehr in den einzelnen Stromgebieten.

Bezeichnung des Stromgebietes	Insgesamt beförderte Gütermenge (Tonnen)	Im Auslandsverkehr beförderte Gütermenge	
		Tonnen	Prozent der Gesamtmenge
Rheingebiet	61 180 000	38 439 000	62,8
Gebiet der Elbe	13 997 500	2 478 000	17,7
- - märkischen Wasserstraßen	8 020 500	318 000	4,0
- - Oder	7 517 500	156 000	2,0
Weser-Ems-Jadegebiet	5 484 000	281 000	5,1
Gebiet der östlichen Wasserstraßen	3 012 500	972 000	32,3
Donaugebiet	433 000	307 000	70,9
Insgesamt	99 625 000	42 951 000	43,1

II. Der Anteil der einzelnen Stromgebiete am Auslandsverkehr.

Bezeichnung des Stromgebietes	Versand nach dem Ausland		Empfang vom Ausland	
	Tonnen	Prozent des Gesamt-Versands	Tonnen	Prozent des Gesamt-Empfangs
Rheingebiet	18 461 000	93,6	19 978 000	86,0
Gebiet der Elbe	785 000	4,0	1 693 000	7,3
- - märkischen Wasserstraßen	—	—	318 000	1,4
- - Oder	31 000	0,2	125 000	0,5
Weser-Ems-Jadegebiet	126 000	0,6	155 000	0,7
Gebiet der östlichen Wasserstraßen	152 000	0,8	820 000	3,5
Donaugebiet	163 000	0,8	144 000	0,6
Insgesamt	19 718 000	100,0	23 233 000	100,0

Tablelle I erweist, daß Rhein und Donau im wahrsten Sinne des Wortes internationale Verkehrsstraßen sind. Tablelle II läßt erkennen, in welchem Maße sich der Auslandsverkehr der deutschen Binnenwasserstraßen auf die Wasserstraßen des Rheingebiets (und zwar ganz überwiegend auf den Rhein selbst) konzentriert. Während bei den Eisenbahnen der Versand ins Ausland über den Empfang vom Ausland überwiegt, zeigen die Binnenwasserstraßen die umgekehrte Erscheinung.

Etwas höhere Gesamtzahlen als die obige Tabelle weist die Statistik auf, die uns über den Auslandsverkehr der deutschen Binnenwasserstraßen mit den verschiedenen Nachbarländern unterrichtet. Auch sie gibt nur Zahlen für die allerjüngste Vergangenheit, und deshalb soll auch hier nur der Verkehr des Jahres 1913 dargestellt werden.

Grenzverkehr	Versand		Empfang	
	Tonnen	Prozent des Gesamt-Versands	Tonnen	Prozent des Gesamt-Empfangs
Über die Grenze gegen Holland . . .	17764380	88,8	19943973	79,5
- - - - Österreich . . .	971569	4,85	2676141	10,65
- - - - Rußland . . .	870402	4,35	1683449	6,7
- - - - Frankreich . . .	169952	0,85	535650	2,15
- - - - die Nordsee . . .	133141	0,65	166445	0,65
Auf dem Bodensee	63413	0,3	43605	0,2
Über die Grenze gegen die Schweiz . . .	36984	0,2	33982	0,15
- - - - Luxemburg . . .	888	0,0	8949	0,0
Insgesamt	20010729	100,0	25092194	100,0

Der Auslandsverkehr der deutschen Binnenwasserstraßen ist also in erster Linie ein Verkehr mit Holland und — das darf man jetzt wohl hinzusetzen — ein Hilfsmittel des Seeverkehrs. (Schluß folgt.)

Literarische Rundschau.

Karl Blank, *Innere Kolonisation oder landwirtschaftlicher Großbetrieb nach dem Weltkrieg*. Berlin 1916, Puttkammer & Mühlbrecht. 56 Seiten.

Der Verfasser wendet sich aufs schärfste gegen die »innere Kolonisation«, die von Staats wegen betriebene Zerschlagung der Großbetriebe in kleine Güter. Er sieht darin eine reaktionäre Maßregel, da der Großbetrieb auch in der Landwirtschaft, zum mindesten für Getreide- und Futterbau, Hackfrüchte und Viehzucht produktiver ist als der Kleinbetrieb. Nach dem Kriege, wo es gilt, die landwirtschaftliche Produktion aufs höchste zu steigern, müßte die staatliche Verkleinerung der großen Güter geradezu verhängnisvoll wirken.

Doch gibt der Verfasser zu, daß diese heute nicht das leisten, was sie leisten könnten. Die Hauptschuld sieht er am Mangel an Kapital. Das Betriebskapital der Großbetriebe muß vermehrt, ihre Intensität gesteigert werden.

Soweit stimmen wir mit dem Verfasser ganz überein. Da er aber leider nur Praktiker, nicht Theoretiker ist, stehen seine Ausführungen darüber, warum es dem Großgrundbesitz an Kapital fehlt, auf schwachen Füßen. Er übersieht, daß der Großbetrieb durch das Privateigentum am Boden und das Steigen der Grundrente in seiner Entwicklung gehemmt wird.

Indes gerade deshalb, weil der Verfasser nur als »Praktiker« auftritt, nicht als »Theoretiker«, erhalten seine Ausführungen über die Produktivität des Großbetriebs und die Lächerlichkeit der inneren »Kolonisation«, namentlich in Ostelbien, besonderes Gewicht. Man kann nicht sagen, die Anschauungen seien einer Theorie zuliebe zurechtgemacht. Sie entstammen der Erfahrung.

K. K.

Die Neue Zeit

Wochenschrift der Deutschen Sozialdemokratie

2. Band Nr. 18

Ausgegeben am 3. August 1917

35. Jahrgang

Nachdruck des Artikels nur mit Quellenangabe gestattet

Die Welt nach dem großen Tag.

Von Ed. Bernstein.

Der 19. Juli sollte ein großer Tag in der Geschichte des Deutschen Reichstags und des deutschen Volkes werden. In ihm sollte vom Reichstag, als dem berufenen Mundstück des deutschen Volkes, eine Kundgebung an die Völker ergehen, welche dessen Bereitschaft zu einem ehrlichen Verständigungsfrieden aussprechen und so dem baldigen Zustandekommen dieses Friedens den Weg ebnen sollte. Ein schöner Gedanke, wie wir gern zugeben. Und wir wollen weitergehen und die ihm entsprechende Absicht seiner Urheber nicht in Zweifel stellen. Der Gedanke in allen Ehren. Anders allerdings mit der Ausführung.

Der Tag ist vorüber, und selbst diejenigen, die ihn zu einem Triumphtag ihrer Politik hatten gestalten wollen, haben sich gezwungen gesehen, einzugesehen, daß er das nicht gewesen ist, was er nach ihrem Plan hatte sein sollen. Gewiß, nicht ausschließlich durch ihre Schuld. Der klägliche Rückzug der Nationalliberalen, durch den die Ziffer der für die Kundgebung Stimmenden auf 216, nur wenig über die Hälfte der Mitglieder des Reichstags, zusammenschmolz, kann ihnen nicht auf Rechnung gestellt werden. Denn sie hatten dieser Partei das Stimmens für die Kundgebung nur zu leicht gemacht. Bedenklicher war, daß der neue Reichskanzler, Dr. Michaelis, zwar in seiner Antrittsrede deutlich erkennen ließ, daß seine Kriegsziele sich in nichts von denen seines Vorgängers Bethmann Hollweg unterscheiden, trotzdem aber erklärte, diese Ziele ließen sich, wie er die Kundgebung auffasse, ganz gut in deren Rahmen verwirklichen. Damit nahm er ihr vollends das, was ihr Bedeutung hätte verleihen können. »Ein Ende mit den Zweideutigkeiten.« So hatte das schöne Lösungswort gelaufen, mit dem Herr Erzberger in einem heroischen Augenblick im Reichstagsausschuß mit einer Rede, die durch rückhaltlose Darlegung der Weltlage großen Eindruck machte, die Aktion eingeleitet hatte. »Fort mit den Zweideutigkeiten, mit dem Tappen im Dunkeln!« Ein schönes, ein mutiges Wort. Aber eben nur ein Wort. Die mit ihm eingeleitete Aktion ward durch das Kanzlerwort aufs neue zu einer Zweideutigkeit gestempelt. Das war in der Tat ein schwerer, ein geradezu vernichtender Schlag.

Von ihm kann man nicht sagen, daß er die Akteure ohne Verschulden ihrerseits traf. Denn nicht die Erklärung des Dr. Michaelis hat die Zweideutigkeit erst in die Situation hineingetragen. Sie lag schon im Wortlaut der Kundgebung selbst angezeigt.

Diese lautet:

Wie am 4. August 1914 gilt für das deutsche Volk auch an der Schwelle des vierten Kriegsjahres das Wort der Thronrede: »Uns treibt nicht Eroberungssucht!«

1916-1917. II. Bd.

35

Zur Verteidigung seiner Freiheit und Selbständigkeit, für die Unversehrtheit seines territorialen Besitzstandes hat Deutschland die Waffen ergriffen.

Der Reichstag erstrebt einen Frieden der Verständigung und der dauernden Versöhnung der Völker. Mit einem solchen Frieden sind erzwungene Gebietswerbungen und politische, wirtschaftliche oder finanzielle Vergewaltigungen unvereinbar.

Der Reichstag weist auch alle Pläne ab, die auf eine wirtschaftliche Absperrung und Verfeindung der Völker nach dem Kriege ausgehen. Die Freiheit der Meere muß sichergestellt werden. Nur der Wirtschaftsfriede wird einem freundschaftlichen Zusammenleben der Völker den Boden bereiten.

Der Reichstag wird die Schaffung internationaler Rechtsorganisationen tatkräftig fördern.

Solange jedoch die feindlichen Regierungen auf einen solchen Frieden nicht eingehen, solange sie Deutschland und seine Verbündeten mit Eroberungen und Vergewaltigungen bedrohen, wird das deutsche Volk wie ein Mann zusammenstehen, unerschütterlich ausharren und kämpfen, bis sein und seiner Verbündeten Recht auf Leben und Entwicklung gesichert ist.

In seiner Einigkeit ist das deutsche Volk unüberwindlich. Der Reichstag weiß sich darin eins mit den Männern, die in heldenhaftem Kampfe das Vaterland schützen. Der unvergängliche Dank des ganzen Volkes ist ihm sicher.

Nicht erst im Lichte der Kommentare, die dieser Erklärung von Freund und Feind zuteil geworden sind, aber durch sie in seinem Urteil bestärkt muß der sozialdemokratische Kämpfer für den Völkerfrieden die Frage erheben: War diese Erklärung das, was der Augenblick gebot, wenn der Friede ernsthaft gefördert werden sollte?

Selbst die Leiter der deutschen Pazifistenverbände, in ihrer Mehrheit Mitglieder der Parteien, die die Erklärung aufgesetzt hatten, haben sich veranlaßt gesehen, in einer Eingabe an den Reichstag, worin sie die Erklärung zunächst als einen Schritt in der rechten Richtung begrüßen, sich dahin auszusprechen, daß sie weder alles sagt, was gesagt werden mußte, noch das, was sie sagt, so sagt, wie es gesagt werden mußte, um deren Zweck eines Friedensmanifestes gerecht zu werden. Die Eingabe, die von den Geschäftsführern der Deutschen Friedensgesellschaft, des Bundes Neues Vaterland, des Nationalen Frauenausschusses für einen dauernden Frieden und der Zentrale Völkerrecht unterzeichnet ist, bittet, die Erklärung zu ergänzen durch

1. die Anerkennung des Rechtes nationaler Minderheiten auf kulturelle, wirtschaftliche und politische Gleichberechtigung;
2. die Forderung möglichst ungehinderter internationalen Güterauskaufes, freien Verkehrs und der offenen Tür und
3. die Forderung, daß einer Wiederkehr des verderblichen und gefährlichen Rüstungswettlaufes vorgebeugt werde durch internationale Vereinbarungen über allgemeine Abrüstung.

In der Begründung aber sagt sie unter anderem:

Wir wollen es dahingestellt sein lassen, ob es zweckmäßig ist, in einer solchen Rundgebung an der stark umstrittenen und im Ausland fast durchweg anders als in Deutschland beantworteten Frage des Ursprunges dieses Krieges zu rühren, ebenso auch, ob es zweckmäßig ist, an die Proklamierung von Kriegszielen im Sinne eines Verständigungsfriedens gleich die Proklamierung der Fortführung des Kampfes — für den Fall der Zurückweisung eines solchen Angebots — anzuschließen und damit eine Selbstverständlichkeit besonders zu betonen.

Das ist sehr gemäßigt und schonend ausgedrückt, auch wird hinzugefügt, die Unterzeichner machten kein Hehl daraus, daß über diese Fragen auch in ihren Reihen die Ansichten auseinandergehen. Wie richtig aber das Gefühl war, das diese Worte diktiert hat, hat die Tatsache bewiesen, daß die bemängelten Sätze sofort in den gegnerischen Ländern Proteste und Gegen-erklärungen hervorgerufen haben.

Schärfer als die Pazifistenvereine hat in der Reichstags-Sitzung vom 19. Juli Hugo Haase als Sprecher der Unabhängigen Sozialdemokratie in seiner vortrefflichen, markigen Rede zur Kundgebung der Blockparteien diese Widersprüche in der Erklärung gekennzeichnet und zurückgewiesen. Von Seiten derer, die noch bis vor kurzem für Gebietserweiterungen eintraten, ein Fortschritt, sei sie, sagte er, für die Unabhängige Sozialdemokratie als Ganzes unannehmbar, und begründete das in bezug auf Einleitungssatz und Schlußstück wie folgt:

Die Darstellung über den Anfang des Krieges ist vor der Geschichte unhaltbar, und wir können uns nicht dazu hergeben, hier gegen die geschichtliche Wahrheit Erklärungen abzugeben. Dasselbe gilt von der sehr oberflächlichen Geschichtserklärung, die der neue Herr Reichskanzler heute geliefert hat. Wir vergessen nicht das Ultimatum Osterreichs an Serbien, nicht die Rüstungen Osterreichs gegen Rußland, nicht die Beratungen, die hier in Berlin am 5. Juli 1914 stattgefunden haben, nicht die Tätigkeit der Herren Tirpitz und Falkenhayn in den kritischen Tagen.

Und im Anschluß an den Nachweis, daß auch der mittlere Teil der Erklärung, der das eigentliche Friedensprogramm anzeigen soll, unklar und schon darum auch zweideutig ist, sagte unser Genosse:

Die Resolution, die Sie vorlegen, endigt nach diesen unklaren Äußerungen in schmetternde Kriegsankündigungen. Sie läuft hinaus auf die Aufpeitschung der Schlacht- und Kriegsleidenschaft, nicht auf Stärkung des Friedenswillens. Unser Volk braucht aber nicht den Kriegesfuror, sondern es verlangt den Frieden.

In der Tat, auf wen sollte, auf wen k o n n t e die Androhung am Schlusse der Erklärung einen den Frieden fördernden Eindruck machen? Eine Androhung, die obendrein in das der weitestgehenden Auslegung fähige Schlagwort »R e c h t a u f E n t w i c k l u n g« ausläuft? Als ob nicht gerade dieses Schlagwort den ganzen Streit zwischen Imperialismus und liberalem wie sozialistischem Internationalismus noch unausgefochten in sich trüge, so daß in der Tat nicht nur Herr Michaelis, sondern auch Graf Westarp, Herr Dietrich Schäfer oder irgendein beliebiger sonstiger Überanexionist seine Kriegsziele mit ihm decken könnte.

Es gibt ein Wort, das eine sichere, keine Verdunkelung zulassende Scheidelinie zieht zwischen der Friedenspolitik, auf Grund deren allein eine den Fortgang des Krieges allen entbehrlich machende Verständigung der Völker des heute zerrissenen Europa möglich ist, und den verschiedenen Gattungen von Imperialismus. Dies Wort heißt S e l b s t b e s t i m m u n g s r e c h t d e r V ö l k e r, und gerade es f e h l t in der Erklärung. Nicht von ungefähr. Denn statt seiner finden wir in ihr den dehnbar gefaßten Satz über erzwungene Gebietserwerbungen, der dadurch, daß er von den Völkern abweicht, dem Gedanken an das Erlangen von der Form nach freiwilligen Abtretungen durch Kriegsdruck Tür und Tor öffnet. Während aber die Sicherstellung des Selbstbestimmungsrechts der Völker außer Betracht ge-

lassen wird, erscheint inmitten des Satzes, der die wirtschaftlichen Absper-
rungspläne abweist, statt der notwendigen Ergänzung dieses Gedankens
durch die Formulierung der positiven Forderung der Freiheit des in-
ternationalen Handels die Forderung: »Die Freiheit der Meere
muß sichergestellt werden.« Wieder finden wir die Kritik, die Haase an der
Einfügung dieses Schlagworts übt, durch die erst nachträglich im Reichstag
verteilte Eingabe der Pazifisten bestätigt.

Haase sagte:

Sie fordern, daß die Freiheit der Meere sichergestellt werde. Was verstehen
Sie unter dieser Forderung? Der Aufschwung unserer Handelsflotte war vor dem
Kriege der allerglänzendste. Stolz zog unsere Flotte durch alle Meere, und niemand
hinderte sie daran. Was bedeutet diese Redensart: »Die Freiheit der Meere muß
sichergestellt werden? Im Frieden ist diese Freiheit gewährleistet... Wie wollen
Sie sie für den Fall eines Krieges sicherstellen? Für eine Gesellschaftsordnung, die
einen Krieg nicht mehr erzeugt, wie die sozialistische Gesellschaftsordnung, ist die
Freiheit der Meere kein Problem. Solange es aber Kriege gibt, wird die Freiheit
der Meere im Kriegszustand beschränkt werden von demjenigen, der die nötigen
Kriegsmittel dazu in der Hand hat. Welche Garantien wollen Sie dagegen? Es gibt
nur ein Mittel, das Erfolg verspricht: allgemeine Abrüstung mit gleichzeitiger Ab-
schaffung des Seebeuterechts.

In der Eingabe der Pazifisten aber wird gesagt:

Die »Freiheit der Meere« zu fordern, hat in diesem Zusammenhang, genau ge-
nommen, keine Berechtigung, da es wohl kaum beabsichtigt sein kann, damit ge-
wisse fanatische und überspannte Forderungen, die auf Boykottierung des deutschen
Seeverkehrs hinauslaufen, zurückzuweisen. Solche Forderungen sind nur jetzt wäh-
rend des Krieges erhoben worden und verdienen keine ernsthafte Beachtung in
einer feierlichen Erklärung des Deutschen Reichstags. Die Freiheit der Meere für
Friedenszeiten bestand vor Ausbruch des Krieges in vollem Umfang und ist seit
Menschenaltern niemals ernstlich angefochten worden. Nur für Kriegszeit war nach
dem geltenden Seekriegsrecht die Freiheit der Meere stark eingeschränkt, und sie
ist während dieses Krieges durch die mißbräuchliche Ausdehnung der Begriffe
»Konterbande« und »Blockade« sowie durch die darauf folgenden, von beiden Seiten
nach dem gefährlichen System der Repressalien immer weiter gesteigerten Maß-
nahmen vollends verlorengegangen. Die Freiheit der Meere, die es in
Wahrheit zu sichern gilt, ist ein Bestandteil nicht des friedlichen
Wirtschaftslebens, sondern des Kriegsvölkerrechts.

Sie hängt zusammen mit der dritten Forderung, die wir uns gestatten dem
Reichstag zu unterbreiten.

Diese dritte Forderung der Pazifisten ist eben, wie weiter oben ange-
geben, dieselbe Forderung, in die Haases Satz ausläuft, nämlich die Forde-
rung der A b r ü s t u n g.

Ich sehe voraus, daß sich Sozialisten finden werden, welche diese Über-
einstimmung des radikalen Sozialdemokraten Haase mit den Pazifisten als
für den ersteren kompromittierend hinzustellen versuchen. Den in offenem
oder verhälltem Imperialismus machenden Sozialisten wie den Ihnen auf
theoretischem Gebiet seelenverwandten Sozialisten um Karl Radek liegt es
nahe, sie als ein Abweichen in der Richtung der kleinbürgerlichen Ideologie
zu bespötteln. Indes steht die Frage heute tatsächlich auf Imperialismus oder
Pazifismus, wobei es ganz auf die Verhältnisse der einzelnen Länder an-
kommt, ob der letztere auf revolutionärem Wege oder durch Agitation mit

gefehllichen Mitteln erstrebt wird. Immer ist er heute das Interesse und die Forderung des international gesinnten Proletariats. Auch heißt natürlich eine Forderung erheben noch nicht sich Täuschungen über die Umstände hingeben, unter denen ihre Verwirklichung erwartet werden kann.

Wie weit aber die Pazifisten ihrerseits heute in der Erkenntnis der Bedingungen der Verwirklichung ihres Ideals sind, geht aus einer anderen Stelle jener Eingabe hervor.

Es heißt da:

Wir hoffen binnen kurzem dem Reichstag eine Schrift vorlegen zu können, die im Gegensatz zu der bisher in pazifistischen Kreisen befürworteten Idee einer Beschränkung und allmählichen Minderung der Rüstungen die radikale — sofortige und vollständige — Abrüstung als eine Voraussetzung der Verständigung und als Mittel der Friedenssicherung empfiehlt.

Die Mehrheit des Reichstags wird sich diesen Gedanken nicht heute schon zu eigen machen wollen, obschon die Verkündung desselben ein erlösendes Wort, eine befreiende Tat wäre. Aber die allgemeiner gehaltene Forderung, daß mit der Schaffung internationaler Rechtsorganisationen auch einer Wiederkehr des Rüstungswettkampfes durch internationale Vereinbarungen über allgemeine Abrüstung vorgebeugt werden muß, ist heute schon Gemeingut aller derer, die wirkliche Verständigung und dauernden Frieden wollen. Zu dieser grundsätzlichen Forderung der vertragsmäßigen Rüstungsbeschränkung muß sich auch der Deutsche Reichstag bekennen, wenn seine Kundgebung für einen Frieden der Verständigung und für die dauernde Versöhnung der Völker das rechte Vertrauen finden soll.

Wie richtig dieser letzte Satz ist, hat die Aufnahme der Berichte über das Schicksal der Kundgebung im neutralen und gegnerischen Ausland bewiesen.

Es wäre unrichtig und ungerecht, zu behaupten, daß sie völlig wirkungslos geblieben sei. Als die ersten Nachrichten von ihrem Bestehen in die Welt gelangten, war der Eindruck im Gegenteil ein sehr großer. In weiten Kreisen atmete man auf, und wenn auch die Erwartungen nicht überall die gleichen waren, wenn den Meldungen hier starke Vertrauensseligkeit und dort ein gutes Stück Mißtrauen entgegengebracht wurde, so hoffte man doch, dem Zeitpunkt der Einleitung von Friedensverhandlungen ein mehr oder minder großes Stück nähergekommen zu sein. Diese Wirkung konnte man auf Schrift und Triff bei uns beobachten, und sicherlich war es in den gegnerischen Ländern nicht viel anders. Selbst die Sprache der gewohnheitsmäßig heftigen Blätter jener Länder veränderte sich etwas. Insbesondere als man erfuhr, daß zwischen dem neuen Block und dem Reichskanzler v. Bethmann Hollweg ein starker Gegensatz in bezug auf die geplante Kundgebung bestand, als sich eine ernsthafte Kanzlerkrise ankündigte, da glaubten viele haben und drüben in der Tat so etwas wie eine neue Weltlage heranziehen zu sehen.

Diese Erwartungen sind durch die Lösung, welche die Kanzlerkrise gefunden hat, und den Verlauf der Sitzung vom 19. Juli gründlich zerstört worden. Herr v. Bethmann Hollweg ist gegangen. Aber nicht der Opposition des neuen Blocks von Zentrum, Volkspartei und sozialdemokratischer Mehrheitsfraktion ist er gewichen, sondern dem Ansturm der Rechten und der

hinter dieser stehenden sozialen Mächte, der in dem Augenblick unwiderstehlich wurde, wo die genannten Blockparteien beim besten Willen dem bisherigen Kanzler nicht ferner Deckung zusichern konnten. Deren Blätter, nicht die der Konservativen und Alldeutschen, haben dem scheidenden Kanzler Tränen der Wehmut nachgeweiht, und deutlich haben sie zu erkennen gegeben, daß man sich mit dessen Verbleiben im Amt abgefunden hätte, wenn er der Mann gewesen wäre, dem Block etwas mehr Entgegenkommen zu zeigen.

Wenn Herr v. Bethmann Hollweg sich dazu nicht in der Lage sah, so ist der Grund dafür nicht in seiner grundsätzlichen Stellung zur Kriegs- und Friedensfrage und der Frage der Annexionsforderungen zu suchen. So weit, wie es sein Nachfolger getan hat — sofern man dessen Erklärung vom 19. Juli überhaupt als ein Entgegenkommen bezeichnen kann —, konnte er sehr gut gehen, ohne sich mit seinen früheren Äußerungen in zu starken Gegensatz zu bringen. Ihn lähmten jedoch die Feindschaften, von denen er sich in den Kreisen umgeben sah, deren Stimme bei uns in solchen Fragen besonders schwer ins Gewicht zu fallen pflegt. Warum konnte Herr Michaelis die Erklärung abgeben, die er am 19. Juli verlesen hat? Nicht im Widerspruch, in Übereinstimmung mit der obersten Heeresleitung hat er sie aufgesetzt. Als der Vertrauensmann von Hindenburg und Ludendorff ist er allgemein im Reichstag bezeichnet worden, und wenn diejenigen vielleicht übertreiben, die wissen wollen, daß er sogar von ihnen dem Kaiser vorgeschlagen und vorgeführt worden sei, so ist doch so viel außer Zweifel, daß seine Ernennung ihr Placet gefunden hatte. Insofern ist man berechtigt, den Kanzlerwechsel als einen Sieg derjenigen Macht zu bezeichnen, die man unter politischem Gesichtspunkt die *Armee* nennt. In keiner Hinsicht aber hat er auf die Kennzeichnung als Sieg der Parlamentsführer Anspruch. Im Zeitpunkt, wo dies geschrieben wird, ist es noch zweifelhaft, ob überhaupt nun Parlamentarier in die Regierung werden genommen werden und welche etwaigenfalls dazu ausersehen sind. Aber selbst wenn es ihrer ein halbes Duzend sein würde, so würde damit am Wesen des Systems der Reichsregierung noch nicht das mindeste geändert sein. Es wäre ein von der besonderen Sachlage des Augenblicks diktiert Versuch, nichts weiter. Der Erringung des parlamentarischen Regierungssystems wären wir in Deutschland damit um keinen Zoll breit nähergerückt.

Herr Dr. Georg Michaelis ist kein parlamentarischer Kanzler, keine parlamentarische Mehrheit deckt ihn, keine sieht in ihm den Mann ihres Vertrauens. Die Parteien der Rechten haben ihn mit Ausdrücken der Hoffnung begrüßt, daß er sich ihres Wohlwollens würdig zeigen werde, auf der Linken hat man sich bemüht, möglichst gute Miene zu einem Spiel zu machen, über das man doch nicht in der Lage war, seine Enttäuschung zu verbergen. Die obenerwähnte Erklärung des Kanzlers, er glaube im Rahmen der Resolution der drei Blockparteien, wie er diese verstehe, seine Kriegsziele verwirklichen zu können, war ein Blumensträußchen, das er diesen zuwarf, aber kein Programm, mit dem sich etwas anfangen läßt. Sie hat die ohnehin so verschwommene Resolution nur noch bedeutungsloser gemacht.

Der bedrückenden Erkenntnis dieser Tatsache haben sich auch die Redner nicht entziehen können, die von den Blockparteien ausersehen waren, die Resolution zu begründen. Herr Fehrenbach vom Zentrum ist ein guter

Redner, Philipp Scheidemann ein gewandter parlamentarischer Trommelschläger, der Volksparteiler Paper verfügt über volltönende Akzente. Aber von der erhebenden Gewißheit, das Große, worauf die Völker warten, wirklich und wirksam in die Wege geleitet zu haben, ließen ihre Reden wenig verspüren. Kein Festtag des Parlaments war es, wie ihn eine Aktion bedeuten hätte, die vom Vertrauen der Verfasser der Kundgebung in deren Kraft getragen war, auf keinem Gesicht sah man Zeichen dieses Selbstvertrauens, Zeichen einer freudigen Erregung. Mit geschäftsmäßiger Nüchternheit ging alles vor sich, keine der drei Reden trat aus dem Geleise der gewohnten parlamentarischen Rhetorik heraus, keine brach kühn mit der Überlieferung gewordenen offiziellen Darstellung der Kriegsurfachen und Kriegsfragen, und der Akt der Abstimmung löste kein anderes Empfinden aus als jedes sonstige Votum des Reichstags.

Konnte es aber anders sein, nachdem man sich auf eine Fassung der Resolution geeinigt hatte, nach welcher diese, um ein landläufiges Bild zu gebrauchen, der Schlange gleich, die sich in den eigenen Schwanz beißt, und nachdem, damit nicht zufrieden, Organe der Blockparteien durch kommentierende Artikel und Notizen die politische Tragweite selbst dieser Resolution noch herunterzuhandeln gesucht hatten? Verschiedentlich hat man auf diesen Prozeß, bei dem von sozialdemokratischen Publikationen die Internationale Korrespondenz das Stärkste geleistet zu haben scheint, das Wort von der Furcht vor der eigenen Courage angewandt. Auf einen Teil der Blätter der bürgerlichen Parteien mag es zutreffen, denn für diese Parteien war die Resolution ja gegenüber ihren bisherigen Erklärungen wirklich ein Fortschritt. Aber für die Sozialdemokraten des Blocks war sie kein Fortschritt, sondern, die Gruppe der Imperialisten ausgenommen, ein Rückschritt, ein Abhandeln von früheren Erklärungen, und so würde auf die Ausdeutungen der Resolution, wie die Internationale Korrespondenz sie gebracht hat, ein ganz anderes Bild passen.

Aber das ist eine Nebenfrage, welche die Mitglieder dieser Fraktion unter sich abmachen mögen. Von allgemeinerem Interesse ist, daß die Fraktion überhaupt der Blockbildung zullebe sich zu einer Formel verstanden hat, die so ungemein weit hinter dem zurückbleibt, was man von Sozialdemokraten in dieser bedeutungsvollen Völkerfrage zu verlangen berechtigt ist.

Ich bin, wie man weiß, kein grundsätzlicher Gegner politischer Koalition mit Nachbarfraktionen und habe mich nie darüber getäuscht, daß solche Koalition ein zeitweiliges Zurückstellen von Forderungen und Kundgebungen bedeuten kann, die zum unveräußerlichen Rüstzeug der Sozialdemokratie gehören. Aber solcher zeitweiliger Verzicht erschien mir in der inneren Politik, die bisher für solche Koalitionen überhaupt nur in Frage kam, deshalb unbedenklich, weil es sich da stets um eine Wehr gegen Bourgeoisparteien und bei uns nur um ein Bündnis gegen die Parteien des ausgesprochenen Klassen- und Kastenprivilegs handeln konnte. Ganz anders im vorliegenden Falle. Hier richtet sich der Block nicht ausschließlich gegen Reaktionsäre schlechthin, ob des Auslandes oder des Inlandes. Hier hat er durch die beschlossene Formel der Resolution eine Spitze erhalten, die sich auch gegen Sozialdemokraten kehrt, und zwar keineswegs etwa nur gegen dem Imperialismus oder Nationalismus verschriebene Sozialdemokraten. Ein Block von Sozialdemokraten mit Bourgeoisparteien gegen Sozialdemokraten ist

aber ganz etwas anderes als ein Block von Sozialdemokraten mit Liberalen gegen reaktionäre Bourgeois.

Indes selbst diese Seite der Blockformel ist noch nicht das Schlimmste. Was ist es denn, was den Frieden nicht zustande kommen läßt, was uns immer wieder in die alte Kriegssituation zurückwirft? Gewiß, die bekannten Annexionspläne haben sehr viel damit zu tun, und so schwächlich verschwommen die auf sie bezüglichen Sätze der Blockresolution lauten, so daß sie, wie Haase den Blockparteien mit Recht entgegengehalten hat, noch keineswegs die Kraft einer kategorischen Absage an solche Pläne haben, so wollen wir einmal dennoch sie für eine solche Abweisung gelten lassen. Es ist aber eine große Verkennung der Natur des gegenwärtigen Weltkonflikts, zu vermeinen, daß der Verzicht auf Annexionen allein schon genügt, der Welt den Frieden zu bringen.

In der Antrittsrede des neuen Reichskanzlers spielen die Worte *Sicherheit* und *Garantien* eine große Rolle. Die Grenzen des Deutschen Reiches sollen durch den Friedensschluß »für alle Zeiten sichergestellt werden«. Dieser soll »die Lebensbedingungen des Deutschen Reiches auf dem Kontinent und über See garantieren«. Wenn Worte einen Sinn haben, so umschließen diese hier Forderungen, die jedenfalls dem Geiste der Friedensformel des russischen Arbeiter- und Soldatenrats widersprechen. Sozialdemokraten, die, wie das die Führer der sozialdemokratischen Mehrheitsfraktion tun, auf dem Boden dieser Formel zu stehen behaupten, hätten daher alle Ursache gehabt, den Kanzler zu fragen, was er denn unter den geforderten »Sicherheiten« verstehe, und aus einer ablehnenden oder ausweichenden Antwort die nötigen Folgerungen ziehen müssen. Sie haben aber nichts dergleichen getan und die Frage hübsch in dem Dunkel gelassen, das der 19. Juli gerade hätte zerstören sollen. Nun ist es aber nicht nur Deutschland, das Sicherheit für die kommende Zeit verlangt. Auf der Gegenseite wird die Forderung erst recht erhoben. Und wie es auch mit ihrer objektiven Berechtigung stehen mag, ob diese hüben oder drüben besser begründet ist, daß die Forderung selbst den stärkeren subjektiven Rückhalt dort hat, stärker im Volk als durch die Tatsachen des Krieges gerechtfertigt dort empfunden wird, wo man den Feind im eigenen Lande weiß, als dort, wo man sich rühmt, die Truppen überall in des Feindes Land und ein größeres Stück von diesem besetzt zu haben, als das eigene Land umfaßt, wird jeder bei ruhiger Überlegung begreifen. Sicherheit ist in diesem Kriege die Frage aller Fragen, gegenüber der selbst die Frage der Gebietshöhen und Gebietsgrenzen zu einer Frage zweiten Ranges herabsinken würde, wenn sie nicht mit ihr so eng verknüpft wäre. Der Ruf nach Sicherheit wird daher im gegebenen Zeitpunkt alle anderen Rufe überklingen, darüber lassen die Antworten, die Dr. Michaelis von Lloyd George, Ed. Carson und anderen empfangen hat, keinen Zweifel. Bei der heutigen Technik der Kriegsmittel und Kriegführung gibt es aber nur zwei Möglichkeiten, wie ihm voll Genüge geleistet werden kann. Die eine besteht darin, daß der Krieg so lange fortgesetzt würde, bis die eine Partei in der Lage wäre, der anderen das Knie auf die Brust zu setzen und sie auf absehbare Zeit völlig widerstandsunfähig zu machen, die andere aber besteht in der Umgestaltung des ganzen heutigen Staatensystems durch Er kämpfung der Demokratie und radikale Beseitigung des Militarismus. Zufälligkeiten, die unberechenbar sind,

können freilich einen Friedensschluß herbeiführen, der weder das eine noch das andere bedeutete, doch dann wird dieser nur einen Scheinfrieden bringen. Solange der heutige Militarismus fortbesteht, ist ein Friede zwischen den Nationen, der die Gewähr der Dauer in sich trägt und nicht Vergewaltigung der Völker heißt, nicht zu erwarten.

Eine der Ursachen, die dahin getrieben haben, daß die Frage in dieser Weise auf die Spitze gestellt ist, ist — das muß immer wieder betont werden — in der Kapitulation der Mehrheitsfraktion der deutschen Sozialdemokratie vor dem Militarismus zu finden. Ich liebe es nicht, die Absichten früherer Mitkämpfer zu verdächtigen, halte es vielmehr für richtig, stets die möglichst rationelle Erklärung für ihr Verhalten zu unterstellen. Aber wenn die Führer der Mehrheit einmal gutgläubig haben meinen können, durch ihre Politik der Kreditbewilligung und was sich daran geknüpft hat, den Krieg verkürzen zu helfen und der Sache des Friedens zu dienen, so ist dieser Glaube heute für jeden, der Augen hat zu sehen, eine Unmöglichkeit geworden. Zu deutlich hat sich gezeigt, daß die Mehrheitler dadurch, daß sie davon abließen, dem Militarismus als unbeugsame Kraft gegenüberzutreten, lediglich geholfen haben, die Völker drüben in der Überzeugung zu bestärken, daß dieser Militarismus, von dem sie sich bedrückt und bedroht fühlen, nur von außen her gebrochen werden kann.

Die Blockbildung mit Zentrum und Volkspartei wird daran nichts ändern. Gerade das erste Produkt dieses Blocks, die von diesem vereinbarte Friedensresolution, zeigt das in überzeugendster Durchsichtigkeit. Wie ängstlich ist darin nicht jede Andeutung vermieden, an der der Militarismus irgendwelchen Anstoß nehmen könnte. Im Hinblick auf die innere Politik war die Blockbildung nur überflüssig. Denn was da durch sie erreicht werden kann, kann auch durch Unterstüzungen von Fall zu Fall erzielt werden, wie die Sozialdemokratie sie in früheren Jahren oft genug geübt hat. Die große Frage des Augenblicks ist aber die Stellung zu den mit dem Krieg verbundenen Fragen, und da heißt der Block für die Sozialdemokratie Aufgeben ihrer Weltmission zugunsten von Halbheiten, die niemand, selbst dem eigenen Volke nicht, Nutzen bringen, weil sie niemand Vertrauen einflößen.

Die Unabhängige Sozialdemokratie steht so wenig wie die alte deutsche Sozialdemokratie auf dem Standpunkt des alles oder nichts. Hätte die Resolution des neuen Blocks zwar weniger als das nach ihrer Ansicht Notwendige, aber dieses Oeringe wenigstens in unanfechtbarer Formulierung geboten, so würde sie ihr wohl auch, wie das jetzt geschehen, eine Resolution entgegengestellt haben, die das nach ihrer Ansicht Notwendige sagte, aber nach Ablehnung der eigenen Resolution für die der anderen kein unbedingtes Nein gehabt haben. Wie es war, blieb ihr nichts als ein solches übrig. Wenn der »Vorwärts« wiskelt, sie habe sich mit dem Nein von den Annerxionisten anneklieren lassen, so schlägt er damit der ganzen Vergangenheit der deutschen Sozialdemokratie ins Gesicht. Denn die Partei hat es bisher stets für ihre Ehre und für gute Politik gehalten, sich auf keine Verschwommenheiten einzulassen. Das Nein der Unabhängigen Sozialdemokratie wird von niemand mißverstanden. Es ist der Schluffstein auf ihre von Haase in seiner Rede verlesene Denkschrift an das holländisch-schwedische Friedenskomitee über die Kriegs- und Friedensfrage und wird durch die von ihr dem Reichs-

tag vorgelegte Resolution begründet, deren Wortlaut hier gleichfalls folgen mag:

Der Reichstag erklärt:

Der Reichstag erstrebt einen Frieden ohne Annexionen irgendwelcher Art und ohne Kriegsschädigungen auf Grund des Selbstbestimmungsrechts der Völker.

Er erwartet insbesondere die Wiederherstellung Belgiens und die Wiedergutmachung des ihm zugesügten Unrechts.

Der Reichstag fordert die Einleitung sofortiger Friedensverhandlungen auf der Grundlage dieses Programms. Er verlangt ein internationales Abkommen über allgemeine Abrüstung, Freiheit des internationalen Handels und Verkehrs sowie unbeschränkte internationale Freizügigkeit, ein internationales Abereinkommen zum Schutze der Arbeiter vor Ausbeutung, Anerkennung der Gleichberechtigung für alle Einwohner eines Staates ohne Rücksicht auf Staatszugehörigkeit, Geschlecht, Rasse, Sprache, Religion; Schuß der nationalen Minderheiten; obligatorisches internationales Schiedsgericht zur Schlichtung aller Streitigkeiten.

Zur Erreichung dieses Friedens und zur Durchführung dieses Friedensprogramms ist die dringendste Vorbedingung die sofortige Aufhebung des Belagerungszustandes. Erforderlich ist ferner die völlige Demokratisierung der gesamten Verfassung und Verwaltung des Reiches und seiner Einzelstaaten, die ihren Abschluß zu finden hat in der Schaffung einer sozialen Republik.

Man vergleiche mit dieser in knappen, klaren Sätzen die völkerpolitischen Gedanken und Forderungen des Sozialismus zusammenfassenden Resolution die Resolution des Blocks und beantworte sich dann die Frage, wie anders die deutsche Sozialdemokratie in der Welt dastünde, wie sehr viel näher wir einer Verständigung der sozialdemokratischen Arbeiterparteien aller Länder und damit der Beendigung des Weltkriegs wären, wenn diese Resolution von der gesamten sozialdemokratischen Fraktion des Reichstags einmütig angenommen worden wäre.

Die Kundgebung des Blocks wird angesichts der abschwächenden Deutungen, die sie erfahren hat, bestenfalls eine indirekte Wirkung haben, von der man jedoch nicht einmal sagen kann, wie lange sie vorhalten wird, weil allerhand Zwischenfälle sie wieder auslösen können. Wie der Kanzlerwechsel, zu dem sie den Anlaß gegeben hat, die Richtung der inneren Politik des Reiches unberührt läßt, so läßt sie selbst die Weltlage unverändert. Die Vorgänge, die den Kanzlerwechsel begleitet haben, die Mitwirkung der beiden obersten Heerführer bei ihm sind nur als Beweise für die besondere Machtstellung genommen worden, deren sich der Militarismus in Deutschland erfreut, und nichts ist bisher geschehen, diese Auffassung zu widerlegen. Wenn die Heranziehung der Führer der sozialdemokratischen Mehrheitsfraktion zum Kaiserlichen Kriegs- und Friedensbeirat, wovon jetzt gesprochen wird, Verwirklichung findet, so kann die Wirkung nur die sein, daß diese Fraktion aufhört, überhaupt noch als selbständiger Faktor in der großen Frage des Tages zu zählen. Wo es darauf ankommen würde, in Sachen dieser kraftvoll aufzutreten, wird sie sich auf Schritt und Tritt durch Rücksichten aller Art gelähmt sehen. Die Sozialdemokratie kann nicht zugleich ihrer Mission gerecht werden, die ihr als Glied des internationalen Proletariats ob-

liegt, und die Vertraute von Persönlichkeiten sein, die durch Geburt, Beruf und Interesse Gegner der proletarischen Weltpolitik sind. Sie hat diese Mission am wirksamsten erfüllt und damit dem eigenen Volk und Land den besten Dienst geleistet, den sie ihnen leisten konnte, als sie noch als vaterlandslose Kotte verschrien ward. Zu keiner Zeit so sehr als heute verweist die Aufgabe, die sie in Deutschland zu erfüllen hat, sie auf die politische Haltung, die man im Anschluß an ein Wort aus der großen Politik die Politik der glänzenden Isolierung nennen kann.

Staatssozialismus oder Staatskapitalismus?

Von Otto Jenßen.

In seiner Artikelreihe »Der Krieg und der Sozialismus«¹ hat Gustav Eckstein die durch den Krieg geschaffenen wirtschaftlichen Tendenzen untersucht und zugleich in außerordentlich klarer Weise die verschiedenen Begriffe analysiert, die in den Diskussionen über Kriegs- und Friedenswirtschaft eine so große Rolle spielen, aber in dem verschiedensten Sinne gebraucht und mißbraucht werden. Eckstein weist vor allem auf den Unterschied hin zwischen einer kapitalistischen Bedarfsdeckungswirtschaft und einer sozialistischen Gesellschaft mit zentral geregelter Produktion. Er erklärt die Rolle des sogenannten Kriegssozialismus, den man besser als Kriegskapitalismus bezeichnen müßte, und wies damals schon auf die Tendenz zur Militarisierung der Wirtschaft hin, die nach dem Kriege zu erwarten sei, die aber inzwischen schon während des Krieges in einem Umfang eingetreten ist, wie Eckstein wohl damals selbst noch nicht erwartet hat.

Ähnliche Probleme der Wirtschaftsgestaltung nach dem Kriege behandelt der bekannte Wiener Soziologe Rudolf Goldscheid in seinem kürzlich erschienenen Buche,² ohne jedoch jene Klarheit und Eindeutigkeit der Begriffsdefinition zu bieten, die bei Ecksteins Ausführungen so wertvoll war. Der Hauptmangel der Goldscheidschen Terminologie ist eine unzulässige Ausweitung des Kapitalbegriffes. In der Meinung, diesen vielumstrittenen Begriff zu differenzieren, spricht Goldscheid von »Naturalkapital«, von »positivem und negativem Kapital«, sogar von »organischem Kapital«, womit er die biologischen Kräfte der Volksmassen meint. In Wahrheit führen aber alle diese Begriffsunterscheidungen zur Verwischung gerade des Charakteristischen am Marxschen Kapitalbegriff, der Bezeichnung eines bestimmten sozialen Abhängigkeitsverhältnisses, das an bestimmte geschichtliche Bedingungen geknüpft ist: das Kapital wird zum einfachen Produktionsmittel anstatt zum »Mehrwert heckenden Mehrwert«, zu dem das Produktionsmittel nur unter besonderen Bedingungen wird: bei

¹ Gustav Eckstein, Der Krieg und der Sozialismus. Neue Zeit XXXIV, 1, S. 279, 296, 334. Siehe vor allem den letzten Artikel mit der Hypothese der Wirtschaftslage nach dem Kriege und die sich daraus ergebenden Aufgaben der Sozialdemokratie.

² Rudolf Goldscheid, Staatssozialismus oder Staatskapitalismus. Ein finanzsoziologischer Beitrag zur Lösung des Staatsschuldenproblems. Wien 1917, Anzengruberverlag. 185 Seiten.

Trennung von Produktionsmittel und Arbeitskraft im Rahmen der Warenproduktion.

Trotz dieser theoretischen Mängel sind die Probleme, die Goldscheid behandelt, die wissenschaftliche Art der Entwicklung und Formulierung seiner Gedankengänge und die neben den Hauptproblemen gestreiften Einzelfragen so aktuell, daß sich eine knappe Darstellung und Kritik verlohnt, um so mehr, da diese Fragen nicht nur Tagesfragen sind, sondern sowohl praktische Politik wie theoretische Erörterung auf Jahre hinaus beschäftigen dürften. Bemerkenswert sei nur noch, daß in Goldscheid's letztem Werk sich eine Art Staatsmetaphysik zeigt, die trotz Hervorhebung der wirtschaftlichen Grundlagen des Staates den Herrschaftscharakter dieser Organisation nicht genügend betont und in dem Bestreben, die Bedeutung des Staates für die Entwicklung und Gestaltung der gesamten wirtschaftlichen Verhältnisse hervorzuheben, nur zu oft vergißt, daß die Form und der wirtschaftliche Machtbereich des Staates wiederum bestimmt werden durch die Gesamtstruktur der Wirtschaft. Die Eigenproduktion des Agrarkommunismus, die einfache Warenproduktion der mittelalterlichen Stadtwirtschaft nebst der Eigenproduktion des Feudalismus erforderten andere wirtschaftliche Befugnisse des Staates wie die kapitalistische Warenproduktion, an deren Beginn das Staatsschuldenwesen steht. Marx, dem Goldscheid Vernachlässigung der Erforschung des Staatsschuldenproblems vorwirft, sah diese Wechselwirkung zwischen Wirtschaft, Staat und Staatsschulden sehr deutlich, wie seine glänzenden Aphorismen im »Kapital« beweisen. Ganze Partien des Goldscheid'schen Buches lesen sich wie eine weitläufige Umschreibung Marx'scher Sätze und wie eine Anwendung der dort gegebenen Analyse. Auch hier zeigt sich wiederum, wie der moderne Hochkapitalismus zu Methoden und Mitteln seine Zuflucht nimmt, die die ursprüngliche Akkumulation des aufkommenden Kapitals kennzeichnen, wobei allerdings ein Funktionswechsel nicht nur des Schulzoll'es, sondern auch der Staatsschulden eingetreten ist. Immerhin sei hier zur Entkräftigung der Goldscheid'schen Marx-Kritik auf einige Bemerkungen von Marx über die Rolle der Staatsschulden verwiesen,³ die Marx bei der Schilderung der Methoden der ursprünglichen Akkumulation macht.

Die Marx'sche Schilderung des öffentlichen Kredits zeigt, daß es sich bei dem heutigen Staatsschuldenproblem vielfach nur um quantitativ enorm gesteigerte Wirkungen ganz ähnlicher Zusammenhänge handelt, die nun allerdings nicht mehr am Anfang der kapitalistischen Wirtschaft stehen, sondern in einer voll ausgebildeten Industriewirtschaft wirken und dadurch trotz aller äußeren Ähnlichkeit andere Folgen zeitigen.⁴ Aber nur bei Berücksichtigung

³ »Kapital«, 1. Band, Volksausgabe, S. 682 bis 684. Wenngleich diese Ausführungen mehr historischen Charakter tragen, geben sie doch die wichtigsten Zusammenhänge, deren nicht genügende Beachtung G. immer Marx vorwirft. Aberhaupt vermißt man hier wie in früheren Schriften von G. die genaue Angabe von Belegstellen für seine Behauptung Marx und andere Autoren betreffend. (Siehe vor allem seine Kritik der selektoralischen Soziologen in seinem Buch »Höherentwicklung und Menschenökonomie«.)

⁴ Über die ökonomischen Wirkungen der Staatsschulden unter Berücksichtigung der Werttheorie, des Verwendungszweckes und der Herkunft der Anleihen aus dem In- oder Ausland siehe K. Kautsky, Die ökonomischen Wirkungen der Staats-

der Zusammenhänge zwischen Wirtschaft und Staat und Staat und Wirtschaft können diese Probleme richtig erkannt und wirklich gelöst werden.

Wie denkt sich Goldscheid nun die Lösung dieses modernen Finanzproblems, das für alle Staaten nach dem Kriege im Brennpunkt der politischen Kämpfe stehen wird?

1. Deckung der Staatsschulden durch Zwangseinteignung.

Der Krieg hat in allen Staaten zur Aufnahme ungeheurer Summen auf dem Wege der Kriegsanleihen geführt. Wie sind diese Anleihen zu verzinsen und zu tilgen? Goldscheid verwirft das Mittel der Steuererhöhung und schlägt als einzigen gangbaren Weg vor: die Zwangseinteignung etwa eines Drittels des Nationalvermögens zur Deckung der Kriegsschulden. Diesen Vorschlag erörtert er in ständiger Wiederholung und von den verschiedensten Gesichtspunkten aus. Er erwartet von dessen Durchführung auch die günstigsten Folgen, für den Staat und die Volkswirtschaft. Hören wir ihn selbst:

Wird durch ein Gesetz festgelegt, daß jeder Besitzer von Privatvermögen, das eine bestimmte Höhe übersteigt, von diesem so viel in natura oder in Geld an den Staat abzutreten hat, als von der Nationalschuld im Verhältnis zu seinem Privatvermögen auf ihn entfällt, so steht der Staat mit einem Male schuldenfrei da, ist doch nun sein Eigentum in gleichem Maße gewachsen wie seine Schuldverpflichtungen. Geseht den Fall, die ungedeckten Staatsschulden betrügen nach dem Kriege 100 Milliarden, denen nach Abzug der freibleibenden kleinsten Vermögen ein privates Nationalvermögen von 300 Milliarden gegenüberstände, so daß jeder — abgesehen von etwaigen besonderen Kriegsgewinnsteuern — ein Drittel seines Eigentums an den Staat abzuführen hätte, so gingen von einem Besitz von 300 000 Mark 100 000 Mark an den Staat über. Bedenkt man nun, daß im Kriege von jedem einzelnen auch das Opfer seines Lebens im Interesse des Staates verlangt wurde, und erwägt man weiter, daß selbst von den Vertretern der politisch gemäßigtesten Anschauungen Steuern und Abgaben in Aussicht genommen werden sogar noch außer periodisch wiederkehrenden Besitztumsbußen geringeren Umfangs, die von jedem den Verzicht auf ein Drittel seines Einkommens fordern, dann ist es sicherlich kein Opfer, das niemanden zugemutet werden dürfte, wenn jedem Bürger etwa die Pflicht auferlegt würde, dem Staate ein Drittel seines Vermögens in natura oder in Geld hinzugeben. Um so weniger, wenn gezeigt werden kann, daß durch dieses Opfer nicht nur der Staat in seiner Existenz eine größere Sicherheit erhalte als je zuvor, sondern zugleich bewiesen zu werden vermöchte, daß dann auch die günstigsten Chancen für Mehrung und Stärkung der Volkskraft wie für gedeichlichste Entwicklung der Wirtschaft beständen. . . . (S. 55, 56.)

Folgende Aufgaben kämen vor allem in Betracht. Es wäre erstens die Aufteilung des neu wachsenden öffentlichen Vermögens auf Reich, Einzelstaaten, Städte und Gemeinden in der entsprechenden Weise vorzunehmen, zweitens dafür zu sorgen, daß die kleinsten Vermögen ihren Besitzern möglichst ungeschmälert erhalten bleiben, es wären drittens die nötigen Vorkehrungen zu treffen, daß die in öffentliches Eigentum übergehenden Güter in der nutzbringendsten Weise bewirtschaftet werden, viertens alle erforderlichen Voraussetzungen zu schaffen, damit

schulden, Neue Zeit XXXIII, 2, S. 1 ff. G. wendet die Werttheorie nicht an, was sehr gut ist, da seine Verbesserung der Marxschen Werttheorie seinerzeit von Eckstein mit Recht schroff abgelehnt wurde. Siehe Ecksteins Besprechung des Goldscheidschen Buches »Entwicklungswerttheorie, Entwicklungsökonomie, Menschenökonomie«. (Neue Zeit XXVII, 1, S. 619.)

Staatwirtschaft und Privatwirtschaft denkbar gedeihlich zusammenwirken können, daß aus ihrer Konkurrenz stärkste wechselseitige Förderung erwüchse. Fünftens müßte der Staat darüber schlüssig werden, welche Produktionszweige sich ihrer besonderen Eigenart nach zunächst für die Verstaatlichung empfehlen, in welchem Ausmaß und in welchem Tempo sie verstaatlicht werden sollten, wie die Verstaatlichung sich auf Industrie, Landwirtschaft und Handel zu verteilen hätte, welche Produktionszweige und Einzelbetriebe am besten weiter der Privatwirtschaft überlassen blieben, welche Betriebe zusammenzulegen wären, bei welchen der Staat besser führe, wenn er sich seinen Anteil in Geld herauszahlen ließe, wie er die Kleinbetriebe am produktivsten ausgestalten könnte — und in diesem Sinne wären natürlich noch zahlreiche ähnliche Probleme der genauesten Erwägung zu unterziehen.

Ebenso müßte Klarheit darüber gewonnen werden, was außer den Staatseinnahmen aus Erträgen der vergrößerten Eigenwirtschaft weiter an Einnahmen aus Steuern, Zöllen und sonstigen Abgaben beizubehalten wäre. Hierbei ist nun von vornherein einleuchtend, daß der völlig entschuldete Staat diese zweite Einnahmequelle nur insoweit beanspruchen würde, als Schutz der Entwicklung der Wirtschaft und gerechte Verteilung der Lasten auf die verschiedenen Schichten der Bevölkerung es als wünschenswert erscheinen lassen. Völlig ausgeschlossen hingegen wäre es unter diesen Umständen, daß man Verbrauch und Verkehr mit den drückendsten Lasten belegte, einzig und allein, weil man keinen anderen Ausweg weiß, sich vor dem Gespenst des Defizits im Staatshaushalt zu retten. Nicht wie bisher würde nur so viel privates Einkommen zulässig sein, als nach Abzug des Staatsbedarfes zu freier Verfügung erübrigt, sondern es würde Privateigentum nur in dem Ausmaß erhalten bleiben, als der Staat davon entbehren kann, ohne in seiner wirtschaftlichen Existenz gefährdet zu sein. Letzten Endes hätte also der Umfang des im Interesse gedeihlicher Staatsentwicklung erforderlichen öffentlichen Eigentums die Grenzen des zulässigen Umfangs des Privateigentums abzustecken. . . . (S. 98, 99.)

Denkt man sich meinen Vorschlag nun noch dadurch ergänzt, daß dem Staate das Recht auf käufliche Zwangsent eignung aller Privatunternehmungen zuerkannt würde, soweit diese nicht etwa, auf genossenschaftlicher Basis aufgebaut, der Selbstversorgung der Mitglieder dienen oder reine Berufsorganisationen respektive politische Institute sind, so wären dessen vorhin dargelegten günstigen Folgeerscheinungen naturgemäß mit noch weit größerer Zuverlässigkeit zu erwarten. Auf das Recht käuflicher Zwangsent eignung der privaten Unternehmungen hätte der Staat um so mehr Anspruch, als ja auch den Privatunternehmungen das Recht zustehen würde, dem Staate, wenn man ihn nicht als Kompagnon haben wollte, bei der einmaligen Vermögensabgabe den ihm zukommenden Anteil in Geld herauszuzahlen. Das Recht käuflicher Zwangsent eignung der privaten Unternehmungen durch den Staat müßte deren Inhabern natürlich ganz bestimmte Kaufkaten gewähren, damit verhütet wird, daß der Staat nun nicht dazu neigt, seinerseits die Privatwirtschaft zu vergewaltigen, indem er sich etwa, um sinnlosen Aufwand treiben zu können, über durch Arbeit, Fleiß, Entbehrung und Initiative wohlverworbene Rechte rücksichtslos hinwegsetzt. Zu diesem Zwecke wäre vor allem die Bestimmung zu treffen, daß dem Staate das Zwangskaufrecht nur Unternehmungen gegenüber zukommt, die bereits eine längere Zeitdauer hindurch bestehen — eine Schutzfrist von 25 Jahren wäre wohl ausreichend —, und daß er sie zu einem Preis abzulösen verpflichtet wäre, der, kapitalisiert, ungefähr dem Durchschnittsertrag der letzten zehn Jahre entspricht. Ebenso würde sich vielleicht noch eine Reihe anderer Kaufkaten für die jeweiligen Besitzer oder Leiter in Anwendung bringen lassen, damit ihre Interessen, soweit dies mit dem Staatsinteresse wie mit dem Wohle der Gemeinschaft irgendwie vereinbar ist, aufs sorgsamste geschont werden.

Das Recht des Staates auf käufliche Zwangsent eignung, unter Bemessung des Kaufpreises auf Grund des Durchschnittsertrags einer Reihe von Jahren, würde nicht nur dem vorbeugen, daß der Staat, wie dies heute allenthalben zu konstatieren

ist, die Betriebe, die er erwerben will, viel zu hoch zu bezahlen genötigt ist, als daß er die Konkurrenz mit der Privatwirtschaft erfolgreich aufnehmen könnte — auch ein anderer sehr wertvoller Nebeneffekt würde sich bei dieser Erweiterung der Wirtschaftsrechte des Staates einstellen: nämlich exaktere Steuererfassung aller Wirtschaftsobjekte.

Ein Staat, der in umfassendstem Maße selbst Wirtschaftsfaktor, der sich in allen Zweigen der Wirtschaft als Produzent betätigt, dem als Kompagnon zahlreicher Privatbetriebe der tiefste Einblick in deren Geschäftsgebarung und Bilanzierung offensteht, wäre nicht nur gegen jegliche Steuerhinterziehung gesichert, er würde bestimmt auch keine Steuern und Abgaben auferlegen, bezüglich deren er es täglich und stündlich gleichsam am eigenen Leibe erfahren könnte, wie sehr sie jegliche schöpferische Initiative lähmen, in wie unproduktiver Weise sie Handel und Wandel belasten. . . . (S. 91 bis 93.)

Durch das Vorkaufsrecht des Staates würden ferner Steuerhinterziehungen durch zu niedrige Einschätzung, Bilanzverschleierungen und ähnliche Manipulationen verhindert werden, und der Staat würde maßgebenden Einfluß auf die Verteilung des Gesamtkapitals, auf die verschiedenen Produktionszweige, die Kapitalakkumulation überhaupt und den privaten Erbgang ausüben können.

Dies in großen Zügen Goldscheids Programm, von dessen Verwirklichung er die Lösung der sozialen Frage erwartet. Im Mittelpunkt steht die Rolle des Staates als Kontrolleur der gesamten Wirtschaft, als ausführendes Organ einschneidender sozialer Reformen und als Umgestalter der Beziehungen zwischen den einzelnen Staaten. Diese sollen sich aus schuldenbelasteten Organisationen, die durch die ständige Finanzmisere mehr und mehr in die Gewalt des Finanzkapitals geraten, zu wirtschaftlich starken »Kapitalstaaten« entwickeln, die friedlich nebeneinander leben können. Wegfall des Schutzzolles, Verstaatlichung des Außenhandels und eine sich aus enger wirtschaftlicher Verflechtung ergebende auswärtige Politik friedlichen Warenaustausches sollen den Frieden garantieren. Natürlich ist sich Goldscheid bewußt und deutet es auch an den verschiedensten Stellen seines Buches an, daß nur ein demokratisierter Staat diese großzügigen Aufgaben erfüllen kann. Er betont immer wieder, daß das »Volk« zum herrschenden Faktor im Staate werden muß, und verlangt weitgehende parlamentarische Kontrolle der Staatswirtschaft, über die er leider im einzelnen nichts Näheres sagt. Bei seiner Staatsmetaphysik schätzt G. aber die Gefahren einer derartig wirtschaftlichen Staatsallmacht meines Erachtens zu gering ein und bezeichnet die Möglichkeit des Mißbrauches dieser wirtschaftlichen Macht einfach als Schreckbild, da es Aufgabe des Volkes sei, dieser Gefahr entgegenzuwirken. Gegenüber den Staatsapologeten betont er mit Recht, daß sie bei ihrer Staatsverherrlichung auch vor der Ausdehnung der wirtschaftlichen Funktion des Staates nicht haltmachen dürften, während er ausführlich den Einwand der Lähmung der Initiative durch den Staatsbetrieb zurückweist und die Mängel bürokratischer Verwaltung durch den Charakter des heutigen Staates erklärt. G. faßt jedoch die Wechselwirkung zwischen wirtschaftlicher Grundlage des Staates und politischer Verfassung doch zu automatisch auf. Er glaubt, daß bei der Veränderung der wirtschaftlichen Fundamente des Staates sich auch dessen Verfassung ändern würde. Der Krieg hat uns aber gezeigt, daß auch der heutige Staat bei weitgehendem wirtschaftlichen Einfluß und bedeutenden Eingriffen in das Wirtschaftsleben seinen Charakter als Herrschaftsorganisation der mächtigsten kapitalistischen

Gruppen keineswegs verleugnet. Auch ein »kapitalstarker« Staat wird bei aller wirtschaftlichen Selbständigkeit nicht über den »Parteien« stehen, wie Goldscheid meint, sondern er wird diese wirtschaftliche Macht ganz verschieden anwenden, je nachdem er vom Proletariat oder vom Finanzkapital beherrscht wird. Zwar würde die bedeutend zunehmende Staatsbureaukratie eigene Interessen und eigene Bedürfnisse entwickeln, die weit über das heute gewohnte Maß hinausgehen, aber die Interessen dieser Schichten würden doch richtunggebend beeinflusst durch die herrschende Klasse im Staat.

Diese Zusammenhänge sind Goldscheid nicht unbekannt, aber er unterschätzt sie. Ferner spricht er sich nicht klar genug aus über den Charakter der durch die Zwangsenteignung entstehenden neuen Staatswirtschaft. Er will anscheinend die Warenproduktion beibehalten und in weitem Umfang neben der Staatswirtschaft die Privatwirtschaft bestehen lassen. Es bleiben dann aber die verschiedensten Probleme des Kapitalismus, die Krisen, die Anarchie der Produktion usw. Es ist auch fraglich, ob alle die günstigen Folgen eintreten werden, die Goldscheid voraussetzt, zum Beispiel Vereinfachung des Lebens, Entwicklung des inneren Marktes und des Massenkonsums, planmäßige Förderung der Technik durch den Staat usw.

Dagegen muß man G. in seiner Kritik des heutigen Steuersystems und in der an Hilferding sich anlehrenden Kritik des Imperialismus zustimmen, obgleich bei letzterer der Mangel klarer Begriffsbestimmungen besonders zutage tritt. Immer wieder weist G. darauf hin, daß es unmöglich ist, die enorme Schuldenlast durch Steuern dauernd zu verzinsen und zu tilgen.

Wie es kein energetisches Perpetuum mobile gibt, so gibt es eben auch kein finanzielles Perpetuum mobile. Von irgendwoher müssen die Mittel genommen werden, die der Staat für seinen sich immer mehr ausdehnenden Haushalt braucht, und wenn es beinahe ausschließlich die Privatwirtschaft ist, die den Staat zu alimentieren hat, wenn der Staat außerstande ist, direkt für das Volk zu leben, weil er nicht direkt vom Volke lebt, so ist die Tendenz kaum aufzuhalten, daß die meisten direkten Steuern einen Überbau aus sich hervortreiben, der auf den Massen in der Art von zu diesen noch hinzutretenden indirekten Steuern lastet. Von dieser Tendenz wird die Einkommen- und Erwerbsteuer ebenso erfaßt wie die Grund- und Gebäudesteuer, wie Zölle und alle Verkehrsabgaben, ja wie selbst die Vermögenssteuer bei ihrer bisherigen Behandlung. Überall herrscht das Bestreben vor, die Steuern auf die schwächeren Schultern abzuwälzen, den Steuerentgang auf dem Wege von Preissteigerungen wieder wegzumachen, ja sogar alle Lohn- und Gehälterverbesserung ist die Privatwirtschaft bemüht, indirekt ihrerseits wieder wegzusteuern.

Ebenso funktionierten alle Staatsmonopole bisher als Preissteuern und wirkten so gleichfalls in der Art indirekter Steuern. Und was das Allerparadoxe ist: Je gerechter und demokratischer man das Steuersystem zu gestalten suchte, desto mehr wurde dadurch eine unbeabsichtigte Nebenwirkung begünstigt, die den Staat an der Konzentration des Kapitals in den Händen weniger aufs lebhafteste mifinteressierte. Man denke etwa an die progressive Einkommensteuer, die die Einkommen mit einem prozentualen um so höheren Abgabenzwang belastet, je größer sie sind. Diese progressive Staffelung hat zur Folge, daß die Einnahmen des Staates desto mehr steigen, je ungleicher die Einkommenverteilung in der Bevölkerung ist. Bei rein fiskalischer Orientierung muß der Staat deshalb, je gerechter die Einkommenbesteuerung wird, in um so höherem Maße von dem Wunsche befeelt sein, daß keine Zerspaltung in der Einkommenverteilung stattfindet, da ja die größeren Einkommen einen viel höheren Ertrag für ihn abwerfen als die kleineren. (S. 26, 27.)

Wollte der Staat deshalb weiter wie bisher darin verharren, sich vor allem auf dem Wege von Steuern der verschiedensten Art, und zwar von Steuern, die letzten Endes in der Hauptsache auf Ertrags- und Preissteuern hinauslaufen, die erforderlichen Substanzmittel zu verschaffen, so müßte ihm die Privatwirtschaft jedenfalls notwendig immer stärker über den Kopf wachsen, seine wirtschaftliche Freiheit mehr und mehr einschränken. Dieser Gefahr vermag er nur in dem Maße zu entgehen, als er aus dem Schuldnerstaat zum Kapitalstaat wird, als er radikal mit der traditionellen Praxis bricht, seine Existenz wirtschaftlich in erster Linie auf Steuererträgen aufzubauen. (S. 29.)

Ebenso bemerkenswert sind die Darlegungen über die Unwirksamkeit der Schuldendeckung durch Staatsmonopole, die allen jenen Sozialisten zur Beherzigung empfohlen seien, die heute in unkritischer Monopolbegeisterung das Menschenmögliche leisten, ohne die wirkliche wirtschaftliche Funktion der Staatsmonopole genügend zu beachten. Nebenbei bemerkt nennt Goldscheid gerade diese Monopolwirtschaft und ähnliche fiskalische Staatsmaßnahmen Staatssozialismus im Gegensatz zu seinem Staatskapitalismus, während eine Umkehrung der Bezeichnungen vielleicht richtiger wäre. Zur Monopolfrage schreibt er:

Man gebe sich hinsichtlich der heute teilweise sogar auch von Seiten des privaten Unternehmertums empfohlenen Staatsmonopole und ähnlichem nur ja keiner Illusion hin. Man wünscht sie in diesen Kreisen keineswegs vor allem aus der Einsicht heraus, daß die Erhöhung der Kapitalmacht des Staates eine unabwiesbare Voraussetzung seiner wirtschaftlichen Souveränität nach außen wie nach innen darstellt; zu Staatsmonopolen nehmen die Kapitalisten vielmehr dann in erster Linie ihre Zuflucht, wenn das Defizit im Staatshaushalt auf keine andere Weise mehr zu vermeiden ist, weil sowohl indirekte Steuern wie Zölle eine weitere Erhöhung nicht vertragen und man ohne Monopole also genötigt wäre, direkten Steuern in einem Ausmaß und namentlich unter Bedingungen seine Zustimmung zu erteilen, daß sie von den Besitzenden nicht länger auf die Besitzlosen abgewälzt zu werden vermöchten.

In dieser Zwangslage zieht man es noch vor, lieber einzelne Produktionszweige dem Staate preiszugeben, als sich mit finanztechnischen Eingriffen in die Privatwirtschaft einverstanden zu erklären, die das Unternehmertum als Ganzes in seiner Wirtschaftsmacht gefährden, indem sie es sowohl in höherem Maße dem Staate tributpflichtig machen, wie sie es namentlich immer mehr der staatlichen und damit der Kontrolle des Volkes unterwürfen. Da man obendrein dafür zu sorgen sucht, daß auch diese dem Staate aus Not preisgegebenen Unternehmerschichten bei der Verstaatlichung ihrer Betriebe unter den für sie günstigsten Bedingungen ausgekauft werden, so erweisen sich schließlich die Staatsmonopole als ein Auskunfts-mittel, vor dem man nicht allzuehr zurückzuschrecken braucht. (S. 104.)

Im ganzen genommen geht es Goldscheid wie manchem Utopisten. Er ist ausgezeichnet in der Kritik, aber er erwartet von seinem Lösungsvorschlag wohl etwas zuviel und sucht durch Überredung, durch ständige Wiederholung von der Zweckmäßigkeit der von ihm geforderten Maßnahme auch Kreise zu überzeugen, die nach aller politischen Erfahrung kaum für eine solche radikale Maßnahme zu haben sind. Er berücksichtigt nicht genug die Rolle des augenblicklichen Klasseninteresses und des Klasseninstinktes. Er unterschätzt den Herrschaftscharakter des heutigen Staates, der nicht nur Verwaltungsfunktion hat. Seine Kritik der mangelnden Staatsauffassung des Marxismus legt die Vermutung nahe, daß er die programmatischen Darlegungen

von Engels im »Ursprung der Familie« und die Charakterisierung der verschiedenen Staatsformen und Staatsorganisationen im »Bürgerkrieg in Frankreich« nicht genügend studiert hat. Allerdings fehlt leider noch eine eingehende marxistische Soziologie des Staates, was sehr zu bedauern ist, aber sie würde bei aller Hervorhebung der verschiedenartigen Entwicklung auch auf ähnlicher Wirtschaftsstufe doch den Herrschaftscharakter des Staates betonen müssen.

Aus diesen Mängeln erklärt sich auch jene eigenartige Kritik, die Goldscheid an der bisherigen Taktik der Sozialdemokratie und an ihrem finanzwirtschaftlichen Programm übt, eine Kritik, die neben manchem Zutreffenden von völliger Verkennung des Grundcharakters der intransigenten Taktik Zeugnis ablegt und der deshalb noch einige Worte gewidmet seien.

(Schluß folgt.)

Allerhand Imperative.

Von August Erdmann.

(Schluß.)

Im zweiten Kapitel des Stahl'schen Buches, »Unsere Diplomaten« überschrieben, lesen wir, daß »unsere Beamten, wie es in keinem anderen Beruf verlangt wird, mit den erlesensten Früchten unserer geistigen Ererungenschaften erzogen« werden; »sie haben durchweg eine gute häusliche Erziehung genossen, stellen diese Vortheile noch dazu recht billig in den Dienst des Gemeinwohls, weil sie sich zum Teil mit dem idealen Gut der Ehre und der bescheidenen Aussicht auf ein Ruhegehalt begnügen.« Und so sind auch nach Stahl »der Schule und der Erziehung nach unsere Staatsmänner nachweislich die besseren«. Insbesondere rühmt er, was er an Bismarck und Bismarck'sen Weg darzulegen versucht, die unerschütterliche und unablässige Wahrhaftigkeit unserer Staatsmänner. Und dann lesen wir:

Der deutsche staatsmännische Geist, der mit erhabener Ruhe diese Bahn (der Wahrheit) inmitten eines Orkans von Unwahrheit zieht, ist darum auch der einzig ruhende Pol für uns Handelsleute geblieben. Alle anderen um uns sehen wir schwanken, wenn nicht verbohrt auf dem falschen Ziele verharren. Würden auch unsere Staatsmänner die Lüge benützen, des Elends auf der Welt wäre dann kein Ende mehr. . . . Unsere Staatsmänner haben im Vergleich zu denen anderer Völker zweifellos die beste Bildung genossen. Mit wenigen Ausnahmen sind die der anderen Länder Emporkömmlinge, die unbekümmert um das Wohl des ihnen anvertrauten Landes möglichst rasch reich werden wollen. In der Lüge und ihren Mitteln mögen sie darum gewandter sein.

Immer wieder fragt man sich, wie es möglich ist, daß diese klugen und weitsichtigen Geschäftsleute wie die Engländer solche Nullen und Streber, wie Stahl sie schildert, an die Spitze ihres Landes stellen, von wo aus sie doch die Geschäfte ihrer Auftraggeber, der englischen Kapitalisten, Industriellen und Handelsherren zu führen berufen sind. Gewiß, Lloyd George ist ein »Emporkömmling«. Aber soll ihm wirklich das Wohl des ihm anvertrauten Landes gleichgültig sein und darf man von ihm sagen, daß sein Ehrgeiz nach weiter nichts strebt, als um möglichst schnell reich zu werden? Man sollte meinen, daß er das auf anderem Wege bequemer erreichen könnte! Und weiter fragt man sich, wenn bei uns in der Regierung, in der Diplo-

masse, im Beamtentum alles so zum besten bestellt ist, warum denn die von der Regierung verheißene und von allen Parteien mit Ausnahme der Rechten geforderte »Neuorientierung«? Warum denn, wenn bei uns die Besten an ihrem Plage sind, des Kanzlers Wort: Freie Bahn dem Tüchtigen?

An der Art, der Auslese unserer Diplomatie ist nun ja schon lange vor diesem Kriege, und zwar mit Ausnahme der Rechten von allen Parteien reichlich Kritik geübt worden, ebenso wie an ihrem Geschick und ihrer Voraussicht. Auch Stahl beschäftigt sich mit diesen Einwänden, um sie als törricht zurückzuweisen. Die Überlegenheit der deutschen Staatsmänner sieht er darin, daß sie die Tat von Serajewo ausnützten in der Erkenntnis: Jetzt oder vielleicht nie wieder! Denn, so meint Stahl:

Nichts war geeigneter, im Frieden durch vermeintliche Interessengegensätze gekelte Völker zusammenzuschweißen, als der Faustschlag Serajewos, der jedem einzelnen von uns heiß im Gesicht brannte. Welch ein Unglück wäre später über uns hereingebrochen, wären die Feinde so klug gewesen, da nachzugeben! Mehr wie je vorher hätten wir uns von ihrer Friedensliebe täuschen lassen; immer mehr hätte uns unser Verstand besorgt, an einen Krieg zwischen zivilisierten Völkern nicht mehr zu glauben; immer mehr wäre der Zwiespalt darüber und über manches andere im Innern gegangen, bis die Feinde, gerüstet, unseren Handel hätten erwürgen können. Waren, so darf man jetzt fragen, unsere Diplomaten wirklich so unfähig, hatten sie kein Gefühl und nicht recht, als sie all ihr Bemühen um den Frieden, all ihr Sorgen, der ganzen Welt den blühenden Handel zu erhalten, zusammenbrechen sahen, den Krieg in dem Augenblick zuzulassen, als für uns der günstigste, für die Feinde aber der denkbar schlechteste eintrat?

Also: die deutschen Staatsmänner wandten all ihr Mühen und Sorgen daran, den Frieden zu verhindern. Aber die anderen wollten den Krieg, wie es uns amtlich und halbamtlich immer wieder versichert und von Eduard David bestätigt wird und wie es auch Felix Stahl meint. Vermochten trotz alledem Bethmann Hollweg und die Seinen den Krieg nicht zu verhindern, weil die anderen ihn unter allen Umständen wollten, dann ist aber doch beim besten Willen nicht einzusehen, was aus dieser Zwangslage sich für Verdienste zugunsten der deutschen Diplomatie ergeben, selbst wenn die Abwicklung sich unter Umständen vollzog, die für Deutschland günstig sein mochten. Wäre es aber, wie Stahl wieder meint, ein Unglück gewesen, wenn die Gegner diese Umstände besser zu würdigen gewußt und nachgegeben hätten, dann ist wiederum nicht einzusehen, wie sich die Bemühungen zur Erhaltung des Friedens mit der Einsicht und Voraussicht der deutschen Diplomatie vertragen, denn bei einem Gelingen dieser Bemühungen hätten wir uns ja »von der Friedensliebe der Feinde täuschen lassen«, hätten wir uns gewöhnt, »an einen Krieg unter zivilisierten Völkern nicht mehr zu glauben«, hätten wir dem Zwiespalt im Innern seinen Lauf gelassen, »bis die Feinde, gerüstet, unseren Handel hätten erwürgen können«. Eines von beiden: entweder man hält den Krieg für ein Unglück — dann verdient der Staatsmann Anerkennung, der ehrlich und zielbewußt für den Frieden tätig war. Oder man hält den Frieden für ein Unglück — dann muß man den Staatsmann verurteilen, der den Krieg zu verhindern versuchte. Für eine der beiden Auffassungen muß man sich entscheiden und danach entweder Lob oder Tadel aussprechen. Aber man darf nicht beide Auffassungen zugleich haben und von beiden Auffassungen eine Staatskunst loben, selbst wenn deren Ver-

trefer weitgehender Nachsicht bedürftig sind, wie es bei der deutschen Diplomatie nach der Meinung vieler kundigen Leute der Fall sein soll. Im übrigen, das mag hier noch gesagt sein, schätzt Stahl die Wirkung der Tat von Serajewo auf die Stimmung in Deutschland viel zu hoch ein, und die Gegner hat sie nicht gehindert, einen Staat nach dem anderen auf ihre Seite zu bringen.

Auch für die weise Voraussicht der deutschen Diplomatie hat Stahl Belege. Da ist zunächst die Militärvorlage von 1913, als Schutzmaßnahme, als Verteidigungsmittel gegen das, was der Kanzler kommen sah und was 1914 wirklich kam. Es wird die Zeit kommen, wo man die Wirkung der Militärvorlage von 1913 auf die Folgezeit, insbesondere auf die Ereignisse von 1914 ausführlich und gründlich erörtern, wo man namentlich auch die Frage stellen und beantworten darf: Wäre der Krieg von 1914 gekommen, wenn Deutschland, statt 1913 eine Riesenrüstung vorzunehmen, der Annäherung der Völker durch Vereinbarung über das Heeres- und Flottenrüsten seine Aufmerksamkeit zugewendet hätte? Bis dahin mag Stahl bei seiner Meinung bleiben, daß die Wehrvorlage von 1913 ein Zeugnis für die hohe Fähigkeit der deutschen Diplomatie ist. Aber er weiß in Verbindung mit 1913 noch etwas zu melden. Wir hören, daß bei der Verhandlung über die Wehrvorlage »die sozialdemokratische Fraktion zweimal zu ganz geheimen Sitzungen geladen wurde, wo sie, von der Gefahr überzeugt, mit der Einsicht wegging, nichts von der Vorlage streichen zu dürfen und sie so zu verwenden, wie es der Generalstab für gut hielt«. Stahl eilt damit den Ereignissen weit voraus. So weit war es damals mit der Sozialdemokratie nun wirklich doch noch nicht! Will Herr Stahl wissen, wie damals die Führer der Sozialdemokratie über den Militarismus und die Wehrvorlage, über den Kanzler und die deutsche Diplomatie dachten, dann raten wir ihm, die Reden nachzulesen, die David am 3. Dezember 1912, Noske am 10. Juni 1913 und Scheidemann am 9. Dezember 1913 im Reichstag gehalten haben. Für die Zeit vor dem 4. August 1914 läßt sich die deutsche Sozialdemokratie keinesfalls als Zeuge für die deutschen Staatsmänner und ihre diplomatischen Fähigkeiten ins Feld führen.

Auch in diesem Abschnitt seines Buches fällt Stahl, der Mann der Tatsachen, in den Mystizismus. Er redet am Schlusse von der »mangelnden Einsicht der feindlichen und teilweise der neutralen Völker über den Willen der Natur, dessen Träger offenbar die Deutschen sind«, und er nennt die deutsche Diplomatie und den deutschen Militarismus »Mittel dieses Willens«. Die feindlichen Staatslenker »kämpfen gegen den Willen der Natur und darum einen vergeblichen Kampf, wie immer er auch politisch ausgehen mag. Diesen Willen zu erkennen, erfordert Gefühl und Verstand, den offensichtlich noch nicht die Feinde, wohl aber bewußt und unbewußt das deutsche Volk und seine Lenker haben. Sie (die »Lenker« des deutschen Volkes, also die Bethmann Hollweg, Zimmermann, Helfferich!) müssen wir als die vordersten Kämpfer des in uns arbeitenden Willens der Natur betrachten und darum den kleinlichen Gedanken ablegen, sie hätten in unserer unvernünftigen Zeit den Weltbrand verhindern können oder ihn gar durch Unfähigkeit hervorgerufen.«

Der Wille der Natur besteht, wie Stahl uns wissen läßt, darin, mit dem geringsten Aufwand an Kraft, an Arbeit das günstigste Ergebnis, den höch-

ften Erfolg zu erreichen. Nun ist, bei aller Anerkennung dessen, was die heutige Psychophysik zu leisten vermag, die Wissenschaft noch nicht in der Lage, die bei einer diplomatischen Leistung aufgewendete Arbeit und den dabei erzielten Erfolg nach Meter und Gramm zu berechnen und nachzuweisen, wie das bei einer Maschine oder einem chemischen Vorgang möglich ist. Wir müssen gegenüber den Leistungen der Diplomatie mit dem politischen Schätzungsvermögen auszukommen suchen, und mit diesem Mittel gemessen kann man der deutschen Staatskunst nicht nachsagen, daß sie Anspruch darauf hat, als Vollstreckerin des Willens der Natur zu gelten. Es mag sein, daß sie die eine Hälfte des Naturwillens erfüllt, aber bezüglich des höchsten Erfolges lassen ihre Leistungen in vielen und wichtigen Dingen nach allgemeinem Urteil doch manches zu wünschen übrig. Im übrigen sei erwähnt, daß zwei so wohlwollende Vertreter ihrer Kunst wie Graf Monts und Fürst Lichnowsky, die sich jüngst im »Berliner Tageblatt« über die deutsche Diplomatie äußerten, doch nur das eine zu sagen wußten, daß sie nicht schlechter sei als die anderer Länder.

Im dritten Kapitel seines Buches, überschrieben »Unsere Vetter«, beschäftigt sich Stahl mit den Engländern. Hier findet sich neben manchem Richtigen, was er über die Engländer, ihr Wesen und unsere Stellung zu ihnen sagt, auch vieles Gemeinplätliche und Verkehrte, insbesondere da, wo der Verfasser sich auf das politische Gebiet begibt. Er denkt sich die Art, wie das englische Volk für den Krieg gewonnen wurde, so: Bei den Russen, Franzosen, Italienern waren es Rache, Eitelkeit, falsche Ruhmsucht, Habgier, Feigheit und derlei Eigenschaften und Stimmungen, die die Regierungen sich zunutze machten, um die Kriegswut zu erzeugen. In England lag es anders. Hier benutzten die politischen Führer »den notwendigen Einfall der deutschen Truppen in Belgien als Vorwand und stellten ihn als einen Vertragsbruch in so geschickter Weise dar, daß jedes Engländer's Herz und Sinn empört gegen die noch tags zuvor ob ihres Mutes bewunderten Deutschen waren. Bei dem Mangel an Kritik, bei dem blinden Glauben, den der Engländer den Worten gutgekleideter Menschen und gar ohne Besinnen seiner Regierung schenkt, kam im englischen Volke der Gedanke an einen geschickten Betrug, der Sinn für die unerhörte Not Deutschlands überhaupt gar nicht auf. . . . Einer, dem man nur vorzuzügel braucht, irgendwo sei ein Vertrag gebrochen worden, einer, der das in seiner Seele so sehr als Unrecht empfindet, daß er deshalb Leib und Geld opfert, der mag dumm sein, er kann aber im Grunde nicht unanständig sein, er gehorcht jenen Wälungen des Gemüts, die auch wir gewohnt sind, als die edlen zu bezeichnen.« Stahl ist sogar überzeugt, daß das englische Volk nie für den Krieg gegen Deutschland zu gewinnen gewesen wäre, wenn seine Regierung und ihre Presse nicht die edlen, sondern die unedlen Gemütsregungen: Rache, Eitelkeit, Habgier zu bewegen versucht hätte, ja er glaubt sogar »annehmen zu dürfen, daß der lange vorbereitete hinterlistige Überfall der anderen und seiner Regierung auf ein hart arbeitendes, darum friedliebendes und der Zahl nach weit unterlegenes Volk ihn angeekelt hätte«.

Es ist Glaubenssach für Stahl, daß die Deutschen das auserlesene Volk, daß sie den Willen der Natur zu erfüllen berufen sind, daß sie dem Verstand, während die anderen Völker den Gemütsregungen folgen. Nach diesem Glaubenssach wählt und formt er die Tatsachen und kommt dann zu

so wunderlichen Folgerungen wie in den soeben wiedergegebenen Sätzen, wobei ihm seine erstaunliche Unkenntnis in politischen Dingen über alle Schwierigkeiten hinweghilft. Zunächst brauchte kein englischer Staatsmann seinem Volke »vorzulügen«, daß der Einmarsch der deutschen Truppen in Belgien ein Vertragsbruch sei, nachdem in der Reichstagsitzung vom 4. August der deutsche Reichskanzler selber bekannt hatte, daß dieser Einmarsch ein Unrecht und wider die Gebote des Völkerrechts sei. Gewiß hat die englische Regierung das Moralische dieser Sache ins helle Licht gesetzt — wie ja jede Regierung beflissen ist, im Kriege und auch sonst mit moralischen Einwirkungen zu arbeiten, um das Gemütsleben der Massen zugunsten ihrer Politik zu beeinflussen. Nun hat aber die englische Regierung wiederholt und nachdrücklich betont, daß die Aufrechterhaltung der Neutralität Belgiens für England nicht nur eine Sache der Ehre, sondern auch eine Sache des Interesses sei, und in der englischen Presse sind von Anbeginn des Krieges Artikel über Artikel erschienen mit dem Hinweis, was der Bestand eines neutralen Landes auf der Südseite des Kanals für England bedeute. Auf die Verbreitung der Erkenntnis, daß das für England eine Lebensfrage ist, haben die Politiker des Insellandes von jeher eine solche Bedeutung gelegt, daß sie auch dem einfachsten Engländer in Fleisch und Blut übergegangen ist. Gegenüber dieser Erkenntnis bedurfte es keiner Lüge, keiner Täuschung der Massen, hier genügten die Tatsachen. Es fällt dem Engländer gar nicht ein, Leib und Geld zu opfern, wenn »irgendwo ein Vertrag gebrochen« wird. So gemütvoll, so edel und so dumm ist er nicht. Aber die Südküste des Kanals ist für England kein »Irgendwo«, sondern es ist der Weg zu seiner Hauptstadt, zu seinen Häfen, zu seinem Lande. Und diese Sache ist so einfach, so deutlich und so verwachsen mit des Volkes Bewußtsein, daß man sich den Umweg über allerhand Ideologien und Sentimentalitäten zur Erklärung der Kriegsbereitschaft des englischen Volkes ruhig sparen kann. Die Hervorhebung der moralischen Seite an der belgischen Frage war viel mehr auf das Ausland, insbesondere die Neutralen berechnet als auf die eigene Bevölkerung, und daß sie dort ihre Wirkung tun würde, darin haben sich die englischen Politiker nicht verrechnet. Im übrigen mag sich Herr Stahl gesagt sein lassen, daß der Durchschnittsengländer durchaus nicht dazu neigt, ohne Besinnen seiner Regierung zu vertrauen und jedem Wort eines beliebigen gutgekleideten Menschen blindlings Glauben zu schenken. Der Mangel an Kritik im öffentlichen Leben, das eingeborene Vertrauen zu einer beamteten und uniformierten Kaste ist in anderen Ländern viel weiter verbreitet als in England, was insbesondere von solchen Ländern gilt, wo das Vertrauen zur Staatsleitung nicht mal damit als gerechtfertigt erscheinen könnte, daß diese Leistung aus der vom Volke gewählten Parlamentsmehrheit hervorgegangen ist.

Der wunderbarste Teil des Buches von Stahl ist das letzte Kapitel: »Vom unbewußten Zweck des Krieges.« Der Mann des energischen und kategorischen Imperativs beweist uns hier:

Alle Kriege, gleichgültig, ob sie den Menschen grausam oder gerecht erschienen, gleichgültig, ob Staaten dabei zugrunde gingen und Rechte in den Boden getreten wurden — den Menschen brachten die Kriege stets nur wirtschaftliche Vorteile. Zerstörend erhöhten sie die Menge der Werte und damit ebenso zwangsweise wie völlig gemäfllos deren Grundlage: den greifbaren Vorrat an Gold.

Gewisse Leute leben und denken nur in Gold. Mögen wir an Brot verhungern und an Menschenkraft verkümmern, wenn wir nur Gold haben, dann sind wir gemachte Leute! Und so wird denn auch dieser Krieg, der drei, vielleicht vier Jahre lang Energie wahnstinnig vergeudet statt nutzbringend verwerket hat, für die Menschheit Glück und Segen bringen, wenn die Völker nur verstehen, die unvergleichlich guten Aussichten auszunutzen:

Nur diejenigen in Europa, die sich auf eine ungeheure Mehrarbeit, verbunden mit bester Ausbeute und vorzüglichster Güte, einrichten, werden Gewinn aus dem furchtbaren Opfer ziehen. Daß dazu das deutsche Volk vor allen anderen das geeignetste ist, bedarf keines Beweises mehr, jedoch der Ermahnung, sich durch vorübergehende Stillstände der Handels- und Arbeitsstätten und einzelner Gewerbe nicht schrecken zu lassen, sondern im Gegenteil dann zu kaufen, wenn die anderen in unnötiger Angst ihre Preise sinken lassen werden. Weil aber nur die beste Arbeit, nur das beste Erzeugnis mehr als vorher den wirtschaftlichen Sieg zu erringen vermag, müssen die Arbeiter und die Waren nur ihrer Qualität nach genommen werden. Kauft Waren, auch vom Feinde, wenn sie vorteilhafter von ihm als vom Freunde zu holen sind. Patriotismus oder politische Feindschaft ins Geschäftliche zu ziehen, bringt in Zukunft rascher als vorher einen Mißerfolg, denn die Gewinne am einzelnen Geschäft sind gesunken; sie sind nur durch Vermehren der Geschäfte einzuholen.

Es lohnt sich nicht, die volkswirtschaftlichen Gedankengänge, die Stahl zu seinen wunderlichen Ergebnissen über die Wirkungen des Krieges führen, im einzelnen zu verfolgen. Sie sind ebenso verschlungen und verwirrt wie seine Kenntnisse als Politiker unzulänglich. Es mag nur noch das eine erwähnt werden, daß nach seiner Meinung der Hauptleidtragende in diesem Kriege — Amerika sein wird. Dazu lastet auf diesen »geistig so arm gebliebenen Emporkömmlingen« (wie alt sind demgegenüber die Geschlechter unserer Thyssen und Stinnes, unserer Ballin und Friedländer!) der Fluch, daß sie »nicht mit wenigem, aber sicherem Einkommen in einem behaglichen Leben ihr höchstes Glück finden, sondern mangels aller anderen Werte einer vererbten Kultur und freien Wissenschaft darin, aus einer rastlosen Arbeit ihre Gattinnen und Töchter ein möglichst kostspieliges Leben führen zu lassen« — während bekanntlich die deutsche Hausfrau in Berlin W immer noch gefreud nach Schiller fället mit Schätzen die duftenden Laden und dreht um die schnurrende Spindel den Faden.

Stahl ist Ideologe. Von dem imperialistischen Ausdehnungs, und Eroberungsbestreben der großen Wirtschaftsmächte, von den Gewaltmitteln dieses Imperialismus, dem Wehrkräften zu Wasser, zu Lande und zu Luft ebenso wie von der Geheimdiplomatie, der mangelnden Demokratie, der politischen Unbildung weiter Volkskreise als den eigentlichen Wurzeln dieses Krieges kein Wort. Die anderen wollen unseren Handel vernichten und unseren Wettbewerb auf dem Weltmarkt verdrängen, weil sie als Gemütsmenschen in ihrer Politik den Verstand ausschalten und nicht einzusehen vermögen, daß sie damit gegen den Willen der Natur, der auf seiten Deutschlands ist, ankämpfen. Wir aber, die wir vorwiegend mit dem Verstand wirken, müssen uns bemühen, die anderen bezüglich unseres Wesens und unseres Wertes eines Besseren zu belehren; wir dürfen nicht hassen wie jene, wir müssen unsere Vorzüge ohne Aufdringlichkeit zur Geltung bringen, insbesondere uns mehr Kulanz und Großzügigkeit im geschäftlichen Verkehr

aneignen. Dann haben wir nach Stahl alles getan, was der Wille der Natur, was der delphische, der kategorische und der energetische Imperativ von uns fordern.

Stahl ist ein Beispiel für die politische Umbildung unserer wirtschaftlich leitenden Kreise. Aber er ist einer der Harmlosen unter seinesgleichen. Er will die Gleichberechtigung der Völker und gibt sich nicht als Anexionisten und Gewaltpolitiker, wie sie namentlich in der Schwerindustrie zu Hause sind. Diese schnell reich und mächtig gewordene kapitalistische Oberschicht glaubt im Verlaß auf ein starkes Heer und eine starke Flotte ihr Herrenbewußtsein auch nach außen hin geltend machen zu können. Rücksichtslos wie den Arbeitern und Angestellten, rücksichtslos wie dem schwächeren Mitbewerber im eigenen Lande, rücksichtslos wie unter Umständen der eigenen Regierung gegenüber, kennen sie auch im Verkehr der Völker keine andere Politik als die des rücksichtslosen Stüchdurchsehens mit der Waffengewalt als letztes Mittel. Diese und andere Vertreter der Gewaltpolitik im Innern und nach außen werden sich nicht durch die Verkündung moralischer und mechanischer Imperative zu besserer Einsicht bekehren lassen. Ihr Einfluß, der sich auf die Gewaltpolitik richtet, muß gebrochen werden durch den größeren Einfluß derjenigen breiten Volksschichten, die erkannt haben, daß die Zeit des Herrtums im Innern wie nach außen vorbei ist und daß, wenn die Kulturmenscheit nicht endgültig in den Abgrund der Barbarei und des Elends versinken soll, der sich in diesem Weltkrieg graufig aufgetan hat, dann eine gründliche Änderung in den inneren Verhältnissen der Völker und ihren Beziehungen zueinander eintreten muß.

Gefellt sich zu der größeren politischen Einsicht der Volksmassen eine größere politische Tatkraft, dann ist ihnen auch der größere Einfluß gesichert, um den Einfluß der Gewaltpolitiker auf die Geschichte der Völker brechen zu können.

So leicht aber, wie Herr Stahl mit seinen Imperativen sich die Sache vorstellt, werden wir aus der schwierigen Lage, in die der Krieg die aufeinander angewiesenen Völker gebracht hat, nicht hinauskommen. Man wird den tieferen Gründen dieser Selbstzerfleischung einer Welt nicht entgegenwirken durch eine Mäßigung des Gemütslebens und etwas mehr Anpassung im geschäftlichen Verkehr. Am allerwenigsten wird der so dringend notwendigen Selbsterkenntnis aller Genüge getan dadurch, daß sich irgendein Volk als auserlesen und zu mehr als irgendein anderes berufen anpreist, indem es sich als den Vollstrecker eines höheren Willens ausgibt, was gleich mystisch bleibt und herausfordernd wirkt, ob sich dieser Wille aus der Geschichte, aus der Natur oder aus dem Himmel herleitet. Es ist im Rate der Völker so vieles Notwendige unterlassen und so viel Unnützes geschehen, daß sie alle es als Pflicht empfinden sollten, strenge miteinander, am strengsten aber jedes mit sich selber ins Gericht zu gehen — wenn sie nicht wollen, daß dieser Krieg bei dem unsäglichen Unheil, das er allen gebracht hat, den einzigen Nutzen, den er noch haben kann, entbehren soll: den Nutzen nämlich, daß aus ihm die richtigen Lehren gezogen werden, insbesondere die eine, daß eine derartige Schande der Menschheit sich unter keinen Umständen wieder ereignen darf.

Die Neue Zeit

Wochenschrift der Deutschen Sozialdemokratie

2. Band Nr. 19

Ausgegeben am 10. August 1917

35. Jahrgang

Nachdruck der Artikel nur mit Quellenangabe gestattet

Belgien.

Von R. Kautsky.

1. Das mittelalterliche Belgien.

Der eine der Ausgangspunkte des Krieges war Serbien. Den zweiten bildete Belgien. Haben wir in Serbien ein Volk kennengelernt, das erst auf dem Wege ist, eine moderne Nationalität zu werden, deren Umfang und Abgrenzung noch keineswegs feststeht, das erfüllt wird von dem Streben nach Sprengung des Rahmens der Staaten, denen es bisher zugeteilt war, nach Zusammenfassung in einem Nationalstaat, so finden wir in Belgien ein staatliches Gebilde, das zwei Nationalitäten umfaßt, die seit einem Jahrtausend scharf voneinander getrennt sind, ohne daß ihre Sprachgrenze sich irgendwie erheblich verschob, zwei Nationalitäten, von denen jede ein starkes nationales Leben hat, jede in Sprachgemeinschaft mit einer Nation jenseits der Staatsgrenze verbunden ist — im Süden der französischen, im Norden der holländisch-friesischen, und die doch fest zusammenhalten und bisher den Anschluß haben wie drüben abgelehnt haben.

Eine eigenartige Erscheinung, die der Tendenz der modernen Demokratie zum Nationalstaat auffallend widerspricht. Dadurch wird aber keineswegs bewiesen, daß jene Tendenz nicht notwendig aus den Bedingungen der modernen Produktionsweise entspringt, sondern nur, daß es nicht die einzige Tendenz ist, die in ihr wirksam ist.

Um Belgiens Eigenart zu verstehen, ist es notwendig, einen Blick auf seine Geschichte zu werfen, die wieder durch die geographische Lage des Landes bedingt wird.

Wie das kleine Palästina ist auch das kleine Belgien wichtig geworden als Durchgangsland. Wie Palästina seine Bedeutung dadurch bekam, daß es den Durchgang von dem reichen und hochentwickelten Ägypten nach dem nicht minder reichen und entwickelten Syrien und Mesopotamien bildete, so erhielt sie Belgien dadurch, daß die Straßen von Frankreich nach dem unteren Rhein ebenso wie die kürzeste Verbindung von Südengland, der Mündung der Themse nach Deutschland durch belgisches Gebiet zogen. Von hier wie dort geistig und ökonomisch aufs stärkste angeregt und befruchtet, entwickelte das Land frühzeitig eine starke Kaufmannschaft und ein kraftvolles Handwerk, gehörte es zu den blühendsten des mittelalterlichen Europa. Namentlich die Tuchweberei gedieh, gefördert durch die Wolleinfuhr aus England. Gent soll schon um das Jahr 1200 an 20 000 Weber gezählt haben.

»Die belgischen Provinzen«, sagt Gervois, »waren im Mittelalter in allgemein zivilisatorischer Bedeutung allen europäischen Ländern, selbst Italien, zuvorgeeilt, als sie seit dem Beginn der Kreuzzüge die Vermittler zwischen Asien und Europa wie zwischen dem Norden und Süden unseres Weltteils waren, als Brücke den

Mittelpunkt des Welthandels bildete und die kleinen Fürsten dieser Gebiete Jerusalem und Konstantinopel, Böhmen und dem römischen Reiche Kaiser und Könige gaben.»

Diese glänzende Laufbahn, fährt er fort, war auf die südlichen Niederlande beschränkt.

Die abgelegenen nördlichen Provinzen hatten daran so gut wie keinen Anteil gehabt. (Geschichte des neunzehnten Jahrhunderts, 1865, VII, S. 543.)

Diese Medaille hatte natürlich auch ihre Kehrseite. Als Durchgangsland und reiches, begehrtes Gebiet war Belgien seit jeher — darin ebenfalls Palästina ähnlich — ein vielumstrittenes Land. Schon im vierzehnten Jahrhundert traf England für die flandrischen Städte ein, deren Freiheit von Frankreich bedroht wurde. Im fünfzehnten Jahrhundert schüttelten die Herzöge von Burgund die Oberhoheit Frankreichs von sich ab, erwarben Flandern, dann Hennegau, Brabant, Namur, also im wesentlichen das heutige Belgien.

In allen diesen Kämpfen wußten aber die Belgier ihre alten Volksfreiheiten kräftig zu wahren. Damals beschränkte sich noch nicht der Besitz und Gebrauch der Waffen auf den Adel und die staatlichen Söldner. Die städtischen Handwerker waren ein waffenstohes Geschlecht. Nachdem Philipp IV. von Frankreich 1300 Flandern überfallen und an sich gerissen hatte, erhob sich die Bevölkerung zur Abwehr der Eroberung. In Brügge wurden von den empörten Handwerkern über 3000 Franzosen erschlagen. Philipp entsandte ein starkes Ritterheer nach Flandern, die Rebellen zu bestrafen, aber die Handwerker mit ihren langen Speißen bereiteten dem Heer eine elende Niederlage bei Kortryk (11. Juli 1302), in der »Sporenschlacht«, so genannt von den 700 erbeuteten goldenen Sporen, deren jeder einem Ritter angehört hatte. Aus dieser militärischen Kraft erwuchs ein frohiges Freiheitsgefühl aller Klassen, auch der unteren.

Empfänglich für alles, was den Unfrieden wecken und nähren kann, frohig auf Wohlstand, Zahl und Kraft, immer bereit zur Gewalttat, leicht in Jorn gesetzt und in diesem blind wütend geben die Fläminger das Gegenbild zu den unbändigsten Bürgerschaften Italiens, und ihre Demagogen gehören zu den aufs schärfste ausgeprägten Gestaltungen des Bürgertums im Mittelalter. (W. Wachsmut, Europäische Sittengeschichte, IV, S. 378, 379.)

Noch schärfer drückt das Ohwald aus. Er sagt vom belgischen Mittelalter:

Es ist eine Zeit fortwährender Kämpfe und Streitigkeiten. Aus all dem kriegerischen Wirrwarr, den blutigen Fehden, den Intrigen voll List und Mord sehen wir nur das eine deutlich: unabhängig von jeder tatsächlichen Obergewalt wollen diese Gebiete bleiben. Sie erkennen eine Oberhoheit der umliegenden Mächte nur dem Namen nach an. Ihre Politik ist schwankend, perfid, treulos, sie hat nur ein Ziel: die Unabhängigkeit. . . . Das Gefühl der Freiheit, das vollste demokratische Gefühl, sehen wir hier wie sonst nirgends bis zum äußersten getrieben. (Ohwald, Belgien. Leipzig 1915, Teubner, S. 37.)

Diesen Grundzug ihres Wesens haben die Belgier bis in unsere Tage bewahrt, bis zu der Zeit, wo sie die ersten wurden, den Massenstreik erfolgreich als politische Waffe anzuwenden.

Neben dem Rebellenstolz entwickelten die Belgier noch einen zweiten Charakterzug: die Freude am Lebensgenuß.

Ihre Industrie wurde gewaltig in einer Zeit des vollsten Feudalismus, als noch nicht kapitalistisches Denken die Menschen erfüllte, als man Mehrprodukte noch nicht zu dem Zweck produzierte, um Kapital zu akkumulieren, sondern um zu genießen, als man den Reichtum noch nicht in Geldschränken und Banken versteckte, sondern prunkend zur Schau trug. Das Handwerk hatte damals noch goldenen Boden. So entwickelte sich in der Masse der Bevölkerung neben unbändigem Freiheitsdrang auch eine nicht minder unbändige Lebenslust und Freude an Pracht, an Kunst, am Schönen. Auch dieser Zug hat sich bis heute erhalten.

Gerade das zähe Festhalten an überlieferten Gesinnungen und Gewohnheiten bezeugt uns ein drittes Merkmal des Belgiens, seinen Partikularismus und seinen konservativen Sinn, der erklärlich ist in einer Bevölkerung, die so große und schöne Erinnerungen und nach der Periode der ökonomischen und künstlerischen Größe einen so langen Zeitraum der Stagnation aufzuweisen hatte. Dieser Konservatismus, der wohl vereinbar ist mit großer Freiheitsliebe, wenn sie das Festhalten an alten, überlieferten Freiheiten bedeutet, steht in enger Wechselwirkung mit der großen Macht der katholischen Kirche, welche Macht auch mit dem frühen Reichtum des belgischen Gebiets zusammenhing. Dieser Reichtum entwickelte sich zu einer Zeit, wo die Kirche noch stark war. So nahm sie ausgiebig Anteil an ihm und erhielt sich ihn für spätere Zeiten. Nicht weniger als den fünften Teil des heutigen Belgien (105 Quadratmeilen von 535) nahm der Bischof des Bistums Lüttich ein, das ihn bis zur französischen Revolution behauptete.

Unter den Herzögen von Burgund erreichte die erste industrielle Blüte des heutigen belgischen Gebiets, Flandern, Brabant usw. ihren Höhepunkt. Als der letzte Herzog von Burgund, Karl der Kühne, 1477 fiel, richtete Ludwig XI. von Frankreich seine verlangenden Blicke auf diese reiche Erbe. Um ihre Freiheiten vor dem französischen Absolutismus zu schützen, der ihnen der gefährlichste, weil kräftigste zu sein schien, drängten die Niederländer Karls des Kühnen Tochter Maria, den Schattenkaiser des Deutschen Reiches zu heiraten, dessen Macht sie weniger fürchteten. So fielen die ganzen Niederlande vom Hennegau bis Friesland an den Habsburger Maximilian.

Der neue Herr bekam binnen kurzem zu spüren, was belgischer Freiheitsdrang bedeute.

Er geriet bald mit den ganz republikanischen Bewohnern seiner neuen Staaten um so mehr in Zwiespalt, als er die überspannten, den Habsburgern bis auf den heutigen Tag eigenen Begriffe seines Vaters vom göttlichen Fürstenrecht mitbrachte. (Schlosser, Weltgeschichte. Frankfurt a. M. 1849, X, S. 299.)

Dabei kam es schließlich dahin, daß seine getreuen Untertanen von Brügge, als er im Februar 1488 bei ihnen weilte, sich gegen ihn erhoben, seinen Palast stürmten, ihn gefangen setzten und erst am 18. Mai frei ließen, nachdem er ihnen mit den heiligsten Eiden alles beschworen, was sie von ihm verlangt hatten.

Sein Nachfolger und Enkel Karl V., der neben den habsburgischen und burgundischen Erblanden auch noch das ganze spanische Reich erbte, kam mit den Niederländern besser aus als mit einem anderen Teil seiner ausgedehnten Untertanenschaft, denn in den Niederlanden geboren (1500), wurde er dort auch erzogen, und er trug ihrer Eigenart volle Rechnung. Er

hatte gute Gründe dazu. Aus den Niederlanden zog er seine größten Einnahmen.

Das Gebiet, das er beherrschte, war jedoch zu ungeheuer und die Interessen seiner einzelnen Teile zu verschiedenartig, ja gegensätzlich, als daß es unter den Verhältnissen jener Zeit möglich gewesen wäre, es auf die Dauer zusammenzuhalten. Er überließ den deutschen Besitz der Habsburger seinem Bruder Ferdinand, der auch deutscher Kaiser wurde. Der burgundische Besitz, darunter die Niederlande, fiel mit dem spanischen seinem Sohne Philipp zu (1555). Allein auch dieses verkleinerte Erbe war noch zu gegensätzlicher Natur. Die Interessen der Niederländer, die gesellschaftlichen und politischen Bedingungen, unter denen sie lebten, standen in schroffem Widerspruch zu denen der Spanier. Das hatte schon Karl selbst erfahren müssen. Seine Begünstigung der Niederländer zog ihm einen Aufstand der Spanier zu.

Das brauchte Philipp nicht zu befürchten. Dieser war durch und durch Spanier. Nirgends hatte der Absolutismus so alle Schranken niedergeworfen wie in Spanien, wo er auch die Kirche mit ihrer Inquisition zu seinem blinden Werkzeug gemacht hatte. Und Philipp war entschlossen, diese schrankenlose Macht ausschließlich im spanischen Interesse auszuüben, vor allem dem Adel, dem Handel, der Industrie Spaniens die ungeheuren Gewinne allein vorzubehalten, die damals die Kolonialpolitik seines Reiches abwarf, und den übrigen von ihm regierten Staaten keinen Anteil daran zukommen zu lassen. Die italienischen Besitzungen Spaniens (Neapel, Sizilien, Sardinien, Mailand) ließen sich das gefallen, nicht aber die Niederländer. Sie wurden immer unbotmäßiger, und als Philipp, um sie zur Ruhe zu bringen, ihnen den Blutmenschen Alba schickte (1567), damit er mit Folkern und Hinrichtungen die Niederländer zur Vernunft bringe, erhoben sie sich zu bewaffnetem Aufstand, zuerst in Holland und Seeland. Es kam zu einem greuelvollen Kriege, der viele Jahrzehnte lang währte. Sein wichtigstes Ergebnis war die dauernde Trennung der nördlichen Niederlande, des heutigen Holland, von den südlichen, dem heutigen Belgien, die bis heute währt und nicht bloß eine äußerliche ist. Damals vollzog sich die Loslösung der Flämen von ihren nördlichen Sprachgenossen.

2. Die Trennung der nördlichen von den südlichen Niederlanden.

Die Grundursache der Trennung dürfte in den geographischen Bedingungen liegen, die für die nördlichen Niederlande ganz andere sind als für die südlichen.

Die ganze Meeresküste der südlichen Niederlande von Dänkirchen bis zur Scheldemündung entbehrt natürlicher großer Häfen für tiefgehende Schiffe. Was an Häfen vorhanden war, so zum Beispiel der Hafen für Brügge, versandete seit dem fünfzehnten Jahrhundert. Die Schiffe aber wurden immer größer und tiefergehend gebaut, je mehr sich die Technik entwickelte und die Kolonialpolitik seit dem sechzehnten Jahrhundert dahin führte, daß die Seereisen immer weiter gingen und länger dauerten.

Dagegen sind die nördlichen Niederlande von der Scheldemündung an ausgezeichnet durch eine Reihe vortrefflicher und großer Häfen.

Bis heute ist die belgische Schifffahrt geringfügig geblieben, indes die holländische eine sehr ansehnliche Rolle im Weltverkehr spielt. Kolb (Hand-

buch der vergleichenden Statistik, 1875) gibt für 1857 bzw. 1858 die Tonnenzahl der belgischen Handelsmarine auf 42 400, die der niederländischen auf 587 000 an. Seitdem hat sich allerdings der Unterschied vermindert, da die holländische zeitweise zurückging. Neumann Spallart gibt für 1882 den Stand der belgischen Handelsmarine auf 66 000, den der niederländischen auf 335 000 Tonnen an. Für 1912 wird die belgische auf 182 000, für 1911 die niederländische auf 565 000 angegeben.

Früh wagten sich die Holländer auf die hohe See hinaus, schon im dreizehnten Jahrhundert gehörte der Heringsfang zu einer ihrer wichtigsten Erwerbsquellen. Als im sechzehnten Jahrhundert die überseeischen Entdeckungen Quellen märchenhaften Reichtums in Ostindien und Südamerika für jede Seemacht erschlossen, beeilten sich auch die Seefahrer der nördlichen Niederlande, daran teilzunehmen. Dabei aber stießen sie auf das Hindernis der monopolistischen Verbote Spaniens. Das gab einer so seegewaltigen Bevölkerung wie der der nördlichen Niederlande den gewaltigsten Antrieb, das spanische Joch abzuwerfen, die spanische Seeherrschaft niederzukämpfen.

Ein so starker Antrieb fehlte den südlichen Niederlanden. Dort wollte das Volk bloß die traditionellen Freiheiten gegen den Absolutismus der Fremdherrschaft sichern.

Dabei waren die südlichen Niederlande ökonomisch weiter entwickelt als die nördlichen. Im fünfzehnten Jahrhundert kamen sie schon an die Schwelle des Kapitalismus, hatten sie ein zahlreiches Proletariat aufzuweisen. Wollten die herrschenden Klassen, der Adel und das städtische Patriziat, den Kampf gegen den Absolutismus mit voller Kraft führen, dann mußten sie das Proletariat kampffähig machen. Dazu fehlte ihnen der Mut. Überdies hatte die katholische Kirche im reichen Süden viel größeren Besitz angehäuft und damit viel größeren Einfluß erworben als im ärmeren Norden. Dieser Einfluß kam naturgemäß den spanischen Habsburgern, den Vorkämpfern der katholischen Kirche, zugute.

Endlich wurden die nördlichen Niederlande bei ihrem militärischen Widerstand durch die Natur ihres Landes mehr begünstigt als die südlichen. Die letzteren boten ein sehr günstiges Terrain für kriegerische Operationen. Dies zusammen mit der Lage Belgiens als Durchgangsland zwischen großen Reichen hat es bewirkt, daß kaum irgendwo so viele Schlachten geschlagen worden sind wie in dem kleinen Belgien.

Die nördlichen Niederlande sind dagegen zum Teil erst künstlich vom Menschen dem Meere abgerungen, ein Terrain, auf Schritt und Tritt von Kanälen durchschnitten, mit zahlreichen Niederungen, die durch einen bloßen Dammdurchstich unter Wasser gesetzt werden können. Ein großer Teil der Bevölkerung lebte auf Inseln. Da kamen die spanischen Armeen nur schwer vorwärts. Es war eine fast insulare Lage, die Seeland, Holland, Friesland schützte.

Zu Wasser aber erwiesen sich die Holländer den Spaniern überlegen. Und der Seekrieg war damals ein Mittel der Bereicherung für die stärkere Seemacht, während der Landkrieg in jenen Zeiten schon, wenn auch noch nicht in demselben Maße wie heute, nicht nur dem Besiegten, sondern auch dem Sieger die schwersten Wunden schlug.

Im Seekrieg wurden in jenen Tagen die feindlichen Schiffe, auf die man traf und die man niederkämpfte, nur zum geringsten Teil zerstört. In der

Regel wurden sie gekapert, als gute Preise mit ihrem Inhalt angeeignet und in die Heimat gebracht. Ein erfolgreicher Seekrieg vermehrte so die Reichtümer des eigenen Landes. Dieses konnte dabei gedeihen und Kapitalien akkumulieren.

Dies galt für England, es galt gleichzeitig für die nördlichen Niederlande, solange sie die See beherrschten. Daher ihre unglaubliche Zähigkeit im Kampfe gegen die Spanier. Ihre Seebeute gab ihnen nicht nur die Mittel, wie zur See, so auch zu Lande den Krieg erfolgreicher zu führen, sondern dabei noch Industrie und Handel zu entwickeln.

Fast hundert Jahre lang führten sie den Krieg um ihre Unabhängigkeit, von 1568 bis 1648. Als ein armes, unbedeutendes Ländchen waren sie in ihn eingetreten. Als eine Großmacht, als reichstes Land Europas beendeten sie ihn.

So lange hielten es die südlichen Niederlande nicht aus. Später als die nördlichen traten sie in den Freiheitskampf ein. Frühzeitig wendeten sie sich von ihm ab. Durch Zusicherung der herkömmlichen Rechte gelang es Spanien, einen großen Teil von ihnen wiederzugewinnen. Andere wurden durch Feuer und Schwert »bekehrt«. Schon 1579 kam es zur Spaltung zwischen Nord und Süd. Die Provinzen Artois, Hennegau und Flandern schlossen damals ein Bündnis zur Erhaltung der katholischen Religion. Ihnen gegenüber vereinigten sich die Provinzen Holland, Seeland, Geldern, Utrecht und Friesland zur Utrechter Union, die 1587 ihre Unabhängigkeit erklärte und der Keim der Republik der Vereinigten Staaten der Niederlande wurde. Einer Republik mit dem Großherzog an der Spitze. Sie stand unter erblichen »Statthaltern« aus dem Hause Oranien. Doch kam sie zeitweise auch ohne Statthalter ganz gut aus.

Wenn auch die südlichen Niederlande bald danach trachteten, ihren Frieden mit Spanien zu machen, und dieses schließlich einsehen mußte, daß es der nördlichen Niederlande nicht mehr Herr werden könne, deren Selbständigkeit Philipp II. selbst noch vor seinem Tode (1598) indirekt anerkannte, so ging der Krieg doch noch lange fort. In seinem Verlauf gestaltete sich das Schicksal des Südens in jeder Weise gegensätzlich zu dem des Nordens. War dieser, wie schon bemerkt, als armes, ökonomisch zurückgebliebenes Gebiet in ihn eingetreten, als reichster und ökonomisch fortgeschrittenster Staat Europas aus ihm hervorgegangen, so hatte der Süden bei seinem Beginn eines der reichsten und höchstentwickelten Gebiete Europas gebildet. Der Friede mit dem Absolutismus besiegelte seine völlige Stagnation, in der es zwei Jahrhunderte lang blieb.

Der Krieg und die Unterwerfung unter den Absolutismus hatte den ökonomischen Niedergang freilich nicht geschaffen, sondern nur schon vorhandene Tendenzen rascher und stärker zur Wirkung gebracht. Mit dem Zeitalter der Entdeckungen beginnt auch das des überseeischen Welthandels. In dem eine Rolle zu spielen, dazu waren die südlichen Niederlande bei ihrem Mangel an Häfen schlecht geeignet. Der lokale Durchgangshandel verlieh aber keine ökonomische Bedeutung mehr. Belgiens Nachbarn, die nördlichen Niederlande, Frankreich, England waren durch ihre natürlichen Bedingungen weit besser befähigt, den Welthandel an sich zu ziehen, damit aber auch ihre Großindustrie — damals noch vornehmlich Textilindustrie — zu entwickeln und die benachbarte Konkurrenz zurückzudrängen. So verloren die spanischen

Niederlande ihren Vorrang auch auf dem Gebiet der Industrie. In Ypern zum Beispiel gab es 1517 noch 600 Webstühle, 1554 nur noch 100. Gent, das um das Jahr 1200 20 000 Weber gezählt haben soll, hatte 1543 gar nur noch 25 Webstühle im Betrieb. Ein Rückgang wäre auf jeden Fall eingetreten. Doch wurde er unzweifelhaft verstärkt durch die spanische Politik, die sich überall als eine der Industrie feindliche erwiesen hat, überall die tüchtigsten und selbständigsten Arbeiter vertrieb. Der Gegensatz zwischen Nord und Süd der Niederlande äußerte sich nicht bloß als Gegensatz zwischen Absolutismus und Republik, zwischen Stagnation und stürmischem Aufschwung, sondern auch als Gegensatz in der Religion zwischen Katholizismus und Calvinismus, zwischen Inquisition und Toleranz.

Wie wir schon wiederholt bemerkt haben, war der Calvinismus die Religion rebellischer Abtügen und Städte. Ihn akzeptierten auch die Mehrzahl der rebellischen Niederländer. Mit dem spanischen Regime blieb dagegen der Katholizismus im Süden siegreich. Die ökonomische Stagnation trug dazu bei, nicht nur seine Macht, sondern auch sein Ansehen bei der Bevölkerung zu heben. Sie war ökonomisch schon so weit gekommen, ein zahlreiches Proletariat zu entwickeln. Die Stagnation raubte diesem immer mehr seine industrielle Beschäftigung. Es wurde abhängig von der öffentlichen Wohltätigkeit und damit von der Kirche, deren großer Reichtum ihr gestattete, den Arbeitslosen und den verhungernenden Heimarbeitern mit Almosen zu Hilfe zu kommen. Seitdem beherrschte sie einen großen Teil des belgischen Proletariats.

Natürlich duldete der Staat in den spanischen Niederlanden nur die katholische Kirche. Die Republik der Vereinigten Niederlande wurde dagegen das erste europäische Gemeinwesen, das noch während der Religionskriege den Grundsatz der religiösen Toleranz verkündete, in seiner kalvinistischen Mitte Katholiken, Juden, Mennoniten usw. duldete, allerdings nicht ohne gelegentliche Rückfälle in Glaubenskampf.

Wenn in dem spanisch gebliebenen Teil der Niederlande der Absolutismus siegte, so ist das nicht so zu verstehen, daß ihnen ihre alten Freiheiten sämtlich genommen wurden. Deren Anerkennung war vielmehr unerlässlich gewesen, den Aufstand zu dämpfen. Aber nur die lokalen, provinziellen und städtischen Rechte und Freiheiten wurden auf diese Weise gewahrt. Das politische Leben der Gesamtheit hörte völlig auf. Das Organ der Gesamtheit der Provinzen, die Generalstaaten, wurden 1600 zum letzten Male versammelt. Auf die Politik des spanischen Staates, dem sie angehörten, hatte nicht einmal der Adel der spanischen Niederlande den mindesten Einfluß. In beschränkter und tatloser Kleinstädtereier und Provinzlerier verkam das ganze politische und geistige Leben. Das wurde nicht besser dadurch, daß der ganze spanische Staat verfiel, der sich in dem Streben erschöpfte, gleichzeitig die stärkste Land- und Seemacht der Welt zu sein und zu bleiben.

Ein schreienderer Gegensatz ist kaum denkbar als der zwischen den nördlichen und den südlichen Niederlanden seit ihrer Trennung im Freiheitskampf. Unter dem Regime der siegreichen Revolution frisch pulserendes Leben, rastlose Bewegung, glänzender ökonomischer und geistiger Aufschwung. In dem Gebiet der mißlungenen Revolution dagegen Stumpfheit, Trägheit, Versumpfung und Beschränktheit auf allen Gebieten, der Pflanzenschlaf des Philisterriums.

3. Beschützung der Niederlande durch England.

Diese Zeit des Niederganges der spanischen Niederlande im besonderen und des spanischen Gesamtstaats im allgemeinen mußte der aufstrebende Absolutismus Ludwigs XIV. wohl zu nutzen. Ein Stück nach dem anderen riß er von dem niederländischen Besitz der Spanier ab, und er hätte ihn wohl ganz an sich gezogen, wenn nicht England das verhinderte.

Gerade zur Zeit Ludwigs XIV. bildeten sich die Grundlagen, auf denen bis heute die äußere Politik Englands ruhte.

Die Dynastie der Stuarts, die von 1603 bis 1688 mit einer Unterbrechung (1649 bis 1660) England regierte, kannte wie jede andere Dynastie damals kein anderes Streben als das, ihre absolute Macht fest zu begründen. Jedoch begann England zu ihrem Unglück in jener Zeit seine militärische Kraft zur See zu entwickeln. Seine Landmacht verlor demgegenüber an Bedeutung. Die Hauptwaffe des Absolutismus war aber eine starke Armee, die jeden Widerstand des Volkes niederwarf und dem Kriegsherrn willenlos gehorchte.

In ihrem Hauptland, England, fanden die Stuarts keine Stütze, außer in einem großen Teil des Landadels. Sie suchten ihre Macht zu befestigen durch Faktoren, die außerhalb Englands waren, die Bergschotten, die katholischen Irländer und die Geldmittel des katholischen Königs von Frankreich. So erschienen die Könige Englands verbündet mit den Feinden der Reichseinheit und dem Landesfeind.

Als solcher galt Frankreich damals den bürgerlichen Klassen Englands, unter denen das Kaufmanns- und Bankkapital noch das Industriekapital überwog. Die Ausdehnung der Kolonien, die Beherrschung der Meere war für diese in jenen Zeiten die wichtigste Quelle der Bereicherung, und dabei fanden sie keinen gefährlicheren Gegner und Konkurrenten als Frankreich. Ehedem war Spanien es gewesen, das über eine furchtbare Seemacht und die stärkste Landmacht in Europa gebot. Der Kampf gegen Spanien hatte damals das ganze aufstrebende bürgerliche England erfüllt, hatte den Kampf gegen den Katholizismus, die Reformation und das Regime Heinrichs VIII. und seiner Tochter Elisabeth populär gemacht.

Nun war durch die vereinten Anstrengungen Englands und der rebellischen Niederlande Spaniens Seemacht niedrigerungen, und sein ökonomischer Verfall war auch von dem seiner Landmacht begleitet.

Da trat an Stelle Spaniens eine andere Macht mit den gleichen Ansprüchen und der gleichen Gefährlichkeit, Frankreich, ebenfalls eine katholische Macht. Aber diesmal erwiesen sich die Könige Englands nicht als Führer im Kampfe gegen den Katholizismus und den Landesfeind, sondern als seine geheimen Verbündeten.

Das stieß dem Fasse den Boden aus und wurde für die bürgerlichen Klassen zum stärksten Antrieb, der Herrschaft der Dynastie der Stuarts ein Ende zu machen.

Zwei Revolutionen haben sich über die Stuarts entladen. In der ersten, die 1642 begann und 1660 endete, ging die Bourgeoise Hand in Hand mit den arbeitenden Klassen. Dabei aber gewannen diese weit mehr Einfluß, als ihr lieb war, sie wendete sich daher bald von dieser Revolution ab und verriet sie schließlich.

Das zweite Mal war sie vorsichtiger. Um Jakob II. zu verjagen, rief sie nicht mehr die arbeitenden Klassen auf. Sie verband sich vielmehr mit einem

Teil des hohen Adels. Das wurde ihr erleichtert dadurch, daß an diesem die erste Revolution auch nicht spurlos vorübergegangen war und er gesehen hatte, welche Gefahr er lief, wenn er den Absolutismus stützte.

So kam es zur zweiten Revolution, 1688, von der Bourgeoisie die »glorreiche« genannt, weil das Volk nichts mit ihr zu tun hatte.

Von da an kam der mit dem Kaufmanns- und Bankkapital verbündete Teil des hohen Adels, die Whigs, zur Herrschaft. Ihr König war Wilhelm von Oranien, den sie sich aus Holland holten, dessen Erbstatthalter er war.

Wilhelm und die Whigs stellten damals die wichtigsten Grundsätze auf, die seitdem die auswärtige Politik Englands geleitet haben.

England verzichtete damals, im Gegensatz zu den übrigen großen Mächten, vollständig und für immer darauf, eine Vergrößerung auf dem Festland Europas zu suchen. Seine ganze Kraft wendet es auf die Ausbreitung seines überseeischen Besitzes. Es steht anscheinend im Widerspruch dazu, daß, als Wilhelm und seine Schwägerin und Nachfolgerin Anna kinderlos gestorben waren, der Kurfürst von Hannover, der Welfe Georg, König von England wurde (1714), so daß die englischen Könige seitdem auch ein deutsches Land besaßen. Aber dies wurde stets nur als der persönliche Besitz der englischen Könige, nie als ein Bestandteil des englischen Reiches betrachtet. Da für Hannover eine andere Thronfolgeordnung galt als für England, so trennten sich beide Staaten 1837. In England kam Viktoria zur Regierung, den Hannoveranern war ein weiblicher Regent versagt, sie bekamen Ernst August zum König. Diese Trennung vollzog sich für beide Teile gleich schmerzlos, ein Zeichen, wie wenig sie miteinander zusammengehangen hatten.

Sonst hat England seit der »glorreichen« Revolution nur noch eine Erwerbung auf dem Festland Europas vollzogen, die Gibraltar, das fast eine Insel ist. Diese Eroberung fällt fast noch ins siebzehnte Jahrhundert (1704).

Seit zwei Jahrhunderten hat England kein Stück europäischen Festlandes erworben. Calais, das es 1347 eroberte, hat es schon 1558 verloren. Unter Cromwell gewann es Dünkirchen, 1658, das aber schon 1662 vom geldbedürftigen Karl II. um ein Trinkgeld von 4 Millionen Livres an Frankreich verkauft wurde.

Seit dem Wiener Kongreß, 1815, hat England auch keine europäischen Inseln mehr erworben, wohl aber solche freiwillig aufgegeben, so die Ionischen Inseln, die für den Besitz des Adriatischen Meeres so wichtig sind, an Griechenland (1863), das die Nordsee beherrschende Helgoland an Deutschland (1890).

Englands Interesse an den Kontinentalverhältnissen bestand darin, zu hindern, daß in Europa eine Macht aufkomme, die als stärkste Landmacht auch sich anschicken könne, zur stärksten Seemacht zu werden, und damit nicht nur Englands Machtstellung, sondern auch seine Unabhängigkeit zu bedrohen. Dies Streben, das nach Erhaltung des »europäischen Gleichgewichts«, ist heute noch der Kompaß der europäischen Politik Englands.

Dazu gesellte sich ein zweites Interesse: zu hindern, daß eine starke Macht das Gebiet besetze, das der verwundbarsten Stelle Englands gegenüberliegt, der Themsemündung, an der die Reichshauptstadt liegt. Wer Belgien besitzt, der kann stets in einem unbewachten Moment einen Handstreich vollziehen, der ein Stoß ins Herz Englands wäre. So betrachteten wenigstens

die Engländer bisher die Sache, und daher wachten sie eifersüchtig darüber, daß keine starke Kriegsmacht sich dort festsetze.

Seit der »glorreichen Revolution« haben sie blutige Kriege geführt, um Frankreich von den spanischen Niederlanden fernzuhalten. Sie suchten diese aber noch in anderer Weise zu schützen. Schon im Jahre 1697 vereinbarte Wilhelm mit der spanischen Regierung, die nicht mehr imstande war, ihren Besitz selbst zu schützen, daß sieben belgische Festungen an der französischen Grenze von holländischen Truppen besetzt würden. Dieser eigenartige Vertrag, der »Barrierevertrag«, der wiederholt erneuert wurde, war der Vorläufer der späteren Neutralisierung Belgiens.

Österreich übernahm den Vertrag 1714. Nach dem Aussterben der spanischen Linie der Habsburger (1700) war es zum Krieg um das spanische Erbe zwischen Frankreich und Österreich gekommen. Sein Abschluß 1714 brachte den österreichischen Habsburgern den bis dahin spanischen Besitz in Italien und in den Niederlanden.

(Fortsetzung folgt.)

Staatssozialismus oder Staatskapitalismus?

Von Otto Jensen.

(Schluß.)

2. Staatshaushaltsreform, Etatverweigerung, neue Taktik.

Die Kritik Goldscheids am politischen Verhalten der Parteien steht im engsten Zusammenhang sowohl mit seiner theoretischen Staatsauffassung als auch mit seinem praktischen Vorschlag der Zwangsentfignung eines Teiles des Nationalvermögens. Sie sei daher hier ausführlich mit den eigenen Worten des Kritikers wiedergegeben, da nur so eine gerechte Würdigung möglich erscheint:

Wenn heute zwischen den Minimal- und den Maximalforderungen des sozialistischen Programmes eine genügend feste Brücke fehlt, so ist die Ursache hierfür letztlich darin zu finden, daß die sozialistische Theorie im Budget nicht das erkennt, was dies tatsächlich zum Ausdruck bringt: nämlich das aller täuschenden Ideologien rücksichtslos entkleidete Gerippe des Staates. Der Staat kann nicht wesentlich anders sein wie sein Haushalt. Dem sozialistischen Endziel liegt diese Einsicht implizite zugrunde, indem es in der Vergesellschaftung der Produktionsmittel, in der Aufhebung des Privateigentums die kardinale Voraussetzung für die Befreiung des Proletariats, für die kulturelle Sicherung der Gesellschaft erblickt. Aber mit ihrer wachsenden Größe hat ein immer beträchtlicherer Teil der Sozialdemokratie dieses Endziel entweder gänzlich aus den Augen verloren oder zumindest als vorläufig utopisch zur Seite geschoben, während diejenigen unter ihren Anhängern, die noch daran festhalten, in der überwiegenden Mehrheit von dem Glauben erfüllt sind, es werde sich nur durch revolutionäre Eroberung der politischen Macht auf dem Wege intransigenten Klassenkampfes mit einem Schlage realisieren lassen.

Die eine wie die andere Haltung ist aber gleichermaßen verfehlt. Steht die Sozialdemokratie nicht mehr in der schrittweisen Vergesellschaftung der die Lebensnotwendigkeiten garantierenden Produktionsmittel diejenige Aufgabe, die ihrem gesamten Kampfe die eigentliche Kraft, die tiefere Bedeutung gibt, so kann sie trotz aller Teilerfolge im politischen Alltagsringen die Gesellschaftsordnung auch nicht allmählich von Grund auf umgestalten. Und ebenso ist sie unfähig hierzu, wenn sie hofft, durch sukzessiv fortschreitende politische Macht den Staat mit einem Male radikal in seinen wirtschaftlichen Fundamenten umwandeln zu können. Die Verkettung der sozialen Kausalität ist vielmehr so geartet, daß die politische Macht

einer Klasse nie über ihre jeweilige wirtschaftliche Macht erheblich hinauswachsen kann.

Die wirtschaftliche Macht einer Klasse im Staate hängt aber vor allem von der wirtschaftlichen Macht des Staates in der Gesellschaft ab. Die sozialistische Theorie beging deshalb schon von vornherein den größten Fehler, indem sie stets nur von der Vergesellschaftung der Produktionsmittel sprach, ohne Klarheit darüber zu schaffen, welche Rolle sie bei diesem ungeheuren Umwälzungswerk dem Staate zuschrieb. Es ist selbstverständlich, daß der Staat keine rein passive Haltung einnehmen kann, wenn sich in seinem Schoße die gewaltigsten Veränderungen vorbereiten. Denkt man sich die Vergesellschaftung aller Produktionsmittel jedoch so, daß das zur ausschlaggebenden politischen Macht im Staate aufgestiegene Proletariat ihm die Aufhebung des Privateigentums an den Produktionsmitteln einfach aufzwingt, so ist nicht einzusehen, warum gerade dieser sozialistische Programmpunkt nur mit einem Schlage realisierbar sein sollte, wenn man hinsichtlich aller anderen sozialistischen Forderungen der Meinung ist, ihre Verwirklichung werde lediglich auf dem Wege eines allmählichen Entwicklungsprozesses zustande kommen können.

Und nicht nur dies ist im Auge zu behalten, ebenso gilt es, sich vor einer Unterschätzung der Leistungen der freien Privatwirtschaft zu hüten. . . .

Aber nicht nur aus diesem Grunde allein erscheint bloß sukzessive Sozialisierung der Wirtschaft geboten. Man bleibe auch in einer äußerst primitiven Auffassung der ganzen Kompliziertheit der modernen kapitalistischen Wirtschaft befangen, wolle man außer acht lassen, daß unbedingt eine längere Übergangszeit, in der neben der Staatswirtschaft auch für die Privatwirtschaft Raum bleibt, erforderlich ist, damit, trotz radikaler Beseitigung ihrer zahllosen Mängel, doch sich die gewaltigen Errungenschaften erhalten, ja fortentwickelt werden können, die ihr zu verdanken sind. (S. 129, 130.)

Goldscheid verlangt daher eine staatliche Durchkapitalisierung der Welt, die die Schonung und Weiterentwicklung der durch den Krieg verminderten Produktivkräfte am ehesten garantiert.

Es ist letzten Endes die Unklarheit über das notwendige Ausmaß der Mitwirkung des Staates an der Vergesellschaftung der Produktionsmittel, welche gerade die Sozialdemokratie bisher vielfach zu einer so unbedingten Geringschätzung des Staatssozialismus veranlaßte, auch wo er nicht im Sinne von autoritärem Fiskal-sozialismus zu begreifen war.

Die Gesellschaft formt wohl den Staat, aber nur der von der Gesellschaft geformte Staat vermag für die Gesellschaft zu handeln. Die Vergesellschaftung der Produktionsmittel kann darum nur als Verstaatlichung der Produktionsmittel Wirklichkeit werden. (S. 128 ff.)

Daher ist nach Goldscheid die Haltung der Sozialdemokratie zum Staate, die sich am klarsten in der parlamentarischen Stellung zur Budgetbewilligung offenbart, ausschlaggebend sowohl für das Schicksal der wirtschaftlichen Struktur des Staates als auch der politischen Wirksamkeit der Partei. Er verlangt vor allem bei der veränderten wirtschaftlichen Lage die Aufstellung eines ausgearbeiteten Minimalprogrammes für die Gestaltung des Staatshaushaltsplans. Es sei eine Illusion, zu glauben, daß man durch Paktieren mit dem verschuldeten Staate selbst bei einzelnen Zugeständnissen in Steuerfragen und auf sozialpolitischem Gebiet dauernd etwas erreichen könne. Nur durch Reform der Staatseinnahmen sei eine gedeihliche Weiterentwicklung der Wirtschaft gewährleistet.

Anders ausgedrückt: Die Sozialdemokratie darf den Etat nur bewilligen, wenn dieser den Staat wirtschaftlich weitläufig selbständiger, das heißt aber weitläufig unab-

hängiger von Steuern und Abgaben jeglicher Art macht, als er je war. Mit dieser Haltung erweist sie sich sowohl als staatsfreundlicher als irgendeine der Schichten, die sich bisher als die staatserkhaltenden par excellence aufspielen durften, wie sie dadurch auch die Tendenzen, die am mächtigsten zum Sozialismus hindrängen, aufs wirksamste unterstüßt. (S. 134.)

Aus diesen Voraussetzungen ergibt sich nun die scharfe Kritik, die Goldscheid an dem parlamentarischen Verhalten der Partei bei der Etatsbewilligung übt:

Radikale Budgetverweigerung bedeutet daher genau die gleiche Prinzipienlosigkeit wie unbedenklich opportunistische Budgetbewilligung. Nur daß beide Male das Wort Prinzipienlosigkeit einen anderen Sinn erhält. (S. 139.)

Goldscheid hat darin recht, daß unter den völlig veränderten Verhältnissen der kommenden Friedenswirtschaft das Steuerprogramm der Sozialdemokratie weiter ausgebaut werden muß. Die Vorarbeiten von Renner und Wurm genügen jetzt nicht mehr, da die Struktur der Wirtschaft sich zu sehr verändert hat und dadurch auch andere politische Gesichtspunkte maßgebend werden. Aber diese historisch begreiflichen Mängel haben ganz andere Gründe, wie Goldscheid annimmt, worauf Julius Deutsch in seiner Würdigung des Goldscheidschen Buches im Juniheft des Wiener »Kampf« eingehender hinweist. Diese Mängel hängen weder mit der Staatsauffassung des Marxismus, noch mit der Verkennung des Zusammenhanges zwischen innerer und auswärtiger Politik zusammen, wie G. meint. Es ist eine geradezu lächerliche Verlegenheitsausrede, zu behaupten, das mangelnde Verständnis für die Bedeutung des Staates stamme aus dem Ursprung der sozialistischen Theorie, aus anarchistischen Quellen. Goldscheid sollte doch wissen, daß gerade der Gegensatz in der Stellung zum Staate ein Hauptunterscheidungsmerkmal zwischen Anarchismus und Sozialismus bildet. Schon im kommunistischen Manifest wird dem Staate bei der Umwälzung der Produktion die hervorragendste Rolle zugewiesen, was wohl die dort aufgestellte Liste der staatlichen Übergangsmaßnahmen beweist. Nach dem Scheitern der Pariser Kommune bekannten Marx und Engels, daß das Proletariat nicht einfach den gegenwärtigen Staat übernehmen kann, sondern die Staatsmaschinerie umgestalten muß, um sie seinem Zwecke dienstbar zu machen. Endlich ist die soziale Revolution nach den Erfahrungen der letzten Jahrzehnte nicht als ein einmaliger politischer Akt aufgefaßt worden, sondern stets als ein Prozeß, als eine Periode schwerster politischer Kämpfe gegen und um den Staat, in deren Verlauf der Staat zu wichtigen Reformen gedrängt werden kann. Es wird sich wahrscheinlich aus dem Kampfe um Einzelreformen diese revolutionäre Epoche entwickeln. Ebenso unrichtig ist die Behauptung Goldscheids, als fordere die Sozialdemokratie die plötzliche Vergesellschaftung der Produktionsmittel. In seiner Broschüre »Am Tage nach der sozialen Revolution«, in der Karl Kautsky aus Gründen der theoretischen Vereinfachung annimmt, daß die gesamte politische Macht auf einmal in den Händen des Proletariats konzentriert ist, wird ausdrücklich betont, daß zunächst die Warenproduktion beibehalten werden muß und nur an eine allmähliche Überführung in die sozialistische Wirtschaft gedacht werden kann. Freilich haben seitdem durch die Kartellierung und Konzentrierung der wichtigsten Industrien die technischen Vorbedingungen für die So-

zialisierung der Gesellschaft sich weit günstiger gestaltet. Allerdings sind auch die Widerstände gewaltig gewachsen, da durch den Krieg das Proletariat wirtschaftlich und vor allem politisch sehr geschwächt wurde, während auf der anderen Seite die gewaltige Kapitalzusammenballung und Machtzunahme der Banken, die der Krieg bewirkte, die Herrschaft des Finanzkapitals bedeutend erweiterte, wozu noch die Proletarisierung breiter kleinkapitalistischer Schichten kommt.

An eine plötzliche Vergesellschaftung der Produktionsmittel ist daher selbst bei politischer Revolution nicht zu denken. Die Sozialdemokratie erkennt den Staat sehr gut in der Gesellschaft, aber Goldscheid übersieht die wichtigste gesellschaftliche Funktion aller bisherigen Staaten als Instrument der Herrschaft bestimmter Klassen, als eine Organisation, die das gesamte Interesse der jeweils herrschenden Klasse selbst gegen den Widerstand einzelner Fraktionen der wirtschaftlich führenden Schicht wahrzunehmen hat, woraus sich die Reibungen mit einzelnen Gruppen erklären und der Anschein erweckt wird, als ob der Staat über den Parteien stünde. Gerade der Krieg hat gezeigt, zu welchen Maßnahmen der Staat im Interesse der Kapitalistenklasse greift, er hat aber auch die Schranken deutlich erkennen lassen, die dem sozialen Wirken des Staates gezogen sind, selbst durch wirtschaftliche Augenblicksinteressen herrschender Gruppen. Die Behandlung der Ernährungsfrage, die weitgehende Rücksicht auf Großgrundbesitz und Schwerindustrie und andere zahllose Kriegsmassnahmen sind dafür die besten Belege.

Aus dieser Verkennung der wichtigsten Aufgaben des bestehenden Staates erklärt sich auch Goldscheids Mißverständnis, das bei aller Kritik des ziellosen Opportunismus doch in der radikalen Budgetverweigerung nur eine reine Negation sieht.⁵ Diese Budgetverweigerung ist eben keine »Negation des Staates«, sondern ein politisches Kampfmittel, und zwar eines der wirksamsten im Kampfe um den Staat. Man kann nicht nur Goldscheid, sondern allen modernen Staatschwärmern die Lektüre von Lassalles Vorträgen über Verfassungswesen dringend empfehlen. Verfassungsfragen sind eben Machfragen.

Der anscheinende Widerspruch der Mitarbeit am Staate und der Ablehnung des Etats erklärt sich sehr leicht daraus, daß die Arbeiterklasse im Gegenwartstaat leben muß und im Eigeninteresse jede Verbesserung ihrer politischen und wirtschaftlichen Lage anstrebt, während sie andererseits eine endgültige Befreiung nur von der völligen Umgestaltung der wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse erwarten kann. Diese Dialektik bleibt Goldscheid unverständlich, und die neue Taktik, die er uns empfiehlt, läuft auf den alten Opportunismus der Etatsbewilligung je nach Bedarf hinaus, nur daß die Partei ausführliche Pläne der Beschaffung der Staatseinnahmen ausarbeiten soll, was sie übrigens auch bei Ablehnung des Etats tun kann. Die »neue Taktik« kommt in Wirklichkeit auf das von der jetzigen deutschen Fraktionsmehrheit beliebte Verfahren heraus, einmal den Etat anzuneh-

⁵ Zur Ergänzung meiner Kritik verweise ich auf den inzwischen erschienenen Artikel von Eduard Bernstein »Der Staat und die Staatsnotwendigkeiten« in Nr. 12, 2. Band des laufenden Jahrganges dieser Zeitschrift S. 265 ff. Bernstein gibt hier weiteres Material zur Entkräftung der völlig ungerechtfertigten Kritik Goldscheids an der Staatsauffassung von Marx und Engels.

ander die Welt zu einer Hölle machten, und die ebenso überzeugt davon sind, die Welt im Vergleich damit in ein Paradies umwandeln zu können, wenn erst an Eigenbesitz reiche Wirtschaftstaaten, von ihrer natürlichen Tendenz angespornt, sich zu immer mächtigerer wechselseitiger Förderung zusammenschließen. (S. 179, 180.)

Dieses Ziel wird aber nur nach schwersten politischen Kämpfen mit dem kartellierten Privatkapital erreicht werden, das alle Hilfsgruppen mobil machen wird, um seine Macht in Volkswirtschaft und Staat zu behaupten. Ein solcher Kampf ist nur auf internationalster Grundlage durchzuführen, obgleich Goldscheid darauf hinweist, daß gerade die von ihm verlangte Staatshaushaltsreform auf nationaler Grundlage möglich ist und durch sie der Staat derartig politisch gestärkt wird, daß er seinen Nachbarstaaten gerade durch die Reform weitaus überlegen ist. Daher werde eine solche Haushaltsreform sofort zur Nachahmung in den anderen Großstaaten veranlassen. Es muß aber darauf hingewiesen werden, daß auch eine wirtschaftliche Erstarbung zugunsten des Großkapitals nicht nur theoretisch denkbar, sondern praktisch möglich ist, und daß diese Gefahr nur durch eine internationale demokratische Welle zu bannen wäre. Es trifft daher nicht zu, wenn Goldscheid in allzu geistreich zugespitzter Formulierung behauptet, das Kapital sei seiner Funktion nach international, trotz seiner nationalen Ideologie, während die Arbeiterklasse in erster Linie nationale Funktionen habe, die sich allerdings mit ihrer internationalen Ideologie sehr gut vertragen, ja sogar eine internationale Ideologie forderten.

Gerade der Weltkrieg hat gezeigt, daß die Arbeiterschaft eben nicht nur nationale Funktionen hat. Das »nationale« Kapital schafft, wohin es immer kommt, als unerläßliche Bedingung kapitalistischer Produktion eine Arbeitereinfuhr aus anderen Gebieten. Die Arbeiterschaft hat deshalb in der Weltwirtschaft naturgemäß eine internationale Funktion, und sie muß daher alle Probleme geleitet vom Gesamtinteresse des internationalen Proletariats betrachten.

Die Weltzusammenhänge werden sich gerade nach dem Kriege bei der allgemeinen Leuerung, dem Rohstoffhunger, der Neuordnung der Produktion usw. besonders fühlbar machen, was sich dann in einer Stärkung des internationalen Bewußtseins der gesamten Arbeiterschaft ausdrücken muß. Es sind daher die Probleme der Staatsfinanzen auch internationale bei der internationalen Verschuldung aller Großstaaten, wenngleich sie im Rahmen der bestehenden Staaten gelöst werden müssen. Um diese Probleme nicht noch mehr durch finanzielle Abhängigkeit der verschuldeten Staaten untereinander zu komplizieren, die bei Zahlung einer Kriegssentschädigung in verstärktem Maße auftreten würde, auch im Interesse einer möglichst glatten Durchführung der Entschuldung der kriegführenden Staaten ist die Forderung zu erheben: Frieden ohne Annexionen und Kriegssentschädigung. Ein baldiger Friede nur kann jenen Optimismus in die Produktivkraft der Gesellschaft rechtfertigen, der aus den Schlußkapiteln der Goldscheidschen Schrift spricht. Die Überzeugung, daß wir trotz des Krieges noch reich genug sind, die Schäden bald zu beseitigen, da wir wirtschaftlich viel reicher waren, als wir ahnten, ist natürlich zahlenmäßig nicht zu beweisen. Uns will aber scheinen, daß bei längerer Fortdauer des Weltkrieges, der nicht nur scheinbare Werte zerstört, sondern auch die Produktivkräfte an der Wurzel an-

greift, die Gefahr einer dauernden Erschöpfung der europäischen Wirtschaft näherliegt, wie Goldscheid annimmt. Auf jeden Fall sind radikale Eingriffe in das Privateigentum und planmäßige Organisation der Produktion erforderlich, um jene furchtbaren Verwüstungen zu mildern und die Möglichkeit zu neuem Aufstieg der Wirtschaft und der Gesamtkultur der Menschheit zu schaffen. Dieser Kampf um den Kulturaufstieg Europas und der Welt ist aber wie alle wirtschaftlichen Bestrebungen in erster Linie ein politischer Kampf.

Der Gesetzentwurf über die Wiederherstellung der deutschen Handelsflotte.

Von Joseph Herzfeld.

Der Gesetzentwurf wird passend bezeichnet als der große Kriegsfischzug des Reedereikapitals. Er bestimmt den privatwirtschaftlichen Wiederaufbau der durch den Krieg verlorengegangenen oder erheblich beschädigten deutschen Kauffahrtschiffe, in erster Linie der Frachtschiffe, für das Privateigentum und den Privatwirtschaftsbetrieb der Reeder auf Kosten des Reiches, das heißt der Steuerzahler. Irgendwelche Unterlagen über die finanzielle Lage der Reedereien, über die Notwendigkeit dieser Beihilfen, über ihre Vereinbarkeit mit den allgemeinen Grundsätzen betreffend den Ersatz von Gewerbeverlusten durch den Krieg, über ihre Höhe gibt der Entwurf nicht. Er sagt nur in der Begründung, »daß die Verluste, die der Krieg der deutschen Reederei zugefügt hat, zu groß sind, als daß sie aus eigener Kraft die erforderlichen Schiffe bauen und ihren Betrieb in dem gebotenen Umfang wieder aufnehmen könnten«, und daß ferner »von dem Bestand der deutschen Handelsflotte, der sich vor dem Krieg auf mehr als 5 Millionen Bruttoregister-tonnen belief, über 2 Millionen Tonnen in Feindeshand gefallen oder gefährdet seien. Des ferneren liegen über 1 Million Tonnen in den Häfen verbündeter und neutraler Staaten infolge der Seesperre fest.« In der Kommission wurden die Baukosten von der Regierung unverbindlich auf 825 Millionen, von den Parteien auf 1000 bis 1500 Millionen Mark geschätzt. Weiterhin stellt der Gesetzentwurf den Reedereien Betriebskapital aus Reichsmitteln zur Verfügung »zur Deckung der Aufwendungen für Instandhaltung des Schiffes, für Hafengelder sowie für Feuer und Unterhalt der Schiffsbesatzung, die dadurch notwendig geworden ist, daß das Schiff infolge des Krieges in deutschen Schutzgebieten oder in außerdeutschen Ländern festgehalten oder an der Fortsetzung seiner Reise gehindert worden ist«. Diese Beträge, die sich mit der Länge des Krieges erhöhen, schätzt die Regierung jetzt unverbindlich auf etwa 200 Millionen Mark. § 3 des Entwurfes stellt ferner den Reedereien weitere gewaltige Summen in Aussicht auf Grund des zu erlassenden Reedereientschädigungsgesetzes für durch den Krieg entgangene Verdienstmöglichkeiten, für Verluste an Kohlen, Proviant, Vorräten, Kais, Lagerhäusern usw. Endlich bestimmt der Entwurf, daß »deutschen« Schiffsbesatzungen der Kauffahrtschiffe zur Wiederbeschaffung ihrer verlorenen Habe Beihilfen gewährt werden können. Diese sollen nach einem der Vorlage beigefügten festen Tarif erfolgen. Die erforderlichen Summen wurden in der Kommission auf 4 bis 5 Millionen Mark geschätzt, also eine winzige Bagatelle gegenüber den dem Reedereikapital zugewandten Riesensummen. Die zur Durchführung der Vorlage erforderlichen Mittel sollen jährlich durch den Reichshaushaltsetat bereitgestellt werden. Die Kommission hat darüber hinaus im Gesetz selbst schon für 1917 300 Millionen aus den Kriegskrediten bereitgestellt. Die Großreedereien wie Hamburg-Amerika-Linie, Norddeutscher Lloyd — denn diese haben nach ihren Berichten eine Anzahl von Neubauten bereits fertig — können also erwarten, noch in diesem Jahre bis zu 300 Mil-

tionen Mark vom Reiche zu erhalten, ein Betrag, der dem gesamten Aktienkapital der beiden Linien (180 und 125 Millionen Mark) beinahe gleichkommt. Die Börse hat denn auch die Einbringung des Gesetzentwurfes mit einer bedeutenden Kurssteigerung der Schiffsahrtsaktien beantwortet.

Die Festsetzung der für die einzelnen Schiffe zu bewilligenden Beträge erfolgt durch den Reichskanzler auf Grund von Vorschlägen eines Reichsaussschusses, der an allgemeine, dem Entwurf beigefügte Grundsätze gebunden ist. Es soll der Friedensbaupreis zuzüglich eines Zuschlags von 60 bis 80 Prozent, 40 bis 60 Prozent oder 20 bis 40 Prozent über den Friedensbaupreis übersteigenden Aufwendungen gewährt werden, je nachdem die Ablieferung des Neubaus oder die Infahrtsetzung des Schiffes unter deutscher Flagge innerhalb des ersten bis dritten, vierten bis sechsten oder siebenten bis neunten Jahres nach Friedensschluß sichergestellt ist. Der Ausschuß besteht aus 7 Mitgliedern und ebensoviel Stellvertretern, die der Bundesrat auf Vorschlag des Reichskanzlers ernannt. Er bestimmt auch den Vorsitzenden und dessen Vertreter. Der Reichstag ist bei der Zusammensetzung des Ausschusses vollständig ausgeschaltet. Anträge der Unabhängigen Sozialdemokraten, die ihm Einfluß auf die Zusammensetzung des Ausschusses und dadurch auf seine Beschlüsse geben sollten, wurden in der Kommission abgelehnt.

1870/71 ging man erst nach Friedensschluß an den Ersatz der Kriegsschäden, als deren Kreis abgeschlossen, ihre Höhe feststand und eine reichliche, zu ihrer Deckung mehr als hinreichende Kriegsenterschädigung zur Verfügung stand. Jetzt wird bereits das zweite Entschädigungsgesetz während des gegenwärtigen Krieges dem Reichstag vorgelegt für Kriegsschäden, deren Höhe nicht feststeht, aber über eine Milliarde Mark betragen wird, und über deren Deckung nur das eine sicher ist, daß sie von der Bevölkerung aufgebracht werden muß. Der Entwurf wird eingebracht, während allein die bisherige Kriegsschuld des Reiches über 100 000 Millionen Mark, ihre jährliche Verzinsung über 5000 Millionen Mark beträgt und während die finanzielle Lage des Reiches bei Kriegsende ganz unüberschaubar ist.

Das erste Entschädigungsgesetz erging 1916 für Ostpreußen und Elsaß-Lothringen. Für Ostpreußen wurden die Schadenssummen auf $1\frac{1}{2}$ bis $1\frac{1}{2}$ Milliarden Mark geschätzt, für Elsaß-Lothringen auf $\frac{1}{2}$ Milliarde, die aber, da das Land noch Kriegsgebiet ist, fortgesetzt wachsen. Hinter jenem ersten Entschädigungsgesetz standen die ostpreußischen Großgrundbesitzer, hinter diesem zweiten steht das Finanzkapital, das Großreedereikapital im Bunde und in enger Verflechtung mit dem Bank-, Schwerindustrie-, Werft- und Elektrizitätskapital. Aber während es sich in dem ersten Gesetz um Ersatz der durch feindliche Invasion innerhalb des Reichsgebietes verursachten Beschädigungen an beweglichem und unbeweglichem Eigentum, entsprechend den Grundsätzen des Kriegsleistungsgesetzes, handelte, beruht dieser zweite Gesetzentwurf auf dem Grundsatz des Ersatzes von Gewerbeschäden, die außerhalb des Reichsgebietes Gewerbetreibende durch den Krieg erlitten haben. Die Verluste der Reedereien außerhalb des Reichsgebietes an ihrem stehenden Kapital, den Schiffen und Inventar, durch Maßnahmen ausländischer Regierungen oder durch kriegerische Ereignisse sollen durch Ersatzbeschaffung auf Kosten des Reiches entschädigt werden. Und zwar nicht nach dem Wert vor dem Kriege, wie bei dem ostpreußischen Entschädigungsgesetz, oder wenigstens zu dem Zeitpunkt, in dem das schädigende Ereignis eintrat, sondern nach dem Wert zur Zeit der Ablieferung oder der Infahrtsetzung des Neubaus. Der Konjunkturgewinn infolge des Krieges und insbesondere des unbefchränkten U-Bootskrieges soll den Reedereien zugute kommen. Beim ostpreußischen Kriegsenterschädigungsgesetz lehnte die Reichsregierung den Ersatz dieses Konjunkturgewinns ausdrücklich ab, obgleich die Wertsteigerung der dort in Frage kommenden Werte gering war gegenüber der Preissteigerung der Schiffe durch den U-Bootskrieg. Damals lehnte sie überhaupt grundsätzlich den Ersatz für Erwerbsschäden ab. Sie erklärte (Bericht der 14. Kommission, S. 19):

»Man denke an einen Arzt, der seine Praxis aufgeben muß, einerseits weil er infolge des Einfalls des Feindes seinen Wohnort verlassen muß, andererseits weil er zum Heeresdienst eingezogen ist. Soll man den einen entschädigen, den anderen nicht? Die Einstellung eines Gasthofbetriebs kann zum Beispiel erfolgen wegen Vertreibung aus dem Wohnort infolge des feindlichen Einfalls oder infolge der behördlichen Sperrung der betreffenden Orte (zum Beispiel der Nordseebäder) für das Publikum oder weil das Publikum sich (zum Beispiel den Ostseebädern) wegen vermeintlicher Gefahren (Flieger) oder Verkehrerschwerungen (Pässe und dergleichen) von selbst fernhält. Wo würde eine Entschädigungspflicht beginnen, wo aufhören? Alle Anträge, die auf einen gesetzlichen Erstattungsanspruch bei Erwerbsschäden auch nur in besonderen Fällen abzielen, müssen daher abgelehnt werden. Hier können höchstens freiwillige Beihilfen der Landesregierungen in Frage kommen.«

Dazu kommt, was die Reederei betrifft, daß die Seegesetzgebung zahlreiche Bestimmungen enthält, wonach der Reeder die Gefahr trägt bei Embargo oder Blockade, bei Beschlagnahme oder Ausbringung des Schiffes, bei Ausfuhr- oder Einfuhrverbot. Das Kriegsrisiko ist eben ein Gewerberisiko des Reeders! Aber nach dem Entwurf sollen dem Reedereikapital sogar die infolge des Krieges erhöhten Betriebskosten für Instandhaltung des Schiffes, Hafengelder, Feuer und Unterhalt der Schiffsbesatzung ersetzt werden. Dabei ist noch zu berücksichtigen, daß nach der Seemannsordnung, beziehungsweise den seerechtlichen Bestimmungen des Handelsgesetzbuchs dem Reeder die Zahlung dieser Feuer und Unterhaltsgelder für die Schiffsbesatzung zum Teil gesetzlich obliegt. Jedenfalls hat bisher noch kein Gewerbetreibender erhöhte Betriebskosten infolge des Krieges beansprucht oder erhalten. Nur den ihr Fürsorgebewußtsein und ihren vaterländischen Opfer Sinn besonders laut preisenden Reedern soll jetzt diese Zuwendung gemacht werden. Wer sind denn die bedürftigen und einflussreichen Reeder, die den Umsturz der bisher maßgebenden Grundsätze bewirken und über eine Milliarde Mark ohne Gegenleistung in ihre Taschen zu lenken vermochten? Wessen Schiffe sind durch Maßnahmen feindlicher Regierungen oder durch kriegerische Ereignisse verlorengegangen oder erheblich geschädigt oder in außerdeutschen Ländern festgehalten oder an der Fortsetzung der Reise gehindert worden? Es sind in der übergroßen Mehrzahl die Dampfer der großen Hamburger und Bremer Linienreedereien. Trampdampfer und Segelschiffe kommen nur ganz unwesentlich in Betracht. Schon 1911 waren in Hamburg 54 Prozent, in Bremen 30 Prozent der gesamten deutschen Handelsflotte beheimatet. 84 Prozent derselben mit damals schon 3 798 181 Bruttoregister-tonnen besaßen also Hamburg und Bremen. Davon die Hamburg-Amerika-Linie allein 1 360 360 Bruttoregister-tonnen, Norddeutscher Lloyd über 1 Million Tonnen. Hapag und Lloyd mit zusammen zirka 2½ Millionen Tonnen Schiffsraum kontrollieren aber fast restlos alle übrigen deutschen Großreedereien. Sie haben den entscheidenden Einfluß in deren Verwaltung. Eine Anzahl Reedereien besteht nur noch formell nach außen hin. Gerade während des Krieges hat die Konzentration im Schiffahrtsgewerbe gewaltige Fortschritte dadurch gemacht, daß sich das Bank-, Schwerindustrie- und Elektrizitätskapital in Erwartung hoher Profite durch diesen Gesetzentwurf und hoher Frachtraten nach dem Kriege inniger mit dem Großreedereikapital verband. Gewinner von der Deutschen Bank, Salomonson von der Diskontogesellschaft, Hugo Stinnes und August Thyssen, die führenden Männer der Bergwerks- und Hüttenindustrie, Rathenau von der Allgemeinen Elektrizitäts-gesellschaft sind in die Aufsichtsräte eingetreten. Die Interessengemeinschaft zwischen Hapag und Lloyd und den übrigen Großreedereien und wiederum zwischen Hapag und Lloyd selbst ist fester und umfassender gestaltet. Das Privatmonopol in der großen Fahrt ist fast vollständig. Selbst zur Verschmelzung der Binnen-schiffahrt ist man Ende April

dieses Jahres geschritten. Berliner Lloyd A.-G. ist mit der Schlesiſchen Dampfer-Kompanie A.-G. verſchmolzen, nachdem Generaldirektor Wallin und Direktor Huldemann von der Hamburg-Amerika-Linie in den Aufſichtsrat eingetreten ſind. Daſ Aktienkapital iſt von 5/4 auf 7 Millionen Mark erhöht worden. Hapag hat von 1903 biſ 1913 213 457 000 Mark Abſchreibungen auf ſeinen Schiffsbeſtand und auf ſeine Einrichtungen uſw. vorgenommen, ungeſähr 33 1/2 Millionen Mark mehr alſ ſein geſamtes Aktienkapital von 180 Millionen Mark, außerdem einen Erneuerungsfonds von 24 734 000 Mark, einen Aſſekuranzreſervefonds von 29 336 000 Mark, einen Konkurrenz- und Streikabwehrfonds von 7 600 000 Mark neben 21 920 000 Mark Reſervefonds angeſammelt. Dabei iſt von 1900 biſ 1909 einſchließlich eine Dividende von 6,85 Prozent und von 1910 biſ 1913 einſchließlich von 9,25 Prozent durchſchnittlich gezahlt worden. Der Norddeuſche Lloyd hat von 1900 biſ 1913 eine Durchſchnittsdividende von 4,71 Prozent gezahlt, aber 193,4 Millionen Mark, faſt 70 Millionen Mark mehr alſ ſein geſamtes Aktienkapital von 125 Millionen Mark, abgeſchrieben, dabei 32 Millionen Mark in den Erneuerungs- und Verſicherungsfonds und 2 175 000 Mark in den Reſervefonds gelegt. In »Salings Börſenpapiere« für 1917/18, S. 1869 iſt berichtet, zweifellos nach Durchſicht durch den Lloyd:

»Waſ die Tonnageverhältniſſe deſ Norddeuſchen Lloyd anlangt, ſo werden dieſe faſt vollſtändig durch eine Anzahl von Neubauten an Paſſagier- und Frachtdampfern ausgeglichen, die entweder bereits fertig ſind oder kurz nach Beendigung deſ Krieges fertiggeſtellt werden, ſo daſ die Geſellſchaft bei Wiederaufnahme der Fahrt vollſtändig gerüſtet ſein wird. Sämtliche Neubauten ſind überdieſ bereits vor dem Kriege zu überauſ billigen Herſtellungskoſten im Vergleich zu den heutigen Preiſen kontrahiert. Waſ die allgemeine Lage anlangt, ſo hat die Geſellſchaft die Gewinne der dem Kriege vorausgegangenen guten Jahre in erſter Linie zu ihrer Stärkung und inneren Konſolidation verwendet.«

Es iſt kaum zu zweifeln, daſ eſ bei Hapag und den von ihr kontrollierten Geſellſchaften ähnlich liegt.

»Eſ war«, heiſt eſ in der Begründung der Vorlage, »zunächſt erwogen worden, die beſchleunigte Wiederherſtellung der Handelsflotte durch Gewährung von Darlehen an die Reedereien zu fördern. Seit dem Frühjahr 1917 haben aber die wiſchaftlichen Verhältniſſe der deuſchen Reedereien durch die feindliche Haltung der Vereinigten Staaten von Amerika und durch die fortgeſetzte außerordentliche Steigerung der Schiffsbaupreiſe eine weitere ungünſtige Verſchärfung erfahren.« »Die Schiffsbauten ſtellen ſich jezt und in den erſten Jahren nach dem Kriege ſo teuer, daſ ſie aller Vorauſicht nach auf die Dauer keine auſreichende Verzinſung erwarten laſſen, ſondern ſpäter mit Verluſt arbeiten werden, wenn ſie allein auf Koſten deſ Reedereſ hergeſtellt ſind.«

Die Sorge für dauernd gute Dividende der Schifffahrtgeſellſchaften iſt alſo der ſteſte Grund deſ Milliardengeſchenkſ. Die Begründung ſagt freilich auch, daſ eſ eine Frage von höchſter Bedeutung für die geſamte deuſche Volkswiſchaft bildet, daſ die deuſche Handelsflotte baldmöglichſt nach Friedensſchluſ in dem Umfang und in der Leiſtungsfähigkeit, die ſie vor dem Kriege hatte, wiederhergeſtellt wird. Dieſ iſt unbeſtreitbar. Eſ fragt ſich nur, ob ſie für daſ Reedereikapital, dieſen ſtarken Zweig deſ Finanzkapitalſ, auf Koſten der Maſſen der Steuerzahler wiederhergeſtellt werden muß. Daſ Reedereikapital hat die Vorlage durch geheime Verhandlungen mit dem Reichſamt deſ Innern unfer dem Staatsſekretariat deſ Herrn Dr. Helfferich durchgeführt. Alſ Feigenblatt hat man auch die armſtelligen 4 biſ 5 Millionen für den Erſaß deſ Verluſteſ der Habe der ſeemannischen Arbeiter nach dem Vorſchlag deſ Transportarbeiterverbandeſ angeſagt. Herr Dr. Stubmann, Generaſſekretär deſ Deuſchen Reedereiverbandeſ und Syndikuſ deſ Kriegeaußſchuſſeſ der deuſchen Reederei, iſt der literariſche Vorarbeiter der Vorlage. Er iſt alſ Mitglied in der Kommiſſion für Handel und Gewerbe, die die

Vorlage in einer Sitzung beriet und unter Ablehnung aller Verbesserungsanträge und aller weiteren Lesungen unverändert allein gegen die Stimmen der Unabhängigen Sozialdemokraten annahm. Für die Vorlage ohne jede Abänderung und für ihre schnellste Verabschiedung trat in der Kommission neben dem nationalliberalen Dr. Stubmann der Vorsitzende des Transportarbeiterverbandes, der Genosse Schumann mit seinen Kollegen von der sozialdemokratischen Partei ein, »im Interesse der deutschen Volkswirtschaft und der deutschen Arbeiter«. Neben ihm mit demselben imperialistischen Schlagwort der nationalliberale Unternehmersyndikus Herr Stresemann und der konservative Graf v. Oppersdorff, der mit der Hamburg-Amerika-Linie, Generaldirektor Ballin, Hugo Stinnes in Mülheim a. d. R., der A. E. G. usw. jüngst die Imperator-Motorenwerke A.-G. Berlin-Wittenau mit 10 Millionen Mark Grundkapital gegründet hat, zur Lieferung von Schiffsmotoren für die neu zu erbauenden Schiffe. Ein Teil des Zentrums hatte Bedenken mit Bezug darauf, daß das Mittelstandsgewerbe, welches mindestens ebenso geschädigt sei wie das Reedereigewerbe, leer ausgehe. Die Freisinnige Volkspartei meinte, das Reedereikapital, das mit dem Werftkapital nahezu identisch und deshalb in der Lage sei, die Milliarde fast restlos für sich einzuheimsen, dürfe das Geld nicht vollständig à fonds perdu erhalten. Sie beantragte in Höhe der geleisteten Beträge ein gesetzliches Pfandrecht für den Reichsfiskus an den Schiffen. Ob und inwieweit dasselbe geltend zu machen, sei durch das zukünftige Reedereientschädigungsgesetz zu regeln. Nach Ablehnung ihres Antrags stimmten sie aber ebenso wie das Zentrum der Vorlage zu. Nur ihre zu nichts verpflichtende Resolution wurde angenommen, der Herr Reichskanzler möge erwägen, ob nicht durch das demnächstige Reedereientschädigungsgesetz eine Beteiligung des Reiches an dem Reingewinn der mit Reichsmitteln wiederhergestellten Handelsflotte vorzusehen sein wird. Grundsätzlich ablehnend gegen dieses Milliardenangebot an das Reedereikapital verhielten sich nur die Vertreter der Unabhängigen Sozialdemokratie. Das nationale Interesse sei von jeher der Mantel für Liebesgaben an die Mächtigen gewesen. Es liege nicht im Interesse der Arbeiter und des Mittelstandes, das Finanzkapital auf ihre Kosten noch mächtiger zu machen. Politisch bedeute das den Imperialismus von neuem zu stärken. Irgendwelche Unterlagen für die Notlage des Reedereikapitals seien auch nicht unterbreitet. Könne es sich mit Hilfe des ihm eng verbundenen Bergwerks- und Schwerindustriekapitals, dem durch den Krieg fabelhafte Reichtümer zugeslossen, nicht selbst helfen, übrigens eine Unwahrscheinlichkeit gegenüber den tatsächlichen Vorgängen auf dem Gebiet des Schiffs- und Werftbaues, so möge das Reich selbst bauen und die Schiffe in großer Fahrt für Rechnung des Reiches in Betrieb setzen. Die Verstaatlichung der Werftindustrie, bei der es nur auf etwa 20 Betriebe ankomme, sei jetzt, wenn ihr diese Milliarde nicht zuströme, unschwer und billig durchzuführen. Zum mindesten beantragten sie, daß die »Beihilfe« als Darlehen gegeben werde und aus den Gewinnen der Reedereien, die 5 Prozent ihres Geschäftskapitals übersteigen, zurückgezahlt werden. Auch sollten Reedereien, die Reichsgelder in Anspruch nehmen, dem Reichstag jährlich Berichte über die Arbeiter- und Angestelltenverhältnisse ihrer Betriebe vorlegen.

Berichterstatter der Kommission ist der nationalliberale Abgeordnete Frhr. v. Richthofen. Er ist Vorsitzender des Aufsichtsrats der jüngst in Erwartung der Vorlage mit 8 Millionen Mark Grundkapital gegründeten »Ostseewerft«, Schiffsbau und Maschinenfabrik A.-G. in Frauendorf bei Steffin, die beabsichtigt, Schiffe bis zu 16 000 Tonnen Tragfähigkeit zu bauen. Auf seinen Antrag nahm die Kommission gegen die Stimmen der Unabhängigen Sozialdemokratie eine Resolution an, »daß Neuerrichtungen und Vergrößerungen von Werften seitens der zuständigen Behörden möglichst gefördert werden und daß insbesondere gegenüber den zurzeit bestehenden militärischen Bauverböten den Werftbauten diejenige Dringlichkeit gewahrt wird, die ihnen mit Rücksicht auf die große nationale Bedeutung einer

schnellen Wiederherstellung der deutschen Handelsflotte für Gegenwart und Zukunft gebührt. Dabei und in Erinnerung daran, daß die Beihilfen um so höher sind, je früher die Schiffe abgeliefert werden, wird man an das in der Kommission mitgeteilte Wort der Reeder erinnert, sie lehnten das Darlehensangebot der Regierung ab, weil es ein Geschenk an die Werften auf ihre Kosten sei. Nun, da das Geschenk ihrem Wunsche entsprechend an sie gemacht wird auf Kosten des Reichs, wollen sie es auch möglichst hoch gestalten und möglichst vollständig behalten.

Bekannt ist, daß die großen Reedereiaktiengesellschaften, insbesondere Hamburg-Amerika-Linie und Norddeutscher Lloyd, schon vor dem Kriege etwa 80 Prozent der großen Schiffswerften, die für den Wiederaufbau ihrer Schiffe in Frage kommen, kontrollierten. Seitdem die Liebesgabe an die Reedereien in Aussicht stand und besonders seit der Staatssekretär Dr. Helfferich sich mit der Milliardenzuwendung an das Reedereikapital einverstanden erklärt hatte, begann dies Kapital in Gemeinschaft mit dem ihm eng verbundenen Bank-, Kohlen-, Eisen-, Stahl-, Maschinen- und Elektrizitätskapital die Werften zu vergrößern und neue Werften zu gründen. Wohl kaum eine größere Werft, die im vergangenen oder diesem Jahr ihr Aktienkapital nicht erhöht hätte. Die Hamburg-Amerika-Linie selbst hat die »Hamburger Werft Aktiengesellschaft« mit 10 Millionen Mark Aktienkapital für den Bau größerer Frachtdampfer gegründet. Generaldirektor Ballin ist Vorsitzender des Aufsichtsrats, Dr. Walter Rathenau, Vorsitzender des Aufsichtsrats der A. E. G., Geheimrat Kommerzienrat Deutsch, Vorsitzender ihres Direktoriums, und Baurat Jordan, Mitglied des Aufsichtsrats der A. E. G., wohl die einflussreichsten Männer des Elektrizitätsfinanzkapitals, sind Mitglieder des Aufsichtsrats dieser Werft der Hamburg-Amerika-Linie. Die Firma Thyssen & Co. in Mülheim a. Rh. erwarb einen namhaften Aktienbetrag der Bremer Vulkan Schiffswerft und Maschinenbauanstalt in Vegesack und trat in den Aufsichtsrat dieser Schiffswerft ein, worauf das Kapital derselben erhöht wurde. Die Firma Krupp in Essen ist Eigentümerin der Germania-Werft in Kiel und Legel. Die Nationalbank für Deutschland erwarb jüngst für eine Unternehmergruppe fast das ganze Aktienkapital der Rickmers Reederei und Schiffsbau A.-G. Dem Schiffsbau soll mehr Aufmerksamkeit geschenkt, das Kapital erhöht werden.

Hugo Stinnes übernahm vor kurzem gemeinsam mit Hapag und Norddeutschem Lloyd den größten Teil der Aktien der Woermann-Linie und der deutschen Ostafrika-Linie, deren Schiffe insbesondere verlorengegangen und neu zu erbauen sind. Er und Thyssen haben auch eine größere Zahl von Überseedampfern den Werften in Auftrag gegeben. Schon seit 1898 besteht ein Vertrag zwischen dem Norddeutschen Lloyd, der Hamburg-Amerika-Linie und dem Verband deutscher Grobblechwalzwerke, wonach sich diese Reedereien verpflichten, bei allen Neubauten, welche deutschen Werften übertragen werden, das erforderliche Stahlmaterial, sowohl Blech wie Profilstahl, den Deutschen Verbandswalzwerken in Auftrag zu geben. Der Vertrag wurde später erneuert und jetzt erweitert. Der Verband deutscher Grobblechwalzwerke ist heute nicht nur bedeutend in der Lieferung von Schiffsbau Stahl aller Art, sondern auch in der Lieferung aller für den Schiffsbau in Betracht kommenden Maschinen. So werden Thyssen und Stinnes für sich und ihre Industriegruppe nicht nur als Lieferanten von Eisenerzeugnissen, sondern auch als Werftbesitzer und Reeder durch dieses Milliarden Geschenk größer und mächtiger werden.

Die Börsenkurse für Werften spiegeln die Bedeutung des Gesetzentwurfes für die Reedereien wider.

Je länger der Krieg dauert, je mehr Schiffe vernichtet, beschlagnahmt, weggenommen, je mehr Völker in den Krieg getrieben werden, um so höher steigen die Ansprüche des Reedereikapitals nach dem Entwurf, um so höher steigen die Kurse, und das Gesetz über die Wiederherstellung der deutschen Handelsflotte wird ein Gesetz zur Zusammenschweißung und Stärkung des großen Finanzkapitals, ein

Gefeh zur Ummünzung der Verheerung der Welt handelsflotte durch den Krieg und besonders durch den U-Bootskrieg in den Milliardenfegen für die Treiber des Krieges und des U-Bootskrieges — ein Gefeh der Reichsten gegen die Armsten, für den Imperialismus gegen die Demokratie, für die Kriegsverlängerung gegen den Frieden. Die sozialdemokratischen Massen haben alle Ursache, gegen das Gefeh zu wirken.

Die Ursachen des Geburtenrückgangs vor dem Kriege.

Von August Freudenthal.

Nachdem an dieser Stelle der Zusammenhang zwischen Frauenarbeit und Volksvermehrung und zwischen niedrigen Löhnen, Frauenarbeit¹ und niedriger Geburtenziffer dargelegt worden ist, lohnt sich eine Zusammenfassung aller Ursachen des Geburtenrückgangs, soweit es sich dabei um die arbeitende Bevölkerung handelt.

Die Abwanderung² der intelligenteren männlichen Bevölkerung aus den agrarischen nach industriellen Bezirken und von dort in die Industriestädte ist bekannt. Die Folge ist ein Frauenüberschuß in den agrarischen und ein Männerüberschuß in den Bezirken der Schwerindustrie und des Bergbaues. Die Abwanderung der kräftigeren männlichen Elemente bedingt einen — wenn auch nicht sehr großen — Geburtenrückgang in den agrarischen Bezirken. Die Zuwanderung in die Städte bringt Wohnungsmangel, steigende Boden- und Mietpreise und eine Verkleinerung und gleichzeitige Verfeuerung der billigeren Wohnungen mit sich. Der zunehmende Zwischenhandel infolge der Bevölkerungszunahme der großen Städte verteuert die Lebensmittel. (So stieg zum Beispiel im Kreise Sorau-Forst von 1895 bis 1907 die Einwohnerzahl um 6,8 Prozent, die Zahl der industriellen Arbeiter um 11,7 Prozent, die Zahl der im Kleinhandel Erwerbssätigen aber um 34,3 Prozent. So mußte im Jahre 1895 ein Erwerbssätiger im Kleinhandel von 77, im Jahre 1907 von 81 Personen ernährt werden!) Die Vergrößerung des Stadtgeländes verlängert den Weg zur Arbeit, verursacht Kosten für irgendwelche Transportmittel. Die kürzere Arbeitszeit und das Beispiel veranlassen zur Anteilnahme am öffentlichen Leben. Der Arbeiter sucht sein Äußeres in Einklang mit seiner Umgebung zu bringen. Seine Bedürfnisse werden größer und erfordern einen wachsenden Teil der Einnahmen. Auf dem Wege der Organisation wird versucht, das Einkommen zu vergrößern und die Ausgaben zu verringern (Gewerkschaften und Konsum- und Baugenossenschaften). Das führt nicht zum Ziel — der Arbeiter muß sich immer mehr in seinen Ausgaben einschränken, und das führt schließlich zur Kleinhaltung der Familie und zur Frauenarbeit. Die Verhältnisse der Großstadt (Gefahren der Straße, Beschränkung der Tummelplätze der Kinder, Weigerung der Vermieter, kinderreiche Familien aufzunehmen, die Schulausgaben, die Entfernung von der Schule, die hohen Gemeindelasten und die Enge der Wohnung) zwingen an und für sich zur Kleinhaltung der Familie. Auch die verschiedenartigsten Versuche (die auch noch meistens zu spät kamen), diese Mißstände abzumildern, da sie nicht zu beseitigen sind, konnten keinen Erfolg haben. Ein allgemeiner Geburtenrückgang setzte ein, der sich besonders stark in den Jahren 1912 und 1913 bemerkbar machte. Die Ursache war das Bestreben der Arbeiterschaft, ihr Einkommen mit ihren Ausgaben in Einklang zu bringen. Das Sinken des Reallohns infolge schnelleren Steigens der Kosten der Lebenshaltung gegen-

¹ Siehe 35. Jahrgang, 1. Band, S. 626, und 35. Jahrgang, 2. Band, S. 311.

² Siehe Ergebnis des Quittungskartenumtausches der Landesversicherungsanstalten, Statistisches Jahrbuch 1914, S. 428, und Most, Bevölkerungswissenschaft, S. 30 (Verlag Bösch). — Über Frauenüberschuß und Geburtenrückgang siehe die Statistischen Jahrbücher.

über den errungenen Lohnsteigerungen gab den Anstoß zur Einschränkung der Kinderzeugung.

Die Klagen über den Geburtenrückgang sind durchaus widersinnig, da er ja die natürliche Folge der Entwicklung des Reiches vom Agrar- zum Industriestaat, des Überganges vom Freihandel zum Schutz Zoll war. Wer diese Entwicklung will, darf jene nicht beklagen. Ohne die Einschränkung der Kinderzeugung wäre die schnelle Anpassung der arbeitenden Bevölkerung an die neu an sie herantretenden Verhältnisse und die schnelle Entwicklung unserer Industrie und Technik gar nicht möglich gewesen. Die Umwälzung der Verhältnisse erforderte die Herausgabe einer Summe von Intelligenz und Wissen, eine Summe von Arbeitskraft ungeborener kräftiger Naturen, eine kulturell hochstehende oder mitgehende arbeitende Bevölkerung, deren Heranbildung an das schmale Einkommen der Arbeiterschaft und des Kleinbürgertums derart hohe Anforderungen stellte — sei es durch Selbstunterricht, eigenen Schulbesuch oder durch erhöhte Ausgaben für die bessere Erziehung der Kinder —, daß die Quantität durch die höhere Qualität herabgedrückt wurde. Gleichzeitig kam die fortschreitende Verteuerung der Lebenshaltung, der nur durch Kleinhaltung der Familie begegnet werden konnte. Und nur im Kreise dieser kleineren Familie war es möglich, der Erziehung und Ernährung der Kinder die Aufmerksamkeit, Zeit und Mittel zuzuwenden, die in einer größeren Familie nur eben zur Fristung des Lebens ausgereicht hätten. Nur der geistig höherstehende Arbeiter war imstande, rechtzeitig den richtigen Weg einzuschlagen, der ihn und seine Familie vor der Verelendung bewahrte und ihr gestattete, in bescheidenem Maße an den Kulturgütern teilzunehmen. Und so finden wir denn allerdings dort den größeren Geburtenrückgang oder besser: die niedrigere Geburtenziffer (im Vergleich zu einer gleich hoch entlohnten Arbeiterschaft), wo eine geistig höherstehende Arbeiterschaft ihr Domizil hat.

Allerdings werden diese Verhältnisse durch die wirtschaftliche Struktur des betreffenden Ortes oder der betreffenden Gegend in erster Linie herausgebildet. So ist die industrielle Frauenarbeit in erster Linie das die Geburtenziffer herabdrückende Element, aber sie selbst ist doch nur wieder die Folge des zu niedrigen Einkommens des Mannes, also auch durch die örtliche Industrie bestimmt. Wohnungsnof, Lebensmittelsteuerung durch Zölle und indirekte Steuern und Privatmonopole, Steigerung der Wohnmieten durch die Steigerung der Grundrente und zuletzt der bewußt eingreifende Intellekt des Arbeiters infolge dieser wirtschaftlichen Verhältnisse sind die weiteren Ursachen des Geburtenrückgangs.

Der umgekehrte Zustand, wie er in China zu Hause ist und wie ihn Robert Wilbrandt³ trefflich und wahrheitsgetreu schildert, wäre doch nicht zu wünschen: »Überbevölkerung, die nur durch entkräftende Einschränkung, durch Elend möglich gemacht wird. Die Anspruchslosigkeit hat die Grenze dessen überschritten, was im Interesse der Leistungsfähigkeit gebilligt werden kann. Die Folge ist häufige Unterernährung, so daß die Leistung des Chinesen aus Mangel an Kraft hinter der des Europäers um ein Mehrfaches zurückbleibt. Die Rehrseite des eingeschränkten Bedarfs ist verminderte Leistung.« Soweit Wilbrandt, dessen Beobachtungen jeder bestätigen wird, der Gelegenheit hatte, Einblick in die dortigen Verhältnisse zu gewinnen.

So erklärt sich das Sinken der Geburtenziffer in Deutschland bis 1914 — es ist der Ausdruck für die Anpassung der Bevölkerung an die Verhältnisse. Es wäre unter diesen Umständen sogar verwunderlich, wenn kein Geburtenrückgang eingetreten wäre. Er wird auch weiterhin den wirtschaftlichen Zuständen entsprechen und kann nur zum Stillstand kommen durch Beseitigung des zweifellos bestehenden Mißverhältnisses zwischen Einkommen und Ausgaben im Arbeiterhaushalt. Eine Zunahme der Geburten gegenüber dem Stande von 1913 ist also bestimmt nicht mehr zu erwarten.

³ Als Nationalökonom um die Welt. Jena 1913, Eugen Diederichs. S. 45 ff.

Literarische Rundschau.

Sil-Vara, Englische Staatsmänner. Berlin, Verlag Ullstein & Co., Sammlung Männer und Völker. 249 Seiten. Preis 1 Mark.

Art und Zweck seines Büchleins charakterisiert der Verfasser selbst mit den Worten:

»Dieses Buch, das von Staatsmännern und Politikern handelt, will keine Politik treiben. . . Meine Bildnisskizzen sind mit wenigen Ausnahmen in den letzten Jahren vor dem Kriege entstanden, und nur bei einigen mußten im Anflitz kleine Striche und Ergänzungen, Sorgensfalten oder Charakterverschärfungen dazugepinselft werden, die durch die Ereignisse der Zwischenzeit bedingt waren. Der Ton hat sich nicht geändert. Haß war zur Farbenmischung nicht nötig: er trübt nur den Blick zum Erkennen. Und eine kleine Stütze zum Erkennen zu bieten, das war und ist der Zweck und Sinn meiner Arbeit gewesen. . . .«

Dieses Programm ist dem Autor trefflich gelungen. Die Lektüre des Büchleins ist ein Genuß in den Zeiten der Kriegsliteratur über England. Sachkenntnis, Objektivität und eine nicht unbedeutende literarische Begabung zeichnen den pseudonymen Verfasser aus, der, wie aus seinen Skizzen zu schließen ist, ein häufiger Parlamentsbesucher war. Naturgemäß überwiegt das Persönliche und das Parlamentarische bei den kurzen Lebensbildern führender, vielfach heute noch amtierender Staatsmänner oder Parteiführer, und der soziale Hintergrund ihres Wirkens, wengleich häufig angedeutet, kommt bei dieser Art der Betrachtung zu kurz. Vor allem werden oft sprunghafte Wandlungen von politischen Größen, zum Beispiel Chamberlains Bekehrung zum Schutzzoll und sein Übertritt zur konservativen Partei, nicht genügend aus den sozialen Umwälzungen der englischen Wirtschaft in den letzten Jahrzehnten erklärt. Verglichen mit den Porträts englischer Staatsmänner der fünfziger Jahre, die damals Marx meisterhaft zeichnete, macht sich auch eine Überschätzung des englischen Parlamentarismus fühlbar, die allerdings bei dem bürgerlichen Autor deutscher Herkunft, dem Zustände des Heimatlandes als Vergleichsobjekte naheliegen, sehr erklärlich ist. Den äußerlichen Formalismus und das innere Getriebe dieses Parlaments kennt aber Sil-Vara sehr genau, und er beschreibt auch jenes Milieu, in dem englische Politiker aufwachsen, und die Methoden, durch die die englischen herrschenden Klassen es verstanden haben, eine Reihe sehr bedeutender Staatsmänner zu erziehen. Er vergißt nur zu oft, daß dieses politische Kampf- und Redespiel sich auf dem Rücken der lange stummen englischen Massen vollzog und daß viel Eigenart englischer Politiker, abgesehen von der insularen Lage Großbritanniens, sich aus dem passiven Verhalten der Arbeitermassen nach Erlöschen des Chartismus erklärt.

Am meisten vermißt man das Eingehen auf soziale Verhältnisse bei den knappen Biographien der irischen Politiker Parnell und Redmond und des vielgenannten Ulsterrebellen und späteren Ministers Carson. Am schwächsten ist naturgemäß die Skizze über John Burns ausgefallen, und bezeichnenderweise fehlen in dem Reigen Keir Hardie und andere Führer des Proletariats. Im Schlußessay über Northcliffe weiß aber Sil-Vara wiederum das Wesen der englischen Halfpenny-Presse des Kriegsbeherkonzerns von Charles Harnsworth glänzend zu schildern, und er gibt damit zugleich Bilder des englischen Typus jener internationalen parteilosen Presse, die nicht zuletzt durch ihre Charakterlosigkeit, Sensationsucht, durch die Massenvergiftung und Massenverdummung die psychologischen Voraussetzungen dieses Krieges geschaffen hat. Bei der weitverbreiteten Unkenntnis über englische Dinge ist dem Büchlein dieses kenntnisreichen bürgerlich-politischen Feuilletonisten weiteste Verbreitung zu wünschen, um so mehr, da er in leichtfaßlicher Weise in das englische politische Leben einführt, zu dessen tieferer Erkenntnis allerdings ernstere Studien notwendig sind.

O. J.

Die Neue Zeit

Wochenschrift der Deutschen Sozialdemokratie

2. Band Nr. 20

Ausgegeben am 17. August 1917

35. Jahrgang

Nachdruck der Artikel nur mit Quellenangabe gestattet

Belgien.

Von R. Kautsky.

(Fortsetzung.)

4. Die österreichischen Niederlande.

Das neue Regime war weit kräftiger als das rapid verkommende spanische, dennoch vermochte auch der österreichische Absolutismus seinen niederländischen Gebieten nicht neues Leben einzuflöhen. Daß aber bei aller Stagnation und allem politischen Stumpfsinn der alte belgische Unabhängigkeitsinn nicht erloschen war, mußten die österreichischen Bürokraten gleich bei Beginn ihrer Herrschaft erfahren. Selbstherrlich versuchte der Verwalter der Niederlande, der Marquis v. Prié als Stellvertreter des Statthalters Prinz Eugen von Savoyen, die Rechte der Brüsseler Zünfte zu beschneiden. Dagegen wehrten sich diese in so gewaltigem Aufruhr, daß die Regierung künftighin Beachtung der alten Rechte versprach (1717). Das Weitere erzählt der bekannte flämische Patriot Conscience in seiner populären Geschichte Belgiens¹ (1845) in folgender Weise:

Der Landvogt suchte dennoch durch Aufschub und List der Ausführung seines Versprechens wenigstens zum Teil überhoben zu werden. Das steigerte die Wut und die Widerseßlichkeit der Gilden auf das höchste. Die Bürger liefen auf den Märkten zusammen und heßten sich gegenseitig zur Rache auf. Gleich darauf brach das Unwetter los, der Pöbel plünderte und verwüstete die Wohnungen der Staatsbeamten und Magistratspersonen.

Mittlerweile hatte der Landvogt deutsche Truppen entboten, um die Brüsseler Gilden zu bezwingen. Da diese geringe Macht, ohne irgend Widerstand zu finden, in die aufrührerische Stadt eingerückt war, so ließ der Marquis v. Prié eine Anzahl Aufrührer und fünf Vorsteher der Gilden gefangennehmen und vor Gericht stellen. Vier von den Vorstehern wurden auf ewig aus dem Lande verbannt, der fünfte aber zum Tode verurteilt. Das unglückliche Opfer des Aufruhrs war ein siebenzigjähriger Greis namens Franz Agneessens, seinem Handwerk nach ein Stuhlmacher und zur niedrigsten Klasse gehörig. Nach seiner Überzeugung hatte er das gekränkte Recht der Bürger verteidigt, und als er sein Urteil verkündigen hörte, verließ ihn seine heldenmütige Standhaftigkeit keineswegs; er lud die Richter vor Gottes höheren Richterstuhl und legte am 19. September 1720 sein Haupt furchtlos und ruhig auf den Block. Das Volk von Brüssel beweinte seinen Tod mit bitteren Tränen und betrachtete ihn als einen ruhmwürdigen Märtyrer der Freiheit.

Damals schon erwies sich das Proletariat als die stärkste Kraft in den Freiheitskämpfen Belgiens — und nicht Belgiens allein.

Des Aufstandes war die österreichische Regierung Herr geworden, aber er hatte ihr genügenden Respekt eingesflößt, so daß weder Karl VI. noch

¹ H. Conscience, Geschichte von Belgien, aus dem Flämischen von Wolff, Leipzig 1863. Wissenschaftlich hat das Buch keine Bedeutung. Doch ist es das Werk eines der Begründer der flämischen Literatur und Nationalbewegung und gibt die geschichtliche Auffassung der flämischen Nationalkreise der ersten Hälfte des vorigen Jahrhunderts gut wieder.

seine Tochter Maria Theresia einen Versuch machten, an den alten Freiheiten der Belgier zu rühren.

Erst Josef II. ging ihnen wieder zu Leibe. Er hatte es schwer zu büßen. Sein allgemeines Ziel für den Gesamtstaat war die strammste Zentralisation, der schrankenloseste Absolutismus. Da er seine Hindernisse hauptsächlich im katholischen Klerus und im Adel fand, den einzigen Institutionen, die damals neben der monarchischen Gewalt in seinem Staat noch etwas bedeuteten, und er daher vor allem mit ihnen sich herumzuschlagen hatte, wurde er der Abgott der Liberalen Oesterreichs. Seine Ziele erreichte er in den deutschen und slawischen Landen. Er scheiterte am Widerstand Ungarns und Belgiens.

Kein Zweifel, die Zustände Belgiens schrien nach einer Umwandlung. Seine Freiheiten waren zum großen Teil nichts als Versteinerungen alter Privilegien aus der Feudalzeit, Privilegien des Adels und der Zünfte. Der wirtschaftliche Verfall und die Armut waren erschreckend.

Am liebsten wäre Josef das Land losgeworden, das schon durch seine geographische Lage die Einfügung in sein Zentralisationsystem erschwerte und wenig Gewinn brachte. Als 1777 die bayerische Linie der Wittelsbacher ausstarb und sich ein Streit um die Nachfolge entspann, trachtete Josef danach, Bayern oder doch einen Teil davon an Oesterreich zu ziehen. Dafür war er bereit, dem Anwärter auf den bayerischen Thron, Karl Theodor von der Pfalz, die Niederlande abzutreten. Aber Friedrich von Preußen durchkreuzte diesen Plan, der eine erhebliche Stärkung Oesterreichs in Deutschland bedeutet hätte. Es kam nicht zu dem beabsichtigten Tauschhandel in Landeskindern. So ging Josef daran, sie stärker an sich zu fesseln.

Zunächst legte er die Art an die Selbständigkeit der katholischen Kirche. Da bekam er es zu verspüren, welche Kraft sie in Belgien noch besaß.

Schlosser hat diese Kraft sehr gut gezeichnet:

Die Verschmelzung des Kirchlichen und der Politik oder mit anderen Worten die unerschütterliche Anhänglichkeit an die alte Religion, an den überlieferten Aberglauben und an die herkömmlichen kirchlichen Festlichkeiten und Gebräuche war von jeher ein Hauptcharakterzug des belgischen Volkes. Auf ihm beruhte auch der große Einfluß der Geistlichkeit und ihre unbedingte Gewalt über das ganze abergläubische und bigotte Volk. Doch stützte sich die Macht derselben auch darauf, daß der größte Teil des Grundbesitzes sich im Besitz der Kirche befand und daß die vielen Abteien, Bistümer und geistlichen Pfründen zur Versorgung der jüngeren Söhne des Adels dienten, daß also das Interesse des Klerus mit dem der weltlichen Aristokratie innig verbunden war. Die Zahl der Geistlichen war in Belgien größer als in den meisten anderen Ländern. Es gab, abgesehen von den vielen Mönchen und Pfarrgeistlichen, nicht nur außer dem in Mecheln residierenden Erzbischof noch sieben andere Bischöfe, sondern auch nicht weniger als 107 Äbte, von denen manche ein jährliches Einkommen von 300 000 Gulden hatten. Der Einfluß des Klerus erstreckte sich sogar auf diejenige Klasse des Volkes, welche weder zum Adel noch zum bigotten großen Haufen gehörte, weil alle Schulen, sogar die Landesuniversität Löwen unter der alleinigen Leitung der Geistlichkeit standen und diese folglich auch allen Justiz- und Verwaltungsbeamten ihre Bildung und Richtung gab. (Weltgeschichte, XVII, S. 34.)

Schlosser erklärt den Einfluß der Kirche auf den »großen Haufen« bloß aus dessen »Bigotterie«. Wir haben bereits darauf hingewiesen, daß angesichts des Massenelends auch die Wohltätigkeit der reichen Kirche ein kräftiges Mittel zur Beherrschung des »großen Haufens« geworden war.

Die Schlossersche Darstellung ist dabei noch insofern einseitig, als er nur die reaktionären Kräfte sieht, die sich Josef widersetzten. Es gab aber neben ihnen noch andere, revolutionäre. So sehr auch Belgiens Entwicklung stagnierte, so entwickelte es doch vorwärtstrebende bürgerliche Elemente, Intellektuelle und Kapitalisten. Nicht umsonst bildete es das Durchzugsland, das den drei Staaten benachbart war, die im Laufe des siebzehnten und achtzehnten Jahrhunderts nacheinander mit rascher kapitalistischer Entwicklung die revolutionärsten Ideen geboren hatten, Holland, England, Frankreich. Namentlich die Ideen der französischen Aufklärer hatten in Belgien Einfluß gewonnen, naturgemäß am ehesten unter den Städtern der Französisch sprechenden Landesteile. Vor der französischen Revolution schon bildete sich jene Teilung aus, die später große Bedeutung gewinnen sollte, daß das Freidenkertum in den wallonischen, die Kirchlichkeit in den flämischen Landesteilen vorherrschte, so daß der Kampf der beiden Richtungen zeitweise auch einen nationalen Charakter annahm.

Aber die Anhänger der Aufklärung in Belgien waren keine österreichischen Liberalen, sondern von demselben Drang nach Selbstverwaltung befeelt wie ihre kirchlich gesinnten Landsleute. Sie wollten der Kirche und dem Adel, dem Junftwesen, kurz der ganzen Feudalität zu Leibe gehen, aber durch eine Volksbewegung, nicht durch die Erlasse einer dem Lande fremden Bureauekratie. So nahmen, trotz der großen inneren Gegensätze, Wallonen und Flämen, Freidenker und Klerikale mit gleichem Ungestüm an dem Kampfe gegen die Josefinitische Reform teil, obwohl dieser ein fortschrittlicher Zug unleugbar innewohnte.

Ein österreichischer Geschichtschreiber sagt von diesen Reformen:

Dieselben Tendenzen zur Einheit und Allmacht der Staatskraft, wie sie Josef in Oesterreich teilweise ausgeführt hatte, sind hier erkennbar. Der Feudalismus wird ein für allemal abgetan, der Föderalismus in den Provinzen gebrochen und eine einfache Verwaltung eingeführt. . . . Die belgische Nation hat sich nach vielen leidensvollen Jahren, nach dem Sturz ihrer Verfassung und einer drückenden Fremdherrschaft eine Verwaltung nach denselben Grundsätzen und in derselben Form wie bei der Josefinitischen Institution gegeben. Aber die Belgier waren an ein Selbstgovernment gewöhnt; die ganze gesellschaftliche Ordnung beruhte auf Privilegien, »jedermann lebt von seinem Anteil daran«. Die Josefinitischen Reformen dagegen erschienen durchaus absolutistisch, als Verletzung der Verfassung, als ein Umsturz aller Einrichtungen. (A. Wolf, Oesterreich unter Maria Theresia, Josef II. und Leopold II. Berlin 1884, S. 282, 283.)

Schon 1782 begann Josef seine Eingriffe in das belgische Kirchenwesen, 1787 stürzte er durch seine Edikte die ganze Verfassung seiner niederländischen Provinzen um. Da wurde die Unzufriedenheit allgemein und machte sich nach belgischer Art bald energisch Luft. Schon vor der französischen Revolution kam es zur Rebellion in Belgien. Bereits am 20. September 1787 gab es in Brüssel große Demonstrationen, Barrikaden wurden gebaut, und die Haltung der Bevölkerung nahm einen so drohenden Charakter an, daß der Militärkommandant von Belgien Graf Murray mit den Rebellen unterhandelte und Zugeständnisse machte. Josef erkannte diese nicht an, ließ seine Truppen einschreiten, in Brüssel, Mecheln, Antwerpen kam es zu Blutvergießen, und zunächst siegte die Regierung. Ein Schreckensregiment begann.

Aber mit dem Ausbruch der französischen Revolution wendete sich das Blattchen. Der Aufstand erhob von neuem sein Haupt. Am 26. Oktober 1789

erleiden die österreichischen Truppen eine Niederlage in dem Straßenkampf von Turnhout. Nun wird die Rebellion unaufhaltsam. Am 7. Januar 1790 konstituieren die Abgeordneten der belgischen Provinzen mit Ausnahme Luxemburgs die Republik der »Vereinigten Belgischen Staaten«. Die Nachricht soll der Todesstoß für Josef gewesen sein, der am 20. Februar starb.

Aber die Rebellen hatten nur zusammengehalten, solange es den Kampf gegen die Fremdherrschaft galt. Kaum war sie abgeworfen, brach der innere politische Gegensatz durch. Die Reaktionäre, geführt von van der Kooft, die auf Preußens Unterstützung rechneten, wendeten sich gegen die Revolutionäre, die Vonck führte, der den Standpunkt vertrat, das belgische Volk dürfe auf keinen fremden Monarchen, sondern nur auf sich selbst vertrauen. Die Vonckisten erwiesen sich als die Schwächeren. Schon am 16. März 1790 wurden ihre Wohnungen in Brüssel von der wütenden Bevölkerung geplündert, bald darauf ihre Führer verhaftet oder zur Flucht ins Ausland gezwungen. So wurde die Erhebung ihrer besten revolutionären Kräfte beraubt. Die Revolutionäre Frankreichs hatten kein Interesse mehr an ihr. Niemand half den Belgiern, als Josefs II. Nachfolger Leopold 1791 ein Heer in Belgien einrücken ließ, dem es gelang, das österreichische Regiment wiederherzustellen.

Doch war es ihm nicht beschieden, sich lange seines Sieges zu freuen. Schon ein Jahr später kam es zum Kriege des revolutionären Frankreich gegen das monarchische Europa, zunächst gegen Österreich und Preußen. Dabei eroberten die Franzosen bereits im November 1792 Belgien, verloren es im nächsten Jahre, um es im Jahre 1794 abermals zu gewinnen. Im Frieden von Campo Formio 1797 trat Franz II. die österreichischen Niederlande an Frankreich ab, dem auch das Fürstbistum Lüttich sowie das ganze linke Rheinufer (außer den preussischen Besitzungen) einverleibt wurde. Diese Gebiete bildeten fortan einen Teil des französischen Staates. Ihre Trennung von den nördlichen Niederlanden blieb weiter bestehen. Diese waren von den französischen Siegern, die sie 1795 besetzt hatten, in die »Batavische Republik« verwandelt worden.

5. Belgien französisch.

Was England so lange verhindert und Ludwig XIV. vergeblich erstrebt hatte, das gelang der Republik: die Einverleibung Belgiens in Frankreich. Aber es gelang ihr noch mehr. Der spanische und der österreichische Absolutismus hatten über dreihundert Jahre lang, von Maximilian I. bis zu Josef II., vergebens gesucht, die lokalen Sonderrechte ihrer niederländischen Untertanen aufzuheben oder doch zu beschränken. Vor der Revolution verschwanden diese Sonderrechte mit einem Schlage. An Stelle der historisch überlieferten niederländischen Provinzen traten neue Departements. Alle Sonderrechte der Provinzen, des Adels, der Zünfte hörten auf, alle Belgier waren unterschiedslos Franzosen, für alle galt das gleiche Recht. Sie alle wurden in der gleichen Sprache verwaltet, der französischen, die allein im Staatsleben galt.

Am wunderbarsten aber ist folgendes, und es bezeugt die große werbende Kraft, die von einer von der Volksmasse gefragten, ihren Bedürfnissen dienenden Revolution ausgeht: die Belgier, die bisher so unbotmäßig jedem fremden Regiment gegenüberstanden hatten, sie fügten sich willig dem französischen Regime, ja es gewann sogar ihre Unhänglichkeit. Selbst unter

den Flämen, unter denen der Gebrauch der französischen Sprache, wenigstens in den Städten, nun rasche Fortschritte machte.

Wir finden da unter den flämischen Belgiern dieselbe Erscheinung wie unter den Deutsch sprechenden Elsäßern und Rheinländern. Als die letzteren 1815 an Preußen kamen, waren unter ihnen die französischen Sympathien noch ungemein stark. Diese erloschen erst in dem Zeitraum von 1848 bis 1870. Diese Erscheinung ist nicht zu verstehen, wenn man den nationalen Drang, das Bedürfnis, mit den Sprachgenossen politisch vereint und von allen Sprachfremden politisch getrennt zu sein, als eine Naturerscheinung betrachtet, die unter allen sozialen und politischen Verhältnissen wirkt. Sie ist nur zu verstehen, wenn wir diesen Drang als eine Erscheinungsform des Bedürfnisses der Volksmassen nach Demokratie im modernen Staate erkennen. Sie empfinden den nationalen Drang nur unter Verhältnissen, in denen er die Demokratie, die Selbstbestimmung des Volkes fördert. Wo die Demokratie durch das Nationalitätenprogramm beeinträchtigt würde, haben sie wenig dafür übrig.

Die französischen Sympathien unter den Belgiern wurden indes nicht bloß durch politische Erwägungen gefördert. Außer nach Freiheit verlangen die Menschen auch nach Wohlfahrt. Dadurch, daß der Alp des Feudalismus von den Belgiern genommen und der große französische Markt ihnen ohne alle Schranken eröffnet wurde, begann die wirtschaftliche Stagnation endlich wieder von ihnen zu weichen, unter der sie jahrhundertlang gelitten. Eine Ara raschesten kapitalistischen Aufschwungs begann für sie.

Dieser wurde allerdings nicht wenig gefördert durch einen Umstand, der nicht der französischen Revolution zu danken ist. Fast gleichzeitig mit ihr beginnt das Zeitalter der Maschine, die das Handwerk und die auf Handgeschicklichkeit beruhende Manufaktur verdrängt, und beginnt die Anwendung des Dampfes als Triebkraft der Maschine. Neben der Massenproduktion und dem Massenverkehr kommen aber jetzt auch die Massenheere auf, wird unter den Industriezweigen die Waffenindustrie immer wichtiger. Alles das bewirkt, daß von nun an Eisen und Kohle an Bedeutung im Produktionsprozeß stetig zunehmen, der Besitz von Eisen und Kohle den industriellen Kapitalismus enorm fördert. Kein Land in Europa außer England produziert im Verhältnis zu seiner Bevölkerung so viel Kohle wie Belgien. Eine Zeitlang förderte es sogar absolut mehr Kohle als jeder andere Staat auf dem europäischen Festland. Noch 1845 betrug seine jährliche Förderung 5 Millionen Tonnen, dagegen die Deutschlands nur 3,5 Millionen, die Frankreichs (1851) nur 3,4 Millionen. Die Englands hatte freilich schon 1800 10 Millionen erreicht, 1845 45 Millionen. Belgien verfügt aber auch über Eisenerze. Schon im Mittelalter blühte in Lüttich die Metallverarbeitung. Nun wurde Belgien durch den Aufschwung seiner Kohlen- und Metallindustrie aus einem Aschenbrödel wieder zu einer glänzenden Erscheinung unter den Völkern Europas.

Doch zeigten sich in dem Zeitraum, in dem Belgien französisch war, nur die Ansätze zum Regime der Dampfmaschine in der Industrie. Erst Dampfschiff und Lokomotive ebneten ihrem raschen Siegeszug die Wege. Beide erhielten praktische Anwendung gerade zur Zeit, als Belgien von Frankreich losgelöst wurde (1815), die Lokomotive zunächst in England. Die erste Eisenbahn in Belgien und auf dem Festland Europas überhaupt, mit Aus-

nahme der kleinen Strecke Lyon—St-Etienne (1832) wurde im Mai 1835 eröffnet.

Bis heute ist Belgien das an Eisenbahnen reichste Land der Welt. Auf 100 Quadratkilometer zählt es 29,3 Kilometer Eisenbahnen, Großbritannien nur 12, Deutschland 11,6 Kilometer.

Diesem glänzenden industriellen Entwicklungsgang wurde der Weg gebahnt durch die französische Revolution. Er wäre unmöglich gewesen auf der politischen und sozialen Grundlage, die in Belgien bis zur Revolution bestand.

6. Belgien holländisch.

Ganz anders wie auf die südlichen wirkte die französische Revolution auf die nördlichen Niederlande. Die Trennung der beiden, die seit dem Abfall von Spanien begonnen hatte, blieb auch jetzt noch bestehen, nicht bloß innerlich, sondern auch äußerlich. Die nördlichen Niederlande fuhren fort, ein gesondertes Gemeinwesen zu bilden, auch nachdem in Frankreich an Stelle der Republik das Kaiserreich Napoleons getreten war. Aus der von Frankreich abhängigen Batavischen Republik machte er ein abhängiges Königreich, das er seinem Bruder Louis verlieh (1806).

Ob Republik, ob Monarchie, die nördlichen Niederlande wurden nicht wie Belgien ein Teil des großen französischen Staates, teilhaftig aller Vorteile, die dieser seinen Bürgern bot, sondern ein abhängiger Vasallenstaat, der eine französische Armee ständig zu garnisonieren und zu erhalten hatte. Diese heuchlerische Art, die Abhängigkeit unter dem Anschein der Selbstständigkeit zu verbergen, wirkt womöglich noch erbitternder als offene Knechtschaft.

Die Anforderungen des französischen Militarismus wurden schließlich derartiger, daß Louis Napoleon selbst sich dagegen auflehnte, sie zu befriedigen. Er dankte 1810 ab. Nun wurde sein Königreich mit Frankreich vereinigt. Diese Vereinigung kam jedoch zu spät, um auf die Holländer dieselbe Wirkung üben zu können wie früher auf die Belgier. Sie erfolgte zu einer Zeit, wo das Napoleonische Kaiserreich den letzten Rest seiner revolutionären Traditionen und Funktionen verloren hatte und nichts mehr repräsentierte als einen nackten Militarismus. In dieser Form wirkte es nicht mehr anziehend, sondern nur noch abstoßend.

Dazu kam, daß die ökonomische Lage in Holland ganz anders war als in Belgien. Wie im sechzehnten Jahrhundert das Spanien Philipps II. und im siebzehnten das Frankreich Ludwigs XIV. hatten sich im achtzehnten Jahrhundert die Vereinigten Staaten der Niederlande in dem Streben erschöpft, gleichzeitig die See zu beherrschen und eine starke Landmacht zu bilden. Diese Doppelaufgabe hat schließlich jeden dieser Staaten ruiniert. Er brachte auch für die Niederlande nach glänzendem Aufstieg völlige wirtschaftliche Stagnation. Das Zeitalter Napoleons vermehrte sie noch, indem es die nördlichen Niederlande den völligen Verlust ihrer wichtigsten Reichumsquellen erleiden ließ. Da sie mit Napoleon verbündet waren, standen sie im Kriege mit England. Das kostete sie ihre Kolonien und ruinierte ihren überseeischen Handel.

So wirkte die Zeit der französischen Herrschaft auf die Holländer ganz anders als auf die Belgier. Nach der Schlacht bei Leipzig erhoben sich mit den Deutschen die Holländer im Aufstand gegen das französische Joch, während die Belgier keinen Finger rührten, von Frankreich loszukommen. Dies wurde

ohne ihr Zutun durch die Großmächte bewirkt, die Napoleon niedergeschlagen hatten, vor allem durch England.

Wir haben gesehen, daß die französische Revolution vermocht hatte, was vor ihr keiner der mächtigen Dynastien Spaniens und Osterreichs gelungen war: die Belgier widerstandslos, ja freudig einem großen Staate einzuverleiben. Der französischen Revolution war aber auch gelungen, woran der nach der Beherrschung Europas trachtende Ludwig XIV. gescheitert war, sich ganz Belgiens zu bemächtigen, ohne durch England daran gehindert zu werden.

Indes bestand Englands alte Politik noch fort, jede starke Militärmacht als ihren Todfeind anzusehen, die, Belgien benachbart, sich dieser Basis zum Stoß ins Herz Britanniens bemächtigte. Im Winter 1792/93 war Belgien französisch geworden, in demselben Winter gesellte sich England der Koalition gegen Frankreich bei, und wenn es von da an den Krieg gegen die Republik und das ihr folgende Kaiserreich zäher und mit geringeren Unterbrechungen als ein anderer Staat Europas bis zum Sturze Napoleons führte, so trug dazu nicht zum wenigsten die Tatsache bei, daß Belgien französisch war.

Nach Napoleons Fall war eine der ersten Sorgen der englischen Staatsmänner die, Belgien von Frankreich abzutrennen. Die Völker wurden damals bei derartigen Prozeduren nicht gefragt. Belgien wurde nicht selbständig gemacht — man mißtraute ihm wohl zu sehr wegen seiner starken französischen Sympathien —, sondern Holland zugekeilt, mit dem es zusammen das Königreich der Vereinigten Niederlande bilden sollte. In dieser Verbindung hoffte man es vor allen französischen Vergrößerungsgelüsten sicherzustellen. Zum König des neuen Reiches wurde Wilhelm von Oranien bestimmt, der Sohn des letzten Statthalters der Republik, ein Schützling Englands.

Vom Standpunkt des Nationalitätenprinzips hätten die Flämen über diese Gestaltung überglücklich sein müssen. Sie wurden getrennt von Frankreich, in dem sie eine hoffnungslose Minderheit gebildet hatten. Sie wurden mit ihren nördlichen Sprachgenossen vereinigt und bildeten mit ihnen die große Mehrheit im Staate, denn 1½ Millionen Wallonen standen nun 5 Millionen Angehörige der flämisch-holländischen Sprachgemeinschaft gegenüber. Aber auch jetzt erwies es sich wieder, daß das moderne nationale Streben kein »natürliches«, »ewiges«, sondern ein von bestimmten sozialen und politischen Bedingungen abhängiges ist, daß es vor allem aus dem Drange nach demokratischer Selbstbestimmung des Volkes im modernen Staate erwächst.

Diese Selbstbestimmung fehlte den Belgiern im niederländischen Staate, den Flämen nicht minder als den Wallonen. So sehr hatten sich die Mächte daran gewöhnt, Belgien als unselfständigen Teil eines anderen Staates anzusehen, daß sie 1814 nicht von einer Vereinigung Belgiens mit Holland sprachen, sondern ersteres dem letzteren als »Gebietszuwachs« zuwiesen. Als erobertes Land wurde es von den regierenden Klassen Hollands betrachtet und behandelt, und diese Behandlung lähmte alle Gefühle der Zusammengehörigkeit, die etwa aus der Sprachgemeinschaft hervorgehen konnten. Obwohl Belgien über 3½ Millionen Einwohner zählte, Holland nur 2½ Millionen, entsandte es doch nicht mehr Abgeordnete als dieses in das Parlament (die Generalstaaten). Aber noch wichtiger als das Schaffenparlament

in jener Zeit der Reaktion war die Staatsverwaltung. Sie blieb vollständig in den Händen der Holländer. Im Jahre 1830 war von 7 Ministern nur einer ein Belgier, von 117 Beamten im Ministerium des Innern waren nur 11 belgische, von 1967 Offizieren der Armee nur 288 belgische.

Entscheidend war damals die königliche Macht im Staate, und Wilhelm fühlte sich ausschließlich als Holländer.

Was die Belgier an Freiheiten noch aus der Franzosenzeit her besaßen, wurde ihnen genommen, so die Geschworenengerichte. Statt von belgischen Landsleuten wurden sie hinfort von holländischen Berufsrichtern gerichtet. Die Öffentlichkeit des Gerichtsverfahrens wurde beseitigt.

Die Pressfreiheit war in dem Grundgesetz (Art. 227) gewährt; tatsächlich aber war sie, unter dem Vorwand der Gefahr der Napoleonischen Invasion, durch eine übermäßig strenge Verordnung vom 20. April 1815 konfisziert worden, die zur Kognition aller Vergehen einer aufregenden Natur, durch Schrift, Rede oder Tat ein außerordentliches Tribunal bestellte und in den Strafbestimmungen bis zur Ausstellung am Pranger, Brandmarken, Gefängnis bis zu sechs Jahren und 10 000 Franken Buße vorging. (Verbinus, Geschichte des neunzehnten Jahrhunderts, S. 554.)

Das waren die richtigen Methoden, eine sprachverwandte, aber anders gewöhnte Bevölkerung von sich abzustößen.

Zu politischer Unterdrückung gesellte sich ökonomischer Gegensatz. Holland hatte in den vielen Jahren, in denen es als selbständiger Staat Krieg geführt, eine ansehnliche Staatsschuld angesammelt — zwei Milliarden. Die Belgien's war winzig — 30 Millionen. Nun wurden beide Staatsschulden zur gemeinsamen Schuld des ganzen Staates.

Belgien war in der Franzosenzeit ein aufstrebender Industriestaat geworden, in Holland dominierten die Interessen der Agrarier und der Handelsleute. Holland verlangte nach freier Einfuhr von Industrieprodukten, Belgien nach Zollschutz für sie.

Zu alledem gesellte sich endlich der religiöse Gegensatz zwischen Katholizismus und Calvinismus. Er regte besonders die Flämen gegen die Holländer auf, denn in der flämischen Bevölkerung lebte ein weit stärkerer katholischer Fanatismus als in der wallonischen, die, mehr industriell und mehr von der französischen Literatur beeinflusst, religiöser Indifferenz und Freidenkerei eher zugänglich war.

Alle diese Faktoren wirkten zusammen, um die gesamte belgische Bevölkerung, Wallonen und Flämen, Freimaurer und Klerikale, Republikaner und Monarchisten, in wachsendem Haß gegen das holländische Regime zu vereinigen. Die belgische Opposition nahm immer schärfere Formen an.

Der König glaubte durch die Macht seiner Persönlichkeit auf die Belgier Eindruck machen zu können, unternahm eine Reise durch Belgien 1829, um sich seinen dortigen Untertanen zu zeigen. Und er erreichte es in der Tat, daß er von den Neugierigen angehocht wurde, die gekommen waren, ihn zu sehen. Wie das anderen schon passiert ist, nahm auch er das für den Ausdruck der wahren Volksstimmung, und als in Lüttich, das wegen seiner revolutionären Gesinnung schwarz angeschrieben war, ihn besonders lauter Jubel empfing, sagte er zum Stadtrat:

Ich sehe jetzt, was ich von den angeblichen Beschwerden zu halten habe, die so lärmend erhoben werden. Jetzt weiß ich, daß das Ganze weiter nichts ist als das Werk einiger Menschen, die ihre Sonderinteressen für das allgemeine Bedürfnis ausgeben. Das ist ein schändliches, ein ehrloses Betragen.

Der Erfolg zeigte, daß wenn schon ein gewöhnlicher Tourist die Denkweise der Bevölkerung eines Landes schwer kennenlernt und leicht durch zufällige Außerlichkeiten zu falschen Urteilen verleitet wird, ein gekrönter Tourist dabei noch leichter irrt. Seine Irrtümer können aber in bewegten Zeiten sehr folgenschwer werden. Wilhelms Brandmarkung der belgischen Opposition als ehrlos sollte ihn bald teuer genug zu stehen kommen.

Wie einst die holländischen Schiffer den Namen der Geusen, mit dem man sie beschimpfen wollte, zu einem Ehrennamen für sich gemacht hatten, so nannten sich jetzt die Belgier Ehrlose. Man prägte Denkmünzen der Ehrlosen, die an einem Bande getragen wurden und auf der einen Seite die Verfassungsurkunde, auf der anderen Seite das niederländische Pfeilbündel und die Namen berühmter Redner oder Schriftsteller mit der Umschrift: Treu bis zur Ehrlosigkeit! darstellten. Die Regierung antwortete mit einem strengen Preßgesetz, das sie den Abgeordneten am 11. Dezember 1829 vorlegte. (S. Conscience, Geschichte von Belgien.)

Ein verschärftes Preßgesetz, das war der erste Erfolg der Königsreise. Immer härter wurde die Verfolgung der belgischen Opposition. Sie wurde nicht befähigt dadurch, daß die Regierung zur Unterdrückung auch noch die Korruption gesellte. Um die industriellen Kreise Belgiens zu gewinnen, hatte sie »zur Unterstützung der nationalen Industrie« einen Jahresfonds von 1 300 000 Gulden ausgesetzt. Aber die Unterstützung der nationalen Industrie entpuppte sich als Unterstützung von Industrierittern, deren Nationalität Nebenache war, wenn sie nur dem König dienten.

Das Regierungsorgan in Brüssel, der »National«, wurde von einem Italiener Libri-Bagnano redigiert, der in Frankreich schon wegen Fälschung auf die Galeeren gekommen war. Er stand im Vorkampf gegen die Belgier. Sein Wort aus dem »National«: »Man muß den Belgiern einen Maulkorb anlegen wie Hunden« machte die Runde durch ganz Belgien. Nun, zur Zeit der Beratung des verschärften Preßgesetzes, wurde es bekannt, daß von 1827 bis 1829 drei königliche Beschlüsse diesem sauberen Patron 85 000 Gulden aus dem Fonds »zur Unterstützung der nationalen Industrie« zugewiesen hatten.

Das Maß war voll, es fehlte nur ein Tropfen, es zum Überlaufen zu bringen. In diese Stimmung fiel die Julirevolution in Frankreich. Einen Monat später war ganz Belgien in Flammen.

Die belgische Bourgeoisie erwies sich da als schwankend, ja doppelzüngig. Sie wollte die Unabhängigkeit, fürchtete aber den Sieg der Revolutionäre. In den entscheidenden Kämpfen jener Lage hielt sich die Bourgeoisie abseits. Es war das Proletariat, das seine Haut zu Markte trug und den Sieg errang. So wurden in den entscheidenden Straßenschlachten in Brüssel vom 21. bis 27. September 1830 auf Seite des Volkes nach einer Zählung Leon Desuisseaux 456 Mann getötet, darunter nur 17 Bourgeois, 1226 verwundet, davon 41 Bourgeois (Camille Hysmans, La Révolution de 1830 et le Mouvement Politique, Genf 1905, S. 29).

Das Proletariat hatte die Schlacht gewonnen. Der Sieger war die Bourgeoisie. Am 4. Oktober dekretierte die provisorische Regierung in Brüssel die Unabhängigkeit Belgiens. Der darauf einberufene Kongreß wurde nach einem hohen Zensus (je nach der Gegend von 13 bis 150 Gulden schwankend) von nur 44 000 Wählern gewählt. Er beschloß mit 174 Stimmen gegen 13 Republikaner, Belgien solle eine parlamentarische Monarchie sein.

(Fortsetzung folgt.)

Des Zweifelschürers Atomtheorie.

Von Hans Marckwald.

Eduard Bernstein bestätigt in seinem Artikel »Hans Marckwalds Räuber-
geschichte und die wahren Gründe der Fraktionspaltung« (Nr. 13 des laufenden
Bandes) durch sein erneutes Bekenntnis zum Revisionismus, daß die »Unabhängigen«
sich auf die Güte ihrer Theorie nicht berufen können, weil sie keine gemein-
same Theorie haben. Auch gibt Bernstein zu, daß Kautsky vom Revisionismus
solche Behauptungen aufstellte, wie ich anführte. Aber so wenig der Fuchs Herodes
vier Füße habe, treffe auf Bernsteins Revisionismus zu, was Kautsky gegen
diese Parteirichtung geltend machte. Daß Kautsky früher jedenfalls den Revisio-
nismus just Bernsteins genau so wie jetzt den »Opportunismus« der Fraktions-
mehrheit beurteilte, bereits als er ihm den Stuhl der Neuen Zeit vor die Tür
setzte, wird selbst Bernstein als »Räuber-geschichte« nicht zu bezweiheln wagen.

Bernstein beteuert, wohl sei er für den »Revisionismus« wie seither, aber gegen
den »Nationalismus«, den er schon immer bekämpft habe und den Kautsky in
seinen Artikeln über die beiden jetzt bestehenden Arbeiterparteien gekennzeichnet
habe. War Bernstein wirklich schon immer ein Gegner jedes »Nationalis-
mus«? Unter »Nationalismus« versteht er laut seinem Artikel in Nr. 5 des laufen-
den Bandes der Neuen Zeit einen »Kultus der Nationen im Hinblick auf Macht-
erweiterung und dergleichen Sonderbestrebungen«. Also nicht nur, wo nationale
Machterweiterungen, sondern auch, wo nationale Sonderbestrebungen kultiviert
werden, sieht Bernstein ganz richtig den »Nationalismus« als gegeben an.

Prüfen wir nun, ob Bernsteins »Revisionismus«, den nicht aufgegeben zu haben
er bestätigt, nicht auch gerade darin bestand, daß er nationale Sonderbestrebungen
Deutschlands kultivierte, statt sich allein von den Interessen des internatio-
nalen Proletariats leiten zu lassen. Am 15. Mai 1914 sprach er im Deutschen
Reichstag gegen die Unterdrückung Persiens durch Rußland. Seine Opposition
gegen diese nationale Unterjochung der Perser unterstützte er aber mit der nationa-
listischen Redewendung: »Rußland legt sich in jeder Weise in Kleinasien und
Persien der Bagdabahn vor, um dem deutschen Handel den Weg abzu-
schneiden.« Nicht allein das internationale Interesse an der Selbstbestimmung der
Perser war für ihn maßgebend, sondern die Spezialinteressen des mit ausländischen
Geschäftsinteressen kollidierenden und zu ihnen im Gegensatz stehenden deut-
schen Finanz- und Handelskapitals. Auf S. 145 seiner »Voraussetzungen des Sozialis-
mus« (13. Tausend) meint Bernstein, daß die deutsche Sozialdemokratie, falls ihr
»in näherer Zeit die entscheidende Rolle in die Hand gespielt werde«, ihre Befähigung
zur leitenden Partei dadurch zu bekräftigen haben werde, »daß sie sich der
Aufgabe gewachsen zeige, Klasseninteresse und nationales Interesse gleich entschieden
wahrzunehmen«. Auf S. 146 beteuert Bernstein — ganz im Stile der Annexionisten
von heute —, »ein festes Auftreten« könne unter Umständen dem Frieden dienlicher
sein als fortgesetzte Nachgiebigkeit. Gewiß — wenn man die Nachgiebigkeit zu
weit treibt, gefährdet sie den Frieden, solange er noch besteht, und hindert den Ab-
schluß eines Krieges. Wer zum Beispiel den Franzosen die ihnen
kaum erreichbare Lösung der elsass-lothringischen Frage
durch Volksabstimmung in Aussicht stellt, veranlaßt sie, den
Krieg fortzusetzen.

Bernstein erklärt es als meine Phantastie, und zwar eine »sehr bössartige Phanta-
stie«, wenn ich die Sonderabstimmung vom 21. Dezember 1915 für eine Folge von
Kautskys Artikel erkläre. Der Rat Kautskys an die Minderheit, sich dem Frak-
tionszwang zu entziehen, war der Sonderaktion vorausgegangen. Vorher war
öffentlich nichts darüber bekannt geworden, daß der Partei eine solche Gefahr
drohe. Als einzige Ursache der Sonderaktion habe ich Kautskys Artikel nicht
hingestellt. Daß Kautskys eingehende Begründung des verhängnisvollen Bruches
mit dem Fraktionszwang in der wissenschaftlichen Wochenschrift der Partei für

nicht ganz wenige unter den zwanzig mitentscheidend war, wird niemandes Einbildungskraft zu leugnen wagen. Und wäre die Zahl der zur Durchbrechung der Fraktionsbeschlüsse bereiten Abgeordneten so gering gewesen, daß ihnen die Bildung einer neuen Fraktion unmöglich gewesen wäre, so wäre die Zeremonie wahrscheinlich ganz unterblieben.

Bernstein wirft die Frage auf, »welches Moment es rechtfertigen kann, die Bewilligung von Mitteln für einen Krieg, den die Sozialdemokratie für die Folge eines von ihr verworfenen politischen Systems erklärt hat und auf dessen Betrieb ihr in keiner Hinsicht ein Einspruchsrecht zusteht, an eine Regierung, zwischen deren Anschauungsweise und den Grundsätzen der Sozialdemokratie der Unterschied einer ganzen Weltanschauung klafft, überhaupt für eine »Aktion der Partei« zu erklären«. Am 3. August 1914 warf Bernstein diese Frage nicht auf. Von den politischen Momenten, mit welchen diese Frage zu beantworten ist, erwähne ich nur eines, welches alle Skrupel und Zweifel beheben könnte: die russische Revolution. Hätte ich genau gewußt, daß infolge russischer Niederlagen die Revolution in Rußland so prompt eintreffen und den Zarismus so radikal durch die Demokratie ersetzen würde, so wäre mir nie der Gedanke gekommen, die Ablehnung der Kriegskredite sei vor Sturz des Zarismus für die revolutionäre Sozialdemokratie wenigstens diskutabel. Die Tatsachen haben die Fraktion ohne weiteres vor dem Richterstuhl jedes unbefangenen internationalen Gewissens, das nicht englisch- oder französisch-nationalistisch beeinflusst ist, gerechtfertigt. Gewiß ist die Revolution in Rußland, die den Ausgangspunkt einer unaufhaltsam niederreichenden und aufbauenden demokratischen Welle für die ganze kapitalistische Welt bilden wird, ungeheuer teuer durch die Schrecken des Krieges erkaufte worden. Wenn die Sozialdemokratie aber den Krieg nicht verhindern konnte, mußte sie sich auf die Seite des Staatenbundes stellen, dessen Sieg die Revolution, dessen Niederlage die Reaktion für das internationale Proletariat bedeutete. Die Niederlage Deutschlands im Kampfe gegen das zarische Rußland hätte jede Revolution in Deutschland unmöglich gemacht, weil der erstarrte Zarismus im Notfall seine Kosaken zur Rettung der Reaktion ebensogut nach Berlin wie nach Moskau hätte schicken können.

Aber die politischen Momente kommen für die von mir bearbeiteten Probleme nicht in Betracht, sondern das organisatorische, das Bernstein und die Seinen am 2. Februar 1915 selbst durch Wiederholung ihres Gebots zum Fraktionszwang bekräftigten. Alle Aktionen einer Fraktion sind Aktionen der von ihnen vertretenen Partei. Zum Begriff einer politischen Partei gehört die Einheit ihrer politischen Aktionen, ohne die sie aufhört, eine politische Partei zu sein. Diese Einheit kann nur durch Beschlüsse, denen sich alle fügen, erreicht werden. Es brauchen nicht Fraktionsbeschlüsse zu sein. Da aber Parteitagbeschlüsse oder Urabstimmungen zur Entscheidung der während des Krieges entstandenen Streitfragen nicht herbeigeführt werden konnten, so vermochten die einzelnen Glieder der eine Arbeitsgemeinschaft bildenden Fraktion die Einheit ihrer Parteiaktion nur herbeizuführen, wenn sie sich dem von Haase, Bernstein usw. am 2. Februar 1915 und schon vorher angeordneten Fraktionszwang fügten.

Bernstein verweist uns auf das Idyll in Frankreich, wo »die Minderheit der sozialistischen Kammermitglieder wiederholt Sondervoten abgab« und »die Spaltung der Partei vermieden worden ist«. Bei dem disziplinenlosen Wirrwarr in Frankreich blieb die Spaltung aus, weil die Einheit nicht bestand. Wo keine einheitliche Partei existiert, kann man sie nicht spalten. Wo jedes Mitglied der politischen Organisation seine eigenen Aktionen vornehmen darf, existiert zwar ein Zweckverband von Individuen, aber keine einheitliche Partei. Nicht zwei Menschen denken stets übereinstimmend darüber, was in politischer Hinsicht zu tun ist. Ohne Instanzen, die die Aktionen vorschreiben, sind einheitliche Parteien nicht denkbar. Nach Bernsteins Ausführungen über den Wehrbeitrag ist anzunehmen, daß er in der Fraktionsitzung der »Unabhängigen« bei der Abstimmung über den Zuschlag zur Kriegsgewinnsteuer überstimmt worden ist und daß er sich dem Fraktionszwang fügte, statt

seine Überzeugung zu bekunden, die ihm doch nach Rautsky das Heiligste hätte sein müssen. Seit Trennung von der Sozialdemokratie bewahren die »Unabhängigen« eine anerkennenswerte Diskretion über die Vorgänge in ihren Fraktionsführungen, die den Nachweis erschweren, daß nur der Fraktionszwang sie zusammenhält.

Bernsteins Ausführungen, mit denen er uns das leuchtende Beispiel der Franzosen vor Augen führt, kommen in ihren Konsequenzen auf eine politische *Aktomtheorie* hinaus, die jede Partei in ihre Elemente auflösen mußte. Diese Theorie entspricht am besten den Neigungen eines Politikers, dessen Lebensinhalt der Zweifel am Denken und Treiben der eigenen Partei ist. Vor anderthalb Jahrzehnten wurde in der Partei viel ein Wort unseres Ignaz Auer über den Genossen Bernstein kolportiert, das sicher nicht böse gemeint war, aber sich nicht recht zur öffentlichen Wiedergabe eignet. Es klang ganz ähnlich wie »der Zweifelschürer«, nur die letzten vier Buchstaben lauteten anders. Der Zweifel befruchtet das Denken und ist verdienstvoll, wird aber für eine Partei unerträglich, wenn er aus seinem ureigensten Gebiet der Wissenschaft und der Beratung in die Eigenmächtigkeit von Sonderaktionen überspringt.

»Das Geseß hat noch keinen großen Mann gebildet«, an dieses Wort Karl Moors erinnert Bernstein nicht übel. Sicher nicht! Das Proletariat bedarf aber nicht so sehr »großer Männer«, als disziplinierter, einheitlich zusammenstehender Massen. Und doch würde ich mich geschlagen geben, wenn in der Fraktion der »Unabhängigen« ein einziger großer Mann wäre. Ob jemand in der Politik ein großer Mann wird, das hängt nicht nur von seiner Begabung, sondern auch von den Umständen ab. Wenn jemand als Politiker seiner Klasse — und nun gar dem Proletariat, von dessen Aufstieg das Wohl der ganzen Menschheit abhängt — einen großen Dienst leisten kann, befreit ihn die Größe des geschichtlichen Augenblicks von jeder Rücksicht auf das Geseß. Hier entscheidet der Erfolg alles. Da aber die »Unabhängigen« ohne den geringsten zeitlichen oder dauernden Nutzen nur den Widersachern des Proletariats durch Zersplitterung der Sozialdemokratie Vorteile schaffen, geht ihnen völlig jene Größe ab, die im Gehot des Herzens und des eigenen Kopfes des Schicksals Stimme vernehmen darf.

Die kurländische Frage.

Von Alexander Lipschitz.

I.

Um Mißverständnissen vorzubeugen, muß ich vor allem bemerken, daß ich dem Vorwurf, ich verteidige in den folgenden Ausführungen die Interessen meiner baltischen Heimat in nationaler Voreingenommenheit, mit dem Hinweis begegnen kann, daß ich selbst zu jenen Livländern gehöre, deren Muttersprache deutsch ist, daß ich zwölf Jahre in Deutschland gelebt und durch meine zehnjährige Mitarbeit an der deutschen sozialdemokratischen Presse gezeigt habe, daß mir die deutschen Arbeiter nicht minder lieb sind als die russischen oder als die lettischen in meiner engeren baltischen Heimat.

Man kann die Beziehungen Deutschlands zu Kurland nur im Zusammenhang mit der ganzen livländischen Frage erörtern, wobei wir unter Livland die drei Provinzen Kurland, Livland im engeren Sinne und Estland zu verstehen haben.

Livland ist deutsches Kolonisationsgebiet seit mehr als 700 Jahren. Die Eigenart der livländischen Kolonisation bestand darin, daß allein die Ober- und Mitteldeutsch waren. Deutsch waren die feudalen Herren, deutsch war das

städtische Bürgertum. Die Kolonisierung Livlands vollzog sich mit großer Grausamkeit, worüber wir jedoch heute nicht rechten wollen, denn diese Grausamkeit entsprach damals wie heute den Sitten des Kolonisators schlechtweg.

Die deutsche Oberschicht hat im Laufe der baltischen Geschichte das Bestreben gezeigt, das von ihr beherrschte Land wirtschaftlich und kulturell zu heben. Das lettische Volk hat davon sicher Vorteil gehabt. Auf livländischem Boden stießen schon im zwölften Jahrhundert deutsche und russische Eroberer zusammen, und es ist möglich, daß die Urbevölkerung Livlands schlechter gefahren wäre, wenn der russische Eroberer den Sieg behauptet hätte. Der deutsche Einfluß auf die ganze wirtschaftliche und kulturelle Gestaltung Livlands ist außerordentlich groß. Livland, wie es heute ist, konnte nur geboren werden aus dem Zusammenstoß zwischen der deutschen Oberschicht und dem beherrschten lettisch-estnischen Volk.

Die kolonisierende deutsche Oberschicht war sehr darauf bedacht, eine unverrückbare soziale Schranke zwischen den Deutschen und den Eingeborenen aufrechtzuerhalten. Die deutschen Eroberer zogen daraus einen großen wirtschaftlichen Vorteil, indem sie die aus dem Ackerbau und dem Durchgangshandel nach Rußland fließenden Einkünfte nicht mit den möglichen Konkurrenten aus der Zahl der Eingeborenen zu teilen brauchten. Der Gegensatz zwischen »Herr« und »Knecht« bildete bis in die jüngste Zeit hinein das A und O in der Psychologie des baltischen Deutschtums, auch des »besseren« deutschen Bürgertums in Livland. Bis in die jüngste Zeit hinein bestand in Livland die noch ganz altertümliche Adelsverfassung, und das »Parlamentsgebäude« in Riga trägt den für das junkerliche Ohr wohlklingenden Namen »Ritterhaus«.

Die strenge soziale Scheidung, die aus dem wirtschaftlichen Interesse der deutschen Oberschicht in Livland floß, war aber nur eine der Ausdrucksformen der Sonderinteressen der deutschen Eroberer in Livland. Durch dieses Sonderinteresse war für das baltische Deutschtum auch das Verhalten in der auswärtigen Politik bestimmt. Die Geschichte der Beziehungen der baltischen Deutschen zu den russischen Eroberern bis zum sechzehnten Jahrhundert läßt jede nationale Konsequenz, jede nationale Richtlinie vermissen. Von einer einheitlichen Konsolidierung der national-livländischen Kräfte gegen die vom Osten drohende »russische Gefahr« war keine Rede. Die baltischen Städte, die zum Teil der Hanse angehörten, waren zu sehr am Durchgangshandel mit Rußland interessiert, um eine selbstbewußte Politik gegen Rußland zu wünschen. Der Wohlstand des Landes beruhte jedenfalls zum Teil auf seiner Vermittlerrolle, die aufzugeben nur dann gelohnt hätte, wenn ein größeres Hinterland zum Küstenland geschlagen werden konnte. Dazu fehlte dem baltischen Rittertum jedoch alle Kraft. Das Rittertum war im Laufe der zweiundeinhalb Jahrhunderte, die das tatarische Joch auf Rußland lastete und Rußlands Unternehmungen gegen Livland lähmte, zur Ruhe gekommen, weil es sich im Genuß seiner feudalen Vorteile in Livland gegen den russischen feudalen Konkurrenten jetzt gesichert fühlte. Von einer aggressiven Politik des baltischen Rittertums gegen Rußland konnte keine Rede mehr sein. Ein nationales Bestreben war unter diesen Umständen in Livland überhaupt nicht aufgekommen. Jede sozial-wirtschaftliche Gruppe ging ihren Sonderinteressen nach, wurstelte gewissermaßen in dem

allgemeinen organisatorischen Chaos Livlands dahin, wo Ritter, Orden, Geistlichkeit und Städte sich gegenseitig hart bekämpften.

Das Sonderinteresse der feudalen Ritterschaft war stets ausschlaggebend, und die feudale Ritterschaft schacherte mit allen mächtigen näheren oder entfernteren Nachbarn, den Russen, Polen, Schweden und Dänen, wenn ihr von einer Seite Gefahr drohte. Ganz besonders interessant ist in dieser Beziehung die Eroberung Livlands durch die Russen. Seit 1620 war Livland schwedischer Vasallenstaat, in welchem die livländische Adelsverfassung herrschte. Zu Ende des siebzehnten Jahrhunderts betrieb Karl XI. von Schweden eine »Reduktion« der Adelsgüter zugunsten des Staates, was, objektiv genommen, eine Maßnahme des schwedischen bürgerlichen Nationalstaats gegen den schwedischen Feudalstaat war. Als die Reduktion der Güter auch auf Livland ausgedehnt wurde, rüstete der livländische Adel zum Widerstand und verschacherte das Land an die Russen. Der Hauptvermittler in dieser Angelegenheit war Patkul, dessen Bemühen es mit zu danken ist, daß die Koalition zwischen Peter dem Großen, Dänemark und August dem Starken, König von Polen und Kurfürst von Sachsen, gegen Karl XII. von Schweden zustande kam. Der »Nordische Krieg« endigte nach mancherlei Wechselfällen mit der Eroberung Livlands durch die Russen. Ganz Livland wurde durch die Russen verwüstet — auf Anstiften des baltischen Adels. Und es ist sehr amüsan, daß sich manche deutsch-baltische Schriftsteller noch heute darob über die Russen ereifern, die der baltische Adel selbst ins Land gerufen hatte, weil das dem junkerlichen Sonderinteresse entsprach.

Der russischen Monarchie, die dem baltischen Adel seine feudalen Vorrechte sicherte, hat der baltische Adel allerdings unverbrüchliche Treue gehalten. Wie ein Fels konnte die baltische Adelsverfassung dank dem monarchischen Rußland zwei Jahrhunderte lang, in denen Livland russisch war, allen Neuerungen der Zeit trohen. Da verlohnte sich die Treue!

In der zweiten Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts begann der Aufstiege der Letten und Esten in Livland. Die Revolution von 1905 war für Livland gleichzeitig eine nationale Bewegung. Ganz im Einklang mit den russischen Revolutionären hatten die lettischen und estnischen Revolutionäre die nationale Selbstverwaltung auf ihr Banner geschrieben. Der baltische Adel trat, wiederum seinen Sonderinteressen entsprechend, gegen die nationale Bewegung auf. Der baltische Adel verbündete sich mit der russisch-nationalistischen reaktionären Regierung, ließ ihr tatkräftigste Unterstützung bei der Unterdrückung der Revolution und half ihr das Land in noch gründlicherer Weise verwüsten, als es zweihundert Jahre vorher im Nordischen Kriege der Fall gewesen war.

So zieht sich durch die Geschichte des baltischen Landes, solange das Deutschtum die Politik Livlands bestimmte, eine nationale Selbstverleugnung. Man verkaufte, man verschacherte das Land an den Meißbletenden: wer den junkerlichen Interessen am meisten gewährte, dem wurde das Land von dem baltischen Deutschtum in die Hände gespielt.

Nach alledem ist klar, daß das baltische Deutschtum, wie sehr es auch aus seinen wirtschaftlichen Interessen heraus dem baltischen Lande deutsche Kultur erfolgreich vermittelte, niemals im Laufe von 700 Jahren den Versuch gemacht hat, Livland zu einem deutschen Nationalstaat oder zu einem Teil Großdeutschlands zu

gestalten. Das baltische Deutschtum verleugnete stets in ganz konsequenter Weise das Interesse einer livländischen Nation, verleugnete es nicht etwa zugunsten Deutschlands, sondern zugunsten des Meistbietenden.

II.

Kurland umfaßt 26 265 Quadratkilometer, Deutschland 540 831 Quadratkilometer. Deutschland würde also durch die Annexion Kurlands einen Flächenzuwachs von weniger als 5 Prozent erfahren. Besondere Naturschätze, mit Ausnahme der Produkte der Landwirtschaft, besitzt Kurland nicht. Neue Zugänge zum Weltmeer bietet es auch nicht. Kurland, das etwas kleiner ist als Belgien, hatte vor dem Kriege eine Bevölkerung von etwa 900 000 Menschen. Durch die Gewaltpolitik der früheren russischen Regierung während des drohenden deutschen Einfalls in Kurland hat eine teilweise Entvölkerung stattgefunden, so daß jetzt etwa 500 000 bis 600 000 Menschen in Kurland übriggeblieben sind. Kurland könnte also noch eine große Bevölkerung aufnehmen. Kommt jedoch Kurland zu Deutschland, so wird es ein deutsches Hinterland, in welchem, da besondere Bodenschätze hier nicht vorhanden sind, eine Anhäufung von industrieller Bevölkerung in Groß- oder Mittelstädten ausgeschlossen ist. Es könnte sich hier ausschließlich um eine landwirtschaftliche Bevölkerung handeln. Die landwirtschaftliche Produktion erstreckt sich in Kurland vor allem auf den Getreidebau. Landwirtschaftliche Betriebe größerer Intensität, die eine starke Anhäufung der Bevölkerung bedingen, kommen in Kurland wegen der klimatischen Verhältnisse nicht in Betracht. Alles in allem dürfte es stark übertrieben sein, wenn wir mit einer Aufnahmefähigkeit von etwa 80 Menschen auf den Quadratkilometer in Kurland rechnen wollten. Kurland könnte also insgesamt eine Bevölkerung von über 2 Millionen aufnehmen. Etwa 1½ Millionen deutsche Einwanderer würden somit in Kurland Platz finden.

Mag diese Zahl vielleicht auch zu niedrig gegriffen sein: es ist jedenfalls klar, daß Kurland als deutsches Kolonisationsgebiet nur von geringer Bedeutung sein kann. Es kann auch keine Rede davon sein, daß die landwirtschaftliche Produktion Kurlands das Defizit an Nahrungsmitteln decken könnte, das Deutschland in der Höhe von etwa 20 Prozent seines jährlichen Bedarfs aus dem Ausland einführen muß. Kurland könnte das Defizit wohl vermindern, aber nicht decken. Im übrigen ist es noch sehr zweifelhaft, ob der deutsche Arbeiter ein Interesse daran hat, daß der Bedarf des deutschen Volkes an Getreide allein durch das Inland gedeckt werde. Eine durch Zölle nicht gehemmte Einfuhr von Getreide aus Rußland kann für den deutschen Arbeiter vielleicht viel vorteilhafter sein als die durch eine Schutzollpolitik geförderte Getreideproduktion im eigenen Lande.

So viel dürfte also sicher sein, daß der Erwerb Kurlands als eines Kolonisationsgebiets für Deutschland wohl für bestimmte agrarische Kreise von Nutzen wäre, daß er aber für die Arbeiterschaft zum mindesten gleichgültig ist.

Es läßt sich allerdings nicht bestreiten, daß Kurland, obgleich es keine neuen Zugänge zum Weltmeer bietet, für das imperialistische Deutschland von großer Bedeutung ist. Der Erwerb Kurlands durch Deutschland muß den Anteil Rußlands an der Ostsee in sehr beträchtlichem Maße schmälern. An der westlichen Küste Kurlands liegen die eisfreien Zugänge zur Ostsee, die an der

übrigen russischen Ostseeküste fehlen. Eine Befestigung der Nordspitze Kurlands wäre eine überaus wichtige militärische Handhabe gegen Rußland im Falle kriegerischer Verwicklungen. Sogar die Benutzung Rigas als Seehafen durch Rußland könnte auf dem Wege einer Befestigung der Nordspitze Kurlands unter deutsche Kontrolle gebracht werden. Die Anknüpfungspunkte für militärische Wettkämpfe zwischen Deutschland und Rußland würden in hohem Maße vermehrt werden. Man muß gestehen, daß die imperialistischen Kreise Deutschlands von ihrem Standpunkt aus ganz mit Recht ihr Augenmerk auf Kurland gerichtet haben.

Es folgt aus alledem, daß die Annexion Kurlands sehr geeignet ist, neuen Konfliktstoff zu schaffen zwischen Rußland und Deutschland. Daß auch die deutschen Arbeiter an einer solchen Gestaltung der Dinge ein Interesse hätten, wird wohl kein vernünftiger Mensch behaupten wollen.

Bei der Beurteilung der Frage darf auch nicht außer acht gelassen werden, daß die lettische Bevölkerung Kurlands, das heißt mehr als drei Viertel der Bevölkerung, aber auch die dort lebenden Polen, Juden, Litauer und auch die deutschen Bürger in Kurland, das heißt beinahe die gesamte Bevölkerung Kurlands, kein Interesse daran hat, daß Kurland zu Deutschland geschlagen werde. Zusammen mit den anderen Ländern der russischen Ostseeküste zieht Kurland, dank seiner höheren Kultur, Vorteile aus seiner Zugehörigkeit zu Rußland. Für Deutschland wäre Kurland nur korngebendes Hinterland.

Die Livländer wollen mit dem deutschen Volke in Frieden leben, denn sie wissen sehr wohl, daß Livland dem Deutschtum sehr hohe kulturelle Werte verdankt. Das kulturelle Gebilde, das Livland darstellt, ist aus einer Synthese des Lettentums, Deutschtums und Russentums entstanden. Aber Kurland ist nie deutsch gewesen, das baltische Deutschtum hat niemals den Versuch gemacht, das baltische Land für Deutschland zu gewinnen.

Kezereien zur Frage der industriellen Nachtarbeit.

Von H. Schneider.

Fast alle grundsätzlichen Kundgebungen der organisierten Arbeiterschaft zur Frage des Arbeiterschutzes fordern ein Verbot oder doch die möglichste Beschränkung der Nachtarbeit. Schon der erste Arbeiterschutzwurf, der 1877 von den 12 sozialdemokratischen Abgeordneten dem Reichstag des Norddeutschen Bundes vorgelegt wurde, fordert ein solches Verbot »unter enger Begrenzung der Ausnahmen« mit dem ausdrücklichen Zusatz, daß solche Ausnahmen »für Arbeiterinnen und jugendliche Arbeiter überhaupt nicht in Frage kommen«. In der Arbeiterschutzesolution des Pariser Internationalen Kongresses von 1889 wird das Verbot der Nachtarbeit gefordert »außer für bestimmte Industriezweige, deren Natur einen ununterbrochenen Betrieb erfordert«. Unbedingtes Verbot wird gefordert für Frauen und jugendliche Arbeiter unter 18 Jahren. Die von Molkenbuhr dem Hamburger Gewerkschaftskongress vorgelegte Resolution zur sozialen Gesetzgebung fordert ein Verbot der Nachtarbeit »außer für solche Arbeiten, die ihrer Natur nach, aus technischen Gründen oder aus Gründen der öffentlichen Wohlfahrt des Nachts getan werden müssen«. Die Internationale Gewerkschaftskonferenz, die 1913 in Zürich stattfand, richtete an die Arbeitervertreter in den Parlamenten der verschiedenen Länder das dringende Ersuchen, »Anträge einzubringen beziehungsweise zu erneuern auf Erlaß von Verboten der Nachtarbeit für diejenigen Arbeiter-

kategorien und Industriezweige, in denen sie nicht durch dringende Umstände notwendig ist. Durchaus im Sinne dieser Beschlüsse fordert der Internationale Gewerkschaftsbund in seinem Entwurf der Gewerkschaftsforderungen zum Friedensvertrag:

Die Nacharbeit zwischen 8 Uhr abends und 6 Uhr morgens ist gesetzlich zu verbieten für alle Betriebe, die nicht ihrer Art nach oder aus technischen Gründen auf die Nacharbeit angewiesen sind. Die Arbeitszeit darf in den Betrieben, für die Nacharbeit gestattet ist, 8 Stunden pro Schicht nicht übersteigen.

Die Frage, wie sich die organisierte Arbeiterschaft zur Nacharbeit zu stellen hat, welche Forderungen sie dazu erheben muß, scheint demnach durchaus geklärt zu sein. Vielleicht trägt aber dieser Schein. Jedenfalls reizt mich der Versuch, zu zeigen, daß man auch in dieser scheinbar ganz einfachen und eindeutigen Frage zu einer Auffassung kommen kann, die der bei uns seither landläufigen widerspricht.

* * *

Zunächst einiges über die besondere Bedeutung der Frage für die Zeit unmittelbar nach Kriegsende.

Die Meinungen darüber, ob unmittelbar nach Beendigung des Krieges die Wirtschaftslage, richtiger der Beschäftigungsgrad gut oder schlecht sein wird, gehen bekanntlich auseinander. Einmütigkeit herrscht jedoch darin, daß dem Kriege recht bald eine Zeit folgen wird, in der alle wirtschaftlichen Kräfte auf das äußerste angepannt werden müssen. Der Krieg hat so viel Werte vernichtet, hinterläßt so große Lücken im Gütervorrat des Volkes, daß ein allgemeiner Warenmangel die Folge sein wird. Diesen zu stillen, müssen alle verfügbaren Kräfte und Mittel eingesetzt werden. Nun hat aber der Krieg auch von diesen Kräften und Mitteln gar viel vernichtet. Millionen vollkräftiger Männer sind gefallen oder ihrer Erwerbsfähigkeit ganz oder teilweise beraubt. Unübersehbare Mengen von Arbeitsmitteln (Gebäude, Maschinen, Werkzeuge usw.) sind zerstört oder verbraucht worden. Fast alle Gesellschaftsunternehmen, vor allem der Heeresindustrien, haben ihre ungewöhnlich hohen Abschreibungen begründet mit Hinweisen auf die übermäßige Abnutzung der Maschinen usw.¹ Auch die Landwirtschaft hat ihre Maschinen mehr als sonst abgenutzt. Daß vor allem auch die Verkehrsmittel (Schiffe, Wagen, Waggons usw.) arg mitgenommen wurden und einer Auffüllung und Ausbesserung dringend bedürftig, ist bekannt.

Es soll und muß also mit verminderter Arbeitskraft und verminderten Arbeitsmitteln ein gesteigerter Bedarf an Lebensgütern aller Art gedeckt werden. Das ist auf zwei Wegen möglich: entweder muß die Heranziehung und Ausnutzung der menschlichen Arbeitskräfte noch weiter getrieben oder es muß durch stärkere Inanspruchnahme der Arbeitsmittel die Ergiebigkeit der Arbeit gesteigert werden.

Eine noch stärkere Heranziehung von Arbeitskräften, als sie jetzt in der Kriegszeit durch Hunger und Hilfsdienstgesetz erfolgt, dürfte im Frieden kaum möglich sein. Aber auch die Ausnutzung der einzelnen Arbeitskraft hat, von Ausnahmen abgesehen, einen Grad erreicht, der ohne ernstliche Schäden kaum noch überboten werden kann. Wenn die Unternehmer trotzdem schon jetzt auf allerlei Prämienysteme und andere Reizmittel zur Steigerung der Arbeitsleistung sinnen, so beweisen sie damit nur, daß ihnen Rücksicht auf die Träger der Arbeitskraft fern liegt.

Es muß also versucht werden, die Ergiebigkeit der menschlichen Arbeitskraft zu steigern durch vermehrte Anwendung und schärfere Ausnutzung arbeitssparender Maschinen. Das Minus an Arbeitskräften muß ersetzt werden

¹ Der Leiter einer größeren Maschinenfabrik versicherte mir, daß er 70 Prozent seiner Maschinen sofort nach Kriegsende außer Gebrauch setzen müsse, weil sie infolge der gesteigerten und vielfach unsachgemäßen Benützung für Präzisionsarbeiten unbrauchbar geworden seien.

durch ein Plus an Arbeitsmitteln. Der vermehrte Anwendung von Arbeitsmitteln steht zunächst die schon erwähnte Tatsache im Wege, daß auch an solchen in Folge des Krieges ein empfindlicher Mangel eingetreten ist. Es müssen also die vorhandenen Arbeitsmittel auf das schärfste ausgenutzt werden, wenn der Warenhunger, der ja in erster Linie ein Hunger nach Konsummitteln sein wird, gestillt werden soll.

Die Ausnutzung der Arbeitsmittel ist um so vollständiger, je mehr Stunden am Tage sie im Betrieb sind, je weniger ihre Anwendung unterbrochen wird. Wird nun durch ein allgemeines Verbot der Nachtarbeit im Friedensvertrag die Ausnutzung der vorhandenen Arbeitsmittel ohne Übergangszeit beschränkt, so wird damit der Ausgleich zwischen Bedarf und Angebot von Waren verzögert und die Senkung der durch den Mangel in der Kriegszeit unerträglich gesteigerten Preise verhindert. Es leuchtet ein, daß das nicht etwa eine Angelegenheit der Unternehmer, sondern eine solche des ganzen Volkes, vor allem der Arbeiterschaft ist.

Die in dem Entwurf des Internationalen Gewerkschaftsbundes umgrenzte Tageszeit läßt nicht einmal Raum für zwei Schichten zu je 8 Stunden. Da auf kürzere oder halbe Schichten nicht zu rechnen ist, bleibt nur das Einschichtsystem mit seiner sachlich unvollständigen Ausnutzung hochwertiger Arbeitsmittel. Es wäre deshalb meines Erachtens erwägenswert, ob es sich nicht empfiehlt, wenigstens für eine nicht zu kurz bemessene Übergangsfrist die Nachtarbeit auch für solche Betriebe, für die sie nicht aus technischen Gründen unentbehrlich ist, zuzulassen unter der Bedingung, daß die einzelne Schicht nicht länger als 8 Stunden dauert. Mindestens aber sollte die zur Arbeit freigelassene Tageszeit so gelegt werden, daß für zwei Schichten zu je 8 Stunden Raum bleibt.

* * *

Die vorstehenden Betrachtungen gelten für die Zeit unmittelbar nach dem Kriege, also für eine Zeit mit besonderen Verhältnissen und Bedingungen. Wie steht es nun dann, wenn zwischen Bedarf und Angebot wieder ein gewisser Ausgleich eingetreten ist, wenn im Wirtschaftsleben die Dinge wieder einigermaßen beständig und übersichtlich geworden sind? Ist die Frage der Nachtarbeit dann wieder mit den alten Formeln gelöst, fragen wir dann mit der bequemen Forderung nach einem fast völligen Verbot der Nachtarbeit den Bedürfnissen des Wirtschaftslebens, dem Interesse der Arbeiterschaft Rechnung? Dieser Frage seien noch einige Betrachtungen gewidmet.

Oben wurde angeführt, daß die vermehrte Anwendung und gesteigerte Ausnutzung der maschinellen Arbeitsmittel die Ergiebigkeit der menschlichen Arbeit am sichersten und erfolgreichsten steigert. Das ist keine neue Weisheit. Die Verdrängung und Ersetzung der Arbeiter durch Maschinen ist vielmehr ein unerbittliches Zwangsgesetz der kapitalistisch organisierten Wirtschaft. Das Gewinnstreben des Unternehmers, das sich umsetzt und äußert in dem Drange nach Steigerung der Arbeitsergiebigkeit, führt zwangsläufig immer wieder zur Technik als der sichersten Helferin. Die organische Zusammensetzung des Kapitals, das heißt das Verhältnis des in Arbeitsmitteln angelegten Kapitalkteils zu dem für die Entlohnung der Arbeiter aufzuwendenden, ist geradezu der Gradmesser für den Stand einer Industrie oder eines Unternehmens. Je zahlreicher und besser die angewendeten Maschinen, je größer die Summe der von einem Arbeiter in Bewegung gesetzten Arbeitsmittel, um so größer ist, unter sonst gleichen Umständen, die von einer Arbeitseinheit erzeugte Warenmenge, um so niedriger ist der Erzeugungspreis einer Wareneinheit. Ob das im Preis der Ware oder im Gewinn des Unternehmers zum Ausdruck kommt, ist in diesem Zusammenhang eine Frage zweiter Ordnung; jedenfalls beruht darauf in erster Linie die Überlegenheit des Großbetriebs über den Kleinbetrieb.

Im handwerksmäßigen Kleinbetrieb fällt der für Beschaffung und Verschleiß der Arbeitsräume und Werkzeuge verausgabte Kapitalkteil gegenüber der als Ar-

beitslohn aufzuwendenden Summe meist gar nicht ins Gewicht; in manchem modernen Großbetrieb ist das Verhältnis gerade umgekehrt.

Die Arbeitsmittel wirken nun unter anderen Bedingungen, in anderer Weise auf den Warenwert in der Gütererzeugung ein als die Arbeitskraft. Der Träger der Arbeitskraft kann nur eine begrenzte Zeit des Tages arbeiten, die Maschine liefert in der 24. Stunde, gleichmäßige Bedienung vorausgesetzt, dieselbe Leistung wie in der ersten. Für den Unternehmer — und nicht nur für diesen — kommt noch ein anderer Gesichtspunkt in Betracht. Der Arbeitslohn wird beim Zeitlohn mittelbar, bei Akkordarbeit direkt gemessen an der Arbeitsleistung. Er steigt und sinkt mit dieser. Fällt die Leistung aus, so verschwindet auch der Lohn. Die Ausgaben für Anschaffung, Verzinsung, Tilgung und Ersatz der Arbeitsmittel dagegen sind für einen gegebenen Zeitabschnitt gegebene Größen, Zins und Tilgungsraten sind fast unabhängig davon, ob die Arbeitsmittel 24 oder 6 Stunden am Tage oder gar nicht benutzt werden. Auch die Abnutzung steht nicht in voller Abhängigkeit von der Arbeitszeit und der Arbeitsleistung. Einmal tritt ein gewisser Verschleiß auch während des Stillstandes der Maschinen ein, zum anderen kann der Unternehmer die Fortschritte der Technik weit besser ausnützen, wenn eine beispielsweise auf 30 000 Arbeitsstunden berechnete Maschine in 5 Jahren verbraucht wird, als wenn sie 10 Jahre steht.

Angenommen nun, ein Unternehmen müsse jährlich 300 000 Mark für die Verzinsung und den Ersatz von Arbeitsmitteln aufwenden, dann ist jeder Arbeitstag mit 1000 Mark belastet, ganz gleich, ob er 8 oder 24 Stunden dauert, ob viel oder wenig Güter erzeugt werden. Es sei nun weiter unferstell, daß in dem Unternehmen in jeder Arbeitsstunde eine Gütereinheit, zum Beispiel eine Maschine hergestellt wird. Dann wird bei 24stündiger Arbeitszeit jede Maschine mit etwa 42, bei 8stündiger Arbeitszeit dagegen mit 125 Mark Ausgaben für Arbeitsmittel belastet. Selbstverständlich liegen die Dinge in der Praxis nicht so rechnerisch klar wie in einem Exempel, aber es ist unleugbar, daß die unvollständige Ausnutzung der Arbeitsmittel zu einer Steigerung der Erzeugungskosten führt. Daraus, und nicht aus einer besonderen sozialpolitischen Rückständigkeit erklärt es sich auch, daß die Forderung auf Beseitigung der Nachtarbeit ihre schärfsten Gegner findet in den Kreisen der mit den hochwertigsten Arbeitsmitteln arbeitenden modernen Groß- und Schwerindustrie. Gerade diese strebt nach der allervollständigsten Ausnutzung der Arbeitsmittel, nach dem Arbeitstag von 24 Stunden.

Im Handwerk und in der Kleinindustrie ist die durchgehende Arbeitszeit wenig verbreitet. Eine Ausnahme macht, richtiger machte die Nachtarbeit der Bäckereien. Hier gründete sie sich auf besondere Lebensgewohnheiten der Verbraucher. Der Krieg hat mit diesen Gewohnheiten ausgeräumt und gleichzeitig auch mit der Nachtarbeit in den Bäckereien. Bemerkenswert aber als Beitrag zur Bestätigung der oben angestellten Betrachtungen ist die Tatsache, daß dem Verbot der Nachtarbeit am entschiedensten widersprochen wurde von den fabrikmäßigen Großbäckereien, insbesondere auch von den Bäckereien der Genossenschaften. Das Nachtbackverbot bringt den Großbäckereien eine besondere privatwirtschaftliche Schädigung, weil es ihnen die Ausnutzung der betriebstechnischen Überlegenheit erschwert — eine Tatsache, die den Kleinbäckereien zugute kommt und viele Kleinmeister veranlaßt hat, für das Nachtbackverbot einzutreten. Die Nachtarbeit in den Großbäckereien wird zumeist in 8stündiger Schicht geleistet und muß deshalb sozial anders bewertet werden als die neben der Tagesarbeit zu leistende Nachtarbeit des Gehilfen beim Kleinmeister. (Mit diesen Bemerkungen soll nur das Verhalten der Großbäckereien erklärt werden, jedoch nichts gegen das dauernde Verbot der Nachtarbeit in Bäckereien gesagt sein. Ich halte vielmehr ein solches Verbot für dringend notwendig, weil die sozialen und hygienischen Gründe, die für das allgemeine Nachtbackverbot in den vielen kleinen Bäckereien sprechen, schwerer wiegen als die Bedenken der wenigen Großbetriebe.)

Die Steigerung der Erzeugungskosten infolge der Beschränkung in der Ausnutzung der Arbeitsmittel wäre nur die eine Folge eines allgemeinen Verbots der Nachtarbeit. Eine zweite wäre zunächst ein Ausfall in der Gütererzeugung. Der Arbeitsausfall der Nachtschicht kann in der Regel nicht wettgemacht werden durch Eingliederung der Arbeiter in die Tageschicht. Sie finden dort weder Arbeitsräume noch Maschinen. Die Menge der erzeugten Güter sinkt; sie kann so stark sinken, daß die Verbraucher in ernstliche Verlegenheiten kommen, während der Unternehmer die Erhöhung seiner Erzeugungskosten infolge des entfehenden Warenmangels mühelos abwälzen kann.

Soll die Erzeugung wieder auf den alten Stand gebracht werden, so müssen Gebäude errichtet, Maschinen gebaut, das heißt es müssen Kapitalien und Arbeitskräfte für die Beschaffung von Arbeitsmitteln aufgewendet werden, die sonst der Erzeugung von Gütern für den direkten Verbrauch gewidmet werden könnten. Es muß mehr Kapital in Produktionsmitteln angelegt werden, als streng genommen wirtschaftlich ist.

Die durch die Aufhebung der Nachtarbeit zunächst überflüssig werdenden Arbeitskräfte stufen auf den Arbeitsmarkt und drücken auf die Arbeitsbedingungen, bis sie anderweit aufgesogen werden.

Die Brachlegung der Arbeitsmittel für die Nachtzeit führt zu dem Bestreben, sie nun in der zugelassenen Tageszeit möglichst voll auszunutzen. Bleibt für zwei Schichten kein Raum, wird die eine nach Möglichkeit ausgedehnt werden. Jede Forderung auf Verkürzung der Arbeitszeit wird dann noch entschiedeneren Widerstand finden als seither, und die Gewerkschaften werden solchem Widerstand gegenüber einen schweren Stand haben, wenn nicht nur das Gewinnstreben der Unternehmer, sondern auch der Warenhunger der Verbraucher dahinter steht. Die gesetzliche Aufhebung der Nachtarbeit wird die gewerkschaftlichen Bestrebungen zur Verkürzung der Arbeitszeit hemmen.

Ich fasse zusammen: Das Verbot der Nachtarbeit beziehungsweise die Beschränkung derselben auf die technisch oder aus Gründen der öffentlichen Wohlfahrt erforderlichen Ausnahmen würde zur Folge haben: 1. Die Verminderung der Gütererzeugung; 2. die Erhöhung der Erzeugungskosten; 3. eine allgemeine Preissteigerung; 4. die Überflüssigmachung von Arbeitskräften; 5. die unrationellere Verwendung von Kapital; 6. stärkere Widerstände gegen die Verkürzung der Arbeitszeit.

Einige dieser Folgen würden nur vorübergehend, andere dauernd eintreten.

Sind diese Erwägungen richtig — und mir scheinen sie unanfechtbar —, so müssen wir unsere Stellung zur Nachtarbeit revidieren. Nicht in dem Sinne, daß die Nachtarbeit einfach freigegeben wird. Dazu sind die Schäden zu groß, die hemmungslose Nachtarbeit an der Gesundheit der Arbeitenden anrichtet. Jedoch muß sich der Kampf mehr gegen die Schäden der Nachtarbeit als gegen die Nachtarbeit an sich richten. Es muß geprüft werden, ob sich Maßnahmen treffen lassen, die der Arbeiterschaft einen wirksamen Schutz gegen die schädlichen Folgen der Nachtarbeit gewähren, ohne die volkswirtschaftlich zweckmäßigste Ausnutzung der Arbeitsmittel zu hemmen.

Zunächst müßte die Nachtarbeit beschränkt werden auf solche Betriebe und Industriezweige, in denen die Brachlegung der Arbeitsmittel nicht nur im Interesse der Unternehmer, sondern vor allem im Interesse der Allgemeinheit unerwünscht ist. Zum anderen wären von der Nachtarbeit auszuschließen alle weiblichen und jugendlichen Arbeitskräfte, vielleicht auch alle Arbeiter, die ein gewisses Lebensalter überschritten haben oder deren Gesundheit geschwächt ist. Zum dritten aber — und das ist das wichtigste — müßte die Nachtarbeit zeitlich scharf begrenzt und möglichst kürzer als die Tageschicht bemessen sein. Aberstunden zur Nachtarbeit müßten selbstverständlich unbedingt verboten werden.

Die Schäden der Nachtarbeit treten bisher vornehmlich deshalb so scharf hervor, weil die Nachtschicht allgemein viel zu lang ist. In den Bäckereien arbeiteten

die Gehilfen bekanntlich Tag und Nacht; in den mit Nachtschicht arbeitenden Betrieben der Metallindustrie, der chemischen Industrie, in den Zucker- und Papierfabriken usw. ist die Zweiteilung des Tages, also die Zwölfstundenschicht fast durchweg üblich. Gegen diese überlange Dauer der Nachtschicht muß sich zunächst unser Kampf richten. Die Dreiteilung des Tages, also die Achtstundenschicht, muß das nächste Ziel sein. Aber nur das nächste! Darüber hinaus ist für alle Betriebe mit durchgehender Arbeitszeit die Vierteilung des Tages, also die Sechsstundenschicht zu fordern. Wo und solange diese nicht eingeführt ist, muß die Nachtschicht durch Einlegung von Pausen entsprechend verkürzt werden. Betriebe, in denen die Arbeit besonders anstrengend oder mit besonderen Gefahren verbunden ist, müssen zur sofortigen Einführung der sechsstündigen Schicht gezwungen werden.

Wird entsprechend den hier skizzierten Forderungen, die ergänzt und erweitert werden können, die Nachtarbeit zeitlich verkürzt und auf erwachsene männliche Arbeitskräfte beschränkt, so werden die gesundheitlichen Nachteile, die sie heute im Gefolge hat, wenn auch nicht ganz verschwinden, so doch so erheblich zusammenschrumpfen, daß sie kaum ins Gewicht fallen gegenüber den Vorteilen, die eine durchgreifende Verkürzung der Arbeitszeit für die betreffende Arbeiterschaft und die Aufrechterhaltung oder gar Steigerung der Gütererzeugung für die Allgemeinheit im Gefolge hat.

Noch eins: Die Forderung nach einem völligen Verbot der Nachtarbeit ist auf absehbare Zeit ganz aussichtslos, weil sie nicht nur dem Unternehmerinteresse, sondern gleichzeitig den allgemeinen wirtschaftlichen Bedürfnissen widerspricht. Der Mangel an Arbeitsmitteln und der Mangel an Erzeugungskapital werden zur äußersten Ausnutzung der vorhandenen Betriebsanlagen drängen, nein, zwingen. Nicht nur unmittelbar nach dem Kriege, sondern noch auf Jahre hinaus. Viel aussichtsvoller, weil nicht zur Verminderung, sondern zur Steigerung der Gütererzeugung führend, erscheint mir die Forderung nach Herabsetzung der Nachtarbeitszeit durch Umwandlung der Zwölf- in die Ach- oder Sechsstundenschicht.

Das unbedingte Verbot der Nachtarbeit würde die toten Maschinen mehr schätzen als die lebendigen Menschen, die Ausnutzung der Arbeitsmittel mehr hemmen als den Raubbau an der menschlichen Arbeitskraft. Eine zeitgemäße Reform der Nachtarbeit aber könnte auf die Entwicklungsbedingungen des Wirtschaftslebens wie auf die Bedürfnisse der Wirtschaftsgemeinschaft die gebührende Rücksicht nehmen und doch der betroffenen Arbeiterschaft mehr Schutz und Sicherheit gegen die Gefahren der Arbeit und zugleich mehr freie Zeit für die Betätigung als Mensch und Staatsbürger bringen.

Die Entwicklung der Mittel des Güterverkehrs in Deutschland und der Außenhandel.

Von —etz—

(Schluß.)

3. Der Seeverkehr.

Die Statistik der deutschen Seeschiffe und des Seeverkehrs in den deutschen Häfen bietet durchgängig gutes Vergleichsmaterial. Das bedeutet aber nicht, daß sie ganz lückenlos ist. Im Gegenteil fehlt ihr — was besonders im Vergleich mit der Statistik des Eisenbahn- und Binnenwasserverkehrs auffällig erscheint — der sehr wichtige Nachweis der Art und der Menge der beförderten Güter. Sie sagt nur, wieviel Schiffe angekommen und abgegangen sind, ob sie beladen waren oder leer, welchen Fassungsraum sie hatten, woher sie kamen und wohin sie gingen.

Diese Angaben werden (soweit sie nicht die Zahl der Schiffe betreffen) in Registertonnen gemacht. Im Gegensatz zu der Gewichtstonne zu 1000 Kilogramm, von der bisher stets die Rede war, ist die Registertonne ein Hohlmaß. Sie gibt nicht die Tragfähigkeit des Schiffes, sondern seinen Fassungsraum an. Und zwar ist eine Registertonne gleich 2,833 Kubikmeter. Zu beachten ist schließlich noch, ob eine Angabe in »Bruttoregistertonnen« oder in »Nettoregistertonnen« gemacht wird. Während Angaben in Bruttoregistertonnen den Gesamtfassungsraum bezeichnen, betreffen die Angaben in Nettoregistertonnen den nutzbaren Raum (also zum Beispiel Gesamtfassungsraum abzüglich Maschinenraum, Wohnraum für die Besatzung usw.). Im folgenden sind stets die Angaben in Nettoregistertonnen bevorzugt. Manchmal mußten allerdings auch Angaben in Bruttoregistertonnen übernommen werden.

Über Zahl, Art, Fassungsraum und Besatzung der deutschen Seeschiffe unterrichtet nunmehr die Tabelle. Sie gibt den Stand vom 1. Januar 1904 und 1914 an. (Statistisch erfasst sind alle Schiffe von mindestens 50 Kubikmeter gleich 17,65 Bruttoregistertonnen.)

	Zahl der Schiffe		Deren Fassungsraum (Nettoregistertonnen)		Deren Besatzung	
	1904	1914	1904	1914	1904	1914
Seeschiffe insgesamt	4156	4935	2 322 045	3 320 071	59 700	83 898
Davon Dampfschiffe	1622	2170	1 739 690	3 832 312	46 046	70 224
- Segelschiffe	2258	2408	497 607	382 818	12 701	12 552
- Seeleichter	276	357	84 748	104 941	953	1 122
Durchschnittstonnage u. -besatzung eines Dampfschiffes	—	—	1 073	1 305	28,4	32,4
- Segelschiffes	—	—	220	159	5,6	5,2
- Seeleichters	—	—	307	294	3,8	3,1

Die Zunahme der Schiffe nach Zahl und Qualität (welch letztere in der besonders starken Zunahme der Dampfschiffe und deren Fassungsraum zum Ausdruck kommt) ist unverkennbar sehr erheblich. Das Überwiegen der Dampfschiffe zwar nicht der Zahl, aber dem Fassungsvermögen nach erscheint erst im rechten Lichte, wenn man berücksichtigt, daß hinsichtlich der Leistungsfähigkeit eine Dampftonne mindestens dreimal so hoch zu bewerten ist wie eine Seglertonne. (Die Seeleichter bedürfen zur Fortbewegung meist fremder Hilfe und sind dementsprechend einzuschätzen.)

Von den Dampfschiffen waren 1904 46 Räder- und 1576 Schraubendampfer (1914 38 und 2132). Als »eigentliche Handelsschiffe« wurden 1904 1304 Dampfschiffe (mit 2 793 250 Bruttoregistertonnen) und 1914 1651 Dampfschiffe (mit 4 600 603 Bruttoregistertonnen) benutzt. Der Rest fand hauptsächlich Verwendung als Fisch-, Schlepp- und Vergungsdampfer. Es gab 1904 2 Dampfer mit je über 15 000 und zusammen 35 863 Bruttoregistertonnen, 1914 wurden 13 Dampfer mit je über 15 000 Bruttoregistertonnen gezählt. Davon hatten: 3 je 16 000 bis 17 000, 2 je 17 000 bis 18 000, 2 je 18 000 bis 19 000, 2 je 19 000 bis 20 000 und je einer 22 622, 24 581, 25 570 und 52 117 Bruttoregistertonnen. Den Typ des Riesendampfers, der so gern für historische Vergleiche benutzt wird, hat uns also erst die allerjüngste Vergangenheit gebracht. Ebenso das Schiff mit Funken-

telegraphie. Am 1. Januar 1914 hatten 371 Dampfschiffe Funkentelegraphenstationen an Bord.

Von den Segelschiffen waren 1904 1916 »eigentliche Handelsschiffe« mit 523 718 Bruttoregister-tonnen und 1914 1988 mit 393 943 Bruttoregister-tonnen. Der Rest fand hauptsächlich im Fischfang Verwendung. Es wurden gezählt:

	1904	1914
Segelschiffe mit mehr als 3 Masten	53	67
- - 3 Masten	235	112
- - 2	1451	1739
- - 1 Mast	519	490

Die beiden größten Segelschiffe hatten 1904 5081 und 4026 Bruttoregister-tonnen, 1914 5548 und 4026 Bruttoregister-tonnen. Funkentelegraphenstationen hatten 1914 5 Segelschiffe an Bord. Aus Eisen und Stahl waren 1904 542, 1914 1143 Segelschiffe.

Aber die Statistik des Seeverkehrs ist einleitend schon alles Nötige gesagt worden. Es braucht hier nur noch bemerkt zu werden, daß die in der folgenden Tabelle zusammengestellten Angaben lediglich den Verkehr der beladenen Schiffe betreffen. (Überhaupt gelten alle Angaben, die weiterhin noch gemacht werden, nur für den Verkehr der beladenen Schiffe.)

Von bezugsweise nach	In deutschen Seehäfen sind angekommen (beladen)				Aus deutschen Seehäfen sind abgegangen (beladen)			
	Schiffe		mit Nettoregister-tonnen		Schiffe		mit Nettoregister-tonnen	
	1903	1913	1903	1913	1903	1913	1903	1913
Deutschen Häfen	46 481	58 743	3 851 188	5 905 047	46 142	57 935	3 800 924	6 083 891
Außerdeutschen europäischen Häfen	31 786	40 890	9 707 238	16 008 634	19 791	27 959	6 052 488	10 050 105
Häfen der deutschen Schutz- gebiete	55	58	135 967	187 242	67	72	168 941	232 827
Amerikanische Häfen	1 540	1 821	4 150 919	6 567 822	980	1 259	3 026 063	5 168 875
Afrikanischen	221	580	294 379	1 163 747	267	410	455 078	938 263
Asiatischen	370	521	919 171	1 490 261	227	328	589 334	1 029 112
Australischen	61	140	165 288	461 008	78	96	225 486	331 240
Im Gesamtverkehr	80 523	102 553	19 254 150	31 783 761	67 552	88 057	14 318 314	23 832 113

Um den Vergleich der in der vorstehenden Tabelle zusammengefaßten Zahlen zu erleichtern, sei hierunter 1. die absolute Steigerung und das Prozentverhältnis der Steigerung (nur für den Schiffsraum) von 1903 und 1913 und 2. das Anteilverhältnis der Häfen der einzelnen Erdteile am Gesamtverkehr (in Prozent und ebenfalls nur für den Schiffsraum) besonders dargestellt. (Siehe die Tabelle auf der nächsten Seite.)

Fassen wir nun kurz zusammen, was diese beiden Tabellen erkennen lassen. Registrieren wir zunächst, daß der Gesamtverkehr der angekommenen beladenen Schiffe sich von 80 523 Schiffen mit 19 254 150 Nettoregister-tonnen um 22 030 Schiffe und 12 529 611 Nettoregister-tonnen (im Fassungsraum also um 65,1 Prozent) auf 102 553 Schiffe mit 31 783 761 Nettoregister-tonnen vermehrt hat, während der Gesamtverkehr der abgegangenen beladenen Schiffe von 67 552 Schiffen mit 14 318 314 Nettoregister-tonnen um 20 505 Schiffe und 9 513 799 Nettoregister-tonnen (im Fassungsraum also um 66,4 Prozent) auf 88 057 Schiffe mit 23 832 113 Nettoregister-tonnen gestiegen ist.

	Zunahme des in den — bezw. aus den — in Spalte 1 bezeichneten Häfen beladen				Anteil der in Spalte 1 bezeichneten Häfen am gesamten beladen			
	an- gekommenen		ab- gegangenen		ange- kommenen		abge- gangenen	
	Schiffsraums von 1903 bis 1913				Schiffsraum in Prozent			
	absolut (M.-R.-T.)	Pro- zent	absolut (M.-R.-T.)	Pro- zent	1903	1913	1903	1913
Deutsche Häfen	2 053 859	53,3	2 282 767	60,1	20,0	18,8	26,55	25,5
Außerdeutsche europäische Häfen	6 301 396	85,9	3 907 617	66,0	50,4	50,4	42,25	42,2
Häfen der deutschen Schutzgebiete	51 275	37,7	63 888	37,8	0,7	0,6	1,2	1,0
Amerikanische Häfen	2 418 903	58,2	2 140 812	70,7	21,8	20,85	21,1	21,7
Afrikanische	889 388	295,3	483 185	108,2	1,5	3,85	3,2	3,9
Asiatische	571 090	82,1	439 778	74,6	4,8	4,7	4,1	4,3
Australische	265 720	136,1	105 754	46,9	1,0	1,4	1,6	1,4
Im Gesamtverkehr	12 529 611	61,1	9 513 799	66,4	100,0	100,0	100,0	100,0

Am Gesamtverkehr haben die außerdeutschen europäischen Häfen den Hauptanteil — 1903 wie 1913. Sie haben auch die höchste absolute Zunahme aufzuweisen. In weiter Entfernung rangieren hinter ihnen die amerikanischen und deutschen Häfen. Nach der absoluten und relativen Zunahme stehen die amerikanischen Häfen voran, im Anteilverhältnis die deutschen. Sehr bedeutende prozentuale Zunahmen hat der Verkehr mit den afrikanischen und australischen Häfen erfahren. Doch sind die absoluten Zahlen verhältnismäßig niedrig. Der Verkehr mit den deutschen Kolonien ist absolut und relativ nur gering gestiegen. Er ist überhaupt kaum nennenswert. (Im einzelnen vergl. die Tabellen.) Von dem Gesamtverkehr entfielen:

Auf Schiffe	Im Ankunftsverkehr: (Nettoregister-tonnen)		Im Abgangsverkehr: (Nettoregister-tonnen)	
	1903	1913	1903	1913
Deutscher Nationalität	11 261 986	19 282 252	9 822 350	16 705 015
Fremder	7 992 164	12 501 509	4 495 964	7 127 098

Das Hauptkontingent zu den Schiffen fremder Nationalität stellte England. In weitem Abstand folgen: Schweden, Dänemark, Norwegen, Holland und andere.

Die verkehrsreichsten deutschen Häfen sind: Hamburg (alle anderen gewaltig überragend), Bremerhaven, Bremen, Stettin, Rostock (Warnemünde), Cuxhaven und Sahnitz. Neuerdings erscheinen auch Köln mit Mülheim a. Rh., Düsseldorf und Duisburg-Ruhrort als gar nicht unwichtige Seeverkehrsplätze.

Fassen wir nun zum Schlusse die Grundzüge kurz zusammen, die aus dem ganzen Zahlenmaterial zu erkennen sind. Es zeigt sich vor allem, wie sehr in der modernen Verkehrsentwicklung alles im Flusse ist. Das Tempo des Fortschritts deutet eine Entwicklung zu Verhältnissen an, deren Maße wir überhaupt noch nicht erfassen können. Und schließlich sehen wir, daß der internationale Verkehr trotz Schutzzöllen und anderen Absperrungsmaßnahmen mit einem starken Anteil am Gesamtverkehr den raschen Gang der Entwicklung mitgemacht und sogar überholt hat, wobei aber der Verkehr mit den Kolonien bedeutungslos blieb.

Die Neue Zeit

Wochenschrift der Deutschen Sozialdemokratie

2. Band Nr. 21

Ausgegeben am 24. August 1917

35. Jahrgang

Nachdruck der Artikel nur mit Quellenangabe gestattet

Belgien.

Von R. Kaufsky.

(Fortsetzung.)

7. Die flämische Bewegung.

Der belgische Staat wurde eine Monarchie, aber trotzdem blieb er das Ergebnis einer revolutionären Erhebung, ein Nachhall der großen französischen Revolution. Dabei freilich das Werk einer Bevölkerung mit tiefgewurzelten Traditionen, starkem Konservatismus, deren Gemüter in hohem Maße von der katholischen Kirche beherrscht wurden. Er war das Ergebnis einer nationalen Erhebung gegen eine Fremdherrschaft, und doch sprach die Mehrheit der belgischen Nation die Sprache der Fremdherrschaft und verstand nicht die des eigenen, durch Selbstbestimmung der Nation begründeten Staates.

Infolge des revolutionären Ursprungs des Staates war die Regierungsgewalt dem Volke gegenüber nicht sehr stark. »Alle Gewalten gehen von der Nation aus,« heißt es in der belgischen Verfassung. Das Volk bekam eine Bewegungsfreiheit in der Presse, in Versammlungen und Vereinen, wie sie in dem reaktionären, absolutistischen, vom Polizeigeist erfüllten kontinentalen Europa jener Zeit ganz unerhört war. Sie wurde weniger beschränkt als in der französischen Julimonarchie, die doch auch das Produkt einer Revolution war. Als Karl Marx infolge des Drängens der preussischen Regierung aus Frankreich ausgewiesen wurde, fand er eine Freistadt in Belgien (1845). Ihm folgte dorthin der 1847 aus Frankreich ausgewiesene Bakunin. Bis 1848 lebte Marx in Brüssel im Verein mit Engels. Dort arbeiteten sie die Grundlagen ihrer neuen Lehre aus, dort schufen sie das kommunistische Manifest. Soweit man ein einzelnes Land das Ursprungsland des Marxismus nennen will, darf Belgien auf diese Bezeichnung Anspruch erheben. Als Durchzugsland, in dem deutsche, französische, englische Einflüsse und Ideen sich treffen, bot es den richtigen Boden für eine internationale Lehre, die deutsche Philosophie, englische Ökonomie, französischen Revolutionsgeist zu einer höheren Einheit vereinigte.

Die glänzende Medaille der belgischen Freiheit hatte indes ihre dunkle Kehrseite. Diese Freiheit war auch die schrankenloseste Freiheit der Ausbeutung für das industrielle Kapital.

Mächtig wuchs dieses in Belgien an, verhältnismäßig fast ebenso gewaltig wie in England, viel rascher als in Holland, jener vulgären Anschauung zum Trotz, die in einem großen Kolonialbesitz die unentbehrliche Vorbedingung für das industrielle Gedeihen der modernen Völker sieht.

Aber lange fehlte das Gegengewicht, eine machtvolle Bewegung des Proletariats. Beherrscht von der katholischen Kirche, kam es spät dazu, selbständige Regungen zu entwickeln.

Wir haben gesehen, welche Macht die katholische Kirche seit dem Mittelalter in den südlichen Niederlanden besaß. Der Umsturz von 1830 schwächte sie in keiner Weise. Sie wurde durch ihn vielmehr gestärkt; die Erhebung gegen die Holländer bedeutete ja die Abwerfung der Herrschaft einer protestantischen Staatsgewalt. Belgien wurde merkwürdigerweise das Ideal-land nicht nur der liberalen Kapitalisten, sondern auch der schwärzesten Klerikalen. Es war das Land, das wie dem Kapital, so auch der Kirche vollste Freiheit ließ — und zwar nicht eine Freiheit wie in den Vereinigten Staaten, wo der Staat sich um die Kirche nicht kümmert, sie nicht bevormundet, aber auch nicht schützt. »Die Kirche wurde vom Staate getrennt, ... aber die Kirche behielt die Privilegien, die ihr der Staat vor der Trennung zuerkannte.« (Seignobos, Politische Geschichte des modernen Europa, Leipzig 1910, S. 210.) In Belgien hat der Staat nichts in die Kirche dreinzureden, diese aber sehr viel in den Staat. Sie gehört zu den ihn beherrschenden Mächten. Mehr noch als andere dieser Mächte ist die katholische Kirche an der Unwissenheit ihrer Gläubigen interessiert, denn das moderne Wissen ist zu unvereinbar mit den von ihr gepredigten Anschauungen. Die Industriellen und Kaufleute brauchen intelligente Arbeiter, der moderne Militarismus intelligente Soldaten, aber die Kirche hat kein Bedürfnis nach einer intelligenten Volksmasse.

Dank ihrem Einfluß ist heute noch die Volksbildung in Belgien auf äußerste vernachlässigt. Erst 1914 wurde in Belgien der Schulzwang eingeführt, noch 1866 konnte die Hälfte der Bevölkerung nicht lesen und schreiben; 1880 betrug die Zahl der Analphabeten noch 30 Prozent, 1910 13 Prozent.

Zu dieser Unwissenheit gesellte sich die Abhängigkeit weicher Schichten der proletarischen Bevölkerung von der kirchlichen Wohltätigkeit sowie die starke Wirkung bäuerlicher und kleinbürgerlicher Traditionen. So dauerte es lange, ehe eine proletarische Klassenbewegung im modernen Sinne einsetzte. Lange beschränkten sich die proletarischen Gegenwirkungen gegen den Kapitalismus auf gelegentliche gewalttätige Verzweiflungsausbrüche, die brutal niedergeschlagen wurden, und auf kleinbürgerlich-proudhonistische Experimente. Sehr spät erst kam eine politische und gewerkschaftliche Klassenbewegung auf, und sie fand in höchst eigenartiger Weise ihren Ausgangspunkt und ihre Grundlage in einem starken Konsumvereinswesen.

In der ersten Internationale war Belgien wohl schon vertreten, doch schwankte es zwischen Marx und Bakunin. Die sozialdemokratische »Arbeiterpartei« Belgiens datiert vom Jahre 1885.

Lange blieben die Kapitalisten Belgiens völlig ungestört im Besitz ihrer politischen Macht, die sie sich durch einen hohen Wahlsensuß sicherten, den erst 1894 der proletarische Massenansturm beseitigte.

Fast ebensovlang dauerte es, bis Belgien auch nur die dürftigsten Ansätze eines Arbeiterschutzes zuteil wurden. Den Anfang machte eine Verordnung im Jahre 1884, die in den Bergwerken die Beschäftigung von Knaben unter 12 Jahren und Mädchen unter 14 Jahren verbot: welch schenbliche Zustände deckt diese Schutzbestimmung auf, und welch scheußliche Zustände ließ sie bestehen!

In seinem »Kapital« konnte Marx von Belgien noch 1867 sagen, daß »das Paradies des kontinentalen Liberalismus keine Spur

dieser Bewegung (nach Arbeiterschutz) zeigt. Selbst in seinen Kohlengruben und Metallminen werden Arbeiter beider Geschlechter und von jeder Altersstufe mit vollkommener Freiheit für jede Zeitdauer und Zeitperiode konsumiert* (Volksausgabe, S. 247).

Erst in den letzten Jahrzehnten ist das unter dem Drucke der Arbeiterbewegung etwas besser geworden.

Die erste Opposition, die das herrschende Regime fand, war nicht eine soziale, sondern eine nationale Bewegung. Die der Flamen setzte früher ein als die der Proletarier.

Nur von dieser nationalen Bewegung wollen wir hier handeln. Die sozialistische ist unseren Lesern in der Zeit vor dem Kriege in zahlreichen Artikeln dargelegt worden, darunter am wichtigsten das Ergänzungsheft Nr. 9 (März 1911) von L. de Brouckère und H. de Man über »Die Arbeiterbewegung in Belgien«. Unter den belgischen Fragen, die der Krieg in den Vordergrund gedrängt hat, spielt die sozialistische Bewegung keine Rolle, wohl aber die flämische.

Die französische Herrschaft hatte Belgien eine Staatsprache gebracht: naturgemäß die französische. Doch schon vorher war diese die Sprache der Gebildeten auch in den flämischen Teilen, namentlich in den großen Städten geworden.

Im Mittelalter, als das flämische Belgien der ökonomisch fortgeschrittenste Teil Nordeuropas war, erlangte es auch in der Kunst und Literatur eine führende Rolle, wurde seine Sprache als Kultursprache anerkannt. Mit seiner wirtschaftlichen Kraft ging auch seine geistige Bedeutung zurück und damit die seiner Sprache. Diese wurde nur noch von unwissenden Bauern und Kleinbürgern angewendet und verlor jede Fähigkeit, Begriffe und Ideen auszudrücken, die über deren engen Gesichtskreis hinausgingen. Das trat gerade in der Zeit ein, in der das Lateinische aufhörte, die Sprache der Wissenschaften zu sein, indes diese gleichzeitig mächtig anwuchsen, Welthandel und Technik sowie soziale und politische Umwälzungen den geistigen Horizont Europas gewaltig erweiterten und die Nationen, die an diesem Prozeß tatkräftig teilnahmen, Schriftsprachen entwickelten, die tauglich waren, die Flut neuer Ideen in Worte zu fassen, zu bemeistern, zu verbreiten.

Die flämische Sprache blieb von dieser Umwälzung völlig unberührt. Die andere der beiden Sprachen Belgiens dagegen, die französische, war die Sprache jenes Staates, der im siebzehnten und achtzehnten Jahrhundert in Europa politisch, ökonomisch und auch intellektuell am mächtigsten wurde, die Sprache, die von der Aristokratie und der internationalen Politik ganz Europas angenommen wurde. Kein Wunder, daß je mehr die flämischen Dialekte zur Sprache der Bauern wurden, desto mehr zum Französischen alle Belgier griffen, die über das bäuerliche oder kleinbürgerliche Dasein hinaus wollten.

Während im dreizehnten Jahrhundert die Flamen für Deutschland in der Kultur und Literatur tonangebend waren und »Vlaeminc« einen »selngebildeten Mann« bezeichnete, änderte es seine Bedeutung, nachdem Adel und Patriziertum in Flandern französisiert waren und nur noch der Bauer und Kleinbürger flämisch redete. Nun bedeutete »Vlaeminc« sogar in Flandern selbst soviel wie Bauer oder Löspel, und als solcher war er eine stehende Figur in den Schauspielen bis ins neunzehnte Jahrhundert. (F. Jostes, Die Flamen im Kampf um ihre Sprache und ihr Volkstum. Kriegsvorträge der Universität Münster, Heft 15/16. Münster 1915. S. 7.)

Als Belgien holländisch wurde, setzte das neue Regime an die Stelle des Französischen die niederländische Schriftsprache als Staatsprache. Diese berührte aber sogar die Flämen selbst vielfach als fremde Sprache, da sie in ihrer Unwissenheit nur ihre provinziellen Mundarten kannten. Das Französische hatte dagegen so feste Wurzeln auch in den flämischen Provinzen gefaßt, daß das holländische Regime dem Rechnung fragen mußte.

Die offiziellen Dokumente wurden in den wallonischen Provinzen französisch, in den flämischen holländisch und französisch abgefaßt. Im Jahre 1822 führte die Regierung das Holländische als Gerichtssprache für die flämischen Teile ein, stieß aber dabei auf den erbitterten Widerstand der Advokaten, die auch in jenen Gebieten französisch sprachen. Sie erreichten schließlich, daß ihnen gestattet wurde, französisch zu plädieren, wenn ihre Klienten damit einverstanden waren.

Nach der Trennung von Holland wurde das Französische wieder vollständig die Sprache der Behörden, der Armee, der Gerichte, der höheren Schulen. Allerdings stand nach dem Gesetz jedermann der Gebrauch des Flämischen frei. Aber was nützte es ihm, wenn die Offiziere, die Richter, die Behörden ihn nicht verstanden und ihm französisch antworteten, alle offiziellen Dokumente französisch lauteten!

Diesen Zustand konnten die Flämen nur ertragen, solange sie in ihrer Rückständigkeit keinen Anteil am Staatsleben nahmen. Aber so sehr auch ihr Unterricht vernachlässigt war, so wenig ihre Dörfer und kleinen Städte von der industriellen Umwälzung berührt wurden, die hauptsächlich den wallonischen Teil und die französisierten größeren Städte traf, sie blieben doch vom modernen Verkehr und von dem Drang nach Volksbildung nicht völlig unberührt, und mit deren Vordringen erwacht auch das Interesse am Staatsleben, an der modernen Demokratie. Seit den vierziger Jahren des vorigen Jahrhunderts ersteht nicht nur eine belletristische, sondern auch eine politische Literatur in flämischer Sprache, und rasch erstarkt eine Bewegung für die Gleichberechtigung der flämischen Sprache im Staate. Ursprünglich war sie radikal demokratisch, aber bald erkannten die Klerikalen, wie wertvoll ihnen diese wesentlich kleinbürgerlich-bäuerlich-partikularistische Bewegung werden konnte, die ihre Kraft aus der Verherrlichung der Vergangenheit zu ziehen suchte, und sie bemächtigten sich ihrer.

Die Wandlung des Vorkämpfers der flämischen Bewegung, Conscience, bezeugt diesen Vorgang in anschaulicher Weise.

Im Jahre 1837 schrieb H. Conscience seinen Roman: »Im Wunderjahr 1566«, den »ersten großen Roman, der eine neue flämische Literatur nach einem Stillstand von mehr als zweihundert Jahren einleitete. . . . In leidenschaftlicher Sprache schilderte er den Freiheitskampf gegen spanische Herrschaft und römisch-katholische Inquisition und erweckte zuerst in seinem Volke das Gefühl von Stolz auf die Taten früherer Geschlechter.« (P. Ohwald, »Der Nationalitätenkampf der Flämen und Wallonen«, Preußische Jahrbücher, Mai 1914, S. 223.)

Aber man begründet nicht ungestrast eine demokratische Bewegung auf dem Sehnen nach einer großen Vergangenheit statt auf dem nach einer größeren Zukunft.

Seine Schwärmerei für das Mittelalter machte Conscience reif für die katholische Sache:

Die klerikale Partei sah sich durch die neue flämische Bewegung in ihrem eigenen Lager bedroht. Mit großem Geschick wußte sie sich an die Spitze dieser Bewegung zu bringen, um sie in ihrem Sinne zu lenken, die liberalen Regierungen im Flämenlande zu unterdrücken und doch zugleich die ganze Bewegung als Kampfmittel gegenüber der herrschenden wallonischen Rasse zu haben. Die Zahl der Anhänger der neuen flämischen Bewegung war noch nicht groß. Glückte es, die Führer zu gewinnen, so war das Ziel erreicht. Und tatsächlich gelang es, Conscience in den Schoß der klerikalen Partei zurückzuführen, so daß er in der zweiten Ausgabe seines Romans »Im Wunderjahr 1566« alle Stellen ausmerzte, die sich gegen die Inquisition und die Herrschaft der römischen Kirche gerichtet hatten. In dieser Form ist der Roman dann fast in alle europäischen Sprachen übersetzt worden. Andere Werke von sich stellte Conscience direkt unter die geistliche Zensur. (Ogwald, a. a. O., S. 224.)

Dafür widerfuhr ihm die Ehre, daß es der Fürstbischof von Breslau selbst war, der 1846 seinen kassierten Roman ins Deutsche übersetzte, daß ihm ein preußischer, ein bayerischer, ein holländischer Orden zuteil wurden.

Das verleihe dem Dichter frischen Mut und dem flämischen Volke Selbstbewußtsein. (Jostes, a. a. O., S. 13.)

Auf solche Grundlagen wurde bald die flämische Bewegung gestellt. Sie entwickelte sich zur Hauptstütze des klerikalen Kampfes gegen den Liberalismus, der den Flämen direkt als »die Partei Frankreichs« denunziert wurde. Dabei blieb jedoch die flämische Bewegung ein Ausdruck demokratischer Bedürfnisse politisch aufstrebender Volksmassen, ein Ausdruck von Bedürfnissen, die mit der Entwicklung des Kapitalismus und seines Verkehrs unaufhaltsam wuchsen, aber auch an Kraft zunahmen. So vermochte der Klerikalismus Belgiens, ganz im Gegensatz zu dem Frankreichs, durch seine Beherrschung des Flämentums zugleich mit diesem zu erstarken. Beide haben sich gegenseitig gehoben. Die letzten Jahrzehnte sind für Belgien eine Zeit dauernder Herrschaft des Klerikalismus, aber auch wachsender Gleichberechtigung der flämischen Sprache.

In der Zeit von 1830 bis 1846 finden wir in Belgien 15 Jahre lang liberal-klerikale Koalitionsministerien und 1840 ein liberales Ministerium. Von 1846 bis 1884 treten dort drei klerikale Ministerien auf, die zusammen 11 Jahre im Amte sind, und drei liberale, die sich zusammen 27 Jahre lang behaupten. Da überwiegen also die Liberalen. Seitdem finden wir dagegen ein ununterbrochenes klerikales Regime.

In den wallonischen Gebieten wurde der Liberalismus zurückgedrängt durch die Sozialdemokratie, die gleich jenem in den Französisch Sprechenden Teilen der Bevölkerung ihren Schwerpunkt findet. In der Sozialdemokratie erstand aber dem Streben der Flämen nach Gleichberechtigung ihrer Sprache ein neuer Helfer, da die internationalen und demokratischen Grundsätze des Sozialismus von vornherein diese Gleichberechtigung erheischen.

So machte die flämische Sache ununterbrochene Fortschritte.

Das erste Sprachengesetz wurde 1873 erlassen. Es läßt für die flämischen Provinzen das Flämische als Gerichtssprache in dem Falle zu, daß der Angeklagte kein Französisch versteht. Unaufhaltsam folgten weitere Fortschritte der Gleichberechtigung in den Ämtern und in der Armee. Im Jahre 1898 kam das erste Gesetz, das eine Doppelsprachigkeit für ganz Belgien festsetzt. Alle Gesetze und Verordnungen müssen seitdem französisch und niederländisch erscheinen. Noch unmittelbar vor dem Kriege, 1913, wurde ein Sprachen-

gesetz angenommen, das für alle Offiziere und Unteroffiziere in der Armee die Kenntnis der beiden Landessprachen obligatorisch macht.

Nicht so rasch wie in der Gesetzgebung sind die Fortschritte der Gleichberechtigung in der Verwaltung. Aber auch hier unverkennbar.

Wohl haben bei alledem die Flämen noch nicht die völlige Gleichheit erlangt. So sind sie zum Beispiel im Schulwesen noch benachteiligt. Im Jahre 1913 besaß Belgien 7590 Elementarschulen — staatliche, kommunale, freie. In 4224 von ihnen ist das Französische, in 3261 das Flämische, in dem Rest das Hochdeutsche Unterrichtssprache. Als zweite Sprache wird das Französische in 2985 Schulen getrieben, in 472 das Flämische. (Joffe, a. a. O., S. 36.)

Darin liegt sicher eine starke Benachteiligung der Flämen, die die Mehrheit im Lande ausmachen, aber man würde sehr irren, wollte man darin ein Zeichen staatlicher Vergewaltigung sehen.

In einem Artikel der »Blöcke« (»Sozialismus und Flämenfrage«, 16. Juni 1917) verweist uns freilich der Verfasser, Herr Hausenstein, auf eine »wahrhaft erschütternde Geschichte der Niederdrückung und Niederhaltung des flämischen Volkstums durch den wirtschaftlich und kulturell mächtigeren franko-wallonischen Imperialismus« (S. 411).

Jetzt haben wir also auch schon einen wallonischen Imperialismus! Jeder Splitter, den man im Auge des anderen erblickt, wie immer er aussehen mag, bekommt heute den Namen »Imperialismus«.

Die Hauptaufgabe des Hausenstein'schen Artikels ist eine Polemik gegen eine Äußerung des Genossen Haase in der Reichstagsitzung vom 30. März über unsere Haltung gegenüber den Flämen. Herr Hausenstein findet es

befremdend und bedauerlich, daß ein Politiker, und zwar gerade ein sozialistischer Politiker, sich über deutsche Flämenpolitik so äußern konnte, wie der Führer der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft es in der Reichstagsitzung vom 30. März getan zu haben scheint.

Hausenstein kritisiert Haase auf Grund unvollständiger Zeitungsmeldungen. Wir wollen zunächst feststellen, was Haase nicht gesagt zu haben »scheint«, sondern wirklich geäußert hat. Nach dem stenographischen Protokoll sagte Haase:

Auch andere Handlungen der Regierung aus letzter Zeit haben uns nicht dem Frieden nähergebracht, sondern haben die auswärtige Situation verschärft. Es war der Admiral Tirpitz, der in einem Neujahrsgruß an den Direktor Otto Händler in Koblenz schrieb: für 1917 sei Flandern das Lösungswort. Auch dieses Lösungswort des Herrn Tirpitz ist zur Parole des Reichskanzlers geworden. Der Rat der Flämen ist von ihm empfangen worden. Der Rat der Flämen — eine merkwürdige Gesellschaft — ohne jedes Ansehen im eigenen Lande und wahrscheinlich schon vergessen, bevor der Krieg zu Ende ist.

Man spricht so viel davon, daß wir die Flämen, die unterdrückte Nation, befreien müßten. Ist denn das wahr? (Zuruf.) Ja, Herr Kollege, widerlegen Sie mich. Wie liegen denn die Verhältnisse? Waren nicht die Flämen im belgischen Parlament in der Mehrheit? Und sollte die flämische Mehrheit im Parlament die Unterdrückung der eigenen Stammesangehörigen beschlossen haben? Wer glaubt denn das? Die Gleichberechtigung beider Sprachen galt auf allen Gebieten, und wenn die Flämen noch nicht die Universität haben, die sie jederzeit haben konnten, so aus einem sehr einfachen Grunde, nämlich deshalb nicht, weil die flämische Bourgeoisie von jeher Französisch sprach und gar kein Interesse nach einer flämischen Universität bekundete.

Erst als die Intelligenz im flämischen Volke sich regte, also Sprößlinge aus dem flämischen Bauernvolk in die Intelligenz verpflanzt wurden, wurde die Forderung nach einer Universität laut, und sie stand kurz vor Kriegsausbruch vor ihrer Verwirklichung.

Meine Herren, wir gerade sollten berufen sein, unterdrückte Nationen zu befreien? Man fange mit der Befreiung doch zunächst im eigenen Hause an. Wenn Sie das, was Sie den Flämen versprechen, ja nur das, was die Flämen schon längst hatten, den Polen, den Dänen, den Elsaß-Lothringern geben würden, deren Klagen wären mit einem Schlage beseitigt.

Dies Haases Ausführungen. Auf sie weiß Herr Hausenstein trotz der vielen Worte, die er macht, schließlich nichts anderes zu erwidern, als daß wohl »eine flämische Mehrheit im belgischen Parlament rein wahlkreisgeometrisch herausgerechnet werden« könne, daß aber »Begriffe wie flämische Mehrheit oder wallonische Mehrheit im belgischen Parlament überhaupt keine Begriffe sind, weil die Nationalitätsfragen den parteipolitischen Programmen bis jetzt immer untergeordnet waren« (S. 418, 419).

Das heißt aber doch nichts anderes, als daß den Flämen selbst ihre nationalen Schmerzen bisher weniger wichtig erscheinen als die allgemeine Politik, sonst würden sie sie doch dieser nicht unterordnen. Diese Bemerkung Hausensteins widerlegt nicht Haases Ausführungen, sie bekräftigt sie und bezeugt, was es mit der Behauptung von dem »franko-wallonischen Imperialismus« auf sich hat, der die Flämen gewaltsam niederdrückt, dessen Joch sie vergeblich abschütteln wollen, so daß ihnen als Befreier schließlich nur Herr Hausenstein und dessen Gesinnungsgenossen übrigbleiben.

Wir haben im belgischen Parlament die Tafsache zu verzeichnen, daß es dort trotz vorkommender nationaler Kämpfe keine nationalen Parteien gibt. Die wallonischen und flämischen Klerikalen bilden zusammen eine Partei, ebenso wie die wallonischen und flämischen Liberalen, von den Sozialisten nicht zu reden. Man ist dort nicht zu den unglückseligen Zuständen gelangt, wie sie zum Beispiel in Böhmen zu finden sind, wo nicht bloß deutsche und tschechische Liberale, deutsche und tschechische Agrarier einander unversöhnlich gegenüberstehen, sondern auch die deutschen und die tschechischen Sozialdemokraten gesonderte und mitunter sogar gegensätzliche Parteien bilden.

Dieser Zustand erscheint Herrn Hausenstein offenbar als Idealzustand und ihn nach Belgien zu verpflanzen als dringendstes Bedürfnis des internationalen Sozialismus.

In der Tat, der deutsche Mehrheitssozialismus treibt wunderliche Blüten!

Woher sollte denn die staatliche Unterdrückung der Flämen kommen? Bilden sie doch die Mehrheit im Lande, liefern sie doch tatsächlich die Mehrzahl der Wähler und nicht bloß »wahlkreisgeometrisch«, worunter man vor Hausenstein eine Wahlkreiseinteilung verstand, die künstlich eine Minderheit zur Mehrheit machte.

Und sie sind nicht bloß die Mehrheit, sie werden noch immer zahlreicher, dank ihrer größeren Fruchtbarkeit. In der ersten Hälfte des vorigen Jahrhunderts vermehrten sich allerdings noch die Wallonen rascher als die Flämen. J. E. Horn gibt in seinen »Bevölkerungswissenschaftlichen Studien aus Belgien« (Leipzig 1854) für 1846 noch die Zahl der Geburten auf je 1000 Einwohner in den flämischen Provinzen auf 30, in den wallonischen auf 31, in den wallonisch-flämischen allerdings auf 33, für den ganzen Staat auf 31 an. Aber seitdem hat wie im benachbarten Frankreich, so auch im be-

nachbarten Belgien der »Geburtenfreik« eingeseht. Die relative Zahl der Geburten erreichte ihren Höhepunkt im Jahrzehnt 1861 bis 1870 mit 31,6 pro 1000 Einwohner. Seitdem nimmt sie rapid ab. Sie betrug 1866 32,7, 1880 31,1, 1900 29,0, 1910 23,7, 1911 22,9, 1912 22,6. Dieser Rückgang ist jedoch keineswegs ein gleichmäßiger im ganzen Lande.

»Der wallonische Teil hat dieses französische Beispiel viel weitergehend nachgeahmt als der flämische.« (Oßwald, Belgien, S. 27.)

So nimmt die Zahl der Flämen jetzt rascher zu als die der Wallonen. Es sprachen in Belgien:

	Nur Flämisch	Nur Französisch	Flämischer Überschuß
1900	2 822 000	2 575 000	247 000
1910	3 221 000	2 833 000	388 000
Zunahme	399 000	258 000	

In Prozentzahlen der Gesamtbevölkerung (ohne die Kinder, die noch nicht sprechen können):*

	Nur Flämisch	Nur Französisch
1900	44,5 Proz.	40,6 Proz.
1910	45,4 -	39,9 -

In Wirklichkeit ist der Überschuß der Flämen noch größer. Man zählte 1910 neben den hier angegebenen noch 871 300 Belgier, die Flämisch und Französisch, 8700, die Flämisch und Deutsch, und 52 500, die alle drei Sprachen zu sprechen vermochten. Man darf sie überwältigend den Flämen zurechnen.

Von der doppelsprachigen Bevölkerung wohnen sechs Siebentel in den flämischen Provinzen und nur ein Siebentel im wallonischen Gebiet. . . . Die Wallonen lernen nur in ganz seltenen Fällen die Sprache des anderen Landesteils. (Oßwald, Belgien, S. 15.)

Es ist anzunehmen, daß heute von den mehr als 7 Millionen der Bevölkerung (ohne die Kinder unter zwei Jahren) über 4 Millionen Flämen und 3 Millionen Wallonen sind.

Je demokratischer Belgien wird, desto mehr haben die Flämen den Staat in der Hand. Und sie sollten uns als niedergedrückte Opfer des wallonischen Imperialismus aufs tiefste erschüttern?

Wenn die Flämen im Schulwesen noch nicht so weit sind, wie viele von ihnen es wünschen, so verdanken sie es weit weniger der Unterdrückung durch »franko-wallonischen Imperialismus« als Kräften, die aus ihren eigenen Reihen stammen.

Sie bilden die kräftigste Stütze des Klerikalismus, der kein Interesse daran hat, seine getreuesten Schäflein durch Verbreitung von Schulbildung mit dem Gift des modernen Wissens zu infizieren.

Im Februar 1914, unmittelbar vor dem Kriege, wurde ein Gesetz angenommen, das zum ersten Male für Belgien die allgemeine Schulpflicht festsetzte. Der Antrag, in den flämischen Provinzen das Flämische als Unterrichtssprache obligatorisch zu machen, wurde mit 114 gegen 56 Stimmen abgelehnt. Unter den 56 befanden sich 7 Wallonen, unter den 114 nicht weniger

* In den Zählungen vor 1900 wurden diese Kinder zu der Sprachgruppe gezählt, zu der der Haushalt gehörte, in dem sie lebten. Seit 1900 werden sie gesondert aufgeführt. Daher sind die früheren Zahlen mit den späteren nicht vergleichbar.

als 42 flämische Klerikale (P. Dhwald, Der Nationalitätenkampf der Flämen, S. 230).

Es waren also Flämen selbst, die jene Bestimmung zu Fall brachten.

Natürlich wird in Belgien die französische Sprache unter allen Umständen ein gewisses Übergewicht bewahren, auch wenn in staatlicher Gesetzgebung und Verwaltung beide Sprachen völlig gleichgestellt sind. Die französische Sprache als alte Weltsprache erschließt eben einen viel gewaltigeren Kulturinhalt und ein viel ausgedehnteres Verkehrsgebiet als das flämische Provinzialidiot.

Deshalb wenden sich viele Flämen dem Gebrauch des Französischen zu, die sogenannten »Franskiljons«, Französlinge, und ihnen, nicht einer staatlichen Unterdrückung gilt vor allem der Kampf der flämischen Nationalisten, der »Flaminganten«. Er ist insofern ein Kampf innerhalb des Flämentums.

Als der hervorragendste der »Franskiljons« erscheint der Fläme Maeterlinck, der nur Französisch spricht und schreibt. Im Pariser »Figaro« äußerte er über die Flaminganten:

Die Partei der Flaminganten setzt sich zusammen aus einer Handvoll Agitatoren, denen ihre niedere Herkunft von Bauern und ein unvollständiger Unterricht die Möglichkeit genommen hat, Französisch zu lernen. Ihre Unwissenheit hat sich in Haß verwandelt, und während sie eine Sprache verabscheuen, bei deren mündlichem oder schriftlichem Gebrauch sie sich lächerlich machen, haben sie aus verschiedenen Volksdialekten eine Art künstlichen Jargon geschaffen, gespreizt, verschoben, ohne Entwicklungsfähigkeit, der nicht einmal von denen verstanden wird, denen sie ihn als Muttersprache aufhalsen, und den die wirklichen flämischen Dichter — es gibt deren einige — und die Holländer mit beißendem Spott überschütten. . . . Beschützt werden sie vom flämischen Klerus, dem unwissendsten der Welt. Dank dem unergründlichen Kauderwelsch, das er anpreist, hält er mehr als zwei Millionen Bauern unter seiner Herrschaft, zu denen kein Lichtstrahl von auswärts zu dringen vermag.

Das ist reichlich grob, sicher auch nicht gerecht. Aber die Qualitäten der flämischen Sprache vermag ich freilich kein Urteil zu fällen. Aber wie falsch oder doch übertrieben Maeterlinck über das Flämische als Kunstmittel urteilen mag, daß die Beschränkung auf das Flämische den Geist beengt, geben Flaminganten selbst zu.

Joffes zitiert eine Schilderung der Sprachverhältnisse Flanderns aus der Feder eines hervorragenden Flaminganten, des Dr. Hugo Verriest. Wir entnehmen ihr folgendes Geständnis:

Unser ganzes höheres Leben ist französisch! Ich bin beschämt, wenn ich mich selbst prüfe, und ich sage dann leise: ich sollte am besten schweigen, denn ich bin auch ein halber Franzose. . . . Und ihr seid halbe Franzosen. Unsere Wissenschaft und Gelehrsamkeit ist französisch, unsere Kunst war französisch; unser Anstand und unsere Höflichkeit ist französisch, das öffentliche Leben ist französisch, das eure, das meine, das unsrige. . . . Unsere Wissenschaft und unsere Gelehrsamkeit ist französisch. Darin und darüber denken wir französisch, sprechen wir französisch und würden wir flämisch nicht sprechen können. Das wissenschaftliche flämische Wort liegt nicht in unserem Kopfe, es erwacht nicht auf Zunge und Lippen. Es ist bei uns nicht vorhanden. — Französisch!

Ja, ich weiß noch so gut, wie ich Wasser und Blut schwigte, da ich als Professor der Poesie zu meiner ersten flämischen Unterrichtsstunde in flämischer Sprache ging! Das ist allerdings jetzt anders geworden, und das Flämische fließt und plätschert viel freier von den Lippen als das Französische, aber nur in diesem

F a c h e. Nicht in der Mathematik, nicht in der Meszkunde, nicht in der Naturwissenschaft, nicht in hundert anderen Dingen. Sie liegen in meinem Kopfe auf französisch in der Ecke. (Jostes, a. a. O., S. 30, 31.)

Also auch für den Flaminganten ist das Französische unerlässlich, wenn er sich nicht auf die Gegenstände des Alltags beschränken will.

Und das gilt nicht bloß für die Wissenschaft. Jostes, selbst ein begeisterter Verfechter der flämischen Sprache, sagt von ihrer Presse:

Die flämischen Zeitungen sind zahlreich: von 1860 bis 1890 war die Zahl von 90 auf 296 gestiegen und seitdem entsprechend weiter, aber sie sind im ganzen minderwertig, und mit wenigen Ausnahmen sind die politischen Zeitungen sogenannte Käseblätter. (A. a. O., S. 49.)

Demgegenüber stützten sich die französischen Blätter Belgiens auf die große Pariser Presse, die auch direkt rasch dort eindrang. Diese Konkurrenz war für die flämische Presse sicher sehr unangenehm. Aber eine Methode staatlicher Unterdrückung bedeutete sie keineswegs.

Der Kampf der Flaminganten selbst ist zwiespältiger Natur, halb fortschrittlich, halb reaktionär. Auf der einen Seite bedeutet er eine Bewegung zur kulturellen Hebung der arbeitenden Massen des flämischen Volkes, die in ihren elenden sozialen Verhältnissen nicht die Möglichkeit besitzen, zur Beherrschung einer zweiten Sprache zu gelangen. Der Flamingantismus strebt danach, die Muttersprache der Massen, die einzige Sprache, die sie verstehen, zu einem tauglichen Werkzeug der Vermittlung höherer Kultur zu gestalten, die Literatur, die Schulen dieser Sprache zu vermehren und zu vervollkommen. Das ist die demokratische, dem internationalen Sozialisten sympathische Seite des Flamingantentums. Aber auf der anderen Seite sucht es flämische Elemente, denen die Möglichkeit geboten ist, sich einer zweiten Sprache zu bemächtigen, die einen unendlich weiteren Gesichtskreis, einen unendlich größeren Kulturinhalt vermittelt als die flämische, daran zu hindern, diese Sprache zu ihrer Verkehrssprache zu machen. Es brandmarkt den »Franskiljon« als Verräter an seinem Volke. Es predigt die nationale Abschließung der Flämen, fördert provinzialen Partikularismus und bäuerliche Borniertheit. Insofern wirkt es reaktionär, hemmt es den Aufschwung der heute Flämisch sprechenden Massen. Diese Seite des Flamingantentums entspringt nicht aus den Bedürfnissen der arbeitenden Klassen des flämischen Volkes, sondern bloß aus denen seiner Intellektuellen, namentlich seiner Schulmeister und Journalisten, aller jener, die in dem Flämisch sprechenden Teil der Bevölkerung den Absatzmarkt für ihre Arbeiten und deren Ergebnisse suchen. Es ist eine Bewegung zum »Schutze der nationalen Arbeit«, ähnlichen Motiven entspringend wie die Schutzzollbewegung der Fabrikanten. Diese Seite muß die internationale Sozialdemokratie im Flamingantentum wie in jeder anderen nationalen Bewegung ablehnen.

Die Gegensätze zwischen Franskiljons und Flaminganten, zwischen Flämen und Wallonen haben zeitweise starke Reibungen hervorgerufen, aber bei alledem haben sich die Flämen nie als Nation gebärdet, die der Befreiung von außen bedarf. Staatlich sind sie in keiner Weise unterdrückt, beherrscht doch in Belgien das Parlament den Staat und bilden sie wie in der Bevölkerung so im Parlament die Mehrheit. Dem flämischen Übergewicht an Zahl wirkt freilich auf wallonischer Seite das Übergewicht höherer industrieller Ent-

wicklung und das Übergewicht einer Weltsprache gegenüber einem Provinzialdialekt entgegen. So halten sich die beiden Sprachgemeinschaften nahezu die Wage. Man kann auf keinen Fall von einer flämischen Irredenta, einer im Staate rechtlosen Minderheit sprechen.

(Fortsetzung folgt.)

Politik auf den Zufall.

Von Ed. Bernstein.

»Ich kann Ihnen sagen, wenn ich ein gutes Geschäft mache, ist es ein nationaler Segen. Da habe ich vor einiger Zeit einen alten Kessel, den ich billig aufgetrieben hatte, auf meine Weise verkupfert und für neu verkauft. Die Leute, die ihn gekauft haben, haben Fische darin gekocht, und die ganze Familie ist krank geworden. Da hat der Doktor verdient, da hat der Apotheker verdient, da hat der Sargmacher verdient, und da hat der Lotengraber verdient — kurz, die ganze Welt hat verdient. Wie stehe ich da!«

In diese schöne Beweisführung, die eine vor nun fünfzig Jahren in einem Berliner Vorstadttheater gegebene Posse einem Trödler in den Mund legte, erinnert der Versuch, den Hans Markwald, hierin der gelehrige Schüler des »Vorwärts« und Scheidemanns, in seinem Artikel »Des Zweifelschürers Atomtheorie« unternimmt, die Bewilligung der Kriegskredite durch die sozialdemokratische Mehrheitsfraktion damit zu rechtfertigen, daß die deutschen Erfolge im Osten in Rußland die Revolution, die Verwandlung des Zarenreichs in eine Republik zur Folge gehabt haben. Der Trödler der alten Posse steht nachträglich glänzend gerechtfertigt da. Man sehe statt Doktor usw. die Revolution, und man hat dasselbe Exempel.

Was läßt sich nicht alles auf solche Weise rechtfertigen, wie es in Markwalds Beweisführung geschieht! Es gibt kaum einen Vorgang von Bedeutung, der nicht neben guten auch schlechte oder umgekehrt neben schlechten auch gute Wirkungen im Gefolge haben kann. Eine Feuersbrunst ist ein Unheil, aber das Feuer zerstört manches, was des Zerstörens wert ist, und so ließ schon in meiner Jugendzeit der Berliner Volkswitz einen Schusterjungen, der ein Haus brennen sah, begeistert ausrufen:

Wenn det nich jut vor (das heißt: gegen) die Wanzen is,
Denn weesz ich nich, wat besser is.

Es wird aber niemand einen Brandstifter und dessen Helfer darauffin freisprechen, daß sie angeben, das von ihnen in Brand gesteckte Gebäude habe einige Zimmer gehabt, die mit irgendwelchen schädlichen Bazillen infiziert waren. Und doch hätten diese Leute immer noch das eine vor Markwald voraus, daß sie auf einen mit Sicherheit vor auszusehenden Zusammenhang hinwiesen. Hatte das Gebäude wirklich Infektionsherde, so hieß seine Zerstörung durch Feuer auch unbedingt Zerstörung dieser. Markwald will aber eine Handlung mit einer Folgewirkung rechtfertigen, die erstens niemand vorausgesehen hat, zweitens niemand mit Sicherheit voraussehen konnte und drittens nicht einmal mit der Handlung in einem notwendigen ursächlichen Zusammenhang steht. Nicht in jedem Kriege muß die Niederlage zu einer Revolution, das heißt zum Umsturz der Regierung führen. Es kommt sehr viel darauf an, unter welchen Umständen er ausbricht, wieweit die Regierung an ihm Schuld trägt. Nun standen diesmal beim Ausbruch des Krieges in Rußland die Dinge so, daß die Bourgeoisie ihn billigte, weil er ihren Zwecken entsprach, daß er sogar bei breiten Volksmassen populär war, da sie der Überzeugung lebten, er sei der russischen Regierung von der deutschen aufgezwungen worden.

Unter diesen Umständen brauchte selbst eine Niederlage noch keine allgemeine Auflehnung gegen die zarische Regierung zu bringen. Wahrscheinlicher war vielmehr, daß sie vom Volke — die Sozialdemokratie ausgenommen — als ein nationales Unglück betrachtet werden würde und es — weil das mit seiner Presse die öffentliche Meinung beherrschende Bürgertum für diesen Krieg war — womöglich

noch fester an die Regierung gekettet hätte. Soweit das Vorbild der deutschen Sozialdemokratie auf die russischen Massen Einfluß hatte, konnte es nur in diesem Sinne wirken, also die Revolution hemmen. Auch lag die Herbeiführung einer Umwälzung im Sinne der Demokratie in Rußland keineswegs in den Absichten der deutschen Regierung. Ermahnte doch im Gegenteil in seinem Telegramm vom 28. Juli 1914 an Nikolaus II. der Deutsche Kaiser diesen, der Solidarität der Souveräne eingedenk zu sein. Ebensovwenig dachte in jenen Tagen jemand unter den Kriegsbewilligern an einen revolutionären Umsturz in Rußland. Mit keiner Silbe deutet die Erklärung der Fraktion, mit der diese die Kriegskredite bewilligte, auf eine solche Möglichkeit als Folge des Krieges hin. Sie läßt nicht einmal einen dahingehenden Wunsch durchblicken. Sie spricht nur vom »Siege des russischen Despotismus«, der abgewehrt werden müsse. Es war denn auch nicht Entmutigung infolge von Niederlagen oder Unwillen über den Krieg und dessen Fortsetzung, was den Sturz des Zarentums herbeigeführt hat. Verhängnisvoll wurde diesem vielmehr die Entkräftung über die Sabotierung des Krieges durch die Elemente am Hofe Nikolaus' II., welche die völlige Herrschaft über diesen Zaren erlangt hatten. Wie alle großen politischen Revolutionen hat die russische Revolution damit eingeseht, daß mit verschwindenden Ausnahmen die ganze Nation sich gegen die Regierung kehrte, in ihr die Verräterin erblickte. Vollständig unter die Herrschaft seiner Frau geraten, die ihren Helfer in dem Religionschwindler Rasputin suchte, hatte Nikolaus II. es mit nahezu allen Parteien des Landes verdorben, bis die Frage sich in den Ruf zuspitzte: die Nation oder der Zar. Der Opposition der ganzen Duma, die den größten, energischsten Teil des Heeres hinter sich hatte, mußte der Zar weichen. Anfangs haben auch Markwalds Freunde in der Revolution ein Werk Englands gesehen — so wenig dachten sie damals daran, die russische Revolution auf das Konto der Bewilligung der Kriegskredite durch die deutsche Sozialdemokratie zu setzen.

Nun, nach dem Sturz des Zarismus, vollzieht sich, beschleunigt durch das Treibhausfeuer des Krieges, die Weiterentwicklung der Revolution nach dem gleichen Geseß wie die ihrer berühmten Vorgängerinnen. Nun erst greift die Demokratie des Landes als selbständige Kraft ein und kommt dann in den Vordergrund. Von vornherein nur auf ihre eigene Kraft allein angewiesen, hätte die russische Sozialdemokratie es im Kampfe gegen die Regierung wohl zu Aufständen bringen können, deren Ausgang aber sehr unsicher war, wenn hinter der Zentralgewalt die Masse der Nation stand.

Die Treibereien am Zarenhof nun, das Spiel des Rasputin, die Handlungsweise der Zarin, die fortgesetzte und zunehmend beleidigendere Herausforderung der Duma durch den von seiner Frau aufgestachelten Zaren — alles das sind im Hinblick auf den Gang des Krieges Zufälligkeiten, auf die kein zurechnungsfähiger Mensch rechnet, wenn er sich für oder gegen einen solchen, für oder gegen Kriegsoperationen entscheidet. Das Hineinspielen solcher Zufälligkeiten kann unter Umständen die sonst unvermeidlichen Folgen einer solchen Maßnahme abwenden, aber es kann sie damit noch nicht nachträglich rechtfertigen.

Wo kämen die Völker, wo käme das ganze Zusammenleben der Menschen hin, wenn nach anderen Maximen geurteilt würde? Wenn es für zulässig erachtet würde, alles vernünftige Einschätzen der Folgen unseres Handelns, alle Grundsätze der Ethik als nichts sagend beiseite zu setzen und ins Blaue hinein den ersten besten Eingebungen unserer Laune zu folgen, gemäß dem Motto, womit die hoffnungsvolle Straßenjugend irgendeine Tollheit ins Werk setzt: »Nur Mut, die Sache wird schon schief gehen.«?

Das aber ist die Logik der Politik, der Hans Markwald das Wort redet. Nicht ein mit Notwendigkeit gekommenes Resultat der Fraktionspolitik, sondern eine Zufallswirkung soll nach ihm »alle Mängel und Zweifel beheben« können, ob die Bewilligung der Kriegskredite mit Recht für eine Aktion der Partei zu erklären war. »Die Tatsachen«, schreibt er pathetisch, »haben die Fraktion ohne weiteres

vor dem Richterstuhl jedes unbefangenen internationalen Gewissens, das nicht englisch- oder französisch-nationalistisch beeinflusst ist, gerechtfertigt.»

Du verdächtigst gut, unbefangenes internationales Gewissen! kann man nur zu den Schlüsselworten dieses Satzes sagen. Wie schnell sich doch solche liebenswürdigen Methoden einstellen, sobald man einmal in die Gefilde der Wohlgesinnten eingetreten ist. Schade nur, daß die an der Revolution in Rußland doch ganz besonders interessierten russischen Sozialdemokraten ohne Unterschied der Richtung diese Rechtfertigung durchaus nicht gelten lassen wollen. Ebensovienig die italienischen, die schweizerischen, die holländischen und die Mehrheit der skandinavischen Sozialisten. Und weiter wird man erwähnen dürfen, daß in England und Frankreich die radikalen sozialistischen Minoritäten, deren internationale Gesinnung selbst Marckwald nicht in Zweifel stellen kann, gerade in diesem Punkte mit dem Urteil der dortigen sozialistischen Mehrheit übereinstimmen.

Nicht besser steht es mit der Beweiskraft des Satzes, daß die Sozialdemokratie, wenn sie den Krieg nicht verhindern konnte, sich »auf die Seite des Staatenbundes stellen mußte, dessen Sieg die Revolution, dessen Niederlage die Reaktion für das internationale Proletariat bedeutet hätte«. Wie der Sieg des beständigsten Militarismus der Welt dem internationalen Proletariat »die Revolution« gebracht hätte, konnte man in den Tagen zu verspüren bekommen, wo dieser Sieg außer allem Zweifel zu stehen schien. Selbst Leute, die bis dahin der sozialistischen Internationale ferngestanden hatten, sich aber ein Gefühl für Demokratie und Völkerrecht bewahrt hatten, waren entsetzt über die Umwandlung der Geister zugunsten der politischen Begriffe des Militarismus und der von diesem getragenen Mächte. Es zeigte sich, daß die Bewilligung der Kriegskredite durch die Sozialdemokratie wie die Verabschiedung jeder selbständigen internationalen Politik des Proletariats gewirkt hatte und wirken mußte, und wenn alles so glatt gegangen wäre, wie es nach dem Diktum Marckwalds hätte gehen sollen, so wäre in den Ländern der Sieger der Militarismus auf Jahrzehnte hinaus Herrscher gewesen, und in den besiegten Ländern hätte das Bestreben, das Joch der neuen Hegemonie abzuwerfen und sich auf den Tag der Erhebung gegen dieses Joch vorzubereiten, alle anderen politischen Bewegungen überwuchert. Nicht nur in Deutschland, in der ganzen Welt wäre von Aussicht auf eine siegreiche Revolution des Proletariats keine Rede gewesen. Ob das bisherige politische Reform, das heute in Deutschland auf die Tagesordnung gesetzt ist, ohne darum schon der unverkürzten Verwirklichung sicher zu sein, dieser Günstigsteilhaftig geworden wäre, wenn der Krieg sich programmäßig so abgewickelt hätte, wie er nach Marckwalds Theorie sozialistischer Außenpolitik sich hätte abwickeln müssen, mag dieser selbst sich beantworten. Sicher ist, daß wenn ein Sieg Deutschlands über Frankreich im letzteren eine Revolution zur Folge gehabt hätte, es nicht eine solche des sozialistischen Proletariats, sondern im Gegenteil nur eine solche konservativ-antirepublikanischer Elemente hätte sein können. Denn Frankreich hatte, als der Krieg ausbrach, eine radikal-republikanische Regierung mit einem Ministerpräsidenten, Viviani, der aus der Sozialdemokratie hervorgegangen war und noch mit ihr freundschaftliche Fühlung hielt. Sie wie überhaupt die demokratische Entwicklung, in der Frankreich sich befand, wäre für dessen Niederlage verantwortlich gemacht worden. Ähnlich in England, dessen 1914 am Ruder befindliche Regierung, das Kabinett Asquith-Grey, jedenfalls die radikalste Regierung war, die dieses Land bis dahin gehabt hatte, und nicht von links, sondern von rechts her erbittert bekämpft wurde.

An welchem Punkte wir sie schärfer unter die Lupe nehmen, überall sehen wir Marckwalds Spekulation vor der Wirklichkeit der Verhältnisse, mit der zu rechnen war, in Dunst sich auflösen. Ob eine Niederlage Deutschlands daselbst eine proletarische Revolution nach sich gezogen hätte, kann man mit Sicherheit weder behaupten noch bestreiten. Solche Dinge lassen sich nicht schematisch nach dem Muster früherer geschichtlicher Vorgänge abschätzen. Gerade darum aber kann es nur wie eine Groteske wirken, wenn Marckwald schließlich nach dem Schema dessen, was 1849

war, das Schreckbild des siegenden Zarismus an die Wand malt, der im Fall einer Niederlage Deutschlands mit folgender Revolution seine Kosaken nach Berlin schiekt, um hier die Reaktion zu reffen.

Dieses Spiel mit Phantasiegebilden an Stelle realistischer Einschätzung der in Betracht zu ziehenden materiellen und geistigen Kräfte ist indes keine Folge einer besonderen Fehlerhaftigkeit des Marckwaldschen Denkens. Wir begegnen ihm in den Reden und Erklärungen aller Wortführer der Mehrheitsfraktion. Sie alle sehen sich gezwungen, zu Erdichtungen ihre Zuflucht zu nehmen, Ursächlichkeit zu konstruieren, wo sie nicht vorhanden ist, und dort, wo ursächlicher Zusammenhang mit Händen zu greifen ist, sich über ihn hinwegzusetzen, weil dies das einzige Mittel ist, einer Politik, die aufgehört hat, sozialistische Politik zu sein, den Anschein einer solchen zu geben. Wem es in den ersten Monaten des Krieges noch nicht klar war, daß die Politik der Fraktionsmehrheit Zerreißung der Internationale der Arbeiter und damit Lähmung dieser großen Kraft für das Werk des Friedens hieß, dem haben der weitere Verlauf des Krieges und die Diskussion in der sozialistischen Welt dies so unverkennbar nachgewiesen, daß er sich in der Tat in die Welt der Unrealitäten flüchten mußte, um es nicht zu sehen. Diese Politik der Mehrheitsfraktion, auf die leider das Motto paßt: der Internationale die Worte, dem Militarismus die Tat, hat in der großen Frage, an der Europa sich zermartert, bisher trotz aller schönen Reden und Resolutionen nur den einen realen Erfolg aufzuweisen: Mitverantwortung für die Opfer an Menschen, Menschenglück und Volkswohlstand, die der Krieg bisher gekostet hat und, dank dem Festhalten an dieser Politik, weiter kostet. Vor dem Urteil der Geschichte wird jede Politik nur nach dem gewertet, was sie mit innerer Notwendigkeit nach sich zieht. Politik auf den Zufall ist die verwerflichste Politik, die es überhaupt gibt, und ziemt daher keiner Partei weniger als der Partei des Proletariats.

Nach dem vorgeführten einen Beispiel, auf wie schwachen Füßen die Dialektik Marckwalds steht, wird man es begreifen, wenn ich darauf verzichte, ihr in allen Punkten nachzugehen. Nur auf zwei von ihnen sei noch in aller Kürze einiges bemerkt.

Marckwald glaubt die von Kautsky und mir seinerzeit verfolgte Forderung, daß die sozialdemokratische Fraktion im Interesse des Zusammenhalts der Partei in einer bestimmten Frage mit Rücksicht auf den Ausnahmezustand, den der Krieg geschaffen, die Abstimmung im Reichstag freigeben möge, als politische Atomtheorie kennzeichnen zu dürfen, die jede Partei in ihre Elemente auflösen müsse. Nun steht folgendes fest:

1. In verschiedenen anderen Ländern besteht in der sozialistischen Partei der starre Abstimmungszwang, wie ihn die deutsche Fraktion bisher übte, überhaupt nicht, und die Parteien haben sich nicht in ihre Elemente aufgelöst.

2. Die harnäckige Ablehnung des Kautskyschen, von mir unterstützten Vorschlags hat in Deutschland zur Spaltung der Fraktion und dann der Partei geführt.

3. Seitdem die Fraktionspaltung erfolgt ist, hat die Mehrheitsfraktion wiederholt das getan, was sie, als Kautsky es vorschlug, verweigerte, nämlich Mitgliedern erlaubt, im Reichstag anders zu stimmen als die Mehrheit. Sie tat es, um weiteren Austritten vorzubeugen. Sie hat damit in der Sache anerkannt, daß die Freigabe der Abstimmung ein Mittel des Zusammenhalts sein kann.

4. Durch diese Verzichte auf den Abstimmungszwang hat die Fraktion in der Tat Austritten von Mitgliedern vorgebeugt. Die Freigabe der Abstimmung hat sich als ein Mittel des Zusammenhaltens bewährt.

Frage: Was wird da aus der Atomtheorie?

Zweitens. Marckwald führt einen derben Ausbruch an, den Ignaz Auer einmal in bezug auf meine vermeintliche Zwieselsucht gebraucht hat, und meint, der Zweifel sei in der Wissenschaft und Beratung ganz recht, werde aber unerträglich, wenn er in die »Eigenmächtigkeit von Sonderaktionen« überspringe. Ich hätte es Marck-

wald nicht übelgenommen, wenn er das Auer'sche Wort in der bajuwarischen Verbetheit des Originals wiedergegeben hätte, zumal es in der Abmilderung, die er ihm gibt, einen etwas anderen Sinn erhält. Beweisen tut es freilich so oder so nicht, denn faktisch war Auer ein viel stärkerer Zweifler als ich, und außerdem ist es widersinnig, von Zweifel zu reden, wo Überzeugung zur Aktion und obendrein zu eigenmächtiger Aktion erfolgt. Zwischen Zweifel und Aktion liegen Überzeugung und Entschluß. Zweifel — Überzeugung — Entschluß — Aktion ist gerade die Reihe des fruchtbaren Zweifels, die natürlich das Einschleichen von Irrtum nicht ausschließt, aber doch das Ideal der Verbindung von Gedanke und Tat bleibt. Der Zweifel erweist sich dann am fruchtbarsten, wenn er Überzeugung zur Folge hat, und die Überzeugung bewährt ihre Kraft in der Fähigkeit zu Entschluß und Aktion. Mag diese noch so unerwünscht sein, den Zweifel nur dann gestatten, wenn er zu erlaubter oder gar keiner Aktion führt, läuft auf die Liberalität jenes Weisen hinaus, der erklärte, er wolle die Gedankenfreiheit gern gewähren, aber die Verbreitung neuer Gedanken in Wort und Schrift könne er unmöglich dulden. Was Markwald mir freundlich gestattet, ist, ewig das zu tun, was Auer's Spottwort unterstellte. Eine Günst, für die ich in aller Ergebenheit schönstens danken muß.

Die Preisrevolution während des Krieges in der neutralen Schweiz.

Von Adolf Braun.

Die Lassahe der Preisrevolution bedarf trotz allen Bemühens zahlreicher öffentlich-rechtlicher Organe, die für die Ordnung und Regelung der Preise, für die Ausschaltung der selbständigen Bildung von Marktpreisen geschaffen wurden, keines Beweises. Alle Privatwirtschaften, übrigens auch alle öffentlichen Wirtschaften empfinden diese Preisrevolution. Sie wirkt nicht nur ökonomisch, sondern auch sehr eigenartig psychologisch, indem auch dort, wo die wirtschaftliche Notwendigkeit nicht drängt, das Streben nach Befriedigung eines nicht absehbaren Bedarfs zu außergewöhnlichen und ganz unberechtigten Preisschnellungen führt. Wir finden Preissteigerungen bei Waren, für die keinerlei Mangel an Rohstoffen festgestellt werden kann, wir finden sogar Preissteigerungen bei Rohstoffen, die wegen der Ausfuhrschwierigkeit und Ausfuhrbehinderung in weit größeren Mengen in Deutschland während des Krieges vorhanden sind als in der Zeit des Friedens. In der Fülle der eigenartigen Preisgestaltungen während des Krieges eine Übersicht zu erreichen und Ordnung in sie zu bringen, wird eine der schwierigsten Aufgaben der Wirtschaftswissenschaften nach dem Kriege sein. Wird man dann den Ursachen der Preisbildung während des Krieges nachgehen, so wird man auf sehr komplizierte Erscheinungen stoßen, deren Wirkungen im einzelnen zu isolieren außerordentlich schwierig, falls nicht ganz unmöglich sein wird. Um nur eine dieser Schwierigkeiten hervorzuheben, sei auf das Verhältnis der deutschen Reichsmark zum amerikanischen Dollar, zum Schweizer Franken, zum holländischen Gulden und zu der skandinavischen Krone hingewiesen. Soweit wir aus dem Ausland — freilich nur in beschränkter Weise — Waren beziehen konnten, gab bei der Preisbildung nach dem Verschwinden des Goldes aus dem freien Verkehr das Verhältnis des deutschen Geldes zu dem der neutralen Nachbarländer und der Vereinigten Staaten den Ausschlag. Die Preise der eingeführten Waren wirkten auf die Löhne der Arbeiter, und sie wirkten wieder durch dieses Mittel, wenn auch nicht durch dieses allein, auf die Preisbildung aller anderen Waren. Hieraus ersehen wir, daß die Ursachen für die verschiedene Gestaltung der Kriegspreise schon infolge des starken Schwankens der Valuta sehr schwer festzustellen sein werden.

Gerade aus diesem Gesichtspunkt heraus muß uns die Preisentwicklung in der Schweiz, in einem Lande, das im Gegensatz zu Deutschland unter sehr günstigen

Valutabedingungen seine Wirtschaft im Kriege fortführen konnte, besonders wichtig sein. Für die Schweiz liegt uns sehr wertvolles Material vor in den soeben erschienenen *Untersuchungen über die Lebenskosten in der Schweiz*. Mit Beiträgen von E. Ackermann, P. Groß, W. Kaufmann, Jakob Lorenz und A. Menzi. Im Auftrag des Vereins für Sozialpolitik herausgegeben von Dr. Stephan Bauer, Professor an der Universität Basel.¹ Diese Untersuchungen beziehen sich zum erheblichen Teil auf die Zeit vor dem Kriegsbeginn. Sie sind in methodologischer Richtung sehr bemerkenswert, und sie bereichern die Literatur über die Haushaltungsrechnungen, also einen der wichtigsten Zweige der Mikrostatistik in sehr wertvoller Weise. Doch wollen wir auf diese Vorzüge des Buches nicht eingehen. Wir wollen uns im wesentlichen beschränken auf die Resultate über die Preisgestaltungen im Kriege.

Die für die Schweiz günstigen Valutaverhältnisse sollten die Preise verbilligen, denn sowohl deutsche wie österreichische und ungarische, auch französische, englische und italienische Waren kaufte die Schweiz während der Dauer des Krieges, soweit man die Kaufkraft des schweizerischen Frankenwerts im Ausland in Rechnung stellt, erheblich billiger als zur Zeit des Friedens, wo die Parität, das heißt das Verhältnis der Goldmünzen der einzelnen Staaten, nur ganz unerheblich schwankte.

In der ganzen lateinischen Münzunion, also in Frankreich, Belgien, Italien, Griechenland und der Schweiz, wozu die weiten Kolonialgebiete Frankreichs, Belgiens und Italiens kamen, hatte der Franken einen durchaus gleichen Wert, die goldenen Zehn- und Zwanzigfrankenstücke, auch das silberne Fünffrankenstück der verschiedenen Länder des lateinischen Münzbundes hatten in allen Ländern die gleiche Umlaufmöglichkeit, das heißt der französische Franken galt in Athen, Rom, Brüssel und Zürich, am Kongo und in Italienisch-Afrika genau ebensoviel wie in Paris, beziehentlich genau ebensoviel wie in ihrer Heimat der schweizerische Franken, der belgische Franken, die italienische Lira und die griechische Drachme. Die Grundlage dieser Währung, das Zwanzigfrankenstück ist aber in allen angeführten Ländern eingezogen, an seine Stelle ist das papierene Umlaufsmittel getreten, auf das auch die den internationalen Verkehr vermittelnden Wechsel und Schecks ausgestellt sind. Wohl galt am 25. Februar 1915 der französische Franken in der Schweiz 104 $\frac{1}{2}$ Centimes. Das änderte sich aber rasch. Am 17. März 1916 notierte der französische Franken 87,70, am 30. Juni 1916 galt er 89,52, am 8. Dezember 1916 nur 86,10 Centimes, die italienische Lira nur 74,25 Centimes in Zürich. Am 15. Juni 1917 galt der französische Franken 86,65, die italienische Lira 70 Centimes in Zürich. Nur eine Woche später, am 23. Juni, galt der Pariser Franken 85,02 Centimes, die italienische Lira nur 65,95 Centimes in Zürich. Am 5. Juli 1917 ist ein weiterer Preissturz festzustellen, der Pariser Franken gilt in Zürich nur noch 82, die italienische Lira bloß noch 65 Centimes. Das heißt, daß man immer mehr französische und italienische Waren um einen Schweizer Franken auf italienischen und französischen Börsen, Märkten und Hafenplätzen kaufen konnte. Für die Deckung des Nahrungsmittelbedarfs der Schweiz spielen die Zufuhren während des Krieges aus und über Frankreich und Italien die entscheidende Rolle.

Für den Bezug von Kohle, Eisen und Zucker ist aber die Beziehung vor allem zu deutschen und österreichischen Märkten von größter Wichtigkeit; auch hier war die Valutaentwicklung für die Schweiz sehr günstig. Die Parität der deutschen Reichsmark in der Schweiz war 100 Mark, das galt damals für die Hundertmarknote, die vor dem Kriege jederzeit mit fünf Zwanzigmarkstücken eingelöst wurde, gleich 123,457 Franken und für 100 Kronen gleich 105,01. Am 25. Februar 1915 wurden

¹ Schriften des Vereins für Sozialpolitik. Untersuchungen über Preisbildung. Abteilung C: Kosten der Lebenshaltung. Herausgegeben von Franz Eulenburg. 146. Band. Erster Teil. München und Leipzig 1917, Verlag von Duncker & Humblot. XXIII und 303 Seiten Oktav mit zahlreichen Diagrammen.

für 100 Mark in Papier in der Schweiz gezahlt 113,30 Franken, am 17. März 1916 92,00 Franken, am 16. März 1917 79,50, am 8. Juni 1917 71,75, am 15. Juni 1917 65,10, am 5. Juli 1917 65,00 Franken. Die Entwicklung der österreichischen Kronen war an den gleichen Stichtagen die folgende: am 25. Februar 1915 86,50, am 17. März 1916 64,15, am 16. März 1917 50,50, am 8. Juni 1917 44,50, am 15. Juni 1917 42,00, am 5. Juli 1917 41,00 Franken.

Dieses sehr günstige Verhältnis für die Bezahlung der Bezüge aus dem Ausland darf man freilich nicht allzuhoch einschätzen, denn die Preissteigerungen in den Ländern, aus denen die Schweiz Waren bezogen hat, gleichen die Wertminderungen der ausländischen Noten einigermaßen aus. Dazu kam noch die Preispolitik der ausführenden Länder, die die Preise in den staatlichen Abkommen für die Ausfuhr so zu regeln suchten, daß der Vorteil, den die Schweiz aus der Entwicklung des Geldwerts in den kriegsführenden Staaten zog, möglichst zugunsten der die Schweiz versorgenden Staaten ausgeglichen werden sollte. Trotz all dieser Absichten hat die Schweiz unzweifelhaft Vorteile aus der Festigkeit ihrer Währung gezogen, die den Privatwirtschaften zugute kamen, wenn sie auch nicht in gleicher Weise eine günstige Wirkung auf diese übten, wie die umgekehrten Verhältnisse die privaten Wirtschaften der kriegsführenden Staaten schädigten.

Bei der großen Bedeutung der Vereinigten Staaten für die Lebensmittelversorgung der Schweiz müssen wir in diesem Zusammenhang auch die Beziehung der Währung der Schweiz und der Vereinigten Staaten betrachten. Die Parität des Dollars ist gleich Franken 5,182; die amerikanischen Geldsurrogate (Wechsel, Schecks, Noten usw.) hatten aber im Gegensatz zu der Entwicklung der kriegsführenden Staaten einen für die schweizerischen Bezahler amerikanischer Waren ungünstigen Stand, der sich freilich im Verlauf des Krieges und insbesondere nach der amerikanischen Kriegserklärung zugunsten der Schweiz änderte. Am 25. Februar 1915, unmittelbar vor Abschluß der eidgenössischen Anleihe in den Vereinigten Staaten wurde der amerikanische Dollar mit 5,48 Franken notiert. Am 17. März 1916 war der Wert des Dollars in Zürich 5,23 Franken, am 16. März 1917 war der amerikanische Dollar unter die Schweizer Parität gesunken, er wurde nur noch mit 5,04 Franken gehandelt; er ging weiter zurück am 8. Juni 1917 auf 5,02, am 15. Juni 1917 auf 4,98, am 23. Juni 1917 auf 4,88, am 30. Juni 1917 auf 4,815 und am 5. Juli 1917 auf 4,70. Also auch hier eine Entwicklung, die den Schweizer Käufern amerikanischer Lebensmittel für Menschen und Vieh wie für Rohmaterialien zum Vorteil gereichte.

Merkwürdigerweise ist diese Entwicklung in den Erhebungen des Vereins für Sozialpolitik nicht nach Gebühr gewürdigt. Sie suchen nicht die Gründe für die Preisentwicklung in der Schweiz zu erfassen, sie wollen bloß die tatsächlichen Wirkungen der Preisentwicklung klarstellen. Auch diese Aufgabe war überaus dankenswert und kann in ihrer Wichtigkeit hoch gewertet werden. Auch für Deutschland, das natürlich unter weit größeren Erschütterungen der vor dem Kriege üblichen Preise und Preisentwicklung leidet, ist es von großer Wichtigkeit. Deshalb seien die Hauptergebnisse dieser Untersuchung, soweit sie sich auf die Kriegszeit mittelbar oder unmittelbar beziehen, hier zusammengefaßt.

Stephan Bauer, der sich mit den Fragen der Konsumtion vielfach beschäftigt und den Nachlaß des einflussreichsten deutschen Statistikers auf diesem Gebiet, Ernst Engels, zur Bearbeitung übernommen hat, behandelt in einem ausführlichen Vorwort Zweck und Ergebnis dieser Arbeiten. Auf Grund der Erhebungen, die in Deutschland im Jahre 1907, in Kopenhagen im Jahre 1909, in Schweden in den Jahren 1913 und 1914, in der Schweiz im Jahre 1912 und in den Vereinigten Staaten von Amerika im Jahre 1902 über die Ausgabenwirtschaft vorgenommen wurden, wobei die Höhe der festgestellten durchschnittlichen Einkommen nicht erheblich voneinander abwich, ergab sich eine sehr interessante Ausgabengliederung, die Stephan Bauer in einer sehr wertvollen Tabelle zusammenstellt, die wir hier wiedergeben. Es betragen in Prozenten der Gesamtausgaben die Ausgaben für:

Ausgabekategorien	Schweiz	Deutsch- land	Däne- mark (Kopen- bagen)	Schwe- den	Ver- einigte Staaten
I. Nahrung, Genussmittel	46	46	47	46	46
II. Wohnung, Heizung, Licht usw.	22	22	22	22	22
III. Kleidung, Wäsche	12	13	11	14	14
I. bis III. Individuelle Zwangsausgaben	80	81	80	82	82
IV. Körperpflege, Versicherung, Organisation	6	6	7	7	7
V. Bildung, Verkehr, Geschenke	7	7	7	5	4
VI. Diverse Ausgaben	5	5	5	1	5
IV. bis VI. Wahlbedarf	18	18	19	13	16
VII. Direkte Steuern	2	1	1	5	1
IV. bis VII. Kulturbedarf	20	19	20	18	17

Professor Bauer vergleicht auch die Preissteigerungen der neutralen Länder Europas in der Zeit vom Juni 1913 bis zum Juni 1916: Schweiz 139,5, Schweden 136,9, Dänemark 146,0 (Juli), Niederlande 147,4, Norwegen 172,8.

Er bemerkt dazu: »Einen Vergleich mit den Zahlen der kriegsführenden Länder verbietet die Ungleichheit der Zahlengrundlagen, die nur zu tendenziösen Schlüssen führen könnte.«

Für die Vereinigten Staaten erklärt Stephan Bauer, daß dort im Juli-August 1914 große Sprünge hauptsächlich bei Zucker (52 Prozent) und Weizenmehl vorkamen. Die übrigen Nahrungsmittelpreise waren viel stärker von lokalen Einflüssen und durch den Wechsel der Jahreszeiten als durch die Kriegsnachfrage beherrscht. Sie sanken nach einer vorübergehenden Kriegspanik im Jahre 1915 wieder auf ihren früheren Stand und sind erst 1916 wieder in die Höhe gegangen. Die Steigerung der Kosten der Nahrungsmittel betrug in den Vereinigten Staaten von Mitte Januar 1913 bis 1917 30 Prozent; hiervon entfielen 19 Prozent auf den Zeitraum 1916 bis Mitte Januar 1917.

Bei den Fragen der Lebenskostensteigerung spielt natürlich auch die Entwicklung der Löhne eine große Rolle; leider fehlt es an zuverlässigen statistischen Angaben zur Ergänzung der Preisstatistik. Doch bemerkt Stephan Bauer auf Grund von Angaben von Arbeitern und Unternehmern in der Baugewerbe, daß die Lohnsteigerung weit hinter der Preissteigerung zurückgeblieben ist, daß nur eine Lohnsteigerung von 10 Prozent für Basel im Jahre 1916 festgestellt werden konnte.

Die nachfolgenden Angaben über die Entwicklung der Lebensmittelpreise in der Schweiz sind nicht nur von wissenschaftlicher Bedeutung und nicht bloß für den Rückschauenden von Wichtigkeit, sie sind auch von hohem politischem Gewicht. Der große Wirtschaftskampf, der neben den militärischen Kampfhandlungen geht, hat für die neutralen Staaten in Europa und vor allem für die vom Meere abgeschnittene und von den kriegsführenden Mächten eingeschnürte Schweiz nach dem Eintritt der Vereinigten Staaten in den Krieg verhängnisdrohende Gefahren. Die Hemmungen der Nahrungsversorgung, die von den Vereinigten Staaten geplant werden, bedrohen im Falle weiterer Kriegsdauer die Schweiz in bedenklichster Weise; sie stellen ebenso stark die Ernährung wie die Beschäftigung ihrer Arbeiterschaft in Frage, als sie für die privaten und für den öffentlichen Haushalt größte Schwierigkeiten der Versorgung und auch der Preisbildung zeitigen können. Jede Privatwirtschaft in der Eidgenossenschaft ist in den Krieg hineingezerrt, im schwerst zugänglichen Schweizer Alpenland spürt man den Krieg in jeder Familie und in ihr wieder vom Kinde bis zum Greise. Das lehrt auch die Erhebung des Vereins für Sozialpolitik, soweit sie auf die Zeit des Krieges ausgedehnt wurde.

Eine sehr bedeutsame Untersuchung widmet Ernst Ackermann in Basel der Einnahme- und Ausgabebewegung eines ostschweizeri-

schon Textilarbeiterhaushalts in 21 Jahren. In den Lebensmitteln ergab sich, wenn man die Durchschnittspreise von 1892 bis 1896 gleich 100 setzt, für das Jahr 1912 der Index 123,8. Dabei ist zu beachten, daß die Preisentwicklung isoliert betrachtet oft ein falsches Bild für die tatsächliche Wirkung auf die Ausgabenwirtschaft der Familie ergibt, da diese Preisentwicklung in ihrer Wirksamkeit erst erkannt wird im Zusammenhang mit der Menge des Nahrungsmittels, das gebraucht wird. Wenn in dem gegebenen Falle des ostschweizerischen Textilarbeiters 21,6 Prozent der Ausgaben für die Ernährung auf Brot, 20,2 auf Fleisch, 16,5 auf Milch, aber weniger als je 1 Prozent auf Kakao, Hülsenfrüchte, Käse, Gewürz, Honig, Salz usw. entfallen, so wird eine mäßige Erhöhung des Brotpreises weit tiefer die Lebenshaltung der Familie bestimmen als die Steigerung der Preise von einer Reihe anderer Warengattungen, die doch nur in geringer Menge verbraucht werden. In diesem Zusammenhang wollen wir auch mitteilen, daß zwischen je 1 bis 2 Prozent der Gesamtkosten der Ernährung entfielen auf Eier, Kartoffeln, Zucker, im Hause verbrauchte Getränke, Gemüse, Fette, Teigwaren und Kaffee, 5,9 Prozent kamen auf Butter, 3,1 auf Obst, 2,5 auf Mehl, während das Wirkhaus 15,8 Prozent der Ausgabe für die Ernährung in Anspruch nahm.

Die Preissteigerung von 1892 bis 1912 für einige dieser Verbrauchsartikel sei hier angegeben: $2\frac{1}{2}$ Kilo Brot bester Qualität kosteten 1892, 1900, 1903 und 1910 103 Centimes, 1893 und 1892 92 Centimes, 1909 106 Centimes und 1899, 1901, 1907, 1911 und 1912 104 Centimes; Brot zweiter Qualität kostete 1892, 1897, 1900, 1903, 1904 und 1910 93 Centimes, 1893 und 1894 82 Centimes, 1908 105 Centimes und in den Schlussjahren 1911 und 1912 95 Centimes. Das halbe Kilo Ochsenfleisch kostete 1892, 1893, 1903 bis 1905 90 Centimes, dagegen 1894, 1896 bis 1901 nur 80 Centimes; von da an stieg es ununterbrochen bis 110 Centimes im Jahre 1912. Noch stärker war die Steigerung des Kalbfleisches; von diesem kostete ein halbes Kilogramm in den Jahren 1892, 1893, 1900 bis 1902 und 1905 110 Centimes, 1895 und 1896 96 Centimes, von da an steigt es mit einem Rückfall bloß in einem einzigen Jahre bis auf 140 Centimes in den Jahren 1911 und 1912. Das halbe Kilogramm Schweinefleisch kostete in den Jahren 1892 und 1893 85 Centimes, in den beiden folgenden Jahren 80 Centimes und stieg von da an ununterbrochen bis zu den Jahren 1911 und 1912, wo es 130 Centimes kostete. Bei der Milch sehen wir eine ununterbrochene Steigerung des Preises für ein Liter von 15 Centimes im Jahre 1892 auf 24 Centimes im Jahre 1912. Durchaus gleichmäßig ist die Entwicklung des Preises für 1 Kilogramm Butter von 280 auf 380 Centimes; dagegen zeigt das Mehl erhebliche Schwankungen; das Kilogramm kostete in den Jahren 1892 und 1893, 1899 bis 1902, 1905 und 1906 56 Centimes, in den Jahren 1895 und 1896 52 Centimes, aber 1911 und 1912 66 Centimes. Abweichend hiervon war die Preisentwicklung von Grieß: 1892 wurden 50 Centimes für das Kilogramm bezahlt, dann von 1893 bis 1908 70 und von 1909 bis 1912 80 Centimes. Die Kartoffelpreise wechselten auch stark; das Kilogramm kostete 8 Centimes in den Jahren 1892 und 1897, 10 Centimes in den Jahren 1901 bis 1904, 1911 und 1912, 11 Centimes 1909 und 1910, in den übrigen Jahren 9 Centimes. Völlig gleich blieb sich nur das Salz. Für die sämtlichen Nahrungsmittel, für die in den Jahren 1892 bis 1896 1000 Centimes bezahlt werden mußten, mußten im Jahre 1912 1236 Centimes bezahlt werden. Für die Gesamtheit der Nahrungsmittel ergab sich vom Jahre 1905 bis 1912 eine ununterbrochene Steigerung der notwendigen Ausgaben. Man erkennt hieraus, daß die Kosten des Lebensunterhalts schon vor dem Krieg ununterbrochen stiegen.

Der Aufwand für die Ernährung wuchs von 1914 auf 1916 von 1140 auf 1314 Franken oder von 35,4 Prozent auf 44,5 Prozent der gesamten Ausgaben. Der Brotverbrauch erforderte im Jahre 1914 172,72 Franken, 1915 226,17, 1916 208,08. Die Brotpreise waren um zirka 30 Prozent im Jahre 1915 und um 50 Prozent im Jahre 1916 höher als vor Ausbruch des Krieges. Trotz der gesteigerten Geldausgaben für das Brot war eine Verminderung des Brotverbrauchs eingetreten. Ähnliches lehrt auch der Fleischverbrauch. Für ihn war im Jahre 1914 erforderlich die

Aufwendung von 233,76 Franken, im Jahre 1915 von 215,62 und im Jahre 1916 von 272,74. Das Kilogramm Rindfleisch kostete im Dezember 1914 in der Ostschweiz 2,02 Franken, im Jahre 1916 3,20 Franken, es war im Preise um 58 Prozent gestiegen. Trotz der erhöhten Aufwendung im Jahre 1916 rechnet Ackermann aus, daß, falls nur Rindfleisch gekauft wurde, der Verbrauch von 43 Kilogramm im Jahre 1914 auf 34 Kilogramm im Jahre 1916 zurückgegangen ist. Die Ausgaben für Milch stiegen ununterbrochen von 1913 auf 1916 von 146,06 auf 184,17 Franken. Für die Butter sehen wir im Jahre 1913 einen Aufwand von 154,92, im Jahre 1914 von 145,94 Franken, im Jahre 1915 132,16, 1916 153,11, die Schwankungen sind gering, sie zeigen eine einschränkende Anpassung des Verbrauchs an die Butterpreise, die vom Dezember 1914 auf Dezember 1916 um 20 Prozent gestiegen sind.

Würde dieser Statistik des Haushalts nicht der Mangel innewohnen, daß lediglich die Geldausgaben, nicht aber die Gewichte der verzehrten Mengen angeführt sind, so würde aus dem Ergebnis der genau geführten Haushaltsrechnung noch weit mehr zu lernen sein.

Eine wertvolle Ergänzung der Ackermannschen Arbeit ist die Untersuchung von Jakob Lorenz: »Die Kosten der Lebenshaltung in der Schweiz in den Jahren 1915 bis 1916 und unter besonderer Berücksichtigung des Kriegseinflusses auf die Lebenskosten«. Im wesentlichen beruht diese Arbeit auf der Preisstatistik des Verbandes schweizerischer Konsumvereine, die quartalsweise wiederholt wird und an der in den verschiedenen Vierteljahre 177 bis 295 Vereine mit 175 478 bis 257 995 angeschlossenen Mitgliedern und mit 6252 bis 9032 Preisberichten teilnahmen. Auf Grund der Feststellungen der Preisbewegung wurden die Jahresaufschreibungen von 785 Familien aus der ganzen Schweiz aus dem Jahre 1912 umgerechnet für die Kriegsjahre. Unter der Voraussetzung des Gleichbleibens der Zusammensetzung der Familien, wie des Gleichbleibens ihres Bedarfs, wie des typischen Charakters dieser Familien für sämtliche Haushaltungen in der Schweiz oder wenigstens für die an den Verband des Schweizerischen Konsumvereins angeschlossenen Familien stellt Lorenz fest, welcher Betrag notwendig wäre, um die gleiche Gliederung der Ausgaben für die wichtigsten Bedürfnisse bei wechselnden Preisen aufrechtzuerhalten wie im Jahre 1912. Ohne uns über diese Methode im besonderen und über die Konjunkturalstatistik im allgemeinen in Erörterungen einzulassen, wollen wir gern zugeben, daß dieser Versuch sehr interessant ist, wenn er natürlich auch nicht zu erschöpfenden Ergebnissen führen kann. Seine Bedeutung ist jedenfalls für die Arbeitererschaft größer als für die anderen Berufsgruppen der Schweiz. Von den 785 Familien, die sich auf 135 Ortschaften verteilten, waren Arbeiter verschiedener Art die Vorstände von 620 Familien, 78 Haushaltungsvorstände waren Lehrer und Beamte, 87 gehörten verschiedenen Berufen an. Waren die Lebenskosten dieser Familien im Jahre 1905 825,53 Franken (100,0), so wuchsen sie von Jahr zu Jahr ununterbrochen bis 1912 auf 1010,80 Franken (122,4), sie sanken im Jahre 1913 auf 999,53 Franken (121,1), um wieder im Jahre 1904 auf 1008,97 Franken (122,2) zu steigen. Die Ausgaben für Nahrungsmittel stiegen von 1905 bis 1914 von 745,98 (100) auf 914,44 Franken (122,6). Die gesamte Steigerung in den Jahren 1905 bis 1914 war 183,44 Franken.

Nach den Detailpreisnotizen aus 30 größten Städten der Schweiz ergab sich für die Jahre 1905 bis 1912 ein Preisaufschlag in Prozenten bei: Brot 20,0, Milch 31,6, Käse 25,0, Tafelbutter 29,4, Kochbutter 8,3, Eier 0, Schweinefleisch 47,6, Mierenfett 32,1, Ochsenfleisch 21,2, Kalbfleisch 29,4, Schweinefleisch 28,4, Kartoffeln 100,0.

In der Zeit vom März 1912 bis Juni 1914 gingen zurück im Preise Milch und Milchprodukte; kleine Preisrückgänge ergaben sich für Bohnen, Erbsen und Linsen und italienischen Reis, Zerealien- und Eierpreise blieben gleich, Zucker und Kaffee gingen namhaft zurück, Brennstoffe, Seife und Schafffleisch zogen merklich an, Kalbfleisch blieb gleich im Preise, Rindfleisch und Schweinefleisch wurden etwas teurer. Das ist die Vorgeschichte der Kriegspreise.

Im Kriege mußte die Schweiz ihre Abhängigkeit vom Ausland stark empfinden. Fünf Sechstel der Getreideversorgung, ein Viertel der Fleischversorgung, mehr als die Hälfte der Eierzufuhr, fast die ganze Zuckerverföorgung und je nach dem Ernteausfall ein erheblicher Teil der Kartoffelversorgung ist nur aus dem Ausland möglich. An Milch und Käse hat die Schweiz einen Produktionsüberfluß von zirka 25 Prozent, da die Schweiz aber Fettkäse produziert, so braucht sie eine starke Butterzufuhr aus dem Ausland. Die Kraftfuttermittel für die Tiere kommen größtenteils aus dem Ausland.

Die Preise für die Lebensmittel, die eine Familie notwendig hat, stiegen vom 1. Juni 1914 bis zum 1. Dezember 1918 ununterbrochen, und zwar in dem Verhältnis von 1000 zu 1468. Das Resultat von rund 2½ Kriegsjahren in den von der Statistik von Lorenz erfaßten Mitteln bedeutet eine Teuerung von 46,8 Prozent. Das Teuerungstempo wurde immer rascher. Vier Monate nach Kriegsausbruch lebte man in der Schweiz noch billiger als im Jahre 1912.

Der Unterschied von Stadt und Land in der Preisbewegung in der Schweiz während der Kriegszeit weist nicht die erwarteten Unterschiede auf. Die auffallende Gleichheit der Verteuerung erklärt sich wohl aus der starken Abhängigkeit der schweizerischen Konsumtion vom Ausland. Die Lebenskosten betragen in:

	June 1914	September 1918
kleinen Ortschaften	1039,54	1478,14
mittleren Städten	1035,43	1490,30
großen Städten	1052,40	1484,92

Als Schlußergebnis zieht Lorenz: Das Ergebnis der Kriegsperiode ist für die Ostschweiz günstiger als für die West- und Zentralschweiz, wo die Kriegsausschlüge — von wenig Ausnahmen abgesehen — durchschnittlich größer waren. Vielleicht liegt auch hier einer der Gründe der in Deutschland so viel vermerkten starken Aufregung in der romanischen Schweiz über alle Vorgänge während der Kriegszeit.

Stellt man, wie Lorenz es tut, die Verbrauchsmenge für das Jahr und für eine Normalfamilie zusammen, so ergeben sich vom September 1914 bis September 1916 Verbrauchskostenverteuerung bei:

	Franken	Franken		Franken	Franken
Milchprodukten	von 331,93	auf 385,00	Schokolade, Tee		
Speisefette	42,84	- 76,59	und Kaffee	von 39,84	auf 45,36
Zerealien	226,74	- 325,51	Nahrungsmitteln		
Hülsenfrüchten	11,12	- 16,08	überhaupt	968,02	- 1390,18
Fleisch	187,99	- 302,59	Kohle, Brennspiritus,		
Eiern	44,00	- 109,00	Petrol., Seife	103,10	- 142,22
Kartoffeln	35,00	- 50,00	bei all diesen Aus-		
Zucker und Honig	48,56	- 71,55	gabengrupp. zus.	1071,12	- 1532,40

Es wäre durchaus falsch, wenn man, so bedeutungsvoll die Preisbildung der Lebensmittel während des Krieges ist, dieser allein Bedeutung beimessen wollte und wenn man sie für durchaus exakt halten würde. Die Qualität der Waren hat sich während des Krieges auch in den neutralen Staaten vielfach verschlechtert, so daß die tatsächliche Preisverschiebung, die mit wissenschaftlicher Genauigkeit für die Kriegszeit überhaupt nicht festzustellen ist, jedenfalls viel stärker ist, als die Zahlen klarstellen, die wir hier angeführt haben. Oft läßt sich für die Kriegsware das Vergleichsobjekt aus der Zeit des Friedens überhaupt nicht feststellen.

Nicht die Preisrevolution an sich, nicht die Verschlechterung der Warenqualität drückt die neutrale Schweiz am meisten, man empfindet als wirtschaftliche Kriegswirkung weit mehr als diese sehr einschneidenden Rückwirkungen des Krieges auf ein neutrales Land die Tatsache, daß schon oft, wenn auch nur zeitweise, wichtige Lebensmittel gefehlt haben und daß im Falle einer Fortdauer des Krieges, der die äußerste Verschärfung der Handelsperren für die Schweiz zur Folge haben dürfte, der Mangel an Lebensmitteln für die Schweizer Bevölkerung und an Rohstoffen für die Schweizer Industrie zu katastrophalen Wirkungen auf die Schweizer Industrie, aber auch für ihre Viehzucht und Milchwirtschaft führen könnte. Ein

Bruchteil der Bourgeoisie hat auch in den neutralen Staaten durch den Krieg erhebliche, zum Teil selbst phantastische Kriegsgewinne zu verzeichnen. Die breiten Massen des Volkes in den neutralen Staaten, und dies gilt in besonders hohem Maße von der Schweiz, leiden unter dem Kriege außerordentlich schwer. Deshalb vereinigt sich der Wunsch der Arbeitermassen in den neutralen Ländern mit den Wünschen der Völker in den kriegsführenden Ländern, daß ein weiterer Kriegswinter den Völkern erspart und daß der Friede der Welt, also den Neutralen wie den Kriegsführenden möglichst bald beschert werde. Alle ideellen Kräfte wirken für den Frieden, der Krieg ist aber, wie die Statistik aus der Schweiz lehrt, auch für die am Kriege nicht Beteiligten eine gar peinliche Magenfrage.

Literarische Rundschau.

Walter Rathenau, *Von kommenden Dingen*. 344 Seiten. Preis gebettet 5 Mark, gebunden 6,50 Mark.

— *Eine Streitschrift vom Glauben*. 42 Seiten. Preis 75 Pfennig. Berlin 1917, beide Verlag S. Fischer.

In Rathenaus Buche »Von kommenden Dingen« liest man mit Interesse die Abschnitte über die Dinge der Vergangenheit, denn es ist gut, sich während der Kriegszeit an vieles zu erinnern, was im Frühjahr 1914 noch selbstverständlich war. Rathenau gibt in seinen historischen Rückblicken sehr viel Wirtschaftsgehistorisches und Sozialpsychologisches, das gerade jetzt durch die Parlamentsverhandlungen über die Neuorientierung wieder erhärtet wird. Als Direktor der A. E. G. kennt er gut die feudalkapitalistische Oberschicht im heutigen Deutschland, und er schildert jene politische Atmosphäre in seiner breiten pastoralen Art, aber mit der intimen Sachkenntnis, die nur durch Klassenzugehörigkeit erlangt wird.

Frei ist Rathenau von Chauvinismus, und ein eigenartiger Zug seiner sonst oft verschwommenen und wenig präzislen Darstellung ist die klar betonte Erkenntnis, daß dieser Krieg nicht eine Erlösung, sondern ein Abschluß ist. Man liest selten in anderen Kriegsschriften Worte wie diese:

»Ich glaube nicht an unser Recht zur endgültigen Weltbestimmung — noch an irgend jemandes Recht dazu —, weil weder wir noch andere es verdient haben. Wir haben keinen Anspruch darauf, das Schicksal der Welt zu bestimmen, weil wir nicht gelernt haben, unser eigenes Schicksal zu bestimmen. Wir haben nicht das Recht, unser Denken und Fühlen den zivilisierten Nationen der Erde aufzuzwingen; denn welche auch ihre Schwächen sein mögen, eines haben wir noch nicht ertungen: den Willen zu eigener Verantwortung.

Sei es und zuversichtlich glaube ich an glücklichen Ausgang; darüber hinaus fürchte ich. Denn dieser Krieg ist nicht ein Anfang, sondern ein Ende; was er hinterläßt, sind Trümmer. Und um diese werden sich alle streiten: Völker, Parteien, Stände, Kirchen, Familien. Trüge nicht jeder Verfall die Keime neuen Lebens, so dürften wir nicht mehr atmen. Das neue Leben aber kann kein anderes mehr sein als das Erwachen der Seele, denn es ist verkündigt: nur dieser Keim kann knospen, wenn jeder andere zertreten ist. Verschlügt es etwas, daß keiner von uns Lebenden diese Verheißung erlebt? Nein und ja: wir sind des Künftigen sicher, doch wir sterben als ein Geschlecht des Überganges, ein heimgefuhrtes, zum Düngen bestimmt, der Ernte nicht würdig.«

In den Schlusssätzen klingt jene transzendente Philosophie an, die Rathenau weniger entwickelt als andeutet und die er auch Marx entgegenseht in einer, sagen wir sehr oberflächlichen Marx-Kritik. Dabel will es die Logik der Dinge, daß seine wirtschaftsgeschichtlichen und wirtschaftspolitischen Auslassungen sehr oft an Marx erinnern und genaue Studien von Sombarts »Modernem Kapitalismus« verraten, wobei allerdings der Schuß Rassenlehre und Germanenkult die Klarheit der Ausführungen beeinträchtigt. Die interessanten Ausführungen über die Wirtschaft nach

dem Kriege sind bezeichnend für die Erwartungen mancher Schichten der Großbourgeoisie. Auch Rathenau erwartet einen Neomerkantilismus mit hohen Schutzzöllen, möglichster Selbstversorgung, aber er will auch eine scharfe Bekämpfung des Luxus durch Prohibitivsteuern und Zölle und energische Eingriffe in das Erbrecht, dessen stiftliche Berechtigung in heutiger Zeit er in reichlich weissschweifigen Ausführungen anzweifelt.

Wie bei allen Mischungen von Ethik und Ökonomie, ich erinnere an Traubs »Ethik und Kapitalismus«, kommen dabei beide zu kurz, und die beim Predigen nun einmal unvermeidbare Breite und häufige Wiederholung vermehrt zwar den Umfang des Buches, schadet aber der Eindringlichkeit und Übersichtlichkeit des Inhalts. So sind zum Beispiel alle wesentlichen Momente im letzten Kapitel »Der Weg des Willens« enthalten, in jenem Abschnitt, der den Politiker am meisten interessiert. Auch hier zeigt sich der Philosoph der Bourgeoisie als ein sehr unklarer Zukunftskünder. Er will den Volksstaat mit monarchischer Spitze, Ausdehnung der Macht des Parlaments, aber eventuell auch ohne parlamentarisches System. Er hofft auch hier letzten Endes auf das Reich der Seele, in dem sich alle Klassegegensätze einen, während er selbst bei der Besprechung von Monarchie und Volk die psychologischen Hemmnisse und sozialen Hindernisse einer demokratischen Politik unter monarchischer Führung sehr gut aufzeigt. Wenn man aber letzten Endes den Hauptwert auf die Gesinnung legt und glaubt, daß der Volksstaat verwirklicht werden könnte ohne Änderung einer Zeile der jetzt bestehenden Gesetze, dann sind solche Widersprüche nicht verwunderlich.

Rathenaus Buch ist eben, und das ist seine allgemeine Bedeutung, ein Musterbeispiel jenes politischen Wunderglaubens, der durch den Weltkrieg in Kreisen Verbreitung fand, die ihn früher mit Spott und Hohn abwiesen, jenes Wunderglaubens, der mit diesem oder jenem Staatsmann rechnet, der glaubt, daß die führenden Staatsmänner besondere Menschen sind, der bald auf die Charakteranlagen des Heimatvolkes rechnet, bald parlamentarische Erfolge übertreibt, prinzipielle Kritik mit dem Hinweis auf die besondere Sachkenntnis des Wundergläubigen und die eigenartigen Verhältnisse des Landes abtut. Diese Stimmung, vielfach Grundlage des Reformismus und der heutigen Politik der Fraktionsmehrheit, ist bei Rathenau potenziert in seinen »transzendentalen« Hoffnungen und wird durch die eigenen sachlichen Äußerungen des Großindustriellen, wo er als Fachmann spricht, selbst so kraft beleuchtet, daß man über die klaffenden Widersprüche staunt. Es liegt daher die Bedeutung des Buches von Walter Rathenau in vielen Einzelbemerkungen über Wirtschaft und Politik, über die deutsche Vergangenheit und wirtschaftliche Zukunft nach dem Kriege, nicht aber in dem vom Verfasser immer wieder verkündeten Evangelium der Seele.

Auch in seiner »Streitschrift vom Glauben« ist das Wertvolle die gute Charakteristik der Unterschiede zwischen jüdischer und christlicher Dogmatik und die Gegenüberstellung der jüdischen Gemeinde und der protestantischen Staatskirche. Der Schluß ist wiederum verschwommen, der Klassenlogik des Autors entsprechend. Selten bei der Lektüre von politischen Schriften drängt sich so unabweisbar wie bei Rathenaus Büchern der Marxsche Satz auf: »Das gesellschaftliche Sein bestimmt das Bewußtsein.« Wie Rathenau den deutschen Freiheitsbegriff aus der Berufstätigkeit und der sozialen Stellung deutscher Universitätsprofessoren erklärt, so bildet der Marxsche Satz den Schlüssel zur Erkenntnis der Gedanken sprünge und der mangelnden Logik und schiefen Schlußfolgerungen aus sozialen Voraussetzungen. So triumphiert die von Rathenau so verächtlich behandelte Wissenschaft von Karl Marx über den Propheten des Reiches der Seele, der trotz aller Transzendenz erst kürzlich in der Generalversammlung der A. E. G. einen sachkundigen Monolog hielt über den Lastenausgleich zwischen A. E. G. und B. E. W., eine Transaktion, die ein klassisches Beispiel liefert für die im ersten Bande des »Kapital« dargelegte Akkumulationstheorie. Ökonomische Gesetze sind eben stärker als Gedankenspiele der Muffestanden.

Nofizen.

Ein neuer Marxfund ist uns jüngst beschert worden. Die »Glocke« vom 14. Juli veröffentlicht »eine Marx'sche Biographie Michael Bakunin's«, von der bisher niemand etwas wußte, die erst der Spürsinn Ernst Drahn's entdeckte.

Freilich: der Aufsatz erschien anonym im 2. Band (S. 504) von »The New American Cyclopaedia«, 1861. Aber trotzdem kann »über die Autorschaft von Marx ... kaum ein Zweifel herrschen«. Denn Marx schrieb für die »Cyclopaedia«, die Biographie ist »entschieden von einem deutschen Achtundvierziger geschrieben, der in jenen Zeiten mit Bakunin Verbindung hatte.... Solche Autoren weist aber das Verzeichnis sonst nicht auf.«

Mit diesem Hinweis ist Drahn's Beweis für die Marx'sche Autorschaft erschöpft. Ein Schelm gibt mehr als er hat.

Der Aufsatz selbst stellt eine trockene und farblose Aufzählung von Tatsachen dar, in der man vergeblich nach einer persönlichen Note suchen wird. Am ehesten ist sie dort zu finden, wo von dem Aufenthalt Bakunin's in der Schweiz die Rede ist. Da heißt es:

»Auf diesem Wege wurde er (Bakunin) auch mit Vogt, dem berühmten Philosophen, Materialisten, Naturforscher und Revolutionär bekannt.«

Hat das Marx geschrieben, dann hielt er den Materialismus für etwas anderes als Philosophie. Und dann imponierte ihm der Vogt'sche Materialismus, im Gegensatz zu Engels, der Karl Vogt in der Philosophie zum »gedankenlosen Vulgus« rechnete.

Noch nicht nur als Philosoph und Materialist, sondern auch als Naturforscher und Revolutionär imponierte Vogt dem Verfasser der Bakuninbiographie, der ihn auf allen diesen Gebieten zu den »berühmten Männern« rechnet.

Wie dachte Marx darüber?

Im Jahre 1860, also im Jahre vor dem Erscheinen des Artikels in der »Cyclopaedia«, gab er ein Buch heraus, betitelt »Herr Vogt«, in dem dieser in jedem anderen Lichte eher erscheint als in dem der »Berühmtheit«. Es heißt dort zum Beispiel auf S. 8:

»Die süße Gewohnheit des Plagiats verfolgt ihn (Vogt) instinktiv aus der naturhistorischen Buchmacherei in die politische hinüber.«

Welch »berühmter Naturforscher«!

Und der »Revolutionär Vogt«? Marx nennt ihn wiederholt »Falstaff«, »Reichsfalstaff«:

»Vogt ist nicht verlegen, Falstaff war nie verlegen. Verlogen, soviel ihr wollt, aber verlegen?«

Und so wegwerfend urteilte Marx über den »berühmten Revolutionär« nicht erst 1860. Schon während der Revolution nannte er ihn in der »Neuen Rheinischen Zeitung« einen »Schwäher« (September 1848). Im März 1849 wurde Vogt dort als »kleinuniversitärer Bierpolterer und verfehlter Reichsbarrot« gekennzeichnet.

In »Herr Vogt« bemerkte Marx dazu noch: »Er hatte damals (15. März) in der Kaiserfrage noch nicht den Knoblauch gegessen. Allein wir waren ein für allemal klar über Herrn Vogt und konnten daher seinen künftigen Verrat, der ihm selbst noch nicht klar war, als abgemachte Tatsache behandeln.« (S. 51, 52.)

Im Buche »Herr Vogt« führte dann Marx endlich den Nachweis, daß Vogt ein bonapartistisches Reptil geworden sei.

Und ein Jahr später sollte er ihn als »berühmten Revolutionär« anerkannt haben?

Niemand, der die Marxliteratur einigermaßen kennt, konnte auf die Idee verfallen, die Bakuninbiographie der »Cyclopaedia« Marx zuzuschreiben. Doch darf sie sich an Echtheit kühnlich mit dem sonstigen Marxismus messen, der von den »Reichsfalstaffs« der »Glocke« produziert wird.

K. K.

Die Neue Zeit

Wochenschrift der Deutschen Sozialdemokratie

2. Band Nr. 22

Ausgegeben am 31. August 1917

35. Jahrgang

Nachdruck der Artikel nur mit Quellenangabe gestattet

Stockholm.

Von K. Kautsky.

1. Die russische Revolution.

Die Frage aller Fragen unserer Tage, die nach der Erringung des Friedens, hängt aufs engste zusammen mit den Fragen der russischen Revolution und der Wiederbelebung der Internationale. Und diese beiden stehen wieder untereinander in engstem Zusammenhang. Die Tagung von Stockholm sollte den Triumph beider in Erscheinung bringen. Jedoch die frohe Zuversicht, mit der wir der Revolution und der Stockholmer Zusammenkunft zujubelten, ist im Laufe der Monate etwas ermattet. Aber deswegen darf man nicht die Flinte ins Korn werfen. Die jetzige Revolution in Rußland macht die verschiedenen Stadien durch, die jede Revolution zu durchlaufen hat.

Das herrlichste, hoffnungsreichste, erhebendste Stadium ist das erste, in dem es gelingt, jene Macht, die alles bedrückt, alles zu ersticken droht, hinwegzufegen. Nun atmet alles erleichtert auf und sieht den Weg zum Aufstieg und zum Glück offen vor sich. Dieses erste Stadium ist in einer großen Revolution bisher nie das Werk einer Klasse allein gewesen, jede dieser Umwälzungen ging hervor aus der Empörung verschiedener Klassen, die alle unter demselben Drucke litten, alle durch ihn eingeschnürt waren, alle keine andere Rettung sahen als das Abwerfen des Druckes.

Das Zusammenwirken verschiedener Klassen kann fortdauern, ja sich steigern im zweiten Stadium der Revolution, in den Anfängen des neuen Regimes, das an Stelle des alten tritt.

Sie alle werden zusammengehalten durch die gemeinsame Befürchtung, die eben niedergeworfenen Mächte könnten wieder ihr Haupt erheben. Die wichtigste Arbeit des neuen Regimes besteht zunächst im Hinwegräumen des Schmutzes, den das alte zurückgelassen hat. Auch daran können die verschiedenen Klassen gleich interessiert sein. Endlich aber und vor allem wird in den Anfängen der Revolution das Geltendmachen der Klasseninteressen der ausbeutenden Klassen in hohem Maße durch die Kraft verhindert, die die arbeitenden Klassen im Vorkampf gegen die Staatsgewalt, die von ihnen gestürzt wurde, entfaltet haben. Die Ausbeuter sind eingeschüchtert und wagen sich nicht hervor. Sie hoffen noch, durch kleine Opfer die große revolutionäre Macht besänftigen zu können.

Das war die Stimmung, der die berühmte Nacht des 4. August 1789 entsprang, wo die Abgeordneten des französischen Adels freiwillig auf ihre Feudalrechte verzichteten.

In diesem Stadium können Koalitionsregierungen, in denen die arbeitenden Klassen vertreten sind, mit Nutzen für diese tätig sein. Man muß sich nur dessen bewußt bleiben, daß dies bloß ein kurzes Übergangsstadium dar-

stellen kann. Doch wäre es unsinnig, dieses Stadium noch gewaltsam und künstlich abzukürzen.

Auf die Dauer läßt sich der Klassenkampf natürlich nicht ausschalten, solange eine Klassengesellschaft besteht. Je weiter die Ansprüche der arbeitenden Klassen gehen, desto mehr wächst der Widerstand der ausbeutenden.

So kommt mit Notwendigkeit das dritte bedeutende Stadium der Revolution: die Wiederaufnahme, ja die Verschärfung des Klassenkampfes innerhalb der Klassen, die sich an dem Umsturz der alten Regierung beteiligten. Dieses Stadium ist auch für die russische Revolution unvermeidlich, keine taktische Klugheit, aber auch keine terroristische Rücksichtslosigkeit können es verhindern. Es wird ihr entscheidendes Stadium. Nicht das erfreulichste. Es fehlt ihm die frohe Zuversicht, das unbegrenzte Hoffen der ersten Stadien. Aber es ist ihr wichtigstes Stadium, dasjenige, in dem ihr historischer Charakter, das, was die Geschichte als ihren dauernden Gewinn zu verzeichnen hat, entschieden wird. Es sind nicht bloß Gegensätze der Klassen, die da auftreten, sondern auch taktische Gegensätze innerhalb einzelner Klassen. Die taktischen Gegensätze machen sich unter Umständen sogar früher bemerkbar als die Klassengegensätze. Die Klasseninteressen sind in der Politik der entscheidende, aber nicht der einzige Faktor. Für die Art des Kampfes einer Armee kommt es doch nicht nur darauf an, daß sie weiß, wo sie den Gegner zu suchen hat, sondern auch, wie hoch sie dessen Kräfte und die eigenen einschätzt. In einer Armee können die Anschauungen darüber verschieden sein, aber sie untersteht einem einzigen Oberfeldherrn, und der schreibt ihr eine einzige Taktik vor. Die politische Armee der Demokratie kennt keinen Oberfeldherrn, und so kann sie, bei aller Einheit der Interessen innerhalb einer Klasse, ja sogar bei aller Einheit der Theorie schon durch die verschiedene Einschätzung der eigenen wie der gegnerischen Kräfte tief gespalten werden.

In besonders hohem Grade gilt das von einer Bewegung, die sich unter Bedingungen vollzieht wie den jetzigen in Rußland. Zarismus und Krieg haben es absolut unmöglich gemacht, die Kraft der einzelnen Parteien und Richtungen auch nur annähernd abzuschätzen.

Um so wichtiger wird es für die Konsolidierung der Revolution, eine einigermaßen sichere Basis für diese Einschätzung zu gewinnen. Die *Erwählung der Konstituante* ist ein dringendes Bedürfnis. Nicht um die Gegensätze der Klassen und Parteien aufzuheben, wohl aber, um über ihre Stärke eine einigermaßen sichere Schätzung zu gestatten und damit ihren Kämpfen eine mehr rationale Basis zu geben. Noch notwendiger aber als die Konstituante ist für die russische Revolution der *Friede*.

Man liebt es, die jetzige Bewegung Rußlands mit der Frankreichs im Jahre 1793 zu vergleichen. Aber sie sind voneinander grundverschieden. Als der Krieg zwischen Frankreich und dem reaktionären Europa ausbrach, hatte die Revolution ihr Werk im wesentlichen bereits vollbracht, namentlich die Bauernschaft bereits an das neue Regime durch die Erwerbung der konfiszierten Güter der Kirche und des gegen die Revolution rebellierenden Adels gefesselt. Der Krieg galt in der Hauptsache der Verteidigung der Er rungenschaften der Revolution, die von den Monarchen Europas bedroht waren. Er war eine Art internationaler Klassenkampf. Die Revolution stellte dabei ihren Verfechtern ein neues Kriegsmittel vor durchschlagender

Bedeutung zur Verfügung, das Massenheer der allgemeinen Wehrpflicht gegenüber den kleinen Berufsheeren der Monarchien. Sie siegte dadurch, und so brachte der Krieg Frankreich nach anfänglichen schweren Verlusten nicht das Elend der Invasion, sondern reiche Beute.

Scute geht der Krieg der Revolution voran, diese selbst erbt von ihm nichts als unsägliches Elend, völlige Zerrüttung. Er rettet den arbeitenden Klassen nicht den Gewinn der Revolution, sondern macht es ihnen unmöglich, aus ihr Gewinn zu ziehen. Kein Kriegsmittel, das denen der Gegner überlegen wäre, wird durch die Revolution in Wirksamkeit gebracht.

Und noch ein anderer Unterschied. Die Bedeutung der französischen Revolution als soziale Revolution war ungeheuer. Den ganzen Feudalstaat warf sie mit einem Ruck um. Die russische Revolution von heute kann nichts Derartiges vollbringen. Eine bürgerliche Revolution ist selbst in Rußland nicht mehr notwendig; die Kapitalistenklasse und sogar ein nicht unerheblicher Teil der Bauernschaft hatte schon vor der Revolution juristisch und ökonomisch fast alles gewonnen, was sie brauchten. Das Proletariat ist aber dort noch zu schwach und zu unentwickelt, um allein den Staat beherrschen, eine proletarische Revolution in sozialistischem Sinne durchsetzen zu können.

Die Bedeutung der heutigen russischen Revolution ist vornehmlich eine politische: der Gewinn der Demokratie, der Grundlagen, auf denen das Proletariat seinen Klassenkampf am erfolgreichsten führen, sich entwickeln, organisieren, für die Eroberung der politischen Macht reif machen kann.

Krieg und Demokratie sind aber zwei Erscheinungen, die miteinander schwer verträglich sind. Der Kriegszustand erzeugt für seine Dauer selbst in hochdemokratischen Staaten eine gewisse Einschränkung der Demokratie.

Das galt auch im revolutionären Frankreich. Die Schreckensherrschaft, die man als Produkt der Revolution bezeichnet, war tatsächlich ein Produkt des Krieges. Ihm ist jener tragische Widerspruch zuzuschreiben, daß der Höhepunkt der Herrschaft der demokratischen Schichten des revolutionären Frankreichs auch den Höhepunkt politischer Verfolgungen und politischer Todesstrafen bildete.

Der Hauptinhalt der jetzigen russischen Revolution, die Demokratie, ist also durch den Krieg am meisten bedroht. Und gleichzeitig raubt er ihr die Möglichkeiten, durch ökonomischen Gewinn dem politischen Verlust entgegenzuwirken.

Schleuniger Friede ist also für den Erfolg der russischen Revolution unerlässlich. Aber auch er würde sie verderben, wenn er ein Friede um jeden Preis wäre, ein anderer Friede als der, den ihre Wortführer selbst formuliert haben, ein Friede ohne Annexionen und Entschädigungen auf Grund des Selbstbestimmungsrechts der Nationen nach allen Seiten hin. Wenn der Krieg mit der Vergewaltigung von Nationen endigte und dies Ergebnis dadurch herbeigeführt würde, daß die Revolution Rußland in entscheidenden Momenten lähmte statt kräftigte, dann würde freilich nicht das Ziel, wohl aber die Methode der Revolution nicht nur beim russischen Volke, sondern bei allen Völkern für lange hinaus diskreditiert sein.

So steht sie zwischen Szylla und Charybdis: die Fortsetzung des Krieges bedroht sie mit ökonomischem und politischem, der Sonderfriede mit moralischem Bankrott.

Wohl hat eine in den Verhältnissen wurzelnde Revolution eine ungeheure Lebenskraft. Der augenblickliche Rückschlag gibt noch keinen Anlaß zur Verzweiflung. Wohl aber enthält er die dringendste Mahnung, unsere russischen Genossen nicht sich selbst zu überlassen. Ihre Sache ist auch die Sache des internationalen Proletariats. Der Zusammenbruch des revolutionären Rußlands würde auch dem Prozeß der Demokratisierung Mitteleuropas, der bereits eingeseht hatte — nicht als Ergebnis der Regierungsförmigkeit der Mehrheitssozialisten, sondern der russischen Revolution —, einen starken Damm entgegensetzen. Heute schon weht infolge der russischen Ereignisse ein sehr abkühlender Wind aus den Regierungskämern und den Zentrumsredaktionen.

Daß revolutionäre Rußland allein ist nicht in der Lage, den sofortigen Friedensschluß auf der von ihm proklamierten Grundlage herbeizuführen. Da ist es an der Internationale, endlich ihre Schuldigkeit zu tun, der russischen Revolution wie sich selbst gegenüber.

2. Die Internationale.

Der Kampf um den Frieden, der in Stockholm eingeleitet werden soll, bedingt zunächst und vor allem die Wiederbelebung der Internationale als Friedensinstrument.

Bisher hatten sich ihrem Funktionieren während des Krieges große Hindernisse entgegengesetzt. Eine Reihe der energischsten Verfechter des internationalen Standpunkts, die jener Hindernisse nicht achteten, fanden sich schon vor zwei Jahren, im September 1915, zu einer internationalen Zusammenkunft zusammen in *Zimmerwald*.

Zwei Richtungen trafen dort auf. Die eine erklärte die alte Internationale für tot und lehnte jeden Versuch ab, sie wieder zu beleben. Eine neue Internationale solle gebildet werden ausschließlich aus Bruchstücken der bisherigen sozialistischen Parteien, die zu diesem Zwecke zu spalten wären, soweit das nicht schon vollzogen sei.

Eine zweite Richtung stellte sich dagegen die Aufgabe, die bestehende Internationale wieder zum Funktionieren zu bringen. Die Zimmerwalder Konferenz sollte den mächtigsten Antrieb dazu liefern. Diese zweite Richtung erlangte die Mehrheit. Die allgemeine internationale Konferenz, die sie vor zwei Jahren angestrebte, für die sie gearbeitet, sie ist jetzt nach Stockholm einberufen.

Doch werden ihr zwei Bedenken entgegengehalten. Einmal: Dürfen sich die Vertreter einer Richtung mit denen einer anderen Richtung, die sie als verderblich zu Hause aufs energischste bekämpfen, im Ausland an einen Tisch setzen?

Dieses Bedenken wird von vornherein gegenstandslos für jene Genossen, die es auch zu Hause nicht ablehnen, mit der Gegenseite an einem Tisch zusammensitzten, wie das zum Beispiel in Frankreich, England, der Schweiz, Österreich der Fall ist. Die Parteispaltung als Folge des Krieges ist keine internationale, sondern eine spezifisch deutsche Erscheinung. Es ist der besonderen Intoleranz der leitenden Parteinstanzen der alten deutschen Sozialdemokratie zuzuschreiben, wenn im Gegensatz zu anderen kriegsführenden Ländern bei uns der allerdings hier besonders tiefe Gegensatz der Richtungen innerhalb der gleichen Organisation zu einem Gegensatz zweier Partei-

organisation wurde. Wir dürfen jedoch in die internationale Politik nicht die Besonderheiten unseres nationalen Parteilebens hineintragen. Damit, daß wir uns mit unseren Gegnern in einem Saale zusammefinden, ist aber auch keineswegs gesagt, daß wir mit ihnen ins gleiche Horn stoßen wollen. Wir treffen uns ja nicht am Bierfisch und gehen nicht ihretwegen und nicht von ihnen geladen nach Stockholm. Es wäre jedoch grundverkehrt, wenn wir uns durch die Anwesenheit unserer Gegner verhindern ließen, zur Internationale zu sprechen und dort unseren Standpunkt im Gegensatz zu ihnen zu entwickeln.

Darum habe ich auch die frühere Weigerung der Mehrheit der französischen und belgischen Genossen nicht begriffen, an einer internationalen Konferenz teilzunehmen, zu der die deutschen Sozialdemokraten zugelassen wurden. Wenn sie dem deutschen Sozialismus Verrat an der Sache der Internationale vorwarfen, durften sie beanspruchen, ihn in Anwesenheit seiner Vertreter vor der Internationale anklagen zu können. Sie zogen es vor, deren Reinigung durch die Sabotierung zu ersehen.

Ebenso wenig verständlich ist ein anderes Bedenken, das öfters geäußert wird: Wenn die Minoritäten sich mit den Majoritäten in Stockholm an einen Tisch setzen, werden diese sich untereinander verständigen und die Minderheiten überstimmen.

Nehmen wir an, das geschähe wirklich, und es würden Beschlüsse gefaßt, die die Minderheiten entschieden ablehnen müßten: dann bliebe ihnen immer noch der Weg offen, den man von vornherein empfiehlt: der der Absentierung. Aber die Wirkung auf die Massen, und auf die kommt es doch vor allem an, würde eine andere, uns weit günstigere, wenn sie eine Folge jener Beschlüsse nach vorhergegangener Auseinandersetzung wäre, als wenn wir dieser Auseinandersetzung aus dem Wege gingen.

Sagen wir uns von der bisherigen Internationale los, nachdem diese Beschlüsse gefaßt hat, die dem Sozialismus und Internationalismus ins Gesicht schlagen, so weiß alle Welt, warum wir nicht mitfun können, warum wir mit dieser Organisation brechen müssen. Bleiben wir von vornherein weg, ehe die Organisation gesprochen hat, bloß, weil sie Beschlüsse fassen könnte, die wir nicht billigen, dann wird uns die Masse, die nur nach offenkundigen Tatsachen urteilt, beschuldigen, daß wir die Friedensaktion, auf die alle Welt baut, aus persönlicher Rangküne gestört hätten. Würde unter diesen Umständen Stockholm ein Mißerfolg, so fielen er auf unser Konto. Würde es ein Erfolg, ohne uns, gegen uns, wären wir die Blamierten.

Aber ist es denn überhaupt wahrscheinlich, daß Beschlüsse gefaßt werden, die für uns unannehmbar sind? Immer wieder wird die Befürchtung laut, die Mehrheiten könnten sich auf einer imperialistischen oder nationalistischen Grundlage im Gegensatz zu den Minderheiten verständigen. Aber die so sprechen, unterlassen vorsichtigerweise stets, diese Gefahr des näheren auszuführen. Mit gutem Grunde. Sie würde sich dabei als Umding herausstellen.

Gegen eine Verständigung der Regierungen der imperialistischen leitenden Großmächte allein darf man wohl Mißtrauen hegen. Geschieht sie nicht auf der Grundlage der Selbstbestimmung der Nationen, wird sie nicht vom internationalen Proletariat in Respekt einflößender Stellung überwacht, dann könnte sie wohl eine Verständigung auf Kosten der schwächeren Nationen werden.

Über in der Internationale liegen die Dinge doch anders. Da steht in jeder der großen kriegsführenden Nationen der offiziellen Partei eine starke Minderheit gegenüber, da sind aber auch die großen Nationen gar nicht entscheidend. Wie es da möglich sein sollte, daß die Mehrheiten sich über einen imperialistischen oder nationalistischen Frieden verständigen, das heißt über Friedensbedingungen, die einigen Nationen auf Kosten anderer Vorteile bringen sollten, ist schleierhaft. Welche Nation immer dabei begünstigt würde, sie fände stets alle Minoritäten und eine Mehrzahl der Majoritäten anderer Nationen gegen sich. Ehe der imperialistische Friede nicht näher definiert wird, über den sich die Mehrheiten im Gegensatz zu den Minderheiten verständigen könnten, bleibt er ebensobarer Unsinn wie etwa die Quadratur des Kreises.

Man stelle sich nur die Befürchtung vor, daß Renaudel und Compère-Morel sich mit David über Elsaß-Lothringen in einer Weise verständigen, die eine Vergewaltigung der Minoritäten in Deutschland und Frankreich bedeutete! Daß Vandervelde und Legien sich in der belgischen Frage zusammen tun, um vereint Haase und Bernstein zu bekämpfen! Diese Vorstellungen andeuten, heißt schon, sie lächerlich machen.

Gerade daran scheiterten ja bisher alle Versuche, die Internationale wieder zum Funktionieren zu bringen, daß die Mehrheitssozialisten der einander bekriegenden Länder in unveröhnlichem Gegensatz zueinander standen. Auch heute noch wäre eine Verständigung über die Friedensbedingungen zwischen ihnen allein ausgeschlossen. Nur die Minderheiten vermögen die Grundlage zu einer derartigen Verständigung zu legen, und nur dann, wenn die Mehrheiten sich auf diese Basis stellen, wird eine Friedensaktion der Internationale überhaupt möglich werden. Angesichts der feindselig einander gegenüberstehenden Mehrheiten werden die Minderheiten, die sich in jeder Frage zu verständigen vermögen, in Stockholm tatsächlich die moralische Führung erlangen. Gehen die Minderheiten ebenso geschickt wie unbeugsam vor, dann werden sie jede einzelne sozialistische Partei isolieren, die ihnen widerstrebt.

Über freilich, wie unter den Zimmerwaldern müssen wir unter den gegen die offiziellen Parteileitungen gerichteten oppositionellen Strömungen überhaupt zwei Richtungen unterscheiden.

Die eine verbleibt auf dem Boden, auf dem die Sozialdemokratie fast ein halbes Jahrhundert lang bis zum Kriege stand; sie wendet sich gegen die Mehrheiten, insofern diese die Internationalität durch Nationalismus oder gar, wie das stellenweise vorkommt, durch Imperialismus, die Demokratie und den Klassenkampf durch Machtpolitik im Verein mit bürgerlichen Parteien und im Gefolge der Regierungen ersetzt haben.

Der anderen Richtung dagegen genügt das nicht. Sie gehört zu den Umlernern, wenn auch in anderem Sinne als die Lensch und Cunow. Sie sucht in den alten sozialdemokratischen Gedankengang angeblich neue Gedanken einzuführen, die sich aber bei Lichte besehen als sehr alte Ladenhüter aus blanquistischer oder bakunistischer Fabrik entpuppen, die der Marxismus in jahrzehntelangen mühsamen Kämpfen allmählich außer Kurs gesetzt hat, die aber unter dem Einfluß der Reaktion gegen den Krieg wieder in die Mode kommen. Diese Richtung predigt völlige Mißachtung des parlamentarischen Kampfes und der Beteiligung des Proletariats an ihm. Sie will nichts von der elastischen sozialdemokratischen Taktik wissen, die mit der Revolution

rechnet, aber dort, wo die Zustände für diese nicht reif sind, mit der Reform ebenso vereinbar ist. Sie will unsere Taktik unter allen Umständen einzig auf die sofortige Revolution zuspitzen. Sie will endlich dem Krieg und der Kriegsgefahr der Zukunft nicht dadurch entgegenwirken, daß sie die allgemeine Abrüstung, die Entwaffnung aller großen Erobererstaaten verlangt — eine Idee, die sie vielmehr verspottet. Sie fordert die einseitige Abrüstung, die Wehrlosigkeit des eigenen Volkes unter allen Umständen, ohne jede Rücksicht auf seine Nachbarn, auch wenn der eigene Staat ein demokratischer, sein Nachbarstaat ein waffenstarrer Erobererstaat ist. Sie bekämpft nicht nur das stehende Heer, entsprechend unserem Programm, sondern auch die »Volkswehr«.

Diese Richtung hat allerdings allen Grund zur Befürchtung, daß sie auf einer allgemeinen internationalen Konferenz eine hoffnungslose Minderheit bleibt und bei ihren Verhandlungen völlig ins Hintertreffen gerät. Daß sie der Konferenz fernbleiben will, läßt sich sehr wohl begreifen.

Das gilt jedoch in keiner Weise für die wahrhaft sozialdemokratischen Oppositionsströmungen. Diese werden entweder den Kongreß beherrschen, oder er wird an der Unmöglichkeit einer Verständigung der Mehrheiten scheitern und in Unfrieden auseinandergehen — in dem einen wie dem anderen Falle werden sich die Oppositionsströmungen als die energischsten und zuverlässigsten Verfechter des demokratischen Friedens erweisen. Welchen Ausgang der Kongreß nehmen mag, ihr Ansehen und ihr Einfluß unter den proletarischen Massen muß durch seine Verhandlungen gewinnen und die Friedensbewegung in dem Sinne, wie sie sie für notwendig halten, gestärkt werden.

Die Wirkung für den Frieden ist natürlich das Entscheidende. Wir haben ja unsere Form der Friedensbewegung nicht gewählt, weil es uns darum zu tun ist, Opposition um jeden Preis zu machen und der Mehrheit unangenehm zu werden, sondern wir haben uns gedrängt gesehen, zur Opposition überzugehen, weil wir nur auf diesem Wege für den Frieden zu wirken vermochten, weil das, was die Mehrheit Politik des Friedens nannte, bisher den Weg zu ihm versperrte.

Sowenig wir voraussehen können, welchen Gang die Verhandlungen in Stockholm nehmen werden, welches ihr Endergebnis sein wird, eines erscheint uns heute sicher: Kommt die Konferenz trotz aller Hindernisse zustande, dann wird sie nicht zu Ende gehen, ohne daß die Internationale in irgendeiner Form wieder auflebt, nicht als tote Form, sondern als lebender Organismus, in dem eine machtvolle Friedensbewegung pulsiert. Sie wird aufleben entweder durch erneutes, kraftvolles Funktionieren der alten Internationale oder durch Neuschaffung einer dritten Internationale.

Die Verhandlungen von Stockholm werden vom Proletariat der ganzen Welt gierig aufgenommen werden, und wenn sie auch nicht gleich den Frieden bringen, so werden sie doch den energischsten Kampf um den Frieden entfesseln, einen Kampf, der um so kraftvoller sein wird, weil er internationale Einheitlichkeit gewinnt.

Die Haltung einzelner Parteien mag dabei sein welche immer; sie mögen an den Verhandlungen und Beschlüssen mit noch so vielen Hintergedanken und Vorbehalten teilnehmen, entscheidend ist die Wirkung auf die Massen, und sind die erst einmal international in Fluß gekommen, dann werden sie

schon mit den unsicheren Kantonisten der Friedensbewegung ebenso auf-räumen wie mit den offenen Gegnern eines demokratischen Friedens — natürlich immer unter der Voraussetzung, daß es zur Konferenz überhaupt kommt.

Im Mittelpunkt der Stockholmer Verhandlungen wird die deutsche Sozialdemokratie stehen, so wie das Deutsche Reich im Mittelpunkt des Weltkriegs steht. So weitverbreitet in der Welt die Abneigung gegen die deutsche Regierung, so weit in der Internationale die gegen jene deutschen Sozialisten, die ihre Regierung unterstützen. In keinem Punkte dürfte innerhalb der Internationale so große Übereinstimmung bestehen wie in diesem. Wenn momentan mancher über die deutsche Mehrheit weniger schroff urteilt, dankt sie das dem Umstand, daß eine Reihe Ententeregierungen in letzter Zeit arge Fehler begangen haben, unter dem wachsenden Einfluß der Konservativen und der Militaristen, den der Krieg mit sich bringt.

Wieweit das die Verhandlungen in Stockholm beeinflussen wird, läßt sich noch nicht absehen. Erwarten aber darf man, daß die einsetzende Friedensbewegung an die deutsche Sozialdemokratie besonders hohe Ansprüche stellen wird. Die Frage des Weltfriedens wird immer untrennbarer verknüpft mit der der Demokratisierung Deutschlands. Und die Welt ist mißtrauisch genug, sich dabei nicht mit Wechsellern auf die Zukunft abspesen zu lassen. Sie verlangt nach dieser Demokratisierung weit dringender als die alte Sozialdemokratie Deutschlands selbst. Alle Welt weiß eben, daß die Demokratie nie von einer Regierungspartei erschlichen, sondern stets nur von einer Partei des energischen Kampfes gegen die Regierung erobert wurde.

Der Krieg in biologischer Betrachtung.

Von Dr. S. Drucker.

Physik und Chemie stehen heute im Dienste der Großen Hauptquartiere. Alles Wissen von den Naturkräften und -stoffen wird jetzt eifrig in Kriegsmittel umgeprägt, und fast die gesamte Forschergeneration der Gegenwart bemüht sich, mit ihren Arbeiten militärische Bedürfnisse zu befriedigen. So spiegelt jede Kampfhandlung die enge Verbindung von Kriegswesen und Naturwissenschaft wider, ist selbst nichts anderes als angewandte modernste Physik und Chemie. Diese beiden Spezialgebiete sind unter den Naturwissenschaften nicht die einzigen, die den Krieg gefördert haben: auch die Biologie hat Helferdienste geleistet, wenn auch in anderem Sinne. Waffen hat die Wissenschaft von der belebten Natur allerdings nicht geformt, aber herangezogen wurde sie, um den Geist der draußen und in der Heimat Kämpfenden zu beeinflussen. Indem man den Menschen als reines Naturwesen auffaßte und den Krieg als biologische Erscheinung, glaubte man der Biologie erwünschte Urteile über Wesen und Wert des Krieges entnehmen zu können. Und diese vermeintlichen Lehren der Biologie haben weite Verbreitung gefunden; in Zeitungs- und Zeitschriftenartikeln sind sie, mit eindringlichen Erläuterungen versehen, ins Volk hinausgetragen worden. Vielfach hat man sich damit begnügt, zur Verstärkung der Überzeugungskraft der eigenen Darstellung der Biologie einfach ein par Fachausdrücke zu entleihen; sie sind schließlich in den täglich gebrauchten Wortschatz gewisser Kriegspolitiker übergegangen. Bald war es das Darwin'sche Wort vom »Kampf ums Dasein«, mit dem die Situation gekennzeichnet wurde, ein andermal wurden aus der »Tatsache« der Überlegenheit der germanischen Rasse bestimmte Schlußfolgerungen gezogen. Von den ausführlicheren Abhandlungen

geben zwei eine besonders gute Vorstellung von der Art, wie Krieg und Biologie zueinander in Beziehung gesetzt wurden. Es lohnt sich wohl, sie ein wenig kritisch zu betrachten.

* * *

Der Lemberger Professor der Zoologie Nusbaum-Hilarowicz war Zeuge des Kriegsgefummels, das im Herbst und Winter des Jahres 1914 Galizien durchtobte. Er erlebte die grausigsten Straßenkämpfe und die brutalste Zerstörung menschlichen Besitzes, er sah die gewaltigen Massenbewegungen geschlagener und siegender Heere. Ungeheure Mengen von Kosaken, Kirgisen und Kalmücken zogen damals an seiner Vaterstadt vorbei, mit ihren dichtbehaarten Pferdchen und kleinen Wagen, mit ihren Feldküchen hinter den Sätteln, mit wildem Geschrei und Steppenmusik, ununterbrochen, Tag und Nacht, immer vorwärts von Osten gegen Westen. Diese Einfälle fremder Völker konnte sich der Naturforscher mit seinen allgemeinen Kenntnissen nicht erklären. Hatte man es hier wirklich nur mit einem politischen und militärischen Ereignis zu tun, oder setzte sich nicht vielmehr hier mit unwiderstehlicher Gewalt ein Naturtrieb durch, der Wandertrieb, dem man so oft im Tierreich begegnet? In seiner Broschüre »Der Krieg im Lichte der Biologie«,¹ zu der seine damaligen Beobachtungen die Anregung gaben, behauptet Nusbaum tatsächlich, daß die kriegerischen Invasionen der modernen Heere den Wanderzügen mancher Tierarten gleichzusetzen sind. Derselbe Drang, der von Zeit zu Zeit die vielfach nicht einmal in Herden lebenden Tiere zu großen Massen vereinigt und zu Wanderungen in weitentlegene, gänzlich unbekannte Gebiete zwingt, der gleiche Drang — Nusbaum nennt ihn den *Expansionstrieb* — rege sich als Erbstück unserer tierischen Urahnen hin und wieder noch in der heutigen Menschheit und verursahe die kriegerischen Überfälle auf die benachbarten Völker. Aus den Beispielen Nusbaums geht wohl hervor, daß der Expansionstrieb im Leben einiger Insekten, Fische, Vögel und Säugetiere eine wichtige Rolle spielt, und es mag auch stimmen, daß er bisweilen gar nicht einmal die Befriedigung eines physiologischen Bedürfnisses verfolgt, also an sich unzweckmäßig, auch schädlich ist; aber damit ist noch nicht bewiesen, daß ein gleicher blindwütiger Instinkt auch im Menschen sein Unwesen treibe. Vorläufig sind nur bei Geisteskranken Zwangswanderungen, übrigens von ganz anderem Charakter, festgestellt, das biologische Gegenstück dazu ist gänzlich unbekannt. Die Völkerwanderungen der geschichtlichen Zeit, auf die Nusbaum hinweist, entsprangen jedenfalls nicht einer geheimnisvollen Naturkraft, sondern hatten reale, wirtschaftliche Ursachen. Den Kalmücken oder überhaupt irgendeinem am Weltkrieg beteiligten Volke den Wandertrieb zuschreiben kann man aber nur dann, wenn genaue Untersuchungen die Existenz dieses Triebes, sein spontanes, explosionsartiges Auftreten, seine Ausdehnung auf die ganze Gemeinschaft ergeben haben. Und dann müßte noch, wenn man den Expansionstrieb für eine biologische Grundursache dieses Krieges hält, der Nachweis geführt werden, daß das von so teuflischer Wanderlust besessene Volk infolge dieser abnormen Geistesverfassung wirklich den Krieg angezettelt hat. Doch um alle diese Fragen kümmert sich der Zoologieprofessor nicht, und zu guter Letzt übersieht er noch, daß der Wandertrieb stets alle Tiere einer Art befallt, während bei den Menschen heute doch nur die männlichen, erwachsenen Individuen »wandern«.

Es wird also schon beim Expansionsdrang des Kapitals bleiben müssen!

Noch eine zweite Grundursache der Kriege kennt der Lemberger Zoologe: den *Rassenegoismus*. Er versteht darunter einen angeborenen, von äußeren Verhältnissen unabhängigen Trieb, der sich in freundschaftlichem Verhalten zu allen Mitgliedern der eigenen Gemeinschaft und feindlichem Verhalten zu allen außerhalb der Gemeinschaft stehenden ausdrückt. Wiederholt Nusbaum seine Argumente hauptsächlich aus Tierbeobachtungen. Gewiß ist der Rassenegoismus mancher Ameisen und Termiten so stark entwickelt, daß schon der bloße Anblick des An-

¹ Jena 1916, Verlag von G. Fischer. 30 Seiten.

gehörigen eines anderen Staates kriegerische Handlungen auslöst und auch ohne biologisches Ziel aus bloßer Kauflust Angriffe auf die Nachbarstaaten unternommen werden. Wir müssen zur Erklärung annehmen, daß der als nützliche und notwendige Eigenschaft allmählich herangezückete Kampfinstinkt später durch Weiterentwicklung sich erheblich gesteigert hat und schließlich selbständig geworden ist. Während er vorher nur als zweckmäßige Reaktion auf bestimmte Reize auftrat, betätigt er sich nunmehr auch, ohne daß die biologischen Voraussetzungen vorliegen. Ob die von Nusbaum angeführte Todfeindschaft mancher Stämme menschlicher Urvölker ebenso zu erklären ist, erscheint fraglich. Der ursprünglich aus gegenseitiger Konkurrenz hervorgegangene Haß könnte wohl, vom Verstand wenig gehemmt, in dem Affektleben dieser Naturmenschen so fest verankert sein, daß er auch nach dem Fortfall der auslösenden Ursache bestehen blieb. Wahrscheinlicher ist, daß nicht ein angeborener Instinkt, sondern von außen eingempfte religiöse und politische Beweggründe jene Naturkinder leiten. Wie dem auch sei, wenn der Rassenegoismus einiger Naturvölker sich bei jeder Gelegenheit in blutiger Fehde gegen Fremdstämmige entläßt, so kann daraus doch niemals gefolgert werden, daß er auch in gleicher Stärke bei den Kulturvölkern vorhanden sein muß. Anscheinend weiß der Professor nichts von den früheren freundschaftlichen Beziehungen der jetzt verfeindeten Völker, von der gegenseitigen Verschwägerung ihrer Fürstenthümer, von dem Waffenbündnis selbst mit anderen Rassen, von der Verbrüderung der Soldaten in feindlichen Schützengräben. Und der Rassenegoismus, der alles dieses zuläßt, soll für den Ausbruch des Weltkriegs verantwortlich sein!

Diese Annahme würde übrigens auf die Behauptung hinauslaufen, daß der Kulturmensch tötet, nur um zu töten. Eine absurde Auffassung! In dem Menschen sind Abscheu und Widerwillen gegen den Mord so stark ausgebildet, daß nach der Meinung der meisten Fachleute der hypnotisierte, also der in seiner Willens- und Urteilskraft wesentlich behinderte Mensch zu solcher Tat niemals gebracht werden kann. Die Mordlust entspringt immer einem krankhaft entarteten Gehirn. Selbstverständlich besteht die Möglichkeit, daß überall da, wo in die Hände einzelner eine große Macht über das Leben der Mitmenschen gegeben ist, sie zur Befriedigung jenes unnatürlichen Triebes ausgenutzt werden kann — die psychiatrische Wissenschaft hat nicht selten die Spuren solcher Bluthunde in der Welt- und Zeitgeschichte aufgefunden; aber immer muß der Tatbestand durch gründliche Psychoanalyse des einzelnen Falles festgestellt werden.

Soll der normale Mensch zur Tötung seiner Mitmenschen fähig werden, dann müssen »überwertige« Vorstellungen hinzukommen, die die vorhandenen Gegenstellungen unterdrücken und damit die Hemmungen beseitigen. So kann die Idee: »Das Vaterland ist in Gefahr, der eigene Herd ist bedroht« oder »Wenn ich nicht schieße, werde ich von einer Kugel jenseits oder diesseits des Grabens erschossen« das Bewußtsein ganz beherrschen und alles übrige Denken unterjochen. Daß der Mensch überhaupt von seinem Nächsten Vergewaltigung und Vernichtung zu befürchten hat, daß der eine auf Kosten des anderen Vorteile sich zu beschaffen vermag, auch wenn er zur Erreichung seines Zieles Ströme von Bruderblut vergießen muß, daran ist allerdings die besondere Veranlagung des Homo sapiens schuld, seine brutale Ichsucht, die die kapitalistische Wirtschaftsordnung noch ins Ungemessene gesteigert hat. Insofern als das rücksichtslose Streben nach wirtschaftlicher und politischer Macht ein Ausfluß der besonderen Geistesverfassung des Menschen ist, kann man sagen, daß der Krieg biologisch bedingt ist; doch der ziel- und zwecklose Expansionstrieb und Rassenegoismus spielen im Staatenleben der Kulturmenschen nicht die geringste Rolle.

Obwohl nach Nusbaums Meinung jene dunklen, unbewußten Instinkte mit Naturnotwendigkeit von Zeit zu Zeit hervorrufen, macht ihm die Zukunft des Menschengeschlechts keine Sorgen. Er ist überzeugt, daß der Mensch mit fortschreitender Kultur alle angeborenen tierischen Triebe, also auch jene krieg-

erzeugenden, immer besser beherrschen lernen und dadurch schließlich den ewigen Frieden herbeiführen wird. Bis dahin dürften allerdings noch manche Kriege zu erwarten sein; trotzdem scheint ihm der Schaden, den die Menschheit durch diese periodischen Ueberlässe erleidet, nicht besonders groß, in jedem Falle leicht reparierbar. Zu diesem tröstlichen Glauben verhilft ihm wieder die Biologie. Sie vermittelt ihm die Kenntnis von schier wunderbaren Heilungsenergien der Lebewesen, von ganz großartigen Regenerationskräften, die, durch Krankheiten und Verletzungen erst geweckt, jeden Verlust geradezu vollkommen wieder ausgleichen können. So ersetzen nicht bloß niedere Tiere, sondern auch Amphibien und Reptilien verlorengegangene Glieder, und Schnurwürmer bilden sogar aus dem vordersten Körperteilchen, das nur das Gehirn enthält, einen vollständig neuen Leib. Der harmlose Laie wird wahrscheinlich wissen wollen, was denn eigentlich der menschliche Staat mit den Schnurwürmern gemein habe, um einen Vergleich beider gerechtfertigt erscheinen zu lassen. Der Professor der Zoologie möge ihn belehren: Der Schnurwurm ist ein Organismus, der menschliche Staat ist ein Sozialorganismus, also sind sie beide Organismen und daher denselben Gesetzen unterworfen! Man könnte diesen blühenden Unsinn mit Stillschweigen übergehen, wenn er nicht im Gewand der Wissenschaft auftreten würde! Zudem ist die Methode, mit der hier allerdings besonders grob gearbeitet wird, typisch für eine bestimmte Sorte politisierender und philosophierender Naturforscher. Sie glauben, nachdem sie den Menschen in das Tierreich eingegliedert und den menschlichen Staat als organisiertes Gebilde, als »sozialen Organismus« erkannt haben, die beim Studium der belebten Natur gefundenen Ergebnisse als vollgültig für menschliche Verhältnisse ansehen zu können. Alle Kritik, die in der Vergangenheit gerade von sozialistischer Seite an den »Sozialdarwinisten« geübt wurde, scheint vergeblich gewesen zu sein; noch heute wandelt so mancher Biologe wohlgenut in den Fußtapfen jener längst erledigten Richtung.

Man kann Naturgesetze nicht ohne weiteres auf die Menschenwelt übertragen. Denn der Mensch ist nicht reines Naturwesen wie die Pflanzen und Tiere. Nur diese Organismen stehen unter der unmittelbaren, ungehemmten Einwirkung der Natur, nur sie reagieren entsprechend ihren Anlagen ganz automatisch auf denselben Reiz immer in derselben Art und Stärke. Der staatenbildende Mensch weiß seine Naturtriebe sowohl wie die Einflüsse seiner natürlichen Umgebung, also die inneren und äußeren Faktoren der Entwicklung zu korrigieren. Sein Dasein bestimmen vor allem die gesellschaftlichen Verhältnisse, die Wirtschaftsweise seiner Gemeinschaft und die Stellung, die er selbst im Wirtschaftsprozess einnimmt. Nur für die Angehörigen ein und derselben Klasse sind die Existenzbedingungen gleich; der Verschiedenheit der Klassen entspricht eine ebenso große Verschiedenheit der Lebensverhältnisse der einzelnen Menschen. Daher kann man den menschlichen Staat niemals mit dem pflanzlichen oder tierischen Organismus vergleichen, der mit allen seinen Teilen das gleiche Naturleben lebt, der eine biologische Einheit ist. Und aus denselben Gründen sind auch, was Nusbaum ebenfalls übersehen, Polypenstock und Insektenstaat vom menschlichen Gemeinwesen im Kern verschieden.

Ist es an sich schon verkehrt, ohne Berücksichtigung der Besonderheiten von Mensch und Tier Naturbeobachtungen für die Menschenwelt verwerfen zu wollen, so wird der Unsinn vollkommen, wenn man nicht einmal die Einwirkung ein und derselben Ursache auf die beiden Vergleichsobjekte untersucht. Auch diesen zweifeln Fehler begeht Nusbaum, und zwar dadurch, daß er den Krieg der Menschen gleichsetzt einer am Tier vorgenommenen künstlichen Verstümmelung oder einer teilweisen Zerstörung eines Korallenstocks oder Ameisenhaufens. Der Krieg schaltet nicht bloß einen Teil aus dem Lebensprozeß der Gemeinschaft aus, er schwächt und schädigt daneben wieder andere Teile, er kann die Daseinsverhältnisse ganzer Klassen auf lange Zeit hinaus tief eingreifend verändern. Die bio-

logische Wirkung des Krieges kann man daher einzig und allein durch sorgfältiges Studium der menschlichen Gesellschaft selbst vor, in und nach dem Kriege kennenlernen.

* * *

Einen anderen Professor der Naturwissenschaften, Dennert mit Namen, führt die biologische Betrachtung des Krieges zu einem noch hoffnungstreudigeren Optimismus als den Lemberger Zoologen. Seine Schrift »Not und Mangel als Faktoren der Entwicklung, eine biologische Studie mit besonderer Berücksichtigung des Krieges«² soll dem Nachweis dienen, daß der Krieg sogar der Entwicklung förderlich ist und aus dem jetzigen die europäische Menschheit im ganzen gestärkt und verjüngt hervorgehen wird. Um es gleich zu sagen: Die Abhandlung ist in wissenschaftlicher Hinsicht ein Puschwerk ärgster Sorte; sie verrät nur den sehnlichen Wunsch des Autors, daß seine Behauptungen richtig sein möchten, enthält aber nirgends eine Begründung dafür, daß sie es auch sind. Mit einer unglaublichen Oberflächlichkeit werden Schlüsse gezogen, ohne die geringste Beachtung der von ihm selbst vorgebrachten Einwände gegen die Zuverlässigkeit der als Voraussetzung dienenden Tatsachen. — Aus den biologischen Beispielen des ersten Teils geht nur hervor, daß eine vorübergehende Hungerperiode bei manchen Organismen die Reifung der Fortpflanzungszellen und damit die Fortpflanzung begünstigen kann. Ob der Mensch auf Mangel in derselben Weise reagiert, muß mindestens zweifelhaft erscheinen, wenn man die in diesem Kriege an Frauen häufig gemachten Beobachtungen über krankhaftes Ausbleiben der monatlichen Blutungen und Rückbildung der Gebärmutter in Betracht zieht. Dennert allerdings leitet ohne weiteres aus seinen paar Fällen eine das ganze Reich der Lebewesen umfassende Gesetzmäßigkeit ab, und in der durch Hunger bewirkten Anregung zur Bildung von Geschlechtszellen erblickt er gleich eine »Stärkung der Fortpflanzungssphäre«, ohne die entscheidende Frage beantwortet zu haben, ob die von hungernden Eltern gezeugten Kinder auch genügend Lebenskraft besitzen. Denn erst dann wäre ja die Erhaltung der Art ausreichend gesichert, nicht schon durch die vermehrte Produktion von Nachkommen.

Der Segen der Not erstreckt sich nach Dennert nicht nur auf das kommende Geschlecht, auch die der Not unmittelbar ausgesetzte Generation soll vorteilhaft beeinflusst werden, zunächst einmal dadurch, daß sie von den schwächlichen, die Art verschlechternden Individuen befreit wird; diese könnten nämlich die bösen Zeiten nicht überdauern, und so sei alles, was übrigbliebe, gesund und stark. Diese Weisheit des Professors soll zwar den in der alten Form »undenkbaren« Darwinismus korrigieren, ist aber selbst recht korrekturbedürftig. Wohl gehen die kranken, entarteten Geschöpfe im Kampfe gegen ihre Feinde, die Artgenossen und die Unbilden des Klimas zugrunde, aber gleichzeitig vernichtet die Not, die vielfach eine mehr oder weniger tiefgreifende Änderung der gewöhnlichen Lebensverhältnisse darstellt, auch kräftige Individuen, weil sie mit ihrer Veranlagung unter den neuen Bedingungen nicht existieren können. Nur das Passendste überlebt, alles andere wird erbarmungslos ausgemerzt, auch wenn es noch so gesund ist. Geradezu sinnlos erscheint diese Brutalität der Not, wenn der abnorme Zustand, der das Leben zahlloser Organismen wie mit einem Schläge zerstört, selbst nur kurze Zeit dauert, um dann wieder den alten Verhältnissen Platz zu machen, an die jene Lebewesen sehr gut angepaßt waren. Wozu die mörderische Auslese für einen Ausnahmefall, der sich vielleicht kaum ein zweites Mal wiederholt? Hatten etwa diejenigen Pflanzen und Tiere keine Daseinsberechtigung, die dem außergewöhnlich grimmigen Frost einer Winternacht zum Opfer fielen, nachdem sie vielleicht ein halbes Hundert Winter gut überstanden haben? Oder, um ein Beispiel aus der Menschenwelt zu wählen, sind die Menschen, die auf einem Fünfzigkilometermarsch oder im vielfägigen Trommelfeuer zusammenbrechen, in biologischer Hinsicht minderwertig, de-

² Naturwissenschaftlicher Verlag, Odesberg b. Bonn 1916. 27 Seiten.

generiert? Unter normalen Verhältnissen hätten ihr Herz und ihre Nerven niemals versagt, ihre Nachkommenschaft hätte keine Entartungszeichen aufgewiesen. Wie kann man solchen Notzeiten, die auch Gesunde haufenweise fällen, eine artverbessernde Wirkung nachrühmen! Und übrigens gehen in der menschlichen Gesellschaft kranke und gebrechliche Individuen unter dem Einfluß der Not oft gar nicht zugrunde, sie werden nur noch mehr geschädigt, bleiben aber durch ärztliche und soziale Hilfe gestützt am Leben, pflanzen sich häufig genug fort und vererben ihre fehlerhafte Veranlagung auf die nächsten Geschlechter. Der Krieg schont gerade die Schwächlichen und Krüppel, er konserviert sie — denn sie sind ja nicht feinddienstfähig, dagegen tötet und zermürbt er die Kraftstrotzenden, die Vollblütigen. So wirkt er in höchstem Maße rasseverschlechternd.

Neben der Artreinigung soll die Not noch eine Art Stärkung zur Folge haben, weil die gesunden, widerstandsfähigen Organismen durch den Mangel direkt gekräftigt würden. Man sucht in der Broschüre vergebens nach eindeutigen Beobachtungen oder methodisch durchgeführten Experimenten, welche Dennerts Behauptung begründen könnten; man findet als Beweis nur einen Trugschluß, der der sophistischen Begabung des Autors ein gutes Zeugnis ausstellt: weil Wohlleben den Körper schädigt, muß das Gegenteil des Wohllebens, der Mangel, auch die entgegengesetzte Wirkung ausüben, also stärken! Und flugs wird der Sommer zu einer Zeit des Wohllebens, der Winter zu einer Zeit der Erholung und Verjüngung gestempelt, und schon bestätigt die Natur, daß die Not eine ebenso nützliche wie unentbehrliche Einrichtung darstellt. Was schert es den Herrn Professor, daß es für alle Lebewesen ein Optimum an Lebensbedingungen gibt, bei dem sie am besten gedeihen und sich gleichmäßig weiterentwickeln, ohne Entartung, ohne Krankheit! Was kümmert ihn die Tatsache, daß der Mangel oft genug furchtbare Verheerungen anrichtet, viel größere als der Überfluß! Er spricht wohl einmal von dem Schaden, den die Not bei längerer Dauer nach sich zieht, doch stets urteilt er so, wie wenn jene in der Natur nie anders als in der nützlichen Dosis auftritt.

Was man beim Lesen des biologischen Teiles in Erinnerung an den Untertitel der Schrift mit Grauen ahnt, daß Dennert seinen aus falschen Beobachtungen und unhaltbaren Behauptungen herausdestillierten Satz von der Heilsamkeit der Not auf die Gegenwart anwenden werde, das trifft im zweiten Abschnitt ein. Der nunmehr drei Jahre wütende Weltkrieg erscheint dem Professor als kurzer und darum wohlthätiger Reiz, der allenthalben bereits sein segensreiches Wirken offenbart. Er sieht es an den Soldaten, die blühend und gekräftigt aus den Schützengraben auf Urlaub heimkehren, an der sittlich-religiösen Erhebung des ganzen Volkes, an seinem einheitslichen Zusammenarbeiten ohne Unterschied der Parteien, an der Verjüngung unseres altersschwach gewordenen österreichischen Bundesgenossen und an dem Niedergang des vorher bereits entarteten Frankreich. Da immerhin die guten Folgen des Krieges sich jetzt noch nicht im ganzen Umfang überblicken lassen, greift Dennert schließlich zum historischen Beweis. Er vergleicht die Eheschließungs- und Geburtenziffern der Jahre nach den Kriegen 1813/15 und 1870/71 und stellt fest, daß der Anstieg der Geburten in jener Zeit länger angehalten hat als der der Eheschließungen. Also, folgert er, ist die Volksvermehrung nicht auf die zahlreicheren Eheschließungen, nicht auf wirtschaftliche Ursachen zurückzuführen, sondern auf eine direkte Stärkung der Volkskraft durch die Kriegsnot. Ferner: die Geburtenziffern nach den schweren Kriegsjahren 1813/15 sind höher angestiegen als die nach dem kurzen Deutsch-Französischen Kriege; also: je größer die Kriegsnot, um so stärker die Volksvermehrung. Unwillkürlich denkt man hier an das harte Wort Wilhelm Liebknechts von dem deutschen Professor, der alles beweisen könne. Herr Dennert tut er sicherlich unrecht. Er weiß wirklich nichts von den ökonomisch-gesellschaftlichen Faktoren, die die Geburtenzahl beeinflussen. Aber der Naturwissenschaftler hätte wenigstens sagen sollen, wodurch die Geburtenhäufigkeit nach dem Kriege physiologisch zustande kommt. Schon in normalen Zeiten besitzt der

Mensch so viel Fortpflanzungszellen, daß er eine um das Vielfache größere Zahl von Nachkommen zeugen könnte; von dem Verkehr der Geschlechter hängt die Geburtenzahl ab. Sollte der Krieg etwa darin eine Besserung herbeigeführt, vielleicht den Geschlechtstrieb erheblich gesteigert haben? Und ausgerechnet nur ungefähr zehn Jahre — denn dann wären die Geburtenziffern nach jenen beiden Kriegen wieder zur Norm zurückgekehrt! Dann müßte eigentlich öfter durch den Krieg nachgeholfen werden. . . .

Doch genug des grausamen Spiels. Wir wollen unseren Spott zügeln, um nicht Dennerts heiligste Gefühle zu verletzen. Denn die Ergebnisse seiner Untersuchung sind ihm eine starke Stütze seiner religiösen Anschauungen. Sie zeigen ihm, daß auch trübe Geschehnisse des Weltverlaufs wie Not und Elend die allgemeine Harmonie erhalten und wiederherstellen können, sie bestätigen ihm, daß es eine s i c k l i c h e W e l t o r d n u n g gibt. Es war eigentlich vorauszusehen, daß Dennert zu dieser Erkenntnis gelangen werde. Denn seine ganze schriftstellerische und öffentliche Tätigkeit hat bisher immer nur das eine Ziel verfolgt, den Glauben zu stärken; ist doch Dennert der geistige Führer des Keplerbundes, jener Organisation zur naturwissenschaftlichen Bekämpfung des Atheismus. Die Tendenz seiner Broschüre entspricht dem Programm des Keplerbundes so vorzüglich, daß sein Vorstand beschlossen hat, die »biologische Studie« Dennerts unentgeltlich an der Front, in den Lazaretten und im Volke zur Verteilung zu bringen. Fürwahr, an dieser Frucht kann man den Keplerbund erkennen!

Die Demokratisierung des Gemeindevahlrechts.

Von Richard Schiller.

Mitten in den leidenschaftlichen Auseinandersetzungen über die Demokratisierung Preußens spielt eine Nebenstreitfrage hinein, die so recht bezeichnend für unsere Klassenverhältnisse ist. Preußen muß demokratisiert werden, ist die selbstverständliche jahrzehntealte Losung der Sozialdemokratie. Zum Teil ist das auch die Losung des bürgerlichen Liberalismus, und die innerpolitische Krise Deutschlands hat uns ja auf Grund dieser Losungen eine scheinbare Kampfgemeinschaft der Linksparteien gebracht mit dem Ziele: Demokratisierung Junkerpreußens. Aber im Augenblick des Rüttschwurs tauchen bereits Zeichen auf, die uns lehren, daß in der Kampfgemeinschaft der Linksparteien die Begriffe über »Demokratisierung« alles andere, nur nicht einheitlich sind. Bei der Auffassung über die Gestaltung des Gemeindevahlrechts kommt das ganz unverhüllt zum Ausdruck. Bis in weite Kreise des Freisinns hinein denkt man nicht daran, die Demokratisierung Preußens in konsequenter Weise vom Staat als Ganzem auf die Zellen des Staates, die Kommunen, auszudehnen. Der Parteitag der Fortschrittlichen Volkspartei hat darüber kürzlich näheren Aufschluß gegeben. Der Liberalismus erwägt bereits, mit wieviel Bremsvorrichtungen er den Fortschritt hemmen kann.

Und im Anschluß an die Kommunaldebatten auf dem fortschrittlichen Preuentag proklamierte der linksliberale Berliner Stadtverordnete Justizrat Sonnenfeld in der »Liberalen Korrespondenz« den Grundsatz, daß es »rückhaltlos verneint werden muß«, ein Kommunalwahlrecht nach dem Muster des Reichstagswahlrechts als mit den Grundsätzen des Liberalismus vereinbar anzusprechen. Die »wirtschaftlichen und geistigen Leistungen« des Bürgertums in den Kommunen würden vernichtet, wenn das freie und gleiche Massenwahlrecht auch für die Kommunen eingeführt wird. Sie kommen also noch immer nicht los von der alten Doktrin, daß die Kommunen als Wirtschaftsbezirke und Brennpunkte der Intelligenz Bedeutung erlangt haben einzig und allein durch kapitalistischen Unternehmungsgeist einzelner Bürger. Den einzelnen allein gebührt die Ehre für den Aufschwung der Städte, sie allein sind

angeblich steuerkräftig, folglich gebührt ihnen der stärkste Einfluß auf die Verwaltung der Gemeinde, müssen ihnen Vorrechte gesichert bleiben. Käme das Reichstagswahlrecht, wenn auch mit der Klausel einer gewissen Anwesenheitsdauer, dann hätte ja die Masse der kleinen Zensiten dasselbe Recht, mitzustimmen über die Verwendung der Gesamtsteuererträge, wie es heute nur die wenigen Großzensiten haben.

Also: die Arbeiter, die ökonomisch betrachtet für die Wirtschaft doch noch wichtiger sind wie das Kapital, müssen rechtlos beiseite stehen, obgleich sie mit dem Wert ihrer Arbeit erst die Bedeutung des kommunalen Wirtschaftsbezirks schufen und Bürger mit Bürgerpflichten geworden sind, während gleichzeitig die relative Steuerleistung des einzelnen Arbeiterbürgers, die eine größere ist wie die des Großindustriellen oder Großbesizers und die Gesamtsumme der von den Arbeitern geleisteten Steuerquote ganz ohne ihre Mitbestimmung verwirtschaftet wird. Im Staate herrscht der Konservatismus, da steht der Liberalismus in Kampfstellung zu ihm. In den Kommunen herrscht der Liberalismus, folglich hat er kein Interesse an einer Änderung der Dinge, und in dem Augenblick, wo die Frage der Änderung dennoch akut wird, sehen wir nervöse Abwehr und offene Gegnerschaft gegen das demokratische Prinzip.

Auf diesen Zwiespalt in der politischen Seele des Bürgertums bauen die konservativen geschworenen Feinde jeder Ausdehnung des Wahlrechts ihren Plan. Im Juni dieses Jahres schrieb die »Deutsche Tageszeitung«:

Will man den Versuch einer Demokratisierung des Wahlrechts machen und die Wirkungen beobachten, die sich daraus ergeben, so liegt es doch auf der Hand, daß man mit den Versuchen dort einsetzt, wo von den daraus erwachsenden Gefahren nur ein verhältnismäßig geringer Prozentsatz der Gesamtbevölkerung eines Staates betroffen wird. Deshalb wäre zunächst die Reform des Gemeindewahlrechts auf demokratischer Grundlage gegeben, wobei sich einerseits erkennen ließe, welche Lehren daraus zu ziehen sind, andererseits die daraus zutage tretenden Gefahren aus der Demokratisierung des Wahlrechts schneller zu beseitigen wären, als wenn der Gesamtstaat mit einer Demokratisierung voranginge. Von den sichtbar werdenden Nachteilen eines demokratischen Gemeindewahlrechts würden höchstens einige hunderttausend Einwohner und das engere kommunale Leben betroffen, während andernfalls die Gesamtbevölkerung des Staates, Preußen als Staat und hiervon ausstrahlend die übrigen Bundesstaaten und damit das ganze Reich, unter den Nachteilen des demokratischen preussischen Wahlrechts zu leiden haben würden. Man sollte also ernstlich daran denken, erst das Gemeindewahlrecht zu reformieren, um eine bessere Grundlage für eine Änderung des Landtagswahlrechts zu haben, jedenfalls aber nicht umgekehrt verfahren.

Dieser mit scheinheiliger Miene vorgefragene Vorschlag ist allerdings nicht neu. Bereits vor elf Jahren hat ihn der konservative Abgeordnete Freiherr v. Zedlitz gemacht, als im Preussischen Abgeordnetenhaus die Freisinnigen mit großem Pathos die Übertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen forderten. Zedlitz rief damals den Liberalen, das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht für die Kommunalwahlen so einmal zehn Jahre auf Probe zu bewilligen, und fügte seinem Vorschlag höhnisch hinzu:

»Wenn Sie nach zehn Jahren noch darauf bestehen, dann würden wir uns überreden lassen, in dieser Beziehung noch weiter zu gehen. Solange Sie aber nach dieser Richtung hin nicht mit Anträgen und Wünschen an uns herantreten, werden Sie es uns nicht übelnehmen, wenn wir Ihre Vorliebe für das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht für Preußen für platonisch halten, als eine von denjenigen Forderungen, die man aufstellt, weil man sicher ist, daß sie niemals in Erfüllung gehen.«

Wie Jedlitz selbst im Scherz nur eine Demokratisierung des Wahlrechts in den Städten vorschlug, so spricht auch die »Deutsche Tageszeitung« nur von diesen, nur von »höchstens einigen hunderttausend Einwohnern«. In den Landgemeinden soll alles beim alten bleiben, in die agrarischen Gefilde darf der neue Geist auf keinen Fall hinein. Das durchschauen natürlich auch die Liberalen, und sie können mit gutem Recht eine Demokratisierung in diesem konservativen Stil ablehnen.

Daraus ergibt sich aber aller Wahrscheinlichkeit nach eine Kompromißstimmung im Preussischen Abgeordnetenhaus, die für die Demokratisierung des Gemeindegewahlrechts verhängnisvoll werden kann. Mit ganzem Erfolg werden sich die Reaktionsäre nicht mehr »den Erfordernissen der Zeit« entgegenstemmen können. Wenn sie es aber schon nicht mehr verhindern können, daß das Dreiklassenwahlrecht im Staate fällt, so werden sie für ihre bisherigen Interessendomänen zu retten suchen, was zu retten ist. Da kommen sich die Liberalen und die Konservativen von selbst entgegen. Die einen möchten an den Zuständen in den Landgemeinden nichts geändert haben, die anderen möchten es in den Städten nicht zu umfassenden Umgestaltungen kommen lassen. Da auch das Zentrum ein starkes Interesse daran hat, seine weltlichen »Interessensphären« nicht gar zu rasch unter die »Massenherrschaft« der Sozialdemokratie zu bringen, so ist die Möglichkeit nicht ausgeschlossen, daß der Kampf um Einführung des allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlrechts für den Preussischen Landtag mit einem Kompromiß zum Schaben der Demokratisierung des Gemeindegewahlrechts enden wird. Sollte das preussische Dreiklassenhaus wirklich dem Drucke der Zeitumstände nachgeben und für Preußen das Reichstagswahlrecht, gleichviel ob mit oder ohne Proporz, einführen, dann werden ohne Zweifel die bürgerlichen Parteien versuchen, die Neuorientierung von den Kommunen so lange wie möglich fernzuhalten. Dies ist für die Masse der Bevölkerung um so verhängnisvoller, weil gerade nach Beendigung des Krieges die Kommunen vor gewaltige neue Aufgaben gestellt sind, die nur ganz ungenügend gelöst werden können, wenn die kommunalpolitischen Verhältnisse Preußens mitten im Gärungs- und Umwandlungsprozeß stehen. Hier sollte sofort auch für diesen Kampfabschnitt völlige Klarheit geschaffen werden. Die Sozialdemokratie muß mit größter Entschiedenheit alles daran sehen, daß diese Verschleppungs- und Zerstückelungstaktik im Kampfe um die Gesamtdemokratisierung Preußens verhindert wird. Für uns gibt es da keine Kompromisse. Für die freihellische Entwicklung der Kommunen gelten nach wie vor unsere alten Hauptforderungen: Kein Bürgerrechtssystem, kein Zensuswahlrecht; gleiches, direktes, allgemeines und geheimes Wahlrecht und Rücksichtnahme auf die starken Minderheiten durch Einführung des Proporztes. Ausdehnung dieser Reformen auch auf die Landgemeinden, Beseitigung des Hausbesitzerprivilegs und Wahlrecht für die Frauen.

Auf dieser Grundlage müssen alle wirklichen Fortschritts- und Wahlrechtsfreunde gesammelt werden. Eine starke Phalanx ist auch hier nötig, soll nicht kostbare Zeit verloren gehen.

Krieg und Zwangserziehung.

Von Hugo Schotte (Wasselford).

Angesichts der Klagen über die angebliche oder wirkliche Zunahme der Verwahrlosung der Jugend während der Kriegszeit, insbesondere der schulentlassenen Jugendlichen, ist es gewiß von Interesse, zu erfahren, welchen Einfluß die Kriegsverhältnisse auf die Zahl und die Ursachen der Überweisung Jugendlicher in Fürsorgeerziehung — im Volksmund »Zwangserziehung« genannt — bisher ausgeübt haben. Nicht selten allerdings kommen diese Klagen über zunehmende Verwahr-

losung aus denselben Kreisen, die sonst den Krieg als den großen Erzieher, Erneuerer und Kulturförderer feiern und die den Gedanken eines ewigen Friedens ablehnen, weil nach ihrer Meinung ein solcher dauernder Friedenszustand zur Verweichlichung und zum sittlichen Niedergang des Volkes führen würde. Die Fürsorgeerziehung Minderjähriger ist in Preußen durch Gesetz vom 2. Juli 1900 geregelt. Danach kann unter bestimmten Voraussetzungen auf Antrag der zuständigen Verwaltungsbehörden (Gemeindebehörde, Landrat, K. Polizeibehörde usw.) durch Beschluß des Vormundschaftsgerichts den Eltern die natürliche Gewalt, das Erzieherrecht über ihre Kinder entzogen werden. Die Kinder werden dann in der Regel in von den Provinzialverbänden errichteten und unter deren Verwaltung stehenden Fürsorgeerziehungsanstalten untergebracht, zu einem kleinen Teil auch anderweitig in Familienerziehung — meistens als Lehrlinge und Diensthofen oder Gesinde bei Landwirten und Kleinhandwerkern — gegeben. Durch Novelle vom 7. Juli 1915 ist die Überweisungsmöglichkeit noch erweitert worden, um »dem vorbeugenden Charakter des Fürsorgeerziehungsgesetzes in höherem Maße Geltung zu verschaffen, als dies bis dahin möglich war, und die Schwierigkeiten aus dem Wege zu räumen, die sich bis dahin der Überweisung von noch ganz jugendlichen Personen entgegengestellt hatten«. So lautet wenigstens die Erläuterung dieser Gesetzesänderung im letzten Jahresbericht der Rheinprovinz, dem auch die nachfolgenden Angaben entnommen sind.

Die Verwaltung der am stärksten bevölkerten und industriereichsten Provinz Preußens, der Rheinprovinz, die über 7 Millionen Einwohner zählt, hat kurz nach Beginn des Krieges an die zur Stellung von Anträgen auf Überweisung zur Fürsorgeerziehung berufenen Behörden das Ersuchen gerichtet, in Rücksicht auf die durch den Kriegsausbruch hervorgerufenen »Erschwernisse mannigfacher Art« sich bei den Anträgen auf Überweisung möglichste Zurückhaltung aufzuerlegen. Das Ersuchen hat dann jedoch gleich zu Anfang des Rechnungsjahres 1915/16, »nachdem die größten Schwierigkeiten überwunden waren, eine gewisse Einschränkung erfahren«. Außerdem erwartete man infolge der obenerwähnten Novelle, die am 3. August 1915 in Kraft trat, eine stärkere Überweisung von Fürsorgezöglingen. Während bis dahin außer den Voraussetzungen des § 1666 oder des § 1838 BGB. von den Vormundschaftsgerichten geprüft werden mußte, ob die Fürsorgeerziehung erforderlich war, um die Verwahrlosung des Minderjährigen zu verhüten, ist nach der neuen Vorschrift lediglich festzustellen, ob eine andere Unterbringung des Minderjährigen zu diesem Zwecke notwendig ist und ob eine geeignete Unterbringung nicht ohne Inanspruchnahme öffentlicher Mittel erfolgen kann. »Die erwartete Wirkung« — so heißt es im Bericht — »ist indessen, und zwar, wie die mitgeteilten Statistiken erkennen lassen, auch in anderen Provinzen ausgeblieben. Es sind sogar in mehreren Provinzen die Überweisungen auf Grund der Ziffer 1 des § 1 gegen das Vorjahr gesunken, in der Rheinprovinz um 8,70 auf 20,82 Prozent, dagegen bei den Ziffern 2 und 3 hier um 0,44 auf 1,76 Prozent und 8,26 auf 77,42 Prozent gestiegen, und dementsprechend ist hier auch die Zahl der im 16., 17. und 18. Lebensjahr stehenden Minderjährigen um 8,24 auf 42,07 Prozent gestiegen.«

Die Zahl der während des Berichtsjahres 1915/16 (1. April 1915 bis 31. März 1916) rechtskräftig für die Fürsorgeerziehung in der Rheinprovinz überwiesenen Minderjährigen betrug 1935 gegen 1738 im Vorjahr (das schon 8 Kriegsmonate umfaßte). »Sind dies auch rund 200 mehr, so bleibt die Zahl doch noch um mehr als 600 hinter der des letzten Friedensjahres zurück.« »Zu einem guten Teil« werde das seinen Grund haben in dem — eingangs bereits erwähnten — Ersuchen an die Behörden, sich bei den Überweisungen möglichste Zurückhaltung aufzuerlegen. Es sind überwiesen auf Grund § 1 des Gesetzes, Ziffer 1 402, Ziffer 2 34 und Ziffer 3 1498 Zöglinge. Von den überwiesenen waren 121 noch nicht schulpflichtig; 874 waren schulpflichtige (davon 222 Mädchen) und 940 Schulentlassene (darunter 386 weibliche). Das noch nicht schulpflichtige und schulpflichtige Alter war somit mit

995 oder 51,38 Prozent Überweisungen beteiligt (im Vorjahr 854 gleich 49,14 Prozent); die Gruppe der im nachschulspflichtigen Alter Überwiesenen stellte 940 oder 48,62 Prozent (im Vorjahr 884 gleich 50,86 Prozent). Im Jahresdurchschnitt entfallen auf je 10 000 Einwohner der Provinz 2,72 Überweisungen (im Vorjahr 2,44). Die Jahresdurchschnittsziffern der einzelnen Städte und Kreise sind überaus verschieden; sie bewegen sich zwischen 0,24 (St. Goar) und 9,37 (Trier) auf 10 000 Einwohner. Auf Trier folgen von den bekannteren Industrie- und Großstädten: Essen mit 6,55, Aachen mit 6,47, Koblenz mit 6,02, Homborn mit 5,41, Solingen mit 4,75, Elberfeld mit 4,64, M.-Gladbach mit 4,37, Duisburg mit 3,62, Barmen und Bonn mit je 3,37, Düsseldorf mit 3,34, Köln mit 2,95, Remscheid mit 2,77, Krefeld mit 2,70, Mülheim (Ruhr) mit 2,48, Oberhausen mit 2,11. Irgendwelche Schlüsse auf die mehr oder minder große »Verdorbenheit« dieses oder jenes Bezirkes lassen sich jedoch aus diesen Ziffern keineswegs ziehen, da — wie auch der Bericht in jedem Jahr von neuem betont — »die Handhabung des Gesetzes durch die Antragsbehörden und Vormundschaftsgerichte« eine »sehr verschiedenartige«. Für das Rechnungsjahr 1916/17 liegen die Ziffern der Überweisungen bisher nur für die Zeit vom 1. April 1916 bis 31. August 1916 vor; sie betragen in diesen 5 Monaten 863 insgesamt. Im Durchschnitt der letzten 15 Jahre entfallen auf je 10 000 Einwohner der Provinz 33,93 Überweisungen, während sich zum Beispiel diese Ziffer für die Stadt Trier auf 82,46 Überweisungen stellt, ferner für Aachen auf 77,04, Elberfeld 74,86, Essen 71,37, Solingen 70,44, Köln 46,23, Düsseldorf 42,43, Duisburg 35,04, Homborn 17,01.

Aber die Einwirkungen der Kriegsverhältnisse auf die Überweisungen heißt es im Bericht der Anstalt Solingen:

»Gesamtcharakter der Zöglinge. Unter den neu eingelieferten Zöglingen trafen zwei Typen besonders hervor, einmal solche mit ausgesprochen sozialen Neigungen, darunter viele Psychopathen, denen die durch den Krieg geschaffenen Verhältnisse ein Feld zur Betätigung ihrer kriminellen Veranlagung boten. Dazu gehörte die Unterschlagung von Liebesgaben als Hilfspostbeamter, das Umherziehen in militärischer Verkleidung mit falschen Orden und Ehrenzeichen zu betrügerischer Ausnutzung des dadurch hervorgerufenen Interesses, das Herumtreiben im Felde und hinter der Front unter der Flagge der Pfadfinder.«

Leider wurden auch eine ganze Reihe von solchen Zöglingen eingeliefert, die aus anständiger Familie entstammen und vor Ausbruch des Krieges eine gute Führung gezeigt hatten; sie sind gewissermaßen als Opfer des Krieges zu betrachten, insofern nämlich, als ihre Verwahrlosung unmittelbar darauf zurückzuführen ist, daß ihre Väter im Kriege stehen und ihren Pflichten als Erzieher nicht nachkommen konnten.«

Die Anstalt Rheindahlen, die als »Sammelbecken für schwer erziehbare Zöglinge« gilt, betont: »Im allgemeinen ist aber zu bemerken, daß die Zöglinge gegenüber den Elementen, mit denen man es im Frieden zu tun hatte, besser und leichter lenkbar sind. Es mag das darauf zurückzuführen sein, daß einerseits der größte Teil der älteren Jungen als militärpflichtig eingezogen worden ist, und andererseits, weil der Vater Soldat ist, der Überweisungsbeschuß zur Fürsorgeerziehung leichter gefaßt wird. Hieraus ergibt sich ein geringeres Durchschnittsalter sämtlicher Zöglinge, und ebenso verfrüht sich der Zeitpunkt der Überweisung.«

Die Anstalt Fichteuhain bei Krefeld berichtet: »Von wenigen Ausnahmen abgesehen, machen die Zöglinge den Erziehern wenig Schwierigkeiten. Sehr viel trägt das Bewußtsein bei, daß die Zöglinge es jetzt viel besser in der Anstalt haben als zu Hause, wo die Lebensmittel recht knapp sind... Die Bestrafungen nahmen ab. Sie würden noch mehr abnehmen, wenn wir unsere alten Erzieher wieder hier hätten, die jetzt notdürftig durch Hilfspersonal ersetzt werden.« Die Verpflegungsfrage erwähnt auch der Solinger Bericht: »Die durch die Kriegslage gebotenen Einschränkungen in der Ernährung wurden von den Zöglingen willig und ohne Murren angenommen.« Nur Günstiges weiß derselbe Bericht über die zum

Heeresdienst eingezogenen Jöglinge zu melden: »Mit den meisten von ihnen steht die Anstalt in regem Briefwechsel. In vielen der Briefe trat eine erfreuliche Anhänglichkeit der Jöglinge an die Anstalt hervor, auch zum Teil bei solchen Jöglingen, die früher der Erziehung viel Schwierigkeiten bereitet hatten. ... Mehrere der Jöglinge sind durch Beförderung und das Eiserne Kreuz ausgezeichnet.«

Dies das Wesentlichste aus den Angaben über das Fürsorgeerziehungswesen der Rheinprovinz während der Kriegszeit; sie reichen bis Mitte 1916.

In den anderen preussischen Provinzen dürften die Verhältnisse kaum viel anders liegen.

Es wäre natürlich verfehlt, aus dem Mitgeteilten schon endgültige Schlüsse über die Steigerung der Überweisungen zur Zwangserziehung während des Kriegszustandes ziehen zu wollen. Die sich immer schwieriger gestaltenden Verhältnisse, insbesondere die Nöte in der Lebensmittelversorgung, können diese Ziffern noch ungünstig beeinflussen. Jedenfalls kann aber wohl schon heute die vielfach verbreitete Ansicht als irrig zurückgewiesen werden, das jetzige Verhalten der Jugend führe zu einer erschreckenden Zunahme der Inassen der Zwangserziehungsanstalten. Selbst wenn die bisher festgestellten Zahlen sich noch um ein wesentliches erhöhen würden, liegt, unter Berücksichtigung der gesamten Verhältnisse, kein Anlaß zu jener Befürchtung vor. Es zeigt sich hier dasselbe wie bei dem — ja auch dieses Gebiet berührenden — Sparzwang: Einzelvorkommnisse werden verallgemeinert und lassen dann die Dinge in einem ganz falschen Lichte erscheinen. Daß die verschiedenen Umstände, die jahrelange Abwesenheit des Vaters, die Fabrikarbeit der Mutter, die gerade für das Kindesgemüt so gefährliche Kriegssphäre — die zudem oft von chauvinistischen »Erziehern« noch gesteigert wird —, daß dies alles die Erziehung erschwert und ungünstig beeinflusst, ist selbstverständlich. Und wenn der Solinger Bericht über die »aus anständigen Familien stammenden Jöglinge« sagt, sie seien »gewissermaßen als Opfer des Krieges zu betrachten«, so gilt dieser Satz heute für die Kinder, und namentlich für die der Minderbemittelten allgemein; sie sind Opfer des Krieges in mehr als einer Beziehung, und je eher diesem graufigen Zustand ein Ende bereitet wird, desto eher wird sich auch unsere Jugend wieder erholen.

* * *

Im Anschluß hieran einiges über die Einwirkung der Kriegsverhältnisse auf die rheinische Zwangsarbeitsstätte für großjährige Korrigenden, die Provinzialarbeitsanstalt Brauweiler. Hier äußern sich diese Einwirkungen in einem erheblichen Anwachsen des Zuschusses zum Etat. »Die Zahl der Anstaltsinassen, und vor allem der arbeitsfähigen, geht ständig zurück, Folge ist, daß die Einnahmen aus dem Arbeitsbetrieb sich verringern, andererseits die Kosten der Verpflegung bei den außerordentlich hohen Preisen aller Verpflegungsbedürfnisse wachsen und die Generalkosten, insbesondere die Kosten des Beamtenapparats die gleichen bleiben.« Für 1915/16 war ein Provinzialzuschuß von 288 000 Mark vorgesehen, erforderlich war ein solcher von 513 588 Mark; für 1916/17 sind 423 000 Mark, für 1917/18 464 500 Mark in den Etat eingeseht worden. Die durchschnittliche Belegstärke betrug im Berichtsjahr 1915/16 1017 Korrigenden und Ortsarme (im Vorjahr 1064); die Zahl der Korrigenden allein betrug 957 (im Vorjahr 1007). Für 1917/18 wurde eine Belegstärke von 902 Personen angenommen, darunter 700 Korrigenden. Über Arbeitsbetrieb und Gesundheitszustand bemerkt der Bericht für 1915/16: »Infolge der Kriegsverhältnisse ging der Bestand an männlichen Korrigenden vom Beginn bis zum Schlusse des Berichtsjahres andauernd zurück, nämlich von 727 auf 506. Die Zahl der weiblichen Korrigenden stieg von 212 bis zum 3. Februar 1916 auf 435, ging dann aber bis zum Jahresluß wieder auf 377 zurück. ... Bei den während des Krieges eingelieferten Männern befindet sich eine große Zahl von Leuten, die wegen körperlicher und geistiger Gebrechen eigentlich gar nicht in ein Arbeitshaus, sondern in eine Pflgeanstalt gehörten. Die Anstalt ist jetzt dadurch mehr Pflge- als Arbeitshaus.«

Literarische Rundschau.

E. d. David, *Wer trägt die Schuld am Kriege?* Rede, gehalten vor dem holländisch-skandinavischen Friedenskomitee in Stockholm am 6. Juni 1917. Herausgegeben vom Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Berlin, Buchhandlung Vorwärts. 40 Seiten. 1 Mark.

Die Delegation der deutschen Mehrheit hat bei den Vorbesprechungen zu der Stockholmer Konferenz die Forderung aufgestellt, auf dieser Zusammenkunft solle die Frage der Schuld am Kriege nicht erörtert werden. Das entsprach der ganzen bisherigen Haltung der deutschen Mehrheit. Entweder sagte man, es sei unmoralisch, nach Schuldigen zu suchen — der Kapitalismus sei der Schuldige —, oder das vorhandene Material reiche nicht aus, die Frage zu beantworten. Nachdem aber die Delegation verlangt hatte, die Schuldfrage solle nicht erörtert werden, beauftragte sie ihren Wortführer David damit, gerade diese Frage besonders ausführlich zu beantworten. Sie bezeugt damit, daß sie doch der Ansicht ist, das Problem dürfe und könne heute schon behandelt werden, daß sie es aber freilich nicht über all erörtert sehen will.

Sie hatte nichts dagegen, daß David in dem nichtöffentlichen kleinen Kreise des Komitees als Ankläger der Sozialisten Frankreichs und Englands in deren Abwesenheit auftrat. Sie hat auch nichts dagegen, sondern bewirkt es, daß der Vortrag in Deutschland erscheint, wo, wie sie sehr wohl weiß, nicht nur die Angeklagten, sondern auch die Kritiker seines Standpunktes im Lande selbst unter den gegebenen Verhältnissen nicht in der Lage sind, sich frei zu äußern.

Sie sträubt sich aber entschieden dagegen, daß die Schuldfrage dort erörtert wird, wo es, wie bei der Plenarsitzung in Stockholm, in voller Öffentlichkeit in Anwesenheit der von ihr Angeklagten in voller Freiheit geschehen kann.

Wenn schon nicht ein Gefühl der Gerechtigkeit oder des Anstandes, so hätte schon bloße Berechnung der Klugheit David und seine Leute verhindern müssen, die vorliegende Schrift gerade jetzt zu veröffentlichen. Halten sie nun ihren Einspruch gegen die Erörterung der Schuldfrage in Stockholm noch aufrecht, dann wird man hinfort in dieser Forderung nichts erblicken als ein Geständnis, daß ihnen selbst jede Zuversicht zu ihrer Sache fehlt. K. K.

Nadja Straßer, *Die Russin*. Berlin, S. Fischer. 262 Seiten. Preis gebunden 4,50 Mark.

Die russische Revolution, der Aufruf Kerenskis zur Mobilisierung der weiblichen Arbeitskräfte, die Todesbataillone russischer Frauen geben dem Buche Nadja Straßers eine aktuelle Bedeutung. Aber auch ohne diese politischen Anlässe verdient es, eifrig gelesen zu werden, da es nicht nur eine Menge in Deutschland wenig bekannter Tatsachen enthält, sondern das Schicksal der russischen Frau seit der französischen Revolution darstellt im Zusammenhang mit der kulturellen Entwicklung der russischen Intelligenz. Dabei hält sich die Verfasserin trotz durchgängig sozialpsychologischer Betrachtungsweise fern von jener ideologisch konstruierenden Art, über russische Dinge zu schreiben, wie sie in der im gleichen Verlag erschienenen Schrift von Leuthner über den »russischen Volksimperialismus« grotesken Ausdruck findet. Natürlich konnten die wirtschaftlichen Umwälzungen nur angedeutet werden, und der geographische Faktor scheint mir im einleitenden Kapitel etwas zu stark betont. Wertvoll ist vor allem die Darstellung der verschiedenen Typen der russischen Frau, von der Fürstin Daskow, der wissenschaftlich gebildeten Politikerin der Hofgesellschaft Katharinas II., bis zu den Heldinnen der Narodniki, der Terroristinnen der achtziger Jahre und der Kämpferinnen von 1905 sowie der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterin der Gegenwart. Es soll hier keine

Inhaltsangabe gegeben werden, sondern nur ein Hinweis und eine Aufforderung zur Lektüre dieses Buches über die russische Frau, das trotz allem, was in deutscher Sprache über Rußland geschrieben wurde, zum ersten Male nicht nur eine Übersicht über die Rolle der russischen Frau im politischen Leben des Zarenreiches gibt, sondern auch, mit echt russischer Universalität geschrieben, die Geschichte der revolutionären Kräfte in Rußland mannigfach beleuchtet und die Wechselwirkung zwischen allgemeiner Entwicklungsrichtung und der besonderen Stellung der Frau sehr fein betont. Nadja Straßers »Russin« verdient daher die Aufmerksamkeit der Sozialisten, vor allem auch der Genossinnen in einer Zeit, wo wiederum Rußland als Hort der Revolution die Blicke des internationalen Proletariats auf sich lenkt.

O. J.

Bücher, Karl, ordentlicher Professor der Nationalökonomie an der Universität Leipzig, *Die deutsche Tagespresse und die Kritik*. Tübingen 1915, Verlag von J. C. B. Mohr (Paul Siebeck), ausgegeben im April 1917. 108 Seiten.

Karl Bücher hat während des Krieges in seiner Schrift »Unsere Sache in der Tagespresse« und in Sammelwerken unsere Presse während des Krieges kritisiert. Wir konnten nicht finden, daß er eine zu scharfe Klinge geführt hätte; doch hat er gar viele verlegt und schroffe Antworten, auch sehr ungerechte und hochmütige ausgelegt. Das Kriegsprinzip vieler Zeitungen, unsere Zustände für tabellos und die der Gegner ruchlos zu erklären, steigert sich in der Presse, die sich gerne ins hellste Licht stellt. Viele Zeitungen lieben die »Selbstreklame«. Während des Krieges war die Sucht stark, alles Deutsche ins hellste Licht zu setzen und verächtlich von denen im Feindesland zu reden, die nach den gleichen Grundsätzen handelten.

Man kann aus mannigfachen Gründen über die Presse heute nicht mit voller Rückhaltlosigkeit schreiben, es lassen sich auch nicht alle Schwierigkeiten aufdecken, unter denen die Presse heute zu wirken hat. Ausreichende Vergleichsmöglichkeiten mit dem Ausland fehlen. Wenn man einmal die Rückwirkung des Krieges auf den geistigen und kulturellen Zustand der Völker gerecht abwägend klarstellen wird, so wird man der Presse als Subjekt und Objekt dieser Wirkung einen breiten Raum widmen müssen. Wir Älteren werden kaum eine national unbeeinflusste Darstellung dieser überaus merkwürdigen Kriegswirkungen lesen können. Wir werden uns mit Bausteinen zu diesem späteren Werke begnügen müssen. Ein solcher ist eine Darstellung der Bedingungen, unter denen die Presse während des Krieges zu wirken hat, wobei durchaus nicht nur gesetzliche Schranken, sondern auch viel eigener Wille, viel Übereifer und Selbstgefälligkeit, viel Nachgiebigkeit und ebensoviel Mangel an kritischem Vermögen den Ausschlag gaben. Es war einer der größten Fehler vieler deutscher Zeitungen, als sie in den ersten Kriegsmonaten den Engländern vorwarfen, daß sie nach dem Grundsatz handeln, es ist gleichgültig, ob recht oder unrecht, ich trete für mein Vaterland ein. Dieser englische Grundsatz ist im Verlauf des Krieges über alle Länder siegreich dahingeschritten, er erklärt viele Einseitigkeiten und Schroffheiten, so manchen Widerspruch zu den Grundsätzen, die die Menschheit vor dem Kriege bestimmten. In diesem Zusammenhang muß man den Zustand der Presse beurteilen, von dem Bücher sagt, daß er das ganze Volk angeht, von dem, »wie nun einmal die Dinge liegen, seine nationale Zukunft abhängt«. Wenn Theodor Curti vor seinem Tode sagte, die Zeitung komme ihm kulturlos vor, so vermag ich das Wort eines angesehenen bürgerlichen Journalisten aus der Kriegszeit anzuführen: »Wir werden nach dem Kriege uns neu das Vertrauen der Leser zu erringen haben.« Unter diesen Verhältnissen mußte es einem Manne der Wissenschaft wie Karl Bücher, der mit großem Anteil die Verhältnisse der Zeitungen verfolgte, sehr wichtig erscheinen, den Zustand der Presse während des Krieges kritisch zu betrachten. So viel Dank man ihm hierfür schuldet, so muß man doch feststellen, daß ein rückhaltloses und erschöpfendes Urteil über die Zeitung während des Krieges heute nicht möglich ist. Bei allem Bedauern über den Zustand der Presse

sind auch die außerordentlichen Schwierigkeiten der redaktionellen Wirkjamkeit während des Krieges zu würdigen, die auch ein so kundiger Mann wie Bücher, der während des Krieges ferne vom Redaktionsstempel wissenschaftlich arbeitete, nicht restlos einschätzen kann. Damit soll die vielfach ungerechte und unwürdige Polemik gegen Büchers Äußerungen über die Presse während der Kriegszeit weder beschönigt noch entschuldigt werden. Aber wir glauben, daß in der Bücherschen Antikritik manche Ausführungen milder abgefaßt worden wäre, wenn er sich all dieser Schwierigkeiten hätte bewußt sein können. Hat der Krieg bei allen Menschen Aufregungen gezeitigt, so besonders starke bei den Journalisten. . .

Würde Bücher in irgendeiner europäischen Redaktion während des Krieges gewirkt haben, so würde er die Schwierigkeiten seiner einfachen Verpflichtung erkannt haben, »der Wahrheit und nur der Wahrheit zu dienen«. Bücher würde als aktiver Journalist auch empfunden haben, wie verschieden die Meinung über das ist, was »wirklich dem nationalen Besten entspricht«. Schon in Friedenszeiten herrschten darüber sehr abweichende Meinungen in der Presse, aber in Kriegszzeiten herrscht hierüber in der Presse nicht nur die Meinung der Presse. Aber Bücher hat durchaus ein Recht zur Beschwerde, daß die Art, wie seine wohlgemeinte Kritik in der Presse behandelt wurde, oft abstoßende Formen annahm. Wir verstehen, daß ein Mann, der dem Studium der Presse vielen Eifer und Liebe widmet, wie Bücher, lebhaft beunruhigt wird durch die Methoden dieser Kritik.

Aber Bücher verallgemeinert vielleicht zuviel, so, wenn er meint, daß keine Zeitung in Deutschland ihre Spalten seinen Urteilen über die Presse geöffnet hätte. Wenn ein erfahrener Journalist einmal gesagt hat, daß die Arbeit des Redakteurs am besten beurteilt wird nach dem, was er in den Papierkorb wirft, so müßte man für die Kriegszeit sagen, daß man den Redakteur nicht nur nach dem beurteilen darf, was er tatsächlich veröffentlicht hat, sondern auch nach dem, was er veröffentlichen wollte. Derartige Gedanken spinnt man besser nach dem Kriege fort, dann wird hoffentlich auch ein neues Buch von Bücher über die Presse während des Krieges erscheinen, das schon wegen der Beruhigung der dann Kritisierten weit weniger erregt von den Zeitungredakteuren aufgenommen werden wird.

Das Buch über die deutsche Zeitung im Kriege ist Büchers temperamentvolle und kampfesrische Schrift nicht. Aber es ist ein Buch mit vielen guten und nützlichen Gedanken und Anregungen, denen wir weiteste Verbreitung wünschen. Gerade die Männer von der Presse, die ununterbrochen — mehr als vielen lieb ist — aburteilen müssen, sollten dankbar sein, wenn sachlich, auch wenn es strenge ist, über sie geurteilt wird.

Auch die Presse bedarf des Spiegels, sie, die der Welt so vieles zu spiegeln hat. Wir freuen uns deshalb der Streitschrift von Bücher! Die Produzenten und Konsumenten der Zeitungen aller Parteien sollten nicht achtlos an dieser wichtigen Schrift über das Zeitungswesen im Kriege vorbeigehen. ad. br.

Dr. Richard Pöhlle, St. Petersburg. Herausgegeben vom Institut für Meereskunde an der Universität Berlin. Heft 128 der Sammlung Meereskunde. Berlin 1917, Verlag Mittler & Sohn. 38 Seiten. Geheftet 60 Pfennig.

Der Verfasser ist ein ausgezeichnete Kenner Rußlands, vor allem der russischen Ostseegebiete. So konnte es ihm gelingen, auf knapp bemessenem Raume ein anschauliches und umfassendes Bild der russischen Hauptstadt, ihrer Entstehung und Entwicklung und ihrer gegenwärtigen Bedeutung zu entwerfen. Pöhlle zeigt zunächst, wie die Gründung Petersburgs durchaus nicht etwa ein autokratisch-launischer Willkürakt Peters des Großen war, wie vielmehr geographische, strategische und wirtschaftspolitische Gesichtspunkte gerade an der Newamündung in damaliger Zeit zur Anlage der Hauptstadt des politisch sich zur Großmacht entwickelnden Zarenreichs führen mußten und wie trotz der Ungunst der Verhältnisse,

trotz natürlicher und politischer Hindernisse in kurzer Zeit hier eine Millionenstadt erwuchs. Nach wenigen Jahren hatte Petersburg als Hafenstadt — mit Kronstadt als Vorhafen — Archangel den Rang abgelassen. Hier war es tatsächlich gelungen, »ein Fenster vom Moskowiterreich nach Europa durchzubringen«. Aber doch erreicht Petersburg, was den Handel anbelangt, die baltischen Häfen Rußlands durchaus nicht an Bedeutung. Das ist bedingt durch das ungünstig ausgestattete Hinterland, die verhältnismäßig schlechte Eisenbahnverbindung mit dem übrigen Rußland, vor allem durch die Wurzel alles Übels, durch die völlig exzentrische Lage Petersburgs: die Stadt liegt eingeklemmt zwischen Finnland und den gleichfalls nicht nationalrussischen baltischen Ostseeprovinzen als weit nach Westen vorgeschobener Brückenkopf. Erst während des gegenwärtigen Krieges hat sich das zugunsten der Stadt geändert: das Bahnetz ist gewaltig ausgebaut worden, die Kriegsindustrie hat ihren Hauptsitz in Petersburg, und vor allem ist hier der Herd der Revolution, der Kern der politischen Umwälzungen, die das Zarentum stürzten und ein neues Rußland zu schaffen im Begriff sind, eine Tatsache, die unverkennbar auch die ideale Bedeutung Petersburgs gegenüber Moskau ganz erheblich gesteigert hat.

Die Arbeit verdient sehr, gerade im gegenwärtigen Zeitpunkt empfohlen zu werden.

O. g. Engelbert Graf.

Notizen.

Nochmals Frauenarbeit und Volksvermehrung. Die bereits in einem Artikel und einem Nachtrag¹ erörterte Frage des Zusammenhanges zwischen niedrigem Einkommen, Frauenarbeit und sinkender Geburtenziffer sei hier noch durch ein umfangreicheres Material belegt, um so ein für alle Fälle ausreichendes Material aus Orten mit voneinander abweichenden sozialen Verhältnissen bereitzustellen. Es sind daher unten die Ergebnisse aus verschiedenen Berufs- und Volkszählungen, Steuerstatistiken und Krankenkassenstatistiken² zusammengestellt und daraus die Schlüsse gezogen worden.

1. Einkommen und Frauenarbeit.

Ein Vergleich der Verteilung der Einkommensteuerepflichtigen mit Einkommen bis zu 3000 Mark auf die Steuerstufen von 900 bis 1200, 1201 bis 1500 und 1501 bis 3000 mit dem Anteil der Frauen an der Gesamtzahl der Versicherten in den Krankenkassen zeigt uns den Zusammenhang oder die Wechselwirkung zwischen gesteigerter Anwendung der Frauenarbeit und niedrigem Einkommen.

	Auf 1000 Steuerzahler mit Einkommen bis zu 3000 Mk. kamen in den einzelnen Steuerstufen			Auf 1000 Mitglieder der Krankenkassen kamen Frauen
	900 bis 1200	1201 bis 1500	1501 bis 3000	
In Bremen (Staat) 1911	494	223	283	222,1
- Krefeld 1913	526	266	208	387,6
In Krefeld	+ 32	+ 43	- 75	+ 165,5

2. Frauenarbeit und Geburtenziffer.

Je mehr Frauen erwerbstätig sind, desto niedriger ist die Geburtenziffer. Es kamen im Jahre:

¹ Vergl. Nr. 26 vom 30. März, S. 626, und Nr. 13 vom 29. Juni, S. 311.

² Quellen: Jahrbuch für bremische Statistik 1912, Berufs- und Betriebszählung im bremischen Staate 1912 (Bremen 1914), Monatsberichte des Statistischen Amtes Bremen, Taschenbuch des Statistischen Amtes Düsseldorf 1913, Verwaltungsberichte der Stadt Krefeld, Krankenkassenberichte der Ortskrankenkassen der Städte Krefeld und Kottbus, Dr. Most, Bevölkerungswissenschaft, Verlag Göttingen.

	1907 auf 1000 weibliche Einwohner Arbeiterinnen	1908 auf 1000 Ein- wohner Lebendgeburt
In Duisburg	5,3	40,0
- Essen	6,1	36,6
- Düsseldorf	9,8	31,2
- Bremen (Staat)	10,0	29,5
- Krefeld	17,4	24,9

Einen wichtigen Einblick in die Geburtenabnahme unter der arbeitenden Bevölkerung bietet die Krankenkassenstatistik. In Krefeld, wo im Jahre 1907 auf 1000 Erwerbstätige 426,1 weibliche kamen, wurden in der Ortskrankenkasse für Fabrikbetriebe auf 1000 weibliche Mitglieder im Jahre:

1904	1905	1906	1907	1908	1909	1910	1911	1912
73,8	82,5	69,8	71,1	70,7	71,2	64,4	65,8	54,9

Geburten gezählt. Im Staate Preußen kamen auf 1000 weibliche Personen im Alter von 15 bis 45 Jahren 1906 bis 1910 jährlich im Durchschnitt 118 Geburten, bei der Krefelder Ortskrankenkasse für Fabrikbetriebe nur durchschnittlich 69,32 Geburten im selben Zeitraum. Auf 1000 weibliche Mitglieder der Vereinigten Ortskrankenkassen zu Kottbus kamen im Jahre 1913 gar nur 52,46 Geburten. Die Geburtenziffer der Stadt betrug hier 1909 21 Promille; unter 100 in der Textilindustrie beschäftigten Arbeitern waren hier 51,16 weibliche Arbeitskräfte.

3. Einkommen und Geburtenziffer.

Je niedriger das Durchschnittseinkommen, desto niedriger die Geburtenziffer. Das verdeutlicht das folgende Beispiel, in dem die Durchschnittseinkommensteuerbeträge der Steuerzahler mit Einkommen bis zu 3000 Mark den betreffenden Geburtenziffern gegenübergestellt werden.

	Auf einen Durchschnitts- steuerzahler kam ein Steuerbetrag von 1911	Auf 1000 Ein- wohner kamen Lebendgeburt 1912
In Krefeld	16,10 Mk.	20,9
In Düsseldorf	17,30 -	26,3
In Krefeld weniger	1,20 Mk.	5,4

4. Zunehmende Frauenarbeit, abnehmende Geburtenziffer.

Im Staate Bremen wurden gezählt: Arbeiterinnen (II. weibliche Mitglieder) unter

	I. 100 Personen der Gesamt- bevölkerung	II. 1000 Krankenkassen- mitgliedern	III. 1000 in Fabriken und Anlagen be- schäftigten Personen
1895	6,6	—	—
1907	7,7	155,4	213,5
1910	—	186,4	—
1911	—	222,1	235,7
1913	—	223,7	—

Mehr 1895 bis 1907: 1,1 1907 bis 1913: 67,9 1907 bis 1911: 22,2

Geburten überhaupt auf 1000 Einwohner:

	Su I.	Su II.	Su III.
1896	33,0	—	—
1908	30,4	30,4	30,4
1911	—	26,5	—
1912	—	25,5	25,5
1914	—	24,5	—
Weniger:	2,6	5,9	4,9

Aug. Freudenthal

Die Neue Zeit

Wochenschrift der Deutschen Sozialdemokratie

2. Band Nr. 23

Ausgegeben am 7. September 1917

35. Jahrgang

Nachdruck der Artikel nur mit Quellenangabe gestattet

Belgien.

Von R. Kaufsky,

(Fortsetzung.)

8. Die belgische Neutralität.

Wir haben gesehen, wie eigenartig sich in Belgien das Nationalitätenproblem und damit die innere Politik gestaltet.

Nicht minder eigenartig wurde seine äußere Politik durch seine dauernde, garantierte Neutralisierung bestimmt.

So tapfer die belgischen Proletarier 1830 gefochten hatten, sie wären nicht imstande gewesen, die Unabhängigkeit ihres kleinen Ländchens zu behaupten ohne Hilfe von außen. Die Ostmächte, Preußen, Österreich, Rußland standen der Revolution feindselig gegenüber. Hilfe kam zunächst von Frankreich. Die Macht des neugebackenen Königs Louis Philipp war noch zu abhängig von den revolutionären Schichten, als daß er es hätte wagen können, eine Revolution an der Grenze Frankreichs widerstandslos niederzuschlagen zu lassen. Er ließ die Polen im Stich, die sich noch im gleichen Jahre für ihre Unabhängigkeit erhoben. Aber die Belgier standen den Franzosen zu nahe.

Doch hatte Louis Philipp noch einen anderen Grund, für die Belgier einzutreten. Es war nicht lange her, daß Belgien französisch gewesen. Er hoffte, die Unruhen würden es abermals Frankreich zuführen. Eine starke Partei unter den Belgiern war dazu geneigt, den Anschluß direkt oder wenigstens indirekt zu vollziehen durch Erwählung des Herzogs von Nemours, des Sohnes Louis Philipps, zu ihrem König. Bei der Königswahl im Kongreß erhielt er die meisten Stimmen, 97. Weitere 74 fielen auf den Herzog von Leuchtenberg, der als Sohn des Eugen Beauharnais, des Stiefsohns Napoleons, ebenfalls französischer Abstammung war. Endlich erhielt der österreichische Erzherzog Karl 21 Stimmen.

Doch durfte Louis Philipp nicht wagen, für sich oder seinen Sohn die Hand nach dem belgischen Besitz auszustrecken, denn ihm stand England entgegen, das nach wie vor eifersüchtig darüber wachte, daß keine große Landmacht, die England gefährlich werden konnte, sich Belgiens bemächtige. Palmerston drohte mit Krieg, wenn der Herzog von Nemours die Wahl annahm. Dieser mußte auf die Krone verzichten.

Es war vor allem Englands Werk, daß Belgien ein selbständiger Staat wurde unter einem König, der aus keiner der großen Dynastien stammte, unter Leopold von Koburg, Preußen war dabei auf Seite Englands gestanden.

Wie aber die Selbständigkeit des kleinen Staates für die Zukunft sichern? Es war ein Preuße, der hierfür die Lösung vorschlug:

Preußens Vertreter in London v. Bülow war es, der die Lösung der Frage, wie die Selbständigkeit Belgiens sich mit den allgemeinen Interessen vereinigen lasse, durch den Vorschlag fand, daraus einen neutralen Staat gleich der Schweiz

zu machen. Dadurch wurde ein Ersatz für das ehemalige Barriersystem geschaffen. (Flathe, Das Zeitalter der Restauration und Revolution, Berlin 1883, S. 264.)

Die »Höfe von Großbritannien, Österreich, Frankreich, Preußen und Rußland« garantierten in dem Vertrag vom 15. November 1831 dem König der Belgier die »ständige (perpetuelle) Neutralität sowie die Integrität und Unverletzlichkeit seines Gebiets« (Artikel IX).

Der Vertrag wurde erneuert und bekräftigt im Jahre 1839, als Holland die Unabhängigkeit Belgiens anerkannte.

Die Eigenart dieser Neutralität besteht einmal darin, daß sie eine dauernde, keine gelegentliche ist. Jeder Staat kann bei einem Konflikt zwischen anderen Mächten sich neutral erklären, das schließt nicht aus, daß er bei einer anderen Gelegenheit oder auch später in demselben Konflikt Partei ergreift. So waren Amerika und Rumänien im jetzigen Weltkrieg eine Zeitlang neutral, dann griffen sie in ihn ein. Griechenland, das diesmal neutral blieb, hatte kurz vorher an einem Angriffskrieg gegen die Türkei teilgenommen. Belgien dagegen wurde eine dauernde Neutralität auferlegt und garantiert.

In dem Auferlegen und Garantieren liegt die zweite Eigenart der belgischen Neutralität. Die gewöhnliche Neutralität eines Staates ist eine freiwillige und von keiner Macht gewährleistet. Es steht in seinem Belieben, soweit die Machtverhältnisse es ihm gestatten, in einem Konflikt neutral zu bleiben oder Partei zu ergreifen, und keine andere Macht besitzt einen Rechtsanspruch darauf, daß er neutral bleibt. Keine andere Macht gewährleistet aber auch einem solchen Staate von Rechts wegen unter allen Umständen die Achtung, ja den Schutz seiner Neutralität. Die Art der belgischen Neutralität dagegen verpflichtete Belgien zur strengsten Neutralität in jedem Falle, verpflichtete dabei die Garantiemächte, die Neutralität zu achten, gab jeder von ihnen das Recht, sie zu schützen.

So eigenartig die belgische Neutralität erschien, sie hatte ihren Vorgänger. Wir haben schon auf ihn hingewiesen: die Schweiz, die bereits 1815 auf dem Wiener Kongreß in ähnlicher Weise neutralisiert worden war. Hier wie dort ergab sich der Zweck des Abkommens aus der eigenartigen geographischen Lage des Landes: ein kleines Durchgangsland, zwischen Großmächten gelegen, drohte es für die Welt eine ständige Kriegsursache zu werden. Es selbst aber stand in steter Gefahr, im Falle eines Kriegsausbruchs den Schauplatz der Schlachten in einem Kriege zu bilden, der nicht um seiner Interessen willen geführt wurde. Die »ewige« Neutralität und ihre Garantierung durch die Großmächte entsprach ebenso sehr den Interessen Belgiens wie denen des Weltfriedens. Sie war die zweckmäßige Ergänzung der Anerkennung des neuen Staates durch die Mächte.

Besah aber diese Garantierung eine innere Kraft? Versprach sie, einen ernsthaften Konflikt zu überdauern?

Dieser Garantievertrag ist jüngst ein wertloses Fehen Papier genannt worden. Ähnlich, wenn auch nicht ganz so scharf hat sich Friedrich Engels schon 1859 ausgesprochen. Er meinte, »die geschichtliche Praxis muß es noch beweisen, daß diese Neutralität bei einem europäischen Kriege mehr ist als ein Blatt Papier«. (Po und Rhein, neu herausgegeben von Ed. Bernstein, Stuttgart 1915, Dieß, S. 43.) Engels hatte überhaupt wenig Vertrauen zu den Versprechungen bürgerlicher Regierungen.

Indessen beruhte die Garantie der belgischen Neutralität nicht bloß auf der Vertragstreue der fünf großen »Höfe« von Europa. Sie beruhte auf derselben Macht, die anfangs des achtzehnten Jahrhunderts den Barrierevertrag ins Leben gerufen hatte, auf der Macht Englands. Nach den Traditionen der auswärtigen Politik Englands in der belgischen Frage hatte jeder Staat, der die belgische Neutralität verletzte, den Krieg mit England zu gewärtigen. Und da das die Staatsmänner Europas wußten, blieb jene Neutralität fast ein Jahrhundert lang unverletzt.

Bismarck legte dieser englischen Garantie großen Wert bei. Im Jahre 1867 wäre er wegen Luxemburgs fast zum Konflikt mit Napoleon gekommen. Der König von Holland, gleichzeitig Großherzog von Luxemburg, hatte dies Ländchen an Napoleon verkauft. Dagegen erhob Bismarck energisch Einspruch, eigentlich, rein juristisch betrachtet, ungerechtfertigterweise. Er erzählte 1871 darüber:

Ich habe es öffentlich nie zugegeben, hier aber kann ich's sagen: nach der Auflösung des Deutschen Bundes war der Großherzog souverän geworden und konnte mit dem Lande machen, was er wollte. Daß er's für Geld abtreten wollte, war eine Gemeinheit, aber abtreten konnte er's an Frankreich. Und mit unserem Besatzungsrecht stand's auch schlecht. . . . Das sagte ich auch im Ministerrat, und ich hatte dann noch einen anderen Gedanken: ich wollte es Belgien geben. Da hätten wir es mit einem Lande verbunden, für dessen Neutralität England, wie man damals denken konnte, eingetreten sein würde. Und dann hätte man damit das deutsche Element dort gegen die Fransquillons gestärkt und zugleich eine gute Grenze gewonnen. Ich fand damit keinen Anklang. (M. Busch, Tagebuchblätter, Leipzig 1899, II, S. 86.)

Bismarck sah also in der Beschützung der belgischen Neutralität durch England eine besondere Empfehlung, die er durch Vergrößerung Belgiens mit dem Gebiet Luxemburgs belohnen wollte.

So sprach sich Bismarck am 25. Januar 1871 aus. Noch stärker hatte er früher schon, gleich bei Ausbruch des Krieges, die Wichtigkeit der Beschützung der belgischen Neutralität durch England betont. Er war verdrießlich darüber, daß die Engländer nicht sofort, ehe noch die kriegerischen Operationen zwischen Deutschland und Frankreich begonnen hatten, Maßregeln zu diesem Zwecke trafen.

Busch erzählt vom 21. Juli 1870:

Abends zum Minister (Bismarck) zittert. Er zeigte mir einen Auschnitt aus der »Nationalzeitung« und bemerkte: »Hier sagen sie, die Engländer würden einen französischen Angriff auf Belgien nicht dulden. Gut, aber was hilft es den Belgiern, wenn man wartet mit seinem Schutz und seiner Unterstützung? Wenn — was Gott verhüte! — Deutschland erst geschlagen wäre, würden die Engländer den Belgiern gar nichts nutzen können, sondern froh sein müssen, wenn sie selbst in London sicher blieben.« (Busch, Tagebuchblätter, I, S. 47.)

Tags darauf sandte Bismarck dem belgischen Gesandten in Berlin Baron Nothomb einen Brief, in dem es hieß:

Ich beehre mich, Ihnen schriftlich die Erklärung zu geben, die freilich angesichts der Verträge überflüssig ist, daß der Norddeutsche Bund und seine Verbündeten die belgische Neutralität achten werden, solange sie von dem anderen kriegsführenden Teil geachtet wird.

Gleichzeitig trat England auf den Plan als der herkömmliche besondere Beschützer der belgischen Neutralität. Die Versicherung Bismarcks wie eine

gleichartige Napoleons genügten ihm nicht. Es verlangte von dem einen wie von dem anderen die ausdrückliche Zustimmung zu einem Vertrag, in dem nicht nur Frankreich wie Preußen sich verpflichteten, die belgische Neutralität zu achten, was schon durch die Verträge von 1831 und 1839 gegeben war, sondern auch England sich verpflichtete, gegen jeden die Waffen zu ergreifen, der diese Neutralität verletzte. Beide Verträge, der mit Preußen wie der mit Frankreich, wurden am 9. August 1870 in London abgeschlossen: Artikel I lautete:

Nachdem Seine Majestät der König von Preußen erklärt hat, es sei sein fester Entschluß, trotz der Feindseligkeiten, die zwischen dem Norddeutschen Bund und Frankreich ausgebrochen sind, die Neutralität Belgiens so lange zu respektieren, als sie von Frankreich respektiert wird, erklärt Ihre Majestät die Königin des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Irland ihrerseits, daß, wenn während dieser Feindseligkeiten die Armeen Frankreichs jene Neutralität verletzen sollten, sie bereit ist, mit Seiner Preussischen Majestät zu ihrer Verteidigung nach gegenseitiger Verständigung zusammenzuwirken, indem sie zu diesem Zwecke ihre See- und Landstreitkräfte in Anwendung bringt, um die Beachtung der Neutralität zu sichern und im Verein mit Seiner Preussischen Majestät jetzt und später die Unabhängigkeit und Neutralität Belgiens aufrechtzuhalten.

Der Vertrag mit Frankreich war gleichlautend, nur der König von Preußen war durch den Kaiser der Franzosen und umgekehrt Preußen durch Frankreich ersetzt. Diese Verträge waren nicht bloße Fetzen Papier, sondern übten ihre Wirkung. Ein beredter Advokat der deutschen Sache in Amerika, Herr Fuhr, schreibt:

Es ist eine geschichtliche Tatsache, daß beide Verträge Englands Ziel, die Armeen der Franzosen wie der Deutschen von Belgien fernzuhalten, vollständig erreichten. Denn die französische Armee des Generals MacMahon wurde im September 1870 hart an die französisch-belgische Grenze gedrängt, und das Betreten belgischen Gebietes hätte sicher ihre Lage erheblich gebessert. Da jedoch nach der Fassung der genannten Verträge diese Operation des französischen Feldherrn automatisch England als einen zweiten furchtbaren Feind Frankreichs ins Feld gerufen hätte, zog es MacMahon vor, mit seiner Armee in Sedan zu kapitulieren. (Vgl. Fuhr, *The neutrality of Belgium*, New York 1915, S. 68. Vom belgischen Standpunkt behandelt diese Frage unter anderen Ch. de Visser, *La Belgique et les Juristes Allemands*, Lausanne 1916.)

Nach 1870 erhielt die Frage der belgischen Neutralität in mancher Beziehung für England ein anderes Gesicht — und für Frankreich auch.

Dessen Lage gegenüber Belgien war schon durch die Beschlüsse des Wiener Kongresses 1815 erheblich geändert worden. Preußen hatte damals im Austausch gegen seinen früheren polnischen Besitz, den sich Rußland aneignete, nicht Sachsen bekommen, wie es wünschte. Das verhinderte Österreich, das kein starkes Preußen an seiner böhmischen Grenze haben wollte. Dafür wurde ihm das Rheinland gegeben.

Die Art der damaligen Landzuteilungen an Preußen bezeichnet gut die damalige Art des »Verständigungsfriedens« und was bei einer Verständigung herauskommt, die bloß eine Verständigung der Regierungen darstellt ohne Selbstbestimmung der Völker.

Das Preußen abgenommene Stück Polen enthielt 3 400 000 Menschen. Dafür war man ihm eine gleich große Summe Menschen anderswo schuldig. Die wurde auf folgende Weise zusammengebracht. Man gab Preußen Posen

(800 000 Menschen), ein Stück des Königreichs Sachsen (780 000), Westfalen (830 000) und das linke Rheinland (1 000 000). (Seignobos, Politische Geschichte des modernen Europa, S. 4.)

Man sieht, welch peinliche Ehrlichkeit bei diesem Menschenhandel beobachtet wurde. Trotzdem war Preußen nicht zufrieden. Denn die Rheinlande waren durch Gebiete anderer deutscher Staaten vom Hauptkörper des preussischen Staates abgeschnitten, und sie grenzten direkt an Frankreich, schufen eine neue Reibungsfläche mit diesem. Aber gerade das paßte dem damaligen Österreich. Die Rheinlande stärkten Preußen weit weniger, als es der Besitz Sachsens getan hätte — in preussischen Händen bedeuteten sie aber gleichzeitig eine Schwächung Frankreichs.

Dessen Kraft und stetes Wachstum im siebzehnten und achtzehnten Jahrhundert war nicht zum mindesten in dem Glücksfall begründet gewesen, daß es nur im Süden an einen großen Staat grenzte, an Spanien, vor dem es die Pyrenäen schützte und das seit dem siebzehnten Jahrhundert rapid verfiel. Im Osten grenzte es nur an Italien und das Deutsche Reich — beide ohne starke Zentralgewalt, der schlimmsten Kleinstaateri verfallen. Und gerade im siebzehnten Jahrhundert lösten sich auch noch die Schweiz und die Niederlande vom Deutschen Reich ab. Nur ohnmächtige Kleinstaaten waren im Osten und Norden Frankreichs Nachbarn.

Nun, im Jahre 1815, erhielt es zum ersten Male seit zwei Jahrhunderten, seit Spaniens Verfall, wieder eine waffengewaltige Großmacht zum Nachbarn.

Preußen gegenüber aber war die französische Grenze militärisch viel schlechter als Spanien gegenüber. Hier fehlte nicht nur der Schutzwall der Pyrenäen. Noch ungünstiger wirkte die Lage von Paris. Für keinen Staat bedeutet seine Hauptstadt mehr als für den französischen. Paris liegt aber nicht im Mittelpunkt des Reiches, sondern nahe der Nordgrenze, von Belgien nur wenige Tagesmärsche entfernt. »Eine schwächere Grenze als die französische gegen Belgien ist für einen Staat nicht leicht zu denken,« sagte Engels in seiner schon genannten Schrift »Po und Rhein«, in der er diese Verhältnisse meisterhaft dartut (S. 36). Und hinter Belgien lag seit 1815 Preußen. Da begann die belgische Neutralität, die zunächst als Schranke gegen die französische Ausdehnungslust gedacht war, auch als Schutz für Frankreich in Betracht zu kommen.

Freilich nur so lange, als sie beachtet wurde. Um für den Fall ihrer Durchbrechung gerüstet zu sein, hatte bereits Louis Philipp die Befestigung von Paris begonnen. Auch Friedrich Engels bezeichnete dies als das beste Mittel, der schwachen Seite der französischen Nordgrenze abzuwehren.

Noch sicherer erschien es freilich manchem französischen Politiker, Belgien selbst französisch zu machen und so die Nordgrenze um so viel weiter von Paris weg zu verschieben.

Es mag dies eines der Motive gewesen sein, die auch Napoleon III. auf der Suche nach Erfolgen, die ihn populär machen sollten, zeitweise nach dem Besitz Belgiens streben ließen. Im Jahre 1866 glaubte er den Moment gekommen, für die Anerkennung der Annexionen, die Preußen nach seinen Siegen vornahm, »Kompensationen« zu verlangen. Noch während der Friedensverhandlungen mit Österreich bot er Bismarck ein Schutz- und Trutzbündnis an, das Frankreich die Erwerbung Belgiens sichern sollte (20. August 1866). Es fiel Bismarck nicht ein, Napoleon in dieser Weise zu stärken, er

verfehte ihn aber in den Glauben, er stehe seinem Unsinnen sympathisch gegenüber. Er verlangte die schriftliche vertragsmäßige Formulierung der Vorschläge. Inzwischen schloß Preußen mit Oesterreich Frieden (23. August). Schließlich hatte Bismarck den schriftlichen Vertragsentwurf Napoleons in der Hand, dieser aber nichts.

Als 1870 der Krieg ausbrach, beeilte sich Bismarck, die verschiedenen Vergrößerungsvorschläge, die ihm Napoleon gemacht, darunter auch die in bezug auf Belgien, zu veröffentlichen (29. Juli), um dadurch Napoleon in den Augen der Belgier wie der Engländer zu schaden. Dieser Umstand hat nicht wenig dazu beigetragen, daß England damals, wie wir gesehen, von beiden Seiten die ausdrückliche Anerkennung der Unabhängigkeit und der Neutralität Belgiens forderte und seine Entschlossenheit betonte, sie zu verteidigen.

Die große Schwäche der Grenze Frankreichs gegenüber Belgien wurde den Franzosen besonders fühlbar seit 1871. Für sie waren nun die Machtverhältnisse höchst ungünstig verändert, und sie gestalteten sich immer ungünstiger durch das Stocken des Bevölkerungszuwachses in Frankreich. Belgien ihrem Staat einzuverleiben, daran konnten sie jetzt gar nicht denken. So wurde die belgische Neutralität, die ehemals gegen sie gerichtet war, nun immer mehr von ihnen als Schutzwehr angesehen.

Auf der anderen Seite wurde Deutschlands Flotte jetzt weit stärker als die französische. Das Motiv, das England in bezug auf Belgien gegen Frankreich mißtrauisch gemacht hatte, fing damit an, gegen das aufstrebende Deutschland zu wirken. England begann nun, nicht bloß sich selbst, sondern auch Frankreich als den gegebenen Schützer der belgischen Neutralität zu betrachten und von Deutschland ihre Verletzung zu befürchten.

Wie es dann im August 1914 gekommen ist, kann als bekannt vorausgesetzt werden. Aus naheliegenden Gründen ginge es über den Rahmen dieser Arbeit hinaus, zu untersuchen, welche völkerrechtliche und moralische Grundlage das »Notrecht« besitzt, das in jenen Tagen als Rechtfertigung der Verletzung der Verträge von 1831 und 1839 aufgestellt wurde.

Es seien nur noch kurz folgende Tatsachen der für Belgien entscheidenden Tage bei Ausbruch des Krieges registriert.

Schon am 24. Juli, dem Tage der Überreichung des österreichischen Ultimatum an Serbien, richtete die belgische Regierung ein Rundschreiben an die Mächte, die die belgische Neutralität garantiert hatten. Es hieß darin:

Die internationale Situation ist ernst. Die Möglichkeit eines Konflikts zwischen mehreren Mächten kann aus den Erwägungen der belgischen Regierung nicht ausgeschaltet werden.

Belgien hat mit der gewissenhaftesten Peinlichkeit die Verpflichtungen innegehalten, die ihm die Verträge vom 19. April 1839 als neutralem Staat auferlegen. Es wird daran festhalten, diesen Verpflichtungen unerschütterlich nachzukommen, welches auch die Umstände sein mögen.

Die freundschaftlichen Gesinnungen der Mächte Belgien gegenüber sind so oft betont worden, daß Belgien darauf vertraut, sein Gebiet jeden Angriffes enthoben zu sehen, falls Feindseligkeiten an seinen Grenzen sich einstellen sollten.

Die Regierung des Königs hat trotzdem alle Maßnahmen getroffen, die nötig sind, die Aufrechterhaltung der Neutralität des Landes zu sichern. Das belgische Heer ist mobilisiert* und nimmt die strategischen Stellungen ein, die dazu anser-

* Die wirkliche Mobilmachung wurde erst am 31. Juli beschlossen.

sehen sind, die Verteidigung des Landes und die Achtung seiner Neutralität sicherzustellen. Die Forts von Antwerpen und an der Maas sind in Verteidigungszustand gesetzt worden.

Ich brauche kaum, Herr Minister, näher auf den Charakter dieser Maßregeln einzugehen. Sie haben keinen anderen Zweck, als Belgien instand zu setzen, seine internationalen Pflichten zu erfüllen. Sie sind nicht von irgendeinem Plane eingegeben und können es selbstverständlich auch nicht sein, der darauf hinausläufe, an einem Waffengang zwischen den Mächten teilzunehmen, noch von Mißtrauen gegen irgendeine von ihnen. (Belgisches Graubuch über den Krieg, I, Nr. 2.)

Am 31. Juli 1914 richtete das Auswärtige Amt in London an die französische wie an die deutsche Regierung die Anfrage, ob sie bereit seien, sich zu verpflichten, die Neutralität Belgiens so lange zu beobachten, als keine andere Macht sie verleihe (Englisches Blaubuch, Nr. 114). Es war die Wiederholung des englischen Vorgehens aus dem Jahre 1870.

Viviani antwortete, Frankreich werde Belgiens Neutralität respektieren, solange sie von anderer Seite nicht verletzt werde (Französisches Gelbbuch, Nr. 122).

Jagow meinte, er müsse zuerst den Kaiser und den Kanzler sprechen, zweifle aber, ob sie eine Antwort geben wollten, da sie einen Teil ihres Feldzugsplans enthüllen würde (Englisches Blaubuch, Nr. 122).

Am 1. August spricht Sir E. Grey dem deutschen Botschafter in London, dem Fürsten Lichnowsky, sein Bedauern über diese ausweichende Antwort aus und fügt hinzu: im Falle einer Verletzung der belgischen Neutralität ließen sich die Gemüter in England kaum noch im Zaume halten (Englisches Blaubuch, Nr. 123).

Am 2. August überreicht der deutsche Gesandte in Brüssel dem belgischen Minister des Äußern ein Ultimatum, auf das er binnen 12 Stunden Antwort forderf. Es heißt dort, die kaiserliche Regierung habe zuverlässige Nachrichten über den beabsichtigten Aufmarsch französischer Streitkräfte an der Maasstrecke Oives-Namur.

Sie lassen keinen Zweifel über die Absicht Frankreichs, durch belgisches Gebiet gegen Deutschland vorzuzücken.

Die deutsche Regierung besorge, Belgien sei außerstande, den französischen Durchmarsch abzuwehren. Es sei ein Gebot der Selbsterhaltung, dem Angriff zuvorzukommen. So würde Deutschland gezwungen, »zur Gegenwehr auch seinerseits belgisches Gebiet zu betreten«. Wenn Belgien den Durchzug gestatte, garantiere ihm die deutsche Regierung seine Unabhängigkeit und seinen Besitzstand. Widersehe sich Belgien den deutschen Truppen, dann übernehme Deutschland keine Verpflichtung dem Königreich gegenüber (Belgisches Graubuch, Nr. 20).

Die belgische Regierung antwortete, die französische Republik habe sich am 1. August ausdrücklich verpflichtet, die Neutralität Belgiens zu respektieren.

Sollte gegen unser Erwarten die Neutralität Belgiens trotzdem von Frankreich verletzt werden, so wird Belgien alle seine internationalen Verpflichtungen erfüllen, und sein Heer wird dem Eindringling kräftigen Widerstand entgegensehen.

Aber auch jeden Angriff von anderer Seite würde Belgien abwehren (Belgisches Graubuch, Nr. 22).

Am 3. August marschierten deutsche Truppen in Belgien ein.

Am 4. August telegraphierte Jagow an den Fürsten Lichnowsky, deutschen Botschafter in London:

Bitte, zerstören Sie jedes Mißtrauen, das auf seiten der britischen Regierung hinsichtlich unserer Absichten bestehen könnte, indem Sie auf das positivste die förmliche Zusicherung wiederholen, daß selbst im Falle eines bewaffneten Konflikts mit Belgien Deutschland unter keinerlei Vorwänden belgisches Gebiet annektieren wird. Die Aufrichtigkeit dieser Erklärung wird durch die Tatsache bezeugt, daß wir Holland unser feierliches Wort gegeben haben, seine Neutralität zu respektieren. Es ist klar, daß wir nicht mit Nutzen belgisches Gebiet annektieren können, ohne gleichzeitig Gebietserwerbungen auf Kosten Hollands zu machen. (Englisches Blaubuch, Nr. 157.)

Zur gleichen Zeit setzte in Berlin Jagow dem britischen Botschafter die Gründe auseinander, die Deutschland zwangen, in Belgien einzumarschieren. Der Botschafter berichtete:

Herr v. Jagow ging von neuem auf die Gründe ein, weshalb die Reichsregierung genötigt gewesen sei, diesen Schritt zu tun, nämlich weil sie auf dem raschesten und bequemsten Wege in Frankreich einzurücken habe, um mit ihren Truppenbewegungen schnell vorwärts zu kommen und so früh als möglich einen entscheidenden Schlag versuchen zu können. Es sei für sie eine Frage auf Leben und Tod, da sie, wenn sie den südlicheren Weg gegangen wären, im Angesicht der geringen Zahl der Straßen und der Stärke der Festungen nicht hätten hoffen können, ohne furchtbaren, großen Zeitverlust verursachenden Widerstand durchzubrechen. Dieser Zeitverlust würde für die Russen Zeitgewinn zur Heranbringung ihrer Truppen an die deutsche Grenze bedeuten haben. Raschheit in der Aktion sei der große Trumpf der Deutschen, während der der Russen ein uner schöplicher Vorrat von Truppen sei. (Englisches Blaubuch, Nr. 160.)

Hier wurde der deutsche Einmarsch in Belgien etwas anders motiviert als in dem Ultimatum vom 2. August an die belgische Regierung. Aber auch dieses neue Argument stimmte die britische Regierung nicht um.

Das Gespräch hatte am Vormittag stattgefunden, abends um 7 Uhr verlangte der britische Botschafter seine Pässe, der Krieg Englands war erklärt.

Bethmann-Hollweg scheint diesen Ausgang absolut nicht erwartet zu haben, wenigstens berichtet der englische Botschafter, Sir E. Goschen:

Ich fand den Kanzler in großer Erregung. Seine Erzellenz fing sofort an, auf mich einzureden, was zwanzig Minuten dauerte. Er sagte, der von Seiner Majestät (dem König von England) getane Schritt sei ganz fürchterlich. Bloß um eines Wortes — Neutralität — willen, das in Kriegszeiten so oft außer acht gesetzt worden sei, bloß um eines Fehlers Papier willen gehe Großbritannien daran, eine verwandte Nation zu bekriegen, die nichts mehr gewünscht habe, als mit ihm Freund zu sein. Alle seine Bemühungen in dieser Richtung seien durch diesen letzten, fürchterlichen Schritt fruchtlos gemacht worden, und die Politik, der er sich, wie ich wisse, seit Amtsantritt gewidmet habe, sei wie ein Kartenhaus zusammengefallen. (Englisches Blaubuch, Nr. 160.)

Gewiß ist England nicht wegen Belgiens allein in den Krieg gegangen. Seine Politik ist nur in einem größeren Zusammenhang zu verstehen. In diesem bildet jedoch die belgische Neutralität einen sehr wesentlichen und wichtigen Bestandteil.

So wichtig und entscheidend die englischen Interessen, das heißt die Interessen der regierenden Klassen Englands für die Frage der belgischen Neutralität geworden sind, sie sind jedoch nicht der einzige Faktor, der bei der

Verletzung dieser Neutralität in Betracht kam. Sie hat auch Fragen des Völkerrechts, des Verhältnisses der Nationen zueinander und ihrer Selbstbestimmung aufgerollt und dadurch Bedeutung für die Demokratie, also auch die Sozialdemokratie der ganzen Welt gewonnen.

Wohl hat diese Seite der belgischen Frage keine der Regierungen in den Krieg getrieben. Wäre kein anderes Interesse hinter Belgien gestanden als das der Demokratie, dann dürfte man ruhig die Garantie der Neutralität als »bloßes Wort«, als »Fehes Papier« im Verkehr zwischen den Regierungen betrachten.

Über derjenige, der vermeint, deshalb die demokratische öffentliche Meinung straflos mißachten zu können, dem droht eine Enttäuschung, die vielleicht noch furchtbarer ist als die des deutschen Reichskanzlers in dem Moment, als England den Krieg erklärte. (Schluß folgt.)

Die Ideen von 1914.

Von Max Adler (Wien).

1. Rudolf Kjellén.

Der Ruhm, wenn es ein solcher ist, das Schlagwort von den Ideen von 1914 geprägt und dem Geist von 1789 entgegengestellt zu haben, gebührt einem deutschen Professor, dem Dr. Johannes Plenge. In seiner bereits im ersten Kriegswinter erschienenen Schrift »Der Krieg und die Volkswirtschaft« schrieb er: »Seit 1789 hat es in der Welt keine solche Revolution gegeben wie die deutsche Revolution von 1914. Die Revolution des Aufbaues und Zusammenschlusses aller staatlichen Kräfte im zwanzigsten Jahrhundert gegenüber der Revolution der zerstörenden Befreiung im achtzehnten Jahrhundert... Und man darf behaupten, daß die Ideen von 1914, die Ideen der deutschen Organisation zu einem so nachhaltigen Siegeszug über die ganze Welt bestimmt sind wie die 'Ideen von 1789'.«¹ Ein anderer deutscher Professor, Werner Sombart, hat aus diesem Gedanken eine Harlekinade gemacht, indem er die Ideale von 1789, Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit, als echte und rechte Händlerideale darstellte, als Grundformen der Bourgeoisie, und zwar der verkommerzialiserten englischen Bourgeoisie, die völlig ungeeignet wären, einen heldischen Idealismus, ja überhaupt einen echten Lebenswert darauf aufzubauen. Damit war die Grundlage zu dem famosen Gegensatz von Händlern und Helden gegeben, welchen Sombart in dem so betitelten Büchlein, das den Untertitel »Patriotische Besinnungen« führt, ohne jede sonstige Besinnung fortwährend zum tröstlichen Ende führt, daß die Engländer in Philosophie, Wissenschaft, Staat und Kultur ein Krämervolk, ein Volk der Vergangenheit, der Ideen von 1789 sind, die Deutschen aber überall ein Volk heldischer Gesinnung und Taten, ein Volk der Zukunft, in welche die Ideen von 1914 weisen, ja eigentlich nach den Juden und Griechen das dritte auserwählte Volk.

War nun diese Darstellung, obwohl Sombart sie nur für deutsche Leser geschrieben haben wollte, selbst für den gesinnungstüchtigsten Deutschen ein

¹ Dr. J. Plenge, Der Krieg und die Volkswirtschaft. Münster 1915.

allzu starkes Stück und eher geeignet, die ganze Gegenüberstellung von 1789 und 1914 zu diskreditieren, so war es ein dritter Professor, der Schwede Rudolf Kjellén, der dieses Schlagwort eigentlich erst populär gemacht hat durch seine im zweiten Kriegsherbst erschienene Broschüre, die er direkt überschrieb: »Die Ideen von 1914.«² Was zu dieser Popularität besonders beigetragen hat, war nicht nur die schöne und eindringliche Beredsamkeit der Darstellung, sondern überdies, daß ein Neutraler von wissenschaftlichem Ruf in seiner Heimat den durch neutrale Sympathien wahrlich nicht verwöhnten Zentralmächten geistige Hilfe leistete und so den unheilvollen Bann einer fast vollständigen moralischen Isolierung im Ausland durchbrach. Aber diese Hilfeleistung war, wie wir nicht unbegründet finden können, nicht sehr nach dem Geschmack des Urhebers des Gedankens der Ideen von 1914. Um darum ebensowohl sich gegen die Geschmacklosigkeiten Sombarts und gegen die Urteilslosigkeiten Kjelléns zu wehren wie auch um sich selbst als den gloriosen Vater von dem Ganzen dieser Geistesbewegung nicht in Vergessenheit bringen zu lassen, trat nun wieder Plenge mit einem eigenen Buche hervor, das unter dem Titel »1789 und 1914. Die symbolischen Jahre in der Geschichte des politischen Geistes«³ den eigentlichen Sinn dieses neuen Gedankens mit einer dem Gegenstand angemessenen Breite authentisch zu interpretieren unternimmt.

Wenn wir uns nun etwas näher mit dieser Dreifaltigkeit professoralen Geistes befassen wollen, der sich selbst für einen heiligen hält, um dessentwillen zum Beispiel Sombart sich nicht scheut, den Krieg einen heiligen zu nennen, so dürfen wir von seinem Büchlein ganz absehen. Jede Besprechung desselben würde es nur aus seiner verdienten raschen Vergessenheit hervorholen; und die Achtung, die wir den wissenschaftlichen Leistungen dieses Mannes entgegenbringen, verlangt sogar, mit einer Schrift, die Sombart selbst, indem er sie »patriotische Besinnungen« nannte, der wissenschaftlichen Kritik entziehen wollte, sich nicht anders zu befassen als mit sonstigen Kriegsübeln, die hoffentlich mit dem Kriege selbst überwunden sein werden.

Ganz ernst aber wollen Kjellén und Plenge genommen werden: beide erheben den Anspruch, als rechte Verkünder ihrer Zeit aufgetreten zu sein, ihr das Wort zugerufen zu haben, nach dem sie dürstet, um dessen klaren Sinn sie ringt, und ihr so zu einem hellen Bewußtsein über sich selbst verholfen zu haben. Um so ungünstiger für ihre Prophetengabe, wenn sie doch sofort in der Deutung dieses Wortes einander selbst befehlen und sich herausstellt, daß sie zwar einig sind in der Herabsetzung von 1789 gegenüber 1914, aber keineswegs über die Bedeutung beider Ideenkomplexe für die Zukunft. Denn während Plenge den Ideengehalt von 1789 schließlich doch als die unentbehrliche Atmosphäre erkennt, in der allein seine neuen Gedanken von 1914 sich entfalten können, ist für die im Grunde reaktionäre Denkweise Kjelléns der Geist von 1789 eine »übernächtlige Luft«, in welcher die Bekenner von 1914 sich nur mit Ekel bewegen (S. 46).

* * *

Überwinden wir jedoch diesen Ekel und lassen wir uns von Kjellén in die Spelunke von 1789 hineinführen. Zu welchem Zwecke aber müfet uns

² Dr. Rudolf Kjellén, Die Ideen von 1914. Leipzig 1916, Hirzel.

³ Dr. J. Plenge, 1789 und 1914. Die symbolischen Jahre in der Geschichte des politischen Geistes. Berlin 1916, Springer.

Rjellén diesen Gang zu, der nach seiner Auffassung in eine Kloake führt und, wie wir noch sehen werden, uns in die Gesellschaft von Apachen und ähnlichem Gelichter bringen wird? Um uns davon zu überzeugen, daß der Weltkrieg unsere Errettung aus diesem Sumpfe und eine Schöpfung neuer sittlicher Werte ist. Nach seiner Meinung bestimmten die Anschauungen der französischen Revolution alle unsere Vorstellungen bis zum Kriege. »Wie tief wir«, sagt er S. 7, »im Jahre 1789 fesslichen, wir mögen Konservative, Liberale oder Sozialdemokraten heißen, das zeigt sich erst jetzt, wo es uns im Ernst entrisen werden soll. . . . In den Wertpapieren, die das geistige Vermögen einer ganzen Generation ausmachen, ist ein furchtbarer Kursfall eingetreten.« Und so erhebt sich als das eigentliche Kulturproblem dieses Krieges die Frage: »Welche geistigen Werte kann uns 1914 schenken statt der gepriesenen von 1789, die es uns entreißen will?«

Wenn diese Frage wirklich einen geschichtlichen Sinn hätte, dann müßte man Rjellén recht geben, wenn er hinzufügt: »Eine ernstere Frage kann an das Geschlecht, das in dieser großen Zeit lebt, nicht gestellt werden.« Aber was noch im ersten Jahre des Krieges eine große Zeit hieß, ist längst sogar in offiziellen Regierungskundgebungen zu einer furchtbaren, schrecklichen, ja wahnsinnigen Zeit geworden. Und so wie dieses Wort seinen guten Klang verloren hat, so mußte auch immer stärker der Zweifel einsetzen, ob die Zeit von 1914 überhaupt so viel Größe und Wert in sich schloß, daß sie uns etwas Neues zu schenken vermöchte, oder ob sie nicht auch in moralischer und kultureller Beziehung ihrem allgemeinen Charakter treu geblieben ist, uns auf stets kümmerlichere Ration zu setzen. Vollends aber wird der nur etwas kritisch gestimmte Leser schon gleich zu Anfang fragen müssen: Ja, um's Himmels willen, wo haben denn in unserer Zeit vor dem Kriege die Ideen von 1789 geherrscht? Wo blühten die großen Ideen von Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit? Waren sie nicht vielmehr noch immer unerfüllte Forderungen, an denen noch immer sich überall die politischen Hoffnungen und revolutionäre Blut des Volkes erwärmte? Man reibt sich die Augen: die Konservativen irgendeines Landes als besessen vom Geiste von 1789, die liberalen Fabrikanten und Finanziers als Carmagnoletänzer in Brüderlichkeit mit ihren Angestellten und Arbeitern! — Ja, belehrt uns professorale Gründlichkeit, das scheint nur widerspruchsvoll. Aber erst müßten wir wissen, wo die Ideale von 1789 eigentlich sind. Das heißt, wie wir gleich sehen werden, erst müssen diese Ideale ganz in den Sumpf getaucht werden, was in Form einer scheinbaren Kritik derselben geschieht, um dann freilich als die herrschenden Ideen einer versumpften Zeit zu gelten. Daß in Wahrheit diese Zeit selbst längst vor der Ideenhöhe von 1789 abgefallen war und abfallen mußte, bleibt solcher Kritik ganz und gar verschlossen.

Was wird aus der ersten Idee von 1789 bei Rjellén, aus der Idee der Freiheit? Er sieht in ihr nichts anderes als »Ungebundenheit, das Fehlen von Fesseln«. Dadurch wird ihm diese Idee zur bloßen Negation an sich, sie sei »die reinste Verneinung, jenseits von Gut und Böse« (S. 30). Aber dabei bleibt es nicht, denn in seiner weiteren Interpretation wird diese Verneinung immer mehr böse als gut. Nachdem sie nämlich ihre Schuldigkeit gegenüber den Fesseln des achtzehnten Jahrhunderts getan hatte, hätten wir sie als »reinen Fetisch« festgehalten, was natürlich zu einem bösen Ende führen mußte. »Staat, Gesellschaft, Kirche, Familie, Gesetz, Sitte, Gewissen, alles

fällt schließlich als Opfer. Denn das Wort Freiheit bedeutet buchstäblich auch Gesetzlosigkeit, Sittenlosigkeit, Zügellosigkeit, Anarchie.* Zwar habe man versucht, durch Einschlebung der Vorstellungen von Selbstzucht und Verantwortung den Begriff der Freiheit vor solchen Konsequenzen zu bewahren. Aber das sei ein logischer und praktischer Verrat an dieser Idee: denn Zucht läßt sich nie aus Freiheit herleiten. Zeugen dafür sind die »Apachen« von Paris, die Kjellén mit anerkennenswertem Mut als »reingezüchtete Früchte vom Baume der dogmatischen Freiheit, in gerade absteigender Linie von 1789« bezeichnet. Kein Wunder, daß zuletzt auch noch — hu, hu! — Umsturz und freie Liebe das Sündenregister der Freiheitsidee von 1789 vervollständigen (S. 32).

Was soll man nun zu einer solchen »Kritik« sagen, die mehr aus dem Milieu eines Stammtisches als aus dem einer Gelehrtenstube zu kommen scheint? Die heillose Identifizierung von Freiheit mit Ungebundenheit, Individualismus mit Apachentum ist aber allerdings der ganze und eigentliche Gedankengehalt der Gegenüberstellung von 1789 und 1914 bei Kjellén. Eine solche Idealisierung ist nun logisch wie historisch gleicherweise falsch. Die Vernunftidee der Freiheit, wie sie das achtzehnte Jahrhundert herausgearbeitet hat, ist von der Idee der Gebundenheit durch das Vernunftgesetz und von dem Gedanken der Selbstverantwortung gar nicht zu trennen. Selbst dort, wo eine der Hauptwurzeln der Freiheitslehre von 1789 gesucht werden muß, bei John Lockes Lehre von dem Zustand vollkommener Freiheit und Gleichheit im Naturzustand, das heißt vor Eingehung des Gesellschaftsvertrags, ist diese Freiheit keine Schrankenlosigkeit. Denn sie ist beschränkt durch „a law of Nature“, durch das natürliche Recht.

»Obgleich der Naturzustand ein Zustand der Freiheit ist,« sagt Locke ausdrücklich, »ist er doch kein ‚state of license‘, kein Zustand der Zügellosigkeit. Der Mensch hat allerdings eine unbestreitbare Freiheit, über seine Person und seinen Besitz zu verfügen. Hingegen hat er nicht die Freiheit und das Recht, sich selber zu vernichten, auch nicht den anderen Schaden zu tun oder sie im Genuß ihrer Güter zu stören, außer wo ein edlerer Zweck als seine bloße Erhaltung es erfordert. Im Naturzustand herrscht das Gesetz der Natur, welches alle sich unterwirft, und Vernunft — denn sie ist dieses Gesetz der Natur — lehrt alle Menschen, welche auf sie hören, daß, obgleich sie alle gleich und voneinander unabhängig sind, keiner Leben, Gesundheit, Freiheit, Besitz des anderen verletzen darf.« (Two treatises of Government, 2. Band, 2. Kapitel, Nr. 4, 6.)

So ist also schon bei dem individualistischen Locke die Freiheit keine Ungebundenheit. Entscheidend für unseren Zusammenhang aber ist es, daß die Ideen von Freiheit und Gleichheit im Zeitalter von 1789 hauptsächlich unter dem überragenden Einfluß von Rousseau standen. Und da war es die Lehre des Rousseauschen Gesellschaftsvertrags und des aus ihm entsprungenen Gemeinwillens, der *volonté générale*, welche die eigentliche Grundlage dieser Ideen bildete. Aus diesem keineswegs individualistischen Geiste entsprang wesentlich die Deklaration der Menschenrechte in der französischen Revolution. In einer sehr eingehenden, auf umfangreiches Quellenmaterial sich stützenden Untersuchung hat Dr. Robert Redsoh dargelegt,⁴ daß die von Jellinek vertretene Lehre, wonach die Er-

⁴ Die Staatstheorien der französischen Nationalversammlung von 1789. Leipzig 1912, Veit & Co.

klärung der Menschenrechte der Gedankenwelt von Locke und der von ihr beeinflussten amerikanischen Unabhängigkeitserklärung entflamme, nicht zutrefte. Mit Recht habe Jellinek auf den bedeutsamen Unterschied in der Auffassung Lockes und Rousseaus verwiesen. Nach Rousseau bedeutet der Gesellschaftsvertrag die volle Entäußerung aller Rechte des Individuums an die Gesellschaft.

»Das Individuum«, sagt Jellinek,² »behält kein Atom Recht für sich, sobald es in den Staat eintritt. Alles, was es an Rechten erhält, bekommt es von der *volonté générale*. . . Die Vorstellung eines ursprünglichen Rechtes, das der Mensch in die Gesellschaft hinübernimmt und als rechtliche Grenze aufstellt (wie bei Locke), wird von Rousseau ausdrücklich verworfen.«

Aber gerade dies, zeigt Redzlob, ist auch in der französischen Deklaration der Fall. Sie »kennt keine Rechte des Menschen im vorstaatlichen Zustand, an welchen die staatliche Macht eine Grenze findet. Sie kennt nicht Rechte der Menschen außerhalb des Staates, sie kennt nur Rechte der Menschen im Staate. So steht sie der Lehre von Locke fremd gegenüber. . . Und weiter: Die Erklärung der Menschenrechte ist auf dem Gedanken des Gemeinwillens aufgebaut. Eine Kollision der individuellen und der staatlichen Rechtsphäre, wie Locke sie behauptet, ist daher unmöglich.« (U. a. D., S. 100.)

So steht es also mit der Zügellosigkeit, der Libertinität von 1789 aus. Man vergesse doch nicht, daß selbst die Schreckensherrschaft von 1793 im Namen der Tugend durchgeführt wurde, was kein bloßer Cant, sondern revolutionärer Patriotismus war. Aber hören wir doch, um uns zu vergewissern, was für eine Idee von Freiheit das Zeitalter 1789 hatte, die Stimme Rousseaus selbst.

Gleich zu Beginn der Schrift über den Gesellschaftsvertrag, im 2. Kapitel, bezeichnet Rousseau die Freiheit als eine *liberté commune*, als eine *gemeinschaftliche Freiheit*, wie dies auch bei Freiheit und Gleichheit aller nicht anders sein kann. Diese Freiheit bedeutet aber für Rousseau schon vor dem Gesellschaftsvertrag, das heißt (da er in diesem ja keine historische Vertragschließung erblickt, sondern nur die Idee der staatlichen Organisation) in Gegenüberstellung zur Gesellschaft keinen bloßen Inbegriff von Rechten, sondern ebenso, ja in erster Linie von Pflichten.

»Seiner Freiheit entsagen,« heißt es im 4. Kapitel des „*Contrat Social*“, »heißt seiner Eigenschaft als Mensch entsagen, heißt den Rechten der Menschheit, ja selbst seinen Pflichten entsagen. . . Eine solche Verzichtleistung ist schlechterdings unverträglich mit der menschlichen Natur; es heißt sich aller *Moralität* seiner *Handlungen* begeben, wenn man sich aller Freiheit seines Willens begibt.«

Freiheit ist also bei Rousseau unzertrennlich von Moralität, von Sittlichkeit, und dies ist die feste Brücke, welche diesen großen romanischen Vertreter von 1789 mit dem größeren deutschen, welche Rousseau mit Kant verbindet. Sie macht es erklärlich, daß die deutsche klassische Philosophie zur glühenden Verteidigerin von 1789 wurde. Und wenn man in Rousseaus »*Emil*« das wundervolle »*Glaubensbekenntnis des savoyischen Vikars*« liest, in dem so viele Grundgedanken Kants enthalten sind, so daß man die Legende glaubwürdig findet, Kant habe bei der Lektüre dieser Schrift zum ersten Male seinen jahrelang gewohnten täglichen Spaziergang versäumt,

² Die Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte, 1895, S. 5 und 6.

wird einem dieser Zusammenhang erst ganz klar. Hier wird die Freiheit direkt als die Gebundenheit durch das Sittengesetz entwickelt.

»Ich bin ein Sklave,« sagt Rousseau, »wenn ich unrecht tue, aber frei, wenn ich mich deswegen anklage. Das Bewußtsein meiner Freiheit erlischt nie in mir, als wenn ich die Stimme der Seele verhindere, über das Gesetz des Körpers zu siegen.«⁶

Und so gelangt Rousseau dazu, das Gewissen zu dem Angelpunkt der Freiheit zu machen.

Tief in der Seele liegt ein angestammtes Prinzip der Gerechtigkeit und Tugend, nach welchem wir, unseren übrigen Grundsätzen zum Trotz, über unsere eigene und über fremde Handlungen urteilen, ob sie gut oder schlecht seien, und dieses Prinzip ist es, dem ich den Namen Gewissen gebe. (A. a. O., S. 22.)

Nur durch das Gewissen bekämpft der Mensch seine Freiheit; und in einer Apostrophe, die merkwürdig an die spätere berühmte Lobpreisung der Pflicht durch Kant erinnert, bekräftigt Rousseau diesen Gedanken wie folgt:

O Gewissen! Gewissen! Du göttlicher Instinkt, du ewige und himmlische Stimme; du sicherer Leiter eines unwissenden und beschränkten, aber verständigen und freien Wesens; du untrüglicher Richter über Gutes und über Böses, wodurch der Mensch zur Ähnlichkeit mit Gott gelangt! Du machst die Erhabenheit seiner Natur aus und begründest die Moralität seiner Handlungen. Fehltest du mir, so trübe ich nichts in mir an, was mich über die Tiere erhöhe, als den traurigen Vorzug, mich in Irrtümer zu verstricken durch einen Verstand ohne Regel und durch eine Vernunft ohne Gesetze. (A. a. O., S. 25.)

So also spricht der Stammvater der Pariser Apachen.

Nun sage man nicht etwa, diese Gedanken bezögen sich nur auf die Sitten- und Erziehungslehre Rousseaus, nicht aber auf seine Staats- und Gesellschaftslehre.

Man würde damit vor allem übersehen, daß es ja gerade diese ethische Grundüberzeugung von den Gewissenspflichten und von der sozialen Verantwortung ist, aus der nicht nur die flammende Kulturkritik Rousseaus hervorbricht, sondern durch welche dann später die Idee der Menschenrechte überhaupt ihre hinreißende agitatorische Kraft gewann. Aber überdies hat Rousseau den durchaus sozialen und organisierenden, keineswegs also individualistisch-auflösenden Grundcharakter seines Denkens gerade auch in seinen staatsrechtlichen Begriffen zum deutlichen Ausdruck gebracht, worauf ich dem häufigen individualistischen Mißverständnis dieses Denkers gegenüber schon einmal aufmerksam gemacht habe.⁷ Denn der fragende politische Gedanke ist bei ihm gar nicht mehr die naturrechtliche Vorstellung des Gesellschaftsvertrags, in welcher die einzelnen als die Herren der Gesellschaft und des Staates erscheinen, sondern der Begriff des allgemeinen Willens, dem sie unterworfen sind und der seine eigene Gesetzmäßigkeit in sich hat. Und dieser allgemeine Wille strebt bereits zu jener Kollektivvorstellung vom Staate als einem jedem Individuum übergeordneten Ganzen, welche dann in der deutschen Philosophie durch Fichte und Hegel in ihrer sittlichen Staatsidee zum Abschluß gebracht wurde, von eben jenem Hegel, den Plenge, wie wir noch sehen werden, zum Antipoden und Nothelfer gegen den verderblichen Geist von 1789 ausgerufen hat.

⁶ Rousseaus Ausgewählte Werke (Cotta), 5. Band, S. 8.

⁷ Vergl. hierzu Max Adler, Wegweiser, Studien zur Geistesgeschichte des Sozialismus, Stuttgart 1914, Dieß, Kapitel Rousseau.

Nun ist es freilich wahr, daß die Idee der Freiheit in dem hier dargelegten sozialen Sinne der großen Zeit von 1789 zwar vorangeleuchtet hat, daß sie aber keineswegs im gleichen Sinne zur geschichtlichen Ausreifung gelangte. Der Sieg der großen Revolution begründete — wir wissen es nur zu gut — durchaus nicht die Herrschaft der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit, von der die Menschen damals träumten, sondern nur die des Bürgertums. Aber das kann doch nicht dem Geiste von 1789 zum Vorwurf gemacht werden, das lag nicht an diesen Ideen, welche das Programm einer Menschheitsgemeinschaft entworfen hatten, während es nur eine neue Form der Klassengesellschaft war, die sich mit ihm etablierte. Was Kjellén als Verfall der Ideen von 1789 anprangert, das ist vielmehr der Aufstieg seiner eigenen Klasse, des bürgerlichen Geistes zu seiner Eigenbedeutung, die Entwicklung des kapitalistischen Charakters der Bourgeoisie zum Selbstbewußtsein. In dem Maße seiner Entwicklung trat gegenüber dem revolutionären und daher sozialisierenden Prinzip der Ideen von 1789 immer mehr der konservierende und atomisierende Geist eines bloß auf Bereicherung und Machtsteigerung des Individuums gerichteten Klasseninteresses in den Vordergrund. Es ist der von John Locke und David Hume herstammende, durch Adam Smith, Jeremias Bentham und die Manchesterleute entwickelte Geist des ökonomischen Individualismus, der nicht als eine Konsequenz von, sondern als eine bloße Sukzession nach 1789 aufzufassen ist. Zu meinen, daß dieser ökonomische und politische Liberalismus, weil er natürlich erst nach Zertrümmerung der alten Gewalten durch die Ideen von 1789 sich geltend machen konnte, aus dem Wesen dieser Ideen notwendig hervorwuchs, ist ein arges Beispiel des berüchtigten Fehlschlusses *post hoc, ergo propter hoc*. Aber der geschichtliche Fortgang der Entwicklung von Rousseau über Adam Smith zu Cobden legt nur dar, wie die Revolution, die zuerst eine Bewegung der gesamten unterdrückten Volksmenge gegen ihre Despoten war und darum sich auf die *volonté générale* und auf die Menschenrechte berufen konnte, alsbald in sich den neuen Klassenunterschied entfaltete von herrschender Bourgeoisie und rechtlosem Proletariat, von profitbeziehenden Besitzenden und ausgebeuteten Besitzlosen, in welcher dumpfen Atmosphäre freilich die hell brennenden Leuchten von Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit zu früh qualmenden Döchten werden müssen, als die Kjellén sie jetzt verhöhnt. Aber diese Entwertung erfuhren jene Ideen doch nur für die Bourgeoisie. Für das Proletariat gewannen sie einen neuen Sinn, gerade je mehr sie für die herrschende Klasse zu einer »übernächtigen Luft« wurden, in der diese nur mit Widerwillen atmen mochte. An der Erkenntnis, daß das Bürgertum diese Ideale nicht verwirklicht hatte und nicht verwirklichen konnte, entzündete sich die Kritik des Sozialismus.

Das war insbesondere der Sinn jener berühmten Kritik, die Karl Marx in den »Deutsch-Französischen Jahrbüchern« im ersten Artikel über die Judenfrage an dem Begriff der Menschenrechte übte. Wenn er hier zeigt, wie alle diese Menschenrechte der französischen Deklaration sich zuletzt nur als ebenso viele Rechte des bürgerlichen Egoismus herausstellen, als Existenzbedingungen einer auf der Sicherung des Privateigentums beruhenden Gesellschaft, wenn er sagt: »Keines der sogenannten Menschenrechte geht also über den egoistischen Menschen hinaus, über den Menschen, wie er Mitglied der bürgerlichen Gesellschaft, nämlich auf sich, auf sein Privatinteresse

und seine Privatwillkür zurückgezogenes und vom Gemeinwesen abgeordnetes Individuum ist*, so legt er damit, getreu seiner sich hier schon bekundenden materialistischen Geschichtsauffassung, nur die ökonomischen Schranken dieser Ideologie dar, womit aber die psychologische Tatsache selbst nicht geleugnet, sondern im Gegenteil erst erklärt wird, daß und wieso dieser partikuläre Interessengehalt sich in die universale Form der Menschenrechte kleiden konnte. Allerdings sagt Marx an jener Stelle noch:

Weit entfernt, daß der Mensch in ihnen (nämlich den Menschenrechten) als Gattungswesen aufgefaßt wurde, erscheint vielmehr das Gattungsleben selbst, die Gesellschaft, als ein den Individuen äußerlicher Rahmen, als Beschränkung ihrer ursprünglichen Selbstständigkeit. Das einzige Band, das sie zusammenhält, ist die Notwendigkeit, das Bedürfnis und das Privatinteresse, die Konservation ihres Eigentums und ihrer egoistischen Person.⁹

Allein auch diese Kritik ist nicht, wie dies besonders P l e n g e t u f, für den atomistischen Charakter der Ideen von 1789 zu verwerfen, sondern wiederum nur die an der Hand der ökonomischen Analyse durchgeführte Auflösung eines psychologischen Scheines, der für das Bewußtsein der Geschlechter von 1789 eben das Gegenteil dieses Atomismus und Egoismus war; es ist die Aufdeckung eben dieses zwiespältigen Charakters der Bewegungen von 1789, die ihrem Bewußtsein nach Menschheitsemanzipation, ihrem Wesen nach Klassenemanzipation war und daher auch in ihrer Ideologie zwischen Menschheitszielen und Klassenvorstellungen beständig schwebte, wie denn auch in der Deklaration der *droits de l'homme* sich die Einflüsse von Locke und Rousseau mischen. Aber abgesehen davon gibt Marx selbst die Erklärung, warum selbst dort, wo auch im Bewußtsein jener Zeit das Individuum sich über den Staat stellte, dies in einer Art optischer Täuschung erfolgen mußte und für die Emanzipatoren von 1789 derart der Staat nur als Mittel für die Zwecke des einzelnen erscheinen mochte: weil er vordem, im *ancien régime*, als ausbeuterischer und absoluter Selbstzweck dagestanden war, so daß die Staatsangelegenheiten gar nicht mehr als Volksangelegenheiten erschienen, sondern als Sache eines dem Volke entfremdeten, ja ihm entgegengesetzten Herrscherinteresses. Auf diese Weise ist aber die Voranstellung des Individuums mit seinen Zwecken als Sinn und Rechtfertigung des Staates keine Negierung oder Auflösung seiner Universalität, sondern nur der historische Kampfausdruck, in welchem das Bürgertum zur Zeit seines Aufstrebens den Staat zur Menschheitsidee ausgestalten will; und erst nach seinem Siege im Staat entwickelt es jene charakteristischen Konsequenzen, die zur Liquidierung dieser Staatsidee und zur Umgestaltung des Staates in eine bloße Lebens- und Einbruchsversicherung führen. Darum betont auch Marx, daß die revolutionäre Praxis in flagrantem Gegensatz zu jener Theorie der Beschränkung der Staatszwecke durch die egoistischen Interessen des Individuums stand, indem die Revolution vor keinem der Menschen und Bürgerrechte halt machte, weder vor dem Recht auf Freiheit noch vor dem auf Privateigentum und auf Leben, wo immer es die Zwecke des von ihr gewollten Ganzen galt. Gegen die nach der Revolution aber einsetzende Umbildung der Ideen von 1789 zu Leitgedanken des öko-

* Vergl. Karl Marx, Zur Judenfrage, Gesammelte Schriften von Marx und Engels, herausgegeben von Mehring, 1. Band, S. 419.

⁹ Karl Marx, a. a. O., S. 419.

nomischen Liberalismus wurde der immer mehr aufkommende proletarische Sozialismus der stets stärker einsehende Protest. Er brauchte nicht erst auf 1914 zu warten, um der sich fälschlich auf die Traditionen von 1789 stützenden Verherrlichung der Auflösung des Staates in eine zügellose Konkurrenzgesellschaft das Wort von der sozialen Organisation des gesellschaftlichen Lebens entgegenzurufen.

Gerade dies aber soll nach Kjellén erst das große Wunder und Geschenk von 1914 sein, uns offenbart durch die machtvolle Organisation des Krieges, wie sie das Deutsche Reich im Heer und im Hinterland bewährte. Was nämlich ist die neue Idee, die nach Kjellén das Zeitalter von 1914 an Stelle der zu Umsturz und Auflösung führenden Freiheit von 1789 uns beschieden hat? Das Wort heißt — man sieht ordentlich, wie die Person des Verkünders sich strafft, Hacken zusammengeslagen, Hände an die Hosennäht — Ordnung. Bei ihrer Nennung gerät Kjellén in Verzückung: Ordnung, so singt er, schirmt die Bahn der Sterne am Himmelsgewölbe, sie ist von Ewigkeit zu Ewigkeit, mit der Freiheit zusammen bildet sie die beiden Pole der Wahrheit oder eigentlich den Pol und Äquator derselben, einen Pol, der überdies auch noch im Gleichgewicht sein muß mit dem anderen Pol oder Äquator, welches Gleichgewicht jetzt aber gestört sei. Das Mittel zur Wiedergewinnung dieses Gleichgewichts der beiden Pole ist so merkwürdig wie die Entdeckung eines Gleichgewichts von Polen selbst — dieses Mittel zum Gleichgewicht zwischen Freiheit und Ordnung ist nämlich — der Krieg. Der große Weltpädagoge der Ordnung ist — der Schützengraben. Das ist kein Wiß, sondern die ernste Meinung Kjelléns selbst, bei der es allerdings schwer ist, ruhig Blut zu bewahren. Wir lesen S. 33:

Eine Welt, die drauf und dran war, mit ihren aufgelösten kleinen Elementen in alle Winde zerstreut zu werden, wurde in die Schützengräben hinabgeschickt, um sich zu bessern und Buße zu tun. Nie ist die Forderung von Ordnung bitterer, unerbittlicher, umfassender, nie auch so nötig gewesen.

Aber muß man dann nicht bedauern, daß sie eigentlich doch nicht umfassend genug war, da sie ihren Lobpreiser, den Schweden Kjellén nicht auch ihres Segens teilhaftig werden ließ und nicht dorthin gesendet hat, wo einzig alle Läuterung unserer Zeit zu finden war, nämlich in den Schützengräben? Wie hoch hätten sich die Ideen von 1914 bei ihrem Verkünder noch steigern können, wenn er selbst diese Ordnung am eigenen Leibe oder vielleicht gar durch seinen Leib hindurch erlebt hätte!

Im Ernst: eine solche entsetzliche Auffassung von Freiheit und Ordnung ist doch nur eine ganz logische Konsequenz bei einem Denker, der die Freiheit eigentlich als ein Gift für den sozialen Körper betrachtet. Wie sonst wäre es zu erklären, daß sich ihm ganz ungezwungen für die von ihm gepriesene Ordnung das Gleichnis eines »geistigen Gegengifts« (!) für die Freiheit einstellt (S. 32). Hat Kjellén es doch über sich gebracht, von unserer Zeit zu sagen, daß sie an zu viel Freiheit kranke, diese Zeit, in der auf keiner Stufe ihrer sozialen Gliederung — auch nicht bei den Besitzenden — eine wirklich freie Entfaltung der Menschlichkeit möglich ist! Nach alledem kann es nicht mehr verwunderlich, sondern nur die ganze reaktionäre Geisteswelt Kjelléns manifestierend wirken, wenn er nicht davor zurückschreckt, den Ruf nach mehr Freiheit mit dem Rufe eines Alkoholikers nach mehr Schnaps zu vergleichen! Wem die Freiheit ein Gift ist, der muß in

der jämmerlichen Vorstellung einer Ordnung enden, die eigentlich nichts anderes ist als die Anpreisung einer Abstinenz von jedem politischen Geist und Charakter.

Wir überlassen diese Abstinenz denen, die sich zu krank fühlen, die Freiheit zu vertragen. Uns ist die Ordnung, wie wir sie verstehen, kein Gegenpol der Freiheit, ebensowenig ihr Aquator, sondern überhaupt nichts von der Freiheit Getrenntes, weil ihre eigene Erscheinung und ihr eigenes Werk. Wir können nur eine solche Ordnung brauchen, die unsere Freiheit gestiftet hat, die unsere Ordnung ist. Diese aber, wie gerade die Gegenwart beweist, wird nicht in dem Schützengraben imperialistischer Kriege, sondern nur auf dem Grabe der kapitalistischen Gesellschaft zu finden sein.

Wenn Kjellén daher sagt: »Nach Ordnung haben wir gehungert und gedürstet in unseren aufgelösten Gesellschaften und Seelen, gehungert und gedürstet wie die Männer von 1789 in ihrer Lage nach Freiheit«, so ist vorerst einmal die Frage zu beantworten, wer denn diese »wir« sind, um danach zu beurteilen, was das für eine Ordnung ist, die so ersehnt wurde: jene »wir«, die ihren Seelendurst nach Ordnung nun in den Strömen von Blut stillen, die aus den Schützengräben fließen, oder jene anderen »wir«, die wir allerdings diese ganze Zeit her in der schreienden und vergewaltigenden Unordnung der kapitalistischen Welt geschmachtet haben und noch schmachten nach einer Neuordnung der Gesellschaft, die wir ihren Zusammenbruch in dem Wahnsinn eines Weltkriegs als dem Gipfel ihrer Desorganisation vorausgesagt haben und die wir gleichwohl als einzige ihr entgegengearbeitet haben mit den sozialistischen Ideen von Freiheit, Organisation und Internationalität des Proletariats.

(Schluß folgt.)

Zu den Kezereien zur Frage der industriellen Nachtarbeit.

Von Rud. Wissell.

»Die Menschenkultur ist auf jeden Fall noch wichtiger und notwendiger, ja auch dem Staat noch ersprießlicher als selbst die Erhöhung der Industrie und des äußeren Wohlstandes, welche noch dazu nur durch jene wahrhaft und dauernd gesichert werden kann.«
(Die Potsdamer Regierung in einem Bericht über die Lage der preussischen Fabrikinder.)¹

Die Neue Zeit soll allen wissenschaftlichen Ansichten Raum geben; auch Kezereien im wahrsten Sinne des Wortes, wenn durch sie eine neue Erkenntnisquelle geschaffen wird. Es ist auch selbstverständlich, daß mit dem Namen eines Mitarbeiters gedeckte Ansichten nicht der Redaktion in die Schuhe geschoben werden können. Immerhin ist es sonderbar, daß die Redaktion nicht einmal in einer kleinen Fußnote zu den Darlegungen Schneiders in Nr. 20 der Neuen Zeit Stellung nimmt. Sind seine Argumentationen doch schon vor mehr denn fünfzig Jahren von Karl Marx mit beißendem Hohn und Spott überschüttet worden,² wendet Schneider sich doch gegen Anschauungen, die, wie er selber des näheren nachweist, seit über einem Menschenalter von der Arbeiterschaft und auch von allen Sozialreformern vertreten wurden, die in der Neuen Zeit stets eine warme Befürwortung gefunden haben. Angesichts dieser Tatsachen ist die so wortlose, an sich ja ganz selbstverständ-

¹ Siehe G. K. Anton: Geschichte der preussischen Fabrikgesetzgebung.

² Siehe Karl Marx: Das Kapital, Volksausgabe, S. 211/12, 205 und die weiter hinten zitierten Stellen.

liche Aufnahme der Schneiderschen Ausführungen, deren Kern die Furcht vor zu großer Fesselung der Industrie durch bestimmte Arbeiterschutzmaßnahmen ist, doch recht sonderbar. Muß daraus eine Zustimmung der Redaktion gefolgert werden? Ich kann das nicht annehmen, und deshalb will ich mich auch nur beschränken auf das, was Schneider selbst sagt. Im anderen Falle müßte das ganze Problem des Arbeiterschutzes zum Gegenstand der Erörterung gemacht werden.²

* * *

Was Schneider über die schärfste Ausnutzung der vorhandenen Arbeitsmittel unmittelbar nach Kriegsende sagt, kann im wesentlichen übergangen werden. Seine Darlegungen behandeln hier lediglich die zweckmäßigste Gestaltung eines Nachtarbeitsverbots, und ich werde hierauf auch noch kurz zum Schluß eingehen. Doch sei einer zwar nicht direkt ausgesprochenen, doch aus den Darlegungen zu schließenden Auffassung entgegengetreten. Eine noch stärkere Heranziehung von Arbeitskräften, als sie jetzt in der Kriegszeit erfolgt ist, hält Schneider im Frieden kaum für möglich. Auch die Ausnutzung habe einen Grad erreicht, der ohne ernsthafte Schäden kaum überboten werden könne. Ich meine, daß die Heranziehung von Arbeitskräften das Maß weit überschritten hat, das durch die allgemeinen Lebensverhältnisse, die kulturellen Bedürfnisse der Arbeiterschaft, die Kindererziehung usw. gegeben war und wieder eingehalten werden muß. Ich meine weiter, daß die Ausnutzung der Arbeitskraft heute schon weit die gesundheitlichen Grenzen überschritten hat und daß nicht etwa in demselben Maße wie in der Kriegszeit die Ausnutzung weisergeben darf, daß eine ganz erhebliche Minderung der dem einzelnen obliegenden Arbeitslast dringend geboten ist. Dringend geboten nicht nur im Interesse des einzelnen, sondern der gesamten Volkswirtschaft, der nicht die in der Zukunft so dringend notwendigen Arbeitskräfte durch Raubbau in der Gegenwart entzogen werden dürfen. Mehr denn je müssen wir haushalten mit den

² In früheren Jahren hielten wir es für angezeigt, es unsere Leser durch eine Fußnote erkennen zu lassen, wenn Anschauungen, denen wir Raum gaben, uns irrig erschienen. Da mancher unserer Mitarbeiter das mit Empfindlichkeit aufnahm, sehen wir schon seit langem von solchen Notizen ab, haben aber des öfteren darauf hingewiesen, daß in der Neuen Zeit jeder Autor unter seiner persönlichen Verantwortlichkeit schreibt.

Das könnte genügen, aber da Wissell einmal die Frage aufgeworfen hat, wollen wir doch darauf hinweisen, daß wir Schneiders »Keßereien« nicht so geringschätzig beurteilen wie Wissell. Schneider hat unseres Erachtens das Verdienst, ein sehr wichtiges Problem angeschnitten zu haben. Nach dem Kriege werden wir vor der Schwierigkeit stehen, in verschiedenen Industriezweigen mit wesentlich verminderten Produktionsmitteln im Interesse der Arbeiter wie der Konsumenten den Produktionsprozeß aufs intensivste steigern, die gesamte Arbeiterschaft mit verringerten Produktionsmitteln beschäftigen zu müssen. In anderen Industriezweigen werden freilich aus Mangel an Rohmaterial oder an zirkulierendem Kapital die vorhandenen Produktionsmittel nicht voll ausgenutzt werden können. Wo es auf deren stärkste Ausnutzung ankommt, wird sich dies Ziel nicht erreichen lassen ohne Ausdehnung des Schichtsystems. In einem anderen Zusammenhang hat Kautsky bereits in seiner Schrift über »Die soziale Revolution«, II, S. 24, auf die ökonomischen Vorteile hingewiesen, die man erreicht, wenn man die irrationellen Betriebe stilllegt und in der verminderten Zahl von Betrieben drei Schichten nacheinander arbeiten läßt. Allerdings wollte Kautsky, um die Nachtarbeit zu vermeiden, die Schicht auf fünf Stunden beschränkt wissen. Aber auch Schneider spricht am Schluß seines Artikels von der Sechsstundenschicht.

Wir haben eine Diskussion der Schneiderschen Vorschläge erwartet und gewünscht. Wir glauben aber, daß sie ein wertvolles Ergebnis am ehesten dann liefern wird, wenn man in diesen Vorschlägen nicht bloß die Frage der Nachtarbeit, sondern auch die der Ausdehnung des Schichtsystems untersucht. Die Redaktion,

vorhandenen Kräften, wo Millionen der besten und leistungsfähigsten als Opfer des Krieges der nationalen Wirtschaft ganz oder zum Teil entzogen sein werden.

Für die wieder in einen gewissen Beharrungszustand gekommene spätere Zeit meint Schneider, daß bei dem durch die Kriegsfolgen geschaffenen Warenhunger der Welt so rasch und so viel wie möglich produziert werden müsse. Da die Arbeitskräfte nicht vermehrt, ihre Ausnutzung nicht gesteigert werden könne, müßten die technischen Arbeitsmittel im weitestgehenden Maße ausgenutzt werden. Geschähe das in vierundzwanzig Stunden statt in acht, würden mehr Waren erzeugt und diese selbst billiger werden. Rechnerisch sucht Schneider dies darzutun. Das Verbot der Nachtarbeit hindere aber eine solche Ausnutzung. Das bewirke eine Minderung der sonst möglichen Gütererzeugung, eine Erhöhung der Erzeugungskosten, eine allgemeine Preissteigerung und eine Überflüssigmachung von sonst zu beschäftigten Arbeitskräften. Jetzt müsse der Unternehmer versuchen, die tägliche Arbeitszeit bis zum äußersten auszunutzen. Dazu müsse er einmal neue Kapitalien in dem zu erweiternden Fabrikbetrieb anlegen, zum anderen werde es seinen Widerstand gegen jede Arbeitszeitverkürzung steigern, um so mehr, als auch der Warenhunger der Konsumenten diesen Widerstand stärke. Verminderung der Gütererzeugung, Erhöhung der Erzeugungskosten, allgemeine Preissteigerung, Überflüssigwerden von Arbeitskräften, unrationelle Verwendung von Kapitalien, stärkere Widerstände gegen die Verkürzung der Arbeitszeit — diese sechs Folgen befürchtet Schneider von einem generellen Verbot der Nachtarbeit für alle Betriebe, die nicht ihrer Art nach oder aus technischen Gründen auf dieselben angewiesen sind.

Wir werden fraglos mit allen zulässigen Mitteln am Aufbau der vernichteten Kulturgüter arbeiten müssen. Dazu wird jede Arbeitskraft — und wenn es auch keine Vollkraft sein sollte — herangezogen werden müssen. Keine wenn auch nur noch teilweise nutzbare Arbeitskraft werden wir brachliegen lassen können. Aber wir werden sie nur unter sorgsamster Schonung in ökonomischster Weise nutzen dürfen. Jeder Raubbau wird ausgeschlossen sein müssen. Trotz des Fehlens der durch den Krieg verlorenen Kräfte. Aber selbst wenn die Heranziehung und Ausnutzung der Arbeitskraft in derselben Weise erfolgen würde, wie sie leider in der Kriegszeit geübt worden ist, fehlt uns das Menschenmaterial zur Befehung von drei Schichten, wie sie Schneider aus der Annahme eines tiefenhaft gesteigerten Warenhungers der ganzen Welt vorschweben. Dieses nicht nur der starken Schwächung unserer eigenen Volkskraft wegen, sondern auch um deswillen, weil die vielen Hunderttausende fremder Arbeiter, die in Friedenszeiten jahrein und jahraus in Deutschland arbeiteten, fehlen werden. So werden in tatsächlicher Beziehung die Voraussetzungen Schneiders nicht zutreffen.

Wie Schneider für die doch wieder zu einem gewissen Beharrungszustand gekommene Zeit, um die es sich hier doch handelt, von zunächst überflüssig werdenden Arbeitskräften als Folge des Verbots der Nachtarbeit sprechen kann, ist unverständlich. Wenn die Forderung des Internationalen Gewerkschaftsbundes in Erfüllung geht, wird das Verbot der Nachtarbeit doch schon bei dem Übergang von der Kriegs- zur Friedensarbeit wirksam werden. Bei dieser Umstellung der Produktion aber gibt es keine Nachtarbeit insofern lebhaften Geschäftsganges, sondern nur die aus der Art des Betriebs oder aus Gründen des öffentlichen Interesses notwendige. Hoffentlich wird dann das Wirtschaftsleben die vielen Arbeit suchenden Arbeitskräfte aufnehmen können, hoffentlich wird dann Arbeit für sie vorhanden sein. Ist das nicht der Fall, ist für eine industrielle Nachtarbeit überhaupt kein Raum. Volkswirtschaftlich viel wichtiger wie die vollste Ausnutzung der technischen Arbeitsmittel ist vollständige Unterbringung der Arbeitskräfte. Sie müssen ins Verdienen kommen und dürfen nicht als ohne eigene Schuld nur Zehrende auf den Unterhalt durch die Gesellschaft angewiesen sein. Etwas Unökonomischeres würde es nicht geben können. Aber dem sei nun, wie ihm wolle, das betrifft nicht den Kern der von Schneider erhobenen Bedenken.

Die Argumente Schneiders sind nicht neu, neu sind sie nur im Munde eines Gewerkschafters. Es ist wunderbar, in welcher Übereinstimmung der Beurteilung der Verhältnisse sich Schneider mit den Unternehmern befindet. Nicht nur in der Beurteilung der besonderen Verhältnisse in der Nachkriegszeit, sondern der Beurteilung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse überhaupt. Wenn nicht die Schlußfolgerungen, zu denen Schneider kommt, so ganz andere wären, sollte man meinen, er hätte in der Beurteilung des Unternehmerstandpunktes fast wörtlich Marx abgeschrieben. Dieser kommt jedoch zu genau entgegengesetzten Schlußfolgerungen, zu Schlußfolgerungen, die seit Anbeginn die Gewerkschaftsbewegung geleitet haben. Marx sagt:

Der Maschinenverschleiß entspricht keineswegs mathematisch genau ihrer Benutzungszeit. Und selbst dies vorausgesetzt, umfaßt eine Maschine, die während $7\frac{1}{2}$ Jahren täglich 16 Stunden dient, eine ebenso große Produktionsperiode und setzt dem Gesamtprodukt nicht mehr Wert zu als dieselbe Maschine, die während 15 Jahren nur 8 Stunden täglich dient. Im ersteren Falle aber wäre der Maschinenwert doppelt so rasch reproduziert als im letzteren, und der Kapitalist hätte vermittels derselben in $7\frac{1}{2}$ Jahren so viel Mehrwert eingeflucht wie sonst in 15.

Unter sonst gleichbleibenden Umständen und bei gegebenem Arbeitstag erreicht Ausbeutung verdoppelter Arbeiteranzahl ebensowohl Verdoppelung des in Maschinerie und Baulichkeiten ausgelegten Teiles des konstanten Kapitals als des in Rohmaterial, Hilfsstoffen usw. ausgelegten. Mit verlängertem Arbeitstag dehnt sich die Stufenleiter der Produktion, während der in Maschinerie und Baulichkeiten ausgelegte Kapitalteil unverändert bleibt. Nicht nur der Mehrwert wächst daher, sondern die zur Ausbeutung desselben notwendigen Auslagen nehmen ab. Zwar findet dies auch sonst mehr oder minder bei aller Verlängerung des Arbeitstags statt, es fällt aber hier entscheidend ins Gewicht, weil der in Arbeitsmittel verwandelte Kapitalteil überhaupt mehr ins Gewicht fällt. Die Entwicklung des Maschinenbetriebs bindet nämlich einen stets wachsenden Bestandteil des Kapitals in eine Form, worin es einerseits fortwährend verwertbar ist, andererseits Gebrauchswert und Tauschwert verliert, sobald sein Kontakt mit der lebendigen Arbeit unterbrochen wird. »Wenn,« so belehrte Herr Ashworth, ein englischer Baumwollmagnat, den Professor Nassau W. Senior, »wenn ein Ackersmann seinen Spaten niederlegt, macht er für diese Periode ein Kapital von 18 Pence nutzlos. Wenn einer von unseren Leuten (das heißt den Fabrikarbeitern) die Fabrik verläßt, macht er ein Kapital nutzlos, das 100 000 Pfund Sterling gekostet hat.« Man denke nur! Ein Kapital, das 100 000 Pfund Sterling gekostet hat, auch nur für einen Augenblick »nutzlos« zu machen! Es ist in der Tat himmelschreiend, daß einer unserer Leute überhaupt jemals die Fabrik verläßt! Der wachsende Umfang der Maschinerie macht, wie der von Ashworth belehrte Senior einseht, eine stets wachsende Verlängerung des Arbeitstags »wünschenswert«...⁴

Die gleiche Auffassung, die Marx vor fünfzig Jahren ironisierte, wird heute, im angeblichen Interesse der Arbeiterschaft, von einem Gewerkschafter vertreten. Und im Wesen auch ganz übereinstimmend mit — weitere Arbeiterschuhforderungen streng ablehnenden — Anschauungen, die sich in Industriekreisen geltend machen. Professor Franke, der Vorsitzende der Gesellschaft für soziale Reform, hat diese Anschauungen in einem Aufsatz über Arbeiterschutz im Maiheft der »Deutschen Arbeit« wie folgt zusammengefaßt:

So begegnet man hier und da, vorläufig noch vereinzelt und zaghaft, folgender Meinung: Auch nach dem Friedensschluß werde Deutschlands Wirtschaftsleben ebenso wie jetzt im Kriege der stärksten Anspannung aller Kräfte bedürfen, um sich wieder aufzurichten, neu zu erstarken, verlorene Gebiete zurückzuerobern, weitere zu gewinnen. Das werde um so leichter gelingen, je billiger die Herstellungskosten seien, und dazu sei unerlässlich, alle Hemmungen des Arbeiterschutzes

⁴ Siehe: Das Kapital, Volksausgabe, S. 348 bis 351.

beiseitezusetzen, die Arbeitszeit zu verlängern, die Maschinen Tag und Nacht laufen zu lassen, die verfügbaren Arbeitskräfte bis zum letzten auszunutzen. Man müsse sich sogar überlegen, ob man nicht anstatt der teuren Männerarbeit die billige Arbeit der Frauen und Jugendlichen in weit größerem Maße, als dies vor dem Kriege geschehen sei, heranziehen solle, da man doch in der Zeit der größten Not so vortreffliche Erfahrungen mit ihr gemacht habe. Diesem Argument der Industrie trifft ein anderes zur Seite, das angeblich den Arbeitern zugute kommen soll: die wahrscheinlich noch auf Jahre hinaus andauernde Knappheit und Teuerung aller Lebensbedürfnisse, der Nahrung, Kleidung, Wohnung zwingt Mann, Frau und Kind zu möglichst großem Verdienst. In die breiten und tiefen Lücken, die der Krieg durch Tod, Wunden, Krankheit in die männliche Arbeiterschaft gerissen habe, müßten eben Frauen und Jugendliche einrücken und dauernd dort verbleiben. Diesen dürfe man nicht verwehren, ihre Kraft und ihre Zeit auszunutzen, damit sie ihren Unterhalt erwerben. Dies sei aber nur zu erreichen, wenn man die Schranken des Höchstarbeitstags und der Mindestruhezeit niederreißt, das Verbot der Nacharbeit und die Fernhaltung von schädlichen und schweren Beschäftigungen aufhebe, kurz den Arbeiterschutz ebenso für die Friedenszeit wie jetzt während des Krieges außer Kraft setze.

Im Anschluß hieran sagt dann Professor Franke:

Vermutlich werden diese Versuche einer Beweisführung, die von ganz verschiedenen Punkten ausgehend auf dasselbe Ziel hinauskommen, allmählich ihre jetzige Schüchternheit abstreifen und sich als derbe Forderungen erfahrener »Praktiker« aufspielen, die sich stets so erhaben über die graue »Theorie« der Sozialpolitiker gebärden. Darum ist es geboten, schon bei Zeiten ihnen entgegenzutreten....

Nun kommt ein Praktiker von einer Seite, an die wohl kaum einer gedacht hat, ein Mann, dessen Buch: »Gefahren der Arbeit in der chemischen Industrie« geradezu eine Lat war, und stellt seine ganze Argumentation ab auf billige, billige, billige Produktion. Im Willen zu dieser laufen seine Forderungen auf dasselbe hinaus wie die oben wiedergegebenen. Als ob billige Waren nur Selbstzweck, nicht lediglich die unerläßlichen Mittel zur Erreichung eines höheren Zieles, eines von Sorgen und unnötiger Arbeit freien, der eigenen und fremder Geistesbildung gewidmeten und durch die Künste schönsten Lebens wären! Wenn billige Produktion nur zu erreichen ist auf Kosten der allgemeinen Lebensgüter, in diesem Falle der Nachruhe der Arbeiter, dann haben sich die Arbeiter mit aller Entschiedenheit gegen sie zu wenden. Die Waren sollen »mit den vorhandenen gesellschaftlich normalen Produktionsbedingungen und dem gesellschaftlichen Durchschnittsgrad von Geschick und Intensität der Arbeit« hergestellt werden. Zu den gesellschaftlich normalen Produktionsbedingungen gehört die Nacharbeit zum Glück nicht. Was bleibt von der Nacharbeit übrig, wenn man die in den Betrieben, die ihrer Art nach oder aus technischen Gründen auf sie angewiesen sind, abzlehrt? Im Verhältnis zur gesamten Produktion war sie doch immer nur eine verschwindende Ausnahme — so hoch die absolute Größe derselben auch gewesen sein mag. Und wir wollen hoffen, daß sie nicht noch zur Regel wird — auch wenn dadurch mehr und billiger produziert werden könnte. Schließlich wird im industriell so hochentwickelten Deutschland noch mehr möglich sein als das, was die Schweiz schon in ihrem Arbeiterschutzgesetz vom 23. März 1877 im Artikel 13 wie folgt aussprach:

Nacharbeit, das heißt die Arbeit zwischen 8 Uhr abends und 6 Uhr bezw. 5 Uhr morgens ist bloß ausnahmsweise zulässig, und es können die Arbeiter nur mit ihrer Zustimmung dazu verwendet werden. In jedem Falle, wo es sich nicht um dringende, nur einmalige Nacharbeit erheischende Reparaturen handelt, ist die amtliche Bewilligung einzuholen, welche, wenn die Arbeit länger als zwei Wochen dauern soll, nur von der Kantonsregierung erteilt werden kann....

Hier ist zum ersten Male ausgesprochen worden, daß man die Nacht nicht zum Tage machen soll. Mit Recht, denn es widerspricht der natürlichen Regelung der Dinge. Wo es nicht zu umgehen ist, muß man sich damit als harte Lebensnotwendigkeit abfinden. Aber auch nur da! Nicht etwa um mehr und billiger Waren erzeugen zu können. Wenn lediglich dies das Motiv für generelle Nachtarbeit sein soll, wäre kein Grund einzusehen, der dagegen spräche, zum gleichen Zweck im geltenden Arbeiterschutz bestehende Hemmnisse für unbeschränkte Produktion niederzureißen; dann kämen wir zu dem, was oben als die Anschauung und das Verlangen der Industrie geschildert wurde. Hat die brutale Gewalt der harten Kriegsnotwendigkeiten zu einem solchen Niederreißen der Schranken des Arbeiterschutzes — gerade auch der Frauennachtarbeit — geführt, so muß die Zeit nach dem Kriege nicht nur zu deren Wiederaufbau, sondern zur Schaffung weiterer Schranken der ungehemmten Ausnutzung der Arbeitskraft führen. Sie behindern höchstens vorübergehend die Produktion, steigern sie jedoch im Endergebnis.

Einwände, wie sie Schneider erhebt, sind bisher noch stets erhoben worden, wenn auf dem Gebiet des Arbeiterschutzes ein weiterer Schritt in Frage stand. Als die Arbeitszeit für Kinder zuerst beschränkt werden sollte, sollten dieser Beschränkung einmal die Interessen der Eltern entgegenstehen, deren Familien ohne den Erwerb der Kinder nicht zu bestehen vermöchten, dann die Interessen der Volkswirtschaft, die für die ausländische Konkurrenz billiger Löhne bedürfe. Und als man sie im Jahre 1853 in Preußen weiter beschränkte, waren es die Kapitalverluste, die ins Feld geführt wurden. Und damals ist — und zwar im Preussischen Herrenhaus — als Einwand hiergegen das Wort gesprochen worden von den fressenden Kapitalien, die am Marke des Staates gehören. Als die Nachtarbeit der Frauen verboten werden sollte, waren es wieder die angeblichen Interessen der Industrie, die das nicht zulassen sollten. Immer und immer wieder sind gegen jede Maßnahme des Arbeiterschutzes die angeblichen Interessen der Industrie ins Feld geführt worden. Im höchsten Maße betäubend aber ist es, daß nun ein Vertreter der Arbeiterschaft im wissenschaftlichen Organ der Sozialdemokratie in diese selbe Kerbe schlägt. Was vor über siebenzig Jahren Macaulay zugunsten der Arbeitszeitverkürzung im englischen Parlament sagte, das kann man heute noch zugunsten des Nachtarbeitsverbots sagen:

Der Mensch, der Mensch ist das große Werkzeug, das Reichum erzeugt. . .

Daher kommt es, daß wir nicht ärmer, sondern reicher geworden sind, weil wir viele Jahrhunderte hindurch einen Tag unter sieben von unserer Arbeit geruht haben. Dieser Tag ist nicht verloren. Während der Fleiß ausgeübt ist, während der Pflug in der Furche liegt, während die Börse schweigt, während kein Rauch aus der Fabrik aufsteigt, geht ein für den Reichum der Nation ganz ebenso wichtiger Prozeß als irgendein Prozeß, der an geschäftigeren Tagen ausgeführt wird, vor sich. Der Mensch, die Maschine der Maschinen, die Maschine, im Vergleich mit welcher die ganzen Erfindungen der Watts und Arkwrights werklos sind, wird hergestellt und aufgezogen, so daß er am Montag mit klarerem Geiste, mit belebterem Sinne, mit erneuter Körperkraft zu seinen Arbeiten zurückkehrt. Niemals werde ich glauben, daß das, was eine Bevölkerung stärker und gesünder und weiser und besser macht, sie schließlich ärmer machen kann.⁵

Man wende das an auf die Nachtarbeit, und es gilt Wort für Wort.

Beim Verbot der Nachtarbeit handelt es sich um mehr als um die Steigerung und Verbilligung wirtschaftlicher und körperlicher Werte; es handelt sich um kulturelle, in erster Linie um sittliche Güter, die für die Persönlichkeit des im Produktionsprozeß schaffenden Arbeiters von unergleichlich höherem Werte sind als die auf Kosten dieser Werte erzielte Verbilligung der Produktion.

Dort, wo die Nachtarbeit noch absolut notwendig ist — und da will sie auch der Internationale Gewerkschaftsbund nicht beseitigt wissen, weil sie dort nicht zu be-

⁵ Siehe Macaulays Reden, deutsch von Bülow, 1854, II, S. 206 ff.

seitigen ist —, da mag man mit den Reformen der Nacharbeit einsehen, die Schneider als Ersatz für die generelle Zulassung vorschlägt. Und man rühre auch nicht an den historisch gewordenen Grenzen für die Nacharbeit. Erst wurde die Nacharbeit für Kinder verboten in der Zeit von 9 Uhr abends bis 5 Uhr früh, dann von 8 $\frac{1}{2}$ Uhr abends bis 5 $\frac{1}{2}$ Uhr morgens und dann von 8 Uhr abends bis 6 Uhr früh. Und innerhalb dieser Grenzen ist dann die Nacharbeit für Frauen verboten worden. Diese Zeitbestimmung hat die Schweiz für ihr erstes Nacharbeitsverbot gewählt, und von dort ist diese Zeitbestimmung dann übergegangen in den ersten Arbeiterschutzesgesetzentwurf der 12 sozialdemokratischen Abgeordneten im Deutschen Reichstag, nicht des Norddeutschen Bundes, wie Schneider versehentlich schreibt. An diesen Zeitgrenzen zu rütteln, nur um zwei Arbeitsschichten von je acht Stunden zu ermöglichen, liegt absolut kein Grund vor.

Die Förderung des Arbeiterschutzes auf dem Wege internationaler Vereinbarung steckt noch in den Kinderschuhen. Abgesehen von einem besonderen Vertrag zwischen Frankreich und Italien über den Schutz der Frauen und Kinder sind nur zwei allgemeine Maßnahmen auf diesem Gebiet erreicht worden: das Weißphosphorverbot und das Verbot weiblicher Nacharbeit, beide durch das internationale Abkommen vom 26. September 1906. Als dritte Maßnahme kommt das generelle Verbot der Nacharbeit in Frage, trotz der apodiktischen Behauptung Schneiders, daß es in absehbarer Zeit ganz aussichtslos sei. Und wenn es nicht kommt als internationale Errungenschaft, so doch als nationale. Es muß kommen, weil es zur Sicherung der natürlichen und sozialen Entwicklungsgrundlagen der Arbeiterschaft notwendig ist und weil es — darüber sind alle Hygieniker und Sozialpolitiker einig — durchführbar ist. Deshalb aber auch wird die Arbeiterschaft von dieser Forderung nicht lassen.

Literarische Rundschau.

Paul Rohrbach, *Der Kampf um Livland*. In der Sammlung: »Weltkultur und Weltpolitik«, »Deutsche und österreichische Schriftenfolge«, herausgegeben von Ernst Jäckh (Berlin) und vom Institut für Kulturforschung in Wien«, Deutsche Folge, Heft 11. München 1917, Verlag F. Bruckmann, U.-G. 108 Seiten. Preis 2 Mark.

Diese Geschichte der russischen Ostseeprovinzen Kurland, Livland und Estland — der sogenannten deutsch-baltischen Provinzen — ist nicht schlechter und auch nicht viel besser wie die meisten anderen während des Krieges erschienenen Bücher über die Verhältnisse in der »ältesten deutschen Kolonie«. Der Vorzug dieser Arbeit des bekannten Kolonial- und Weltpolitikers ist der, daß sie die Provinzialgeschichte in den Rahmen der europäischen Gesamtgeschichte hineinstellt. Leider verschließt sich aber der Autor dadurch, daß er dies allein »unter dem Gesichtspunkt des säkularen deutsch-russischen Kampfes« tut, manche Quelle fruchtbarer Erkenntnis. Das Bedürfnis nach einer wirklich objektiven (das heißt auch gegen die Deutschen und ihre geschichtlichen Handlungen kritischen) Geschichte Livlands kann auch dies Geschichtsbuch nicht beseitigen. Im Gegenteil befriedigt gerade in dieser Beziehung Rohrbachs Arbeit weit weniger wie manche andere Veröffentlichung.

Angemerkt zu werden verdient, daß Rohrbach es »heute« (1917!) noch für möglich hält, »daß die Russen noch einmal dauernd hinter den Peipussee zurückgeworfen werden« (S. 43). Vielleicht muß man diese Phantasie mit dem Gedanken »einer späteren Fortsetzung des Weltkriegens, das jetzt vor sich geht«, in Verbindung bringen, von dem er S. 101 spricht. Festgehalten mag auch noch die Ansicht Rohrbachs werden, daß es gerade wegen der »Zwangsläufigkeit des russischen Begehrens nach Konstantinopel und den Dardanellen« »für Deutschland notwendig« ist, »Rußland von Konstantinopel fernzubalten« (S. 99).

-etz-

Die Neue Zeit

Wochenschrift der Deutschen Sozialdemokratie

2. Band Nr. 24

Ausgegeben am 14. September 1917

35. Jahrgang

Nachdruck der Artikel nur mit Quellenangabe gestattet

Belgien.

Von R. Kautsky.

(Schluß.)

9. Belgiens Zukunft.

a. Belgien und Luxemburg.

Die Forderungen, die die internationale Sozialdemokratie für Belgien beim Friedensschluß zu erheben hat, sind sehr einfacher Natur. Wir haben es hier nicht, wie in Serbien, mit einem Staat und einer Nation zu tun, die an der Schwelle des Kapitalismus stehen, im Werden begriffen sind, mit unsicheren und unsteten Grenzen. Belgiens Grenzen stehen fest seit fast hundert Jahren, seit 1830. Sie fallen im wesentlichen zusammen mit den Grenzen, die die österreichischen Niederlande wieder fast ein Jahrhundert lang umfaßten, von 1714 bis 1794, die ihrerseits nur eine Fortsetzung bildeten der Grenzen der im Unabhängigkeitskampf spanisch gebliebenen Niederlande, seit dem Ende des sechzehnten Jahrhunderts.

Die Bevölkerung dieses Gebiets hat sich seit jeher voll des trotzigsten Unabhängigkeitssinns erwiesen und ihn durch die Tat bezeugt, selbst in den Jahrhunderten, in denen das ganze kontinentale Europa schrankenlosesten Absolutismus als eine Selbstverständlichkeit ruhig hinnahm und Völker wie Schafherden geraubt, verkauft, vererbt wurden.

Im zwanzigsten Jahrhundert, dem Jahrhundert unwiderstehlich fortschreitender Demokratie, einem solchen Volke die Selbstbestimmung vorenthalten wollen, wäre eine Sinnlosigkeit, die sich aufs bitterste rächen müßte.

Die Wiederherstellung Belgiens in voller Freiheit in seinen alten Grenzen ist daher für die internationale Sozialdemokratie eine Selbstverständlichkeit. Wir sehen hier vollständig ab von den Umständen, unter denen Belgien in den Krieg hineingezogen wurde und die im Rahmen dieser Schrift nicht näher erörtert werden können.

Die einzige Änderung der Grenzen, die Belgien seit 1830 erfuhr, betrifft Luxemburg. Es gehörte zu den vom Hause Habsburg verheirateten Gebieten, wurde 1555 spanischer, 1714 österreichischer Besitz zusammen mit Belgien. Zusammen mit diesem Gebiet wurde es auch 1794 vom revolutionären Frankreich erobert und annektiert. Der Wiener Frieden 1815 wies es, wieder zusammen mit Belgien, dem neugebackenen König der Niederlande zu, aber als besonderes Großherzogtum, das gleichzeitig deutscher Bundesstaat war.

Bei der Revolution von 1830 teilte es abermals Belgiens Geschick, dem es sich anschloß. Bei der endgültigen Auseinandersetzung zwischen Belgien und Holland 1839 aber wurde es zerrissen, ein Teil fiel an Belgien, ein anderer wurde dem Königreich der Niederlande zurückgegeben, blieb jedoch ein

besonderes Großherzogtum mit einer besonderen Erbfolgeordnung und deutscher Bundesstaat.

Derartige verzwickte Verhältnisse gehörten zu den Schönheiten des vom Wiener Kongreß geschaffenen Deutschen Bundes. So war auch der König von Dänemark als Herr Holsteins und Lauenburgs deutscher Bundesfürst. Durch die Auflösung des Deutschen Bundes 1866 bekam der niederländische König Wilhelm III. die freie Verfügung über Luxemburg, und er hing so wenig an diesem Lande, daß er sich anschickte, es an Frankreich zu verkaufen. Wir haben schon gesehen, daß Bismarck dies verhinderte, aber bereit war, Luxemburg an Belgien gelangen zu lassen, mit dem es bereits in enger Gemeinschaft gewesen war.

Im Jahre 1890 wurde wegen der verschiedenen Erbfolge Luxemburg von den Niederlanden losgelöst, denn der König Wilhelm III. hinterließ keine männlichen Erben, in Luxemburg galt aber nicht die weibliche Erbfolge. So kam es, durch Erbschaft, nicht durch Selbstbestimmung seiner Bevölkerung, an das Haus Nassau.

In ihrer Denkschrift an das holländisch-skandinavische Komitee in Stockholm fordern jetzt die belgischen Delegierten (Vandervelde, Brouckère, de Man), daß der Einwohnerschaft Luxemburgs im Friedensvertrag das Recht gegeben werde, selbst ihre Staatszugehörigkeit zu bestimmen. Entschieden sie sich für den Anschluß an Belgien, dann sollte ihr der nicht verweigert werden.

b. Flämentum und Deutschtum.

Dagegen läßt sich vom Standpunkt des internationalen Sozialismus nichts einwenden. Daß damit ein alter Wunsch Bismarcks erfüllt würde, ist allerdings für uns nicht entscheidend.

Auf der anderen Seite wird darauf hingewiesen, daß die Flämen doch Germanen, den Deutschen sprachverwandt seien, von den Wallonen unterdrückt würden. Ihre Befreiung und Angliederung an Deutschland sei dringend geboten.

Würden die Flämen sich in freier und ruhiger Abstimmung nach dem Kriege in diesem Sinne entscheiden, ließe sich gewiß nichts dagegen einwenden. Aber die Erfahrungen vor dem Kriege sprechen nicht dafür, daß die Flämen die Loslösung von Belgien wünschen. Die flämische Bewegung, von der wir ja schon gehandelt, darf nicht in diesem Sinne gedeutet werden. Das bezeugen unter anderem die beiden von uns schon mehrfach zitierten deutschen Schriftsteller, deren deutscher Patriotismus außer Zweifel steht.

In seinem Artikel über den »Nationalitätenkampf der Flämen und Wallonen« (erschienen Mai 1914) sagt Ohwald:

Den Ruf nach Verwaltungstrennung hören wir bei den Flämen nur vereinzelt, da der Fläme sich heute noch immer als Belgier fühlt. Der Vorwurf: Pangermanist zu sein, läßt ihn die geringste Annäherung an Deutschland vermeiden; der religiöse Gegensatz gestaltet auch sein Verhältnis zum Holländer kühl... Die Flämen wollen selbst ihr Ziel erkämpfen. Hilfe von auswärts würden sie sogar zurückweisen. (S. 241, 244.)

Jostes teilt mit, daß nach 1830 Versuche gemacht wurden, die Flämen den Deutschen näherzubringen. Die Gesangsvereine sollten dazu dienen. Aber nach dem Jahre 1848

verlor die Verbrüderung an Wärme. 1851 waren auf dem belgischen Sängersfest zu Antwerpen zum letzten Male deutsche Vereine von Bedeutung vertreten. Damit war leider dieser Annäherungsversuch zwischen den zwei Stämmen abgelaufen....

Die in Belgien eingewanderten Deutschen haben auch im allgemeinen die Sympathien für ihre Heimat nicht gesteigert, und so war es wohl zu begreifen, daß, als die Alldeutschen, diese ebenfals terribles Deutschlands, in den neunziger Jahren an die Flämen die ebenso unsinnige wie taktlose Aufforderung stellten, die hochdeutsche Schriftsprache anzunehmen und sich dem Deutschen Reiche anzugliedern, ein Sturm der Entrüstung durchs Land ging und das an sich schon kühle Verhältnis auf den Gefrierpunkt herabzusinken drohte. (S. 82, 83.)

Als Beleg zitiert Jostes ein Manifest des »Vlaamschen Volkraad«, in dem es heißt:

Weiter erklären wir, daß die Flämingen, koste es, was es koste, die volle Selbständigkeit und Unabhängigkeit der Niederlande bewahren wollen; daß sie wohl Germanen, aber keine Deutschen sind; daß sie die Deutschen wohl für Stammesverwandte, aber keineswegs für Landsleute halten; daß ihre Sprache das Niederländische, nicht das Hochdeutsche ist und sie dabei verharren, das Deutsche Reich als eine befreundete, aber doch fremde Macht zu betrachten. Der Umstand, daß früher auswärtige Herrscher, ohne unsere Väter zu fragen, und unter willkürlicher Verkennung der Vorrechte des Landes unsere Gegenden mit dem seither aufgelösten Heiligen Römischen Kaiserreich oder mit dem ehemaligen Königreich in eine vereinzelte, lediglich auf dem Papier bestehende Beziehung gebracht haben, ist für uns freie Söhne eines Landes, in dem alle Macht aus dem Volke kommt, nichtig und von keinem Wert. (S. 102.)

So spricht kein Volk, das sich politisch bedrückt fühlt, einen politischen Befreier von außen ersehnt.

Diese kühle, fast feindselige Haltung der Flämen gegenüber dem Deutschtum lange vor dem Kriege, mitten im Frieden, bei innigem Verkehr der Nationen, hat etwas Befremdendes für denjenigen, der an die Macht der Sprachverwandtschaft (die nicht zu verwechseln ist mit Sprachgemeinschaft) glaubt. Aber wir haben schon bei der Betrachtung des Panlawismus darauf hingewiesen, daß diese Macht eine bloße Einbildung mancher Philologen und anderer Schulmeister ist.

Wie soll aus der bloßen Verwandtschaft zweier verschiedener Sprachen eine Verwandtschaft der Interessen und Ideen derjenigen, die sie sprechen, entspringen? Man setzt die Sprachverwandtschaft gleich der Rassenverwandtschaft und diese gleich einer Interessen- und Ideengemeinschaft. Aber nicht einmal die Gemeinschaft der Sprache bedeutet an sich schon Gemeinschaft der Abstammung und diese an sich noch keine Gemeinschaft der Interessen und Ideen. Das gilt nicht einmal für das Verhältnis zwischen Vater und Kind. Nur dort empfinden diese ein Gefühl der Zusammengehörigkeit, wo sie in einer sozialen Gemeinschaft leben, in einer gemeinsamen Familie. Wo das Kind völlig getrennt vom Vater aufwächst, wie das zum Beispiel bei unehelichen Kindern in der Regel der Fall ist, macht sich die »Stimme des Blutes« nicht im geringsten geltend. Und doch soll sie ganze Rassen und oben-dreien Sprachverwandtschaften zusammenhalten, da »Blut dicker ist als Wasser«!

Dies Wort, das in der Zeit des Kampfes zwischen germanischem Heidentum und römischem Christentum sagen wollte, die der Abstammung entspringenden

Pflichten gegen die Verwandtschaft ständen höher als die durch das Taufwasser auferlegten Pflichten gegen die Kirche, hatte einen guten Sinn in der Gentilgesellschaft, in der die Blutbande auch soziale Bande waren. Es wird abgeschmackt in einer Gesellschaft, in der die Masse der Bevölkerung ihren Stammbaum nicht über den Großvater hinaus zu verfolgen vermag und dieser Stammbaum für die gesellschaftlichen Beziehungen bedeutungslos wird. Die große Kraft der modernen Nationalität beruht nicht auf der Gemeinsamkeit der Abstammung, sondern auf der ungeheuren Bedeutung der Sprache für den Verkehr. Für die zusammenfassende und trennende Kraft der Sprache kommt aber bloß der Umstand ihrer Verständlichkeit in Betracht, nicht der ihrer Verwandtschaft, die nur für den Sprachforscher zutage liegt. Wer eine Sprache spricht, die ich nicht verstehe, ist für mich ein Fremder, mag sie nun zum selben Sprachstamm gehören wie die eigene oder einem ganz anderen, mag es etwa Norwegisch sein oder Finnisch oder Chinesisch. Ein Hindu, der eine indogermanische, der meinen verwandte Sprache spricht, steht mir nicht näher als ein Ungar, dessen Sprache mit keiner anderen europäischen, außer der finnischen, die geringste Verwandtschaft aufweist.

So wichtig die Beachtung der Bedürfnisse der Nationalitäten für die internationale Politik geworden ist, so haltlos wird diese, will man sie auf Sprachverwandtschaften aufbauen.

Soweit die Flämen über den Bereich ihres Staates hinauszahen, blickten sie nicht nach Deutschland, sondern nach Holland, mit dem sie die Schriftsprache gemeinsam haben. In den Versuchen, das Flämentum zu verdeutschen, sahen sie eine unerwünschte Störung ihrer Bestrebungen.

So sprach 1901 in der flämischen Akademie Prayon van Zuplen, ein ehemaliger deutscher Offizier, über das Verhältnis der Flämen zu Deutschland. Er sagte unter anderem:

Man hat die Aufregung noch nicht vergessen, die vor etwa vier Jahren im flämischen Lager die übel angebrachten Ergüsse von ein paar Deutschen hervorriefen, die, während wir hier alle unsere Kräfte anspannten, um das Gleichberechtigungsgesetz durchzudrücken, uns freundschaftlich nahelegten, daß die von uns heiß ersehnte — und bald darauf erlangte — Gleichstellung des Niederländischen mit dem Französischen »eine Gefahr für den belgischen Staat« sein sollte, daß wir im niederen und höheren Unterricht unsere Sprache durch das Hochdeutsche ersetzen müßten; endlich daß die Trennung von 1830 ein glückliches Etwas gewesen sei, das die »Einbeziehung« der zerrissenen und so geschwächten Niederlande erleichtere. Denn man legte uns ans Herz, daß wir nicht allein völkisch, sondern auch politisch zu Deutschland gehörten, daß wir in den deutschen Reichsverband treten und uns darin mit einer Bayern gleichen Stellung begnügen müßten. Ja, man drohte uns mit dem Schicksal Dänemarks, falls wir durch ein engeres Anziehen der Bande zwischen Flandern und Holland — mit anderen Worten durch die Verwirklichung unseres Ideals: Groß-Niederland — die Rettung unserer nationalen Existenz versuchen sollten. (Zitiert bei Joffe, a. a. O., S. 87.)

Es kostete viele Mühe, die darob gewaltig entrüsteten Flämen zu beruhigen.

Die Annäherung an die nördlichen Niederlande und die schließliche Vereinigung mit ihnen entspricht mehr der Natur der Dinge als die Vereinigung mit Deutschland. Aber auch sie hat bisher die Masse der Flämen nicht zu erwärmen vermocht. Der religiöse Gegensatz zum protestantischen Holland ist noch nicht überwunden. Und einen guten Teil ihrer Kraft zieht die Be-

wegung der Flaminganten aus dem provinziellen Partikularismus, der dank ihrer Geschichte und ihrer ökonomischen Rückständigkeit bei ihnen noch un-
gemein stark ist.

Wir bleiben also dabei: Wollte man die Flämen abstimmen lassen, mit erdrückender Mehrheit würden sie sich für das Verbleiben im belgischen Staate entscheiden.

Soll man aber etwa den Schuß des Flämentums in den Friedensvertrag aufnehmen?

Man fordert, dieser solle allgemein die nationalen Minderheiten schützen, und das wäre sicher sehr notwendig. Aber bei den Flämen käme man in die sonderbare Lage, eine Mehrheit gegen eine Minderheit schützen zu wollen; eine Mehrheit, der heute schon alle politischen Mittel zur Verfügung stehen, sich als solche zur Geltung zu bringen.

Ein Schuß der Flämen ließe also auf eine bloße Bevormundung durch eine Schußmacht hinaus. Dazu ist aber die Freiheit zu groß, in der sie bisher lebten, als daß sie das wollten oder auch nur sich gefallen ließen.

Keinerlei Eingriffe von außen, volle Unabhängigkeit für das gesamte belgische Volk, muß die Forderung der internationalen Sozialdemokratie laufen.

c. Belgiens Vasallentum.

Nicht ganz klar ist es, wie die Mehrheit der Reichstagsfraktion der deutschen Sozialdemokratie darüber denkt. In der Sitzung, die die Fraktion mit dem Parlausschuß gemeinsam vom 14. bis 16. August 1915 zur Festsetzung ihrer Kriegsziele abhielt, referierte David darüber. Über Belgien schlug er folgenden Passus vor:

Vom Standpunkt des deutschen Interesses nicht minder wie von dem der Gerechtigkeit halten wir die Wiederherstellung Belgiens für geboten; [aber im Interesse seiner eigenen Sicherheit und Bewegungsfreiheit kann Deutschland auch nicht zulassen, daß Belgien ein militärisches Vorwerk und politisches Machtinstrument Englands wird.]

Der in eckigen Klammern stehende Passus fand Widerspruch, weil er die belgische Unabhängigkeit einschränkte. David zog ihn daher zurück, ehe über ihn abgestimmt wurde. Liebknecht, der damals noch Mitglied der Fraktion war, genügte das nicht. Er wollte völlige Klarheit und beantragte daher, den Worten: »die Wiederherstellung Belgiens« hinzuzufügen:

Unter Ablehnung jeder zwangsweisen politischen und wirtschaftlichen Angliederung in uneingeschränkter inner- und außerpolitischer Selbständigkeit.

Dieser Antrag wurde abgelehnt, und zwar mit großer Mehrheit, in der Fraktion mit 60 gegen 42, im Parlausschuß gar mit 30 gegen 10 Stimmen. Die Forderung der »Wiederherstellung Belgiens« sollte also einen sehr zweideutigen Charakter tragen.

Dem entspricht auch die Formulierung in der Denkschrift der deutschen Mehrheitsdelegation an das Stockholmer holländisch-skandinavische Komitee. Es heißt dort:

Wir sind für die Wiederherstellung eines unabhängigen Belgiens. Belgien soll weder ein Vasallenstaat Deutschlands noch Englands oder Frankreichs werden.

Ein Fortschritt ist hier insofern zu verzeichnen, als hier nicht bloß »die Wiederherstellung Belgiens«, sondern die eines »unabhängigen« Belgiens gefordert wird. Die nähere Kennzeichnung dieser Unabhängigkeit scheint

vollkommen gerecht: Belgien soll weder Deutschlands noch Frankreichs oder Englands Vasall sein. Gleiches Recht für alle. So scheint es, wenn man sich an die Worte hält und nicht nach ihrem Sinne forscht. Einen Sinn bekommen sie aber nur dann, wenn das Wort »Vasallenstaat« Frankreich und England gegenüber etwas ganz anderes bedeutet als Deutschland gegenüber.

Unter einem Vasallenstaat kann man einen Staat verstehen, der wider seinen Willen gezwungen wird, in ein Abhängigkeitsverhältnis von einem anderen Staate zu treten. Belgien soll im Friedensvertrag von Deutschland ein solches Verhältnis nicht aufgedrängt werden — das ist der Sinn des einen Teiles der Forderung der Stockholmer Delegation. Daß Frankreich und England Belgien zu einer derartigen Abhängigkeit zwingen wollen, hat noch niemand behauptet. Dies ausdrücklich abzulehnen, wäre also absurd.

Wohl aber hat man vielfach die Ansicht aussprechen hören, durch das Bündnis, das Belgien freiwillig mit England und Frankreich schloß, sei es deren Vasall geworden. Ein Bündnis zwischen einem kleinen und einem großen Staate bedeute für jenen immer ein Vasallitätsverhältnis, möge es noch so sehr auf Freiwilligkeit beruhen.

Fassen wir die Forderung so auf, dann bekommt sie allerdings einen Sinn: Belgien ist zu verpflichten, sich jedes Bündnisses mit England und Frankreich zu enthalten. Wem gegenüber soll es diese Pflicht eingehen? Offenbar Deutschland gegenüber. Damit ist aber Belgiens Unabhängigkeit in der äußeren Politik aufgehoben, diese unter Deutschlands Kontrolle gebracht. Die Forderung der Unabhängigkeit Belgiens im Beginn des Satzes wird also durch seinen Schluß wieder aufgehoben.

Nun ist ja nicht daran zu zweifeln, daß hier ein schwieriges Problem vorliegt. Belgien ist zu klein, um einem seiner drei großen Nachbarn die Spitze zu bieten. Und seine geographische Lage bietet jedem dieser Nachbarn die Möglichkeit, die anderen zu bedrohen, wenn er sich des Landes bemächtigt, und sei es auch nur indirekt, durch einen Bündnisvertrag.

Diese Eigenart seiner Lage war es ja, die Belgiens garantierte Neutralität herbeiführte, bei der sich seine Nachbarn verpflichteten, seinen Boden nicht zu betreten, dafür aber auch ihm die Pflicht auferlegten, sich mit keinem zu verbünden. Dabei war Belgiens Unabhängigkeit wohl eingeschränkt, aber die Einschränkung war keine einseitige; sie wurde aufgewogen durch die Einschränkung, die sich die Garanten der Neutralität auferlegten, diese nie zu verletzen.

Meinte die deutsche Mehrheitsdelegation die Wiederherstellung dieses Zustandes, als sie ihre Forderung aufstellte, Belgien solle niemandes Vasallenstaat werden? Dann hat sie eine sehr verwickelte Form gewählt, um eine sehr einfache Sache auszudrücken. Aber es ist nicht wahrscheinlich, daß sie die Wiederherstellung der garantierten Neutralität Belgiens fordern wollte. Sie mußte doch selbst fühlen, wie sonderbar es wäre, wenn nach den Erfahrungen des Krieges gerade von Deutschland aus eine Erneuerung der garantierten Neutralität zur Friedensbedingung gemacht würde, und daß diese Erfahrungen aufs anschaulichste gezeigt haben, wie hinfällig die Neutralisierung zum mindesten auf ihrer früheren Basis sei. Der wertlose »Felsen Papier« ist ein für allemal zerrissen.

Für jeden der großen Nachbarn Belgiens liegt eine große Schwierigkeit darin, daß das »Ziel der Sicherung« unter den gegebenen Verhältnissen

durch feste Bindungen nicht mehr zu erreichen ist, wenigstens so lange nicht, als keine internationale Macht existiert, die imstande ist, die Beachtung internationaler Verträge unter allen Umständen zu erzwingen. Aber diese Schwierigkeit besagt bloß, wie wichtig es nun wird, durch eine kluge, weitschauende Politik das zu erreichen, was durch feste Bindungen nicht mehr zu gewährleisten ist.

Man darf die Größe der Schwierigkeit auch nicht übertreiben.

Die Gefahr, die im Falle eines künftigen Krieges zwischen England und Deutschland diesem aus einem Bündnis Belgiens mit seinem Nachbarn jenseits des Kanals drohen könnte, wäre nicht geringer bei einem Bündnis zwischen England und Holland. Und umgekehrt. Ein von Deutschland abhängiges Holland würde England ebenso sehr bedrohen wie ein von ihm abhängiges Belgien. Rotterdam ist der Themsemündung fast ebenso nahe wie Antwerpen, und des letzteren Zugang zum Meere geht durch holländisches Gebiet.

Wenn England bei der Bildung des belgischen Staates so großen Wert auf dessen Neutralität legte, dagegen für Holland nichts Derartiges verlangte, so ist das dem Umstand zuzuschreiben, daß damals nur Frankreich als Rivale Englands in der Nordsee in Betracht kam, nicht Preußen. Zum Schutze vor Frankreich genügte aber die Neutralisierung Belgiens.

Heute, wo nicht ein Gegensatz England-Frankreich, sondern der Gegensatz England-Deutschland im Vordergrund steht, gilt alles, was in diesem Punkte über Belgien gesagt werden kann, auch für Holland.

Diesen Zusammenhang erkannte auch die deutsche Regierung an. Wie wir schon gesehen haben, gab Jagow der englischen Regierung »aufs positivste die förmliche Zusicherung, daß selbst im Falle eines bewaffneten Konflikts mit Belgien Deutschland unter keinerlei Vorwänden belgisches Gebiet annektieren wird. Die Aufrichtigkeit dieser Erklärung wird durch die Tatsache bezeugt, daß wir Holland unser feierliches Wort gegeben haben, seine Neutralität zu respektieren. Es ist klar, daß wir nicht mit Nutzen belgisches Gebiet annektieren können, ohne gleichzeitig Gebietserwerbungen auf Kosten Hollands zu machen.«

Ist es zur Sicherung Deutschlands nicht notwendig, daß Holland Garantien dafür gibt, kein Vasallenstaat Frankreichs oder Englands zu werden, so braucht es auch von Belgien keine derartigen Garantien.

So wie Holland hat Belgien, auch ohne Garantievertrag, das größte Interesse daran, seine Neutralität in einem Konflikt zwischen seinen Nachbarn aufrechtzuhalten. Bei einer Teilnahme an ihm hat es stets nur zu verlieren, da es notwendigerweise zum Kriegsschauplatz wird, ohne daß ihm ein Gewinn in Aussicht steht.

Als kleines Durchzugsland braucht Belgien dringend die Freundschaft aller seiner Nachbarn, im Frieden wie im Kriege, und nur eine Politik eines der Nachbarn, die sein größtes Mißtrauen und seine stärksten Befürchtungen erregte, könnte es von der ihm durch seine Lage gebotenen Neutralität abbringen.

Auf die peinlichste Vermeidung einer derartigen Politik ist beim Friedensvertrag sowie weiterhin und auch schon vorher das Hauptaugenmerk von jedem zu richten, dem das »Ziel der Sicherung« Belgien gegenüber am Herzen liegt.

d. Kleinstaat und Großstaat.

Ist aber die Erhaltung der Selbständigkeit Belgiens und der kleinen Staaten überhaupt nicht ein ganz reaktionäres Beginnen, dem Streben vergleichbar, den kleinen Kramladen davor zu schützen, daß er vom großen Warenhaus verschlungen wird?

Dieser Einwand wird immer und immer wieder erhoben, und zwar gerade von Leuten, die sich Marxisten nennen. Es sei eine ökonomische Notwendigkeit, daß die Staaten sich immer mehr ausdehnten und dabei die Kleinstaaten verschluckten, die ihre Lebensfähigkeit verlören. Ja, sogar der Nationalstaat werde zu eng für die Bedürfnisse des Kapitalismus. Dieser fordere den Nationalitätenstaat. Der österreichische Staat sei nicht ein Überlebenssel aus vorkapitalistischen Zeiten, sondern das Ideal, nach dem sich die Staaten der Zukunft zu gestalten hätten.

Natürlich ist nicht zu zweifeln, daß ein kleiner Staat im Konflikt mit einem größeren übel daran ist. Das ist jedoch keine neue Erscheinung, die das Zeitalter des »Imperialismus« kennzeichnete, sie ist so alt wie die Geschichte selbst, wahrscheinlich älter als Hieroglyphen und Keilschriften.

Ebenso alt ist die Erscheinung, daß die Ausbeuter der Staatsgewalt um so mehr Macht und Reichtum gewinnen, je größer ihr Staat. Das gilt natürlich auch für die Kapitalistenklasse dort, wo sie sich der Staatsgewalt bemächtigt oder doch ihrer Unterstützung teilhaftig wird. Insofern ist mit dem Staat auch schon das Streben nach seiner Erweiterung gegeben.

Ein Staat kann aber nicht, wie ein Kapital, erweitert werden durch allmähliche Akkumulation von Kapital. Die gewöhnliche Methode seiner Erweiterung ist die Eroberung im Kriege. Auch dies Streben liegt im Wesen des Staates als Herrschaftsorganisation.

Alles das erschwert sicher seit jeher den kleinen Staaten ihre Existenz, aber um alles das handelt es sich hier nicht. Was jene Marxisten behaupten, ist eine ökonomische Lebensunfähigkeit der kleinen Staaten, die eine Folge des wachsenden Kapitalismus und seines Großbetriebs sein soll und die es erforderlich mache, daß die kleinen Staaten von den großen absorbiert werden. Das gäbe, wenn es richtig wäre, eine famose marxistische Begründung für ständige Eroberungskriege. Denn mit einer einmaligen Erweiterung ist es bei einem kapitalistischen Geschäft nicht getan. Sie muß sich immer wieder von neuem vollziehen.

Zuzugeben ist, daß die kapitalistische Entwicklung in einer gewissen Abhängigkeit von der Größe des Staates ist. Die Ausdehnung des Staates ist freilich nicht gleichbedeutend mit der Ausdehnung des Absatzgebietes, des Marktes, wohl aber mit der des inneren Marktes, und der bietet gegenüber dem äußeren mannigfache Vorteile. Vor allem schon dadurch, daß in einem modernen Staatswesen alle inneren Zölle fehlen, der innere Verkehr völlig unbehindert ist. Der Freihandel könnte diesen Unterschied zwischen innerem und äußerem Markt aufheben. Aber allgemeiner und vollständiger Freihandel hat bisher nicht bestanden und ist innerhalb der kapitalistischen Ara nicht mehr zu erwarten. Der Warenverkehr hängt außerdem nicht bloß von der Gestaltung des Zollwesens ab, sondern auch von der des Transportwesens, und das wird innerhalb jedes Staates natürlich den Bedürfnissen des eigenen Kapitalismus und nicht denen des fremden angepaßt.

Endlich wächst die Zahl der Kapitalistenschichten, die die Staatsgewalt beherrschen und durch sie eine privilegierte Stellung im Staate und besondere Extraprofite erringen, die nur innerhalb des Bereichs ihres Staates möglich sind.

Je ausgedehnter dieser Bereich, desto größer der bevorzugte innere Markt, desto größer die Extraprofite, die er den auf ihm privilegierten Kapitalistenschichten verschafft. Den inneren Markt, also das Staatsgebiet zu erweitern, ist das stete Streben dieser Schichten. Hier finden wir die ökonomische Wurzel des Imperialismus.

Vergleichen wir aber mit dem ökonomischen Gesetz die Tatsachen der europäischen Staatengeschichte seit dem Wiener Frieden von 1815, so stehen sie in auffallendem Widerspruch dazu. Wir finden in Europa während dieses Zeitraums weder eine ständige Aufsaugung von Kleinstaaten durch Großstaaten noch die Ausdehnung eines Nationalstaats zum Nationalitätenstaat.

Die Ausdehnung der europäischen Staaten in der Ara des Imperialismus geht ausschließlich außerhalb Europas auf dem Wege kolonialer Erwerbungen vor sich. Vor der imperialistischen Ara, also von 1815 bis etwa 1880, haben nur zwei Dynastien ihr Staatsgebiet durch Aufsaugung europäischer Kleinstaaten vergrößert — das Haus Hohenzollern und das Haus Savoyen. Weder Frankreich, noch Osterreich, noch Rußland, noch England sind in den letzten hundert Jahren in Europa auf Kosten von Kleinstaaten gewachsen. Und in Deutschland und Italien lagen die Annerexionen der Kleinstaaten auf dem Wege zum Nationalstaat — nicht zum Nationalitätenstaat.

Außerhalb Deutschlands und Italiens hat die Zahl der Kleinstaaten Europas im letzten Jahrhundert nicht ab-, sondern zugenommen. Belgien hat sich von Holland, Norwegen von Schweden getrennt, Ungarn halb von Osterreich, die Balkanstaaten von der Türkei. Und der jetzige Krieg scheint auch eher zur Bildung neuer Staaten — so Polens, vielleicht auch Finnlands — als zur Aufsaugung alter führen zu wollen.

Das erscheint unerklärlich, wenn wir bloß die Bedürfnisse der Kapitalistenklasse in Betracht ziehen und vermeinen, der historische Materialismus fordere von uns, die Staatenpolitik, solange die kapitalistische Produktionsweise besteht, nur vom Standpunkt des kapitalistischen Geschäfts zu betrachten. Jedoch nichts wirkt irreführender als die Verkehrung der Marxschen Geschichtsauffassung in bloße Geschäftsauffassung.

e. Kapitalismus und Demokratie.

Sicher beherrscht der Kapitalismus das Leben der ganzen modernen Gesellschaft. Aber zu seinen notwendigen Konsequenzen gehören nicht bloß die Bestrebungen, den kapitalistischen Interessen zu dienen, sondern auch die Bestrebungen, sie zu bekämpfen; gehören nicht bloß Einrichtungen, die ihn stärken, sondern auch Einrichtungen, die ihn hemmen, ihn untergraben.

Jeder ist das Produkt seines Milieus, aber bei dem einen äußert es sich in der Weise, daß es ihn sich unterwirft, bei dem anderen darin, daß es ihn empört. Nur wer diese beiden Seiten in Betracht zieht, wird die Wirkungen eines bestimmten Milieus richtig erfassen können. Ibsen und Strindberg waren ebenso Produkte der kleinbürgerlichen Borniertheit, die Skandinavien in ihrer Jugendzeit beherrschte, wie die »kompakte Majorität«, die sie bekämpften.

Das vergißt man nur zu häufig. Man versteht unter den notwendigen Produkten eines Milieus oft nur diejenigen, die aus ihm Nutzen ziehen, ihm dienen oder mindestens sich ihm willenlos einfügen. Und doch weist Marx immer auch auf die Gegenseite hin:

Mit der beständig abnehmenden Zahl der Kapitalmagnaten, welche alle Vorteile dieses Umwandlungsprozesses usurpieren und monopolisieren, wächst die Masse des Elends, des Druckes, der Knechtschaft, der Entartung, der Ausbeutung, aber auch die Empörung der stets anschwellenden und durch den Mechanismus des kapitalistischen Produktionsprozesses selbst geschulten, vereinten und organisierten Arbeiterklasse. (*»Kapital«, 24. Kapitel.*)

Beide Seiten erst geben uns das volle Bild der kapitalistischen Produktionsweise. Sie ist ebenso unbegreiflich ohne den Drang nach Verelendung der Arbeitermassen wie ohne deren Empörung dagegen. Der ständige Kampf beider Tendenzen bildet einen notwendigen Inhalt der kapitalistischen Produktionsweise.

Der Kapitalismus tut aber noch mehr, als die Arbeiterklasse durch seinen Druck zur Empörung aufzurufen. Durch seinen eigenen Mechanismus »schult, vereint, organisiert« er sie, macht er sie fähig, sich des kapitalistischen Produktionsprozesses zu bemächtigen.

Gleichzeitig aber schafft er durch den Mechanismus seines Verkehrs auch die Gelegenheiten und Mittel, die das Interesse der Volksmassen an der Staatspolitik wachrufen, sie zum Kampfe um die Teilnahme an der Staatspolitik befähigen und ihren Einfluß auf diese Politik immer mehr steigern. Mit einem Wort, er erzeugt nicht nur den proletarischen Klassenkampf, sondern auch die moderne Demokratie mit dem immer näherrückenden Endergebnis der Beherrschung des Staates durch die Volksmasse, was in einem Staat entwickelter kapitalistischer Industrie gleichbedeutend ist mit seiner Beherrschung durch das industrielle Proletariat.

Diese Entwicklung, das heißt also das Wachstum der modernen Demokratie und der proletarischen Macht ist ebenso das notwendige Ergebnis der kapitalistischen Produktionsweise wie der Drang bestimmter Kapitalistenschichten nach Ausdehnung des Staates. Und der Drang nach Demokratie wächst im modernen Staate in den Volksmassen unter allen Umständen, während der Drang nach Ausdehnung des Staates die Kapitalistenschichten nur unter bestimmten historischen Bedingungen ergreift.

Das übersehen nur zu leicht diejenigen, die im modernen Staat nur den Imperialismus sehen und nicht die Notwendigkeit der Demokratie — diese Notwendigkeit in jedem Sinne des Wortes genommen, sowohl als *unerläßliche Forderung* des Proletariats wie als *unvermeidliches Ergebnis* des »Mechanismus des kapitalistischen Produktionsprozesses selbst«.

Unter Demokratie verstehen wir hier natürlich nicht eine demokratische Partei, sondern immer die Teilnahme der Volksmassen an der Staatspolitik, die Institutionen, jene Teilnahme praktisch und erfolgreich zu befähigen, und den Einfluß im Staate, den die Volksmassen auf diese Weise erringen.

Die Demokratie in diesem Sinne ist nicht bloß das Ergebnis des proletarischen Klassenkampfes, sondern des Mechanismus des kapitalistischen Produktionsprozesses selbst. Sie wächst mit diesem Mechanismus trotz aller zeit-

weisen Hemmungen unaufhaltsam. Damit aber wächst die politische Macht des Proletariats auch dort, wo dessen Ausdehnung und ökonomische Bedeutung, gemessen an der des Kapitals, nicht zunimmt. Rein ökonomisch betrachtet, erscheint der Fall des Proletariats gegenüber dem Kapital hoffnungslos. Es mag sich gewerkschaftlich oder konjungenoffenschaftlich noch so stramm organisieren, die organisierte Arbeiterschaft steht der organisierten Unternehmerschaft ökonomisch nicht stärker gegenüber als der vereinzelter Arbeiter dem vereinzelter Unternehmer, wenn auch natürlich weit stärker als der vereinzelter Arbeiter dem Unternehmerverband. Was aber dauernd und ununterbrochen wächst, ist die Demokratie und mit ihr die politische Macht des Proletariats. Nur sie vermag mit dem Unternehmerverband fertig zu werden und das Proletariat auch ökonomisch durch das Eingreifen der demokratischen Staatsgewalt zu befreien.

Es ist ganz verkehrt, als das einzige Produkt des heutigen Kapitalismus den Imperialismus ins Auge zu fassen und die Demokratie dabei zu übersehen. Das gilt auch für den jetzigen Krieg. Er ist ein Kampf nicht bloß zwischen verschiedenen Imperialismen, sondern auch zwischen Imperialismus und Demokratie, zwischen mehr oder weniger demokratischen und mehr oder weniger imperialistischen und militaristischen Staaten.

Die früheren internationalen Konflikte der letzten Jahrzehnte, die Krieg brachten oder Krieg drohten, waren entweder rein imperialistische, wie der amerikanisch-spanische, der französisch-englische um Faschoda, der russisch-japanische, der deutsch-französische um Marokko, oder ein reiner Konflikt zwischen Imperialismus und Selbstbestimmung einer Nation, wie der Burenkrieg. Da war die Haltung der Internationale klar und einheitlich.

Im heutigen Weltkrieg mischen sich die imperialistischen Probleme mit demokratischen, und diese Komplikation ist nicht zum wenigsten schuld an der großen Verwirrung, die er in die sozialistischen Parteien fast aller Länder hineintrug und noch hineinträgt. So sehr das den internationalen Sozialismus geschädigt hat, das Ende des Krieges scheint doch trotz alledem seinen Triumph bedeuten zu wollen — den Zusammenbruch des Imperialismus und seiner Werkzeuge und einen machtvollen Fortschritt der Demokratie — wenn noch nicht den völligen Sieg des Proletariats.

f. Die Lebensfähigkeit der Kleinstaaten.

Betrachten wir nun die moderne Entwicklung nicht ausschließlich vom kapitalistischen Geschäftsstandpunkt wie der Vulgärmarginalismus, erwägen wir die aus dem Mechanismus des kapitalistischen Produktionsprozesses hervorgehende, aber dem kapitalistischen Geschäft meist feindliche Macht der modernen Demokratie, dann begreifen wir die Lebensfähigkeit der kleinen Staaten Europas. Die moderne Demokratie ist einer der wichtigsten unter jenen Faktoren, die bisher bewirkten, daß der Ausdehnungsdrang der kapitalistischen Großstaaten sich nicht gegenüber den europäischen Kleinstaaten, sondern außerhalb Europas in Gebieten äußerte, die noch nicht vom industriellen Kapitalismus und der modernen Demokratie erfaßt sind. Der Kraft dieser Demokratie ist es zuzuschreiben, daß keine Regierung, die auch nur eine Spur von politischem Verständnis unserer Zeit besaß, es im neunzehnten Jahrhundert gewagt hat, ein europäisches Gebiet wider den ausgesprochenen Willen seiner Bevölkerung zu annektieren. Die Lebenskraft der Klein-

staaten besteht nicht zum wenigsten gerade darin, daß ihre Regierungen schwächer sind, nicht über so viele Machtmittel verfügen wie die der Großstaaten, daher der Demokratie größere Zugeständnisse machen müssen als ihre großen Nachbarn. In der größeren Demokratie der Kleinstaaten liegt heute ihre Anziehungskraft für ihre Bevölkerung.

Die Kleinstaaten brauchten beim Wetttrüsten nicht mitzutun. Es stand für sie von vornherein fest, daß sie bei diesem Wettlauf die letzten sein mußten, sie strengten sich also nicht sehr dabei an. Ihre Armeen hatten nur kurze Dienstzeit, waren wohl gegen das Volk unter Umständen dort verwendbar, wo Bauern gegen städtische Arbeiter aufgeboten wurden, nicht aber zur Sicherung einer Regierung, die der Gesamtheit der Bevölkerung Rechte vorenthalten oder gar eskamotieren wollte. Dabei hatten die Regierungen der kleinen Staaten keine Aussicht, innere Schwierigkeiten durch glänzende äußere Erfolge zu überwinden.

Bis zum jetzigen Kriege betrug die Dienstpflicht für die Infanterie in der Schweiz 65, in Norwegen 78 Tage. In Holland $8\frac{1}{2}$ Monate — nur ein Teil der Wehrfähigen, 27 000, ist dienstpflchtig —, in Schweden 250 Tage, in Belgien 15 Monate, für die Hälfte der Wehrfähigen. Daneben besaß Belgien noch eine Bürgergarde, eine Art Miliz. Mit diesen geringeren Militärlasten ging Hand in Hand eine größere politische Bewegungsfreiheit der Volksmassen. Was immer die Proletarier an diesen Staaten auszuüben hatten — und sie hatten naturgemäß ungeheuer viel an ihnen auszuüben —, so gaben ihnen doch die Zustände bei den Nachbarn keine Ursache, verlangend über die Grenze zu blicken. Der eigene kleine Staat gab ihnen bessere Gewähr, sich im Klassenkampf zu betätigen und vorwärtszukommen, als der ungeheure Machtapparat jenseits ihrer Grenze. Die Furcht vor diesem wirkte stärker abschreckend als die materiellen Vorteile, die er versprach, anziehend.

Wir sehen heute bei keinem der Kleinstaaten in der Bevölkerung auch nur den leisesten Wunsch, die angeblich so traurige Lage, in die sie durch die Kleinheit ihres Gemeinwesens versetzt ist, durch Angliederung an ein größeres beseitigt zu sehen. Vielmehr hat der Krieg das Gegenteil gebracht, eine Fülle von Wünschen nach Bildung neuer Kleinstaaten auf Kosten großer.

Diese Entwicklung hat zwei Seiten, von denen die eine sehr bedenklich ist. Es ist etwas anderes, ob ein bisher selbständiges Gemeinwesen sich gegen seine gewalttätige Einverleibung in ein größeres sträubt, oder ob ein großes Gemeinwesen, das jahrhundertlang bestand, in kleine Stücke zerfällt, die ohne Verbindung miteinander stehen, ob neue Zollgrenzen, neue Trennungslinien zwischen den Nationen aufgerichtet werden.

Die Zerfällung eines großen Staates in mehrere kleine ist namentlich dann bedenklich, wenn sie eine Folge des Rückganges seiner Zwangsgewalt, eine Folge seiner steigenden Demokratisierung ist, indes jenseits der Grenze noch ein Großstaat mit ungebrochener Zwangsgewalt besteht. Die Zersplitterung des großen demokratischen Staates in viele kleine bedeutet dann nichts anderes als die Schwächung der Abwehrkraft seiner Demokratie gegenüber den Machtmitteln des Nachbarn. Hier kann die Kleinstaaterei, trotz ihres hochdemokratischen Ausgangspunktes, zu einer Gefahr für die Demokratie werden.

Die internationale Sozialdemokratie hat nicht bloß nach der Selbstbestimmung der Nationen, sondern auch nach ihrer wachsenden Annäherung zu streben. Und sie hat die dauernden Interessen der gesamten gesellschaftlichen Entwicklung gegenüber den Sonderinteressen und Augenblicksinteressen — auch den demokratischen — einer besonderen Gruppe zu wahren. Dies kann ihr unter Umständen dringend gebieten, für den Zusammenhalt eines revolutionären demokratischen Großstaats gegenüber reaktionären Nachbarn einzutreten.

Doch als zweckmäßiges Mittel, den Staat zusammenzuhalten, kann sie dabei nur seine größere Anziehungskraft betrachten. Wenn heute Finnländer und Ukrainer dem russischen Staate entfliehen wollen, ist das als eine Nachwirkung des Zarisismus aufzufassen, der sie abstieß, und ihres mangelnden Vertrauens zur Lebenskraft der russischen Revolution, obwohl sie sich freilich sagen müßten, daß ihre Aussichten auf nationale Selbständigkeit aufs engste verknüpft sind mit denen der russischen Revolution, daß sie ihre Selbständigkeit nur wahren können, wenn sie sich mit dieser solidarisch erklären, und nicht, wenn sie sich von ihr loslösen und sie dadurch schwächen.

Indes auch dort, wo die Kleinstaaferei nicht neuesten Datums ist, sondern das Recht der Verjährung in Anspruch nehmen kann, bedeutet sie keinen Zustand, der ungemischtes Wohlgefallen erregt. Stellt sie vom Standpunkt der Demokratie das kleinere Übel gegenüber den Großstaaten bisherigen Stils dar, so hat die internationale Sozialdemokratie doch nicht bloß die Interessen der Demokratie zu wahren, sondern auch die der ökonomischen Entwicklung, die die materiellen Vorbedingungen für die Befreiung des Proletariats liefert, und diese Entwicklung findet unter sonst gleichen Umständen im großen Staate einen günstigeren Boden als im kleinen.

Die Aufgabe besteht darin, die Forderungen der Demokratie mit denen der Ökonomie in Einklang zu bringen.

Das kann auf zwei Wegen erreicht werden. Einmal durch vermehrte Demokratisierung der Großstaaten. Je größer deren innere Freiheit, desto weniger werden benachbarte Kleinstaaten befürchten, durch engeren ökonomischen Anschluß in ihrer politischen Selbständigkeit beeinträchtigt zu werden, desto leichter werden sie dazu gebracht werden, Zollgesetzgebung, Münzwesen, Verkehrswesen, bürgerliches Recht usw. freiwillig in Gemeinschaft mit dem großen Nachbarn zu regeln, mit ihm ein gemeinsames Verkehrsgebiet zu bilden.

Noch fruchtbarer aber würde es, wenn es gelänge, sämtliche Staaten der europäischen Kultur oder zunächst wenigstens Europas in einem großen Gemeinwesen zusammenzufassen, den schon im vorigen Jahrhundert ersehnten »Vereinigten Staaten von Europa«, in denen alle Zollschranken aufhörten, alle Grenzfragen ihren machtpolitischen Charakter verlören, der internationale Verkehr seine freieste Entfaltung fände.

Aber auch diese Lösung setzt vermehrte Demokratisierung der Großstaaten alten Stils voraus, denn eine freiwillige Eingliederung aller Staaten in dieses überstaatliche Gebilde wird nur dann möglich, wenn keiner dabei an Demokratie verliert, jeder gewinnt.

Solange diese Bedingungen nicht gegeben sind, wird die Volksmasse der Kleinstaaten, auch ihr Proletariat, an ihnen hängen und ihrer Eingliederung in einen Großstaat mit aller Macht widerstreben. Wehe dem großen

Staate, der in Mißachtung dieses Volksempfindens einen seiner kleinen Nachbarn zur »Sicherung seiner Grenzen« gewaltfam an sich zieht und festhält! Er gewinnt damit nur einen Pfahl im eigenen Fleisch, der jede seiner Bewegungen hindert und zur Qual macht, er gewinnt nichts als die Feindschaft, den tödlichen Haß der Grenzbevölkerung und der Demokratie aller Völker, die ihren klarsten und entschiedensten Ausdruck findet in der internationalen Sozialdemokratie. Was als Sicherung der Grenze und des Friedens gedacht ist, wird zu seiner ewigen Bedrohung.

Pausenlose Arbeitszeit.

Von Adolf Braun.

Das Streben nach höchster Intensivierung der industriellen Produktion kennzeichnet die Kriegszeit in allen Ländern. Neben dieser Tendenz muß aber eine weitere wirken, möglichst stark zu sparen an Roh- und Hilfsstoffen. Das gilt nicht bloß für die in Deutschland nicht in genügender Menge zu gewinnenden Rohstoffe, sondern auch für die in praktisch unbegrenzten Mengen vorhandenen Roh- und Hilfsstoffe. Außer der Sparsamkeit an diesen Stoffen wurde auch noch die möglichst geringe Inanspruchnahme der Transportmittel ein Gebot der Kriegswirtschaft. Die ungeheure Ausdehnung der den Kriegsschauplatz begrenzenden Linien, die weite Entfernung dieser Linien im Osten und Süden von den deutschen Produktionsstätten des Kriegsbedarfs erforderte die äußerste Ausnutzung der Verkehrsmittel, so daß auch die Kriegsindustrie und die Privatwirtschaften zu der äußersten Einschränkung der Transporte und damit auch des Warenbezugs veranlaßt wurden. So kam es, daß die im ersten Augenblick in einem so kohlenreichen Lande unverständliche Kohlennot die Zeit nach Weihnachten kennzeichnet. Der Kohlenverbrauch für Hausbrand war durch die beschränkten Zufuhren sehr vermindert worden. Was aber der privaten Wirtschaft zugemutet werden konnte, das schien nicht angängig für die Kriegsindustrie. Für diese gab es sehr starke Antriebe, nicht nur ihre Leistungen nicht zu mindern, sondern sie mit allen Mitteln zu steigern. Diese Steigerung der Kriegsindustrie erforderte natürlich wachsende Kohlenzufuhren, die — ohne Verringerung der Produktemenge — zu mindern, ein fabrikkorganisationsproblem wurde. Da man annehmen mußte, daß die bei der heutigen Technik mögliche Ausnutzung der Kohlen im Interesse der Industrie ohnedies schon zu Friedenszeiten erstrebt und erreicht war, jedenfalls neben den vielen Umschaltungen der Industrie nicht noch völlig neue Heiz- und Kesselanlagen eingerichtet werden konnten, mußte man danach streben, auf anderem als auf technischem Wege zu der erstrebten Ersparnis der Heizstoffe zu gelangen. Wenn der Krieg zu Ende sein wird, wird man seine Aufmerksamkeit weit mehr noch als auf die technischen Umwälzungen auf die fabrikkorganisationsmäßigen Änderungen aus der Kriegszeit zu lenken haben. Diese Leistungen sind sehr groß, sie haben die Produktionskraft vielfach gesteigert und dürfen selbst trotz erhöhter Löhne auffallend starke Verminderungen der Produktionskosten herbeigeführt haben. Doch über diese Dinge zu sprechen, fehlt vorläufig die Gelegenheit. Nur über eine in der Öffentlichkeit erörterte, praktisch aber wenig wirksame Anregung, die immer wieder erneuert wird, wollen wir uns auslassen.

Wenn man die Menschen aus der Rechnung des Kapitalisten völlig ausschalten könnte, so schiene ein ununterbrochener Gang der Maschinerie, und zwar mit dem bei Vermeldung von Explosionsgefahren schnellst zulässigen Gange der Maschinerie die einzig richtige Methode. Doch behaupten die Techniker, daß nicht nur die Träger der menschlichen Arbeitskraft Ruhepausen benötigen, daß auch die besten Maschinen einen ununterbrochenen Lauf nicht ertragen, daß auch sie der Ruhezeiten bedürfen.

Der absolute Automat, der der menschlichen Arbeitskraft und Kontrolle entrafen kann, ist für die Menschen unserer Zeit noch immer eine Utopie, wenn auch für viele Geister ein unverrückbares Ziel des Strebens. Man muß bei der Ersparnis von Brennstoffen mit dem Hindernis rechnen, daß die höchste Ausnutzung der Kesselanlagen in Widerstreit kommen könnte mit den Lebensnotwendigkeiten der Arbeiter und Arbeiterinnen und auch der Maschinen. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß auch in den ökonomisch überlegtest geleiteten Betrieben viele Kraft und viele Wärme verloren geht. Im kontinuierlichen Betrieb mag die Abnutzung der Maschinerie zu schnell vor sich gehen. Die Reparaturen verursachen dort größere Störungen als in den zur Nachtzeit ruhenden Betrieben, aber es ergeben sich für das Anheizen, für das Abkühlen der Kessel und für die Wärmeerhaltung in den Arbeitspausen keine Verluste. So begreift man, daß die pausenlose Arbeitszeit eine erhebliche Ersparnis an Kohle und damit auch an Arbeitskraft in den Gruben und an Transportmitteln ergeben würde. Wenn man also den Faktor Arbeit als leicht regulierbar ansieht, so mußte man aus dem begreiflichen Streben nach Ersparnis von Arbeitskraft und Transportmitteln zu der Empfehlung der pausenlosen Arbeitszeit gelangen.

Aber die menschliche Arbeitskraft ist während des Krieges auch nicht in unbeschränktem Maße vorhanden, nur der Nachfrage nach weiblicher Arbeitskraft, nicht der nach männlicher steht — übrigens auch nicht immer — ein ausreichendes Angebot gegenüber, es ist also notwendig — rein vom Produktionsstandpunkt aus gesprochen —, auch den Faktor Arbeitskraft sparsam zu behandeln, weil er ebenso wie die anderen Produktionsvoraussetzungen nicht in genügendem Maße beschafft beziehungsweise ersetzt werden könnte. Die Abnutzung der Arbeitskraft während des Krieges war ohnedies schon ungewöhnlich groß, sie zu steigern widersprach dem Interesse der Kriegsindustrie. So hat sich die pausenlose Arbeitszeit trotz des lebhaften Bemühens während der Kriegszeit nicht durchsetzen können, wie es empfohlen wurde.

* * *

In der Großstadt und in der Kleinstadt, dann bei Beamten, Kaufleuten und Arbeitern wird die Wertung der englischen Arbeitszeit sehr verschieden sein. Aber gerade diese Verschiedenheit schafft eine wichtige Erschwernis der Durchführung der englischen Arbeitszeit. Nur wenn sie ganz gleichmäßig und allgemein durchgeführt wird, werden Schwierigkeiten, die sich bei ihr herausstellen, aus dem Wege geräumt. Wenn der Arbeiter gefeilte Arbeitszeit hat, aber seine in einem kaufmännischen Geschäft tätige Frau die pausenlose Arbeitszeit, und wenn die Schulzeit ihrer Kinder andere Pausen hat als die Arbeitszeit des Vaters, so ergeben sich sehr unangenehme Schwierigkeiten im Haushalt mit bedenklichen Wirkungen auf das Familienleben wie auf die Erziehung der Kinder. Unter diesen Verschiedenheiten lißen viele Experimente, die mit der pausenlosen Arbeitszeit gemacht wurden. Freilich hatte die pausenlose Arbeitszeit auch sonst mit dem Widerspruch der Arbeiter vielfach zu rechnen. Sie entspricht nicht den Gewohnheiten der Arbeiter. In einer Reihe von Betrieben, wo sie, auch auf Wunsch der Arbeiter, eingeführt war, so in Buchdruckereien von Parteigeschäften, ist man wieder zur gefeilten Arbeitszeit zurückgekehrt. Die Annahme wäre jedoch falsch, daß es sich hierbei lediglich um die Gewohnheiten der Arbeiter handelte. Die Rückkehr zu der durch Pausen gefeilten Arbeitszeit war vielfach auch veranlaßt durch die Erfahrungen, die die Arbeiter mit ihr gemacht hatten, vor allem durch die starken Ermüdungserscheinungen, die sie den Feterabend nicht ausnützen ließen.

Im allgemeinen muß mehr Sympathie für die ungefeilte oder, wie man auch sagt, englische Arbeitszeit bei den Beamten und kaufmännischen Angestellten als bei den Arbeitern festgestellt werden, doch gibt es auch unter den kaufmännischen Angestellten nicht wenige Gegner und Gegnerinnen der ungefeilten Arbeitszeit. Wo intensive Leistungen in den Büreaus verlangt werden, tritt am Ende der ungefeilten

Arbeitszeit sehr starke Ermüdung auf. Insbesondere ist das für die zahlreichen jungen Mädchen, die an Schreib- und Kopiermaschinen beschäftigt werden, festzustellen. Wie sehr die Frage der ungeteilten Arbeitszeit fast ausschließlich unter dem Gesichtspunkt der Beamten und kaufmännischen Angestellten behandelt wurde, geht aus der einzigen mir bekannten deutschen Schrift¹ über diese Frage hervor. Verkehrsbeamte, Sekretäre der Versicherungsanstalt und des Katasteramts, Reallehrer, Gymnasiallehrer, Hauptlehrer, Lehrerschuldirektoren, Ärzte, Oberinspektoren, Ministerialräte, Geschäftsführer kaufmännischer Vereine, Bankprokuristen, Amtsrichter, Rechtsanwälte, Vertreter von Versicherungsgesellschaften, Großhandelshäusern, des Magistrats von Berlin, des Senats von Hamburg und des bayerischen Kriegsministeriums erscheinen in dieser Schrift mit Entschiedenheit für die ungeteilte Arbeitszeit; aber kein Arbeiter und kein Arbeitervertreter, auch kein Fabrikant gab für seinen Fabrikbetrieb in dieser öffentlichen Versammlung ein Entschieden über die ungeteilte Arbeitszeit ab.

Als bei Beginn der Kohlennot von Reichs wegen der Einführung der ungeteilten Arbeitszeit das Wort gesprochen wurde, erklärten sich die Handelskammern von München und Köln, der Verband der sächsischen Industriellen und ähnliche Korporationen gegen die Einführung der ungeteilten Arbeitszeit. In einer in Elberfeld stattgehabten Zusammenkunft von Vertretern aller Behörden sowie der Handelskammer, der Industrie und des Handels wurde einstimmig festgestellt, daß es unter den gegenwärtigen Verhältnissen völlig unmöglich sei, den laut gewordenen Wünschen auf Einführung der englischen Arbeitszeit zu entsprechen.

Aber es unterliegt keinem Zweifel, daß sich in den letzten Jahren mancherlei Stimmen auch aus Arbeiterkreisen für die ungeteilte Arbeitszeit ausgesprochen haben. Die Entwicklung der Gartenstädte, die Förderung der Arbeiterbaugenossenschaften, die wachsende Verbreitung der Schrebergärten haben bei vielen Arbeitern den Wunsch rege gemacht, viel Zeit ihrem Haus und Gärten zu widmen und deshalb einen frühen Arbeitschluß zu erstreben unter Opferung der Pausen. Alle Erfahrungen lehren, daß gerade die aufgewecktesten Arbeiter, auch die tüchtigsten und meistverdienenden Arbeiter, die Gelegenheit zur Ansiedlung in den Gartenstädten oder außerhalb der Stadt, zum mindesten die Gewinnung einer Gartenparzelle durchsetzen oder doch erstreben. Sie sind vielfach Vertrauensleute, Wortführer, Beeinflusser ihrer Kameraden in den Fabriken. So wächst der Wunsch auch in Arbeiterkreisen, sich die englische Arbeitszeit als einen Vorteil für die Arbeiter auszumalen.

Aber es kann keinem Zweifel unterliegen, daß der materielle Vorteil der ungeteilten Arbeitszeit den Unternehmern und nicht den Arbeitern zugute kommt. Das beweist auch ein Artikel der »Metallarbeiterzeitung« vom 30. Juni 1917 »Für die durchgehende Arbeitszeit«. In ihm wird verlangt, daß sich die Gewerkschaften »für die baldige, nein, sofortige Einführung der durchgehenden Arbeitszeit ... in Staat, Ort und Fabrik bei der ersten Gelegenheit und kräftig einsetzen« sollen. Der temperamentvolle Vertreter der englischen Arbeitszeit erklärt auf Grund seiner in Amerika gemachten Erfahrungen, daß »dank dieser zusammengepreßten wirklichen Arbeitszeit ein erklecklicher Teil der Betriebsunkosten — bei unseren Verhältnissen würde es fast ein Fünftel ausmachen — gespart« wird. Damit ist meinem Erachten nach gesagt, daß die Unternehmer, wenn die sonstigen Möglichkeiten hierfür gegeben sind, die englische Arbeitszeit von den Arbeitern erkämpfen oder erkaufen müssen, nicht aber, daß die Gewerkschaften in den Kampf für die durchgehende Arbeitszeit einzutreten hätten! Erspart der Unternehmer den fünften Teil der Betriebsunkosten bei der

¹ Ungeteilte Arbeits- und Schulzeit. Öffentliche Versammlung in München, 10. Februar 1911, Vortrag von Professor Dr. M. v. Gruber, Diskussion, Entschieden (Schriften des Bayerischen Landesvereins zur Förderung des Wohnungswesens, E. W., Heft 3). München 1911, Verlag von Ernst Reinhardt.

durchgehenden Arbeitszeit, dann soll er für diesen ungeheuren Vorteil, der ihm von den Arbeitern zugestanden wird, eine weitgehende Verkürzung der Arbeitszeit bei gleichbleibenden Löhnen zugestehen. Hätte sich die Arbeiterschaft bei der Anregung der Behörden, die englische Arbeitszeit einzuführen, so willig gezeigt wie der Verfasser des nichtredaktionellen Artikels in der »Metallarbeiterzeitung«, so wäre in dieser Kriegszeit, in der die höchste Produktionsleistung allein entscheidet und den Gewerkschaften nicht die sonstige Möglichkeit gegeben ist, für die Verringerung der Arbeitszeit zu wirken, die englische Arbeitszeit eingeführt worden ohne jeden Ausgleich für die Arbeiter. Die Möglichkeit, diesen Ausgleich später in der Friedenszeit zu schaffen, wäre sehr gering gewesen. Deshalb muß man es als erfreulich bezeichnen, daß die Einführung der englischen Arbeitszeit nicht gelungen ist.

Die Unternehmer haben wohl geprüft, wie die höchste Produktionsleistung erreicht würde; Rücksichten auf die Kriegszeit ließen sie wohl von der Einführung der englischen Arbeitszeit absehen. Heute spielt die Elastizität der Arbeitszeit für die Unternehmer eine sehr große Rolle; die durch Pausen geteilte Arbeitszeit ist weit elastischer als die pausenlose Arbeitszeit. An die pausenlose Arbeitszeit lassen sich nur ausnahmsweise Überstunden anfügen, denn der Arbeiter ist zu ermüdet nach der pausenlosen Arbeitszeit, er hat auch seine Hauptmahlzeit noch nicht genossen, so daß lohnende Leistungen in Überstunden kaum von ihm erwartet werden können. Die pausenlose Arbeitszeit ist wohl gerade aus dieser Erwägung heraus in der Kriegszeit nicht eingeführt worden, weil die Herstellung des Kriegsbedarfs oft die äußersten Ansprüche an die Arbeitsleistung stellt, die bei der pausenlosen Arbeitszeit nicht zu erzwingen wären. Dies Argument ist für uns, die wir Gegner der Überstunden sind, von großem Gewicht.

Aber wir glauben, daß die Gründe, die gegen die Einführung der englischen Arbeitszeit ins Feld geführt werden, bedeutend stärker sind. Die pausenlose Arbeitszeit führt zu einer völligen Ausschöpfung der Arbeitskraft. Daß die Industrie auch in den Perioden der Arbeiterschuldlosigkeit auf die Pausen Wert gelegt hat, spricht dafür, daß die pausenlose Arbeitszeit oft eine starke Erschöpfung des Arbeiters und, was für den Unternehmer das Entscheidende ist, eine außerordentliche Verringerung der Arbeitsleistung zur Folge hatte. In den Pausen und vor allem in der längeren Mittagspause mindern sich die Ermüdungserscheinungen. Beim Wiederbeginn der Arbeit am Nachmittag sind höhere Leistungsgrade infolge der größeren Frische nach überwundener Ermüdung der Arbeiter festzustellen. In dem vom Vorstand des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands herausgegebenen und sehr lehrreichen Buche über »Die Gefahren der Arbeiter in der chemischen Industrie« ergab sich die merkwürdige Tatsache, daß die meisten Unfälle in den Stunden vor der Mittagspause, die wenigsten Unfälle in den Stunden nach Beginn der Arbeit sowohl am Morgen wie am Nachmittag festgestellt wurden. Die Unfallgefahr in den Stunden vor der Mittagspause war mehr als doppelt so groß wie in den ersten Vormittagsstunden. Im »Proletarier«, dem Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands, werden in der Ausgabe vom 3. Februar 1917 die Beziehungen zwischen der Arbeit vor und nach der Mittagspause und der Unfallhäufigkeit in folgender Weise sehr einleuchtend dargestellt:

Von je 100 in der chemischen Industrie durch Unfall Verletzten hatten bei Eintritt des Unfalls (seit Beginn der Schicht) schon gearbeitet:

noch nicht 1 Stunde	4,90	6 bis 7 Stunden	8,95
1 bis 2 Stunden	7,45	7 - 8 -	8,95
2 - 3 -	8,45	8 - 9 -	9,60
3 - 4 -	10,80	9 - 10 -	9,60
4 - 5 -	11,40	über 10 -	11,81
5 - 6 -	10,00		

Diese Zahlen zeigen ein scharfes Anschwellen der Unfallzahlen bis zur Beendigung der fünften Arbeitsstunde, dann tritt ein geringer Rückgang und nach Be-

endigung der sechsten Stunde ein ganz rapider Sturz ein. Auch nach der neunten Arbeitsstunde zeigt sich noch einmal ein geringer Rückgang, dem ein starkes Anschwellen nach der zehnten Stunde folgt. Den Schlüssel zu dem rapiden Sturz in der Mitte gibt folgende kurze Feststellung, die auf Grund der Arbeitsordnungen von zirka 50 größeren chemischen Fabriken gemacht wurde. Von je 100 Arbeitern der chemischen Industrie hatten Mittagspause: nach $4\frac{1}{2}$ Arbeitsstunden 3, nach 5 Arbeitsstunden 18, nach $5\frac{1}{2}$, $5\frac{3}{4}$ und 6 Arbeitsstunden 79.

Es zeigt sich hier, daß der Rückgang der Unfälle mit der Mittagspause sehr eng zusammenhängt, das heißt, daß die Erholung in der Pause die Arbeiter körperlich und geistig dermaßen gekräftigt hat, daß die Unfallzahl bis auf den Stand in der zweiten Morgenstunde zurückgeht. Würde man die Mittagspause ausschalten, so hätte das aller Voraussicht nach eine starke Steigerung der Unfallzahlen zur Folge.

Wir müssen aber auch feststellen, daß gerade die Zeit des Krieges mit der ungenügenden Ernährung der Arbeiter für Experimente wie die allgemeine Einführung der Verkürzung der Arbeitszeit nicht in Frage kommen kann.

Alle Erfahrung spricht dafür, daß in allen Ländern der Krieg eine höchste Steigerung der Leistungsfähigkeit in den industriellen Betrieben herbeigeführt hat. Die Notwendigkeiten des Krieges haben es nicht ermöglicht, der Überarbeit entgegenzutreten. Teils unter dem Drucke der Kriegsnotwendigkeiten, teils unter der Wirkung gesteigerter Löhne sind die Hemmungen, die der außerordentlichen Arbeitsleistung instinktiv entgegengesetzt wurden, vollständig ausgeschaltet worden. Auch ohne Einführung des Taylorsystems sind ungeahnte Höchstleistungsleistungen im Kriege erzielt worden. Sie werden auch nach dem Kriege dem Arbeiter als Beweis möglichst großer Leistungen vorgeführt werden. Es sind während des Krieges auch ganz außerordentliche technische Fortschritte und fabrikkorganisatorische Errungenschaften zu verzeichnen gewesen, die die Leistung auf den Kopf des Arbeiters des weiteren in hohem Maße gesteigert haben und die bei der Überführung der Kriegswirtschaft in die Friedenswirtschaft nicht einfach verschwinden werden.

War während des Krieges die Einführung der englischen Arbeitszeit für die Unternehmer nicht vorteilhaft, so kann sie nach dem Kriege bei einer völligen Umschaltung der Industrie sehr wohl ins Auge gefaßt werden. So betonte die »Zentralstelle für Kohlenversorgung der Schweiz«, daß bei Ausschaltung der Mittagsstunde 10 bis 12 Prozent der Brennmaterialien erspart werden. Freilich wurde von technischer Seite dagegen eingewandt, daß das bloß dann gelten würde, wenn die Dampfkessel während dieser Arbeitspausen in gleichem Maße beansprucht würden wie durch den vollen Betrieb selbst. Bei einem zweckmäßig eingemauerten modernen Dampfkessel sollte vom Abend des einen Tages bis zum Beginn des anderen Morgens die Dampfspannung ohne besondere Feuerung dank der Isolierung des Kessels auf ihrer normalen Höhe gehalten werden können. Der Gutachter der »Technischen Rundschau« der »Neuen Züricher Zeitung« vom 8. März 1917 bezeichnet den Brennstoffverlust bei einer einstündigen Mittagspause bloß auf 0,8 oder höchstens 1 Prozent. Er empfiehlt deshalb statt der Einführung der pausenlosen Arbeitszeit in der Zeit der Kohlennot die Erzielung der Ersparnisse durch sachkundiges Personal zur Bedienung der Kessel, durch Reinigung der Heizflächen, Überhitzer und Vorwärmer, durch Ausbesserung der Kesselmauerung und durch Instandhaltung der Rohrleitung und Wasserabscheider. Wo es möglich sei, sollten automatische Feuerungen eingeführt werden, die weitere Vorteile schaffen. Er gesteht die arge Wärmeververschwendung unserer Dampfmaschinen zu, er findet sie aber nicht in der Mittagspause, sondern in mangelhaften technischen Einrichtungen und Wartung.

Das Streben der meisten Wohnungsreformer ist seit langem auf die möglichste Dezentralisierung des Wohnens gerichtet. Sehr viele Gründe gesundheitlicher Art und sehr viele Schwierigkeiten der Wohnungsreform im Innern der großen Städte sprechen für eine Wohnungsreform, die die Entfernung von Arbeitsstätte und Wohnstätte so stark steigert, daß ein zweimaliger Weg von Wohnung zur Fabrik und zurück nicht angängig ist. Aber man muß im Auge behalten, daß der Vorteil

der ungefeilten Arbeitszeit in weit höherem Maße und zahlenmäßig allein feststellbar den Unternehmern zugute kommt; daß es deshalb durchaus falsch wäre, den Unternehmern ein so kostbares Geschenk zu all den reichen Vorteilen, die ihnen die Kriegszeit geschaffen hat, in den Schoß zu werfen.

Sollte der englische Arbeitstag eingeführt werden, dann soll gleichzeitig die Verkürzung der Arbeitszeit auf acht Stunden verlangt werden. Das neue Eidgenössische Fabrikgesetz bietet in seinem Artikel 42 ein Muster für eine derartige gesetzliche Regelung. Es heißt dort:

Um die Mitte des Tages ist eine nach Ortsgebrauch sich richtende Mittagspause von wenigstens einer Stunde festzusetzen, es sei denn, daß...

b. die Arbeit nicht länger als neun Stunden dauert und durch eine wenigstens halbstündige Pause unterbrochen wird.

Bei der auf das höchste gesteigerten Intensität der Arbeitsleistung in der deutschen Industrie während der Kriegszeit würde es sich empfehlen, in einem deutschen Gesetz, das die Möglichkeit der Einführung der pausenlosen Arbeitszeit feststellt, die achtstündige Arbeitszeit zu verlangen!

Die Arbeiter werden, wenn sie die sozialpolitische Bilanz des Krieges ziehen, eine außerordentlich starke Unterbilanz in der Kriegszeit feststellen haben. Die Unternehmer werden durch keine Kriegsgewinnsteuer erfaßte Vorteile in einer auf äußerste gesteigerten Produktivität der Arbeit zu buchen haben. Hier gilt es einen Ausgleich zu schaffen. Mancherlei sozialpolitische Forderungen sollten und werden wohl nach dem Kriege mit großer Kraft erhoben werden. Wenn auch sehr viele Gründe, meiner Meinung nach sehr triftige Gründe gegen die Einführung der englischen Arbeitszeit sprechen, so soll man nicht verkennen, daß auch sehr starke Interessen für die englische Arbeitszeit von Arbeitern ins Feld geführt werden. Eine Bestimmung, wie sie das schweizerische Fabrikgesetz eingeführt hat, würde den Wünschen der Arbeiter und Arbeiterinnen, die auf die Einführung der englischen Arbeitszeit sehr viel Wert legen, entsprechen und würde mancherlei schwere Schädigungen ausschalten. Natürlich müßte auch das Verbot der Überstunden für alle diejenigen, die in der englischen Arbeitszeit beschäftigt sind, ausgesprochen werden.

Entwicklungstendenzen in der Jugendbewegung der Internationale.

Von Karl Heinz (Wien).

»Die proletarische Jugendbewegung ist der Exponent, der Gradmesser der proletarischen Gesamtbewegung.« Dieses Wort des Genossen Karl Korn hat sich in der Kriegszeit als völlig wahr erwiesen. Die Stürme innerhalb der Arbeiterbewegung jedes einzelnen Landes, innerhalb der Internationale haben in der Jugendbewegung jedes einzelnen Landes, in der Jugendinternationale ähnliche Erscheinungen ausgelöst.

Das Internationale Sozialistische Jugendsekretariat, dessen Sekretär bis Kriegsbeginn Genosse Danneberg (Wien) war, ist, als sich jede Verbindung mit den kriegführenden Ländern als unmöglich erwies, im gegenseitigen Einvernehmen nach Zürich verlegt worden. Der Obmann der Schweizer Jugendbewegung, Genosse Wilhelm Münzenberg, leitet es seither. Diese neue Leitung hat sich redlich bemüht, die internationalen Beziehungen aufrechtzuerhalten, doch ist ihr dies nur teilweise gelungen. Infolge dieser mangelhaften Verbindung ist es nicht möglich, ein völlig abschließendes Bild vom Wirken der neuen Jugendinternationale zu geben. Aus ihrer Zeitschrift »Jugend-Internationale« und verschiedenen Manifesten geht jedoch klar hervor, daß sie sich nicht in den alten Bahnen bewegt, daß sie eine wesentlich radikalere Tendenz hat. Ebenso wie die zweite Internationale des

Proletariats im Gegensatz zur ersten bestrebt war, die nationale Individualität der Arbeiterbewegung jedes einzelnen Landes möglichst unangefastet zu lassen, ebenso war das frühere Jugendsekretariat bestrebt, der Jugendbewegung eines jeden Landes ihre aus den besonderen Bedingungen erwachsene Eigenart zu belassen. Leitender Gesichtspunkt war, daß die Jugendorganisation eines jeden Landes eine Vorschule der Arbeiterbewegung sein soll. Der letzte Bericht¹ des alten Sekretariats führt bezeichnenderweise den Titel: »Die Rekrutenschulen der internationalen Sozialdemokratie.« Nach dieser Auffassung hatte die Jugendbewegung auf die Haltung der Partei in aktuellen Fragen keinen Einfluß zu nehmen, sich lediglich mit der Erziehung der proletarischen Jugend — »am besten in eigenen Organisationen«, wie es in den Leitsätzen der ersten internationalen Jugendkonferenz zu Stuttgart heißt — zu befassen, ohne einen selbständigen Kampf der Jugend in den für sie brennenden Fragen des Jugendschutzes, der Gewerbeschulreform usw. abzulehnen. Doch soll auch dieser Kampf immer in engster Anlehnung und im Einvernehmen mit den Kämpfen der Partei auf parlamentarischem Boden geführt werden.

Die neue Leitung des Internationalen Jugendsekretariats (Zürich) will der Angehörigkeit zur Jugendinternationale andere Grenzen ziehen. Der frühere Hauptgesichtspunkt: »die Erfüllung der Proletarierjugend mit sozialistischem Geiste« bleibt natürlich unverändert, darüber hinaus fordert aber die neue Leitung die angeschlossenen Organisationen auf, zum Parteistreit Stellung zu nehmen, auf die offizielle Haltung der Partei Einfluß auszuüben, mit der Partei zu brechen, wenn sie ihre internationalen Pflichten verleugnet. Die Jugendbewegung soll sogar selbständige politische Massenaktionen durchführen, denen überhaupt gegenüber der parlamentarischen Aktion größeres Gewicht beigelegt wird. Besonders starke Betonung findet auch der Antimilitarismus. Die Ablehnung der Landesverteidigung ist einer der wesentlichsten Programmpunkte.

Welcher dieser Richtungen die Zukunft gehört, ob überhaupt eine Jugendbewegung in allen Ländern auf der neuen Grundlage möglich wäre, ist durchaus fraglich. In den meisten neutralen Ländern herrscht zweifellos derzeit die radikale Tendenz vor. Von den Jugendorganisationen der kriegführenden Länder hat sich jedoch nur die italienische völlig auf den Boden der neuen Jugendinternationale gestellt. In Deutschland stehen nur einzelne oppositionelle Jugendgruppen auf dem neuen Boden, die Zentralstelle hat jede Gemeinschaft mit der neuen Jugendinternationale »scharf zurückgewiesen«. Der »Verband der jugendlichen Arbeiter Österreichs« hat erklärt, daß eine Beschlussfassung erst bei Wiedereintritt normaler Verhältnisse möglich sei, sich aber jüngst, wie noch gezeigt werden soll, entschieden gegen die neue Richtung ausgesprochen. Das Züricher Jugendsekretariat hat darauf dem »Verband der jugendlichen Arbeiter Österreichs« wörtlich erklärt: »Wir sind ganz eurer Meinung, erst nach dem Kriege kann darüber entschieden werden.« Demnach ist die Frage zurzeit als völlig ungelöst zu betrachten.

Für die Stellung der einzelnen Jugendorganisationen zu diesen Fragen sind neben ihrer Alterszusammensetzung, die in den einzelnen Ländern sehr verschieden ist, vor allem das Verhältnis zur Parteiorganisation und die gesetzlichen Bestimmungen maßgebend. Es hat sich in der Jugendinternationale schon einige Male gezeigt, daß die Stellung der Jugendorganisation um so bedingter wird, je mehr sie von der Partei unterstützt wird. Hierfür bietet neben Deutschland vor allem Holland einen Beweis. Der »Bund junger Arbeiter und Arbeiterinnen« wurde 1901 eher gegen als im Einverständnis mit dem dortigen Parteivorstand als selbständige Organisation gegründet, die neben der Erziehung der Jugend zum Klassenbewußtsein auch den Kampf um die Verbesserung der Lage der Arbeiterjugend im Programm hatte. Der Parteivorstand hielt jedoch Jugendsektionen der Parteiorganisa-

¹ Robert Danneberg, Die Rekrutenschulen der internationalen Sozialdemokratie. Die sozialistische und die bürgerliche Jugendbewegung in den Jahren 1910 bis 1913. Wien 1914, Volksbuchhandlung Ignaz Brand & Co.

tionen für zweckmäßiger und war vor allem dagegen, daß die Jugendorganisation auch nur im beschränkten Sinne Kampforganisation sei. Trotz anfänglicher Erfolge der selbständigen Organisation konnte diese infolge der mangelnden Unterstützung durch die Parteibewegung nicht dauernd auf der Höhe bleiben, sondern wurde von der vom Parteivorstand gegründeten Jugendbewegung, die nach deutschem Muster eingerichtet wurde, weit überflügelt. Ähnlich liegen die Dinge in Italien, wo die ehemals vorherrschende syndikalistische Jugendbewegung stark zurückgegangen ist, während die seit dem Siege des revolutionären Flügels der Partei auf dem Parteitag von 1912 im engsten Zusammenhang mit dem derzeitigen Parteivorstand arbeitende radikale Jugendbewegung große Fortschritte aufzuweisen hat.

Die Stellung der deutschen Jugendbewegung ist neben dem engen Verhältnis zur Partei stark durch die gesetzlichen Beschränkungen beeinflusst. Das 1908 in Kraft getretene Reichsvereinsgesetz bewirkte, daß der Nürnberger Parteitag das heute noch herrschende Jugendausschußsystem einrichtete:

In den einzelnen Orten sind besondere Kommissionen zu bilden. Die Kommissionen werden aus Vertretern der örtlichen Parteiorganisationen und der Gewerkschaftskartelle unter Hinzuziehung von Vertrauenspersonen der jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen zusammengesetzt. Der Kommission soll mindestens eine Genossin angehören.

Der Parteitag kam mit diesem Beschluß den Wünschen der Gewerkschaftsbewegung entgegen. Der Hamburger Gewerkschaftskongreß hatte eine Resolution angenommen, derzufolge »die Bildung besonderer Jugendorganisationen nicht erforderlich sei, vielmehr werden die Gewerkschaften in besonderen Veranstaltungen die Erziehung der Jugend fördern«. Haase sprach auf dem Nürnberger Parteitag als Berichterstatter trotzdem für das Recht der Jugend auf selbständige Organisationen. Der das Jugendausschußsystem begründenden Resolution wurde eine Erklärung beigefügt, wonach »der Befähigung von lokalen Jugendorganisationen unpolitischen Charakters, die unter Mitbestimmung Erwachsener ihre Verwaltung selbst führen, nichts im Wege steht«. Dennoch wurde infolge der weitgehenden Unterstützung durch die Parteiorganisationen das Ausschußsystem das herrschende. Leitender Gesichtspunkt ist bei diesem die pädagogische Einflussnahme. Es ist nicht zu leugnen, daß es die Bewegung auf diesem Gebiet recht weit gebracht hat. Es kann ihr aber Einseitigkeit nicht abgesprochen werden. Sie nähert sich immer mehr der Jugendpflege bürgerlichen Charakters. Die »Arbeiter-Jugend« war lange Zeit ausgezeichnet geleitet, ließ aber bei Kriegsausbruch merklich nach, propagierte die Verteidigungs-ideologie. Der Gegenstoß war unvermeidlich. In vielen Städten entstanden oppositionelle Bewegungen unter der Jugend. Die »Zentralstelle der arbeitenden Jugend Deutschlands« arbeitet im alten Sinne weiter, wie folgende Entschliessung der Jugendbezirksleiterkonferenz vom 24. Juni dieses Jahres zeigt:

Die Jugendbewegung ist in erster Linie eine erzieherische Notwendigkeit der organisierten Arbeiter zugunsten ihres schulenklassenen Nachwuchses, nicht eine Kampforganisation mit parteipolitischen Zielen. Alle für die Jugendbewegung tätigen Arbeiter und Arbeiterinnen haben deshalb die Pflicht, sich mit den erzieherischen Voraussetzungen für eine gewissenhafte und sachkundige Erfüllung ihrer Aufgaben vertraut zu machen.

Die örtliche Leitung der Jugendbewegung liegt einem aus Vertretern der Jugend und der Partei- und Gewerkschaftsorganisationen bestehenden Jugendausschuß ob, dessen Finanzierung wie bisher durch die örtlichen Partei- und Gewerkschaftsorganisationen erfolgt.

Zu den Aufgaben der Jugendausschüsse gehören: 1. Planmäßige Darbietungen allgemein-bildender sowie künstlerisch-geselliger Veranstaltungen jeder Art; Einrichtung von Jugendbibliotheken. 2. Planmäßige Förderung der körperlichen Entwicklung der Jugend durch Wanderungen, Spiele im Freien sowie regelmäßige sportliche Veranstaltungen und körperliche Übungen, zu welchem Zwecke besondere Abmachungen mit den örtlichen Sportkartellen zu treffen sind. 3. Errichtung

und Leitung von Jugendheimen. 4. Aufklärung der Jugend über die Jugendschußbestimmungen und im Einklang mit den Gewerkschaftskartellen Schaffung besonderer Jugendschußkommissionen und sonstiger dem wirtschaftlichen Schutze der Jugend dienender Einrichtungen.

Diese von den Jugendausschüssen getroffenen Veranstaltungen und Einrichtungen sollen für die Abonnementen der »Arbeiter-Jugend« und die Mitglieder der Jugendorganisationen der Gewerkschaften gemeinsam sein, wie überhaupt ein enges organisatorisches Zusammenarbeiten der Jugendausschüsse mit den Jugendsektionen anzustreben ist. Die fachliche Ausbildung der Jugend durch Fachvorträge und Lieferung des Fachorgans bleibt Sache der gewerkschaftlichen Jugendsektionen.

Damit setzte die Zentralfstelle ihren Bestrebungen die Krone auf. Bisher war es selbstverständlich, daß Zweck und Ziel der Jugendorganisation Erziehung zum Sozialismus sei. So stand in der Nürnberger Resolution obenan der Satz: »Der Parteitag verpflichtet die Organisationen, dafür zu sorgen, daß die Arbeiterjugend im Sinne der proletarischen Weltanschauung erzogen wird.« Davon ist in der letzten Entschliebung der Jugendbezirksleiterkonferenz nicht mehr die Rede, dort tritt die Pflege der Geselligkeit und der körperlichen Ausbildung in den Vordergrund.

Eine Mittelstellung zwischen diesen scharfen Gegensätzen des Berliner und des Schweizer Systems der Jugendbewegung nimmt der »Verband der jugendlichen Arbeiter Österreichs« ein. Die österreichische Jugendbewegung hat volle organisatorische Selbständigkeit. Die hieraus sich vielleicht ergebenden Nachteile sollen durch Bildungsbeiräte behoben werden; leider konnte diese Organisation infolge der besonderen Schwierigkeiten der Kriegszeit nur teilweise und mangelhaft durchgeführt werden. Diese Bildungsbeiräte sind pädagogisch geschulte oder pädagogisch befähigte Genossen, meist Studenten, die die Bildungsarbeit der Jugendlichen im Eidernehmen mit den örtlichen Ausschüssen der Jugendlichen leiten. Bei dieser Form ist sowohl das tätige Interesse der Jugendlichen an der Organisation und damit die Möglichkeit organisatorischer Schulung gewahrt wie auch der pädagogische Einfluß gesichert. Das durchaus strittige Problem der Redigierung einer sozialistischen Jugendzeitschrift hat beim österreichischen »Jugendlichen Arbeiter« in der Ausgabe von Spezialnummern über einzelne Fragen wie etwa Gewerkschaftswesen, Alkoholfrage usw. eine ganz eigenartige, jedenfalls nicht unsympathische Lösung gefunden. Die Haltung der Zeitschrift in der Kriegszeit ist zweifellos einwandfrei. Der »Jugendliche Arbeiter« hat sich im Gegensatz zur »Arbeiter-Jugend« nicht gescheut, die durch den Krieg aufgeworfenen Probleme anzuschneiden. Nur in den ersten Kriegsnummern sind ganz schwache Ansätze der Verteidigungsideologie zu finden, die aber später ganz verschwinden. Die Stellung des Blattes ist durch die Zensur sehr erschwert. Der Verband hat infolge seiner regen Bildungstätigkeit, insbesondere aber infolge seines Kampfes gegen die militärische Jugendziehung bereits mehrere behördliche Verwarnungen und Auflösungsdrohungen erhalten. Obwohl so die Haltung des österreichischen Jugendverbandes eine gute genannt werden kann, hat die Eigenart der österreichischen, besonders der Wiener Parteiverhältnisse den Parteistreik in die Jugendbewegung gebracht. Der mit der offiziellen Parteipolitik nicht einverständene Teil der Wiener Arbeiterschaft hat keine Möglichkeit, seine Meinung zu äußern, kann auf die Haltung der Partei und ihrer Presse keinerlei Einfluß ausüben. Infolgedessen haben auch jene Jugendlichen, die bereits Mitglieder der Partei sind, keine Gelegenheit, ihre Anschauung über Parteifragen innerhalb der Parteiorganisation zum Ausdruck zu bringen. Die Folge davon war, daß ein Teil dieser Jugendlichen durch die Jugendbewegung auf die Haltung der Partei Einfluß ausüben wollte und ein aktives Eingreifen der Jugendorganisation in den Parteistreik verlangte. Diese Mitglieder drängten auch darauf, daß der Verband völlig im Sinne der neuen Jugendinternationale tätig sei, was direkte politische Betätigung bedeutet hätte. Der Verbandsvorstand der Jugend-

organisation lehnte dieses Verlangen ab. Dieser Widerstreit, der das ganze alte System der Jugendbewegung in Frage stellte, führte schließlich dazu, daß der Verbandsvorstand für den 12. August dieses Jahres eine Reichskonferenz der Kreis- und Landesvertrauensmänner der Jugendorganisation nach Wien einberief. Dort wurde ein Antrag, der die tätige Anteilnahme der Jugendbewegung am Wiederaufbau der Internationale und die Ablehnung der Landesverteidigung forderte, also eine Festlegung der Bewegung im Sinne der Züricher Internationale bedeutete hätte, gegen die Stimmen der Wiener Opposition abgelehnt. Gegen eine Stimme fand dann eine Resolution Annahme, deren wesentlicher Teil lautet:

Wirksame sozialistische Aufklärungsarbeit ist nicht möglich, ohne die jüngste Geschichte und die weltbewegenden Ereignisse der Gegenwart zu erörtern. Es ist weder möglich noch notwendig, die Meinungsverschiedenheiten der Partei vor der Arbeiterjugend geheimzuhalten. Wenn Mitglieder der Jugendorganisation über diese Fragen Aufklärung fordern, so soll der Leiter der Bildungsarbeit ihnen diese nach bestem Wissen erteilen, sich aber dabei größter Objektivität befleißigen. Er muß sich dabei der Pflicht bewußt sein, die Jugendlichen vor Oberflächlichkeit und Voreingenommenheit zu bewahren, und ihnen klarmachen, wie schwierig es ist, zum Verständnis einer so komplizierten Erscheinung wie der Parteikonflikt zu gelangen. Die Verkennerung dieser Aufgabe führt nur zu leicht dazu, die Jugendbewegung in den inneren Kampf der Arbeiterbewegung zu verwickeln und sie der eigentlichen Aufgabe zu entfremden. Wird die Jugendorganisation zu einer Stätte, auf der sich ein Stück des Parteistreits abspielt, so wird die Jugendbewegung geschädigt und die Arbeiterjugend, statt mit Erkenntnis und Begeisterung befeelt zu werden, allzu leicht abgestoßen und ihrer Klassenbewegung entfremdet. Auch die am meisten sorgeschrittenen Mitglieder — ja gerade diese — müssen sich dessen stets bewußt bleiben, daß die Jugendbewegung kein Ersatz für die Partebewegung sein kann und deren Aufgaben nicht zu erfüllen vermag. Dagegen sollen die älteren Jugendlichen als Parteimitglieder innerhalb der Parteiorganisationen auf die Möglichkeit freier Diskussion dringen und gemäß ihrer Überzeugung Einfluß auf die Haltung der Partei nehmen.

Für die selbständige Haltung der österreichischen Jugendbewegung gegenüber dem Parteivorstand spricht auch folgender, von der Konferenz einstimmig angenommener Antrag:

Die Reichskonferenz beauftragt den Verbandsvorstand, auf dem Parteitag zu verlangen, daß innerhalb der Parteiorganisationen Gelegenheit zur Diskussion der strittigen Fragen der Theorie und Praxis des proletarischen Klassenkampfes geschaffen werde. Tut dies die Partei nicht, so gefährdet sie selbst die Jugendorganisation.

Der Beschluß der Reichskonferenz des »Verbandes der jugendlichen Arbeiter Österreichs«, der als dessen offizielle Meinung über die neu aufgeworfene Frage des Wesens der Jugendorganisation gelten kann, sagt zweierlei sehr deutlich: Um ihrer Aufgabe, der Erziehung der proletarischen Jugend zum Klassenbewußtsein, gerecht werden zu können, bedarf die Jugendorganisation des Rechtes, ihre Mitglieder auch in die strittigen Fragen des proletarischen Klassenkampfes einweihen zu können, sie lehnt es aber ab, als Jugendbewegung auf die Haltung der Partei Einfluß auszuüben oder selbständige politische Aktionen durchzuführen. Politisches Wissen sollen die Jugendlichen wohl in der Jugendbewegung erwerben, politische Betätigung aber außerhalb derselben, in der Parteiorganisation vollbringen.

Wer diese Vorgänge in der Jugendinternationale als bedeutungslose Quertreibereien jugendlicher Heißsporne abtun möchte, wird ihrer wirklichen Bedeutung nicht gerecht. Sie sind vielmehr der ungestüme Ausdruck des Willens der zum Klassenbewußtsein erwachten Proletarierjugend, ihren Teil zum ehebaldigsten Wiederaufbau der Internationale des Proletariats beizutragen. So betrachtet, zeigen diese Vorgänge in der Jugendinternationale nicht nur, wie lebendig der Wille

zur Wiederherstellung der Aktionsfähigkeit der Internationale in den breiten Massen ist, sondern auch die Schwierigkeiten, die infolge der Verschiedenheiten der nationalen Bewegungen ihrem Wiederaufbau entgegenstehen. Sie sind nichts anderes als ein lehrreiches Teilproblem des Wiederaufbaues der Internationale.

Literarische Rundschau.

Franz Heiderich, *Die Donau als Verkehrsstraße*. Mit 2 Karten. Wien und Leipzig 1916, Verlag Franz Deuticke. 55 Seiten.

Abhandlungen über Binnenschifffahrt sind jetzt Mode geworden, und die Kanalprojekte, die allenthalben auftauchen, sind zahlreicher denn der Sand am Meer. Jedes Interessengruppchen hat sein Spezialprojekt, jeder Kleinstaatsfürst, jedes Quodestum wünscht seinen Landesbach zu einer Weltschifffahrtsstraße erweitert oder wenigstens an eine solche angeschlossen zu sehen. Und es gibt viele Leute, die am bloßen Projektieren sich ein ganz nahrhaftes Süppchen zu kochen verstehen. Es ist unglaublich, mit welcher Ahnungslosigkeit den natürlichen und technischen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten gegenüber, mit welcher rosenrotem Optimismus Pläne ausgeheckt, Denkschriften ausgearbeitet und Beschlüsse gefaßt werden. Immerhin ist die vorliegende Abhandlung eine Oase in der Wüste der Duzendwaren. Heiderich, der bekannte Wiener Geograph, versucht, eine Reihe von Fragen, die die Donauschifffahrt betreffen, unter leitenden geographischen Gesichtspunkten zusammenzufassen und darüber hinaus einige Anregungen zu bringen, die sich vielleicht bei den künftigen Friedensverhandlungen zur Berücksichtigung empfehlen. Mit den Anregungen ist Heiderich glücklicherweise sehr sparsam umgegangen, und das geographische Taffachenmaterial ist sehr gut ausgewählt und zusammengestellt. Im vergangenen Jahre habe ich in einem Aufsatz »Der Donauweg. Geographische Bedenken zu politischen Illusionen« (Neue Zeit, 34. Jahrgang, 1. Band, Nr. 20) mich mit dem Problem des Donauschiffahrt als Verkehrssystem kritisch auseinandergesetzt und die Entwicklung der Donau zu einer Welt handelsstraße als gefährliche Illusion bezeichnet. Die Abhandlung Heiderichs bestätigt meine Ansicht ungewollt. Es ist ein wertvolles Zahlen- und Taffachenmaterial, das er bringt, aber wenn er schließlich auf Grund dessen dem Donauweg ein günstiges Prognostikon stellt und sich ein volles Maß wirtschaftlicher Vorteile davon verspricht, so muß er doch zugeben, daß ein derartiger Aufschwung nicht in der Natur der Sache begründet ist, sondern in den durch den Krieg geschaffenen anormalen Verhältnissen. Weil infolge des Krieges die Seefrachten ins Ungeheure gestiegen sind, weil infolge des Krieges der Schiffsraum der Seehandelsflotte beträchtlich verringert worden ist, weil die Eisenbahntarife nach dem Kriege sehr stark hinaufgeschraubt werden, um die Staatsschulden decken zu helfen, weil die von dem Kriege hart mitgenommenen Gebiete in Südosteuropa an das Donausystem angeschlossen sind und seiner zu ihrem Wiederaufbau bedürfen — aus allen diesen und ähnlichen Gründen wird die Donauschifffahrt einen ungeheuren Aufschwung nehmen. Herr Lensch mag daraufhin einmal seinen Triumphartikel über die »freie Donau« revidieren. Auf einen Krieg und seine möglichen Folgeerscheinungen und seine unsicheren Konstellationen ein neues Weltverkehrssystem gründen, das heißt auf Flußsand bauen. Es soll damit gar nicht geleugnet werden, daß der Ausbau der Donauwasserstraße und ihr Anschluß an die übrigen Flußsysteme Europas eine dringende ökonomische Notwendigkeit ist und daß bisher alle derartigen Notwendigkeiten im Interesse ganz bestimmter Klassen und Cliquen ganz sträflich vernachlässigt und in der Ausführung verzögert worden sind. Aber Heiderich hat recht. Die Flasse sind kein internationales Gut, sie gehören den Uferstaaten. Weltpolitische Werkzeuge sind sie nicht.

Gg. Engelbert Graf.

Die Neue Zeit

Wochenschrift der Deutschen Sozialdemokratie

2. Band Nr. 25

Ausgegeben am 21. September 1917

35. Jahrgang

Nachdruck der Artikel nur mit Quellenangabe gestattet

Das Elsaß in der Geschichte.

Von R. Kautsky.

1. Das Elsaß im frühen Mittelalter.

Serbien und Belgien sind die Tore, durch die der Weltkrieg von Ost und West seinen Einzug nahm. Elsaß-Lothringen bildet nicht nur geographisch das Zentrum des europäischen Kriegsschauplatzes, es wird auch immer mehr der Mittelpunkt der Probleme, um die im jetzigen Kriege gestritten wird. Die imperialistischen Probleme der Bagdadbahn, Marokkos, des Kongo, Chinas erzeugten wohl die Gegensätze und Rüstungen, die die letzte Wurzel des Krieges bildeten, aber sie waren nicht seine Veranlassungen und werden in seinem Verlauf immer mehr zurückgedrängt durch Probleme, die in dem Drange der Nationen nach Selbstbestimmung ihre letzte Wurzel haben.

Unser Zeitalter wird eben beherrscht nicht nur von den Bedürfnissen der Kapitalistenklasse, sondern auch von denen des Proletariats. Es ist nicht bloß das Zeitalter des Imperialismus, sondern auch das der Demokratie. Und bildet der Imperialismus nur eine besondere Phase des Kapitalismus, nur eine der Formen, unter denen das Kapital Erhöhung seines Profits sucht, so ist der Drang nach Demokratie eine dauernde und notwendige Folge des Wachstums der arbeitenden Klassen an Kraft und Intelligenz und damit an Bedeutung im Staate.

Die moderne Gesellschaft und ihre Erscheinungen sind nicht zu verstehen, wenn man nur die eine Seite in Betracht zieht und nicht auch die andere, nur das Kapital und nicht auch die Arbeit; nur den Imperialismus und nicht auch die Demokratie; wenn man die Gegenwart nur von jenem erfüllt sieht und dieser bloß die revolutionäre Zukunft zuweist.

Im Laufe des Krieges schwindet immer mehr jener Kraftüberschuß der Staaten, der zur Durchsetzung einer imperialistischen Politik erheischt ist, schwindet immer mehr das Interesse für eine solche Politik auch in den Kreisen der besitzenden und herrschenden Klassen, soweit sie Verständnis für das ökonomische Leben besitzen und am Produktionsprozeß teilnehmen, nicht bloß als unwissende Schmarotzer an ihm saugen.

Auf der anderen Seite verschärft der Krieg die Klassengegensätze, nachdem er sie vorübergehend in der Ara des Burgfriedens eingelullt hat, er verstärkt damit den Drang nach Demokratie und fördert in der inneren Politik Umwälzungen in demokratischem Sinne.

Diesem Entwicklungsgang entspricht es, wenn unter den Kriegsproblemen die der Selbstbestimmung der Nationen die Oberhand gewinnen über die des Imperialismus. Die Schwierigkeiten des Friedensschlusses liegen heute nicht in Mesopotamien, nicht in Marokko oder am Kongo, sondern in Serbien und Belgien, in Polen und Elsaß-Lothringen.

Das Elsaß ist stets ein vielumstrittenes Gebiet gewesen. Als solches erscheint es schon bei seinem frühesten Auftreten in der Geschichte.

Die ersten Nachrichten über das Elsaß gibt uns Cäsar. Germanische Stämme unter Ariovist waren über den Rhein gegangen und hatten das Elsaß erobert, das von keltischen Galliern bewohnt wurde. Diese gefährliche Nachbarschaft wollten die Römer nicht dulden. Cäsar bekriegte Ariovist, schlug ihn (58 v. u. Z.) und jagte die Germanen über den Rhein. Die Kelten im Elsaß waren die germanische Fremdherrschaft losgeworden, aber nur, um dafür die römische einzutauschen. Mit dem übrigen Gallien wurde auch das Elsaß römischer Besitz und völlig romanisiert. Als römisches Lager entstand damals Argentoratum, das spätere Straßburg.

Bis ins vierte Jahrhundert behaupteten sich die Römer im Elsaß. Aber schließlich mußten sie auch dort vor dem furchtbaren Ansturm der germanischen Stämme weichen, die in der Zeit der Völkerwanderung das römische Reich überfluteten. Das Elsaß wurde von dem Stamm der Alemannen, den späteren Schwaben, besetzt, die sich um den südlichen Rhein herum niederließen, in den Gegenden des heutigen Baden und Württemberg, in Westbayern bis zum Lech, der Nordschweiz, dem Elsaß.

Noch gab es keine Nation der Deutschen. Wo verschiedene germanische Stämme in einem Gemeinwesen vereinigt wurden, geschah es unter der Oberherrschaft eines von diesen. Als der stärkste unter ihnen erwies sich schließlich der Stamm der Franken, nicht zum wenigsten deshalb, weil er sich mit der römischen Kirche am besten zu stellen wußte. Die Kirche war damals die stärkste Organisation im Staat, sein bestes Bindemittel geworden. Das hatte zuerst Konstantin herausgefunden und durch sie gesiegt. Mit ihrer Hilfe gewannen die Franken, die sich zuerst zu beiden Seiten des nördlichen Rheins niedergelassen hatten, das ganze Gallien, das heutige Frankreich. Sie siegten auch über die deutschen Stämme in Deutschland und Norditalien, die Alemannen, Burgunder, Bajuwaren, Langobarden und schließlich die Sachsen.

Bei diesem Eroberungsprozeß ging die alte Volksfreiheit verloren, die bei den Germanen wie bei allen primitiven Völkern bestanden hatte. In den ewigen Kriegen bildete sich ein grundbesitzender Kriegsadel, das Volksherzogtum wurde zur Feudalmonarchie. Die königliche Macht wurde unabhängig von der Volksmasse der Bauern, die immer mehr in Unfreiheit versanken, aber abhängig von den großen Grundbesitzern, gegen deren Macht sie sich nur durch Anlehnung an die Kirche behauptete, was aber wieder Abhängigkeit von dieser mit sich brachte.

Die Könige des Frankenreichs und die Leiter der römischen Kirche, die Päpste förderten sich gegenseitig. Schließlich ernannte der römische Papst den König der Franken, Karl, zum römischen Kaiser, zum Nachfolger der Cäsa- ren (im Jahre 800).

Die Reiche im Zustand der Feudalität haben keinen festen Zusammenhang, ihre Teile werden gern unbotmäßig gegen die Zentralgewalt, sie zerfallen leicht und ihre Grenzen sind stetem Wandel unterworfen. Die Bedürfnisse der Völker spielen dabei keine Rolle, sondern nur die wechselnden Machtverhältnisse zwischen den Monarchen, den großen Feudalherren und der Kirche.

Das Frankenreich, das unter Karl dem Großen im Anfang des neunten Jahrhunderts seine größte Ausdehnung erreicht hatte, zerfiel bereits unter

seinen Nachkommen. An seine Stelle trafen zwei große Länderkomplexe, das ostfränkische und das westfränkische Reich, die bald anfangen, sich sprachlich zu unterscheiden. Keiner war ein Nationalstaat, diesen Begriff kannte man damals noch nicht. Aber das östliche Reich umfaßte vorwiegend Gebiete, in denen nur Germanen wohnten oder in denen, soweit sie ehemals zum römischen Reiche gehört hatten, die lateinisch sprechende Bevölkerung nur dünn gesät und ohne Bedeutung war. Hier erhielten sich die deutschen Dialekte, darunter auch der fränkische.

Ganz anders im westfränkischen Reich. Dort hatte sich das Römertum als selbständige politische Macht gegenüber den Germanen am längsten erhalten. Länger als in Rom. Den letzten Rest des westlichen Römerreiches bildete das Reich des römischen Statthalters Syagrius, das das heutige Nordfrankreich umfaßte, mit Parisii, dem heutigen Paris als Mittelpunkt. Es wurde 486 von den Franken erobert. Dort war die lateinisch sprechende Bevölkerung noch sehr zahlreich, sie wies reiche und gebildete Mitglieder auf, deren Kultur den herrschenden Klassen des Frankenreiches sehr imponierte. Dort ging der Gebrauch der fränkischen Sprache immer mehr zurück, die vorgefundenen Dialekte des Lateinischen erwiesen sich als die stärkeren und entwickelten sich zur Volkssprache auch der fränkischen Eroberer, die ihr nun ihren Namen gaben, den der fränkischen oder französischen Sprache. Im Unterschied von dieser nannten die östlich von ihnen wohnenden germanischen Stämme ihre Sprache nun die »deutsche«, das heißt die »Volkssprache« (diot, Volk).

Von da an, seit dem neunten Jahrhundert, schieden sich Franzosen und Deutsche. Dieser Prozeß vollzog sich aber langsam und nicht überall gleichmäßig, und zwischen beiden Sprachgemeinschaften war die Grenze keineswegs feststehend und scharf, sondern oft sehr unbestimmt, wechselnd, von zahlreichen Elementen erfüllt, die beide Sprachen erlernten und je nach den Verhältnissen der einen oder anderen Sprachgemeinschaft zugewiesen werden konnten. Das Zwischengebiet zwischen den Landen der Deutschen und denen der Franzosen schob sich langsam von West nach Ost vor. Die französische Sprache bemächtigte sich allmählich Burgunds und Lothringens und drang schließlich bis an die Grenzen des Elsaß vor.

Frühzeitig zeigte sich aber auch schon die Tendenz, auf diesem Gebiet politisch ein Zwischenreich oder eine Reihe von Zwischenreichen zwischen dem französischen und dem deutschen zu bilden.

Im Jahre 843 wurde das fränkische Reich in drei Teile geteilt, einen östlichen, einen westlichen und einen mittleren, das Reich Lothars, Lotharingen, das außer dem nördlichen Italien und südöstlichen Frankreich auch Burgund, das Elsaß, das spätere Lothringen, den größten Teil der heutigen Rheinprovinz und der Niederlande umfaßte. Allerdings zerfiel dieses Reich bald, und sein nördlicher Teil, damit auch Elsaß und Lothringen, fielen dem Reiche der Deutschen zu, das bald solche Kraft erlangte, daß es die römische Kaiserkrone für sich gewann und so das »Römische Reich Deutscher Nation« begründete (962).

Aber auch dieses war nichts weniger als ein Nationalstaat. Sein Name besagte bloß, daß die Deutschen die Beherrscher des Staates stellten. Er umfaßte zahlreiche nichtdeutsche Elemente, und die Deutschen selbst waren noch entfernt davon, sich als einheitliche Nation zu fühlen. Noch standen sich die

Stämme gefondert gegenüber, und das Reich wurde zusammengehalten durch die Vorherrschaft des kräftigsten der Stämme oder vielmehr seines Kriegsadels über die anderen. Es waren zunächst sächsische Stammesherzöge, die das Römische Reich Deutscher Nation beherrschten. Seinen höchsten Glanz in jener Periode erlangte es aber unter der Vorherrschaft der Schwaben, der Hohenstaufen (1138 bis 1254). Da zeigte sich's aber auch am deutlichsten, wie wenig das Deutsche Reich ein Nationalstaat war. Die Kaiserwürde erschien damals eng verknüpft mit dem Besitz Italiens. Die Ausplünderung des reichen Italiens war der Hauptzweck der zahllosen Römerzüge der deutschen Kaiser. Vom Besitz Norditaliens ausgehend, gelang es den Hohenstaufen, die Grenzen des Reiches immer weiter vorzuschieben, bis es endlich auch Sizilien umfaßte. Der vorletzte deutsche Kaiser aus dem Geschlecht der Hohenstaufen Friedrich II (1215 bis 1250) wurde in Sizilien erzogen und war zeitlebens mehr Sizilianer als Deutscher. Deutschland blieb ihm bloß wichtig als Lieferant von Soldaten, die die kaiserliche Macht in Italien aufrechterhielten.

Eine Zeitlang brachte die Ausbeutung und Plünderung Italiens freilich großen Reichtum nach Deutschland und vor allem in das Stammesherzogtum des Kaisers. Und so schien auch das Volk an der Macht und Größe des Reiches interessiert zu sein.

Unter den Hohenstaufen, unter denen diese Entwicklung ihren Gipfel erreichte, war Schwaben das in solcher Weise durch die kaiserliche Gewalt begünstigte Herzogtum. Zu ihm gehörte auch das Elsaß. Kein Wunder, daß es oder wenigstens der herrschende Teil seiner Bevölkerung an der Größe des Reiches und der Macht des Kaisers wärmsten Anteil nahm.

In diesem Sinne kann man sagen, daß die Elsässer niemals so deutsch-patriotisch waren wie unter den Hohenstaufen.

Dabei machte sich aber damals schon die Kenntnis der französischen Sprache und der Einfluß französischen Wesens im Elsaß bemerkbar, was nicht überraschend ist, denn es gehörte zu den Durchzugsländern, durch die Waren und Kenntnisse aus dem ökonomisch höherentwickelten Frankreich nach Deutschland strömten. Es zog den größten Teil seines Reichtums, soweit er nicht der Landwirtschaft entsproß, aus dieser Quelle. Straßburg wurde nicht zum wenigsten dadurch reich und mächtig, weil es die Burg war, an der sich die Straßen von Frankreich nach Deutschland über den Rhein und die von Italien nach dem Norden den Rhein abwärts kreuzten. Wie stark sich der französische Einfluß in Straßburg schon im dreizehnten Jahrhundert bemerkbar machte, dafür nur zwei Beispiele.

Der größte Dichter des Elsaß war Gottfried von Straßburg (um 1220). Von seinem Meisterwerk »Tristan und Isolde« sagt Wilhelm Scherer:

In gewissem Sinne ist Gottfrieds »Tristan« der am meisten französische Roman des deutschen Mittelalters. Nicht bloß wegen der vielen französischen Wörter und Wortbildungen, die er als rechter Elsässer einmischt, nicht bloß wegen der sonderbaren Fremdheit, mit der er seine Landsleute gelegentlich nicht als Deutsche, sondern als Allemands bezeichnet. Sondern wenn wir unter dem Französischen die vollendete äußere Durchbildung, die unafadelige Feinheit der geselligen Form, die liberale Lebensanschauung, die lässige Beurteilung sittlicher Dinge — kurz, was ein Franzose sehr klangvoll »die lebendige Profestation gegen Pedantismus, Dogmatismus und Rigorismus« nannte — verstehen: so ist der »Tristan« das am meisten

französische Buch der älteren deutschen Literatur. (Ottokar Lorenz und Wilhelm Scherer, Die Geschichte des Elsaßes, 3. Auflage, Berlin 1886, X und 574 Seiten, S. 49.)

Ist der »Tristan« das literarische, so ist der Straßburger Münster das architektonische Meisterwerk des Elsaß und Erwin, genannt von Steinbach, ebenfalls ein Kind des dreizehnten Jahrhunderts, derjenige, der zu diesem Werk das Beste beigetragen.

Nun sagt uns darüber der eben zitierte Autor:

Die Gotik erscheint um 1250 zu Straßburg, Hagenuau, Weißenburg, Kolmar, Neuweiler usw. Man hat hier viel aus Frankreich direkt gelernt. Das Schiff des Straßburger Münsters hat bei Paris sein Vorbild. ... Dort (in der Abteikirche zu St. Denis) scheint der Meister des Straßburger Langschiffes seine Studien gemacht und die Erfindungen der letzten Mode gleich an den Rhein übertragen zu haben, wo sie von Straßburg auch nach Freiburg hinüberkamen. ...

Auch Erwin hatte seine Bildung in Frankreich empfangen. Er hat allem Anschein nach um 1260 an der Bauhütte von Notre Dame zu Paris, die neueste Richtung der Gotik beobachtet, welche Meister Jean de Chelles begründete. Er hat an der Stiftskirche St. Urbain zu Troyes vermutlich mit eigenen Augen gesehen, wie der geniale Jean Langlois die Steinkonstruktion an ihre letzte Grenze führte. Durch solche Anregungen war seine Leistung bedingt. Er legte die gewöhnliche französische Fassade zugrunde; aber er hat sie mit den jüngsten Fortschritten bereichert, ganz selbständig durchgebildet und sozusagen durchgeistigt.¹

Das Elsaß hat frühzeitig begonnen, französische Waren und französisches Denken nach Deutschland zu bringen. In umgekehrter Richtung war es weit weniger wirksam. Das lag zum größten Teil daran, daß bis ins neunzehnte Jahrhundert hinein Frankreich ökonomisch vorgeschrittener war als Deutschland, zum Teil aber auch daran, daß der bei Straßburg noch stark strömende Rhein ein gutes Verkehrsmittel talabwärts, nicht aber stromaufwärts darstellte. Es brachte Waren nach Mainz, Frankfurt, Köln, es empfing nichts von dort.

Bestand schon im frühen Mittelalter eine enge Beziehung des Elsaß zu Frankreich, so gestaltete sich noch enger das Verhältnis zur Schweiz. Mit ihr verband es die Gemeinsamkeit der Sprache, dies mächtigste der Verkehrsmittel. Freilich bestand dieselbe Gemeinsamkeit auch mit den übrigen Alemannen Süddeutschlands, von denen wurden die Elsässer aber ebenso wie die Schweizer durch den Rhein getrennt, dessen Oberlauf bei seiner Mächtigkeit und seinem reißenden Gefälle lange eine scharf ausgeprägte Trennungslinie bedeutete. Mit den Alemannen jenseits des Rheins war der Verkehr weit weniger innig als mit denen diesseits desselben.

¹ Lorenz und Scherer, Geschichte des Elsaßes, S. 93, 95. Wir werden uns auf das hier zitierte Werk noch öfter berufen. Seine erste Auflage erschien unter dem Eindruck der Ereignisse des Krieges von 1870, es ist dementsprechend hochpatriotisch und von hellem Jorn gegen Frankreich erfüllt, aber es bleibt doch mehr als die sonstige Professorenliteratur über diesen Gegenstand eine wissenschaftliche Untersuchung, ist nicht ein bloßes Advokatenplaidoyer. Es wagt sich den freien Blick für die Tatsachen, wenigstens bis zur großen Revolution. Da trübt sich dieser Blick allerdings gewaltig.

Das gründlichste unter den Werken von französischer Seite über die Geschichte des Elsaß bis zur französischen Revolution, die ich zu benutzen Gelegenheit hatte, ist A. Legrelles „Louis XIV. et Strasbourg, essai sur la politique de France en Alsace“, Paris 1884, Sackette, 4. Auflage, XVI und 808 Seiten.

Besonders innig wurde das Verhältniß zwischen dem Elsaß und der Schweiz, als hier wie dort die aufstrebenden Städterepubliken in Gegensatz zu dem gleichen Fürstengeschlecht gerieten, dem der *Habsburger*.

2. Das Elsaß und die Habsburger.

Das Aufkommen der Städte mit ihrer Warenproduktion brachte in den mittelalterlichen Feudalstaat, der auf der Landwirtschaft, der Naturalwirtschaft, dem Grundbesitz beruhte, ein neues Element, die Macht des *Geldes*. In dem Maße, in dem die Produktion für den Markt die für den Selbstgebrauch zurückdrängte, erhielt auch die Staatsgewalt eine neue Grundlage. Unter der Feudalwirtschaft besaßen die Monarchen kein anderes Mittel, ihre leitenden Beamten und Kriegsmänner an sich zu fesseln, als daß sie ihnen mit dem nötigen Einkommen auch gleich die Einkommensquelle, Land und Leute, verliehen. Dadurch wurden die Belehnten in hohem Grade unabhängig von ihren Herren, diese waren ganz vom guten Willen ihrer Großen abhängig, die Staatsgewalt war schwach, die Staatsgrenzen unsicher. Kam es doch vor, daß ein und derselbe Mann von den Monarchen verschiedener Staaten Güter zu Lehen erhielt.

Das änderte sich, sobald die Monarchen Geld in die Hand bekamen. Sie waren nun in der Lage, ihren Beamten und Kriegsknechten ihr Einkommen von Zeit zu Zeit auszusahlen, ohne dabei die Einkommensquellen aus der Hand zu geben. Damit steigerte sich die Abhängigkeit jener Elemente von der Staatsgewalt ganz gewaltig. Diese wurde unabhängig vom Grundadel und der Kirche, entwickelte sich zum Absolutismus, allerdings weder rasch noch friedlich, sondern in blutigen, langwierigen Kämpfen.

Zunächst waren es die Städte, in denen die Geldwirtschaft aufkam. Mit ihrem Reichtum wuchs ihre Macht, eine nach der anderen wußte sich unabhängig von dem Grundherrn zu machen, auf dessen Gebiet sie erstanden war. Straßburg errang 1263 seine völlige Unabhängigkeit von dem Bischof, auf dessen Gebiet es lag.

Die Staatsgewalt nahm eine wechselnde Haltung gegenüber den Städten ein. Auf der einen Seite waren sie ihr willkommene Verbündete gegenüber einem unbotmäßigen Adel oder Klerus. Lüftern nach ihrem Geld, verkaufte sie ihnen gern Freiheiten und Privilegien gegen gute Bezahlung.

Andererseits aber wollte sie oft mehr von den Städten, als diese gewillt waren, zu geben. Und sie fürchtete das Anwachsen der Unabhängigkeit dieser Republiken, von denen manche, darunter auch Straßburg, das von ihnen beherrschte Landgebiet rasch ausdehnten. Nicht selten trat sie ihnen im Bunde mit dem Adel feindlich entgegen.

Die einzelne Stadt wäre dieser Gegnerschaft kaum gewachsen gewesen. So finden wir bald das Zusammenschließen von Städten in größeren Verbindungen oder Eidgenossenschaften, denen sich hier und da auch andere als städtische Elemente anschlossen. Der mächtigste dieser Bünde wurde die norddeutsche Hanse, der erste unter ihnen war der rheinische Städtebund, der 1254 zum Abschluß kam. Zu dieser Eidgenossenschaft gehörten im Elsaß Straßburg, Breisach, Kolmar, Schleffstadt, Hagenau, Weißenburg, Neustadt.

Bald darauf bildete sich die Eidgenossenschaft der Schweiz, der außer den freitbaren Markgenossenschaften um den Vierwaldstättersee herum die Städte Luzern, Zürich, Bern mit großen Landgebieten angehörten.

Das Aufkommen dieser Bünde fiel zusammen mit dem Zusammenbruch der kaiserlichen Macht, der aus der Eroberungspolitik der Hohenstaufen — heute würde man sagen: ihrem Imperialismus — folgte.

Früher als in Deutschland hatten sich Warenproduktion und städtischer Reichtum in Italien gebildet. Sie lockten immer wieder deutsche Krieger zu Römerzügen über die Alpen, aber mit dem Reichtum der italienischen Städte wuchs nicht nur die Anziehungskraft, die sie auf heuchelstüchtige Kriegsscharen ausübten, sondern wuchs auch ihr Bedürfnis und ihre Macht, sich der Bedränger und Plünderer zu erwehren. Immer schwieriger wurde die Behauptung des italienischen Besitzes, immer größer wurden die Opfer, die sie erheischte, immer geringer war der Ertrag, den sie lieferte.

Die Weltpolitik der Hohenstaufen hatte anfangs glänzende Ergebnisse für das Reich gezeitigt, die Erinnerung an sie erzeugt heute noch schwärmerische Bewunderung. Der Hohenstaufe Friedrich der Rothbart (Barbarossa) ist bis in unsere Tage eine deutsche Idealgestalt geblieben. Aber nur zu bald wurde auch jener mittelalterliche Imperialismus aus einer Quelle von Reichtum und Macht eine Ursache des Verfalls.

In einem Kampf um Neapel fiel der letzte der Hohenstaufen, Konradin. Schon zu seinen Lebzeiten war das Reich in einen Zustand chaotischer Auflösung geraten, die kaiserliche Macht ein Schatten geworden. Die meisten außerdeutschen Besitzungen gingen damals verloren.

Das war die Zeit, in der die deutschen Städte am machtvollsten selbständig emporstrebten, sich am festesten zusammenschlossen.

Erst allmählich gelang es den Trägern der deutschen Zentralgewalt, der Kaiserkrone, wieder einige Kraft entfalten zu können. Das bewirkten sie aber nicht durch die Machtmittel, die der kaiserlichen Würde als solcher zu Gebote standen. Die vermehrten sich nicht, und die kaiserliche Würde blieb insofern ein Schatten. Soweit die Kaiser Macht entfalteten, gelang es ihnen nur durch die Machtmittel, über die ihr Haus besonders verfügte. Nur soweit sie über den größten und stärksten Landbesitz im Reiche geboten, vermochten sie mit den übrigen Landesfürsten — weltlichen und geistlichen — und den Städten, die sich zur Selbständigkeit, zur Reichsunmittelbarkeit durchgerungen hatten, fertig zu werden.

Nicht die Größe und das Gedeihen des Reiches, sondern die Größe des besonderen Besitzes ihres Hauses bildete von da an die Haupt Sorge der römischen Kaiser deutscher Nation.

Den Anfang mit dieser Art kaiserlicher Politik machte Rudolf von Habsburg, der 1273 zum Kaiser gewählt wurde. Wieder ein schwäbischer Fürst, wie die Hohenstaufen. Der größte Teil des Gebietes, das er beherrschte, lag im linksrheinischen Alemannien, in der Schweiz und im südlichen Elsaß, im Sundgau. Er war kein armer Ritter, sondern ein mächtiger Herr, keineswegs aber der mächtigste im Reich. Das war vielmehr der König von Böhmen und Mähren, der Premislide Ottokar II., der teils durch Gewalt, teils durch Eheschließung — er heiratete die Schwester des Letzten der Babenberger, die das Herzogtum Österreich beherrschte hatten — dieses Herzogtum, die Steiermark, Kärnten und Krain erworben hatte. So vereinigte er bereits in seinen Händen die wichtigsten der Lande, die das heutige »Zisleithanien« ausmachen. Aber Österreich sollte nicht durch eine tschechische Dynastie gebildet werden.

Rudolf erkannte sofort, daß er zu völliger Ohnmacht verurteilt war, wenn es ihm nicht gelang, die Macht Ottokars zu brechen. Er hatte das Glück, von den Großen des Reiches unterstützt zu werden, während im Lager Ottokars einige der so häufigen feudalen Insubordinationen ausbrachen. Ottokar wurde beslegt (1278), gefangengenommen und als Gefangener erschlagen.

Rudolf nahm nun der böhmischen Dynastie Österreich, die Steiermark, Kärnten und Krain ab. Damit wurde das Haus Habsburg zum Hause Österreich, wurde auch das Schwergewicht des Hauses von der Westgrenze des Reiches an seine Ostgrenze gelegt.

Schon dadurch mußte sich der Zusammenhang der Elsäßer und Schweizer mit den Habsburgern lockern. Mit der Macht wuchsen aber auch die absolutistischen Gelüste der Dynastie, so kam sie in stets sich erneuernde und wachsende Konflikte mit den freien Städten und Landgemeinden der Schweiz und des Elsaß, zu Konflikten, in denen sich diese Gebiete immer enger zusammenschlossen. Ihr Verhalten gegenüber Kaiser und Reich war dabei sehr wechselnd. Zeitweise geriet die Kaiserkrone an ein Mitglied einer anderen Dynastie als der Habsburger. So von 1314 bis 1347 an den Herzog von Bayern, Ludwig. Von 1347 bis 1437 war sie bei den Nachfolgern der Premisliden, den Herren Böhmens aus dem Hause Luxemburg, dann kam sie wieder an die Habsburger.

Die Kaiser, die nicht Habsburger waren und die Macht der Konkurrenten zu schwächen suchten, begünstigten die Unabhängigkeitsbestrebungen der Schweizer und der Elsäßer. Da waren diese gut kaiserlich und reichstreu gesinnt. Unter den habsburgischen Kaisern dagegen wurde der Kampf gegen den Landesfürsten zugleich ein Kampf gegen Kaiser und Reich.

Die Schweizer waren in ihrem Streben nach Abschüttelung der habsburgischen Herrschaft bekannlich erfolgreich. Aber bald mußten sie mit den Elsäßern vereint nach zwei Fronten kämpfen, denn von Westen her bedrohte sie ebenfalls ein gemeinsamer Feind.

Schon begannen neben den feudalen Aufgeboten die bezahlten Söldner eine Rolle zu spielen, aber noch gab es keine stehenden Armeen. Nach Friedensschluß wurden die Söldner entlassen. Der mehr als hundertjährige Krieg, den Frankreich mit England bis in die Mitte des fünfzehnten Jahrhunderts zu führen hatte, hinderte seine Könige in dieser Zeit, Kraft oder auch nur Interesse für eine Ausdehnung nach dem Westen zu entwickeln. Aber ein Vorläufer dieser Ausdehnung waren die gelegentlichen Plünderungszüge entlassener Söldner (darunter besonders gefährlich die sogenannten Armagnaken 1439 bis 1445) nach dem Frankreich benachbarten Gebieten, dem Elsaß und der Schweiz. Das erheischte gemeinsame Abwehr.

Noch bedenklicher wurde das Aufkommen der burgundischen Macht.

Die Herzoge von Burgund benutzten den Französisch-Englischen Krieg, eine nahezu selbständige Stellung zu erringen und ein Mittelreich zwischen Frankreich und Deutschland, nach der Art des lothringischen, aus dem Gürtel der Grenzgebiete beider Reiche von den Alpen bis zur Nordsee zu errichten.

In der Abhandlung über Belgien haben wir schon darauf hingewiesen, daß sie Herren der Niederlande wurden. Zuerst gewannen sie Flandern (1384), dann Brabant (1430), bald darauf Holland und Seeland. Gleichzeitig

hatten sie zu dem französischen Burgund die deutsche Freigravität Burgund hinzuerworben (die spätere Franche comté). So waren sie Lehensmänner ebenso Deutschlands wie Frankreichs und bedrohten beide.

Den Gipfel seiner Macht erreichte dieser »Imperialismus« unter Karl dem Kühnen (1467 bis 1477). Er suchte das Mittelreich zu vollenden durch Unterwerfung des Elsaß wie der Schweiz und die Gewinnung Lothringens — die alle drei zum Deutschen Reich gehörten.

Man sollte meinen, daß er hierbei die entschiedene Gegnerschaft des deutschen Kaisers hätte finden müssen, um so mehr, da dieser ein Habsburger war, Friedrich III. (1440 bis 1493).

In Wirklichkeit begegnete Karl nur schwachem Widerstand der Habsburger, ja zeitweise arbeiteten sich beide in die Hände. Burgund war enorm reich, namentlich durch seinen niederländischen Besitz, und die Habsburger in beständiger Geldnot. Überdies hatten sie den Schwerpunkt ihrer Hausmacht, wie wir schon gesehen, nach dem Osten des Reiches verlegt. So trugen sie kein Bedenken, 1469 den Sundgau, die Landgrafschaft im Elsaß und den Breisgau an Karl den Kühnen für 80 000 Gulden zu verpfänden. Formell wurde der saubere Handel nur von dem Landgrafen im Elsaß, dem Habsburger Herzog Sigmund von Tirol abgeschlossen, aber der Kaiser Friedrich wußte darum und billigte die Verschacherung des Reichslandes an den französischen Burgunder.

Er stand mit diesem gleichzeitig in Unterhandlungen, um ihm auch das deutsche Lehen Lothringen auszuliefern. Freilich gedachte er dabei ein noch besseres Geschäft als das elsässische für die Familie zu machen. Er hoffte, die Hand der Erbin Karls des Kühnen, Maria, für seinen Sohn Maximilian und damit alles, was er an Burgund abtrat, unendlich vermehrt wieder zu gewinnen. Bei den Verhandlungen darüber mißtraute jedoch jeder der beiden schlauen Füchse dem anderen so sehr, daß sie zu keinem Ergebnis kamen. Erst nach Karls Tode führte Maximilian die reiche Erbin heim.

Zur Abwehr der Anschläge Burgunds auf die reichsfreien Städte und Gebiete der Schweiz und des Elsaß trug das Haus Habsburg nichts bei. Wenn jene sich des Feindes erwehrt, gelang es ihnen aus eigener Kraft. Das erhöhte gerade nicht ihre Anhänglichkeit an das Reich, gestaltete aber um so enger ihre gegenseitigen Beziehungen.

Eine gute Zusammenstellung von Tatsachen, die jenes Zusammenwirken illustrieren, gibt uns Legrelle:

Man verzeichnet eine Offensiv- und Defensivallianz zwischen Straßburg und Basel vom Dezember 1329. Gegen 1333, bei der Belagerung von Schwanau, wurden die Straßburger von Bewaffneten aus Bern, Luzern, Basel und Freiburg unterstützt. Im Laufe von 1363 vereinigten sich der Senat und der Bischof von Straßburg an der Spitze des ganzen Elsaß mit Basel und mit Freiburg gegen die anglobretontischen Söldnerbanden, von denen sie bedroht wurden. Solothurn, Jürich, Luzern, sogar Zug und Glarus schlossen sich ihnen an. Als 1365 Arnold von Cervole gegen das Elsaß vorrückte, schrieben die Basler dem Straßburger Magistrat einen dringenden Brief, in dem sie ihn um seine militärische Unterstützung gegen jene sonderbaren Kreuzfahrer angingen, von denen man behauptete, der Kaiser habe sie aufgeboten, um die Schweizer seiner Familie zu unterwerfen. Zehn Jahre später, als Enguerrand de Coucy, Schwiegersohn des Königs von England, über die Vogesen neue Horden von Plünderern führte, in denen die Franzosen weniger zahlreich waren als die Engländer, die Bretonen, die Italiener und selbst die

Deutschen, da war es Bern, von wo dem Elfaß die Rettung kam. (Legrelle, „Louis XIV. et Strasbourg“, S. 20.)

Auch gegen die Armagnaken in der Mitte des fünfzehnten Jahrhunderts brachten Schweizer Städte den Elsäßern wirksame Unterstützung. Um den Straßburgern zu zeigen, wie rasch ihnen Hilfe von Zürich werden könnte, unternahm eine Schar junger Leute von dieser Stadt eine Eilsahrt in einem Schiffe nach Straßburg. So kraftvoll ruderten sie, daß sie die Fahrt in der Zeit von Sonnenaufgang bis Sonnenuntergang vollzogen und einen Hirsebrei, den sie siedend mitgenommen, am Abend noch warm auf der Tafel des Straßburger Armeemeisters niederstellten (1456). Die Tat wurde 1576 wiederholt bei Gelegenheit eines Straßburger Schützenfestes, das von Schweizer Schützen zahlreich besucht ward. Der Straßburger Dichter Johann Fijchard verherrlichte sie in seinem Gedicht vom »Glückhaft Schiff«.

Allgemein bekannt sind die großen Siege der Schweizer über Karl den Kühnen bei Granson, Murten und Nancy. Selten aber erinnert man sich daran, welchen Anteil die Aufgebote der Elsäßer Städte an diesen Siegen hatten. Bei Granson kämpften Straßburger Reiter mit, bei Murten Truppen von Straßburg, Kolmar, Schleiffstadt, Kaisersberg, Münster, Türkheim, Mülhausen. Sie standen im Vordertreffen und eroberten dreizehn burgundische Banner. Zur Schlacht bei Nancy stellte Straßburg wieder ein Kontingent Reiter, nach der Tradition soll es ein Straßburger gewesen sein, der dort Karl den Kühnen tötete. Auf jeden Fall fiel seine Rüstung als Siegesbeute Straßburg zu mit einer Reihe burgundischer Fahnen.

Ein neues Bindeglied zwischen den Schweizer Republiken und den Städten des Elfaß entstand in der Reformation. (Schluß folgt.)

Die Ideen von 1914.

Von Max Adler (Wien).

(Schluß.)

Viel kürzer können wir uns bei der Besprechung der beiden anderen Ideen von 1789 fassen, da auch Kjellén über oder eigentlich gegen sie nicht viel mehr zu sagen weiß. Die Idee der Gleichheit ist ihm ebenso ein bloßes Negativum wie die der Freiheit, eine bloße Reaktion gegen die Privilegien und Fesseln einer längstvergangenen Zeit. Wer könne bestreiten, daß sie so aufgefaßt ein Gut sei? Aber, meint die tiefer dringende philosophische Kritik Kjelléns, die Frage ist, »ob die Gleichheit an und für sich ein Gut und eine Wahrheit ist?« (S. 35). Zunächst fällt uns auf, daß für Kjellén das die Gleichheit bedrohende Privilegienwesen ganz zur überwundenen Zeit gehört. Er weiß also offenbar gar nichts von dem Vorrecht des Besitzes, das nicht nur in reichlichen Bestimmungen des privaten und öffentlichen Rechtes aller modernen Staaten gesetzlich kodifiziert ist, sondern auch ohne eine solche Legalisierung aus den gesellschaftlichen Einrichtungen und Tatsachen unserer auf dem Klassengegensatz beruhenden Gesellschaft nicht zu tilgen ist. Muß man wirklich immer noch daran erinnern, daß selbst die strengste Gleichheit vor dem Gesetz in einer Gesellschaftsordnung, welche die einen zu Besitzenden und die anderen zu Besitzlosen macht, diesen letzteren nicht zugleich auch jene wirtschaftliche Unabhängigkeit gibt, ohne die alle gesellschaftliche Gleichheit, selbst wenn sie bestünde, eine bloße Floskel ist? Nicht

darin war die Idee der Gleichheit von 1789 falsch, daß sie die Beseitigung aller politischen Schranken anstrebte, ein Ziel, das auch heute noch in — sagen wir Mitteleuropa — nicht erreicht ist, sondern daß sie über diesen Gesichtspunkt der bloß politischen Emanzipation noch nicht hinausschreiten konnte bis zu dem Programm einer ökonomischen und sozialen Emanzipation, die durch Herstellung nicht bloß gleicher Rechte, sondern gleicher Existenzbedingungen für alle auch die politische und soziale Gleichheit aller wirklich erst begründen kann.

Dieses merkwürdige Übersehen Kjelléns hängt damit zusammen, daß ihm wie so vielen anderen bürgerlichen Gelehrten der Gesichtspunkt des Klassengegensatzes fehlt, ohne welchen jede Beurteilung sozialer und politischer Ideen einfach in bodenlose Phraseologie oder verhüllte Rechtfertigung eigener Klassenanschauungen gerät. Da ihm auf diese Weise der Sinn der Gleichheitsforderung, der über die bürgerliche Welt hinausweist, ganz verschlossen bleibt, er vielmehr in dieser trotz ihrer von ihm gekennzeichneten bisherigen Niedrigkeit und Verworfenheit sich ganz wohl fühlt, bleibt ihm nun als Inhalt der Gleichheitsidee nichts anderes übrig als die platteste Spießbürgervorstellung von ihr. Die Gleichheit bedeutet für Kjellén nämlich »prinzipiell eine Konzentration der Menschheit um einen Durchschnitt«. Und nun ist die Bahn frei für folgenden Tieffinn:

Es gibt einen anderen Ausdruck für denselben Vorgang mit weniger zusagendem Klang: »Prokrustesbett«. Die Kleinen sollen vergrößert werden und die Großen verkleinert. Wir fügen nur hinzu: das letztere Resultat ist sicherer als das erste.... Die Gleichheit bedeutet eine Dekapitierung der Menschheit.

Wir aber meinen dagegen, es gibt auch einen anderen deutschen Ausdruck für solche Erkenntnis: die Kjellénsche Dekapitierung der Menschheit durch die Gleichheit bedeutet vor allem nur die Kopflosigkeit ihres Autors. Es kann uns nun auch nicht überraschen, daß Kjellén die Idee des Nietzsche'schen Übermenschen als richtiges Schutzmittel gegen die Gleichheit, wie er sie versteht, herausbeschwört »gegenüber dem Bilde eines Menschenhaufens, der in gemüthlicher Ruhe dasißt und sich gegenseitig den Rücken absucht, als die sehr zufriedenen Überaffen dieser Welt« (S. 35, 36). Da unser Professor doch kaum die Unbescheidenheit aufbringen wird, sich zu den Übermenschen zu zählen, so wird er wohl die Mitte zwischen diesen und den Überaffen einnehmen, und das gibt uns vielleicht den psychologischen Schlüssel zu seinen sonst unverständlichen Ausführungen.

Welches Gegenideal hat nun 1914 dieser Gleichheitsidee entgegenzustellen, die nach Kjellén bloß als Entlausungsmittel verwendbar ist, also eigentlich doch für 1914 unentbehrlich wäre? Man höre und erschauere, es tönt wie die Posaune des Gerichts: **G e r e c h t i g k e i t**. Gemeint ist damit offenbar, daß die gesellschaftlichen Nutzungen nicht nach abstrakter Gleichheit, sondern nach dem wirklichen Wert der einzelnen verteilt werden sollen. Wir staunen, daß dies ein Argument gegen den Geist von 1789 sein soll. Lautet doch schon Art. 6 der französischen Menschenrechte: »Da alle Bürger vor dem Gesetz gleich sind, stehen ihnen alle öffentlichen Würden, Ämter und Einrichtungen in gleicher Weise offen, gemäß ihren Fähigkeiten und ohne andere Unterscheidung als diejenige ihrer Tüchtigkeit und ihrer Talente.« Und hat nicht gerade der an die Revolution von 1789 sich anschließende französische Sozialismus das berühmte Motto für seine Gleichheitsidee aufgestellt:

»Einem jeden nach seiner Fähigkeit, jeder Fähigkeit nach ihren Werken!« Wenn Kjellén von dem mechanischen Atomismus der Gleichheitschwärmer spricht, den die Ideen von 1914 durch einen neuen Organismus der Gerechtigkeit überwunden haben, so fragt man wieder ganz verwundert: Wo in aller Welt hat Kjellén eine solche Schwärmerie für Gleichheit in den bürgerlichen Kreisen vor dem Kriege angetroffen? Bei der herrschenden Klasse? Bei den Fabrikanten, Großgrundbesitzern, Bezirkshauptleuten, hohen Generalen usw.? Bei den Proletariern konnte er allerdings Schwärmerie für die Idee der Gleichheit der ökonomischen Existenzbedingungen finden, aber jeder Arbeiter hätte über die konfuse Nivellierungsidee Kjelléns gelacht, die wohl eine bürgerliche Angstvorstellung, nicht aber eine proletarische Kampfsidee ist. Aber direkt aufreizend ist es nun, daß Kjellén gerade in dem Kriegsgeist von 1914 eine Überwindung dieser angeblichen mechanischen Atomisierung durch die Gleichheitsidee erblickt. Gibt es eine ärgere Nivellierung alles Persönlichen als diese Degradierung des Menschen zu einem bloßen Rädchen in der großen Kriegsmaschine? Gibt es eine schrecklichere Mechanisierung des Menschen als seine Umwandlung in einen bloßen Schießapparat? Gibt es eine furchtbarere Atomisierung als diese Abstreifung aller Eigenbedeutung und Eigenzwecke durch die Militarisierung der Bevölkerung und ihre individualitätslose Zusammenballung zu einem bloßen Heerhaufen? Kjellén hat seine Darstellung dieses sonderbaren Gehalts seiner Idee von Gerechtigkeit allerdings jäh abgebrochen mit den Worten, »es sei keine Zeit, solche Betrachtungen zu vertiefen«. Aber es ist eine böse Entschuldigung, daß man sich nicht mehr Zeit genommen habe, als oberflächlich zu sein.

Aber die dritte Idee von 1789, die Brüderlichkeit, weiß Kjellén nichts eigentlich Entstellendes zu sagen; sie stehe »etwas seitwärts von den anderen, sowohl dem Begriff nach wie geschichtlich«, was sowohl geschichtlich wie dem Begriff nach nicht richtig ist. Denn nicht nur trifft die Idee der Brüderlichkeit geschichtlich untrennbar mit den beiden anderen auf, sondern sie ist auch begrifflich nur die Konsequenz der von Natur aus bestehenden Gleichheit aller. Darum ist die Idee der Brüderlichkeit schon seit jeher auf das innigste mit allen Gleichheitsvorstellungen verbunden gewesen und insbesondere schon dem vorchristlichen Vorstellungskreis eigen, wo die Gleichheit aller Menschen vor Gott sie in das gleiche Kindschaftsverhältnis zu dem gütigen Vater im Himmel und untereinander in das Verhältnis von Brüdern bringt. Freilich ist dadurch schon für die christliche Fassung der Brüderlichkeitsidee charakteristisch, daß sie zu einer Vereinigung der Menschen über die Grenzen ihrer staatlichen und nationalen Absonderung hinausführt, was dem Nationalismus Kjelléns sehr zuwider ist. Und in der Tat ist die Idee der Brüderlichkeit nur ein anderer Ausdruck für das hohe Gefühl der Einbürgerung des einzelnen nicht in einen Staat, sondern in die Menschheit, für die Ausweitung des Horizonts zum Kosmopolitismus. Aber gerade das macht Kjellén dieser Idee zum Vorwurf. Und was stellt er ihr als die neue Idee von 1914 entgegen? Die Idee der Kindschaft in einem Vaterhaus. Da dies nicht mehr die Gotteskindschaft aller Menschen ist, die ja sonst kein Gegensatz zur Brüderlichkeit wäre, sondern die Kindschaft der Nationsgenossen gegenüber ihrer gemeinsamen Abstammung, so bedeutet diese Formel die Idee der Nation in ihrem rückständigsten Sinne als eine

enge, familienhafte Gemeinschaft Stammesverwandter, für die ihr Vaterhaus die Welt ist und die Brüderlichkeit dort aufhört, wo die Grenzen des väterlichen Grundstücks laufen. Für Kjellén ist die Brüderlichkeit von 1789 nur die Idee der Bruderschaft eines Ordens: er sieht also gar nicht, daß dieser Orden bestimmungsgemäß sich zur menschlichen Gesellschaft auswaschen müßte. Aber selbst wenn dieses Ziel geschichtlich wirklich unerreichbar wäre, müßten wir nicht den Ordensgeist einer solchen Bruderschaft in allen Ländern viel inniger wünschen, als daß überall sich die Völker in einer Art trohigem Familiengeist gegeneinander stellen und so die hohe Idee der Weltbürgerchaft auf die kümmerliche Form der Weltnachbarschaft herabbringen, mit allen Streitigkeiten und Jämmerlichkeiten der Nachbarschaft feindlicher Familien?

Freilich wendet Kjellén ein, nur der Kosmopolitismus sei tot, der Internationalismus lebe.

Ein Urteil wurde gefällt nicht über das Streben nach der Organisation der Menschheit als solcher, sondern über einen falschen Weg dahin. Die Vaterlande sollen sich nicht in die Menschheit verlieren und auflösen. (S. 43.)

Aber dies ist leeres Wortgepränge, das nur die Blöße des Nationalismus verhüllen soll. Weder hat der Kosmopolitismus je die Vaterlande »auflösen« wollen, noch kann der Nationalismus zu einer wirklichen Internationalität führen. Hat nicht gerade Schiller, dieser glühende Apostel des Weltbürgertums, die Mahnung ergehen lassen:

Ans Vaterland, ans feure, schließ' dich an!

Auch der Kosmopolitismus sucht also den Weg zu seinem Ziele nur durch das Vaterland: aber es ist der ganz andere Geist, mit dem er diesen Weg gehen kann wie der Nationalismus. Der Kosmopolitismus sieht als seine Heimat die Welt an, das eigene Volk aber als das nächste und jedem naturgemäße Mittel, sich durch dessen Verdienste um die Weltkultur das Bürgerrecht in dieser Heimat zu verschaffen. Ihm ist der Kampf der Nationen nur ein sittlicher und kultureller Wettstreit und das Vaterland nur die an sich zufällige geschichtliche Form, in welcher jeder einzelne den Zusammenhang mit der Menschheit erlebt und ausgestalten kann. Der Nationalismus dagegen, auch wo er nicht zum Chauvinismus entartet ist, macht aus der Heimat eine Grenze der Menschheit. Er schließt sich zwar gewiß nicht prinzipiell von anderen Völkern und Staaten ab, er wünscht sogar, sich international mit ihnen zu verbinden. Aber immer ist ihm diese Internationalität doch nur Mittel für die eigene Macht und Herrlichkeit und darum nie etwas, das zur Gesinnung gehört, sondern nur zur Politik, und das bedeutet hier so viel wie — zum Geschäft! Darum wird hier das Wort Vaterland auch so leicht zum Kampfruf, aber nicht für einen Kampf mit den Waffen der Geister, sondern mit Pulver und Blei. Von der Sorge, daß die Vaterländer nur ja nicht sich in die Menschheit auflösen, befreit der Nationalismus sich radikal, indem er durch den ewigen Krieg der Nationen die Menschheit selbst auflöst. Alle die hohen Werte menschlicher Gestirnung und Solidarisation: Volk, Vaterland, Staat werden auf diese Weise zu Erlebnisformen für das Gegenteil einer unsozialen, gruppenegoistischen Auffassung mit stets sprungbereiter Spannung, auf die ganze Welt loszufahren, sobald diese irgendwie als Hemmung für

das eigene kleine Stückchen Welt empfunden wird. Nicht zur wirklichen Verständigung der Völker leitet dieser Geist einer bloß vom Nationalismus getragenen Internationalität, sondern zu einer nur äußeren Gemeinschaft lauender Konkurrenten, welche die Internationalität gleichsam wie ein Befehl gegen unläuteren Wettbewerb ertragen, aber jeder für sich entschlossen sind, es sofort zu brechen, sobald sie es ungestraft tun können.

Es bleibt zur Vollendung des Gemäldes, das Kjellén von dieser 1789 überstrahlenden Geistigkeit von 1914 entwirft, noch übrig, die Folie aufzuzeigen, auf der sich seine Kritik erhebt. Es ist dies die auch sonst von so vielen professoralen Geistesvertretern von 1914 eingenommene Stellung, welche sie in dem Kriege geradezu eine heroische Erlösung aus dem Sumpfe der letzten Jahrzehnte friedlichen Schaffens und Erwerbens begrüßen läßt. Mit Entschlossenheit geht Kjellén daran, der Klage entgegenzutreten, daß der Krieg einen Zusammenbruch aller idealen Werte bedeute, auf die unsere Zeit stolz war, einen Verrat an ihrer Friedensidee, an der Idee der Humanität und am Christentum, kurz einen Bankrott der bürgerlich-christlichen Zivilisation. Er weiß sich nicht genug über »die Klageweiber« zu mokieren, die über den furchtbaren Widersinn des Krieges jammern und schluchzen. Denn ihm bedeutet der Krieg nur eine »Götterdämmerung« der alten verdorbenen Welt vor 1914.

Wir Sozialdemokraten können im Grunde nur mit großem Behagen die umständlichen Schilderungen lesen, mit denen ein Kjellén oder ein Sombart und so viele andere Geistesverwandte jetzt den Pöbel abmalen, in den die bürgerliche Gesellschaft allenthalben das Leben versenkt hatte. Wenn da die Anklage erhoben wird über das schrankenlose Walten des Egoismus und Erwerbstrieb, über das ideallose Hasten nach dem Erfolg, über die Atomisierung des Lebens zugunsten der rückhaltlosesten Geltendmachung des Individuums, über die satte Lebensklugheit des Besitzes, die für allen Opfermut und Idealismus nur Hohn und Mitleid bereit hatte — was tun jetzt diese Herren Kritiker anderes als die Kritik des Sozialismus an dieser Gesellschaft wiederholen und bekräftigen, die sie vordem als übertrieben, ja nicht selten als unberechtigt und gehässig bekämpft haben? Originell sind sie nur darin, worin sie wirklich nicht beneidet zu werden brauchen, daß sie im Kriege die Errettung von allen diesen Niedrigkeiten des Lebens erblicken. Es verlohnt sich, den Gründen einer solchen Anschauung bei Kjellén ein wenig zu folgen, um sich zu überzeugen, wie es nur die verwüstende Arbeit der Phrase und der Begriffsverwirrung ist, die es ermöglicht, vom Ideenbruch einer neuen Zeit zu sprechen, wo der Maßstab jeder wirklichen Idee versagt.

Zunächst also, meint Kjellén, sei die Klage über den Bankrott der Ideale im Kriege eigentlich nur eine Klage über den Zusammenbruch eines überbetonten Individualismus. »Der Kurs des Individuums wurde vom Frieden so hoch gesetzt, daß er auch die reine Zügellosigkeit deckte.« Wir hörten zu viel von Selbsterhaltung, zu wenig von Pflichten reden. »Der Übermut ist es, der gebrochen wird.«

Wir fragen erstaunt: Von wem ist hier die Rede? War die große leidende Masse, deren Leichen die Schlachtfelder der Erde bedecken, vor dem Kriege übermäßig? Konnte sie sich einem bis zur Zügellosigkeit reichenden

Individualismus hingeben? Oder war nicht gerade sie es immer, die von den Pflichten sprach, die der Besitz auferlege, von den Pflichten, die ihre eigene Organisation von ihnen verlange, von den Pflichten überhaupt, die eine wirklich nationale Sozialorganisation allen, zuerst freilich den Herrschenden, vorschreibe? Wenn Kjellén meint, »die schreckliche Vergeudung privater Werte durch den Krieg und seine furchtbare Rücksichtslosigkeit gegenüber Privatinteressen« sei nötig gewesen, um dem Individuum einzuschärfen, daß seine Rolle eine dienende sei, so ist man entsetzt über eine solche Sozialpädagogik. Ist denn der Krieg nur rücksichtslos gegen die Werte und Privatinteressen der Besitzenden und nicht vor allem gegen Gesundheit und Leben der Besitzlosen, welche die Hauptmassen der Heere stellen?! Welch furchtbare Gedanken- und Gefühlslosigkeit offenbart sich in solcher Auffassung, wonach das Meer von Blut und Elend, das Europa erfüllt, nur die rote Tinte darstellt, mit welcher der selbstzufriedene Morallehrer von 1914 den individualistischen Übermut der Besitzenden als Fehler der Zeit ansteicht!

Zu dieser unmenschlichen Sozialpädagogik gesellt sich nun der scheinbare Tiefinn, der den Krieg als einen Widerspruch gegen die Kultur nicht gelten läßt, weil diese Kultur eine nur äußerliche gewesen sei, ein bloßes Reich der Lebensverbesserung und gesteigerten Bequemlichkeit, nicht aber seelischer Verinnerlichung. Nun, dieser Vorwurf ist alt und gewiß nur allzu berechtigt. Seit Rousseau und Kant wird diese Anklage der Zeit immer wieder entgegengehalten, daß sie zwar Zivilisation, aber nicht Kultur habe. Aber erst dem Tiefinn von Geistern wie unseren modernen Kriegsangehörigen ist es vorbehalten geblieben, den Weg von der bloßen Zivilisation zur Kultur durch die Barbarei des Krieges gehen zu lassen. Erst sie haben die famose Logik in Schwung gebracht, daß die Zivilisation, die noch nicht Kultur ist, sich um so eher zu ihr erhebe, wenn sie auch noch weniger Zivilisation werde. Und da muß nun alles her, was gut und tiefinnig klingt, um solche absurde Sprünge des Gedankens oder vielmehr solche klaffende Riefen des Denkens gefällig zu maskieren.

Darum hüllt sich jetzt Kjellén plötzlich in das Ehrfurcht gebietende Gewand des pessimistischen Philosophen und verkündet:

Ich klage die Zeitrichtung, die sich jetzt im Namen der Kultur über den Weltkrieg zu Gericht setzt, an, daß sie — bewußt oder unbewußt — uns an ein niedriges Kultur- und Lebensideal festschmieden will. Ihr Kulturkultus ist eine abgöttische Verehrung der Oberfläche des Lebens auf Kosten seiner Tiefe und seines Wertes. . . . In ihrem berechtigten Streben, unnötiges Leid fernzuhalten, versuchte sie sich am Leid als Lebensprinzip zu vergreifen und so unserem Dasein seinen rechten Weg zur Höhe zu rauben. Sie wollte die schwarzen Tasten an der Klaviatur entfernen, die ebenso notwendig sind wie die weißen, wenn das Instrument volltönig klingen soll. (S. 15, 16.)

Nun, dieser Gedanke vom Leid als Lebensprinzip ist gerade so tief und richtig wie der Vergleich mit den weißen und schwarzen Tasten der Klaviatur. Geben denn die schwarzen Tasten etwa schwarze Mischöne und bloß die weißen reine Klänge? Es ist kein Zufall, wenn dieser Vergleich mehr hinkt, als dies erlaubt ist, da die Sache selbst, die er anschaulich machen soll, ja so ganz anders ist. So wie die Harmonie zwar auch aus Dissonanzen möglich ist, wenn ihr Widerklang kunstvoll überwunden und aufgelöst wird, jeder

Mißton aber wirklich ein zerstörendes Element für sie ist, das wir unleidlich empfinden, so ist auch das Leid kein Lebensprinzip, sondern ein zerstörendes Moment, das überall und immer das Leben und seine ganze geistige Energie herabsetzt. Man möge doch endlich aufhören, Leid und Widerstand miteinander in so jämmerlicher Weise zu verwechseln.¹⁰ Das Leben wächst und entfaltet sich an seinen Widerständen, die oft und lange genug Leiden waren, es aber doch nicht für alle Zeit sein müssen und jedenfalls immer weniger leidvoll werden können. Wenigstens ist dies das wirkliche Ziel aller Kultur, den Kampf der Menschen mit seinen Widerständen immer weniger leidvoll zu gestalten. Wer die Tatsache, daß ein Leben ohne Überwindung von Widerständen gewiß ein elender Sumpf wäre, nur so auszudrücken weiß, daß das Leid Lebensprinzip sei, gleicht jenen anderen heute nur zu verbreiteten Pseudodenkern, die aus der Notwendigkeit des Widerstreits in der geschichtlichen Entwicklung die Ewigkeit und Berechtigung des Krieges folgern, als ob es keinen anderen Kampf geben könnte wie den mit Klauen und Zähnen, mit Flinten und Bajonetten.¹¹

Und weiter in dem Register dieses Tiefsinns: Weil das Leid Lebensprinzip sei, wird es dem humanen Kulturideal von Kjellén angekreidet, »daß es den Kurs des Lebens selbst als solchen gegenüber dem Tode zu hoch geschraubt habe. . . Für die große Masse war das Leben sein eigener Zweck.« Und verächtlich spricht Kjellén von dem emsigen Bemühen, alles zu vermeiden, was durch Opfer und Prüfungen das Leben verkürzen könnte ohne ein anderes Ziel als das des »Methusalemismus«, das heißt so viele leere Jahre und Tage wie möglich dem Dasein hinzuzufügen.

Nun — bekanntlich ist dieser Methusalemismus der großen Masse, dem Proletariat und dem Kleinbürgertum, glänzend bekommen! Wenn wir heute in eine Volksversammlung gehen und um uns herumblicken, welch köstlicher Anblick von so vielen männlichen und weiblichen Methusalem, die ihren eigenen Zweck, das Leben, reichlich ausgekostet haben! In der Tat: vorausgesetzt, daß es der großen Masse gelang, das fünfte Lebensjahr zu überleben, konnte sie nicht fast überall zumeist zwischen 40 und 45 Jahren als lebensfatter Methusalem in die Grube fahren?

Aber ernst gesprochen: Wofür sollte es bei der Beschaffenheit der Welt, die Kjellén als vor dem Kriege herrschend schildert, für die Masse der Mühe wert sein, das Opfer des Lebens zu bringen? Höchstens doch nur für das Ziel, einen solchen Zustand der Dinge von Grund aus zu beseitigen. Diese Opfermut aber, den die sozialistischen Massen tausendfach vor dem Kriege aufgebracht haben, zählt bei Kjellén nichts: denn er schmeckt nach 1789, er gehört zu der »Oberflächenkultur« des Lebens, zur Niedrigkeit des bloßen Strebens und Verbesserung der äußeren Lebensbedingungen. Zwar gibt Kjellén großmütig die Berechtigung auch einer solchen Bemühung zu, erklärt sie aber für »ein Ideal niedrigeren materiellen Lebens«, das »im Gewand des Altruismus« nur den — Materialismus zum Gegenstand hat. Damit fügt er zu den übrigen höchst spießbürgerlichen Auffassungen, die wir bereits bei ihm antrafen, nun auch die vulgärste Vorstellung vom Materia-

¹⁰ Vergl. hierzu die ausgezeichneten Ausführungen im 11. Kapitel von Müller-Eyer, Soziologie des Leidens.

¹¹ Vergl. hierzu Max Adler, Zwei Jahre . . ., Nürnberg 1916, Fränkische Verlagsbuchhandlung, S. 35 ff.

lismus, nämlich diejenige, die schon Engels als Vorurteil des Spießbürgers bloßgestellt hat, daß Materialismus gleichbedeutend sei mit Fressen, Saufen und dergleichen. Allen solchen um die höhere Weihe des Ideals besorgten Sittenpredigern müßte immer wieder das Wort Schillers von der Würde des Menschen zugerufen werden:

Nichts mehr davon, ich bitt' Euch, zu essen gebt ihm, zu wohnen.
 Habt Ihr die Blöße gedeckt, gibt er die Würde sich selbst.

* * *

So haben wir also die »Ideen von 1914« in einem ihrer bedeutendsten Vertreter kennengelernt, und man kann nur sagen, sie entsprechen vollständig in ihrem ethischen und intellektuellen Gehalt der fürchterlich geistlosen Wirklichkeit von 1914. Ubrig bleibt nur das schmerzliche Staunen über solchen Mißbrauch der Begriffe, über solche Engherzigkeit der Gesinnung, über solche Beschränktheit des Gedankens, wie sie uns hier bei einem doch sonst hervorragenden Gelehrten entgegengetreten ist. Herr Kjellén ist damit keine vereinzelte Erscheinung, sonst wäre diese Polemik gegen ihn bloß eine literarische Angelegenheit, die heute nicht wichtig genug erschiene, um so ausführlich zu sein. Allein er ist ein Typus für die Art, wie leider ein nur zu großer Teil der bürgerlichen Gelehrten und Philosophen zum Kriege Stellung genommen hat. Ein altes schlichtes Sprichwort sagt: »Wer Pech angreift, besudelt sich.« Die ideologische Verteidigung des Krieges — und noch dazu dieses imperialistischen Krieges — wird für alle Zeiten ein ebenso schmachvolles wie warnendes Beispiel einer Selbstbesudlung sein, der Philosophie und Wissenschaft verfallen müssen, die ihre Geisteskräfte nicht dazu benutzen, sich von den traditionellen Vorurteilen ihrer Klasse und den trügerischen Vorstellungen eines machtpolitischen Treibens zu befreien, sondern ihnen kritiklos zu dienen.

Wir aber reißen uns los von dem kläglichen Jammerbild einer Denkarbeit, die alle Schätze des Geistes und der Bildung nicht anders zu verwenden weiß, als um aus der schrecklichsten Not, die noch je eine Zeit erfassen konnte, eine Tugend zu machen, um den Abfall von allen Ideen der Kultur in eine neue Ideenerhöhung umzulügen und den Schmerz, die Verzweiflung, ja die Empörung einer gequälten Menschheit als die Geburtswehen einer neuen Zeit anzupreisen. Von den aus solchem Geiste geborenen »neuen Ideen« hat weder unsere Gegenwart, noch weniger unsere Zukunft etwas zu erwarten. Wir hassen die Erleuchtung, die von den Flammen des Krieges ausgeht, wir verabscheuen die Seelenerneuerung, die nur durch die massenhafte Körpervernichtung der Schlachten möglich sein soll. Wir schauen auf die Ideen von 1914, wie sie wirklich waren und sind, als die Ideen des Imperialismus und der Militarisierung, der Völkerverhehung und nationalen Überhebung, der Nichtachtung des Eigenwillens der Völker und des Eigenlebens der Menschen, kurz als den greulichsten Mißbrauch aller Ideale bei gänzlicher Idealllosigkeit selbst. Und wir wenden all unser Hoffen und Denken den Ideen zu, die nicht erst von 1914 sind, sondern bereits seit dem »Kommunistischen Manifest« den Proletariern aller Länder die Wege zur lichtereren Zukunft weisen, die Wege, die nie hätten verlassen werden sollen, die Wege des internationalen Sozialismus.

•

Zu den Kezereien in der Frage der industriellen Nacharbeit.

Von Luise Zieg.

Mit lebhaftem Interesse habe ich stets die Arbeiten des Genossen Schneider in der Neuen Zeit gelesen; sie zeugten von großer Sachkenntnis und waren mit ruhigem Ernst und tiefer Gründlichkeit durchgeführt.

Um so mehr bedaure ich, daß gerade er — dessen Wort mit Recht große Beachtung erfährt — sich gegen ein Verbot der Nacharbeit wendet. Sollte die Schneidersche Argumentation dem theoretischen Rüstzeug der Arbeiterklasse einverleibt werden, so wäre das die böseste Beseherung, die ihr bei ihrem Kampfe um Arbeitszeitverkürzung und Arbeiterschutz zuteil werden könnte. Das ist auch sicherlich die Auffassung des Genossen Wissell, der sich in Nr. 23 leidenschaftlich gegen die Schneiderschen Darlegungen wendet.

In allen wesentlichen Punkten stimme ich durchaus Wissell bei. Insbesondere möchte ich stark unterstreichen, was Wissell über die gegenwärtige Ausnutzung der Arbeitskraft sagt. Diese hat einen Grad erreicht, der als schlimmer Raubbau bezeichnet werden muß. Alle Schranken, die durch Gesetz, »Alter, Sitte, Tag und Nacht dem Arbeitstag gesteckt waren«, sind niedergerissen. Wo die Behörden der zeitweisen Außerkraftsetzung der Arbeiterschutzbestimmungen nicht zustimmen, schieben die Unternehmer diese Bestimmungen als »lästigen Ballast« beiseite. Und nach dem Kriege, wenn der Hinweis auf die drängenden Militärleistungen nicht mehr möglich ist, wird der Warenhunger der Konsumenten als Argument für die Beiseiteschiebung des Arbeiterschutzes sicherlich herhalten müssen. Um so schlimmer, wenn nunmehr auch ein Arbeitervertreter in der gleichen Weise argumentiert, eine alte, stets mit Energie vertretene Forderung, eine der wichtigsten unseres Arbeiterschutzprogramms preisgibt mit einer Begründung, die man von Arbeitgebern, aber nicht von Arbeitern und Sozialpolitikern gewohnt ist. Es wird ohnehin eines energischen Kampfes im Parlament und im Wirtschaftsleben bedürfen, um den gesetzlich festgelegten Schutz und damit auch das Verbot der Nacharbeit für weibliche und jugendliche Arbeiter wieder wirksam werden zu lassen!

Drei Jahre sind seit Bestehen des Notgesetzes vom 4. August 1914 vergangen, und alle bisherigen Bemühungen, es wieder zu beseitigen, waren vergeblich; drei Jahre sind aber eine lange Zeit der Gewöhnung an die schrankenlose Ausnutzung der menschlichen Arbeitskraft. Angesichts dieser Tatsachen ist ein grundsätzliches Festhalten an der Forderung eines generellen Verbots der Nacharbeit — abgesehen von jenen Ausnahmen, in denen sie durch dringende Umstände notwendig ist — und ein energischer Kampf um ihre Durchsetzung besonders geboten — allein schon um Sturm zu laufen gegen die Gewöhnung an eine weitverbreitete Nacharbeit der verschiedenen Arbeiterkategorien, die durch den geltenden Schutz vor dem Kriege davon ausgeschlossen waren, darüber hinaus natürlich auch, um das generelle Verbot endlich zu erreichen.

Schneider will den Kampf gegen die Schäden der Nacharbeit gerichtet wissen, nicht gegen die Nacharbeit an sich. Ja, was heißt denn das? Die Arbeit während der Nacht bringt eben jene Schädigung der Arbeitenden in gesundheitlicher, kultureller und sozialer Beziehung, und wir wollen sie beseitigen durch ein Verbot der Nacharbeit. Das Fehlen des Sonnenlichts bei der Arbeit schädigt den gesamten Organismus, beeinträchtigt seine Blutbildung, sein Nervensystem, sein Augenlicht, erzeugt Appetitlosigkeit und führt in der Folge zur Unterernährung und anderem mehr. Das sind Schäden der Nacharbeit, die die Gesundheit untergraben. Dazu kommt das Fehlen eines tiefen, ruhigen Schlafes, der am Tage nicht in gleichem Maße wie in der Nacht möglich ist, selbst wenn der Schlafraum völlig dunkel gemacht wird; das Hereindringen der Geräusche von außen, namentlich in

den Großstädten, dazu die Geräusche in den Wohnungen, insbesondere in engen, überfüllten Wohnungen kinderreicher Arbeiterfamilien, machen einen ungehörten Schlaf am Tage zur Unmöglichkeit.

Wie sehr das Familienleben, die soziale Betätigung und der kulturelle Aufstieg der Nachtarbeiter beeinträchtigt werden, brauche ich hier nicht im einzelnen nachzuweisen, das sind Dinge, die allgemein bekannt sind.

Selbstverständlich werden diese Schäden vergrößert, je länger die Nachtarbeit ausgedehnt wird, sie werden aber nicht beseitigt durch eine Verkürzung der Nachtarbeit, sondern nur gemildert, denn diese Schäden liegen im Wesen der Nachtarbeit und werden erst mit ihrer generellen Beseitigung verschwinden.

In erhöhtem Maße zeigen sich die schädlichen Einwirkungen der Nachtarbeit auf den noch unentwickelten Körper der Jugendlichen und auf den anders gearteten Organismus der Frauen; und da die letzteren die Träger der kommenden Generation sind, wirkt die Beeinträchtigung ihrer Gesundheit fort und trifft den Nachwuchs, die Zukunft der Arbeiterklasse, ja der ganzen Menschheit. Das sind allgemein bekannte Tatsachen; wenn ich sie hier trotzdem anführe, so deshalb, weil mir scheint, diese Tatsachen müsse man sich gegenwärtig besonders vor Augen halten bei der Beurteilung der Frage: Ist ein generelles Verbot der Nachtarbeit in absehbarer Zeit zu erreichen?

Schneider verneint diese Frage, will aber doch ein Verbot der Nachtarbeit für Frauen, Jugendliche, alte und schwächliche Arbeiter durchgeführt wissen. Bei der Tatsache, daß weibliche und jugendliche Arbeiter gegenwärtig — und nach dem Kriege sicherlich nicht weniger — einen sehr hohen Prozentsatz der Gesamtarbeiterschaft bilden, und bei dem weiteren Umstand, daß gerade die für die Produktion wichtigsten Betriebe sehr stark mit Frauen und Jugendlichen durchsetzt sind, scheint mir ein generelles Verbot der Nachtarbeit nie aussichtsvoller gewesen zu sein als nach dem Kriege. Und zwar international, denn die gewaltige Zunahme der Frauenerwerbsarbeit und der Industrialisierung der Jugendlichen ist eine internationale Erscheinung. Es wäre nicht das erste Mal, daß der gesetzliche Schutz der Frauen und Jugendlichen bahnbrechend für den Schutz der menschlichen Arbeitskraft überhaupt wurde!

Voraussetzung für die Durchsetzung unserer Forderung wäre freilich, daß wir grundsätzlich an ihr festhalten, daß wir all die gesundheitlichen, familiären, sozialen und kulturellen Gründe, die für sie sprechen, scharf herausarbeiten und die Forderung selbst mit in den Vordergrund unserer Agitation und unseres Kampfes rücken.

Schneider prophezeit uns von einem Verbot der Nachtarbeit stärkere Widerstände gegen die Verkürzung der Arbeitszeit.

Er ist deshalb bereit, das generelle Verbot der Nachtarbeit preiszugeben, um zunächst für die jetzt in der Metallindustrie, der chemischen Industrie, der Zucker- und Papierfabrikation übliche Zwölfstundenschicht — als Tag- und Nachtarbeit — die Dreiteilung des Tages: die Achtfundenschicht einzuführen. Aber nur zunächst.

»Darüber hinaus soll für alle Betriebe mit durchgehender Arbeitszeit die Vierteilung des Tages, die Sechsstundenschicht gefordert werden. Solange diese nicht eingeführt ist, müsse die Nachtschicht durch Einlegung von Pausen entsprechend verkürzt werden. Betriebe, in denen die Arbeit besonders anstrengend oder mit besonderen Gefahren verbunden ist, müßten zur sofortigen Einführung der Sechsstundenschicht gezwungen werden.«

Wenn man's so hört, könnt's leidlich scheinen. Aber wie sehen denn die Dinge in der Praxis aus! So Zug um Zug, wie Schneider es hier schildert, machen Arbeiter und Unternehmer sich doch gegenseitig keine Zugeständnisse. Verzichteten wir grundsätzlich auf ein Verbot der Nachtarbeit, so werden die Unternehmer davon

schmunzelnd Kenntnis nehmen, aber keineswegs zur Einführung der Acht- oder gar Sechsstundenschicht sich bereit erklären. Vielleicht werden sie gar höhnen und sagen, was wir ihnen denn für ein solches Zugeständnis, das sie uns machen sollen, zu bieten hätten; ein Verbot der Nacharbeit bestehe ja nicht generell, der Verzicht auf ein solches Verbot bedeute für sie durchaus keine Realität, sei nur ein ideelles Zugeständnis ohne praktischen Wert. Während die Einführung der Acht- bzw. Sechsstundenschicht, die doch unbedingt von einer bedeutenden Lohnerhöhung begleitet sein müßte, um den Arbeitern mindestens das gleiche Einkommen wie bei der längeren Schicht zu sichern, etwas sehr Reales darstelle. Von der notwendig werdenden Lohnerhöhung bei Einführung der Acht- und der Sechsstundenschicht spricht Schneider überhaupt nicht, ich darf aber wohl annehmen, daß er in dieser Frage durchaus meiner Ansicht ist. Bei den ungeheuren Steuerungspreisen aller Verbrauchsgegenstände wäre eine andere Regelung, eine Beibehaltung der alten Stunden- und Akkordlöhne eine glatte Unmöglichkeit. Hält Schneider es für möglich, in absehbarer Zeit die Sechsstundenschicht — immer natürlich bei entsprechender Erhöhung der Löhne — für die wichtigsten Industriezweige zu erreichen, wenn das Verbot der Nacharbeit für die gesunden, vollkräftigen Arbeiter preisgegeben wird, so ist nicht einzusehen, warum es nicht gelingen sollte, bei einem generellen Verbot der Nacharbeit, durch das die Widerstandskraft der Arbeiter erheblich gestärkt würde, die Zerteilung der verfügbaren vierzehn Tagesstunden, die Siebenstundenschicht für alle industriellen Arbeiter und Arbeiterinnen durchzuführen.

Reicht die Macht der Arbeiter hin, das erstere zu erkämpfen, so wird sie sicher ausreichend sein — bei vermehrtem gesellschaftlichen Schuß —, den Siebenstundentag zu erobern. Und das wäre ein Fortschritt in der Sozialpolitik, der nicht nur den Arbeitern, sondern der gesamten Volkswirtschaft zugute käme. Es würde eine Erweiterung der Produktion erzielt unter weitgehender Rücksichtnahme auf Leben und Gesundheit der Arbeitenden. Neben der schädlichen Nacharbeit wäre die Überarbeit am Tage beseitigt, die Leistungsfähigkeit der Arbeiterschaft gestärkt, gleichzeitig aber auch ihre Widerstandskraft gegen das Kapital, wohingegen jetzt überall, wo drei Achtschichtsysteme eingeführt sind, um die Maschinen voll auszunutzen, Frauen und Jugendliche mit zur Nacharbeit herangezogen werden. Und so würde es auch nach dem Kriege in der Praxis werden, wollten wir unter Verzicht auf ein generelles Verbot der Nacharbeit vier Sechsstundenschichten durchgeführt wissen.

Ohne daß Frauen und Jugendliche zur Nacharbeit herangezogen würden, wären gar nicht die nötigen Arbeitskräfte vorhanden, um innerhalb 24 Stunden viermal die Schicht wechseln zu können.

Schneider will aber mit der Einführung der vier Schichten in 24 Stunden eine starke Vermehrung der Produktion und ihre Verbilligung erreichen.

Und damit sind wir bei dem eigentlichen Kern der Streitfrage angekommen.

Hätten wir nur schlechthin zu untersuchen, wie eine Erweiterung der Produktion möglich ist, oder hätten wir diese Frage für ein sozialistisches Gemeinwesen zu untersuchen, würden wir alle uns bald einig sein. Würde ein sozialistisches Gemeinwesen aus irgendwelchen Gründen sich in einer wirtschaftlichen Notlage befinden, ähnlich der unrigen, da könnten wir für diesen Notfall die Schneiderschen Vorschläge restlos akzeptieren; denn sobald der allgemeine Warenhunger gestillt wäre, würde die Nacharbeit und der viermalige Schichtwechsel wieder fortfallen können, weil die Bedürfnisse der Gesamtheit gedeckt wären und die Rücksicht auf das Wohlergehen und die Interessen der Gesamtheit als regelndes Prinzip der Produktion dies erfordern.

Ganz anders bei der kapitalistischen Ordnung der Dinge. Hier ist es das Gewinninteresse des Kapitals, das überall als treibender Keil sich erweist. Das

Wertgesetz, das bei freier Konkurrenz sich überall durchsetzt, regelt die Produktion. Es erscheint aber auch, gleichsam hinter dem Rücken der Arbeiter, als Macht, die sie beherrscht, die ihr ganzes Leben als Arbeiter regelt. Nach dem Wertgesetz wird der Wert der Ware — auch der Ware Arbeitskraft — nach der zu ihrer Herstellung gesellschaftlich notwendigen Arbeitszeit bemessen. Diese gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit wird aber bekanntlich durch eine ganze Reihe von Faktoren bestimmt. Jede Veränderung eines dieser Faktoren ist für die Arbeiterschaft von der weittragendsten Bedeutung. Bei unserem Bestreben, einen dieser Faktoren zu verändern, haben wir uns deshalb vor allen Dingen zu fragen, wie diese Veränderung auf die Arbeiter wirkt und ob sie einen Fortschritt in der technischen Entwicklung darstellt.

Zwei Beispiele mögen das erläutern. Wird die in der Gesellschaft erreichte Höhe der Technik in einem Arbeitszweig geändert durch die Neuverfindung arbeitssparender Maschinen, so bedeutet das für eine Anzahl Arbeiter zunächst Arbeitslosigkeit und Lohndruck, die jedoch mit der Zeit wieder ausgeweht werden können und die heute, unter der Herrschaft des Krieges, in Kauf genommen werden müssen, mit Rücksicht auf den erzielten technischen Fortschritt.

Wird dagegen die durchschnittliche Produktivität der Arbeiter erhöht durch die Einführung des Taylorsystems oder, wie Schneider vorschlägt, durch die allgemein eingeführte Nacharbeit für Männer, so sind das Methoden, die, jede in ihrer Art, zwar die Produktemenge in einem gegebenen Zeitraum erhöhen, die jedoch eine schwere dauernde Schädigung der Arbeiterschaft an Leben und Gesundheit bedeuten, nicht nur eine vorübergehende ihrer ökonomischen Lage, ohne daß dabei der geringste technische Fortschritt erzielt würde. Im Gegenteil! Die technische Entwicklung würde hintangehalten, wenn das Gewinnstreben der Unternehmer auf andere Weise, durch den täglichen Vierschichtwechsel glänzend befriedigt wird. Diese Erfahrung ist wiederholt, zum Beispiel in der Konfektionsindustrie gemacht worden. Solange in überreichem Maße billige Arbeitskräfte zu haben waren, dank der schandbar niederen Löhne in der Heimarbeit, haben arbeitssparende Maschinen, trotzdem sie erfunden waren und in einigen großen Fabriken sich glänzend bewährt hatten, wenig Eingang gefunden. Deshalb darf der jetzt vorhandene Warenhunger nach Produktionsmitteln nicht abgeschwächt werden durch die Einführung eines vierfachen Schichtwechsels bei der Produktion von Konsumartikeln, sondern er muß zu einem scharfen Antrieb für unsere Ingenieure, für die Erfinder in der Technik und Wissenschaft werden, um uns schnellstens mit verbesserten, arbeitssparenden Maschinen zu versehen. Und das ist um so leichter möglich, weil die Produktion der Produktionsmittel die Domäne der Riesenbetriebe in der Eisenindustrie, dem Bergbau usw. Hier ist das Kapital akkumuliert, und die Unternehmer sind vertrautet und syndiziert.

Schneider, der selbst sehr schön schildert, daß die Technik die sicherste Helferin ist, die Ergiebigkeit der menschlichen Arbeit am erfolgreichsten zu steigern, zieht aus dieser Erkenntnis aber nicht die allein richtige Konsequenz, sondern bricht plötzlich ab und macht eine Berechnung, wie durch »volle Ausnutzung« der Maschinen die Produktionskosten verbilligt würden. Wissell ist dieser Auffassung bereits treffend entgegengetreten durch das angeführte Margzitat (S. 549). Im einzelnen das Unrichtige der Schneiderschen Auffassung nachzuweisen, fehlt es hier an Raum. Nur auf eines möchte ich Schneider hinweisen, nämlich, daß er an dieser Stelle seines Artikels einen sehr wichtigen Faktor der Wertbestimmung der Waren völlig außer acht gelassen hat: die Menge der Produkte, die der gesellschaftliche Bedarf von den einzelnen Arbeitszweigen verlangt und die durch Angebot und Nachfrage geregelt wird. Geseht den Fall, es wäre möglich, in vier Schichten täglich arbeiten zu lassen, so würden die erzeugten Produkte so lange nicht um einen Pfennig billiger werden, solange die Nachfrage nach ihnen eine stürmische bleibt. Erst wenn das Angebot der Nachfrage die Wage hält oder sie übersteigt, werden die Preise sinken,

nicht aber, weil die Maschinen voll ausgenutzt werden und deshalb die Produktionskosten sinken. Wohl aber würden die Kapitalgewinne rapid steigen und gleichzeitig die Macht der einzelnen Unternehmer oder der Unternehmerkonzerne über die Arbeiter; also die wirtschaftliche Abhängigkeit der Arbeiter würde zunehmen, um so mehr, weil es weit schwieriger ist, daß die Arbeiter vier verschiedener Schichten sich verständigen zum Zwecke eines gemeinsamen Ringens als die Arbeiter zweier Schichten.

Gerade angesichts der Verhältnisse, wie sie sich durch den Krieg gestaltet haben: wo wir mit stark verminderten Arbeitskräften und verminderten Produktionsmitteln zu rechnen haben, wo der Anhäufung und Zusammenfassung des Kapitals und der rapiden Zunahme der Verkrustung, der Kartellierung und Syndizierung der Betriebe die Vernichtung vieler Klein- und Mittelbetriebe gegenübersteht, darf unsere Parole nicht lauten: Fort mit dem Verbot der Nachtarbeit! und: Her mit einem vierfachen täglichen Schichtwechsel!

Sie muß vielmehr lauten: Her mit dem Verbot der Nachtarbeit, her mit der Einführung einer doppelten Siebenstundenschicht in den Tagesstunden und der entsprechenden Lohnerhöhung für die Arbeiter! Die Erfüllung dieser Forderungen wäre ein großer sozialpolitischer Fortschritt, der gleichzeitig die Arbeiter für die Erfüllung ihrer geschichtlichen Aufgabe stärkt. Volkswirtschaftlich ist sie das beste Mittel, die Produktion zu steigern und die technische Entwicklung zu fördern.

Verschwendung und Wirtschaftlichkeit in der Bevölkerungspolitik.

Von August Freudenthal.

Es ist ein alter Aberglaube, der leider auch in unseren Reihen noch zahlreiche Anhänger und Nachbeter findet, daß nämlich ein gesunder Bevölkerungszuwachs nur durch eine hohe Geburtenzahl, durch eine hohe Geburtenziffer zu erreichen sei. Und nichts ist falscher als das. Das sollen die nachfolgenden Ausführungen beweisen.

In einigen diesem vorausgehenden Artikeln¹ ist gezeigt worden, warum der Geburtenrückgang eintrat und weshalb die Geburtenziffer weiter sinken muß. Es ist also eine Steigerung des Geburtenüberschusses, des Überschusses der Geburten über die Sterbefälle, des natürlichen Bevölkerungszuwachses nicht infolge Steigens der Geburtenziffer gegenüber der Zeit vor dem Kriege zu erwarten, sondern nur durch eine Abnahme der Sterblichkeit, ein Herabdrücken der Sterbeziffer.

Allerdings ist es eine uralte Weisheit, ein bekanntes Rechengemmel, daß wenn der Geburtenüberschuß der Überschuß der Geborenen über die Gestorbenen ist, dieser Überschuß durch eine Vermehrung der Zahl der Geborenen oder durch eine Verminderung der Zahl der Sterbefälle erreicht werden kann. Das Geheimnis ist nur, daß eine hohe Geburtenziffer auch in Ländern ohne irgendwelche Spuren von Sozialpolitik anzutreffen ist, ja daß sie dort am höchsten zu sein pflegt, am allerhöchsten dort, wo die anspruchloseste, rückständigste Bevölkerung vorhanden ist. Dieser hohen Geburtenziffer steht aber auf der anderen Seite stets auch eine hohe Sterbe-

¹ »Frauenarbeit und Volksvermehrung«, 35. Jahrgang, 1. Band, S. 626 ff., 2. Band, S. 311: »Niedriges Einkommen, Frauenarbeit und Geburtenrückgang«, S. 383: »Frauenarbeit und Frauensterblichkeit«, S. 454: »Die Ursachen des Geburtenrückgangs vor dem Kriege«, S. 527: »Nochmals Frauenarbeit und Volksvermehrung«.

ziffer gegenüber, deren Hauptursache die abnorm hohe Säuglingssterblichkeit, Kindersterblichkeit und allgemeine Durchschnittsterblichkeit ist. Trotzdem ist in solchen Ländern der Geburtenüberschuß meist höher als in den übrigen Ländern. Das verleitet die Bevölkerungspolitiker zu der Annahme, daß diese Vergeudung von Menschenkraft ein großer Vorteil sei, weil eben dadurch ein höherer Geburtenüberschuß erzielt würde. Sie wissen auch, daß dasselbe Ziel durch Haushalten mit der Volkskraft erreicht werden kann: durch Herabdrückung der Sterbeziffer, doch sie wissen auch, daß dies eine große Aufwendung von öffentlichen Mitteln erfordert würde und eine Einschränkung des Profits, da es eine Sozialisierung des Staates voraussetzt, die nur unter Zuhilfenahme einer Demokratisierung der Verfassung zu erreichen ist.

Die nachfolgende Zusammenstellung, die nach der Höhe der Sterbeziffern gruppiert wurde, ermöglicht einen Überblick über den Zusammenhang zwischen hohem Geburtenüberschuß, Geburten- und Sterbeziffer (ohne Totgeburten) und Säuglingssterblichkeit. Sämtliche Ziffern sind nach den Angaben des Statistischen Jahrbuchs für 1914 berechnet und beziehen sich auf 1000 Einwohner.

	Lebend- geburten	Sterbe- fälle	Geburten- überschuß	Säug- lingssterb- lichkeit
Ungarn 1911	35,0	25,1	9,9	7,2
Rumänien 1912	43,4	22,9	21,5	9,1
Österreich 1911	31,5	22,0	9,5	6,5
Deutschland 1912	28,3	15,6	12,7	4,2
Niederlande 1912	28,1	12,3	15,8	2,4
Australischer Staatenbund 1912	28,7	11,2	17,5	2,1
Neuseeland 1912	26,5	8,9	17,6	1,3

Die Zahlen sprechen für sich. Es ist ein hoher Geburtenüberschuß nicht nur in Ländern mit hoher Geburtenziffer möglich, sondern auch in solchen mit niedriger Geburtenziffer, wenn nur die Sterbeziffer entsprechend herabgedrückt wird, insbesondere auch die Säuglingssterblichkeit. Das zeigen der australische Staatenbund und Neuseeland, Länder mit am weitesten ausgebildeter demokratischer Verfassung, mit achtfündigem Normalarbeitstag und einem gesetzlich festgelegten Minimallohn für Arbeiter. Die Ausanwendung ergibt sich ohne weiteres. Der Vergleich läßt sich auch noch weiter durchführen. Wir haben in Deutschland zwei Bezirke, die — zusammen genommen — fast denselben durchschnittlichen Geburtenüberschuß aufweisen wie der australische Staatenbund und Neuseeland zusammen genommen: Rheinland und Westfalen. Die Verhältnisse liegen auch für einen Vergleich deshalb günstig, weil es sich um zwei Provinzen mit relativ guten Einkommensverhältnissen der Arbeiterschaft handelt, da Bergbau und Schwerindustrie vorherrschen. Gleichzeitig verzeichnen Rheinland und Westfalen einen Männerüberschuß, wie auch Australien und Neuseeland, die Geschlechtsgliederung ist also eine ähnliche. Nun zu unserem Beispiel.

Auf 1000 Einwohner kamen im Jahre 1912:

Im Durchschnitt in	Lebend- geburten	Sterbe- fälle	Geburten- überschuß	Säug- lingssterb- lichkeit
Rheinland und Westfalen	31,7	14,2	17,4	3,8
Australien und Neuseeland	27,6	10,0	17,5	1,7
Rheinland und Westfalen (mehr +, weniger -)	+4,1	+4,2	-0,1	+2,1

Trotz der höheren Geburtenziffer bleibt also der durchschnittliche Geburtenüberschuß in den ersteren Bezirken niedriger infolge der höheren Sterbeziffer! Und

dieser Sterblichkeitsüberschuß gegenüber Australien beruht zur Hälfte schon auf der größeren Säuglingssterblichkeit!

Nun ist im Reichsdurchschnitt die Geburtenziffer und der Geburtenüberschuß niedriger, die Sterbeziffer und die Säuglingssterblichkeitsziffer höher als in Rheinland-Westfalen, wie weiter oben schon gezeigt wurde. Und doch sind Sterbe- und Säuglingssterblichkeitsziffer seit 1901 ständig gesunken, erstere um 5, letztere um 3,3 pro 1000 Einwohner. Der Rückgang der Sterblichkeit beruhte also in der Hauptsache auf dem Rückgang der Säuglingssterblichkeit.² Und doch ist diese noch eine recht erhebliche. Während auf 1000 Einwohner im Jahre 1912 überhaupt ohne Totgeborene 15,6 Sterbefälle kamen, entfielen davon 4,2 auf die Säuglingssterblichkeit und 1,8 auf die Kindersterblichkeit im Alter vom 1. bis vor Vollendung des 15. Lebensjahres. Die Kindersterblichkeit betrug also, zusammengenommen, 6 pro 1000 Einwohner, wovon nur 1,1 an angeborener Körperschwäche und infolge Bildungsfehlern starben. Der Rest von 4,9 pro 1000 Einwohner (325 012) war also lebensfähig! Von diesen starben 1,2 am Darmkatarrh, also infolge falscher Ernährung oder Fehlens gesunder Nahrung. Nach Abzug der Kindersterblichkeit blieben noch 9,6 Sterbefälle Erwachsener übrig. Davon starben infolge Altersschwäche 1,7. Es blieben somit 7,9 Sterbefälle pro 1000 Einwohner, von denen noch 0,1 auf Folgen von Geburt und Schwangerschaft und auf Kindbettfieber zurückzuführen sind und 1,5 auf Tuberkulose. Es blieben nun noch 6,3 Sterbefälle. Zählt man zu diesen die Sterbefälle infolge angeborener Körperschwäche (1,1) und Altersschwäche hinzu (1,7), so käme man auf eine Sterbeziffer von 9,1 pro 1000 Einwohner, die noch um 0,3 höher als die von Neuseeland ist!

Die Reduzierung der Sterblichkeit auf diese Ziffer wäre also schon durch Beschränkung der Kindersterblichkeit auf die unvermeidlichen Fälle durch energische Bekämpfung der Tuberkulose und Ausschaltung der Sterblichkeit infolge Geburt und Schwangerschaft erreichbar. Ja, die Sterblichkeit könnte durch energische Bekämpfung der Krankheitsursachen und Verbesserung der Lebensbedingungen für die Mehrheit der Bevölkerung auf ein Minimum herabgedrückt werden, mindestens aber auf den Stand, den schon 1912 Neuseeland erreicht hatte: 8,9 Sterbefälle auf 1000 Einwohner. Auch dann hätte Deutschland, wäre auch inzwischen die Geburtenziffer auf 21,6 gesunken, noch immer einen Geburtenüberschuß von 12,7 pro 1000 Einwohner (also wie 1912) zu verzeichnen.

Das Kind, das zwecklos ins Leben gesetzt wird, um nach kurzer Zeit wieder ins Nichts zurückzukehren, die Schwächung seiner Mutter, die sich zwecklosem Gebären ausgesetzt wird, bedeuten einen Verlust an Kraft für die Gesamtheit. Die Aufgabe jedes Kulturvolkes sollte die Erhaltung der Kraft der Lebenden und die Steigerung ihrer Lebensfähigkeit sein. Weitestgehender Schutz für Mutter und Kind und alle wirtschaftlich Schwachen sind mehr wert als das Trachten nach möglichst hohen Geburtenziffern, wenn damit nicht der Wille und die Tat verbunden werden, nun auch den Geborenen den Weg zur Menschenentwicklung zu ebnen und ihnen die Lebensbedingungen zu schaffen, unter denen sie zu leben imstande sind. Polizeimaßregeln zur Hebung der Geburtenziffer sind vollkommen wertlos, wenn man nicht die wirtschaftlichen Bedingungen schafft, unter denen eine Geburtenzunahme gegenüber der Zeit vor dem Kriege nicht ganz ausgeschlossen ist. Weit wichtiger ist unter allen Umständen die Herabdrückung der Sterbeziffer, wodurch derselbe Zweck erreicht werden kann. Sie ist aber nur durch eine radikale Sozialisierung und Demokratisierung der Gesellschaft zu erreichen. Ob man diesen Weg beschreiten wird?

² Die Zahl der Sterbefälle ging von 1901 bis 1912 um 144 740, die Zahl der gestorbenen Kinder im ersten Lebensjahr um 144 052 zurück, die sonstige Sterblichkeit also nur um 688.

Die Neue Zeit

Wochenschrift der Deutschen Sozialdemokratie

2. Band Nr. 26

Ausgegeben am 28. September 1917

35. Jahrgang

Nachdruck der Artikel nur mit Quellenangabe gestattet

Die Sozialdemokratie und die Einmischungsfrage.

Von Ed. Bernstein.

Die Antwort des Präsidenten Wilson auf die Friedensnote des Papstes enthält Sätze, die so aufgefaßt werden können, als ob die Regierung der Vereinigten Staaten für keinen Frieden mit Deutschland zu haben sei, solange die politische Verfassung Deutschlands nicht im Sinne der Demokratie abgeändert ist und die jetzigen Regierer durch andere ersetzt sein werden. Die wichtigsten dieser Sätze lauten:

Das Ziel dieses Krieges ist, die freien Völker der Welt von der Bedrohung durch eine gewaltige Militärmacht, die von einer unverantwortlichen Regierung geführt wird, zu befreien. . . . Diese Macht ist nicht das deutsche Volk, sie ist die unbarmherzige Gebieterin des deutschen Volkes.

Es ist nicht unsere Sache, wie jenes große Volk unter ihre Gewalt gekommen ist oder sich mit zeitweiliger Bereitwilligkeit der Herrschaft ihrer Ziele unterworfen hat. Aber es ist unsere Sache, daß die Geschichte der übrigen Welt nicht länger von der Ausübung dieser Macht abhängig bleibt. Sich mit einer solchen Macht nach dem Vorschlag Seiner Heiligkeit auseinanderzusetzen, würde, soweit wir sehen können, bedeuten, daß sie ihre Kraft wiedergewänne, ihre Politik erneuerte. . . . Wir können das Wort der gegenwärtigen Beherrscher Deutschlands nicht als Bürgschaft für irgend etwas annehmen, was dauerhaft sein soll, wenn es nicht durch den beweiskräftigen Ausdruck des Willens und der Absicht des deutschen Volkes selbst unterstützt wird, so daß die anderen Völker der Welt gerechtfertigt wären, es anzunehmen. Ohne solche Bürgschaften kann kein Volk sich abhängig machen von geheimen Ausgleichsverträgen, von einem Abkommen über eine Abrüstung, von Verträgen, um Schiedsgerichte an die Stelle der Gewalt zu setzen, von Gebietsregelungen und Wiederherstellung der kleinen Nationen, wenn solche mit der deutschen Regierung abgemacht würden.

Verschiedentlich hat man aus diesen Sätzen sogar die Forderung der Absetzung der Hohenzollern herausgelesen. Daß sie diesen Sinn hätten, ist indes von der Regierung in Washington in Abrede gestellt worden. Sie würden aber sinnlos sein, wenn sie nicht wohlüberlegt auf eine radikale Änderung des deutschen Regierungssystems und der Zusammensetzung der Regierung Deutschlands abzielten. Kein Wunder daher, daß sie von den Anhängern dieses Regierungssystems mit Ausdrücken der Entrüstung oder des Hohnes als freche, jeder Berechtigung entbehrende Einmischung in innere Angelegenheiten der deutschen Nation zurückgewiesen wurden. Aber auch die meisten bürgerlichen Gegner des Systems hielten es für nötig, zu erklären, daß sie jeden Versuch, von außen her politische Änderungen in Deutschland zu erwirken, als unstatthafte Einmischung zurückweisen müßten. In der Mehrheitsfraktion der deutschen Sozialdemokratie machten sich zwei stark unterschiedene Strömungen bemerkbar. Diejenigen, denen bei der Politik des 4. August unbehaglich zu werden beginnt oder die wenigstens nicht um

ihretwillen die politischen Grundsätze der Partei rundweg abschwören mögen, suchten, der »Vorwärts« voran, die Wilsonsche Note so auszulegen, als ob sie nicht viel anderes wolle, als was der Block der Mitte und mittleren Linken des Reichstags ohnehin erstrebe. Andere dagegen, die ihre politische Belehrung aus der Internationalen Korrespondenz und Geistesverwandten beziehen, stimmten in die Proteste der bürgerlichen Parteien ein, wobei einige von ihnen sich im Ton mehr den Alldeutsch-Nationalliberalen als den Liberalen demokratischer Richtung annäherten. Qui se ressemble, s'assemble, sagen die Franzosen, wofür wir im Deutschen das derbere Sprichwort haben: Gleich und gleich gefellt sich gern.

Diese und andere Gegensätze in der Mehrheitsfraktion sind nach meiner Ansicht nicht gleichgültig, sondern einer eingehenderen Betrachtung wert. Zu einer solchen wird sich jedoch in einem anderen Zusammenhang Gelegenheit bieten. Hier soll uns zunächst die Frage beschäftigen, wie die Sozialdemokratie Versuche, vom Ausland her in die inneren Verhältnisse des eigenen Landes einzugreifen, grundsätzlich zu beurteilen hat. Steht die Sozialdemokratie auf dem Standpunkt der unbedingten Souveränität der Staaten, kann sie für die Nation ein Recht beanspruchen, das sie den Individuen bestreitet?

Die Frage stellen, heißt sie beantworten. Die unbedingte Selbstherrlichkeit der Staaten ist mit der sozialistischen Gesellschaftsauffassung ebenso unvereinbar wie die unbedingte Selbstherrlichkeit der Individuen. Der Freiheitsgedanke im Sozialismus wurzelt in keiner Betrachtungsweise, welche die Menschen außerhalb des Zusammenhanges mit mehr oder weniger gegliederten Gesellschaften — Horden, Stämmen, Völkerschaften, Nationen — begreift und ihnen die Möglichkeit einer nicht rein tierischen Existenz außerhalb solcher Gesellschaft andichtet. Er fordert für die Individuen Freiheit von der Beherrschung durch andere Individuen oder Klassen von solchen, und von jedem nicht für alle nach gleichem Maßstab geltenden und auf demokratischem Wege als notwendig ermittelten Zwang, aber er anerkennt keine Unverbindlichkeit der Individuen der Gesellschaft gegenüber. Mit den durch die Natur der Dinge gebotenen Einschränkungen gilt das nun auch für die einzelnen Nationen oder Staatswesen der großen Allgemeinheit der Nationen gegenüber. Auch hier gibt es auf den vorgeschrittenen Stufen der Menschheitsentwicklung keine absolute Vereinzelung und daher auch keine absolute Unverbindlichkeit. Namentlich in unserem Zeitalter des entwickelten Weltverkehrs ist der Gedanke der unbegrenzten Handlungsfreiheit der einzelnen Nationen eine Ungeheuerlichkeit. So lose der Zusammenhang der Nationen auch noch ist, so geringen Anspruch er materiell noch auf den vielfach für ihn gebrauchten Namen Verband hat, so laufen doch so viel Fäden verschiedenster Art zwischen Nation und Nation, daß im Umkreis der Zivilisation keine von sich sagen könnte, was sie tue und lasse, berühre keine der anderen. Zwischen ihnen allen bestehen Verbundenheiten teils ideeller, teils materieller Natur, und diese Verbundenheiten übersehen sich im rechtlichen Verhältnis der Nationen zueinander in entsprechende Verbindlichkeiten oder Haftungen.

Die Sozialdemokratie hat das stets anerkannt. Die Forderung des Erfurter Programms der deutschen Sozialdemokratie: »Schlichtung aller internationalen Streitigkeiten auf schiedsgerichtlichem Wege« ist nur durch

den Hinweis auf diese Verbundenheit der Nationen zu begründen. Wäre eine solche nicht vorhanden, so wäre es eine reine Sache der Zweckmäßigkeit, des größeren oder geringeren nationalen Vorteils, ob Streitfragen zwischen Nation und Nation schiedsgerichtlich oder auf Grund des Rechtes des Stärkeren entschieden würden. Speziell in bezug auf die Arbeiterklasse stellt das Erfurter Programm deren internationale Verbundenheit mit folgenden Worten fest:

Die Interessen der Arbeiterklasse sind in allen Ländern mit kapitalistischer Produktionsweise die gleichen. Mit der Ausdehnung des Weltverkehrs und der Produktion für den Weltmarkt wird die Lage der Arbeiter eines jeden Landes immer abhängiger von der Lage der Arbeiter in den anderen Ländern. Die Befreiung der Arbeiterklasse ist also ein Werk, an dem die Arbeiter aller Länder gleichmäßig beteiligt sind.

Das Kommunistische Manifest, die Inauguralansprache und das Statut der alten Internationalen Arbeiterassoziation drückten sich nicht anders aus. Wenn insbesondere das Kommunistische Manifest sagt, daß mit der Entwicklung der Bourgeoisie, mit der Handelsfreiheit, dem Weltmarkt usw. »die nationalen Absonderungen und Gegensätze der Völker mehr und mehr verschwinden«, und als eine der ersten Bedingungen der Befreiung des Proletariats die »Vereinigte Aktion wenigstens der zivilisierten Länder« nennt, und wenn die Inauguraladresse es für »Pflicht der arbeitenden Klassen« erklärt,

selber die Mysterien der internationalen Staatskunst zu bemeistern, die diplomatischen Streiche ihrer Regierungen zu überwachen, ihnen nötigenfalls mit aller ihnen zu Gebote stehenden Macht entgegenzuarbeiten und, wenn außerstande, den Streich zu verhindern, sich zu gleichzeitiger öffentlicher Anklage zu verbinden und die einfachen Gesetze der Moral und des Rechtes zu proklamieren, welche ebensowohl die Beziehungen einzelner regeln als auch die obersten Gesetze des Verkehrs der Nationen sein sollten,

was verkünden sie damit anders als die internationale Verbundenheit der Völker, der sich kein Land ohne Verstoß gegen das Interesse aller entziehen kann?

Es heißt den Grundgedanken, die sich durch diese Sätze ziehen und in den Beschlüssen der älteren und der neueren internationalen Sozialistenkongresse wiederkehren, es heißt den Fundamentalgedanken des proletarischen Sozialismus, die diesen zu einer Weltauffassung erheben, den Abschied geben, wenn Leute, die sich noch Sozialisten nennen, im Verein mit den reaktionärsten und verbissensten Vertretern des kapitalistischen Staates die unbegrenzte Selbstherrlichkeit der eigenen Nation zum Dogma erheben.

Selbstverständlich ist es freilich eine Frage für sich, ob die Voraussetzungen, mit denen Präsident Wilson seine Forderung begründet, richtig sind oder nicht. Die Zulässigkeit seiner Äußerungen hierüber hängt davon ab, ob er für ihre Richtigkeit den Beweis liefern oder sich auf allgemein anerkannte Tatsachen stützen kann. Diese Tatsachenfrage ist jedoch für die grundsätzliche Frage des Rechtes, solche Forderung geltend zu machen, gleichgültig. Mein Recht, Privatpersonen oder Regierungen als gewalttätige Ruhestörer zu bezeichnen, muß ich durch den Tatsachennachweis erweisen. Mein Recht, für Schutzmaßnahmen gegen gewalttätige Ruhestörer einzutreten, ist unbestreitbar und sicherlich dann um so größer, wenn es sich um den Schutz ganzer Völker gegen Störer oder Bedroher des Friedens handelt.

Die Forderung, zum Schutze der Nationen gegen gewalttätige Ruhestörer in das Regierungssystem bestimmter Länder einzugreifen, ist übrigens durchaus nicht neu in der Geschichte. Sie wurde zum Beispiel gestellt und fand ihre praktische Verwirklichung, als im Jahre 1814 die verbündeten Regierungen Österreich, Preußen und Rußland zu ihrem Schutze dem besiegten Frankreich die Absetzung Napoleons I. und die Wiedereinführung des bourbonischen Regimes aufnötigten. Etwas später erhob die Heilige Allianz sie zum Grundsatz, der die Politik ganz Europas bestimmen sollte. Nur daß der Ruhestörer, gegen den sie jetzt geltend gemacht wurde, nicht ein erobersüchtiger Monarch, sondern das demokratische Emanzipationsstreben der Völker war und es sich nicht so sehr um die Ruhe dieser als um die der Fürsten und reaktionären Regierungen handelte. Im Namen der Heiligen Allianz entsandte 1822 das bourbonisch regierte Frankreich Truppen in das liberal-revolutionäre Spanien und half dort das klerikale Regiment unter Ferdinand VII. wiederherstellen.¹ Aber wir brauchen gar nicht auf hundert Jahre in der Geschichte zurückzugreifen, um aus Monarchien Beispiele für die Politik der Einmischung zu finden, noch ist es nötig, daran zu erinnern, daß um die Mitte des neunzehnten Jahrhunderts Nikolaus I. von Rußland als Hüter der Ordnung in Europa im Verein mit Staatslenkern Österreichs und Preußens deutschen Fürsten den Verfassungsbruch aufdiktierte. Unsere allerneueste Zeit hat uns ein viel klassischeres Beispiel geliefert. Das Ultimatum Österreich-Ungarns an Serbien vom 23. Juli 1914, das zum Signal für den Weltkrieg wurde, gipfelt in Forderungen, die eine Aufhebung oder Verletzung verfassungsmäßiger Rechte des serbischen Volkes und in einem Punkte Preisgabe der staatlichen Souveränität Serbiens bedeuteten. Die serbische Regierung sollte, obgleich die serbische Verfassung Pressefreiheit und Vereinsfreiheit verbürgt, bestimmte Blätter unterdrücken und bestimmte Vereine auflösen, und sie sollte ferner bei der verlangten Untersuchung gegen großserbische Verschwörungen österreichisch-ungarischen Beamten Teilnahme einräumen. Diese und ähnliche Forderungen des Ultimatum wurden von der deutschen Reichsregierung im Rundschreiben des Reichskanzlers an die kaiserlichen Botschafter in Paris, London und St. Petersburg vom 23. Juli 1914 mit dem Zusatz für »nur gerechtfertigt« erklärt, daß, falls die serbische Regierung die Forderungen ablehnen sollte,

¹ In Frankreich war diese Einmischung freilich sehr unpopulär. Liberale und Demokraten machten gar kein Hehl daraus, daß sie dem spanischen Revolutionsheer den Sieg über die französischen Waffen wünschten, und allerhand Franzosen, darunter der bekannte Republikaner Armand Carrel, traten in ein spanisches Freikorps ein, um gegen das Heer des eigenen Landes zu sechten. Carrel, der Offizier war, ward gefangen genommen, aber nicht als Landesverräter erschossen, sondern kam mit einem Jahr Gefängnis davon.

Betreiber der Expedition gegen Spanien war der bekannte Schönggeist Chateaubriand gewesen, der daraufhin in Frankreich Minister des Auswärtigen wurde. Vergl. darüber den Brief von Karl Marx an Friedrich Engels vom 26. Oktober 1854 (Briefausgabe, 2. Band, S. 45), der erbauliche Stellen aus Chateaubriands eigenen Schriften über die betrügerischen Manöver anführt, die letzterer angewandt hatte, um den Krieg zu erzwingen. Das schönste aber ist, daß Chateaubriand nach dem Sturze der Bourbonen gegen das Bourgeoiskönigtum Louis Philipps in Opposition trat und mit Carrel und anderen Republikanern Freundschaft schloß.

der österreichisch-ungarischen Regierung, will sie nicht auf ihre Stellung als Großmacht endgültig Verzicht leisten, nichts anderes übrigbleiben würde, als ihre Forderungen bei der serbischen Regierung durch einen starken Druck unter der Ergreifung militärischer Maßnahmen durchzusetzen, wobei ihr die Wahl der Mittel überlassen bleiben muß. (Deutsches Weißbuch vom 2. August 1914.)

Durchaus im Sinne dieser Bemerkungen erklärte die österreichisch-ungarische Regierung, als Serbien zwar die meisten, aber nicht alle ihre Forderungen unverzüglich zu erfüllen versprach und die restlichen zwei oder drei weiterer Verhandlung zu überweisen vorschlug, an Serbien den Krieg, und Deutschland ließ die Großmächte wissen, daß dieser Krieg lokalisiert bleiben müsse, das heißt keine Einmischung Dritter in ihn geduldet werden könne. Die Einmischung in das Verfassungsleben Serbiens wurde für zulässig, die Einmischung in einen Krieg für unerlaubt erklärt.

In bezug auf das letztere ist es nicht uninteressant, einen Satz aus Bernard Shaw's in der ersten Zeit des Krieges veröffentlichten Abhandlung »Der gesunde Menschenverstand und der Krieg« zu vernehmen. Shaw, der dort das Verhalten Sir Edward Grey's am Vorabend des Krieges sehr scharf kritisiert, erklärt doch, England habe, als Deutschland Frankreich mit Krieg überzog, gar keine andere Wahl gehabt, als diesem zu Hilfe zu kommen. Abseitsbleiben wäre ebenso dumm wie verächtlich gewesen.

Vom demokratischen Standpunkt aus würde es Hinnahme des Anspruchs ... (Deutschlands) heißen haben, in militäristischer Weise über die Welt zu verfügen. Vom international-sozialistischen Standpunkt aus würde es die Anerkennung der extrem-nationalistischen Anschauung heißen haben, daß die Angehörigen anderer Länder Fremde sind und es uns nichts angeht, wenn sie dazu übergehen, einander die Kehlen abzuschneiden. ... Es gab da keine Wahl. Wäre das Internationale Sozialistische Bureau das Auswärtige Amt, ein Jaurès an der Stelle von Sir Edward, Ramsay Macdonald Premierminister und Rußland Deutschlands und nicht unser Verbündeter gewesen, so würde das Resultat doch das gleiche gewesen sein: wir hätten das Schwert ziehen müssen, um Frankreich zu retten und Potsdam (das heißt den deutschen Militarismus) zu zerschmettern.

Shaw verschweigt natürlich nicht das besondere Selbstinteresse, das England daran hatte, Frankreich nicht im Stich zu lassen, läßt dieses Interesse vielmehr, der geschichtlichen Wahrheit gemäß, den Ausschlag geben. Aber das betrifft den speziellen Fall. Für die allgemeine Betrachtung ist er durchaus im Recht, wenn er den Standpunkt der Nichteinmischung in einen Krieg und Kriegspolitik als den Ausfluß »extrem-nationalistischer Anschauung« bezeichnet.

Man mag nun einwenden, Serbien sei ein Kleinstaat ohne Bedeutung für die Welt, Deutschland aber ein großes Reich ersten Ranges von hervorragender Bedeutung für den Weltverkehr, die Weltwirtschaft und das geistige Leben der Welt. Was man dem ersteren bieten könne, dürfe doch unmöglich schon deshalb dem letzteren gegenüber erlaubt sein. Indes das Völkerrecht, wie es bis dahin galt, unterscheidet nicht zwischen großen und kleinen Staaten, sondern nur zwischen souveränen Staaten und Staaten, die zu anderen in irgendeinem Abhängigkeitsverhältnis stehen, und staatsrechtlich war Serbien ebenjogut ein souveräner Staat wie Deutschland. Für die grundsätzliche Frage, die uns hier beschäftigt, ist daher der vorerwähnte Unterschied belanglos. Die Tatsache bleibt, daß in diesem Falle wie in den

anderen Fällen, auf die im vorstehenden verwiesen wurde, sehr konservative Regierungen sich das Recht zusprechen, aus Gründen sei es der allgemeinen oder der eigenen Sicherheit in die inneren Verhältnisse bestimmter Staaten sich einzumischen, Forderungen zu erheben, die in das Verfassungsleben dieser Staaten eingriffen, und Waffengewalt anzuwenden, wenn diesen Forderungen nicht entsprochen wurde.

In bezug auf den Fall Österreich-Ungarn gegenüber Serbien ist übrigens zu bemerken, daß, von Deutschland ganz abgesehen, nicht nur das damals konservative Rußland, sondern auch die liberal-demokratischen Staaten England und Frankreich Österreich-Ungarns Forderungen an Serbien nicht schlechthin verwarfen, sondern ihnen ein erhebliches Stück Berechtigung zuerkannten und Serbien, als dieses sich an sie wandte, anriefen, der Doppelmonarchie so weit entgegenzukommen, als es dies könne, ohne seine Souveränität preiszugeben. Edward Grey suchte sogar, als die Krisis sich zuspitzte, die Situation zulezt dadurch zu retten, daß er einen von dem weltklugen San Giuliano ausgegangenen Gedanken aufgriff und am 30. Juli 1914 einen Vorschlag machte, dessen Absicht war, eine Deklaration der Mächte herbeizuführen, auf Grund deren Serbien auch den Rest der österreichischen Forderungen erfüllen konnte, ohne der Form nach seine Souveränitätsrechte zu kompromittieren. Es hieß da (Stück Nr. 103 des Englischen Blaubuchs), »die Mächte würden prüfen, wie Serbien Österreich völlig Genüge leisten könne, ohne die souveränen Rechte oder die Unabhängigkeit Serbiens zu schädigen«, und der Gedanke war, daß Serbien bei Erfüllung der Forderungen Österreich-Ungarns sollte sagen können, es führe einen Auftrag Europas und nicht des einzelnen Staates Österreich-Ungarn aus.²

Damit wäre aber doch ein Loch in den Begriff der staatlichen Souveränität gerissen worden, wie dieser bis dahin gegolten hatte. Kein Schade, da dieser Souveränitätsbegriff eines der stärksten Hemmnisse der Ausbildung eines seinen Namen wahrhaft verdienenden Völkerrechts ist oder bisher war.

Es ist natürlich zweierlei, ob ein beliebiger Staat oder auch zwei das Recht haben sollen, einem dritten vorzuschreiben, wie er seine Gesetze daheim gestalten und anwenden soll, oder ob man dieses Recht einer Konferenz von Staaten zuerkennet, die auf Grund ihrer Zusammensetzung für befugt erachtet wird, als Schiedstribunal im Namen der Gesamtheit zu sprechen. Das Verwerfliche der Heiligen Allianz war nicht, daß sie durch ihre Verbindung von Staaten einen Rechtszustand für Europa schaffen und sicherstellen wollte. Es lag darin, daß dieser heilige Bund eine Verschwörung autokratischer Regierungen war, die Völker unter Vormundschaft zu halten, dem Streben nach demokratischer Selbstregierung und Freiheit des gedruckten und gesprochenen Wortes auf jede Weise entgegenzuwirken und einen Zustand der Verteilung der Länder aufrechtzuerhalten, dem nicht das Zusammengehörigkeitsgefühl und politische Bedürfnis der Bevölkerungen zugrunde lag, sondern dem Raub und Schacher von Machthabern die letzte Gestalt gegeben hatten.

Was Präsident Wilson proklamiert, ist das Gegenteil. Seine Antwort auf das päpstliche Rundschreiben behauptet, daß es sich für ihn darum handle, dem Selbstbestimmungsrecht der Völker zu seinem Rechte zu ver-

² Vergl. hierzu die Depeschen des englischen Botschafters in Rom Sir Rennel Rodd vom 27. und 28. Juli 1914 an Edward Grey.

helfen und die auswärtige Politik dem Einfluß unverantwortlicher und militaristisch gesinnter Elemente zu entziehen. Sie will als eine Kundgebung verstanden sein, die das ausdrückt, was alle Nationen fühlen, die heute gegen Deutschland im Kriege sind, und da diese Nationen drei Viertel der Kulturwelt ausmachen, hält sich Wilson für berechtigt, durch das Mittel dieser Antwort dem deutschen Volke eine Art Entweder — Oder zuzurufen: entweder ihr demokratisiert euch und erhaltet dann alsbald einen Frieden im Sinne des päpstlichen Rundschreibens, oder der Krieg geht bis zur völligen Erschöpfung weiter. Die darin eingeschlossene Einmischung in Deutschlands politische Verfassung soll nicht als Diktat eines einzelnen Landes gegen ein anderes, sondern als die Formulierung eines Mehrheitsbeschlusses der Kulturnationen hinsichtlich der Bedingungen eines künftigen friedlichen Zusammenlebens der Völker aufgefaßt werden.

Daß diese letztere Voraussetzung der Sache nach zutrifft, ist nicht zu bestreiten. Sie trifft den Punkt, in dem die Reden all der leitenden Politiker, Regierungsleute wie Oppositionelle, der Deutschland gegenüberstehenden Länder zusammenlaufen. In seiner zurückhaltenden, Gehässigkeiten meidenden Weise hatte es Edward Grey schon in seiner Unterredung mit dem Vertreter der »Chicago Daily News« vom 10. April 1916 ausgesprochen. Auf die Bemerkung des Amerikaners, Herr v. Bethmann Hollweg werfe England vor, es wolle »das einige und freie Deutschland vernichten«, antwortete Grey:

Solche Verrücktheit ist uns nie in den Sinn gekommen. Wir wollen nichts Verartiges, und Herr v. Bethmann Hollweg weiß, daß wir nichts Verartiges wollen. . . . Man kann durch fremde Gewaltherrschaft und Brutalität die Seele eines Volkes nicht töten. Wir denken nicht daran, uns auf ein so törichtes und wirkungsloses Vorgehen gegen ein anderes Volk einzulassen. Wir glauben, daß das deutsche Volk — wenn einmal die von den Alldeutschen gehegten Träume der Weltherrschaft zunichte gemacht worden sind — darauf bestehen wird, die Überwachung der Regierung selbst in die Hand zu nehmen; und darauf beruht die Hoffnung auf gesicherte Freiheit und nationale Unabhängigkeit in Europa. Denn eine deutsche Demokratie wird keine Kriege planen und anzetteln. . . .

Es braucht hier nicht erst auseinandergesetzt zu werden, daß und warum die formale Demokratie allein noch nicht die Garantie bietet, von der der frühere englische Staatssekretär hier spricht. Ihre Er kämpfung ist aber ein erster und unter bestimmten Verhältnissen unerläßlicher Schritt zur Erreichung dieses Zieles. Der Sache nach kann man also das Verlangen, das in Wilsons Note ausgesprochen wird, keinem Nichtdeutschen verargen. Aber auch wenn das Verlangen in Form einer Forderung an das deutsche Volk gestellt wird, als unerläßliche Bedingung für einen Friedensschluß, wäre es immer noch fraglich, ob sich vom Standpunkt des bisher in Geltung gewesenen Völkerrechts etwas dagegen einwenden ließe. Es hat kaum einen Friedensschluß gegeben, bei dem es ohne Abmachungen abging, die in das gegebene Gesetz des einen oder anderen der Vertragsschließenden eingriffen. Erinnern wir uns noch einmal des Pariser Friedens von 1814. Daß die damaligen Verbündeten den Franzosen erklärten, sie könnten mit Napoleon I. und dessen Kaisertum keinen Frieden schließen, sondern nur mit einem nicht-imperialistischen Frankreich, begegnete keinem starken Widerspruch, und wenn sie es dabei hätten bewenden und die Franzosen selbst ihre Verfassung

und Regierung ihres Landes hätten bestimmen lassen, statt ihnen beides aufzuzwingen, so würde nicht der zehnte Teil der Leute Napoleon I. zugelaufen sein, die sich jubelnd für ihn erklärten, als er im Frühjahr 1815 von Elba zurückkehrte, und vieles Abschlagen und anderes Unheil wäre der Welt erspart geblieben. Von Ähnlichem könnte daher selbst einem besiegten Deutschland gegenüber keine Rede sein. Wilsons Antwort stellt es dem deutschen Volke anheim, sich darüber schlüssig zu werden, ob es die Erkämpfung einer nichtimperialistischen Demokratie einer Fortdauer des Krieges ins Unabsehbare vorzieht. Gegen diese Fragestellung mag man alle möglichen sachlichen Einwände haben, grundsätzlich steht ihr nicht einmal das Völkerrecht in seiner bisherigen Gestalt gegenüber, geschweige denn das internationale Recht, wie es die Sozialdemokratie kraft ihrer Erkenntnis von der Verbundenheit der Völker und ihren demokratischen Rechtsbegriffen anstreben und ihrer Politik zugrunde legen muß.

Ein Nachwort zu den Kehereien.

Von H. Schneider.

Genosse Wissell leitet in Nr. 23 seine Entgegnung auf meine Kehereien mit der entrüsteten Frage ein, warum die Redaktion der Neuen Zeit solche Ansichten ohne verwahrende Fußnote aufgenommen habe. In dieser Frage liegt eine sehr scharfe Kritik meiner Darlegungen; zu meinem Glück rechtfertigt der Inhalt der Entgegnung die Befürchtungen nicht, die diese Einleitung bei mir erwecken mußte.

So einfach liegt das von mir angeschnittene Problem nun doch nicht, daß man es abtun könnte mit einer Handvoll Lesefrüchte, die nicht einmal sonderlich glücklich ausgewählt sind. Es ist aber doch nur ein Versuch mit untauglichen Mitteln, wenn Wissell Fragen, die die technisch-wirtschaftliche Entwicklung der letzten Jahrzehnte aufgeworfen hat und deren Lösung durch die Folgen des Weltkriegs ungemein erschwert, jedoch zugleich auch zu einer dringenden Notwendigkeit gemacht wird, mit beiläufigen Sätzen erledigen will, die vor mehreren Menschenaltern, also unter ganz anderen Verhältnissen, in einem ganz anderen Zusammenhang, zu einem ganz anderen Zwecke geschrieben wurden. Ich gehe deshalb auch auf diesen allzu wenig beweiskräftigen Teil der Wissellschen Entgegnung nicht ein, obwohl es nicht schwer sein würde, nachzuweisen, daß zum Beispiel die Ausführungen von Mary da, wo sie das hier in Rede stehende Problem überhaupt berühren, mehr für als gegen mich sprechen.

Will Genosse Wissell meine Irrtümer aufzeigen, so muß er sich schon selbst bemühen. Er muß meinen Gedankengängen folgen, meine Beweisführung prüfen, die Fehler meiner Schlüsse aufzudecken. Soweit er das in seinen Ausführungen versucht, will ich gern darauf eingehen; die geistigen Zwangsanleihen aber nehme ich nicht in Zahlung.

In der Grundfrage bin ich mit Wissell durchaus einig. Darin nämlich, daß die menschliche Arbeitskraft das wertvollste Wirtschaftsgut ist und daß wir dieses Gut in Zukunft mehr als bisher pfleglich behandeln müssen. Die Berufung auf die Potsdamer Regelung war also ebenso überflüssig wie der schüchterne Versuch, mir die »zwar nicht direkt ausgesprochene, aber doch aus den Darlegungen zu schließende Auffassung« zu unterstellen, als hielte ich eine noch stärkere Heranziehung und schärfere Ausnutzung der menschlichen Arbeitskraft, als sie jetzt Brauch geworden ist, für entschuldbar. Ich habe das Gegenteil so deutlich gesagt, wie es sich unter den heutigen Verhältnissen nur immer sagen läßt. Dagegen meint Genosse Wissell in einem späteren Abschnitt seiner Entgegnung, daß wir in Zukunft »kleine, wenn auch nur noch teilweise nutzbare Arbeitskraft brachliegen lassen können« — eine

Außerung, mit der sich, ohne böswillige Auslegung, die Heranziehung der zu 90 Prozent invaliden Arbeiter begründen läßt, also eine weit stärkere Heranziehung, als sie heute »durch Hunger und Hilfsdienstgesetz« erfolgt. Ich nehme selbstverständlich an, daß Wissell da für einen an sich richtigen Grundgedanken nur eine mißverständliche Form gewählt hat, sonst müßte ich ihm mit einem alten Volkswort sagen, daß er hinter dem Busche sitzt, hinter dem er mich sucht.

Auch über die gesundheitlichen und sonstigen Schäden der Nacharbeit urteile ich nicht wesentlich anders als Wissell. Nur bin ich der Meinung, daß diese Schäden zu einem wesentlichen Teil auf die lange Dauer der Nachtschicht zurückzuführen sind, also durch eine starke Verkürzung der Nachtschicht gemildert werden können. Auch muß ich in diesem Zusammenhang darauf verweisen, daß es einige besonders gelagerte Fälle gibt, in denen die Nacharbeit sogar gesundheitliche Vorzüge der Tagarbeit gegenüber hat. In Anilinfabriken sowie bei der Verarbeitung gewisser Stoffe in Sprengstoffabriken wird die Giftwirkung wesentlich gesteigert durch die Sonnenwärme an den heißen Sommertagen. Namhafte Hygieniker befürworten deshalb die Verlegung dieser Arbeiten in die kühleren Nachstunden. Ähnliche Erfahrungen haben den Verband der Maler veranlaßt, in einer vom 13. September 1916 datierten Eingabe an das Reichsgesundheitsamt zu fordern, daß gewisse Anstreicharbeiten, bei denen giftige Erbsäbstoffe verwendet werden, nur in Nachtschichten ausgeführt werden dürfen. Ähnliche Fälle ließen sich mehr anführen. Ich verweise hier nur darauf, um zu zeigen, daß ein starres Verbot der Nacharbeit sogar zu gesundheitlichen Schädigungen der Arbeiterschaft führen könnte.

Solche Ausnahmefälle ändern selbstverständlich nichts an der Tatsache, daß im allgemeinen die Nacharbeit der Gesundheit abträglicher ist als die Tagarbeit. Meine Ausführungen haben auch ganz und gar nicht den Zweck, einer Erweiterung der Nacharbeit das Wort zu reden. In keinem Satze befürworte ich eine solche. Ich erhebe nur Bedenken gegen ein vollständiges Verbot der Nacharbeit, richtiger gegen die Beschränkung der Nacharbeit auf solche Fälle, in denen sie technisch notwendig ist. Von einer solchen Beschränkung befürchte ich Schädigungen der Volkswirtschaft, besonders auch der Arbeiterschaft, die größer sind als der Nutzen, der damit verbunden ist oder davon erhofft wird.

Welche wirtschaftlichen Folgen würde die Begrenzung der Nacharbeit auf die Fälle haben, in denen sie technisch notwendig ist? Da gilt es, zunächst zu fragen, wo ist sie aus technischen Gründen notwendig? Diese Frage ist leichter gestellt als beantwortet. Manche Einrichtungen, Öfen und Maschinen in der modernen Industrie können nicht nach Belieben stillgelegt werden, müssen Tage, ja Wochen und Monate ununterbrochen in Betrieb bleiben, wenn sie überhaupt ihren Zweck erfüllen sollen. Hier ist die Nacharbeit technisch notwendig. Andere Maschinen und Einrichtungen wieder lassen sich wohl nach Belieben stilllegen, ihre Stilllegung würde jedoch ihre wirtschaftliche Nutzbarkeit beeinträchtigen, wenn nicht gar aufheben. In einem modernen Hüttenwerk würde das Verbot jeder Nacharbeit auch den Tagesbetrieb stilllegen, in einer Papierfabrik würde es nur zu einer, allerdings starken Erhöhung der Erzeugungskosten führen.

Die Forderung des Internationalen Gewerkschaftsbundes trägt der technischen Notwendigkeit Rechnung, jedoch nicht dem wirtschaftlichen Bedürfnis. Streng genommen ist das inkonsequent. Ist die Nacharbeit unter allen Umständen Raubbau an der menschlichen Arbeitskraft, ist es unzulässig, die Schäden der Nacharbeit gegen ihren Nutzen aufzurechnen, so muß die Nacharbeit überall und unter allen Umständen verboten werden, also auch dort, wo sie technisch notwendig ist. Dann muß eben — immer in Fortführung der Wissellschen Gedankengänge — die Technik hinter der Hygiene zurückstehen. Läßt sich aber die Nacharbeit mit Rücksichten auf die Technik rechtfertigen, so sehe ich nicht ein, wieso es ein unsühnbares Verbrechen sein soll, zu prüfen, ob sie nicht auch aus wirtschaftlichen Gründen zugelassen werden kann. Wobei noch hervorzuheben ist, daß sich hinter der technischen

Notwendigkeit meist das Interesse des privaten Kapitalisten verbirgt, während ich als wirtschaftliche Gründe ausdrücklich Allgemeininteressen angeführt habe.

Gegen meinen Vorschlag, statt Beseitigung der Nachtarbeit zunächst die Dreiteilung des Tages, die Achtstundenschicht zu fordern, macht Wissell geltend, es fehle uns nach diesem Kriege »das Menschenmaterial zur Besetzung dieser drei Schichten«. Einmal sei unsere Volkskraft durch den Krieg geschwächt, dann fehlten auch die »Hunderttausende fremder Arbeiter«. Im Zusammenhang damit stellt er die oben erwähnte Forderung auf, daß wir keine »wenn auch nur noch teilweise nutzbare Arbeitskraft brachliegen lassen« dürfen. Merkwürdigerweise ist diese Sorge um die fehlenden Arbeitskräfte im nächsten Absatz schon wieder geschwunden. In diesem Absatz wendet Wissell gegen meine Befürchtung, daß die Aufhebung der Nachtarbeit eine plötzliche Verminderung der Erzeugung herbeiführen würde, ein, daß ja »das Verbot schon bei dem Übergang von der Kriegs- zur Friedensarbeit« wirksam werden würde. Dann gebe es aber keine Nachtarbeit infolge lebhaften Geschäftsganges, sondern nur die aus der Art des Betriebs oder aus Gründen des öffentlichen Interesses notwendige. Im Anschluß daran meint er: »Hoffentlich wird dann das Wirtschaftsleben die vielen Arbeitskräfte aufnehmen können, hoffentlich wird dann Arbeit für sie vorhanden sein.« Und er fügt hinzu: »Ist das nicht der Fall, ist für eine industrielle Nachtarbeit überhaupt kein Raum. Volkswirtschaftlich viel wichtiger wie die vollste Ausnutzung der technischen Arbeitsmittel ist die Unterbringung der Arbeitskräfte.«

Also wenn wir zu wenig Arbeitskräfte haben, so »fehlt uns das Menschenmaterial zur Besetzung der drei Schichten«, und wenn wir zu viel haben, dann »ist für eine industrielle Nachtarbeit überhaupt kein Raum«. Genosse Wissell wird hoffentlich einsehen, daß er mit einer solchen Beweisführung dem Problem, um das wir uns mühen, nicht gerecht wird. Einen Mangel an Arbeitskräften wird die Nachtarbeit allerdings nicht oder doch nur in ganz besonders gelagerten Fällen beheben, wohl aber kann sie einen Überfluß an Arbeitskräften auffaugen. Es kann nicht nur, sondern es wird nach diesem Kriege voraussichtlich dazu kommen, daß wir trotz Warenhunger zunächst Arbeitslosigkeit in erheblichem Umfang haben, weil die Arbeitskräfte aus Mangel an Arbeitsmitteln nicht untergebracht werden können. Dem Genossen Wissell ist es doch gewiß bekannt, daß in der Kriegszeit ein geradezu ungeheurer Verschleiß an Maschinen, Werkzeugen, Verkehrsmitteln usw. eingetreten ist. Aus stillgelegten Betrieben sind die Riemen, die Motoren, die Maschinen, die Werkzeuge herausgeholt worden, um andere Betriebe im Gange zu erhalten. Wenn die Arbeiter dieser Betriebe zurückkehren, wo sollen sie untergebracht, womit sollen sie beschäftigt werden? Es wird geraume Zeit dauern, bis alle Betriebe wieder in Gang gebracht werden, bis die Arbeitsmittel wieder ersetzt, ergänzt, in Stand gebracht sind. Ist es nun wirklich ein Beweis volkswirtschaftlicher Klugheit und sozialer Einsicht, wenn zwei Drittel der Arbeiter aus Mangel an Arbeitsmitteln feiern müssen und gleichzeitig die vorhandenen Arbeitsmittel zwei Drittel des Tages stillgelegt werden? Wäre es nicht vielleicht doch richtiger, die zunächst unbeschäftigten Arbeiter mit den vorhandenen Arbeitsmitteln in drei Schichten unterzubringen? Ist eine dahingehende Anregung wirklich nur geboren aus der »Furcht vor zu großer Fesselung der Industrie durch bestimmte Arbeiterschutzesetze«, wie Wissell mir unterstellt, oder nicht vielleicht doch aus dem Bestreben, die Arbeiterschaft und die Güterverbraucher allgemein zu schützen gegen die kapitalistische Ausbeutung einer durch den Krieg verursachten allgemeinen Notlage?

Es sei hier ein Beispiel zur Erläuterung eingeschaltet.

Wir leiden zurzeit unter einem starken Papiermangel. Hauptursache desselben ist die Verwendung erheblicher Papiermengen als Ersatz für Faserstoffe. Daneben wirken andere Ursachen mit, wie Mangel an geübten Arbeitskräften, an einigen Rohstoffen usw. sowie die starke Abnutzung der Maschinen und die Schwierigkeit, Maschinendefekte zu beheben. Geseht nun, es würde im Friedensvertrag die bisher

allgemein übliche Nacharbeit verboten und die Tagelohn auf acht Stunden beschränkt (daß eine Stilllegung der Papiermaschinen während der Nachtzeit möglich, aber höchst unwirtschaftlich ist, wurde oben schon gesagt). Was wäre die Folge? Zunächst Rückgang der Erzeugung um etwa zwei Dritteln, also eine Papiernot, gegen die die heute vorhandene noch Überfluß sein würde. Dann ein Ansteigen der Preise, weil einmal die Erzeugungskosten steigen und zum anderen die Unternehmer die Kostlage natürlich für sich ausnützen würden. Von der Arbeiterschaft aber würde ein erheblicher Teil arbeitslos, der dann auf die Arbeitsbedingungen der übrigen einen starken Druck ausüben würde. Die schweren Schädigungen der Allgemeinheit könnten erst in Jahren, nach Aufführung neuer Bauten und Herstellung neuer Maschinen, also nach einer erheblichen Vermehrung des in der Industrie angelegten Kapitals behoben werden. Die Dreiteilung der Schicht dagegen würde die Arbeiterschaft von der jetzt üblichen Zwölfstundenschicht erlösen, Entlassungen selbst bei verminderten Arbeitsmitteln unnötig machen, die Deckung des Bedarfs erleichtern und damit ungemessene Preissteigerung verhindern und — nebenher — die Verdreifachung des Betriebskapitals überflüssig machen — eine Tatsache, die in dem kapitalarmen Deutschland der Zukunft vielleicht doch nicht ganz unbeachtlich sein dürfte. Ist es wirklich ganz unvernünftig, solchen Erwägungen Raum zu geben?

Nur beiläufig sei erwähnt, daß ich den Satz Wissells: »Volkswirtschaftlich viel wichtiger als die vollste Ausnutzung der technischen Arbeitsmittel ist die vollständige Unterbringung der Arbeitskräfte« nicht unterschreibe, obwohl er nur einer vielverbreiteten Anschauung Ausdruck gibt. Volkswirtschaftlich betrachtet, ist nicht die Unterbringung der Arbeitskräfte, sondern die Erzeugung von Arbeitsprodukten das Wichtigste. Wäre die Unterbringung der Arbeitskräfte das Wichtigste, so wäre Fensterreiniger eine volkswirtschaftlich nützliche Tätigkeit, weil es dem Glaser Arbeit bringt. Auch hätte dann die ehrsame Zunft der Einbrecher ein Recht auf öffentliche Anerkennung, weil sie nicht nur die Kassenschranksabrikation zur Blüte gebracht hat, sondern auch Richter, Advokaten und andere Leute in Arbeit bringt. Darüber hat vor dreihundert Jahren schon der selige Bastiat, der gewiß mehr ein Meister der Form als der Sache war, sehr Lesenswertes geschrieben.

Wissell beruft sich auf einige Sätze in dem Schweizer Arbeiterschutzgesetz vom Jahre 1877, in denen die Arbeit von 8 Uhr abends bis 6 Uhr morgens als »bloß ausnahmsweise zulässig« erklärt wird. Er vergißt nur hinzuzufügen, daß die »bloß ausnahmsweise« zulässige Nacharbeit auch in der Schweiz immer mehr Industriezweige ergriffen hat und daß sie besonders seit dem Beschluß des Bundesrats vom 14. Januar 1893 ungefähr in demselben Umfang zugelassen ist, in dem sie in Deutschland ohne ein Verbot Brauch ist. Also nicht nur da, wo sie technisch notwendig ist, sondern auch da, wo sie mit der besseren Ausnutzung der Arbeitsmittel gerechtfertigt wird.

Gegen den Satz, daß die Nacharbeit »der natürlichen Regelung der Dinge« widerspricht, erhebe ich nur den bescheidenen Einwand, daß wir eben nicht in einem »natürlichen« Idealstaat, etwa nach dem Entwurf Rousseaus, sondern in einem sehr unnatürlichen kapitalistischen Gegenwartstaat leben.

Genossin Zieß behandelt mich in Nr. 25 mit verstehender Milde wie einen irrenden Freund. Für den Ton bin ich sehr empfänglich. Gleichwohl muß ich bekennen, daß meine Auffassung auch durch ihre eindringenden und eindringlichen Ausführungen nicht erschüttert ist. Bei meiner Erwiderung kann ich einen erheblichen Teil ihrer Einwände übergehen, weil ich das, was dazu zu sagen wäre, schon gegen Wissell gesagt habe. Auf einige Punkte ihrer Ausführungen muß ich jedoch noch zurückkommen.

Vorab will ich als vorsichtiger Mensch noch einmal bemerken, daß ich die Schäden der Nacharbeit kenne, sogar aus eigener Erfahrung kenne, daß ich ihre Einschränkung für erforderlich halte und in meinem Aufsatz nicht für eine Erweite-

rung, sondern nur gegen das Verbot der Nachtarbeit eingetreten bin. Ich stimme auch der Genossin Zieg zu, wenn sie nach einer eindringlichen Schilderung der Schäden der Nachtarbeit versichert, daß diese Schäden im Wesen der Nachtarbeit liegen. Es ist aber ebenso richtig, daß die Nachtarbeit im Wesen des Kapitalismus verankert ist, und doch will Genossin Zieg sie herauslösen. Doch nein, das will sie ja auch nicht. Auch sie fordert das »generelle« Verbot nur mit den durch »dringende Umstände« gerechtfertigten Ausnahmen, also den unbeschädigten Topf mit dem gesprungenen Boden. Vielleicht beantwortet Genossin Zieg einmal die kurze Frage, ob sie auch die Million Bergarbeiter, die Jahr um Jahr in die Nacht der Gruben hinunterfährt, an das Licht heraufholen oder ob sie deren Verbleiben da unten mit »dringenden Umständen« rechtfertigen will.

Zu meinem Vorschlag einer Drei- oder Viertteilung der Schicht meint Genossin Zieg, die Unternehmer würden uns solche Zugeständnisse nicht machen. Davon bin ich überzeugt. Deshalb fordere ich ja auch die gesetzliche Festlegung. Wenn aber die Unternehmer die Wahl haben zwischen dem einschichtigen und dem dreischichtigen Achtstundentag, so bin ich nicht im Zweifel über ihre Entscheidung.

Ob die Arbeitskräfte zur Besetzung der Vierstundenschicht ausreichen, steht jetzt nicht zur Entscheidung und kann auch jetzt nicht entschieden werden. Fehlen sie aber, so fehlen sie zur Herstellung der gleichen Warenmenge in einer Schicht erst recht. Denn in einer Schicht werden die Arbeitskräfte nebeneinander beschäftigt, die in durchgehender Schicht nacheinander beschäftigt werden. Das Nebeneinander erfordert aber mehr Arbeitsmittel, deren Herstellung und Instandhaltung auch wieder Arbeitskräfte absorbiert. Die Ausschaltung der Frauen und Jugendlichen würde durch eine entsprechende Verschiebung der Arbeitskräfte ebenso möglich sein wie vor diesem Kriege auch.

Nun zu dem, was Genossin Zieg den eigentlichen Kern meiner Ausführungen nennt. Sie befürchtet zunächst von der Beibehaltung der Nachtschicht eine Hemmung des technischen Fortschritts. Diese Befürchtung ist nicht nur gegenstandslos, sondern direkt unverständlich. Die rastlose Fortbildung der Technik ist die Folge des kapitalistischen Strebens nach relativem Mehrwert. Das gesetzliche, also allgemeine Verbot der Nachtarbeit aber beeinflusst direkt, wenn überhaupt, so nur die absolute Rate des Mehrwerts, wirkt also auf jenes Streben nach Fortbildung der Technik nur insoweit zurück, als es für seine Auswirkung Sporn oder Zügel wird. Es wird aber nicht Sporn, sondern Zügel sein, weil die Aufhebung der Nachtarbeit die Ausnützbareit technisch vollkommener, aber hochwertiger Arbeitsmittel einschränkt. Es gibt natürlich Ausnahmefälle, aber in der Regel ist die Nachtarbeit gerade die Folge und die Bedingung des technischen oder technisch-wirtschaftlichen Fortschritts. Ein Blick in die Industrie kann die Genossin Zieg davon überzeugen, daß die Nachtarbeit mit der vollkommensten Technik Hand in Hand geht. Sogar im Bäckereigewerbe ist das der Fall. Die Betriebe mit primitiver Technik, in denen die Nachtarbeit nur auf die Gewohnheiten der Verbraucher gegründet war, können sie leicht aufgeben, die technisch vervollkommeneten Großbetriebe sträuben sich.

Woraus schöpft übrigens Genossin Zieg die Überzeugung, daß durch den täglichen Vierstundenschichtwechsel »das Gewinnstreben der Unternehmer glänzend befriedigt wird? Und wenn sie für diese Auffassung gute Gründe hat, worauf stützt sie dann die andere, daß die Unternehmer der Einführung des Vierstundenschichtwechsels unüberwindlichen Widerstand entgegensetzen, also die Gelegenheit zur glänzenden Befriedigung ihres Gewinnstrebens gar nicht haben wollen?

Kurz eingehen muß ich noch auf den Vorwurf, daß ich »einen sehr wichtigen Faktor der Wertbestimmung der Waren völlig außer acht gelassen« habe, nämlich »die Menge der Produkte, die der gesellschaftliche Bedarf von den einzelnen Arbeitszweigen verlangt und die durch Angebot und Nachfrage geregelt wird«. Ich bin der Meinung, daß diese Sätze flüchtig formuliert sind. Die Menge der verlangten Produkte wird durch Angebot und Nachfrage nicht geregelt, sondern nur ausgedrückt oder angezeigt; sie ist auch meines Erachtens kein Faktor der Wert-

bestimmung, sondern nur einer der Preisbildung. Diesen Faktor habe ich aber nicht übergangen, sondern recht eingehend berücksichtigt. Genossin Zieg hat sehr recht, wenn sie meint, daß auch die durchgehende Schicht mit ihrer stärkeren Ausnutzung der Arbeitsmittel die Waren nicht verbilligen wird, solange die Nachfrage stürmisch bleibt. Aber die Steigerung der Warenerzeugung wird eben zu einem schnelleren Ausgleich zwischen Bedarf und Angebot führen und damit einer Preisfenkung den Weg ebnen. Das völlige Verbot der Nacharbeit dagegen würde die Erzeugung herabdrücken, die Nachfrage stürmischer gestalten und damit der Preissteigerung die Bahn freimachen, die Auswucherung des Volkes fördern. Also auch in dieser Hinsicht ist meine Begründung hiebfest, womit ich beileibe nicht gesagt haben will, daß meine Darstellung des Problems erschöpfend oder in allen ihren Teilen unanfechtbar wäre.

Zum Schluß noch einige Bemerkungen zu einem Meinungsausgleich. Genossin Zieg befürwortet ebenso wie Genosse Wissell zum Zwecke der besseren Ausnutzung der Produktionsmittel die Teilung der als Tageszeit festgesetzten vierzehn Stunden in zwei siebenstündige Schichten. Sie fordern also nicht mehr den historischen Achtstundentag, sondern die Acht- oder Siebenstundenschicht. Ich freue mich über dieses grundsätzliche Zugeständnis zu der von mir versuchten Beweisführung. Damit kommen wir uns schon näher. Denn die Redaktion der Neuen Zeit bemerkt sehr richtig in ihrer Fußnote zu den Ausführungen Wissells, daß die hier angeschnittene Frage mit der Ausdehnung des Schichtsystems eng zusammenhängt. Deshalb habe ich ja auch als Mindestforderung Raum für zwei Achtstundenschichten vorgeschlagen. Wenn Genossin Zieg glaubt, daß auch zwei Siebenstundenschichten erreichbar sind, so teile ich zwar nicht diesen Glauben, habe aber auch gar nichts einzuwenden gegen den Versuch. Nur muß ich daran erinnern, daß wir doch wohl nicht für den Zweischichtentag die siebenstündige Schicht fordern und für den Dreischichtentag die Achtstundenschicht zulassen können, wie das in der Forderung des Internationalen Gewerkschaftsbundes geschieht. Das hieße ja die Nacharbeit prämiieren. Es wird sich also doch wohl empfehlen, die Forderungen zum Friedensvertrag einer Nachprüfung zu unterwerfen.

Eines scheint mir unsere Auseinandersetzung erwiesen zu haben: daß wir uns von der starren Forderung nach dem Achtstundentag lösen, sie durch die Forderung einer entsprechend kurzen Arbeitsschicht ersetzen müssen. Die Begrenzung des Gesamtarbeitstages auf vierzehn Stunden trägt zwar meines Erachtens den Bedürfnissen des zerrütteten Wirtschaftslebens, das wir nach diesem Kriege vorfinden werden, nicht voll Rechnung, aber sie kommt ihnen doch entgegen. Und wenn sich, wie ich vermute, die wirtschaftlichen Tatsachen stärker erweisen sollten als unsere Formeln, so werden wir den Ausgleich schon finden.

Leider habe ich Grund zu der Befürchtung, daß der so bitter notwendige Kampf gegen die Schädlichkeiten der Nacharbeit bei alledem zu kurz kommt.

Mehr Armenfürsorge.

Von Karl Marchionini.

In der jetzigen Zeit, in der nicht nur die Arbeiterklasse, sondern auch weite Schichten des Mittelstandes von der Not schwer heimgesucht werden, ist es die Pflicht der Sozialdemokratie, die Öffentlichkeit besonders auf die traurige Lage eines Teiles der Bevölkerung hinzuweisen, der am bedürftigsten und hilflosesten ist und daher auch am meisten leiden muß.

Es handelt sich um die gänzlich Mittellosen, um die Stechen, Kranken, Arbeitsunfähigen, Witwen, Waisen und Halbwasen, die der öffentlichen Armenpflege unterstehen. Aber Organisationen, die unausgesetzt und mit Nachdruck sich ihren Interessen widmen, verfügen sie nicht; auf die Presse — auch auf die Ar-

beiterpresse — haben sie fast gar keinen Einfluß, und rechtlich ist ihre Lage so ungünstig, daß sie den Behörden gegenüber nur als Bittsteller, höchstens als Beschwerdeführende gegenübertreten können. Fast überall haftet der öffentlichen Armenpflege noch der unsoziale Charakter an; sie soll wenig kosten, und sie soll abschreckend wirken, damit möglichst wenig Personen sie in Anspruch nehmen. Trotzdem ist der Kreis, der unterstützt werden muß, ein sehr großer, und nach dem unerbittlichen Gesetz der wirtschaftlichen Entwicklung wächst er, denn der Krieg trägt zur Vermehrung des Elends, des Siechtums, der Krankheiten und der Verbrechen gewaltig bei. Erhält der Familienvater eine längere Freiheitsstrafe, so muß sich seiner Angehörigen die Armenpflege annehmen. Stirbt der Ehemann, so sind die mittellosen Witwen und Waisen auf Armenunterstützung angewiesen. Was sie als Rente aus der Witwen- und Waisenversicherung erhalten, ist vollkommen unzulänglich. Die Renten aus der Arbeiterversicherung haben ja schon vor dem Kriege auch nicht annähernd ausgereicht, um die Rentempfänger und ihre Angehörigen vor der bittersten Not zu schützen, so daß diese »Rentner« recht häufig Armenunterstützung in Anspruch nehmen müssen. Ja, selbst Arbeiter und Arbeiterinnen, die Krankenunterstützung erhielten, mußten als öffentliche Arme unterstützt werden, weil das Krankengeld nicht ausreichte, um sie und ihre Angehörigen vor dem Verhungern zu schützen. Inzwischen haben sich diese Zustände noch verschlimmert. Die Lebenshaltung ist viel teurer geworden; sie wird teuer bleiben. Eine Erhöhung der gesetzlichen Renten der Arbeiterversicherung ist nicht eingetreten. Wann das Reich die Renten in Einklang mit der verteuerten Lebenshaltung bringen wird, ist noch nicht abzusehen. Mit hin werden an die Armenpflege erhöhte Anforderungen gestellt werden. Daher ist es nötig, einmal klarzulegen, was sie leistet und wie die Rechte aussehen, die den Armen heute zustehen.

Jahrtausende hindurch besaß der Arme überhaupt kein Recht auf Hilfe, sondern nur Mitleid und Furcht der Wohlhabenden gab ihm ein kärgliches Gnadengeschenk. Je mehr aber die wirtschaftlichen Gegensätze sich zuspitzten, je weiter der Kreis derjenigen sich zog, deren Eigenwerb unsicher wurde, um so mehr sahen die besitzenden Klassen sich gezwungen, wenigstens die schlimmste Not zu mildern, schon um nicht durch die Zunahme von Diebstahl und Raub wie von ansteckenden Krankheiten selber ernstlich gefährdet zu werden. Als im fünfzehnten Jahrhundert die bäuerliche Bevölkerung, vom Adel ihres Grundbesitzes beraubt, sich massenhaft in Bettler, Räuber und Vagabunden verwandelte, behandelte sie die Gesetzgebung (wie Marx im »Kapital«, I, S. 699 ff. schildert) als »freiwillige« Verbrecher und unterstellte, daß es von ihrem guten Willen abhängt, in den nicht mehr existierenden alten Verhältnissen fortzuarbeiten. Die Blutgesetzgebung gegen die Landstreicher, namentlich in England und Frankreich im fünfzehnten und sechzehnten Jahrhundert, hat schließlich das »von Grund und Boden gewaltsam exproprierte, verjagte und zum Vagabunden gemachte Landvolk durch groteske terroristische Gesetze in eine dem System der Lohnarbeit notwendige Disziplin hineingepeitscht — gebrandmarkt — gefoltert«. Im sechzehnten Jahrhundert übernehmen es die Gemeinden, die Unterhaltlosen zu verpflegen, zuerst in England in Armenhäusern, in denen sie mit brutaler Härte zur Arbeit gezwungen werden, in anderen Ländern auch durch religiöse Anstalten und durch gemeindliche Unterstützungen, aber durchweg jammervollster Knappheit. Vor allem aber suchte jede Gemeinde den Zugang hilf- und mittelloser Personen von sich fernzuhalten, nur die Heimatgemeinde mußte den Verarmten aufnehmen, nur »Ortsarme« erhielten die kärgliche Unterstützung. Als aber die Produktion über die einzelstaatlichen Schranken hinauswuchs und die Freizügigkeit der Arbeiter sich als Notwendigkeit der kapitalistischen Entwicklung durchsetzte, wurde die Armenfürsorge von der Heimatgemeinde, zu der der Verarmte oft jede wirtschaftliche Beziehung längst verloren hatte, auf denjenigen Ort übertragen, in dem die Arbeitskraft längere Zeit Verwertung gefunden hatte. Und da gerade diejenigen Gemeinden, in denen die aufkommende Fabrikindustrie den größten Zugang von Arbeitern und damit das größte Anwachsen der Armenlasten

für die arbeitsunfähig Gewordenen veranlaßte, auch die ärmsten Gemeinden waren, sahen sie sich bald außerstande, allein die Armenlasten zu tragen, so daß schließlich die Kreise und Provinzen als »Landarmenverbände« zu den Kosten der Armenpflege herangezogen werden mußten. Ihnen übertrug in Preußen das Armengesetz von 1842 die Armenlast für diejenigen Personen, die nicht eine bestimmte Zeit vor dem Eintreten ihrer Bedürftigkeit ununterbrochen an demselben Ort, dessen Armenunterstützung sie in Anspruch nehmen wollten, gewohnt hatten, so daß er ihr Unterstützungswohnsitz geworden war. Diesen Grundsatz übernahm auch das deutsche Gesetz über den Unterstützungswohnsitz von 1870 (abgeändert 1894), nur in Bayern trägt noch immer die Heimatgemeinde die Unterstützungspflicht, und in Elsaß-Lothringen besteht überhaupt keine gesetzliche Gemeindearmenpflege. Aber je mehr die Industrie wuchs und die Arbeiter stets rascher ausnützte, durch Unfälle verelendete und durch Arbeitslosigkeit der Verarmung preisgab, andererseits gerade die Landgemeinden einen großen Teil des Zustroms zu den Industriorten stellen, um so notwendiger machte sich die Ausdehnung der Unterstützungspflicht nicht nur von der Heimatgemeinde auf Kreis und Provinz, sondern auf das Reich. Bismarck ließ in der Thronrede von 1881 das Geständnis ablegen, daß »die bisherigen Veranstaltungen, welche die Arbeiter vor der Gefahr sichern sollten, durch den Verlust ihrer Arbeitsfähigkeit infolge von Unfällen oder des Alters in eine hilflose Lage zu geraten, sich als unzureichend erwiesen haben«. Und da diese Unzulänglichkeit die Arbeiter in die Arme der Sozialdemokraten trieb — trotz des Sozialistengesetzes —, deshalb erstrebte Bismarck, wie er ebenfalls in der Thronrede verkünden ließ, eine reichsgesetzliche Arbeiterversicherung, die denn auch 1883 durch die Kranken-, 1884 durch die Unfall- und 1888 durch die Invaliditäts- und Altersversicherung, »die Krönung des sozialen Gebäudes«, in anfänglich ganz unzureichender Weise kam und 1911 durch die Reichsversicherungsordnung zusammengelegt, aber noch immer in unzureichendem Maße ausgebaut wurde — eine Arbeitslosenversicherung fehlt überhaupt noch. Wenn durch diese Versicherungen auch der Kreis der Armenunterstützung wesentlich eingeschränkt wurde, so sind doch noch immer weite Schichten auf die Gnade der kirchlichen oder der gemeindlichen Armenpflege angewiesen, ein klagbares Recht auf Armenunterstützung besteht nicht; sie ist noch immer ein Almosen, für dessen Empfang der Unterstützte und seine Angehörigen wichtige bürgerliche Rechte hingeben müssen, so das Wahlrecht, während andererseits das Reichsstrafgesetzbuch im § 361 noch immer Geld- und Haftstrafen festsetzt gegen Landstreicher, Bettler und Arbeitsscheue und außerdem die Landespolizei die Verurteilten noch bis zu zwei Jahren in ein Arbeitshaus sperren kann. Der Preussische Landtag hat im Jahre 1912 diese Strafbestimmungen noch verschärft, obwohl das gar nicht zu seinen Kompetenzen gehört. Er hat das Gesetz geschaffen, nach dem Personen, die selbst oder in der Person ihrer Ehefrau oder ihrer noch nicht 16 Jahre alten Kinder aus öffentlichen Armenmitteln unterstützt werden, auch gegen ihren Willen für die Dauer der Unterstützungsbedürftigkeit durch Beschluß des Kreis- oder Stadtausschusses in einem Arbeitshaus überwiesen werden können.

Unverändert aber blieb das Vorrecht der Gutsbezirke, die ihre Armenpflege in rücksichtsloser Weise auf die benachbarten Landgemeinden abwälzen, indem sie ihre Leute in diesen und nicht im Gutsbezirk ansiedeln.

So ungenügend wie die Rechte der Armen sind, so unzureichend ist auch die Armenpflege selbst, sowohl in ihren Leistungen wie in ihrer Organisation.

Man unterscheidet zwischen geschlossener und offener Armenpflege. Die erstere ist die Anstaltspflege. Auf Kosten der Landarmenverbände werden mittellose Krüppel, Geisteskranke, Sieche, Waisen, Trinker und Arbeitsscheue in Anstalten unterhalten. Das Proletariat hat keinen Einfluß auf die Verwaltung dieser Anstalten. Sie liegt in den Händen der Provinzialbehörden, die in Preußen alljährlich den Provinziallandtagen Bericht erstatten, von denen die Arbeiterklasse fast ganz ausgeschlossen ist. Die offene Armenpflege erstreckt sich

auf die Ortsarmen, Waisen, Hilfslosen, die nicht in Anstalten untergebracht sind, sondern bei ihren Familien sind, sich in Privatpflege befinden oder auch allein ihr Dasein zu fristen suchen. Sie werden mit Geldmitteln, Suppen, Heizmaterial, Kleidern unterstützt, und nach den bestehenden gesetzlichen Vorschriften darf ihnen nur das unbedingt Notwendige gegeben werden. Sie erhalten aber meist das nicht, was sie brauchen, um ihr Leben zu fristen. Vielfach sind sie auf private Fürsorge, auf Verwandte und auch — wenn sie völlig arbeitsunfähig sind — auf den Bettel angewiesen. Ein Recht auf Unterstützung in der Höhe, die sie für erforderlich halten, haben die Ortsarmen nicht. Sie sind nicht imstande, den Rechtsweg zu beschreiten, um den Anspruch auf Unterstützung geltend zu machen. Nur den Beschwerdeweg können sie betreten. Das ist für die Armen eine trostlose Rechtslage. Dazu kommt noch, daß denjenigen, die Armenunterstützung erhalten, politische Rechte entzogen werden.

In der offenen Armenpflege bestehen verschiedene Systeme. In der Hauptsache ist die individualisierte Armenfürsorge üblich. Man spricht auch von dem »Elberfelder System«, nach dem jeder Fall besonders geprüft und über jeden Fall besonders entschieden wird. Eine gewisse Schematisierung kann auch hier vermieden werden. Sie kommt besonders bei der Festsetzung der Unterstützungen zum Ausdruck, und es sind auch in großen Gemeinden bestimmte Sätze aufgestellt worden. In anderen Kommunen wiederum ist in der Praxis ein bestimmter Tarif entstanden, nach dem sich die Kommissionen ungefähr richten. Ist der Notstand besonders groß, so werden auch einige Mark mehr bewilligt. Aber die Gesuche entscheiden die Kommissionen, bestehend aus dem Armenrat und den Armenpflegern, die bekanntlich die wirtschaftlichen Verhältnisse der Bittsteller nachprüfen und Vorschläge machen. Die Gemeindebehörde nimmt von dem Beschluß Kenntnis; sie kann ihn — wenn zu viel oder zu wenig bewilligt worden ist — beanstanden und die Angelegenheit der Armeudirektion zur Entscheidung vorlegen, die aus Armenräten und einzelnen Magistratsmitgliedern sowie Stadtverordneten besteht. Aber das Gesuch wird stets in der Abwesenheit des Armen verhandelt. In England, wo die Armenpflege staatlich zentralisiert ist, wird der Antragsteller persönlich zu der Sitzung der Kommission geladen, die über seinen Antrag verhandelt. Das liegt zweifellos im Interesse des Armen.

Aber das Unzulängliche der Armenpflege ist wiederholt geklagt worden. Insbesondere sind die großen Mängel der Armenfürsorge auf dem Lande und in den kleinen Gemeinden erörtert worden. Es ist vorgekommen, daß die Ortsarmen auf dem Lande direkt verkommen sind. In den Dörfern gehören Armenhaus und häufig auch die Schulen zu den baufälligsten Häusern. Aber auch in den Großstädten ist die Armenpflege unzureichend. Sie liegt hier meist in den Händen des gewerblichen Mittelstandes, dem in der Regel die Armenpfleger entnommen werden. Es ist bekannt, daß diese Bevölkerungsschicht auf sozialem Gebiet am rückständigsten ist. Sache der Arbeiterklasse muß es sein, auf die Armenpflege mehr direkten Einfluß zu erhalten. Dann ist darauf zu sehen, daß die Unterstützungen so bemessen werden, daß der Lebensunterhalt auch wirklich bestritten werden kann. Früher galt in Großstädten als Grundbetrag für eine Familie mit mehreren Kindern 15 bis 20 Mark monatlich. Davon wurden noch Einkommen aus Arbeit und Renten in Abzug gebracht und der fehlende Betrag als Armenunterstützung gewährt, denn die Armenpflege sollte recht billig sein. Während des Krieges hat man die Unterstützungen erhöhen müssen. Doch sie reichen nicht entfernt aus, um bei der jetzigen Teuerung bestehen zu können. Insbesondere wird für die Kinder, die sich in Privatpflege befinden, meist viel zu wenig gezahlt. Nach § 1 des Tarifs der von den preussischen Armenverbänden zu erstattenden Armenpflegekosten vom 30. November 1910 beträgt der Tariffuß für jeden Tag der Verpflegung: a. für Personen über 14 Jahren 0,90 Mark, b. für Personen unter 14 Jahren 0,60 Mark. Nicht einmal dieser Satz wird bei der Festsetzung der Armengelder zugrunde gelegt. Vielfach sind die Unterstützungen, die jetzt im Kriege gewährt werden, niedriger. In den

Anstalten, in denen gewiß auch nicht üppig gelebt wird, kosten die Armen den Gemeinden viel mehr als das, was sie ihnen als laufende Unterstützung in der öffentlichen Armenpflege geben. Wenn jetzt weite Schichten darben, so befinden sich die Ortsarmen in der allergrößten Notlage. Und viele tausende Kinder müssen deshalb — wenn von den alten und kranken Leuten abgesehen wird — an Unterernährung leiden.

Die Kosten der offenen Armenpflege beliefen sich im Jahre 1912, auf den Kopf der Bevölkerung berechnet, in Berlin auf 4,60 Mark, Charlottenburg 3,03 Mark, Mannheim 2,29 Mark, Hamburg 2,28 Mark, Posen 2,21 Mark, Nürnberg 2,08 Mark, Frankfurt a. M. 2,03, Breslau 2,01 Mark, München 2,00 Mark, Kiel 1,83 Mark, Braunschweig 1,81 Mark. Niedriger standen die sächsischen Industrieorte.

Die deutsche Sozialdemokratie hat auf dem Parteitag in Bremen im Jahre 1904 zur Kommunalpolitik Stellung genommen, und es ist dabei auch die Armenpflege erörtert worden. Der Referent Dr. Lindemann hat eine zentralisierte Armenpflege für unmöglich gehalten; er ist für staatliche Zuschüsse und für staatliche Inspektion eingetreten. Von einem Delegierten aus Bayern ist ihm geantwortet worden, daß der bayerische Staat Zuschüsse zahle, trotzdem sei die Armenpflege dürftig, und Robheitsvergehen in der Armenpflege seien häufiger als anderswo. Ein Delegierter aus Hessen hat die erwähnten Forderungen des Referenten zur Armenpflege als rückwärts bezeichnend und die staatliche Organisation des Armenwesens verlangt.

Angeichts der jetzigen reichsgesetzlichen Regelung der Unterhaltung der Kriegerfamilien dürfte es den Gegnern der staatlichen Armenpflege doch schwer fallen, ihren Standpunkt aufrechtzuerhalten. Es sind ja hauptsächlich finanzielle Gründe maßgebend dafür gewesen, die Armenpflege in die Hände der Gemeinde zu legen. Der Staat will solche Lasten von sich fernhalten; außerdem glaubt er, daß die Gemeinden mit viel geringeren Mitteln auskommen. Sie hätten eine größere Kenntnis der örtlichen Verhältnisse, und die Verwaltung wäre sparsamer, da die Organe daran interessiert wären. Sozialdemokraten, die für eine staatliche Organisation der Armenpflege nicht zu haben sind, lassen sich natürlich von anderen Erwägungen leiten, aber die Arbeiterversicherung beruht doch auch auf zentraler Grundlage mit den erforderlichen Verwaltungsstellen. Die Armenpflege kann also ähnlich geregelt werden. Selbstverständlich müssen wir vor allem auf den Ausbau der Versicherungsgesetze bedacht sein, damit der Kreis der Reichsgesetze völlig zusammenschumpft. Schon im Jahre 1878 hat Bebel die Einrichtung einer Reichsversicherungsanstalt für alle Arbeiter gefordert. Erstreckt sich die Arbeiterversicherung auf die gesamten Schichten des erwerbstätigen Volkes — wozu wir Kleinbauern, selbständige Handwerker und andere Angehörige des arbeitenden Mittelstandes rechnen — und werden die Renten auf Grund dieser Reichsgesetze so bemessen, daß sie zum Unterhalt ausreichen, so kommen weite Kreise aus dem Bereich der Armenpflege. Wir brauchen vor allem Arbeitslosenversicherung, Witwen- und Waisenfürsorge; die erstere fehlt, wenn wir von einzelnen Ansätzen absehen, fast ganz, und die letztere ist vollkommen unzulänglich. Dann ist die Fürsorge für die Kranken, Invaliden und Unfallverletzten weit mehr auszubauen. Die Rentenempfänger müssen so gestellt werden, daß sie nicht Armenpflege brauchen, und wo Zuschüsse erforderlich sind, muß das Unterstützungssystem auf eine moderne Grundlage gestellt sein. Der entwürdigende und abschreckende Charakter muß ihm gänzlich genommen werden. Seinerzeit schrieb Dr. Rudolf Meyer im »Emanzipationskampf des vierten Standes«, man gewähre in Deutschland den Invaliden der Arbeit nicht einmal so viel, wie die englischen Paupers im Arbeitshaus, im Hause des Schreckens erlebten. Und Tatsache ist auch, daß Invalidentrentenempfänger — soweit sie arbeitsunfähig sind — noch Armenunterstützung erhalten müssen, weil sie sonst in ganz kurzer Zeit verhungern würden.

Dann ist auch eine staatliche Regelung des Herbergswesens zu erstreben. Die Gewerkschaften haben hier getan, was sie leisten konnten, aber das reicht natürlich nicht aus. Der preussische Staat hat seinerzeit Verpflegungsstationen eingerichtet, auf denen die mittellosen Wandernden Unterkunft und Suppen erhielten, wofür sie zu arbeiten hatten. Auch Arbeiterkolonien und Wanderarbeitsstätten sind geschaffen worden. Doch diese Einrichtungen haben sich nicht bewährt. Die Zahl der Verpflegungsstationen ist bedeutend zurückgegangen. Nach dem Kriege werden aber die Herbergen eine größere Rolle spielen. Auch eine gründliche Reform der geschlossenen Armenpflege hat zu erfolgen. In den Anstalten herrschen häufig noch mittelalterliche Zustände. Ordnungen der Arbeits- und Armenhäuser enthalten recht harte Bestimmungen, die barbarisch wirken, wenn sie besonders streng gehandhabt werden.

Das Rote Buch.

Von August Erdmann.

Im Jahre 1835 erschien in Augsburg im Verlag der Karl Kollmannschen Buchhandlung eine Schrift, betitelt: »Beiträge zur Kirchengeschichte des neunzehnten Jahrhunderts in Deutschland oder über die neuesten kirchlichen Verhältnisse dasselbst«. Der Titel ist insofern irreführend, als das Buch nicht die kirchlichen Verhältnisse in Deutschland, sondern fast ausschließlich in Preußen behandelt. Da das Buch sich in scharf angreifender Weise gegen die Regierung und die herrschende Klasse in Preußen wandte, wurde es vorsichtigerweise in Bayern verlegt; sein Vertrieb in Preußen wurde untersagt, dafür wurde es in Belgien nachgedruckt und von dort aus eingeschmuggelt, in katholischen Kreisen namentlich des Westens desto eifriger im geheimen vertrieben und gelesen. Wegen der Farbe seines Umschlages war es als das Rote Buch bekannt. In die Verfasserschaft teilen sich mehrere Personen, von denen indes nur eine als gewiß gelten kann: der Domherr Raefß in Straßburg.

Die durch die französische Revolution herbeigeführte Vereinigung der Rheinlande brachte auch eine Anzahl Elsässer Geistliche in die bis dahin deutschen Gebiete. Zu besonderem Einfluß kamen sie in Mainz. Hier wurde 1802 Johann Ludwig Colmar aus Straßburg Bischof, der sich zwei elsässische Landsleute, Liebermann als Leiter des Seminars und Humann als Generalvikar zugesellte. Colmar und Liebermann waren im Straßburger Seminar erzogen, das unter der Leitung ehemaliger Mitglieder der Gesellschaft Jesu stand und in deren Sinne die religiöse Verinnerlichung, die Abwehr theologischer Neuerungen und die restlose Unterordnung unter die allgemeine Kirche und ihr unfehlbares Oberhaupt lehrte. Dieser streng kirchliche, echt ultramontane Geist hielt mit den Elsässern seinen Einzug in Mainz, das als Sitz des Erzkanzlers in der Geschichte des alten Reiches so viel gegolten und das sich auch jetzt noch viel von seinem früheren Ruhm bewahrt hatte.

Bischof Colmar hatte 1816 den Elsässer Andreas Raefß aus Sigolsheim an das Mainzer Seminar berufen, einen Mann von zähem Wissen, großer Arbeitskraft und vielem diplomatischen Geschick, der es sich im Verein mit seinem Amtsgenossen Nikolaus Weiß, ebenfalls auf deutsch-französischem Grenzland geboren, zur Aufgabe machte, dem Katholizismus auch Einfluß auf die großen Fragen der Zeit zu sichern. Beide sammelten die Kräfte, die

sich im deutschen Katholizismus zu regen begannen, bewogen sie zu gegenseitigem Gedankenaustausch, brachten sie unter die Einwirkung einheitslicher Grundsätze und schufen ihnen in der 1821 gegründeten Zeitschrift »Der Katholik« einen literarischen Mittelpunkt. Raef ging 1830, weil ihm der neue Bischof von Mainz nicht zusagte, nach dem Elsaß zurück, 1840 wurde er Koadjutor, 1841 Bischof von Straßburg. Um diese Zeit war in Frankreich der Gedanke an die Wiedergewinnung des linken Rheinufers noch sehr lebendig. Der Präfekt eines Grenzdepartements, eifriger Anhänger dieser Rückeroberungspolitik, hatte im Jahre 1839 den damaligen Dombherrn Raef gebeten, ihm ein schriftliches Gutachten über die politischen und kirchlichen Zustände im westlichen Deutschland und in Belgien anzufertigen. Raef folgte dem Ersuchen. Er berichtete kurz über Belgien, desto ausführlicher über die oberrheinische Kirchenprovinz und insbesondere über Preußen.

Das preußische Kabinett — so heißt es in dem Gutachten — lasse kein Mittel unversucht, um in allen deutschen Staaten ein allgemeines Verfolgungssystem gegen den Katholizismus hervorzurufen und sich als den natürlichen Schutzherrn des Protestantismus geltend zu machen. »Warum sollte es uns« — fragt Raef — »nicht möglich sein, auf demselben Terrain eine für Frankreich höchst vorteilhafte Reaktion ins Leben zu bringen? Viele wohlgesinnte und einsichtsvolle Männer haben mir gestanden, daß die Augen der deutschen Katholiken auf Frankreich gerichtet seien und daß, wenn das französische Kabinett einen mächtigen Einfluß auf Deutschland zu gewinnen wünsche, es auf diesem Wege am sichersten und einfachsten zu seinem Ziele gelangen werde.« Raef versichert, daß es ihm zwar nicht zustehe, sich über die hier anzuwendenden Mittel zu verbreiten, dennoch könne und wolle er nicht unterlassen, auf eines dieser Mittel hinzuweisen:

Von unberechenbarem Gewinn würde es sein, wenn Se. Majestät der König von Frankreich in seiner hohen Weisheit nur Männer von tiefer religiöser Überzeugung als Gesandte an die kleinen deutschen Höfe bestimmte. Durch ungeheuchelte Ausübung ihrer Religionspflichten würden sie auf die Katholiken bald einen mächtigen Einfluß gewinnen und in ihre intimsten Gedanken hineingezogen werden. Auf diese Weise würden sie im Interesse der Kirche und des Gemeinwohls überhaupt wie im Interesse Frankreichs insbesondere zu Erfahrungen gelangen, die sonst der scharfsichtigsten Diplomatie würden entzogen bleiben.

Raef offenbart mit diesen Ratschlägen, daß er nicht nur die theologische, sondern auch die politische Schule der Jesuiten mit Erfolg besucht hatte. In dem Roten Buche kehren die Hauptgedanken des Gutachtens wieder. Zunächst wird der Verfall der kirchlichen Einrichtungen und Befähigungen als Folge der französischen Revolution und sodann eingehend und in scharf anklagender Weise der Zustand der katholischen Kirche in Preußen geschildert. »Die Kirche« — so heißt es — »kann sich nicht bewegen, sie ist wahrhaft in Fesseln geschlagen. Der Staat hat schon willkürlich ihren Wirkungskreis außerordentlich eingeschränkt und will nun von allem, was sie unternimmt, Kenntnis haben, und zwar noch ehe es ins Leben tritt, will auf alles Einfluß haben, alles leiten, die Kirche beherrschen, die Kirchenvorsteher als seine Diener und Organe gebrauchen. Und wo dieses nicht angeht, macht er alles von seinem Plazet abhängig, es mag dieses betreffen, was es immer wolle: Personen oder Sachen, Lehren oder Anordnungen.«

Es wird das nun in einer langen Reihe von Kapiteln, die die Zensur, das Unterrichtswesen, die Stellung der Katholiken in den bürgerlichen und militärischen Verhältnissen betreffen, im einzelnen dargelegt und dabei nachgewiesen, wie in allem die Katholiken sich zurückgesetzt fühlen müssen. Mit besonderer Ausführlichkeit wird die *Disparität*, die Ausschließung der Katholiken von öffentlichen Ämtern behandelt. Die Katholiken, so heißt es mit Bezug auf die katholischen Gegenden, seien mit äußerst geringer Ausnahme nicht eingewandert oder in Gnaden aufgenommen, sondern sie seien die Ureinwohner, im rechtmäßigen Besitz der Vorteile gewesen, die der Staat gewähre, als die Provinzen, die sie bewohnen, unter Preußens Jopfer kamen. Sie seien befähigt zu jedem Staatsamt, vaterländisch, königstreu, ordnungsliebend, duldsam und verträglich. Bei alledem aber würden sie »wie Stief- oder gar wie natürliche Kinder behandelt, die, von der väterlichen Erbschaft ausgeschlossen, sich mit einem Abfindungsquantum begnügen müssen. Man sieht sie gleichsam als Diener und Knechte der Protestanten, als *preussische Parias* an«. Es wird nun zum Beweis der mangelnden Parität zahlenmäßig festgestellt und damit das Muster für die späteren Paritätsklagen geliefert, in welchem Maße die Protestanten bevorzugt und die Katholiken benachteiligt werden bei der Besetzung der Posten in der Staats- und Militärverwaltung, bei den Provinzial-, Kreis- und Gemeindebehörden. Am Schlusse heißt es dann:

Wenn man nun erwägt, daß alles, auch das Geringste, daß namentlich jede Anstellung von Beamten, vom höchsten bis zum geringsten, vom Minister bis zum Flurschützen, den der Landrat anstellt, von obenher ausgeht; wenn man ferner bedenkt, daß die Förderung des Protestantismus zu den Hauptzwecken des Staates gerechnet wird und die höheren Gewalten diesen Hauptzweck nie aus den Augen verlieren oder doch wenigstens hierin äußeren Impulsen von obenher folgen — so ist leicht zu begreifen, daß die in katholischen Gegenden vorgefundenen höheren Beamten nach und nach verschwinden und durch Protestanten ersetzt und alle katholischen Gegenden mit altpreussischen und protestantischen Beamten und Offizianten dicht besät sind. Überall sind die Protestanten in den Vordergrund, die Katholiken aber gewaltsam in den Hintergrund gestellt; überall sind die Protestanten im Vorteil, die Katholiken im Nachteil, gerade wie die Griechen unter dem moslemischen Jopfer in den Zeiten der schönödesten Demütigung. Dies Verfahren und diese Einrichtungen sind so recht geeignet, die Katholiken niederzudrücken und nutzlos zu machen.

Das Rote Buch leitet die literarische und politische Verfechtung der klerikalen Paritätsansprüche in Preußen ein. Es hatte bald einen Nachfolger, der unter nicht minder auffälligen und für die Bedenkenlosigkeit der streitbaren Katholiken bezeichnenden Umständen ins Leben trat. Nach dem Muster des Roten Buches und angeregt durch die Verhaffung des Kölner Erzbischofs Klemens August (1837) hatten die Brüder Reichensperger Anfang der vierziger Jahre des vorigen Jahrhunderts angefangen, den Stoff zu einer eingehenden Darstellung der politischen und kirchlichen Zustände Preußens zu sammeln, wobei vorzugsweise die Beschwerden der Katholiken über die *Disparität*, insbesondere die Zustände in Rheinland und Westfalen berücksichtigt wurden. Das Material übergaben sie einem jungen Franzosen, dem Vicomte Gustave de Fallay, der sich damals in Koblenz, dem Geburts- und Wohn-

ort der Reichensperger, aufhielt. Nach Paris zurückgekehrt, verarbeitete de Failly das ihm übergebene Material und gab es 1842 unter dem Titel „De la Prusse et de sa domination sous les rapports politique et religieux spécialement dans les nouvelles provinces“ heraus. Die Schrift wurde alsbald in Preußen verboten, was dazu beitrug, ihre Verbreitung und ihr Aufsehen in Deutschland, Frankreich und Belgien wesentlich zu vermehren.

Die Paritätssklagen bilden seit dem Roten Buch ein ständiges Kapitel im literarischen und politischen Wirken des Klerikalismus in Deutschland und insbesondere in Preußen. Wir hören sie in den fünfziger Jahren im Preussischen Abgeordnetenhaus, sie tönen besonders laut im Parlament und in Versammlungen während der Kulturkampfzeit der sechziger und achtziger Jahre, und eine schier unübersehbare Fülle von Schriften und Aufsätzen ist über diese Frage bis in die jüngste Zeit erschienen. Freiheit der Kirche war der eine, Parität der zweite Hauptpunkt im Programm des politischen Katholizismus. Die Dinge änderten sich dann im Laufe dieses Jahrhunderts so weit, daß führende Katholiken das Geständnis wagten, im allgemeinen könne die Kirche mit ihrer Lage in Deutschland zufrieden sein. Und was die Parität betrifft, so darf man annehmen, daß, soviel auch andere an dem, was man in Deutschland Neuorientierung zu bezeichnen pflegt, auszusehen haben, das Zentrum mit dem Segen, den ihm diese Neuorientierung gebracht hat, zufrieden sein kann. Am 13. Mai 1916, bei der Festfeier der Zentrumsfraktion zum siebenzigsten Geburtstag ihres Vorsitzenden Dr. Peter Spahn, deutete der Gefeierte an, was kommen werde und was geschehen müsse, um dem Kommenden gerecht zu werden:

Das politische Leben mit allen seinen Verantwortlichkeiten wird immer mehr auf die Schultern unserer Partei hinübergleiten. Ich habe an unsere Mitglieder, auf die ich mit Stolz und Freude, ich darf sagen, mit inniger Liebe und mit regelmäßiger Beobachtung eines jeden einzelnen blicke, die Aufforderung zu stellen, daß sie alle ihre Kräfte einsetzen in dem Augenblick, wo wir gezwungen sind, möglichst energisch von uns aus in die Entwicklung des Reiches, wie in der Gesetzgebung so in der Verwaltung, einzugreifen.

Und in diesem Zusammenhang erklärte Peter Spahn es für falsch, »wenn die Gesetzgebung wesentlich von einer Partei nach ihren Grundsätzen beeinflusst und ausgebildet wird, diese Partei aber nicht selbst im Regiment mitfährt und die Durchführung und Kontrolle der Gesetze mitüberwacht«. Seit dem August 1917 sitzt das Zentrum mit im Regiment. Dr. Spahn ist preussischer Justizminister, Graf Hertling könnte heute Reichskanzler sein, wenn er nicht vorgezogen hätte, bayerischer Ministerpräsident zu bleiben. Der eine wie der andere war bis zu seinem Eintritt in die Regierung Vorsitzender der Zentrumsfraktion des Reichstags. Herr Wallraf, der in das Reichsamt des Innern einzieht, hüllt sich bezüglich seiner politischen Richtung zwar in ein geheimnisvolles Dunkel, aber er ist doch, wie die Zentrumspresse mit Befriedigung bemerkt, überzeugungstreuer, fest auf dem Boden seines katholischen Glaubens stehender Christ. Und wer weiß, was da noch werden mag, wenn diese Herren, die jetzt im Regiment sitzen, mit Stolz und Freude, mit inniger Liebe und regelmäßiger Beobachtung eines jeden einzelnen auf ihre Glaubens- und Gesinnungsgenossen achten, auf daß sich an

ihnen das Wort erfülle, das man jetzt so häufig in der klerikalen Presse lesen kann: Freie Bahn dem tüchtigen Katholiken!

Der Abschnitt Disparität in der Geschichte des Zentrums ist geschlossen, dank einer geschickten, hartnäckigen und nicht selten bedenkenlosen Politik. Das Rote Buch gehört der Vergangenheit an, und von »preußischen Paria« wird in Zukunft nicht mehr die Rede sein können, wenn man von Katholiken spricht. Andreas Raef, der temperamentvolle Gegner des Preußengeistes, kann zufrieden sein mit dem Erfolg, dem er als Mitverfasser des Roten Buches vorgearbeitet hat. Der vielgewandte Mann hat ein hohes Alter erreicht. Im Dezember 1872 war er als Bischof von Straßburg in Berlin. August Reichenperger beklagt sich in einem Briefe nach Hause, daß Raef bei den Majestäten zwar freundlich aufgenommen, aber mit keiner Einladung beehrt worden sei. Fürst Bismarck habe den Herrn Bischof gar nicht empfangen. »Die Zeit der Ungnade gegen die Klerikalen« — bemerkt Reichenperger — »wird auch wieder vorübergehen — wenn nur nicht zu spät!«

Die Zeit der Ungnade ist für die Klerikalen allerdings vorbei. Die Beforgnis Reichenpergers, daß es zu spät sein könne, war unbegründet. Zwar hat es lange gedauert, aber man pflegt Geduld zu lernen bei Dingen, deren Erreichung so hohen Gewinn verheißt, wie dem Zentrum die Parität. Wenn heute Andreas Raef wieder nach Berlin käme, würde er sich über seinen Empfang nicht zu beklagen haben — trotz der Mitarbeit am Roten Buch.

Literarische Rundschau.

Direktor Dr. Blaum, Straßburg i. E., Die Übergangsfürsorge vom Kriege zum Frieden, Vorschläge. (Schriften des Deutschen Vereins für Armenpflege und Wohltätigkeit, 106. Heft.) München und Leipzig, Verlag von Duncker & Humblot. 52 Seiten Oktav. Preis 1,60 Mark.

Diese Arbeit, die über allgemeine Redensarten hinausgeht, nimmt zu zahlreichen Fragen der Fürsorge in der Zeit nach dem Kriege Stellung. Bei der Mannigfaltigkeit der Fragen stößt man mehr auf Anregendes als auf Erschöpfendes. Die Schrift soll die Unterlage bilden für Erörterungen auf der 35. Generalversammlung des Deutschen Vereins für Armenpflege und Wohltätigkeit, die Ende September dieses Jahres in Berlin stattfindet. Die Einleitung der Schrift verbreitet sich über die Läuterung unseres Volkes, über die tiefste Einwirkung des Krieges auf seine soziale Denkart, über das dem Kriege zu verdankende Staatsgefühl der großen Masse, über die Härtung der deutschen Volksseele, über die großen Kriegsenttäuschungen, die uns zufließen sollen, über die schärferen Rüstungen, die wir brauchen werden. Wir wollen uns mit diesen Betrachtungen nicht beschäftigen; aus den weiteren Seiten erkennt man, daß diese Einleitung durchaus nicht zum Inhalt gehört, sondern nur beweisen soll, welch politisch zuverlässiger und tüchtiger Mann der städtische Direktor Dr. Blaum in Straßburg i. E. ist.

Das erste Kapitel befaßt sich mit der Leitung der Fürsorge. Der Verfasser bedauert das gänzliche Fehlen eines wohl vorbedachten Planes bei der Durchführung des Hilfsdienstgesetzes, er fordert für die gewaltigen Aufgaben, die sich auf sozialem Gebiet nach dem Kriege ergeben werden, die Bildung eines Reichssozialrats, der eine ausschließlich begutachtende Tätigkeit bei allen Entwürfen von Gesetzen und Verordnungen des Reiches entfalten und aus allen möglichen Körperschaften und Klassenzugehörigkeiten gebildet werden soll. Dieser Sozialrat könnte aber ebensogut

eine Hemmung der sozialen Gesetzgebung werden, statt daß er sie nach dem Vorschlag des Referenten beschleunigen soll. Für die örtliche Leitung der sozialen Fürsorge wünscht Blaum eine starke Konzentration, damit der Zersplitterung und dem Hineinreden zu vieler Personen in ein und demselben Unterstützungsfall ein Riegel vorgeschoben werde. Er wünscht soziale Auskunftstellen mit großen Zentralkartotheken, Zentralstellen für die Ernennung ehrenamtlicher Pfleger oder Fürsorger für einzelne Unterstützungsfälle, Schulung der ehrenamtlichen Kräfte unter Anpassung an die örtlichen Verhältnisse in Stadt- und Landkreisen.

Das zweite und wichtigste Kapitel behandelt die Demobilmachung und die Fürsorge für die entlassenen Kriegsteilnehmer und ihre Familien. Dieses Kapitel, das zu vielem Widerspruch herausfordert, das aber auch zahlreiche Anregungen enthält, ist dem Studium der Leser dieser Zeitschrift besonders warm zu empfehlen. Der Verfasser behauptet, daß wohl zwei Drittel der Bewohner Deutschlands durch die Wehr- und Hilfsdienstpflicht persönlich oder wirtschaftlich unmittelbar getroffen werden, daß also die Frage der Demobilisierung ein Problem von einer Größe und Wichtigkeit ist, wie man es sich gar nicht bedeutsamer vorstellen kann. Er schlägt vor, die Demobilisierung in sechs Gruppen vorzunehmen, wobei erst die letzte die Arbeiter umfassen soll. Daß er damit etwas sozial Unmögliches und eine für die Staatsgewalt zu schwere Gewichtsprobe verlangt, scheint er nicht überlegt zu haben. Da diese Fragen für die Arbeiter von höchster Wichtigkeit sind, ist diesen Vorschlägen, deren Urheber Autorität nicht abzusprechen ist, die größte und mißtrauischste Aufmerksamkeit zu schenken.

Bei der Demobilisierung soll nach den Vorschlägen des Verfassers Ausstattung mit Zivilkleidern und Wäsche neben der Gewährung eines Ausstattungszuschusses erfolgen. Die entlassenen Heerespflichtigen sollen — immer nach den Wünschen des Verfassers — ihre bei der Einberufung ins Heer verlassene Arbeit aufnehmen und gegen Entlassungen aus dem Arbeitsverhältnis im ersten Jahre geschützt werden. Die Arbeitsvermittlung soll gründlich organisiert und zentralisiert werden, was ja auch schon früher des öfteren vorgeschlagen wurde. Die Fortdauer der Kriegsfürsorge unter Steigerung der Leistungen, so daß die Demobilisierten auch noch mindestens zwei Monatsraten nach dem Tage der Entlassung erhalten, wobei bei Rohstoffmangel eine Ausdehnung des Bezugs auf ein halbes Jahr möglich sein soll, wird empfohlen. Aber die Gefahr des Lohndrucks geht der Verfasser zu rasch hinweg.

Die weiteren Kapitel behandeln die Fürsorge für die unmittelbar durch den Krieg beschädigten Personen, dann Arbeitslosenfürsorge, Mieteinigungswesen, Krankenpflege, Reichswochenhilfe, Armenpflege, Kriegskinder- und Jugendfürsorge, Kriegshinterbliebenen- und Invalidenfürsorge usw. Auch hier ließe sich manches Kritische bemerken, doch würde eine Auseinandersetzung mit dem Verfasser über alle Einzelheiten den Rahmen einer Besprechung sprengen. So viel Widerspruch die Ausführungen des Direktors Blaum hervorrufen, so sind sie nicht ohne manches Verdienst. Diese Fragen werden in nicht zu ferner Zeit brennend werden. Die Vertreter der Arbeiter in Stadtverordnetenversammlungen, Gemeinderäten und Parlamenten, aber auch politischer Organisationen und Gewerkschaften werden allen Anlaß haben, sich mit der Übergangswirtschaft und nicht zuletzt mit der Übergangsfürsorge eingehend zu beschäftigen. In der besprochenen Schrift werden diese Fürsorgeprobleme zum ersten Male, wenn auch nicht erschöpfend und nicht befriedigend, so doch zusammengefaßt behandelt. Die Arbeit wird so trotz des von ihr herausgeforderten Widerspruchs auf vielen Gebieten ein wichtiger Führer, dem sich der auf den Gebieten der Fürsorge und der Armenpflege Kundige anvertrauen kann. Trotz allen Widerspruchs würden wir also das Studium dieser Schrift für sehr nützlich halten, um so mehr, da wir keine andere an ihrer Stelle empfehlen können.

ad. br.

Nofizen.

Wirtschaftliche Verhältnisse in Niederländisch-Ostindien. Die Erschwerung des europäischen Überseehandels infolge des Krieges hat der Industrie und dem Handel Japans auf den asiatischen und australischen Märkten einen bedeutenden Vorteil gebracht, da diese Märkte von Japan aus weit leichter und sicherer zu erreichen sind als von Europa. Die Japaner verstehen diesen Vorteil auszunutzen. Zu den Gebieten, in welchen japanische Waren in den letzten drei Jahren bedeutend mehr Absatz fanden als vordem, gehört Niederländisch-Indien, ein Inselreich mit einem Flächeninhalt von 1½ Millionen Quadratkilometern und fast 40 Millionen Einwohnern, dessen Bevölkerung für den Bezug eines großen Teiles ihres Bedarfs auf die Einfuhr angewiesen ist, deren Wert schon vor dem Krieg im Jahresdurchschnitt 800 Millionen Mark überschritt. Textil- und Metallwaren sind die wichtigsten Einfuhrgegenstände. Die niederländische Regierung ist von dem wirtschaftlichen Vordringen des politisch gefährlichen Konkurrenten Japan in Ostindien nicht erbaut, was wohl der Hauptgrund ist, daß sie nun daran gehen will, die industrielle Entwicklung des Kolonialreichs zu heben. Bisher ist der Industriebetrieb dort unbedeutend. Am 1. Januar 1916 gab es auf der wichtigsten der ostindischen Inseln, nämlich Java, das über 31 Millionen Einwohner zählt, von den mit dem Bergbau zusammenhängenden Anlagen abgesehen, erst 1831 industrielle Betriebe mit 85 200 Arbeitern; auf den übrigen Inseln bestanden 3400 Betriebe mit etwa 10 000 Arbeitern. Der Kleinbetrieb herrscht vor, und nicht wenige von den Kleinbetrieben sind in Händen der Chinesen, deren Zahl in Niederländisch-Ostindien rund 560 000 beträgt. Die einheimische Bevölkerung ist vorwiegend in der Landwirtschaft tätig; deren Erzeugnisse sind Reis, Zucker, Tee, Kaffee, Kopro, Bananen, Gemüse verschiedener Art usw. Ein erheblicher Teil davon wird ausgeführt. Zum Zwecke des Studiums der Entwicklungsmöglichkeiten der Industrie in den ostindischen Kolonien wurde im Frühjahr 1914 H. van Kol, sozialistisches Mitglied der Ersten Kammer des niederländischen Parlaments, nach Ostasien entsandt, der kürzlich einen Bericht über die Ergebnisse seiner Studien, zusammen mit Vorschlägen zur Industrieförderung, veröffentlichte.¹ In einer Reihe von Abhandlungen werden die bedeutenderen Gewerbe in Japan beschrieben und die Aussichten der Entwicklung einer kolonialen Industrie auf Java erwogen. Van Kol ist überzeugt, daß die Regierung der Niederlande dahin streben müsse, auf Java mit japanischem Kapital und mit einheimischen Arbeitskräften eine Großindustrie zu begründen, wobei in der Hauptsache dem Beispiel Japans zu folgen wäre. Allerdings sind die Schwierigkeiten, die dem entgegenstehen, nicht gering. Vor allem gibt es auf Java noch keine sehr zahlreiche Kapitalistenklasse; doch da könnten vielleicht das Mutterland und das Ausland beispringen. Ferner weiß man wohl, daß Kohle und Petroleum auf Java in abbauwürdigen Mengen vorkommen, doch der Erzeichtum der Insel ist nach den bisherigen Untersuchungen nicht gar groß. Am schwierigsten ist die Arbeiterfrage. Gewiß, es sind zahlreiche Arbeitskräfte vorhanden, und billig und gefügig sind sie auch noch dazu; doch das Klima Javas ist mit Ausnahme der höheren Berggebiete ein ausgesprochen tropisches (im Gegensatz zu dem Japans), und in diesem Klima ist anhaltende und anstrengende industrielle Arbeit schwer zu leisten. Europäische Arbeitsmethoden, wie sie Japan übernahm, könnten unter diesem Tropenklima kaum eingehalten werden. H. Fehlinger.

¹ H. van Kol, »De Ontwikkeling der Groot-Industrie in Japan«, Haag 1916, Martinus Nijhoff.

An unsere Leser. Der Schluß des Artikels: »Das Eliaß in der Gesellschaft« von K. Kautsky muß zurückgestellt werden. Die Redaktion.

Die Neue Zeit

Wochenschrift
der Deutschen Sozialdemokratie

UNIVERSITY OF ILLINOIS LIBRARY
JAN 5 1922

Inhalt des Heftes

- Das Elsaß in der Geschichte. Von R. Rautsky.
Die Ideen von 1914. Von Max Adler. (Schluß.)
Zu den Reherzien in der Frage der industriellen Nacht-
arbeit. Von Luise Zies.
Verschwendung und Wirtschaftlichkeit in der Bevöl-
kerungspolitik. Von August Freudenthal.

◆ Einzelheft 30 Pf., vierteljährlich 3 Mark 90 Pf. ◆

Stuttgart

Druck und Verlag von J. S. W. Diez Nachf. G.m.b.H.

Verzeichnis der in der Redaktion eingelaufenen Druckschriften

Die wichtigsten Schriften werden in der Literarischen Rundschau besprochen.

- Bericht der Allgemeinen Ortskrankenkasse der Stadt Berlin** für das Geschäftsjahr 1915, Berlin 1917, 124 S.; für das Geschäftsjahr 1916, Berlin 1917, 128 S.
- Cwikinski, Dr. Ludwig**, Vorsitzender der Freien Vereinigung für staatswissenschaftliche Fortbildung in Wien, Das Königreich Polen vor dem Kriege (1815 bis 1914). Zehn Vorträge, gehalten in Wien im März 1917. Wien und Leipzig, Franz Deuticke. 287 S. 6 Mk.
- Das Reichs-Jugendwehr-Gesetz** von Professor Dr. Fr. W. Foerster und Alexander von Gleichen-Rußwurm unter Mitarbeit von: Dr. L. Nelson, Dr. C. Rosen, Karl Better, Max Hobann, Jakob Feldner, Professor Dr. L. v. Wiese, Professor Dr. G. Fr. Nicolai, Rudolf Leonard, H. Phillipson, Minna Specht. Leipzig, Verlag „Naturwissenschaften“ G. m. b. H. 87 S. Brosch. 1,80 Mk., elegant geb. 3 Mk.
- Der Monistenbund in Österreich im Jahre 1916**. Tätigkeitsbericht in der neunten Hauptversammlung im Auftrage des Zentralausschusses erstattet von Edgar Herbst. Wien I, Wiberstr. 22, Geschäftsstelle des Monistenbundes in Österreich. 11 S.
- Hellpach, Dr. phil. et med. Willy**, a. o. Professor der Psychologie in Karlsruhe, Die geopsychischen Erscheinungen. Wetter, Klima und Landschaft in ihrem Einfluß auf das Seelenleben. Zweite, vermehrte und durchgesehene Auflage. Mit 2 Tafeln. Leipzig, Wilhelm Engelmann. 489 S. Geh. 14 Mk., geb. 16 Mk.
- Kohn, Albert**, Unsere Wohnungsuntersuchungen in den Jahren 1915 und 1916. Im Auftrage des Vorstandes der Allgemeinen Ortskrankenkasse der Stadt Berlin bearbeitet. Berlin, Verlag der Allgemeinen Ortskrankenkasse der Stadt Berlin. 88 S. mit 15 Photographien.
- Kuczynski, Dr. R.**, Direktor des Statistischen Amtes der Stadt Berlin-Schöneberg, Unsere Finanzen nach dem Kriege. Berlin, Julius Springer. 82 S. 1,40 Mk.
- Sohna, Otto**, Die Söhne der Macht. Ein Zukunfts-Detektivroman. (Fischer's Bibliothek zeitgenössischer Romane.) Berlin, S. Fischer. 189 S. Geh. 1 Mk.
- Stoboy, Erich**, Sekretär bei der deutschen Kriegsunterstützung in der Schweiz, Die deutsche Kriegsfamilienunterstützung in der Schweiz. Nach amtlichen Quellen bearbeitet. Zürich, Art. Institut Drell Füßli. 70 S. 2,80 Franken.
- Wagner, Dr. med. Karl**, Die künstliche Höhen Sonne (Quarzlampe) in der Medizin. Graz, Verlag der deutschen Vereinsdruckerei und Verlagsanstalt. 580 S. mit zahlreichen Abbildungen. Geh. 22 Kronen (16,50 Mk.), geb. 26 Kronen (19,50 Mk.).

Verlag von J. H. W. Diez Nachf. G. m. b. H. in Stuttgart

Wir empfehlen:

Sozialismus und Demokratie in der großen englischen Revolution

Von Ed. Bernstein

Zweite, durchgesehene, vermehrte und illustrierte Ausgabe
Preis gebunden M. 4.20.

Kolonialpolitik und Sozialdemokratie

Von Gustav Noske

Preis gebunden M. 2.20.

Verlag von J. S. W. Diez Nachf. G. m. b. H. in Stuttgart.

Mit dem Erscheinen der jetzt in zwei Bänden vorliegenden

Gesammelten Schriften von Karl Marx und Friedrich Engels

(zwei weitere Bände sind in Vorbereitung) rückt das von dem Verlag gesteckte Ziel, alle Werke von Marx und Engels in gleichem Format und in gleicher Ausstattung herauszugeben, immer näher.

Bislang sind erschienen:

Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. Erstes Buch: Der Produktionsprozeß des Kapitals. Volksausgabe. Herausgegeben von Karl Kautsky. Preis gebunden in Halbleinen M. 8.—, Halbfranzband M. 9.—

Der Briefwechsel zwischen Friedrich Engels und Karl Marx 1844 bis 1883. Herausgegeben von A. Bebel und Ed. Bernstein. Vier Bände Großoktav. Der Preis für die vier Bände beträgt gebunden M. 44.—

Briefe und Auszüge aus Briefen von Joh. Phil. Becker, Jos. Diezgen, Friedrich Engels, Karl Marx und Anderen an F. A. Sorge und Andere. XVI und 422 Seiten. Preis gebunden M. 5.—

Gesamt-Ausgabe des literarischen Nachlasses von Karl Marx, Friedrich Engels und Ferdinand Lassalle. Herausgegeben von Franz Mehring. Zweite, mit einem Nachwort versehene Auflage. Erster Band: Von März 1841 bis März 1844. — Zweiter Band: Von Juli 1844 bis November 1847. — Dritter Band: Von Mai 1848 bis Oktober 1850. — Vierter Band: Briefe von Lassalle an Marx und Engels. — Alle vier Bände zusammen gebunden M. 25.—

Gesammelte Schriften von Karl Marx und Friedrich Engels. 1852 bis 1862. Herausgegeben von N. Rjasanoff. Die Übersetzung aus dem Englischen von Luise Kautsky. Erster Band: Briefe über England. Die orientalische Frage. Palmerston. Der Russisch-Türkische Krieg. — Zweiter Band: Die Räumung der Donaufürstentümer. Die Krimexpedition. Die englische Kriegsverwaltung. Der Sturz des Koalitionsministeriums. Das Ministerium Palmerston. Der Panflawismus. Die Kritik in England im Parlament und außerhalb des Parlaments. Lord John Russell. Die britische Armee. Der Fall von Kars. Die spanische Revolution. Anhang: Palmerston (Biographie). — Beide Bände sind mit Einleitungen und Anmerkungen seitens des Herausgebers versehen und bilden ein abgeschlossenes Ganzes. Preis beider Bände gebunden M. 20.—

Zusammen in zwölf Bänden Großoktav.

 Siehe Rückseite.

Verlag von J. S. W. Diez Nachf. G. m. b. H. in Stuttgart.

Schriften von Marx und Engels

In besonderen Ausgaben (Kleinktav)
sind erschienen:

Theorien über den Mehrwert. Aus dem literarischen Nachlaß von Karl Marx. Herausgegeben von Karl Kautsky. Komplet in vier Bänden. Erster Band: Die Anfänge der Theorie vom Mehrwert bis Adam Smith. Preis broschiert M. 5.50, gebunden M. 6.10. Zweiter Band, erster Teil: David Ricardo. I. Preis broschiert M. 4.50, gebunden M. 5.10. Zweiter Band, zweiter Teil: David Ricardo. II. Preis broschiert M. 5.—, gebunden M. 5.60. — Dritter (Schluß-)Band: Von Ricardo zur Vulgärökonomie. Preis broschiert M. 7.50, gebunden in Leinen M. 8.10. Zusammen in vier Bänden in Leinen M. 24.90, in Halbfranzband M. 28.50.

Das Elend der Philosophie. Von Karl Marx. Deutsch von Eduard Bernstein und Karl Kautsky. Mit Vorwort und Noten von Friedrich Engels. Fünfte Auflage. XXXVI und 118 Seiten. Preis gebunden M. 2.50.

Revolution und Konter-Revolution in Deutschland Von Karl Marx. Ins Deutsche übertragen von Karl Kautsky. Dritte Auflage. XXXII und 142 Seiten 8°. Preis gebunden M. 2.50.

Zur Kritik der politischen Ökonomie. Von Karl Marx. Herausgegeben von Karl Kautsky. Dritte, durch eine Einleitung des Verfassers vermehrte Auflage. LII und 203 Seiten 8°. Preis gebunden M. 3.—

Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte. Von Karl Marx. Preis gebunden M. 1.20.

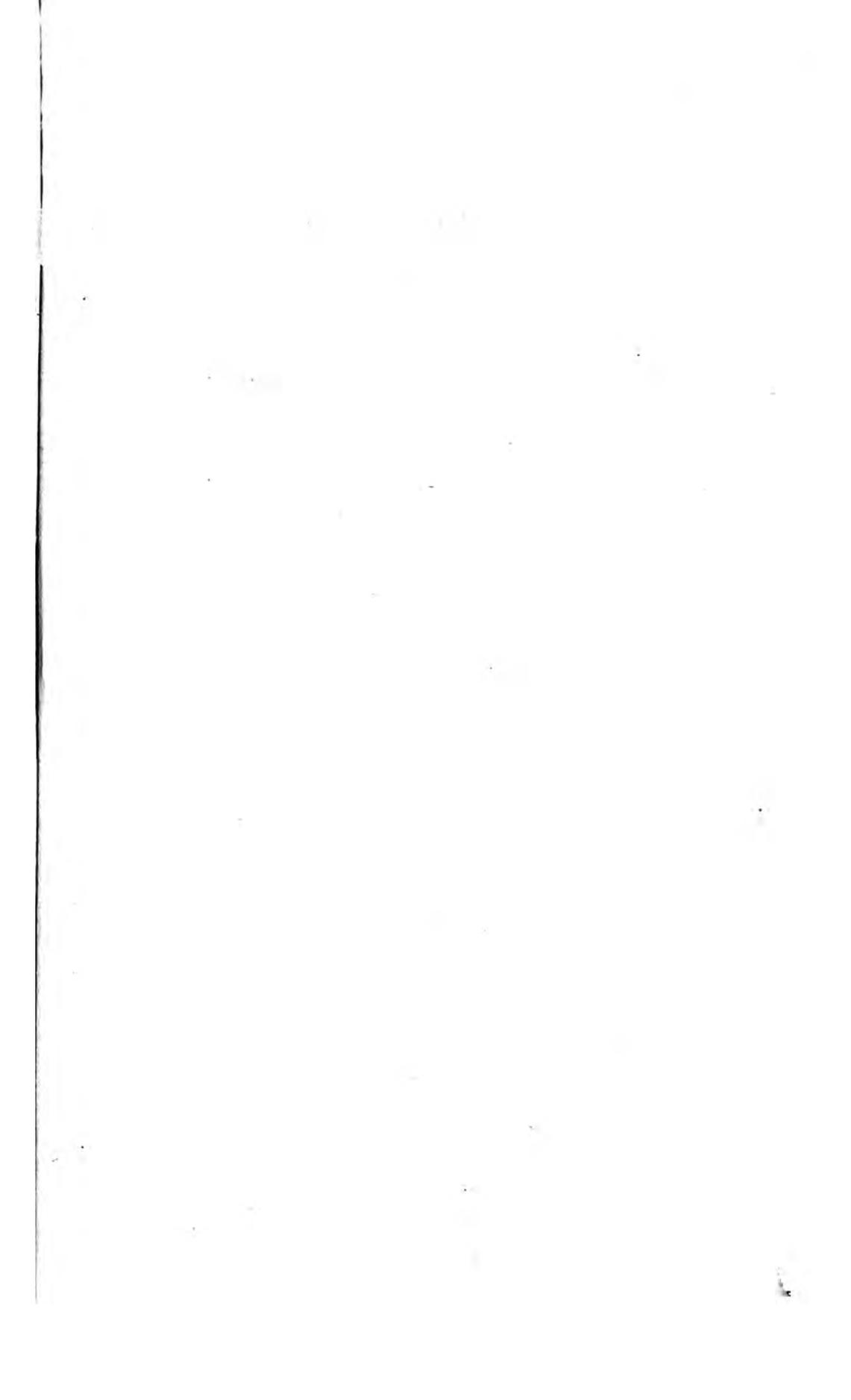
Po und Rhein. Savoyen, Nizza und der Rhein. Zwei Abhandlungen von Friedrich Engels. Herausgegeben von Eduard Bernstein. Preis gebunden M. 1.20.

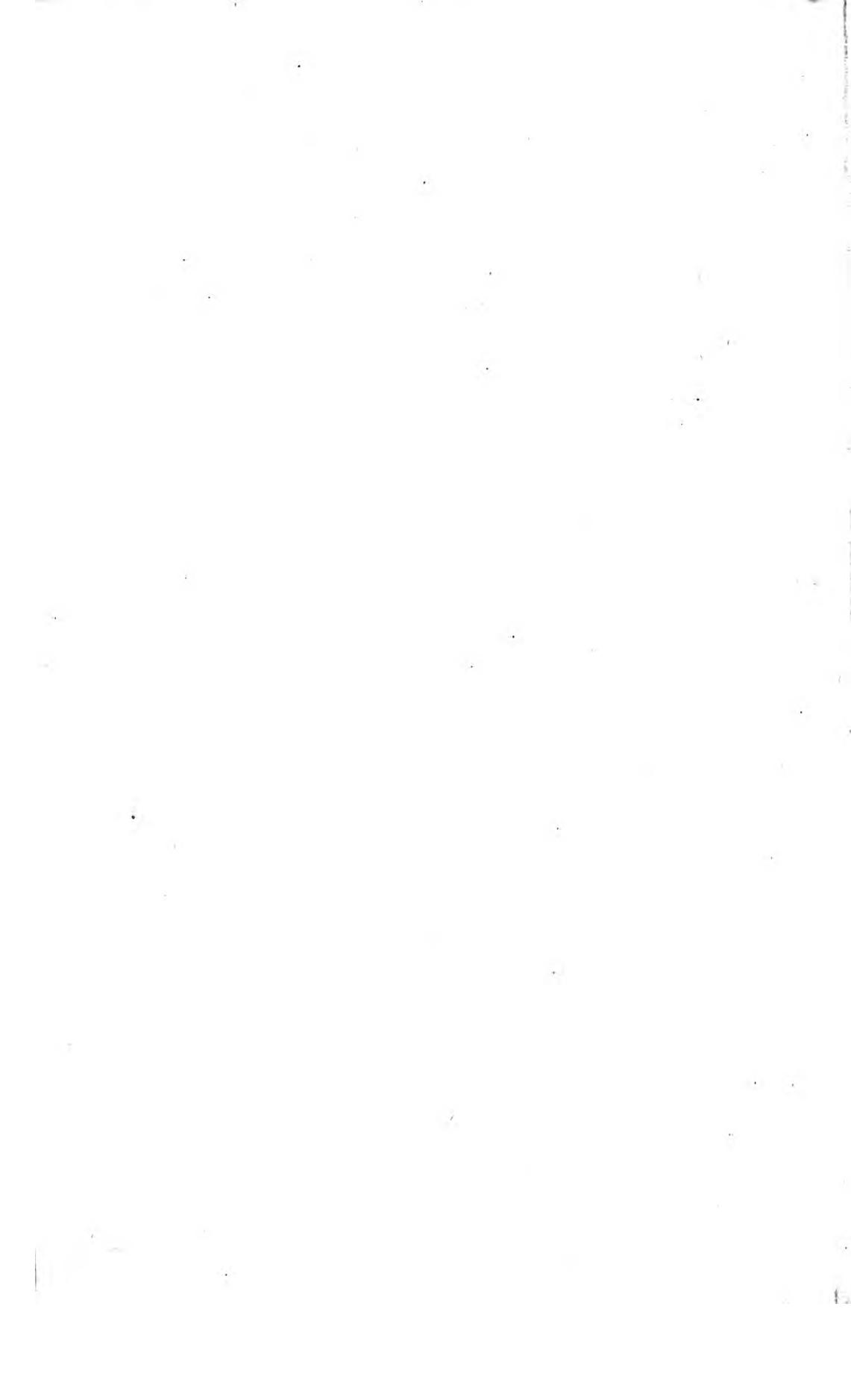
Ludwig Feuerbach und der Ausgang der klassischen deutschen Philosophie. Von Friedrich Engels. Mit Anhang: Karl Marx über Feuerbach. Vom Jahre 1845. Fünfte Auflage. Preis gebunden M. 1.20.

Die Lage der arbeitenden Klasse in England. Von Friedrich Engels. Nach eigener Anschauung und authentischen Quellen. Dritte Auflage. XXXII und 300 Seiten. Preis gebunden M. 3.—

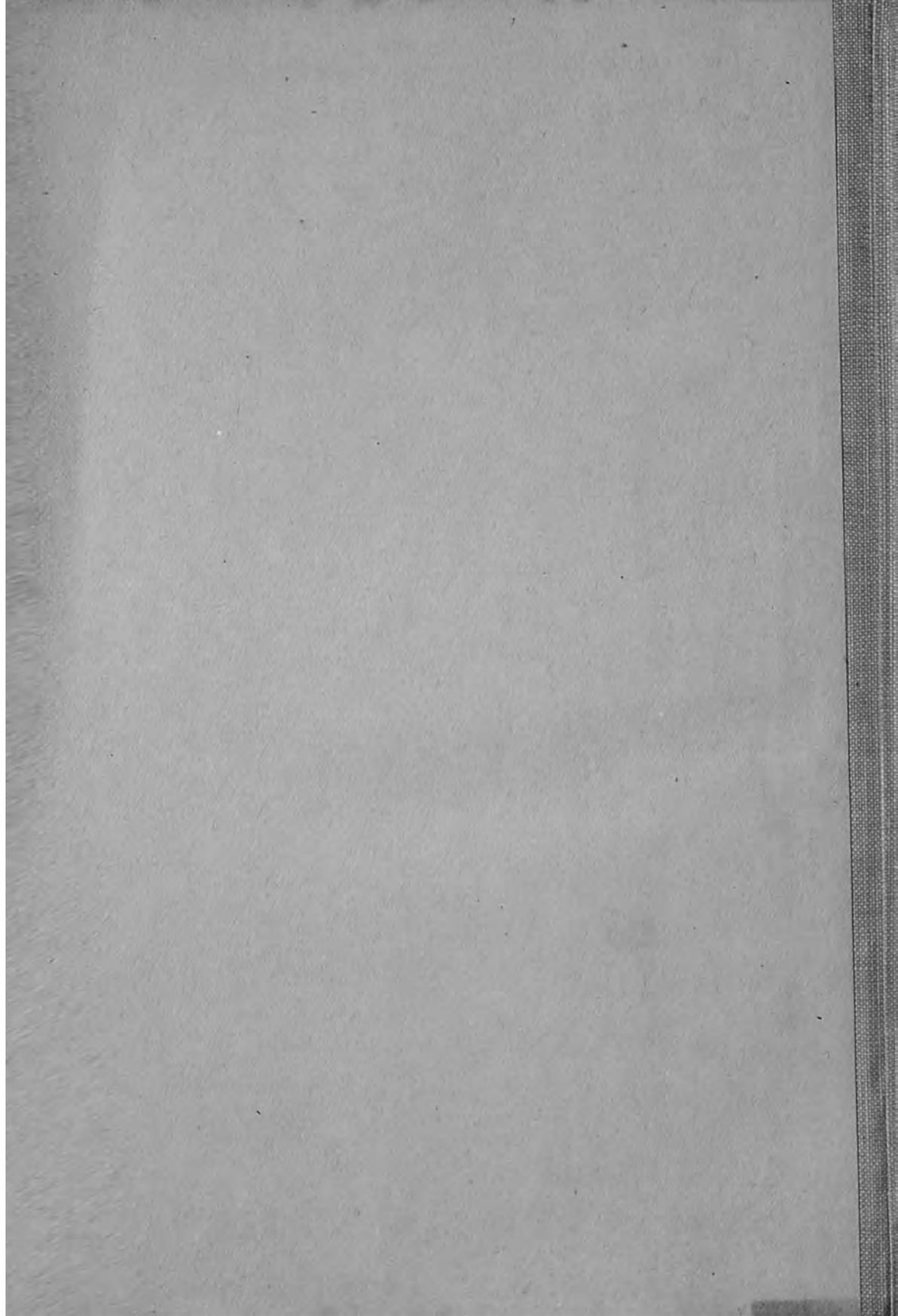
Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft. Von Friedrich Engels. Siebte, unveränderte Auflage. XX und 354 Seiten. Preis gebunden M. 3.50.

Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staats. Von Friedrich Engels. Vierzehnte Auflage. XXIV und 188 Seiten. Preis gebunden M. 2.—











UNIVERSITY OF ILLINOIS



3 0112 077